

DANIEL SIEMENS
STURMABTEILUNG
Die Geschichte der SA



Siedler



DAS GROSSE STANDARDWERK ÜBER DIE GESCHICHTE DER SA

In dieser ersten umfassenden Gesamtdarstellung beschreibt Daniel Siemens nicht nur den Aufstieg der Ordner- und Eingreiftruppe, die schließlich zum entscheidenden Faktor bei der Machtergreifung der Nationalsozialisten wurde. Er zeigt auch, wie sogar nach den Säuberungen beim »Röhm-Putsch« 1934 die SA eine überraschend aktive Rolle in der nationalsozialistischen Eroberungs- und Vernichtungspolitik und dem Holocaust spielte. Und er erinnert uns heute daran, welche Sprengkraft eine Politik der Straße haben kann, wenn sie Emotionen schürt und selbst vor massiver Gewalt nicht zurückschreckt.

»Gewichtig, glänzend argumentiert,
gründlich recherchiert.« RICHARD EVANS

»Die beste Darstellung von Hitlers Braunhemden,
die es gibt.« ROBERT GE

Fr 2.90

»Die Geschichte vom Aufstieg und Fall der SA ist aus drei Gründen von besonderem Interesse: Erstens zeigt sie exemplarisch, welche Sprengkraft eine Politik der Straße entfalten kann, wenn sie tiefsitzende Emotionen schürt, an traditionelle nationale und religiöse Überzeugungen anknüpft und vor dem Einsatz selbst massiver Gewalt nicht zurückschreckt. Zweitens macht sie die Gefahren deutlich, die sich für ein demokratisches Gemeinwesen ergeben, wenn sich gesellschaftliche Debatten in nahezu hermetisch abgeriegelten Teilöffentlichkeiten abspielen und missliebige Argumente und politische Positionen als *fake news* abgetan werden. Drittens schließlich kann man verfolgen, welche ungewöhnlich starke Loyalität gerade jene Gesellschaftsschichten, für die sich die politischen Eliten nur am Rande interessieren, entwickeln können, wenn man tatsächlich oder auch nur vorgeblich eine Politik in ihrem Sinne macht.«

Aus dem Vorwort



DANIEL SIEMENS, geboren 1975 in Bielefeld, ist Professor für Europäische Geschichte an der Newcastle University und Fellow der Royal Historical Society. Er ist Autor vielfach ausgezeichneter Publikationen zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, darunter die hochgelobte Biographie *Horst Wessel. Tod und Verklärung eines Nationalsozialisten* (Siedler 2009), die mit dem Preis »Geisteswissenschaften International« prämiert wurde.

Umschlaggestaltung: BÜRO JORGE SCHMIDT, München
Umschlagabbildungen: © ullsteinbild/Süddeutsche Zeitung
Photo/Scherl (Vorderseite); bpk (Rückseite)
Autorenfoto: © Kathrin Kronast



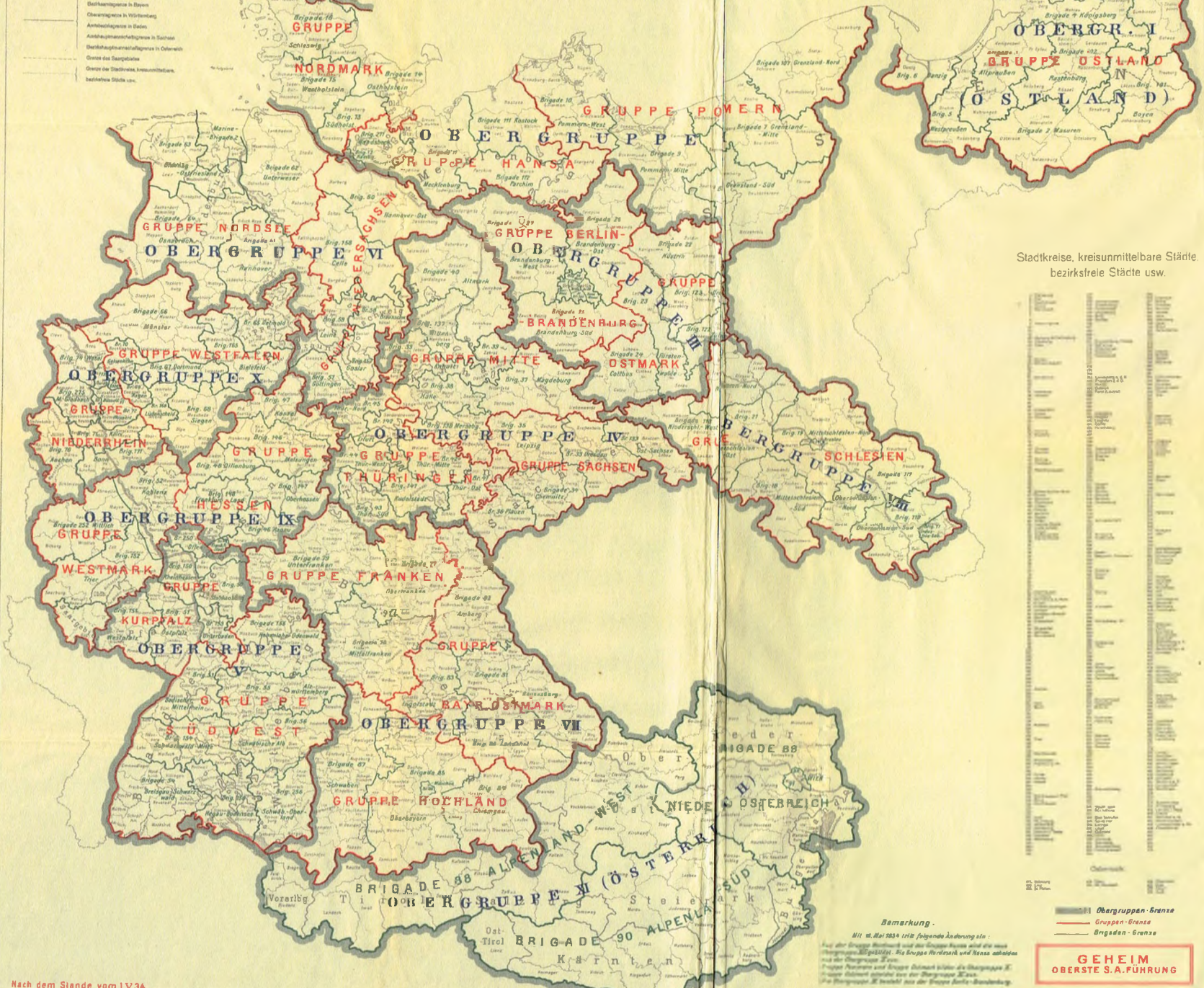
Erklärung der Grenzen:

- Elementare Grenze des Deutschen Reiches
- Ländergrenze von Bayern, Sachsen, Österreich
- Tirol, Oberostal, Kärnten usw.
- Physische Grenze in Preußen, Ost- u. Westpreußen
- Regierungsbezirksgrenzen in Preußen und Bayern
- Kreisgrenze in Baden
- Kreisgrenzen in Bayern
- Dachaukreisgrenze in Bayern
- Oberrheinkreisgrenze in Württemberg
- Amstutzkreisgrenze in Baden
- Amstutzkreisgrenzen in Ostpreußen
- Verwaltungsbezirksgrenzen in Ostpreußen
- Grenze des Reichsgebietes
- Grenze des Reichsgebietes
- bestimmte Städte usw.

Die kleineren Verwaltungsbezirke des

DEUTSCHEN REICHES ÖSTERREICHS
mit den Gebietsgrenzen der Obergruppen und Brigaden der S.A.

Maßstab 1:500 000



Stadtkreise, kreisunmittelbare Städte
bezirksfreie Städte usw.

1. Gruppe	2. Gruppe	3. Gruppe	4. Gruppe	5. Gruppe	6. Gruppe	7. Gruppe	8. Gruppe	9. Gruppe	10. Gruppe	11. Gruppe	12. Gruppe	13. Gruppe	14. Gruppe	15. Gruppe	16. Gruppe	17. Gruppe	18. Gruppe	19. Gruppe	20. Gruppe	21. Gruppe	22. Gruppe	23. Gruppe	24. Gruppe	25. Gruppe	26. Gruppe	27. Gruppe	28. Gruppe	29. Gruppe	30. Gruppe	31. Gruppe	32. Gruppe	33. Gruppe	34. Gruppe	35. Gruppe	36. Gruppe	37. Gruppe	38. Gruppe	39. Gruppe	40. Gruppe	41. Gruppe	42. Gruppe	43. Gruppe	44. Gruppe	45. Gruppe	46. Gruppe	47. Gruppe	48. Gruppe	49. Gruppe	50. Gruppe	51. Gruppe	52. Gruppe	53. Gruppe	54. Gruppe	55. Gruppe	56. Gruppe	57. Gruppe	58. Gruppe	59. Gruppe	60. Gruppe	61. Gruppe	62. Gruppe	63. Gruppe	64. Gruppe	65. Gruppe	66. Gruppe	67. Gruppe	68. Gruppe	69. Gruppe	70. Gruppe	71. Gruppe	72. Gruppe	73. Gruppe	74. Gruppe	75. Gruppe	76. Gruppe	77. Gruppe	78. Gruppe	79. Gruppe	80. Gruppe	81. Gruppe	82. Gruppe	83. Gruppe	84. Gruppe	85. Gruppe	86. Gruppe	87. Gruppe	88. Gruppe	89. Gruppe	90. Gruppe	91. Gruppe	92. Gruppe	93. Gruppe	94. Gruppe	95. Gruppe	96. Gruppe	97. Gruppe	98. Gruppe	99. Gruppe	100. Gruppe
-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-------------

OBERGRUPPEN-GRENZE
 GRUPPEN-GRENZE
 BRIGADEN-GRENZE

GEHEIM
OBERSTE S.A.-FÜHRUNG

Bemerkung.

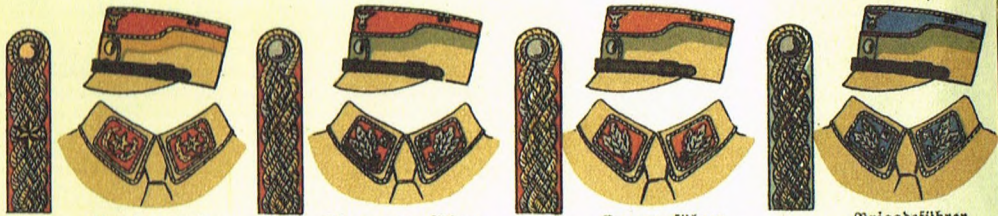
Mit 11. Mai 1934 teilte folgende Änderung ein:
 Auf der Gruppe 11 (West) sind die Gruppen 11a und 11b
 gebildet. Die Gruppe 11a (West) und 11b (West)
 sind der Gruppe 11 zugeordnet.
 Die Gruppe 11c (West) ist der Gruppe 11 zugeordnet.
 Die Gruppe 11d (West) ist der Gruppe 11 zugeordnet.
 Die Gruppe 11e (West) ist der Gruppe 11 zugeordnet.

Die SA war zu Beginn des »Dritten Reichs« zu einer straff organisierten und im gesamten deutschen Staatsgebiet präsenten Organisation herangewachsen. Sie war der Reichswehr nachgebildet und konkurrierte mit dieser um die Rolle als »Waffenträgerin der Nation«.

Während die Reichswehr aufgrund des Versailler Vertrags offiziell eine Stärke von 100 000 Mann nicht überschreiten durfte, hatte die SA mehr als 3 Millionen Mitglieder. In eine gewöhnliche Vorlage aus der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg wurden im Frühjahr 1934 die Gebietsgrenzen der Obergruppen, Gruppen und Brigaden der SA eingezeichnet, was die Karte (links) zur Geheimsache werden ließ. Obwohl die NSDAP wie die SA in dieser Zeit in Österreich verboten waren, ist die Obergruppe XI (Österreich) wie selbstverständlich einbezogen.

Übersichtstafeln wie die im Nachsatz abgebildeten zeigen die Rangzeichen und Flaggen der SA und liefern Hinweise auf deren Herkunft. Sie dienen als Schulungsmaterial für neue Mitglieder, die mit den dem Militär nachempfundenen Grundzügen der Organisation noch nicht vertraut waren, und als Nachschlagewerk. Kenntnisse über den Rang eines SA-Führers sowie über die Herkunft der von ihm befehligten Einheit waren bei den Paraden und Massenaufmärschen der NSDAP von großem praktischen Nutzen.

Rangabzeichen der SA.

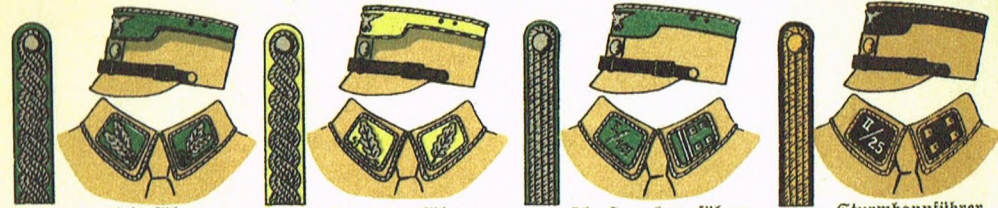


Chef des Stabes

Obergruppenführer

Gruppenführer

Brigadeführer
(Gruppe Hessen)

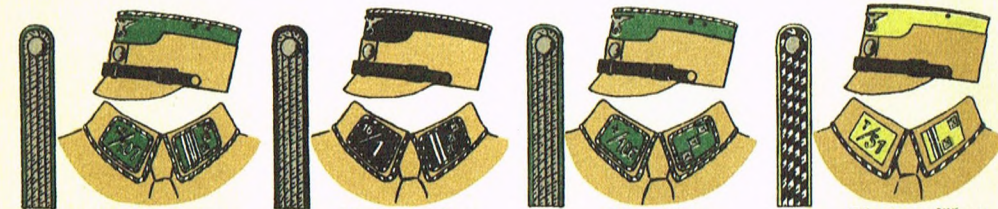


Oberführer
(Gruppe Sachsen)

Standartenführer
(Gruppe Schlesien)

Obersturmbannführer
(Gruppe Sachsen)

Sturmbannführer
(Gruppe Niederrhein)

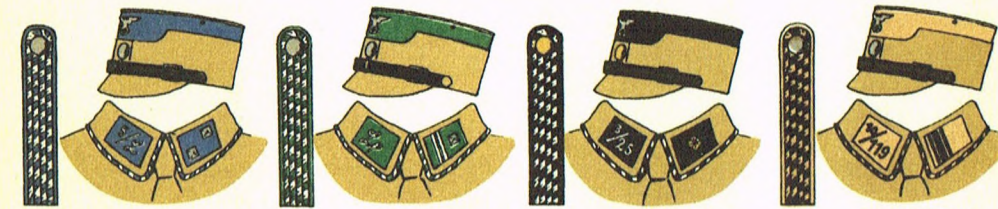


Sturmhauptführer
(Gruppe Sachsen)

Obersturmführer
(Gruppe Berlin-Brandb.)

Sturmführer
(Gruppe Sachsen)

Obertruppführer
(Gruppe Schlesien)



Truppführer
(Gruppe Hochland)

Oberscharführer
(Brigadestab Leipzig)

Scharführer
(Gruppe Niederrhein)

Rotenführer
(Gruppe Südwest)



Sturmmann
(Gruppe Sachsen)

SA-Mann

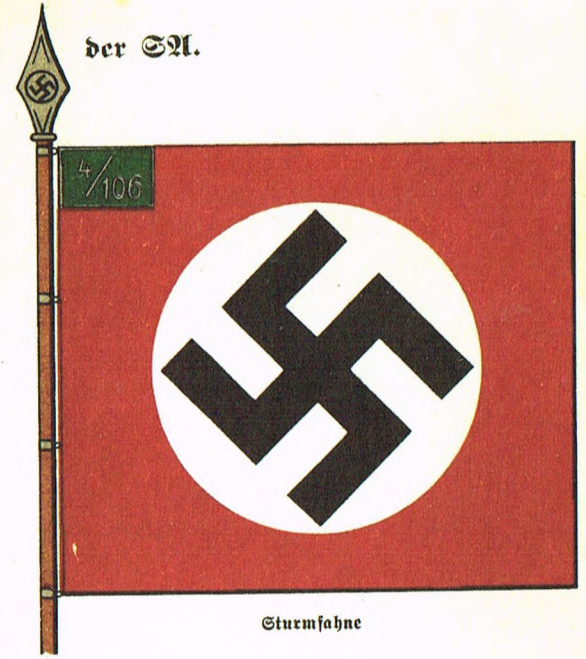
San.-Standartenführer
(Gruppe Westfalen)

Rechnungsführer
(Verwaltungsführer
einer Standarte)
(Gruppe Sachsen)

Flaggen der SA.

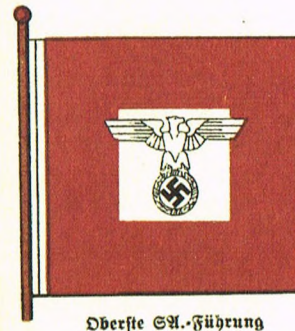


Standarte



Sturmflagge

Kommandoflaggen



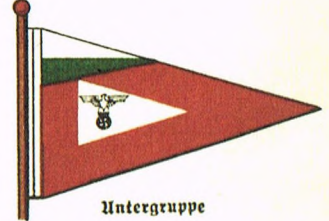
Oberste SA-Führung



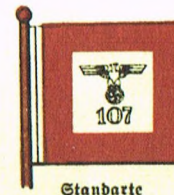
Obergruppe



Gruppe



Untergruppe



Standarte



Sturmbann

DANIEL SIEMENS

STURMABTEILUNG
Die Geschichte der SA

Aus dem Englischen von Karl Heinz Siber

Siedler

Die englische Originalausgabe erschien 2017 unter dem Titel
«Stormtroopers: A New History of Hitler's Brownshirts»
bei Yale University Press.

Sollte diese Publikation Links auf Webseiten Dritter enthalten, so übernehmen wir
für deren Inhalte keine Haftung, da wir uns diese nicht zu eigen machen, sondern
lediglich auf deren Stand zum Zeitpunkt der Erstveröffentlichung verweisen.



Verlagsgruppe Random House FSC® N001967

Erste Auflage

Copyright © 2017 by Daniel Siemens

Copyright © der deutschsprachigen Ausgabe 2019 by Siedler Verlag,

München, in der Verlagsgruppe Random House GmbH, Neumarkter Str. 28,
81673 München

Umschlaggestaltung: Büro Jorge Schmidt, München

Umschlagabbildung: ullstein bild/Süddeutsche Zeitung Photo/Scherl

Vorsatz: Auswärtiges Amt – Politisches Archiv

Nachsatz: Julius Moritz Ruhl, Carl Starke und Kurt Bauer,
Adolf Hitlers Braunhemden, Leipzig 1933, S. 18 und 23

Lektorat und Satz: Büro Peter Palm, Berlin

Reproduktionen: Aigner, Berlin

Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pössneck

Printed in Germany

ISBN 978-3-8275-0051-9

www.siedler-verlag.de

Dieses Buch ist auch als E-Book erhältlich.

Eingelesen mit [ABBY Fine Reader](#)

Inhalt

Vorwort zur deutschen Ausgabe	7
Einleitung	
Eine Nacht der Gewalt	9
<i>Machtprobe in der Provinz 10 Grenzland-Nationalismus 17</i>	
<i>Schläger, Mörder und politische Hooligans 21 Neue Perspektiven 27</i>	
<i>Zwei Seiten der Gewalt 30 Der Gang der Untersuchung 34</i>	
TEIL I	
1 Die Anfänge der nationalsozialistischen SA	41
<i>Im Kampf um die Nachkriegsordnung 42 Die Gründung der SA 46</i>	
<i>Ein öffentliches Ärgernis 50 Das Krisenjahr 1923 57</i>	
<i>Die Nachwirkungen des Putsches 69</i>	
2 Die SA und die Politik der Strasse	75
<i>Frühe Weichenstellungen 75 Von der Splittergruppe zur</i>	
<i>Massenbewegung 79 Bedeutung und Wirkung der braunen</i>	
<i>Uniform 85 Sarkasmus als Waffe? 90 Die Eskalation der</i>	
<i>Gewalt 95 Erwerbslosigkeit und soziale Unruhen in der SA 101</i>	
<i>SA auf dem Land 108 Die Gefahr der frühen SA-Gewalt 120</i>	
3 Der braune Kult um Jugendlichkeit und Gewalt	127
<i>Militante Männlichkeit 129 NS-Aktivistinnen 136 Emotionale</i>	
<i>Bedürfnisse und ihre Befriedigung 140 SA-Merchandising 149</i>	
<i>Geschäfte mit der Zigarettenindustrie 152 Moderne Kreuzritter 158</i>	
<i>SA und Reichswehr 170</i>	
TEIL II	
4 Terror, Begeisterung und Enttäuschung	177
<i>Gemischte Gefühle im Moment des Sieges 179 Die Erniedrigung</i>	
<i>des Gegners 184 Reaktionen 200 Über dem Gesetz 204</i>	
<i>Die Eingliederung des Stahlhelms 208 Die Nazifizierung des deutschen</i>	
<i>Hochschulwesens 210 Griffe in die Staatskasse 219 Auf dem Weg zu</i>	
<i>einer zweiten «Revolution»? 223</i>	
5 Der «Röhm-Putsch» und der Mythos vom homosexuellen Nazi	225
<i>Showdown 225 «Reichsmordwoche» 232 Konsequenzen 246</i>	

TEIL III

- 6** Die Wandlungen der SA zwischen 1934 und 1939 255
Auf der Suche nach neuen Aufgaben 258 Antisemitische Gewalt und die Grenzen der Volksgemeinschaft 265 Das Vordringen der SA in die bürgerliche Gesellschaft 275 Die Österreichische Legion 285 Die SA im Sudetenland und im Memelgebiet 289 Vom Bedeutungsgewinn an der Peripherie ins Zentrum der Gesellschaft 297
- 7** Die SA und die «Germanisierung» des europäischen Ostens 301
Frühe Siedlungsinitiativen 302 Siegfried Kasche und die ambitionierten Siedlungspläne der SA 308 Bauern und Ideologen 317 Vom Mitwirken beim Aufbau einer deutschen «Volksgemeinschaft» in Osteuropa 321
- 8** Die SA im Zweiten Weltkrieg 325
Die SA und die Wehrmacht 327 Die Anfänge des Krieges 333 Die SA-Standarte Feldherrnhalle 339 Kommunistische Propaganda 346 Generalgouvernement, Protektorat, Slowenien 349 An der Heimatfront 356 Bis zum letzten Mann 361 Die Niederlage vor Augen 365 Alltagsfanatismus 373
- 9** Diplomaten im Braunhemd und der Holocaust in Südosteuropa 375
SA-Führer im Auswärtigen Amt 377 Der Kampf hinter den Kulissen 379 Die Durchführung des Holocausts in der Slowakei 383 Tödliche Varianten 388 Bilanz 398 Vergessen oder Erinnern? 400

TEIL IV

- 10** Was bleibt? Deutungskämpfe der Nachkriegszeit 407
Die SA vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg 409 Fehlgeleitete Idealisten? 420 Umgeschriebene Geschichte(n) 425 Die Politik der Erinnerung 427
- Fazit**
Die SA und der Nationalsozialismus. Eine Bilanz 435

ANHANG

- Anmerkungen 449
Personenregister 583
Bildnachweis 591

Vorwort zur deutschen Ausgabe

Es freut mich sehr, dass meine ursprünglich auf Englisch verfasste und im Jahr 2017 bei Yale University Press in London und New Haven veröffentlichte Geschichte der nationalsozialistischen Sturmabteilung (SA) nun auch auf Deutsch vorliegt. Geschrieben habe ich das Buch seit 2012 zunächst mit Blick auf ein internationales Publikum in der Hoffnung, dass es zeitgeschichtlich Interessierten wie Experten für die Geschichte des Nationalsozialismus noch Neues bieten könnte. Anfangs ging ich davon aus, dass das Werk keine übermässige aktuelle Relevanz erfahren würde. Die Zeiten der politischen Strassengewalt, der antisemitischen Verfolgungen und auch des religiös verbrämten Nationalismus schieben in Europa überwunden. Gerade in Deutschland war in der liberalen Öffentlichkeit die optimistische Ansicht verbreitet, dass die historische Erfahrung mit dem Nationalsozialismus und seinen Verbrechen diese politische Ideologie ein für alle Mal delegitimiert hatte.

Inzwischen hat sich Skepsis ausgebreitet. In den letzten Jahren wurde uns deutlich vor Augen geführt, wie fragil die demokratisch verfassten Gemeinwesen der Gegenwart sind. Die jahrzehntelang vorherrschende Auffassung, Bonn sei nicht Weimar, die Bundesrepublik also nicht mit der kurzlebigen Weimarer Republik zu vergleichen, hat angesichts des wiedererstarkten Populismus in vielen Ländern des alten Westens zu Beginn des 21. Jahrhunderts erheblich an Überzeugungskraft eingebüsst. Das ehemals so stabile deutsche Parteiensystem hat sich deutlich verändert; neue politische Kräfte, die Grundüberzeugungen der liberalen Gesellschaften infrage stellen, sind in der Bundesrepublik ebenso wie in vielen anderen Ländern Europas auf dem Vormarsch. Ob es sich dabei um eine dauerhafte Verschiebung der politischen Koordinaten oder lediglich um eine temporäre Erscheinung handelt, ist eine Frage, zu deren Beantwortung der Historiker wenig beitragen kann. Er kann aber gegenwärtige Entwicklungen vor dem Hintergrund des historischen Erkenntnisstandes einordnen.

Die hier vorgelegte Geschichte vom Aufstieg und Fall der SA ist aus drei Gründen von besonderem Interesse: Erstens zeigt sie exemplarisch, welche Sprengkraft eine Politik der Strasse entfalten kann, wenn sie tief sitzende Emotionen schürt, an traditionelle nationale und religiöse Überzeugungen anknüpft und vor dem Einsatz selbst massiver Gewalt nicht zurückschreckt.

Zweitens macht sie die Gefahren deutlich, die sich für ein demokratisches Gemeinwesen ergeben, wenn sich gesellschaftliche Debatten in nahezu hermetisch abgeriegelten Teilöffentlichkeiten abspielen und missliebige Argumente und politische Positionen *als fake news* abgetan werden. Drittens schliesslich kann man verfolgen, welche ungewöhnlich starke Loyalität gerade jene Gesellschaftsschichten, für die sich die politischen Eliten nur am Rande interessieren, entwickeln können, wenn man tatsächlich oder auch nur vorgeblich eine Politik in ihrem Sinne macht. Angesichts der radikalen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten gerät heute allzuleicht in den Hintergrund, dass diese politische Bewegung Angehörige sehr verschiedener gesellschaftlicher Gruppen für sich zu gewinnen vermochte. Die Geschichte der SA zeigt an vielen Beispielen, wie attraktiv die Vision einer nationalsozialistischen «Volksgemeinschaft» war – für die Zeit vor der «Machtergreifung» wie im späteren «Dritten Reich» und selbst noch lange nach 1945.

Der Siedler Verlag und hier besonders der ehemalige Programmleiter Tobias Winstel haben früh Interesse an diesem Projekt gezeigt. Karl Heinz Siber hat engagiert die Übersetzung besorgt; das Schlusslektorat erledigte Ditta Ahmadi auf die gewohnt zuverlässige Weise. Ich danke ihr sehr für die vertrauensvolle Zusammenarbeit in den letzten Monaten. Auch allen anderen Beteiligten im Verlag gilt mein herzlicher Dank. Gewidmet sei dieses Buch meinen Eltern. Ich verdanke ihnen viel.

Newcastle upon Tyne, den 25. Januar 2019

Daniel Siemens

Einleitung

Eine Nacht der Gewalt

Aus der Dunkelheit der Schlafkammer kriechen die unzähligen Heiligenbilder von den Wänden.

Werden lebendige Zerrgestalten und dringen halb lächerlich, halb feindselig auf ihn ein.

AUGUST SCHOLTIS, 1931¹

Der 9. August 1932 war in der preussischen Provinz Oberschlesien ein kühler Sommertag und die sich anschliessende Nacht ungewöhnlich frisch. Es sollten die letzten Stunden im Leben des 35-jährigen erwerbslosen Arbeiters Konrad Pietrzuch aus Potempa sein.² Das unscheinbare Dorf im Kreis Tost-Gleitwitz hatte weniger als tausend Einwohner und lag nur drei Kilometer von der polnischen Grenze entfernt. Hier lebte Pietrzuch mit seinem jüngeren Bruder Alfons und seiner 68-jährigen Mutter Maria in einer einfachen Hütte, deren Wände mit Heiligenbildern geschmückt waren. Fenster gab es keine.³

Die drei schliefen, als in den Morgenstunden des 10. August mehrere bewaffnete Männer anrückten. Sie kamen aus den umliegenden Dörfern und waren Mitglieder der lokalen Ortsgruppe der nationalsozialistischen Sturmabteilung (SA), im Volksmund auch «Braunhemden» genannt. Die Angreifer gingen in Stellung, öffneten die unverriegelte Tür und brüllten: «Aus dem Bett, ihr verfluchten polnischen Kommunisten! Hände hoch!» Ohne eine Reaktion abzuwarten, drangen die Bewaffneten in das Haus ein, stiessen die Mutter vor die Tür und zerrten den Sohn Konrad aus dem Bett. Sie prügelten hemmungslos auf ihn ein, bis schliesslich ein SA-Mann einen Schuss auf ihn abgab. Alfons hörte den Schuss, während er mit dem Gesicht zur Wand stand und mit beinahe ebenso grosser Wut misshandelt wurde, wohl mit einem Billardqueue oder einem Schlagstock. Seiner späteren Zeugenaussage zufolge dauerte der Überfall fast eine halbe Stunde. Kurz vor 2 Uhr fuhren die Angreifer schliesslich in Richtung des benachbarten Dorfes Broslawitz (heute Zbrosławice in Polen) davon. Alfons hatte eine stark blutende Kopfwunde und war einige Zeit bewusstlos. Konrad Pietrzuch war tot.⁴

Der von dem Gerichtsmediziner Dr. Weimann angefertigte Autopsiebericht bezeugt die Brutalität des Überfalls: Nach den Feststellungen des Pathologen wies der Leichnam Konrad Pietrzuchs im Ganzen 29 Verwundungen [auf], von

denen zwei verhältnismässig gering waren. Besonders schwere Verletzungen wies die Leiche am Hals auf. Die Halsschlagader war vollkommen zerrissen. Der Kehlkopf hatte ein grosses Loch. Der Tod ist durch Ersticken eingetreten, da das aus der Halsschlagader sich ergiessende Blut durch den Kehlkopf in die Lunge gedrungen ist. Die tödliche Verletzung muss dem Pietzuch beigebracht worden sein, als er auf dem Boden lag. Der Hals zeigt ausserdem Hautabschürfungen, die von einem Fusstritt unbedingt herrühren. Ausser diesen Verletzungen ist Pietzuch am ganzen Körper zerschlagen. Er hat schwere Schläge mit einem stumpfen Beil oder einem Stock über den Kopf bekommen. Und andere Wunden, die so aussehen, als ob mit der Spitze des Billardstockes ihm ins Gesicht gestossen worden sei.⁵

Die Behörden befürchteten, politisch interessierte Kreise könnten darauf aufmerksam machen, wie übel der Leichnam zugerichtet war. Daher beschlagnahmten sie diesen sofort nach Bekanntwerden des Verbrechens, um ihn «den Blicken der Kommunisten zu entziehen» und zu verhindern, dass diese Fotos von dem Toten machen und zu Propagandazwecken in Umlauf bringen konnten.⁶

Machtprobe in der Provinz

Verbrechen von solch ausserordentlicher Brutalität waren zu jener Zeit nicht selten. In den Tageszeitungen vom Sommer 1932 lassen sich beinahe täglich Meldungen über Angriffe von Nationalsozialisten vor allem auf sozialistische und kommunistische Arbeiter, aber auch auf Juden finden.⁷ Zwischen 6. und 9. August 1932 etwa berichtete die jüdische *CV-Zeitung* jeden Tag von Sprengstoff- und Handgranatenanschlägen aus den oberschlesischen Städten Hindenburg (heute Zabrze), Gleiwitz (Gliwice) und Beuthen (Bytom).⁸ Mit Blick auf den Sommer 1932 konstatieren Historiker für Schlesien eine regelrechte «Terrorkampagne» von SA-Banden. Das war unter anderem eine Reaktion darauf, dass die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) bei der Reichstagswahl vom 31. Juli zwar die meisten Stimmen geholt hatte, es aber dennoch nicht zu einer Regierung unter Führung Hitlers gekommen war.⁹

Dass der Mord von Potempa landesweit Schlagzeilen machte, lag vor allem an der neuen Notverordnung «gegen politischen Terror», die just am Tag des Mordes in Kraft getreten war.¹⁰ Diese Notverordnung sah die Todesstrafe für politisch motivierte Mordtaten vor, ein beinahe schon verzweifelter Versuch der

Regierung unter dem Reichskanzler Franz von Papen, die im wahrsten Sinne des Wortes alltägliche Gewalt einzudämmen und das staatliche Gewaltmonopol durchzusetzen. Kapitalverbrechen mit politischem Hintergrund sollten von neu einzurichtenden Sondergerichten umgehend abgeurteilt werden. Aber auch dieser letzte Versuch, die Weimarer Republik zu retten, blieb wirkungslos. Wenige Monate später gab es sie nicht mehr.¹¹ Joseph Goebbels, seit 1926 Gauleiter der NSDAP in Berlin und Brandenburg, lag in seiner Einschätzung richtig, als er am 10. August 1932 – wohl bevor er von dem Mord in Potempa erfuhr – in sein Tagebuch schrieb: «Telephon von Berlin: neue Notverordnung mit Standrecht [...]. Aber das hilft alles nichts mehr.»¹²

Am 11. August, am Tag nach dem Mord, verhaftete die Polizei neun Männer als die mutmasslichen Täter: den Bergmann und SA-Scharführer August Gräupner (geboren 1899), den Hauer und NSDAP-Mann Rufin Wolnitzer (1907), den Elektriker Reinhold Kottisch (1906), den SA-Truppführer und Markenkontrollleur Helmuth-Josef Müller (1898), einen ehemaligen Polizeibeamten namens Ludwig Nowak (1891) und die Bergleute Hippolit Hadamik (1903) und Karl Czaja (1894). Inhaftiert wurden auch zwei Gastwirte, die bei dem Verbrechen eine Rolle gespielt hatten: der SA-Mann Paul Lachmann (1893), der in Potempa Gemeindevorsteher war, und der Gastwirt Georg Hoppe (1889), Inhaber eines Lokals im Nachbardorf Tworog, das den dortigen SA-Leuten als Stammkneipe («Sturmlokal») diente.¹³ Vier weitere mutmasslich Beteiligte, darunter der Metzger Paul Golombek, wahrscheinlich einer der Haupttäter, hatten sich aus dem Staub gemacht.¹⁴ Wie sich aus den Geburtsdaten und Berufen der Angreifer schliessen lässt, repräsentierten die zwischen 25 und 43 Jahre alten Männer einen typischen Querschnitt der männlichen Einwohnerschaft Oberschlesiens. Nach Einschätzung des Historikers Richard Bessel, der sich detailliert mit dem Aufstieg der Nationalsozialisten in Schlesien befasst hat, übten die Rädelsführer des Überfalls allesamt «ziemlich solide Berufe» aus, nach seiner Ansicht ein Indiz dafür, dass in dieser Region seinerzeit politische Überfälle und sogar Morde so leichthin zur Kenntnis genommen wurden, dass Angehörige der Mittelschicht sie «zwanglos» verübten oder zumindest rechtfertigten.¹⁵

Den Verhafteten wurde eine gute Woche später, vom 19. bis 22. August 1932, vor dem Beuthener Sondergericht der Prozess gemacht. Das Verfahren entwickelte sich zu einem Kräftemessen im nationalsozialistischen Lager, bei dem sich der von Hans Frank, dem späteren Generalgouverneur in Krakau, geführte Nationalsozialistische Juristenbund und die neu eingerichtete Rechtsabteilung der SA unter Leitung des Rechtsanwalts Walter Luetgebrune heftig beföhden.¹⁶ Das Aufsehen, das der Fall erregte, suchten Frank wie Luetgebrune zu nutzen,

um im parteiinternen Konkurrenzkampf Punkte zu sammeln. Dabei war ihnen jedes Mittel recht. Sie schüchterten Gegenspieler und ortsansässige NS-Juristen ein und verteilten Geschenke an die Angeklagten, um sich deren Gunst zu sichern. Dieser «Bruderkampf» wirkte sich sehr zum Nachteil der Angeklagten aus, da die Rivalität unter den NS-Anwälten «eine reibungslose und wirksame Verteidigung praktisch unmöglich machte».¹⁷

Gestützt auf die ausführlichen Aussagen von Zeugen und Angeklagten und in Anbetracht der Tatsache, dass die politische Einstellung der Angeklagten in der Region gut bekannt war, gelangte das Gericht zu einer plausiblen Rekonstruktion des Tathergangs. Demzufolge hatte Nowak, Führer des SA-Sturms 26 in Broslawitz, am frühen Abend des 9. August 1932 eine Gruppe von SA-Männern beauftragt, Gewaltakte zu verüben, um «die Region in Angst und Schrecken zu versetzen».¹⁸ Diese Gruppe war zunächst zu Hoppes SA-Sturmlokal im nahe gelegenen Tworog gefahren. Hoppe, Führer des dortigen SA-Sturms 27, hatte die Männer mit Waffen ausgestattet und sie dann nach Potempa geschickt. Dort hatten sie bei dem Gastwirt Lachmann reichlich Alkohol und Zigaretten konsumiert. Lachmann und sein Freund, der Metzger Golombek, hatten den Männern dann offenbar die Namen von vier Personen genannt, die überfallen werden sollten.¹⁹ Pietrzuch war einer von ihnen. Nur durch Zufall blieb dieser tödliche Überfall der einzige in dieser Nacht. Die stark angetrunkenen SA-Männer suchten danach zwar noch zwei weitere Häuser im Ort auf, waren aber nicht mehr in der Lage, Überfälle zu begehen.

Lachmann räumte später ein, dass der mörderische Ausflug zu dem ortsbekannten, aber harmlosen Querulanten Pietrzuch nicht nur politische Gründe gehabt habe, sondern auch persönliche Motive im Spiel gewesen seien. Pietrzuch habe in seinem Lokal mehrfach Gäste beleidigt. Auch habe er in den zurückliegenden Jahren polnische Aufständische, die eine Angliederung Oberschlesiens an Polen mit Gewalt durchsetzen wollten, unterstützt.²⁰ Der ausschlaggebende Grund dürfte aber gewesen sein, dass der Gastwirt fürchtete, Pietrzuch werde Lachmanns regelmässiges Wildern in den umliegenden Wäldern öffentlich machen.²¹ Ein kommunistisches Pamphlet behauptete darüber hinaus, der Gemeindevorsteher Lachmann habe den erwerbslosen und mit Polen sympathisierenden Pietrzuch-Brüdern Sozialleistungen vorenthalten.²² «Politische» und «persönliche» Motive waren bei dieser Tat letztlich unauflösbar miteinander verknüpft, und das galt auch für viele andere Gewaltvorfälle in den späten Jahren der Weimarer Republik.

Am 22. August 1932 verhängte das Beuthener Sondergericht gegen fünf der Angreifer die Todesstrafe: Lachmann wegen «Anstiftung zum politischen Totschlag» und Kottisch, Wolnitza, Gräupner und Müller wegen «Totschlags, be-

gangen aus politischen Beweggründen». Hoppe erhielt wegen «Beihilfe zur gefährlichen Körperverletzung» eine zweijährige Gefängnisstrafe. Die übrigen drei Angeklagten – Hadamik, Czaja und Nowak – wurden freigesprochen.²³ Die Angeklagten quittierten die Urteilsverkündung mit den Rufen «Heil Hitler!» und «Nieder mit dem Justizsystem!».²⁴ In den Verhandlungstagen zuvor hatten sie im Gerichtssaal einen überraschend «lässigen und fast lebhaften Humor» an den Tag gelegt, wie die Zeitungen berichteten. Mehreren NS-Funktionären, die den Prozess verfolgten – unter ihnen der berühmte SA-Führer für Schlesien, Edmund Heines –, hatten die Angeklagten im Gerichtssaal den Faschistengruss entboten. Auch die Aussicht auf die Todesstrafe schien sie nicht besonders zu schrecken. Eine nationalsozialistische Zeitung lobte dieses Verhalten ausdrücklich und prophezeite, dass sich im ganzen Land ein Proteststurm erheben werde, falls das Gericht «es wagen würde, auch nur ein einziges Todesurteil zu verhängen».²⁵

Das Urteil löste in der Region und in Teilen der Gesellschaft starke Proteste aus und stachelte etliche der nationalsozialistischen Unterstützer, die sich auf den Strassen um das Gerichtsgebäude versammelt hatten, um die Richter unter Druck zu setzen, zu Ausschreitungen an. Der von der Londoner *Times* nach Beuthen entsandte Korrespondent berichtete: «Die Tumulte um das Gerichtsgebäude erreichten ein solches Ausmass, dass mit Stahlhelmen ausgestattete und mit Karabinern und automatischen Pistolen bewaffnete Polizei herbeigerufen werden musste.» Mit Unterstützung der zur Verstärkung aus der schlesischen Hauptstadt Breslau herbeigeeilten SA-Einheiten beherrschten die Nationalsozialisten zumindest am Tag der Urteilsverkündung die Strassen von Beuthen – nicht nur in unmittelbarer Nähe des Gerichtsgebäudes, sondern auch in Strassenzügen abseits des Zentrums, wo die Fenster mehrerer Läden und der Räume einer sozialistischen Zeitungsredaktion eingeschlagen wurden. Aus Angst vor den Ausschreitungen schlossen jüdische Ladeninhaber ihre Geschäfte und liessen die Rollläden herunter.²⁶

Nach dem Urteilsspruch hatte der schlesische SA-Führer Heines, der seit September 1930 für die NSDAP im Reichstag sass, noch im Gerichtssaal gedroht: «Das deutsche Volk wird bald andere Urteile sprechen.» Der Richterspruch von Beuthen werde ein Fanal der Hoffnung auf das «Erwachen» Deutschlands sein.²⁷ Wenig später verkündete er diese Botschaft noch einmal vom Balkon eines nahe gelegenen Cafés vor der dort versammelten Anhängerschar erneut.²⁸ Heines trat in Beuthen nicht zum ersten Mal als selbst ernannter Richter auf. Bereits 1920 hatte er als Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Rossbach, einer berühmten, in Westpreussen und im Baltikum kämpfenden Freikorpseinheit, einen angeblichen Verräter «verurteilt» und hingerichtet. Im Mai 1929 war er für dieses Verbrechen

zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt, doch nach Hinterlegung einer Kaution von 5'000 Reichsmark auf freien Fuss gesetzt worden. Wenig später hatte er sich auf einer NSDAP-Kundgebung im Berliner Sportpalast stolz als «Femerichter» präsentiert.²⁹

Adolf Hitler, dessen NSDAP seit den Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 die grösste Fraktion im Parlament stellte, nutzte die Vorfälle in Oberschlesien umgehend für einen politischen Angriff auf die Reichsregierung. Wenige Stunden nach Bekanntwerden des Urteils versicherte er den Tätern per Telegramm seine «unbegrenzte Treue» und bezeichnete den Richterspruch als «ungeheuerliches Bluturteil». Obwohl der Form nach nur an die fünf zum Tode verurteilten Männer gerichtet, war das Telegramm, in dem Hitler die konservative Regierung Papen scharf kritisierte und eine Aufhebung des Urteils zur nationalen Pflicht erklärte, als Appell an alle seine Anhänger gedacht: «Eure Freiheit ist von diesem Augenblick an eine Frage unserer Ehre. Der Kampf gegen eine Regierung, unter der dies möglich war, unsere Pflicht!»³⁰ Auch Hermann Göring schickte den verurteilten Männern ein aufmunterndes Telegramm und spendete 1'000 Reichsmark für ihre Familien. SA-Stabschef Ernst Röhm kam sogar persönlich nach Beuthen und besuchte die SA-Männer im Gefängnis.³¹ Warum die NS-Führer sich offen zu den Mördern von Potempa bekannten, obgleich deren Untat in Deutschland und in der internationalen Presse Entsetzen und Empörung ausgelöst hatte, wird besser verständlich, wenn man sich die ausgiebige «Proklamation» anschaut, die Hitler am 24. August 1932 in der Parteizeitung *Der Völkische Beobachter* abdrucken liess. Er erklärte darin pathetisch:

Über 300 niedergemetzelte, ja oft buchstäblich abgeschlachtete Parteigenossen zählen wir als tote Märtyrer. Zehntausende und abermals Zehntausende sind verletzt [...]. Erst in dem Augenblick, da endlich das Mass zum Überlaufen voll war und der Terror der roten Mord- und Verbrecherorganisationen unerträglich wurde, schwang sich die «nationale» Regierung von Papen blitzschnell zu einer Handlung auf. [...] Deutsche Volksgenossen! Wer von euch ein Gefühl für den Kampf um die Ehre und Freiheit der Nation besitzt, wird verstehen, weshalb ich mich weigerte, in diese bürgerliche Regierung einzutreten. [...] Wir werden den Begriff «national» befreien von dieser Umklammerung durch eine Objektivität, deren wirkliches innerliches Wesen das Urteil von Beuthen gegen das nationale Deutschland aufpeitscht. Herr von Papen hat damit seinen Namen mit dem Blut nationaler Kämpfer in die deutsche Geschichte eingezeichnet.³²

Joseph Goebbels, durch seine diffamierenden Angriffe auf politische Gegner bereits berüchtigt, bereicherte die NS-Propaganda zum Fall Potempa noch um die charakteristische Note des Antisemitismus. Sein Leitartikel für den *Angriff*, die in Berlin erscheinende NS-Tageszeitung, die er selbst 1927 gegründet hatte und seither leitete, veröffentlichte er unter der in fetten Lettern gesetzten Überschrift: «Die Juden sind schuld».³³ Goebbels wiederholte diese Aussage in dem Artikel mehrfach, ohne jedoch irgendeine logisch nachvollziehbare Verbindung zwischen diesem Vorwurf und dem Verbrechen herzustellen. Seine Strategie war ebenso simpel wie wirkungsvoll, zumindest mit Blick auf die Anhänger der NSDAP: Er lenkte ihre Frustration und Wut über das Urteil sowie ihren Unmut über die politische und wirtschaftliche Lage ganz allgemein auf die Juden, die üblichen Sündenböcke der Nationalsozialisten. Auch vor direkten Gewaltandrohungen schreckte er nicht zurück: «Die Stunde wird kommen, da die Staatsmacht andere Pflichten zu erfüllen haben wird, als diejenigen vor dem Zorn des Volkes zu beschützen, die das Volk verraten haben.»³⁴ Die Behörden reagierten auf Goebbels' Hetze und seine Pogromaufrufe mit einem einwöchigen Publikationsverbot für den *Angriff*, das im Grunde völlig wirkungslos blieb.

Indem Hitler und andere führende Nationalsozialisten die Tatsachen verdrehten und explizit mit politischer Gewalt drohten, stachelten sie das Millionenheer ihrer Anhänger auf, insbesondere die in der SA organisierten. Diese Männer rechneten bereits im Sommer 1932 mit einer unmittelbar bevorstehenden Machtübernahme der NSDAP. Die NS-Führung vertraute darauf, dass unter diesem hohen Erwartungsdruck und in einem durch tiefe ideologische Zerrissenheit und wechselseitigen Hass geprägten politischen Klima nur wenige den Tod eines einfachen Arbeiters bedauern würden, der zudem angeblich für die polnische Sache gekämpft hatte.³⁵ Dabei half auch, dass Hitler auf die SA bauen konnte, die nötigenfalls täglich neue blutige Zusammenstöße provozieren würde.³⁶ In einer solch gewalttätigen Zeit würden die Details einer einzelnen Mordtat schnell in Vergessenheit geraten und nur ihr politischer Widerhall im öffentlichen Gedächtnis haften bleiben.

Im Kampf um die Deutungshoheit über die Tat gaben die NSDAP und ihre Zeitungen sich jede erdenkliche Mühe, die Schuld für den Mord von Potempa dem Opfer selbst, der kommunistischen Bewegung oder allgemeiner dem «jüdisch-marxistischen System» in die Schuhe zu schieben.³⁷ Ein Gedicht, das angeblich aus der Feder eines einfachen SA-Mitglieds stammte und Anfang September 1932 in einem schlesischen NS-Blatt erschien, illustriert diese Verkehungen besonders anschaulich:

Beuthen! Noch steht es am Horizont,
Noch strahlt es düster und rot,
Beuthen! Fünf Kameraden klagen an
Dahinter lauert der Tod.

Deutschland! Hörst Du ihr Drohen nicht?
Nicht der Millionen Schrei?
Es klingt durch die Städte, braust durch das Land
Gebt unsere Kameraden frei!

Für ihre Freiheit marschiert ein Heer,
Zusammengeschweisst durch Blut
Ein Führer, ein Glaube und ein Panier
Getragen durch Treue und Mut.

Der Glaube an Volk und Vaterland.
Die Treue dem Führer, den Zielen
Der Mut, mit dem in Stadt und Land
Die braunen Toten fielen.³⁸

Eine vollkommener Umdeutung lässt sich kaum vorstellen: Das Opfer des Verbrechens, der ermordete Pietrzuch, wurde mit diesen Zeilen ein zweites Mal hingerichtet, während die fünf zum Tode verurteilten Mörder zu Helden erhoben wurden, geehrt als mutige Männer, die ihre Treue zur nationalsozialistischen Sache unter Beweis gestellt hätten und sich dafür des Zuspruchs von Millionen ihrer Landsleute sicher sein könnten. Die Unverfrorenheit, mit der führende Nationalsozialisten ihre Sichtweise unters Volk brachten, offenbare die «schreckliche Barbarisierung des deutschen politischen Lebens», schrieb der britische Journalist Frederick A. Voigt 1932.³⁹ Eine NS-Parteizeitung bezeichnete den ermordeten Pietrzuch als «polnischen Schuft» und «Untermenschen», der «das Recht, auf deutschem Boden zu leben, seit langem verwirkt» habe.⁴⁰ Auf ganz ähnliche Weise rechtfertigte der Schriftsteller und NS-Ideologe Alfred Rosenberg – dem breiten Publikum als Verfasser des 1930 erschienenen Buchs *Der Mythos des 20. Jahrhunderts* bekannt – die Tötung Pietrzuchs als einen «Lynchmord» – nach Rosenbergs Verständnis die «einzig mögliche Korrektur eines widernatürlichen Rechts». In den USA bestehe, wie er erläuterte, «zwischen dem weissen Mann und dem Neger eine förmliche Gleichberechtigung, aber in der Praxis werden sie unterschiedlich behandelt». Den «nordischen» Deutschen forderte er kaum ver-

hüllt auf, eine ähnliche und potentiell tödliche Unterscheidung zwischen «Ariern», Slawen und Juden zu treffen.⁴¹

Die gewalttätige Rhetorik konnte jedoch nicht verdecken, dass sich die Führung der NSDAP im Herbst 1932 in einer schwierigen Lage befand. Käme es zur Hinrichtung der zum Tode verurteilten SA-Männer, so notierte Goebbels in sein Tagebuch, würde dies zu einer «unerträglichen» Lage führen.⁴² Er fürchtete, dass dann der Druck vonseiten der ungeduldigen NS-Anhängerschaft so stark werden würde, dass eine offene Konfrontation mit der Staatsgewalt – für die Hitler in diesen Tagen den Ausdruck «Guillotinenregierung» prägte – unvermeidlich war.⁴³ Eine solche Kraftprobe würde, egal wie sie ausging, die Beteuerung der Nationalsozialisten, auf legalem Weg nach der Macht zu streben, als Lüge entlarven. Doch das Preussische Staatsministerium, das seit dem «Preussenschlag» vom 20. Juli 1932 von dem katholischen Reaktionär Franz von Papen geführt wurde, gab dem Druck der verschiedenen nationalistischen Gruppen nach und wandelte die Todesurteile mit Wirkung vom 2. September 1932 in lebenslange Freiheitsstrafen um.⁴⁴ So konnte die NSDAP ihr Scheinbekenntnis zum Rechtsstaat noch einige Monate aufrechterhalten.

Grenzland-Nationalismus

Der Mord von Potempa war ein für die damalige Zeit typischer Fall, da er die Erschütterungen und ethnischen Konflikte der unmittelbaren Nachkriegszeit mit der SA-Gewalt der frühen 1930er Jahre verband. In vielerlei Hinsicht prägten Kriegsende, Revolution und Bürgerkrieg die späteren Muster der Gewaltanwendung vonseiten der nationalistischen Rechten nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen mittel- und osteuropäischen Ländern.⁴⁵ Bei dem tödlichen Überfall von Potempa war die enge Zusammenarbeit zwischen der SA und anderen nationalistischen Organisationen in der Region ein entscheidender Faktor. Die beiden jüngsten zum Tode verurteilten Täter, Reinhold Kottisch und Rufin Wolnitza, waren offiziell gar keine SA-Mitglieder, sondern gehörten dem Oberschlesischen Selbstschutz an. Zwischen den beiden Organisationen gab es in den frühen 1930er Jahren enge Verbindungen, wie sich auch daraus ersehen lässt, dass zumindest Wolnitza zugleich NSDAP-Mitglied war.⁴⁶ Beide Männer wohnten bis zu ihrer Verhaftung in einem «SA-Heim» in Broslawitz und absolvierten dort paramilitärische Übungen, wobei vor allem die Besetzung von Strassen und Waldstücken, die Vorbereitung auf Schiessereien sowie Angriffstechniken für Überfallkommandos trainiert wurden.⁴⁷

Der Oberschlesische Selbstschutz war eine amtlicherseits geduldete paramilitärische Organisation, die nach dem Weltkrieg aufgebaut wurde und gegen polnische Nationalisten in den Grenzregionen vorging, deren Zugehörigkeit zwischen dem Deutschen Reich und dem wiedererstandenen polnischen Staat für Jahre umstritten und umkämpft blieb.⁴⁸ Im Herbst 1918 hatten die Polen zunächst die Forderung erhoben, Oberschlesien, das sich seit dem 19. Jahrhundert dank seiner reichen Kohlevorkommen zu einem bedeutenden Industrieviertel des Deutschen Reiches entwickelt hatte, in Gänze dem polnischen Staat zuzuschlagen. Führende deutsche Politiker wie auch die deutsche Öffentlichkeit hatten sich dieser Forderung aufs Heftigste widersetzt, wobei sie auf das Prinzip der nationalen Selbstbestimmung pochten und darauf verwiesen, dass Oberschlesien trotz seines hohen polnischen Bevölkerungsanteils überwiegend deutsch geprägt und die Region für die deutsche Wirtschaft unverzichtbar sei, die durch die militärische Niederlage bereits erheblich geschwächt war.⁴⁹ Drei polnische Aufstände zwischen 1919 und 1921 mit dem missionarischen Anliegen, die heterogene Einwohnerschaft Oberschlesiens zu «re-polonisieren», trugen wenig überraschend zur weiteren Anstachelung der nationalen Leidenschaften in den Städten und Dörfern Oberschlesiens bei.⁵⁰

Das Eingreifen deutscher Freikorpsmilizen unter dem Befehl von populären Kämpfern wie Peter von Heydebreck, Hermann Ehrhardt, Wilfried von Loewenfeld oder Horst von Petersdorff schürte die Feindseligkeiten weiter. Diese Männer kämpften nicht nur gegen bewaffnete polnische Nationalisten, sondern jagten auch angebliche deutsche Verräter, was zeigt, dass nicht nur sprachliche und ethnische, sondern auch politische Grenzen innerhalb homogener ethnischer Gruppen heiss umkämpft waren.⁵¹ Der Gründer der sogenannten Spezialpolizei des Oberschlesischen Selbstschutzes, Heinz Oskar Hauenstein, später Gründungsmitglied der Berliner SA, brüstete sich 1921 in einem Gerichtsprozess, dass seine Organisation für mehr als 200 «Fememorde» verantwortlich sei. Als «Feme» – ein Begriff, der auf eine frühmittelalterliche germanische Strafpraxis zurückgeht – bezeichneten Rechtsextreme im Deutschland der Zwischenkriegszeit die Ermordung von «Verrätern».⁵² Deutsche Freikorps exekutierten auch zahlreiche angebliche polnische Spione.⁵³ Ein ehemaliger Freikorpsmann erklärte später zynisch: «Wir sparten uns die Kugeln beim Erledigen dieses Gesindels.»⁵⁴ In der Anklageschrift in einem Prozess gegen Mitglieder der Brigade Ehrhardt vor dem Leipziger Reichsgericht bezeichnete 1922 sogar ein Staatsanwalt die Bekämpfung nationalistischer Polen durch deutsche Milizen verständnisvoll als einen Akt gerechtfertigter Notwehr. Solche Notwehr sei geboten, wenn es gelte, polni-

sche Angriffe zurückzuschlagen, die «mit Hilfe ausländischer Mächte» durchgeführt würden und darauf gerichtet seien, «die Staats- und Wirtschaftsordnung Deutschlands zu vernichten». Die Staatsanwaltschaft verwies dabei auf Beschlüsse der Interalliierten Kontrollkommission, der in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg von deutscher Seite vielfach propolnische Sympathien vorgeworfen wurden.⁵⁵

Die Ressentiments der unmittelbaren Nachkriegsjahre hallten in den nationalistischen und scharf antipolnischen Einstellungen der oberschlesischen SA der frühen 1930er Jahre nach. Die antidemokratischen Grundüberzeugungen der Nationalsozialisten verschmolzen mit älteren, in der Region weitverbreiteten Einstellungen. Viele deutschstämmige Oberschlesier teilten den tiefen Unmut nationalistischer Kreise über die vermeintlich zu nachgiebige Haltung der Weimarer Regierungen in Angelegenheiten der nationalen Sicherheit, insbesondere bei der Verteidigung der deutschen Ostgrenzen.⁵⁶ Vor diesem Hintergrund versuchte die oberschlesische SA nicht ohne Erfolg, sich als legitime Nachfolgerin der einstigen Freikorpsverbände darzustellen.⁵⁷ Ihre Propaganda, die ebenso von führenden Figuren der extremen Rechten wie Manfred von Killinger, einem zur SA gestossenen ehemaligen Freikorpsführer, überliefert ist, stellte diese «Abstammung» nachdrücklich heraus.⁵⁸ Besonders in den unmittelbaren Grenzregionen präsentierten sich SA-Einheiten als Grenzwächter und behaupteten berufen zu sein, die nationale Einheit gegen Tschechen und Polen im Osten sowie gegen Franzosen im Westen zu verteidigen.⁵⁹

Derartige Leidenschaften, die aus der Grenzland-Mentalität erwuchsen, zeigten sich allerdings nicht nur bei der SA. So organisierte der Nationalsozialistische Lehrerbund in Schlesien nach der Machtergreifung wiederholt «Trainingslager» für seine Mitglieder. Erklärter Zweck dieser zweiwöchigen Lehrgänge war es, das «Grenzbewusstsein» der deutschen Lehrer zu schärfen, worunter das rassisch und geschichtlich fundierte Wissen um die besondere Rolle Schlesiens als Teil des «alldeutschen Ostens» verstanden wurde.⁶⁰ Viele deutsche Lehrer in der Region, die bereits seit den frühen 1920er Jahren eine heftige Abneigung gegen Polen und dessen Schutzmacht Frankreich hegten, brüsteten sich jetzt stolz mit ihrer vaterländischen «Grenzland-Perspektive» und gaben nationalistische Einstellungen und Ideen mit dem Segen der neuen Machthaber an ihre Schülerinnen und Schüler weiter.⁶¹

Diese kulturelle Prägung, die in der bisherigen Forschung nur wenig Beachtung gefunden hat,⁶² war eine der wichtigsten ideologischen Triebkräfte der SA und hat ihr Selbstverständnis und ihre Identität bis 1945 bestimmt. Angesichts der territoria-

len Expansionspolitik Deutschlands von Mitte der 1930er Jahre an, die zeitlich mit der Existenz- und Sinnkrise der SA nach der «Nacht der langen Messer» (30. Juni bis 2. Juli 1934) zusammenfiel, gewann das Selbstverständnis der SA als Organisation, die durch paramilitärisches Training, Leibesertüchtigung, ideologische Unterweisung und später auch durch aktive Kampfeinsätze im Zweiten Weltkrieg wichtige nationale Aufgaben wahrnahm, zentrale Bedeutung. Spätestens seit Ende der 1930er Jahre galt dies nicht mehr nur für das Reichsgebiet, sondern weit über dessen Grenzen hinaus. Die vielen Volksdeutschen, die sich zwischen 1937 und 1939 im Sudetenland und im Memelgebiet der SA anschlossen, sind ein Beleg für die anhaltende Anziehungskraft dieser Organisation und ihrer Ideologie zumindest in den Regionen, deren Eingliederung ins Deutsche Reich unmittelbar bevorstand oder mittelfristig geplant war.⁶³

Die Geschichte der SA war nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Jahr 1933 weiter von Gewalt, Hass und Kämpfen geprägt. Bereits am 23. März 1933, als sich die neu errichteten Konzentrationslager in Oranienburg, Dachau und anderswo mit politischen Häftlingen füllten, sorgte Hitler dafür, dass die verurteilten SA-Mörder von Potempa aus dem Gefängnis entlassen wurden.⁶⁴ Die oberschlesische Presse brach ob dieses vermeintlichen Akts nationaler Gerechtigkeit in «Begeisterungstürme» aus, wie der Bund der Polen in Oberschlesien im Oktober 1933 in einer Petition an den Völkerbund beklagte. Da Mörder jetzt offiziell wie Helden behandelt würden, habe die polnische Minderheit in Deutschland jedes Gefühl von Sicherheit verloren.⁶⁵ Die Entwicklung in den darauffolgenden Jahren sollte die schlimmsten Befürchtungen der Polen noch übertreffen. Im Rückblick auf die Chronik der Gewalt und des Blutvergiessens in Oberschlesien resümierte der Schriftsteller August Scholtis, ein gebürtiger Oberschlesier aus dem Dorf Bolatitz (heute Bolatice in Tschechien) in seiner 1959 erschienenen Autobiografie pessimistisch: «In dieser Region scheint Mitteleuropa noch immer Mittelalter zu sein. Hier wird die Kreatur von Generation zu Generation zwischen preussischen und polnischen Staatsgrenzen hin und her gezerrt, abwechselnd durch beide Seiten des freien Willens beraubt, genötigt, gejagt, geplündert oder am Strassenrand einfach abgeschlachtet.»⁶⁶

Nach dem Potempa-Mord von 1932 nahmen die brutalen Ausschreitungen in Nieder- und Oberschlesien noch an Intensität zu. Die Machtergreifung der Nationalsozialisten und ihre Politik der «Gleichschaltung» waren dort ein extrem gewaltsamer Vorgang. Nur wenige Jahre später wurden die deutschpolnischen Grenzregionen und die daran angrenzenden Gebiete weiter östlich zu Schauplätzen staatlich geplanter Massen- und Völkermorde, zu den «Bloodlands» des Zweiten Weltkriegs.⁶⁷ Die SA war, wie in diesem Buch gezeigt werden wird, ei-

ne der Organisationen, die in Wort und Tat entscheidend zur Radikalisierung des ethnischen und politischen Hasses in Mittel- und Osteuropa beitrugen. Analog zu dem Diktum von Ian Kershaw, dass Gewalt im nationalsozialistischen Deutschland «systemimmanent» gewesen sei,⁶⁸ lässt sich von der SA sagen, dass ihr die Gewalt gewissermassen innewohnte – nicht nur im Auftreten und konkreten Handeln. Gewalt war ein zentrales Element ihrer Propaganda, trug zur Sozialisierung ihrer Mitglieder bei und war mit entscheidend für die Ausprägung einer nationalsozialistischen Identität.

Schläger, Mörder und politische Hooligans

Der Mord von Potempa war ohne Zweifel eine besonders brutale Tat, doch sie war nur eines von vielen Hundert politisch motivierten Verbrechen, die Deutschland zwischen 1927 und 1932 erschütterten. Sie gaben einen Vorgeschmack auf die systematische Verfolgung politischer Gegner und anderer vermeintlicher Feinde, die mit der Errichtung des «Dritten Reiches» 1933/34 einsetzte. Mit jedem dieser Verbrechen schwand der Glaube der deutschen Öffentlichkeit an die Fähigkeit der Weimarer Republik, des anschwellenden politischen Terrors Herr zu werden. Die nationalsozialistische SA war keinesfalls die einzige paramilitärische Organisation, die der deutschen Demokratie den Kampf angesagt hatte und die gewaltsame Auseinandersetzung mit gegnerischen Kräften suchte, aber ihr Beitrag zum Anstieg der politischen Gewalt war erheblich.⁶⁹ Unausweichlich war der Untergang der aus Kriegsniederlage und Revolution hervorgegangenen Weimarer Republik, die seit 1919 mehrfach existentielle Krisen durchlief, jedoch nicht,⁷⁰ auch nicht, als sich die Lage am Vorabend der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 erheblich verschärfte. Allein im Juni und Juli 1932 wurden im Verlauf politisch motivierter Strassenkrawalle, bei Schiessereien, Schlägereien und Überfällen im Deutschen Reich mehr als 300 Menschen getötet und weit über 1'000 verletzt.⁷¹ In diesem politischen Klima, das mitunter bürgerkriegsähnliche Züge trug, hätte der Mord von Potempa kaum mehr als zeitlich und regional begrenztes Aufsehen erregt, wäre dies nicht das erste politische Kapitalverbrechen nach Inkrafttreten der Notverordnung gegen politischen Terror gewesen.

Der Mord von Potempa enthält bereits viele der Aspekte, die in den folgenden Kapiteln eingehend analysiert werden. Die Tat gibt einen Einblick in die typischen Formen und Motive der von der SA ausgeübten politischen Gewalt, zeigt die Reaktion des demokratischen Staatswesens auf die zunehmende Gefahr, die

von den Nationalsozialisten ausging, und führt vor, wie die Nationalsozialisten Grenzstreitigkeiten zwischen Deutschland und seinen Nachbarstaaten, die bis ins 19. Jahrhundert zurückreichten, für ihre Zwecke nutzten.

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten änderte sich für die SA – zumindest ihrer offiziellen Propaganda zufolge – nichts. Sie blieb die Inkarnation nationalsozialistischer Werte, Überzeugungen und Kampfbereitschaft. Von jedem einzelnen SA-Mann wurde erwartet, dass er den «Idealtypus des Nationalsozialisten»⁷² verkörperte und als solcher der – männlichen – deutschen Jugend als Vorbild diene. Die nationalsozialistische Propaganda schloss damit an den Freikorpsmythos an, integrierte aber auch neuere Trends wie die «Muscular Christianity», die bewusste Vermännlichung des Christentums, und die Vorstellungen der «konservativen Revolution» um 1930.⁷³ Die Ermordung des SA-Stabschefs Ernst Röhm und mehrerer Dutzend ranghoher SA-Führer zwischen 30. Juni und 2. Juli 1934 versetzten dem Ehrgeiz der Organisation, die Politik des «Dritten Reiches» massgeblich mitzugestalten, allerdings einen erheblichen Dämpfer. Die Geschichtsschreibung ist sich einig, dass die «Nacht der langen Messer» die SA für die verbleibenden elf Jahre des «Dritten Reiches» auf den Status einer zweitrangigen Propagandatruppe innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung reduzierte.⁷⁴

Vor diesem Hintergrund bedarf eine neue Studie über die SA zwar nicht unbedingt der Rechtfertigung, doch scheinen einige erläuternde Worte zu ihrer Intention, zur Reichweite und zur Methodik angemessen. In dem vorliegenden Werk soll gezeigt werden, dass die gängige Erzählung vom Aufstieg und Niedergang der SA, wie sie oben kurz angedeutet wurde, unvollständig ist, und der Nachweis geführt werden, wie dieses Narrativ über Jahrzehnte verhindert hat, dass die durchaus erhebliche Bedeutung und Wirkung der SA im «Dritten Reich» in den Blick geriet. Während der zwölf Jahre des real existierenden «Dritten Reiches» blieb die SA ein wichtiges Werkzeug, mit dem deutsche Männer nach den Bedürfnissen und Wünschen des Regimes geformt wurden. Dem einfachen SA-Mann bot die Organisation die Möglichkeit, sich aktiv in die «Volksgemeinschaft» einzubringen.⁷⁵ In diesem Sinn war die SA bis 1945 auch politisch von hoher Relevanz – eine Einschätzung, die dem etablierten Konsens der geschichtswissenschaftlichen Forschung entgegensteht. Nach wie vor gehen die meisten Historikerinnen und Historiker davon aus, dass die SA nach der «Nacht der langen Messer» 1934 entscheidend an Macht und Einfluss verlor. In den Jahren danach sei sie zwar noch eine Organisation von beeindruckender zahlenmässiger Stärke, aber politisch irrelevant gewesen. Dabei wirkte sie sogar noch nach, als die NS-Herrschaft bereits in Trümmern lag, weil sie, um eine Wortprägung des

US-amerikanischen Soziologen Levis A. Coser aufzugreifen, eine «gierige Institution» war, die sich durch weitreichende Forderungen an ihre Mitglieder auszeichnete, aber auf der Basis von freiwilliger Unterordnung, Loyalität und hoher Einsatzbereitschaft funktionierte. Organisationen dieses Typs bemühen sich, «die gesamte Persönlichkeit zu erfassen».⁷⁶

In Anlehnung an Hans Mommsen, der die Entwicklung der nationalsozialistischen Ausgrenzungs- und Vernichtungspolitik als eine «kumulative Radikalisierung» beschrieb,⁷⁷ lässt sich die bisherige Literatur zur SA nach 1934 zusammenfassend als kumulative Banalisierung bezeichnen. In dieser Literatur wird gewöhnlich der Eindruck vermittelt, dass sich der Ehrgeiz der SA nach 1934 darin erschöpft habe, ihren Mitgliedern Gelegenheit zur nostalgischen, trinkfreudigen Kameraderie fernab der Politik zu bieten. Diese Auffassung ist nach dem Zweiten Weltkrieg aus strategischem Eigeninteresse nicht zuletzt von den einstigen SA-Männern selbst verbreitet worden. Die Mär vom bierseligen, aber ansonsten weitgehend harmlosen «SA-Stammtisch» blendet keinesfalls zufällig wichtige Aktivitäten der Sturmabteilungen in den Jahren vor und im Zweiten Weltkrieg aus: die gewalttätigen antisemitischen Ausschreitungen, deren Kulminationspunkte im Sommer 1935 sowie im Juni und November 1938 erreicht waren, ebenso den Beitrag der SA zur praktischen Kriegführung sowie die wichtige Rolle, die diese Organisation bei der Stabilisierung der NS-Herrschaft in Deutschland und in den besetzten Gebieten bis in die letzten Wochen vor dem Zusammenbruch des Regimes gespielt hat.

Um diese Schieflage in der Forschung zu korrigieren, muss in diesem Buch die gesamte Periode abgedeckt werden, in der die SA aktiv war: von 1921, als die Sturmabteilung in München ins Leben gerufen wurde, bis 1945, als sie im Zuge der militärischen Niederlage Deutschlands zu existieren aufhörte.⁷⁸ Zudem sind das Phänomen der «Übergangsjustiz» (*transitional justice*) in den Besatzungszonen nach 1945 und die Rechtsprechung in den beiden 1949 gegründeten deutschen Staaten darauf zu untersuchen, wie sie sich auf die Geschichtsschreibung über die SA in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg ausgewirkt haben. Erst in diesem weiten zeitlichen und räumlichen Untersuchungsrahmen lässt sich die Bedeutung der SA in der Gesellschaftsgeschichte des Nationalsozialismus neu bestimmen.

Während wissenschaftliche Studien zur Geschichte des Nationalsozialismus, des Zweiten Weltkriegs und des Holocaust in so grosser Zahl vorliegen, dass heute selbst Spezialisten nicht mehr behaupten würden, diese Literatur vollständig zu überblicken,⁷⁹ ist das Angebot an Arbeiten, die sich gezielt mit der SA befassen, überraschend überschaubar. Abgesehen von der vor allem in den 1980-

er Jahren geführten Kontroverse um die soziale Zusammensetzung der SA – überwiegend proletarisch oder bürgerlich? – kommen die vorliegenden Studien zu recht einheitlichen Einschätzungen über den Charakter der Organisation.⁸⁰ Sie konzentrieren sich dabei fast ausschliesslich auf die Zeit zwischen Mitte der 1920er Jahre und 1934, wobei die Aktionsformen der SA und deren politische Auswirkungen im Zentrum der Analyse stehen.⁸¹ Ein frühes und in der Bewertung typisches, sprachlich allerdings ungewöhnlich farbiges Beispiel ist das Bild, das Ernst Niekisch in seinem 1953 in der Bundesrepublik Deutschland erschienenen Buch *Das Reich der niederen Dämonen* von der SA zeichnete. Er charakterisierte die SA darin als

eine Gegenauslese; sie zog alle Existenzen an, in denen etwas faul und morsch war. In der SA enthielten alle verbrecherischen Neigungen einen freien Auslauf. Die SA-Kasernen waren Lasterhöhlen; Arbeitsscheue, Säufner, Lebensbankrotteure, Homosexuelle, Raufbolde, Totschläger brüteten hier jene finsternen Anschläge aus, mit deren Hilfe Deutschland «erweckt» werden sollte. [...] In der Qualität der braunen Haufen, in denen die Söhne des deutschen Bürgertums auf den Stil der Unterwelt gedrillt wurden, stellte sich der trostlose menschliche Niedergang dieses Bürgertums dar.⁸²

Der einstige «Nationalbolschewist» Niekisch, von den Nationalsozialisten 1937 inhaftiert, war nach dem Krieg auf eine Professur für Soziologie an der Ost-Berliner Humboldt-Universität berufen worden. Der Zorn und Hass, den er persönlich gegen seine einstigen Peiniger empfand, korrespondierte mit den politischen Lehrmeinungen seiner Zeit, zumindest was die Sturmabteilung betraf. Sowohl das Bildungsbürgertum in der Bundesrepublik als auch die politische Elite in der DDR sahen in der SA, ihrer Gewalttätigkeit und Skrupellosigkeit eine der Grundfesten der faschistischen Herrschaft. Begründet wurde diese Sichtweise jedoch unterschiedlich: In der Bundesrepublik diente die Beschäftigung mit der SA-Gewalt oft dazu, den Nationalsozialismus als eine fehlgeleitete politische Ideologie und als «Herrschaft des Pöbels» abzuqualifizieren. In dieser Deutung schwangen eindeutig apologetische Töne mit, da man einen Gegensatz konstruierte zwischen der angeblich verkommenen SA und dem deutschen Bürgertum, das sich vermeintlich bemüht hatte, nationalsozialistische «Exzesse», wo immer es ging, einzudämmen oder gar zu verhindern. Indem die SA und ihre Mitglieder als «fanatische Nazis» porträtiert wurden, wirkten selbst Unterstützer des Regimes und sogar «gewöhnliche» Parteimitglieder vergleichsweise harmlos. Nicht wenige

Nationalsozialisten der letzteren Kategorie hielten sich jetzt zu gute, allenfalls «taktische» oder sogar «aufrechte» Nazis gewesen zu sein. In der DDR stellte sich die Situation in den unmittelbaren Nachkriegsjahren ambivalenter dar. Die neuen Machthaber liessen insbesondere SA-Gewalttaten, die in den frühen 1930er Jahren begangen worden waren, streng verfolgen und mitunter auch in Schauprozessen ahnden, insbesondere dann, wenn sich die Verbrechen gegen Kommunisten gerichtet hatten. Doch bereits in den frühen 1950er Jahren dominierte die Strategie, die Masse der einstigen Braunhemden für das neue sozialistische Staatswesen zu gewinnen, was die strafrechtliche Verfolgung von SA-Verbrechen beinahe zum Erliegen brachte. In beiden deutschen Staaten herrschte zumindest bis in die 1970er Jahre die Tendenz vor, die SA-Männer einseitig als tumbe Gewalttäter zu brandmarken. In den Augen des einflussreichen Journalisten und Publizisten Joachim Fest, der stellvertretend für die konservativen Intellektuellen der Bundesrepublik zitiert sei, war die SA letztlich nur eine notdürftig getarnte kriminelle Bande, ein «Ringverein mit politischem Akzent».⁸³ Mit einem ähnlichen Zungenschlag charakterisierte der Historiker Hans Buchheim die «SA-Rowdies» als «die vollkommenste Form einer abartigen soldatischen Tradition».⁸⁴ Und der US-amerikanische Historiker William L. Shirer behauptete sogar mit unüberhörbar homophobem Zungenschlag, dass viele SA-Führer «berühmte homosexuelle Perverse» gewesen seien.⁸⁵

Solche negativen Beurteilungen verraten mehr über die Voreingenommenheit der Nachkriegsgeschichtsschreibung als über die sozialen Realitäten in der SA. Im Gegensatz zu den zitierten Würdigungen betonte eine 1931 angefertigte polizeiliche «Denkschrift über Kampfvorbereitung und Kampfgrundsätze radikaler Organisationen», dass in der SA «zweifellos eine Menge wertvollen Menschenmaterials» vorhanden sei und es unter ihren Kommandeuren «hoch qualifizierte Führer» gebe.⁸⁶ Der «Nationalrevolutionär» Karl Otto Paetel, der das «Dritte Reich» im Exil überlebte und später das bundesdeutsche Publikum mit den amerikanischen Beatnik-Poeten bekannt machte, vertrat eine mittlere Position. Er erklärte 1965, die Beschäftigung mit der SA dürfe sich nicht auf die Rekonstruktion ihrer «Verwaltungs- und Befehlsstrukturen» beschränken. Seiner Überzeugung nach komme es vielmehr darauf an, eine profunde Antwort auf die Frage zu geben, wie sich unter einem solchen «administrativen Wust» zweierlei Typen von SA-Männern herausbilden und miteinander auskommen konnten: die «Idealisten» und diejenigen, denen er die «Dschungelmentalität sadistischer Rowdys» attestierte.⁸⁷ Er benannte damit eine Herausforderung, vor der die Historiker nach wie vor stehen, nicht zuletzt weil «Idealisten» und «Sadisten» in der

SA – um für den Moment an Paetels Terminologie festzuhalten – schon von den Zeitgenossen schwer zu unterscheiden waren und in der historischen Rückschau noch schwerer zu identifizieren sind.

Seit 1970 sind mehrere wichtige Arbeiten über die SA erschienen, die neue Akzente gesetzt haben. Während in der oben erwähnten frühen Literatur in der Regel der «verbrecherische Charakter» der SA hervorgehoben wurde – angesichts der Tatsache, dass bis in die späten 1950er Jahre viele Deutsche den Nationalsozialismus als eine im Prinzip gute Sache betrachteten, die leider aus dem Ruder gelaufen sei, eine durchaus wichtige volkspädagogische Aufgabe –,⁸⁸ nahmen die Autoren der neueren Arbeiten die soziale Zusammensetzung der SA, ihr Agieren als politische Organisation und die Mentalität ihrer Mitglieder genauer in den Blick. Bahnbrechende Arbeiten – von Peter Merkl über das Selbstverständnis der SA-Männer, von Mathilde Jamin über das SA-Führerkorps und seine Probleme nach dem «Röhm-Putsch» und von Richard Bessel über den Aufstieg und die politische Gewaltkultur der SA in Schlesien vor 1933 – sind zu Fixsternen geworden, an denen sich die Forschung noch immer orientiert. Peter Longenrichs 1989 veröffentlichtes Standardwerk über die politische Geschichte der SA markiert den vorläufigen Endpunkt dieses in den 1970er und 1980er Jahren neu erwachten Interesses.⁸⁹

Seit den 1990er Jahren haben sich drei neue Forschungsschwerpunkte der SA-Geschichtsschreibung entwickelt. Erstens erschien eine Reihe von Arbeiten, die etablierte sozialgeschichtliche Ansätze mit der jüngeren Gewaltgeschichte verbinden. In diesen Studien wird oft aus praxeologischer und mikrogeschichtlicher Perspektive argumentiert, zuweilen sind sie auch komparativ ausgerichtet. In ihnen wird hervorgehoben, dass SA-Verbände «Gewaltgemeinschaften» waren, die ein spezifisches Lebensgefühl zusammenhielt, das zwischen Exzess und Disziplinierung changierte.⁹⁰ Sven Reichardt's 2002 veröffentlichte Dissertationsschrift, in der die deutsche SA mit den italienischen *squadristi* verglichen wird, gab hier wichtige Impulse und prägte die Forschung der nachfolgenden Jahre entscheidend.⁹¹ Zweitens wurden in vielen Regional- und Lokalstudien zur nationalsozialistischen Machtübernahme sowie in Arbeiten über die deutsche Polizei, die deutsche Justiz und die frühen Konzentrationslager wichtige Teilaspekte der SA-Geschichte genauer untersucht.⁹² In diesem Zusammenhang sind auch die biografischen Bücher zu nennen, in denen Autoren die Geschichte von Familienmitgliedern mit SA-Vergangenheit aufgearbeitet haben. Zumeist aus persönlichen Mitteilungen und Dokumenten schöpfend, enthalten diese Studien oft wichtige Informationen über die Beweggründe des Einzelnen für sein Engagement bei der Sturmabteilung – Informationen, wie man sie in staatlichen Ar-

chiven nur selten findet.⁹³ Drittens sind in zunehmendem Masse Arbeiten entstanden, die von der «neuen Kulturgeschichte» inspiriert sind. Die Autoren dieser Studien interessieren sich etwa für die «Körperbilder» der SA- und SS-Männer, oder sie analysieren nationalsozialistische Rituale und Symbole, besonders den für faschistische Ideologien so charakteristischen Märtyrer- und Totenkult.⁹⁴ Wieder andere Autoren erforschen den Paramilitarismus der Zwischenkriegszeit unter besonderer Berücksichtigung seiner geschlechtergeschichtlichen Dimension, nehmen das Klischee des «schwulen Nazis» kritisch unter die Lupe oder bemühen sich um eine Neubewertung der Beziehungen zwischen NS-Anhängern und den Kirchen.⁹⁵

Neue Perspektiven

Ohne Frage ist die SA kein Stiefkind der historischen Forschung, und dennoch liegt bislang keine umfassende Gesamtdarstellung ihrer Geschichte vor. Hier setzt das vorliegende Buch an, in dem die zahlreichen und mitunter disparaten Forschungsergebnisse der letzten Jahrzehnte mit neuen Erkenntnissen, die auf Basis von Recherchen in mehr als einem Dutzend staatlicher, regionaler und lokaler Archive in mehreren Ländern gewonnen wurden, verbunden werden. Auf diese Weise soll ein deutlicheres und ausgewogeneres Bild als das bislang verbreitete entstehen.⁹⁶ Es ist mein Anspruch, hier die erste umfassende Geschichte der Sturmabteilung vorzulegen, die zumindest partiell eine Neubewertung des Stellenwerts der SA für die Geschichte des «Dritten Reichs» vornimmt. Dass ein solcher Ansatz Potential hat, lässt sich anhand mehrerer Aspekte demonstrieren.

Zunächst ist hervorzuheben, dass die Geschichte der SA – wie bereits erwähnt – bislang nur für die Zeit bis zum Sommer 1934 gründlich erforscht ist. Zwar hat der amerikanische Historiker Bruce Campbell seine Berufskollegen schon vor mehr als zwanzig Jahren in einem wegweisenden Aufsatz ermahnt, die SA der späteren Jahre nicht aus den Augen zu verlieren, doch haben das bislang nur wenige beherzigt.⁹⁷ Da die historiografische Aufmerksamkeit überwiegend dem Gewalthandeln der SA in der zweiten Hälfte der Weimarer Republik galt – der «Systemzeit», wie die Nationalsozialisten diese Jahre abfällig nannten –, blieben zwei Aspekte ihrer Geschichte weitgehend im Dunkeln: erstens die Tatsache, dass die SA nicht nur die «Nacht der langen Messer» Überstand, sondern dass ihr in den späten 1930er Jahren sogar ein partielles Comeback gelang; und zweitens das Ausmass, in dem diese Organisation den Nazis als Instrument für die Durch-

dringung der deutschen Gesellschaft diene. 1939, unmittelbar vor Beginn des Zweiten Weltkriegs, hatte die SA noch mehr als 1,3 Millionen Mitglieder – und damit rund dreimal so viele wie 1932.⁹⁸ Politische Mobilisierung durch Gewalt und disziplinarische Integration in die SA blieben Kennzeichen der nationalsozialistischen «Volksgemeinschaft» bis 1945. Über den Begriff «Volksgemeinschaft» und seine Angemessenheit als historische Kategorie haben Historiker in den letzten Jahren intensiv gestritten. Einig ist man sich nur, dass «Volksgemeinschaft» eine seinerzeit höchst populäre politische Verheissung war, aber niemals eine gesellschaftliche Realität. Die SA wurde von den Wortführern der verschiedenen Lager nur wenig beachtet. Vor diesem Hintergrund ist die vorliegende Arbeit nicht nur ein empirischer Beitrag zur Volksgemeinschaftsdebatte, sondern auch ein kritischer Kommentar zu ihren vorläufigen Resultaten.»

Eine Perspektive, die die Geschichte der SA in der Weimarer Republik ebenso einschliesst wie ihre Entwicklung im «Dritten Reich», erleichtert es zudem, sie in einen vergleichenden und transnationalen Kontext zu stellen.¹⁰⁰ Nicht nur die frühen Jahre der SA müssen vor dem Hintergrund des weissen Terrors, der nach dem Ersten Weltkrieg weite Teile Mitteleuropas überzog, und der Machtübernahme Mussolinis in Italien 1922 gesehen werden. Auch die zunehmende transnationale Dimension der SA in den 1930er Jahren gilt es zu berücksichtigen. Aspekte dieser Geschichte handeln von der sogenannten Österreischen Legion, einem Seitenzweig der SA, der sich aus österreichischen Nationalsozialisten zusammensetzte, die in den Jahren vor dem «Anschluss» von 1938 Zuflucht im Reich gefunden hatten,¹⁰¹ und vom geografischen Ausgreifen der SA in die dem «Dritten Reich» angegliederten Territorien in den späten 1930er Jahren. 1942 fanden sich SA-Einheiten nicht nur auf dem Territorium des ehemaligen tschechoslowakischen Staates, sondern auch im Elsass, in Slowenien, im Warthegau und im Generalgouvernement, also dem von Deutschen besetzten, aber nicht annektierten Teil der Zweiten Polnischen Republik. Die Geschichte der SA in diesen Regionen ist praktisch unbekannt. Sie eröffnet wichtige Einsichten in die Probleme nationalsozialistischer Germanisierungspolitik, also die «Eindeutschung» der Bewohner dieser Regionen, sofern dies nach den kulturellen und rassischen Massstäben der Nazis oder einfach nur aus pragmatischen Gründen geboten schien. Meine Analyse ergänzt damit die bereits vorliegenden Arbeiten, die sich mit der SS, dem Auswärtigen Amt und diversen anderen, mit Fragen der deutschen Kolonisierung befassten Behörden beschäftigten.¹⁰² Die SA hatte mittels ihrer «SA-Diplomaten» – Männer aus den höchsten Rängen der SA, die in den frühen 1940er Jahren als deutsche Gesandte in die Hauptstädte der deutschen Vasallenstaaten im Südosten Europas geschickt wurden – sogar Ein-

fluss auf die deutsche Aussenpolitik. Diese SA-Generäle waren versierte Gewaltexperten und direkt an der Durchführung des Holocaust in den jeweiligen Ländern beteiligt.

Schliesslich: Das Ausmass der physischen Gewalt, die die SA ausübte, war sicherlich enorm, besonders im Jahr der nationalsozialistischen Machtübernahme 1933. Es stach aber im internationalen Vergleich – jedenfalls gemessen an den anderen Beispielen extremer Massengewalt im 20. Jahrhundert – nicht hervor.¹⁰³ Am Beispiel der SA lässt sich jedoch besonders gut zeigen, warum die Ausübung von Gewalt in bestimmten Milieus und zu bestimmten Zeiten gerade für junge Männer anziehend war und ist. Ganz abgesehen davon, dass Gewalt einen wesentlichen Faktor menschlichen Zusammenlebens darstellt, bringt ihre Anwendung auch erheblichen potentiellen Nutzen. Gewalthandeln ist oftmals «zielgerichtet rational».¹⁰⁴ In einer kapitalistischen Moderne, die nicht nur fortwährend wirtschaftliche Gewinner und Verlierer produziert, sondern dem Einzelnen auch wenig Möglichkeiten bietet, Gefühle der kollektiven Begeisterung und Zugehörigkeit zu erleben, kann die gemeinschaftliche Ausübung von Gewalt durchaus attraktiv sein, wie etwa der Philosoph und Literaturwissenschaftler Jan Philipp Reemtsma argumentiert hat.¹⁰⁵ Sie sei so etwas wie eine Ausbruchstrategie, bei der bürgerliche Vorstellungen, die etwa auf durchdachter Lebensplanung und Unterordnung unter eine angeblich universelle, verbindliche Sittlichkeit beruhen, zugunsten des erhebenden Gefühls von Freiheit (zu zerstören), der individuellen Ermächtigung und der Eröffnung ungeheurer Gewinnchancen (im materiellen wie im spirituellen Sinn) zur Seite gedrängt würden. Gewalt kann demzufolge einen Lustgewinn spezieller Art erzeugen, der gerade dann einen besonderen Reiz entfaltet, wenn sich auf absehbare Zeit tatsächlich oder auch nur vermeintlich keine Alternativen bieten.¹⁰⁶ Insofern war es nur konsequent, dass politische Denker wie Karl Marx und Friedrich Engels, die nicht an die Reformierbarkeit des Kapitalismus glaubten, revolutionäre Gewalt als «Hebamme der Geschichte» und als legitimes «Werkzeug» neuer sozialer Bewegungen, die auf die Überwindung erstarrter politischer Verhältnisse zielten, akzeptierten.¹⁰⁷ Dieser Punkt lässt sich verallgemeinern: Wenn sich die vorübergehende «Ermächtigung» des Einzelnen mittels Gewalt zur Erreichung höherer Zwecke rechtfertigen lässt – etwa als Dienst an der Nation oder um den Willen Gottes durchzusetzen (ideal ist eine Kombination von beidem) –, dann werden diejenigen, die diese Gewalt ausüben und für sich selbst legitimieren, von einer relativ stabilen alternativen Gruppenidentität profitieren. Diese Identität steht nicht notwendigerweise auf schwächeren Füßen als die etablierte Moralordnung, gegen die sie sich wendet.¹⁰⁸

Zwei Seiten der Gewalt

In diesem Buch wird gezeigt, dass die Ausübung von Gewalt durch die SA in vielfacher Weise das Resultat von zweckrationalen, auf Selbstermächtigung zielenden Willensentscheidungen darstellte. Allerdings war nichts an dieser Gewalt spezifisch für die SA-Männer in den 1920er und 1930er Jahren – weder der Besitz potentiell tödlicher Waffen, die Widersacher das Fürchten lehrten und zugleich den Status ihrer Benutzer erhöhten, da sie sich als Träger solcher Waffen von der «normalen» Gesellschaft und ihren Werten abgegrenzt wählten, noch das ausgefeilte und sehr geschickt eingesetzte Propaganda-Arsenal, das den gewaltbereiten Einzelnen ermunterte, sich als moderner Kreuzritter im Dienste der Nation und Gott zu verstehen, ermächtigt den Kampf gegen die «Ungläubigen» zu führen. Es handelt sich bei dem vorliegenden Buch um eine historische Arbeit, daher ist die Untersuchung auf einen spezifischen Gegenstand – die SA als Organisation und Personenverband in einer bestimmten Zeitspanne – fokussiert. Sie kann daher nicht den Status einer Studie beanspruchen, in der auf systematische Weise Spielarten und Organisationsformen der Gewalt bis zum heutigen Tag einer vergleichenden Analyse unterzogen würden. Trotz dieser Einschränkung ist die Geschichte der SA in vielfacher Weise anschlussfähig. Sie steht paradigmatisch für die Art und Weise, wie im 20. Jahrhundert Politik, Medienberichterstattung, Gewalt und selbst organisierter Aktivismus ineinandergriffen.

Angesichts dieses umfassenden Anspruchs sind einige zusätzliche methodologische Erläuterungen angebracht. Der Schwerpunkt dieses Buches liegt auf der Gewalt und ihren persönlichen, strategischen und kulturellen Implikationen, doch handelt es auch von der Integrationskraft, die eine Organisation wie die SA zu entfalten vermochte. Mein besonderes Augenmerk wird der Mobilisierung durch Gewalt und der disziplinarischen Integration gelten. Bei der SA waren beide Phänomene untrennbar miteinander verknüpft. Die NS-Bewegung nutzte Gewalt sowohl als Mittel zur Mobilisierung ihrer Anhänger und zur Bekämpfung ihrer Feinde als auch zur Einschüchterung der Bevölkerung im Allgemeinen und zur Disziplinierung ihrer Parteiaktivisten im Besonderen. Herrschte der erstgenannte Gebrauch von Gewalt in den Jahren bis 1933/34 vor, so trat in den späteren Jahren des «Dritten Reiches» der zweite in den Vordergrund. Aber auch dann noch schwangen in Prozessen der disziplinarischen Integration durch Gewalt immer auch Elemente der Mobilisierung mit – und umgekehrt war die frühere Phase die Mobilisierung durch Gewalt oft mit disziplinarischem Druck auf die Fusstruppen der SA verbunden.¹⁰⁹

Die Geschichte der Gewalt hat in den letzten zwanzig Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen.¹¹⁰ Insbesondere die Periode zwischen 1914 und 1945, von manchen Historikern auch als «europäischer Bürgerkrieg» bezeichnet, ist unter diesem Aspekt von der Zeitgeschichtsschreibung umfassend analysiert worden – nicht nur wegen der beiden Weltkriege mit ihrem extrem hohen Mass an Zerstörung und menschlichem Leid, sondern auch wegen der sich bekämpfenden Ideologien des Kommunismus und des Faschismus, die beide dem politischen Liberalismus den Kampf angesagt hatten.¹¹¹ Der Nationalsozialismus als die deutsche Spielart des Faschismus – oder, präziser, der «autoritären Rechten» – ist ein fester Bestandteil im Feld der transnationalen und komparativen Studien über autoritäre, faschistische und extrem nationalistische Bewegungen und Regime im Europa der Zwischenkriegszeit, die ihrerseits ältere totalitarismustheoretisch geleitete Studien abgelöst haben.¹¹² Auch die Praxisformen der politischen Gewalt, die diese Bewegungen ausgeübt haben, sind inzwischen in zunehmendem Umfang Gegenstand von komparativen und transnationalen Studien geworden.¹¹³ Tatsächlich wird die Geschichte des Nationalsozialismus – zumindest die seiner Frühphase – heute eher als Variante eines europäischen Phänomens und weniger als Beleg für einen «Sonderweg» der modernen deutschen Geschichte interpretiert. Dieser wurde für Jahrzehnte mit dem vermeintlich fortschrittlichen Entwicklungspfad in anderen westlichen Ländern kontrastiert, ein Denkmodell, das insbesondere die einflussreiche sozialgeschichtlich ausgerichtete «Bielefelder Schule» vertrat.¹¹⁴ Ähnlichkeiten hervorzuheben bedeutet jedoch nicht, Unterschiede zu ignorieren. Mit Errichtung des «Dritten Reiches» entfaltete der Nationalsozialismus eine exzessive Gewalttätigkeit. Er radikalisierte sich im Verlauf des Zweiten Weltkriegs ein weiteres Mal, als er ein Massenvernichtungsprogramm von nie dagewesener Grössenordnung ins Werk setzte: Millionen Menschen, vor allem die europäischen Juden, wurden vom Regime für «unerwünscht» erklärt, verklavt und ermordet.¹¹⁵

In dem vorliegenden Buch folge ich dem transnationalen Trend in der Geschichtsschreibung, ohne jedoch die spezifisch nationalen Charakteristika der SA aus dem Blick zu verlieren. Analysiert werden die sich wandelnden Muster der SA-Gewalt und deren Auswirkungen von den Anfangsjahren der Organisation als paramilitärischer Wehrverband über ihre Hochphase als gewalttätige soziale Bewegung bis in die Jahre des NS-Regimes hinein, als die SA sich zu einer Massenorganisation mit hilfspolizeilichen Aufgaben entwickelte, während ihr politischer Einfluss zurückging.¹¹⁶ Diese unterschiedlichen Entwicklungsstadien bezeichne ich zuweilen auch als die erste (1920/21-1923), zweite (1925/26-1933/34) und dritte SA (1934-1945).

Methodisch stützt sich meine Untersuchung vor allem auf praxeologische Analysen realer Gewaltereignisse. Sven Reichardt hat am Beispiel des Faschismus der Zwischenkriegszeit bereits überzeugend demonstriert, dass diese Methode geeignet ist, bei der Erforschung sozialen Handelns Struktur und Ereignis sowie Ideologie und Alltagspraxis zu verbinden. Eine Analyse des Routinehandelns der SA-Männer, ihrer kollektiv geteilten Weltanschauungen und der «subjektiven Sinnzuschreibungen», mit denen sie ihre Taten vor sich selbst rechtfertigten, bietet die Möglichkeit zu rekonstruieren, wie «Vergemeinschaftung» in der SA funktionierte.¹¹⁷ Dabei wird zugleich eines der zentralen Argumente Reichardts, wonach in der SA ein unauflöslicher Zusammenhang zwischen der Ausübung von Gewalt und der Schaffung eines Gemeinschaftsgefühls bestand, kritisch überprüft.¹¹⁸ Dies ist schon deshalb wichtig, weil Reichardt sich in seiner Analyse fast ganz auf die kurze Phase zwischen den späten 1920er und den frühen 1930er Jahre konzentriert hat. Vor diesem Hintergrund ist zu klären, inwieweit die Beobachtungen Reichardts auch den Realitäten der dritten SA entsprechen – oder anders gesagt, ob in der Geschichte der Sturmabteilung Umbrüche oder Kontinuitäten vorherrschten.

Die von der SA praktizierte Gewalt hatte physische, psychologische, kulturelle und strukturelle Elemente.¹¹⁹ Während die beiden erstgenannten Formen intuitiv zu verstehen sind – physische Gewalt ist ein direkter körperlicher Angriff auf einen anderen Menschen, psychologische Gewalt der bewusste Versuch, jemandem seelischen Schaden zuzufügen –, sind kulturelle und strukturelle Gewalt sowie Formen symbolischer Gewalt viel schwerer zu definieren und noch schwerer in der historischen Rückschau zu bewerten. Um die letztgenannten Gewaltformen zu verstehen, reicht es nicht aus, die Schädigungsabsichten zwischen konkreten Personen zu evaluieren, da diese Gewalt immer auch das Ergebnis allgemeinerer sozialer und politischer Prozesse ist.¹²⁰ Strukturelle, kulturelle und symbolische Gewalt wirkt auf Täter wie auf Opfer ein, weshalb eine klare Abgrenzung dieser Kategorien schwierig sein kann, ebenso die Zuschreibung von Schuld im Einzelfall.

Über die praktischen Probleme hinaus möchte ich an zwei knappen Beispielen deutlich machen, warum für diese Arbeit ein weiter Gewaltbegriff – der eben jene kulturellen und symbolischen Dimensionen umfasst – nötig ist. Ein öffentlicher Aufmarsch der SA durch ein Arbeiterviertel um 1930 war sowohl nach der Absicht seiner Organisatoren als auch in den Augen ihrer politischen Gegner eine gewalttätige Provokation, selbst wenn dabei niemand körperlich zu Schaden kam. Einige Jahre später, als sich die NS-Diktatur gefestigt hatte, reichte schon das bloße Auftauchen einer Gruppe uniformierter SA-Männer aus, um Regime-

gegner oder auch unbeteiligte Passanten einzuschüchtern.¹²¹ Es handelte sich dabei um mehr als nur eine symbolische Besetzung des öffentlichen Raums. Jeder Zeitgenosse wusste, wie schnell eine marschierende SA-Kohorte zum Mittel körperlicher Gewalt greifen konnte, und auch, dass für die Opfer von SA-Gewalt eine Beschwerde bei der Polizei oder der Justiz nicht nur wenig erfolgversprechend war, sondern sogar neue Gefahr heraufbeschwor.¹²² Dieses strukturelle Element der SA-Gewalt, die «Aktionsmacht» ihrer Mitglieder,¹²³ zeigte bis zum Ende des «Dritten Reiches» Wirkung. Im Anschluss an Thomas Kühne, der argumentiert hat, dass im «Dritten Reich» selbst bei scheinbar harmlosen Kategorien wie «Kameradschaft» eine hochgradig aggressive und letzten Endes genozidale Tendenz mitschwang,¹²⁴ werden in der vorliegenden Studie daher die «handfesten» Aspekte der von der SA ausgeübten Gewalt erfasst, wie sie etwa in der Presseberichterstattung, in Gerichtsakten oder Memoiren dokumentiert sind. Darüber hinaus werden aber auch die weniger spektakulären Formen SA-typischer Geselligkeit und Kameradschaft im Hinblick darauf untersucht, in welchem Mass sie zu einem gesellschaftlichen Klima beitrugen, in dem Zugehörigkeit ohne die Ausgrenzung anderer nicht mehr zu haben war. Auf die Sicherheiten, die in Friedenszeiten den Umgang der Menschen miteinander strukturiert hatten, konnte man in diesem Klima der Angst nicht bauen.¹²⁵ Während die Eruptionen physischer SA-Gewalt nach der Konsolidierung der NS-Diktatur 1934 zunächst relativ begrenzt blieben – wobei aus den oben genannten Gründen anzunehmen ist, dass Gewaltvorfälle mit SA-Beteiligung tatsächlich häufiger vorkamen, als es Polizei- und Justizakten dokumentieren –, wurde die psychologische und kulturelle Gewalt, die von der Sturmabteilung im Zusammenwirken mit anderen NS-Institutionen ausging, als permanente Bedrohung wahrgenommen. Nicht zuletzt daraus erklärt sich die fortdauernde Wirkmacht und prägende gesellschaftliche Rolle der SA im «Dritten Reich».

Sich bei der historischen Analyse allein auf die Täter und die Strukturen, in denen sie operierten, zu konzentrieren, wäre jedoch immer noch unzureichend. Ein Buch über die SA ist ipso facto auch ein Buch über all jene, die ihrer Gewalt ausgesetzt waren – selbst, wenn im Folgenden in erster Linie die Absichten, Taten und Einstellungen derjenigen, die in der SA aktiv waren, untersucht werden. Gewalt zum Objekt geschichtlicher Forschung zu machen heisst keinesfalls, sie zu entschuldigen; und dennoch führt dieser Fokus unvermeidlich zu einer Art Annäherung. Ich habe mich bemüht, mir dieser Zusammenhänge bei den Recherchen und beim Verfassen des Manuskripts stets bewusst zu sein.¹²⁶

Der Gang der Untersuchung

Die zehn Kapitel dieses Buches sind sowohl chronologisch als auch thematisch angeordnet und in vier Abschnitte unterteilt. Der erste Teil, der die Kapitel 1 bis 3 umfasst, gibt einen Überblick über die frühe SA, von ihrer Gründung 1920/21 in München bis zu ihrer Verwandlung in eine von der NSDAP kontrollierte soziale Bewegung zehn Jahre später. Ich analysiere in diesem Teil die organisatorische und politische Geschichte der SA im Licht der zunehmend antagonistischen und von Hass und Missachtung geprägten politischen Kultur der Weimarer Republik. Ohne die Erfahrungen des Ersten Weltkriegs, von Zusammenbruch und Revolution, und ohne die paramilitärischen Aktivitäten der Nachkriegsjahre wäre der phänomenale Aufstieg der SA nicht möglich gewesen, doch diese situativen Bedingungen allein können ihre «Erfolgsgeschichte» zwischen 1926 und 1933 nicht erklären. Es gilt also, die institutionelle und politische Geschichte der SA mit einer Studie der Alltagsgewalt – sowohl der handgreiflichen als auch der rhetorischen Art – zu verbinden. Zwischen beiden Formen der Gewalt bestand eine enge Verflechtung. Anhand exemplarischer Analysen von politischen Zusammenstößen, die sich von den späten 1920er Jahren an vervielfachten, sollen daher die Mechanismen der Strategie der Nationalsozialisten offengelegt werden, die im Wesentlichen auf der kommunikativen Dimension von Gewalt und Terror basierte. Zudem wird die Bedeutung der SA für die Erfolge der NSDAP an den Wahlen einer Neubewertung unterzogen und vor diesem Hintergrund auch die zunehmende Unzufriedenheit innerhalb der Sturmabteilung mit dem vorgeschützten «legalistischen Kurs» der Partei herausgearbeitet. In diesem ersten Teil geht es weiterhin um die politischen Motive und das Selbstverständnis der oppositionellen Gruppierungen innerhalb der SA, die eng mit den Brüdern Gregor und Otto Strasser sowie dem Berliner SA-Führer Walther Stennes verbunden sind. Ein genauerer Blick auf die Geschichte der SA bis 1933 zeigt keinen zwangsläufigen «Marsch zur Macht», wie es die Parteipropaganda suggerierte, sondern einen eher holprigen Pfad voller Kurven und Abzweigungen, gesäumt von Konflikten und internen Querelen.

Im zweiten Teil des Buches, der die Kapitel 4 und 5 umfasst, wird die entscheidende Rolle der SA bei der Etablierung der NS-Diktatur untersucht. Bis zum Sommer 1934 war die SA das wichtigste Werkzeug der Nationalsozialisten bei der Einschüchterung und Ausschaltung ihrer politischen Gegner. Obwohl in den vergangenen dreissig Jahren zahlreiche Lokal- und Regionalstudien zu diesem SA-Terror erschienen sind, fehlt es noch immer an einer wissenschaftlichen Gesamtschau, die über die bloße Schilderung bestimmter Verbrechen und Lebens-

läufe hinaus eine Synthese der Formen und Ziele der parapolizeilichen Gewalt der SA liefert.¹²⁷ Hier soll daher im Detail gezeigt werden, welche Bedeutung der SA-Gewalt für den politischen Wandel in Deutschland, die Auflösung der Republik und die Etablierung der NS-Diktatur zukam. Exemplarische Fallstudien werfen Schlaglichter auf die Interaktion der SA mit der Führung von NSDAP, Polizei und Justiz. Sie verdeutlichen, dass die SA-Gewalt in dieser Phase schwer zu kontrollieren war und sogar jenen gefährlich werden konnte, die in den Jahren zuvor zum Aufkommen einer politischen Gewaltkultur beigetragen hatten. Des Weiteren wird analysiert, wie der einzelne Sturmabteilungsmann seinen Gewalttaten Sinn zuschrieb – zur eigenen wie auch zur Legitimierung anderer Mitglieder seiner Gruppe – und was diese Sinnzuweisungen über das allgemeinere Zeit- und Weltverständnis der Nationalsozialisten aussagen. Da sowohl individuelle Perspektiven als auch die systemischen Auswirkungen der SA-Gewalt analysiert werden, ergeben sich ein vollständigeres Bild der SA und ein besseres Verständnis darüber, wie sich die Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur vollzog. Den Abschluss des zweiten Teils bildet ein Kapitel über die Ermordung Röhm's, mehrerer Dutzend weiterer hochrangiger SA-Führer sowie prominenter Gegner des Nationalsozialismus Anfang Juli 1934 im Zuge jener Operation, die meist als «Röhm-Putsch» oder «Nacht der langen Messer» bezeichnet wird. Diese Morde sind von der Justiz und Geschichtswissenschaft schon vergleichsweise früh untersucht worden. Das entsprechende Kapitel stützt sich auf die neuere Forschung und bewertet die entsprechenden Vorgänge unter besonderer Berücksichtigung ihrer mittel- und langfristigen Wirkung.

Im dritten Teil, der die Kapitel 6 bis 9 umfasst, gehe ich der Frage nach, inwiefern die SA nicht nur die Liquidierung eines erheblichen Teils ihrer Führungskader überstand, sondern auch welchen Beitrag sie zur Militarisierung der Gesellschaft in den darauffolgenden Jahren leistete und wie stark sie in die Vorbereitungen auf den Zweiten Weltkrieg eingebunden war. Bis heute ist über die SA in dieser Periode wenig geschrieben worden, abgesehen von Beiträgen zu den von ihr massgeblich zu verantwortenden antisemitischen Ausschreitungen in Deutschland und später in Österreich. Im sechsten Kapitel wird nachgewiesen, dass man die Aufmerksamkeit nicht nur auf die mitunter spektakulären Gewaltexzesse richten sollte, wenn man ein umfassendes Bild der SA und ihrer politischen und sozialen Bedeutung zwischen 1934 und 1939 gewinnen will. Auch die strukturellen Aspekte der Umwandlung der SA in eine Massenorganisation, die die deutsche Gesellschaft auf mehreren Ebenen durchdrang, sind zu berücksichtigen. Von Mitte der 1930er Jahre an wurden die SA-Männer zunehmend mit paramili-

tärischen Aufgaben betraut, vor allem im Zusammenhang mit dem «Anschluss» Österreichs, der Zerschlagung der Tschechoslowakei und der Eingliederung des Memellandes. Daran anknüpfend wird im siebten Kapitel herausgearbeitet, dass die SA-Führung seit den 1930er Jahren Siedlungspläne für das östliche Europa entwarf, eine Aufgabe, die sie später an die SS abtreten musste. In den Kriegsjahren, die im Zentrum des achten Kapitels stehen, litt die SA darunter, dass die Mehrheit ihrer Mitglieder – und zwar vorwiegend die jungen – zur Wehrmacht eingezogen wurden. Es gab sogar militärische Einheiten, insbesondere die SA-Standarte Feldherrnhalle, die sich ganz überwiegend oder gar ausschliesslich aus SA-Männern rekrutierten. Das frühe nationalsozialistische Konzept des «politischen Soldaten» erlebte in dieser Periode eine Neuinterpretation: Der SA-Mann bekämpfte den Bolschewismus jetzt nicht mehr auf den Strassen und in den Kneipen des Deutschen Reiches, sondern in den Weiten Russlands. Im anschliessenden neunten Kapitel wird erstmalig eine gründliche Analyse der Aufgaben und der Tätigkeit jener hochrangigen SA-Generäle geliefert, die in den frühen 1940er Jahren als deutsche Gesandte nach Südosteuropa geschickt wurden. Ich erläutere, dass die Entsendung dieser über Jahre bewährten Nationalsozialisten nicht nur ein Versuch war, das Auswärtige Amt noch weiter unter die Kontrolle der Partei zu bringen, sondern dass sich damit auch die Absicht verband, auf diplomatischem Weg die Ermordung der Juden in diesen Ländern vorzubereiten und durchzuführen. Selbst wenn die SA während des Krieges nicht mehr zu den führenden nationalsozialistischen Massenorganisationen in Deutschland gehörte, zeigen diese Beispiele, dass sie als Netzwerk engagierter NS-Aktivisten, die darauf brannten, ihren Beitrag zum Krieg und zum Holocaust zu leisten, nach wie vor wichtig war.

Der vierte und letzte Teil, bestehend aus dem zehnten Kapitel und dem Resümee, befasst sich mit dem Erbe der SA nach 1945. Hier wird gezeigt, dass die Einstufung der dritten SA als eine Organisation, die im «Dritten Reich» jegliche Bedeutung eingebüsst hatte, in den unmittelbaren Nachkriegsjahren zunächst als Verteidigungsargument angesichts einer möglichen Strafverfolgung entwickelt wurde. Schutzbehauptungen dieser Art fanden Eingang in die ersten Schriften zur Geschichte der SA und beeinflussen bis heute unser Verständnis dieser Organisation. Abschliessend wird die Bedeutung der SA für eine umfassende Geschichte des Nationalsozialismus diskutiert, nicht zuletzt mit dem Ziel, Anreize für weitere Forschungen zu liefern, die enge zeitliche und räumliche Horizonte überschreiten.

Diese kurze Übersicht macht deutlich, dass in der vorliegenden Publikation die von den Nationalsozialisten betriebene *cultural politics of emotion* und das

Selbstverständnis, das ihre Aktivisten leitete, ernst genommen wird.¹²⁸ Es soll klar erkennbar werden, wie mächtig die SA tatsächlich war – als Bürgerkriegsarmee, die bis 1934 in deutschen Städten auf Kommunisten, Sozialdemokraten und Juden losging, und als Organisation, die auch in den darauffolgenden Jahren wichtige Aufgaben und Einsatzzwecke hatte. Die SA verstand sich selbst als Verkörperung der nationalsozialistischen Verheissungen und als Wächterin in der rassistisch strukturierten «Volksgemeinschaft». Dass die meisten gebildeten Deutschen die Braunhemden mit guten Gründen verachteten, tat der Kraft dieser Überzeugungen keinen Abbruch. Angesichts des populären Ideals einer egalitären Gesellschaft – verstanden als eine Gesellschaft, in der jedermann dieselben grundlegenden sozialen Verpflichtungen zu tragen hat – sollte die damalige Bedeutung der braunen Uniform als sichtbarer Ausweis vermeintlicher sozialer Gleichrangigkeit nicht unterschätzt werden.

Auf sozialer Teilhabe basierende Gesellschaftskonzepte hatten in Deutschland während des gesamten 20. Jahrhunderts viele Anhänger. Die entsprechenden Erwartungen waren mit dem klassenübergreifenden «Augusterlebnis» des Ersten Weltkriegs und den sozialen Versprechungen der Weimarer Republik deutlich gestiegen. Die nationalsozialistische Ideologie gab vor, diese hohen Erwartungen zu erfüllen. Die Politik der Nationalsozialisten unterschied jedoch streng zwischen denen, die nach ihren Massstäben ein legitimes Recht auf gesellschaftliche Teilhabe hatten, und denen, die sie aus ideologischen, rassistischen oder sozialen Gründen davon ausschloss. Was die NSDAP unter «Volksgemeinschaft» verstand, baute also einerseits auf Konzepten von nationaler Einheit und klassenübergreifender Solidarität auf, die auch den demokratischen Parteien wichtig waren; andererseits pervertierte sie diese Idee, indem sie aus dem universellen einen bedingten Anspruch machte und die Trennlinie entlang rassistischer und ideologischer Kriterien zog. Zugleich pflegten die Nationalsozialisten einen messianischen Führerkult und eine autokratische Herrschaftsform. Beide Politikstile liefen der Idee von demokratischer Teilhabe diametral zuwider.¹²⁹

Diese nationalsozialistische Verflechtung von charismatischer, letzten Endes aber doch autokratischer Herrschaft und populärem Verlangen nach nationaler Zugehörigkeit erwies sich nicht nur für gesellschaftliche Randgruppen als attraktiv, sondern beeindruckte auch Angehörige der Aristokratie. Als der Sohn des letzten deutschen Kaisers, Kronprinz August Wilhelm von Preussen, genannt «Auwi», sich in den späten 1920er Jahren als Wahlredner für die NSDAP einsetzte und bei öffentlichen Auftritten die SA-Uniform trug, machten sich viele über ihn lustig. Andere sahen in diesen symbolischen Gesten jedoch eine Bestätigung dafür, dass die National-

sozialisten sich anschickten, etwas wahrhaft Grosses zu schaffen: eine echte und nicht nur imaginäre Gemeinschaft, die alle deutschen Patrioten zusammenschweisste, vom einfachen Mann auf der Strasse bis zu den Adligen in ihren Schlössern. Dieses Ideal einer *Union sacrée* von Monarch und Volk war bereits im frühen 19. Jahrhundert im Zuge der «Befreiungskriege» gegen die napoleonische Besatzungsherrschaft beschworen und zu einem wirkungsvollen politischen Mythos entwickelt worden, aus dem die Nazis mit grossem Erfolg Kapital schlugen. Die NSDAP war freilich eine moderne politische Partei und trat als solche nicht für eine Monarchie mit dynastischer Erbfolge ein, sondern für einen meritokratischen Führerstaat.¹³⁰ Dass Hitler auf Parteitag und bei öffentlichen Auftritten für gewöhnlich in SA-Uniform erschien, werteten seine Anhänger als Erfüllung des nationalsozialistischen Versprechens, dass jeder Deutsche, gleich welcher sozialen Herkunft, die Chance hatte, zum Führer aufzusteigen – vorausgesetzt, er brachte die notwendigen Führungsqualitäten und die richtigen ideologischen Überzeugungen mit. Selbst als oberster Führer würde er aber immer nur der Erste unter Gleichen sein.¹³¹

Als der Zweite Weltkrieg verloren war und Deutschland in Trümmern lag, geriet diese nationalsozialistische Verheissung einer nach rassischen Kriterien strukturierten Gleichheit keineswegs in Verruf oder Vergessenheit. Das bestätigten etwa jene Wehrmachtssoldaten, die noch in amerikanischer Kriegsgefangenschaft Loblieder auf die SA sangen. Ein gewisser Helmut Richter, Oberstleutnant der Wehrmacht, erklärte etwa, er glaube nach wie vor an die «Idee» des Nationalsozialismus. Er sei ein «absoluter Anhänger» nationalsozialistischer Organisationen wie der Hitlerjugend und der SA und sehe in der Sturmabteilung die wichtigste Stütze der Volksgemeinschaft: «In der SA, da zählt der Fabrikdirektor genausoviel wie der Arbeiter, und der Truppführer ist mehr als der Fabrikdirektor, der kein Truppführer ist. [...] Das ist die Volksverbundenheit, die verlangt wird, das ist eben das Neue.»¹³² Dass ein ehemaliger Wehrmachtssoldat ein solches Lob in einer Situation äusserte, in der es ihm nicht zum Vorteil gereichte, ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass die SA während der Kriegsjahre und ungeachtet ihres nachlassenden direkten politischen Einflusses in Deutschland noch sehr präsent war. Für überzeugte Nationalsozialisten gehörte die SA bis 1945 zum Kernbestand nationalsozialistischer Ideologie und Herrschaft. Sie war eine Organisation, die trotz aller Mängel für ein zentrales Versprechen des Nationalsozialismus stand: gesellschaftliche Teilhabe und Zugehörigkeit zur «Volksgemeinschaft» für alle «rassereinen» Deutschen.¹³³

TEIL I

Die Anfänge der nationalsozialistischen SA

Gewehre und Handgranaten dürfen in die Theater nicht mitgenommen werden.

BEKANNTMACHUNG DER
MÜNCHENER STADTKOMMANDANTUR,
8. MAI 1919¹

Die nationalsozialistischen Sturmabteilungen waren ein typisches Produkt der «transnationalen Zonen paramilitärischer Gewalt», die sich nach dem Ersten Weltkrieg in Mitteleuropa bildeten. Diese Studie beginnt daher mit einer Analyse jener Milieus, die den Aufstieg der paramilitärischen Kampfverbände begünstigten.² Der regionale Schwerpunkt liegt dabei auf Bayern sowie dessen Nachbarländern Württemberg und Österreich, denn dort entstand die SA und fand sie bis in die Mitte der 1920er Jahre ihre Hauptbetätigungsfelder. Was den Faschismus im allgemeineren Sinn betrifft, so lässt sich der Einfluss des Ersten Weltkriegs auf seine Entwicklung kaum überschätzen. Die vier Kriegsjahre trugen entscheidend zur Herausbildung einer neuen Mentalität bei, die viele der politischen und gesellschaftlichen Konflikte der nachfolgenden zwei Jahrzehnte prägen sollte.³

Bereits im ersten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts hatten die preussischen Heeresreformer das Militär zur «Schule der Nation» erklärt. Zu Beginn des Ersten Weltkriegs schien sich ihr Konzept zunächst zu bewähren, wobei sich jedoch der Einfluss des Militärs auf die Gesellschaft anders und umfassender als gedacht gestaltete: Anstatt dem aristokratischen Nachwuchs Deutschlands edle Tugenden und soldatische Disziplin einzupflanzen, führte der Weltkrieg mit seinen Millionen Toten an der Front und seinen Versorgungsnotständen im Deutschen Reich letztlich zum Untergang der alten Ordnung, auf deren Boden jene Tugenden gewachsen waren. Im Gegenzug schien er gerade denen, die bis dahin vom Aufstieg in Politik und Militär ausgeschlossen waren, insbesondere Männern und Frauen aus der Arbeiterschaft, die Chance zu mehr gesellschaftlicher Teilhabe zu eröffnen.⁴ Der Erste Weltkrieg war nicht zuletzt auch eine «Revolution der steigenden Erwartungen», die das Politik- und Gesellschaftsverständnis der Europäer grundlegend veränderte. In Deutschland und ebenso in Grossbritannien und Frankreich

wagten von 1916 an immer mehr einfache Soldaten, sich über die etablierten politischen und militärischen Obrigkeiten lustig zu machen. Ein neues klassenkämpferisches Vokabular bildete sich heraus, das es möglich machte, sprachlich scharf zwischen Zugehörigkeit und Ausschliessung zu differenzieren.⁵ Was während des Krieges als bitterböser Sarkasmus daherkam – artikuliert in Soldatenzeitungen, Briefen und Tagebüchern –, ging nach dem Waffenstillstand in die politische Sprache ein, die zunehmend auf Gewalt und Konfrontation ausgerichtet war und so zu dem antagonistischen politischen Klima der Zwischenkriegszeit beitrug.⁶

Im Kampf um die Nachkriegsordnung

In den Jahren nach der Novemberrevolution von 1918, die zur Abdankung des Kaisers geführt und den Weg für die Etablierung einer parlamentarischen Demokratie in Deutschland geebnet hatte, schoss eine Vielzahl paramilitärischer Organisationen aus dem Boden, die rasch zu wichtigen Akteuren der deutschen Politik wurden. Dies war nicht nur ein Indiz für die Schwäche des staatlichen Gewaltmonopols, sondern verdeutlichte auch, dass Hunderttausende deutsche Staatsbürger danach drängten, sich politisch zu betätigen. Im Verlauf des Frühjahrs und Sommers 1919 wurde eine provisorische Reichswehr aufgestellt, die jedoch nach den Bestimmungen des Versailler Vertrags auf 100'000 Mann und 6'000 Offiziere beschränkt war – zumindest offiziell.⁷ Das bedeutete, dass die grosse Mehrheit der Soldaten, die während des Weltkriegs im kaiserlichen Heer gekämpft hatte, entlassen werden musste. Viele dieser Männer kehrten ins zivile Leben zurück, doch eine nicht unerhebliche Minderheit schloss sich den neuen paramilitärischen Verbänden an, die sich den Gliederungen der neuen Reichswehr nahe fühlten. Obwohl sie auf die politische und finanzielle Unterstützung der jungen demokratischen Republik angewiesen waren, fühlten die Paramilitärs sich nicht zur Gefolgstreue gegenüber dem Weimarer Staat verpflichtet. Bis 1921 traten reichsweit ungefähr 400'000 Mann in die Dienste paramilitärischer Verbände. Schätzungen hinsichtlich der Zahl der damaligen Freikorpsseinheiten und anderer verdeckter «Regierungstruppen» schwanken zwischen 70 bis 400 verschiedenen Gruppierungen.⁸ Während einige dieser Einheiten ihr Personal ausschliesslich aus den Reihen des ehemaligen kaiserlichen Heeres rekrutierten, handelte es sich bei anderen um kurzlebige Abenteurermilizen mit einer Truppenstärke von weniger als 500 Mann. Diese «halbamtlichen» Verbände halfen anfänglich mit, die Grenzen des Reiches zu sichern, insbesondere im Osten und Südosten. Als sie

dort schliesslich abgezogen wurden und ins Reichsgebiet zurückkehrten, beteiligten sie sich in erheblichem Mass an den politischen Gewaltakten, die die Republik in ihren Anfangsjahren erschütterten.⁹ Um direkte Vorläufer der SA handelte es sich bei ihnen jedoch nicht. Wie aus neueren Forschungen zu den deutschen Freikorps hervorgeht, traten von den Angehörigen dieser paramilitärischen Verbände später nur ein bis fünf Prozent in die SA ein.¹⁰

Am extremsten entwickelten sich die Verhältnisse in Bayern, wo die politischen Turbulenzen von 1919 den Boden für das bereiteten, was in der Folge als die «Ordnungszelle Bayern» bekannt wurde. Mit der Ausrufung der Münchener Räterepublik und deren anschliessender Niederschlagung durch Reichswehrtruppen und staatlich anerkannte paramilitärische Verbände wie die Brigade Ehrhardt,¹¹ das Freikorps Epp¹² und das Freikorps Oberland¹³ setzte dort eine spezifisch regionale Entwicklung von reichsweiter Bedeutung ein. Zu deren Charakteristika gehörte ein vorsichtiges Sich-Abfinden mit der neuen demokratischen Ordnung im Reich und eine zunehmende Bereitschaft, nationalistische Gruppen aller Art in Bayern politisch, juristisch und finanziell zu unterstützen.¹⁴

Ein Schlüsselement der bayerischen Politik in den frühen Jahren der Republik bildeten die Einwohnerwehren, patriotische Verbände zur Gefahrenabwehr, die in einer von dem Forstwirt Georg Escherich geführten Dachorganisation zusammengeschlossen waren. Aus Sicht der bayerischen Behörden erfüllten die Einwohnerwehren den nützlichen Zweck, den Staat bei der Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung zu unterstützen. Mittelfristig trugen sie zur Radikalisierung der konservativen Politik bei und wurden zum Bindeglied eines dauerhaften Bündnisses zwischen gemässigt patriotischen und ultranationalistischen Kreisen. Die Reichsregierung setzte schliesslich «Wehrkommissare» ein, Heeresoffiziere aus dem Reservoir der Reichswehr, die das Treiben der Einwohnerwehren beaufsichtigen sollten, doch Escherich und sein Stellvertreter Rudolph Kanzler pochten mit Rückendeckung der bayerischen Regierung auf ihre organisatorische Autonomie und steuerten einen politischen Kurs, der erheblich dazu beitrug, Bayern und seine Hauptstadt München am Beginn der 1920er Jahre zur «Hochburg eines massiven konterrevolutionären Konglomerats» zu machen.¹⁵

Auf dem Höhepunkt ihrer Bedeutung, im Frühjahr 1920, hatten sich rund 350'000 Mann den Einwohnerwehren angeschlossen. Zumeist waren sie politisch eher gemässigt als radikal. Es ging ihnen vor allem darum, das Erbe der bayerischen Monarchie, Gott und Vaterland vor den «Sünden der Revolution» und dem politischen Einfluss der verhassten «Preussen» zu schützen.

Doch unter dem schützenden Dach der Einwohnerwehren tummelten sich auch Soldaten und Freikorpskämpfer, für die in der regulären Reichswehr kein Platz mehr war, und sogar ultranationalistische Aktivisten, die «für den altmodischen Provinzialismus der Einwohnerwehren» und ihren «Lederhosen-Militarismus nichts als Verachtung» empfanden. Viele der radikalen Nationalisten schlossen sich den militanten mobilen Brigaden an, die unter Namen wie «Landfahne» oder «Reichsfahne» marschierten. Sie konnten bis zu 30'000 Mann stark sein. In dieser rechten Subkultur knüpften sie stabile Beziehungsnetze, pflegten amtliche wie heimliche Kontakte zu Vertretern der bayerischen Staatsregierung und der Reichswehr, wurden gedrillt und mit Waffen versorgt.

Für ihre Aktivitäten, die gerade nicht zur Stärkung der demokratischen Ordnung beitrugen, sondern vielmehr darauf abzielten, diese bei der nächstbesten Gelegenheit zu beseitigen, ernteten diese paramilitärischen Verbände vielfach öffentliche Anerkennung.¹⁶ Dass die bayerischen Regierungen – anfänglich unter Führung des SPD-Mannes Johannes Hoffmann und später, von 1920 an, des parteilosen, von der konservativen Bayerischen Volkspartei auf den Schild gehobenen Gustav Ritter von Kahr – solche Aktivitäten duldeten und sogar förderten, erregte bald das Misstrauen der Siegermächte. Sie forderten Deutschland wiederholt auf, diese Verbände aufzulösen. Doch erst im Juni 1921 fand sich von Kahr, zu diesem Zeitpunkt der «starke Mann» Bayerns, zögernd bereit, sowohl die bayerischen Einwohnerwehren als auch deren Entsprechung auf Reichsebene, die Organisation Escherich (Orgesch genannt), zu verbieten.¹⁷ Diese Massnahme führte in Bayern zu einer gewissen Beruhigung, verstärkte aber den Antagonismus zwischen dem Freistaat und dem Reich. Dessen grösstes Land, Preussen, blieb bis 1932 fest in sozialdemokratischer Hand und erwies sich als «unvermuteter Fels der Demokratie».¹⁸ Doch viele Deutsche in allen Teilstaaten des Reiches verweigerten der neuen politischen Ordnung weiterhin die Anerkennung, und selbst diejenigen, die im Verlauf der 1920er Jahre ihren Frieden mit ihr machten, blieben empfänglich für Alternativen.

Der Aufstieg und Niedergang der bayerischen Einwohnerwehren und der sie tragenden Bewegung bildet den Hintergrund, vor dem man die Formierung der nationalsozialistischen Sturmabteilung betrachten muss, und zwar unter besonderer Berücksichtigung folgender drei Faktoren:

Erstens: Die Gründung dieses paramilitärischen Ablegers der neu konstituierten NSDAP, die sich bis zum 24. Februar 1920 DAP – Deutsche Arbeiterpartei – genannt hatte, fiel in eine Zeit, in der Bayern politisch weit nach rechts rückte. Die Reichsregierung schätzte die NS-Bewegung zumindest anfänglich als unbe-



Das Foto aus dem Jahr 1919 zeigt die Strasse Unteranger in der Münchener Innenstadt mit den Türmen der Frauenkirche im Hintergrund. Auf der linken Strassenseite ist das Geschäft der Altpapier- und Pappengrosshandlung Franz Nordhoff (Unteranger 12/13) zu erkennen. Das Fahrzeug, auf dessen Kühlergrill als unmissverständliche Warnung ein Totenkopf mit gekreuzten Knochen prangt, ist mit schwer bewaffneten Soldaten besetzt. Bei genauerer Betrachtung sieht man, dass die weibliche Begleiterin des Soldaten am rechten Bildrand wegretuschiert wurde und ebenso eine vor den beiden gehende Person. Die fotografierte Szene war also offenbar weit weniger dramatisch, als die zeitgenössische Bildunterschrift «Ausheben eines Spartakistenests durch Regierungstruppen mit Revolvergeschütz» suggerieren soll. Die Retusche diente dem Zweck, die politische Lage im Bayern der Nachkriegszeit zu dramatisieren und auf diese Weise die teils extreme Gewalt, mit der gegen die radikale Linke vorgegangen wurde, zu rechtfertigen.

deutend ein im Vergleich zu den Einwohnerwehren und den diversen anderen patriotischen Verbänden, in denen Hunderttausende organisiert waren.

Zweitens: In der Blütezeit der Einwohnerwehren wurden verdeckt finanzierte und bewaffnete paramilitärische Gruppen, die auch vor politischen Morden nicht zurückschreckten, zu einem von weiten Teilen der Gesellschaft tolerierten Element der bayerischen Politik.¹⁹

Drittens: Nach den Erfahrungen des Weltkriegs galt das persönliche Sich-Einbringen nicht nur als Bürger, sondern auch als Soldat in den Einwohnerwehren als notwendiges Element jeder politischen Teilhabe in Deutschland. Unter solchen Voraussetzungen wurden selbst radikale Gruppierungen wie die SA von der Öffentlichkeit als legitime Verteidiger von Recht und Ordnung angesehen.

Die Gründung der SA

Nach der nationalsozialistischen Parteigeschichtsschreibung wurde die Turn- und Sportabteilung (so der ursprüngliche Name der SA) am 12. November 1920 auf Initiative des Uhrmachers Emil Maurice gegründet.²⁰ Eine Gruppe nationalsozialistischer Saalordner schützte an diesem Tag eine Veranstaltung der Partei im Münchener Hofbräuhaus vor Gegendemonstranten vom Republikanischen Schutzbund.²¹ Mit diesem eher willkürlich ausgewählten Datum verband sich ein propagandistisch nutzbarer Gründungsmythos, der in Wahrheit einen länger währenden Prozess nachträglich symbolisch verdichtete. Tatsächlich begann der Aufbau der SA bereits 1919 und verlief parallel zur politischen Formierung der DAP/NSDAP und zum Aufstieg der Einwohnerwehren. Das erste Etappenziel stellte die Aufstellung klar strukturierter Kampfverbände mit politischer Ausrichtung und paramilitärischem Charakter in den Jahren 1921/22 dar.²² Formaljuristisch waren die SA und ihre Mutterpartei, die NSDAP, Gliederungen eines eingetragenen Vereins, des Nationalsozialistischen Deutschen Arbeitervereins e.V. Abgesehen von einer Unterbrechung nach dem Hitlerputsch im November 1923, in dessen Folge sowohl die NSDAP als auch die SA verboten wurden, blieb es bei dieser rechtlichen Grundlage bis 1935, als die Partei zu einer «Körperschaft des öffentlichen Rechts» wurde.²³

Die Parteien der völkischen Rechten waren nicht die Einzigen, die sich eigene Kampfverbände zum Schutz ihrer politischen Öffentlichkeitsarbeit zulegten. Die Nationalsozialisten konnten nicht einmal behaupten, die Erfinder des

Namens und des Konzepts SA gewesen zu sein, denn schon 1919 hatte der bayerische Sozialdemokrat Erhard Auer mit der Aufstellung einer Schutztruppe für sich selbst und für Versammlungen und Kundgebungen seiner Partei begonnen. Diese Einheiten firmierten anfänglich als die «Auegarde» oder die «Pitzergarde» – nach ihrem ersten Kommandanten Franz Xaver Pitzer.²⁴ Ihre Gründung war eine direkte Reaktion auf die Ermordung Kurt Eisners. Der Ministerpräsident und führende Mann der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD) im Bayern der unmittelbaren Nachkriegszeit war am 21. Februar 1919 von dem radikalen Nationalisten Anton Graf von Arco auf Valley auf offener Strasse erschossen worden.²⁵ Am 10. November 1920 stellte die bayerische SPD erstmals zusätzliche Saalschutzgarden auf, die fortan bei den Versammlungen der Partei für Ordnung und Sicherheit sorgten. Bald bürgerte sich das Kürzel «SA» für diese Schutztruppen ein, das für «Sturmabteilung» oder «Saalschutzabteilung» stand. Wilhelm Buisson,²⁶ Leutnant der Reserve, leitete das Hauptquartier dieser sozialdemokratischen SA in München. Sie zählte nach Polizeiunterlagen zwischen 2'000 und 5'000 Mann, einschliesslich der in umliegenden Städten wie Freising, Ingolstadt und Rosenheim stationierten Verbände.²⁷ Als die bayerischen Behörden diese paramilitärischen Organisationen der Linken im Oktober 1923 verboten, gliederten die Sozialdemokraten ihre Sturmabteilung in eine auf Reichsebene neu konstituierte Kampforganisation ein: das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund deutscher Kriegsteilnehmer und Republikaner, das am 22. Februar 1924 in Magdeburg aus der Taufe gehoben wurde.²⁸

Die SA der Nationalsozialisten, in Analogie zur «Auegarde» zeitweise auch «Hitlergarde» genannt,²⁹ war somit streng genommen so etwas wie eine Kopie der sozialdemokratischen Selbstschutzverbände, zumindest aber dem von den Sozialdemokraten geschaffenen Vorbild nachempfunden. Es dauerte jedoch nicht lange, bis sich bedeutsame Unterschiede zwischen diesen beiden Organisationen zeigten. Während die sozialdemokratische SA ihre Existenz damit rechtfertigen konnte, dass der Staat Versammlungen der SPD nur widerwillig und unzureichend schützte und die Behörden nachweislich nicht in der Lage waren, die körperliche Unversehrtheit führender linker Politiker zu garantieren, konnte die Turn- und Sportabteilung der Nazis schwerlich behaupten, dass ihre Truppe einen rein defensiven Charakter habe. Schon 1920 arbeiteten die Nazis mit Stosstrupps, die auf den Strassen bayerischer Städte politische Gegner beleidigten und verprügelten, ohne zuvor selbst angegriffen worden zu sein.³⁰ Die Nazis schickten auch Kleingruppen los, die religiöse Veranstaltungen störten, antisemitische Parolen skandierten oder etwa Theaterbesucher attackier-

ten, die einer Lesung von Texten des ermordeten Kurt Eisner beiwohnten.³¹ NS-Provokateure belästigten Vertreter von Entente-Kommissionen in deren Münchener Hotels und drangen im Februar 1921 ins Münchener Künstlerhaus ein, wo sie die dort speisenden Gäste als «Schlemmer» beschimpften.³² Das erklärte Ziel dieser Krawalltruppen war es, alle politischen Veranstaltungen, in denen Juden als Redner auftraten, zu «sprengen».³³ In den Behörden herrschte grosse Uneinigkeit darüber, wie der Staat auf diese Herausforderung reagieren sollte. Während der bayerische Innenminister schon im Februar 1920 in einem Brandbrief an den Polizeipräsidenten von München seine «ernstliche Missbilligung» des nachsichtigen Umgangs der bayerischen Polizei mit den Nationalsozialisten zum Ausdruck brachte,³⁴ betrachtete der Polizeipräsident die nationalsozialistischen Schlägertruppen zumindest bis 1923 eher als nachrangiges Problem – verglichen mit ihren sozialdemokratischen Pendants.³⁵

Historiker nennen gewöhnlich den 11. August 1921 als offizielles Gründungsdatum der nationalsozialistischen SA.³⁶ An diesem Tag rief der *Völkische Beobachter*, das Sprachrohr der NSDAP, die «deutsche Jugend» auf, für den notwendigen «schweren Kampf» gegen die Juden in die neue Turn- und Sportabteilung der Partei einzutreten. Die Juden, diese «fremde Rasse», würden weiterhin alles tun, dem deutschen Volk die Einsicht in seine «bittere» Lage zu verwehren, die geprägt sei durch nationale Schande und die Vorherrschaft fremder Mächte. Der Aufruf enthielt bereits einige der Elemente, derer sich die NS-Propaganda in den darauffolgenden Jahren immer wieder bediente. Mit der Gründung ihrer neuen Unterabteilung wollte die NSDAP ihre jüngeren Mitglieder «zusammenschweissen» und zugleich die Partei mit einem «Rammbock» ausstatten. Ideologisch sollte die neue Organisation den «Wehrgedanken» im deutschen Volk lebendig halten. Es ist bemerkenswert, dass der duale Charakter der SA als paramilitärische Schutztruppe der Partei und als Werkzeug der ideologischen Indoktrinierung bereits in diesem ersten Manifest angelegt war. Die Parteihetorik stand allerdings im scharfen Kontrast zu den höchst bescheidenen Anfängen dieser Kampftruppe. Propagandistisch feierte man bereits das kleine Häuflein der ersten SA-Leute als eine Elite, die in naher Zukunft die Geschicke Deutschlands mitbestimmen sollte.³⁷

Zwei Wochen vor diesem öffentlichen Aufruf, am 29. Juli 1921, hatten Hintergrundgespräche zwischen Hitler und Hauptmann Hermann Ehrhardt stattgefunden, einem führenden Mann der äussersten Rechten im Deutschland der Nachkriegsjahre, der gerade seinen Operationssitz nach München verlegt hatte. Ehrhardt beauftragte danach den ehemaligen Marineleutnant Julius Hans Ulrich Klintzsch mit der Aufgabe, die «Selbstschutz»-Verbände der NSDAP zu organisieren.³⁸ Der 22-Jährige war der Sohn des protestantischen Pfarrers Johannes

Paul Klintzsch und dessen Frau Johanna Dorothea aus Lübbenau in der Niederlausitz und ein Veteran der Brigade Ehrhardt. Nach der Teilnahme am Kapp-Putsch war Klintzsch im Frühsommer 1921 nach München gezogen, wo Ehrhardt sich aus politischen Gründen niedergelassen hatte. Wenige Wochen später hatte er von Letzgenanntem den Auftrag erhalten, konkurrierende Organisationen der äussersten Rechten zu «infiltrieren». Sein erstes Einsatzziel in der bayerischen Hauptstadt war die im Aufbau begriffene Selbstschutztruppe der NSDAP.³⁹

Diejenigen, die in die Übereinkunft zwischen Hitler und Ehrhardt eingeweiht waren, hatten den Eindruck, dass sie für beide Seiten vorteilhaft sein könnte. Hitler erhielt Zugang zu den Beziehungsnetzen der konservativen politischen und militärischen Köpfe in Bayern, und seine jungen Selbstschutzverbände würden von der militärischen Erfahrung junger Führer wie Klintzsch profitieren. Ehrhardt wiederum konnte darauf hoffen, in Hitler ein politisches Sprachrohr und in der NSDAP eine neue Partei zu gewinnen, die sich für seine Karriere instrumentalisieren liessen.⁴⁰ Im Verein mit dem früheren Generalquartiermeister Erich Ludendorff, den seine Gegner in Anspielung auf seine zentrale Rolle im Gespinnst der nationalistischen Gruppierungen jener Zeit «die grosse Hakenkreuzspinne» nannten,⁴¹ war Ehrhardt eine der Schlüsselfiguren der extremen Rechten, ein Mann mit einem fast mythischen Ruf bei jungen Nationalisten in ganz Deutschland. Von München aus knüpfte er enge Bande zu gleichgesinnten Ultranationalisten und Faschisten in Österreich, Ungarn und Italien⁴² und rekrutierte kriegserprobte Soldaten für ein geheimes Terrornetzwerk, die sogenannte Organisation Consul (O. C.). Der frühen SA leistete Ehrhardt nicht nur logistische, sondern auch erhebliche finanzielle Unterstützung.⁴³

Während Ehrhardt sich bereits in ganz Deutschland einen Namen gemacht hatte, war Hitler im Sommer 1921 allenfalls ein vielversprechender politischer Saalredner mit regionalem Bekanntheitsgrad, der bis auf Weiteres auf die Gunst von Leuten angewiesen blieb, die besseren Zugang zu Waffen und zur bayerischen Oberschicht hatten.⁴⁴ Infolgedessen ordnete sich die frühe SA zunächst der militärischen Befehlsgewalt Ehrhardts (via Klintzsch) unter, während sie Hitler nur zur «politischen Verfügung» stand, wie es hiess.⁴⁵ In der bayerischen Hauptstadt bestand die SA damals aus mindestens 241 Mann, organisiert in 21 Kampfgruppen. Die meisten ihrer Mitglieder waren nach einer Liste, die den Behörden in die Hände fiel, zwischen 17 und 24 Jahre alt.⁴⁶ Der 23 Jahre alte Kommandeur Klintzsch zeichnete sich also nicht nur durch seine Referenzen als ehemaliger Soldat, sondern auch durch seine Jugend aus, da er den Grundsatz «Jugend führt Jugend» – eine wichtige Maxime der deutschen

Jugendbewegung – verkörperte.⁴⁷ Doch Klintzsch musste das Kommando schon bald darauf vorübergehend abgeben, als er am 14. September 1921 unter dem Verdacht, im Monat zuvor an der Ermordung des ehemaligen Reichsfinanzministers Matthias Erzberger beteiligt gewesen zu sein, verhaftet wurde.⁴⁸ Allem Anschein nach hat Dietrich von Jagow ihn in den folgenden Monaten vertreten, bis die Ermittlungen Anfang Dezember 1921 eingestellt wurden und Klintzsch in den aktiven Dienst als SA-Kommandeur zurückkehren konnte, eine Stellung, die er bis zu seiner Ablösung durch Hermann Göring im März 1923 innehatte.⁴⁹

Diese kurze Liste früher SA-Führer weist bereits auf eine Konstante hin, die in den Folgejahren ein Charakteristikum der SA bleiben sollte: Während für die Fusstruppen ganz überwiegend junge Männer ohne praktische militärische Erfahrung rekrutiert wurden, entstammten die Führungskader dem sehr viel kleineren Kreis nationalsozialistischer Kriegsveteranen, die im Ersten Weltkrieg als Offiziere im kaiserlichen Heer gedient hatten.⁵⁰

Ein öffentliches Ärgernis

Die NS-Aktivisten der ersten Stunde entstammten mehrheitlich der unteren Mittelschicht und der Arbeiterklasse, doch dauerte es nicht lange, bis auch Adlige, die eine militärische Laufbahn vorweisen konnten, ebenfalls auf wichtige Positionen in der Partei und in der SA rückten.⁵¹ Die ersten, heute vergessenen SA-Männer, deren Namen in Zeitungsarchiven und Polizeiakten übermittelt sind, geben eine Vorstellung von der sozialen Zusammensetzung der frühen SA, über die ansonsten keine zuverlässigen statistischen Daten zur Verfügung stehen. Berufsangaben wie Bäcker, Schlosser und Kaufmann finden sich häufig, doch auch Studenten, ein Landwirt, ein Leutnant, ein Schornsteinfeger und mindestens zwei Polizeioffiziere waren in den ersten SA-Verbänden vertreten.⁵² Diese jungen Männer hatten die Instabilität und die existentielle Not der Nachkriegsjahre als Minderjährige erlebt, ebenso die von Revolutionären und paramilitärischen Regierungstruppen verübten Gewaltexzesse. Dass sie in den Nachkriegsjahren im Zeichen einer die kulturelle Überlegenheit des deutschen Volkes besingenden Propaganda aufgewachsen waren, hatte sie nicht zwangsläufig «brutalisiert», wie manche Historiker argumentiert haben,⁵³ aber sie hatten die Vorkriegszeit eben noch nicht so bewusst erlebt, dass diese Erfahrung ihnen bei der Bewältigung der krisengeschüttelten Nachkriegsrealität in Deutschland hätte helfen können.

Die ersten öffentlichen Auftritte der SA-Einheiten, die anfänglich aus höchstens zehn Mann bestanden, verliefen wenig beeindruckend. Die Einheiten waren hauptsächlich mit sich selbst beschäftigt und kaum in der Lage, geordnet durch die Strassen zu marschieren, geschweige denn gegen politische Gegner zu kämpfen. Bereits am 26. August 1921, nur zwei Wochen nachdem öffentlich zum Eintritt in die SA aufgerufen worden war, beklagten nicht wenige Kommandeure einen eklatanten «Mangel an Disziplin». Zwei Monate später erklärten sie «Pünktlichkeit» zu einer der wichtigsten Tugenden und zur Grundvoraussetzung für die Mitgliedschaft in einer notwendigerweise «straffen Organisation» – ein indirekter Hinweis auf ein bestenfalls fluktuierendes Engagement der frühen SA-Mitglieder für den politischen Kampf.⁵⁴ Wie aus Berichten von Polizeispitzeln über die «Lenkungsabende» deutlich wird, die die Münchener SA-Gruppen 1921 und 1922 wöchentlich abhielten, kam es nicht selten vor, dass nur die Hälfte der zum Dienst eingeteilten Männer erschien – sogar selbst wenn Hitler den Veranstaltungen beiwohnte. Diese fanden anfangs in Gasthöfen wie dem Sterneckerbräu in der Nähe des Isartors statt, wo sich auch die erste Geschäftsstelle der NSDAP befand, oder im nur einen Steinwurf vom Marienplatz entfernten Högerbräu. In den Polizeiberichten wird die Stimmung, die bei diesen Treffen herrschte, als lebhaft, ausgelassen und fröhlich beschrieben; Klaviermusik, Tanz und Gesang sorgten für Geselligkeit.⁵⁵ Hitler traf gewöhnlich erst zu später Stunde ein und «elektrisierte» die jungen NS-Anhänger mit seinen Ansprachen. Den Polizeiberichten zufolge konnte eine Rede Hitlers noch das langweiligste SA-Treffen zu einem Erfolg machen. Gewöhnlich endete das Ganze mit lauten Hochrufen aus den gut geölten Kehlen junger Männer, die anschliessend polternd und lärmend heimwärts zogen.

Hitlers Reden dauerten bis zu zweieinhalb Stunden. Er erzählte zuweilen von seiner Zeit im Regiment List an den Weltkriegsfronten, doch hauptsächlich kreisten seine Reden um die «jüdische Frage» und den zu erwartenden Aufstieg der NSDAP.⁵⁶ «Wir wollen den Hass gegen alles und gegen jeden anfachen», rief er bei einem Treffen am 6. April 1922 in den Saal und bezog sich historisch ausgerechnet auf die Reformation im 16. Jahrhundert. Hitler bezeichnete einen festen Glauben als Voraussetzung für einen entschlossenen Volkswillen und diesen wiederum als Vorbedingung für jedes grosse Werk. So wie Martin Luther die Leidenschaften seiner Zeit genutzt habe, um die Reformation voranzutreiben, so müssten die Nationalsozialisten die aktuelle antijüdische Zeitstimmung anheizen und ausnutzen.⁵⁷ Sollten Kritiker seine Partei als «groben und brutalen Pöbel, der vor nichts zurückschreckt», anprangern, würde ihm das grosse Freude bereiten.

Von scharfer Kritik dieser Art könne die Partei, so Hitler, nur profitieren, da sie dadurch immer mehr Menschen kennen und fürchten lernen würden.⁵⁸

Wie lässt sich erklären, dass sich Hunderte von Arbeitern, Studenten und Handelsvertretern in München von solchen Parolen eines politischen Demagogen euphorisieren liessen? In Ermangelung eines stabilen oder als adäquat empfundenen Ersatzes für die untergegangene alte Ordnung erfreuten sich im Bayern der Nachkriegsjahre einfache Antworten zunehmender Popularität. «Bolschewismus bedeutet zunächst Gewaltherrschaft des Verbrechen­tums unter jüdischer Organisation und Leitung», hiess es in einer in München verteilten Schmähschrift schon 1919.⁵⁹ Solche Pamphlete stimmten auf die Tonlage der folgenden Jahre ein. Anknüpfend an die starke Zunahme des Antisemitismus bereits in den späten Kriegsjahren, schmähte die nationalistische Rechte nun immer unverhohlener «Juden» und «Bolschewisten» als Vaterlandsverräter und stellte Missstände wie wirtschaftliche und soziale Probleme als Folge einer «jüdisch-marxistischen Weltverschwörung» hin.⁶⁰ Diese Hasspropaganda der Nationalsozialisten verstörte selbst viele Anhänger anderer rechtsradikaler Parteien, doch ihre ideologische Grundlinie stiess auf breite Zustimmung. Der bayerische Konsens, der sich im Verlauf der 1920er Jahre herausbildete, beruhte in erheblichem Mass auf klar konturierten Freund-Feind-Dichotomien – Bayern gegen das Reich, gute patriotische deutsche Christen gegen internationalistisch denkende Juden und Bolschewisten. Bei allem, was die nationalsozialistische SA anstellte, profitierte sie davon, dass viele deutschnationale Bayern ihr bereitwillig patriotische und daher ehrenhafte Beweggründe zugestanden.⁶¹

In einer Zeit, in der nicht nur Rechtsexperten, sondern auch grosse Teile der Öffentlichkeit in der steigenden Jugendkriminalität ein alarmierendes Zeichen des kulturellen Wandels und des gesellschaftlichen Niedergangs sahen,⁶² liess sich der politische Aktivismus junger Nazis, selbst wenn er exzessive Formen annahm, als irgendwie verheissungsvolles Omen für eine bessere Zukunft deuten. Und diese Zukunft konnte nur von entschlossenen und furchtlosen politischen Kämpfern errungen werden. Massgebliche Teile des Justiz- und Polizeiapparats und der gesellschaftlich bestimmenden Ober- und Mittelschicht sahen im Radikalismus und in der Gewaltbereitschaft der SA-Gruppen daher eine Art Notwehr, eine legitime Antwort auf den angeblichen Verrat der «Novemberverbrecher» und eine logische Konsequenz aus dem wahrgenommenen Auseinanderbrechen der Gesellschaft. Ein beträchtlicher Teil des deutschen Publikums erklärte sich den Aufstieg und die Machtergreifung der italienischen Faschisten 1922 auf diese oder ähnliche Weise. In einem Kommentar in der konservativen

Bayerischen Staatszeitung hiess es dazu: «In erster Linie gewinnen die Faschisten Kraft und Einfluss durch die Enttäuschungen, die die Nachkriegszeit breiten Volksschichten bereitet hat, und nicht dadurch, dass sie selbst ihnen wie versprochen Wohlstand und Glück bringen. Sie profitieren ausserdem vom Gegensatz zwischen dem völkischen und nationalen Bewusstsein einerseits und der internationalen Verflachung und Schicksalsgemeinschaft andererseits.»⁶³

Ihre erste praktische Bewährungsprobe erlebte die nationalsozialistische SA am 4. November 1921. An diesem Abend trat Hitler als Hauptredner einer Parteikundgebung im Münchener Hofbräuhaus auf. 46 SA-Männer prügelten in einem angeblich zwanzig Minuten dauernden Kampf «fast 400 Sprengsoldaten des Judenmarxismus», so Hitlers Diktion, aus dem Saal. In späteren Darstellungen wurden aus den knapp 400 Gegnern sogar «800 Marxisten».⁶⁴ Diese Zahlen waren sicher stark übertrieben, doch trugen sie dazu bei, dass sich die Anekdote zu einem machtvollen zweiten Gründungsmythos auswuchs, an den die Selbstglorifizierung der SA in den nachfolgenden Jahren anknüpfte: Immer wieder erschienen in nationalsozialistischen Zeitungen und Büchern ausführliche Berichte über heldenmütige SA-Verbände, die einen zahlenmässig weit überlegenen Gegner besiegt hätten. Die NS-Propaganda nutzte dies als Beweis dafür, dass von den Ideen des Nationalsozialismus eine beflügelnde Kraft ausgehe, die ihren aktiven Anhängern ein übermenschliches Mass an Stärke und Mut verleihe, was wiederum im Umkehrschluss diese Ideen legitimiere.⁶⁵

Die Aktionen der ersten SA-Verbände, die die Nationalsozialisten als Speerspitze ihrer Bewegung und als Werkzeug für die Befreiung Deutschlands vom angeblichen jüdischen «Börsenterror» bejubelten, waren in den Augen der Sozialdemokraten lediglich «geistig unreifes Rowdytum».⁶⁶ Die politische Linke erkannte in den Nationalsozialisten jedoch schon früh eine akute politische Gefahr, nicht zuletzt wegen der engen Beziehungen zwischen Teilen der bayerischen Polizei, der Reichswehr und der SA. Es sprach sich schnell herum, dass die Reichswehr den NS-Sturmtrouppen privilegierten Zugang zu Waffen gewährte und Polizei und Staatsanwaltschaften oft ein Auge zudrückten, wenn diese militanten Gruppen Verbrechen verübten.⁶⁷ Es wäre jedoch irreführend, in dieser frühen SA eine regulär bewaffnete, hochgradig disziplinierte und schlagkräftige Organisation zu sehen. Gewiss verfügte sie über Waffen, aber es handelte sich dabei im Wesentlichen um Waffen für den Strassenkampf: Gummiknüppel («Gummis»), Schlagringe, Messer, Stangen und Peitschen. Manche SA-Leute hatten Kleinf Feuerwaffen («Feuerzeuge»), die jedoch nur selten eingesetzt wurden.⁶⁸ In München ging zeitweise das Gerücht um, die Nationalsozialisten hätten bei mindestens einer Gelegenheit einzelne SA-Leute mit

Handgranaten ausgestattet; am Wahrheitsgehalt solcher Behauptungen sind jedoch Zweifel angebracht.⁶⁹ Kämpfe, bei denen es hart auf hart ging, fochten diese frühen SA-Trupps kaum aus. Wenn es einmal zu gewaltsamen Zusammenstössen kam, handelte es sich zumeist um Wirtshaus schlägereien. Selten ging dabei mehr zu Bruch als Bierkrüge und Stuhlbeine. In den vielen vaterländischen Verbänden, die in Bayern existierten, betrachtete man die jungen Männer der SA als gelegentlichen Störfaktor, aber kaum als politisch relevante Grösse – zumindest bis zum Frühjahr 1923.

Zu dieser Einschätzung trug auch bei, dass die Öffentlichkeit bei den ersten SA-Gruppen keine klar erkennbare Identität oder Programmatik ausmachen konnte. Die Mitglieder der SA trugen nicht einmal eine Uniform, die diesen Namen verdient hätte – das braune Hemd wurde erst 1924 eingeführt und nicht vor Ende 1926 zur verbindlichen Ausstattung erklärt.⁷⁰ In der Anfangszeit kamen die SA-Leute in gewöhnlicher Strassenkleidung zu ihren Treffen. Ihr einziges Erkennungszeichen war eine rote Armbinde mit Hakenkreuz. Im November 1922 stellte die NSDAP der Öffentlichkeit die erste SA-Uniform vor, bestehend aus einer grauen Reithose, einer Windjacke mit der roten Hakenkreuz-Armbinde und einer Skimütze.⁷¹ Kurz zuvor, im Juli oder August 1922, hatte die Partei eine «SA-Radfahrerabteilung» aufgestellt.⁷² Im Verlauf der folgenden zehn Jahre bildete sich dann das Gestrüpp aus SA-Untergliederungen wie der Motor-SA – die 1934 im NSKK, dem Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps, aufging –, der Marine-SA, der Reiter-SA, der Pionier- und der Nachrichten-SA heraus, um nur einige der wichtigsten Formationen zu nennen.⁷³ In den Anfangsjahren existierten die meisten dieser Untergliederungen freilich nur auf dem Papier. So nannte die NSDAP im Sommer 1923 lediglich zwei Automobile und zwei für Personentransporte geeignete Lastwagen ihr Eigen, deren Kraftfahrer – einer davon war Emil Maurice – die schlechte Angewohnheit hatten, des Öfteren nicht zum Dienst zu erscheinen.⁷⁴

Ein Polizeibericht über eine Ausfahrt der SA-Radfahrerabteilung nach dem etwa 50 Kilometer südlich der bayerischen Hauptstadt gelegenen Bad Tölz wirft ein Schlaglicht auf den Charakter früher SA-Aktivitäten. Eine von Klintzsch angeführte Gruppe aus 18 NSDAP-Mitgliedern im Alter zwischen zwanzig und dreissig Jahren traf am Sonntag, dem 15. August 1922, um die Mittagszeit in Bad Tölz ein. Die Teilnehmer stellten ihre Fahrräder vor der Gastwirtschaft Zum Oswaldbräu ab und besetzten das in der Ortsmitte gelegene Lokal symbolisch, indem sie ein rotes Banner mit einem grossen Hakenkreuz über die Hausfront spannten. Diese Provokation rief den lokalen Polizeibeamten auf den Plan. Hand-

greiflichkeiten fürchtend, ermahnte er die SA-Leute, niemanden zu belästigen, liess sie im Übrigen aber gewähren. Gegen 13 Uhr sammelte sich die Radfahrertruppe und marschierte – vermutlich nach dem Genuss von mindestens einer Mass Bier pro Kopf – hinter einer NS-Fahne unter Absingen «nationaler Lieder» durch die Strassen der Stadt über die Isarbrücke vor das vornehme Parkhotel am Rande des Tölzer Kurparks.

Julius Hellmann, der Besitzer des Hotels, war einer der wenigen jüdischen Einwohner von Bad Tölz und ein angesehener Bürger. Das wussten auch die Nationalsozialisten, und so schmetterten die jungen Männer vor dem Hotel das berüchtigte «Ehrhardt-Lied», endend mit der Refrainzeile «Raus mit den Juden!». Einige jüdische Hotelgäste kamen daraufhin heraus, stellten die Störenfriede zur Rede, nannten sie «Rotznasen» und schlugen mit Spazierstöcken nach ihnen. Erst jetzt griff die örtliche Polizei ein und nahm die Personalien des grössten Teils der SA-Leute auf. Deren Anführer Klintzsch forderte die Polizisten auf, auch die Personalien der Hotelgäste, die gegen die SA-Männer handgreiflich geworden waren, festzustellen, doch scheiterte dies nach Angaben der Polizei daran, dass sich Hotelgäste wie Hotelbesitzer weigerten, entsprechende Personen zu identifizieren. Der Vorfall endete damit, dass die Tölzer Polizei die Nazis auf den Nachhauseweg schickte und ihr Dossier über den Vorfall an die Kollegen in München übermittelte. Ob die SA-Leute für ihr aggressives Auftreten in irgendeiner Form zur Rechenschaft gezogen wurden, liess sich nicht ermitteln. Angst vor Strafverfolgung hatten sie jedenfalls nicht. Der von den Tölzer Polizisten zur Rede gestellte Klintzsch drohte sogar: «Wir kommen wieder, das werden Sie noch sehen, die Dinge werden sich ändern. Wir waren schon oft auf der Polizeiwache, wir haben keine Angst. Das bessert uns nicht, im Gegenteil, wir werden dadurch noch fanatischer.»⁷⁵

Nach Angaben von Klintzsch unternahm die Radfahrerabteilung der SA solche Ausflüge im Sommer 1922 an beinahe jedem Sonntag und an Feiertagen. Sie steuerte dabei verschiedene Orte im Umfeld Münchens an. Es ist daher davon auszugehen, dass der Vorfall in Bad Tölz einigermassen typisch war, und zwar nicht nur in Bezug auf das antisemitische Verhalten.⁷⁶ Das Auftreten des SA-Trupps in Bad Tölz wies zahlreiche Merkmale auf, die die soziologische Forschung als «expressives Gewalthandeln» bezeichnet, als Ausübung von Gewalt als Selbstzweck. Politische Botschaften aus dem Repertoire der extremen nationalistischen Rechten fehlten zwar nicht vollkommen, dienten aber in erster Linie dazu, eine gewaltsame Konfrontation mit dem Gegner zu provozieren. Begonnen hatte die Tagesausfahrt mit mehrstündigen Leibesübungen (Radfahren); darauf folgte die symbolische Besetzung eines zentralen öffentlichen Orts (der Gastwirtschaft), verbunden mit dem Zelebrieren von

Ritualen männlicher Geselligkeit. Den Höhepunkt und Abschluss bildete die gelungene Provokation der jüdischen Gäste des Parkhotels. Die intensive Wahrnehmung des eigenen Körpers und seiner physischen Kraft, ein gesteigertes Empfinden der eigenen Männlichkeit durch die Demonstration von Stärke und Angriffslust lösten bei den jungen Männern Glücksgefühle aus. Solche Ausfahrten verschafften ihnen das Gefühl, stark und handlungsfähig zu sein, und zugleich waren sie für den Einzelnen eine Gelegenheit, als Teil einer verschworenen Gemeinschaft «Spass» zu haben.⁷⁷

Obwohl die gewalttätigen Auftritte von SA-Gruppen oftmals den Tatbestand des «Landfriedensbruchs» erfüllten, hielt die bayerische Polizei hartnäckig an der Auffassung fest, die Umtriebe der SA würden sich nicht wesentlich von den Aktivitäten anderer patriotischer Verbände unterscheiden. Die Polizei konfiszierte zwar die grossen antisemitischen Banner, die die Nationalsozialisten im August 1922 zur Feier des ersten Jahrestages der SA-Gründung in München aufgehängt hatten mit Aufschriften, die offenbar so böseartig waren, dass jüdische Vereinigungen darin nicht weniger als einen «Pogromaufruf» sahen.⁷⁸ Die Behörden bewerteten die Demonstrationen nationalsozialistischer Kampfkraft dennoch weiterhin als «Ausfahrten» in der Tradition der deutschen Jugendbewegung der Vorkriegszeit mit gemeinschaftlichem Kochen, Sporttreiben und Turnen. Wenn sie den Aktivitäten der NSDAP überhaupt ein «militärisches Element» zuschrieben, betonten sie in offiziellen Schriftstücken gern, dass die beteiligten Gruppierungen «immer unbewaffnet» aufträten.⁷⁹

Selbst wenn man in Rechnung stellt, dass die bayerische Polizei die Bedrohung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit durch die SA bewusst herunterspielte, lässt sich kaum bestreiten, dass der «Kampfwert» der paramilitärischen NS-Formationen in der Tat begrenzt war. Ernst Röhm, der in der ersten Hälfte der 1920er Jahre eine wichtige Mittlerrolle zwischen der Reichswehr und diversen paramilitärischen Kampfbünden der extremen Rechten spielte, äusserte in seinen Memoiren von 1928 über die frühe SA:

Der Kampfwert dieses Verbandes war – rein militärisch gesehen – ein bedingter. Zweifellos waren viele gut geschulte Hundertschaften vorhanden, die mit Begeisterung und bestem Willen an der Sache und vor allem an der Person Hitler hingen. Ihre Ausbildung war aber natürlich schwierig; Anspruch auf vollen militärischen Wert konnten sie nicht erheben. Dem Kampf mit einem geschulten Gegner wären sie nicht ohne weiteres gewachsen gewesen.⁸⁰

Das Krisenjahr 1923

Trotz ihrer begrenzten militärischen Schlagkraft und ihres oft desorganisiert wirkenden Auftretens in der Öffentlichkeit wurden die SA-Trupps – neben einigen wenigen namhaften Volksrednern wie Hitler und dem Journalisten Hermann Esser vom *Völkischen Beobachter*, der bayernweit bekannt war – in den Augen der Bevölkerung zunehmend zum Inbegriff der nationalsozialistischen Bewegung, zumal angesichts der Tatsache, dass die NSDAP weder im Reichstag noch in einem Länderparlament vertreten war.⁸¹ Die Partei beteiligte sich zu der Zeit noch nicht an Wahlen. Hitler vertrat die Position, eine «grundsätzliche Opposition» aus dem Parlament heraus sei zwar theoretisch vorstellbar, in der Praxis aber aussichtslos. Da es den Nationalsozialisten an einer schlagkräftigen Presse fehle, könne die Partei nicht darauf hoffen, die Masse der Wähler zu erreichen, und so könne man keine Wahl gewinnen. Hitler gab zu, dass die NSDAP nur über eine Handvoll massenwirksamer Redner verfügte. Die meisten Parteikader hatten seiner Meinung nach wenig mehr zu bieten als «theoretisch-fantastische Schwärmerereien».⁸² Vor diesem Hintergrund war der Einsatz von SA-Trupps ein zuverlässigeres Mittel für die Verbreitung der antisemitischen Propaganda der NSDAP, zumal bei deren Einsätzen ein massives Auftreten und die Anmutung roher Kraft mehr zählten als rhetorische Begabung.

Zwischen Ende 1922 und November 1923 durchlebte die Weimarer Republik nach ihrem holprigen Start im Winter und Frühjahr 1919 ihr zweites «Krisenjahr». Die Kampftruppen der NSDAP lieferten sich in dieser Zeit häufig handgreifliche Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern und erregten damit immer mehr den Argwohn der Behörden. Auf der extremen Rechten festigten die Strassenkämpfe den Ruf der SA als einer Organisation, die besonders tatendurstige junge Männer anzog. Mussolinis «Marsch auf Rom», die erfolgreiche Machtübernahme der Faschisten Ende Oktober 1922 in Italien, war für die Nationalsozialisten eine weitere Ermutigung, in die Offensive zu gehen.⁸³ Da die frühe SA noch mehr Ähnlichkeit mit einem Wehrverband traditionellen Typs hatte als mit einer Parteimiliz, gewann der Plan, in Bayern einen paramilitärischen Staatsstreich zu wagen – gedacht als Auftakt zu einem Aufstand gegen die Reichsregierung –, bedeutend an Popularität bei den militärischen Kommandeuren der SA und ebenso bei den jungen Männern, die sich ihren Hundertschaften anschlossen. Die Strassengewalt, die das Auftreten der Gruppen in Bayern bis zum November 1923 charakterisierte, zeugt somit nicht nur vom hohen Aggressionspotential der frühen SA-Leute, sondern zeigt auch, welchen strategischen Nutzen sie für die

NSDAP hatten. Die Partei verfolgte mittlerweile das Ziel, die öffentliche Ordnung schrittweise zu destabilisieren, so dass sich der angestrebte Versuch ultranationalistischer Kräfte, die Regierung zu stürzen und die Macht zu übernehmen, letztlich als Aktion zur Rettung des Vaterlands legitimieren liess.

Zeitungsausschnitte jener Zeit offenbarten die zunehmende Gewaltbereitschaft der SA sowohl in Bayern als auch im benachbarten Österreich, wo es spätestens seit 1922 SA-Verbände unter dem Kommando von Hans Lechner gab. Am 19. Juni 1922 kam es in Wien zu einer «grossen Schlägerei»: SA-Männer und bis zu 400 Kommunisten gerieten nach einer Rede Hitlers aneinander. Es gab mehrere Verletzte, 15 Teilnehmer der Kundgebung wurden festgenommen.⁸⁴ In diesem Fall waren die SA-Leute von kommunistischen Störern provoziert worden, doch in der Regel verhielt es sich nachweislich so, dass die Nationalsozialisten den Ausbruch der Gewalt herbeiführten. So wurden in München am 29. August 1922 der Ladeninhaber David Hess und sein 19-jähriger Sohn Ludwig, die ein an ihr Schaufenster geklebtes antisemitisches Pamphlet zu entfernen suchten, von einer Gruppe SA-Leute angegriffen und zusammengeschlagen. Die Nationalsozialisten hatten geradezu darauf gelauert, dass ihre Opfer auf die Strasse traten. Die Polizei nahm mehrere der SA-Leute an Ort und Stelle fest, doch nur einer von ihnen wurde später angeklagt und zu einer Woche Gefängnishaft verurteilt.⁸⁵ Im September 1922 hallten nach einer von den Behörden aufgelösten Massenkundgebung zum ersten Mal Sprechchöre mit «Juden raus!» durch die Strassen Münchens.⁸⁶

Einige Wochen später, am 14. und 15. Oktober 1922, nahmen nationalsozialistische Abordnungen an einem völkischen «Deutschen Tag» in Coburg teil. Die meisten der anwesenden SA-Leute, rund 500 Mann, trafen mit der Bahn aus München ein. Schon unmittelbar nach ihrer Ankunft kam es zu Zusammenstössen mit politischen Gegnern auf den Strassen und in den Bierlokalen von Coburg. Die SA nahm jedoch auch an Gebeten in der protestantischen Kirche von Schloss Ehrenburg teil, eine symbolische Geste, die bei den bürgerlichen Coburgern gut ankam.⁸⁷ Während einige Zeitungen die SA-Männer unter Berufung auf solche fromme Taten als zutiefst christliche Vaterlandskämpfer porträtierten, sprachen die der politischen Linken nahestehenden Zeitungen vom «nacktem Strassenterror» und von «brutalster Gewaltherrschaft» in der Stadt. Den Zeitgenossen war klar, dass die Gewalt auf den Strassen nicht spontan ausgebrochen sein konnte, sondern geplant und vorbereitet war, denn viele Angriffe der SA-Leute begannen mit dem Pfiff einer Trillerpfeife. Sobald das Signal ertönte, stürmten nationalsozialistische Kämpfer auf Gegner wie auf gewöhnliche Passanten los, die mehr oder weniger zufällig zwischen die Fronten gerieten.⁸⁸

Wenige Tage nach der Rückkehr aus Coburg überfielen dreissig bis vierzig militante Nationalsozialisten das Café des Deutschen Theaters in der bayerischen Hauptstadt, angeblich nachdem ein jüdischer Gast sich dort niedergelassen hatte. Sie warfen mit Bierflaschen und schlugen mindestens zehn Fenster ein, stiessen aber auch auf Gegenwehr: Gäste des Cafés schlugen zurück und verletzten mindestens einen der Angreifer.⁸⁹ Am 21. Dezember 1922 drangen zehn mit Schlagstöcken bewaffnete SA-Kämpfer in eine jüdische Suppenküche im Gebäude Klenzstrasse 4 in München ein. Sie herrschten die Bedienung mit der Frage an: «Bist du ein Judenmensch?», versuchten, eine Sammelbüchse des Jüdischen Nationalfonds zu rauben, und riefen wiederholt: «Wann kommen die Juden zum Fressen?» Als die herbeigerufene Polizei eintraf, hatten die Angreifer längst das Weite gesucht.⁹⁰ Im Verlauf dieser Wochen und Monate wurden solche SA-Auftritte vor Geschäften, in Cafés und in Gaststätten, wo sie zu Wortgefechten provozieren und in handgreifliche Gewalt ausarten sollten, ein wiederkehrender, allerdings nicht gern gesehener Bestandteil des öffentlichen Lebens in Bayern.⁹¹

Die antisemitische Gewalt nahm mit dem stetigen Wachstum der SA, die im Frühjahr 1923 eine führende Rolle in der Arbeitsgemeinschaft der vaterländischen Kampfverbände Bayerns übernahm, weiter zu. Dieser Dachverband zählte allein in München rund 30'000 Mitglieder. Personelle Veränderungen, die sich innerhalb der Führungsränge der SA vollzogen, lassen darauf schliessen, dass die Organisation ihren Charakter veränderte: Aus einem aggressiven, aber in seiner Wirksamkeit begrenzten Netzwerk von «Selbstschutz-Einheiten» wurde nun eine paramilitärische Truppe, ein echter «Verband» mit Zugang zu ernst zu nehmenden Waffen und mit dem Ehrgeiz, in der Politik des Freistaats Bayern mitzumischen. Im Zuge dieses Wandels löste Hermann Göring im März 1923 Klintzsch als Obersten SA-Führer ab.

Klintzsch war bei dem Bemühen, der wachsenden Zahl von SA-Freiwilligen eine organisatorische Struktur zu geben, ins Schlingern geraten, doch der Hauptgrund für den Führungswechsel lag in der zunehmenden Entfremdung zwischen Hitler und Ehrhardt. Klintzsch amtierte danach noch zwei Monate als Görings Stabschef, zog sich dann aber ganz von der SA zurück.⁹² Zu diesem Zeitpunkt verfügte die Sturmabteilung in der bayerischen Hauptstadt über drei Untergliederungen, die jede aus drei Hundertschaften mit jeweils vier Sturmtrupps zu je 25 Mann bestanden.⁹³ Wilhelm Brückner, Oberleutnant der Reserve, der in den 1930er Jahren zum SA-Obergruppenführer und zum Chefadjutanten Hitlers aufsteigen sollte, übernahm Anfang 1923 die Leitung der Münchener SA-Hundertschaften, die unter dem Kommando von Karl Bickel, Rudolf Hess und Josef

Berchtold standen. Letzterer wurde wenig später zum Führer des neu aufgestellten «Stosstrupps Adolf Hitler» ernannt, aus dem schliesslich die SS hervorging.⁹⁴ Im gesamten Freistaat zählte die SA mittlerweile rund 3'000 Mitglieder, die sich auf 40 Hundertschaften verteilten. Rund zwei Drittel dieser Hundertschaften hatten ihren Sitz in und um München. Diese Konzentration ergab sich nicht nur aus dem Mitgliederzuwachs der SA, sondern auch dadurch, dass ganze Verbände, die in München zuvor selbstständig agiert hatten – etwa die «Arbeitsgemeinschaft Rossbach» oder eine «Frontsoldatengruppe W» –, geschlossen in die NSDAP eintraten. Neben diesem Kernbestand der SA gab es Anfang 1923 auch in den Nachbarländern Bayerns, in Württemberg, Thüringen und Sachsen, SA-Verbände, desgleichen im Ruhrgebiet und in den Städten Hamburg, Hannover und Göttingen. Dazu kamen mehrere Tausend SA-Männer in Österreich, die man im Notfall über die Grenze zu Hilfe holen konnte.⁹⁵

Öffentliche Kundgebungen der NSDAP, das Werben um neue Parteimitglieder und die Verbreitung von Propagandamaterialien stiessen nicht immer auf das Wohlwollen der ortsansässigen Bevölkerung, wie die sogenannte Schlacht am Walfischkeller belegt, die am 11. September 1922 im württembergischen Göppingen entbrannte. Die kleine NSDAP-Ortsgruppe der Stadt plante für diesen Tag eine öffentliche Veranstaltung unter dem Titel «Nationalsozialismus, Deutschlands Zukunft». Doch die Stadtverwaltung untersagte die Versammlung kurzfristig unter Hinweis auf von NS-Leuten in den Tagen zuvor verursachte Krawalle in Stuttgart und im benachbarten Geislingen. Dennoch trafen am frühen Abend des 11. Dezember sechzig bis neunzig bewaffnete SA-Leute aus München mit dem Zug in Göppingen ein. Sie waren in Begleitung von Leonore Baur, der berühmten «Schwester Pia», einer Krankenschwester und Parteiaktivistin der ersten Stunde, und standen unter der Führung des ehemaligen Heeresleutnants Ernst von Westernhagen, der nach dem Krieg im Freikorps Oberland gekämpft hatte.⁹⁶ Hitler persönlich hatte seinen Münchener Anhängern eingeschärft, die Veranstaltung müsse um jeden Preis stattfinden.

Die Münchener SA-Männer sahen sich gleich nach der Ankunft in Göppingen einer feindseligen Gruppe von mehreren Hundert Arbeitern gegenüber. Als die Nazis auf dem Weg zum Walfischkeller in den Strassen der Innenstadt ihre «vaterländischen» Lieder anstimmten, konterten die Göppinger mit der «Arbeiter-Marseillaise» und beschimpften ihre Kontrahenten als «Rathenau-Mörder». Die Lage eskalierte rasch. Es fielen Dutzende Schüsse, wobei auf beiden Seiten vier oder fünf Personen verwundet wurden. Der Polizei gelang es schliesslich, die SA-Leute zum Bahnhof zu eskortieren, wo sie den Zug nach München bestiegen. Doch die Lage in der Stadt beruhigte sich damit keineswegs. Noch in

den späten Abendstunden wurden rund zwanzig Studenten aus Tübingen, die verspätet zu der NS-Versammlung eintrafen, von wutentbrannten Göppinger Arbeitern angegriffen und böse zugerichtet.⁹⁷ Trotz dieser wenig erfolgreichen Ausfahrt scheute sich die NS-Propaganda nicht, das Ereignis später zu einer ihrer Kampfzeitlegenden zu Überhöhen.

Bayern blieb das zentrale Betätigungsfeld der SA. Es war daher nur konsequent, dass die Nationalsozialisten ihren ersten gross angelegten Versuch, die öffentliche Ordnung so gründlich zu destabilisieren, dass die Errichtung einer autoritären Militärdiktatur als Akt der Notwehr gerechtfertigt werden konnte, in München unternahmen, und zwar am 1. Mai 1923, dem traditionellen Feiertag der Arbeiterbewegung. Ein Aufgebot von 2'000 bis 2'500 Mann aus dem Lager der vaterländischen Verbände, rund die Hälfte von ihnen SA-Männer, trat an, die traditionelle Parade der Arbeiterbewegung durch die Innenstadt zu stören. Das geschah unter dem Vorwand, man müsse Bayern vor einem kommunistischen Staatsstreich schützen.⁹⁸ Die meisten der teilnehmenden SA-Leute waren Einheimische, einige kamen aber auch aus umliegenden Städten wie Landshut, Freising oder Bad Tölz. Sie waren durch ein Telegramm aus der SA-Kommandozentrale mit dem leicht zu entschlüsselnden Wortlaut «Sämtliche Mützen sofort losschicken!» in Marsch gesetzt worden.⁹⁹

Während die Nationalsozialisten in ihren öffentlichen Verlautbarungen suggerierten, die paramilitärische Schulung der deutschen Jugend diene der Verhinderung eines kommunistischen Staatsstreichs, ist der Stellungnahme der Münchener Polizei vom 3. Mai zu entnehmen, dass es die klar erkennbare Absicht der Anführer dieser Kampfgruppen gewesen sei, ihre organisierte Anhängerschaft in einen «ausgesprochenen Rechtsradikalismus» hineinzutreiben.¹⁰⁰ Dies werde, wie der Präsident der bayerischen Polizei erklärte, zunehmend zu einem politischen Problem, weil «die Polizei jahrelang eng mit diesen Gruppen zusammengearbeitet hat, um Unruhen seitens der politischen Linken zu verhindern». Erschwerend komme hinzu, dass die betreffenden Gruppen sich zunehmend bewaffneten und sogar über Artilleriegeschütze und Mörser verfügten, und zwar teilweise aus Beständen benachbarter Reichwehrkasernen, mit deren Offizieren sie sympathisierten.¹⁰¹ Der Polizeipräsident erkannte die Risiken durchaus, die in der Zusammenarbeit mit diesen Verbänden lagen, doch er hielt jeden Versuch, die öffentliche Ordnung in der bayerischen Hauptstadt gegen die Truppen des rechtsextremen Lagers durchzusetzen, für aussichtslos. Damit gestand er indirekt ein, dass der von den Behörden in den vorangegangenen Jahren gefahrene Kurs der Nachsicht und der verdeckten Zusammenarbeit mit den Rechtsextremen die politische Stabilität nicht erhöht, sondern untergraben hatte.¹⁰²

Nach Einschätzung der sozialdemokratischen Tageszeitung *Münchener Post* lieferten die Vorfälle vom 1. Mai 1923 den letzten Beweis dafür, dass die nationalsozialistische SA eine «rein militärische Kampftruppe» war. Nach Angaben dieser gewöhnlich gut informierten Quelle hatten die «SA-Offiziere» sich an jenem Tag «hochgradig kampfbereit» gezeigt und wiederholt erklärt, im Falle einer bewaffneten Konfrontation mit den linken Kräften werde die Reichswehr auf ihrer Seite in den Kampf eingreifen. Die Zeitung lieferte eine detaillierte, wenn auch wohl übertriebene Beschreibung der von den SA-Trupps mitgeführten Waffen:

Jeder einzelne Mann der Sturmtrupps hatte ein modernes Infanteriegewehr, ferner Patronentasche und Stoffgurte. Den Handgranaten-Abteilungen standen ganze Kisten ihrer Mordwaffen zur Verfügung, jeder Mann hatte drei Handgranaten am Gürtel und war ausserdem mit einer Browningpistole ausgerüstet. [...] Eine Batterie leichter 12-Zentimeter-Feldgeschütze war hinter einer Baumgruppe aufgestellt mit der Zielrichtung auf die Arbeiterschaft auf der Theresienwiese. [...] Die militärische Oberleitung lag bei Hauptmann Gehring [sic!], der mit dem «Pour Le Mérite» umhängt einherstolzte.¹⁰³

Der Reichwehrkommandant in München, General Otto von Lossow, der als NSDAP-Sympathisant bekannt war,¹⁰⁴ bestritt später, dass die Reichswehr der SA Kanonen überlassen habe, räumte allerdings die Ausgabe kleinerer Waffen ein. Lossow behauptete, die vaterländischen Verbände hätten diese Waffen bereits am Nachmittag des 1. Mai vollständig zurückgegeben, und beschuldigte im Übrigen die Presse, die mit ihren aufgebauschten Berichten über die Ereignisse nur den französischen Behörden helfe, versteckte Waffendepots aufzuspüren.¹⁰⁵

Unter den SA-Männern, die sich am 1. Mai auf dem «Feldlager» am Oberwiesenfeld im Norden Münchens versammelt hatten, befanden sich viele Jugendliche. Gerüchten zufolge hatten sogar Schüler von höheren Schulen mitgemacht, was wenig überraschend ist, wenn man bedenkt, dass seit dem Revolutionsjahr 1919 viele Studenten und Gymnasiasten als «Zeitfreiwillige» in die regulären Streitkräfte eingetreten waren.¹⁰⁶ Bürgerkrieg zu spielen war interessanter, als die Schulbank zu drücken. Diese Haltung entsprach dem herrschenden Zeitgeist, dem zufolge die Politik unmittelbare Relevanz für das eigene Leben besass und ein tat- und schlagkräftiges Sich-Einbringen erforderte. Diese Sicht der Dinge war keineswegs auf Deutschland beschränkt. Ein Wortführer der studentischen

faschistischen Avantgarde (*Avanguardia studentesche fasciste*) in Italien erläuterte diese pragmatische Logik der Zeit mit ungewöhnlicher Klarheit: «Die Faust ist eine Synthese aus vielen Dingen. [...] Da sie direkt auf den Körper des Gegners einwirkt, und zwar kurz und drastisch, kann sie nicht ignoriert werden.»¹⁰⁷ Ganz ähnlich lautete das Motto einer deutschen Boxzeitschrift aus dem Jahr 1923: «Gedanken reichen nicht um sich zu schützen, man muss auch mal den Boxhandschuh benutzen.»¹⁰⁸

In Wirklichkeit verliessen sich die meisten SA-Männer lieber auf ihre Waffen als auf ihre Fäuste. Zudem zogen sie es vor, zahlenmässig unterlegene Gegner aus einer grösseren Gruppe heraus anzugreifen. Wie Franz Schwyer, der konservative und nazikritische bayerische Innenminister von der Bayerischen Volkspartei (BVP), am 8. Juni 1923 im Bayerischen Landtag ausführte, pflegten die Nationalsozialisten ihre Gegner von der Linken zu einer Attacke zu provozieren, indem sie zwei oder drei ihrer Leute in SA-Uniform durch die Münchener Arbeiterviertel schickten. Wurden diese Braunhemden attackiert, griff die ihnen unauffällig folgende Gruppe von fünfzig oder sechzig Kameraden in Zivil ein und «schlug zurück». Die an solchen Kampfeinsätzen Beteiligten seien ganz überwiegend «halbwüchsige Bürschen», erklärte der Minister und versicherte der Öffentlichkeit, die Polizei habe bereits wirksame Massnahmen gegen den unter den Jugendlichen der Hauptstadt um sich greifenden Hang zur Gewalttätigkeit ergriffen.¹⁰⁹

Schwyers Einschätzung deckt sich mit den Erkenntnissen des Soziologen Randall Collins, der in seinen Überlegungen zur Mikrosoziologie der Gewalt darauf hingewiesen hat, dass selbst Angehörige von Gruppen, die wir als besonders gewaltbereit wahrnehmen – in diesem Fall die SA in ihrer Frühphase –, nur in speziellen Situationen, die eine besondere «emotionale Dynamik» in Gang setzen können, auch tatsächlich gewalttätig reagieren.¹¹⁰ Die Aufgabe der SA-Führer bestand darin, solche Situationen herbeizuführen und über diese die angestrebte enge Bindung der einzelnen SA-Leute an die politische Bewegung zu erreichen. Dabei waren diese Situationen so austariert, dass eine unkontrollierbare Eskalation der Gewalt verhindert wurde. Schwyer hatte daher zweifellos recht, wenn er betonte, dass die jungen SA-Leute keine ernsthafte Gefahr für den Staat darstellten, solange Polizei und Streitkräfte loyal zur Regierung standen. Er verkannte aber die Doppelrolle der Polizei, die als Machtinstrument des Staates zugleich auch abgeschirmte und begrenzte Räume schuf, in denen die SA ihre Gewalttaten auf kontrollierte Weise zelebrieren konnte.

Schon die Provokationen während des oben näher geschilderten Fahrradausflugs nach Bad Tölz illustrieren, wie diese Doppelrolle der Polizei aussah: Der

Wachtmeister hob in seinem Bericht hervor, dass er mit seinem Eingreifen einen schweren Krawall verhindert habe, ignorierte aber den Umstand, dass er mit der polizeilichen Absicherung des öffentlichen Raums den Nationalsozialisten erst die Chance geboten hatte, zwei Stunden lang ungestört ihre Propaganda zu verbreiten, zuerst in der Gastwirtschaft, dann auf der Strasse. Er hatte ihnen im Grunde das aufregende Erlebnis einer symbolischen und letztlich wenig riskanten Konfrontation mit der Polizei erst ermöglicht, was die Mitgliedschaft bei der SA für diese von Gewalt und Kampf faszinierten jungen Männer so attraktiv machte. In anderen Fällen finden sich sogar Hinweise auf eine direkte Komplizenschaft der Polizei. So beschlossen in den Abendstunden des 19. Oktober 1921 mehrere Dutzend SA-Leute in München spontan, zum Hauptbahnhof zu marschieren und unterwegs jeden Juden, der ihnen über den Weg lief, zu verprügeln. Obwohl sich am Bahnhof Polizeikräfte befanden, gingen die SA-Leute in der Bahnhofshalle auf einen Mann los und traktierten ihn mit Schlägen, bis ein Wachtmeister das Opfer schliesslich aus dem Gefahrenbereich entfernte. Die Täter und ihre Kameraden durften hingegen weiterhin ungestört Passanten einschüchtern und antisemitische Gesänge wie das «Borkumlied» anstimmen, das ungeniert die Unerwünschtheit von Juden auf der Nordseeinsel proklamierte: «Wer dir naht mit platten Füssen, mit Nasen krumm und Haaren kraus, der soll nicht deinen Strand geniessen, der muss hinaus, der muss hinaus!»¹¹¹ Das Beispiel aus Göppingen zeigt dagegen die Grenzen auf, die der Gewaltstrategie der Nationalsozialisten gesetzt waren: Die Provokationen der NSDAP waren nur erfolgreich, wenn sie unter dem – zumindest stillschweigenden – Schutz der Polizei standen. Ohne diesen konnte es zu einer Eruption der Gewalt mit ungewissem Ausgang kommen.

Als die Kampagne der Nationalsozialisten zum Sturz der Reichsregierung im Mai 1923 ergebnislos verebte, verloren die Partei und ihre SA vorübergehend an Ansehen, und zwar sowohl in den Kreisen der vaterländischen Kräfte in Bayern als auch in den eigenen Reihen. Wütende SA-Leute forderten die Ablösung unfähiger Kader in der militärischen Führung der Organisation, führten Klage über beschädigte Waffen, beschwerten sich über die «Weiberwirtschaft» in der Parteizentrale und drängten auf die Einführung einer ordentlichen Buchhaltung.¹¹² Wie die bayerischen Behörden von Spitzeln erfuhren, gerieten die NSDAP wie die SA im Frühsommer 1923 in grosse Finanznot, teils wegen des Zerwürfnisses zwischen Hitler und Ehrhardt, teils infolge der Hyperinflation. Die führenden Köpfe der SA liessen sich ihr Gehalt zu dieser Zeit bevorzugt in ausländischer Währung auszahlen – sofern überhaupt Geld in der Parteikasse war.

Konrad Heiden, einer der ersten Historiker der NSDAP, berichtete, dass SA-Kommandeure einen beachtlichen Sold von achtzig bis neunzig Schweizer Franken pro Monat erhielten.¹¹³ Die Finanzkrise der Partei und ihrer Sturmabteilung im Frühjahr und Sommer 1923 kam erst zu einem vorläufigen Ende, als Hitler im Zuge einer Werbetour durch Deutschland von dem einstigen Marineleutnant und nunmehrigen NSDAP-Mitglied Hellmuth von Mücke eine beträchtliche Spende im Wert von 500 US-Dollar erhielt, was zu diesem Zeitpunkt rund 400 Millionen Papiermark entsprach.¹¹⁴

In dem Klima der halb verdeckten Zusammenarbeit zwischen politischen Kreisen und dem Militär gediehen einige der bemerkenswertesten Karrieren der 1920er Jahre, etwa die von Ernst Röhm, der als Berufssoldat im bayerischen Heer gedient und im turbulenten ersten Halbjahr 1919 im Freikorps Epp gekämpft hatte, bevor er beauftragt worden war, die Sicherheitskräfte der Stadt München neu zu organisieren. In dieser Funktion hatte er mitgeholfen, die bayerische Polizei von liberalen und linkslastigen Beamten zu «säubern» und damit den Weg geebnet zu einem besseren Verhältnis zwischen der Reichswehr, der Polizei und paramilitärischen Verbänden wie der SA.¹¹⁵ Röhm hielt bis ans Ende seiner Tage an Überzeugungen und Ideen fest, die nicht nur durch die nationalsozialistische Ideologie geprägt waren, sondern auch durch die eindrücklichen Erfahrungen, die er als Offizier im Ersten Weltkrieg gesammelt hatte. Sein Zeitgenosse Konrad Heiden charakterisierte Röhm treffend als einen «leidenschaftlichen Politiker, der sich ebenso leidenschaftlich weigert, die Politik zu verstehen».¹¹⁶

Die häufig als biografischer Aktivposten glorifizierte «Kriegserfahrung» diente den unterschiedlichsten Persönlichkeiten der extremen Rechten als gemeinsamer Nenner nicht nur in Deutschland, sondern ganz allgemein im Europa der Zwischenkriegszeit. Um nur ein Beispiel zu nennen: Nigel Jones zeichnete von dem britischen Faschistenführer und gut situierten Playboy Oswald Mosley ein Porträt, das auch auf Röhm gepasst hätte, ungeachtet des grundlegend anderen nationalen und sozialen Hintergrunds sowie der Bildungsunterschiede zwischen den beiden Männern. Sie einte die «Verachtung für Demokratie und zivile Existenz, die Unduldsamkeit für Zuständigkeitswirrwarr und Zeitverzug, der Wunsch nach Aktion und durchschlagender Wirkung um fast jeden Preis, die Freude an der Gewalt und am soldatischen Leben».¹¹⁷ Wie anderen führenden Figuren des europäischen Rechtsextremismus der Zwischenkriegszeit, etwa Miklós Horthy in Ungarn oder dem charismatischen Anführer der rumänischen Legionärsbewegung, Corneliu Codreanu, schwebte auch Röhm das Ideal einer militärisch geprägten Gesellschaft vor, in der bedingungslose Treue zu den Füh-

ern und die Bereitschaft, sich für die Nation aufzuopfern, zu den höchsten Tugenden gehörten. Historiker bezeichnen Röhm oft als «militärischen Desperado». Zweifellos war er ein entwurzelter Berufssoldat, aber bis zu seinem Tod im Jahr 1934 blieb er doch auch ein bayerischer Nationalist, der der Wittelsbachermonarchie nachtrauerte.¹¹⁸

Ungeachtet der substantiellen Forschungsliteratur über Röhm, insbesondere Eleanor Hancocks aus den Quellen gearbeiteter Biografie aus dem Jahr 2008, lässt sich schwer einschätzen, welchen Einfluss dieser vor dem Hitlerputsch von 1923 in der SA tatsächlich hatte. Unbestritten ist, dass Röhm zwischen 1919 und 1923 eine bedeutende Rolle in Bayern spielte und ein wichtiges Bindeglied zwischen der bürgerlichen Mittelschicht und den ultranationalistischen Organisationen war, die zunehmend zu einem beachtlichen Bestandteil dessen wurden, was man den Aufbruch der verbündeten antimarxistischen Kräfte Bayerns nennen könnte. Die von Hancock vertretene These, Röhm sei der «Schutzpatron der Partei» gewesen und habe eine entscheidende Rolle «auf allen wichtigen Wegstationen der nationalsozialistischen Partei bis zum 1. Mai 1923» gespielt, erscheint jedoch überzogen.¹¹⁹ Das meiste, was wir aus der Sekundärliteratur über Röhm erfahren, ist seiner Autobiografie entnommen, die er erstmals 1928 unter dem auftrumpfenden Titel *Geschichte eines Hochverrätters* veröffentlichte.¹²⁰ Als er wenig später Deutschland verließ, um sich als Militärberater in Bolivien zu verdingen, hat er sich wohl kaum träumen lassen, dass er Ende 1930 erneut an die Spitze der SA gestellt werden würde. Auch hatte er seinerzeit ganz offensichtlich kein Interesse daran, sich als investigativer Journalist zu profilieren. In den Jahren vor Erscheinen seines Buches hatte er zumeist im Verborgenen agiert; sein Name fand nur selten den Weg in Behördenakten und Zeitungsartikel. Er war eher ein Strippenzieher der Macht als ein öffentlich wahrgenommener politisierter Offizier. Röhm konzentrierte sich darauf, sein bewährtes Organisationstalent und seine guten Beziehungen zu Reichswehr- und Freikorpskameraden für die verdeckte Versorgung der paramilitärischen Rechten mit Waffen einzusetzen – und dafür zu sorgen, dass weder die Reichsregierung noch die Siegermächte zu viel davon mitbekamen.

Spätestens im Jahr 1923 war Röhm, den manche den «Maschinengewehrkönig von Bayern» nannten, weil er sich so gut darauf verstand, Waffen zu beschaffen und zu verstecken,¹²¹ zu einer wichtigen Figur in der bayerischen Politik geworden. Als selbst ernannter «Vater» der vaterländischen Verbände gehörte er in den Wochen und Monaten vor Hitlers Novemberputsch in der Tat zu den bedeutendsten Akteuren der konterrevolutionären Rechten.¹²² Andere Historiker haben die politischen Entwicklungen dieser Zeitspanne, die sich im Zeichen einer ga-



Dieses Porträt von Ernst Röhm entstand zwischen 1928 und 1930 in dessen zeitweiliger Wahlheimat Bolivien. Es zeigt einen Mann zwischen zwei Welten. Röhm trägt die Paradeuniform der bolivianischen Streitkräfte, hat sich aber die deutschen Medaillen aus dem Ersten Weltkrieg an die Brust geheftet. An der Wand hängt die bolivianische Nationalfahne, darüber die kaiserliche Reichskriegsflagge. Neben ihm auf dem Tisch im Bilderrahmen ein Foto des Kronprinzen Rupprecht von Bayern.

loppierenden Inflation und einer sich weiter verschärfenden politischen Polarisierung vollzogen, bis ins Detail nachgezeichnet.¹²³

Die SA war schon im April 1923 zum Losschlagen bereit, aber noch zu unbedeutend, um den Gang der politischen Ereignisse direkt beeinflussen zu können. Als Hitler schliesslich beschloss, einen Putschversuch zu wagen, tat er das unter dem ermutigenden Eindruck der öffentlichen Empörung nach dem Zusammenbruch des deutschen Widerstands gegen die französische Besatzungsherrschaft im Ruhrgebiet und nachdem ähnliche Putschpläne des bayerischen Quasi-Diktators Gustav von Kahr durchgesickert waren, die Hitler ins Abseits zu befördern drohten.¹²⁴ Hitler stützte sich zu dieser Zeit in doppelter Hinsicht auf die SA: Zum einen war sie seine designierte «Prätorianergarde», das Machtinstrument, mit dem er seinen Führungsanspruch gegen seine politischen Rivalen notfalls mit Gewalt durchzusetzen gedachte. Zum anderen wirkten die SA-Truppen als symbolische Manifestation der Macht des neuen «Führers», wenn sie die Strassen Münchens unsicher machten – eine Wirkung, die sich durchaus mit jener der Freikorpsverbände im Mai 1919 vergleichen lässt. Während die SA in der ersten Rolle reüssierte – insbesondere in den Abendstunden des 8. November 1923, als Hitler die führenden Leute der bayerischen Staatsregierung festsetzen liess –, scheiterte sie bei dem Versuch, ihren Einfluss auf der Kommandoebene der bayerischen Sicherheitskräfte geltend zu machen. Wie sich in den Morgenstunden des

8. November herausstellte, liessen sich weder die bayerische Polizei noch die Reichswehrführung in München für den Putsch gewinnen. Als die NSDAP-Anhänger einen verzweifelten Versuch unternahmen, ihre «Revolution» zu retten, indem sie sich auf den Strassen Münchens einem deutlich besser bewaffneten und besser ausgebildeten Kommando regierungstreuer Kräfte entgegenstellten, war ihre Niederlage schnell besiegelt. Nach einem kurzen Schusswechsel in Sichtweite der Feldherrnhalle lagen 14 «Putschisten» tot am Boden, darunter ein Kellner aus einem benachbarten Café. Die Gegenseite beklagte vier tote Polizisten.¹²⁵ Hitler entkam mit einer Schussverletzung an der Schulter, wurde aber wenige Tage später im Landhaus eines seiner Förderer, des vermögenden Kunstauktionärs Ernst «Putzi» Hanfstaengl, in Uffing gefasst, des Hochverrats angeklagt und am 1. April 1924 zu zwei Jahren Haft im Gefängnis Landsberg verurteilt.¹²⁶

Langfristig wichtiger als die tatsächliche Beteiligung von SA-Leuten an dem hochverräterischen Unternehmen des «Novemberputschs» war der Kult, den die NSDAP später um die am 9. November 1923 gefallenen «Märtyrer» – einschliesslich derjenigen, die in den Tagen danach ihren Verwundungen erlagen – veranstaltete.¹²⁷ Die Nationalsozialisten erinnerten an die insgesamt 16 Männer

jedes Jahr im Rahmen einer zentralen Parteiveranstaltung in München, in die von 1930 an noch der Kult um Horst Wessel eingebaut wurde, einen charismatischen jungen Berliner SA-Führer, der von einem Mitglied des verbotenen Roten Frontkämpferbundes erschossen worden war. Der Namenspatron des Horst-Wessel-Liedes, der Partei- und später auch inoffiziellen zweiten Nationalhymne, liess sich ungleich besser zur Kultfigur stilisieren als die weitgehend unbekanntenen Toten von München.¹²⁸ Beim NSDAP-Parteitag in Weimar im Mai 1926 schwor Hitler seine Anhänger erstmals auf eine neue Reliquie ein, die sogenannte Blutfahne, die das Gefecht vor der Feldherrnhalle überstanden hatte, und begründete damit eine weitere kultische Tradition. Aus dem Symbol der Niederlage wurde jetzt eine Reliquie des Ruhms. Die «heiligen Opfer», die die SA 1923 und bei zahlreichen weiteren Gelegenheiten in den Jahren danach gebracht hatte, begründeten in den Augen der Getreuen ihren Anspruch auf politische Herrschaft und gesellschaftliche Teilhabe.¹²⁹

Die Nachwirkungen des Putsches

Als die Reichsbehörden am 23. November 1923 die NSDAP und weitere Organisationen, die sich am Hitlerputsch beteiligt hatten, verboten, erklärte die SA offiziell ihre Selbstaflösung. Während viele einfache SA-Männer fürs Erste die Verbindung zur – jetzt eher stillstehenden – «Bewegung» verloren, dachten die führenden Köpfe der Partei nie daran, die in den Jahren zuvor aufgebauten organisatorischen Strukturen tatsächlich aufzugeben. Bereits im April 1924 betraute der noch im Gefängnis Landsberg einsitzende Hitler Röhm mit dem «Wiederaufbau» der SA, so jedenfalls stellte Letzterer es in seiner Autobiografie dar. Ferner behauptete er, in seinem Innsbrucker Exil Geheimgespräche mit Göring und mit Gerhard Rossbach geführt zu haben, dem einstigen Freikorpskommandeur, der ebenfalls am Hitlerputsch teilgenommen hatte und sich jetzt in Salzburg vor den deutschen Behörden versteckt hielt. Angeblich «ernannte» Göring Röhm, der sich – anders als er selbst – frei in Deutschland bewegen konnte, zu seinem Stellvertreter und erteilte ihm «unbegrenzte Vollmacht» über die SA.¹³⁰

Auf einer ersten Konferenz über die Zukunft der verbotenen SA, die am 17. und 18. Mai 1924 in Salzburg stattfand, trafen sich unter der Ägide Röhm's führende Nationalsozialisten aus dem Reich und aus Österreich – jedoch offenbar ohne Göring, der noch an den Nachwirkungen einer Schussverletzung laborierte, die er sich am 9. November 1923 zugezogen hatte und die ihn womöglich daran hinderte, auf seinen

Kommandoposten bei der SA zurückzukehren. Die Konferenz brachte, wie Röhm in der Rückschau schrieb, «viele Misshelligkeiten, Unstimmigkeiten und Unklarheiten» an den Tag.¹³¹ Auch wenn Röhm hier vielleicht absichtlich die Probleme überzeichnete, um seine anschliessende Organisationsarbeit in umso hellerem Licht erscheinen zu lassen, war in den folgenden Monaten bis zum ersten Zerwürfnis zwischen Röhm und Hitler im April 1925 allenfalls eine bescheidene Wiederbelebung der SA zu beobachten, die sich nur langsam von dem im November 1923 erlittenen Rückschlag erholte. Ein Faktor, der ein rasches Wiedererstarren der SA, zumindest in ihrer bisherigen Form, verhinderte, war offenkundig: Hitler, der Einpeitscher und Volkstribun der völkischen Rechten in Bayern, stand nicht zur Verfügung – zunächst, weil er in Landsberg im Gefängnis sass, später, nach seiner Freilassung kurz vor Weihnachten 1924, wegen eines ihm von Staats wegen auferlegten öffentlichen Redeverbots. Das war ein harter Schlag für die NSDAP, denn Hitler war nach 1921 zum charismatischen Wortführer der extremen Rechten in Bayern aufgestiegen. Noch verfügte er nicht über die Mittel, die Volksmassen ausserhalb Münchens zu erreichen, aber seine regelmässigen Auftritte in den Bierkellern der bayerischen Hauptstadt hatten sich als wichtiges emotionales Bindemittel für die SA erwiesen.

In diese Fusstapfen konnte Röhm nicht treten, und es ist anzunehmen, dass er das auch gar nicht wollte. Er konzentrierte sich vielmehr auf Dinge, mit denen er sich auskannte: das Aufziehen einer neuen Dachorganisation, des Frontbann, in dem sich die Überbleibsel diverser völkischer und vaterländischer Bünde einschliesslich der verbotenen SA zusammenschliessen sollten.¹³² Anders als die SA in der Zeit vor dem Novemberputsch schaffte es der Frontbann zumindest ansatzweise, im gesamten Reichsgebiet Fuss zu fassen. Sein ursprünglicher Name, Völkischer Frontkampfband Frontbann, ist ein Indiz dafür, dass diese neue Organisation bestrebt war, sich möglichst breit aufzustellen – anders als der staatlich protegierte Notbann in Bayern, der kurzzeitig die gemässigten Wehrverbände zu einer Art polizeilichen Reservearmee zu formieren suchte.¹³³ Auch wenn der Frontbann letzten Endes Schiffbruch erlitt, war er doch insofern ein Erfolg, als er zum ersten Mal politische Aktivisten der extremen Rechten aus Nord- und Süddeutschland zusammenbrachte. Damit stellte er eine wichtige Etappe beim Aufbau eines reichsweiten nationalsozialistischen Netzwerks dar. Offiziell hatte diese neue Organisation, die aus höchstens 30'000 Mann bestand, die Aufgabe, «junge Männer durch Leibesübungen und durch Gewöhnung an Gehorsam auf den Militärdienst vorzubereiten», wie Röhm im Sommer 1924 den bayerischen Behörden erläuterte.¹³⁴ Nach ihren Erfahrungen mit Gruppen dieser Couleur im Jahr zuvor zeigten sich diese nun jedoch skeptisch und versagten der neuen Organisa-

tion zunächst ihre Anerkennung, ungeachtet der Tatsache, dass Röhm am 4. Mai 1924 für die Nationalsozialistische Freiheitspartei als Abgeordneter in den Reichstag eingezogen war. Nicht einmal die nachdrückliche Fürsprache Ludendorffs, der in Deutschland nach wie vor hohes Ansehen genoss, half ihm jetzt.¹³⁵ Ein grösseres Problem als die Bedenken der bayerischen Regierung war für Röhm jedoch, dass seine ambitionierte neue Organisation nicht den Beifall Hitlers fand. Die beiden Männer führten zwischen Mai und Herbst 1924 mehrere Unterredungen im Landsberger Gefängnis, konnten sich aber nicht auf eine gemeinsame Marschroute einigen.

Obwohl Hitler bei seiner ablehnenden Haltung blieb, verfolgte Röhm seine Pläne zunächst weiter und hegte zumindest bis Anfang 1925 die Hoffnung, Hitler doch noch für den Frontbann gewinnen zu können, wenn dieser erst zu einer machtvollen Organisation unter dem Dach der Nationalsozialisten herangewachsen war. Der Dissens zwischen den beiden Männern blieb jedoch bestehen, weil ihre Vorstellungen über die Zukunft der nationalsozialistischen Bewegung unvereinbar waren. Was Röhm vorschwebte, war ein besser strukturierter Versuch, die paramilitärischen Kräfte des rechtsextremen Lagers zusammenschmiedend mit dem Ziel, die Weimarer Republik gewaltsam zu beseitigen. Hitler war dagegen während der Haft zu der Auffassung gelangt, eine Dachorganisation dieser Art sei schwer zu führen, weil in der Regel jede Gruppierung ihre Autonomie verteidige. Der Umstand, dass miteinander konkurrierende Vereinigungen wie der Bund Wiking, der Bund Bayern und Reich oder der Blücherbund nach dem gescheiterten Putsch vom November 1923 versucht hatten, SA-Männer anzuwerben, hatte Hitlers Vertrauen in diese Organisationen weiter schwinden lassen.¹³⁶ Er hatte zudem seine Lehren aus dem fehlgeschlagenen Unternehmen gezogen: Ein bewaffneter Aufstand war ohne Erfolgchancen, solange Reichswehr und Polizei der legitimen Regierung ergeben blieben, selbst wenn viele Staatsdiener ihre Sympathie für die Ziele der Ultrationalisten ziemlich offen zum Ausdruck brachten.¹³⁷

Nachdem Hitler am 20. Dezember 1924 im Rahmen einer Generalamnestie für politische Häftlinge aus dem Gefängnis entlassen worden war, wurde schnell deutlich, dass er jeden Gedanken daran aufgegeben hatte, mit einem paramilitärischen Kraftakt im Handumdrehen die Macht an sich zu reißen. Stattdessen gab er die Parole aus, einen streng legalistischen Kurs zu steuern. Beobachter hielten das von Anfang an für eine rein taktische Wendung, besonders nachdem Hitler am 26. Februar 1925 öffentlich zu einer Wiedergründung nicht nur der NSDAP, sondern auch der SA aufgerufen hatte.¹³⁸ Diese neue SA dürfe, so erklärte er, nicht bewaffnet sein, sondern müsse konsequent im Rahmen des geltenden

Rechts agieren. Sie sei das Propagandawerkzeug der NSDAP und die Kaderschule für die Parteijugend.¹³⁹ Ihre Mitglieder müssten in der Öffentlichkeit Uniform tragen, um auf den Strassen für jedermann erkennbar zu sein. Die Sturmabteilung dürfe künftig nicht mehr auf das Niveau eines reinen Wehrverbandes oder eines Geheimbundes herabsinken, schrieb Hitler in *Mein Kampf* nicht zuletzt, weil man «mit einer wöchentlich ein- oder zweistündigen Ausbildung [...] wirklich keinen Soldaten schaffen» könne.¹⁴⁰ Diese Richtungsentscheidung erfolgte auch aus strategischen Gründen, unter anderem aus der Überlegung, dass man nicht Männer in grosser Zahl durch ein freiwilliges militärisches Ausbildungsprogramm schleusen konnte, solange man nicht im Besitz der absoluten Befehlsgewalt war.¹⁴¹ Konkurrierende Kommandeure paramilitärischer Verbände hätten ihm, davon war Hitler überzeugt, die angestrebte «absolute Befehlsgewalt» niemals zugestanden.

Anfänglich taten sich sogar viele Nationalsozialisten schwer, die Aufgaben und den Charakter dieser neuen SA, die Hitler vorschwebte, zu verstehen. Viele seiner Anhänger sahen ganz und gar nicht ein, wie die Absage an physische Gewalt als Mittel des Umsturzes in eine Zeit passte, in der ihre politischen Kontrahenten doch offenbar daran arbeiteten, ihre paramilitärische Schlagkraft zu verbessern. Anfang 1924 war in Magdeburg das eng mit der SPD verflochtene Reichsbanner gegründet worden, ein paar Monate später formierte sich der kommunistische Rote Frontkämpferbund.¹⁴²

Hitler gab schliesslich alle Versuche auf, seine Anhänger zu überzeugen, und verkündete am 28. September 1926 schlicht und einfach ein für «die gesamte nationalsozialistische Presse» geltendes Verbot, sich zu den Gründen für die Existenz der SA sowie zu deren Aufgaben, Grundsätzen und Gliederungen zu äussern.¹⁴³ Dieses Machtwort war eher Ausdruck von Frustration denn Teil einer cleveren Strategie, die seinen Anspruch auf absolute Deutungshoheit im nationalsozialistischen Lager bekräftigen konnte. Ohnehin wurde das von Hitler ausgesprochene Verbot kaum beachtet, vor allem weil Zeitungen und Zeitschriften des rechten Spektrums mit zunehmendem Eifer die SA gegen Enthüllungsgeschichten in den Blättern ihrer sozialistischen und liberalen Gegner verteidigten. Das breite Publikum sah in den SA-Verbänden der mittleren 1920er Jahre ohnehin meist nur ein Überbleibsel der tumultuösen Nachkriegsjahre Deutschlands, kaum jedoch eine Organisation, die stark genug war, die öffentliche Ordnung zu gefährden.

Ganz anders dachte der designierte Oberste SA-Führer Franz Pfeffer von Salomon, der seine Truppe, die noch nicht viel mehr war als ein dürftiger Zusammenschluss nationalsozialistischer Milizen mit reichsweit höchstens 40'000 Mit-

gliedern, im Oktober 1926 als Rückgrat des Nationalsozialismus pries. Auch wenn faschistische Führer immer und überall dazu neigten, die geschichtliche Mission ihrer «Bewegung» pathetisch zu Überhöhen, indem sie diese in einem quasi-religiösen Kreuzzug wähten,¹⁴⁴ ist der Ausblick des Obersten SA-Führers Pfeffer von Salomon auf die Zukunft der SA es wert, im vollen Wortlaut zitiert zu werden, lieferte er doch die Grundlage für das künftige Selbstverständnis vieler SA-Kämpfer:

Nur eine [politische] Bewegung von ungeheurer innerer Kraft kann ein solches Gebilde wie unsere SA hervorbringen. Die SA ist unser untrügliches Unterscheidungsmerkmal von den landläufigen Parlaments-Parteien. Die SA ist das Unterpfeiler unseres Sieges, wenn der Parlamentarismus und seine «Mittel» zusammenbrechen. Ich sehe die SA als die Krönung unserer Organisation und unserer politischen Arbeit an.¹⁴⁵

2

Die SA und die Politik der Strasse

*Propaganda ist gegen die Seele des Menschen gerichtete Gewalt.
Propaganda ist kein Ersatz für Gewalt, sondern eine ihrer Seiten.
Beide verfolgen denselben Zweck: die Menschen der Kontrolle
von oben zu unterwerfen. (gilt auch für den heutigen Mainstream...)*

FRANZ NEUMANN, BEHEMOTH¹

In die Jahre 1925/26 fällt die Anfangszeit der «zweiten SA». Im Gegensatz zu ihrer im vorigen Kapitel analysierten Vorgängerin entwickelte sie sich bald zu einer konsequent zentralisierten, reichsweit operierenden Organisation und stellte schliesslich das Gewaltmonopol des Staates infrage. Die SA-Gruppierungen, die den gescheiterten Hitlerputsch überstanden hatten oder erst danach, in den Jahren 1925 und 1926, überall in Deutschland gegründet wurden – wobei sie zur Tarnung häufig als Sportvereine firmierten –, genossen zunächst eine beträchtliche regionale Autonomie.² Wie die Münchener SA zwischen 1921 und 1923 agierten sie zumeist als eine Art private Miliz, befehligt von den Gauleitern der NSDAP. Für diese stellten sie eine Art Hausmacht dar, derer sie sich bedienten, wenn es galt, potentielle innerparteiliche Rivalen in Schach zu halten. Hitler selbst, der in Landsberg einsass und nach seiner Entlassung aus der Haft noch ein Jahr lang mit Redeverbot belegt war, hatte die SA in dieser Anfangszeit kaum im Griff. Sein vordringliches Anliegen war daher zunächst die organisatorische Wiederaufstellung der NSDAP im gesamten Reich. Nachdem dies im Sommer 1926 geschafft war, wandte er seine Aufmerksamkeit der Sturmabteilung zu und installierte eine Oberste SA-Führung unter dem Kommando eines Obersten SA-Führers (OSAF). Dieser trat sein Amt am 1. November 1926 an.³

Frühe Weichenstellungen

Der Mann, dem Hitler das Kommando über die SA anvertraute, war Franz Pfeffer von Salomon, ein 1888 geborener Ex-Soldat, der gern das jüdisch klingende «Salomon» wegliess und sich schlicht Franz von Pfeffer nannte.⁴ Er wuchs als ältestes von sieben Kindern in einer niederrheinischen Adelsfamilie auf, studierte zunächst Jura,

entschied sich dann aber für eine Karriere als Berufssoldat. Im Verlauf des Ersten Weltkriegs stieg er in den Rang eines Hauptmanns auf. Nach Kriegsende wählte er die paramilitärische Option und befehligte zwischen 1919 und 1921 sein eigenes Freikorps, das in den baltischen Ländern und in Oberschlesien operierte. Dort erwarb er sich den Ruf eines ausgezeichneten Organisationsführers sowie knallharten und gewaltbereiten Befehlshabers mit grenzenlosem Selbstbewusstsein. Im März 1925 wurde Pfeffer von Salomon NSDAP-Gauleiter und SA-Führer von Westfalen und damit zu einem der ersten Regionalfürsten der Partei.⁵

Hitler hatte sich mit Pfeffer von Salomon als erstem Reichsführer der SA somit für einen Mann entschieden, der seine Bedeutung in den wichtigen nordwestlichen Teilen des Reiches stärken sollte und der zugleich die Machtansprüche ehrgeiziger innerparteilicher Rivalen wie Gregor Strasser oder Karl Kaufmann zu durchkreuzen versprach. Kaufmann war zu dieser Zeit Gauleiter von Rheinland-Nord und sollte bald darauf Gauleiter und Reichsstatthalter von Hamburg werden, Ämter, die er viele Jahre lang ausübte.⁶ Kaufmanns Aufstieg war nur eines von vielen Signalen, dass die SA jetzt in allen Teilen des Reiches eine führende Rolle anstrebte.

Pfeffer von Salomon erwies sich als wichtiger Motor für das Wachstum und den Erfolg der SA. In enger Zusammenarbeit mit Hitler, der seine Vorstellungen von der neu aufgestellten SA im Februar 1927 im zweiten Band von *Mein Kampf offenlegte*,⁷ erliess der ehrgeizige Pfeffer von Salomon kurz nach seinem Amtsantritt eine Reihe von Befehlen, die einerseits die Bedeutung seiner Stellung festigen sollten und andererseits auf eine einheitlich und konsequent hierarchisch strukturierte SA zielten. Um die Macht der Parteigrößen zu beschneiden, die es gewohnt waren, über ihre jeweiligen SA-Verbände uneingeschränkt zu befehligen, führte er klar gegliederte hierarchische Befehlsstrukturen ein. Die höchstinstanzliche Befehlsgewalt über die Sturmabteilung wurde dem OSAF in München übertragen, der auch das Oberkommando über die Schutzstaffeln (SS) und die Hitlerjugend (HJ) erhielt, zwei neue, auf dem Parteitag der NSDAP im Juli 1926 in Weimar gegründete Gliederungen.⁸ Aufgrund dieser Machtfülle war Pfeffer von Salomon bis zu seinem Rücktritt im August 1930 eine Schlüsselfigur in der NSDAP. Die von ihm durchgeführten Reformen prägten die SA auf Jahre hinaus, auch wenn sein Nachfolger an der Spitze der Organisation, Ernst Röhm, der sein Amt am 1. Januar 1931 unter dem neuen Titel «Stabschef» antrat, viele von Pfeffers Richtlinien und Anweisungen modifizierte.

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass die SS, die zur berüchtigten und paradigmatischen Terrororganisation des «Dritten Reiches» aufstieg, bis

1934 ganz im Schatten der SA stand. Kennzeichnend für die in den frühen Jahren ungleiche Verteilung von Personal und Einfluss unter diesen beiden Schwestergliederungen ist die von Röhm Anfang 1931 erlassene Weisung, die Mitgliederzahl der SS dürfe nur zehn Prozent der Personalstärke der SA betragen. Tatsächlich hatte die SS zu diesem Zeitpunkt reichsweit nur 4'000 Mitglieder, die SA dagegen 88'000. In Bezug auf ihre Aktivitäten zeigten die zweite SA und die SS in den Weimarer Jahren ein weitgehend ähnliches Betätigungsmuster, wobei Streitigkeiten über strategische Fragen, über Zuständigkeiten und die jeweilige Mitgliederstärke schon bald offen zutage traten.⁹

Die neuen Strukturen, die Pfeffer von Salomon der SA verpasste, waren den Kommandostrukturen des deutschen Heeres nachempfunden. Als kleinste SA-Einheit wurde die Gruppe definiert, die aus 6 bis 12 Mann bestand.¹⁰ 5 bis 6 Gruppen bildeten einen Trupp, der an die Stelle der bisherigen Kompanie trat. Die nächstgrößere Einheit war der Sturm, bestehend aus 3 bis 5 Trupps. 3 bis 5 Stürme bildeten wiederum eine Standarte, die an die Stelle des bisherigen Regiments trat. Ein Gausturm bestand aus mehreren Standarten eines Parteigaus. Ende 1927 gab es reichsweit 18 Gaustürme, die 1931 zu Gruppen und Untergruppen zusammengefasst wurden.¹¹ Als Reverenz an die militärische Tradition Deutschlands erhielten die SA-Stürme oft dieselben Nummern, die im kaiserlichen Heer an Regimenter aus den entsprechenden Landesteilen vergeben worden waren.¹² Um die SA noch weiter einer regulären Truppe wie der Reichswehr anzugleichen, führte Pfeffer von Salomon den Kragenspiegel als Bestandteil der SA-Uniform ein. Die Farbe des Kragenspiegels verriet die regionale Herkunft der jeweiligen SA-Gliederung; die dortige Nummer zeigte an, zu welcher Standarte und zu welchem Sturm die Gliederung gehörte. Über den Dienstrang eines SA-Mannes gaben Litzen, Sterne und Eichenlaub Auskunft, wobei Letzteres den höchsten Rängen vorbehalten war, beginnend beim Standartenführer (Oberst).¹³ Auf Schriftstücken finden sich häufig Abkürzungen für die einzelnen Dienstränge – Gaustuf für Gausturmführer, Stafs für Standartenführer, Stuf für Sturmführer, Truf für Truppenführer, Gruf für Gruppenführer und OSAF für Oberster SA-Führer.¹⁴

Im Zuge der von Pfeffer von Salomon durchgesetzten Reformen gewann die SA auch stärkere finanzielle Autonomie. Sie war nun in der Lage, ihre Mitgliedsbeiträge selbst zu verwalten, und somit nicht mehr ausschliesslich auf Zuschüsse aus der Parteikasse angewiesen. Ihre Finanzausstattung blieb dennoch bescheiden, so dass sich die SA-Führung in den Folgejahren gezwungen sah, zusätzliche Geldquellen aufzutun. Es wurde eine Zentralstelle für den Verkauf von Uniformen und Ausrüstung

ingerichtet, eine eigene Zigarettenmarke auf den Markt gebracht und die Nähe der Organisation wohlgesinnter Wirtschaftsvertreter gesucht.¹⁵

Als Pfeffer von Salomon Ende 1926 die Oberste SA-Führung installierte, waren die damit verbundenen Reformen weniger eine Reaktion auf die zunehmende Stärke der SA, wie man unter dem Eindruck der erheblich anschwellenden Mitgliederzahlen in den Jahren danach vermuten könnte, als vielmehr ein Ausdruck der Entschlossenheit, die Professionalisierung der SA voranzutreiben. Pfeffer von Salomon wollte nicht, dass seine Organisation als ein «Verband» unter vielen wahrgenommen wurde, und noch weniger behagte es ihm, dass sie als Stiefkind der Reichswehr angesehen wurde und letzten Endes auf die Gunst des Staates und auf die Waffen der Reichswehr angewiesen blieb. Er strebte vielmehr eine Volksmiliz an, die allein der NSDAP und ihrem charismatischen Führer unterstand und in allererster Linie Propagandazwecken diene, aber keinesfalls die militärische Konfrontation mit den regulären Sicherheits- und Streitkräften suchte. Die neue Struktur war nicht zuletzt eine Antwort auf den sich erweiternden geografischen Aktionsradius der SA. Nachdem die Hochburgen der Partei zunächst im Süden und Westen des Reiches gelegen hatten, schossen zwischen 1925 und 1930 in fast allen Regionen Deutschlands lokale und regionale Gliederungen der NSDAP und der SA aus dem Boden.

Während Parteifunktionäre versicherten, die reorganisierte SA habe der paramilitärischen Gewalt abgeschworen, ging von der Einführung einer Pflichtversicherung für alle SA-Mitglieder Ende 1928 (mit einem Monatsbeitrag von zwanzig Pfennig pro Mann) eine andere Botschaft aus. Führenden Nationalsozialisten war vollkommen klar, dass ihre Politik des aggressiven Provozierens öffentlicher Auseinandersetzungen zwangsläufig zu bewaffneten Konfrontationen mit politischen Gegnern führen würde. Man musste also damit rechnen, dass eigene Gefolgsleute Verletzungen davontragen und möglicherweise sogar zu Tode kommen würden. Allein in den letzten drei Monaten des Jahres 1928 hatte die mit der SA-Versicherung befasste Dienststelle 163 Fälle zu bearbeiten, in denen NS-Kämpfer «im Einsatz» verwundet worden waren. Dabei wurden Versicherungsleistungen in Höhe von mehr als 9'000 Reichsmark fällig¹⁶ – ein Betrag, der sich in den folgenden Jahren beträchtlich erhöhen sollte: Die Zahl der gemeldeten Schadensfälle stieg 1929 auf 881, 1930 auf 2'506, 1931 auf 6'307 und 1932 auf 14'005 an.¹⁷

Von der Splittergruppe zur Massenbewegung

Ohne Zweifel begünstigten die internen Strukturreformen das bemerkenswerte Wachstum der SA zwischen 1925 und 1932, aber sie waren nur ein Faktor unter vielen, die eine gründliche historische Analyse zu beachten hat. Der Fokus liegt im Folgenden zunächst auf einigen ausgewählten Mittel- und Grossstädten, in denen die SA in engem Zusammenwirken mit anderen paramilitärischen Gruppen entscheidend zur Militarisierung des öffentlichen und privaten Lebens, also zur «Politisierung des Alltags», beitrug.¹⁸ Die Situation in den zwei grössten deutschen Städten Berlin und Hamburg soll besonders berücksichtigt werden, weil für beide mittlerweile eine substantielle Anzahl von regional- und lokalgeschichtlich ausgerichteten Studien zum Aufstieg des Nationalsozialismus und zur Rolle der SA vorliegt und es in diesen Städten überdies eine starke Arbeiterbewegung gab.¹⁹ Die SA-Leute betrachteten Grossstädte als gefährliche und feindselige Kampfzonen und sprachen über Strassen und Stadtviertel, als handle es sich um Schützengräben und Schlachtfelder.²⁰ Vor diesem Hintergrund trachteten sie zu beweisen, was sie in einer modernen Metropole, die sich vermeintlich in den Händen der politischen Linken befand, zu vollbringen in der Lage waren.²¹ Die räumliche Ausbreitung der SA über das Reichsgebiet und die damit einhergehenden Unterschiede im Blick behaltend, werde ich die typischen Aktivitäten und Praktiken der SA genauer unter die Lupe nehmen. Was machte das Leben als SA-Mann in den frühen 1930er Jahren so attraktiv, dass sich mehr als 300'000 junge Männer dieser Organisation anschlossen und in deren Diensten aussergewöhnliche Formen von Hingabe und Einsatzbereitschaft zeigten?

Ungeachtet steigender Mitgliederzahlen blieb die SA eine Organisation mit hoher Fluktuationsrate, da sie immer wieder von Skandalen und Führungsstreitigkeiten erschüttert wurde, die im krassen Gegensatz zur propagierten Einheit und moralischen Überlegenheit der Partei standen und das Bild der SA in der Öffentlichkeit beschädigten. Noch im September 1930, als die NSDAP bei der Reichstagswahl massiv Stimmen hinzugewann, sahen die allermeisten gebildeten Deutschen in der SA die Verkörperung eines von der Partei geförderten Rabaukentums und Gewaltkultes, wenn nicht gar ein Symptom für die zunehmende «Brutalisierung» der Gesellschaft.²² Trotz dieses mehr als zweifelhaften Rufs erlebten die Braunhemden einen ausserordentlich starken Zulauf in den Grossstädten, und auch in weiten Teilen des ländlichen Raums konnten sie Fuss fassen. Die «Nazifizierung» in der Fläche vollzog sich zwar später, aber schneller und vollständiger als in den Grossstädten, deren Einwohner sich als widerständiger erwiesen, wenn auch nicht in dem Mass, wie es die

Geschichtsschreibung bisher unterstellt hat. Der Zugewinn der Nationalsozialisten auf dem Land war umso wichtiger, als seinerzeit fast drei Viertel aller wahlberechtigten Deutschen in Gemeinden mit weniger als 100'000 Einwohnern lebten, die Mehrheit in Gemeinden mit weniger als 10'000 Bewohnern. «Kleine und mittelgrosse Gemeinden waren entscheidend für den Erfolg der Nazis», stellte der Historiker Rudy Koshar fest und zog damit ein zutreffendes Fazit der historischen Wahlforschung zur Weimarer Republik.²³ Zu diesem Thema gibt es mittlerweile eine grosse Zahl regionaler Studien, deren Ergebnisse mit Blick auf die SA in diesem Kapitel zusammengeführt werden und zu weiteren Diskussionsdiskussionen anregen sollen.²⁴

Wie stellte sich die Lage der SA zwischen 1925 und 1930 aus nationaler Perspektive dar? Nach dem mässig erfolgreichen Abschneiden des «völkischen Blocks» in den beiden Reichstagswahlen des Jahres 1924 verschwanden die Nationalsozialisten mit dem Hitlerputsch nicht völlig von der Bildfläche, doch stellten die Aktivitäten der Braunhemden zunächst nur ein beiläufig wahrgenommenes Phänomen dar. Von ihrer Hochburg München einmal abgesehen, verharrten die Mitgliederzahlen lokaler SA-Gliederungen selbst in Berlin und Hamburg im niedrigen dreistelligen Bereich.²⁵ Auch in der bayerischen Hauptstadt stagnierte die Personalstärke der Sturmabteilung in den mittleren 1920er Jahren und ging zeitweilig – etwa im Herbst 1927 – unter dem Eindruck lokaler parteiinterner Krisen sogar zurück.²⁶ In vielen deutschen Kleinstädten beschränkten sich die Aktivitäten der NS-Sympathisanten bis zur Mitte der 1920er Jahre im Wesentlichen auf das Abhalten von politischen Lese- und Diskussionsabenden in lokalen Gastwirtschaften.²⁷ Statistische, von der SA selbst erhobene Daten über die Zahl ihrer Mitglieder in Deutschland insgesamt liegen bis 1930 nicht vor. Da am Weimarer Parteitag der NSDAP im Juli 1926 nur 6'000 SA-Leute teilnahmen, ist allerdings davon auszugehen, dass ihre Zahl 1928/29 reichsweit noch unter 30'000 lag.²⁸ In jedem Fall zählte die Organisation gegen Ende 1930 höchstens 60'000 Mitglieder. Erst danach stiegen Interesse wie Mitgliederzahlen unter dem Eindruck der spektakulären Wahlerfolge der NSDAP rasant an.²⁹

Dass die SA infolge ihrer dünnen Personaldecke in vielen Regionen und Städten Deutschlands bis in die späten 1920er Jahre kaum oder gar nicht über das Potential verfügte, ihre politischen Gegner offen herauszufordern, lässt sich an einigen Beispielen illustrieren. In der freien Reichsstadt Frankfurt am Main mit ihren rund 500'000 Einwohnern hatten die Braunhemden 1925 gerade einmal fünfzig Mitglieder. Zwei Jahre später war die Mitgliederzahl zwar drei- oder viermal höher, doch nach Erkenntnissen der Behörden gehörte der Frankfurter SA «der zum Teil übelste Mob» an.³⁰ Aller gegenteiligen Propaganda zum Trotz

konnte es die Frankfurter SA bis 1929 nicht wagen, ihre Kontrahenten zu einer «offenen Schlacht» herauszufordern.³¹ Ähnlich lagen die Dinge im Saargebiet mit seinen über 750'000 Einwohnern, wo sich die Gesamtzahl der aktiven SA-Kämpfer 1929 auf gerade einmal dreissig Mann belief.³² Zum selben Zeitpunkt konnte die SA im dicht besiedelten Ruhrgebiet lediglich auf einige Hundert aktive Mitglieder zählen, und in Württemberg auf rund 600.³³ Im Reich gab es noch etliche Kleinstädte und Landkreise, in denen organisierte SA-Verbände überhaupt nicht existierten oder sich allenfalls eine paar Aktivisten zusammenfanden, die vor der Machtergreifung Hitlers 1933 kaum mehr taten, als regelmässig informelle Treffen abzuhalten.³⁴ Selbst dort, wo die SA Flagge zeigte, hielt sie sich bei Umzügen und anderen Aktivitäten mit dem Einsatz von Gewalt zurück, «weil eine massive Gewaltanwendung sowohl das Bild, das die Organisation nach aussen hin abgeben wollte, als auch ihren legalen Fortbestand gefährdet hätte».³⁵

Auch wenn es unmöglich ist, ein allgemeingültiges Bild vom Anwachsen der SA-Bewegung zu zeichnen, kann festgestellt werden, dass die Organisation im Grossen und Ganzen zwischen 1925 und 1929 langsam, aber stetig wuchs, weil es ihr nicht zuletzt gelang, Mitglieder konkurrierender paramilitärischer Verbände wie Ehrhardts Bund Wiking und Röhms Frontbann in erheblicher Zahl zu integrieren.³⁶ In Hamburg verdoppelte sich die Mitgliederzahl der lokalen SA 1927, als sich ihr ein abtrünniger Teil des Wehrverbands Hindenburg, eines ehemaligen Freikorps, anschloss; dennoch hatte sie im April 1929 immer noch weniger als 300 Mitglieder.³⁷ In Berlin wiederum hatten viele, die sich in den Jahren nach 1926 der SA anschlossen, zuvor dem paramilitärischen Völkischen Sportverein Olympia e.V. angehört, der nach dem Ersten Weltkrieg zu einem Sammelbecken rechter Extremisten geworden war und daher am 12. Mai 1926 von den preussischen Behörden verboten wurde.³⁸

In der Reichshauptstadt, wo Joseph Goebbels als neuer Gauleiter der Partei residierte, gehörten gewaltsame Zusammenstösse auf den Strassen unter Beteiligung nationalsozialistischer Kämpfer schon seit November 1926 zum grossstädtischen Alltag. Goebbels verfolgte eine aggressive Strategie, die sich als höchst erfolgreich erweisen sollte und in den 1930er Jahren von der Partei für das gesamte Reich übernommen wurde. Sein Ansatz bestand darin, dass die SA, weil sie aus einer Position der Schwäche heraus agierte, die gewaltsame Auseinandersetzung mit ihren politischen Kontrahenten suchen musste, und zwar möglichst in deren Revier.³⁹ Handgreiflichkeiten auf den Strassen der Hauptstadt sollten gerade am helllichten Tag provoziert werden, hauptsächlich aus drei Gründen. Der erste Grund lag auf der Hand: Die Nationalsozialisten mussten in Berlin, einer modernen Metropole mit mehr als

4 Millionen Einwohnern, irgendwie Aufmerksamkeit erregen. Die Zeit drängte. Hitler, der Volkstribun des bayerischen Plebs, war in Berlin noch eine ferne und wenig bekannte Figur. Vor diesem Hintergrund war etwa ein öffentlicher Aufmarsch, der gewaltsame Zusammenstösse provozierte, ein zuverlässiges und zudem kostengünstiges Mittel, Aufmerksamkeit zu erregen und in dem betreffenden Viertel «Furore» zu machen.⁴⁰ Unruhen zu schaffen sei die Hauptsache, ganz gleich wie man sie bewerkstellige, notierte der NSDAP-Kreisleiter von Hameln 1931 und brach damit eine Lanze für die erfolversprechende Übernahme der Taktik der Berliner SA.⁴¹ Zum Zweiten schlug Goebbels auf raffinierte Weise Kapital aus dem zwangsläufigen Eingreifen von Polizeikräften bei solchen Vorfällen. Die Polizei, die von Gesetzes wegen zu verhindern hatte, dass Strassengewalt ausser Kontrolle geriet, wurde auf diese Weise *volens nolens* zur Schutzpatronin der Nationalsozialisten bei ihren Propaganda-Aufmärschen.⁴² Zum Dritten bescherten solche scheinbar wagemutigen Akte militanter Provokation denen, die sich daran beteiligten, ein rauschhaftes Erlebnis, was wiederum neue Gefolgsleute anlockte. Dabei war die Gefahr, dass die Gewalt eskalierte, gering, solange man das Ganze so inszenierte, dass die Polizei eingreifen musste. Goebbels schwärmte schon zwei Wochen nach seiner Ankunft in Berlin in seinen Tagebucheinträgen verzückt vom «Gemeinschaftsgeist» der SA, der aus dem Boden der Gewalt erwachse: «Ich war heute morgen beim General-Appell der SA. Alles in Form. Nun kanns an die grosse Arbeit gehen. Überfälle über Überfälle. Blut fliesst.»⁴³

Die Berliner SA-Leute, zu diesem Zeitpunkt ganz überwiegend junge Männer um die zwanzig, verehrten Goebbels gerade wegen dieses vehementen Eintretens für Gewalt. Der seinerzeit 21 Jahre alte SA-Sturmführer Horst Wessel schrieb in seiner im Sommer 1929 entstandenen Autobiografie voller Inbrunst: «Niemals hat er gebremst, sondern immer alle aufgespeicherte Kraft sich explosiv entladen lassen. Das war es vor allem, was ihm die SA dankte.»⁴⁴ In ähnlicher Weise sprachen militante Nationalsozialisten in Hamburg von einer «Kluft zwischen den Generationen»: Nachdem sie das Zutrauen zu ihren Vätern verloren hätten, sei ihnen jetzt klar geworden, dass sie ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen müssten. «Kämpfen ist zu unserem Lebenszweck und Ziel geworden», prahlte einer von ihnen.⁴⁵

Trotz dieser martialischen Rhetorik lässt sich das Treiben der SA zwischen 1925 und 1929 nicht als Massenphänomen charakterisieren. In allen grösseren Städten Deutschlands blieben die Fusstruppen der Sturmabteilung eine kleine Minderheit im Vergleich zu den sehr viel grösseren Wehrverbänden des rechten und den paramilitärischen Organisationen des linken Lagers. Die SA war denn auch in erster Linie darum bemüht, ihr eigenes begrenztes Territorium zu vertei-

digen, das oft nicht weit über ein paar Kneipen, die lokale Parteigeschäftsstelle und die Strassen im unmittelbaren Umkreis hinausreichte.⁴⁶ Wollte ein Kneipenwirt sein Lokal als Nazitreffpunkt kenntlich machen, konnte er bei der SA-Reichszeugmeisterei 28 x 28 Zentimeter grosse Emailschilder mit den SA-Insignien bestellen. Interessanterweise verwiesen die Nationalsozialisten noch 1930 auf die relativ neutrale Gestaltung dieser Schilder, die, so versicherten sie, nur für Eingeweihte erkennbar seien. Daher sei nicht zu befürchten, dass die so ausgewiesenen Gastwirtschaften von den politischen Gegnern angegriffen werden würden – was sich in vielen Fällen rasch als falsch erwies.⁴⁷

Sobald sich eine lokale SA-Gliederung in ihrem Revier sicher fühlte, konnte sie darangehen, andere Stadtviertel zu erkunden, gegebenenfalls zeitweise zu «besetzen» und so die Bevölkerung auf die NSDAP und ihre paramilitärische Untergliederung aufmerksam machen. Diese Strategie der Infiltrierung und Ausbreitung blieb nicht ohne Wirkung auf die mentale Verfassung der SA-Kämpfer. In dem Mass, wie sie ihre Umgebung als Feindesland empfanden, wurde das Vertrauen in die eigenen Kameraden zur entscheidenden Voraussetzung für ihren Durchhaltewillen und ihre Entschlossenheit, sich politische Erfolgserlebnisse zu verschaffen. Zugleich erwiesen sich Unterschiede hinsichtlich Herkunft und Vermögensverhältnissen als kaum relevant bei den halblegalen Aktivitäten der SA und zählten deshalb intern wenig. Im Kern reduzierte sich der «deutsche Sozialismus» der SA auf die Notwendigkeit, die Reihen zu schliessen und als Einheit aufzutreten; das war wichtiger als irgendeine programmatische Aussage Hitlers oder anderer Parteigrössen, etwa über die wirtschaftspolitischen Ideen der NSDAP. Nichtsdestotrotz durchliefen NS-Aktivisten von 1927 an in zunehmendem Mass interne Schulungen, was dazu beitrug, die Partei im Verlauf der folgenden Jahre in eine «wahrhaft moderne Aktivistenpartei» zu verwandeln.⁴⁸

Vor diesem Hintergrund ist es bezeichnend, dass Pfeffer von Salomon bei all seinen Reformen an einem zentralen Element aus der Frühzeit der SA festhielt: an kleinen, nur aus einer Handvoll Aktivisten bestehenden «Zellen» als unterster Organisationseinheit. Die Männer, die eine solche Zelle bildeten, kannten einander gut und entwickelten mit der Zeit eine enge Bindung, fühlten sich als Gesinnungsgenossen zusammengeschweisst im gemeinsamen Kampf für die Sache der Partei. Dieses Prinzip der kleinen «Zellen», das sich bei der SA bis in die frühesten Anfänge der Sturmabteilung in München zurückverfolgen lässt, hatten die Nationalsozialisten – und daraus machte Goebbels gar keinen Hehl – bei ihren kommunistischen Rivalen abgeschaut. Nationalsozialisten wie Kommunisten

hatten sich beide von den militärischen Formationen inspirieren lassen, die an den Weltkriegsfronten gekämpft hatten, und vor allem von der «Kameradschaft», wie sie in den Freikorps der Nachkriegszeit mit ihren kleinen Kommandotrupps gepflegt worden war. Die radikale Linke konnte zudem auf die langjährige sozialistische Tradition organisierter, teils gewalttätiger Arbeitskämpfe, die bis ins 19. Jahrhundert zurückreichte, aufbauen.⁴⁹ Den Nationalsozialisten gelang es, diese Zellenstruktur auf die neuen Realitäten der SA so zu übertragen, dass die kleinen Gruppen «lokale Gewalt-Gemeinschaften» bildeten – Gemeinschaften, die insbesondere in grösseren Städten häufig als Strassenbanden agierten und umstritene Reviere unter ihre Herrschaft zu bringen suchten.⁵⁰

Diese Herangehensweise erwies sich als zunehmend vorteilhaft für die SA, besonders in wirtschaftlichen Notzeiten. Viele SA-Stürme in den Grosstädten agierten jetzt wie Strassengang, gewaltbereite und oft kriminelle Jugendgruppen, die ganze Stadtviertel unsicher machten und ihre Mitglieder mit den grundlegenden Dingen des Lebens versorgten: mit einem Beziehungsnetz mehr oder weniger zuverlässiger Kameraden, mit Kost und Logis und mit einem Gefühl von Zugehörigkeit.⁵¹ Aus dem der Wirklichkeit abgeschauten Roman *Jugend auf der Landstrasse Berlin* des jungen Autors Ernst Haffner, der im Deutschland des Jahres 1932 einen aufsehenerregenden Bucherfolg feierte, wird klar, dass die zunehmende Zahl gewaltbereiter Jugendbanden in der Spätphase der Weimarer Republik eine direkte Folge der trostlosen Lebensbedingungen in den Arbeitervierteln deutscher Grosstädte war. Viele Jugendliche konnten nicht einmal eine schlecht bezahlte Arbeit als Tagelöhner finden. Sie kamen nicht selten aus disfunktionalen Familien, die nicht über die Mittel verfügten, ihre Kinder ausreichend zu ernähren. Angesichts dieser existentiellen Probleme schlossen sie sich zu sogenannten Cliques, solidarischen Schicksalsgemeinschaften, zusammen. Diese waren gewöhnlich hierarchisch strukturiert, mit einem «Cliquesbulle» an der Spitze, und dienten als Familienersatz.⁵² Die SA-Stürme, die idealerweise einem charismatischen lokalen SA-Führer unterstanden, ähnelten solchen Strassenbanden nicht nur in organisatorischer Hinsicht, sondern erfüllten auch ähnliche Aufgaben – oder versprachen dies zumindest. In der Soziologensprache der 1970er Jahre würde man sagen, dass die SA in zunehmendem Mass als «spontane Massenorganisation» funktionierte: hierarchisch strukturiert und einem strikten Führerprinzip verpflichtet, doch organisatorisch auf kleinen Einheiten beruhend, die mit einem überraschend hohen Grad an Selbstständigkeit agierten.⁵³

Bedeutung und Wirkung der braunen Uniform

In den Anfangsjahren war die Zahl lokaler SA-Gliederungen durchaus bescheiden, doch die braune Uniform kündete von dem Anspruch, dass man eine grössere, bedeutsame Organisation anstrebte. Das SA-Hemd wurde 1926 reichsweit eingeführt und war nach dem Hakenkreuz bald das bekannteste Erkennungszeichen der Nationalsozialisten. Freund und Feind, aber auch der Polizei signalisierte das Braunhemd die Courage und Entschlossenheit dessen, der es zu tragen wagte. Das galt erst recht, als das Tragen der SA-Uniform in der Öffentlichkeit zeitweise verboten war. Welche Macht eine militärische Uniformen verlieh, hatte in Deutschland rund zwanzig Jahre zuvor ein gewisser Wilhelm Voigt vorgeführt, besser bekannt als «Hauptmann von Köpenick». Heinrich Mann hat diese blind autoritätshörige Haltung in seinem Erfolgsroman *Der Untertan* auf brillante Weise karikiert. Im Deutschland der Zwischenkriegszeit war der Respekt vor Uniformen immer noch weitgehend ungebrochen.⁵⁴ Allerdings gab es Akzentverschiebungen: Die Uniform war bis 1914 weitgehend staatlichen Bediensteten vorbehalten und damit sichtbarer Ausdruck für das Gewaltmonopol des Staates. Dieser verlor sein Monopol im Verlauf der 1920er Jahre, als in zunehmendem Masse private Gruppierungen Uniformen für ihre Mitglieder einführten. Die Einheitskleidung signalisierte nicht nur Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe und verlieh den vor ihr vertretenen Überzeugungen Ausdruck, sondern kündete auch von der bewussten Entscheidung und dem persönlichen Willen des Trägers, sich bestimmten Einschränkungen seiner individuellen Freiheit zu unterwerfen. Im Fall der SA war die Uniform insofern eines von verschiedenen Mitteln zur disziplinierenden Integration. Sie war aber auch eine bewusste Provokation, weil die SA bei ihren öffentlichen Auftritten den Nimbus von Recht und Ordnung, der die uniformierten Polizei- und Streitkräfte umgab, offen konterkarierte. Die Uniform wirkte darüber hinaus als Bindemittel innerhalb der nationalsozialistischen Gruppe, da sie das Gefühl, Teil einer grösseren Bewegung zu sein, sichtbar machte. Schliesslich und endlich etablierte sie auch klare Unterschiede zwischen Gruppenmitgliedern und Aussenstehenden. Kurzum, die Uniform gab den SA-Männern ein Gefühl von Stärke und Zusammengehörigkeit.⁵⁵

Ein SA-Mann sei im Dienst, sobald er seine Uniform anziehe, schrieb Hitler Ende 1926 in einem Brief an Pfeffer von Salomon, und im Dienst, so forderte er, dürfe weder Alkohol getrunken noch geraucht werden. Beim Marschieren auf öffentlichen Strassen waren den SA-Formationen weder Hoch- noch Schmährufe gestattet, und sogar die Verteilung von Flugblättern und Werbebroschüren der Partei war ihnen

untersagt. «Politik wird ausschliesslich von der Partei gemacht», verfügte Hitler. Damit reduzierte er seine uniformierten Kämpfer auf den Status schweigender Befehlsempfänger ohne Anspruch auf eigene schöpferische Betätigung.⁵⁶ Nach der Ernennung Röhm zum Stabschef der SA im Januar 1931 wurden diese Regeln noch einmal verschärft. Fortan war es SA-Männern jeder Rangstufe – es sei denn, sie hatten ein Reichstagsmandat oder ein einschlägiges Parteiamt inne – verboten, sich an öffentlichen Debatten zu beteiligen, mit Journalisten zu sprechen oder sich in der Presse zu politischen Fragen zu äussern.⁵⁷ Von den Braunhemden wurde erwartet, dass sie in den deutschen Strassen einen nachhaltigen visuellen Eindruck hinterliessen, nicht aber, dass sie die Politik ihrer Partei erläuterten. Diese Strategie erwies sich in zweierlei Hinsicht als vorteilhaft: Sie ersparte es den einfachen SA-Leuten, ihre politischen Überzeugungen im Gespräch mit Andersdenkenden zu verteidigen – was den meisten vermutlich auch schwergefallen wäre, wie selbst viele Nationalsozialisten zugaben –, und sie verlieh den Stellungnahmen der wenigen NS-Grössen, die berufen waren, sich öffentlich zu äussern, grösseres Gewicht.

Da die Nationalsozialisten nicht die einzige politische Formation waren, die ihre Gefolgsleute in Uniformen steckte, hätte das allein vermutlich keine grosse Aufmerksamkeit erregt. Auch die Mitglieder der Veteranenvereinigung Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, die mit über 250'000 Mitgliedern im Jahr 1925 die SA weit in den Schatten stellte, trugen Uniformen. In Anlehnung an die Reichswehr waren diese aus grauem Stoff gefertigt.⁵⁸ Die Mitglieder des republikanischen Reichsbanners zeigten sich bei Aufmärschen in grünen Hemden und blauen Mützen, und selbst der kommunistische Rote Frontkämpferbund marschierte in einer Art Proletarieruniform, bestehend aus traditionellen Arbeitermützen mit militärischen Insignien.⁵⁹ Diese vier paramilitärischen «Armeen» marschierten durch die Strassen und veranstalteten in immer kürzeren Abständen Massenkundgebungen, suchten aber nur selten die direkte Auseinandersetzung mit anderen Gruppierungen, was vor allem der Präsenz der Polizei zu verdanken war. Auch wenn sie keinen Bürgerkrieg austrugen,⁶⁰ so lieferten ihre öffentlichen Demonstrationen gleichwohl zahlreiche Gelegenheiten für gewalttätige Übergriffe, die sich gewöhnlich vor oder nach dem offiziellen Teil von Parteiveranstaltungen ereigneten.

Zusammenstösse waren ein Grundelement der paramilitärischen Strassenpolitik der Weimarer Zeit, und zumindest die Nationalsozialisten und die Kommunisten begriffen solche Gewalttätigkeiten als Teil ihrer Gesamtstrategie. «Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!», schrieb der KPD-Funktionär Heinz Neumann

Anfang 1930 in der *Roten Fahne*, dem Parteiorgan der Kommunisten. Die Nazis wiederum riefen gleich zur vollständigen Vernichtung des «kommunistisch-bolschewistischen Untermenschentums» auf.⁶¹ Das Reichsbanner und der Stahlhelm liessen es hingegen zunächst bei der symbolischen Dimension öffentlicher Aufmärsche und Kundgebungen bewenden und enthielten sich in der Regel Aufrufen zur direkten – und potentiell mörderischen – Gewalt.⁶² Im Lauf der Jahre radikalisierten sich aber auch diese beiden Organisationen, wenn auch stärker in der Rhetorik als in ihren Aktionen. Der amerikanische Journalist Hubert R. Knickerbocker verglich das Deutschland der Jahre 1931/32 daher mit einer «Stadt, die über vier Feuerwehren verfügt, deren jede bereitsteht, beim Gongschlag die Messingstange hinunterzurutschen und zum Einsatzort zu rasen. Es ist ein Dorf mit vier Banden, deren jede bereit ist, auf das Einsatzsignal hin loszustürmen und die anderen abzuschlachten.» Und der junge französische Autor Jacques Decour, der im Herbst 1930 als Aushilfslehrer an einem Magdeburger Gymnasium arbeitete, beobachtete: «An jeder Ecke stösst man auf Ideen-Aufstände. Es sind die heroischen Zeiten der Republik. Überall Glaube, Fanatismus.»⁶³

Die deutschen Behörden bemühten sich nach Kräften, diese Eskalation der Strassengewalt einzudämmen. Die dabei angewandten Strategien unterschieden sich von Land zu Land wie auch in Bezug auf Zeitpunkt, Intensität und Zielrichtung. Während Bayern im Grossen und Ganzen ein Rückzugsgebiet für Nationalsozialisten blieb, mahnte die sozialdemokratisch geführte Regierung Preussens immer wieder ein unterschiedenes Vorgehen gegen diese an, besonders nachdrücklich nach der Ermordung von Reichsaussenminister Walther Rathenau am 24. Juni 1922 und nach dem Putschversuch vom November 1923. Diese Bemühungen waren durchaus nicht wirkungslos, wie das folgende Beispiel zeigt.

1928 untersagte der Berliner Polizeipräsident eine Trauerprozession für den SA-Mann Hans-Georg Kütemeyer. Wie aus amtlichen Berichten hervorgeht, hatte sich Kütemeyer, dessen Leiche am Morgen des 17. November 1928 im Landwehrkanal gefunden wurde, am Abend zuvor eine Schlägerei mit Bauarbeitern geliefert und war im Zustand akuter Volltrunkenheit in den Kanal gestürzt und ertrunken.⁶⁴ Die Nationalsozialisten behaupteten, Kütemeyer sei von politischen Gegnern ermordet worden, und verklärten ihn zu einem der ersten «Blutzeugen» ihrer Bewegung in Berlin und Brandenburg.⁶⁵ Sie planten einen aufwendigen Trauerzug für den vermeintlichen Märtyrer, was bald bei der Bestattung von gewaltsam zu Tode gekommenen Kämpfern zur Regel werden sollte. Solche Bestattungen waren nicht nur politische Bekundungen, sondern demonstrierten auch den allumfassenden Anspruch, grundlegende

Zeremonien wie Hochzeits- oder Trauerriten im Sinn der NS-Ideologie durchzuführen oder mindestens stark zu beeinflussen.

Der preussischen Polizei war der politische Anspruch hinter dem Trauerzug vollkommen klar, denn sie stellte fest, dass die NSDAP auf unverantwortliche Weise die politischen Leidenschaften ihrer Anhänger angestachelt habe. Es sei daher eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu befürchten, wenn diese Leidenschaften während des Trauerzugs freigesetzt würden. Ferner gab die Polizei bekannt, sie werde auf das offizielle Protestschreiben des Gauleiters Goebbels nicht antworten, weil es in «unverschämter und unanständiger Form» verfasst sei, und das werde man auch in Zukunft so halten.⁶⁶ Vorgänge wie dieser zeigen, dass die Staatsmacht den frühen Versuchen der Nazis, die «Spielregeln» zu bestimmen, keineswegs ohnmächtig gegenüberstand, solange der politische Wille, jene in die Schranken zu weisen, vorhanden war und man darüber hinaus über grundlegende Kenntnisse verfügte, wie Symbolpolitik im Zeitalter der Massenmedien und der extremen ideologischen wie weltanschaulichen Polarisierung funktionierte.

Die Behörden verboten die zweite SA mehrmals. In Preussen wurden zwei SA-Verbote verhängt, das erste vom 6. April 1927 bis 5. April 1928.⁶⁷ Dieses Verbot erschwerte den Nationalsozialisten ihre Rekrutierungsarbeit im grössten Land des Deutschen Reiches sichtlich und trug entscheidend dazu bei, dass die SA dort zwischen 1925 und 1928 einen relativ geringen Mitgliederzuwachs verzeichnete. Das regionale Verbot hatte jedoch keine Auswirkungen auf die anderen Länder im Reich und konnte erst recht nichts gegen das SA-Hauptquartier in München ausrichten.⁶⁸ Einige Jahre später, im Jahr 1932, wurde die SA erneut verboten, dieses Mal auf Reichsebene. Das Verbot erging am 13. April, wurde aber vom neuen Reichskanzler Franz von Papen schon am 14. Juni wieder aufgehoben. Ein Vorstoss Bayerns, das Verbot zumindest auf bayerischem Boden zu verlängern, scheiterte zwei Wochen später.⁶⁹

Im Grossen und Ganzen blieben die Auswirkungen dieser zeitlich begrenzten Verbote auf die Entwicklung der SA bescheiden. Wenn es den Nazis untersagt war, ihre braunen Uniformen zu tragen, kreuzten sie bei ihren Veranstaltungen eben in Zivil auf. Und wenn ein SA-Trupp unter einem Fantasienamen und in weissen Hemden oder in einer anderen Ersatzuniform singend durch die Strassen zog, blieb er dennoch als SA erkennbar. Zuweilen zogen solche Treffen selbst in nur mittelgrossen Städten bis zu 1'000 Teilnehmer an.⁷⁰ Das Katz-und-Maus-Spiel, das die Nationalsozialisten in diesen «Weisshemden-Zeiten» mit den Behörden trieben,⁷¹ schürte letztlich die aufgeladene und euphorische Stimmung noch, die die SA um sich herum verbreitete. Junge Leute wurden so keineswegs

hatten sich beide von den militärischen anzuschliessen; vielmehr nahm die Autorität der Regierungen Schaden, die solche Verbote verhängten. Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang eine Entscheidung des Berliner Kammergerichts vom 13. März 1931 mit der Überschrift «Zum Verbot der öffentlichen Zurschaustellung von NSDAP-Uniformen», die sich ausdrücklich auch auf die wohlbekannten «Ersatz-Uniformen» bezog. Die Richter erklärten das Verbot unter anderem für unzulässig, weil von den Bürgern nicht erwartet werden könne, sich mit den Kleidervorschriften der Nazis auszukennen, und daher die Gefahr bestand, dass gänzlich Unbeteiligte unbeabsichtigt in die Schusslinie der Polizei gerieten.⁷²

Die Fähigkeit und Bereitschaft der deutschen Länder, die NSDAP und die SA unter Druck zu setzen, nahm im Verlauf der Jahre in dem Mass ab, wie in Teilen des Justiz- und Polizeiapparats die Sympathie für die NS-Bewegung wuchs. Viele Staatsdiener fühlten sich den Nationalisten auf der Rechten, die sich als Kämpfer für Recht und Ordnung und für die «Wiederaufrichtung» der Nation auführten, näher als denen im radikalen linken Lager, die nach der internationalen Revolution riefen, verbunden mit einer grundlegenden Umwälzung der gesellschaftlichen und politischen Ordnung.⁷³

Es lohnt sich, einen genaueren Blick auf die unterschiedlichen politischen Strategien der extremistischen Parteien zu werfen: Während die NS-Propaganda den Nerv von Polizeibeamten traf, indem sie scheinbar verständnisvoll auf deren Beschwerden und Frustrationen reagierte – etwa das Gefühl der Beamten, vom Staat verheizt zu werden, der sie zwang, immer wieder die vermeintlich von den demokratischen Parteien hinterlassenen Scherbenhaufen aufzukehren –, beschimpften die Kommunisten Polizeibeamte und Staatsanwälte als Henkersknechte des «Systems», als Diener der kapitalistischen Herren und als Verräter an ihrer eigenen Klasse.⁷⁴ Im Freistaat Sachsen, wo die NSDAP von Mitte der 1920er Jahre an mit immer mehr lokalen Gliederungen öffentlich Präsenz zeigte und besonders in Industrievierteln mit hoher Erwerbslosenrate Wahlerfolge erzielte,⁷⁵ konnten die Nationalsozialisten nach eigenen Angaben im Polizeiapparat so stark Fuss fassen, dass 1932 angeblich bereits vierzig Prozent aller Polizeibeamten NSDAP-Mitglieder waren. In der Arbeiterstadt Chemnitz sei der Anteil der «Nazipolizisten», so behauptete ein NSDAP-Abgeordneter im Sächsischen Landtag stolz, sogar auf über neunzig Prozent gewachsen.⁷⁶ Solche Zahlen waren sicherlich überzogen, machten aber deutlich, dass selbst in Ländern und Regionen, deren Regierungen für ein hartes polizeiliches Durchgreifen gegen die SA-Gewalt eintraten, die mit der Durchführung betrauten Polizeibeamten nicht zwangsläufig die Haltung ihres Dienstherrn teilten.⁷⁷ In Sachsen beschwerten sich die Sozialdemokraten daher wiederholt über einen zu nachsichtigen Umgang

der Polizei mit den Nationalsozialisten. Sie zeige weder genug Eifer bei der vorbeugenden Verhinderung politischer Kriminalität noch ausreichenden Einsatz und Entschlossenheit bei der Verfolgung verübter Verbrechen. Dies habe zur Folge, dass sich in Städten wie Chemnitz Arbeiter nicht mehr sicher fühlen könnten vor dem «Terror faschistischer Horden, nicht einmal in der eigenen Wohnung».⁷⁸

Sarkasmus als Waffe?

Spätestens im Jahr 1930 war die SA ein alltägliches, deutlich sichtbares, aber weiterhin noch immer höchst umstrittenes Phänomen im öffentlichen Leben des Landes. Wenn sich ein Gemeinwesen entschlossen zeigte zu verhindern, dass die Nazis sich im Ort festsetzten, dann konnte es nun passieren, dass die Partei einige Hundert SA-Leute aus der Region mobilisierte, die es den Bewohnern des widerpenstigen Städtchens «heimzahlen» sollten. Das geschah etwa in Michelstadt im Odenwald, wo ein solches SA-Kommando am 6. April 1930 durch die Strassen zog, wahllos Steine auf Fensterscheiben und auf Passanten warf und dabei mehrere Erwachsene und mindestens ein Kind verletzte.⁷⁹ Solche Aktionen der SA erzeugten bei den einen intensive Gefühle der Angst und Ablehnung, bei anderen hingegen Bewunderung. Die braunen Randalierer wurden in dieser Zeit aber auch verstärkt zur Zielscheibe von Hohn und Spott. So informierte das Wochenmagazin *Ulk*, das als Beilage des angesehenen liberalen *Berliner Tageblatts* erschien, seine Leser im Dezember 1930 augenzwinkernd über einen unglaublichen Vorgang: «Hat man Ihnen schon zugeflüstert, dass jüngst drei SA-Leute auf der Leipziger Strasse dadurch unliebsames Aufsehen erregten, dass sie schweigend und in Gedanken versunken ihres Weges gingen? Und wussten Sie schon, so die Zeitung weiter, dass «die eben genannten drei Leute wegen dieses flagranten Falles von Nichtruhestörung am nächsten Tag aus der Partei ausgeschlossen wurden?»⁸⁰

Der Soziologe und Journalist Siegfried Kracauer tat die Auftritte faschistischer Horden, die singend durch die Strassen Berlins marschierten und eine Spur der Verwüstung hinterliessen, mit dem lakonischen Spruch ab, es sei wieder einmal «nationalsozialistisch zugegangen». Damit spielte er allerdings, bewusst oder unbewusst, die politische Gefahr, die von der rasch wachsenden Zahl solcher Vorkommnisse ausging, herunter.⁸¹ Auch Erich Kästner machte sich in seinem 1931 erschienenen Grossstadroman *Fabian. Die Geschichte eines Moralisten* über die SA lustig – und ebenso über ihr kommunistisches Pendant. In einem Kapitel schildert er eine Schiesserei zwischen einem Nazi und einem Kommunis-



Erich Schillings Karikatur «Deutsche Autarkie», erschien erstmals im August 1932 in der satirischen Wochenschrift *Simplicissimus*. Sie war ein sarkastischer Kommentar zu den sich verschärfenden politischen Auseinandersetzungen und blutigen Strassenschlachten in der Endphase der Weimarer Republik. Links sieht man bewaffnete Reichsbanner-Aktivistinnen und rechts bewaffnete Nationalsozialisten, beide Parteien schussbereit. Die Bildunterschrift lautet: «Welch Fortschritt seit 1914! Die Deutschen haben sich jetzt beim Kriegführen vom Ausland vollständig unabhängig gemacht.»

ten, bei der beide Verwundungen davontragen. Als sie anschliessend zusammen ins Krankenhaus eingeliefert werden, kann sich der diensthabende Arzt einen Kommentar nicht verkneifen:

«Sie bringen mir zwei Politiker?» fragte er lächelnd. «Heute Nacht sind insgesamt neun Leute eingeliefert worden, einer mit einem schweren Bauchschuss. Lauter Arbeiter und Angestellte. Ist ihnen auch schon aufgefallen, dass es sich meist um Bewohner von Vororten handelt, um Leute, die einander kennen? Diese politischen Schiessereien gleichen den Tanzbodenschlägereien zum Verwechselln. Es handelt sich hier wie dort um Auswüchse des deutschen Vereinslebens. Im übrigen hat man den Eindruck, sie wollen die Arbeitslosenziffer senken, indem sie einander totschiessen. Merkwürdige Art von Selbsthilfe.»⁸²

Doch feinsinnige Ironie konnte kaum über die moralische Verzweiflung und die politische Frustration hinwegtrösten, die sich in weiten Teilen der linksliberalen deutschen Intelligenz der frühen 1930er Jahre ausbreitete, besonders nach der Reichstagswahl vom 14. September 1930, bei der die NSDAP 18,3 Prozent der Stimmen erhielt. Mit dieser Versechsfachung ihres Stimmenanteils im Vergleich zu 1928 rückte sie zur zweitstärksten Partei im neuen Parlament auf. Spätestens jetzt war unstrittig, dass die NSDAP zu einer gewichtigen politischen Kraft geworden war. 14 Monate später, im Dezember 1931, stellten Propagandakader der Kommunistischen Partei bei einem Geheimtreffen in Berlin ernüchtert fest, dass die Kommunisten die nationalsozialistische Gefahr entschieden unterschätzt hatten und nur noch wenig Gegenwehr zeigten: «Jeder hat sich damit abgefunden, dass über kurz oder lang Hitler zur Macht gelangen wird, und tröstet sich damit, dass nach der Abwirtschaft der Nazis die Zeit für den Kommunismus gekommen wäre.»⁸³

Ob die Braunhemden durch oder trotz ihres gewalttätigen Habitus zur Attraktivität des Nationalsozialismus beitrugen, ist eine nach wie vor nicht vollständig geklärte Frage.⁸⁴ Man muss bei ihrer Beantwortung mehrere Faktoren einbeziehen, etwa das regional unterschiedliche Auftreten der Partei und die Fragmentierung des Gemeinwesens im Weimarer Deutschland mit allen ihren Folgen. Der Historiker Stephan Malinowski hat eine «zunehmende Dichotomisierung der Wahrnehmung» als beherrschendes Merkmal der deutschen Wirklichkeit jener Jahre ausgemacht. Er definiert diese «Dichotomisierung» nicht nur als die Neigung, scharf zwischen «uns» und «denen» zu unterscheiden, sondern erkennt auch eine Grundbefindlichkeit, die die Wahrnehmung des Einzelnen

schon strukturiert hat, bevor das Nachdenken einsetzt.⁸⁵ Sowohl den Nationalsozialisten als auch den Kommunisten gelang es, eine öffentliche Sphäre zu schaffen, die nur ihren Anhängern zugänglich war, ja für diese geradezu unentbehrlich wurde, während all jene, die die dort propagierten ideologischen Positionen nicht teilten, ausgeschlossen waren. Die extremen politischen Bewegungen ermunterten ihre Anhänger, ihnen nicht ins Konzept passende Fakten und Anschauungen zu leugnen oder abzuwerten – zum Wohle der vermeintlich «richtigen» Einordnung der gesellschaftlichen und politischen Wirklichkeit und gemäss dem idealisierten Weltbild der eigenen Partei.⁸⁶ Der ehemalige SA-Brigadeführer Franz Bock fasste bei seinem Verhör vor dem Internationalen Militärtribunal im Jahr 1946 diese Haltung so zusammen: «Jeder Selbsterhaltungstrieb bedingt einen Kampf. Die Verwirklichung nationalsozialistischer Ideen mit dem Ziel, die Macht im Staat zu erlangen, erforderte politische Kämpfe und Gefechte. Unsere Waffen waren aber geistiger Art – Propaganda, das gesprochene Wort und Massendemonstrationen.»⁸⁷ Auch wenn der letzte Satz die zentrale Rolle, die die demonstrative Anwendung physischer Gewalt im Wirken der SA spielte, aus taktischen Gründen herunterspielte, belegt die Aussage, dass im Deutschland der 1920er Jahre die Überzeugung vorherrschte, Politik sei vor allem eine Auseinandersetzung zwischen antagonistischen, einander ausschliessenden Weltanschauungen.

Der Staatsrechtler Carl Schmitt, der 1932 den «Preussenschlag», die widerrechtliche Absetzung der SPD-geführten preussischen Regierung, rechtfertigte und bald darauf zum Kronjuristen des «Dritten Reiches» avancierte, erhob diese Freund-Feind-Dichotomie in den Rang einer politischen Philosophie. Für die SA-Leute hatten Schmitts verstiegene akademische Beweisführungen sicher eine geringere Bedeutung als handfeste, mit den Fäusten auf der Strasse verteidigte Argumente. Doch ohne Zweifel waren sich beide Extrembereiche des intellektuellen und sozialen Spektrums sehr ähnlich in der Art und Weise, wie sie politische Differenzen zu fundamentalen ideologischen Gegensätzen von schicksalhafter Bedeutung aufbliesen.

Die nationalsozialistische Propaganda blühte dem einfachen SA-Mann ständig ein, er sei ein Steinchen in einem grossen Mosaik und könne ein entscheidendes Kapitel der Geschichte persönlich mitgestalten. Dieser siegesgewisse Determinismus war keineswegs ein ausschliesslich deutsches Phänomen, sondern ein gemeinsames Merkmal aller faschistischen Bewegungen im Europa der Zwischenkriegszeit, wie insbesondere Roger Griffin überzeugend dargelegt hat. Ultrationalisten jeder Couleur waren überzeugt, so Griffin, dass das Abendland an einem Wendepunkt angelangt sei, «an dem es entweder unter den Vorzeichen von Krieg und gesellschaftlichem Zerfall in den Abgrund einer fatalen Barbarei

und Anarchie stürzen oder aber eine Gesellschaft ganz neuen, über das gegenwärtige Zeitalter des Chaos und des Niedergangs hinausweisenden Typs hervorbringen würde».⁸⁸

Die Lektüre zufällig ausgewählter Artikel aus mehreren Ausgaben der beiden in Berlin erscheinenden nationalsozialistischen Tageszeitungen, Goebbels' *Angriff und Strassers Berliner Arbeiterzeitung*, bestätigt diese letzten Endes eschatologische Weitsicht. Den Journalisten beider Blätter ging es nicht um Faktentreue, sondern darum, eine von ihnen beherrschte öffentliche Sphäre zu schaffen, in der extreme weltanschauliche Überzeugungen artikuliert werden und deren Vertreter Anerkennung und Rettung finden konnten. Den Uneingeweihten verschafften die Schlagzeilen der NS-Blätter zumindest einen ständigen «Nervenkitzel». Die Berliner ertrügen alles ausser Langeweile, spekulierte Goebbels, der ein überaus zwiespältiges Verhältnis zur «Stadt der Intelligenz und des Asphalts» hatte.⁸⁹ Die Reaktion der Öffentlichkeit auf die Präsenz und die Umtriebe der SA lässt sich demnach nicht von einer höheren, «objektiven» Warte aus bewerten, sondern muss in eine sorgfältige Rekonstruktion der unterschiedlichen situativen Kontexte eingebettet werden, wobei die Voreingenommenheit, die in vielen der überlieferten Quellen durch – scheint, zu beachten ist.

Was auf die SA zutrifft, ist gleichermaßen relevant für die Analyse der politischen Gewalt in der späten Weimarer Republik im Allgemeinen. Selbst die im Grossen und Ganzen zuverlässigen amtlichen Statistiken, die einen starken Anstieg politischer Straftaten zwischen 1928 und 1932 aufzeigen, verraten uns wenig über die Perspektive der Zeitgenossen.⁹⁰ Alle an dieser Gewalt beteiligten Organisationen sahen in ihren Kämpfern «Feuerwehrleute» und in denen der anderen «Verbrecherbanden», um kurz noch einmal auf Hubert Knickerbockers farbige Metapher zurückzugreifen. Für SA-Leute war das Risiko, auf der Strasse persönlich attackiert zu werden, lediglich ein weiteres Indiz für die schwere Gefahr, in der die Nation schwebte. Solche Attacken nahmen zuweilen die Form einer Menschenjagd an, bei der eine grössere Gruppe bewaffneter Angreifer einen Einzelnen oder ein kleines Grüppchen verfolgte, mit nagelbewehrten Zaunlatten auf ihre Opfer einschlug, sie mit Messern traktierte, verprügelte oder auf ihnen herumtrampelte, bis sie schwer verletzt oder tot liegen blieben.⁹¹ Die Wahrscheinlichkeit, angegriffen zu werden, war besonders hoch in den Arbeitervierteln, die zu «erobern» die SA beschlossen hatte. Wie Anthony McElligott für die Stadt Altona, die 1938 nach Hamburg eingemeindet wurde, gezeigt hat, wurden dort NS-Aktivisten vor 1933 auf der Strasse mit Rufen wie «Nazi verrecke!» oder einem provokativen «Heil Moskau!» empfangen. Einige sahen sich sogar zum

Wegziehen genötigt, nachdem gegnerische Aktivisten in ihre Wohnung eingedrungen waren und sie verwüstet hatten. Kommunisten und Angehörige des Reichsbanners überfielen wiederholt auch einzelne, ihnen persönlich bekannte oder an ihrer Uniform identifizierbare Nationalsozialisten auf dem Heimweg von bekannten SA-Lokalen. Vergleicht man die in den frühen 1930er Jahren tatsächlich begangenen Gewaltakte, erkennt man kaum praktische Unterschiede zwischen den Straftaten von Nazis, Kommunisten, Reichsbanner und Stahlhelm. Situative Faktoren spielten eine grössere Rolle als ideologische – Letztere dienten vor allem der nachträglichen Rechtfertigung.

Die Eskalation der Gewalt

Nach amtlichen Statistiken wurden 1931 reichsweit 8'248 Personen bei politisch motivierten Gewalttaten verwundet oder getötet. Die grösste Zahl von Opfern entfiel auf die Nationalsozialisten (4'699), gefolgt von Reichsbanner-Angehörigen (1'696), Kommunisten (1'228) und Stahlhelm-Mitgliedern (625).⁹² Die regionalen Zahlen bestätigen im Grossen und Ganzen dieses Muster. So verzeichnete der Regierungsbezirk Hannover 1931 die folgenden Verletztenzahlen: 71 Nationalsozialisten, 47 Angehörige des Reichsbanners, 7 Kommunisten und 6 Stahlhelm-Mitglieder. Ferner gab es in dem Bezirk einen Toten aus den Reihen des Reichsbanners.⁹³ In Sachsen lag die Zahl der Opfer politischer Gewalt im selben Jahr bei 683 Verletzten und 14 Toten. Unter den Getöteten waren 6 Nationalsozialisten, 2 Kommunisten und 4 «Anhänger anderer Parteien».⁹⁴ In Leipzig waren unter den 6 Personen, die zwischen 1929 und März 1933 aus politischen Beweggründen getötet wurden, 3 Nationalsozialisten, ein Kommunist und ein Reichsbanner-Mann.⁹⁵ Ganz andere Zahlenangaben veröffentlichte die linke Wochenzeitung *Die Welt am Morgen*. Sie gab an, dass zwischen 1929 und Juli 1931 bei politischen Kämpfen reichsweit 155 Menschen umgekommen und 426 verletzt worden seien; von den Todesopfern stammten dieser Quelle zufolge die meisten (108) aus den Reihen der politischen Linken und nur 31 aus dem nationalistischen Lager.⁹⁶ Nach von den Nazis geführten Listen kamen zwischen 1930 und 1932 reichsweit 143 SA-Leute um, davon allein 84 im Jahr 1932.⁹⁷ Nach den meisten statistischen Angaben waren die Nationalsozialisten offenbar die politische Gruppe, die am heftigsten angegriffen wurde und die meisten Toten und Verletzten zu beklagen hatte, während Kommunisten und Sozialdemokraten zwar ebenfalls mit einem erheblichen Risiko tödlicher Angriffe leben mussten, aber nicht so häufig Ziel von Überfällen waren. Berücksichtigt man noch, dass es zwischen 1929 und 1931 deutlich

weniger SA-Leute und kommunistische Rotfrontkämpfer gab als Mitglieder von Reichsbanner oder Stahlhelm, lässt sich daraus der sichere Schluss ziehen, dass die Aktivisten der beiden erstgenannten Organisationen deutlich häufiger in Gewalttaten verstrickt waren als die von Reichsbanner und Stahlhelm.

Um die Militanz ihrer Fusstruppen zu rechtfertigen und zugleich die Gewalt weiter anzuheizen, behauptete die NS-Propaganda, zwischen dem Volkskörper als Ganzem und dem Körper des einzelnen SA-Mannes bestehe eine innige Verbindung. Jede Verletzung, die diesem potentiell oder tatsächlich zugefügt wurde, müsse als direkter Angriff auf das ganze Volk gewertet werden. Diese Verknüpfung von individueller Erfahrung und nationalem Wohlergehen – letzten Endes ein anmassender Akt der Selbsterhebung – trug zum wachsenden Zuspruch bei, dessen sich die Braunhemden in diesen entscheidenden Jahren erfreuten. Ein weiteres Element von Bedeutung war und blieb ihr militantes Auftreten. Zwar versicherten die Wortführer der Sturmabteilungen in ihren öffentlichen Verlautbarungen immer wieder, SA-Leute dürften keine Waffen tragen und nur in Notwehrsituationen Gewalt anwenden. Es liess sich jedoch nicht verbergen, dass die Wahrheit auf der Strasse eine andere war.

Während die vielen SA-Leute, die in Grenzschutzeinheiten dienten und ganz offiziell von der Reichswehr geschult wurden, sich im Grossen und Ganzen – noch – nicht auf gewalttätige Konfrontationen einliessen, galt dies für die SA-»Banden« in den grösseren Städten Deutschlands ausdrücklich nicht. Dort war der Besitz einer Schusswaffe gleichbedeutend mit einem Zugewinn an Ansehen und Status. Gewiss waren jene Zeiten vorbei, da die Münchener SA in Kompaniestärke in eine Reichswehrkaserne marschieren und sich für ihre paramilitärischen Übungen Maschinengewehre und Artilleriegeschütze heraussuchen konnte. Doch die Zahl der in Deutschland zirkulierenden Handfeuerwaffen machte den Verlust des Zugangs zu militärischen Gerätschaften mehr als wett, zumal Letztere eher und öfter in der Ausbildung eingesetzt wurden als bei Angriffen. Die Polizei nahm den SA-Mitgliedern in den späten Jahren der Weimarer Republik immer wieder Schlagringe und Gummiknüppel ab, mit zunehmender Häufigkeit aber auch Pistolen, Dolche, Gewehre und Sprengmittel.⁹⁸ Nach den Erinnerungen des ehemaligen preussischen Innenministers und Berliner Polizeipräsidenten Albert Grzesinski fielen der Berliner Polizei bei einer Razzia Anfang 1932 sogar zwei «überlebensgrosse [...] Karikaturen» in die Hände, die ihn selbst und den amtierenden preussischen Innenminister Carl Severing darstellten und deren Köpfe «Schusslöcher aufwiesen». Die beiden Sozialdemokraten hatten den

«jungen Burschen», wie Grzesinski trocken bemerkte, offenbar «als Zielscheibe zum Einschossen» gedient.»

In den Jahren 1931 und 1932 deckten die Reichsbehörden Pläne der Nationalsozialisten auf, die legitime Regierung zu stürzen und eine Diktatur zu errichten. Im Herbst 1931 veröffentlichten sie die «Boxheimer Dokumente», detailliert ausgearbeitete Pläne für eine Machtübernahme der Nazis in Reaktion auf einen angenommenen kommunistischen Staatsstreich. Das Planspiel stammte massgeblich von dem damals 28-jährigen Gerichtsassessor Werner Best aus dem hessischen Darmstadt, der in den folgenden Jahren eine steile Karriere machte: SS-Obergruppenführer, Chef der Sektion I des Reichssicherheitshauptamts (RSHA), Chef der Zivilverwaltung im deutsch besetzten Teil Frankreichs und schliesslich 1942 Reichsbevollmächtigter im besetzten Dänemark. Das von ihm entworfene Szenario sah vor, einen Ausnahmezustand zu verhängen, den die SA und andere paramilitärische «Schutztruppen» des rechten Lagers aufrechterhalten sollten. Jeder, der sich den Faschisten entgegenstellte, sei auf der Stelle zu erschliessen.¹⁰⁰ Und ein halbes Jahr später, im März 1932, kam die Polizei in der Pfalz dahinter, dass eine Serie von Bombenanschlägen in der Region, die im Sommer des Vorjahres begonnen hatte, nicht auf das Konto von Kommunisten ging, wie man zunächst angenommen hatte, sondern auf das der Nazis. Die treibende Kraft hinter diesen Terroranschlägen war der ranghöchste SS-Führer in der Region, Theodor Eicke, der bald darauf, im Sommer 1933, zum Kommandanten des Konzentrationslagers Dachau ernannt wurde. In den frühen 1930er Jahren hatte Eicke den Betriebsschutz im Ludwigshafener Werk der I.G. Farben geleitet, eine Stellung, die ihm den Zugriff auf Sprengmittel für den Bau von rund achtzig Bomben ermöglicht hatte.¹⁰¹

In beiden Fällen setzten Hitler und andere ranghohe Nationalsozialisten alle Hebel in Bewegung, die Behörden davon zu überzeugen, dass man in solchen Plänen und Aktivitäten eine vielleicht extreme, aber letzten Endes doch legitime Reaktion auf die akute kommunistische Bedrohung sehen müsse. Übereifrige regionale NS-Funktionäre hätten entgegen ausdrücklicher Anweisung der Parteiführung die Pläne ausgearbeitet und die Bombenanschläge ausgeführt. Während sie einerseits beschwichtigte, machte sich die NS-Führung andererseits den wachsenden Druck, unter den diese bedrohlichen Vorgänge die Regierung setzten, zunutze. Die öffentliche Ordnung in Deutschland lasse sich, so argumentierte sie nicht ohne Erfolg, inzwischen nur noch mithilfe der NSDAP und der SA aufrechterhalten und nicht etwa dadurch, dass der Staat diese bekämpfe. Reichskanzler Heinrich Brüning wandte sich persönlich mit der Bitte an den Oberreichsanwalt, den Skandal um die «Boxheimer

Dokumente» nicht ausarten zu lassen und ein drastisches Vorgehen der Justiz zu vermeiden. Der liberalen und sozialistischen Presse, die entschlossen war, die Doppelzüngigkeit der Nationalsozialisten zu demaskieren, sollte keine zusätzliche Munition geliefert werden. So war es denn auch keine grosse Überraschung, als Best im Oktober 1932 vom Vorwurf des Hochverrats freigesprochen wurde.¹⁰²

Von 1930 an verwischten sich die Grenzen zwischen politischer Kriminalität, «organisierter» Kriminalität und gewöhnlicher Strassendelinquenz immer mehr. Die Armut war weitverbreitet, mancher hungerte sogar, da gehörte nicht viel dazu, selbst einen einfachen Mundraub zu einer politischen Tat zu machen, indem man ihn zum Beispiel als kommunistische Notwehr gegen kapitalistische Ausbeutung rechtfertigte.¹⁰³ In Berlin formierten sich zu dieser Zeit die – offiziell verbotenen – kommunistischen Rotfrontkämpfer ebenso wie die nationalsozialistischen SA-Kämpfer gelegentlich zu politischen Banden, die enge Verbindungen zur Unterwelt unterhielten.¹⁰⁴ Dass viele SA-Leute ihre politischen mit kriminellen Aktivitäten verbanden, war so unübersehbar, dass der Volksmund den SA-Sturm 25, dessen Revier der Berliner Arbeiterbezirk Neukölln war, in «Ludensturm» umbenannte. Es spricht Bände, dass die SA sich diese Bezeichnung Jahre später in ihrer eigenen Geschichtsschreibung als Ehrentitel ans Revers heftete.¹⁰⁵ Der berüchtigte, im weiter westlich gelegenen Charlottenburg beheimatete Sturm 33 war bei den Berlinern als «Mördersturm» bekannt, weil seine Mitglieder wiederholt in tödliche Schiessereien verwickelt waren.¹⁰⁶ Die Nähe zu kriminellen Betätigungen kostete die SA nicht nur öffentliches Ansehen, sondern manchmal auch Geld. 1931 meldeten Polizeiberichte, finanziell abgebrannte SA-Leute hätten wiederholt Überfälle politischer Gegner fingiert, um Leistungen von der SA-Versicherung einzustreichen, ein Thema, das antifaschistische Medien genüsslich ausschalteten.¹⁰⁷

Demonstrationsmärsche mündeten nun zunehmend in eskalierende Gewalt; der Berliner Blutmai von 1929 und der Altonaer Blutsonntag von 1932 waren die schlimmsten Beispiele. Die meisten Opfer dieser Krawalle starben durch Kugeln aus Polizeiwaffen, die zum Einsatz kamen, um die Ordnung wiederherzustellen. Der von den Kommunisten provozierte Berliner Blutmai kostete 31 Menschen das Leben, der von den Nationalsozialisten provozierte Altonaer Blutsonntag 17. In beiden Fällen wurden mehr als hundert Personen verletzt.¹⁰⁸ Über diese spektakulären Schlachten hinaus kam es in vielen deutschen Städten zu einer lawinenartigen Zunahme von Schlägereien, Überfällen und Schiessereien zwischen Mitgliedern konkurrierender politischer Organisationen. Über die «Pseudo-Be-

friedung» der städtischen «Gewaltgemeinschaften», die bis dahin vorgeherrscht hatte, war die Zeit hinweggegangen.¹⁰⁹ Grzesinski beschrieb diesen Umschwung im Rückblick so: «Es blieb nicht mehr dabei, dass man sich gegenseitig verprügelte. Hieb- und Stichwaffen, Stahlruten und Revolver wurden benutzt. Terror machte sich im politischen Kampfe breit.»¹¹⁰ Goebbels charakterisierte die Lage in ähnlicher Diktion als einen «blutigen Konflikt mit Stuhlbeinen und Revolvern», der nach seiner Ansicht zunehmend unvermeidlich wurde.¹¹¹

Beschränkte sich dieses Phänomen der eskalierenden Gewalt anfänglich beinahe ausschliesslich auf wirtschaftlich darbende Arbeiterviertel, so durchbrach es nach einiger Zeit die unsichtbaren, aber gleichwohl bis dahin allgemein akzeptierten sozialen Grenzlinien, wie das folgende Beispiel aus Köln demonstriert. Am Abend des 6. März 1931, einem Freitag, veranstaltete der Ortsverband der katholischen Zentrumspartei von Köln-Braunsfeld einen Diskussionsabend zum Thema «Sowjetstern und Hakenkreuz». Rund siebzig Personen waren zugegen, darunter eine beträchtliche Zahl nicht geladener lokaler Nationalsozialisten, die mit Fahr- und Motorrädern angerückt waren. Die Motoren ihrer Maschinen stellten sie gar nicht erst ab, falls ein abrupter Aufbruch nötig werden sollte. Im Saal liessen die Nazis den Hauptredner des Abends, einen gewissen Dr. Hertz, zunächst gewähren, provozierten aber nach einiger Zeit mit Zwischen- und Schmährufen. Toni Winkelkemper, ein 25-jähriger Jurastudent an der Kölner Universität, der es bereits zum NSDAP-Gauamtsleiter für das Rheinland gebracht hatte und der zumindest an diesem Abend das Kommando über den SA-Sturm hatte, beschimpfte den Redner schliesslich als «Feigling». Dies war offenbar ein vorher abgesprochenes Codewort, auf das hin die Nazis Stühle in Richtung des Vorstandstisches schleuderten. Was in den Minuten danach geschah, schilderte die Staatsanwaltschaft später anschaulich:

Der Beschuldigte Winkelkemper warf einen schweren gläsernen Aschenbecher in Richtung auf den anwesenden Pfarrer Dr. Frings [...]. Eine andere, unermittelt gebliebene Person schlug gleichzeitig auf den Redner Dr. Hertz ein. Die dem Zentrum angehörenden Versammlungsteilnehmer beschränkten sich darauf, die anwesenden Frauen zu schützen und die als Wurfgeschosse benutzten Aschenbecher und Stuhlbeine abzuwehren. Dieser ganze Vorgang währte etwa 5 Minuten, innerhalb dieser Zeit wurden 58 Stühle teils beschädigt, teils völlig zertrümmert und auch einige andere Einrichtungsgegenstände des Saales (Glastür, Kronleuchter, Wandbekleidung) beschädigt. Der entstandene Schaden beläuft sich auf 400 Mark.¹¹²

Mehrere Angehörige der Zentrumspartei wurden verletzt und mussten ärztlich versorgt werden. Die Stirnwunden von Pastor Frings – er wurde 1942 zum Erzbischof von Köln ernannt und erlangte nach dem Zweiten Weltkrieg die Kardinalswürde – mussten genäht werden.¹¹³ Winkelkemper wurde zunächst zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, erwirkte jedoch auf dem Berufungsweg einen Straferlass.¹¹⁴ Wieder auf freiem Fuss, fuhr er fort, politische Gegner zu überfallen.¹¹⁵ Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten machte er eine bemerkenswerte Karriere: 1933 ernannte Goebbels ihn zum «Landesstellenleiter Rheinland» im neu geschaffenen Ministerium für Völkeraufklärung und Propaganda, zudem zog er als Abgeordneter in den Preussischen Landtag sowie in den – weitgehend funktionslos gewordenen – Reichstag ein. Nach der Promotion stieg Dr. Winkelkemper 1937 zum Intendanten des Reichssenders Köln und später zum Intendanten der Reichsradiogesellschaft auf. 1939 wurde er zum SS-Standartenführer befördert. Sein Bruder Peter wurde 1941 Oberbürgermeister von Köln, ein Amt, das einige Jahre zuvor noch Konrad Adenauer innegehabt hatte, der spätere erste Kanzler der Bundesrepublik Deutschland.

Die Vorgänge in Köln offenbaren nicht nur die zunehmend engere Verflechtung zwischen gewalttätiger «Strassenpolitik», kriminellem Verhalten und SA-Aktivismus in der Studentenschaft, sondern belegen auch, dass keinesfalls nur junge Männer mit Ambitionen auf eine «Gangster»-Karriere oder unterprivilegierte, jeder Parteidisziplin trotzen Jugendliche der Gewalt huldigten. Vielmehr wird deutlich, dass solche Aktionen in den frühen 1930er Jahren ein wesentliches Element der offen kultivierten Strassenpolitik der NSDAP waren. Führende Nationalsozialisten prophezeiten immer wieder, dass diejenigen, die «die Strasse beherrschten», früher oder später auch in den Besitz der politischen Macht gelangen würden.¹¹⁶ In letzter Konsequenz bedeutete diese politische Strategie, dass bald jede Form öffentlicher Gewalt in den Rang einer politischen Tat erhoben und als Beitrag zum Untergang der Republik gepriesen werden konnte.

Ein typisches, wenn auch extremes Beispiel für diese Entwicklung war der sogenannte Kurfürstendamm-Krawall vom 12. September 1931. An diesem Tag, an dem die Juden ihr Neujahrsfest Rosch ha-Schana feierten, marschierten Hunderte SA-Leute über den berühmten Boulevard im Westen Berlins,¹¹⁷ skandierten antisemitische Parolen und prügeln auf Passanten ein, die sie für Juden hielten. Was wie ein spontaner Ausbruch des Volkszorns aussehen sollte, war in Wirklichkeit eine von Goebbels und dem Berliner SA-Führer Wolf-Heinrich von Helldorff sorgfältig geplante Aktion. Die SA-Leute teilten sich vorab in kleine Gruppen auf, was es der Polizei, für die das Ganze überraschend kam, noch schwerer machte, für Ordnung zu sorgen. Am Ende wurden immerhin mehr als dreissig

Angreifer identifiziert, angeklagt und zu Freiheits- und Geldstrafen verurteilt.¹¹⁸ Als die NSDAP vor Gericht aus taktischen Gründen bestritt, dass die SA auf Befehl von oben gehandelt hatte, fühlten sich viele Berliner NS-Aktivistinnen verraten. Als Reaktion auf diesen Verrat taten sich bis Ende 1931 an die 400 verbitterte SA-Leute aus der Hauptstadt zur «Kameradschaft Soziale Hilfe» zusammen, einer Selbsthilfegruppe, die für eine Trennung von der Hitlerbewegung warb und angeblich sogar bereit war, bei einer Verschärfung der politischen Gewalt in der Hauptstadt gemeinsame Sache mit dem Reichsbanner zu machen.¹¹⁹

Trotz dieser Verstimmung unter den Nationalsozialisten und der vergleichsweise harten Urteile, die im Kurfürstendamm-Prozess ergingen, wertete die Parteiführung den Krawall als einen symbolischen Erfolg: Die SA hatte vorgeführt, dass sie ihren Antisemitismus und ihre Demokratiefeindlichkeit in Zukunft nicht nur in Bierkellern und anderen eher anrühigen Versammlungslokalen austoben würde. Die Partei war mittlerweile so erstarkt, dass ihre SA selbst eine der wichtigsten Strassen der Reichshauptstadt unter ihre «Herrschaft» zu bringen vermochte – wenn auch nur für eine Stunde. In den Augen der Partei und ihrer Getreuen hatte die SA die ihr von der NS-Propaganda zugedachte Rolle einer ideologisch motivierten, jederzeit einsatzbereiten Sturmtruppe an diesem Tag voll und ganz erfüllt.

Erwerbslosigkeit und soziale Unruhen in der SA

Nimmt man die Behauptungen der Parteiführer für bare Münze, gerät man unweigerlich auf Abwege. In den Jahren 1931 und 1932, in denen die Zahl der Erwerbslosen in Deutschland auf über 6 Millionen stieg, gab es neben ideologischen Motiven auch ganz praktische Gründe, weshalb Männer in die SA eintraten.¹²⁰ Mehr als jeder zweite SA-Mann war in diesen Jahren arbeitslos, in einigen SA-Stürmen lag dieser Anteil sogar bei bis zu 80 Prozent. In Berlin gingen 1931 zwischen 60 und 80 Prozent aller Strassenkämpfer der NSDAP keiner regelmässigen Erwerbsarbeit nach.¹²¹ Ähnlich verhielt es sich auch in Hamburg, wo 2'600 von 4'500 SA-Männern – rund 56 Prozent – arbeitslos waren.¹²² In dieser Zeit blieben viele Männer nur ein paar Wochen oder Monate bei der SA, mitunter erreichte die Mitgliederfluktuation bis zu 20 Prozent im Monat. Darüber hinaus traten Hunderttausende neue Mitglieder nur in die SA ein, nicht aber in die NSDAP, obwohl die Parteimitgliedschaft für SA-Leute seit 1927 offiziell zwingend vorgeschrieben war.¹²³ Finanzielle Erwägungen spielten bei der Entscheidung zweifellos eine

Rolle; dafür spricht schon die Tatsache, dass selbst jene, die einen NSDAP-Mitgliedsausweis hatten, nicht immer ihre Beiträge zahlten. Die Teilnahme am geselligen Treiben der SA und an ihren paramilitärischen Übungen, die nun für viele Männer ohne Erwerbsarbeit zu einer «alternativen Vollzeitbeschäftigung» wurde, war letztlich nicht an solche Formalitäten gebunden, solange die Vorgesetzten mit dem Beitrag, den der Einzelne bei den Aktivitäten der Bewegung leistete, zufrieden waren.¹²⁴

Gruppendynamische Faktoren, die Aussicht auf berufliches Fortkommen oder einfach nur die Sorge um die eigene Existenz bildeten in diesen Jahren vielfach einen wirksameren Anreiz für einen Beitritt zur SA als eine gemeinsame politische Ideologie. Fallstudien bestätigten diese Tendenz. In Osterode, einer kleinen Industriestadt am Harz mit 9'000 Einwohnern, waren von den 71 Männern, die sich vor 1933 der SA anschlossen, nur 48 auch in die NSDAP eingetreten.¹²⁵ Und in einem besonders armen Teil Ostpreussens gab es 1931 einen SA-Sturm, von dessen 118 Männern kein einziger reguläres Mitglied der NSDAP war.¹²⁶ Man kann daraus schliessen, dass deutschlandweit vielen, die sich in den letzten zwei bis drei Lebensjahren der Weimarer Republik der SA anschlossen, Arbeiter waren, die hofften, auf diese Weise der nächsten Entlassungswelle zu entkommen, oder, wenn sie bereits erwerbslos waren, darauf spekulierten, dass die Zugehörigkeit zum wachsenden Beziehungsnetz der Nationalsozialisten ihre Chancen auf einen Arbeitsplatz erhöhen würde.¹²⁷ Eine zunehmend grössere Zahl erwerbsloser Männer verbrachte in dieser Zeit ihre Tage und Abende in sogenannten Sturmlokalen, die parteinahe Kreise umwarben in der Hoffnung, so den rapiden Rückgang des Alkoholkonsums, der in den späten 1920er Jahren in ganz Deutschland eingesetzt hatte, zu kompensieren oder zumindest zu überstehen.¹²⁸ Als die Wirtschaftskrise auf ihren Höhepunkt zusteuerte, errichtete die SA schliesslich eigene Arbeitsvermittlungsstellen und warb bei selbstständigen Parteimitgliedern dafür, dass diese bevorzugt SA-Leute einstellten. Die SA rief sogar «Arbeitsstürme» ins Leben, die erwerbs- und mittellosen Kämpfern die Möglichkeit boten, ihre Arbeitskraft kollektiv auf dem privaten Arbeitsmarkt anzubieten.¹²⁹

Der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands hob 1932 den engen Zusammenhang zwischen dem zunehmenden politischen Radikalismus der deutschen Jugend und der katastrophalen wirtschaftlichen Lage hervor:

In einer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, die den jungen Menschen weder eine Aufgabe noch irgendwelche Hoffnung auf Auskommen zu geben vermag, werden diese in die Rolle von Abenteurern hineingedrängt, die bei

einem Umsturz nichts zu verlieren, aber alles zu gewinnen haben. Die politischen Wahlen des Jahres 1931 beweisen mit stärkster Eindeutigkeit, dass alle Entwurzelten [...] denen nachlaufen, bei denen sie bewusste Aktivität, und sei es auch nur negativ und zerstörend, verspüren.¹³⁰

Unter den Vorzeichen der wirtschaftlichen und politischen Probleme wurde es zunehmend schwieriger, die SA disziplinarisch im Griff zu halten. Ihre Anziehungskraft blieb dennoch ungebrochen, nicht zuletzt dank ihrer vielfältigen sozialen Aktivitäten. Die Zahl ihrer Mitglieder stieg zwischen Ende 1930 und Sommer 1932 stark an – von 77'000 im Januar 1931 über 221'000 im November desselben Jahres auf 445'000 im August 1932.¹³¹ Für die SA wie ein paar Jahre später für das «Dritte Reich» als Ganzes galt, dass Beziehungen und persönliche Loyalitäten zwischen führenden Nationalsozialisten oft wichtiger waren als offiziell erteilte Befehle und verbrieftete Kompetenzzuschreibungen. Interne Streitigkeiten und persönliche Rivalitäten, gerade zwischen Parteifunktionären und regionalen SA-Führern, die inzwischen Tausende oder sogar Zehntausende Männer unter ihrem Kommando hatten, waren an der Tagesordnung und gingen mitunter sogar NS-Sympathisanten zu weit. So erklärte der ehemalige Armeeleutnant und frühere NSDAP-Unterstützer Hellmuth von Mücke im August 1929 unverblümt: «Die Partei ist innerlich völlig verrottet und korrupt, sowohl auf organisatorischem, als auch auf sachlichem und gedanklichem Gebiet. *Das Wesentliche von der Partei ist die Reklame.* [...] Kurz gesagt, es ist ein Saustall.»¹³²

Es zeigten sich indes nicht nur persönliche, sondern auch substantielle ideologische Gegensätze. Diese waren für den Zusammenhalt innerhalb der SA ebenso eine Gefahr wie für den Nimbus der Nationalsozialisten als einer volkstümlichen Bewegung, die ihre Kraft aus ihrer Einigkeit schöpfte. Vor allem in den Industriezentren des deutschen Nordens standen viele SA-Leute dem «sozialistischen» linken Flügel der NSDAP nahe, dessen führende Köpfe in den späten 1920er Jahren die Brüder Otto und Gregor Strasser, Joseph Goebbels und der Berliner SA-Führer Walther Stennes waren.¹³³ Diese Männer betrachteten die nationale Wiedergeburt und die soziale Revolution als zwei Seiten derselben Medaille, wenn auch manchmal nur aus taktischen Gründen und in der Hoffnung, damit vor allem die jüngere Arbeitergeneration und die verarmte Mittelschicht auf ihre Seite ziehen zu können. Während die NSDAP ihre sozialpolitischen Versprechungen gewöhnlich in massenwirksame, aber wenig konkrete Parolen wie «Brechung der Zinsknechtschaft» oder «Arbeit und Brot» verpackte, stellten die «Nazis auf der Linken» handfeste radikale Forderungen: Verstaatlichung der

Grossbanken, Strafverfahren gegen «Profitmacher», Einführung einer Kapitalsteuer und natürlich ein unverzügliches Ende der Reparationszahlungen nach dem Young-Plan, der im Mai 1930 nach langem Hin und Her verabschiedet worden war.¹³⁴ Diese Forderungen waren zwar kaum mehr als ein populistisches, links angehauchtes Potpourri des gewöhnlichen völkischen Repertoires, angereichert mit antikapitalistischer Rhetorik und gespickt mit den Hassparolen der Nationalsozialisten gegen die Juden. Dennoch ist es bemerkenswert, dass einige der vom «linken» Flügel der NSDAP vertretenen Positionen deutliche Überlappungen mit kommunistischen Ansichten aufwiesen. Anders als die Hitlergetreuen unter den Nazis sprachen sich die Anhänger von Stennes für ein enges Zusammengehen mit der Sowjetunion aus – wenn auch überwiegend aus taktischen Gründen, nämlich mit dem Ziel, eine Front gegen die westlichen Siegermächte und insbesondere gegen England aufzuziehen. Auch unterstützten sie die nationalen Unabhängigkeitsbewegungen in Indien und Ägypten. Sie bezogen Stellung gegen den deutschen Föderalismus und für ein starkes, zentralistisch regiertes Deutschland, gegen die katholische Kirche – mit im Wesentlichen denselben Argumenten, die schon im Kulturkampf des späten 19. Jahrhunderts vorgetragen worden waren – sowie gegen die Unantastbarkeit des Privateigentums.¹³⁵

Ideologische Präferenzen und praktische Anliegen wurden in diesen internen Flügelkämpfen eng miteinander verknüpft: Unter dem Vorzeichen, dass die SA sich seit 1930 zu einer veritablen Massenorganisation entwickelt hatte, riefen ihre norddeutschen Führer ungeduldig nach höheren Zuschüssen aus der Parteikasse für ihre Organisation. In ihren Augen leistete nicht der Parteiparat, sondern die SA den Löwenanteil der Mobilisierungsarbeit für die NSDAP. Hinzu kam, dass viele SA-Mitglieder nach wie vor einem gewaltsamen Umsturz den Vorzug vor Hitlers Strategie einer legalen Machtübernahme gaben. Der legale Weg konnte nach ihrer Ansicht allenfalls langfristig erfolgreich sein, auf jeden Fall war er mit grossen Unsicherheiten verbunden, da man so zwar Wählerstimmen und neue Parteimitglieder gewinnen, aber kurzfristig keine Wirkung erzielen konnte, was dem revolutionären Elan der SA-Aktivisten zuwiderlief. Dieser Grundkonflikt führte nicht nur zur Absetzung Pfeffers als OSAF am 29. August 1930 – an seine Stelle trat im Januar 1931 der reaktivierte Ernst Röhm¹³⁶ –, sondern war auch die wahre Ursache für eine Serie gewaltsamer Auseinandersetzungen innerhalb der NS-Bewegung, vor allem für die beiden «Stennes-Meutereien» Ende August 1930 und Ende März 1931.

Am 30. August 1930 stürmten frustrierte SA-Leute unter Führung von Stennes die Berliner Gaugeschäftsstelle der NSDAP. Hitler intervenierte persönlich.

Unverzüglich in die Hauptstadt geeilt, willigte er «unter Tränen» in mehrere Forderungen der SA ein und versprach dem linken Flügel der Partei bessere Bezahlung und mehr Einfluss. Angesichts der Tatsache, dass nur zwei Wochen später, am 14. September, eine wichtige Reichstagswahl anstand, musste ein inneres Zerwürfnis um jeden Preis vermieden werden.¹³⁷ Andererseits wuchs bei Hitler und der übrigen NSDAP-Führung in München von diesem Moment an die Entschlossenheit, den Einfluss von Stennes und seinen Gefolgsleuten, deren beständiges Eintreten für eine revolutionäre Politik der Tat den «legalistischen» Kurs der Partei zu kompromittieren drohte, zurückzudrängen.

Die Gelegenheit zum Losschlagen kam am 28. März 1931, als der Reichspräsident eine Notverordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen erliess und die NSDAP aufforderte, ihrer Sturmabteilung straffe Zügel anzulegen, wenn sie nicht riskieren wollte, verboten zu werden. Hitler nahm dies zum Anlass, Stennes und seine rechte Hand, den Stabsleiter Walter Jahn, abzusetzen. Förmlich vollzogen wurde die Absetzung durch einen Erlass des neuen SA-Stabschefs Röhm vom 31. März 1931.¹³⁸ Im Gegenzug beschlossen Stennes und seine Getreuen, es erneut mit einer Meuterei zu versuchen, und besetzten tags darauf ein weiteres Mal die Gaugeschäftsstelle der Partei sowie die Redaktionsräume des *Angriff*.¹³⁹ Dieses Mal trafen sie jedoch auf einen gut vorbereiteten Gegner. Röhm nahm den SA-Rebellen den Wind aus den Segeln, indem er nach Absprache mit Hitler anbot, allen SA-Gruppen vom 1. Mai 1931 an ein festes Budget zuzuteilen. Daraufhin legte der Grossteil der Berliner SA-Leute umgehend einen Treueeid auf den Führer ab. Hitler, der sich in der Hauptstadt auf Männer wie Kurt Daluege, Göring und Goebbels verlassen konnte, hatte die SA mit seinem Angebot regelrecht geködert und im Grunde gekauft. Goebbels, der agile Gauleiter von Berlin, hatte – nicht zum letzten Mal in seinem Leben – gerade noch rechtzeitig die Seiten gewechselt. Das Schicksal von Stennes war besiegelt.¹⁴⁰

Immerhin schlossen sich rund 500 SA-Leute – ein rundes Drittel aller damaligen Mitglieder der Berliner Sturmabteilung – Stennes an und traten in die Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten ein, die am 3. Juni 1931 mit der im Sommer des Vorjahres gegründeten Nationalsozialistischen Kampfbewegung Deutschlands fusionierte.¹⁴¹ In Abgrenzung zu den anderen SA-Männern, die sie trotz ihrer paramilitärischen Grundausbildung für politisch unbedarft hielten, da sie sich «mit Schlagworten abspeisen» liessen, betrachteten sich diese Dissidenten als wahrhaftige «revolutionäre Kämpfer». Sie erhoben den Anspruch, für den Nationalsozialismus in seiner «ursprünglichen Form», nämlich als «Kampfbewegung», zu stehen, und sahen sich

damit im Gegensatz zur Partei in ihrer aktuellen «bürgerlichen» Inkarnation, in der «Postenjäger», «Spiessbürger» und Apparatschiks den Ton angeben würden.¹⁴² Die abtrünnigen revolutionären Kämpfer nannten sich weiterhin SA-Männer, und ihr «Anti-Hitler» Stennes beanspruchte für sich sogar den Titel «Oberster SA-Führer», während sein Adjutant Walter Jahn sich als Stabschef ansprechen liess, spiegelbildlich zur Funktion Röhms.¹⁴³ Die Mitglieder dieser abgepaltenen SA trugen nicht mehr braune, sondern schwarze Hemden und dazu blaue Mützen. Viele färbten ihre SA-Uniform einfach um.¹⁴⁴

Stennes behauptete anfänglich, von unzufriedenen NS-Aktivisten im gesamten Reich sehr viel Unterstützung für seine «schwarze Front» und seinen SA-Ableger – zuweilen auch «schwarze Garden» genannt – zu erfahren. Neben den Hochburgen im deutschen Nordosten gab es auch in Leipzig, Köln, Düsseldorf, Hannover und mehreren anderen deutschen Städten abtrünnige Gruppen. Doch der Elan dieses linken Flügels der NS-Bewegung erlahmte ziemlich schnell. Schon im September 1931 trafen sich führende Männer der «alternativen SA» in Berlin mit Hermann Ehrhardt, um die Option eines Bündnisses auszuloten. Das wirkte wie ein Verzweiflungsakt, bedenkt man, wie schlecht es dem Ansehen Ehrhardts innerhalb der SA bekommen war, als er sich im Frühjahr 1926 dem Stahlhelm angeschlossen hatte.¹⁴⁵ In den 16 Monaten, die bis zur Ernennung Hitlers zum Reichskanzler noch vergehen sollten, blieb die von Stennes kommandierte alternative SA, die sich bald Kampfgemeinschaft Deutscher Revolutionäre nannte und 1932 in Kampf-Staffel umbenannt wurde, eine Randerscheinung. Nach der Machtergreifung Hitlers und seiner NSDAP im Januar 1933 waren die führenden Köpfe der Nationalsozialistischen Kampfgemeinschaft Deutschland ihres Lebens nicht mehr sicher. Gregor Strasser wurde in der «Nacht der langen Messer» 1934 ermordet; sein Bruder Otto und Walther Stennes setzten sich ins Exil ab. Stennes diente in der Folge den Nationalisten der chinesischen Kuomintang als Militärberater und befehligte die Leibwache von Chiang Kai-shek; er blieb bis 1949 in China.¹⁴⁶

Ähnliche, wenn auch weniger schlagzeilenträchtige Konflikte entbrannten in den Jahren 1930 bis 1932 in vielen Industriestädten Norddeutschlands. In Bremerhaven störte ein lokaler SA-Trupp im August 1931 eine vom NSDAP-Gauleiter für den Gau Weser-Ems einberufene Versammlung, was den Ausschluss der Rädelsführer aus Partei und SA zur Folge hatte. Daraufhin beschuldigten sie Hitler in einem offenen Brief, er nutze die politischen «Opfer», die die einfachen SA-Männer in den zurückliegenden Jahren erbracht hatten, für seine persönlichen und seine allgemeinen strategischen Ziele. Sie prangerten ferner an, dass er sich einen «Millionen-Mark-Palast in München» – gemeint war das neue Haupt-

quartier der NSDAP, das «Braune Haus» – ausgerechnet in einer Zeit habe bauen lassen, in der die Arbeitslosigkeit in den Reihen der SA einen katastrophalen Höhepunkt erreicht hatte. Der Parteiführung warfen die Renegaten vor, sie interessiere sich nur für ihre eigenen politischen Ambitionen und habe die SA wiederholt im Stich gelassen. Nach Überzeugung dieser NS-Dissidenten konnte Deutschland «nur durch die revolutionäre Tat» – sprich: die SA – gerettet werden, nicht durch eine «parlamentarische Partei». ¹⁴⁷

Solche Anschuldigungen wurden gewöhnlich in eine populistische Rhetorik gekleidet, wobei in der Regel ein gründliches Ausmisten des Augiasstalls und ein Ende der Korruption und der sozialen Ungerechtigkeit gefordert wurden. ¹⁴⁸ Strittig waren zwischen den Beteiligten dieser innerparteilichen Konflikte weniger die politischen Ziele als vielmehr die Mittel, mit denen man sie erreichen konnte. Hier kamen grundlegende Differenzen zwischen Theorie und Praxis, Agitation und Diplomatie, Draufgängertum und Besonnenheit zum Vorschein. ¹⁴⁹ Die aufgestauten Spannungen strapazierten das Verhältnis zwischen der NSDAP und Teilen ihrer semiautarken SA bis zur gewaltsamen Unterwerfung der SA nach der mörderischen «Nacht der langen Messer».

Zwar war der Versuch, eine Gegen-SA aufzubauen, rasch gescheitert. Dennoch gelang es der Partei nicht, die Unzufriedenheit innerhalb der SA nachhaltig einzudämmen. Während sich die NSDAP mit sichtlichem Erfolg bemühte, einer legalen Übernahme der politischen Macht näher zu kommen – durch Kompromisse mit Heinrich Brüning und anderen führenden Köpfen der konservativen Rechten und durch enge Verbindungen zu Teilen der deutschen Wirtschaft –, verloren viele der in der SA organisierten Aktivisten, besonders die von der Wirtschaftskrise am stärksten betroffenen, langsam, aber sicher den Glauben an die Partei und ihre Versprechungen. Wie schon eingangs am Beispiel des Potempa-Mordes aufgezeigt, wurde diese Situation im Sommer und Herbst 1932 besonders problematisch, litten doch grosse Teile der SA, was auch Goebbels erkannte, mehr denn je unter der wirtschaftlichen «Depression». ¹⁵⁰ Die Münchener Polizei konstatierte in einem ausführlichen Bericht vom 20. Oktober 1932 eine massive Niedergeschlagenheit in den Reihen der SA und prophezeite eine Austrittswelle, falls die NSDAP es nicht schaffe, wenigstens als Juniorpartner in die nächste Regierung einzutreten. ¹⁵¹ Zum ersten Mal seit Jahren verzeichnete die SA einen Mitgliederrückgang. ¹⁵² Im Grossen und Ganzen gelang es Hitler jedoch, mit der sich in der SA ausbreitenden Unruhe fertigzuwerden und die Unzufriedenheit seiner Anhänger in aggressive und zunehmend gewalttätige Angriffe auf seine politischen Gegner umzuleiten.

SA auf dem Land

Bei den meisten der bisher genannten Beispiele ging es um das Anwachsen der SA und um ihre Aktivitäten in deutschen Städten. Ein solcher Schwerpunkt spiegelt die Perspektive des überwiegenden Teils der Forschung wider. Es wäre jedoch ein Fehler, in den Sturmabteilungen ein ausschliesslich städtisches Phänomen zu sehen. Mindestens ebenso bedeutsam für die spektakulären Zugewinne der NSDAP an den Wahlurnen von den späten 1920er Jahren an war die Ausbreitung der Organisation im ländlichen Raum. Erhalten gebliebene Mitgliederlisten aus mehreren Regionen Deutschlands lassen den Schluss zu, dass die SA von 1930 an auf dem Land in stärkerem Masse neue Mitglieder rekrutieren konnte als in den grossen Städten. Detlef Mühlberger hat in mehreren vorbildlichen Studien gezeigt, dass in den frühen 1930er Jahren fast 70 Prozent aller SA-Leute in kleinen Gemeinden mit höchstens 5'000 Einwohnern lebten, dagegen nur 17,6 Prozent in Städten mit mehr als 100'000 Bewohnern.¹⁵³ Im Vergleich zur Grossstadt, in der der gesetzlich vorgeschriebene Achtstundentag jungen Männern, insbesondere solchen ohne familiäre Verpflichtungen, die Möglichkeit gab, Erwerbs- und Parteiarbeit unter einen Hut zu bringen, war die Rekrutierung neuer SA-Mitglieder in ländlichen Gebieten deutlich schwieriger. Hier waren junge Leute ganz allgemein stärker ins Familienleben eingebunden, und tradierte Autoritätsverhältnisse hatten sich noch nicht so sehr verflüchtigt wie in den Ballungszentren.¹⁵⁴

Die sinkenden Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse waren eines der grössten Probleme in vielen ländlichen Regionen, zumal sich gleichzeitig die Steuerlast erhöhte. Die Folge waren Wellen von «Landflucht» und eine Radikalisierung der Bauernschaft, insbesondere der jungen Generation. Im ländlichen Brandenburg stellten gerade junge Bauern, die keine Aussicht hatten, den elterlichen Hof zu übernehmen, vielerorts den grössten Anteil in den lokalen SA-Stürmen.¹⁵⁵ In Schleswig-Holstein entwickelte sich von 1928 an im Zuge der wachsenden Unzufriedenheit eine beachtliche Protestbewegung, die sogenannte Landvolkbewegung. Sie war formell nicht mit einem bestimmten politischen Programm oder einer Partei verbunden, doch gelang es den Nationalsozialisten bald, den Unmut, aus dem die Bewegung ihre Kraft schöpfte, für ihre Zwecke zu nutzen, indem sie die umstürzlerischen Parolen der Bauern aufgriffen und sich selbst als die Alternative präsentierten, die Deutschland brauche.

Der militante Protest der aufrührerischen Bauern und die dabei zutage tretenden weitverbreiteten antikapitalistischen und antisemitischen Leidenschaften stellten für die Agitation der Kommunisten wie die der Nationalsozialisten einen

fruchtbaren Boden dar, doch es gelang vor allem Letzteren, die in den ländlichen Regionen Norddeutschlands gärende Unruhe auf ihre Mühlen zu lenken. Dabei fand ihr exzessiver Nationalismus bei den eingessenen Landwirten, die in ihrer provinziellen Lebenswelt und ihren praktischen Problemen befangen waren und sich wenig für die abstrakten Konzepte von Vaterland und internationaler Politik interessierten, zunächst keinen übermäßigen Anklang.¹⁵⁶ Doch in dem Mass, wie sich die wirtschaftliche Lage weiter verschlechterte, wurden sie anfälliger für nationalsozialistische Parolen und erst recht für die pathetische Symbolik, mit der die Nationalsozialisten ihre Politik aufluden. So tauchten zum Beispiel 1930 in einer Stadt in Westpommern SA-Leute unter Führung des jungen und charismatischen Anwalts Wilhelm Karpenstein bei der Zwangsversteigerung eines Landguts auf und verabreichten dem Höchstbietenden eine Tracht Prügel. Mit dieser ebenso gewaltsamen wie symbolischen Handlung inszenierten sie sich als Bewahrer der traditionellen ländlichen Ordnung gegen die Übergriffe eines angeblich herzlosen Materialismus.¹⁵⁷

Eine zentrale Rolle beim Erstarren der SA in Schleswig-Holstein spielte der Landarbeiter und spätere Ladeninhaber Heinrich Schoene, der im August 1925 in die NSDAP eintrat. Er war zunächst Ortsgruppenleiter der Partei – und damit auch Führer der lokalen SA und HJ – in Lockstedter Lager und rückte im Juni 1929 zum Führer der SA-Gruppe Nordmark auf.¹⁵⁸ Einige Wochen vor dieser Beförderung hatte er seine Erfahrungen als NS-Agitator wie folgt zusammengefasst: «Der deutsche Bauer auf seiner freien Scholle ist dem Nationalsozialismus viel zugänglicher als der marxistisch verseuchte Städter.»¹⁵⁹

Die Nazis konzentrierten sich anfänglich auf die Gegenden im westlichen Schleswig-Holstein, in denen die Landvolkbewegung ihre Hochburgen hatte. Im Mai 1929 befahl Schoene seinen SA-Stürmen, über die Pfingstfeiertage Radtouren zu veranstalten und dabei Propaganda für die Partei zu machen, und zwar vorwiegend in jenen Gegenden, in denen die NSDAP sozusagen noch in den Kinderschuhen steckte.¹⁶⁰ Als die Mitgliederzahl der Landvolkbewegung zu Beginn der 1930er Jahre langsam abnahm, hatte sich die NSDAP – auch durch solche Aktionen – als führende Partei des ländlichen Raums in Schleswig-Holstein bereits etabliert. Sie hatte die auf dem Land bis dahin mächtigen konservativen Parteien ebenso an den Rand gedrängt wie die regional starken Splitterparteien, etwa die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei, die ein Ableger der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) war.¹⁶¹ Wie in einigen anderen überwiegend protestantischen ländlichen Regionen Deutschlands wie Ostpreussen, West-

pommern oder den agrarisch geprägten Teilen Württembergs und Nordhessens hatte sich die NSDAP auch in Schleswig-Holstein zu einer «Milieupartei» par excellence entwickelt und in den frühen 1930er Jahren eine Dominanz erreicht, wie sie in den meisten katholischen Gegenden des Reiches zuvor für Jahrzehnte die Zentrumspartei innegehabt hatte.¹⁶²

Die Landvolkbewegung hatte die Bauern bereits so weit radikalisiert, dass sie in zivilem Ungehorsam geübt waren, Gerichtsgebäude stürmten und sogar Bomben legten. Vor diesem Hintergrund mussten die Methoden der SA nicht mehr gerechtfertigt werden. Aber die antagonistisch zugespitzte Propaganda, die man in der Grossstadt praktizierte, erwies sich auf dem Land nicht unbedingt als vorteilhaft für die NSDAP. Hier herrschten ganz andere Voraussetzungen, und eine organisierte Arbeiterschaft gab es nur in Ansätzen.

Bald zeigte sich, dass es für die NSDAP weitaus erfolgreicher war, von den Segnungen zu künden, die das künftige «Dritte Reich» für den Bauernstand bringen würde.¹⁶³ In den meisten ländlichen Regionen des Reichs war das Leben der SA-Männer nicht von handgreiflichen Auseinandersetzungen mit Kampftruppen des politischen Gegners geprägt, sondern vom intensiven propagandistischen Bemühen, das ländliche Milieu mit seinen Vereinen, Loyalitäten und Gepflogenheiten zu unterwandern.¹⁶⁴ Um sich trotz ihrer begrenzten personellen und finanziellen Mittel hier festzusetzen, versuchten die Nationalsozialisten, die Machtinstanzen für sich zu gewinnen, die im ländlichen Deutschland traditionell den Ton angaben – Volksschullehrer, Pfarrer, Gutsbesitzer sowie in den ostelbischen Provinzen auch der Kleinadel –, und sie als «Milieuöffner» einzuspannen.¹⁶⁵ Konsequenterweise rekrutierte die SA in diesen Regionen ihre Mitglieder weniger aus der Unterschicht als aus den Reihen junger Landwirte und Handwerker, die angesehene und gut integrierte Mitglieder ihres Gemeinwesens waren.¹⁶⁶ Die Partei präsentierte sich als politische Vertreterin der «konservativen Bauernschaft und der Mittelschicht»,¹⁶⁷ als eine Kraft, die für traditionelle deutsche Werte stand, sich allerdings wegen der besonderen Zeitumstände in der krisengeschüttelten Weimarer Republik gezwungen sah, mit härteren Bandagen zu kämpfen als jene Organisationen, die bis dahin im ländlichen Deutschland dominiert hatten.

In Gegenden, in denen Lokalnachrichten sich noch primär von Mund zu Mund und nicht durch Zeitungen verbreiteten, war für Parteien oder Organisationen eine starke visuelle und physische Präsenz unerlässlich bei der Anwerbung neuer Gefolgsleute. Wie der Historiker Wolfram Pyta überzeugend gezeigt hat, fiel in den Dörfern und Kleinstädten des ländlichen Deutschlands das Versprechen der Nazis, eine «Volksgemeinschaft» zu schaffen, weniger ins Gewicht als praktische Hilfen oder die Aussicht auf persönliche Vorteile. Die Partei leistete



Das Gruppenbild aus dem Jahr 1928 zeigt uniformierte SA-Männer auf einem Bauernhof in der Nähe von Prenzlau in der Uckermark, rund hundert Kilometer nördlich von Berlin. Am linken Bildrand sind einige Personen in Zivilkleidung zu erkennen, darunter eine junge Frau. Die SA-Männer posieren als landwirtschaftliche Helfer mit Besen, Schubkarren und Mistgabeln. Auch Sauberkeit ist in dieser Propaganda-Aufnahme ein wichtiges Thema, worauf die prominent im Vordergrund platzierte Waschschüssel und zwei Handtücher hindeuten. Im Hintergrund sitzen zwei SA-Männer zu Pferde. «Arbeitsausflüge» aufs Land, gewöhnlich übers Wochenende, trugen zur wachsenden Beliebtheit der SA in ländlichen Regionen Deutschlands bei, sie wurden aber auch für paramilitärische Lehrgänge und zur Propaganda genutzt. Vor allem im Osten des Deutschen Reiches luden Besitzer grosser Landgüter SA-Einheiten zu kürzeren oder längeren Arbeitsaufenthalten ein.

konkrete Unterstützung beispielsweise dadurch, dass sie SA-Leute aus einer benachbarten grösseren Stadt als Saisonarbeitskräfte aufs Land schickte, wo die Männer gewöhnlich mit Naturalien oder mit kleinen Beträgen entlohnt wurden. Von Landwirten, die in den Genuss solcher für beide Seiten nützlichen Arrangements kamen, konnte die Partei erwarten, dass sie auf Bitten um Lebensmittel und andere Gefälligkeiten für die eigene Anhängerschaft wohlwollend reagierten. Die Bereitschaft der Bauern, mittellosen NS-Strassenkämpfern behilflich zu sein, wurde freilich auf eine harte Probe gestellt, als sich die Fälle häuften, in denen SA-Führer Lebensmittelspenden zum eigenen Nutzen verkauften. Landwirte, die von morgens bis abends auf ihren Feldern arbeiteten, störten sich auch an den Propaganda-Ausflügen aufs Land, die uniformierte SA-Einheiten an Werktagen unternahmen. Hinter diesem Unbehagen steckte die verbreitete Überzeugung, politische Betätigung solle sich auf die Wochenenden beschränken und nicht den Arbeitsalltag im Dorf stören.¹⁶⁸ Als dann 1932 die Arbeitslosigkeit im Reich ihren Höchststand erreichte, fielen ganze SA-Einheiten wie Krähen Schwärme in die Dörfer ein und gebärdeten sich so aggressiv beim Erbitten und Einsacken von Lebensmitteln, dass sogar regionale Parteigrössen ihnen «Landsknechtmanieren» vorwarfen.¹⁶⁹

In den späten 1920er Jahren hatte die SA zudem begonnen, Männer, die über Motorräder und private Automobile verfügten, in speziellen Unterabteilungen zusammenzufassen. Vom 1. April 1930 an firmierten diese Gliederungen unter dem Namen Motor-SA. Ihre Hauptaufgabe bestand darin, SA-Führer zu Parteiveranstaltungen und Wahlkampfauftritten zu chauffieren, doch waren ihre Mitglieder auch angehalten, ihren SA-Kameraden Fahrunterricht zu erteilen. So konnten diese die Führerscheinprüfung ablegen, ohne zuvor eine teure private Fahrschule besuchen zu müssen. Neben der Motor-SA gab es noch das Nationalsozialistische Automobil-Korps (NSAK), das im April 1931 in Nationalsozialistisches Kraftfahr-Korps (NSKK) umbenannt wurde. Es handelte sich hierbei um ein Reservoir von NSDAP-Sympathisanten mit Zugang zu Motorfahrzeugen, die bei Bedarf Aufträge für die «Bewegung» übernahmen. Eine förmliche Mitgliedschaft in der NSDAP und ihren Untergliederungen war nicht Voraussetzung für die Zugehörigkeit zu dieser Gruppe. Vielmehr war es, wie es in der NS-Propaganda euphorisch hiess, der «SA-Geist», der «Mann und Motor zur lebendigen Einheit und [...] das Kraftfahrzeug zum politischen Kampfinstrument» machte.¹⁷⁰

Diese beiden Gliederungen der Organisation konnten sich gerade bei Ausflügen in den ländlichen Raum bewähren. Weil die SA an vielen Orten anfänglich nur eine dünne Personaldecke aufwies, beschränkten sich ihre Aktivitäten



Das Foto zeigt Mitglieder des Berliner SA-Sturms 1 am 27. Januar 1929 vor einer Obstplantage nahe der Kleinstadt Ketzin bei Potsdam. Der originalen Bildunterschrift zufolge entstand es bei einem Ausflug zwecks «Landpropaganda». Diese richtete sich offensichtlich gegen das nach dem amerikanischen Finanzexperten Charles Dawes benannte Abkommen, das seit 1924 die Finanzierung der deutschen Reparationszahlungen regelte. Auf der Motorhaube des Fahrzeugs ist «Fort mit Dawes» zu lesen, und auf der Seitenwand des Lastwagens prangen die Aufschriften «Erst Brot, dann Reparation» und «Lest den Angriff». Der junge Mann ganz rechts hält ein Exemplar der Zeitung in der Hand. Der halb verdeckte Mann im grauen Mantel vor dem Lastwagen ist Horst Wessel. Die Körpersprache der jungen NS-Aktivisten kündigt von Entschlossenheit und Stolz auf ihre propagandistischen «Errungenschaften». Diese Haltung steht aber im scharfen Kontrast zu der menschenleeren Schneelandschaft um sie herum.

in kleinen Gemeinden häufig auf gezielt ausgewählte Tage und Ereignisse. An solchen Tagen wurden private Personen- und Lastwagen, Motor- und Fahrräder eingesetzt, mit denen SA-Leute von Ort zu Ort transportiert wurden, was eine mitgliederstarke Basis vortäuschen sollte, die es in Wahrheit gar nicht gab.

Die Motor-SA wuchs so rasant wie die SA als Ganzes: Aus 100 Sturmreitern im Oktober 1931 waren im August 1932 bereits 680 mit 26105 Mitgliedern geworden. In ähnlicher Weise vervielfachte sich die Mitgliederzahl des NSKK auf 10'000 im Dezember 1931, nachdem sie ein Jahr zuvor erst bei 300 gelegen hatte. Beide Organisationen erfüllten nicht nur wichtige logistische Aufgaben für die Partei, sondern trugen auch entscheidend zu der «modernen» Anmutung bei, die sich die NSDAP in den frühen 1930er Jahren zulegte. Ferner eröffneten sie bürgerlichen NS-Sympathisanten die Chance, sich für die SA zu betätigen, ohne an langen Fussmärschen oder paramilitärischen Übungen teilnehmen zu müssen.¹⁷¹

Zwischen 1930 und 1932 stieg die Zahl der NSDAP-Wähler sprunghaft an, besonders in Dörfern und ländlichen Gemeinden mit überwiegend protestantischer Einwohnerschaft.¹⁷² Da in solchen Ortschaften gewöhnlich jeder wusste, wo der andere politisch stand, ist in der wachsenden Stimmenzahl für die NSDAP nicht so sehr ein von Individuen vorangetriebenes Massenphänomen zu sehen als vielmehr ein kollektiver Prozess der «Loyalitätsverlagerung ganzer Gemeinschaften».¹⁷³ Die sporadische, aber optisch eindrucksvolle Präsenz von SA- und Motor-SA-Einheiten, die durch das ländliche Deutschland tourten und mit ihren demonstrativen Auftritten an tradierte Gefühle nationaler Ehre appellierten, während sie zugleich lokale Führungspersonlichkeiten für ihre eigene Organisation mobilisierten, trug zum Siegeszug der Nationalsozialisten entscheidend bei.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass die intensiven Wahlkämpfe der Nazis nicht nur nach aussen zielten, auf potentielle Wähler, die man zu gewinnen, und auf eingeschworene Gegner, die man zu beeindrucken oder einzuschüchtern hoffte, sondern vielleicht mehr noch nach innen. Das geschah auf zweierlei Weise: Zum einen lieferten die vielen Aktionen, die in den letzten Wochen vor einem Wahltag inszeniert wurden, den einzelnen SA-Leuten eine Abfolge von Gelegenheiten, einen persönlichen Beitrag zum Wahlkampf zu leisten und sich damit als «politische Kämpfer» zu bewähren. Zum anderen dienten diese Kampagnen als Mittel der Steuerung und Disziplinierung der rasch wachsenden Zahl von SA-Leuten, die sich in den frühen 1930er Jahren, wie gesehen, nicht mehr ausschliesslich aus den einem völkischen Nationalismus verbundenen Bevölke-

rungsteilen rekrutierten, sondern auch aus dem wachsenden Heer derjenigen, die wirtschaftliche Not litten, ohne parteipolitisch fest gebunden zu sein.¹⁷⁴

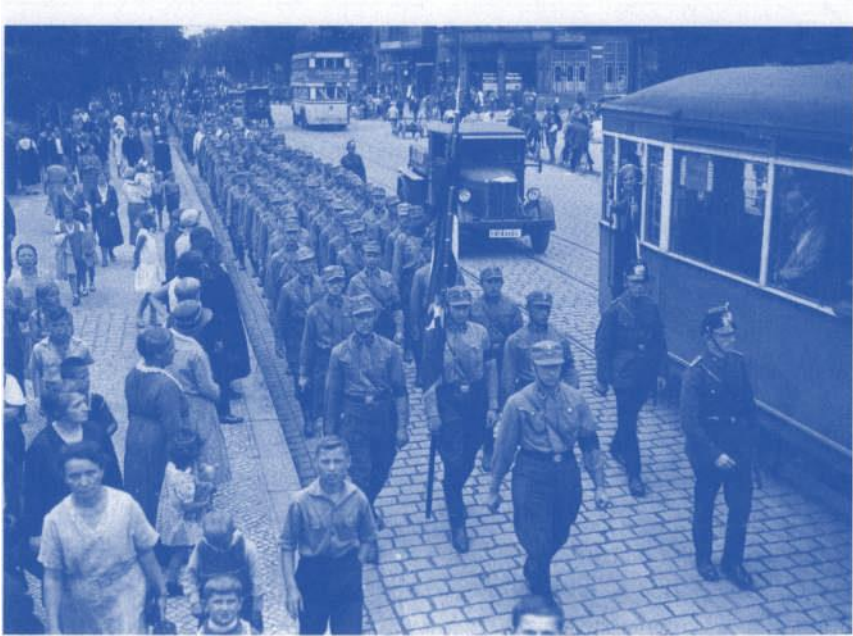
Die Richtlinien für die sogenannten Propagandastürme, die im April 1932 im oberschlesischen Wahlkampf eingesetzt wurden, entstanden unter dem Befehl des berüchtigten SA-Gruppenführers Edmund Heines und können als gutes Beispiel für diese Doppelstrategie gelten. Danach war die Aufstellung von fünf Einheiten vorgeschrieben, jede aus neunzig Mann bestehend und mit Fahrrädern und einer Blaskapelle ausgestattet. Zwischen 3. und 10. April 1932, in der letzten Woche vor dem Wahltag, musste jede dieser Propagandaeinheiten dreissig bis vierzig Kilometer pro Tag zurücklegen und dabei in mindestens sechs Dörfern Halt machen. Dort verteilten die Männer Propagandaflugblätter und veranstalteten ein kleines Blaskonzert, bei dem traditionelles patriotisches Liedgut den Vorrang vor NS-Kampfliedern hatte. Zwischen den Musikdarbietungen hielten lokale NS-Funktionäre kurze Reden.

Die meisten Richtlinien für den Wahlkampf auf dem Land galten allerdings der inneren Disziplin. Jeder Propagandasturm hatte vor Antritt seiner Mission eine viertägige Schulung «unter der strengsten Führung» des SA-Standartenführers Hanns Günther von Obernitz zu durchlaufen, der 1933 Polizeipräsident im fränkischen Fürth werden sollte.¹⁷⁵ Nach Beginn des Einsatzes sollte jeder Sturm mindestens einmal täglich durch von Obernitz und andere SA-Standartenführer, die im Auto durchs Land reisten, inspiziert werden. Ihr Nachtlager sollten die Stürme auf den Gütern schlesischer Adelsfamilien aufschlagen, die mit den Nationalsozialisten sympathisierten. Diese Nachtquartiere waren alles andere als luxuriös: Jeweils acht bis zehn Mann schliefen in Bauernhäusern und Scheunen auf dem lediglich mit Sägespänen «gepolsterten» Boden.¹⁷⁶ Übernachtungen in Gasthöfen waren ausdrücklich untersagt, ebenso der Konsum von Alkohol. Schon im Vorhinein wurde für die Orte auf der Tour eine Ausgangssperre ab 9 Uhr abends verhängt, um «Umtriebe von SA-Männern mit oder ohne weibliche Begleitung» zu unterbinden. Die regionale SA-Führung untersagte auch das Absingen «provokativer Lieder», was vermutlich auf die besonders stark antisemitischen Texte einiger SA-Weisen zielte.¹⁷⁷

Dass sich die Propagandastürme tatsächlich an diese strengen Richtlinien hielten, ist wenig wahrscheinlich. Ohnehin erliessen die preussischen Behörden rasch ein Verbot dieser Radtouren, und wenn die Nationalsozialisten sie trotzdem veranstalteten, griffen die Behörden unverzüglich ein und lösten sie auf. Mindestens 110 Mitglieder der Propagandastürme der SA wurden binnen zehn Tagen im Rahmen beschleunigter Strafverfahren zu Geld- und kurzen Haftstrafen verurteilt.¹⁷⁸

Im Endeffekt scheiterte diese Propagandaoperation. Interessant sind aber die Reglementierungen, die deutlich machen, dass die SA-Führung über ihre Fussgruppen ein strenges Regime aus Unterordnung und Disziplin ausübte. Überlegungen zur Ästhetik und insbesondere zum akustischen Auftreten der reisenden SA-Trupps hatten eine höhere Priorität als die Diskussion darüber, welche politischen Aussagen getroffen werden sollten. Gemäss den von Pfeffer von Salomon und später von Röhm ausgegebenen Befehlen sollten die jungen Männer das Publikum durch Disziplin und Tatkraft beeindrucken, sich als «Wiedergänger» einer ruhmreichen Vergangenheit präsentieren und darüber hinaus den Anspruch auf nationale Wiedergeburt verkörpern. Zur lokalen Einwohnerschaft sollten sie streng auf Distanz bleiben. Frauen und Kindern von SA-Männern war es verboten, sich den Märschen ihrer Männer und Väter anzuschliessen. Jeder Anschein von Intimität, jeder Zweifel an der Loyalität der Männer sollte ausgeschlossen werden.¹⁷⁹ Die Männer hatten «Parteisoldaten» zu sein, deren individuelle Lebensgeschichten und Überzeugungen nichts zählten, sobald sie das braune Hemd überstreiften. Als Inkarnation der nationalsozialistischen Vision, als marschierende und radfahrende Litfasssäulen des Nationalsozialismus mussten die Fuss-soldaten der SA ihre individuellen Wünsche und Ziele zurückstellen.¹⁸⁰

Marschierende NS-Strassenkämpfer waren jetzt also zuerst und vor allem ein «Ornament der Masse». Diesen Ausdruck prägte der Soziologe und Journalist Siegfried Kracauer, der darin ein erstrangiges Merkmal des modernen Lebens in den kapitalistischen Gesellschaften der Zwischenkriegsjahre erkannte: Die «Masse als solche – flüssig, mobil und formbar» – war das Medium, «in dem alle zentralen politischen Fragen gestellt werden».¹⁸¹ Für Kracauer waren die «Ornamente der Masse» letztlich leere Hüllen des Kults um moderne Rationalität und legten als solche Zeugnis davon ab, wie sehr die kapitalistische Art und Weise, Geschäfte zu besorgen, die Sphäre des zwischenmenschlichen Interagierens bereits durchdrungen hatte. Er pochte allerdings darauf, dass die Befreiung des Menschen aus diesem engen Korsett möglich sei, jedoch nicht durch das Trimmen des eigenen Körpers auf Kosten des individuellen Ausdrucks, wie er es in seinem berühmten Essay am Beispiel der Tiller Girls vorgeführt hatte, einer international erfolgreichen Tanztruppe, die sich durch die maschinenhaft präzise Gleichartigkeit ihrer Schritte und Bewegungen auszeichnete. Befreiung verhiess laut Kracauer allein der Geist, denn nur durch geistige Anstrengung könne man den Zusammenhang zwischen solchen Standardisierungsversuchen menschlichen Verhaltens und dem «Prinzip des kapitalistischen Produktionsprozesses» zunächst erkennen und dann auch überwinden.¹⁸²



Diese Fotografie aus dem Jahr 1932 zeigt einen durch die Strassen von Berlin-Spandau marschierenden SA-Sturm. Zwei Beamte der preussischen Schutzpolizei eskortieren den Zug. Aufmärsche wie dieser waren in den frühen 1930er Jahren an der Tagesordnung, weshalb auch nur eine Handvoll Passanten den marschierenden Braunhemden Beachtung zu schenken scheint.

Siegfried Kracauer schloss die Ausprägungen politischer «Massen-Ornamente» in seine Analyse nicht ein. Dabei sind die Ähnlichkeiten zwischen den Tiller Girls, wie er sie beschrieb, und den durch die Strassen marschierenden NS-Sturmabteilungen offenkundig. Die Stiefel der im Gleichschritt marschierenden SA-Männer waren mindestens ebenso sehr wie die Beine der Tiller Girls ein Spiegelbild der «Hände in der Fabrik». Bedeutung gewannen die «Körper ohne Geschlecht» in Uniform – um erneut Kracauer zu paraphrasieren – nur als «Massen-Ornament», bei dem der Einzelne austauschbar war und seine Individualität ganz und gar einbüsste.¹⁸³ Rund fünfzig Jahre später gelangte Klaus Theweleit in seiner Interpretation der faschistischen Psyche zu einer etwas anderen Schlussfolgerung. Für ihn waren die marschierenden SA-Leute mit ihren ernsten Gesichtern nicht «geschlechtslos», sondern vielmehr Verkörperungen einer Männlichkeit besonderen Typs. Ihr «Körperpanzer» entsprach – so Theweleits These – den gewalttätigen männlichen Fantasien von Herrschaft, Kampf und Lustgewinn aus sexueller Aggression.¹⁸⁴ Ungeachtet solcher Differenzen waren sich beide Autoren in der Überzeugung einig, das nationalsozialistische Projekt habe auf der Unterdrückung sowohl der natürlichen Instinkte als auch der bürgerlichen Vorstellungen von Vertrautheit und Intimität beruht.¹⁸⁵

Interne Schulungsmaterialien der SA aus dem Jahr 1929 stützen diese Einschätzung: Der SA-Mann sei, so verlangte es dieses Regelwerk, verpflichtet, sein Leben auf einem höheren Niveau zu führen als die Männer, «die von der undeutschen Art angesteckt sind und in der Frau nur das Sinnliche suchen». Der SA-Mann müsse vielmehr deutsche Frauen und Mädchen achten und «ehren», desgleichen ihre Eltern und sogar die Kirchen. Die Anziehung zwischen Mann und Frau wurde letztlich der Erfüllung formaler Kriterien untergeordnet: «Kein SA Mann sollte mit einem Mädchen verkehren, das undeutsche Kleider trägt oder sich sonst undeutsch aufführt», hiess es in den Regularien, sehr wahrscheinlich eine Anspielung auf die modebewusste «neue Frau» der 1920er Jahre, die gerne auch Hosen und eng geschnittene Kleider trug.¹⁸⁶ Solche Leitlinien zum menschlichen Miteinander beschreiben allerdings ein Ideal und nicht die gesellschaftliche Realität. Sie zeugen lediglich von dem Bemühen der SA-Führung, sämtliche Lebensbereiche der von ihr befehligten Männer bis hinein in die Sexualität zu kontrollieren. Die Wahrnehmungen ausländischer Beobachter wie des Journalisten Ferdinand Tuohy, der 1933 das im Werden begriffene «Dritte Reich» bereiste, deuten darauf hin, dass den Beziehungen zwischen SA-Leuten und Frauen zumindest nach aussen tatsächlich eine gewisse Zurückhaltung auferlegt war: «Nur ein Element schien zu fehlen: das weibliche. Ich bekam nur einen einzigen uni-

formierten Nazi zu sehen, der sein Mädchen bei sich hatte, und er kam mir, dem steilen Anwinkeln seines angebotenen Armes nach zu urteilen, wie ein viele Male verlobt Gewesener vor. Diese Bewegung ist, wohlgemerkt, eine sehr männliche, dazu noch keusch bis zur Enthaltbarkeit.»¹⁸⁷

Die unter strenger Disziplin gehaltenen SA-Verbände, unempfänglich für weibliche Verlockungen oder zumindest gründlich genug von diesen abgeschirmt, waren ein ideales «Massen-Ornament» im oben ausgeführten Sinn. An diesem Punkt darf die Analyse jedoch nicht stehenbleiben. Wie Kracauer nicht ohne sarkastischen Spott über das populäre «Körperbildungswesen» im Allgemeinen und über die rhythmische Gymnastik im Besonderen beobachtete, bemühten sich viele seiner Zeitgenossen, den Anforderungen des modernen Lebens zu entkommen, indem sie die eigene Ratio zugunsten einer neu gefundenen Einheit von Natur und Seele zurückstellten.¹⁸⁸

Es ist davon auszugehen, dass auch der einzelne SA-Mann sich nicht als ein bloss dekoratives Element der faschistischen Politik verstand. Bestimmt schöpften diese Männer Befriedigung und Stolz aus den Marschordnungen, die sie für ihre Umzüge und Paraden im Kollektiv kreierten, doch sahen sie darin durchaus keine Einschränkung der menschlichen Handlungsmacht. In ihren Augen eröffnete die faschistische Massenmobilisierung dem Einzelnen vielmehr die Chance, an der kollektiven nationalen Willensbildung mitzuwirken. Nur dank der Nation und durch sie konnte das moderne Individuum die Anforderungen der kapitalistischen Moderne meistern, einer Moderne, die die SA-Leute zunehmend mit wirtschaftlicher Ausbeutung und gesellschaftlicher Marginalisierung gleichsetzten. So gesehen verkörperte die faschistische Ästhetik nicht nur den Versuch, sich die neuen Spielarten der Formierung der Masse zunutze zu machen, sondern auch den Anspruch, in einer zunehmend anonymen und wettbewerbsorientierten Gesellschaft dem Einzelnen Halt zu geben. In einer Zeit, in der viele ihre Individualität als bedroht ansahen, postulierte der Nationalsozialismus eine Versöhnung des im Schwinden begriffenen Ichs mit der vermeintlich «ewigen» Nation, die als Sinnbild der menschlichen Errungenschaften der Vergangenheit galt, verkörpert durch völkische Tradition und rassische Abstammung.

Letztlich versprach der Nationalsozialismus, eine Brücke zu bilden zwischen der nationalen Vergangenheit und einer glänzenden Zukunft. Diese zutiefst romantische Vorstellung fand gerade Anklang bei jenen, die glaubten, in einer Übergangszeit zu leben. Denn bei aller Rückwärtsgewandtheit war der Nationalsozialismus keineswegs eine antimodernistische oder technikfeindliche Ideologie. Goebbels hat dem NS-Amalgam aus romantischer Nostalgie, dem Glauben an den technischen Fortschritt

und der Übertragbarkeit sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse den klarsten Ausdruck verliehen, als er Anfang 1939 verkündete: «Wir leben in einem Zeitalter, das zugleich romantisch und stählern ist, das seine Gefühlstiefe nicht verloren, andererseits aber auch in den Ergebnissen der modernen Erfindung und Technik eine neue Romantik entdeckt hat.»¹⁸⁹ Noch 1943 hielt er an dieser Vorstellung fest und versicherte seinen Zuhörern, dass die Kriegsjahre eine Zeit der besonders ausgeprägten Romantik seien – zwar eine Romantik im Angesicht von Entbehrungen, die an Schwere und Grausamkeit alles Frühere übertrafen, aber dennoch eine Zeit, die «romantisch» geblieben sei: «Die stählerne Romantik unserer Zeit manifestiert sich in berausenden Leistungen, in einem rastlosen Dienst an einer grossen Sache, in einem Pflichtgefühl, das zum unumstösslichen Prinzip erhoben wird. Wir sind alle mehr oder weniger Romantiker einer neuen deutschen Geltung vor uns selbst und vor der Welt.»¹⁹⁰

Die Gefahr der frühen SA-Gewalt

Die öffentlichen Auftritte der Sturmabteilung – ihre Propaganda-Aufmärsche in den Städten und das anhaltende Agitieren in den Dörfern – bieten freilich noch keine hinreichende Erklärung für den Erfolg der Partei als Ganzes. Um 1930 herum sprachen die Nationalsozialisten ohne Zweifel einen erheblichen Teil der deutschen Wähler an, doch die politische Macht hätten sie niemals errungen ohne die vielen, die die faschistischen Überzeugungen zwar nicht teilten, aber auch nichts taten, um die Republik zu verteidigen, als diese am Abgrund stand. Die Bereitschaft zum Widerstand gegen die NSDAP und ihren politischen Stil liess in den Reihen der gebildeten Mittel- und Oberschicht immer mehr nach, als sich die Wirtschaftslage rapide verschlechterte und das gewählte Parlament zwar noch zusammentrat, aber von 1930 an unter Reichskanzler Brüning und seinen Nachfolgern beständig übergangen wurde. Als Millionen Menschen in existentielle Not gerieten, litt auch der Umgang miteinander. Dass der Ton die Musik macht, wurde kam noch beachtet. Politik war noch weniger als sonst eine Domäne des guten Geschmacks und des wohlaustartierten Handelns. Stattdessen zählten nun die «Glaubwürdigkeit der Strasse», Tollkühnheit und unmittelbare Effekte. Im Zuge dieser Entwicklung wurde sogar der überbordende Antisemitismus der Nationalsozialisten routinemässig heruntergespielt.¹⁹¹

Ein aufschlussreiches Beispiel für dieses Phänomen liefern die Aussagen der Universitätsdozentin Margarete Adam, einer Schülerin Ernst Cassirers, die an der Universität Hamburg in Philosophie promoviert worden war. Die selbst er-

nannte Philosemitin Adam verkündete Ende 1930, dass das «Interesse und die Hoffnung von mehr als 99 Prozent» aller derer, die am 14. September 1930 für die NSDAP gestimmt hatten – wie sie selbst –, mit den exzessiven «antisemitischen Programmpunkten» der Partei nichts zu tun hätten. Adam sah im Antisemitismus der Nationalsozialisten eine natürliche Folge der Fehlleistungen und Defizite der Weimarer Republik, nicht aber eine Quelle realer Gefahren, nicht einmal für die Juden. Jedes Parteiprogramm sei, so argumentierte sie, auf dem Papier radikaler als in der praktischen Umsetzung. Die NSDAP bilde da keine Ausnahme. Und so war sie überzeugt, dass auch unter einer nationalsozialistischen Reichsregierung jüdisches Leben und Eigentum unangetastet bleiben würden.¹⁹²

Deutsche Wirtschaftsführer, die ursprünglich der NSDAP skeptisch gegenübergestanden hatten, entwickelten nun gleichfalls in immer stärkerem Masse Sympathien für die Partei, erst recht nach deren symbolischer Verbrüderung mit der nationalkonservativen Rechten in der sogenannten Harzburger Front, einem aus einer Tagung rechter Gruppierungen im Kurort Bad Harzburg am 11. Oktober 1931 hervorgegangenen Bündnis.¹⁹³ Der nachfolgend zitierte Auszug aus einem privaten Brief von Ernst Brandi, dem Vorsitzenden des Bergbau-Vereins, eines einflussreichen Lobbyverbandes der Montanindustrie des Ruhrgebiets, wirft ein Schlaglicht auf Überlegungen, die für die führenden Köpfe der deutschen Schwerindustrie in jenen Jahren typisch waren. In dem Schreiben von Anfang März 1932 – verfasst wenige Monate nach der Harzburger Tagung und wenige Tage vor der ersten Runde der Reichspräsidentenwahl, bei der Hindenburg, Hitler und Ernst Thälmann von der KPD antraten – charakterisierte Brandi den Nationalsozialismus als

eine Bewegung allergrösster Bedeutung. Sie ist der Ausdruck zunächst der allgemeinen bewussten Unzufriedenheit mit der politischen Entwicklung seit Kriegsmittle, Kriegsende und Revolution bis zum heutigen Tag, eine Bewegung, die die alten guten Eigenschaften der Deutschen, ihre Tüchtigkeit, Pflichttreue und moralische Sauberkeit wieder zur Geltung bringen will und alsdann auf rein nationaler Grundlage, weil sie mit Recht [...] in dem Begriff der Nation, des Vaterlandes eine der stärksten moralischen Treibkräfte sieht.¹⁹⁴

Zu diesem Zeitpunkt unterstützten Brandi und mehrere seiner Kollegen die NSDAP und deren regionale Bosse – vor allem den Gauleiter von Essen, Josef Terboven – bereits mit erheblichen Zuwendungen.¹⁹⁵ Viele Vertreter der Wirtschaft hofften, in der SA eine «Schutztruppe gegen die Parteien der Arbeiterklas-

se» zu gewinnen, denn das würde sie von der Notwendigkeit befreien, Zugeständnisse an die Linke zu machen, und ihnen ganz allgemein mehr Unabhängigkeit von wechselnden parlamentarischen Mehrheiten verschaffen.¹⁹⁶ Die Braunhemden wurden ihrerseits nicht müde, ihre Entschlossenheit und gewachsene Macht zu demonstrieren. Nur eine Woche nach der Tagung in Bad Harzburg organisierten sie in Braunschweig ein gross aufgezogenes «Mitteldeutsches SA-Treffen». Rund 60'000 SA-Männer nahmen die Stadt mit ihren seinerzeit knapp 150'000 Einwohnern in Beschlag. In Anwesenheit Hitlers marschierten sie sechs Stunden lang durch die Strassen der Residenzstadt, was einige «Strafexpeditionen» – also Überfälle – in die Arbeiterviertel einschloss.¹⁹⁷ Die Ideologie der NSDAP vertrug sich gut mit Brandis elitärer Vision der deutschen Wirtschaft. Nach seiner Überzeugung stand die nationalsozialistische Bewegung für die Pflege des «alten deutschen Ehrgefühls» sowie für «Tradition und Waffenehre». Sie sei, so erklärte er seinem Sohn, «entschlossen, den eigentlichen Marxismus mit Stumpf und Stiel auszurotten». An seine Stelle werde sie «ein System [...] der höchsten Wohlfahrt des gesamten Volkes auf der privatwirtschaftlichen Grundlage, des Disziplinbegriffes und des Führertums durch Auslese» setzen.¹⁹⁸

Das war eine äusserst kurzsichtig Einschätzung der politischen und wirtschaftlichen Lage im Frühjahr 1932. Sie macht aber deutlich, dass das temporäre Bündnis zwischen der NSDAP und beträchtlichen Teilen der deutschen Wirtschaft mehr war als nur ein taktisches Manöver.¹⁹⁹ Es gelang den Nazis überraschend gut, sich als politische Alternative mit einem ambitionierten, moralische und gesellschaftliche Erneuerung verheissenden Programm zu präsentieren. Brandi verlor in dem persönlichen Brief an seinen Sohn, bei dem kein Grund für taktische Rücksichtnahmen bestand, kein einziges kritisches Wort über die antisemitische Ausrichtung der Nazis, und er akzeptierte das gewalttätige Auftreten der SA auf den Strassen offenbar als legitimes oder zumindest opportunes Mittel zur Schwächung, wenn nicht Vernichtung der sozialistischen und kommunistischen Parteien Deutschlands. Zwar gibt der Brief in erster Linie die persönlichen Ansichten Brandis wieder, doch diese gewinnen im Kontext der vorliegenden Studie eine breitere Bedeutung. Sie offenbaren, wie Brandi, Adam und viele andere gebildete Deutsche ihre anfänglichen Bedenken gegen die NSDAP und ihre SA angesichts der ständig drohenden Gefahr einer weiteren politischen Krise allmählich aufgaben.

Die Hassparolen der Sturmabteilung und ihr gewalttätiges Auftreten verschwanden nicht von den Strassen, aber die Deutschen gewöhnten sich daran. Schulkinder in Hamburg erfanden 1932 ein neues Spiel: das Nachstellen von Schlägereien zwischen Kommunisten und SA-Kämpfern mit Stöcken und Stei-

nen als Waffen. In mindestens einem Fall konnte erst ein Eingreifen der Polizei verhindern, dass ein solches Spiel ausser Kontrolle geriet.²⁰⁰ Viele Angehörige der deutschen Elite sahen durchaus, dass das hochgradig aufgeladene politische Klima die ausufernde Strassengewalt begünstigte, wenn nicht sogar ein beklagenswertes Anzeichen «politischer Degeneration» war,²⁰¹ gaben sich aber gerne der tröstenden Ansicht hin, das sei wenig mehr als heisse Luft, ein vorübergehendes Symptom der Wirtschaftskrise ohne dauerhafte Auswirkungen, oder einfach ein derbes Kinderspiel für demoralisierte, unreife Erwachsene.

Ganz anders schätzten das die führenden Köpfe der NSDAP ein. Das zeigte sich schon in der Sprache, denn sie schilderten das Treiben der SA in den frühen 1930er Jahren in einem durch und durch militärischen Jargon. Nach dem SA-Intellektuellen Julek Karl von Engelbrechten ging die «Herbstoffensive» des Jahres 1929 der «Durchbruchsschlacht» von 1930 voraus, auf die wiederum 1931 der «Vormarsch» folgte.²⁰² Angesichts dieser militaristischen Sprache haben Historiker vor der Versuchung gewarnt, politische Rhetorik mit historischer Faktizität zu verwechseln. Das Deutschland des Jahres 1932 war, wie sie betonen, weit davon entfernt, ins Chaos und in den Bürgerkrieg zu schlittern. Friedrich Lenger hat unlängst in seinem beeindruckenden Buch über die Geschichte der europäischen Metropolen – unter Verweis auf vorausgegangene Arbeiten von Richard Bessel, Dirk Schumann und Bernhard Fulda – diese Sicht der Dinge zusammengefasst und sich dabei auf drei Argumente gestützt: Zum Ersten sei das Gewaltmonopol des Staates in den deutschen Ländern auch 1932 nicht ernsthaft bedroht und zum Zweiten die Häufigkeit und Heftigkeit politischer Gewalt in den frühen 1930er Jahren geringer gewesen als unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkriegs. Wenn die Republik damals nicht an der Gewalt zugrunde gegangen sei, so seine Folgerung, bestand auch 1933 kein Grund, mit ihrem Untergang zu rechnen. Zum Dritten habe das Gewaltniveau in der deutschen Hauptstadt seinerzeit nicht wesentlich höher gelegen als in anderen europäischen Städten.²⁰³

Bei näherer Prüfung stellt sich freilich heraus, dass keine dieser drei Feststellungen das Hauptargument Lengers stützt. Was seine erste Aussage betrifft, so wurde in regionalen Studien zur Weimarer Zeit, insbesondere zur Polizei, zum Militär und zum liberalen deutsch-jüdischen Milieu, überzeugend nachgewiesen, dass die Jahre 1930 bis 1932 eine Periode der Erosion von innen darstellten, was die Behauptung, die deutschen Länder hätten das staatliche Gewaltmonopol unangefochten aufrechterhalten, hohl klingen lässt.²⁰⁴ Je weiter man sich von Preussen und seiner Hauptstadt in den frühen 1930er Jahren entfernt, desto deutlicher

ist zu erkennen, dass jedes staatliche Vorgehen mit dem Ziel, politische Extremisten in die Schranken zu weisen – insbesondere wenn man ihre Demonstrationen und Kundgebungen unter Einsatz polizeilicher und militärischer Kräfte auflöste –, zunehmend Gefahr lief, das Gegenteil zu bewirken. Dies war einer der Hauptgründe für das Ausbleiben eines systematischen demokratischen Widerstandes, sei es gegen den rechtswidrigen «Preussenschlag» von 1932 oder gegen die Errichtung des «Dritten Reiches» im Jahr darauf.²⁰⁵

Im Hinblick auf Lengers zweites Argument ist darauf hinzuweisen, dass sich der politische und wirtschaftliche Kontext der Jahre 1930 bis 1932 grundlegend von dem der Jahre 1919 bis 1923 unterschied. Es gibt keine absolute Schwelle der Gewalt, nach deren Überschreiten ein politisches System seine Stabilität verliert; vielmehr ist ein bestimmtes Mass an politischer und krimineller Gewalt nur ein Faktor, der in Verbindung mit anderen in die Gleichung eingeht. Als die auf Notverordnungen gestützte Reichsregierung zunehmend weniger in der Lage war, überzeugende Antworten auf Massenarbeitslosigkeit und Verarmung zu finden, erhielten Strassenkämpfe und politische Unruhen eine sehr viel grössere Bedeutung als in den frühen 1920er Jahren – erst recht angesichts einer massenwirksamen, gut organisierten NS-Bewegung, die aus der Krise erfolgreich Kapital schlug.²⁰⁶ Was schliesslich Lengers drittes Argument angeht, so ist eine eingehendere Analyse, die Berlin mit anderen europäischen Hauptstädten vergleicht, sicherlich lehrreich, kann aber nicht als Grundlage für eine Beurteilung der Verhältnisse im gesamten Reich dienen. So war Goebbels «Kampf um Berlin» zwar von hohem symbolischem Wert für die Nationalsozialisten, realpolitisch jedoch lediglich ein Aspekt in ihrem reichsweiten Kampf um die Macht. Die Weimarer Republik kollabierte nicht in und auch nicht wegen der Situation in der Reichshauptstadt, selbst wenn sie dort schliesslich zu Grabe getragen wurde.

Die linken und liberalen Köpfe der Weimarer Zeit, die die existentiellen Gefährdungen der Republik in den unmittelbaren Nachkriegsjahren noch in bester Erinnerung hatten, schätzten die Gefahren, die durchaus auch von hochgradig symbolischen Bedrohungen ausgingen, mit denen sich die SA in den frühen 1930er Jahren brüstete, deutlich realistischer ein als manche späteren Historiker. Letztere äusserten rückblickend ihr Befremden über eine angeblich massive «Medienpanik», eine von der Presse geschürte «Bürgerkriegshysterie», die den falschen Eindruck einer unkontrollierbaren Gewalteskalation erweckt habe. Sie suggerierten damit, ein nüchternerer und besonnenerer Umgang mit der politischen Gewalt dieser Jahre hätte ein weiteres Eskalieren der Krise verhindern können.²⁰⁷ Solche Einschätzungen knüpfen bis zu einem gewissen Grad an die Tra-

dition an, die gesellschaftlichen und politischen Eliten der Weimarer Republik für deren letztliches Scheitern verantwortlich zu machen, eine Argumentation, die jahrzehntelang die Geschichtsschreibung über die Weimarer Epoche prägte.²⁰⁸ Dabei wird aber übersehen, dass die zunehmend schrilleren Warnungen aus der Spätphase der Weimarer Republik von Zeitgenossen jeglicher Couleur – von revolutionären Rechten bis zu kommunistischen Linken – durch den Gang der Geschichte keineswegs widerlegt worden sind und dass viele von denen, die die politische Lage zwischen 1930 und 1933 als einen latenten oder sich zusammenbauenden Bürgerkrieg wahrnahmen, wenig später verhaftet, eingekerkert, gefoltert, ins Exil getrieben oder ermordet wurden.

Der von der SA ausgerufenen Kampf gegen die verhasste Republik war am 30. Januar 1933 entschieden, als Hindenburg Hitler zum Reichskanzler ernannte. Die Partei Hitlers hatte in den Monaten zuvor schwere innere Krisen zu überstehen und dabei einige ihrer treuesten Gefolgsleute verloren. Die führenden Männer der NSDAP fühlten den grossen Erwartungsdruck, unter dem sie standen, sehr wohl, und so stellten sie noch am selben Tag auf dem Prachtboulevard Unter den Linden, wo einst der Kaiser und sein königlicher Hausstaat repräsentiert hatten, ihre politischen Ambitionen zur Schau. In den Abendstunden des 30. Januar marschierten bis zu 15'000 Braunhemden durch das Brandenburger Tor und salutierten vor Hindenburg und Hitler, der ihnen von einem Fenster der benachbarten Reichskanzlei zuwinkte.²⁰⁹ Da dieser Vorbeimarsch quasi auf Zuruf an einem grauen und kalten Wintertag organisiert werden musste, fielen die das Ereignis dokumentierenden Bilder nicht so spektakulär aus wie erwartet, so dass die Nationalsozialisten den Parademarsch mehrere Wochen später noch einmal wiederholten. Überzeugte Nationalsozialisten bejubelten den Auftritt des neuen Reichskanzlers, doch ein aufmerksamer Berliner beobachtete, wie SA-Männer neugierige, aber wenig enthusiasmierte Zuschauer mit einem Schlag auf den Rücken aufforderten, die Hand zum Hitlergruss zu heben.²¹⁰ Radiohörer erfuhren nichts vom ambivalenten Charakter der Siegesparade vom 30. Januar, wie eine erhalten gebliebene Reportage des Reichssenders Köln deutlich macht, die an jenem Abend über den Äther ging. Mit bebender Stimme, als sei er selbst ein NS-Aktivist der ersten Stunde, verkündete der Reporter: «Ein Zug von hunderttausend Fackeln brandet die Wilhelmstrasse herauf. [...] Durchs Brandenburger Tor sind sie marschiert, die braunen Kolonnen der SA – als Sieger eines langen, opferreichen Kampfes. Blutrot leuchten die Fahnen, auf weissem Grund das Hakenkreuz – Symbol der aufgehenden Sonne! Ein herrlicher, ein wunderbarer Anblick!»²¹¹ Dieser bombastische Tonfall voller Unwahrheiten und Übertreibungen sollte in den kommenden Monaten vorherrschen.

3

Der braune Kult um Jugendlichkeit und Gewalt

*Der Faschismus will den Menschen aktiv und mit allen
seinen Energien in der Aktion beschäftigen.*

BENITO MUSSOLINI UND GIOVANNI GENTILE, *DIE LEHRE DES FASCHISMUS* (1932)¹

«So ist nicht gering anzuschlagen, wie Hitler die Jugend hat. Man unterschätze nicht den Gegner, sondern stelle fest, was so Vielen eine psychische Gewalt ist und sie begeistert.» Der deutsch-jüdische Philosoph Ernst Bloch, dezidiert Kritiker des Nationalsozialismus und zugleich scharfer Beobachter des Zeitgeschehens, veröffentlichte diese Mahnung schon im April 1924 in der intellektuellen Wochenzeitschrift *Das Tage-Buch*.² Bloch hatte die politischen und gesellschaftlichen Wirren der Jahre nach dem Ersten Weltkrieg in München aus nächster Nähe miterlebt und war vertraut mit der frühen NSDAP, ihrer Propaganda und dem wachsenden Anklang, den sie fand. Der hier zitierte Kommentar war eine unmittelbare Reaktion auf das am 1. April 1924 gesprochene Urteil im sogenannten Hitlerprozess. Bloch warnte seine Leser vor dem Irrglauben, die Geschichte dieses lokalen Volkstribuns der bayerischen Ultrationalisten sei damit zu Ende. «Abgetrennt von den scheusslichen Gaffern und Mittätern», gab Bloch zu bedenken, «glüht im Kern eine neue Jugend, ein sehr kräftiges Geschlecht. Siebzehnjährige brennen Hitler entgegen. Bierstudenten von ehemals, öde, im Glück der Bügelfalte schwebend, sind nicht mehr zu erkennen, es hämmert ihr Herz.»³

Was Bloch hier konstatierte, rührt an den Kern eines der grundlegenden Probleme, mit denen sich jede Geschichte der frühen NS-Bewegung auseinandersetzen muss: die urwüchsige Anziehungskraft einer Spielart von Politik, die auf Gewalt als zentrales Element der Vergemeinschaftung setzte und klare Grenzen zwischen denen zog, die der – nationalsozialistisch definierten – «Volksgemeinschaft» angehörten, und denen, die nicht dazugehören sollten. Wie bereits gezeigt, war körperliche wie auch symbolische Gewalt von den frühen 1920er Jahren an ein Kernbestandteil der aggressiven Politik der Nationalsozialisten, ungeachtet aller Grenzen, die der praktischen Ausübung gesetzt waren. In diesem Kapitel soll gezeigt werden, dass eine weite Perspektive, die aktuelle Erkenntnis-

se zur theoriebewehrten Geschichte der Gewalt einbezieht, zur umfassenden historischen Analyse der Zwischenkriegszeit sehr viel beitragen kann. Ich richte meinen Blick dabei nicht ausschliesslich auf die NS-Bewegung, sondern schliesse die Auswirkungen des Jugend- und Gewaltekults der SA auf die politische Kultur der 1920er und 1930er Jahre in meine Betrachtungen ein.

Die Erfahrungen des Weltkrieges – als individuelles Erleben, als von diversen Veteranenverbänden gepflegte Erinnerung und als kulturell überhöhtes Sujet in Literatur und Film – prägten die Weitsicht zweier Generationen europäischer Männer.⁴ Neben denen, die tatsächlich an den Weltkriegsfronten gekämpft hatten, waren auch die etwas Jüngeren vom Krieg zutiefst beeindruckt. Sie kannten den Schützengraben aus den Erzählungen ihrer Väter und älteren Brüder oder waren familiär von Kriegsschicksalen betroffen. Die jungen Männer in Deutschland unterschieden sich kaum von denen in Italien, die sich in wachsender Zahl in dem Bedürfnis, ihren Vätern und Brüdern nachzueifern, den faschistischen Squadristen anschlossen. Hier zeigte sich ein heftiges «Verlangen nach Aktion», das einherging mit einer «tiefen Krise des Familienverbands» und einem Vertrauensverlust in die Autorität der Erwachsenen, insbesondere der Männer.⁵ Die wachsende Bedeutung von Kampfverbänden war eine Folge der zunehmenden Militarisierung in der deutschen Politik und zugleich eine Vorbedingung für sie. Es war ein Prozess, der sich in mehreren Dimensionen abspielte, von denen viele ausserhalb des Einflussbereichs der NSDAP lagen, und oft wirkten sie sogar über nationale Grenzen hinweg.⁶

In diesem Kapitel sollen die Gründe für die zunehmende Anziehungskraft der SA erläutert und untersucht werden, warum deren Entwicklung sich deutlich von der konkurrierender, in die Hunderte gehender paramilitärischer Organisationen der nationalistischen Rechten unterschied, die meist nur wenige Monate oder Jahre bestanden und ganz überwiegend nur sehr begrenzten politischen Einfluss erlangten. Ich werde auf mehrere bekannte und anerkannte Faktoren eingehen, die zur wachsenden Popularität des Nationalsozialismus in Deutschland beitrugen, vertrete aber darüber hinaus die These, dass just der besagte Jugend- und Gewaltekult – den die SA nicht erfand, den sie sich aber mit Erfolg zu eigen machte – wesentlich zum Aufstieg der Organisation in den späten 1920er Jahren beitrug.⁷

Zwischen 1928 und 1932 entwickelte sich die SA zu einer Organisation, die viele Merkmale einer sozialen Bewegung aufwies, was neben dem ästhetischen Reiz, der von ihr ausging, in der Öffentlichkeit eine enorme Sogwirkung entfaltete.⁸ Beide Elemente trugen zu der «Jugendlichkeit» bei, die die NS-Bewegung

als Ganze ausstrahlte. Überdies wurde im Laufe der Jahre denkbar, dass die SA für die Reichswehr ein Partner sein könnte bei deren Bemühungen, die Deutschland im Versailler Vertrag auferlegten Beschränkungen der Wehrkraft zu umgehen. Der gewalttätige Aktivismus der Braunhemden stellte sogar Rollenvorbilder für junge Christen bereit, denen es ein Anliegen war, die «Übel» der Gegenwart zu bekämpfen – Missstände, deren Diagnose sich an Schlagwörtern wie «Individualismus», «Konsumismus», «Pazifismus» oder «Internationalismus» festmachte.

Jeder Biograf ist der Versuchung ausgesetzt, das eigene Sujet als Bezugspunkt herzunehmen, von dem aus alle anderen gesellschaftlichen Phänomene gedeutet werden. Das gilt erst recht, wenn man die Geschichte einer Organisation wie der SA schreibt, deren weltanschauliche Position extrem selbstbezüglich war. Daher werde ich in diesem Kapitel zwar den nazistischen Innenansichten ausführlich Raum geben, zugleich aber sorgfältig zwischen Ideen und Emotionen und dem oft relativ begrenzten Einfluss der Partei auf die «faktischen» politischen Entwicklungen der Zeit zu unterscheiden suchen. Wo immer möglich werde ich eine vergleichende Sichtweise in die Betrachtung einbeziehen, indem ich Parallelen und Unterschiede zwischen der nationalsozialistischen Sturmabteilung und den paramilitärischen Verbänden anderer Parteien aufzeige. Obwohl der für faschistische Bewegungen so typische «neue, aktivistische Politikstil» im Europa der Zwischenkriegszeit ein verbreitetes Phänomen war,⁹ liegen vergleichsweise wenig Forschungsergebnisse zu der Frage vor, was die deutsche SA in transnationaler Perspektive spezifisch machte. All dies soll helfen, die vielfältigen Gründe für den «Erfolg» der Sturmabteilung zu identifizieren – einen Erfolg, der nicht nur den persönlichen Einsatz, die «Tat», zu einem Kernelement politischer Legitimität erhob, sondern auch der Errichtung des «Dritten Reiches» Anfang 1933 den Weg bahnte.

Militante Männlichkeit

Von 1926 an waren die höchsten Kommandoränge in den Kampfverbänden der NSDAP allesamt mit ehemaligen Heeresoffizieren besetzt, also mit Veteranen des Ersten Weltkriegs und ausgemusterten Berufssoldaten. Dennoch übte die SA ihre stärkste Anziehung auf Männer aus, die so jung waren, dass sie nicht im Krieg gedient hatten.¹⁰ Diese Altersgruppe, häufig als «Kriegsjugendgeneration» bezeichnet, bestand überwiegend aus Männern der Jahrgänge 1900 bis 1910. In Umlauf gebracht wurde der Begriff «Kriegsjugendgeneration» von dem Rechts-

intellektuellen Ernst Günter Gründel in seinem 1932 erschienenen Buch *Die Sendung der jungen Generation*. Später mutierte der Ausdruck vom politischen Kampfbegriff zum Versatzstück historischer Analysen, wobei die problematische Natur dieser Verwandlung und der der Begrifflichkeit innewohnende *Gender Bias*, der geschlechtsbezogene Verzerrungseffekt, kaum je kritisch beleuchtet worden sind.¹¹ Die Angehörigen dieser Altersgruppe waren schon als Schüler der allgegenwärtigen und oft grobschlächtigen deutschen Kriegspropaganda ausgesetzt sowie stark und nachhaltig von Geschichten über deutsches Helden- und Märtyrertum auf den Schlachtfeldern geprägt.¹² Zwar betätigte sich nur der eine oder andere später aktiv in der SA, doch kann man angesichts der Vielzahl paramilitärischer und rechter Jugendgruppen im Weimarer Deutschland wohl feststellen, dass beträchtliche Teile der männlichen deutschen Jugend in den Freikorpsverbänden und nationalistischen Bünden der 1920er Jahre eine willkommene Gelegenheit sahen, «ihre Gewaltphantasien eines idealisierten Kriegerdaseins» auszuleben oder einfach nur ihre vaterländische Verpflichtung zum Kampf für die nationale Sache zu erfüllen.¹³ Viele dieser jungen Hitzköpfe waren überzeugt, es sei ihre heilige Pflicht, dort weiterzumachen, wo ihre Väter 1918 zur Aufgabe gezwungen worden waren nach dem angeblichen «Dolchstoß in den Rücken» durch vaterlandslose Gesellen an der Heimatfront und der darauffolgenden Entwaffnung Deutschlands durch die Siegermächte. Entschlossen, jede weitere Demütigung ihres Landes oder – schlimmer noch – eine Machtübernahme der Kommunisten abzuwenden, organisierten sich diese jungen Nationalisten in «Subkulturen einer ultramilitanten Männlichkeit»,¹⁴ aus deren Kreisen die SA bis 1934 viele ihrer Mitglieder rekrutierte.

Auch für diese Entwicklung liefert München anschauliche Beispiele: Wie schon im zweiten Kapitel gezeigt, begünstigte Bayerns politische Instabilität in den Jahren 1919/20 in Verbindung mit schweren wirtschaftlichen Problemen ein Klima, das Nationalisten wie bayerische Partikularisten bestärkte, sich in ihrem Zorn und ihrer Verzweiflung über die militärische Niederlage und die daraus resultierenden nationalen Demütigungen gegen den «Feind im Innern» zu wenden. Tiefsitzende Ressentiments gegen «Bolschewisten», Preussen, bayerische Sozialdemokraten und Juden waren das Substrat, aus dem sich der gewalttätige Aktivismus der jungen Männer speiste, die vorgeblich die Verteidigung des Vaterlandes im Sinn hatten. Das offenbarte sich schon 1919, als die neue Reichswehr in Bayern erklärte, die Münchener Studenten seien als Bollwerk für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung unentbehrlich. Die sogenannten Studentenkompagnien, die in München, Würzburg und Erlangen aufgestellt wurden, galten als besonders treue Anhänger der Ideen und Werte des untergegangenen Kaiser-

reichs. Im Sommer 1919 zählten sie reichsweit um die 50'000 Mann.¹⁵ In den Augen der Militärs waren diese jungen Leute noch nicht angekränktelt von den vermeintlich korumpierenden Einflüssen der Zivilgesellschaft und hatten auch noch nicht von der bitteren Medizin realer Kriegserlebnisse mit ihrem Grauen und Leid gekostet. Daher liess sich ihr Idealismus leicht gegen den «inneren Feind» mobilisieren. Wie erfolgversprechend diese Strategie war, zeigte sich, als eine Versammlung von Münchener Studenten am 21. Februar 1919 die Nachricht von der Ermordung des bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner mit Jubel quittierte. In den Augen dieser jungen Menschen war selbst ein politischer Mord nicht grundsätzlich inakzeptabel.¹⁶

Paramilitärische Aktivitäten waren in den ersten Jahren der Nachkriegszeit ein Grundbestandteil des studentischen Lebens in München wie in anderen mitteleuropäischen Grossstädten, etwa in der ungarischen Hauptstadt Budapest.¹⁷ Und selbst in der politisch stabileren Dritten Französischen Republik fanden die *Camelots du roi*, die radikale Jugendorganisation der parafaschistischen *Action Française*, in den 1920er Jahren starken Zulauf unter den Studenten des Pariser Quartier Latin.¹⁸ Die extreme nationalistische Propaganda des Ersten Weltkriegs wirkte in der Kriegsjugendgeneration der mitteleuropäischen Länder lange nach. Für viele junge Leute stand fest, dass das Leben auf individueller wie auf kollektiver Ebene ein ständiger Kampf war. Das barg Gefahren, aber auch die Chance auf persönliches Fortkommen und persönliche Erfüllung. In Deutschland bestärkten staatliche Autoritäten die junge Generation in diesem Nachkriegsidealismus besonderer Art. In München erklärte etwa das Rektorat der Universität im Mai 1919, der Dienst am Vaterland sei die erste und vornehmste Pflicht jedes Studenten. Die Studieninhalte kamen erst an zweiter Stelle. Der Beginn des Sommersemesters 1919 wurde aus Rücksicht auf die militärischen Verpflichtungen eines beträchtlichen Teils der Studentenschaft verschoben. Nach Beratungen mit der Reichswehr erklärte sich das Universitätsrektorat zudem bereit, Lehrveranstaltungen nur in der Zeit zwischen Montag- und Donnerstagmorgen anzusetzen, so dass die Studenten dreieinhalb Tage für soldatische Ausbildung und Militärübungen zur Verfügung hatten.¹⁹ Auf diese Weise erhielten auch junge Männer, die in den Kriegsjahren infolge ihrer Jugend keine militärische Ausbildung erfahren hatten, hautnah Einblick in die Gedankenwelt des Soldaten und des Krieges und erlernten zumindest grundlegende Kampftechniken.

Die Universitäten erwiesen sich denn auch als fruchtbarer Boden für die Rekrutierung der ersten nationalsozialistischen Sturmabteilungen in München zwischen 1920 und 1923. Für einige SA-Mitglieder der ersten Stunde war die Teilnahme an die-

sen Aktivitäten lediglich die Fortsetzung dessen, was sie 1919 als Mitglieder paramilitärischer Gruppen erlebt und getan hatten. Die allmähliche «Normalisierung» des gesellschaftlichen Miteinanders in Deutschland und die Eingliederung bedeutender Teile der Freikorpsbewegung in die bayerischen Einwohnerwehren hatten allerdings zur Folge, dass der söldnerische Lebensstil nur noch in extremen politischen Parteien wie der DAP überlebte, der späteren NSDAP.²⁰

In der frühen SA waren und blieben Studenten eine Minderheit, waren aber dennoch ein wichtiges Element innerhalb der Organisation und übten mehr Einfluss aus, als es ihrem zahlenmässigen Anteil entsprach. Auf einer frühen SA-Mitgliederliste, die der Polizei in die Hände fiel, fanden sich 144 Namen, die mit einer Berufsangabe versehen waren. Elf der Aufgeführten wurden als «Studenten» geführt (geboren zwischen 1897 und 1905), mehrere weitere als «Schüler».²¹ In Franken trat Gustav Steinbeck, ein 24-jähriger Student und ehemaliger Fähnrich zur See, als Anführer der ersten lokalen SA-Verbände in Erscheinung.²² Von der 11. Hundertschaft der Münchener SA, an deren Spitze bis 1923 Rudolf Hess stand, der spätere Stellvertreter Hitlers, hiess es, sie habe zu hundert Prozent aus Studenten bestanden.²³

Bei Folgerungen aus solchen Beispielen ist allerdings Vorsicht geboten. Zumindest im Fall der bei der Polizei gelandeten Mitgliederliste scheint es, als sei «Student» eine selbst gewählte Titulierung gewesen, die eher auf die Herkunft und den Bildungsstand des Betreffenden verwies als auf seine tatsächliche Tätigkeit.²⁴ Als der «Jurastudent» Klintzsch im September 1921, wenige Wochen nach seiner Ernennung zum SA-Führer, von den badischen Behörden befragt wurde, erklärte er, nach dem Ausscheiden aus den Diensten der Marine, vorgeblich am 2. Juni 1921, erst einmal Ferien auf der ostfriesischen Insel Borkum gemacht zu haben. Danach wollte er ein Studium aufnehmen. Die Nordseeinsel stand schon seit dem 19. Jahrhundert in dem Ruf, ein antisemitisches Seebad zu sein,²⁵ was Klintzsch sehr wohl bekannt war, zumal dies nicht sein erster Aufenthalt auf Borkum war. Dass er als Marineleutnant bei einem Besuch im November 1918 versucht hatte, das Hissen der revolutionären roten Fahne auf dem Dach des dortigen Offizierscasinos zu verhindern, und dass er aus diesem Grund nicht in die Marine der neuen Reichswehr aufgenommen worden war, erzählte er den Behörden nicht. Er war dann Anfang 1919 ans Joachimsthalsche Gymnasium zurückgekehrt, ein hochangesehenes protestantisches Gymnasium im uckermärkischen Templin. Dort hatte man ihn in die «Kriegerklasse» aufgenommen, die zurückgekehrte Soldaten auf das «Notabitur» vorbereitete, eine Art Schmalspurreifepfprüfung. An der Schule trat Klintzsch bald als reaktionärer Agitator auf, unter ande-

rem als einer der Initiatoren einer «Kaiser-Geburtstagsfeier», die am 26. Januar 1919 begangen wurde.²⁶

Nach seiner Aussage vom September 1921 war Klintzsch im Frühjahr desselben Jahres nach München gezogen, um dort Jura und Staatswissenschaften zu studieren. Bis zum Beginn des Wintersemesters im Oktober hatte er an mehreren Versammlungen der NSDAP teilgenommen, was er als eine Art ergänzenden Studiengang darstellte: «Die Ideen, die dort vertreten wurden, haben mich derart eingenommen, dass ich mein Studium fast ausschliesslich auf die Erlernung der dort behandelten Stoffe beschränkte. Ich beschäftige mich sehr viel mit der Juden- und Freimaurerfrage.»²⁷ An der Technischen Hochschule München schrieb er sich für das Wintersemester 1921/22 und für das Sommersemester 1922 ein; dann verliess er die Universität, ohne eine Prüfung abzulegen.²⁸ Seine Haupttätigkeit bestand in diesen Jahren darin, Jugendgruppen der NSDAP zu schulen und mit Gesinnungsgenossen paramilitärische Komplotte auszuhecken.

Auch von anderen SA-Führern der ersten Stunde, die sich an Universitäten immatrikulierten, ist nicht bekannt, wie ernst sie ihr Studium tatsächlich nahmen. Dietrich von Jagow, der im Herbst 1921 vorübergehend anstelle von Klintzsch die Führung der SA geschäftsführend übernahm, übersiedelte Ende Januar 1922 nach Tübingen und schrieb sich bald darauf als Gasthörer an der Eberhard-Karls-Universität ein. Im Februar 1922 tauchte er als Ausbildungspraktikant in der traditionsreichen Tübinger Buchhandlung Osiander auf. Diese wurde mittlerweile von zwei ehemaligen Marineoffizieren geführt, die wie Jagow Mitglieder der Brigade Ehrhardt gewesen waren.²⁹ Das Hauptinteresse Jagows galt jedoch nicht den Büchern, sondern der Politik. Hitler hatte ihn als «Inspekteur der SA für Württemberg» nach Tübingen geschickt, wo er am Aufbau der noch in den Kinderschuhen steckenden Sturmabteilung mitwirken und diese zugleich überwachen sollte. Im April 1923 traten die Nazis in Tübingen getarnt als «Wanderverein Schönbuch» in Erscheinung.³⁰

Die altehrwürdige Universitätsstadt Tübingen erwies sich als fruchtbarer Boden für das Wachstum der nationalsozialistischen Bewegung in Württemberg. Der Sozialdemokrat Hermann Schützinger, ein Weltkriegsveteran, der es zum Polizeichef in Sachsen gebracht hatte und später einer der führenden Männer des Reichsbanners wurde, stellte 1926 fest, in Tübingen würden «verbissene Kleinstadtp Professoren» die Söhne der deutschen Mittelschicht zu einem völkischen Nationalismus heranziehen. In den Schaufenstern der Tübinger Buchläden stünden die Memoiren Ludendorffs und Hitlers *Mein Kampf* «und aller von der Grossstadt ausgespiene antisemitisch-teutonische Kitsch», wie Schützinger zornig anmerkte.³¹ Ein Indiz dafür, dass die Stimmung

in Tübingen zunehmend zum radikalen Nationalismus tendierte, waren auch die Handgreiflichkeiten zwischen Studenten und dem Reichsbanner, als dessen Mitglieder 1925 versuchten, eine Veranstaltung mit Emil Julius Gumbel zu schützen, einem für seine gewissenhaften Bilanzen der politischen Gewaltverbrechen in der Weimarer Republik bekannten Chronisten und Pazifisten.³² 1926 wurde dann die Ortsgruppe des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes an der Eberhard-Karls-Universität gegründet, ein rein studentischer SA-Sturm folgte 1929.³³

Nicht wenige der NSDAP- und SA-Führer, die in den 1920er Jahren das Gesicht der «Kriegsjugendgeneration» prägten, pendelten zwischen Parteiarbeit und Hörsaal.³⁴ Sie trugen dazu bei, dass es an immer mehr deutschen Hochschulen zu einer politischen Radikalisierung der Studentenschaft kam, und zugleich übertrugen sie den der akademischen Elite traditionell zugestandenen Führungsanspruch auf ihre SA-Einheiten, deren Fussvolk einen breiten Querschnitt durch die männliche deutsche Bevölkerung darstellte. Junge SA-Führer aus der Mittelschicht wie Klintzsch oder aus Adelsgeschlechtern wie von Jagow sahen sich als Pioniere der im Werden begriffenen Volksgemeinschaft. Sie verstanden sich als Vorreiter einer wahren Elite, die nichts von einer parlamentarisch verfassten Volksherrschaft hielt, sondern die politische Führung den «fähigsten Männern aus der Mitte des Volkes» anvertraut sehen wollte. Öffentlich verbreiteten sie die Überzeugung, dass die – noch schweigende – Mehrheit der deutschen Bevölkerung hinter ihnen stehe.³⁵ Aus dieser Überzeugung schöpften sie die Rechtfertigung für ihre Mission, die deutsche (männliche) Jugend zu erziehen und sie fernzuhalten von «Gasthaus, Kartenspiel, Trunk, den Gefahren der Strasse und der Unmoral neuer, undeutschen Literatur, Kunst usw.».³⁶

Dass solche programmatischen Aussagen in grellem Kontrast zur gesellschaftlichen Realität vieler SA-Stürme standen, hinderte die SA nicht daran, eine auf die Prinzipien der deutschen Jugendbewegung der Vorkriegszeit zurückgreifende Ideologie zu propagieren. In dieser Ideologie galt «Reinheit» als Voraussetzung für jeden menschlichen und gesellschaftlichen Fortschritt. Mit solch romantischen Idealen liessen sich die radikalen Ziele der Nationalsozialisten eigentlich ganz und gar nicht vereinbaren. Während die deutsche Jugendbewegung an einen Fortschritt der Gesellschaft in Anlehnung an die Ideenwelt des deutschen Bildungsbürgertums glaubte, der gelingen könne, wenn man jungen Männern und Frauen das Rüstzeug bot, sich zu körperlich und geistig «gesunden» Persönlichkeiten zu entwickeln,³⁷ sahen die führenden Köpfe der SA in solchen Tugenden in allererster Linie eine Voraussetzung für die erfolgreiche Remilitarisierung der deutschen (männlichen) Jugend.

Die körperliche Ertüchtigung junger Männer durch Boxtraining und Jiu-Jitsu-Kurse, durch Erziehung zu militärischer Disziplin, durch das Erlernen von Kampftechniken und den Umgang mit Waffen sowie durch die Vermittlung oder Vertiefung ihrer Verbundenheit mit Heimat und Natur, all dies diente hauptsächlich einem Zweck: in Hirne und Herzen einer neuen Generation von Deutschen das Bedürfnis nach Revanche einzupflanzen.³⁸ Die Nazis hofften, dass in nicht allzu ferner Zukunft eine neue Generation unter Führung der SA die Geschicke der Nation in die Hände nehmen und den inneren und äusseren Feinden Deutschlands den Kampf ansagen würde: den «Marxisten» und den Juden, den Franzosen und den Engländern.³⁹

Die Angehörigen der «Kriegsjugendgeneration» wie die der Jugendbewegung der Vorkriegszeit waren davon überzeugt, dass die vom modernen Kapitalismus hervorgerufenen Verwerfungen durch einen neuen «Geist», einen neuen «Idealismus» überwunden werden müssten und könnten. Diese unter den radikalen Rechten weitverbreitete Vorstellung fand auch bei jungen Sozialdemokraten Anklang.⁴⁰ Spätestens 1930 setzte sich bei der politisierten Jugend Deutschlands die Überzeugung durch, die Zeit des politischen Liberalismus und der parlamentarischen Vertretung als Säule der Demokratie sei abgelaufen. «Eine Epoche ist zu Ende, und wir müssen sie auch in unserem Denken überwinden», beschwor der junge SPD-Reichstagsabgeordnete Carlo Mierendorff seine Partei 1932.⁴¹ Eine wahre Demokratie, die den realen Willen des Volkes verkörpere und nicht antagonistische Klasseninteressen, müsse mit anderen Mitteln erreicht werden. Die Lösung, die Mierendorff und anderen ähnlich denkenden jungen Politikern vorschwebte, war eine Art «autoritäre Demokratie», die ihre Legitimität nicht aus formellen Prozeduren schöpfte, sondern aus der unterstellten organischen Bindung zwischen «echten politischen Führern» und ihren Anhängern.⁴² «Heute ist niemand mehr, erst recht nicht in den Reihen der Jugend, willens, für das parlamentarische System auf die Barrikaden zu gehen», argumentierte Mierendorffs Parteifreund August Rathmann. Sein leidenschaftlich vertretenes, aber paradox anmutendes Postulat lautete, die Demokratie lasse sich nur durch die Schaffung eines «anderen Vertretungs- und Regierungssystems» retten.⁴³

In den späten Jahren der Weimarer Republik gewann der populäre Schlachtruf «Aus dem Weg, ihr Alten!» eine neue, hochgradig politische Konnotation. Die Nationalsozialisten verschärften die Gegensätze zwischen den Generationen, die in Deutschland schon seit der Wende zum 20. Jahrhundert spürbar waren, und nutzten sie für ihre Ziele. Es gelang ihnen, die politische Sehnsucht nach einem Aufstand der Jugend, die ursprünglich keine festgelegte ideologische Richtung gehabt hatte, zu-

nächst in ein Vehikel der Parteipropaganda und dann, von 1933 an, in organisierte Formen jugendlichen Auf- und Eintretens für das «Dritte Reich» zu überführen.⁴⁴ In einer detaillierten Broschüre zu den Organisationsstrukturen und den Werten der SA aus dem Jahr 1929 findet sich die Aussage, künftig werde es Aufgabe der SA-Führer sein, ihren Männern den Weg zu einem höheren «Sinn des Lebens» zu weisen, orientiert an den Ideen des Nationalsozialismus.⁴⁵ An alle, die sich diesen Ideen anschlossen und sie in die Tat umsetzten, erging der Aufruf, sich als Angehörige einer neuen deutschen Elite zu verstehen, die nicht durch soziale Homogenität zusammengehalten wurde, sondern durch Überzeugung und Zugehörigkeit. Die SA-Führung forderte daher seit ihren Anfängen in München von ihren Kämpfern, sie müssten «einander als Brüder und echte Kameraden sehen, ohne Rücksicht auf gesellschaftliche Stellung, Beruf, Reichtum oder Armut».⁴⁶

NS-Aktivistinnen

In welchem Mass Frauen Teil dieser «brüderlichen» Gemeinschaft sein konnten, war in den Reihen der SA heftig umstritten. Wie Andrew Wackerfuss jüngst herausgearbeitet hat, spielten sie «eine grosse, aber meist übersehene Rolle in der SA». Sie kümmerten sich um die Garderobe und Verpflegung der SA-Männer und umsorgten sie, wenn sie krank oder verletzt waren. Doch für Frauen gab es nur einen «begrenzten Raum» in der Bewegung, weil sie vom «Kampferleben» ausgeschlossen waren und schon deshalb keinen Anspruch auf Gleichbehandlung mit ihren männlichen Genossen erheben konnten.⁴⁷ Auch wenn erst gegen Ende der 1920er Jahre formell festgelegt wurde, dass Frauen nicht in die SA aufgenommen werden konnten, war diese von Anfang an eine von Männern geführte und für Männer bestimmte Organisation. Laut der am 17. September 1926 in Kraft getretenen Satzung der Sturmabteilung der NSDAP, modifiziert am 31. Mai 1927, beschränkte sich die Rolle weiblicher NS-Aktivistinnen auf praktische Hilfsdienste für die kämpfende Truppe und mehr oder weniger darauf, sie gesellschaftsfähig zu machen oder zu halten. Verarmten Parteimitgliedern unter die Arme zu greifen, sich um die Nöte reisender Parteigenossen zu kümmern und an Weihnachten Geschenke zu verteilen, das waren neben dem Nähen von Fahnen, Hemden, Mützen und Parteiabzeichen die in den Leitfäden für NS-Frauen am häufigsten genannten Aufgaben.⁴⁸ Im Gegensatz zum nationalkonservativen Stahlhelm, der 1931 kategorisch erklärte: «Unsere Frauen sollen sich nicht aktiv in die Politik einmischen»,⁴⁹ behelfen sich die Nationalsozialisten mit dem einfa-



Ein Gruppenbild des «Trupps Bötzow», aus dem später der Berliner SA-Sturm 2 hervorging, aufgenommen auf dem Marktplatz von Weimar während des Parteitags der NSDAP vom 3. bis 4. Juli 1926. Die Hakenkreuzfahne vor dem Neptunbrunnen symbolisiert die Inbesitznahme der Stadt durch die Nazis. Besonders bemerkenswert sind die fünf Mädchen in den beiden vordersten Reihen. Mindestens drei von ihnen tragen ein SA-Hemd und das Parteiabzeichen. Solche Fotografien sind sehr selten und höchst aufschlussreich: Auch wenn junge NS-Aktivisten in ihren schriftlichen Zeugnissen nur selten von Begegnungen mit Mädchen oder Frauen berichten, waren Überlandtouren mit Gruppen von SA-Kameraden doch auch ein Mittel, um junge Frauen näher kennenzulernen. Der vierte SA-Mann von links in der dritten Reihe, bei dem sich seine beiden Nebenmänner eingehakt haben, ist der spätere NS-»Märtyrer« Horst Wessel; sein Bruder Werner steht in derselben Reihe (Zweiter von links).

chen Kniff, traditionelle Frauenpflichten zu politischen Hilfsdiensten zu erklären. Der NSDAP war klar, dass sie auch an Frauen herankommen musste, wenn sie ihren Rückhalt in der Bevölkerung ausbauen wollte, doch hatten die Vordenker der Bewegung in den frühen Jahren allenfalls sehr vage Vorstellungen davon, welchen aktiven Beitrag Frauen zur nationalsozialistischen Sache tatsächlich leisten konnten.⁵⁰

Die den Frauen von den Nazis zugestandenene Aufgaben übten auf die NS-Aktivistinnen nur eine begrenzte Anziehungskraft aus. Vor dem Hintergrund der weitaus anspruchsvolleren Anforderungen, die an männliche Parteigenossen gestellt wurden, und der kaum um Mässigung bemühten Rhetorik der Partei mussten sich die Frauen als Nazis zweiter Klasse fühlen, denen die Männer nicht viel zutrauten. Das war verletzend und entsprach keinesfalls dem Selbstverständnis der NS-Aktivistinnen. Einige der von glühenden Nationalsozialistinnen verfassten Autobiografien, die der Soziologe Theodore Abel 1934 im Zuge eines Preisausschreibens sammelte, lassen den Schluss zu, dass die Autorinnen sich an ähnlichen Werten und Zielen orientierten wie ihre männlichen Mitstreiter und besonders stolz darauf waren, vergleichbare Aufgaben zu bewältigen wie diese.⁵¹ Zwar verweigerten sich die Frauen nicht grundsätzlich dem, was die Partei offiziell von ihnen verlangte, sondern leisteten gutwillig ihren Beitrag zur «Bewegung», indem sie soziale Hilfsdienste übernahmen und ihren kämpfenden Genossen logistische Unterstützung gewährten. Begeisterung lassen ihre Niederschriften aber vor allem dort erkennen, wo sie ihre Erlebnisse bei der Durchführung vermeintlich «männlicher» Aktivitäten schilderten. So bezeichnete sich eine gewisse Hilde Boehm-Stoltz aus Berlin als «Kämpferin um die echte artreine Rassenseele». Sie habe zwar keinerlei Freizeit mehr, erklärte sie, fühle sich aber reich belohnt durch das Wissen, zu den «Soldaten» des Nationalsozialismus zu gehören, einer politischen Bewegung, die in ihren Augen «voll und ganz auf Idealismus» beruhe.⁵²

Ganz ähnlich erging es der verwitweten Hertha von Reuss, die Glücksmomente immer dann erlebte, wenn sie in den 1920er Jahren als Mitglied von NS-Kampfgruppen in der bayerischen Provinz einen «Kampf» bestritt. In ihren Jahre später niedergeschriebenen Erinnerungen berichtete sie, der «Mangel an Verständnis» seitens ihrer politisch rechts orientierten Familienmitglieder habe sie zu einer einsamen Frau gemacht. Mit Wehmut dachte sie an Berlin zurück, wo sie sich in legendären Nazilokalen wie der «Ameise», der «Wespe» oder der «Bärenhöhle» die Nächte um die Ohren geschlagen hätte. Sie will in der Reichshauptstadt an der Erstellung und Verteilung von Propagandaflugblättern mitgewirkt haben, bestrebt, das nationalsozialistische Evangelium von Tür zu Tür zu tragen.⁵³

Die sehr viel jüngere Marlene Heder aus dem Dorf Kleinenglis in Nordhessen, die 1929 als 15-Jährige erstmals mit der NS-Bewegung in Berührung gekommen war, schilderte in ähnlicher Diktion die Gefahrenmomente, in die sie wegen ihrer Aktivitäten für die Nazis gekommen sei. Obwohl ihre Freunde und Angehörigen hartnäckig jedes Verständnis für ihr Tun verweigert hätten, war sie nach eigenem Bekunden nicht nur der nationalsozialistischen Sache treu geblieben, sondern hatte sich sogar in ein gefährliches «Treffen der Roten» in Kassel eingeschlichen – tatsächlich war es eine Veranstaltung der Deutschen Friedensgesellschaft. In ihrem Dorf sei sie, so schrieb sie stolz, als bekannte NS-Anhängerin «nie sicher» gewesen. Nachts habe sie vor politischen Gegnern fliehen müssen, die ihr auf dem Fahrrad gefolgt seien. Auch habe sie sich vor Holzklötzen in Acht nehmen müssen, die man aus den Fenstern der Nachbarhäuser nach ihr geworfen habe.⁵⁴

Bei allen berechtigten Zweifeln am Wahrheitsgehalt solcher Geschichten, die mit Beispielen für das eigene vorbildliche nationalsozialistische Engagement und mit propagandistischen Klischees gespickt waren,⁵⁵ vermitteln diese autobiografischen Erzählungen allesamt den Eindruck, dass NS-Aktivistinnen sich zwar in die subalterne Rolle fügten, die die Partei ihnen zuwies, emotional aber am stärksten auf Aktivitäten und Erfahrungen ansprachen, die sie mit ihren männlichen Genossen teilten, insbesondere wenn sie sich dabei körperlichen Gefahren aussetzten, geschlagen und angespuckt wurden. Diese Einschätzung widerspricht nicht der in der Geschichtswissenschaft vorherrschenden Auffassung, dass die Strassenpolitik der Nazis zuerst und vor allem Männersache war und Frauen sich mit Zubringerdiensten zu begnügen hatten. Korrekturen an der lange vertretenen Ansicht über die vermeintliche Passivität der Frauen im Bereich der Strassenpolitik scheinen aber angebracht, zumal im Hinblick auf die Kommunistische Partei schon mit Erfolg daran gerüttelt wurde, während sie bei den Nationalsozialisten noch kaum angezweifelt worden ist.⁵⁶

Tatendurstige Nationalsozialistinnen wollten den politischen Kampf in allen seinen Facetten mitmachen, allerdings in Formen, die ihrer weiblichen Identität entsprachen.⁵⁷ «Wir erleben den ‚SA-Geist‘ in unseren Männerbeziehungen und für uns selbst», betonte Lore Snyckers, Ehefrau des SA-Propagandisten Hans Snyckers, 1940.⁵⁸ In manchen Fällen entwickelte sich zwischen «SA-Müttern» – so nannten die Nazis nicht mehr ganz junge Frauen, die sich vor allem in den frühen 1930er Jahren um die Jünglinge von der SA kümmerten – und ihren Schützlingen ein enges Verhältnis, das mitunter über den Tod hinaus Bestand hatte. In Magdeburg etwa wurde zum Gedenken an die «Alten Kämpfer» der Stadt ein Ehrenmal errichtet, dessen Inschrift

die Erwartung zum Ausdruck brachte, die «SA-Mutter» Bertha Weinhöbel, die 1931 ihren sechzigsten Geburtstag feierte, werde ihre letzte Ruhestätte dereinst neben ihren «Jungens» finden.⁵⁹

Die allermeisten deutschen Frauen in der Weimarer Zeit, vor allem jene aus der Mittelschicht, waren sich unabhängig von ihrer politischen Orientierung einig, dass die «verlogene bürgerliche Moral» des 19. Jahrhunderts, die der Frau den Platz am häuslichen Herd zugewiesen hatte, keine realistische Option für ihr künftiges Leben sein könne – erst recht nicht, wenn ihnen eine solche Rolle aufgezwungen wurde. Damit soll nicht suggeriert werden, es habe keine Frauen gegeben, die eine «Rückkehr» in die Rolle der Familienfürsorgerin und Mutter als wünschenswert empfanden. Vor allem für Frauen aus der unteren Mittelschicht war eine solche Vorstellung in den späten Jahren der Weimarer Republik, als die Schichtzugehörigkeit mehr als jeder andere Faktor über das Rollenverständnis von Frauen und Männern entschied, attraktiv, denn sie waren dem Risiko des sozialen Abstiegs stärker als alle anderen ausgesetzt. Die Rolle der fürsorgenden Mutter akzeptierten Frauen indes nur dann, wenn sie sich ausdrücklich selbst dafür entscheiden konnten. Dass in den späten 1930er Jahren ein merklicher Anstieg der Zahl studierender Frauen zu verzeichnen war, ist nur ein Indiz dafür, dass die verbreitete Meinung, das «Dritte Reich» habe die Rückkehr der deutschen Frauen in ihre alte Rolle als Hüterinnen von Heim und Herd erzwungen, an der Realität partiell vorbeigeht. Eine solche Auffassung berücksichtigt zu wenig den Eigensinn der jungen Frauen jener Zeit und den ambivalenten Charakter des NS-Regimes in der Geschlechterfrage insgesamt.⁶⁰

Emotionale Bedürfnisse und ihre Befriedigung

Das demonstrativ nach aussen getragene Selbstbewusstsein der SA-Führer wirkte wie ein rotes Tuch auf ihre politischen Gegner und auf die Intelligenz. Die Terrorkampagnen, die die Nationalsozialisten gegen alle unternahmen, die sich ihnen entgegenstellten oder von denen sie sich bedroht fühlten, riefen, so stellte Franz Schwyer schon 1925 fest, in der Öffentlichkeit breite Empörung hervor, zumal «die Vollstrecker der neuen Volkserziehungsgrundsätze zum grossen Teile noch in einem Alter standen, das von vornherein zu einer solchen Aufgabe wenig berufen erscheinen musste».⁶¹ Man sollte allerdings nicht vergessen, dass der Glaube und die Hoffnung, junge Männer hätten das Zeug, die Gesellschaft, in der sie lebten, grundlegend umzugestalten, seinerzeit weitverbreitet waren, und zwar nicht nur unter den NS-Ideologen. Auch der an anderer Stelle bereits

erwähnte Sozialdemokrat Hermann Schützinger bezeichnete die deutsche Jugend 1925 begeistert als «ein neues Geschlecht, [...] vom Weltkrieg gehauen in Blöcke von Eisen, durchglüht vom Geist der Revolution und vom Hauch unseres neuen Staates zu Menschen geformt». Den Idealismus und den Elan dieser jungen Männer, der «Stosstrupps» im Kampf um den neuen Staat, dürfe man nicht den Ultrationalisten überlassen; er müsse vielmehr in eine demokratische Erneuerung investiert werden, forderte Schützinger. Nach seiner Vorstellung vollzog sich eine solche Erneuerung jedoch nicht in Gestalt von Reformen, sondern durch Revolution und Krieg – eine Überzeugung, die er in Parolen kleidete, die mitunter nur schwer von der Rhetorik der Nationalsozialisten zu unterscheiden waren: «Machen wir Jungen uns bereit für den Kampf um den Staat!»⁶²

In den 1920er Jahren war die Sturmabteilung der NSDAP nur eine von vielen Gruppen, die sich in diesen «Kampf» stürzten. Sie profitierte von der Fundamentalopposition der frühen NS-Bewegung gegen die Weimarer Republik, da sie – anders als viele andere politische Jugendorganisationen der Zeit – keine taktischen Kompromisse einzugehen brauchte.⁶³ Die von Pfeffer von Salomon und später von Röhm durchgeführten Reformen bei der SA hatten eine hochgradig disziplinierte paramilitärische Organisation geschaffen, die ihre Kraft aus der erfolgreichen Mobilisierungsarbeit an der Basis schöpfte. Historiker – vor allem aus den Reihen derer, die sich auf dem relativ neuen Forschungsgebiet der Emotionsgeschichte bewegen –,⁶⁴ haben «Emotion», «Charisma» und «Vertrauen» als Schlüsselbegriffe für die Analyse politischer Massenbewegungen benannt. Eine solche analytische Perspektive trägt in der Tat zu einem besseren Verständnis der Gründe für den grossen Anklang bei, den die SA in der Zwischenkriegszeit bei einem immer grösseren Teil der männlichen Jugend Deutschlands fand. Forschungen, die seit den 1970er Jahren den Faschismus im Allgemeinen und den Nationalsozialismus im Besonderen als gesellschaftliche Bewegungen analysieren,⁶⁵ haben bereits den Nachweis geführt, dass es nicht so sehr die Ideologie als vielmehr die Partizipation und die Abenteuerlust waren, die die Anziehungskraft des Faschismus der Zwischenkriegszeit ausmachten.

Der 1932 erst 24-jährige Richard F. Behrendt war einer der ersten Akademiker, die solche Einsichten vortrugen. Nachdem er 1931 an der Universität Basel seinen Dr. phil. gemacht hatte, kehrte er nach Berlin zurück, wo er aufgewachsen war. Dort konnte er die letzten Zuckungen der Weimarer Demokratie aus nächster Nähe miterleben.⁶⁶ Das Resultat seiner Beobachtungen war ein originelles Buch über Formen und Ursachen des politischen Aktivismus jener Jahre, analysiert aus soziologischer und psychologischer Warte.⁶⁷

Beeinflusst von so unterschiedlichen Denkern wie Robert Michels, Hermann Schmalenbach und Sigmund Freud, vertrat Behrendt mit Verve die These, die Krise des modernen – deutschen – Staates erwachse aus der Unfähigkeit der Institutionen, die emotionalen Bedürfnisse der Bevölkerung zu erfüllen. Infolgedessen habe, so erläuterte er, die politische Sphäre an Bedeutung gewonnen und werde dies weiterhin tun. Es werde sogar so weit kommen, dass die Politik – freudianisch gesprochen – zu einem «Objekt der Fixierung» werde. Nur politisches Engagement werde dem ansonsten transzendental heimatlosen Einzelnen helfen, nicht in eine «akute Neurose» zu verfallen.⁶⁸ Kollektive (politische) Aktion sei geeignet, die «frei flottierende Libido» des Einzelnen aufzusaugen und ihn – oder sie – emotional zufriedenzustellen. Solange die moderne Gesellschaft dem Einzelnen nicht die Chance gebe, in eine emotionale Beziehung zu einem Ganzen oder zumindest einem erträumten Ganzen einzutreten, würden sich partikuläre, durch kollektive Aktivitäten definierte und zusammengehaltene Gruppen gegenseitig bekämpfen.⁶⁹

Liesse man solchen Gruppen und ihrem aggressiven Auftreten freien Lauf, würde sich das positiv auf die «emotionale Befriedigung» ihrer Mitglieder auswirken, und zwar nach Behrendts Überzeugung unabhängig von der ideologischen Ausrichtung der betreffenden Gruppen.⁷⁰ In der politischen Ausrichtung sah Behrendt kaum mehr als ein strategisches Alibi oder – auf der individuellen Ebene – eine nachträgliche Rechtfertigung des eigenen Tuns. Der ideale Rahmen für kollektive Gewalt mit dem Ziel, emotionale Bindungen einzugehen, war laut Behrendt ein «Bund» mit einem charismatischen Führer an der Spitze. Ein solcher Bund könne freilich, so Behrendt weiter, immer nur für eine begrenzte Zeit Bestand haben; er stelle in jedem Fall eine Übergangsform dar zwischen dem durch enge Zugehörigkeit definierten Gemeinwesen und der Anonymität des Einzelnen in der Gesellschaft.⁷¹ Die Mitglieder eines Bundes, die sich selbst zwangsläufig als eine auserwählte Avantgarde oder Elite fühlten, neigten daher dazu, sich als eine ausserhalb der bestehenden gesellschaftlichen und politischen Ordnung stehende Gruppe zu sehen, gleichsam als strahlende Vorreiter einer künftigen Ordnung neuen Typs. Sie zeichneten sich durch eine zwanghafte Sehnsucht nach Konflikten aus, schon weil sie ihren persönlichen Lebenserfolg und ihre Erfüllung nur im Kampf finden könnten. Nach Behrendts Überzeugung musste die politische «Tat» dabei nicht unbedingt zum – an traditionellen Massstäben gemessenen – politischen «Erfolg» führen. Er vertrat vielmehr die These, dass die politische Gewalt im Deutschland der Weimarer Republik – die Schlägereien und Krawalle auf der Strasse, in den Versammlungslokalen und Bierkellern – letzten Endes in erster Linie Selbstzweck war. Die Politik bot eine Arena, in der heftige

Emotionen ausgelebt werden konnten, vergleichbar mit dem Fanatismus der Massen, der bei den grossen Sportereignissen jener Jahre freigesetzt wurde. Nach Behrendts Ansicht ähnelten die Paramilitärs in der Zwischenkriegszeit gewaltbereiten Hooligans, die die bei massenwirksamen Sportwettkämpfen erzeugten Emotionen zu ihrem persönlichen Vorteil zu nutzen wissen: als Mittel zum Erregungsaufbau, als Gelegenheit zum Kräfteressen und letztlich zur Selbsterhebung.⁷²

Die Aktivitäten der NS-Sturmabteilung aus dieser Perspektive zu betrachten gewährt interessante Einsichten, sofern man sich bewusst ist, dass sich so manche Formen SA-typischer Geselligkeit analysieren lassen, aber bei Weitem nicht alle. Was in Behrendts Buch weitgehend fehlt, sind Überlegungen zu der Frage, wie diese Formen des «politischen» Aktivismus dazu beitrugen, die politischen Organisationen jener Zeit zu beeinflussen und zu prägen. Der grösste Vorzug seines methodologischen Ansatzes besteht folglich darin, dass nicht aufwendig erklärt werden muss, wie die NS-Ideologie in der eher primitiven Ausprägung, die sie um das Jahr 1930 hatte, fast über Nacht für Hunderttausende Deutsche überaus attraktiv werden konnte. Wie Behrendts äusserte auch das wachsame liberale jüdische Wochenblatt *CV-Zeitung* die Vermutung, die spektakulären Zugewinne der Nazis bei der Reichstagswahl vom September 1930 seien nicht so sehr Ausdruck einer breiter gewordenen Unterstützung für die antisemitische Botschaft der Partei als vielmehr ein Zeichen für die «tiefste Verzweiflung» von Millionen Wählern.⁷³ Altgediente Nationalsozialisten aus der Führung der Partei mochten sich mit den grundlegenden Glaubenssätzen der NS-Ideologie einschliesslich ihres notorischen Antisemitismus identifizieren, doch für viele in der SA organisierte Fusssoldaten war die Zugehörigkeit zur «Bewegung» und die damit einhergehende Chance, Teil einer «emotionalen Gemeinschaft» zu werden, viel wichtiger. Solche Gemeinschaften gaben dem Einzelnen die Chance, Gefühle wie Verzweiflung und Hass zu artikulieren, und setzten die Hemmschwelle für die Anwendung von Gewalt herab.⁷⁴ In dem Mass, wie sich die wirtschaftliche Lage verschlechterte, gewann diese Form der Gemeinschaftsstiftung für «gewöhnliche» Männer und Frauen nachhaltig an Bedeutung.

Behrendts Buch erschien Ende 1932, nur wenige Wochen vor der Machtergreifung. Es ist heute vollkommen vergessen. Jüngere Forschungsarbeiten, die ein ähnliches Erklärungsmodell zugrunde legen, heben hervor, dass die SA im Verlauf der späten 1920er und frühen 1930er Jahre zu einer sozialen Bewegung wurde und insoweit als paradigmatisches Beispiel für einen Aktivismus mit Massenbasis dienen kann. Eine solche Einordnung ist jedoch nicht unproblematisch. Der einflussreiche Soziologe Joachim Raschke definierte eine soziale Bewegung in den 1980er Jahren als «ei-

nen mobilisierenden kollektiven Akteur, der mit einer gewissen Kontinuität auf Grundlage hoher symbolischer Integration und geringer Rollenspezifikation mittels variabler Organisations- und Aktionsformen das Ziel verfolgt, grundlegenden sozialen Wandel herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen». ⁷⁵ Ohne Zweifel erfüllte die SA, zumindest vor ihrer vermeintlichen «Entscheidung» 1934, die meisten dieser Kriterien. Gerade zwischen 1929 und 1934 mobilisierte sie mit grossem Erfolg eine massenhafte Unterstützung für die NS-Bewegung. Ferner war sie trotz ständiger innerer Umstrukturierungen und Führungswechsel sowie kurzer Phasen der Illegalität eine Organisation, die von Dauer sein sollte. Schliesslich blieben ihre Aktivitäten eindeutig darauf ausgerichtet, grundlegende gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen. Die SA verfolgte nicht nur das Ziel, die demokratische Ordnung der Weimarer Republik zu zerstören und durch eine autoritäre Herrschaftsform zu ersetzen, die angeblich besser geeignet war, die inneren und äusseren Probleme Deutschlands zu lösen, sondern sie strebte auch einen gesellschaftlichen Wandel an, der zur Entwicklung einer wahrhaften, sozial inklusiven «Volksgemeinschaft» mit eingeebneten Klassenunterschieden führen sollte.

Das Definitionskriterium, das bei der Einordnung der SA Schwierigkeiten bereitet, ist die «geringe Rollenspezifität», also das Postulat unscharf definierter Rollen innerhalb einer sozialen Bewegung. In der SA, die – wie die NSDAP insgesamt – nach dem Führerprinzip organisiert war, waren die einzelnen Positionen innerhalb der Hierarchie unverrückbar. Zwar konnten etliche SA-Leute innerhalb kurzer Zeit eine steile Karriere machen, während andere schon nach wenigen Wochen wieder ausschieden, aber es war die hierarchisch strukturierte Organisation als solche, die die unterschiedlichen zu Gebote stehenden Rollen definierte. Die einfachen Mitglieder hatten keine Möglichkeit, die Spielregeln zu verändern. Selbst mittlere SA-Führer, von denen erwartet wurde, dass sie ihren Männern nachahmenswerte Rollenvorbilder vorlebten und sich in der SA Respekt verschafften, wenn sie diese Aufgabe erfüllten, besaßen letzten Endes kaum die Macht, etwas an der Hierarchie und Organisationsstruktur der SA zu ändern. Sie mussten führen und gleichzeitig gehorchen, waren aber ausdrücklich nicht eingeschlossen in den Kreis derer, die die Entwicklung der SA als Organisation steuerten. Aus diesem Grund tat Raschke sich schwer, zu entscheiden, ob die SA eine typische soziale Bewegung war oder nicht. An manchen Stellen bezeichnete er sie als eine «totalitäre Bewegung», worin er eine soziale Bewegung besonderen Typs sah, bei der die spontanen Aktivitäten gewaltbereiter Massen in einen stabilen organisatorischen Rahmen eingebunden sind. ⁷⁶

Später übernahm der Historiker Sven Reichardt die Definition Raschkes. Er hatte kein Problem damit, die SA als soziale Bewegung einzustufen, und hob insbesondere vier Elemente hervor, die bei sozialen und faschistischen Bewegungen übereinstimmen: erstens eine nur lose ausformulierte, aber dennoch funktionierende Organisationsstruktur; zweitens eine intrinsische Dynamik; drittens ein bestimmter Grad an «Engmaschigkeit» des politischen Gemeinwesens und viertens eine aggressiv oppositionelle Haltung zum etablierten politischen System.⁷⁷ Reichardt erklärte zwar, dass die SA nicht alle in der Definition Raschkes enthaltenen Kriterien erfüllte, ging auf dieses Problem aber nicht weiter ein. Stattdessen folgte er Raschke in der Ansicht, dass soziale Bewegungen über «keine klaren Kriterien der Mitgliedschaft» und «keine verbindlichen Regelungen für Kompetenzen und Konflikte» verfügten. Dabei waren gerade diese beiden negativen Definitionsmerkmale bei der SA nicht gegeben, denn sie führte ordentliche Mitgliederverzeichnisse und hatte eine Schiedsgerichtsbarkeit.⁷⁸ Gewiss hatten die Führungen der NSDAP und der SA manchmal Probleme, ihre Fusstruppen zu zügeln, insbesondere 1931 und 1932, doch darf dies nicht dazu verführen, den bestimmenden Einfluss des Obersten SA-Führers und der NSDAP-Zentrale in München zu verkennen.

Gerade vor diesem Hintergrund erweist sich eine neue Beschäftigung mit Behrendts 1932 erschienenem Buch als fruchtbar, da dieser sich ausführlich mit dem Problem der Führung in sozialen Bewegungen beschäftigte. Wenn man seine Ideen mit den Erkenntnissen neuerer soziologischer Forschungsarbeiten verbindet, scheint es sinnvoll, die SA der späten Weimarer Jahre als eine politische Organisation zu verstehen, die in der Art einer sozialen Bewegung Gefolgsleute mobilisierte, zugleich aber auf lokaler und regionaler Ebene die hierarchische Struktur eines Bundes aufwies.⁷⁹ Die zahlreichen «Bünde», also die regionalen und lokalen SA-Verbände, waren eng in eine paramilitärische Kommandostruktur eingeflochten, die sicherstellte, dass die Partei am längeren Hebel sass, zugleich aber maximalen Nutzen aus dem massenbasierten Aktivismus der SA-Fusstruppen ziehen konnte.

Der entscheidende Garant für den Zusammenhalt eines jeden Bundes war sein charismatischer Führer. Der Begriff «Charisma» ist seit langem in Gebrauch als Chiffre für den Einfluss und Erfolg populistischer politischer Führer im 20. Jahrhundert, von Hitler und Mussolini auf der rechten bis zu Mao und Fidel Castro auf der linken Seite des Spektrums.⁸⁰ Als «rein emotionale Bindung» zwischen einem Führer und seinen Gefolgsleuten verstanden, ist Charisma jedoch keineswegs eine Kategorie, die sich nur auf ikonische politische Führer wie die genannten anwenden lässt. Es ist auch ein Attribut sozialer Bewegungen, die Behrendt entsprechend auch als «Koalition-

nen charismatischer Gemeinschaften» definiert.⁸¹ So sehr wir daran gewöhnt sein mögen, politisches Charisma – und «charismatische Herrschaft», um die ursprüngliche, von Max Weber geprägte Formulierung zu gebrauchen – als eine Frucht von Propaganda und deren Verbreitung durch die Massenmedien zu sehen, ist sie zuerst und vor allem ein Phänomen, das notwendigerweise «von der Mikroebene gesellschaftlicher Interaktion ausgeht».⁸² Die SA war, wie Behrendt früh erkannte, in ihren alltäglichen Betätigungen eine Organisation, die ihre Gefolgsleute nicht so sehr mittels abstrakter politischer Programme und einer besonderen militärischen Ästhetik rekrutierte, sondern unter Einsatz der charismatischen Beziehungen, die sich zwischen den regionalen und lokalen SA-Führern und den Männern unter ihrer Befehlsgewalt in den einzelnen SA-Verbänden herausbildeten.

Der charismatische SA-Führer gehörte zu den Schlüsselfiguren der nationalsozialistischen Bewegung, in der Praxis wie in der Theorie. Ein früher Text, in dem dieses Rollenbild ausführlich beschrieben wird, sind die «Richtlinien zur Aufstellung einer Sturmabteilung» vom 16. Mai 1922. Die Ernennung eines SA-Führers durch einen Ortsgruppenvorsitzenden der Partei sollte allein unter Berücksichtigung der «Tüchtigkeit und Fähigkeit» des SA-Mannes und seiner «militärischen Schulung» erfolgen. Doch verfügten selbst niederrangige SA-Führer, wenn sie erst einmal ernannt waren, über einen beträchtlichen Handlungsspielraum. Sie waren zwar allgemeinen Richtlinien unterworfen und bekamen später auch Anweisungen direkt aus der SA-Zentrale in München, doch stand es weitgehend in ihrem Ermessen, wie sie die oft eher formalen Regularien in der Praxis anwandten. Gemäss den 1922 für die SA erlassenen Richtlinien hatte jeder SA-Führer in erster Linie dafür Sorge zu tragen, dass seine Männer seine Autorität anerkannten.⁸³ Damit wollte die SA-Führung sicherstellen, dass nur SA-Männer mit charismatischen Führungsfähigkeiten ein SA-Kommando erhielten. Als die SA Jahre später, 1931, zu einer Massenorganisation mit mehr als 100'000 Mitgliedern herangewachsen war, bezeichnete Röhm in seinem SA-Befehl Nr. 2 den Sturmführer als den wichtigsten Akteur innerhalb der SA und übertrug ihm ausdrücklich die Verantwortung für die Geschicke seiner SA-Kameraden, von denen jedem Sturmführer gemäss dem neuen Regelwerk 70 bis 200 Mann unterstanden. Vom Sturmführer wurde erwartet, dass er mit den Lebensumständen aller von ihm befehligten Männer vertraut war, dass er ihre Alltagsorgen kannte und teilte und nötigenfalls auch praktische Hilfe leistete.⁸⁴ Dass das Verhältnis zwischen Führer und Geführten in der Realität oft anders aussah, bedarf keiner Betonung. In der anhaltinischen Kleinstadt Frose etwa soll 1932 ein Sturmführer einige der

ihm unterstellten SA-Männer mit den Fäusten und einem Messer traktiert haben, um ihnen seinen Willen aufzuzwingen.⁸⁵

Das verzweigte System von Verantwortlichkeit und Vertrauen, das die SA aufbaute, erwies sich am Ende als vorteilhaft für die Vorgesetzten wie für die ihnen Unterstellten. Die oft aus einfachen Verhältnissen stammenden und zumeist noch sehr jungen Männer, die erfolgreich eine Gruppe gleichgesinnter Anhänger befehligten, konnten voller Stolz ihre Führungsqualitäten unter Beweis stellen. Auf der anderen Seite profitierten die SA-Fusstruppen davon, dass sie zu einem Rollenvorbild aufschauen konnten, das zugleich persönliche Bezugsperson war. Die Kultivierung enger persönlicher Bindungen zwischen einem charismatischen Führer und seinen Männern war zugleich ein Mittel zur Festigung der wechselseitigen Solidarität im Konfliktfall,⁸⁶ was sich günstig auf die Kampfkraft der SA-Gruppen auswirkte und dazu beitrug, sie zu einer verschworenen Gemeinschaft zu machen, sowohl im Hinblick auf die Ideologie als auch auf ihre alltäglichen Aktivitäten.

Zahlreiche persönliche Aufzeichnungen von SA-Männern aus den Weimarer Jahren zeugen davon, dass die SA ihren Mitgliedern eine Art emotionale Heimat bot angesichts der von vielen als kalt und feindlich empfundenen Aussenwelt. Besonders für arbeitslose junge Männer und für jene, die weder eine Familie noch enge Verwandte hatten, konnte der SA-Sturm zur Ersatzfamilie werden. An der SA-Schule sei er «zum ersten Mal als vollwertiger Mensch anerkannt» worden, schrieb ein früherer SA-Mann im Rückblick auf seine Zeit bei der Sturmabteilung.⁸⁷ Wenn ein Mitglied von dieser Ersatzfamilie getrennt wurde, etwa wegen eines Krankenhausaufenthalts oder einer Gefängnisstrafe, waren die Kameraden gehalten, in jeder erdenklichen Weise zu helfen, etwa indem sie das Mitglied regelmässig besuchten, es mit «unterhaltsamem und erbaulichem» Lesestoff versorgten und seine Angehörigen trösteten oder finanziell unterstützten. Die Berliner NSDAP richtete zu diesem Zweck im Mai 1930 eine SA-Gefangenen- und Verwundetenhilfe ein.⁸⁸ Diese Hilfsorganisation wurde zunächst nicht aus der Parteizentrale in München finanziert, sondern ausschliesslich aus Spenden von Parteimitgliedern. Wie die Berliner Polizei sechs Monate später notierte, war diese Einrichtung zu Anfang wenig leistungsfähig, da lediglich einige wenige inhaftierte SA-Männer kleine Sachzuwendungen erhielten. Die Polizei sagte jedoch zutreffend voraus, dass die Bedeutung dieser Selbsthilfe-Organisation schnell wachsen werde.⁸⁹

Nachdem der einstige SA-Gruppenführer Ost, Walther Stennes, im April 1931 aus der Partei ausgeschlossen worden war, übertrug man die Verantwortung für die Unterstützung verwundeter oder inhaftierter SA-Männer der NS-Notwehr und der Hilfskasse der NSDAP in München.⁹⁰ Bald darauf traten Pflichtbeiträge

zur Versicherungskasse der SA an die Stelle der bis dahin freiwilligen Zuwendungen; 1931 lag der Beitragssatz bei dreissig Pfennig im Monat. Gleichwohl blieben lokale Initiativen weiterhin sehr wichtig, wenn es darum ging, einzelne SA-Männer zu unterstützen. Das geht etwa aus einem Aufruf der NSDAP-Ortsgruppe Leipzig hervor, in dem Parteimitglieder ersucht wurden, Not leidenden NS-Genossen auf jede mögliche Weise materiell und moralisch beizustehen. Neben der Bereitstellung anwaltlicher und medizinischer Hilfe bedeutete das die Benachrichtigung von Familienangehörigen und Arbeitgebern, wenn einer der eigenen Leute verhaftet wurde. Aus dem Gefängnis entlassenen SA-Männern sollte geholfen werden, Arbeit und eine vorläufige Unterkunft in von der Partei oder der SA betriebenen Erholungseinrichtungen zu finden.⁹¹ Gut situierte Familien wurden gebeten, gesundheitlich angeschlagene SA-Männer zu beherbergen, bis sie ihren Dienst wieder aufnehmen konnten.⁹² Es sei die Ehrenpflicht eines jeden SA-Führers, dafür zu sorgen, dass alle eingesperrten Genossen von ihrer jeweiligen Einheit so gut betreut wurden, dass sie auch nicht für eine Minute das Gefühl haben, im Stich gelassen zu werden, erklärte SA-Stabschef Röhm feierlich, wohl wissend, dass unmittelbare persönliche Hilfe oft mehr bewirkte als Zahlungen aus einer Versicherungskasse, und zwar nicht nur im Hinblick auf das Wohlergehen des einzelnen SA-Mannes, sondern auch auf die daraus zu gewinnenden Propagandaeffekte.⁹³

Auch wenn die SA eine nach dem Prinzip von Befehl und Gehorsam strukturierte paramilitärische Organisation war, an deren Spitze ein Führer mit unumschränkten Vollmachten stand, bestand eines der Erfolgsgeheimnisse der Braunhemden eben darin, dass die Organisation die Herausbildung charismatischer Bindungen auf örtlicher und regionaler Ebene forderte, wobei diese vielfach auf schon vorhandenen sozialen Beziehungen zu Nachbarn, Arbeitskollegen und Schulfreunden aufbauten.⁹⁴ Die SA bezahlte ihre gewöhnlichen Mitglieder nicht mit Geld – die Männer mussten vielmehr erhebliche Geldbeträge für Uniformen und andere Ausrüstungsgegenstände aufwenden – und belohnte sie auch nicht mit Arbeitsstellen oder sozialen Leistungen, zumindest nicht auf kurze Sicht. Der Lohn der Männer bestand vielmehr in aufregenden Erlebnissen, dem Gefühl sozialer Relevanz und der Verleihung von Handlungsmacht, was die SA-Männer erst befähigte, in einem politischen und sozialen Umfeld, das die meisten von ihnen als feindselig empfanden, überhaupt tätig zu werden. Es waren aber keinesfalls nur die SA-Führer, die auf diese Weise gestärkt wurden. Noch die unscheinbarsten unter den Mitgliedern dieser «Gemeinschaft der Tat» – diese aufschlussreiche Selbstbezeichnung findet sich in Publikationen der SA aus den

1920er Jahren wiederholt – profitierten von dieser Erfahrung gelebter Brüderschaft unter deutschen Männern. Sie sahen sich nicht nur als machtvolle Kämpfer für die Nation, sondern verstanden sich auch als Vorhut jener Volksgemeinschaft, die die NS-Ideologen als eines der wichtigsten Ziele ihrer Bewegung ausgaben.

Kritiker des Nationalsozialismus erkannten durchaus, dass diese Selbstermächtigung politische Kraft entfaltete. Anders als die Nazis gingen sie allerdings davon aus, dass deren gesellschaftliche Folgen katastrophal sein würden. Einer dieser Kritiker war der Soziologe Theodor Geiger, der 1932 die prophetische Mahnung aussprach, emotionale Erregung sei kein Ersatz für Vernunft. «Es ist furchtbare Selbsttäuschung der Besten innerhalb der NSDAP», schrieb er, «zu glauben, ein neuer Idealismus überwinde die Materialismen einer verfaulenden Epoche; nein, ein furchtbarer und primitiver Naturalismus der Blutsromantik hat uns überfallen und bedroht den Geist schlechthin.»⁹⁵

SA-Merchandising

Sturmabteilungsmann zu sein war mehr als ein politisches Glaubensbekenntnis – es war ein Lebensstil. Schon 1927 hatte die Führung der SA damit begonnen, eine regelrechte Kleidungs- und Fanartikelindustrie aufzubauen, um zusätzliches Einkommen zu erzielen. Die Partei lieferte bald nicht nur die «echten» braunen Hemden, Hosen und Mützen für ihre Aktivisten, sondern versorgte diese auch mit Propagandaliteratur, Ausrüstung für den Freizeitsport und mit Zigaretten. Viele dieser Produkte mussten zentral von der «Reichszeugmeisterei», einer Art Lieferzentrale für NS-Ausrüstung aller Art, bezogen werden. Diese ging Ende 1928 vollständig in die Hände der Sturmabteilung über.⁹⁶ Alle SA-Männer waren spätestens von diesem Zeitpunkt an verpflichtet, nicht nur das offizielle SA-Hemd, sondern auch dazu passende Garderobenteile wie Reiterhosen, braune Windjacken, Jacketts, Wickelgamaschen, SA-Schultergürtel sowie die entsprechenden Hüftgürtel und das Parteiabzeichen ausschliesslich über eine der regionalen Niederlassungen dieses Zentralversorgers zu beziehen. Von 1929 an gab es zudem ein eigenständiges SA-Abzeichen, das Mitglieder auch ohne Uniform tragen konnten. Es zeigte die Buchstaben S und A in Form eines Lichtblitzes, eine Anspielung auf die geballte Energie, die die Bewegung für sich beanspruchte. Dieses neue Abzeichen ermöglichte es den SA-Mitgliedern, ihre politische Überzeugung auch im zivilen Leben zur Schau zu tragen. Selbstgenähte oder in lokalen Textilgeschäften gekaufte braune Hemden waren gemäss einem Erlass der Obersten SA-

Führung von nun an nicht mehr zugelassen und durften nur noch zum Wandern oder bei der Arbeit getragen werden.⁹⁷

Solche Weisungen waren freilich leichter zu erteilen als in die Tat umzusetzen. Die Uniformierung der gesamten SA konnte praktisch gar nicht umgesetzt werden, da viele SA-Männer jung und knapp bei Kasse waren, besonders nach 1930, als die Weltwirtschaftskrise – verstärkt durch die staatliche Sparpolitik unter Reichskanzler Brüning – ihre volle Wirkung entfaltete. In Danzig verfiel der Stellvertreter des dortigen HJ-Führers daher im Sommer 1929 auf die Idee, in einer örtlichen Fabrik selbst braune Hemden herstellen zu lassen. Auf diese Weise liessen sich auch Steuern sparen, erklärte er bald darauf auf Vorhaltungen aus München.⁹⁸ Weil es teuer war und die finanziellen Möglichkeiten so manchen Mitglieds überstieg, entwickelte sich das offizielle SA-Hemd bald zu einem Objekt der Begierde – ähnlich wie heute die «Original-Trikots» international erfolgreicher Fussballvereine. Viele SA-Männer trugen ihr teuer erworbenes braunes Hemd mit besonderem Stolz, und das wiederholt verhängte zeitweilige SA-Verbot, das sich auch auf das Tragen der Parteiuniform in der Öffentlichkeit erstreckte, erhöhte den Symbolwert des Hemdes noch.⁹⁹ Gemäss der kapitalistischen Logik der Zeit konnte auf diese Weise ein Massenprodukt wie das braune Nazihemd schon vor 1933 zu einer wichtigen Einnahmequelle für die NSDAP werden. Es war zugleich ein Symbol für die Zugehörigkeit und Gesinnung jedes einzelnen Trägers – eine Gesinnung, die man nicht mehr durch die individuelle Tat unter Beweis stellen musste, sondern kaufen konnte.

Das rapide Wachstum von NSDAP und SA von den späten 1920er Jahren an, das mit einer sich steigernden Nachfrage nach Uniformen einherging, rettete nicht zuletzt ein regionales Bekleidungsunternehmen, das später zu einem internationalen Grosskonfektionär werden sollte: Hugo Boss. 1924 hatte der 39-jährige Hugo F. Boss aus der schwäbischen Kleinstadt Metzingen das Bekleidungs-geschäft, das er wenige Jahre zuvor von seinen Eltern geerbt hatte, zu einer kleinen Kleiderfabrik ausgebaut. In seinem Geschäft, das bis Ende der 1920er Jahre nie mehr als dreissig Mitarbeiter beschäftigte, stellte er unter anderem Uniformen für diverse Organisationen her. Mit Einsetzen der Weltwirtschaftskrise 1929 geriet die Firma Boss in ernste wirtschaftliche Schwierigkeiten. Zwei Jahre später, 1931, meldete sie Konkurs an, arbeitete jedoch unter Auflagen weiter. Im Zeichen dieser existenzbedrohenden Krise trat Boss in die NSDAP ein¹⁰⁰ und erhielt ziemlich genau von diesem Zeitpunkt an beachtliche Bestellungen von der Partei. Bis 1945 produzierte die Firma Boss Uniformen verschiedener Art für die SA, die SS und die Hitlerjugend sowie nach Beginn des Zweiten Weltkrieges auch

für die Wehrmacht und die Waffen-SS.¹⁰¹ Nach dem Zweiten Weltkrieg behauptete Hugo E. Boss allerdings, anfänglich gar nicht gewusst zu haben, dass seine Uniformen, darunter braune Hemden für die SA, als «Parteiformen» verwendet wurden. Auch andere nichtjüdische deutsche Textilunternehmen profitierten von der Erholung der deutschen Wirtschaft um die Mitte der 1930er Jahre und vor allem von der zunehmenden Militarisierung der deutschen Gesellschaft, die mit einer wachsenden Nachfrage nach Uniformen verbunden war. Wenig später kamen ihnen die «Arisierungen» und die Schliessung jüdischer Textilbetriebe zugute.¹⁰² In Metzingen wurden Kleider im schicken «Nazi-Look» allerdings nur produziert,¹⁰³ nicht aber entworfen. Die Firma Boss war damals noch ein reiner Konfektionsbetrieb, der Bekleidung und Uniformen nach vorgegebenen Schnittmustern fertigte. Das Beispiel Hugo Boss ist insofern bezeichnend, als es exemplarisch eine allgemeine Tendenz illustriert: Die Nationalsozialisten bevorzugten nach der Machtübernahme die Unternehmen, die sie schon vor 1933 unterstützt hatten. Solche Firmen wiederum rühmten sich nun in Anzeigen ihrer engen und frühen Beziehung zur Partei. Die Firma Boss etwa liess ihre Kunden von 1933 an wissen, dass sie bereits seit 1924 für die Nationalsozialisten tätig war.¹⁰⁴

Ein weiteres Beispiel für die Zusammenarbeit von Unternehmen und NSDAP lieferte die Lederfirma Breuninger aus Schorndorf. Ähnlich wie Boss profitierte Breuninger im Jahr 1933 von mehreren Grossbestellungen der NSDAP und der Reichswehr. Wie die Wirtschaftshistorikerin Petra Bräutigam gezeigt hat, war es freilich nicht die Qualität der Breuninger-Produkte, die den Ausschlag für diese Bestellungen gab, sondern die enge Zusammenarbeit der Firma mit den Nationalsozialisten in den vorangegangenen Jahren. Als im November 1931 die Beschäftigten aller württembergischen Lederfabriken in den Streik traten, wandte sich die Firma Breuninger hilfesuchend an die SA. Nachdem sich 28 Nationalsozialisten mit Erfolg als Streikbrecher betätigt hatten, stellte Breuninger diese Männer anstelle der zuvor Streikenden ein.¹⁰⁵ Dieses Beispiel zeigt, dass die antikapitalistische Attitüde, die in manchen SA-Einheiten gepflegt wurde, nicht als generelle politische Ausrichtung der Sturmabteilung gewertet werden darf. Ob ein einfacher SA-Mann aufgefordert wurde, sich an wirtschaftlichen (und oft antisemitischen) Boykottaktionen zu beteiligen, oder ob er als Streikbrecher zum Nutzen örtlicher Unternehmer eingesetzt wurde, die als Gegenleistung für solche «Gefälligkeiten» die NSDAP und ihre Organisationen finanziell unterstützten, hing vor allem von den regionalen und lokalen Gegebenheiten sowie von den lokalen Netzwerken der Nationalsozialisten ab. Prinzipielle Erwägungen galten in der Praxis oft wenig.

Geschäfte mit der Zigarettenindustrie

Ein weiteres Beispiel dafür, wie kapitalistische Logik und politisches Bekenntnis in diesen Jahren erfolgreich ineinandergriffen, lieferte die Zigarettenindustrie. Das Zigarettenrauchen war erst in den Jahren des Ersten Weltkriegs zum Massenphänomen geworden. Es wurde jetzt nicht mehr ausschliesslich mit orientalischer Schwelgerei und dem Luxus der Wohlhabenden assoziiert, blieb aber weiter ein Distinktionsmerkmal. Mit der Wahl der Zigarettenmarke liessen sich regionale Herkunft, Klassenzugehörigkeit und von Mitte der 1920er Jahre an auch politische Orientierung signalisieren.¹⁰⁶ Seit 1926 wurden Zigaretten in Deutschland gewöhnlich im Zehnerpack verkauft, eine Innovation, die den Umsatz in die Höhe schnellen liess und neue Möglichkeiten für Werbung und Marketing eröffnete. Die quaderförmigen Zigarettschachteln eigneten sich hervorragend für Druckgrafiken, die die einzelnen Zigarettenmarken für die Verbraucher erkennbar machten.¹⁰⁷ Diese Werbung war nötig, da Zigaretten zunehmend maschinell hergestellt und nicht mehr von – überwiegend weiblicher – Hand gedreht wurden, so dass sie im Wesentlichen alle gleich aussahen. Die deutschen Zigarettenhersteller warfen daraufhin Hunderte unterschiedlicher Marken mit einer jeweils eigenen grafischen Anmutung auf den Markt. Der Erfolg vieler populärer Zigarettenmarken beruhte darauf, dass die Käufer mit ihnen einen bestimmten sozialen Status oder Klischees über orientalischen Luxus verbanden, die noch auf die traditionellen Bezugsquellen des Tabaks zurückgingen. Allerdings sah sich selbst der Hersteller marktbeherrschender Marken wie «Ova» und «Ernte 23» – beide von Reemtsma – schon bald veranlasst, auf Veränderungen der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Situation zu reagieren.¹⁰⁸ Als zwischen 1930 und 1932 die Arbeitslosenzahlen in die Höhe schnellten, tauchten in der Werbung für diese Marken drastische Bilder auf, die etwa einen Verkehrsunfall oder einen Schiffbruch zeigten und die Botschaft verkündeten: Wer Zigaretten dieser Marken raucht, der bewahrt auch in dramatischen Situationen Ruhe und Übersicht – eine Evozierung jener kühlen Gelassenheit, nach der sich Millionen Deutsche sehnten angesichts des drohenden oder schon eingetretenen wirtschaftlichen Ruins, an dem nicht wenige Familien zerbrachen.¹⁰⁹

Die späten 1920er Jahre waren die «Kampfzeit des Zigarettenmarkts» – ein Ausspruch, der nicht direkt auf die Terminologie der Nazis anspielte, sondern dem damals in der Werbebranche gebräuchlichen Vokabular entsprach. Technische Innovationen und der Durchbruch moderner Marketingmethoden zwangen den Zigarettenherstellern einen erbitterten Wettbewerb um Marktanteile auf, in

dem die Firmen eine breite Palette von Zigarettenmarken kreierten und dem Raucher suggerierten, er könne durch den Konsum einer bestimmten Marke, auch wenn es ein Massenprodukt war, seine «Persönlichkeit» zum Ausdruck bringen.¹¹⁰ Vor diesem Hintergrund trat 1929 ein gewisser Arthur Dressler mit Plänen für die Errichtung einer neuen Zigarettenfabrik in Dresden an die NSDAP und ihre SA heran. Dresden war seit dem späten 19. Jahrhundert eine der Hochburgen der deutschen Zigarettenproduktion und des Tabakhandels mit der östlichen Welt.¹¹¹

Es war ein bemerkenswerter Zeitpunkt für eine Unternehmensgründung in einer Branche mit einem weitgehend gesättigten Markt, noch dazu, wenn man über die dafür erforderlichen Geldmittel gar nicht verfügte. Doch Dressler, der NSDAP-Mitglied war, hatte eine besondere Idee: Er schlug vor, eine neue «politische» Zigarette zu kreieren, eine SA-Hausmarke. Wenn die SA ihre Mitglieder animiere, auf diese neue Marke umzusteigen, werde er ihr eine Erfolgsprämie von 15 bis 20 Pfennig pro 1'000 verkaufte Zigaretten zahlen.¹¹² Die SA-Führung in München willigte ein.¹¹³ Mithilfe des erfolgreichen Dresdener Unternehmers Jacques Bettenhausen, der für das Projekt einen Kredit in Höhe von 500'000 Reichsmark zur Verfügung stellte, wurde die Cigarettenfabrik Dressler Kommanditgesellschaft gegründet, besser bekannt unter dem Namen ihrer wichtigsten Marke «Sturm».¹¹⁴ Otto Wagener, der 1930 mehrere Monate lang als Oberster SA-Führer amtierte hatte, trat 1931 als beschränkt haftender Kommanditist in das Unternehmen ein.¹¹⁵ Diese Personalie zeugt nicht nur von der sehr engen Beziehung zwischen der Zigarettenmarke «Sturm» und der SA, sondern legt auch die Annahme nahe, dass – im Gegensatz zu den ständig wiederholten Beteuerungen, die «arme» SA bewege sich am Rande des absoluten Existenzminimums – zumindest einige hochrangige SA-Führer vom exponentiellen Anwachsen der Organisation in den frühen 1930er Jahren finanziell profitierten.

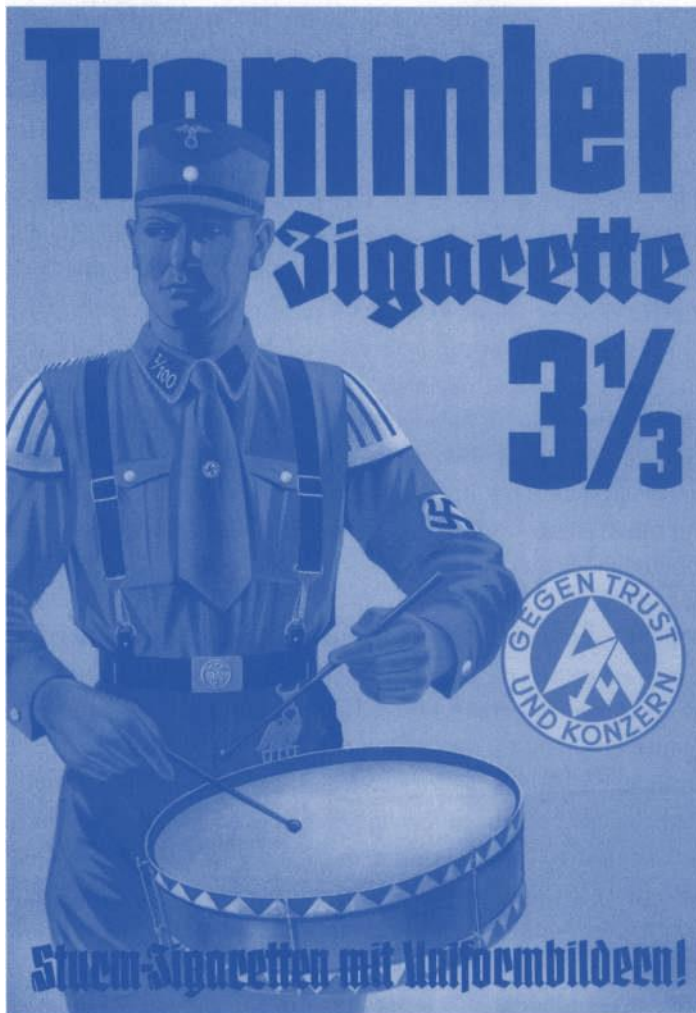
Mit den Rauchgewohnheiten der SA-Männer war in der Tat Geld zu verdienen. Schon 1930 konnte Dressler monatliche Zahlungen an Röhm, die Dresdener SA-Führer Manfred von Killinger und Georg von Detten sowie an den schlesischen SA-Führer Edmund Heines veranlassen.¹¹⁶ Dieser Erfolg hielt auch in den folgenden Jahren an, wie der Dresdener Historiker Thomas Grosche nachgewiesen hat. Für das Geschäftsjahr 1932 verzeichnete die Firma Sturm einen Umsatz von mehr als 36 Millionen Reichsmark. Den grössten Teil des Ertrags investierte Dressler in den Erwerb neuer Gebäude und Fabriken. Eine erhebliche Summe (28325 Reichsmark) floss zudem in Zeitschriften- und Zeitungswerbung, in Anschaffung und Einsatz eines firmeneigenen Lautsprecherkraftwagens und in die

Bandenwerbung mit Flugzeugen. Den Eigentümern der Firma und der SA besicherte das Geschäft mit den «Sturm»-Zigaretten 1933 einen noch höheren Gewinn als im Jahr zuvor. Mit 429'970 Reichsmark verzeichnete das Unternehmen in diesem Jahr den höchsten Nettogewinn seiner Geschichte. Der SA floss ein hübscher Anteil des Gewinns zu: 1932 erhielt die Organisation 78'080 Reichsmark als «Spende» von der Firma Sturm; zusätzlich gingen 13'951 Reichsmark an die Oberste SA-Führung. Im folgenden Jahr summierten sich die nachweisbaren Zahlungen an die SA auf etwa denselben Betrag, während kleinere Summen an die SS und das NSKK gingen. Dass die Firma eine zusätzliche Rücklage in Höhe von 260'069 Reichsmark für später im Jahr zu tätige Zahlungen an SA und SS bildete, legt nahe, dass sie 1933 noch wesentlich höhere Gewinne machte als im Jahr zuvor.¹¹⁷

Dieser Geldsegen war nicht allein das Resultat einer schlaun Geschäftsidee. Wie so oft in der Geschichte der SA spielte auch hier Gewalt, angewandt sowohl gegen einfache SA-Männer als auch gegen die wirtschaftliche Konkurrenz, eine wichtige Rolle. Nach der Gründung der Firma Sturm wirkten die von den Nazis kontrollierten Medien gezielt auf die SA ein, ihre Mitglieder zum Kauf der neuen Zigarette zu bewegen. Einige SA-Führer untersagten ihren Männern ausdrücklich, Zigaretten anderer Marken zu kaufen. Um sicherzustellen, dass dieser Befehl befolgt wurde, ordneten sie sogar Leibesvisitationen an und führten Geldstrafen bei Verstößen gegen das Verbot ein.¹¹⁸

In Anzeigen, die die Firma Sturm 1932 im *Völkischen Beobachter* schaltete, griff sie in dem Wunsch, die Masse der SA-Männer für ihr Produkt zu gewinnen, zu Formulierungen, die sich an die offizielle Rhetorik der Partei anlehnten, damit aber zuweilen eine unfreiwillige Komik erzeugten, ohne dass dies den Werbefachleuten aufgefallen zu sein scheint: «Raucht nur Eure Marken. Schafft kein Geld in andere Kreise, denn Nationalsozialist sein heisst bis zum letzten Atemzug kämpfen und werben.» Für diejenigen, die sich eher für praktische Vorteile interessierten, legte die Firma Sturm ihren Zigarettenpackungen Gutscheine für SA-Utensilien bei.¹¹⁹ Wie aus mehreren «Stimmungsberichten» vom Herbst 1932 hervorgeht, konnte der einfache SA-Mann als Käufer von «Sturm»-Zigaretten über diese Gutscheine allerdings nicht frei verfügen. So wurden zum Beispiel im September 1932 SA-Männer in Hessen angewiesen, drei Wochen lang mindestens einen Gutschein pro Tag der SA zu spenden. Die eingesammelten Gutscheine sollten der Finanzierung einer von der SA veranstalteten Flugschau dienen, mit der die Partei einen grossen regionalen Propagandacoup landen wollte.

Die «Sturm»-Zigaretten waren 1932 in vielen Teilen Deutschlands durchaus beliebt. Regionale SA-Führer berichteten übereinstimmend, dass immer mehr



Das Plakat aus dem Jahr 1932 warb für die Zigarettenmarke «Trommler», ein Erzeugnis der Dresdener Firma Cigarettenfabrik Dressler KG, die die rasant wachsende Zahl von SA-Männern als Kunden im Visier hatte. Ein gewisser Prozentsatz des Jahresgewinns der Firma floss an die SA; diese forderte im Gegenzug ihre Mitglieder auf, ausschliesslich Zigaretten von diesem Hersteller zu rauchen. Damit setzte man, so suggerierte das Plakat, nicht zuletzt auch ein Zeichen «gegen Trust und Konzern».

SA-Männer diese Zigarettenmarke zu schätzen wüssten, da sie qualitativ mit ihren Wettbewerbern mithalten könne. Viele SA-Männer seien auch sehr an den in den Packungen beigelegten Gutscheinen und Sammelkarten interessiert. Monat für Monat wurde den SA-Einheiten ihr Gewinnanteil überwiesen, Geld, das beispielsweise für die Errichtung regionaler SA-Führerschulen verwendet wurde, in die Anschaffung ärztlichen Hilfsgeräts floss oder auch direkt an SA-Einheiten und ihre Mitglieder weitergeleitet wurde.¹²⁰ Wie aus mehreren zeitgenössischen Berichten hervorgeht, trugen diese Ausschüttungen mitunter «erheblich» zur Finanzierung lokaler SA-Aktivitäten bei. Für manche Einheiten waren sie zeitweilig sogar die einzige zuverlässige Einnahmequelle.¹²¹ Sympathiepunkte sammelte die Firma Sturm in den Reihen der Nationalsozialisten auch damit, dass sie bevorzugt SA-Führer als Handelsvertreter einsetzte, eine Beschäftigung, die einigen dieser Männer den Lebensunterhalt sicherte.¹²² In Ostpreussen wurden 1932 alle 13 SA-Standartenführer auf diese Weise «mobil gemacht».¹²³ Das Geschäftsmodell erwies sich als so erfolgreich, dass es bald kopiert wurde: Die Kameradschaft Zigaretten-Speditionsgesellschaft mbH mit Sitz im thüringischen Gera warb damit, dass sie ausschliesslich Mitglieder der NSDAP beschäftige. Ihren Vertriebsleuten teilte sie mit, sie sollten die Marke als «die anderen Nazi-Zigaretten» anpreisen.¹²⁴ Angeblich unterstützten die SS und die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) dieses Unternehmen.¹²⁵

Nach dem Willen der Obersten SA-Führung konnten die Mitglieder jedoch lediglich zwischen den unterschiedlichen Marken der Firma Sturm wählen: Als gut situierter SA-Mann griff man nach der relativ teuren «Neue Front» zum Preis von sechs Pfennig pro Zigarette oder kaufte für fünf Pfennig pro Stück die Marken «Sturm» und «Stephansdom». Die meisten SA-Männer rauchten jedoch die billigeren Sturm-Marken der «Konsumpreisklasse», die «Alarm» oder die «Bali-lla» für je vier Pfennig oder die «Trommler» für nur 3,5 Pfennig. Letztere war die meistverkaufte Zigarette des Unternehmens: 1932 entfielen mehr als 80 Prozent des Gesamtumsatzes der Firma Sturm auf diese Marke, im darauffolgenden Jahr waren es sogar 95 Prozent.¹²⁶ Die wirtschaftliche und soziale Krise Deutschlands bildete sich im Verbraucherverhalten eindrucksvoll ab.

Physische Gewalt gegen Konkurrenzunternehmen und deren Vertriebsleute war eine weitere Waffe aus dem Arsenal der Firma Sturm. Dressler spekulierte darauf, durch aggressive Propaganda gegen seine Mitbewerber die Kosten für Werbekampagnen, die bei der Zigarettenindustrie gewöhnlich einen erheblichen Teil der Betriebsausgaben ausmachen, zu drücken.¹²⁷ Nach der Machtübernahme der Nazis 1933 organisierten SA-Verbände auf Betreiben von Alphons Michalke,

seines Zeichens SA-Mann und Geschäftsführer der Firma Sturm und von 1933 an auch Präsident der Dresdener Handelskammer,¹²⁸ Boykottaktionen gegen die rivalisierende Bulgaria Compagny, die ebenfalls in Dresden Zigaretten produzierte. Die SA behauptete, diese Konkurrentin sei eine «Judenfirma». Am 31. März 1933 blockierten SA-Leute die Zugänge zum Firmengelände der Bulgaria und durchsuchten widerrechtlich das Haus des Firmendirektors Harry Carl Schnur. Dieser war allerdings von Philipp F. Reemtsma, dem Eigentümer des in Hamburg ansässigen grössten deutschen Zigarettenherstellers, vorher gewarnt worden.¹²⁹ Tatsächlich war Schnur Reemtsmas Angestellter, nachdem dieser die Firma Bulgaria 1928 dem damaligen Eigentümer Salomon Krentner, einem Juden, abgekauft hatte. Die Öffentlichkeit hatte von dieser Übernahme jedoch nichts erfahren.

Während der Dresdener Boykott nicht darauf abzielte, Reemtsma zu schaden, war das bei anderen «Aktionen» der SA eindeutig der Fall. Wiederholt inszenierten Sturmabteilungen Überfälle auf Tabakgeschäfte, die Reemtsma-Erzeugnisse verkauften, schlugen die Schaufenster ein und griffen zuweilen sogar das Personal tötlich an, weshalb der Ausdruck «Kampfzeit auf dem Zigarettenmarkt» durchaus wörtlich zu nehmen ist.

Diese Kraftmeierei erwies sich jedoch bald als Eigentor. Reemtsma, im Privaten eher dem konservativen Liberalismus als dem Nationalsozialismus zuneigend, war nicht willens, sich von den Braunhemden seine führende Stellung auf dem deutschen Zigarettenmarkt streitig machen zu lassen.¹³⁰ Dass die Nationalsozialisten ihre Kampfansage gegen ihn mit Korruptionsvorwürfen begründeten, setzte ihn unter dringenden Handlungsdruck, doch glätteten sich die Wogen ein wenig, nachdem Reemtsma 1932 von Hitler zu einer persönlichen Unterredung empfangen worden war.¹³¹ Zwischen August 1933 und Januar 1934 erörterte Reemtsma seine Probleme und die seines Unternehmens wiederholt mit Hermann Göring, dem neu ernannten Reichsluftfahrtminister, der als Ministerpräsident von Preussen geradezu ideal geeignet war, der SA Zügel anzulegen. Görings «Wohll wollen» konnte Reemtsma sich sichern, aber das hatte seinen Preis: Der Zigarettenfabrikant musste 3 Millionen Reichsmark an das Land Preussen spenden, offiziell für die Erhaltung deutscher Wälder und ihrer Fauna sowie für die preussischen Theater. Im Gegenzug versprach Göring, dafür zu sorgen, dass die Strafanzeigen gegen Reemtsma zurückgezogen wurden, die Angriffe auf ihn in der nationalsozialistischen Presse aufhörten und die SA ihre Boykottaufrufe einstellte.¹³²

Zu einer abschliessenden Vereinbarung mit der SA kam es vor der Ausschaltung der SA-Spitze im Sommer 1934 allerdings nicht mehr. Röhms Nachfolger

Viktor Lutze schloss mit Reemtsma ein Geschäft ab, das deutlich an dessen Absprache mit Göring erinnerte. Als Gegenleistung für den «guten Willen» der SA sagte Reemtsma zu, jährlich eine «Gebühr» an die Organisation zu überweisen. Zudem versprach er, ihr einmalig eine «vorläufige Zuwendung» in Höhe von 150'000 Reichsmark zukommen zu lassen. Mit dieser Zahlung sollten die sich inzwischen abzeichnenden Verluste der Firma Sturm ausgeglichen werden.¹³³ Nach anderen Quellen belief sich Reemtsmas «Sturm-Obolus», die besagte Einmalzahlung, sogar auf 250'000 Reichsmark. Auf jeden Fall war selbst dieser höhere Betrag gut investiertes Geld. Als die Anweisung des OSAF, nach der SA-Männer nur «Sturm»-Zigaretten rauchen durften, im Sommer 1934 aufgehoben wurde, geriet Dresslers Firma schnell in finanzielle Schwierigkeiten und meldete schon 1935 Konkurs an.

In den folgenden Jahren verteidigte Reemtsma seinen Ruf als unangefochtener König der deutschen Zigarettenindustrie. Doch selbst nach dem Ende von Dresslers Höhenflug blieben Anbiederungen an den Nationalsozialismus ein wiederkehrendes Element in der deutschen Zigarettenbranche, bezeugt durch Marken wie «Braunhemden» oder «Arbeitsdienst», letztere eine Hommage an den vom NS-Regime eingeführten Reichsarbeitsdienst.¹³⁴

Moderne Kreuzritter

Viele SA-Männer der ersten Stunde sahen keinen Widerspruch zwischen ihrem Einsatz für die Sache des Nationalsozialismus und ihren religiösen Überzeugungen. Manche verstanden sich sogar als christliche Kreuzritter im Kampf gegen eine «gottlose», heidnische «Judenrepublik». Besonders evangelische Nationalsozialisten vertraten solche Ansichten. Aus ihrer Perspektive hatte die Weimarer Republik die im Kaiserreich so eng geknüpften Bande zwischen Thron und Altar zerschnitten. Nach Ansicht der borussianischen Historikerschule war diese Allianz eine der tragenden Säulen des deutschen Aufstiegs zur Weltmacht im 19. Jahrhundert gewesen, so dass die Erwartung bestand, ihre Wiederbelebung könne auch im 20. Jahrhundert zu einer nationalen Erneuerung führen. Vertreter der evangelischen Kirche und nationalsozialistische Aktivisten waren sich in ihrer tiefen Verachtung für die Demokratie einig und sahen in einer Annäherung beider Lager eine vielversprechende Perspektive für die unmittelbare Zukunft – zumindest solange die NSDAP den Anschein erweckte, an einer von gegenseitigem Respekt getragenen Zusammenarbeit interessiert zu sein. Das heraufziehende «Dritte Reich» würde, so hofften die nazifreundlichen Kirchenmänner, zu

einem mächtigen christlichen Reich werden und die SA darin als Verkünderin der gemeinsamen Ideale auftreten.¹³⁵

Ein charakteristisches, wiewohl extremes Beispiel für solche Überzeugungen liefert der Fall des Pastors Max Michalik aus Altmark im Kreis Stuhm, damals Teil der deutschen Provinz Ostpreussen. Nach Erkenntnissen des preussischen Innenministeriums war dieser Pastor Stellvertreter des regionalen NSDAP-Parteičhfs und machte sich «auf jede erdenkliche Weise» um die Partei verdient. Allem Anschein nach nahm er regelmässig an SA-Abenden in der örtlichen Gastwirtschaft teil und erschien dort stets in seinem braunen Hemd. Einen stellunglosen SA-Mann beschäftigte er als Klinkenputzer, der mit Propagandabüchern hausieren ging, die ein anderer nationalsozialistischer Pfarrer verfasst hatte. Michalik liess reisende nationalsozialistische Redner bei sich übernachten und nahm verletzte NS-Kämpfer als Hausgäste auf, so dass sich seine Pfarrei zeitweise in ein Erholungsheim für SA-Angehörige verwandelte. 1930 feierten die SA-Männer von Altmark mit ihrem Pastor den Heiligabend unter einem mit Hakenkreuzfahnen geschmückten Weihnachtsbaum und sangen dabei nationalsozialistische Kampflieder.¹³⁶ In den Augen Michaliks war sein Beitrag zu den Aktivitäten der Partei kaum der Rede wert. Für ihn stand fest, dass die Region, in der er lebte, unter der Ägide eines Zweckbündnisses von deutschen und polnischen Katholiken stand, zweier Gruppen, die alles tun würden, um den Protestanten jeden politischen Einfluss zu verwehren. Die deutschen Wähler sorgten dafür, so beklagte er wortreich, dass die konservative DNVP und die katholische Zentrumsparlei weiterhin dominieren und die Nationalsozialisten noch 1932 ein Dasein als Splitterparlei fristen würden.¹³⁷

Nur ein kleiner Teil der protestantischen Geistlichkeit legte einen derart radikalen politischen Aktivismus zugunsten der NSDAP an den Tag, doch ist festzuhalten, dass viele evangelische Pastoren, vor allem die Vertreter des einflussreichen «nationalprotestantischen» Flügels ihrer Kirchen, die Militanz der SA weder als unpatriotisch noch als gottlos bewerteten.¹³⁸ Wenn sie in der Gewaltbereitschaft der Sturmabteilung überhaupt ein Problem sahen, dann war es ein praktisches und kein grundsätzliches. Protestantische Prälaten distanziierten sich zwar immer wieder von individuellen Akten des «Rabaukentums» und des politischen Fanatismus, die aus dem Zorn des Augenblicks heraus begangen wurden, neigten aber dazu, strategisch eingesetzte NS-Gewalt als legitimes Mittel der Notwehr gegen die sich angeblich ständig verschärfende bolschewistische Gefahr zu rechtfertigen. In einer Phase, in der manche Gläubige so weit gingen, die politische Situation als einen «neuen Religionskrieg» zu bezeichnen, wurde das im Frühjahr 1932 verhängte SA-Verbot sogar mit der Verfolgung der Christen in

der Spätantike verglichen. In extremen Fällen forderten christliche Scharfmacher evangelische Jugendgruppen auf, das Schwert zu ergreifen und sich auf Truppenübungsplätzen der Reichswehr zu militärischen Drillübungen zu treffen – unter Kampfpäronen wie «Christentum ist Feuer, heiliger Drang, Kampf!». ¹³⁹

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung waren viele Pastoren bereit, die Teilnahme uniformierter SA-Männer an den sonntäglichen Gottesdiensten oder an Begräbnissen zu tolerieren, wenn sie sie nicht sogar ausdrücklich dazu einluden – ganz im Gegensatz zu ihren katholischen Kollegen. ¹⁴⁰ Heinrich Rendtorff, Landesbischof von Mecklenburg, erklärte: «Viele Glieder der evangelischen Kirche leben heute mit ihrem ganzen Denken und Fühlen in der nationalsozialistischen Bewegung.» Er ermahnte die Nationalsozialisten, Volk und Rasse nicht zu Götzen zu erheben, lobte aber ihren «Brudergedanken» und ihren erklärten Willen, ein «positives Christentum» voranzubringen, wie die NSDAP es in Absatz 24 ihres Parteiprogramms von 1920 formuliert hatte. Der Bischof erklärte sich zwar nicht mit allen Aspekten des Nationalsozialismus einverstanden, war aber bereit, dessen «grosses Wollen» grundsätzlich anzuerkennen, das die Menschen in Deutschland auf einen «christlichen Weg» führen könne. ¹⁴¹ Und der Präsident der württembergischen Landeskirche, Theophil Wurm, bezeichnete es sogar als offensichtliche Pflicht jedes deutschen Christen, den «deutschen Freiheitskampf» zumindest moralisch zu unterstützen. Seine Zeitgenossen konnten die Botschaft, die der Bischof mit der bewussten Übernahme des Nazivokabulars sandte, kaum missverstehen. ¹⁴²

Wie die Bischöfe Rendtorff und Wurm sah ein erheblicher Teil der protestantischen Geistlichkeit der frühen 1930er Jahre im Aufstieg der NSDAP eine Chance für ihre Kirchen, wieder näher an die Menschen heranzurücken, besonders in den grossen Städten. ¹⁴³ Kurt Hutten, ein junger Theologe, der 1932 Geschäftsführer des Evangelischen Volksbundes Württemberg war, verglich den Nationalsozialismus mit einem «aufgerissenen Ackerfeld, das darauf wartet, dass der Same des Evangeliums ausgestreut wird». ¹⁴⁴ Im selben Jahr bezeichnete Pastor Gerhard Meyer aus Lübeck, seit 1929 Mitglied der NSDAP und der SA, die Sturmabteilung als eine Truppe neuzeitlicher Märtyrer, die auf den Spuren Jesu Christi wandle. ¹⁴⁵ Und der bekannte Magdeburger Domprediger Ernst Martin, der von 1924 bis 1928 für die DNVP im Reichstag sass, gab im Oktober 1932 den Zeremonienmeister bei einem exklusiven Gottesdienst für die örtliche SA im imposanten Magdeburger Dom, einem seit der Plünderung Magdeburgs im Jahr 1631 erstrangigen Erinnerungsort des deutschen Protestantismus. Nach Einschät-



Plakat von Leo von Malotki aus Danzig-Langfuhr, gedruckt im Danziger Verlag A.W. Kafemann GmbH, um 1933. Eine vielköpfige, durch Davidsterne als jüdisch kenntlich gemachte Schlange bedroht einen bannertragenden SA-Mann. Die Kürzel «SPD», «KPD» und «RF» (Rotfront) in den Zacken eines der Davidsterne verweisen auf die politische Gesinnung des Ungeheuers. Hinter dem SA-Mann ragt wie dessen Schatten die weisse Gestalt des als «christlicher Soldat» verehrten heiligen Georg empor, dahinter ist eine typische Danziger Häuserfront zu erkennen. Für das damalige Publikum, das mit der Vorstellung eines «deutschen Volkstumskampfes» im Osten Europas vertraut war, liess sich die Botschaft des Bildes leicht entschlüsseln: Die Nazis versprachen, einen religiösen und ideologischen Kampf gegen die bösen Geister der Gegenwart zu führen wie einst die Deutschordensritter, die seit dem 13. Jahrhundert grosse Teile Pommerns, Preussens und des Baltikums «christianisiert» hatten.

zung der Nationalsozialisten übertraf dieser Gottesdienst in seinem Symbolwert für die «Bewegung» sogar den Redeauftritt Hitlers im Ratssaal der Stadt.¹⁴⁶

An solchen Vorgängen lässt sich die Erosion bürgerlich-christlicher Werte ablesen. Martin hatte schon im Verlauf der 1920er Jahre alljährlich einen Gottesdienst für die Mitglieder des Magdeburger Stahlhelms abgehalten, doch mit Beginn der 1930er Jahre wurde für ihn wie für viele Gläubige die SA zum wichtigsten Beschützer der Nation vor den angeblichen Sündenfällen einer materialistischen Kultur wie vor den Gefahren des Bolschewismus. So war es keine Überraschung, dass Martin im März 1933 in die NSDAP eintrat und eine starke Stütze der «Deutschen Christen» wurde, des pronazistischen Flügels der evangelischen Kirche. Allerdings erhob Martin schon 1934 öffentlich Einspruch gegen Angriffe auf Synagogen und jüdische Geschäfte, und bald darauf glaubte er auch nicht mehr, dass die NSDAP christliche Werte und Gottesfurcht zu zentralen Bestandteilen des «Dritten Reiches» machen würde.¹⁴⁷

Ein Kollege Martins, der beliebte lutherische Pastor Franz Tügel aus Hamburg, schloss sich den Nationalsozialisten mit noch mehr Begeisterung und grösserer Ausdauer an. 1932 bescheinigte er ihnen, sie seien eine «schicksalsmässige heraufgeführte Volksbewegung», geprägt durch «Opferbereitschaft, Manneszucht und Siegesfreudigkeit».¹⁴⁸ Tügel avancierte zum «massgeblichen geistlichen Ratgeber» der Hamburger SA und zeigte sich nach der Machtergreifung der Nazis auch im braunen Hemd. Die gewalttätige Strassenpolitik der SA rechtfertigte er öffentlich als legitimes und notwendiges Mittel zur Verteidigung der Nation und des christlichen Glaubens.¹⁴⁹

Im benachbarten Schleswig-Holstein zeigte sich die Führungsebene der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche skeptischer gegenüber der NS-Bewegung. Ende 1931 gab sie eindeutige Leitlinien zur «politischen Betätigung der Pastoren» heraus. Den Pfarrern wurde untersagt, in ihren Kirchen Sondergottesdienste für politische Parteien und Gruppierungen zu veranstalten, Fahnen und Banner solcher Gruppierungen zu segnen, sich aktiv an politischen Kundgebungen zu beteiligen und in der Öffentlichkeit Abzeichen einer politischen Partei zu tragen.¹⁵⁰ Dass die Kirchenleitungen in den verschiedenen Teilen Deutschlands sich bemüssigt sahen, solche Richtlinien herauszugeben, lässt darauf schliessen, dass das Beispiel Martins und Tügels bei nicht wenigen evangelischen Pastoren Schule gemacht hatte.¹⁵¹ Im Deutschland der frühen 1930er Jahre wurde es immer schwieriger, politische Neigungen und praktizierte Religiosität auseinanderzuhalten.

Komplizierter gestaltete sich das Verhältnis zwischen der SA und der katholischen Kirche. Letztere unterstützte traditionell die Zentrumsparterie und hatte

moralische wie auch programmatische Vorbehalte gegen den Nationalsozialismus. Der wachsende Zuspruch, den die NSDAP spätestens 1929/30 auch bei katholischen Wählern fand, wurde daher für die Obrigkeiten der katholischen Kirche zunehmend zum Problem. Wie konnte sie Distanz halten zu einer so populären Bewegung, ohne einen erheblichen Teil des Kirchenvolks, das sich zu den Nationalsozialisten hingezogen fühlte, vor den Kopf zu stoßen?¹⁵² Im Februar 1931 versuchten die Bischöfe, Klarheit im Verhältnis der katholischen Kirche zu den Nazis herzustellen. Sie veröffentlichten eine Erklärung, in der sie «führenden Vertretern des Nationalsozialismus» vorwarfen, Rasse über Religion zu stellen, und ihren Geistlichen in aller Form untersagten, sich in der NS-Bewegung zu betätigen. Über den Antisemitismus der NS-Bewegung und deren offene Kampfansage an die Weimarer Republik verloren auch die katholischen Bischöfe indes kein Wort.¹⁵³

In der drängendsten Frage – ob ein gläubiger Katholik sich in der NSDAP und ihren Organisationen engagieren dürfe oder nicht – überliessen die Bischöfe die Entscheidung den Priestern vor Ort. Die meisten katholischen Geistlichen wahrten ein eher abweisendes oder zumindest distanzierteres Verhältnis zur NSDAP. Andererseits erzielte die Partei mit Behauptungen wie jener, der «kirchenmordende» Bolschewismus hätte ohne die schützende Hand der SA längst ganz Deutschland überwältigt, durchaus Wirkung bei gläubigen Katholiken.¹⁵⁴ Dazu kam, dass eine kleine, aber emsige Gruppe katholischer Geistlicher in den späten 1920er und frühen 1930er Jahren offen für die NSDAP warb. Diese Kirchenmänner propagierten eine «Rückbesinnung auf das katholische Eintreten für die NSDAP» und beriefen sich dabei auf die zeitweilige Annäherung beider Seiten, zu der es in den unmittelbaren Nachkriegsjahren gekommen war.¹⁵⁵

Die Teilnahme uniformierter SA-Verbände an sorgfältig ausgewählten Gottesdiensten – in evangelischen Teilen Deutschlands seit den späten 1920er Jahren durchaus kein seltenes Ereignis – trug dazu bei, dass breite Teile der Öffentlichkeit den Nazis so etwas wie «christliche Respektabilität» attestierten. In überwiegend katholischen Gebieten bürgerte sich diese Sicht erst in den frühen 1930er Jahren ein. Ein Ereignis mit hoher symbolischer Strahlkraft im katholischen Milieu war die Teilnahme von rund 400 mit Fahnen und Bannern ausgestaffierten Braunhemden an einer Messe, die im Mai 1930 im Regensburger Dom stattfand und damit zu einer Zeit, in der das Verhältnis zwischen katholischer Kirche und NSDAP noch unklar war.¹⁵⁶ Drei Jahre später waren Spektakel dieser Art von der Ausnahme zur Regel geworden. Am Freitag, dem 28. April 1933, paradierte eine uniformierte Münchener SA-Einheit in der Frauenkirche als Ehrengarde bei einem «feierlichen und stark besuchten» Gottes-

dienst, gehalten vom Münchener Erzbischof Michael von Faulhaber. Danach wurden Männer in SA-Uniform zu einem vertrauten, wenngleich für traditionelle Kirchgänger noch immer etwas befremdlichen Anblick bei katholischen Messen in Bayern.¹⁵⁷

In der Anfang 1934 von SA-Obergruppenführer Hans Georg Hofmann herausgebrachten *Pflichtenlehre des Sturm-Abteilungsmannes (SA-Katechismus)*, einem Büchlein mit Verhaltensmassregeln, das dem *Kleinen Katechismus* Luthers nachempfunden war, hiess es ausdrücklich, die NS-Bewegung habe die heilige Pflicht, die beiden christlichen Konfessionen zu schützen.¹⁵⁸ Eine ähnliche Broschüre, der *Kleine Katechismus Dr. Martin Luthers für den braunen Mann*, herausgegeben im selben Jahr vom Deutschen Evangelischen Männerwerk, richtete sich ausschliesslich an evangelische SA-Männer. «Wir brauchen Männer, die bereit sind, für ihren Glauben zu kämpfen», hiess es darin. Den spirituellen Antrieb für diesen Kampf sollte «das grösste Vorbild des Kämpfers und Kameraden» liefern: Jesus Christus.¹⁵⁹ Vor dem Hintergrund solcher Glaubensvorstellungen ist es nicht verwunderlich, dass einige der ersten und tatkräftigsten SA-Führer eng mit den Kirchen verbandelt waren. Hans Ulrich Klintzsch in München und Horst Wessel in Berlin waren Söhne evangelischer Pfarrer, die allerdings, als sie sich in der frühen NS-Bewegung engagierten, den Vater bereits verloren hatten.¹⁶⁰ Von Klintzsch heisst es sogar, er habe nach dem Zweiten Weltkrieg das Ziel verfolgt, selbst Pfarrer zu werden. Von 1949 bis 1952 betätigte er sich in der Tat als Katechet in Schorndorf bei Stuttgart und führte Schulkinder in die Lehren des protestantischen Glaubens ein.¹⁶¹

Auch der Uhrmacher Emil Maurice, der oft lediglich als einfältiger und gewaltaffiner Schildknappe Hitlers dargestellt wird, hielt Verbindung zum Pfarrer seiner Heimatgemeinde in Schleswig-Holstein. In einem frühen persönlichen Brief an diesen Pfarrer versuchte Maurice, eine Rechtfertigung für seinen eigenen Weg und für Ausmass und Intensität nationalsozialistischer Gewaltanwendung zu liefern – offenbar hatte er das Bedürfnis nach Zuspruch von einem Gottesmann.¹⁶² Will man Männer wie Klintzsch, Maurice und Wessel verstehen, muss man sich klarmachen, dass sie den politischen Kampf der 1920er Jahre als eine Schlacht um Sein oder Nichtsein begriffen und sich selbst als moderne Kreuzritter, die für die Nation, für das deutsche Volk und letzten Endes auch für Gott kämpften.¹⁶³ Hitler erteilte solchen Überzeugungen schon früh seinen Segen. Bei einer Weihnachtsfeier der NSDAP am 17. Dezember 1922 im überfüllten Münchener Bürgerbräukeller pries er ausgerechnet Jesus Christus als das massgebliche Vorbild für die Nationalsozialisten. Aus bescheidenen Verhältnissen stammend, sei Jesus, so verkündete Hitler, ein Mann mit hohen Idealen gewesen, der

Reichtum und Ruhm verachtet habe. Genau aus diesem Grund hätten ihn die Juden gekreuzigt.¹⁶⁴

Hitler schreckte auch nicht davor zurück, seine eigene Lebensgeschichte in Anlehnung an das Leben Jesu zu erzählen. Er selbst sei ein «Idealist» in der Nachfolge Jesu und seine Anhänger die neuen «Jünger». Gemeinsam werde man von Juden und ausländischen Besatzungsmächten – gleichsam den Römern der Neuzeit – verfolgt und bedroht. Der in die betreffende NS-Veranstaltung eingeschleuste Polizeigent machte in seinem Bericht kein Aufheben von diesem flagranten Akt von Blasphemie, sondern meinte begeistert, die Veranstaltung sei «in einem Wort eine angenehme und würdige Feierlichkeit» gewesen.¹⁶⁵ Ein paar Jahre später, als die SA schon im Begriff stand, zur sozialen Massenbewegung zu werden, bedienten sich ihre Aktivisten immer noch einer religiös eingefärbten Sprache, wenn sie sich über ihre politischen Zielvorstellungen äusserten. Joseph Berchtold, der erste Führer der neu aufgestellten SS, bevor er 1928 in den Schoss der SA zurückkehrte, prophezeite zum Beispiel den bevorstehenden Durchmarsch der nationalsozialistischen Bewegung, indem er behauptete, die Braunhemden seien «die Verkünder des deutschen Frühlings, der Wiederauf-erstehung».¹⁶⁶

Es ist anzunehmen, dass von dieser Rhetorik bei vielen einfachen SA-Männern wenig hängen blieb. Es soll daher noch einmal ein genauerer Blick darauf geworfen werden, wie und in welchem Ausmass religiöse Erziehung und die Berührung mit christlichen Werten und Ideen nachhaltigen Einfluss auf das Verhalten von SA-Mitgliedern hatten. Wie jüngere historische Forschungen überzeugend gezeigt haben, glaubten nicht wenige junge SA-Männer fest daran, dass ihr kämpferisches Engagement für die NS-Bewegung sich mit ihrer Religiosität vertrug. In einer Zeit, in der in vielen Teilen Deutschlands und zumal in seinem grössten Teilstaat, Preussen, Liberale und Sozialdemokraten politisch den Ton angaben, fühlten diese Männer sich dazu berufen, Flagge für das Christentum zu zeigen. Das Hakenkreuz war schliesslich auch ein Kreuz und stand damit in einer christlichen Tradition, so meinten sie.

Diese pauschale Feststellung bedarf freilich der weiteren Differenzierung. Die SA übte, ebenso wie die NSDAP, insbesondere in überwiegend protestantischen Regionen Deutschlands eine grosse Anziehungskraft auf junge Männer aus, so dass sich in diesen Landesteilen etwas zeigte, das man als «christlichen Nationalsozialismus» bezeichnen kann.¹⁶⁷ Hitler selbst habe, so heisst es, die konfessionellen Unterschiede zwischen einzelnen Teilen seiner Anhängerschaft sehr genau wahrgenommen, auch wenn seine Deutung dieser Unterschiede eher grobschlächtig war. In einer Unterredung mit Franz Pfeffer von Salomon und dessen Stabschef Otto Wagener erklärte Hit-

ler die Diskrepanzen bei den Rekrutierungszahlen für SA und SS mit dem Fortbestand einer alten Kulturgrenze, des *Limes Germanicus*. Nördlich dieser antiken Grenzlinie sei, so Hitler, die Mehrheit der Deutschen evangelisch und eher bereit, in die SA einzutreten, während im überwiegend katholischen Süddeutschland die jungen Männer sich mehr zur SS hingezogen fühlten. Nach Hitlers Ansicht war diese Diskrepanz kein Zufall:

Die SA zieht die kämpferischen Naturen aus der deutschen Rasse an, die demokratischen, nur durch die gemeinsame Gefolgschaft vereinten Männer. Diejenigen, die zur SS drängen, sind Männer, die dem autoritären Staat zu-neigen, die dienen und gehorchen wollen, die weniger auf eine Idee ansprechen als auf einen Mann.¹⁶⁸

Der Historiker Richard Steigmann-Gall interpretiert die von Hitler vorgenommene Differenzierung als eine zwischen der «ideologischen Substanz» des Nationalsozialismus, die viele SA-Männer verlockend fanden, und dem «autoritären Stil», den die SS vorzugsweise praktizierte.¹⁶⁹ Aus Hitlers eigenwilliger historischer Erklärung spricht eine unkritische Idealisierung der «männlichen» und willensstarken germanischen Stämme, die er mit den in seinen Augen «verweichlichten» und degenerierten Römern kontrastierte. Das war ein Rückgriff auf den seit dem 19. Jahrhundert populären Geschichtsmythos, der seinen Ausdruck unter anderem in Bauwerken wie dem gigantischen Hermannsdenkmal im Teutoburger Wald fand, feierlich eingeweiht von Kaiser Wilhelm I. im Jahr 1875.¹⁷⁰ Die Frage, bis zu welchem Grad die NS-Ideologie grundlegende gedankliche Übereinstimmungen mit bestimmten Strömungen des Protestantismus aufwies, vor allem mit dem «muskulären Christentum», kann hier nicht nur oberflächlich angerissen werden und bedarf weiterer Vertiefung.¹⁷¹

Ein Vergleich der SA mit anderen faschistischen Bewegungen im Europa der Zwischenkriegszeit deutet ebenfalls darauf hin, dass die Selbsteinschätzung vieler führender Köpfe der SA als christliche Krieger keineswegs ein deutsches Spezifikum war.¹⁷² Dass sich spanische und französische Faschisten eng mit der katholischen Kirche verbunden fühlten, ist seit langem bekannt.¹⁷³ Aber auch im Südosten Europas, am ausgeprägtesten in Rumänien, der Slowakei und Kroatien, verstanden ultranationalistische oder faschistische Milizen ihren politischen Aktivismus als eine Art modernen Kreuzzug. Die Eiserne Garde in Rumänien, die Hlinka-Garde in der Slowakei und die Ustascha in Kroatien waren «zutiefst mystische Bewegungen», die nicht trotz, sondern wegen ihrer religiösen Prägung zu exzessiver Gewalt neigten. Rory Yeomans hat mit Blick auf Kroatien angemerkt:

«Viele Ustascha-Führer hatten katholische Seminarschulen durchlaufen, und die [Ustascha-]Bewegung übte seit ihrer Gründung ihre stärkste Wirkung auf Theologiestudenten und die niedere Geistlichkeit aus.»¹⁷⁴ Für Corneliu Codreanu, den charismatischen Anführer der rumänischen Faschisten, war das «spirituelle Erbe» der eigentliche Kern seines extremen Nationalismus, «weil es allein das Siegel der Ewigkeit trägt». Seiner Spielart des Faschismus lag die Idee zugrunde, die christliche Lehre in die Sphäre der Politik zu konvertieren. Codreanu glaubte an eine Wiederauferstehung nicht nur einzelner Menschen, sondern auch ganzer Völker und sah in seiner faschistischen Politik letztlich den Ausdruck von Gottes Willen, denn Gott habe den Rumänen ihre «geschichtliche Bestimmung» vorgegeben.¹⁷⁵

Vor diesem transnationalen Hintergrund kann die zuweilen enge Beziehung zwischen frühem SA-Aktivismus und der christlichen Idee der Wiedergeburt nicht überraschen. Ohne einen transzendentalen Überbau wäre der Nationalsozialismus kaum in der Lage gewesen, seine am Ende so tödlichen Energien freizusetzen. Die im SA-Katechismus aufgeführten Regularien kleideten dieses Zusammenspiel in einfache Worte:

Die NS-Bewegung ist nicht nur kein Feind der Religion, sondern sie ist vielmehr der Überzeugung, dass das Volk und der Einzelmensch dringend der Religion bedarf, um über die seelischen Kräfte zur Führung des Lebenskampfes als einzelner wie als ganzes Volk zu verfügen. [...] Wir sind eben auch der Überzeugung, dass unsere ganze deutsche Kultur seit mehr als tausend Jahren auf das Christentum eingestellt ist und davon nicht mehr weggedacht werden kann.¹⁷⁶

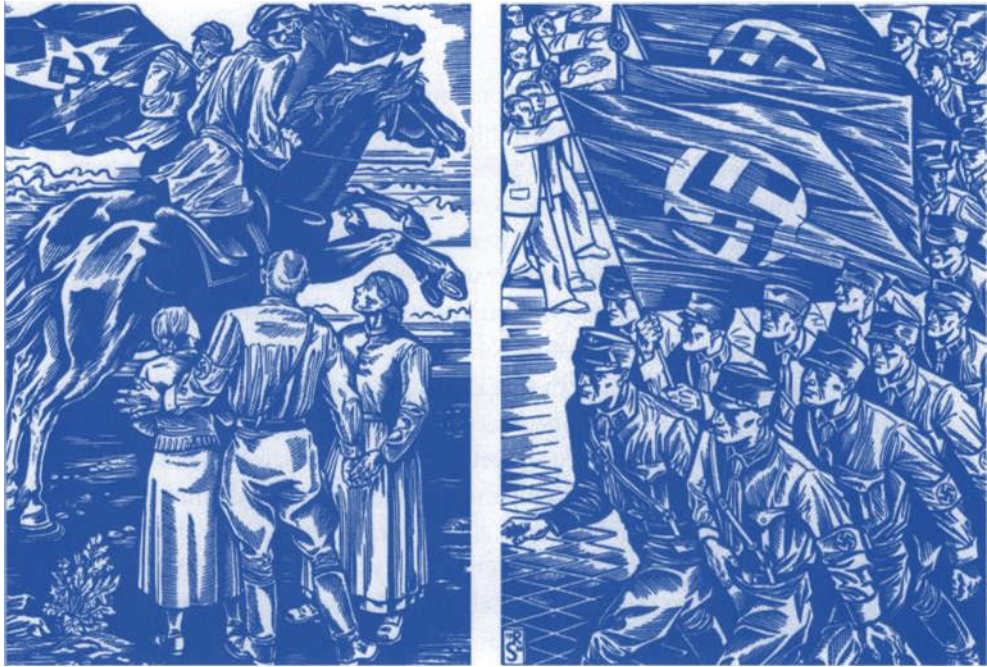
Doch schon zwei Jahre später, 1936, hatte sich das Verhältnis zwischen der NSDAP und den Kirchen erheblich abgekühlt. Das ging so weit, dass die Partei ihren Mitgliedern das Tragen von NS-Uniformen im Gottesdienst untersagte.¹⁷⁷ Andererseits konnte der Künstler Richard Schwarzkopf, Mitglied der Kunstakademie Düsseldorf, in dieser Zeit noch eine Serie von Holzschnitten anfertigen, die der Verschmelzung von NS-Ideologie und Christentum künstlerischen Ausdruck verlieh.¹⁷⁸ Seine Holzschnitte zeigen hochgradig stilisierte Szenen aus Strassenkämpfen der Nationalsozialisten gegen bolschewistische «Untermenschen». Die Kommunisten erscheinen dabei als zum Töten entschlossene Kreaturen, befehligt von einem Skelett zu Pferde, einer Personifizierung des Todes. Im Gegensatz zu ihnen sind die SA-Männer als idealtypische Ehemänner und Väter abgebildet, entschlossen, den Boden des deutschen Vaterlandes zu verteidigen.

gen. Auf einem Bild, das eine der Mater Dolorosa nachempfundene Szenerie zeigt, trauern SA-Männer um einen «gefallenen» Kameraden.¹⁷⁹ Schwarzkopfs Serie wurde 1937 im Rahmen der Grossen Deutschen Kunstausstellung in München gezeigt und von der SA in grossem Stil propagandistisch genutzt. Nach künstlerischen Massstäben gehörte die Serie zum Besten, was die «SA-Kunst» in jener Zeit zu bieten hatte.

Die sechs Holzschnitte von Schwarzkopf waren von der Tradition des *danse macabre* inspiriert, einer Allegorie auf die unbezwingbare, universelle Macht des Todes, ein Motiv, dessen früheste bildliche Darstellungen aus dem 15. Jahrhundert stammen. Schwarzkopfs direktes Vorbild war jedoch ein Zyklus von sechs Holzschnitten von der Hand des romantischen Malers Alfred Rethel, der Anfang 1849 die Sozialrevolutionäre seiner Zeit als politisch Besessene dargestellt hatte, als Opfer einer Ideologie, die dem Volk letzten Endes nur Tod und Vernichtung bescheren würde.¹⁸⁰ Rethels Zyklus erschien erstmals im Mai 1849 in Form von Kunstdrucken und wurde zu einem grossen kommerziellen Erfolg, nicht zuletzt weil konservative Vereinigungen die Druckausgaben aufkauften und kostenlos in Schulen und Kasernen verteilten. Noch jahrzehntelang blieben die Holzschnitte Rethels in der deutschen Mittel- und Oberschicht populär.¹⁸¹

Schwarzkopf machte aus Rethels Revolutionären von 1848 fanatische Gefolgsleute des Kommunismus der Zwischenkriegszeit, präsentierte dem deutschen Publikum aber zugleich einen möglichen Retter: die SA im Braunhemd als die neue Inkarnation des edlen Ritters und christlichen Streiters. Zum ersten Mal in der Geschichte der deutschen Kunst, jubelte die deutsche Presse 1937, habe ein Künstler einen *danse macabre* geschaffen, bei dem nicht der Tod, sondern das Leben den Sieg davontrage – ein Ergebnis, das der Kommentator als Frucht der angeblichen grundlegenden Umkehr hin zur «lebensbejahenden Weltanschauung unserer Tage» begrüsst.¹⁸² Der Kampf der SA wurde auf diese Weise in den Rang eines ewigen Ringens zwischen Gut und Böse erhoben, zwischen einer organischen Nation, die gewillt war, sich zu verteidigen, und der vermeintlich düsteren und letzten Endes tödlichen Lehre des Bolschewismus.

Die *Deutsche Passion* – so betitelte Schwarzkopf seinen Zyklus – verweist direkt auf Christus und seinen Leidensweg.¹⁸³ Die Parallelen zur christlichen Botschaft sind offenkundig: So wie Jesus Christus sein Leben für die Erlösung der Menschen gab, so opferten die SA-Kämpfer ihr Leben für die Nation. Der letzte von Schwarzkopfs sechs Holzschnitten kündigte denn auch den endgültigen «Sieg des Glaubens» an.



Holzsnitte des Düsseldorfer Künstlers Richard Schwarzkopf aus der 1936 entstandenen sechsteiligen Bildfolge «Die Deutsche Passion (Der Kampf der SA)». In den Werken ist der Kampf der SA als moderner Totentanz dargestellt. Neben dem konventionellen Motiv marschierender Braunhemden in «Der Sieg des Glaubens» (rechts) findet sich in «Das rote Gespenst rast» (links) das Motiv eines SA-Mannes als Landwirt und Familienvater, womöglich eine Anspielung auf die veränderten Aufgaben der SA nach 1934.

SA und Reichswehr

Der grelle Kontrast zwischen dem idealisierten Selbstbild der jungen «Kreuzritter» und ihren in vielen Fällen wenig ritterlichen Taten war für kritische Beobachter schon früh Anlass, die Selbsteinschätzung der Nazis als Phantasmagorie einer ursprünglich kleinen Gruppe irregeleiteter Männer abzutun, die den praktischen Anforderungen der modernen Zeit nicht gewachsen waren und sich daher in fantastischen Schwärmereien ergingen. Joachim C. Fest gehörte zu den Ersten, die die Nationalsozialisten als eine «wahrhaft verlorene Generation» bezeichneten. Nach seiner Einschätzung waren diese jungen Männer nachhaltig durch ihre Erlebnisse in den Freikorps und anderen paramilitärischen Formationen der nationalistischen Rechten geprägt, in denen sie «ihre Untüchtigkeit zu zivilen Existenzformen» mit einem «radikal gestimmten Abenteuerertum» kompensierten, das genuin kriminelle Taten einschloss, was nur notdürftig durch einen patriotischen Anstrich kaschiert wurde.¹⁸⁴ Fest identifizierte den «Nihilismus-in-Reih-und-Glied» denn auch als eines der zentralen Kennzeichen der SA-Verbände. Die zutiefst verstörenden persönlichen und kulturellen Erfahrungen des ersten modernen Krieges auf europäischem Boden hatten nach seiner Ansicht diesen Nihilismus befördert. Man müsse die SA, so meinte er, als Produkt der inneren Dynamik der Kriegsjugendgeneration in Wechselwirkung mit einem «zielbewussten revolutionären Willen» verstehen; dies sei eine «nahezu unwiderstehliche» Mischung gewesen, wie Fest, der ansonsten ohne jeden Anflug von Sympathie für die SA war, feststellte.¹⁸⁵

Die «Abenteurer» von der SA weckten spätestens von Ende der 1920er Jahre an das Interesse der regulären Streitkräfte. Besonders jüngere Reichswehroffiziere sahen nun in den paramilitärischen Verbänden der NSDAP weniger gefährliche Rivalen denn potentielle Verbündete. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Spannungen in Deutschland und der immer offenkundigeren Schwäche seiner demokratisch gewählten Regierungen begann die Reichswehr 1929 nach politischen Alternativen zu suchen. Der nach dem Ersten Weltkrieg geschlossene Pakt zwischen den Streitkräften und der SPD als der zunächst stärksten politischen Kraft im Land war bekanntlich von Anfang an keine auf Dauer angelegte Beziehung gewesen, sondern ein Zweckbündnis auf Zeit. Auch wenn die Sozialdemokraten mehr als einmal die Hilfe der Reichswehr in Anspruch nahmen, um kommunistische Aufstände niederzuschlagen, sollte sich zeigen, dass die Reichswehr nur so lange willens war, für die Demokratie einzustehen, wie sie in ihr das geringere Übel sah – etwa im Vergleich zu einer Machtübernahme der Kommu-

nisten oder einer Besetzung Deutschlands durch eine auswärtige Macht. Nach der Novemberrevolution von 1918 klagten deutsche Militärs wiederholt über eine Erosion staatlicher Autorität im Gefolge «der Niederlage und des Zusammenbruchs der Monarchie».¹⁸⁶ Charakteristisch war die nachfolgend zitierte Äusserung Horst von Metzschs, der in den 1920er Jahren zu den umtriebigen Militärschriftstellern gehörte. Er behauptete, über Generationen hinweg seien die grossen militärischen Heldengestalten der deutschen Vergangenheit «weitaus bessere Propheten, selbstlosere Freunde und weitsichtigere Pädagogen für das deutsche Volk» gewesen als die demokratischen Politiker der Gegenwart, die er als «Verführer» der Massen diffamierte.¹⁸⁷

Es war genau diese Vision einer vorausschauenden Volkspädagogik, die einige junge Reichswehroffiziere dazu bewog, in den späten 1920er Jahren Kontakt zu der im Aufstieg begriffenen NSDAP aufzunehmen.¹⁸⁸ Auch wenn das Verhältnis zwischen der Reichswehrführung und den Nazis offiziell angespannt blieb, kamen sich beide Lager in dem gemeinsamen Bestreben, die militärische Erziehung der deutschen Jugend trotz der von den Siegermächten verhängten Beschränkungen zu intensivieren, einander näher. Am 15. März 1929 forderte Hitler in einer öffentlichen Ansprache die Umwandlung der bestehenden Reichswehr in ein «Volksheer», ein Vorstoss, dem er in den darauffolgenden Monaten mehrere ähnliche Vorschläge folgen liess.¹⁸⁹ Ungefähr um dieselbe Zeit begannen Richard Scheringer, Hans Friedrich Wendt und Hanns Elard Ludin, drei junge Leutnants des in Ulm stationierten Fünften Artillerieregiments, über mögliche Lösungen für das nach ihrer Ansicht dringende und zugleich moralisch heikle Problem der Reichswehr zu diskutieren: wie man weiterhin einer «pazifistischen» Regierung treu dienen könne, wenn sich diese beharrlich der notwendigen Aufstockung der Reichswehr zu früherer Grösse und Stärke verweigere und damit die Sicherheit der Nation gefährde. Obwohl viele junge Offiziere bereits ihre Sympathie für die NSDAP entdeckt hatten, gehörten die drei Leutnants zu den Ersten, die direkte Gespräche mit der SA führten, was rechtlich den Tatbestand des Hochverrats erfüllte. Alle drei wurden unter dieser Anschuldigung im März 1930 verhaftet, angeklagt und am 4. Oktober desselben Jahres vom Reichsgericht in Leipzig zu anderthalb Jahren Festungshaft verurteilt.¹⁹⁰

Heute erinnert man sich an den «Ulmer Reichswehrprozess» vor allem deshalb, weil der als Zeuge geladene Hitler dem Gericht versicherte, seine Parteiversuche keinesfalls, die Regierung gewaltsam zu stürzen, sondern strebe nur noch auf legalem Weg zur Macht. Der Prozess war jedoch auch ein politisch bedeutsames Ereignis, das zu einer weiteren Annäherung zwischen der NS-Bewegung und revolutionär gesinnten Offizieren führte, weil insbesondere jene Offi-

ziere, die mit den Nationalsozialisten sympathisierten, das Urteil des Gerichts – und eigentlich schon die Anklageerhebung als solche – als demütigend empfanden. Das gewalttätige Auftreten der SA beeinträchtigte diese Annäherung nicht, weil das «militärische Ethos» jener Jahre ebenfalls die Überzeugung beinhaltete, man könne und dürfe «das Versagen oder den Verrat der Politik mit den Tugenden der Gewalt reparieren».¹⁹¹

Der Ulmer Reichswehrprozess radikalisierte die Angeklagten, wenn auch in unterschiedliche Richtung: Richard Scheringer wurde in jenen Monaten zum bekennenden Kommunisten, während Hanns Ludin nach Verbüßung seiner Strafe in die NSDAP eintrat. Der Sohn eines Gymnasialrektors aus Freiburg sass von Juli 1932 an für die Nationalsozialisten im Reichstag und wurde am 1. April 1933 zum Führer der SA-Gruppe Südwest ernannt.¹⁹² Scheringer und Ludin, die trotz ihrer gegensätzlichen politischen Orientierung bis an ihr Lebensende befreundet blieben, fühlten sich als Angehörige einer «durch und durch aktivistischen Generation». Sie wollten als Idealisten gesehen werden, die sich, vor die Wahl gestellt, ihren Eid als Berufssoldaten mit den Pflichten eines deutschen Patrioten zu versöhnen, für Letzteres entschieden hatten.¹⁹³ Ludin machte zu der Zeit den Eindruck eines wohlgezogenen jungen Mannes mit ästhetischen Neigungen, der sich erst später mit den rauen Sitten der SA anfreundete – so jedenfalls beurteilte ihn Ernst Niekisch auf der Basis einer persönlichen Begegnung im Jahr 1932 und ihm später zugetragener Gerüchte.¹⁹⁴ Im Gegensatz zu solch wohlwollenden Einschätzungen übte der junge Historiker Eckart Kehr 1930 scharfe, aber klarsichtige Kritik an den jüngeren Reichswehroffizieren und ihrem Mangel an Courage: «Das Reichswehroffizierskorps sieht sich stets nach dem Führer um, nach dem grossen Mann; sie wollen sich wie Prätorianer kommandieren lassen und wollen nicht nach dem Grund des Kommandos fragen.»¹⁹⁵

Die grosse öffentliche Aufmerksamkeit, die damals jungen Offizieren wie Ludin zuteilwurde, trug zu einer wachsenden Wertschätzung der SA in den Reihen des deutschen Bürgertums bei. Die Öffentlichkeit sah in diesen Offizieren zunehmend die Schrittmacher eines Zusammenwachsens von deutscher Militärtradition, Bildung, Nationalstolz und deutschem Kampfgeist. Auch Angehörige der Aristokratie, die kaum Interesse an einer Einebnung von Standesunterschieden hatten, vertraten in den frühen 1930er Jahren höchst uneinheitliche Ansichten über die SA, wobei sich die Jüngeren besonders hervortaten.¹⁹⁶ Der 1907 geborene Claus Schenk Graf von Stauffenberg, später der führende Kopf des militärischen Widerstands gegen Hitler, gehörte wie Ludin und Scheringer der Kriegsjugendgeneration an. Als Leutnant der Reichswehr bewegte er sich in den letzten Jahren der Weimarer Republik zwanglos in dem esoterischen und hoch-

gradig elitären Kreis der jungen Männer, die sich um den berühmten Dichter Stefan George scharten, organisierte für die SA aber auch verbotene nächtliche Wehrübungen.¹⁹⁷ Wie sein ihm wohlgesinnter Biograf Peter Hoffmann konstatierte, erfreute sich die Vorstellung von einer auf Milizen gestützten Armee, wie die Nazis sie in Artikel 22 ihres Parteiprogramms aus dem Jahr 1920 umrissen hatten und wie sie insbesondere SA-Stabschef Ernst Röhm in den frühen 1930er Jahren mit Nachdruck vertrat, bei aufstrebenden militärischen Führernaturen wie Stauffenberg grosser Beliebtheit.¹⁹⁸ Die Reichswehr veranstaltete in diesen Jahren in «fast allen Garnisonsstädten» Lehrgänge für SA-Männer, wie einer der beteiligten Ausbilder später berichtete.¹⁹⁹ Sie hoffte, die SA umpolen und als eine Art «Krisenpolizei» gewinnen zu können, auf die sie in Zeiten innerer Unruhen oder militärischer Angriffe von aussen zurückgreifen konnte.²⁰⁰ Auf der anderen Seite arbeitete Röhm der Reichswehr entgegen, indem er die SA im Februar 1931 im Sinne einer stärker militärischen Ausrichtung umstrukturierte.²⁰¹

Von der Warte vieler vaterländisch gesinnter Deutscher aus betrachtet, verdiente eine politische Bewegung, die das Zeug hatte, Männer wie Stauffenberg an sich zu ziehen und Landsleute über alle Gesellschaftsschichten hinweg zu mobilisieren, zumindest eine wohlwollende Prüfung. Die SA, die Praktiken pflegte, die mindestens so gewalttätig und aggressiv waren wie die ihrer Konkurrenten, wurde von vielen Zeitgenossen aus der Mittel- und Oberschicht schlicht mit anderen Massstäben gemessen. Während diese die politische Gewalt von links als eine ernsthafte Bedrohung für Gesetz und Ordnung einstufen, rechtfertigten sie die Gewalt der Nationalsozialisten als ein bedauerliches, aber notwendiges und daher letzten Endes legitimes Mittel der nationalen Selbstverteidigung. Die NSDAP schätzte Anfang 1932, dass neun von zehn Reichswehrosoldaten Sympathisanten oder loyale Gefolgsleute der Partei waren.²⁰² Diese Zahl dürfte deutlich zu hoch gegriffen sein, wirft aber ein Licht auf die überschäumende Siegesgewissheit der nationalsozialistischen Führungskader. Die darauffolgenden Jahre sollten zur Genüge beweisen, dass die Partei richtig lag mit der Annahme, von den deutschen Streitkräften keinen anhaltenden Widerstand gegen die Durchsetzung nationalsozialistischer Politikziele befürchten zu müssen.

TEIL II

Terror, Begeisterung und Enttäuschung

*«Ruhe und Ordnung» ist der Schlachtruf der Pensionisten.
Schliesslich kann man aber den Staat nicht nach den Bedürfnissen
der Pensionisten und Pensionistinnen führen.*

ERNST RÖHM, 1928¹

Am 1. Februar 1933, zwei Tage nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, veröffentlichte die einflussreiche liberaldemokratische Berliner *Vossische Zeitung* unter dem Titel «Der deutsche Mensch» einen Leitartikel von Erich Koch-Weser, einem ehemals führenden Kopf der Deutschen Demokratischen Partei, der 1928 bis 1929 Reichsjustizminister gewesen war. Offenbar waren die Redakteure der Zeitung – noch ganz im Bann des Siegeszuges von mehr als 10'000 SA-Männern durch das Brandenburger Tor – der Auffassung, Koch-Wesers Analyse des aktuellen Geschehens (bei dem es sich um einen Auszug aus seinem angekündigten Buch mit dem geplanten Titel *Und dennoch aufwärts!* handelte) sei ein treffender Kommentar zur neuen Lage. Während Koch-Weser im ersten Teil seines Artikels in eher konventionellem Stil die unerfreulichen Erscheinungen der modernen Gesellschaft beklagte, sezierte er im zweiten Teil die jüngsten Erfolge der NS-Bewegung ebenso originell wie aufschlussreich. Als ehemaliger Reichsjustizminister wusste er sehr genau über die Verbrechen Bescheid, die die SA in den zurückliegenden Jahren begangen hatte. Die von den Nationalsozialisten ausgehende Faszination musste nach Überzeugung Koch-Wesers in allererster Linie als Indiz für eine weitverbreitete Politikverdrossenheit interpretiert werden:

Der deutsche Mensch in der Einsicht, nichts Eigenes durchsetzen zu können, unterwirft sich plötzlich einem fremden und brutalen Willen. Indem er seine innere Zerrissenheit und die Zerrissenheit seiner Umwelt spürt, ruft er nach einem Machthaber und einem Machtstaat, dem er sich nunmehr blindlings in Kadavergehorsam überlässt. Er verzichtet darauf, seine Gefolgschaft vor sich und anderen zu begründen. [...] Wenn er nichts gilt, so soll wenigstens der grosse Haufen etwas gelten, dem er angehört. Er macht Schluss mit Diskussionen, denen er nicht gewachsen ist, und schreitet zur Aktion. Die Politik

der Ideen wird durch eine Politik der Sachen und Männer abgelöst. Der Nationalsozialismus mit seinem äusseren Gehabe, mit seinen Massenansammlungen und militärischen Machtentfaltungen, ist ein solcher Protest gegen die Idee und die Persönlichkeit. Gewiss glaubt man noch, Persönlichkeit zu sein, wenn man in stolzer Uniform durch die Strassen marschiert. Gewiss glaubt man noch, Ideen zu vertreten, wenn man die erhabenen Phrasen der Kaiserzeit mit den volkstümlichen Schlagworten des Sozialismus verbindet. Gewiss glaubt man noch, Persönlichkeitskult zu treiben, wenn man einem «Führer» nachläuft, dessen Ziel man gar nicht kennt. In Wahrheit aber ist es die Macht und die Masse, die anzieht, und die Primitivität, die lockt.²

Eine kritische Einstellung zu den «Volksmassen» war bei vielen europäischen Intellektuellen spätestens mit dem Erscheinen von Gustave Le Bons einflussreichem Werk *Psychologie des foules* 1895 in Mode gekommen.³ Die Feststellungen, die Koch-Weser traf, gingen jedoch über wohlfeilen Kulturpessimismus hinaus. Sie berührten den Kern der nationalsozialistischen Psyche und lieferten eine plausible Begründung für das plötzlich zutage tretende paradoxe Gefühl von Verbitterung und Aggression, das sich bei vielen SA-Männern im vermeintlichen Augenblick des Triumphs einstellte.⁴

In diesem Kapitel wird der um sich greifende SA-Terror jener Zeit, der sich zunächst und vor allem gegen die politische Linke und die Juden⁵ richtete und 1933 ein zentraler Faktor für die Durchsetzung der Hitlerdiktatur war, unter drei Aspekten betrachtet: zum Ersten als unmittelbar ausgeübte körperliche Gewalt mit dem Ziel, Tausende überall im Reich einzuschüchtern, zu verletzen oder zu töten; zum Zweiten als Botschaft an Sympathisanten wie Gegner der SA, dass in Deutschland von nun an ein neuer, nationalsozialistischer Wind wehe; und zum Dritten als Eruption jener jahrelang aufgestauten Ressentiments der SA-Männer. Die reinigende Kraft solcher Gewaltausbrüche sollte allerdings nicht überschätzt werden. Im Gegensatz zu Elias Canetti, der in seiner berühmten Studie *Masse und Macht* die «Entladung» der in der Masse aufgestauten Energien als das entscheidende Erlebnis definierte, mit dem alle, die in diesem Moment Teil der Masse waren, «ihre Verschiedenheiten loswerden und sich als gleiche fühlen»,⁶ wird im Folgenden argumentiert, dass die Eruptionen des nationalsozialistischen Terrors von 1933 dem Regime zwar strategische Vorteile, aber dennoch bestenfalls eine vorübergehende Beruhigung brachten. Sie konnten keinesfalls auf Dauer für Harmonie im nationalsozialistischen Lager sorgen, wo man zwar siegestrunken lärmte, innerlich aber nach wie vor zerrissen war.

Gemischte Gefühle im Moment des Sieges

Nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler machte der Pessimismus, der vom Herbst 1932 an grosse Teile der SA ergriffen hatte, für einige Zeit neuer Erregung und Hoffnung Platz. Für viele NS-Aktivisten wurde die Vision eines «Dritten Reiches» – in ihrer Fantasie eine rassistische und sozial definierte Gemeinschaft aller Deutschen, in der das politische Engagement der SA-Leute symbolisch und materiell reich belohnt würde – jetzt Wirklichkeit oder schien zumindest zum Greifen nahe. Im Februar und März 1933 verboten die Reichsregierung und die Länderregierungen viele der Organisationen der politischen Linken und lösten auch einen Grossteil der paramilitärischen Gruppierungen auf der nationalistischen Rechten auf. Das SPD-nahe Reichsbanner und die Eiserne Front wurden am 10. März 1933 verboten, zwei Wochen später auch der rechte Jungdeutsche Orden (Jungdo), der Bund Oberland, die Bayernwacht und Stennes «schwarze Garden». ⁷ Übermotivierte SA-Trupps, die es darauf anlegten, die polnischen Streitkräfte zu provozieren und damit die blutigen Zusammenstösse, die nach Ende des Ersten Weltkriegs ausgebrochen waren, neu zu entfachen, wurden angewiesen, sich von der polnischen Grenze fernzuhalten. ⁸ Zum Verdross vieler SA-Männer hatten Aufbau und Konsolidierung des «Dritten Reiches» bis in die zweite Hälfte der 1930er Jahre hinein Vorrang vor territorialen Ambitionen.

Die «Eroberung» der Weimarer Republik und die Etablierung einer modernen Diktatur gingen nicht nur mit einer Welle von Terrorakten gegen all jene einher, die die Nationalsozialisten als ihre Feinde betrachteten, sondern führten auch zu Ausbrüchen mitunter widersprüchlicher Gefühle: Vergeltung, Hass, Wut, Erregung. Der 45-jährige Gerhard Ritter, seinerzeit Professor an der Universität Freiburg und später einer der bedeutendsten Historiker der frühen Bundesrepublik, erklärte Mitte Februar 1933, die neue Stimmungslage in Deutschland erinnere ihn an einen «national-sozialistischen Rauschtrank». ⁹ Ähnlich erinnerte sich der Psychiater Alexander Mitscherlich in seiner 1980 erschienenen Autobiografie *Ein Leben für die Psychoanalyse* an jene Jahre als eine durch einen «allgemeine[n] Konsensus, ein allgemeines, ja beinahe rauschhaftes Einschwanken in eine Linie» geprägte Zeit. Er habe bereits im Frühjahr 1933 von den ersten «Schutzhaftlagern» gewusst, sie damals aber nur als eine quasi «latente Drohung» wahrgenommen. ¹⁰ Franz Göll, ein einfacher Berliner, der über sein Leben akribisch Buch führte, vergass den «Jubel der Massen» nie und beschrieb seine eigene Gefühlslage im Jahr 1933 als die eines «ins Delirium Gefallenen» – ein Gefühlszustand, der bei ihm freilich nicht lange anhielt. ¹¹

Die meisten Deutschen drehten aus Überzeugung oder in weiser Vorsicht ihr Fähnchen nach dem neuen Wind. In die SA einzutreten war jetzt verlockender denn je. Mitunter suchten Schützen- und Turnvereine geschlossen um Aufnahme, nach Möglichkeit als «Sonderformationen».¹² Neue Mitglieder strömten so zahlreich in die Partei, dass altgediente Nationalsozialisten die Befürchtung hegten, die in der NSDAP ausgebrochene Goldgräberstimmung werde überwiegend Leute anziehen, die nur auf den eigenen Vorteil bedacht waren. Elfriede Conti, die Ehefrau des SA-Manns Leonardo Conti, der von 1928 an als Arzt für die NSDAP im Gau Berlin-Brandenburg tätig war und später zum Reichsgesundheitsführer und Staatssekretär im Reichsinnenministerium aufstieg, notierte am 3. März 1933: «Selbstlose Menschen scheinen in Deutschland beinahe ausgestorben zu sein! Was man an Postenjägerei, offener und versteckter von Kleinen und Grossen erleben musste, hat einem als erstes einen gehörigen Schuss Menschenverachtung beigebracht.»¹³ Die Bezeichnung «Märzgefallene» feierte im Frühjahr 1933 ein unerwartetes Comeback. Ursprünglich auf Opfer der Märzrevolution von 1848 gemünzt, wurde der Ausdruck jetzt in sarkastischer Absicht auf die 1,7 Millionen Deutschen übertragen, die vielfach primär aus opportunistischen Gründen zwischen Januar und Ende April 1933 in die NSDAP eintraten.

Die SA gehörte zu den Organisationen, die von den neuen Verhältnissen zunächst stark profitierten. Karl Ernst, der führende Mann der SA-Gruppe Berlin-Brandenburg, hielt das für ein Gebot der Billigkeit. Im Juli 1933 schrieb er: «Der Erfolg der nationalen Revolution ist in erster Linie, ja fast ausschliesslich, dem unermüdlichen Opfermut der SA zu verdanken. Die SA ist auch weiterhin der Garant für den folgerichtigen Aufbau des neuen Staates. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass die Kämpfer der SA dafür auf der anderen Seite von den mannigfachen Vorteilen, die der neue Staat ihnen zu verschaffen imstande und verpflichtet ist, nicht ausgeschlossen werden.»¹⁴

Die Versorgung von Parteigenossen mit Arbeit, ein Vorhaben, das in der Sprache des neuen Regimes als «Arbeitsschlacht» glorifiziert wurde, rangierte weit oben auf der Prioritätenliste der Partei. Schon im Juni 1933 einigten sich die deutschen Arbeitgeberverbände, die Arbeitsämter des Reiches und Vertreter von SA und Stahlhelm auf Grundregeln für eine «Sonderaktion», die Mitgliedern von SA, SS und Stahlhelm privilegierten Zugang zu Arbeitsplätzen gewähren sollte, vorausgesetzt, die Betroffenen waren schon vor dem 30. Januar 1933 in diese Organisationen eingetreten und konnten daher als «Alte Kämpfer» anerkannt werden.¹⁵ Um sicherzustellen, dass Stellen in der Verwaltung und öffentliche Aufträge vorzugsweise an «echte» SA-Mitglieder gingen und nicht an irgendwelche neu zugelaufenen «Freunde» und «Vettern», wurden sogenannte SA-Ver-



Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Januar 1933 versuchten viele deutsche Unternehmen vom Regimewechsel zu profitieren, indem sie Produkte auf den Markt brachten, die speziell auf nationalsozialistisch gesinnte Verbraucher zugeschnitten waren. Das Foto vom Dezember 1933 zeigt eine junge Verkäuferin im Laden einer Puppenfabrik in Berlin-Mitte, die eine Puppe in SA-Uniform und Hitlergruss-Pose vorführt. Das Bild vermittelt den Eindruck, dass dieser Hersteller ein breites Sortiment ähnlicher Puppenmodelle in SA- und BDM-Uniformen als potentielle Weihnachtsgeschenke für deutsche Jungen und Mädchen im Angebot hatte.

bindungsführer auf unterschiedlichen Ebenen der Kommunal- und Länderverwaltungen eingesetzt. Mancherorts taten diese Verbindungsführer nicht viel mehr, als die Bewerbungen arbeitsloser SA-Männer zu sammeln und an das zuständige Arbeitsamt weiterzuleiten. Anderswo jedoch, etwa in Detmold, konnte die SA den lokalen Arbeitsmarkt vollständig unter ihre Kontrolle bringen. Sie platzierte einen mit weitreichenden Befugnissen ausgestatteten Leitungsausschuss im Arbeitsamt des Kreises Lippe, bestehend aus frisch verbeamteten SA-Männern, die rücksichtslos die Interessen ihrer Organisation durchsetzten.¹⁶

Bis zum Herbst 1933 war es der SA gelungen, ihren Einfluss auch in halb-öffentliche und private Sektoren der Wirtschaft hinein auszuweiten. In der Reichshauptstadt ernannte die SA-Brigade Berlin-Mitte einen «Arbeitsbeschaffungsreferenten», der ortsansässige Unternehmen mit der Drohung, sie andernfalls von öffentlichen Auftragsvergaben auszuschliessen oder sie als Saboteure anzuzeigen, zur Einstellung einer erheblichen Zahl erwerbsloser SA-Männer bewog.¹⁷ «Unterschlupf» fanden SA-Leute auch in Geschäftsstellen der AOK sowie in den Filialen privater Versicherungsgesellschaften und Banken, wo anspruchlose und gering bezahlte Stellen mit Angehörigen dieser Gruppe besetzt oder, was nicht selten geschah, für sie erst neu geschaffen wurden.¹⁸ Arbeitgeber erschien es offenbar opportun, die geforderten neuen Arbeitsplätze bereitwillig zur Verfügung zu stellen, konnten sie damit doch ihr vaterländisches Verantwortungsgefühl und ihre politische Gefügigkeit demonstrieren. In den Augen vieler Deutscher und insbesondere unter den deutschen Juden trug dieses Verhalten zu der sich überraschend schnell vollziehenden umfassenden Nazifizierung des öffentlichen Lebens bei, was als Gegenreaktion vielfach den Rückzug in den geschützten Bereich der Familie auslöste.¹⁹ Exakte Angaben darüber, wie viele Deutsche von der «Arbeitsschlacht» profitierten, liegen nicht vor, doch kann man angesichts des erheblichen Rückgangs der Zahl erwerbsloser SA-Leute zwischen 1933 und 1935 davon ausgehen, dass sie in vielen Fällen von ihrer SA-Mitgliedschaft profitierten, sei es offiziell über die amtliche Arbeitsvermittlung oder auf inoffiziellen Wegen.²⁰

Trotz dieser institutioneilen Bevorzugung konnten nicht alle SA-Männer mit bezahlter Arbeit versorgt werden, weil – wie das Nürnberger Arbeitsamt im Juli 1934 sarkastisch feststellte – der verbliebene Rest überwiegend aus Ex-Sträflingen, Versehrten und Männern über sechzig bestand.²¹ Es kann nicht überraschen, dass sich in den Tagen nach der Niederschlagung des «Röhm-Putsches», der «Nacht der langen Messer», ein in den regulären Verwaltungen weitverbreitetes

Unbehagen an der zuvor selbstherrlich und anmassend auftretenden SA in solch despektierlichen Kommentaren niederschlug. Unabhängig davon bestand ohne Zweifel ein grosses Ungleichgewicht zwischen der Selbsteinschätzung vieler langjähriger SA-Männer und ihren tatsächlichen beruflichen Qualifikationen, die sie oft nicht einmal für die Ausübung einfacher Tätigkeiten befähigten. Ein erheblicher Teil der arbeitslosen Nationalsozialisten lehnte die ihnen zunächst angebotenen Hilfsarbeitertätigkeiten auf dem Bau oder in der Landwirtschaft ab, weil sie eine «saubere» Bürotätigkeit bevorzugten. Wenn es um diese beliebteren Stellen ging, standen die «Alten Kämpfer» der SA jedoch im Wettbewerb mit deutlich besser ausgebildeten Männern, die sich erst in jüngster Zeit der NSDAP und ihren Organisationen angeschlossen hatten.

In den Reihen der einfachen NS-Aktivisten der ersten Stunde ohne höheren Schulabschluss wurden in der Folge denn auch bald Ressentiments gegen die neuen Parteigenossen laut. In den Augen der SA war es skandalös, dass die erfahrenen «Strassenkämpfer», die – tatsächlich oder vermeintlich – ihre Gesundheit und ihr Leben für die nationalsozialistische Sache aufs Spiel gesetzt hatten, nun nicht die Früchte ihres jahrelangen Einsatzes ernten konnten, sondern sich stattdessen einer rasch wachsenden Zahl von Opportunisten erwehren mussten.²² Gerade die mehr als sechzig über ganz Deutschland verteilten SA-Hilfswerklager, in denen zeitweise bis zu 20'000 Männer untergebracht waren, entwickelten sich 1933 und 1934 zu Brennpunkten der Unzufriedenheit. Dabei waren die Gehälter, die die SA-Führer in diesen Lagern bezogen, mehr als grosszügig bemessen angesichts der wirtschaftlichen Not, unter der die meisten Deutschen in diesen Jahren litten.²³ Im Gegensatz zu den SA-Führern erhielten die kasernierten einfachen SA-Männer jedoch nur sehr moderate wöchentliche Zahlungen. Wenig überraschend waren auch die bescheidenen Vergünstigungen, die die Kommunalverwaltungen der SA zugestanden – verbilligter Eintritt in öffentliche Schwimmbäder, die kostenlose Nutzung städtischer Gebäude für Aktivitäten der SA oder auch Steuerrabatte für ihre Botenhunde –, nicht dazu angetan, die aufgebrachten Parteiveteranen zu besänftigen.²⁴ Handgreifliche Auseinandersetzungen mit Einheimischen in Kneipen und Lokalen sorgten dafür, dass die Hilfswerklager der SA in der Öffentlichkeit bald in einem schlechten Ruf standen. Die Streitereien wurden oft von angetrunkenen kasernierten Nazis vom Zaun gebrochen, die ihre Frustrationen durch Vandalismus abregierten, lokalen Amtsträgern mit Verhaftung drohten oder mit ihren Schusswaffen auf «Forellenjagd» gingen – offenbar ihre spezifische Variante der Dynamitfischerei.²⁵

Diese wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Hintergründe sind in Betracht zu ziehen, wenn man eine Bilanz der SA-Gewalt in den Anfangsjahren des «Drit-

ten Reiches» ziehen will. Diese Gewalt richtete sich zunächst und vor allem gegen die tatsächlichen oder auch nur vermeintlichen politischen und ideologischen Widersacher der Nationalsozialisten: Kommunisten, Sozialisten, Gewerkschafter und Juden. Darüber hinaus wurde sie jedoch immer mehr auch zu einer Botschaft an diejenigen im nationalsozialistischen Lager, die den Zielen der SA und der Erfüllung der sozialen Versprechungen, die ihr angeblich gemacht worden waren, im Wege standen. Der Umstand, dass mehreren SA-Führern ein schneller Aufstieg in Ämter mit umfangreicher Macht und erheblichen Einkünften gelang, sorgte keineswegs dafür, dass die Unzufriedenheit an der Parteibasis abnahm. Einige SA-Führer erlangten dadurch zwar das finanzielle und manchmal auch soziale Kapital, ihren Gefolgsleuten unter die Arme greifen zu können, doch die Kluft zwischen den Etablierten in der Partei und dem Fussvolk konnte das nicht verringern – im Gegenteil.

Ein Vorfall aus Koblenz illustriert sowohl die gestiegene Erwartungshaltung der SA-Führer als auch den wachsenden öffentlichen Unmut über ihr als anmassend empfundenen Auftreten. Am 17. April 1934 erschien in einer Koblenzer Zeitung die Anzeige eines «höheren SA-Führers», der eine «moderne Wohnung mit 5 bis 6 Zimmern mit allen modernen Annehmlichkeiten» suchte, und zwar in bester Lage nahe dem Rheinufer.²⁶ Es war durchaus nicht unüblich, durch Angabe von Beruf und Stellung Vermieter von der eigenen Seriosität zu überzeugen, doch rief diese Anzeige starke Kritik hervor. Ein vermeintlich «alter Parteigenosse» beschwerte sich sogar in einem anonymen Brief an Rudolf Hess, der 1933 zum Stellvertreter des Führers ernannt worden war. Die in der Anzeige formulierten Ansprüche hätten bei den Einwohnern von Koblenz Ressentiments gegen die SA geweckt. Einem hochrangigen SA-Führer, der solche Ansprüche stelle, fehle es ganz offensichtlich an «nationalsozialistischem Geist und an Überzeugungskraft».²⁷ Die soziale Schranke zwischen der höheren SA-Führung und den gemeinen Männern, schon seit den Tagen des Pfeffer von Salomon ein Charaktermerkmal der SA, bestand trotz aller gegenteiligen Beteuerungen der Partei fort.²⁸

Die Erniedrigung des Gegners

Nach der Ernennung Hitlers zum Kanzler einer neuen nationalistischen Koalitionsregierung war die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) darauf gefasst, verboten zu werden, und bereitete sich auf die Illegalität vor. Die Nazis setzten jedoch auf kaum verhüllten Terror anstatt auf eine rechtsstaatliche Vorgehensweise. Den Brand des Reichstagsgebäudes in der Nacht vom 27. auf den

28. Februar 1933 nutzten sie als Fanal mit hohem Symbolwert und zugleich als Vorwand für die systematische Verfolgung ihrer politischen Gegner. Die Flammen loderten noch, als Polizeikommandos, verstärkt von SA und SS, Büros und Geschäftsstellen der KPD und die Privatwohnungen ihrer Aktivisten und Anhänger stürmten und anhand vorgefertigter schwarzer Listen Kommunisten und Sozialisten reihenweise festnahmen. Nicht zuletzt wegen dieses blitzartigen Vorgehens mutmassten nicht wenige Zeitzeugen, dass die Nationalsozialisten selbst hinter der Brandstiftung steckten. Dagegen folgte die Geschichtsschreibung der Nachkriegszeit überwiegend der sogenannten Alleintäterthese, derzufolge der holländische Anarchist Marinus van der Lubbe die Tat auf eigene Faust, als «einsamer Wolf», begangen hatte.²⁹ Jüngere Recherchen des Historikers Benjamin Hett und anderer haben diese lange vorherrschende Ansicht allerdings ins Wanken gebracht. Hett vertritt mit überzeugenden Argumenten die Ansicht, dass höchstwahrscheinlich ein Sonderkommando von SA-Leuten, die sich gut mit dem Einsatz von Brandbeschleunigern auskannten, das Reichstagsgebäude auf Anweisung Görings und Karl Ernsts in Brand gesetzt hat.³⁰

Während über die Hintergründe des Reichstagsbrands weiterhin kontrovers diskutiert wird, sind sich die Historiker über dessen Folgen einig. Die «Notverordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat», die Hindenburg am Nachmittag des 28. Februar 1933 unterzeichnete, hob wichtige, von der Weimarer Verfassung garantierte Freiheitsrechte auf. In den darauffolgenden Wochen nutzten die Nazis diese Verordnung zur Rechtfertigung ihres rücksichtslosen Vorgehens gegen alle, die ihnen im Weg standen. Allein in Berlin wurden 1'500 Kommunisten, vom einfachen Parteimitglied bis zum hochrangigen Funktionär, unter Berufung auf den Reichstagsbrand verhaftet und eingesperrt. Sogar Reichstagsabgeordnete der KPD wurden unter klarer Missachtung ihrer von der Verfassung garantierten Immunität festgesetzt. Mit ihren Razzien zerschlugen die Nazis letztlich den grössten Teil der auf lokaler und regionaler Ebene bestehenden Parteistrukturen der KPD. Im März 1933 nahmen sie allein in Leipzig 476 Personen in «Schutzhaft». Im Ruhrgebiet und im Rheinland setzten SA-Verbände gemeinsam mit regulären Polizeikräften bis zum April 1933 nicht weniger als 8'000 kommunistische Parteifunktionäre fest. In Bayern belief sich die Zahl der Verhafteten auf 3'000, im Bezirk Halle auf 1'400 und in Baden auf 900.³¹

Eine zweite bedeutende Opfergruppe waren die Juden. Ideologische Vorurteile und wirtschaftliche Interessen flossen in dieser Verfolgungswelle zusammen. Bestens illustrieren lässt sich das an den Boykottaktionen der Nazis im März und April 1933.

Im Verlauf dieser Monate standen SA-Männer Wache vor jüdischen Geschäften und beschmierten deren Schaufensterscheiben und Wände mit antisemitischen Parolen. Sie gingen auch auf jüdische Geschäftsleute und ihre Angehörigen los, worüber sich deren «arische» Konkurrenten oft genug die Hände rieben.³²

Die Zahl der Opfer des nationalsozialistischen Terrors in dieser Zeit lässt sich nicht genau rekonstruieren. Wie die in New York erscheinende *Evening News* am 8. April 1933 meldete, schätzte Hitler selbst den Blutzoll, den die «Wiedergeburt Deutschlands» gefordert hatte, auf 330 Tote; weitere 40'000 Menschen hätten Verletzungen davongetragen, 100'000 seien aus dem Wirtschaftsleben hinausgedrängt worden.³³ Hitler meinte mit diesen Zahlen allerdings die «Opfer», die die NS-Bewegung in der «Kampfzeit» gebracht hatte, und nicht die von den Nationalsozialisten in den Wochen nach seiner Ernennung zum Reichskanzler verfolgten, eingesperrten und ermordeten Menschen. Nach heutigem Erkenntnisstand muss man selbst bei vorsichtiger Schätzung davon ausgehen, dass die Nazis im Verlauf des Jahres 1933 mehr als 80'000 Personen in Haft nahmen. Mehr als 500, vielleicht sogar doppelt so viele, wurden entweder umgebracht oder starben später an den Folgen der erlittenen Misshandlungen und Folterungen.³⁴

In den ersten Wochen nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten landeten die meisten Inhaftierten in illegalen Gefängnissen der SA, die in vielen grösseren deutschen Städten kurzfristig eingerichtet worden waren. Kellergeschosse von SA-Stammlokalen, Turnhallen, Jugendherbergen, Kasernen oder leer stehende Fabrikgebäude wurden als improvisierte Haftanstalten genutzt. Oft bestanden sie nur für wenige Tage oder Wochen und wurden dann von grösseren Konzentrationslagern abgelöst, die entweder von den Länderregierungen oder von der SA oder der SS betrieben wurden.³⁵ Allein für Gross-Berlin hat die historische Forschung bis heute mindestens 240 Orte und elf frühe Konzentrationslager identifiziert, in denen NS-Opfer gefoltert wurden. Diese Haftorte waren 1933 über die ganze Stadt verteilt und wurden von SA-Einheiten aus dem jeweiligen Stadtviertel relativ eigenständig betrieben.³⁶ Der frühe SA-Terror wurde zu einem unübersehbaren und manchmal auch unüberhörbaren Element der NS-Herrschaft. Berliner, die in direkter Nachbarschaft eines solchen Gefängnisses wohnten, konnten die Schreie der Häftlinge hören, wenn diese von ihren Bewachern halb zu Tode geprügelt wurden. In den Krankenhäusern der Stadt hatten Ärzte immer öfter übel zugerichtete Folteropfer zu versorgen, für die häufig jede ärztliche Hilfe zu spät kam. Auch die Leichen Getöteter wurden eingeliefert.³⁷

Die von der SA in dieser Zeit verübte Gewalt war vor allem physischer Natur, aber oft mit einer eindringlichen symbolischen Botschaft verbunden.



SA-Männer versperren am 1. April 1933 die Eingänge des Kaufhauses Ehape in der Kölner Bahnhofstrasse. Die Einheitspreis-Handelsgesellschaft mbH gehörte zur Kaufhausgruppe Leonhard Tietz AG, die sich bald darauf, im Juli 1933 – nachdem die deutsch-jüdische Familie Tietz zum Verkauf ihrer Eigentumsanteile gezwungen worden war –, in Westdeutsche Kaufhof AG umbenannte. Das Foto zeigt mindestens drei unterschiedliche Reaktionen auf diesen «Boycott»: Einige Frauen gehen zügig an den SA-Männern vorbei, ohne ihnen Beachtung zu schenken. Dagegen sind zwei Männer ins Gespräch mit den SA-Posten getreten. Während die Körpersprache des Hutträgers auf ein entspanntes Gespräch schliessen lässt, deutet die Haltung des Mannes mit dem Fahrrad an, dass er und der SA-Mann einen kontroversen Dialog führen.

Letztlich ging es der SA um die Demütigung ihrer Opfer und deren vollständige körperliche und psychische Zerstörung, was mitunter dazu führte, dass sich die Opfer in der Gefangenschaft oder später, nach ihrer Freilassung, das Leben nahmen.³⁸ Viele der Festgenommenen wurden erniedrigt und gequält. Stundenlange Prügelorgien und Scheinhinrichtungen waren an der Tagesordnung. In Berlin wurde ein Mitglied des Reichsbanners gezwungen, die Stiefel seiner SA-Bewacher zu wischen, ihren Harn zu trinken und in einem Fall sogar den Anus eines SA-Mannes abzulecken.³⁹ In Erfurt mussten Insassen eines dieser frühen Konzentrationslager antisemitische Parolen rufen, während ihre Peiniger mit Eisenstangen, Lederriemen und Gummiknüppeln auf sie einschlugen.⁴⁰ In vielen der frühen KZ wurden Häftlinge wiederholt mit monotonen und erniedrigenden Verrichtungen drangsaliert, etwa wenn sie mit einer Zahnbürste den Boden putzen oder mit blossen Händen die Latrine reinigen sollten. Die sogenannten Leibesübungen, die die Inhaftierten – oft in geschwächtem und lädiertem Zustand – vor den Augen ihrer feixenden SA-Bewacher absolvieren mussten, dienten einem ähnlichen Zweck.⁴¹ In einem SA-Keller in Köln-Porz erteilten die Wärter den Gefangenen «Schwimmunterricht», indem sie ihnen ein Seil um den Hals banden und sie dann so weit hochzogen, dass sie gerade noch mit den Zehenspitzen den Boden berührten und verzweifelt zu zappeln begannen.⁴² Drastische Methoden körperlicher und psychischer Folter wurden auch gegen den Sozialdemokraten Hermann Liebmann angewandt, den ehemaligen Innenminister des Landes Sachsen. Er war von sächsischen SA-Männern ins Konzentrationslager Hohnstein gebracht worden, wo seine Bewacher ihn zwangen, die politischen Reden, die er in den zurückliegenden Jahren im sächsischen Landtag gehalten hatte, noch einmal vorzutragen. Anschliessend stachen sie mit Messern auf ihn ein. Liebmann verlor ein Auge und starb 1935 an den Folgen seiner Verwundungen.⁴³

Die von der SA im Jahr 1933 ausgeübte Gewalt hatte auch eine unübersehbar geschlechterspezifische Dimension. Sie wurde fast ausschliesslich von Männern gegen Männer ausgeübt. Dies trug zum einen dazu bei, die hypermaskuline Identität der Täter zu stärken, die sich nun, nach Jahren wirtschaftlicher Not und gesellschaftlicher Marginalisierung, in die Lage versetzt sahen, physische und psychische Macht über andere auszuüben. Zugleich wurden die männlichen Gewaltopfer der SA demonstrativ «feminisiert» und manchmal auch symbolisch «entmannt».⁴⁴ So verhaftete die SA in Leipzig als Kommunisten bekannte Männer am helllichten Tag, teilte sie in «Putzkolonnen» ein und zwang sie, nazifeindliche Aufschriften von Hauswänden abzuwaschen.⁴⁵ Auch die sexuelle Dimension vieler Folterpraktiken der SA ist auffällig. Dieses Element des Terrors sollte man

nicht allein den Persönlichkeitsdefiziten irgendwelcher SA-Sadisten zuschreiben, sondern im Licht seiner politischen Funktion betrachten. Die Terrorkampagne, mit der die Nationalsozialisten 1933 das Land überzogen, sollte in erster Linie die politischen Organisationen der Linken zerschlagen und darüber hinaus sicherstellen, dass deren Aktivisten es nie wieder wagen würden, sich politisch zu betätigen. Nicht zuletzt aus diesem Grund zielten die Misshandlungen darauf ab, den Opfern ihre «Mannesehre» zu rauben.⁴⁶ De facto nahmen die Täter ihren politischen Gefangenen damit aber auch jede Möglichkeit, nach der Entlassung aus der «Schutzhaft» gegen ihre Peiniger vorzugehen, und zwar nicht nur, weil es kaum noch staatliche Institutionen gab, an die diese sich vertrauensvoll um Hilfe wenden konnten, sondern auch, weil die Scham, die sie bei einer Anzeige hätten überwinden müssen, zu gross war. Dass diese psychologische Hemmschwelle ausgesprochen wirksam war, lässt sich an der Tatsache ablesen, dass Erlebnisberichte freigekommener «Schutzhäftlinge» in deutschen Exilkreisen weitverbreitet waren, in Deutschland selbst jedoch nur wenig Aufmerksamkeit fanden. Moralisch im Recht zu sein half den Zehntausenden ehemaligen Häftlingen wenig, die es als tiefe Kränkung ihrer Männlichkeit empfanden, dass sie sich vor der Folter und Demütigung durch die SA nicht hatten schützen können.⁴⁷

Berüchtigte Schauplätze des SA-Terrors waren die Kasernen der SA-Feldpolizei in Berlin-Schöneberg und das Konzentrationslager Oranienburg, nicht weit nördlich der Hauptstadt auf dem Gelände einer ehemaligen Brauerei gelegen. Vom 21. März 1933 an internierte die SA-Standarte 208 dort im Verlauf eines Jahres mehr als 2'000 Personen. Namhafte Häftlinge in Oranienburg waren Ernst Heilmann, kurz zuvor noch Vorsitzender der SPD-Fraktion im Preussischen Landtag, die bekannten Schriftsteller Kurt Hiller und Erich Mühsam, die Reichstagsabgeordneten Friedrich Ebert jun. und Gerhart Seger sowie der populäre Hörfunkjournalist Alfred Braun. Neben Politikern und Intellektuellen der Linken wurden auch vierzig Jugendliche aus einem jüdischen Erziehungsheim im brandenburgischen Wolzig in das Lager Oranienburg eingewiesen. Der jüngste dieser Schüler war erst 13 Jahre alt. Die Verschiedenartigkeit der Inhaftierten bestätigt – zumal angesichts der besonders brutalen Behandlung der jüdischen Gefangenen – die in der Geschichtsforschung inzwischen unumstrittene Erkenntnis, dass der NS-Terror von Anfang bis Ende nicht nur politisch, sondern auch rassistisch motiviert war.⁴⁸

Dem ehemaligen Reichstagsabgeordneten Seger gelang im Dezember 1933 die Flucht aus Oranienburg. Er ging ins tschechoslowakische Exil und veröffentlichte 1934 den ersten ausführlichen Bericht über die Vorgänge in deutschen Kon-

zentrationen. ⁴⁹ Von besonderem Interesse ist hier ein Kapitel seines Buches, das die Überschrift «Die Lager-SA» trägt. Seger liefert darin eine kurze Analyse der Gruppenmentalität der SA-Männer. Angesichts seiner Vorgeschichte und seiner persönlichen Haft Erfahrungen urteilte er überraschend ausgewogen. Die grosse Mehrheit der achtzig bis hundert Männer, die der von der SA gestellten Lagerwache angehörten, hatte, wie Seger feststellte, ein sehr bescheidenes Bildungsniveau – erst recht im Vergleich zur sozialistischen Jugendbewegung. «Es wäre völlig verfehlt, bei dem durchschnittlichen SA-Mann irgendeine noch so bescheidene politische Meinung zu vermuten.» Das Wachpersonal habe über die bevorstehende Reichstagswahl am 12. November 1933 wie über einen Boxkampf von Max Schmeling oder ein wichtiges Fussballspiel gesprochen – für Seger ein Anzeichen für einen fast unvorstellbaren Grad an politischer Ahnungslosigkeit: «Wie viele SA-Leute haben überhaupt erst durch die Berührung mit uns politischen Gefangenen einen blassen Schimmer davon bekommen, dass es ausser Gewehr 98, Armeevolver 08, Gummiknüppel, Skatkarten, Bier und Geschlechtsverkehr noch andere Welten gibt!» ⁵⁰

Nicht alle SA-Wärter beteiligten sich allerdings aktiv an sadistischen Praktiken, wie Seger berichtete. Manche erwiesen den Häftlingen auch Gefälligkeiten, wenn und wo es möglich war. Seger beobachtete, dass nicht nur die Insassen, sondern auch die SA-Wachmannschaften ständig von ihren Vorgesetzten unter Druck gesetzt wurden. ⁵¹ Auch der jüdische Häftling Peter Blachstein, der der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) angehörte und in der ersten Jahreshälfte 1934 im sächsischen SA-Konzentrationslager auf der Burg Hohnstein einsass, hielt in seinen Erinnerungen fest, dass seine Bewacher extreme Brutalität an den Tag legen, aber zuweilen auch Mässigung zeigen konnten. Milde gestimmt waren sie insbesondere, wenn sie die beruflichen Fähigkeiten der Häftlinge für ihre eigenen Zwecke nutzen konnten. ⁵² Beide Zeitzeugen liessen allerdings keinen Zweifel daran, welche Verhaltensweisen überwogen: «Die Roheit ist in der SA ungemein viel weiter verbreitet als die Menschlichkeit.» ⁵³ In Oranienburg überlebten mindestens 16 von 3'000 Gefangenen die Haft nicht. In Hohnstein lag die Sterbequote offiziell bei 40 von 5'600 Inhaftierten, doch gab es nach Schätzungen eine Dunkelziffer von bis zu 140 ungemeldeten Todesfällen. ⁵⁴ Zur Häftlingszahl und zur Bestandsdauer der einzelnen Lager ins Verhältnis gesetzt, wiesen einige der kurzlebigen frühen Konzentrationslager eine noch höhere Sterberate auf als Oranienburg und Hohnstein. In dem von der SA betriebenen Konzentrationslager in Börnicke bei Berlin, das nur von Mai bis Juli 1933 bestand, wurden Berichten zufolge zehn Häftlinge ermordet. Insassen dieses Lagers wurden gezwungen,



Die Fotografie zeigt Häftlinge des von der SA geleiteten Konzentrationslagers Oranienburg bei gymnastischen Übungen («SA-Sport»). Der SA-Mann zwischen den Reihen gibt die Kommandos und macht die Übungen vor, während im Hintergrund postierte Braunhemden die korrekte Ausführung überwachen. Die Aufnahme entstand im Frühjahr oder Sommer 1933, vermutlich im Auftrag der Lagerleitung als Teil einer zur Veröffentlichung bestimmten Bilderserie. Die Abzüge wurden sowohl im Inland verbreitet als auch an Presseagenturen im Ausland verschickt und sollten Berichte über Folterungen in den frühen Konzentrationslagern widerlegen. Die körperliche Ertüchtigung von Häftlingen stand dabei besonders im Blickpunkt der NS-Propaganda. Die Lagerinsassen sollten angeblich durch Sport und körperliche Schwerarbeit «erzogen» und an Disziplin gewöhnt werden, damit sie im Idealfall eines Tages als nützliche Mitglieder in die «Volksgemeinschaft» zurückkehren konnten. Grosser Wert wurde darauf gelegt, sie in guter gesundheitlicher Verfassung zu zeigen, und auch darauf, dass sie medizinisch betreut wurden, worauf der SA-Mann mit Rotkreuzbinde am rechten Bildrand hinweisen soll. Das Konzentrationslager grenzte offenbar direkt an eine Wohnhaussiedlung an, was belegt, dass der frühe Terror gewissermassen vor aller Augen stattfand.

über Tage hinweg ohne ausreichende Pausen schwere Eisenbahnschienen zu schleppen. Sie mussten auf dem nackten Fussboden schlafen und erhielten nur dürftigste, wenig nahrhafte Essensrationen.⁵⁵

Die Terrorkampagne des neuen Regimes diente nicht nur der Vernichtung von gegnerischen Organisationen, Netzwerken und einzelnen Menschen, sondern sollte auch unbeteiligte Dritte, etwa politisch neutrale oder noch schwankende Beobachter, einschüchtern. Extreme körperliche Gewalt war nur eines von vielen Mitteln, die dabei eingesetzt wurden. Beschimpfungen und öffentliche Beschämungen erfüllten einen ähnlichen Zweck. An der Universität Heidelberg etwa platzten drei Studenten in SA-Uniform in eine Vorlesung des Medizinprofessors Georg Blessing, ergriffen den Ordinarius und schleppten ihn zum nächstgelegenen Polizeirevier. Die SA-Männer behaupteten, Blessing, ein Mitglied der katholischen Zentrumsparterie, habe Gelder der Universitätsklinik unterschlagen und Studentinnen unsittliche Anträge gemacht.⁵⁶ In ganz ähnlicher Weise «eskor-tierte» eine Meute von SA-Studenten im Mai 1933 den früheren Universitätsrektor Rudolf Helm zur Rostocker Polizeiwache. Sie warfen ihm vor, öffentliche Gelder erschwindelt zu haben und mit einer Jüdin verheiratet zu sein. Helm gestand später, dass er die Umstände seiner öffentlichen Blossstellung als demütigender empfunden habe als die «Schutzhaft», zu der er anschliessend verurteilt wurde. Die Universität tat nichts, um die Ehre ihres ehemaligen Rektors wiederherzustellen, und sah sogar von der Bestrafung der beteiligten Studenten ab.⁵⁷ Noch extremere Formen von Beschämung wurden in Fällen von «Rassenschande» angewandt. In Cuxhaven verschleppten im Juli 1933 Mitglieder der örtlichen Marine-SA ein deutsch-jüdisches Paar und zwangen es zu einem Spiessru-tenlauf durch die Stadt. Der Mann musste dabei ein Schild mit der Aufschrift tragen: «Ich nehm als Judenjunge *immer* nur deutsche Mädchen mit aufs Zimmer!» Auf dem der Frau umgehängten Schild stand: «Ich bin am Ort das grösste Schwein und lass mich nur mit Juden ein!» Ein Trompeter begleitete den Umzug und verschaffte dem Spektakel die gewünschte Aufmerksamkeit. Das auflagenstarke *Hamburger Tageblatt* bewertete diesen Vorgang als «Rückkehr zu einem gesunden völkischen Empfinden».⁵⁸ SA-Einheiten führten derart entwürdigende Umzüge in den folgenden Jahren wiederholt durch.⁵⁹

Die politische Gewalt fand 1933 aber nicht nur in Konzentrationslagern oder am helllichten Tag auf der Strasse statt, sondern auch im privaten oder halbprivaten Umfeld der Opfer, wo sie in der Regel ohne jeden öffentlichen Widerhall blieb, wie das folgende Beispiel zeigt. Julie Braun-Vogelstein, eine fünfzig Jahre alte hochgebildete, verwitwete deutsche Jüdin, lebte in einer Villa in Kleinmachnow bei Berlin. In den 1920er Jahren hatte sie sich als Herausgeberin des Werkes



Die Fotografie zeigt SA-Wachleute und ihre Häftlinge in einem der frühen Konzentrationslager auf der Burg Hohnstein in Sachsen. Vermutlich entstand das Bild auf Anordnung der SA-Männer und war für sie so etwas wie eine Trophäe. Die Aufschrift auf der Holztafel lautet «Arbeits-Kommando Schutzhaft-Lager Burg Hohnstein, 28. April 1933». Die beiden Häftlinge, die auf dem Foto mit den Nummern 1 und 2 versehen wurden, konnten nicht identifiziert werden.

der Sozialdemokraten Lily und Heinrich Braun sowie von deren früh verstorbenen Sohn Otto einen Namen gemacht. Während sie sich dem Studium der antiken Griechen und ihrer Kunst widmete, kümmerte sich eine Handvoll Dienstboten um Haus und Garten. Einer dieser Dienstboten trat 1933 in die SA ein und begann, die Hausherrin zu erpressen. Als sie ihm Schutzgeldzahlungen verweigerte, drangen Mitglieder der örtlichen SA nach Einbruch der Dunkelheit wiederholt in ihren Garten ein, verwüsteten die Blumenrabatten und bedrohten Julie Braun-Vogelstein auch persönlich. 1935 kehrte sie Deutschland den Rücken und wanderte zwei Jahre später in die Vereinigten Staaten aus.⁶⁰ Es ist nicht frei von Ironie, dass mit ihr ausgerechnet eine Anhängerin des heroischen deutschen Nationalismus die Flucht vor den Nationalsozialisten ergriff. Denn Julie Braun-Vogelstein hatte in den Jahren der Weimarer Republik viel Zeit und Energie darauf verwandt, den 1918 im Alter von zwanzig Jahren an der Westfront gefallenen Otto Braun als einen Mann zu porträtieren, der das Zeug zum nationalen Führer gehabt hätte.⁶¹ Dass in diesem Fall sowohl Klassen- als auch Rassenzugehörigkeit die Aggressoren in ihrem Vorgehen ermutigte, zeigt, welche soziale Dynamik die nationalsozialistische Machtübernahme auslöste. Zwar erwies sich das ehrgeizige Bestreben der SA, ihre Leute zu Angehörigen einer neuen Elite zu formen, letztlich als aussichtslos, doch fühlten sich ihre Mitglieder durch die politische Umwälzung, an der sie mitwirkten, ermutigt, traditionelle gesellschaftliche Schranken einzureissen und die neue politische Lage zum eigenen Vorteil auszunutzen.

Die deutsche Justiz war den Opfern der SA-Gewalt keine grosse Hilfe. Mutige deutsch-jüdische Anwälte wie Hans Litten in Berlin und Walter Kronheim, Rechtsberater des Reichsbanners und Vorsitzender der Synagogengemeinde Wanne-Eickel im Ruhrgebiet, die schon vor der «Machtübernahme» von Nationalsozialisten bedroht worden waren, wurden nun selbst zu Opfern tätlicher Übergriffe, Festnahmen und Folterungen. Ähnliches erlebten – in deutlich abgeschwächter Form – viele Staatsanwälte und Richter.⁶² Anfang März 1933, nur Tage nach Inkrafttreten der Reichstagsbrandverordnung, die den Nazis freie Hand bei der Verfolgung ihrer politischen Gegner gab, begann die SA, Einsatzkommandos in die Gerichtsgebäude zu schicken mit dem Auftrag, diese von jüdischen Anwälten und Richtern zu «säubern». Eines ihrer Opfer war der deutsch-jüdische Anwalt Ludwig Foerder, seit den frühen 1920er Jahren ein engagierter Funktionär des liberalen Centralvereins deutscher Bürger jüdischen Glaubens (CV-Verein), der seit den 1890er Jahren antisemitische Tendenzen in der deutschen Justiz offen anprangerte.⁶³ Der SA-Überfall in Breslau habe, wie Foerder

sich später erinnerte, mit einem «Gebrüll wie von wilden Tieren» begonnen. Im nächsten Moment seien zwei Dutzend SA-Männer mit dem Ruf «Juden raus!» in das Gerichtsgebäude gestürmt. Als Foerder der Aufforderung nicht Folge leistete, habe einer der Angreifer ihm mit einer metallenen Schlagwaffe einen Hieb gegen den Kopf versetzt.⁶⁴ Ähnliches trug sich in vielen anderen deutschen Städten zu. Gelegentlich protestierten nichtjüdische Richter und Anwälte aus Solidarität mit ihren jüdischen Kollegen gegen das Vorgehen der SA, aber auch diese wenigen Proteste waren in der Regel halbherzig und blieben politisch folgenlos. Wegen ihrer stark ausgeprägten symbolischen Komponente muss neben den landesweiten Boykottaktionen der Nationalsozialisten gegen jüdische Geschäfte und Geschäftsleute Ende März und Anfang April 1933 auch die Verdrängung der jüdischen Anwälte und Richter zu den ersten offen antisemitischen Massnahmen des neuen Regimes gezählt werden. Die Nationalsozialisten selbst sprachen von «Germanisierung» und der angeblich notwendigen «rassischen Säuberung» der deutschen Justiz.⁶⁵

Der Druck, den die SA auf das deutsche Rechtswesen ausübte, störte den gewohnten Gang der Rechtsprechung erheblich. Das kam nicht zuletzt jenen SA-Männern zugute, die aus politischen, finanziellen oder persönlichen Gründen in den Jahren 1933 und 1934 Tausende von Verbrechen begingen. Ihnen half darüber hinaus, dass die neue Regierung viele Beamte in Leitungspositionen bei den deutschen Polizeibehörden austauschte und mit Nationalsozialisten oder auch Konservativen besetzte, die willens waren, dem Regime zu Diensten zu sein. In Hamburg wurde ausgerechnet der SA-Standartenführer Alfred Richter, ein «Alter Kämpfer», Anfang März 1933 zum Innensenator und Kommandeur der Hamburger Polizei.⁶⁶ Im Verlauf der folgenden Wochen «säuberte» Richter die Hamburger Behörden systematisch von Sozialdemokraten, Kommunisten, Juden, Gewerkschaftern und all jenen, die in den Augen der Nationalsozialisten aus «rassischen Gründen» nicht mehr erwünscht waren.⁶⁷ Ähnlich sah es in vielen anderen deutschen Städten und Ländern aus. In München übernahm am 9. März 1933 der spätere Reichsführer SS Heinrich Himmler das Amt des kommissarischen Polizeipräsidenten, und in der thüringischen Hauptstadt Erfurt wurde wenige Wochen später der SA-Gruppenführer Werner von Fichte zum stellvertretenden Polizeipräsidenten bestimmt.⁶⁸ In Preussen entliess Hermann Göring in seiner Eigenschaft als Innenminister im Februar 1933 gleich 14 Polizeichefs grösserer Städte; an ihre Stelle traten fast überall Anhänger der nationalistischen Rechten.⁶⁹

Trotz aller taktischen Winkelzüge waren die Ziele der Nationalsozialisten schon im Frühjahr 1933 unschwer zu erkennen; mancherorts versuchten sie nicht einmal, ihre Ambitionen zu verstecken. In Schleswig-Holstein, Bayern, Hessen und Württem-

berg besetzte die NSDAP kurzerhand hochrangige Ämter auf kommunaler und regionaler Ebene mit langjährigen und loyalen Parteigenossen, insbesondere mit SA-Führern, die bereits ihre «Bereitschaft zur Tat» unter Beweis gestellt hatten. Solchen «Führungspersönlichkeiten» fehlte es häufig an der formalen Qualifikation, die man bis dahin bei den Amtsträgern vorausgesetzt hatte. In Neumünster übernahm am 1. April 1933 ein erwerbsloser Chemiker namens Friedrich-Georg Brinkmann, seines Zeichens SA-Standartenführer, das Amt des Polizeichefs.⁷⁰ Sein Amtskollege in Wuppertal wurde SA-Oberführer Willi Veiler, ein berüchtigter Raufbold mit nicht weniger als 14 Vorstrafen.⁷¹ Und in Potsdam sorgte Hermann Göring dafür, dass der mittellose Aristokrat Wolf-Heinrich von Helldorff im März 1933 zum Polizeipräsidenten ernannt wurde. Helldorff hatte schon bei den berüchtigten «Kurfürstendamm-Krawallen» am 12. September 1931 eine führende Rolle gespielt, als SA-Trupps durch den Berliner Westen gezogen waren, Passanten beschimpft und geschlagen und beim Sturm auf ein Café mehrere Gäste schwer verletzt hatten. Am 18. Juli 1935 wurde Helldorff zudem Chef der Polizei in der Hauptstadt. An den Novemberpogromen 1938 war er massgeblich beteiligt.⁷²

In den turbulenten Wochen des Frühjahrs 1933 wurden jedoch nicht nur die Führungsämter in den Polizeibehörden neu aufgeteilt, sondern auch eine neue Kategorie von Polizeikräften geschaffen. In Preussen rekrutierte und bewaffnete Göring 50'000 Mann aus den Reihen von SA, SS und Stahlhelm und ernannte sie zu «Hilfspolizisten».⁷³ Er folgte damit dem Beispiel des Nationalsozialisten Carl Röver, Ministerpräsident des Freistaats Oldenburg, der schon im Sommer 1932 mehr als 200 SA-Männer zu Hilfspolizisten ernannt hatte, eine Massnahme, mit der die ausufernde politische Gewalt in für die Nazis vorteilhafte Bahnen gelenkt werden sollte.⁷⁴ Was 1932 ein beunruhigender Vorgang von lediglich regionaler Bedeutung gewesen war, wurde ein Jahr später offizielle nationalsozialistische Politik – mit weitreichenden Konsequenzen. In den deutschen Polizeibehörden arbeiteten und patrouillierten von nun an altgediente Beamte Seite an Seite mit ausgewiesenen Gesetzesbrechern. Göring hatte zudem öffentlich angekündigt, dass der preussische Staat auch krasse Gewaltakte seiner Polizeikräfte mit äusserster Nachsicht behandeln werde. Wenn es darum ging, die politische Linke zu zerschlagen, waren ihm alle Mittel recht – «nötigenfalls auch bedingungsloser Waffengebrauch».⁷⁵

Hilfspolizisten aus den Reihen von SA, SS und Stahlhelm wurden nicht nur in Preussen, sondern auch in vielen anderen deutschen Ländern rekrutiert und stellten bald vierzig bis hundert Prozent der Polizeikräfte, die damit ihre Mannstärke praktisch verdoppelten. In den grösseren Städten des Ruhrgebiets wie

Dortmund und Bochum wuchsen die örtlichen Verbände der Hilfspolizei, die durchweg mit regulären Polizeiwaffen ausgerüstet wurden, schnell auf mehr als tausend Mann an.⁷⁶ Die kameradschaftlichen Beziehungen, die diese Männer zuvor innerhalb ihrer SA-Einheiten entwickelt hatten, wurden dabei nach Möglichkeit beibehalten. In manchen Fällen wurden ganze SA-Stürme geschlossen in die Polizei überführt.⁷⁷ Diese neuen Polizeikräfte waren an den Verhaftungen jener, die die Nationalsozialisten als ihre politischen Feinde betrachteten, von Anfang an beteiligt. Einheiten der SA wie der Hilfspolizei wirkten auch an der Zerschlagung der unabhängigen Gewerkschaften im Mai 1933 mit. Sie halfen, deren Büros und Gebäude zu besetzen, zogen Sach- und Geldvermögen ein, zwangen die Zeitungen der Arbeiterbewegung zur Aufgabe und verhafteten ihre Funktionäre.⁷⁸ Vielerorts unterstützten Vertreter der lokalen Wirtschaft die neu aufgestellten Einheiten der Hilfspolizei mit Geldzahlungen und anderen Zuwendungen.⁷⁹

Der Freistaat Bayern gab nach Berechnungen des dortigen Finanzministeriums im Jahr 1933 mindestens eine Million Reichsmark für die Hilfspolizei und für die «Schutzhafte» aus – also im Wesentlichen für die durch den Betrieb des Konzentrationslagers Dachau anfallenden Kosten.⁸⁰ Spätestens vom Herbst 1933 an wurde die Hilfspolizei jedoch kaum noch benötigt. Die Organisationen und Parteien der Linken waren aufgelöst, ihre Wiedergründung verboten. Mögliche neue politische Gegner waren wirkungsvoll eingeschüchtert. Daher begannen die deutschen Länder bereits im August 1933, ihre Hilfspolizeien wieder aufzulösen, ein Prozess, der sich über mehrere Monate hinzog.⁸¹ Der letzte deutsche Teilstaat, der seine SA-lastige Hilfspolizei auflöste, war Bayern, wo der entsprechende Beschluss am 21. Dezember 1933 verkündet wurde. Gleichwohl zeigten sich noch bis in den Herbst 1934 hinein in vielen deutschen Städten neu rekrutierte Polizeikräfte in SA-Uniformen.⁸²

Trotz der engen Verzahnung von regulären Polizeibehörden und paramilitärischen Abteilungen der NSDAP blieben die Beziehungen zwischen beiden Lagern angespannt. Während des gesamten Jahres 1933 operierte die SA weitgehend unabhängig von den Polizeiführungen, oft sogar in Konkurrenz zu ihnen. Für viele «Alte Kämpfer» waren und blieben Polizeibeamte, die vor ihrer «Bekehrung» zum Nationalsozialismus dem Weimarer Staat gedient hatten, Feinde.⁸³ Trotz ihrer generellen Bereitschaft, sich dem Willen der Partei zu fügen, sahen leitende SA-Kader wie der in Nürnberg amtierende Sonderbeauftragte und SA-Untergruppenführer Hanns Günther von Obernitz in der regulären Polizei vor allem ein Ärgernis. Von Obernitz zog es vor, bei der Begleichung offener Rechnungen mit Feinden des Nationalsozialismus seine SA-Truppen einzusetzen, die sich wenig um Rechtsvorschriften und gesetzliche

Beschränkungen scherten. In einem Schreiben an den bayerischen Innenminister vom 20. Juli 1933 erklärte von Oberritz rundheraus, bei einem Einsatz über seine rechtlichen Befugnisse hinausgegangen und fränkischen SA- und SS-Einheiten befohlen zu haben, Häuser und Wohnungen von Juden nach antinazistischer Propaganda, Reisepässen, Ausreisevisa und Bargeld zu durchsuchen.⁸⁴ SA-Kräfte hatten aus diesem Anlass um die hundert Juden festgenommen und auf einem Sportplatz zusammengetrieben, wo sie später an Vertreter der regulären Nürnberger Polizei übergeben worden waren. Das hatte Dr. Benno Martin, Polizeichef von Nürnberg und später General der Waffen-SS,⁸⁵ zu einem Beschwerdebrief an den bayerischen Ministerpräsidenten über die Eigenmächtigkeiten der SA veranlasst. Längerfristig angelegte Initiativen der fränkischen Polizei in der «Judenfrage» seien, so monierte er, durch das willkürliche Vorgehen der SA unmöglich gemacht worden. Wie Martin hinzufügte, hatten einige SA-Männer sogar gedroht, Beamte der regulären Polizei zu verhaften, wenn diese es wagen sollten, einzuschreiten.⁸⁶

Solche Unstimmigkeiten waren nicht selten. SA-Verbände wendeten wiederholt Gewalt gegen Polizeibeamte an, vornehmlich gegen solche, von denen man wusste, dass sie der Republik loyal gedient hatten.⁸⁷ In Goslar schickte der lokale SA-Sturm im Juni 1933 einen Drohbrief an einen Polizisten, in dem diesem zu verstehen gegeben wurde, man könne nicht mehr für sein «Leben und Wohlergehen» garantieren, wenn er weiterhin zum Dienst erscheine. Einige Wochen später stürmten SA-Männer ein Amtsgebäude der Stadt, in dem gerade der frühere Chef der uniformierten Polizei, der Sozialdemokrat Friedrich Ostheeren, verhört wurde. Ostheeren, der bereits am 8. April 1933 vom aktiven Dienst suspendiert worden war, wurde von den aufgebrachten Nazis die Treppe hinuntergestossen und sein Gesicht und Körper mit Fausthieben und Tritten misshandelt. Er starb einige Monate später. Am 31. August 1934 stellte die Staatsanwaltschaft das gegen die betreffenden SA-Männer eröffnete Strafverfahren mit der Begründung ein, sie hätten die Tat im «Übereifer des Kampfes für die nationalsozialistische Idee» begangen, weshalb die Tat unter die Amnestie vom 7. August 1934 («Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit») falle.⁸⁸ Die Bevölkerung Goslars bezeichnete den harten Kern der lokalen SA hinter vorgehaltener Hand als «Piratenbande», was sowohl Faszination als auch moralische Entrüstung über deren gewalttätiges, die Gesetze ignorierendes Auftreten erkennen liess.⁸⁹

Die kaum gezügelte SA-Gewalt war 1933 so extrem, dass das neue Regime, das von ihr zunächst stark profitiert hatte, schliesslich einschränkt. In dem Wunsch, die marodierenden und undisziplinierten SA-Banden an die Kandare zu nehmen,

sie aber gleichzeitig vor jeder formellen Strafverfolgung durch reguläre Polizeikräfte und Justiz zu schützen, wurde die SA-Feldpolizei durch einen Erlass Röhms vom August 1933 ins Leben gerufen.⁹⁰ Zwei Monate später, am 7. Oktober 1933, wurde diese preussische Spezialeinheit mit polizeilichen Befugnissen, die unter der Führung des SA-Standartenführers Walter Fritsch stand, in Feldjägerkorps umbenannt.⁹¹ Nur rund 200 der zuverlässigsten und durchsetzungstärksten Männer, die schwierigen Aufgaben gewachsen zu sein schienen, wurden für das Feldjägerkorps rekrutiert. Sie standen unter dem unmittelbaren Befehl des Obersten SA-Führers. In Bayern wurde eine dem Feldjägerkorps ähnliche SA-eigene Polizeieinheit am 27. Februar 1934 in Dienst gestellt; sie stand unter dem Befehl des SA-Obergruppenführers Johann Baptist Fuchs.⁹² Röhms kam damit seinem Ziel, die Macht der SA zu zentralisieren, einen weiteren Schritt näher. Er hoffte zudem, dass seine Feldjäger den Ambitionen lokaler und regionaler SA-Führer effektiv Grenzen setzen würden.⁹³ Da der Terror gegen die politischen Gegner der NSDAP spätestens im Sommer 1934 seinen Zweck erfüllt hatte und erheblich zurückgefahren wurde, büssten die SA-Feldjäger jedoch rasch an Bedeutung ein. In Hamburg wurden sie im März 1935 mit der wenig aufregenden Aufgabe betraut, betrunkene SA-Männer in Gewahrsam zu nehmen, wenn diese nach der amtlichen Sperrstunde durch die Strassen torkelten.⁹⁴

Nur wenige Wochen später, am 1. April 1935, erklärte der preussische Innenminister das SA-Feldjägerkorps offiziell für aufgelöst. Geeignete Männer aus der Truppe sollten in die reguläre uniformierte Polizei Preussens eingegliedert werden, eine Institution, die zunehmend unter den Einfluss Himmlers und seiner SS geriet. Ungeachtet all dieser Veränderungen ordnete der neue SA-Stabschef Viktor Lutze im Mai 1935 an, dass die einfachen SA-Männer auch weiterhin Patrouille laufen sollten. Interessanterweise begründete er diese Patrouillengänge nicht mehr mit der Sorge um die politische Stabilität, die 1933 und 1934 als Rechtfertigungsgrund für die Übertragung polizeilicher Aufgaben an die SA gedient hatte, sondern erklärte, die Aufklärungsgänge seien wichtig für die «Aufrechterhaltung des inneren Dienstes der SA-Einheiten».⁹⁵ Das zeigt, dass die Mechanismen des Zusammenhalts, die sich bei der SA in den Jahren der Weimarer Republik herausgebildet hatten, auch im «Dritten Reich» keine grundlegende Veränderung erfuhren. Die SA brauchte Feinde, gegen die sie gewaltsam vorgehen konnte, notfalls auch fiktive Feinde. Doch die Gewalt der SA – nach wie vor ein grundlegendes Element im öffentlichen Erscheinungsbild der Truppe – büsste im Sommer 1934 rasch an politischer Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit ein und wurde weitgehend zum Selbstzweck. Zwischen 1935 und 1938, dem Jahr, als die

SA angesichts der konkreter werdenden Idee vom Grossdeutschen Reich als politische Organisation im Machtgefüge des «Dritten Reiches» ein gewisses Comeback erlebte, gehörten antisemitische Ausschreitungen von SA-Männern zu den wenigen Gelegenheiten, bei denen sie in gemeinsamer Gewalt- und Machtausübung ein Gefühl des bedingungslosen Zusammenhalts erleben konnten.

Reaktionen

Die Intensität des SA-Terrors beängstigte und schockierte viele Deutsche, stiess aber nicht auf nachhaltigen Widerstand. Anfang 1933 unterliessen es die Sozialdemokraten, zum Generalstreik aufzurufen, obwohl diese politische Waffe sich beim Kapp-Putsch von 1920 als wirksames Mittel gegen die nationalistische Rechte bewährt hatte. Nun aber hielten sie einen solchen Aufruf nicht mehr für aussichtsreich. Auch die Aufrufe der Kommunisten zum massenhaften Widerstand verhalten weitgehend unbeachtet. Für diese Passivität gab es mehrere Gründe. Zum einen hatten aus der Sicht vieler Deutschen die etablierten Parteien der Weimarer Republik durch ihre Unfähigkeit, das Problem der Massenarbeitslosigkeit zu lösen, stark an Glaubwürdigkeit eingebüsst. Zum anderen hatten sich diese Parteien mitsamt ihren paramilitärischen Organisationen als zu schwach erwiesen, die Machtergreifung der Nationalsozialisten zu verhindern. Dass die Linksparteien nicht in der Lage waren, ihre eigenen Mitglieder und Anhänger vor den gewaltsamen Übergriffen der SA zu schützen – nicht einmal in ihren eigenen Hochburgen, den Arbeitervierteln der Grossstädte –, war auch eine starke symbolische Demütigung und trug massiv zu ihrem Ansehensverlust bei.⁹⁶ Wie wahrscheinlich war es, fragten sich die Anhänger der Linken, dass ihre Parteien angesichts der jüngsten Entwicklung eine erfolgreiche Widerstandsstrategie entwickeln würden? Hinzu kam, dass die Abneigung zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten einer vollen Mobilisierung der nach wie vor noch beträchtlichen Machtreserven der beiden Arbeiterparteien im Wege stand. Wie Joachim Häberlen am Beispiel Leipzigs aufgezeigt hat, brachte die zunehmende Politisierung des Alltagslebens, die sich im Verlauf der 1920er Jahre vollzog, die verschiedenen Bewegungen der Arbeiterklasse nicht näher zusammen, sondern vertiefte vielmehr die Kluft zwischen ihnen.

Gegenseitiges Misstrauen, das sich bis zum Hass steigern konnte, war 1933 bei den Parteikadern der Linken wie unter ihren Anhängern verbreitet. Solche Ressentiments waren naturgemäss keine tragfähige Grundlage für ein gemeinsames Vorgehen.⁹⁷ Zu einer Zusammenarbeit kam es auch deshalb nicht, weil die

politische Linke glaubte, die bereitwillige Zusammenarbeit grosser Teile des konservativen Establishments mit den Nazis würde ihnen über kurz oder lang in die Hände spielen. Überzeugt, dass das Hitlerregime seine Versprechungen nicht einlösen könne, redete sich die Linke ein, dass sie in nicht allzu ferner Zukunft zwangsläufig siegen werde.⁹⁸ Ähnliche Überlegungen stellten auch von Papen und seine neokonservativen Gefolgsleute an, als sie den Nationalsozialisten Zugang zu den Schalthebeln der Macht verschafften. Wie viele Angehörige des konservativen Bürgertums missbilligte diese Gruppe die extreme Gewaltkultur der Nazis, sympathisierte aber mit deren Ziel, die «bolschewistische Gefahr» in Deutschland ein für alle Mal zu beseitigen. Von Papen und seine Berater spekulierten darauf, dass die Macht wieder den alten Eliten zufallen werde, sobald die plebejischen Nationalsozialisten ihr Pulver verschossen haben würden. Dann sei es die historische Aufgabe der Konservativen, ein autoritäres Regime von Dauer zu errichten.⁹⁹

Nicht alle Bürgerlichen gaben sich solchen politischen Tagträumen hin. Manche versuchten, die nationalsozialistische Gewalt auf dem Dienstweg zu mässigen. Ein aufschlussreiches Beispiel hierfür liefert der Fall des Albrecht Böhme, 1933 Kriminalamtschef im sächsischen Chemnitz, einer Arbeiterstadt mit damals 350'000 Einwohnern. Die Verschärfung der sozialen Probleme seit den späten 1920er Jahren hatte auch in dieser Stadt die politischen Leidenschaften hochkochen lassen.¹⁰⁰ Böhme, von Hause aus ein politisch konservativer Jurist, der in den Jahren der Republik eine beachtliche Karriere gemacht hatte, sympathisierte zunächst mit den Nationalsozialisten und insbesondere mit ihren Vorstellungen zur vorbeugenden Verbrechensbekämpfung. Dies war ein politisches Feld, für das er sich auch unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten interessierte.¹⁰¹ Der Terror, den die SA im Verlauf der ersten Jahreshälfte 1933 in Chemnitz entfesselte, war enorm. Am 18. Februar erstachen SA-Männer einen kommunistischen Parteifunktionär. Einen Tag später wurde ein Mitglied des Reichsbanners ermordet. Am 31. März nahm sich ein jüdischer Geschäftsmann das Leben, angeblich nachdem ihm die Chemnitzer SA mit Verhaftung gedroht hatte. Weitere zwei Wochen später wurde in einer Sandgrube am Stadtrand die Leiche des bekannten jüdischen Anwalts Arthur Weiner gefunden.¹⁰² Das *Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror*, im Spätsommer und Herbst 1933 in mehreren Sprachen veröffentlicht, führte nicht weniger als zehn Morde allein in Chemnitz und seiner nahen Umgebung auf, die von den Nationalsozialisten zwischen 3. März und 1. August 1933 begangen worden sein sollen.¹⁰³

Böhme stiessen diese Vorfälle dermassen ab, dass sich seine anfängliche Skepsis rasch in Abscheu verwandelte. Wie er nach dem Krieg zu Protokoll gab,

war Weiner auf Befehl des SA-Oberführers Kurt Lasch exekutiert worden. Desse Sohn Eberhard sei einer der Mörder gewesen.¹⁰⁴ Böhme ging den Verbrechen nach und fertigte detaillierte Aufzeichnungen über das brutale und oft sadistische Vorgehen der Chemnitzer SA an. In einem am 16. Juli 1933 übermittelten Bericht an das sächsische Innenministerium sprach er sich für ein «rücksichtsloses» Vorgehen gegen die, wie er es nannte, unrechtmässigen «Einzelaktionen» parteinaher Organisationen aus. Die Begeisterung über die Machtübernahme der Nationalsozialisten sei in Chemnitz schnell einer «äusserst gespannten Stimmung» gewichen. Als Hauptverantwortlichen für den Terror identifizierte Böhme den Chemnitzer SA-Sturm 2/104 unter der Führung des Elektrikers Max Schuldt, den er beschuldigte, in der Stadt eine regelrechte «Terrorherrschaft» errichtet zu haben. In einigen Fällen hätten die SA-Männer ihre Opfer «angebunden, nackt ausgezogen und bis zur Bewusstlosigkeit geprügelt». SA-Folterknechte hätten ihre Gefangenen mit rot glühenden Eisenstäben traktiert und einige von ihnen gezwungen, eine Nacht «wie eine Schlange zusammengerollt» in einer Kiste zu verbringen. Die Misshandlungen seien teilweise so extrem gewesen, dass «fast kein Fleckchen heile Haut am ganzen Körper mehr zu sehen war».¹⁰⁵ Solche Verbrechen seien nicht hinnehmbar, erklärte Böhme. Die dafür Verantwortlichen müssten festgenommen werden; die «nationale Erhebung» dürfe nicht entehrt werden. «Die neue Zeit darf systematische, sadistische Quälereien wehrloser Gefangener nicht dulden [...], sie darf nicht durch Vertuschen das Hochziel einer Volksgemeinschaft antasten lassen, sie darf um keiner Person willen Ausnahmen von der Idee und dem Willen des Führers zulassen.»¹⁰⁶ Ob Böhme diese Sätze aus taktischen Gründen zu Papier brachte oder ob sie seiner Überzeugung entsprachen, lässt sich nicht mit Sicherheit sagen. Langfristig geschadet hat es ihm offenbar nicht, denn 1938 wurde er zum Polizeipräsidenten von München ernannt und am 1. Dezember 1940 zum SS-Obersturmbannführer befördert. Tatsache ist aber auch, dass er bis ans Ende seines Lebens ein Beamter blieb, der sich durch «Eigensinn», entschiedene Meinung und Beharrlichkeit auszeichnete.¹⁰⁷

Böhmes energischer Versuch, die SA-Exzesse der Jahre 1933 und 1934 von innen heraus zu zügeln, blieb eine Ausnahme. Die meisten Angehörigen des Bildungsbürgertums verurteilten zwar im privaten Rahmen die schlimmsten Auswüchse der nationalsozialistischen Gewalt, bezogen aber öffentlich nicht Stellung dagegen. In der Regel schauten sie bewusst weg und bemühten sich, nicht selbst in die Schusslinie zu geraten. Das Klima der Angst, das die Nationalsozialisten verbreiteten, war indes nur ein Faktor, der ihnen half, ihre Terrorherrschaft aufzurichten und zu erhalten. Nicht unerheblich trug dazu auch die Tatsa-

che bei, dass diese Gewalt bei einer breiten Öffentlichkeit auf Akzeptanz stiess. Die Brutalität der SA sei Bestandteil einer zwar exzessiven, aber notwendigen Übergangsperiode, redete man sich ein. In dieser Übergangsperiode müssten erst die Voraussetzungen zur Überwindung der Probleme geschaffen werden, die sich seit den Tagen der Weimarer Republik aufgetürmt hätten. Typisch für diese Denkweise war eine Aussage des evangelischen Pastors Friedrich von Bodelschwingh jun., der seit 1910 als Leiter der später nach seinem Vater benannten und heute als v. Bodelschwingsche Stiftungen Bethel (bei Bielefeld) bekannten diakonischen Anstalten amtierte. In einem persönlichen Brief an einen jüdischen Arzt, der sich um eine Anstellung in Bethel beworben hatte, verteidigte Bodelschwingh die NS-Gewalt des Frühjahrs 1933, indem er die Schuld den Opfern zuwies, vor allem den Juden:

Wenn man in den letzten 20 Jahren das öffentliche Leben besonders in den Grossstädten gesehen hat und dabei die Flut von Schmutz, Zersetzung und Unwahrheit, die aus entartetem jüdischem Geist in unser deutsches Volk hineingeflossen ist, kann man wohl verstehen, dass eine kräftige und harte Reaktion dagegen geschichtlich unvermeidlich war. Und in revolutionären Zeiten lassen sich Ausschreitungen nicht ganz vermeiden.¹⁰⁸

Diese Feststellung Bodelschwinghs stand ganz im Einklang mit der verbreiteten Reaktion deutscher Protestanten auf die nationalsozialistische «Revolution».¹⁰⁹ In amtlichen Veröffentlichungen priesen die Kirchen die «eiserne Kraft» und den «entschlossenen Willen» der neuen Regierung als notwendig für die politische Neuausrichtung, weshalb sie diese voll und ganz bejahten und als Zeugnis und Frucht «robuster heroischer Zeiten» glorifizierten. Osterpostkarten vom Frühjahr 1933, in denen die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler mit der Wiederauferstehung Jesu verglichen wurde, waren zwar extreme Auswüchse dieses Gefühlsüberschwangs.¹¹⁰ Unbestreitbar aber ist, dass viele Vertreter der evangelischen Kirche die Gewaltexzesse der Nationalsozialisten als «Geburtswehen einer neuen Zeit» entschuldigten und den brutalen Antisemitismus der Nazis als «Gewaltkur gegen die Juden» rechtfertigten.¹¹¹ Die Mehrheit der Deutschen zeigte sich 1933 beeindruckt von der Entschlossenheit und der geschickten Symbolpolitik des neuen Regimes, selbst wenn ihnen die extreme Brutalität bei der Begleichung alter Rechnungen, die aufgezwungene politische Konformität und die Abschaffung der bürgerlichen Freiheitsrechte durch das Ermächtigungsgesetz, das der Reichstag am 23. März 1933 verabschiedet hatte, Unbehagen bereiteten.¹¹²

Auch ausländische Beobachter äusserten sich oft wohlwollend über das, was sie in Deutschland als «dynamische Kraft und Willensstärke der Bewegung» wahrnahmen.¹¹³ Nicht wenigen war der rapide Machtzuwachs der SA und der SS im Verlauf des Jahres 1933 allerdings unheimlich. Oberst Andrew Thorne, Militärattaché an der britischen Botschaft in Berlin, berichtete im September, diese «halb militärischen Vereinigungen» versuchten offensichtlich, sich als «integraler Bestandteil der deutschen Streitkräfte» zu etablieren. Zwar bleibe die militärische Schulung der SA hinter ihren Ambitionen zurück, doch seien diese Gruppierungen in puncto «Kampfgeist und Disziplin» schon jetzt den Streitkräften der britischen Territorialarmee überlegen.¹¹⁴ Mehrere britische Offiziere bereisten im Sommer 1933 Deutschland, um zu beobachten, wie sich SA und Stahlhelm weiterentwickelten; dabei entging ihnen nicht, dass sich diese Kampfverbände an militärischen Übungen beteiligten.¹¹⁵ Mit Schulter- und Maschinengewehren ausgerüstete SA-Einheiten waren um diese Zeit insbesondere in Oberbayern ein alltäglicher Anblick.¹¹⁶

Unter den Führungskadern der NSDAP liess die Begeisterung über das Erstarren und die militärischen Fähigkeiten der SA im Verlauf des Sommers 1933 allerdings merklich nach. Mit Blick auf die mögliche Integration früherer kommunistischer Parteikader in die SA erklärte ein Vertreter der SA-Gruppe Berlin-Brandenburg im Oktober 1933, die früheren KPD-Aktivisten würden sicherlich «ausgesucht gute politische Soldaten» abgeben, die dem durchschnittlichen SA-Mann in Bezug auf politische Beschlagenheit und ideologische Standfestigkeit um Längen voraus seien. Er gab aber zu bedenken, dass «andere in der SA leider zahlreich vertretene zersetzende Elemente» eine erfolgreiche Eingliederung unmöglich machen würden, selbst wenn die ehemaligen Kommunisten mit den besten Absichten kämen.¹¹⁷ Aus organisatorischer Sicht waren das massive Anwachsen der SA und der Schrecken, den sie verbreitete, Chance und Bürde zugleich. Im Ehrgeiz Röhm's, die SA um jeden Preis massiv auszubauen, um ihre Bedeutung im entstehenden «Dritten Reich» weiter zu festigen, lagen nicht unerhebliche Gefahren für die schon jetzt mangelbehaftete ideologische Kohärenz der Organisation wie auch für deren Steuerbarkeit von oben.

Über dem Gesetz

Die SA verstand sich 1933 als eine Organisation, die sich einen rechtsfreien Raum geschaffen hatte und dem deutschen Strafgesetzbuch nicht unterlag. Nichts könnte dies plastischer illustrieren als Ernst Röhm's geheime «Verfügung

betr. Disziplin» vom 31. Juli 1933. Der SA-Stabschef ermächtigte darin alle regionalen SA-Führer, für jeden von politischen Widersachern getöteten SA-Mann bis zu zwölf Mitglieder der für seinen Tod verantwortlichen feindlichen Organisation zu exekutieren.¹¹⁸ Dieser Befehl offenbart, wie sehr die Logik des Bürgerkriegs nach wie vor das Denken der SA-Führung bestimmte, und zeigt zudem, dass die berühmte Fememordtradition der unmittelbaren Nachkriegsjahre noch immer nicht überwunden war. Auch bei einigen der vom Regime zwischen Januar 1933 und Juni 1934 begangenen politischen Morde waren die Opfer nationalsozialistische «Verräter», die angeblich Interna nach aussen getragen oder einfach das Pech gehabt hatten, auf einflussreiche und gewissenlose Gegenspieler im nationalsozialistischen Lager zu stossen. Gemäss Röhm's Verfügung vom 31. Juli 1933 waren solche Hinrichtungen als eine Art «Sühne» gerechtfertigt, jedenfalls solange es noch keine offizielle SA-Gerichtsbarkeit gab.¹¹⁹

Die bis weit ins Jahr 1934 hinein anhaltenden Unklarheiten darüber, wie die von Mitgliedern nationalsozialistischer Organisationen verübten Verbrechen rechtlich behandelt werden sollten, war für SA-Männer zweifellos kein Ansporn, ihre Gewalttaten einzustellen. Die meisten Urteile, die vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten gegen SA-Täter ergangen waren, waren bereits durch die Amnestie vom 20. Dezember 1932 faktisch annulliert worden; lediglich Gefängnisstrafen von mehr als fünf Jahren fielen nicht darunter.¹²⁰ Röhm und die OSAF in München verlangten nun aber, dass Anklagen gegen SA-Männer nur noch vor besonderen SA-Disziplinargerichten und nicht mehr vor ordentlichen Gerichten verhandelt werden sollten. Daher drängte die SA auf die Inkraftsetzung eines eigenen «Disziplinarrechts», womit auch die rechtliche Voraussetzung dafür geschaffen werden sollte, SA- und SS-Mitglieder der Rechtsprechung ordentlicher Strafgerichte weitestgehend zu entziehen.¹²¹ Für Röhm war die SA-eigene «Militärgerichtsbarkeit» zudem ein weiterer Schritt auf dem Weg der SA zur Volksmiliz. Obwohl sich die NSDAP, ihre Untergliederungen, die Justizminister und die Zivilbehörden nie auf die konkrete Ausgestaltung eines solchen «Disziplinarrechts» einigen konnten, bedrohten regionale SA-Führer bis zum Juni 1934 wiederholt Staatsanwälte, die es wagten, Strafverfahren gegen SA-Täter zu eröffnen.

Eine dieser regionalen Parteigrössen war Heinrich Schoene, SA-Führer in der «Nordmark».¹²² Er suchte im Sommer 1933 in heftigen Auseinandersetzungen mit den schleswig-holsteinischen Zivil- und Justizbehörden Ermittlungen gegen einige seiner SA-Männer zu vereiteln, die «Prangerfahrten» organisiert und einen Prozess wegen Landfriedensbruchs, Nötigung und Freiheitsberaubung zu erwarten hatten.¹²³ Als eine Unterredung mit dem Regierungspräsidenten von

Schleswig-Holstein keine Einigung brachte, schrieb Schoene am 10. Juli zwei Briefe: einen an den Präsidenten des Oberlandesgerichts in Kiel, den anderen an Hans Kerri, den preussischen Justizminister. Solange das neue Disziplinarrecht nicht verabschiedet sei, werde er, so teilte er mit, seinen SA-Männern verbieten, vor Gericht zu erscheinen. Deren Bestrafung werde er in keiner Form akzeptieren, denn auch wenn die Gerichte formal im Recht seien, sei «letzten Endes der SA das Gelingen der nationalen Revolution zuzuschreiben und wenn auch Übergriffe vor- und nachdem geschehen sind, so muss man es auch entschuldigen können».¹²⁴ Gegenüber Kerri wurde Schöne sogar noch deutlicher: «Wenn wir so handeln wollen, wie die alten Juristen es verlangen, dann dürfen wir keine Kommunisten, keine Sozialisten, keinen Schweinehund grob anfassen. Wenn wir nach den Buchstaben des Gesetzes vorgehen, dann wird es zu einer Humanitätsduselei führen, die unter Umständen schlimmste Folgen haben kann.» Die SA irgendwelchen Rechtsnormen zu unterstellen war in Schoenes Augen ein Akt staatlicher Drückebergerei. «Ein Schweinehund und ein Lump wird wohl dann am besten bestraft und erzogen, wenn er eine anständige Tracht Prügel bezieht.»¹²⁵

Dass die SA mit derartigem Eifer und Nachdruck der deutschen Justiz ihren Willen aufzuzwingen suchte, hatte angesichts der zahlreichen Verbrechen nicht nur naheliegende Gründe, sondern ist im Zusammenhang mit ihrem Bemühen zu sehen, sich die unumschränkte Kontrolle über den Staatsapparat des Reiches und der Länder zu verschaffen. Um dieses Ziel zu erreichen, installierte Röhm sogenannte Sonderkommissare, deren Auftrag lautete, «im Zuge der nationalsozialistischen Konsolidierung der Macht auftretende Widerstände sofort und dauerhaft abzustellen».¹²⁶ SA-Führer wurden angehalten, sich um praktisch alle Aspekte der politischen und gesellschaftlichen Umwälzung des Staatswesens zu kümmern. Das war ein klarer Hinweis darauf, dass Röhm die dominante Rolle der SA im Prozess der Machtergreifung zu institutionalisieren gedachte. Seine Aussagen liessen eine unverhohlene Geringschätzung rechtsstaatlicher Prinzipien erkennen: «Die Sonderkommissare haben sich in Wahrung der ihnen anvertrauten Interessen rücksichtslos durchzusetzen. Ich erwarte von ihnen energisches und zielbewusstes Auftreten.»¹²⁷

SA-Sonderkommissare wurden in den meisten deutschen Ländern eingesetzt, in Preussen ebenso wie in Bayern und Württemberg. In manchen Teilen Deutschlands währte ihre Herrschaft allerdings nur wenige Monate, entwickelte die reguläre Beamtenschaft doch rasch grosse Vorbehalte gegen ihre ebenso entschlossenen wie unbürokratischen neuen Vorgesetzten. In Württemberg endete die Amtszeit des SA-Sonderkommissars schon im Mai 1933.¹²⁸ Dagegen blieben die Sonderkommissare beziehungsweise Sonderbeauftragten in Preussen und

Bayern bis wenige Tage nach der Ermordung Röhm am 1. Juli 1934 im Amt.¹²⁹ SA-Sonderbeauftragte wurden sogar den Hochschulen vorgesetzt, doch stellten die Zivilbehörden schnell fest, dass deren Art der Geschäftsführung den akademischen Ruf der Hochschulen beschädigte, weshalb sie dieser unglückseligen Liaison zwischen Politik und Wissenschaft bald ein Ende setzten.¹³⁰ Röhm hielt das nicht davon ab, noch am 9. März 1934 zu erklären, die Zivilverwaltung und die SA-Sonderkommissare hätten die Pflicht, sich im Sinne des Gemeinwohls am «Aufbau des Staats im Interesse der nationalsozialistischen Bewegung und ihrer Revolution» zu beteiligen. Ausdrücklich forderte er alle Ministerien auf, die SA-Sonderbevollmächtigten zu kontaktieren, bevor sie irgendwelche die SA betreffenden Entscheidungen trafen. Diese Aufforderung war bereits weniger weitgehend als Röhm's politische Forderungen aus dem Vorjahr und lässt sich als Hinweis auf die wiedergewonnene Stärke der herkömmlichen Staatsverwaltung deuten, die in aller Regel mit Geringschätzung auf die meist recht ungehobelten und selten ausreichend qualifizierten SA-Vertreter herabblickte. Wären die Forderungen Röhm's erfüllt worden, hätte die SA eine Art politische Aufsicht über die staatliche Verwaltung ausgeübt und ihr Stabschef Ernst Röhm de facto die Funktion eines zweiten Machthabers in Bayern – neben dem Reichskommissar Franz von Epp – übernommen.¹³¹

Tatsächlich konnte Röhm derart weitreichende Ansprüche auf die politische Macht nie durchsetzen. Ein genauerer Blick auf die SA-Sonderkommissare in Bayern zeigt aber, in welchem beträchtlichem Ausmass sie ihm halfen, seine Macht und seinen Einfluss zu konsolidieren, wenn nicht sogar auszubauen. Im Freistaat ernannte die OSAF zwischen 12. März und September 1933 nicht weniger als 133 Sonderkommissare und Sonderbeauftragte, die anfänglich zwischen 125 und 300 Reichsmark im Monat verdienten. Am 1. Oktober stieg ihr Monatsgehalt sogar auf 200 beziehungsweise 400 Reichsmark.¹³² Die neuen Spitzenbeamten kosteten den bayerischen Staat unter Berücksichtigung resultierender Zusatz- und Folgekosten nach Angaben des bayerischen Finanzministeriums allein 1933 mindestens 371520 Reichsmark. Dazu kamen noch mindestens 100'000 Reichsmark, über deren Verwendung die SA selbstständig entschied. Der bayerische Fiskus machte im Herbst 1933 keinen Hehl daraus, dass sämtliche für die SA-Sonderbeauftragten verausgabten Gelder rechtswidrig angewiesen worden seien, da es an einer gesetzlichen Grundlage für diese Zahlungen fehle.¹³³ Vermutlich um solchen formalen Einsprüchen den Wind aus den Segeln zu nehmen, erklärte sich der bayerische Ministerpräsident Ludwig Siebert im Anschluss an eine Unterredung mit Röhm am 20. Oktober 1933 bereit, jenem vom 1. September an

25'000 Reichsmark im Monat zu überweisen. Dieses Geld sollte überwiegend für die Entlohnung der Sonderbeauftragten verwendet werden.¹³⁴ Derart finanziell ausgestattet konnte Röhm seine autokratische Herrschaft über die bayerische SA vorerst aufrechterhalten. Nach seiner Ermordung am 1. Juli 1934 teilte seine Bank den Behörden mit, Röhm habe zwei Konten geführt: ein privates Bankkonto mit einem Guthaben von knapp 40'000 Reichsmark und ein Verrechnungskonto namens «SA-Spendenfonds des Stabschefs Ernst Röhm, München», das ein Guthaben von 56'000 Reichsmark aufwies.¹³⁵

Die Eingliederung des Stahlhelms

Im ersten Jahr nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler wuchs die SA in atemberaubendem Tempo. Hatte es Ende 1932 in Deutschland höchstens 430'000 SA-Mitglieder gegeben, waren es im April 1934 ungefähr vier Millionen.¹³⁶ Entscheidend für dieses spektakuläre Wachstum war, dass Röhm viele Mitglieder von Organisationen, die bis dahin in Konkurrenz zur SA gestanden hatten, in die Sturmabteilung eingliedern konnte. Die bekannteste dieser Gruppierungen war der Stahlhelm, der sich bei nationalistisch gesinnten Mitgliedern der deutschen Mittelschicht sowie der Aristokratie grosser Beliebtheit erfreute und auch im Jahr 1932 noch rund 500'000 Mitglieder zählte, also fast 100'000 Mann mehr als die SA.¹³⁷

SA wie Stahlhelm waren sich bis 1933 grundsätzlich einig in der Ablehnung der liberalen Demokratie, aber es gab unübersehbare Unterschiede in Bezug auf die Schichtzugehörigkeit ihrer Mitglieder und ihre jeweiligen Kampfaktiken. Der Stahlhelm hatte sich zwischen 1923 und 1933 von einem klassischen Veteranenverband zu einer Art «Ersatz-Reichswehr» gewandelt.¹³⁸ Vor diesem Hintergrund war der stetige Aufstieg der paramilitärischen SA ein Stachel im Fleisch des Stahlhelms, auch wenn beide Organisationen auf lokaler Ebene weiterhin kooperierten, indem sie zum Beispiel gemeinsame «vaterländische» Kundgebungen und Protestaktionen gegen politische Widersacher veranstalteten.¹³⁹ Andererseits trug der jugendliche Aktivismus der SA-Kämpfer von Mitte der 1920er Jahre an zu einer deutlichen Abkühlung im Verhältnis der beiden Organisationen bei. Die meisten Mitglieder des Stahlhelms betrachteten das «Fronterlebnis» im Ersten Weltkrieg weiterhin als wichtigstes Qualifikationsmerkmal für Führungspositionen. Stahlhelmer, die zu jung waren, um im Weltkrieg gekämpft zu haben, mussten sich daher mit einer untergeordneten Rolle in der Organisation zufriedengeben, unabhängig davon, wie viel Engagement sie in der täglichen Arbeit für den Stahlhelm an den Tag legten. Dass mit der Zeit immer mehr «Jungstahl-

helmer» ihre Sympathie für die nationalsozialistische SA entdeckten, war daher nicht verwunderlich, denn diese vergleichsweise «junge» Organisation der SA gestattete ihren Mitgliedern nicht nur, sich im Kampf gegen den ideologischen Feind zu bewähren, sondern forderte sie sogar mit Nachdruck dazu auf, da dieser mindestens so gefährlich sei wie die verbündeten Entente-Mächte im Ersten Weltkrieg. Dass die Schlachten gegen diesen Feind zunächst nur auf den Strassen deutscher Städte ausgetragen wurden, fiel kaum ins Gewicht.¹⁴⁰

Als Reaktion auf diese Entwicklung distanzieren sich die führenden Köpfe des Stahlhelms zunehmend von der aus ihrer Sicht «plebejischen» und zugleich «anmassenden» SA. Typisch für den nun immer stärker auf Konfrontation ausgerichteten Stil der Anführer beider Organisationen war eine Äusserung Gottlob Bergers, eines späteren SS-Generals. 1932, als Berger noch der SA-Untergruppe Württemberg angehörte, beschrieb er das Verhältnis zum Stahlhelm in seiner Region wie folgt: «Wir bekämpfen uns. Die Herrensöhnchen und verkalkten aktiven Offiziere sind tonangebend im Stahlhelm. Auf dem Land ziehen wir jetzt Reiterstürme auf und tun damit dem Stahlhelm den grössten Abbruch.»¹⁴¹ Auf der Gegenseite machte Theodor Duesterberg, neben Franz Seldte eine der beiden nationalen Führungsfiguren des Stahlhelms, keinen Hehl daraus, wie wenig er von der «jugendlichen» SA hielt. In einer Rede vor Stahlhelm-Gefolgsleuten Anfang Februar 1933 in Berlin mokierte er sich darüber, dass «ausgesprochene Drückberger und Jugendliche, die während des Weltkrieges noch in den Windeln lagen oder die Schulbank drückten», sich jetzt erlaubten, den Männern des Stahlhelms «mangelnde Vaterlandsliebe» vorzuwerfen.¹⁴²

Duesterberg, der im April 1932 für das Amt des Reichspräsidenten kandidiert und mehr als 2,5 Millionen Stimmen gewonnen hatte, beharrte noch im Frühjahr 1933 auf der Unabhängigkeit des Stahlhelms von der NS-Bewegung. Dagegen reagierte Seldte flexibler auf die politischen Veränderungen und schaffte es in kürzester Zeit, seinen Partner in der Stahlhelm-Führung auszumanövrieren. Seit 30. Januar 1933 amtierte Seldte als Reichsarbeitsminister, hatte also einen Sitz an Hitlers Kabinetttisch inne. Am 27. April 1933 trat er in die NSDAP ein und handelte mit dieser in den darauffolgenden Wochen und Monaten eine schrittweise Eingliederung des Stahlhelms in die SA aus.¹⁴³ Die Bedenken skeptischer Stahlhelmer, die fürchteten, ihre Organisation werde zu einer «SA zweiter Klasse» herabgestuft werden, wischte er beiseite.¹⁴⁴ Schon von Juni 1933 an wurden die «Jungstahlhelmer» in die SA überführt, während der Scharnhorst-Bund, die Jugendorganisation des Stahlhelms, in der Hitlerjugend aufging.¹⁴⁵ Wenig später wurde der Stahlhelm aufgespalten in einen «Wehrstahl-

helm», in den alle Stahlhelmer bis 35 Jahre eingegliedert wurden, und den angestammten Stahlhelm. Der Führer des «Wehrstahlhelms», Elhard von Morozowicz, wurde Mitglied der Obersten SA-Führung und ganz offiziell mit der Aufgabe betraut, «den Wehrsta[h]lhelm neu zu gliedern und der SA zuzuführen».¹⁴⁶

Am 6. November 1933 erhielt die erheblich angewachsene SA dann eine den neuen Realitäten angepasste Struktur. Sie setzte sich von nun an aus drei verschiedenen Untergruppen zusammen. Da war zunächst die «aktive» SA, der sämtliche reguläre SA- und SS-Männer von 18 bis 35 Jahren angehörten, darunter die mehr als 300'000 bisherigen «Wehrstahlhelmer», die wie die «Jungstahlhelmer» bereits im Juli in die SA überführt worden waren. An zweiter Stelle kam die «SA-Reserve I» (SA-RI), in die alle ehemaligen Stahlhelm-Mitglieder zwischen 36 und 45 Jahren eingruppiert wurden.¹⁴⁷ Eine dritte Gliederung, die «SA-Reserve II» (SA-R II), bestand aus Männern über 45 Jahren, die bis dahin dem Kyffhäuserbund und anderen Veteranenverbänden oder Kolonialvereinen angehört hatten; auch sie unterstanden von nun an der Kontrolle Röhm's und seiner SA.¹⁴⁸ Am 28. März 1934 wurde schliesslich der verbliebene Stahlhelm in Nationalsozialistischer Deutscher Frontkämpferbund (NSDFB) umbenannt. Diese Namensänderung machte deutlich, dass die Zeit der Eigenständigkeit für den Stahlhelm endgültig abgelaufen war.¹⁴⁹

Die Nazifizierung des deutschen Hochschulwesens

Spätestens Ende 1933 hatten sich die Nazis die vollständige politische Herrschaft über Deutschland gesichert. Die Beobachtungen, die dem jungen Reisenden und späteren Schriftsteller Patrick Leigh Fermor bei seinem ersten Aufenthalt in Deutschland in Goch, einer Kleinstadt am Niederrhein unweit der holländischen Grenze, auffielen, geben einen unmittelbaren Eindruck von den Verhältnissen. Die Stadt war in ein Meer nationalsozialistischer Fahnen getaucht.

Im Schaufenster eines Bekleidungsgeschäfts [...] prangten Partei-Requisiten: Hakenkreuzarmbinden, Dolche für die Hitlerjugend, Blusen für Hitlermädel und braune Hemden für erwachsene SA-Männer; Hakenkreuz-Knopflöcher waren so angeordnet, dass sie den Schriftzug «Heil Hitler» bildeten, und eine androgyne Wachspuppe mit Perlenlächeln war in die komplette Uniform eines Sturmabteilungsmannes gehüllt.¹⁵⁰

Im ersten Teil der Beschreibung seines Fussmarsches von Hoek van Holland nach Konstantinopel in den Jahren 1933 und 1934 schilderte Leigh Fermor mehrere Begegnungen mit SA-Männern in der Winterlandschaft West- und Norddeutschlands. Bei der Niederschrift Jahrzehnte später fiel ihm allerdings eine markante Inkongruenz zwischen seinen persönlichen Erinnerungen und seinen später erworbenen Geschichtskenntnissen auf. In der besagten Kleinstadt Goch war der junge Engländer in einer Kneipe auf eine Gruppe SA-Männer gestossen, die «ohne ihre schrecklichen Mützen weniger bedrohlich aussahen. Einer oder zwei von ihnen, die eine Brille trugen, könnten Büroangestellte oder Studenten gewesen sein.»¹⁵¹ Diese SA-Männer begannen bald, populäre Volkslieder zu singen. Leigh Fermor behielt die Szene als «bezaubernd» in Erinnerung und erklärte anlässlich der Niederschrift seiner Reiseerinnerungen, jene beeindruckende Atmosphäre habe es ihm seinerzeit unmöglich gemacht, «die Sänger mit organisiertem Schikanieren, dem Zertrümmern jüdischer Schaufenster und nächtlichen Bücherverbrennungen in Verbindung zu bringen».¹⁵² Leigh Fermors Beobachtung erinnert daran, dass die SA in den ersten anderthalb Jahren des «Dritten Reiches» sehr verschieden auftreten und wahrgenommen werden konnte. Nicht alle SA-Männer beteiligten sich in der Anfangszeit des Regimes an Akten physischer Gewalt, verbrannten Bücher oder bewachten und folterten die Insassen von Konzentrationslagern.

Das belegt auch das Intermezzo des SA-Hochschulamts und seiner regionalen Ableger.¹⁵³ Hitler hatte die Errichtung dieses Hochschulamts am 9. September 1933 angeordnet. Es erhielt einen Amtssitz in der Berliner Wilhelmstrasse und wurde vom SA-Brigadegeneral Heinrich Bennecke geleitet, einem «Alten Kämpfer» der NSDAP und studierten Historiker, der an der Universität Leipzig den Doktorgrad erlangt hatte.¹⁵⁴ Das SA-Hochschulamt sollte alle, die an einer deutschen Universität studierten, körperlich und geistig «im Geiste der Vorkämpfer der deutschen Revolution» schulen, was in der Praxis auf hochdosierte Indoktrinierung und unablässige Leibesübungen hinauslief.¹⁵⁵ Diese Neuorientierung des akademischen Betriebs war ein wichtiger Aspekt der Gleichschaltung der deutschen Hochschulen. Die Aneignung von Wissen und die Fähigkeit zur kritischen Reflexion zählten von nun an deutlich weniger als körperliche Robustheit und Willensstärke. Die Nationalsozialisten verstanden unter Führungsstärke zunächst und vor allem die unbedingte Entschlossenheit, den eigenen Willen durchzusetzen. Auf die Schlüssigkeit von Argumenten kam es dabei nicht an. Was zählte, war nicht intellektuelle Beschlagenheit, sondern die Persönlichkeit und das Charisma der neuen Generation akademischer Führer. Derartige Anschauungen hatte

Hitler schon 1922 vorgetragen, als er die männliche Jugend Münchens aufgefordert hatte, in die im Aufbau begriffene SA einzutreten: «Der Junge, der jetzt nicht den Weg dorthin findet, wo letzten Endes das Schicksal seines Volkes im guten Sinne vertreten wird, wer jetzt nur Philosophie studiert und sich hinter seine Bücher setzt oder zu Hause hinterm Ofen hockt, der ist ein deutscher Junge nicht!»¹⁵⁶ 1922 wurden diese antiintellektuellen Aussagen Hitlers lediglich von einer radikalen Minderheit geteilt, doch im Deutschland der Jahre 1933 und 1934 war dieses Denken zumindest kurzzeitig überaus populär. An der Universität Rostock etwa gehörten 1933 nicht weniger als 71 Prozent aller eingeschriebenen Studenten der SA an.¹⁵⁷ Selbst angesichts der seit den späten 1920er Jahren erheblich gewachsenen Bereitschaft unter den deutschen Schülern und Studenten, sich die Ideen des Nationalsozialismus zu eigen zu machen, blieben die Ziele, die sich die neu eingerichteten SA-Hochschulämter setzten, überaus ehrgeizig, wie sich am Beispiel Münchens zeigen lässt. Der Stellvertretende Führer des dortigen SA-Hochschulamts, der 23-jährige Jurastudent Karl Gengenbach, skizzierte in einem Brief an Staatsminister Hermann Esser vom 24. Januar 1934 eine Reihe von Ideen und Plänen, die im Falle ihrer Realisierung zu einer vollständigen Umgestaltung des akademischen Lebens in Deutschland geführt hätten.¹⁵⁸ Gengenbach sprach sich dafür aus, die Ausbildung männlicher Studenten in den ersten drei Semestern voll und ganz darauf auszurichten, diese für die SA zu gewinnen. Während Studienanfänger im ersten Semester lediglich einer politischen Schulung unterzogen werden sollten, würde sich ihre akademische Ausbildung in den anschliessenden zwei Semestern weitgehend um die SA drehen. Neben dreistündigen theoretischen Schulungen sollten auch vier praktische Übungsstunden pro Woche zum Pflichtprogramm der Studenten gehören, in denen sie zum Beispiel Schiesstraining und Fussmärsche absolvieren und eine unscharf definierte «politische Schulung gemäss den Grundsätzen der SA» erhalten sollten. Des Weiteren sollten wochenlange militärische Lehrgänge und Kampfübungen in nahe gelegenen SA-Lagern den grössten Teil der Semesterferien einnehmen. Diese ehrgeizigen Pläne umzusetzen fehlte es dem Münchener SA-Hochschulamt allerdings an den notwendigen Einrichtungen. Gengenbach schmiedete daher den Plan, in Oberstdorf ein grosses SA-Ausbildungs- und Sportlager errichten zu lassen, das bis zu 800 Studenten aufnehmen konnte. Da die SA-Hochschulämter kurz nach dem «Röhm-Putsch» geschlossen wurden, ist anzunehmen, dass dieser Plan nicht weiterverfolgt wurde; andererseits vermittelt die erhalten gebliebene Korrespondenz Gengenbachs mit den bayerischen Behörden den Eindruck, dass ein erheblicher Teil der für das Lager in Oberstdorf erforderlichen 250'000 Reichsmark bereits beisammen war. Massgebliche Beträge zugesagt hatten das bayerische

Kultusministerium und die Gemeinde Oberstdorf, die das Projekt als grosse Chance begriff, ihre Region touristisch aufzuwerten.¹⁵⁹

An einer anderen angesehenen deutschen Hochschule, der Ruprecht-Karls-Universität in Heidelberg, war die paramilitärische Ausbildung der Studenten spätestens 1934 in vollem Gange. Wie in München wurden auch hier die männlichen Studienanfänger sowie die Zweit- und Drittsemester vom Sommersemester 1934 an zur Teilnahme an Feldübungen der SA verpflichtet. Einer der von dieser Massnahme Betroffenen war der 23-jährige Felix Hartlaub, der romanische Philologie und Geschichte studierte und heute als einer der fähigsten jungen deutschen Schriftsteller der späten 1930er und frühen 1940er Jahre gilt.¹⁶⁰ In einem Brief an seinen Vater, den Museumsdirektor Gustav Friedrich Hartlaub, schilderte der junge Felix 1934 recht ausführlich die Stimmungslage bei diesen SA-Übungen. Nachdem er mehrere Wochen daran teilgenommen hatte, waren seine Eindrücke gemischt. Auf der einen Seite sah er seine Kommilitonen recht kritisch: Die meisten verhielten sich nicht kameradschaftlich, sondern überehrgeizig und eigensüchtig und liessen «wirkliches soldatisches Ethos» vermissen. Ihre Geselligkeit erschöpfe sich zumeist in der «Bierinnigkeit» studentischer Verbindungen. Von der von der SA propagierten neuen «männlichen Gemeinschaft» finde sich bei ihnen keine Spur. Auf der anderen Seite zeigte sich Hartlaub beeindruckt von den SA-Führern, die diese Übungslehrgänge organisierten; es gebe unter ihnen viele «grossartige Typen». Keiner entspreche dem «üblen Unteroffizierstyp», schrieb Hartlaub unter Anspielung auf den schlechten Ruf, der den Inhabern dieses Dienstgrads seit Weltkriegstagen anhaftete. Und das «weltanschauliche Parteiungertum» der besonders kämpferischen Parteiaktivisten mit seiner Kombination aus militärischen und ideologischen Überzeugungen und Fertigkeiten bezeichnete der junge Student sogar als «hoch anständig».¹⁶¹

Hartlaubs Beschreibung widerspricht den meisten späteren Urteilen über die SA-Übungslehrgänge, die in der Regel als langweilig und wenig inspirierend geschildert werden.¹⁶² Das Zeugnis, das Hartlaub ihnen ausstellte, ist gewiss nicht repräsentativ, lässt aber den Schluss zu, dass die spezielle Kombination aus ideologischer Schulung und körperlicher Ertüchtigung durchaus Anziehungskraft auf die Söhne der gebildeten Mittelschicht ausüben konnte, denen das «moderne» Gesicht der SA imponierte. Zahlreiche andere Studenten und Dozenten fanden die Politisierung des Hochschullebens in den Jahren 1933/34 jedoch abstossend, besonders wenn sie mit deren extremen Äusserungsformen konfrontiert wurden, etwa dem von SA-Studenten im Frühjahr 1934 wiederholt gesungenen «Blutlied» und den Kontroversen, die es auslöste:

Wetzt die langen Messer auf dem Bürgersteig,
Lasst die Messer flutschen in den Judenleib.
Blut muss fließen, knüppelhadgedick,
wir scheissen auf die Freiheit dieser Judenrepublik.
Kommt einst die Stunde der Vergeltung,
sind wir zu jedem Massenmord bereit.

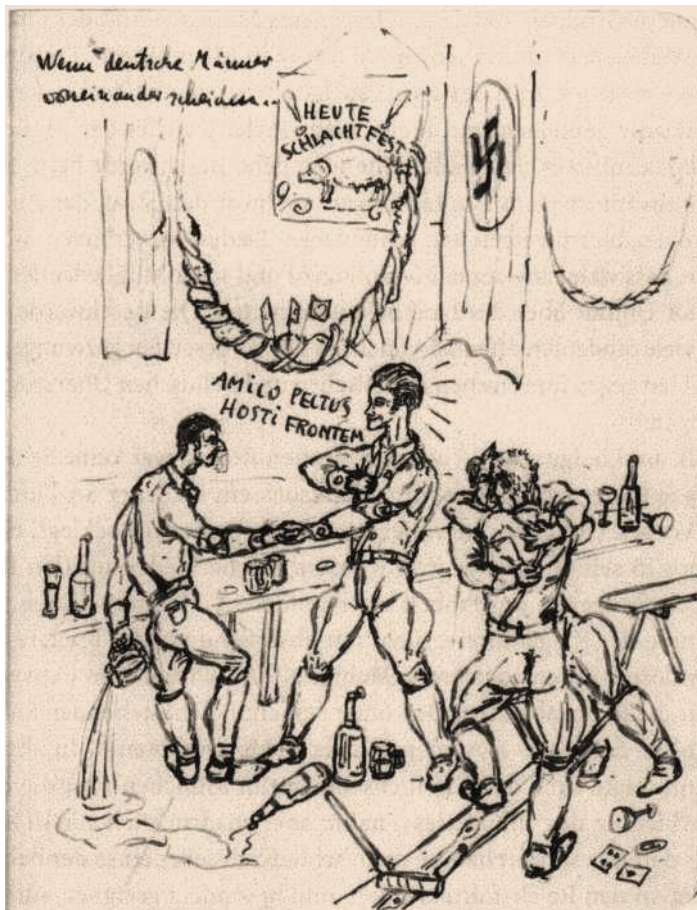
Hoch die Hohenzollern, am Laternenpfahl.
Lasst die Hunde baumeln, bis sie runterfalln!
Blut muss fließen, knüppelhadgedick,
wir scheissen auf die Freiheit dieser Judenrepublik ...

In die Synagoge hängt ein schwarzes Schwein,
in die Parlamente schmeisst ne Handgranate rein!
Blut muss fließen, knüppelhadgedick,
wir scheissen auf die Freiheit dieser Judenrepublik ...

Zerrt die Konkubine aus dem Fürstenbett,
schmiert die Guillotine mit dem Judenfett.
Blut muss fließen, knüppelhadgedick,
wir scheissen auf die Freiheit dieser Judenrepublik ...

Dieses «Blutlied» war eine Abwandlung vom «Lied der Verfolgten» oder «Absalon-Lied», das in der Revolution von 1848 sehr populär wurde und auch als «Heckerlied» bekannt ist. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts entwickelte es sich mit neuen, militaristisch angehauchten Versen zu einem studentischen Gassenhauer. In der ursprünglichen Fassung drückte das Lied die Sehnsucht nach einer deutschen Demokratie aus, die unter anderem im intelligenten Wortspiel um das Verb «hängen» in seinen changierenden Bedeutungen zwischen «jemanden aufhängen» und «an etwas hängen» – in diesem Fall am Traum von einer deutschen Republik – zum Ausdruck kommt.

Die Nazis benutzten für ihre Fassung Textversatzstücke des Originals ebenso wie dessen antimonarchistische Elemente, verkehrten die ursprüngliche Botschaft jedoch ins Gegenteil. Indem sie sich bei den bekannten antiparlamentarischen Klischeevorstellungen der extremen Rechten der 1920er Jahre bediente, antikatholische Schmähungen («schwarzes Schwein») und vor allem antijüdische Drohungen und Beleidigungen ausstieß, schuf die SA einen der extremsten Hassgesänge, die auf deutschen Strassen jemals zu hören waren.¹⁶³



Diese Zeichnung fertigte der Student und spätere Schriftsteller Felix Hartlaub im Frühjahr 1934 während seiner Teilnahme an einem paramilitärischen Lehrgang der SA für Heidelberger Studenten an. Im Hintergrund hängt ein Schild mit der Aufschrift «Heute Schlachtfest». Der lateinische Trinkspruch «Amico pectus, hosti frontem», der sich mit «Dem Freund die Brust, dem Feind die Stirn» übersetzen lässt, diente manchen traditionellen deutschen Studentenverbindungen als Wahlspruch und verbindet sich auf diesem Bild mit den neuen soldatischen, aber immer noch «feucht-fröhlichen» Gepflogenheiten studentischer SA-Gruppen.

Nachdem Gruppen von SA-Studenten aus München und dem nahe gelegenen Weihenstephan das Lied im Mai 1934 in Memmingen, Freising und anderswo wiederholt zum Besten gegeben hatten, reichten der Generalvikar der Erzdiözese München und Freising sowie der Kanzler der Münchener Ludwig-Maximilians-Universität eine förmliche Beschwerde beim bayerischen Kultusministerium ein. Der Vikar beschwor den Staat, das Absingen dieses «rohen, blutrünstigen und schmutzigen Liedes» zu verbieten, wobei er anmerkte, dass viele Einwohner Memmingsens und sogar Mitglieder der Memminger SA Unmut über das Lied bekundet hätten. Die Beschwerde deutet an, dass viele Studenten offenbar von ihren SA-Vorgesetzten gezwungen wurden, das Lied gegen ihre eigenen moralischen und politischen Überzeugungen mitzusingen.¹⁶⁴

Kritik am Liedgut der SA aus den eigenen Reihen war keine Seltenheit. Schon 1929 hatte sich in Hamburg-Wandsbek ein örtlicher SA-Führer bei seinem Vorgesetzten über beleidigende «Schweinelieder» beklagt, die von SA-Trupps in seiner Stadt gegrölt würden. Solche Lieder aus den Kehlen schlecht angezogener, ungehobelt auftretender SA-Männer wirkten, so die Befürchtung des Klageführers, nicht nur abstossend auf das breitere Publikum, sondern würden auch rechtgläubige NS-Aktivisten vom aktiven Eintreten für die Partei abhalten. Den unter seinem Befehl stehenden SA-Männern habe er daher das Absingen solcher Lieder verboten.¹⁶⁵ In ähnlicher Weise untersagte auch das SA-Hochschulamt in München 1934 die öffentliche Darbietung des «Blutliedes», nahm aber ausdrücklich alle in Schutz, die es bis dahin gesungen hatten, denn schliesslich sei es eines der beliebtesten Lieder an den Reichsführerschulen und besonders geeignet, «die Jungstudenten in den revolutionären Geist der alten SA-Garde» einzuführen. In einem Schreiben vom 19. Juni 1934 an das bayerische Kultusministerium begründete die SA ihr förmliches Verbot der öffentlichen Darbietung des «Blutliedes» denn auch nicht etwa mit dessen primitiver Gewaltbotschaft, sondern argumentierte ausweichend, dass «die innere Haltung der zu erziehenden Studenten noch nicht dem revolutionären Geist der etablierten SA-Garden» entspreche. Das Lied komme für einige noch zu früh, sei an sich aber in Ordnung.¹⁶⁶

Keine zwei Wochen später wurden Röhm und viele weitere hochrangige SA-Führer ermordet oder gefangen gesetzt, womit auch die Aussichten auf eine Verwirklichung der hochfliegenden Pläne des SA-Hochschulamtes dahinschwanden. In einem weiteren Schreiben zum Absingen des «Blutliedes», das Ende August 1934 verschickt wurde, fand sich nicht mehr viel von der auftrumpfenden Diktion, durch die sich die Briefe des SA-Hochschulamtes bis dahin auszeichnen

hatten. Die Münchener SA-Kader räumten nun ein, dass das «Blutlied» auch in anderen Städten, etwa Bamberg und Speyer, gesungen worden sei, jedoch ganz ohne ihr Zutun. Von den 2'200 vom SA-Hochschulamt München registrierten Studenten hätten nur vierzig jemals das «Blutlied» in der Öffentlichkeit gesungen. In der ganzen Affäre müsse man einen bewussten Versuch der katholischen Kirche sehen, mit kritischen Einwüfen, die an die «böartigsten Pressepolemiken von einst» erinnerten, den Nationalsozialismus zu diskreditieren.¹⁶⁷

Trotz der raschen Auflösung der SA-Hochschulämter blieben Studenten und Dozenten im Braunhemd ein vertrauter Anblick an deutschen Universitäten.¹⁶⁸ Die nationalsozialistische Wissenschaftspolitik begünstigte eine jüngere Gelehrten- und Lehrentengeneration mit ideologischen Verbindungen zur NS-Bewegung, darunter viele, die nur zu gerne bereit waren, die frei gewordenen Stellen derjenigen einzunehmen, die aus politischen Gründen von ihren Lehrstühlen und Dozentenstellen vertrieben worden waren.¹⁶⁹ Andererseits dauerte es nicht lange, bis etablierte Professoren sich über das Eindringen der NS-Politik in die akademische Welt beschwerten. So führte der Freiburger Historiker Gerhard Ritter im April 1934 Klage darüber, dass die Universitätsleitung nur noch «SA-Naturen» zum Studium zulasse – und damit genau die Art von Leuten, die das «geringste Interesse an der Wissenschaft» hätten.¹⁷⁰

Andere sahen das optimistischer. Emanuel Hirsch, angesehener Professor für Evangelische Theologie an der Universität Göttingen, räumte zwar ein, dass die «SA-Studenten» von 1934 sich unreifer zeigten und weniger Tiefgang hätten als jene früheren Jahrgänge, die durch ihre Erlebnisse in den Schützengräben des Ersten Weltkriegs nachhaltig geprägt gewesen seien. Dennoch begrüßte er die neue Ära euphorisch als eine höchst willkommene Gelegenheit, eine Versöhnung zwischen evangelischer Theologie und nationalistischer Politik herbeizuführen. Hirsch konnte dem Klima, das nun an den deutschen Hochschulen herrschte, durchaus etwas abgewinnen:

Unsere Schüler haben, mit Recht, das Bewusstsein, dass allein die Kämpferschar, der sie zugehören, uns, die Lehrer mit unserer geistigen Arbeit und unserer Schaffensmöglichkeit, vor der Bedrohung durch den Bolschewismus geschützt hat und schützt; mit dem ganzen deutschen Volkstum hat auch der deutsche Geist heute allein Existenz und Wirkungsmöglichkeit in dem vom Führer und seiner SA getragenen und gehaltenen neuen Gemeinwillen.¹⁷¹

Hirsch stand mit seinen Ansichten keineswegs allein. An vielen Universitäten erfuhr die SA anfänglich erhebliche Unterstützung von der Studenten- und Dozentschaft, besonders an den Fakultäten für Evangelische Theologie. In Rostock schlossen sich Theologiestudenten in erheblich höherer Zahl als etwa Jura- oder Medizinstudenten der SA an, und in Greifswald beteiligten sich zwei Theologieprofessoren aktiv an der Gründung der Kirchlichen Kampfschar Pommern, einer studentischen Initiative, die sich unter Rückgriff auf SA-Methoden in den «Kirchenkampf» stürzte.¹⁷² In Münster traten zwischen 1932 und 1934 nicht nur zahlreiche Studenten, sondern auch mehrere Dozenten und Professoren für Evangelische Theologie in die SA ein, wenn auch nicht in jedem Fall in die Partei. Wie einer von ihnen 1946 erklärte, sei es «im Interesse der Volksgemeinschaft wichtig [...], wenn überzeugte und aktive Christen in der SA seien», eine Aussage, in der sich noch die Hoffnungen widerspiegelten, die viele jüngere protestantische Theologen Anfang der 1930er Jahre in eine tiefgreifende Erneuerung des christlichen Glaubens durch ein Bündnis mit der NS-Bewegung gesetzt hatten – eine Erneuerung, die womöglich den Auftakt für eine neue «Volksmission» hätte darstellen können.¹⁷³

Wenige Jahre später waren diese Hoffnungen zerstoßen. Aber selbst als viele Fakultäten der Universität Münster Anfang 1937 angesichts des nachlassenden Einflusses der SA die Chance nutzten, ihre Studenten komplett aus der SA herauszulösen, ging die Fakultät für Evangelische Theologie diesen Schritt bewusst nicht mit.¹⁷⁴ Für im nationalsozialistischen Sinne «gefestigte» Theologiestudenten war es denn auch ein bitterer Schock, als das NS-Regime nur wenige Monate später einen Erlass in Kraft setzte, nach dem das Theologiestudium nicht mehr mit der Zugehörigkeit zur SA oder zur Hitlerjugend vereinbar war, und dabei auch keinen Unterschied zwischen den gegensätzlichen Strömungen innerhalb der evangelischen Kirche machte, also zwischen den NS-freundlichen Deutschen Christen und den Anhängern der auf Abstand zum Regime bedachten Bekennenden Kirche.¹⁷⁵ Im September 1937, als die NSDAP wieder neue Mitglieder aufnahm, wurde Geistlichen und Theologiestudenten der Eintritt in die Partei zudem explizit verwehrt. In Kombination mit dem vorgenannten Erlass erwuchs daraus eine unüberwindliche Sperre.¹⁷⁶

Im Jahr 1938, kurz vor Beginn des Zweiten Weltkriegs, war die SA an deutschen Universitäten nur noch ein Schatten früherer Tage. Teilweise lag das daran, dass junge Männer mit militärischen Ambitionen inzwischen direkt in die Wehrmacht eintreten konnten. Die deutschen Hochschulstudenten, die nach wie vor der SA angehörten, wurden nicht mehr bevorzugt behandelt und mussten nun ih-

rerseits Mittel und Wege finden, ihren SA-Pflichten nachzukommen.¹⁷⁷ An der Universität Köln traten die meisten dieser Studenten daher gar nicht mehr in die universitäre SA-Gruppe ein, sondern zogen es vor, ihren aktiven Dienst bei ihrer angestammten Einheit am Heimatort zu leisten. Häufig erschienen sie jedoch weder hier noch dort zum Dienst. Wie aus Korrespondenzen im Archiv der Kölner Universität hervorgeht, reagierten die Vertreter der SA an der Hochschule auf den Mitgliederschwund mit einer Doppelstrategie: Zum Ersten gewährten sie Studenten, die sich auf ihr Abschlussexamen vorbereiteten, routinemässig dienstfreie Zeiten, und zum Zweiten schrieben sie den Erst- und Zweitsemestern die Teilnahme an SA-Versammlungen verbindlich vor.¹⁷⁸ Diese Versammlungen fanden indes selten statt und verschlangen längst nur noch einen Bruchteil der Zeit, die den Studenten 1933 und 1934 abverlangt worden war.¹⁷⁹ Politisch aktive und karrierebewusste Studenten bekamen jetzt vielfach den Rat, in die SS einzutreten. Die Mitgliedschaft in der SA taugte allenfalls noch als amtliche Beglaubigung ihrer Loyalität zum Regime.

Griffe in die Staatskasse

Die Jahre 1933 und 1934 veränderten nicht nur das Verhältnis der SA zum Staat und zu seinen Polizeikräften grundlegend, sondern brachten auch eine spürbare Verbesserung ihrer Finanzlage. Vor 1933 war die Organisation gewöhnlich knapp bei Kasse gewesen, weshalb das politische Engagement für den einfachen SA-Mann oft mit schmerzhaften finanziellen Opfern verbunden war. Als die Nationalsozialisten den Staat übernahmen, eröffnete dies der SA Zugang zu den finanziellen Ressourcen des Reiches. Darüber hinaus ermöglichte es ihren Mitgliedern, sich an profitablen Erpressungen zu beteiligen, aus denen sich manchmal regelrechte Geschäftsmodelle entwickelten. So entstand zum Beispiel in Berlin-Brandenburg eine Arbeitsgemeinschaft der SA, die, beginnend mit dem 21. Juni 1933, «arischen» Unternehmen Schilder mit der Aufschrift «deutscher Betrieb» verkaufte, für deren Anbringung die Nutzer eine jährliche Gebühr entrichten mussten.¹⁸⁰ In Wuppertal stellten SA-Banden sogar Quittungen für eingetriebene «Schutzgelder» aus; diese summierten sich für die kleinen Lebensmittelgeschäfte, die in erster Linie betroffen waren, im Laufe der Zeit zu erheblichen Beträgen.¹⁸¹

Gleichwohl fielen die mittels solcher Praktiken erlangten Gelder kaum ins Gewicht im Vergleich zu den Summen, die die Braunhemden von nun an aus den Kassen des Deutschen Reiches bezogen. Vom 19. Mai 1933 an flossen der Ober-

sten SA-Führung regelmässig Gelder aus dem Reichsinnenministerium zu, zuweilen zwei Überweisungen im Monat. War die erste Zahlung in Höhe von 100'000 Reichsmark noch vergleichsweise moderat, so vervielfachten sich die Zuwendungen bald und stiegen im Januar und März 1934 auf jeweils 8 Millionen Reichsmark. In der Summe unterstützte der deutsche Steuerzahler die Braunhemden zwischen Mai 1933 und April 1934 mit insgesamt knapp 45 Millionen Reichsmark, von denen die SA mehr als 42 Millionen unverzüglich ausgab. Das Ministerium überwies alle diese Zuwendungen an die Niederlassung Ingolstadt der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank, bei der die OSAF nicht weniger als sieben verschiedene Konten unterhielt. Nur zwei dieser Konten wurden für die Zuflüsse aus dem Innenministerium genutzt. Ein weiteres nahm Zuflüsse aus dem Finanzministerium auf, das der OSAF weitere 28 Millionen Reichsmark zahlte.¹⁸² Insgesamt verbuchte die SA für das Geschäftsjahr 1933/34 Einnahmen von mehr als 72 Millionen Reichsmark, in denen aber weder die Einkünfte aus Mitgliedsbeiträgen noch die freiwilligen Spenden der relativ wenigen wohlhabenden SA-Mitglieder sowie die Zuwendungen aus den Kassen von Grossunternehmen enthalten waren.¹⁸³

Die SA verwendete diese Gelder, um ihre Ausrüstung zu modernisieren, die in ganz Deutschland eingerichteten SA-Hilfswerklager zu finanzieren und die regulären Budgets ihrer Gliederungen und Untergliederungen zu erhöhen. Der Löwenanteil der Ausgaben entfiel mit mehr als 33 Millionen Reichsmark auf Personalkosten. Die Hilfswerklager folgten mit knapp 5 Millionen Reichsmark auf dem zweiten Platz, gefolgt von einmaligen Investitionen wie etwa der Anschaffung von Uniformen, Stiefeln und Unterwäsche für 150'000 «bedürftige SA-Männer». Der Rechnungshof des Deutschen Reiches stellte in einem eingehenden Prüfungsbericht vom 8. Juni 1934 fest, die SA habe zwar die Absicht geäussert, das ihr anvertraute Geld «wirtschaftlich» einzusetzen, eine ins Einzelne gehende Nachverfolgung der Geldflüsse sei jedoch in den meisten Fällen nicht möglich. Transparenz lasse sich nur herstellen, wenn der Rechnungshof das Finanzgebarene der SA-Gruppierungen in den einzelnen Ländern und Gauen eingehend prüfen könne.¹⁸⁴

Die NSDAP hatte im Sommer 1934 natürlich kein Interesse an staatlichen Überprüfungen ihres Finanzgebarens, insbesondere nicht, nachdem Erhebungen des Rechnungshofs illegale Finanzpraktiken auf regionaler Ebene zutage gefördert hatten. So hatte zum Beispiel die SA-Gruppe Berlin-Brandenburg 1933 alle gezahlten Gehälter als Aufwandsentschädigungen deklariert, so dass weder die SA als Organisation noch ihre Mitglieder als Individuen in diesem Jahr Einkommensteuer oder Sozialabgaben entrichtet hatten. In einigen Fällen wurden zudem Lohnvorauszahlungen geleistet, die man später nicht verrechnete. Ausserdem

hatte die SA in Berlin allein im April 1933 mehr als 10'000 Reichsmark für «politische Zwecke» ausgegeben. Wofür das Geld tatsächlich aufgewendet worden war, blieb ungeklärt.¹⁸⁵ Die Unterstützung des Deutschen Reiches für die SA-Gruppe Österreich, die durch das von der österreichischen Regierung am 19. Juni 1933 ausgesprochene NSDAP – Verbot illegal geworden war, belief sich 1933/34 auf 1326'000 Reichsmark für Personalkosten und knapp 3 Millionen Reichsmark für die Anschaffung von Winterbekleidung.¹⁸⁶

Die «Nacht der langen Messer» diente der NSDAP als willkommene Gelegenheit, ihre Probleme mit dem Rechnungshof des Deutschen Reiches ein für alle Mal aus der Welt zu schaffen. In einem Schreiben vom 23. Juli 1934 teilte Franz Xaver Schwarz, der kurz zuvor zum SS-Obergruppenführer beförderte Reichsschatzmeister der NSDAP, dem Präsidenten des Rechnungshofs mit, alle finanziellen Angelegenheiten der SA würden ab sofort in die alleinige Verantwortung der NSDAP fallen. Als Hitlers Generalbevollmächtigter werde er alle künftigen Zahlungen des Reiches an die SA persönlich überwachen.¹⁸⁷

Zwei Wochen später liess Schwarz das Reichsfinanzministerium wissen, sämtliche staatlichen Zuwendungen an die SA müssten mit sofortiger Wirkung auf das OSAF-Konto der Partei bei der Bayerischen Staatsbank in München überwiesen werden. Noch wichtiger war freilich, dass von nun an sämtliche Aufgaben der Finanzaufsicht nicht mehr dem Reichsrechnungshof obliegen würden, sondern der NSDAP selbst.¹⁸⁸ Diese neue Zuständigkeitsverteilung schob allen staatlichen Bemühungen, das Finanzgebaren der SA zu überwachen und zu reglementieren, einen Riegel vor. Alle weiteren Schreiben des Reichsrechnungshofes an die NSDAP – das letzte in den Akten überlieferte datiert vom 21. Juni 1935 – blieben unbeantwortet. Die NSDAP erklärte sich unterdessen zur «Körperschaft des öffentlichen Rechts» und wurde damit zum integralen Bestandteil des Staatsapparats mit unbegrenztem Zugriff auf die Staatskasse.

Weil die Finanzen der SA nach 1934 nie mehr von unabhängigen Buchprüfern durchleuchtet wurden, haben sich alle Versuche, ein genaues Bild von den Einnahmen und Ausgaben der Organisation in den Jahren danach zu gewinnen, als vergeblich erwiesen. Der Löwenanteil der von der SA verausgabten Gelder kam, soviel ist klar, weiterhin aus der Staatskasse – auf dem Umweg über die NSDAP, die nun als Aufsichtsorgan in Finanzdingen eine zunehmend effektivere Kontrolle über die zuvor halbwegs autonome SA ausübte. Innerhalb dieses Gefüges genoss der SA-Stabschef ein gewisses Mass an Autonomie und schlug daraus allem Anschein nach auf ähnliche

Weise Kapital, wie es die SA-Führer vor der «Nacht der langen Messer» gehalten hatten. Beispielsweise gab SA-Stabschef Lutze am 4. November 1938 Anweisung, allen Führern der SA-Gruppen und allen ranghohen Männern der OSAF zusätzlich zu ihrem regulären Gehalt als SA-Kader in Vollzeit eine Spesenvergütung von monatlich 200 Reichsmark zu gewähren, vorausgesetzt, sie hatten keine sonstigen Einkünfte.¹⁸⁹

Wie viele andere NS-Größen wurde Lutze im Verlauf seiner neunjährigen Amtszeit als SA-Stabschef ein sehr wohlhabender Mann.¹⁹⁰ Den Angaben zufolge, die er 1932 dem Finanzamt Berlin-Mitte machte, war er im Jahr zuvor vermögenslos gewesen und hatte im Jahr vor der Machtergreifung vergleichsweise bescheidene 12194 Reichsmark verdient.¹⁹¹ Nach seinem Tod am 2. Mai 1943 stellte sein Testamentsvollstrecker fest, dass Lutze ein Vermögen von mehr als 200'000 Reichsmark angehäuft hatte, nicht mitgezählt erhebliche Geldforderungen gegen eine Firma mit Sitz in Hannover. Er besass zudem zwei Landhäuser und ein Pferdegestüt.¹⁹² Der Gesamtwert des Besitzes des Verstorbenen wurde mit 396'000 Reichsmark veranschlagt. Die Quellen, aus denen Lutze in den letzten zehn Jahren seines Lebens Einkünfte geschöpft hatte, waren vielfältig. Neben seinem Monatsgehalt als SA-Stabschef und diversen Aufwandsentschädigungen für die Ausübung verschiedener offizieller Funktionen hatte er auch das «Glück» gehabt, dass sein Geburtsort Bevergern ihm ein vakantes Areal von 4 Hektar überschrieben hatte, auf dem er 1936/37 ein prachtvolles Herrenhaus, den Saitenhof, errichten liess. Er kam zudem in den Genuss von mindestens einer Gabe aus der Schatulle Hitlers: Der Reichskanzler stellte Lutze zum fünfzigsten Geburtstag am 28. Dezember 1940 eigenhändig einen Scheck über 100'000 Reichsmark aus.¹⁹³ Trotz seiner erheblichen Einkünfte zahlte Lutze zwischen 1939 und 1943 keinen Pfennig Steuern; Hitlers Schenkung deklarierte er als Darlehen, das der Reichskanzler angeblich jederzeit zurückfordern konnte.

Da Hitler die Eröffnung eines posthumen Verfahrens gegen Lutze wegen Steuerhinterziehung nicht wünschte, blieben Lutzes Frau und seine Söhne bis nach Ende des Zweiten Weltkriegs im Besitz des überwiegenden Teils dieser Vermögenswerte. Eine von den Briten nach dem Krieg verhängte Vermögenssperre wurde 1956 aufgehoben. Nach dem Tod von Lutzes letztem überlebenden Sohn, Adolf, der im August 1957 im Alter von 21 Jahren bei einem Unfall mit seinem Porsche-Sportwagen ums Leben kam, verkaufte die Erbengemeinschaft Lutze den Saitenhof im Jahr 1958 für 280'000 D-Mark. Selbst nach der Aufteilung des Erlöses unter die zwölf Erbberechtigten war das, was auf jeden von ihnen entfiel, für die Verhältnisse der frühen Bundesrepublik ein erheblicher Batzen Geld.¹⁹⁴

Das Versprechen der SA-Propaganda, soziale Gleichberechtigung in einer nationalen «Volksgemeinschaft» herzustellen, erfüllte sich nie, doch für einige der führenden SA-Propagandisten und ihre Familien warf die Mitgliedschaft in der Organisation eine sehr ansehnliche Dividende ab.

Auf dem Weg zu einer zweiten «Revolution»?

Trotz der Stabilisierung von Hitlers Herrschaft und der Konsolidierung der NSDAP als der einzig verbliebenen legalen politischen Partei machte sich in der SA bereits im Verlauf des Jahres 1933 Unzufriedenheit breit. Während Röhm in einer Rede in Frankfurt an der Oder am 18. Juni 1933 die SA nach gewohntem Muster als «Wegbereiter des neuen Reichs» pries und seine Männer aufforderte, «in dem Geiste wie bisher» Taten sprechen zu lassen, verkündeten Hitler, sein Innenminister Wilhelm Frick und andere führende Nationalsozialisten bereits das Ende der nationalsozialistischen «Revolution».¹⁹⁵

Die Akte exzessiver Gewalt in den zurückliegenden Monaten, begangen zu einem sehr grossen Teil von der SA, konnten inzwischen nicht mehr mit dem Hinweis auf eine von entschlossenen Gegnern drohende akute politische Gefahr gerechtfertigt werden. Infolgedessen verlor die SA ungeachtet der Tatsache, dass sie durch Eingliederung vormalig rivalisierender Verbände zahlenmässig weiterhin wuchs, an Macht. Zwar konnte sie ihre finanzielle Lage noch so weit verbessern, dass sie zumindest eine relative Unabhängigkeit von der NSDAP erreichte, doch viele SA-Männer fühlten sich von ihrer Partei zunehmend im Stich gelassen oder sogar verraten, als die ungeduldig erwartete «Belohnung» für ihren vermeintlich opferreichen politischen Kampf, nämlich eine soziale und materielle Besserstellung, nur für wenige – vor allem hochrangige SA-Führer – Wirklichkeit wurde.

In den Reihen der einfachen SA-Mitglieder fanden daher Aufrufe zu einer «zweiten Revolution» sowie die Aufforderung, den nächsten Schritt auf dem Weg zur Verwirklichung der «Volksgemeinschaft» zu gehen, zunehmend Anklang. Die SA-Männer erwarteten, dass die Protagonisten der «zweiten Revolution» keine Kompromisse mit den Kräften der alten Ordnung schliessen, sondern das Versprechen einer grundlegend neuen gesellschaftlichen Ordnung einlösen würden, mit der SA in führender Stellung. Eine derartige innerparteiliche Oppositionsströmung war für Hitler gefährlich, vor allem weil es sich dabei um eine Bewegung «von unten» beziehungsweise aus der Mitte der Partei handelte, erwachsen aus der Unzufriedenheit derer, die oft keinen brennenderen Wunsch hatten

als den, (wieder) ein Leben in bürgerlicher Respektabilität und finanzieller Sicherheit führen zu können, am besten abgesichert durch eine Festanstellung im öffentlichen Dienst.

Wegen des scharfen Kontrasts zwischen rhetorischem Radikalismus und der Sehnsucht nach sozialer Absicherung und ökonomischer Stabilität haben manche Historiker die Mitglieder der SA als «Desperados mit Pensionserwartungen» verspottet.¹⁹⁶ Diese intellektuell nachvollziehbare Kritik berücksichtigt freilich zu wenig die sehr reale existentielle Not, der die meisten SA-Männer im Zeichen ständiger Mangelwirtschaft, eingefrorener Löhne und nie dagewesener hoher Arbeitslosigkeit ausgesetzt waren. Zudem ging sie über die tatsächlichen Gründe für die immer stärkere Entfremdung des Parteiapparats von seinen paramilitärischen Fusstruppen leichtfertig hinweg.

5

Der «Röhm-Putsch» und der Mythos vom homosexuellen Nazi

Es ist möglich und scheint so, dass die Kleinbürgermassen wieder auf die mit dreckiger Seelenkunde auf sie zugeschnittene Moralität hineinfliegen und in Hitler aufs Neue den Retter sehen.

THOMAS MANN, TAGEBUCH-EINTRAG, 4. JULI 1934¹

Während die erste Welle nationalsozialistischer Gewalt gegen tatsächliche und vermeintliche Gegner der Hitlerdiktatur Ende 1933 abebbte, brachten die Anfangsmonate des Jahres 1934 neue Spannungen. Bei diesem grösstenteils NS-internen Zwist standen sich zwei Lager gegenüber: jene, die weiterhin auf einen Abschluss ihrer «Revolution» pochten, also eine radikale Umwälzung der deutschen Gesellschaft im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie forderten, und jene, die den Kompromiss mit der alten Machtelite als Gewähr für eine weitere Festigung der von der NSDAP gerade erst errungenen Macht verteidigten. In diesen konträren Positionen, die gemeinhin mit Röhm auf der einen und Hitler, Göring und Himmler auf der anderen Seite assoziiert werden, kamen sowohl ideologische Gegensätze als auch grundlegende Unterschiede in Sachen Lebenserfahrung und gesellschaftlicher Stellung zum Vorschein. In diesem Kapitel werde ich zunächst den Verlauf dieses wichtigen Konflikts nachzeichnen und die politischen Ziele der SA in der ersten Jahreshälfte 1934 analysieren. Ich werde danach die Ereignisse, die sich zwischen 30. Juni und 2. Juli ereigneten, genauer unter die Lupe nehmen und ihre unmittelbaren politischen Folgen erörtern. Abschliessend werde ich die «Nacht der langen Messer» in den allgemeineren Kontext der rechtlichen und politischen Entwicklung des «Dritten Reiches» einbetten und dabei auch auf den Ursprung und Nutzen des Klischees vom homosexuellen SA-Mann eingehen.²

Showdown

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten hatten sich der Sozialstatus der SA-Männer und deren Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessert, die Unzufriedenheit in den Reihen der Sturmabteilung war seit dem Sommer 1933 aber den-

noch stetig gestiegen. Ein nicht unbeträchtlicher Teil höher gebildeter und erst unlängst in die NSDAP eingetretener Männer hatte unter Ausnutzung der neu erworbenen politischen Beziehungen den Einstieg in eine neue Karriere geschafft. Im Gegensatz zu diesen «Märzgefallenen» hatten viele «Alte Kämpfer» nach wie vor unter wirtschaftlicher Not und beständiger Arbeitslosigkeit bei ohnehin dürftigen beruflichen Aussichten zu leiden. Oftmals suchten sie die Schuld für ihre Lage bei den in NS-Kreisen üblichen Verdächtigen – den Juden und den «Bonzen» in Wirtschaft und Politik. Doch sie zweifelten auch zunehmend am Willen und an der Fähigkeit der Parteiführung, die in den zurückliegenden Jahren gemachten grossen Versprechungen zu erfüllen.

Zur wachsenden Unzufriedenheit der altgedienten SA-Mitglieder trugen ferner Kommunisten und Sozialdemokraten bei, die sich nun zu Tausenden das braune Hemd überstreiften. In welchem Ausmass die bisherigen politischen Rivalen die SA unterwanderten, ist seit den frühen 1930er Jahren eine heiss diskutierte Frage.³ Schon vor dem Machtantritt Hitlers behauptete die KPD, ihre Leute mit durchschlagendem Erfolg in die SA eingeschleust zu haben. Nach eigener Aussage verfügte sie Ende 1932 in Berlin über nicht weniger als 164 Vertrauensleute in den Reihen der SA, in Zwickau etwa über 18 und in Chemnitz über 4z.⁴ Zweifellos traten in den folgenden zwei Jahren ehemalige Kommunisten und Sozialdemokraten in grosser Zahl in die SA ein, entweder aus freiem Entschluss oder als Mitglieder von Vereinigungen, die pauschal in die SA eingegliedert wurden. Der notorisch unzuverlässige Rudolf Diels, erster Chef des Geheimen Staatspolizeiamtes (Gestapa), behauptete später, in der Reichshauptstadt seien die 1933 neu in die SA eingetretenen Männer zu rund siebzig Prozent ehemalige Kommunisten gewesen.⁵ Eine solche Aussage war sicher überzogen. Doch wie viele es auch gewesen sein mögen, gewiss ist, dass diese «Beefsteaks» – aussen braun und innen rot – sich dem paramilitärischen Arm der NSDAP zumeist aus rein taktischen Gründen und nicht aus ideologischer Überzeugung oder im Zeichen eines plötzlich einsetzenden «politischen Erwachens» anschlossen. Angesichts der nahezu ungezügelter Terrorherrschaft der SA hielten es nicht wenige für geraten, sich der SA anzuschliessen, und zwar gerade dann, wenn sie eine Vergangenheit als Mitglied einer mit den Nationalsozialisten verfeindeten Organisation hatten. Auch jene Sozialdemokraten und Kommunisten, die im Frühjahr und Sommer 1933 in den Stahlhelm eingetreten waren als die einzige verbliebene legale paramilitärische Organisation ausserhalb der NS-Bewegung, fanden sich wenig später mit der Eingliederung des Stahlhelms ebenfalls in der expandierenden SA wieder.

Wie gross die Loyalität in den Reihen der aufgeblähten SA war, lässt sich kaum beurteilen, zumal unter den Mitgliedern der paramilitärischen Verbände schon vor 1933 eine starke Fluktuation herrschte und kaum zu entscheiden war, ob Übertritte aus aufrichtiger Überzeugung oder lediglich «pro forma» erfolgten. Zeitgenössische Beobachter und spätere Historiker sind sich allerdings einig, dass der Anteil der taktischen Eintritte in die SA erheblich war und diese Veränderungen der Mitgliederstruktur nicht wenig zu den anschwellenden antikapitalistischen und antireaktionären Strömungen beitrugen, die sich im Anfangsstadium des «Dritten Reiches» unter den SA-Mitgliedern breit machten.⁶

Im Dezember 1933 ernannte Hitler Röhm und Hess zu Reichsministern ohne Geschäftsbereich. Der ehrgeizige Röhm deutete dies als Rückendeckung für sein Bestreben, der SA auf Dauer Bedeutung nicht nur in der Gesellschaft des «Dritten Reiches», sondern vor allem auch im militärischen Bereich zu sichern. Er forderte, dass die SA zum Waffenträger des Reiches erhoben werden sollte, nach Möglichkeit unter Einverleibung der vergleichsweise kleinen Reichswehr und ihrer «reaktionären» Generäle. Angeblich erklärte Röhm einmal, der «graue Fels» der Reichswehr müsse in der «braunen Flut» versinken.⁷ Dass Röhm derartige Pläne tatsächlich um jeden Preis vorangetrieben hätte, ist allerdings höchst zweifelhaft. Nach Ansicht seiner Biografin Eleanor Hancock hätte er wohl – wie schon 1925 – zurückgesteckt, wenn Hitler für seine Pläne nicht zu gewinnen war.⁸

Anfang 1934 hatte die SA mehr als 3 Millionen Mitglieder, während die Reichswehr gemäss den Bestimmungen des Versailler Vertrags auf 100'000 Berufssoldaten beschränkt blieb. Die Rivalität zwischen SA und Reichswehr wuchs sich in diesem Jahr zu einem veritablen Wettbewerb um die Gunst des Führers aus. Hitler vermied es zunächst, sich klar erkennbar auf eine Seite zu schlagen. Obwohl er aus militärischen Erwägungen von Anfang an geneigt war, die Reichswehr zu favorisieren, versuchte er zugleich, von dem Druck zu profitieren, den die SA auf diese ausübte. Nach seiner Überzeugung würde dieser Druck die Bereitschaft der Reichswehrführung erhöhen, den politischen Führungsanspruch des NS-Regimes anzuerkennen.

In einer Grundsatzrede vor den ranghöchsten deutschen Militärs sprach Hitler sich dann am 28. Februar 1934 zum ersten Mal öffentlich gegen das Vorhaben Röhm's aus, die SA zu einer Volksmiliz zu machen, und erklärte, dass die Reichswehr die reguläre Waffenträgerin der Nation bleibe. Aus praktischen Erwägungen befürwortete er vorläufig eine enge Zusammenarbeit von Reichswehr und SA beim Grenzschutz und bei der vormilitärischen Ausbildung der deutschen Jugend. Allerdings werde die SA nicht Teil der Streitkräfte werden und müsse

aufhören, sich als solche zu gebärden.⁹ Hitler bekräftigte damit eine Position, die er seit der Reorganisierung der SA 1925/26 immer wieder vertreten hatte. Aber auch Röhm blieb seinen Ideen treu, die er bereits um die Mitte der 1920er Jahre formuliert hatte, und so kam es, dass der alte Gegensatz zwischen Röhm's Frontbann-Politik und Hitlers Idee einer von der Partei kontrollierten SA erneut aufbrach. Im Jahr 1934 handelte es sich jedoch nicht mehr um einen Konflikt zwischen Führungspersonen einer obskuren Splitterpartei, sondern um einen Richtungsstreit, der im Scheinwerferlicht der nationalen politischen Bühne ausgetragen wurde. Im Vergleich zu den 1920er Jahren waren nun deutlich mehr Akteure beteiligt, und sie alle spielten mit hohem Einsatz.¹⁰

In der NSDAP war Röhm seit seiner Rückkehr aus Bolivien im Jahr 1930 eine umstrittene Figur. Es hatte seine Stellung keinesfalls gestärkt, dass der frühere Nationalsozialist Helmuth Klotz im März 1932 Röhm's persönliche Briefe an den Arzt Karl-Guenter Heimsoth veröffentlicht hatte, einen Psychologen, der die soldatischen Passionen des Obersten SA-Führers teilte und sich zudem brennend für die männliche Homosexualität interessierte.¹¹ Diese zutiefst persönlichen Briefe liessen keinen Zweifel an Röhm's Homosexualität. Nicht zuletzt deswegen wuchs die Zahl der Röhm-Gegner innerhalb der NSDAP ständig, und er wurde sogar zur Zielscheibe eines Mordkomplotts, das jedoch scheiterte.¹² Im Frühjahr 1934 stand Röhm auf der Abschussliste mehrerer NS-Grössen, etwa Görings und Himmlers, und auch Werner von Blomberg sowie dessen rechte Hand Walter von Reichenau wollten ihn loswerden. Der wegen seiner allseits bekannten Gefolgstreue zu Hitler von seinen Offizierskollegen mit dem Spitznamen «Gummilöwe» belegte Blomberg malte die von der SA ausgehenden Gefahren in den Monaten vor dem 30. Juni 1934 in den düstersten Farben an die Wand und stellte die Reichswehr als die einzig zuverlässige Beschützerin des Regimes vor dieser Gefahr dar. Manche Historiker, vor allem John Wheeler-Bennett, haben sogar die These vertreten, Blomberg habe Hitler mit Erfolg zu einem Vernichtungsschlag gegen die SA gedrängt. Die vorliegenden Dokumente reichen jedoch nicht aus, eine derart weitgehende Schuldzuweisung zu untermauern.¹³ Unzweifelhaft ist allerdings, dass Blomberg und seine Vertrauten es darauf abgesehen hatten, die rivalisierende SA aus dem Feld zu schlagen, und bereit waren, für die Verwirklichung dieses Vorhabens einen hohen Preis zu zahlen.¹⁴

Es gab auf der politischen Bühne Deutschlands im Frühjahr 1934 noch eine weitere Gruppe, die darauf aus war, gegen die SA vorzugehen und damit auch das NS-Regime als Ganzes zu schwächen. Die Rede ist von den oppositionellen Elementen innerhalb der neuen Regierung. Der Kern dieser Gruppierung bestand

aus Mitarbeitern des Vizekanzlers Franz von Papen. Diese «Jungkonservativen», angeführt von dem bayerischen Juristen und Publizisten Edgar J. Jung sowie von Papens Pressechef Herbert von Bose, hatten seit den 1920er Jahren vehement für einen autoritären Staat plädiert, denn nur dieser könne die Probleme der Weimarer Republik überwinden. Nach dem 30. Januar 1933 hatten sie jedoch sehr schnell eine tiefe Abneigung gegen die Nationalsozialisten entwickelt, die eine vollkommene Missachtung der Menschen- und Bürgerrechte erkennen liessen. Die «Jungkonservativen» empfanden die radikale Rhetorik der SA als abscheulich und sahen in der von den Nazis gepredigten «sozialen» Revolution einen finalen Triumph der «Herrschaft der Minderwertigen», was nur zu Terror, Brutalität und Gesetzlosigkeit führen könne.¹⁵ Anders als Papen, der nicht müde wurde, über Moral und höhere Werte zu reden, am Ende jedoch selbst die politischen Morde an seinen engsten Mitarbeitern widerspruchslos hinnahm, legten die Mitglieder dieses oppositionellen Zirkels echte Tatkraft und Entschlossenheit an den Tag. Sie schmiedeten Pläne für den Sturz des NS-Regimes, an dessen Stelle sie eine neue Regierung der gemässigten Rechten setzen wollten, die sich der Rückendeckung des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg und der Reichswehr sicher sein konnte.¹⁶

Der Startschuss für ihr Vorhaben sollte eine von Jung verfasste Brandrede sein, die Papen am 17. Juni 1934 in Marburg halten würde. Die «Jungkonservativen» hegten die Hoffnung, die in der Rede enthaltene scharfe Kritik am NS-Regime werde in der Öffentlichkeit als Zündfunke wirken und einen politischen Umsturz in Gang setzen. Die von ihnen rhetorisch scharf und teilweise brillant formulierte Kritik stellte einen regelrechten Frontalangriff auf die Herrschaftspraktiken der NSDAP und ihre Ideologie dar: «Kein Volk kann sich den ewigen Aufstand von unten leisten, wenn es vor der Geschichte bestehen will», dozierte von Papen und führte weiter aus: «Einmal muss die Bewegung zu Ende kommen, einmal ein festes soziales Gefüge, zusammengehalten durch eine unbeeinflussbare Rechtspflege und durch eine unbestrittene Staatsgewalt, entstehen.» Der Redner vermied es verständlicherweise, die «nationale Revolution» von 1933 und ihre seitherigen «Verdienste» direkt herabzuwürdigen, distanzierte sich aber unmissverständlich von deren «Exzessen». Das Ergebnis, zu dem die Verschwörer gelangten, war nichts Geringeres als eine verbale Kriegserklärung: «Die Zeit der Emanzipation des jeweils niedrigsten Standes gegen die höheren Stände ist vorüber.»¹⁷ Als von Papen diesen Satz seiner Rede ausgesprochen hatte, standen, wie berichtet wurde, zwei lokale SA-Führer in Uniform auf und verliessen den Saal.¹⁸

Der für diese so wichtige Rede gewählte Veranstaltungsort, das Auditorium einer der angesehensten deutschen Universitäten, war eine gute Wahl für einen Angriff auf die Emporkömmlinge des «Dritten Reiches», denn das gediegene akademische Ambiente kontrastierte grell mit den blutigen Realitäten der Strasse. Es zeigte freilich auch die Isolation der Verschwörer. Während die NSDAP für Kundgebungen auf Marktplätzen und in Sportstadien ohne Weiteres Tausende zusammentrommeln konnte, hatten die Mitarbeiter Papens einen zwar respektablen, aber in vielerlei Hinsicht beschränkten Schauplatz für die Brandrede ausgesucht. Diese Beschränkung wirkte sich umso gravierender aus, als Goebbels Propagandaministerium den deutschen Zeitungen nur Stunden später jede Berichterstattung über die Rede untersagte und auch ihre Ausstrahlung über den Rundfunk verhinderte. Trotzdem erlangten viele Menschen in Deutschland und vor allem jenseits der deutschen Grenzen Kenntnis von der Rede, da die Verschwörer die Zensurmassnahmen der NS-Regierung vorausgesehen und vorsorglich Hunderte von Abschriften an ausländische Journalisten verteilt hatten, mit deren Hilfe die Rede immerhin zu einem internationalen Medienereignis wurde. Als politischer Weckruf in Deutschland blieb sie jedoch wirkungslos, da weder die Reichswehr noch der greise Reichspräsident Hindenburg etwas unternahmen. Sie führte keinen Regierungswechsel herbei, sondern beschleunigte allenfalls den sich seit langem anbahnenden Bruderkampf innerhalb des nationalsozialistischen Lagers.

Am 19. Juni 1934, nur zwei Tage nach Papens Marburger Rede, versammelten sich Regierungspräsidenten aus ganz Deutschland im Reichsinnenministerium. Innenminister Wilhelm Frick kündigte in seiner kurzen Eröffnungsrede eine weitere Zentralisierung der Staatsgewalt an und äusserte zudem seinen Unmut über die wachsenden innenpolitischen Spannungen, die in seinen Augen die Autorität des Staates untergruben. Gerade in den letzten Tagen, so konstatierte er wohl in direkter Anspielung auf die Rede Papens, hätten die Sabotageakte zugenommen. Man könne, so führte Frick weiter aus, nicht erwarten, dass die Aufbruchsstimmung des Frühjahrs 1933 unbegrenzt anhalten werde, daher sei es umso wichtiger, gegen «Defätisten» aller Art entschlossen vorzugehen. Im Anschluss an den Redner Frick berichteten mehrere Regierungspräsidenten von der weitverbreiteten Kritik an der NSDAP und deren Vertretern in ihren Regionen. Viele «charakterliche Mängel» bei lokalen und regionalen NS-Grössen seien, so führten sie aus, zu einem ernst zu nehmenden Problem für das öffentliche Ansehen der Partei geworden. Die deutsche Bevölkerung habe kein Verständnis für die vergleichsweise hohen Gehälter, die ranghohe Funktionäre der Partei und ih-

rer Unterorganisationen einstrichen, erklärte Oberpräsident Ferdinand von Lüninck aus Koblenz, noch dazu da einige dieser Funktionäre sich jetzt offen mit ihren neuen Titeln und Reichtümern brüsteten. Lünincks Kollege aus Düsseldorf, Carl Christian Schmidt, bezeichnete die SA ohne Umschweife als einen der Gründe für die Unzufriedenheit in seinem Regierungsbezirk und ersuchte um mehr Unterstützung seitens des SA-Feldjägerkorps beim Vorgehen gegen marodierende SA-Trupps, die ansonsten praktisch immun gegen jede strafrechtliche Verfolgung seien.¹⁹

Welche unmittelbaren Resultate dieses Treffen erbrachte, wissen wir nicht, doch legen die zur Sprache gekommenen Themen und die relative Offenheit der geführten Debatten den Schluss nahe, dass die Rede Papens konservative Kritiker der NSDAP und ihrer Politik ermuntert hatte, aus der Deckung zu kommen. Eine indirekte Bestätigung für diesen Stimmungswandel lieferte der US-Botschafter in Deutschland, William E. Dodd, der am 20. Juni 1934 über Spannungen innerhalb der deutschen Regierung berichtete. Es liefen Gerüchte um, schrieb er, denen zufolge «die Reichswehr, die ihre Mannstärke bereits durch neue Rekruten erhöht hat, im Zusammenwirken mit den SS-Truppen – auf die die SA eifersüchtig ist und die sich angeblich aus konservativen Elementen zusammensetzen – und vielleicht auch mit der preussischen Polizei den Kanzler zwingen wird, seine radikalen Berater und auch die SA-Truppen loszuwerden und eine konservative Regierungspolitik zu machen. Offenbar sind manche zuversichtlich, dass diese Lösung ziemlich bald erreicht sein wird.» Dennoch werde es, fuhr der Botschafter fort, wohl kaum zu einer «Revolution nach rechts» kommen. Hitler werde sich «für keinerlei Bewegung dieser Art hergeben», auch weil er kaum gewillt sein dürfte, «die Verbindung zu seinen alten Anhängern zu kappen».²⁰

Dieser Bericht des US-Botschafters zeigt, wie stark politische Beobachter im Frühsommer 1934 mit einem gewaltsamen Zusammenstoß zwischen der «revolutionären» SA und den vergleichsweise «konservativen» Kräften der Reichswehr und der immer mächtiger werdenden SS rechneten. Während Botschafter Dodd die Loyalität Hitlers gegenüber Röhm und anderen «Alten Kämpfern» ganz offensichtlich überschätzte, hatte er recht, was den Zeitpunkt der Abrechnung betraf, lagen doch nur wenige Tage zwischen der Übermittlung seines Berichts und dem Ausbruch eines veritablen politischen Umsturzes innerhalb der NSDAP. Unmittelbar nach den blutigen Vorgängen der ersten Julitage 1934 stellten politische Beobachter allerlei Vermutungen über die Hintergründe und Hintermänner des «Röhm-Putsches» an.²¹ Viele dieser gut vernetzten politischen Beobachter kolportierten, dass Hitler nicht der zentrale Strippenzieher des Mordkomplotts gewesen sei, sondern sich bis Ende Juni 1934 vor

durchgreifenden Beschlüssen gedrückt habe. Tatsächlich war es aber doch Hitler, der die endgültige Entscheidung zum Losschlagen traf, wie an späterer Stelle dieses Kapitels deutlich werden wird. Und als er sich erst einmal zu der Operation durchgerungen hatte, zog er sie ohne Zögern und ohne Nachsicht durch.

Es gilt mittlerweile als gesichert, dass die massgeblichen Impulse für den tödlichen Schlag gegen Röhm und Teile der Obersten SA-Führung in den Monaten vor dem 30. Juni 1934 von fünf Männern ausgingen: von Göring, Himmler, dessen Adjutanten Reinhard Heydrich, Chef des Sicherheitsdienstes (SD), des Nachrichtendienstes der SS, sowie von den Reichswehrgenerälen Werner von Blomberg, 1934 Reichsminister für Verteidigung, und Walter von Reichenau, damals Chef des Blomberg unterstellten Wehramts. In den Augen des Historikers Kurt Gossweiler und anderer Vertreter der in der DDR präferierten materialistischen Geschichtsschreibung war die «Wirtschaft» ein weiterer – und vielleicht sogar der wichtigste – Akteur bei der Liquidierung der SA, weil diese angeblich das Ziel verfolgte, der «führenden Stellung» der Schwerindustrie und der Grossagrarien im «Dritten Reich» ein Ende zu bereiten.²² Goebbels wechselte die Fronten gerade noch rechtzeitig, um im Amt zu bleiben, doch schien seine Machtposition, wie die meisten zeitgenössischen Kommentatoren registrierten, nach dem «Röhm-Putsch» zeitweilig erheblich geschwächt. Der in der Nachkriegszeit vielfach vertretenen These, die SA habe einen detaillierten Plan zum Sturz der Regierung und zur gewaltsamen Vollendung der nationalsozialistischen «Revolution» gehabt, ist jedoch mit äusserster Skepsis zu begegnen. Das Gleiche gilt für die Behauptung, die OSAF habe für diesen Fall bereits «Todeslisten» mit den Namen zu liquidierender Gegner angefertigt.²³ Die oppositionellen Stimmen und die Unzufriedenheit vieler SA-Führer ergeben noch lange keine politische Strategie. Einen ausgearbeiteten Plan der SA für ein gewaltsames Vorgehen gegen Hitler, die zunehmend mächtiger werdende SS und die Reichswehr hat es nie gegeben.²⁴

«Reichsmordwoche»

Es herrscht kein Mangel an farbigen Schilderungen über das, was sich zwischen dem 30. Juni und dem 2. Juli 1934 ereignete.²⁵ Deshalb wird hier keine weitere minutiöse Chronik vorgelegt, sondern das Augenmerk auf die Reaktion der SA während und unmittelbar nach diesem tödlichen Schlag gelegt. Die beste Quelle für die Erforschung dieses Aspekts sind die ausführlichen Aufzeichnungen Vik-

tor Lutzes, den Hitler am 1. Juli 1934 zum Nachfolger Röhm's ernannte. Wenige Wochen nach seiner Beförderung begann Lutze damit, seine politischen Beobachtungen und Überlegungen regelmässig aufzuzeichnen, eine Gepflogenheit, die er bis zu seinem Tod bei einem Autounfall am 2. Mai 1943 beibehielt. Sein insgesamt 312 Seiten umfassendes «politisches Tagebuch» ist bisher nicht veröffentlicht worden, sieht man von den Eintragungen zum «Röhm-Putsch» ab, die die *Frankfurter Rundschau* vom 14. bis 16. Mai 1957 in Form einer dreiteiligen Artikelserie abdruckte. Ähnlich wie Joseph Goebbels führte Lutze das Tagebuch für sich selbst und zugleich für die Nachwelt. Nach dem «Röhm-Putsch» zeigte der neue SA-Führer dabei ein ausgeprägtes Bedürfnis, sich gegen den Vorwurf zu verteidigen, er habe seine SA-Kameraden verraten, denn schliesslich war er einer der wenigen hochrangigen SA-Führer, die von der blutigen Abrechnung profitiert hatten. Das Verlangen, sich zu rechtfertigen, war ein wichtiges Motiv für ihn, mit den Tagebuchaufzeichnungen zu beginnen. In späteren Jahren, speziell zwischen 1941 und 1943, erfüllten die täglichen Niederschriften auch einen therapeutischen Zweck, denn er fand zunehmend weniger Gehör und konnte kaum noch Einfluss auf das politische Geschehen nehmen. Tiefsitzende Frustrationen, die sich bis zu depressiver Lethargie steigern konnten, waren die Folge.²⁶

Obwohl Lutze eine lange und erfolgreiche Karriere innerhalb der NS-Bewegung gelang – so amtierte er von 1933 bis 1941 auch als Oberpräsident der preussischen Provinz Hannover –, haben sich selbst auf die Geschichte des Nationalsozialismus spezialisierte Historiker nicht sonderlich für ihn interessiert.²⁷ Meistens wird er als unterwürfiger Gefolgsmann ohne Rückgrat geschildert,²⁸ als «blasser Vasall Hitlers»²⁹ oder gar als «nichtsagende Kreatur».³⁰ Solche Qualifizierungen reflektieren teilweise das Klischee von der «entmachteten» SA nach 1934, machen aber auch deutlich, dass man Lutze für eine unwichtige Figur hielt, zumindest im Vergleich zu seinem Vorgänger. Dabei stand er neun Jahre – bis Mai 1943 – einer der grössten nationalsozialistischen Massenorganisationen mit ihren äusserst komplizierten Veränderungen vor.

Viktor Lutze kam am 28. Dezember 1890 in Bevergern im Tecklenburger Land zur Welt. Er kämpfte als Berufssoldat im Ersten Weltkrieg, gehörte von 1922 an zu den Männern der ersten Stunde in der NSDAP und der SA, stieg 1926 zum Führer des «Gausturms Ruhr» der SA und zwei Jahre später zum SA-Oberführer Ruhr auf. Nach der Reichstagswahl vom September 1930 sass er für die NSDAP im Parlament. Obwohl Lutze schon vor dem 1. Juli 1934 eine nicht unwichtige Rolle innerhalb der NS-Bewegung gespielt hatte, kam seine Ernennung zum Stabschef der SA überraschend. Es ist bezeichnend für seine geringe öffentliche Präsenz, dass sein Name in der landes-

weit vertriebenen illustrierten Wochenzeitschrift *Der SA-Mann* zwischen Januar 1932 und Juni 1934 kein einziges Mal auftaucht.³¹ In der Beförderung dieses unscheinbaren Mannes zum SA-Stabschef sahen die Gegner Röhm's ein Signal für die dauerhafte Degradierung der Braunhemden. Da Lutze sich zunächst nicht auf eine stabile Hausmacht innerhalb der SA stützen konnte, war er voll und ganz auf Hitlers Wohlwollen angewiesen. Wie aus seinen Tagebuchaufzeichnungen deutlich wird, betete er den Führer geradezu an und liess keinerlei Kritik an ihm gelten. Mehr als andere hochrangige SA-Führer war er bereit, den Willen seines Herrn und Meisters zu vollstrecken, und er achtete penibel darauf, seinen eigenen Kompetenzbereich nicht zu überschreiten.

In seinem Tagebuch vermerkt Lutze, er habe von dem Plan, Röhm aus der SA-Führung zu entfernen, erstmals am 22. Juni 1934 von Hitler persönlich erfahren. An jenem Tag habe der Reichskanzler ihn aufgefordert, nach Berlin zu kommen. Dort habe ihn dieser unter vier Augen mit den angeblichen Putschplänen Röhm's konfrontiert.³² Auf seine Beteuerung hin, er habe von derartigen Plänen nie etwas gehört, habe Hitler auf angeblich von der Gestapo präsentierte Beweise verwiesen und Lutze befohlen, fortan Anordnungen von der OSAF in München nicht mehr zu befolgen.³³ Wenn wir die Darstellung Lutzes als «wahr» akzeptieren – in dem Sinn, dass er selbst von der Wahrheit dessen, was er schrieb, überzeugt war –, wurde ihm Röhm's Amt erst am 1. Juli angeboten. Andererseits wusste er spätestens seit 22. Juni 1934, dass ein Führungswechsel an der Spitze der SA bevorstand. Wir können getrost davon ausgehen, dass Lutze davon ausging, in diesem Konflikt auf der Gewinnerseite zu stehen.³⁴

Lutze gab vor, bis zum 28. Juni 1934 nicht in die Vorgänge hinter den Kulissen einbezogen gewesen zu sein. An diesem Tag war er Gast bei der Hochzeit des Gauleiters Josef Terboven in Essen, an der sowohl Hitler als auch Göring als Trauzeugen teilnahmen. Als die Speisen aufgetragen wurden, verliess Hitler die Hochzeitstafel und eilte zum Telefon, da Anrufe von der Gestapo und von Paul Körner, Staatssekretär im preussischen Staatsministerium und die rechte Hand Göring's, durchgestellt wurden. «Ich empfand es komisch, dass man dem Führer nicht einmal Zeit lassen wollte, wenigstens den Hochzeitsabend mit einem seiner ältesten Mitarbeiter feiern zu können. Ich bekam ein Gefühl, als wenn bestimmte Kreise ein Interesse daran hatten, gerade jetzt, wo der Führer von Berlin abwesend war und nicht selbst alles schriftlich, sondern nur telefonisch sehen bzw. hören konnte, die Sache zu verschärfen und voran zu treiben», reimte Lutze sich später zusammen. An seiner Überzeugung, Röhm habe am 30. Juni 1934 nicht



Die Fotografie zeigt den neu ernannten SA-Stabschef Viktor Lutze am 24. Juli 1934 beim Verlassen der Dienststelle der SA-Obergruppenführung Berlin-Brandenburg in der Wilhelmstrasse. Zivilisten entbieten ihm den Hitlergruss. Mehr als tausend im Zuge des «Röhm-Putsches» verhaftete SA-Männer sassen zu diesem Zeitpunkt noch in Gefängnissen und Konzentrationslagern. Lutze bemühte sich nach 1934 um die Wiederherstellung des Ansehens der SA, die er bis zu seinem Unfalltod 1943 leitete.

vorgehabt, gegen Hitler zu putschen, hielt er zeitlebens fest. Allenfalls konnte er sich vorstellen, dass Röhm den Plan verfolgte, das «reaktionäre und unsozialistische Militär [sic!]» in die Schranken zu weisen oder sogar ganz abzuschaffen.³⁵

Hitler verabschiedete sich früh von Terbovens Hochzeitsfeier und verbrachte den Rest der Nacht in Gesellschaft Görings und Lutzes im nahe gelegenen Hotel Kaiserhof. Am späten Abend traf Körner aus Berlin ein und überbrachte Nachrichten, die Hitler nach Lutzes Schilderung zu dem Ausruf veranlassten: «Ich habe genug, ich werde ein Exempel statuieren!» Sodann habe Hitler Röhm angerufen und ihn und die anderen SA-Führer zu einem Treffen in der Pension Hanselbauer im oberbayerischen Kurort Bad Wiessee, eine Autostunde südlich von München, beordert. Das Treffen sollte am 30. Juni, dem Tag vor einem landesweiten Urlaubsmonat der SA, um 10 Uhr vormittags stattfinden. Am 29. Juni gegen 1 Uhr morgens reiste Göring aus Essen nach Berlin ab, im Gepäck den Auftrag, die für die Hauptstadt geplanten Operationen durchzuführen.³⁶ Berlin sollte nach Bayern das zweite Zentrum der Mordaktion werden.

Hitler und Lutze verbrachten den 29. Juni in Bad Godesberg, wo Goebbels im Laufe des Tages zu ihnen stiess. Lutze schilderte die Stimmung als entspannt, bis Hitler kurz nach Mitternacht einen weiteren Anruf aus Berlin erhielt und entschied, dass er mit Goebbels und Lutze unverzüglich zum nahe gelegenen Flugplatz Hangelar fahren würde. Ihre Maschine hob dort gegen 1 Uhr 45 ab. Lutze erinnerte sich an eine «herrlich klare Nacht» und an die glitzernden Lichter von Frankfurt. Die Männer an Bord des Flugzeugs sprachen nicht viel. Lutze behauptete, er habe während des Fluges noch versucht, Hitler «von seiner Absicht über die Art der Verhaftung abzubringen», aber keine Antwort erhalten.

Das Flugzeug landete schliesslich bei Sonnenaufgang auf dem Oberwiesenfeld in München. Hitler wurde sofort von SS-Männern umringt, die ihm von den neuesten Entwicklungen berichteten, worauf er mit einem erneuten Zornesausbruch und äusserster Erregung reagierte. Er erteilte Befehl, zwei hochrangige örtliche SA-Führer, den SA-Obergruppenführer August Schneidhuber und den SA-Gruppenführer Wilhelm Schmid, aufzuwecken und zum Flugfeld zu bestellen. Als die beiden eintrafen, beschimpfte er sie als «Verräter» und brüllte, während er ihnen die Schulterstücke abriess: «Sie sind verhaftet und werden erschossen!» Anschliessend schwärmten SS-Kommandos mit Verhaftungslisten in die verschiedenen Münchener Stadtteile aus. Hitler, Goebbels und Lutze brachen wenig später in Begleitung von Hitlers Adjutanten Julius Schaub und Wilhelm Brückner sowie mehrerer SS-Männer und Polizisten zum Tegernsee auf.³⁷ In Bad Wiessee

liessen sie Röhm und weitere SA-Führer festnehmen und nach München ins Gefängnis Stadelheim bringen. Dort wurden die Männer entweder noch am frühen Abend desselben Tages oder, wie Röhm, am nächsten Tag erschossen.³⁸

Noch vor den ersten Hinrichtungen in München begann am 30. Juni gegen 11 Uhr 30 im «Braunen Haus» eine Sitzung führender Nationalsozialisten, an der neben Hitler, Goebbels und Hess weitere namhafte Parteigrössen teilnahmen. Zugegen waren ferner mehrere SA-Obergruppenführer, darunter Lutze, dessen späterer Nachfolger Max Jüttner und der SA-Gruppenführer Karl Schreyer. Letzterer berichtete 1949 aus der Erinnerung, Hitler sei seinerzeit «wie ein Verrückter zur Türe herein [gestürzt]», und ihm sei, als er zu sprechen begonnen habe, ein Ballen Schaum aus dem Mund geschossen. Er habe Röhm des Hochverrats bezichtigt und den angeblich geplanten Putsch den «grössten Treuebruch der ganzen Weltgeschichte» genannt.³⁹ Dann habe er Lutze zum Nachfolger Röhm's bestimmt. «Im ersten Augenblick hätte ich am liebsten abgelehnt», schrieb Lutze später und erläuterte dann ausführlich, wie er im Verlauf der folgenden Tage Tritt gefasst und seinen Kameraden von der SA-Führung zu helfen versucht habe. Allerdings habe er es nicht geschafft, die von vornherein beschlossenen Hinrichtungen zu verhindern.⁴⁰ Die Lage war so explosiv, dass der neue Stabschef der SA sich nicht traute, das Hauptquartier der OSAF aufzusuchen, sondern nach eigenen Angaben ein Zimmer im Münchener Luxushotel Vier Jahreszeiten nahm und dort ein provisorisches Büro einrichtete.⁴¹

In Berlin gingen Göring, Himmler und Heydrich mit ähnlich gnadenloser Härte vor wie Hitler in München. Sie waren gut vorbereitet auf ihre Aufgabe, hatten sie doch im Vorfeld die Gestapo und den SD ersucht, Listen mit den Namen der zu Verhaftenden zusammenzustellen.⁴² Gegen 10 Uhr morgens am 30. Juni telefonierte Goebbels mit Göring in Berlin. Als das vereinbarte Codewort «Kolibri» fiel, wusste Göring, was zu tun war. In enger Abstimmung mit Himmler und Heydrich ordnete er die Festnahme und Hinrichtung mehrerer hochrangiger SA-Führer, ferner des früheren Reichskanzlers Kurt von Schleicher sowie anderer einflussreicher Regimekritiker und innerparteilicher Rivalen an. Angehörige der SS-Leibstandarte Adolf Hitler vollstreckten zwischen 30. Juni und 2. Juli in Berlin-Lichterfelde mindestens 16 Hinrichtungen. Weitere neun Personen wurden in ihren Privaträumen, an ihren Arbeitsstellen oder in den Kellern der Berliner Gestapo-Zentrale ermordet, oder sie wurden mit unbekanntem Ziel abtransportiert und angeblich «auf der Flucht» erschossen.⁴³

Um die Hinrichtungen und Verhaftungen vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigen, behauptete das Regime, Röhm und seine Mitverschwörer von der SA hätten einen ge-

waltsamen Umsturz geplant, dem Hitler mit einem Präventivschlag zuvorgekommen sei. Wegen der unmittelbar drohenden Gefahr sei eine weniger blutige Lösung nicht infrage gekommen, der drakonische Schnitt also verhältnismässig gewesen. Am späten Nachmittag des 30. Juni nannte Göring die Operation in einer öffentlichen Rede eine «Säuberungsaktion» und versprach als Endziel einen «saubereren, gefestigteren Staat». ⁴⁴ Eine ausführliche Weisung Hitlers an Lutze, die am selben Tag veröffentlicht wurde, war in ähnlichem Ton gehalten. In zwölf Punkten wurde die neue SA-Führung darin aufgefordert, «die SA als reinliche und saubere Organisation zu erhalten und zu festigen». Hitler erwartete trotz der Geschehnisse der letzten Tage von allen Angehörigen der SA nichts weniger als «blinden Gehorsam» und «unbedingte Disziplin», also bedingungslose Gefolgschaft. Die Zeit der rauschenden Feste und Trinkgelage sei ein für alle Mal vorbei, dekretierte er, denn er wolle, dass «jede Mutter ihren Sohn in SA, Partei und Hitlerjugend geben kann ohne Furcht, er könne dort sittlich oder moralisch verdorben werden». Noch demütigender für die SA war der Absatz, in dem Hitler erklärte, die Organisation sei mit moralisch verkommenen Homosexuellen durchsetzt. Von nun an wolle er «Männer als SA-Führer sehen und keine widerlichen Affen!». ⁴⁵

Während Hitler die Sprache der Gosse wählte, war der Erlass, den Werner von Blomberg am 1. Juli 1934 an die Reichswehr richtete, von unüberhörbarem Zynismus geprägt. Der Minister versicherte dem NS-Regime, die Reichswehr werde dem Führer ihren Dank für die Unschädlichmachung der «Meuterer» durch «Hingebung und Treue» abstatten, und verstieg sich dann zu der Beteuerung: «Das vom Führer geforderte gute Verhältnis zur neuen SA wird die Wehrmacht mit Freude pflegen im Bewusstsein der gemeinsamen Ideale.» ⁴⁶ Zwei Tage später, am 3. Juli, erteilten sich die Mörder mit dem «Gesetz über Massnahmen der Staatsnotwehr» selbst die Absolution. Das Gesetz schloss für alle zwischen 30. Juni und 2. Juli verübten Verbrechen eine strafrechtliche Verfolgung aus. ⁴⁷

Ungeachtet der hochgradigen Ungewissheit und der blutigen Gewalt, die diese Tage kennzeichneten, reagierte die deutsche Öffentlichkeit auf die Neuigkeiten von den Ereignissen ganz überwiegend ruhig und besonnen. Nirgendwo versuchte die SA zum Gegenangriff anzutreten, als die Meldungen von den Verhaftungen und der Absetzung Röhm's bestätigt wurden. Die Entwaffnung einzelner SA-Männer und ganzer SA-Verbände verlief reibungslos. Lutze beklagte in seinem Tagebuch aber bitter die arroganten und demütigenden Methoden, die die SS dabei anwandte. ⁴⁸ Der US-amerikanische Militärattaché Jacob Wuest berich-

tete am 2. Juli 1934 aus Berlin: «Der Wirbel war nach ein paar Stunden vorbei, und am Samstagabend war alles wieder ruhig – die Leute auf den Strassen merkten kaum, dass etwas passiert war. Der Mangel an Erregung auf den Strassen sowohl während der Razzien als auch danach war bemerkenswert.» Wuest fiel auf, dass während der Razzien «praktisch alle braunen Uniformen aus den Strassen verschwunden waren», vermutete aber, dass das nicht nur eine unmittelbare Reaktion auf die Verhaftungen war, sondern auch mit dem Beginn des seit langem geplanten SA-Urlaubs zu tun hatte.⁴⁹ Die bayerischen Behörden berichteten ebenfalls, dass es in allen Städten des Freistaats ruhig geblieben sei – ausser in München, wo in der Nacht vom 1. auf den 2. Juli einige Personen wegen der Verbreitung «unangebrachter» Gerüchte über die Vorgänge der zurückliegenden Tage festgenommen worden seien.⁵⁰

Solche Gerüchte verbreiteten sich auch noch in den darauffolgenden Wochen, vor allem weil Hunderte verschwunden waren und ihre Angehörigen und Freunde nicht den geringsten Hinweis auf deren Verbleib erhielten. Zuweilen erreichte die Nachricht, dass jemand hingerichtet worden war, die Familie nach Wochen oder gar Monaten, so etwa im Fall des Führers der SA-Standarte Torgau, Kurt Mosert. Seine Eltern erfuhren erst im Oktober 1934, dass ihr Sohn drei Monate zuvor im KZ Lichtenburg erschossen worden war, angeblich «auf der Flucht».⁵¹ Einige der direkt an den Exekutionen Beteiligten brüsteten sich, zum Erfolg solcher Mordaktionen beigetragen zu haben. Wie aus nach Kriegsende dokumentierten Zeugenaussagen hervorgeht, waren unter diesen auch der Platzwart des Münchener Sportclubs, Max Müller, sowie sein gleichnamiger Sohn. Beide gehörten im Sommer 1934 der SS an und prahlten im Bekanntenkreis mit den Dienstmarken der SA-Führer, an deren Erschiessung sie mitgewirkt hatten.⁵²

Hinter den Kulissen bemühte sich das Regime nach den Mordtagen um einen Ausgleich mit den Familien der Opfer, vor allem wenn es sich um einflussreiche Leute und bekannte Namen handelte. Am 5. Juli, vier Tage nach der Ermordung Röhms, berichtete der bayerische Ministerpräsident Ludwig Siebert, Hitler habe Anweisung gegeben, Röhms Mutter Sofia Emilie als Alleinerbin des von ihrem Sohn hinterlassenen Vermögens einzusetzen und bei ihr keine Wohnungsdurchsuchungen mehr vorzunehmen. Nach Angaben Sieberts hatte die 76-Jährige versucht, sich das Leben zu nehmen, nachdem sie von der Hinrichtung ihres Sohns erfahren hatte.⁵³ Den Familien von mehreren der zwischen 30. Juni und 2. Juli 1934 Ermordeten wurden monatliche Ausgleichszahlungen angeboten. Wie Viktor Lutze in seinem Tagebuch festhielt, wies mindestens eine der angesprochenen Witwen das Angebot empört zurück: Ein Staat, der vorgab, für «ideelle» Werte zu stehen, sich dann aber durch finanzielle Entschädigungen von Schuld freikau-

fen wolle, verkörperte in den Augen dieser Frau die «Herrschaft des Mammons», und sie frage sich: «Was ist aus dem anständigen Nationalsozialisten geworden?»⁵⁴

Das Regime untersagte die Veröffentlichung von Traueranzeigen und gab die Namen der Ermordeten nie offiziell bekannt. Die Gesamtzahl der zwischen 30. Juni und 2. Juli 1934 Getöteten belief sich auf knapp hundert. Rainer Orth, kenntnisreicher Historiker und akribischer Detektiv zugleich, hat zuletzt neunzig Opfer namentlich identifiziert.⁵⁵ Regionale Studien geben zwar Hinweise auf einige zusätzliche Morde, die so gekonnt vertuscht wurden, dass eine nachträgliche Identifizierung der Opfer nicht mehr möglich erscheint, doch lässt sich die Zahl dieser «ungelösten» Fälle vermutlich an den Fingern einer Hand abzählen.⁵⁶ Die neueste wissenschaftlich gesicherte Zahl von knapp hundert Opfern liegt überraschend nahe bei den in amtlichen Statistiken vom Sommer 1934 genannten Zahlen. Eine frühe, alphabetisch geordnete «Totenliste», die von der Polizei zusammengestellt und von Hitler abgehakt wurde, enthielt die Namen von 83 Personen mit Angabe von Ort und Datum ihrer Hinrichtung. Nach dieser Liste waren München, Berlin und Breslau mit 24, 22 beziehungsweise 9 Opfern die Zentren der blutigen Abrechnung. Aber auch in Dresden, Stettin und in der Nähe des Konzentrationslagers Lichtenburg fanden Hinrichtungen statt, ebenso in Stuttgart, Plauen, Glogau, Tilsit, Landshut und einigen weiteren Orten.⁵⁷

Sieht man von den Hauptstädten Berlin und München ab, dann zeigt die geografische Verteilung der Mordtaten, dass der Schwerpunkt auf Niederschlesien und Sachsen lag, Provinzen, in denen die SA in den Jahren zuvor durch besondere Zügellosigkeit aufgefallen war.⁵⁸ Dort waren die hingerichteten SA-Führer – unter ihnen der Berliner Karl Ernst und sein schlesischer Rangkollege Edmund Heines sowie der Leiter des Politischen Amtes der Obersten SA-Führung, Georg von Detten – nur eine Opfergruppe neben etlichen anderen. Gut informierte Zeitgenossen wie Thomas Mann äusserten die Vermutung, bei einigen der Hinrichtungen habe es sich um Morde zum Zweck der Spurenverwischung gehandelt. Es seien dabei auch Männer beseitigt worden, die direkt in den Reichstagsbrand verwickelt waren oder zu viel darüber wussten.⁵⁹ Eine weitere Zielgruppe der Mordkommandos bildeten Männer, die sich offen als Gegner des Nationalsozialismus zu erkennen gegeben hatten und allein aus diesem Grund umgebracht wurden. Zu dieser Gruppe gehörten Kurt von Schleicher, Edgar Jung und Herbert von Bose. Eine vierte und letzte Gruppe umfasste Menschen, die das Pech hatten, versehentlich exekutiert zu werden, so etwa der Musikkritiker Wilhelm Schmid, den seine Mörder mit dem gleichnamigen SA-Gruppenführer verwechselt hatten.⁶⁰

Autoren aus dem Lager der NS-Gegner äusserten in den Monaten und Jahren nach dem «Röhm-Putsch» immer wieder die Vermutung, die Zahl der Mordopfer habe in Wirklichkeit weit über hundert gelegen. Aufgeblähte Opferzahlen waren manchmal das Ergebnis vorsätzlicher Übertreibungen, etwa die von Kurt Lüdecke genannten «mehr als 500 ermordeten SA-Männer»,⁶¹ lassen sich aber auch mit der Ungewissheit und der weitverbreiteten Angst erklären, die im Gefolge der «Reichsmordwoche» grassierten.⁶² Mehr als 1'000 Personen wurden in den ersten Julitagen 1934 verhaftet, viele weitere tauchten zeitweilig unter.

Zwei anonyme Erfahrungsberichte inhaftierter SA-Führer aus Berlin offenbaren, wie brutal die Häftlinge behandelt wurden, die zunächst im berüchtigten Columbiahaus in Berlin-Tempelhof und später im Konzentrationslager Lichtenburg eingekerkert waren. Gründe für ihre Verhaftung wurden ihnen zunächst nicht mitgeteilt, und gegen keinen der mehr als sechzig in der Lichtenburg festgehaltenen SA-Führer wurde je Anklage erhoben.⁶³ Ähnlich verhielt es sich in anderen Teilen des Reiches: SA-Führer, die der Hinrichtung entgingen, blieben tage- und manchmal wochenlang in Haft, ohne dass die Behörden auch nur pro forma versucht hätten, die Vorbereitungen für den von Röhm und seinen Anhängern angeblich geplanten gewaltsamen Umsturz aufzuklären. Amtlichen Pressemitteilungen deutscher Stellen vom August 1934 zufolge wurden im Zusammenhang mit dem «Röhm-Putsch» nicht weniger als 1124 Personen in «Schutzhaft» genommen. Nach Darstellung des Regimes wurden 1079 von ihnen spätestens Mitte August 1934 wieder auf freien Fuss gesetzt, während die übrigen 45 «zwecks weiterer Ermittlungen» in Haft blieben. Ungeachtet dieser offenbar andauernden Inhaftierungen liess die Regierung im August verlautbaren, die «Aktion vom 30. Juni 1934» sei abgeschlossen.⁶⁴ Für viele hochrangige SA-Männer war dies eine verfrühte Feststellung, und zwar nicht nur für diejenigen, die nach wie vor von der Gestapo und der SS gefangen gehalten wurden, sondern auch für viele andere, die vorläufig oder auch endgültig aus der SA ausgeschlossen blieben.

Am 2. August 1934 richtete Lutze schliesslich in Zusammenarbeit mit Walter Buch, dem Leiter des Obersten Parteigerichts der NSDAP, einen SA-Disziplinargerichtshof ein. Dessen Richterremium, das aus zwei bis drei SA-Führern und Buch bestand, ging in der Folgezeit daran, die von Hitler am 1. Juli angeordnete «innere Säuberung» der Führungskader der SA vorzunehmen.⁶⁵ Eine von der schlesischen SA zusammengestellte Liste der regionalen SA-Führer, die Ende Juli 1934 vorläufig aus der Organisation ausgeschlossen wurden, enthält detaillierte Angaben zu den Anklagevorwürfen, die später vor diesem Disziplinargericht verhandelt wurden. Einige Vorwürfe waren insofern justitiabel, als sie die

Beteiligung an Gewaltexzessen, Betrugsdelikten oder homosexuellen Handlungen betrafen, andere dagegen rein subjektiver Natur und streng genommen kaum mehr als auf persönlicher Beobachtung oder auf Gerüchten beruhende Vorwürfe moralischen Fehlverhaltens. So wurde beispielsweise ein SA-Führer beschuldigt, vor seinem Eintritt in die SA 1932 Mitglied fast aller politischen Parteien gewesen zu sein; einem anderen wurde seine Ehe mit einer Tschechoslowakin vorgehalten, die man der Spionage verdächtigte. Weitere SA-Führer wurden bezichtigt, ein «ganz und gar unsauberes Privatleben» zu führen, «Stümper» zu sein, während des «Röhm-Putsches» ein «unklares Betragen» gezeigt zu haben oder für einen SA-Mann zu jung und zu «arrogant» zu sein.⁶⁶ Solche Vorwürfe spiegelten teilweise die von Hitler vorgegebenen Kritikpunkte, deuten aber auch daraufhin, dass die «Säuberungen» zum Teil persönliche Rachegeleüste befriedigten. Selbst Charaktereigenschaften, die in der «Kampfzeit» als besondere Qualitätsmerkmale eines SA-Führers gegolten hatten – etwa Draufgängertum und die Bereitschaft, eigene Interessen mit Gewalt geltend zu machen –, konnten jetzt gegen jene ausgelegt werden, die ins Fadenkreuz geraten waren.⁶⁷

Diese «Umwertung aller Werte» wurde für die mit Strafen belegten SA-Männer oft zu einem ernsten Problem und blieb es noch lange nach dem Ende der heissen Phase des Durchgreifens gegen die SA, denn selbst wenn sie in der Organisation blieben oder dort gar weiter Karriere machten, konnten sie die schwere Demütigung vom Sommer 1934 nicht vergessen. Die Narben, die die SA davongetragen hatte, blieben sichtbar, auch wenn Hitler im Anschluss an seine berüchtigte Rechtfertigungsrede vom 13. Juli der SA die Hand reichte und prophezeite, «in wenigen Wochen» werde «das braune Hemd wieder die deutschen Strassen beherrschen».⁶⁸ Viktor Lutze verstand sich bis ans Ende seines Lebens als ein unversöhnlicher Gegner Himmlers, den er im privaten Kreis als Mörder und Heuchler schmähte.⁶⁹ Und selbst wenn SA-Führer während der Erledigung ihrer täglichen Pflichten die schmerzlichen Erinnerungen verdrängten, blieb ein Gefühl der Unsicherheit zurück.

Ein gutes Beispiel für diesen Langzeiteffekt ist Siegfried Kasche, der als Führer der SA-Gruppe Ostmark in Frankfurt an der Oder im Juli 1934 nur knapp der Hinrichtung entging. Sieben Jahre später, im November 1941 – Kasche diente inzwischen als deutscher Gesandter in Kroatien –, kam es in Hitlers neuer Reichskanzlei in Berlin aus Anlass des Beitritts Kroatiens, Rumäniens, der Slowakei, Bulgariens, Dänemarks und Finnlands zum Antikominternpakt zu einer Begegnung von Kasche und Himmler. Als die beiden Männer sich uneinig zeigten in Bezug auf den Einfluss der SS im östlichen Europa, liess Himmler die maliziöse Bemerkung fallen, Kasche habe «anscheinend den 30. Juni noch nicht verges-

sen». Kasche notierte dazu in seinen schriftlichen Aufzeichnungen: «Ich verstand die Warnung, die in seinen Worten mitschwang.» Die Konfrontation mit dem Reichsführer SS machte ihm offensichtlich so schwer zu schaffen, dass er die Episode gleich zweimal festhielt – die einzige Dublette in seiner ansonsten knapp und aphoristisch gehaltenen Niederschrift.⁷⁰

Der Mythos vom homosexuellen Nazi

«Vati», fragte der Hitlerjunge Knax seinen Erzeuger,

«was ist denn das: homosexuell?»

«Das wird man, sobald man ein Verräter ist»,

knurrte dieser.⁷¹

Dieser Witz, den die in der Tschechoslowakei erscheinende Zeitung der deutschen Sozialdemokraten, *Neuer Vorwärts*, am 15. Juli 1934 abdruckte, führt auf sarkastische Weise die Perfidie vor, mit der die Mörder bei dem vermeintlichen Röhm-Putsch das Stigma der männlichen Homosexualität benutzten, um ihre blutige Abrechnung zu legitimieren. Paradigmatisch für das Vorgehen des Regimes war die Zusammenfassung der Ereignisse vom 30. Juni 1934, die das Reichspresseamt noch am selben Tag verbreitete:

Die Durchführung der Verhaftung zeigte moralisch so traurige Bilder, dass jede Spur von Mitleid schwinden musste. Einige SA-Führer hatten sich Lustknaben mitgenommen. Einer wurde in der ekelhaftesten Situation aufgeschreckt und verhaftet. Der Führer gab den Befehl zur rücksichtslosen Ausrottung dieser Pestbeule.⁷²

Plastische Schilderungen, die im Detail davon berichten, wie Hitler in den Morgenstunden des 30. Juni 1934 in die Pension Hanselbauer stürmte und die dort logierenden SA-Führer im Bett mit anderen Männern ertappte, finden sich in vielen Darstellungen zur «Nacht der langen Messer».⁷³ Heute ist es so gut wie unmöglich, diese Berichte zu verifizieren, denn die Aussagen der wenigen Zeugen des Geschehens, die den Krieg überlebten und danach noch aus erster Hand über den Ablauf der Verhaftungsaktion berichten konnten, müssen im Licht ihrer politischen Vergangenheit und Parteilichkeit bewertet werden. Zwar ist nicht auszuschließen, dass ihre Aussagen den Tatsachen entsprachen, doch sind die Zeugen zumeist durch die moralische Selbstgerechtigkeit diskreditiert, die sie an den Tag legten und die nichts war als pure Heuchelei, denn die Homosexualität einiger hochrangiger SA-Führer, vor allem Röhm's und Heines', war

lange vor dem Juni 1934 in Deutschland ein offenes Geheimnis gewesen.⁷⁴ Hitler, schon früh mit dieser politischen Belastung für seine Partei konfrontiert, hatte Röhm bis zur «Nacht der langen Messer» stets die Treue gehalten. Die NSDAP sei schliesslich «kein Internat für höhere Töchter, sondern eine Kampforganisation».⁷⁵ Mobilisieren war lange Zeit wichtiger als Moralisieren. Als Führer der NSDAP hatte Hitler auch den Aufstieg anderer als homosexuell bekannter Männer innerhalb der SA toleriert, allerdings sehr zum Missfallen vieler Parteigenossen.

Die sozialdemokratische *Münchener Post* hatte Röhm und mit ihm die SA bereits im Juni 1931 wegen «homosexueller Umtriebe» attackiert. Besonders umstritten war die Veröffentlichung von privaten Briefen Röhrs im März 1932. Die Berliner Polizei hatte diese Briefe bereits 1931 beschlagnahmt und dem Journalisten Helmuth Klotz zugespielt, einem ehemaligen NS-Aktivisten. Ende der 1920er Jahre hatte Klotz jedoch die Seiten gewechselt. Seit 1929 arbeitete er eng mit der SPD zusammen, in deren Auftrag er in den folgenden Jahren bereits mehrere nazikritische Schriften herausgegeben hatte.⁷⁶ Die von Klotz edierten Röhm-Briefe wurden in einer Auflage von rund 300'000 Exemplaren gedruckt. Wenige Wochen später war dieses unfreiwillige Outing der Anlass für eine handgreifliche Auseinandersetzung im Parlament.⁷⁷ Am 12. Mai 1932 wurde Klotz im Reichstagscafé vom SA-Führer Heines erkannt und von diesem und einigen weiteren nationalsozialistischen Abgeordneten an Ort und Stelle blutig geprügelt. Die Attacke machte landesweit Schlagzeilen und suggerierte in der Öffentlichkeit einen Zusammenhang zwischen Nationalsozialismus und Homosexualität. Die SA-Mitglieder wurden mit Spottnamen wie «Strichjungen» oder «175er Garde» überzogen, Letzteres eine Anspielung auf den Paragraphen des deutschen Strafgesetzbuches, der männliche Homosexualität kriminalisierte. Ihre Gegner begrüßten sie auch mit provozierenden Rufen wie «Geil Röhm!» oder «Schwul Heil!».⁷⁸

Dennoch ist festzuhalten, dass das Lager der NS-Gegner solch homophobe Anwürfe nicht auf breiter Front zum – vermeintlich – eigenen Vorteil ausschlachtete. Das Thema wurde überwiegend mit Augenmass behandelt, sieht man von einzelnen Äusserungen von Kommunisten und linken Sozialisten ab.⁷⁹ Ein Beispiel für das Bemühen, brisante Informationen aus der Intimsphäre eines Menschen nicht zum politischen Vorteil zu nutzen, liefert ein Artikel Kurt Tucholskys aus der *Weltbühne* vom April 1932. Der bekannte Schriftsteller und Journalist nahm kein Blatt vor den Mund, wenn es galt, die Heuchelei der Nationalsozialisten anzuprangern, die öffentlich gegen die angeblich sittlich verkommene Republik zu Felde zogen, zugleich aber Homosexualität in den Reihen der eigenen Führung duldeten. Doch Ad-hominem-Attacken auf Röhm wegen seiner Ho-

mosexualität, die Röhm selbst immer sorgfältig vor der Öffentlichkeit verborgen hatte, hielt Tucholsky für unredlich – nicht aus Rücksicht auf die Würde Röhm's, sondern um der Selbstachtung willen: «Zunächst soll man seinen Gegner nicht im Bett aufsuchen.» Röhm könne «durchaus anständig sein, solange er nicht seine Stellung dazu missbraucht, von ihm abhängige Menschen aufs Sofa zu ziehn, und dafür liegt auch nicht der kleinste Beweis vor.»⁸⁰ Auch wenn die Annahme, etliche Männer in der SA-Führung seien schwul, in den zwei Jahren nach dem «Röhm-Skandal» an Breitenwirkung gewann, waren es letzten Endes die Nationalsozialisten selbst, die diese Wahrnehmung erst in den Rang eines langfristig wirksamen Klischees erhoben. Die Gerüchte und Enthüllungen der frühen 1930er Jahre bereiteten den Boden für die vom Regime 1934 ausgegebene Parole, in der SA-Führung tummelten sich etliche «Perverse». Diese Zuschreibung setzte sich rasch im öffentlichen Bewusstsein fest mit dem Ergebnis, dass der Topos vom «schwulen Nazi» bis heute in der kulturellen Ikonografie zur NS-Bewegung fest verankert ist.

Wissenschaftler wie Laurie Marhofer, Alexander Zinn, Jörn Meve und Andreas Pretzel betonten jedoch zu Recht, dass «der Mythos von den Legionen schwuler Nazis keine geschichtswissenschaftliche Grundlage hat». Vielmehr handle es sich hier um ein «von der deutschen Linken geschaffenes Propagandawerkzeug», das bis weit in die Nachkriegsjahrzehnte hinein fortgewirkt habe.⁸¹ Es liegen in der Tat keine Belege für die Annahme vor, dass der Anteil homosexueller Männer in der SA höher war als in der männlichen Bevölkerung insgesamt.⁸² Diese Aussage gilt ungeachtet der Kameradschaft und der freundschaftlichen Bande zwischen den Mitgliedern lokaler SA-Verbände, wie unlängst Andrew Wackerfuss am Beispiel der Hamburger SA in der «Kampfzeit» aufgezeigt hat.⁸³ Tatsächlich wäre es auch höchst verwunderlich gewesen, wenn homosexuelle Männer sich ausgerechnet der SA angeschlossen hätten, um ihre Sexualität auszuleben. Im offiziellen Diskurs der Nazis dominierten eindeutig homophobe Ressentiments, gestützt auf vermeintlich «biologische» und «soziale» Argumente. Die Partei vertrat öffentlich die Position, dass im Interesse einer gesicherten Zukunft für das deutsche Volk jegliche Versuche, die männliche Homosexualität zu legalisieren und salonfähig zu machen, unterbunden werden müssten. Schon im Februar 1933 liess die Hitlerregierung Bars und Badehäuser schliessen, die als Treffpunkte von Homosexuellen bekannt waren. Es war dies der Anfang einer Unterdrückungs- und Verfolgungspolitik gegen Homosexuelle, auf deren Grundlage in den kommenden Jahren mehrere Zehntausend Männer verurteilt und eingesperrt wurden. Hunderte von ihnen wurden sogar zwangskastriert.⁸⁴

Dem Topos vom homosexuellen «Kämpfer» als einer besonders ausgeprägten maskulinen Identität – in der Tradition von Hans Blühers Männerbundideal – konnte im nationalsozialistischen Lager nur eine Minderheit etwas abgewinnen.⁸⁵ Im Gegensatz zu Röhm selbst glaubten die Männer seiner militanten Kader mehrheitlich nicht an das Ideal vom «homosexuellen Krieger und Aktivisten»; die meisten assoziierten männliche Homosexualität vielmehr nach gewohntem Muster mit «Verweiblichung» und Schwäche, also mit Persönlichkeitsmerkmalen, die das Gegenteil ihres sorgsam gepflegten Selbstbildes darstellten.⁸⁶ Für einen SA-Mann wäre es daher fatal, wenn nicht undenkbar gewesen, sich aus freien Stücken als schwul zu erkennen zu geben. Dass Homosexuelle in den Reihen der SA-Führung Netzwerke knüpften, die ihnen Schutz oder sogar aktive Förderung gewährten – wie geschehen in der schlesischen SA unter Heines und in der Berliner Führungsclique unter Karl Ernst –, war letzten Endes eine Folge der in der Partei herrschenden Homophobie und nicht umgekehrt.⁸⁷

Nichtsdestotrotz hielt sich der populäre Mythos vom schwulen SA-Mann nach 1945 auch in wissenschaftlich seriösen Arbeiten zur Geschichte der SA. Beim Thema Sexualpolitik gab es keine Stunde null, sondern Kontinuität. Das homophobe Narrativ wurde von den selbst ernannten Kämpfern für Zucht und Reinheit in der SS beinahe nahtlos bis in die spätere bundesrepublikanische Geschichtsschreibung gepflegt. Homophobe Einstellungen gingen dabei mit antifaschistischen Überzeugungen eine unglückselige Verbindung ein, was nicht unwesentlich dazu beitrug, dass die Verfolgung homosexueller Männer im «Dritten Reich» nach 1945 noch jahrzehntelang bagatellisiert wurde.⁸⁸

Konsequenzen

Aufmerksame Beobachter erkannten die weitreichende Bedeutung der politischen Morde vom Sommer 1934 durchaus. Ein amerikanischer Diplomat erklärte sogar, die Vorgänge vom 30. Juni 1934 seien «ohne Beispiel in der Geschichte des zivilisierten Europa».⁸⁹ Als sich zehn Jahre später die Nachricht vom fehlgeschlagenen Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 verbreitete, diente die «Nacht der langen Messer» den Deutschen noch immer als Referenzpunkt. Ein kritischer Beobachter prophezeite, das «Gemetzel von 1934» sei ein Klacks gewesen im Vergleich zu dem jetzt zu erwartenden Rachezug gegen die Verschwörer.⁹⁰ Und selbst noch mehr als ein Jahrzehnt nach Ende des Zweiten Weltkriegs, 1957, las man in der *Frankfurter Rundschau* mit Blick auf den Sommer 1934, dass es

sich um eines «der hässlichsten Kapitel in der Geschichte unseres Volkes» gehandelt habe.⁹¹

Während die Beurteilungen später ziemlich einhellig waren, gingen die Meinungen in den Tagen und Wochen nach der tödlichen Abrechnung in Deutschland weit auseinander. Als sich die Nachricht von der Verhaftungswelle am Nachmittag des 30. Juni 1934 herumsprach, reagierten nach Berichten sozialdemokratischer Beobachter viele Passanten in den Strassen der Reichshauptstadt mit Schadenfreude. Andere Zeitzeugen konstatierten ungläubige und apathische Reaktionen, insbesondere aufseiten der einfachen SA-Männer.⁹² Weil den Führern der Sturmabteilung der Ruf anhaftete, korrupt und verkommen zu sein, werteten viele Deutsche Hitlers Handeln als vermeintlich entschlossenes Durchgreifen. Manche glaubten sogar, die Tage einer «moralischen Erneuerung» stünden bevor.⁹³

Am 13. Juli 1934, also nur knapp zwei Wochen nach dem Beginn der Mordaktion, hielt Hitler in der Krolloper, die seit dem Reichstagsbrand als provisorisches Parlamentsgebäude diente, eine lange Rede, in der er die Entscheidungen und Aktionen der zurückliegenden Wochen zu rechtfertigen versuchte. Die Rede sollte im Hörfunk übertragen werden und wurde von vielen ungeduldig erwartet. Die Reaktionen fielen jedoch sehr gemischt aus. Ein kritischer Radiohörer gewann den Eindruck, Hitler habe sich in einen «Zustand höchster Erregung und fast krankhafter Depression» hineingesteigert. An einer Stelle seiner Rede hatte sich der Reichskanzler in der Tat mit zitternder Stimme zu der beschwörenden Aussage verstiegen, er würde sich eine Kugel durch den Kopf jagen, wenn der Staat und der Parteiapparat nicht eine fest zusammengefügte Einheit blieben.⁹⁴ Thomas Mann hielt in seinem Tagebuch fest, Hitler habe eine «bellende Rede» gehalten und – immer wieder von Applaus unterbrochen – die Morde in den Rang einer erlösenden Tat erhoben. Das knappe Urteil des Schriftstellers lautete: «Albtraumhaft.»⁹⁵

Im Grossen und Ganzen verfehlte die ungewöhnlich emotionale Rede ihre Wirkung auf die Öffentlichkeit nicht. So erklärte etwa der konservative, aber nicht parteigebundene Bürgermeister von Celle, Hitlers «Selbstbekenntnis» habe ihn zutiefst bewegt: «Allein unter menschlichen Gesichtspunkten verdient er unser tiefes Mitgefühl und unsere ehrliche Bewunderung.»⁹⁶ In solch grotesken, aber nicht untypischen Reaktionen wurde aus dem kaltblütigen Mörder ein sentimentaler und verantwortungsvoller politischer Führer. Hitlers – gespielte – Zerknirschung warf unmittelbar politische Dividende ab, setzte sie ihn doch in ein vermeintlich günstiges Licht im Vergleich zu den als einfältig und brutal ver-

schrienen «Hitzköpfen» der SA. Was die Reichswehr betraf, so sah diese sich durch die Ereignisse vom 30. Juni 1934 in ihrer Rolle als alleinige Waffenträgerin der Nation bestätigt und feierte das blutige Gemetzel als entscheidenden «Sieg über die SA und die Partei». Dass dieser politische Erfolg nur möglich geworden war, weil sich die Spitzen der regulären Streitkräfte zu Mittätern eines blutigen Verbrechens gemacht hatten, nahm man billigend in Kauf.⁹⁷

Während der gutgläubige Celler Bürgermeister der Rede Beifall zollte, weil er Hitlers Gefühlstheater für bare Münze nahm, ging der juristische Vordenker des «Dritten Reiches», Carl Schmitt, noch weit darüber hinaus. Er feierte die politischen Morde als Ausdruck höherer Gerechtigkeit. Am 1. August 1934 veröffentlichte Schmitt unter dem Titel «Der Führer schützt das Recht» einen Artikel, in dem er nicht nur die Morde für legitim erklärte, sondern die «Tat des Führers» darüber hinaus als «echte Gerichtsbarkeit» pries. Bezugnehmend auf Hitlers Ausführungen über den angeblichen Hochverrat der Sozialisten im Ersten Weltkrieg erklärte Schmitt kategorisch, ein wahrhafter politischer Führer sei immer auch der höchste Richter der Nation und habe in dieser Rolle «das Recht vor dem schlimmsten Missbrauch [zu schützen], wenn er im Augenblick der Gefahr kraft seines Führertums als oberster Gerichtsherr unmittelbar Recht schafft».⁹⁸ Schmitt verabschiedete sich mit dieser Argumentation vom anerkannten Grundsatz der Gewaltenteilung und begrüßte es, dass das «Dritte Reich» sich aus dem «positiven Zwangsnormengeflecht» des Rechtsstaats löse.⁹⁹ Das war eine erstaunliche Einschätzung, denn keine fünf Monate zuvor hatte er noch auf die Fähigkeit deutscher Juristen gepocht, zwischen einem politisch motivierten «leeren Machtspruch» und einem «Rechtsspruch» zu unterscheiden.¹⁰⁰ Seinerzeit hatte Schmitt gefordert, die nationalsozialistische Ideologie dürfe juristisch nur dann durchschlagen, wenn Generalklauseln eine weite Auslegung im Sinne der neuen Machthaber zuließen; in allen anderen Fällen sei das geltende Recht zu respektieren. Aber schon in dieser Stellungnahme hatte Schmitt den Vorrang des geltenden Rechts nur unter Bedingungen akzeptiert. Es liege, so schrieb er, letzten Endes im Ermessen des politischen Souveräns, den formalen Rechtsrahmen ausser Kraft zu setzen oder zu verändern. Die einzige Einschränkung, die er gelten liess, war eine höhere Gerechtigkeit, die sich der menschlichen Urteilskraft entziehe. So gesehen, war es für Schmitt nur konsequent, den Staat als Ganzes auf eine «dem Führer der [nationalsozialistischen] Bewegung zur Verfügung gestellte Körperschaft» zu reduzieren.¹⁰¹

Mit seinen hochgradig politischen Arbeiten leistete Schmitt einen massgeblichen Beitrag zu dem, was Ernst Fraenkel 1940 als die parallele Existenz eines «Prärogativen» und eines «normativen Staats» bezeichnete. Das deutsche



Dieses Foto entstand 1935 bei einer Feier zum «Tag von Potsdam» (21. März 1933), der symbolträchtigen Verbrüderung der nationalsozialistischen Regierung mit den konservativen Eliten Deutschlands. Im Tivoli, einem «Gesellschaftsbau» mit Kino im Berliner Arbeiterviertel Moabit, servieren Mitglieder der SA-Motorstaffel M 28 Kindern Kakao und Kuchen.

Rechtswesen hat während der gesamten Dauer des «Dritten Reiches» gültige Rechtsnormen formal korrekt angewandt, aber der Regierung stand es frei, wie Fraenkel konstatierte, daneben ein Regime der «unbeschränkten Willkür und Gewalt» zu praktizieren.¹⁰² Die «Nacht der langen Messer» war diesbezüglich ein Schlüsselereignis: Die NS-Führung machte den ehrgeizigen und weitreichenden Plänen des sozialrevolutionären Flügels der NS-Bewegung den Garaus und gab unmissverständlich zu erkennen, dass sie von nun an sogar schwerste Kapitalverbrechen würde anordnen können, wenn diese als notwendig für die Abwehr einer unmittelbar drohenden Gefahr oder als notwendig für den Fortbestand und das Grösserwerden der Nation erachtet wurden. Auf der Grundlage einer solchen Doktrin war es möglich, selbst Hitlers «Kommissarbefehl» vom Juni 1941, der die pauschale Hinrichtung wirklicher oder vermeintlicher Bolschewisten hinter der vorrückenden Ostfront sanktionierte, und die Politik der ethnischen Säuberung und massenhaften Tötungen im östlichen Europa formalrechtlich zu «legitimieren». Die «Nacht der langen Messer» trug daher entscheidend zur Entwicklung einer nationalsozialistischen Moral bei, die keine absoluten Tabugrenzen mehr akzeptierte.

Die unmittelbare Folge dieser Entwicklungen war, dass «die Macht sich entscheidend nach oben verlagerte», wie der Wirtschaftshistoriker Adam Tooze formuliert hat. Anders als in den frühen 1920er Jahren war jetzt die unabhängige Arbeiterbewegung vernichtet, und auch das «autonome paramilitärische Potential der Rechten» war vom Regime unter strenge Kuratel gestellt.¹⁰³ Die SA-Sonderkommissare wurden am 10. Juli 1934 offiziell abberufen, ein deutliches Signal für das Ende der kurzen Ära einer ehrgeizigen und in Teilen sogar «autonomen» SA-Politik.¹⁰⁴

Etwa um dieselbe Zeit schloss das berüchtigte, von der SA betriebene Konzentrationslager Oranienburg bei Berlin seine Pforten. Am 19. Juli 1934 legte Adolf Wagner, Gauleiter von München und bayerischer Innenminister, per Verordnung fest, dass die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit ab sofort einzig und allein bei der zivilen Verwaltung liege.¹⁰⁵ In den darauffolgenden Jahren hielt die NSDAP die SA an der kurzen Leine und gestattete ihr nur noch hin und wieder koordinierte Gewaltausbrüche von grösserem Ausmass. Die meiste Zeit waren die SA-Verbände nun mit Aufgaben befasst, die einen deutlich «zivileren» Charakter hatten. Dies war nicht zuletzt ein Beleg dafür, dass die Sturmabteilung sich zu einem regulären, aber eben auch wenig aufregenden Element der deutschen Gesellschaft wandelte. Junge Männer, die Ende der 1930er Jahre an einer der Schulungsstätten der SA

in Norddeutschland ihre Berufsausbildung absolvierten, trugen als Blaskapelle auf der lokalen Kinderkirmes zur Unterhaltung bei, organisierten eine SA-Künstlergruppe, die Theaterstücke aufführte, wurden bei Überschwemmungen oder anderen Umweltkatastrophen eingesetzt oder organisierten Mittsommernachtsfeste.¹⁰⁶

Wenn die politischen Folgen des 30. Juni 1934 in den Tagen unmittelbar nach der Mordaktion auch nicht abzusehen sein mochten, so war doch allen Beobachtern von Anfang an klar, dass die SA an Bedeutung verlieren würde und vielleicht auf den Rang einer «unbewaffneten politischen Organisation» zurückgestuft werden könnte.¹⁰⁷ Die unter dem Stichwort «Röhm-Putsch» begangenen politischen Morde waren ein Schlusspunkt, weil sie die Machtübernahme der Nationalsozialisten und die Festigung ihrer Macht vervollständigten.¹⁰⁸ Zugleich markierten sie jedoch auch den Beginn eines relativ stabilen Jahrfünfts, in dem sich die Deutschen zunehmend mit der Innen- und Aussenpolitik Hitlers anfreundeten. Die «Heimholung» des Saarlands nach der Volksabstimmung vom 13. Januar 1935, die Remilitarisierung des Rheinlands 1936 und der «Anschluss» Österreichs 1938 trugen zur sukzessiven Wiederherstellung der deutschen Hegemonie in Mitteleuropa bei und verhalfen Hitler zu stetig wachsender Popularität im Reich.

Für die SA waren diese fünf Jahre dagegen alles andere als eine Periode der Stabilität. Die Organisation wurde radikal umgestaltet, sowohl was ihre interne Verfassung als auch was ihre erreichbaren politischen Ziele betraf. Die Jahre ihrer relativen Unabhängigkeit von der NSDAP waren unwiderruflich vorbei; ebenso die Zeiten der politischen Strassenkämpfe gegen ideologische Widersacher. Die neuen Aufgaben der SA klangen vergleichsweise undramatisch. Ihr wichtigster Auftrag lautete jetzt, die männliche deutsche Jugend zur nationalsozialistischen Weltanschauung zu erziehen und sie auf den Militärdienst in der Wehrmacht vorzubereiten. Auf den ersten Blick war diese Mission deutlich von den weitreichenden Ambitionen der Jahre zuvor entfernt. Bei näherer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass die SA gerade auch in dieser neuen Rolle einen nachhaltigen Einfluss auf die politische Lage in Deutschland und auf die ideologische Formierung der Bevölkerung ausübte.

TEIL III

Die Wandlungen der SA zwischen 1934 und 1939

Die SA erkennt ihre Zwecklosigkeit und kommt sich schon stark überzählig vor. [...] Wir selbst haben den Eindruck, dass in der SA noch die ehrlichsten Nazis sind und dass viele von ihnen stark radikalisiert sind.

AUS DEM BERICHT EINES BAYERISCHEN SOZIALDEMOKRATEN, 1935¹

Die blutige Abrechnung mit der SA-Führung im Sommer 1934 war für die meisten einfachen Mitglieder der Organisation ein Schock, hatten sie doch die ständig wiederholten Beschwörungsformeln, wonach die SA eine führende Kraft im «Dritten Reich» sein werde, für bare Münze genommen. Mit diesem Schlag erlitten die SA und die weitreichenden Zukunftsambitionen ihrer Mitglieder einen schweren Dämpfer. Aus einem Brief, den der 41-jährige SA-Obersturmbannführer Wilhelm Blessing im November 1934 an seinen Vorgesetzten schrieb, geht die Angst und Ungewissheit hervor, die im Herbst 1934 in weiten Teilen der SA verbreitet war. Blessing erklärte zunächst, dass er keine grundsätzlichen Überlegungen über die Zukunft der SA zu Papier bringen könne, da ihn das zu sehr belasten würde. Anschliessend führte er aus, wie sehr seine persönlichen materiellen und emotionalen Probleme unmittelbar mit dem mangelnden Respekt vor der SA und vor ihren vermeintlichen Leistungen verknüpft waren. In Blessings Brief offenbarten sich Enttäuschung, Verbitterung und hilflose Wut:

Bitte glauben Sie nun nicht, ich hätte mich in das Lager der Materialisten begeben, da ich meine Zukunft von diesem Gesichtspunkt aus betrachte. Man wird ja durch die Verhältnisse gezwungen, sich von diesen Gesichtspunkten leiten zu lassen. Und man hat schliesslich seiner Familie gegenüber gewisse Verpflichtungen, die man nicht ausser Acht lassen kann. Meine erste Ehe ist daran gescheitert, dass ich zu wenig Rücksichten darauf nahm; ich habe aber wenig Neigung, auch meine zweite Ehe daran kaputt gehen zu lassen. Und es ist doch so: wer es heute versteht, sich vorzudrängen oder seinem Vorgesetzten irgendwohin zu kriechen, der kommt weiter und hat bald keine finanziellen Sorgen mehr. Wem das nicht liegt, der kann verrecken.

Während es den meisten Deutschen gelungen sei, eine sichere Stellung im «Dritten Reich» zu ergattern, hänge der SA-Führer, so behauptete Blessing, «in der Luft und weiss nicht, was morgen aus ihm wird. Dass wir an der Erlangung der Macht auch etwas beteiligt sind, daran denkt kein Mensch mehr.»²

Diese Äusserungen verweisen auf eine widersprüchliche Entwicklung. Auf der einen Seite beklagte Blessing die «Verbürgerlichung» der SA. Anders als in der «Kampfzeit», als die SA-Männer vor allem stolz darauf gewesen waren, angeblich weder materielle noch soziale Unterstützung nötig zu haben, gab Blessing im Herbst 1934 zu erkennen, dass er auch ein Privatleben habe, das ihm wichtig sei. Er wollte nicht, dass auch seine zweite Ehe scheiterte, und verlangte Unterstützung bei seinem Bemühen, sich seiner drückenden finanziellen Sorgen zu entledigen. Seine Klage brachte er ganz im Sinne der «nationalsozialistischen Moral» vor, wonach Ansehen und Rang des Einzelnen in der «Volksgemeinschaft» weniger von seinen beruflichen Qualifikationen oder dem Zugang zu fördernden Netzwerken abhängen sollten als von seinem persönlichen Einsatz für und seiner Hingabe an die politische Sache.³ Mit der Liquidierung mehrerer Dutzend SA-Führer im Sommer 1934 schien all dies infrage gestellt. Viele überzeugte Nationalsozialisten der ersten Stunde reagierten auf die «Nacht der langen Messer» daher zunächst fassungslos und liessen in der Folgezeit deutliche Anzeichen von Apathie erkennen. Wie Gestapo-Berichte aus der zweiten Jahreshälfte 1934 und aus dem Jahr 1935 erkennen lassen, herrschte in weiten Teilen der SA vollkommene Niedergeschlagenheit. Viele Mitglieder drückten sich im Herbst 1934 vor dem Dienst. Diejenigen, die noch erschienen, erklärten, sie seien keine «Sportstudenten», sondern Soldaten, und forderten eine militärische Ausbildung an richtigen Waffen.⁴ In einem Bericht vom Mai 1935 hiess es unumwunden: «Der einfache SA-Mann weiss überhaupt nicht, warum er noch an SA-Aktivitäten teilnehmen soll.»⁵

Die Gestapo berichtete, Fusstruppen der Sturmabteilung würden mit überwiegend harmlosen Dienstpflichten und Sportveranstaltungen wie dem «Reichswettkampf der SA» bei der Stange gehalten, und sprach in diesem Zusammenhang gar von einer speziell auf die SA zugeschnittenen «Beschäftigungstherapie». Solche Programme würden die Braunhemden zwar auf Trab halten, könnten auf Dauer aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es ihnen an Perspektive und «fester Zielsetzung» fehle.⁶ Die Sozialdemokratische Partei im Exil gelangte zu der ganz ähnlichen Einschätzung, dass die SA-Einheiten sich zunehmend zum «Gefäss einer primitiven Kameradschaft» entwickelten. Die Ideologie der SA



Gruppenbild anlässlich einer Hochzeitsfeier vor der Gaststätte Zum Erbprinzen in Inzighofen bei Sigmaringen in Südwürttemberg, aufgenommen zwischen 1933 und 1938. Das Brautpaar steht hinter einem blumenbekränzten Hitlerbild. Der Bräutigam trägt SA-Uniform, ebenso viele der jüngeren Hochzeitsgäste, wogegen die älteren Teilnehmer der Feier im Anzug erschienen sind. Die Jungen in der vordersten Reihe tragen SA-Kinderuniformen. Das Foto zeigt, wie stolz viele SA-Männer auf ihre Uniform waren und dass die SA bereits ein Teil der «Dorfgemeinschaft» geworden war.

liege wie Staub auf der Oberfläche dieses Gefässes, könne in das Denken und Fühlen der SA-Männer jedoch nicht mehr eindringen.⁷

Solche Einschätzungen beruhten zu einem gewissen Grad auf Wunschdenken, waren aber im Grundsatz richtig: Alle empirischen Befunde deuten darauf hin, dass das Mobilisierungsvermögen der SA nach der «Nacht der langen Messer» zunächst stark nachliess und ihre Mitglieder sich verunsichert und verwundbar fühlten. Im April 1936 notierte Alfred Rosenberg nach einer Rede vor Tausenden SA-Männern in seinem Tagebuch, dass seine Zuhörer seine aufmunternden Worte äusserst dankbar aufgenommen hätten. Eine solche Aufmunterung sei «leider noch nötig».⁸ Der Autor eines von der US-Botschaft in Berlin Ende 1934 erstellten Berichts über die Zukunft der SA analysierte die Situation treffend, indem er zwei denkbare Entwicklungen skizzierte:

Es bleibt abzuwarten, ob die von Hitler verordnete Erziehungsarbeit einen befriedigenden Ersatz für die aufregenden Erlebnisse und Hoffnungen der Vergangenheit bieten kann. Falls sich die Moral und das Ansehen der Organisation nicht aufrechterhalten lassen, wird sie entweder an Bedeutung verlieren oder zu einem Sammelbecken wachsender Unzufriedenheit in der Partei werden.⁹

Auf der Suche nach neuen Aufgaben

Die auf die «Nacht der langen Messer» folgenden drei Jahre waren für die SA eine Periode des Niedergangs, der Ungewissheit und der Neuorientierung. Einerseits büsste sie ihre finanzielle Autonomie ein und geriet in die Abhängigkeit der NSDAP und des Reichsschatzmeisters Franz Xaver Schwarz.¹⁰ Andererseits wurde den regionalen SA-Gruppen das Recht eingeräumt, alle einfachen SA-Mitglieder, die aus ideologischen oder persönlichen Gründen als ungeeignet eingestuft wurden, auszuschliessen; zudem sollten die Führungskader vom Sturmführer aufwärts von einem neu geschaffenen SA-Gericht, dem Sondergericht der Obersten SA-Führung, einer eingehenden Überprüfung unterzogen werden.¹¹ Auf den ersten Blick schien das die Erfüllung von Röhm's lang gehegtem Wunsch zu sein, eine SA-Sondergerichtsbarkeit zu etablieren. In Wahrheit war es genau das Gegenteil. Denn während Röhm die Absicht verfolgt hatte, seine Männer vor strafrechtlichen Ermittlungen seitens der regulären Justizbehörden zu schützen, setzten diese Sondergerichte Ausschluss- und Disziplinarverfahren gegen Mitglieder der SA erst in Gang.

Zwischen 1934 und 1939 wurden von diesen SA-Gerichten gegen mehr als 15 Prozent aller höherrangigen SA-Führer – rund 1'900 Männer – Disziplinarstrafen verhängt, überwiegend wegen Alkoholmissbrauch, Unterschlagungsdelikten und Gewalttaten.¹²

Die vielen Strafen und die damit einhergehende öffentliche Demütigung der Organisation führten dazu, dass die SA kaum noch als verschworene Truppe überzeugter Nationalsozialisten wahrgenommen wurde, sondern als ein Haufen mässig gebildeter Dummköpfe. Diese Entwicklung provozierte unter den Mitgliedern sehr unterschiedliche Reaktionen. Zwischen Sommer 1934 und April 1938 nahm jeder zweite SA-Mann seinen Abschied aus der Sturmabteilung, die meisten freiwillig.¹³ Dieser Mitgliederrückgang ist allerdings überraschend moderat, bedenkt man, dass die Fluktuationsrate bei der SA schon immer hoch war und die Arbeitslosigkeit in Deutschland von 1935 an deutlich zurückging, so dass viele SA-Männer ausserhalb der Organisation Arbeit fanden. Überdies bestand weiterhin ein krasses Missverhältnis zwischen dem eher trostlosen Ist-Zustand der Organisation und dem Versprechen, dass die «Mission» der SA aus der «Kampfzeit» auch unter den Rahmenbedingungen des sich konsolidierenden «Dritten Reiches» weitergeführt werden sollte.

Doch wie sehr Viktor Lutze und die OSAF-Propaganda die SA auch als «Wiege der deutschen Volksgemeinschaft» glorifizierten und versuchten, den einzelnen SA-Mann, den Vorkämpfer des Nationalsozialismus, zu einem Wächter des neuen Staates zu stilisieren, in den alltäglichen Aufgaben der SA-Männer war in den Jahren nach 1934 kaum ein höherer Sinn zu erkennen. Zuweilen bestanden die propagandistisch aufgewerteten Aktivitäten der SA in so wenig heldenhaften «Taten» wie dem Abholzen von Bäumen im örtlichen Gemeindewald oder in Erste-Hilfe-Leistungen nach einem Autounfall.¹⁴ In einer Zeit, in der Kommunisten mit gezücktem Dolch in den verrauchten Kneipen deutscher Städte so selten waren, dass nicht einmal die NS-Parteipropaganda dieses von ihr vormals so häufig verwendete Feindbild noch bemühte, verlegte sich die Oberste SA-Führung darauf, den Kampf gegen Naturgewalten, Armut und einen selbstgerechten Individualismus als neue «Kampfziele» zu propagieren. Mitunter wurde sogar das frühe Aufstehen bei einem SA-Einsatz als Beweis der Opferbereitschaft für die Volksgemeinschaft gewertet. Die unvergütete Teilnahme schlesischer SA-Einheiten an der Errichtung von Siedlungshäusern war dieser Logik entsprechend ein «Symbol für die Kameradschaft unserer Zeit».

An die Stelle des Strassenkampfes gegen politische Widersacher trat also zumindest propagandistisch die Aufgabe, den Zusammenhalt und die Solidarität

unter den «arischen» Deutschen zu sichern. Mochten die Aufgaben auch noch so unbedeutend sein, an der militaristischen Propagandasprache änderte sich nur wenig. So wurde der Einsatz der SA beim Geldsammeln für die «Winterhilfe» als «Friedensexpedition» bezeichnet, und bei den alljährlichen Weihnachtsfeiern kämpften die Braunhemden «an vorderster Front».¹⁵ War die öffentliche Wirkung solcher Formulierungen schon in den 1930er Jahren bescheiden, wirken sie heute geradezu ungewollt komisch. Dennoch hatte die SA 1938 immer noch dreimal so viele Mitglieder wie auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise von 1932.

Dieser Umstand verlangt nach Erklärungen. Viele altgediente SA-Männer entschieden sich für den Verbleib in der gedemütigten und «gesäuberten» SA, weil sie keine Alternative für sich sahen oder weil sie im Fall des Austritts berufliche Nachteile fürchteten. Obwohl ambitionierte Erwartungen, die SA könne eine zentrale Rolle in der neuen Gesellschaftsordnung des «Dritten Reiches» spielen, nach dem Sommer 1934 offensichtlich unrealistisch geworden waren, blieb ein relativ gesicherter Posten in der Sturmabteilung der einzige Trumpf, den diese Männer im Wettbewerb um bezahlte Arbeit und Einfluss gegen die vielen qualifizierteren, jüngeren, aus besserem Hause stammenden oder einfach ehrgeizigeren Mitbewerber ausspielen konnten.¹⁶ Hinzu kam, dass jene, die schon in den frühen 1920er Jahren in die SA eingetreten waren, mit ihrem radikalen Auftreten alte Freunde verprellt hatten und schon vor langer Zeit aus zuvor bestehenden sozialen Netzwerken ausgeschieden waren. Die neue «SA-Familie» hatte ihnen menschliche Bindungen und emotionalen Zuspruch geboten, sie damit aber zugleich von der Organisation abhängig gemacht.

Die Selbstzeugnisse von SA-Männern aus der Zeit nach der «Nacht der langen Messer» lassen vielfach ein geringes Selbstwertgefühl erkennen; zuweilen tritt sogar ein Muster der «psychologischen Marginalität» zutage, wie der Historiker Peter Merkl es nennt.¹⁷ Diese verbreitete Unsicherheit wurde eher schlecht als recht versteckt hinter einem ungehobelten Auftreten. Verstärkt wurde sie noch durch die ungewisse politische Entwicklung und die hartnäckigen finanziellen Probleme, die vielen SA-Männern nach wie vor zu schaffen machten. Alle diese Faktoren trugen dazu bei, ihnen selbstständige oder gar mutige Austrittsentscheidungen schwer zu machen.

Neben den Enttäuschten gab es allerdings nicht wenige, die auch weiterhin von der nationalsozialistischen Ideologie überzeugt waren und gerade aus diesem Grund der SA treu blieben. Einer von ihnen, der österreichische SA-Mann Hermann Stühlinger, 1930 einer der Gründer des Nationalsozialistischen Deutschen Ärztebundes, erklärte im Juli 1938: «Es gibt eben nur eine Formation der Volks-

gemeinschaft, eine Trägerin des Idealismus und der Opferbereitschaft, und dies ist die SA!»¹⁸ Obwohl in einer solchen Aussage eine gehörige Portion Wunschdenken und Trotz stecken mochte, als irrelevant ist sie nicht abzutun, zeugt sie doch von einer überraschenden Kontinuität im Selbstverständnis vieler SA-Männer. Noch Jahre nach dem «Röhm-Putsch» hielten sie an der Auffassung fest, dass ihre Organisation zur Bewahrerin zentraler nationalsozialistischer Werte berufen sei und letztlich den gesellschaftlichen Zusammenhalt im «Dritten Reich» garantiere. Hochrangige SA-Generäle versicherten einander noch 1940, die Sturmabteilung habe nicht nur «einen auf sich selbst abgestellten Erziehungsauftrag, sondern *den* politischen Erziehungsauftrag der NSDAP schlechthin».¹⁹ Tatsächlich war das «Dritte Reich» bis weit in die Jahre des Zweiten Weltkriegs hinein kein «SS-Staat», wie Eugen Kogon in seinem einflussreichen Buch von 1946 postulierte, sondern eher ein SA-Staat.²⁰ Die SS war in den Kriegsjahren die herrschende Kraft in den annektierten und besetzten Gebieten, doch im Altreich dominierten nach wie vor die Männer in SA-Uniform das Strassenbild. Und gerade in den Reihen der «Alten Kämpfer» verstärkten die Enttäuschung über die lauwarmer «soziale Revolution», die mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten einhergegangen war, und das demütigende Trauma der Morde und Verhaftungen vom Sommer 1934 die ohnehin hohe Aggressionsbereitschaft noch. Das Lied «Achtung SA!», das Mitte der 1930er Jahre besonders im Norden Deutschlands immer populärer wurde, traf diese Stimmung:

Die Roten sind bezwungen
 Am Boden liegt das ganze Bonzenpack
 Und schon erhebt sich frech der fette Spiesser
 Der nie gekämpft und nie geblutet hat

Ihr Spiesser und Bonzen, wir sind auf der Wacht
 Wir sind die Alten noch heut
 Wir haben geblutet, gekämpft und geschafft
 Für Deutschland, doch niemals für Euch

Drum vorwärts, drum vorwärts, die Strasse frei
 Ihr Spiesser, schert Euch nach Haus!
 Ihr Spiesser, schert Euch nach Haus!
 Wir schlagen Euch sämtliche Knochen entzwei
 Und räuchern die Tempel Euch aus!²¹

Dass die Männer im Braunhemd von vielen Deutschen als Bedrohung wahrgenommen wurden, ist bei solch aggressiven Liedtexten nicht verwunderlich. Der aus einer Breslauer deutsch-jüdischen Familie stammende spätere Historiker Fritz Stern erinnerte sich noch im hohen Alter an seine erste Begegnung mit einem SA-Mann in einem Badeort an der Nordsee im Sommer 1931. Der damals Fünfjährige konnte kaum wissen, zu welchen Gewalttaten die SA fähig war, doch in seiner Erinnerung interpretierte Stern diese scheinbar nebensächliche Begegnung als ersten direkten Kontakt mit einer Organisation, die für ihn und seine Familie bald darauf zu einer tödlichen Bedrohung werden sollte.²² In ähnlicher Weise erinnerte sich auch der spätere politische Aktivist Reinhard Strecker an die SA. Nie hat er das lärmende Eindringen von SA-Einheiten in das Mietshaus in Berlin-Charlottenburg, in dem der damals Achtjährige mit seiner Familie wohnte, am Abend des 9. November 1938 vergessen. «Das Trampeln der genagelten Stiefel, die die Treppe hinaufstürmten, ist für mich der Klang des Dritten Reiches», schrieb Strecker rückblickend.²³ Es war allgemein bekannt, dass ein Propaganda-Aufmarsch der SA rasch in Gewalt ausarten konnte, und so jagte das typische Geräusch einer durch die Strassen marschierenden Gruppe von SA-Männern der jungen Mutter Helene Fusshoeller aus Köln sogar mehr Angst ein als das Geheul der Luftminen während des Zweiten Weltkriegs.²⁴

Diese Beispiele unterstreichen, wie sehr das «braune Millionenheer» das Bild des «Dritten Reiches» prägte. Es waren nun nicht mehr die provozierenden Aufmärsche und Strassenschlachten der späten Weimarer Jahre, die das Bild der SA bestimmten, sondern vor allem die schiere Präsenz Hunderttausender SA-Männer, die vom Regime immer wieder aufgefordert wurden, die «Volksgemeinschaft» noch in den entlegensten Bereichen der Gesellschaft zu verwirklichen und zu verteidigen. Einer dieser entlegenen Winkel war das Örtchen Weildorf in der Nähe der Marktgemeinde Teisendorf im bayerischen Voralpenland, eine Gegend, die gemeinhin nicht als Hochburg antifaschistischer Aktivitäten bekannt war. Im Winter 1936/37 ereignete sich dort eine Gewalttat, die auf mehrfache Weise die Probleme widerspiegelte, die die SA durch ihre Agitation und ihr Vorgehen in traditionell ländlichen Milieus verursachte. Weildorf wurde 1936 zum Schauplatz einer kleinen lokalen Revolution. Im Zuge dieses Aufstands wurde der ehrenamtliche Bürgermeister, ein Landwirt namens Johann Helminger, aus politischen Gründen aus dem Amt gedrängt. Nach mehrmonatiger Übergangszeit trat schliesslich im November desselben Jahres ein Bauer aus dem benachbarten Hörfing, der 25-jährige Nationalsozialist Johann Traxl, die Nachfolge Helmingers an.



Ein Reporter geht in die Knie, um mit seinem Mikrofon den Klang einer marschierenden SA-Kolonne aufzuzeichnen. Das Foto wurde am Rande eines Festumzugs der SA am 15. August 1937 in Berlin aufgenommen. Das Geräusch trampelnder SA-Stiefel war um diese Zeit bereits zu einem vertrauten und wiedererkennbaren akustischen Kennzeichen des NS-Regimes geworden. Das Regime suchte dieses Signal propagandistisch zu verwerten, das bei vielen Deutschen allerdings als Symbol für die Gewaltherrschaft der Nazis gefürchtet war.

Eine der ersten Amtshandlungen des neuen Bürgermeisters war eine Art «Strafexpedition» am Sonntag, dem 6. Dezember 1936. Mit dieser Aktion gedachte er seine Autorität zu untermauern und die Bauern des Dorfes zu disziplinieren. Er beorderte zwanzig bis vierzig SA-Männer aus den Nachbargemeinden nach Weildorf, wo sie zunächst die katholische Nachmittagsmesse störten, indem sie singend um die Kirche marschierten. Danach fielen sie in das örtliche Wirtshaus ein, tranken mit den Bauern in der Gaststube und kündigten an, neben der Dorfschule einen Schaukasten für Julius Streichers berüchtigtes antisemitisches Wochenblatt *Der Stürmer* aufzustellen. Diese vorsätzliche Provokation der offenbar überwiegend frommen Katholiken von Weildorf tat unverzüglich Wirkung, denn einige der Bauern erhoben dagegen Einwände. Mit einer grundlegend kritischen Haltung zum Nationalsozialismus hatte das nichts zu tun. Einer der Bauern argumentierte, er sei früher Stammler des *Stürmer* gewesen, finde es aber unverantwortlich, Schulkinder auf solch drastische Weise mit den «moralischen Untaten der Juden» zu konfrontieren. Diese Aussage liess sich schwerlich als Fundamentalopposition gegen das NS-Regime werten, dennoch nutzte der SA-Führer die Aussage des Bauern als Vorwand, ihn für mehrere Tage einzusperren. Ein anderer Landwirt aus Weildorf erklärte bei gleicher Gelegenheit, er wolle sich keinesfalls prinzipiell der Teilnahme an einer paramilitärischen Übung, für die er einen Einberufungsbefehl erhalten hatte, verweigern, doch werde er vorläufig zu Hause gebraucht, müsse den Hof versorgen und sich um seine grosse Familie kümmern. Für diese Äusserung wurde er gescholten, heftig geschlagen und am Ende in «Schutzhaft» genommen. Andere Wirtshausgäste wurden von den SA-Männern als «Schweinehunde», «Misthackl» und «Vaterlandsverräter» beschimpft. Ein amtlicher Bericht kam zu dem Ergebnis, die friedfertigen, bescheidenen und redlichen Bauern von Weildorf hätten eine solche Behandlung durch die SA nicht verdient: «Auf diese Weise können wir niemanden für uns gewinnen, sondern werden selbst die Wohlgesonnenen gegen uns aufbringen.»²⁵ Der für den brutalen Auftritt der SA verantwortliche NS-Bürgermeister blieb dennoch bis zum Ende des «Dritten Reiches» im Amt, ein Umstand, der auf die Grenzen lokalen Widerstandes verweist – Widerstand im Sinne gemässiger Unmutsbekundung und keineswegs klarer politischer Opposition.²⁶

Vorfälle wie der in Weildorf machen deutlich, dass sich die Aktivitäten der SA-Männer vom Sommer 1934 an nicht in Einsätzen als «Sammelbüchsenrassler», Block- oder Luftschutzwart erschöpften.²⁷ Die Sturmabteilungen traten auch als eine Art halbamtliche Parteipolizei auf, die jeden einschüchterte, schikanierte und oft auch verhaftete, der aus ihrer Sicht und damit im Sinne des Re-

gimes aus rassistischen, politischen oder – wie in Weildorf – religiösen und zuweilen auch sehr persönlichen Gründen bestraft werden sollte. Im Auftreten der SA gab es regional durchaus grosse Unterschiede, doch überall blieb sie gerade auf lokaler Ebene eine politisch relevante und gewaltbereite Organisation.

Auf der nationalen wie internationalen Ebene nahm die SA also weiterhin Aufgaben wahr, die durchaus politischer Art waren und an die paramilitärischen Anfänge der Organisation anknüpften. Im Folgenden werde ich drei Handlungsfelder genauer analysieren und aufzeigen, wie stark sie das Leben von Millionen Menschen von 1934 bis 1939 noch immer beeinflusste. Das erreichte sie erstens durch antisemitische Boykottaktionen, Strassenkrawalle und unprovokierte gewalttätige Übergriffe, mit denen sie immer wieder Angst schürte; zweitens indem sie das Kommando bei den deutschen Schützen- und Reitvereinen übernahm und damit tief ins bürgerliche Milieu eindrang; und drittens im Zuge der territorialen Expansion mit dem «Anschluss» Österreichs, der Wiedereingliederung des Memellandes und der Zerschlagung der Tschechoslowakei 1938/39, die der SA eine Renaissance als paramilitärische Einsatztruppe bescherte.

Antisemitische Gewalt und die Grenzen der Volksgemeinschaft

Zu den Handlungen, die bis heute zu Recht eng mit der SA verbunden werden, gehören antisemitisch motivierte verbale und körperliche Angriffe. Die Intensität dieser Übergriffe verschärfte sich mit dem Aufstieg der NSDAP und erreichte ihren Höhepunkt mit der «Reichskristallnacht» am 9. und 10. November 1938. Dieses Pogrom markierte zwar die einzige «gross angelegte, öffentliche und organisierte physische Ausschreitung gegen Juden auf deutschem Boden vor dem Zweiten Weltkrieg» (Alan E. Steinweis), es baute aber auf einer ganzen Reihe vorausgegangener Übergriffe auf Juden auf, die zumeist von SA-Männern begangen worden waren.²⁸ Ohne die von den Sturmabteilungen bereits in den Vorjahren ausgeübten antisemitischen Gewalttaten wäre die Eskalation des 9./10. November nicht möglich gewesen. Um das Verhalten «normaler» Deutscher zu verstehen, die oft nicht nur keinen Finger rührten, um der Gewalt oder der Plünderung jüdischen Eigentums Einhalt zu gebieten, sondern sich in vielen Fällen aktiv daran beteiligten, ist eine Analyse der Wirkkraft und Reichweite der anti-jüdischen SA-Gewalt zwischen 1933 und 1938 unerlässlich.²⁹ Dass physische Übergriffe auf Juden ein wichtiges Element bei der Errichtung des nationalsozialistischen Terrorregimes 1933/34 waren, wurde bereits in vierten Kapitel dieses

Buches gezeigt. Ich konzentriere mich daher im Folgenden auf die Zeit zwischen Mitte 1934 und Frühjahr 1939.

Der «Röhm-Putsch» brachte kein Ende der antijüdischen Übergriffe durch die SA, im Gegenteil: Gerade weil es den Braunhemden von 1934 an zunehmend an Gelegenheiten mangelte, physische Gewalt gegen politische Gegner auszuüben, was in den «Kampfzeiten» ein so wirksames Bindemittel für den Zusammenhalt der SA-Verbände gewesen war, gingen sie nun umso härter gegen Juden vor. Antisemitische Gewalt konnte zumindest das erschütterte Selbstvertrauen jener SA-Männer wieder aufrichten, die sich an solchen Übergriffen beteiligten, zumal das Selbstbild des einzelnen SA-Mannes in hohem Masse von seiner Fähigkeit abhing, sich körperlich gegen andere durchzusetzen. Die Gewalttaten gegen Juden dienten als Ventil für die aufgestauten Aggressionen der SA-Männer und waren nicht nur ein Resultat ihrer ideologischen Prägungen.

Als die Breslauer Stadtverwaltung der SA im Juni 1935 untersagte, weitere antisemitische «Prangeraktionen» durchzuführen, ersuchte die lokale SA-Führung in einem formalen Schreiben darum, den SA-Mitgliedern solche Umtriebe wenn schon nicht in Uniform, dann wenigstens in Zivilkleidung zu erlauben. In den folgenden Wochen sah man auf den Strassen Breslaus jedenfalls prügelnde Nazibanden, denen sich auch junge Frauen sowie Männer im Braunhemd angeschlossen hatten. Sie beschimpften und schikanierten Juden oder «jüdisch aussehende» Passanten und schlugen, bespuckten und verhöhnnten sogar Kinder. Eine SA-Meute fiel in ein jüdisches Café ein, verprügelte die Gäste und versuchte, sie hinauszuerwerfen. Die zu Hilfe gerufenen Polizeibeamten wurden von den Angreifern als «Judenknechte!» beschimpft und beschuldigt, die Feinde Deutschlands zu schützen.³⁰

Neben solchen kaum verhüllten SA-Aktionen gab es vielfach Übergriffe, die sich aus einer gefährlichen Kombination von Ideologie, persönlichem Frust und Alkohol heraus entwickelten. So klingelte es am späten Abend des 10. Oktober 1935 in Berlin bei Alice Meyer. Vor der Tür stand ein betrunkenener SA-Mann in Uniform und drohte, der jüdischen Frau «das Kreuz zu brechen».³¹ Vorfälle dieser Art ereigneten sich überall im Reich und führten der Bevölkerung unmissverständlich vor Augen, dass die Braunhemden ungeachtet der wiederholten Aufrufe zur Mässigung nach wie vor eine erhebliche Gefahr für jeden darstellten, der ihren Unwillen erregte. Es ist bezeichnend, dass der betrunkene SA-Mann, der Alice Meyer einzuschüchtern versucht hatte, noch am Tag seiner Festnahme aus dem Polizeigewahrsam entlassen wurde und das Opfer auf eine Anzeige verzichtete. Bei ihren Attacken beschränkte die SA sich aber nicht auf Zivilisten.



Am Sonntag, dem 18. August 1935, stehen SA-Männer eng gedrängt auf Lastwagen, auf den Beginn einer Propagandatour durch die Strassen Recklinghausens im Ruhrgebiet wartend. Das antisemitische Banner auf der linken Seite ist grammatikalisch fehlerhaft. Auf dem mittleren Schild ist ein SA-Mann zu erkennen, der sich anschickt, ein Hakenkreuz auf zwei als jüdisch karikierte Köpfe niedersausen zu lassen, aus denen sich aggressive Schlangen herauswinden. Durch die Platzierung von Hammer und Sichel neben den Köpfen werden Juden als Kommunisten identifiziert, entsprechend der nationalsozialistischen Propagandaformel vom «Judeo-Marxismus». Solche zur Gewalt aufstachelnden Parolen, die antikommunistische, antijüdische und antikapitalistische Motive zusammenbrachten, waren für die Propaganda der SA in den 1930er Jahren typisch.

In Breslau wie in Berlin beklagte sich die Polizei über wiederkehrende verbale und handgreifliche Attacken auf ihre Beamten, besonders als diese «antijüdische Demonstrationen», etwa im Umfeld des Kurfürstendamms, aufzulösen versuchten.³²

Die antijüdischen Ausschreitungen wirkten wie ein Ventil für die Aggressionen und den Frust der SA-Männer, hatten aber auch eine politische Dimension. Während das NS-Regime von 1933 an die Juden systematisch auf dem Gesetzes- und Verordnungsweg zu Bürgern zweiter Klasse machte, praktizierte die Sturmabteilung unverhohlen eine gewaltsame Variante der NS-Rassendiskriminierung. Die von der SA in den Jahren 1933 bis 1938 verübten Übergriffe waren immer auch Botschaften an die lokale und regionale Öffentlichkeit. Das Beleidigen, Bespucken und Schlagen von Juden vor aller Augen demütigte und traumatisierte nicht nur die Opfer, sondern zeigte auch, wer in der deutschen Gesellschaft Macht ausüben konnte. Es war dies eine «Lektion», die viele Deutsche, Juden wie Nichtjuden, schnell begriffen. Nichtjüdische Deutsche konnten sich vergleichsweise gefahrlos an solchen Übergriffen beteiligen. Wer sie aber missbilligte, dem wurde drastisch vorgeführt, dass offener Widerstand nicht ratsam war. Die Braunhemden selbst konnten sich in ihrer Überzeugung, dass die SA zur Erzieherin der deutschen Massen berufen sei, bestätigt fühlen. Aus dieser Perspektive trug die antijüdische Gewalt der SA entscheidend dazu bei, eine politisch loyale «Volksgemeinschaft» zu schaffen. Mit Gewalt wurden die zu «Aussenseitern» abgestempelten Juden eingeschüchtert und den anderen vorgeführt, dass die Entscheidung der neuen Machthaber über Zugehörigkeit und Nichtzugehörigkeit rassistisch begründet war.³³ Spätestens Anfang 1936 war diese Entwicklung so weit gediehen, dass der SA-Stabschef Lutze in einer offiziellen Rede vor dem diplomatischen Corps in der Reichshauptstadt die deutschen Juden ganz ungeniert als «unwillkommene Gäste» bezeichnete, die «zahllose Verbrechen gegen das deutsche Volk» begangen hätten und nun von der SA ihre gerechte Strafe erhielten.³⁴

Spätestens jetzt war den deutschen Juden unmissverständlich bedeutet worden, dass sie von der SA nichts Gutes zu erwarten hatten. Die territoriale Expansion des «Dritten Reiches» in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre machte dann alles noch schlimmer. Der «Anschluss» Österreichs im März 1938 erwies sich als ein entscheidender Wendepunkt für Juden in Österreich wie auch im Altreich.³⁵ Die gesellschaftlichen Verhältnisse in den Regionen, die jetzt zur «Ostmark» des Reiches deklariert wurden, änderten sich im wahrsten Sinne des Wortes über Nacht. Noch 75 Jahre später erinnerte sich eine Augenzeugin an einzelne Ereignisse, die ein grelles Schlaglicht auf die damaligen Veränderungen werfen. Vilma Neuwirth, eine jüdische Wienerin, berichtete, dass sich die SA in Wien nach dem

«Anschluss» sehr viel schamloser gebärdete als zuvor. Die damals zehnjährige Tochter eines Friseurmeisters erinnerte sich, dass am Tag nach dem «Anschluss» ein Stammkunde zu ihrem Vater gekommen sei und wie immer einen Haarschnitt verlangt habe. Anders als bisher erschien er nun allerdings in einer massgeschneiderten SA-Uniform und mit auf Hochglanz polierten Stiefeln. Er sei es, der von nun an die Ansagen machen werde. Nachdem er seinen Haarschnitt bekommen hatte, spuckte er demonstrativ auf den Boden und stolzierte ohne zu bezahlen hinaus. Solch auftrumpfendes Verhalten sollte die neuen Machtverhältnisse in der Stadt demonstrieren.³⁶ Viele österreichische Juden erlebten in jenen Wochen und Monaten Ähnliches. Bis zum Frühjahr 1939 verliess die Hälfte der 190'000 in Österreich lebenden Juden ihr Heimatland, darunter mehrere Tausend, die von der SS und der SA unrechtmässig deportiert wurden.³⁷

In den Monaten nach dem «Anschluss» kam es in ganz Deutschland zu einem dramatischen Anstieg antisemitischer Gewaltakte. Sie zielten darauf ab, die Juden faktisch und symbolisch aus den lokalen Gemeinwesen auszuschliessen und sie zur Auswanderung zu zwingen. Vom 13. Juni 1938 an verhafteten Polizeikräfte auf der Grundlage einer Weisung des Reichskriminalpolizeiamts, die die Unterschrift Heydrichs trug, Tausende jüdische Männer. Jede Polizeidirektion im Land musste mindestens 200 «arbeitsfähige» männliche Juden in «Schutzhaft» nehmen. Darüber hinaus sollten alle männlichen Juden, die in der Vergangenheit zu einer Haftstrafe von mindestens einem Monat verurteilt worden waren, erneut festgenommen werden.³⁸ Innerhalb weniger Wochen sassen rund 12'000 jüdische Männer ein. Die allermeisten wurden von den Behörden in Konzentrationslager eingewiesen.³⁹

Solche Razzien und Verhaftungen wurden nicht nur von regulären Polizeikräften durchgeführt. Behördlichen Angaben zufolge nahmen lokale Gruppierungen der SA und der Hitlerjugend allein in Berlin zwischen 17. und 21. Juni 1938 rund tausend Juden gefangen.⁴⁰ Im überwiegend bürgerlich geprägten Bezirk Schöneberg wurden fast alle Schaufenster jüdischer Geschäfte mit antisemitischen Aufschriften «geschmückt», wie französische Zeitungen berichteten. In den Arbeitervierteln im Osten der Stadt marschierten SA-Trupps von Laden zu Laden und schikanierten jüdische Geschäftsinhaber. Den «arischen Kunden» rieten sie, ihre Besorgungen demnächst woanders zu erledigen.⁴¹ Die SA errichtete sogar Sperrketten vor Kinos, holte jüdische Besucher heraus und wies die Kinobetreiber an, Juden den Zutritt zu verweigern.⁴² Der Rechtsanwalt Hans Reichmann, langjähriges Vorstandsmitglied des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, schilderte in seinen Memoiren, dass in den Tagen nach diesen Verhaftungen das Gerücht umging, 100'000 Mann SA hätten den Befehl

alle jüdischen Wohnungen und Häuser in Deutschland zu besetzen.⁴³ Zwar stellte sich dieses Gerücht bald als unwahr heraus, doch änderte das nichts daran, dass die SA den Juden in Deutschland inzwischen ebenso viel Angst einjagte wie die politische Polizei oder die SS.

Unter dem Eindruck der Zunahme von «Judenaktionen», wie die Nationalsozialisten den Terror der SA verharmlosend nannten, warnte der amtierende bayerische Innenminister Adolf Wagner die fünf bayerischen Gauleiter – Fritz Wächtler, Julius Streicher, Otto Hellmuth, Karl Wahl und Josef Bürckel – am 31. Oktober 1938, dass solche Übergriffe dem Ansehen der NSDAP wie auch des Staatswesens insgesamt schaden würden. Aus seiner Begründung wird allerdings deutlich, dass diese Kritik sich nicht grundsätzlich gegen die Ziele richtete, die die SA mit ihren Aktionen verfolgte:

Wir brauchen uns zur Erreichung unserer Ziele, insbes. den Juden gegenüber, keinerlei Gewalttaten mehr zu bedienen, denn unser Staat und seine Organe sind nicht nur stark genug, sondern auch absolut bereit, alles zu tun, was notwendig ist zur Erreichung unserer Ziele und zur Aufrechterhaltung der öffentl. Ruhe und Ordnung. Wenn also ein Jude sich in irgendeiner Weise vergeht, wenn er lästig ist, wenn seine Entfernung notwendig wird, dann ist die Polizei jederzeit in der Lage, ordnungsgemäss und gesetzmässig vorzugehen, den Juden in Schutzhaft zu nehmen oder ihn sonstwie zu entfernen. Unter gar keinen Umständen kann geduldet werden, dass gewaltmässig vorgegangen wird. Ich bitte dringend, sämtliche Dienststellen der Partei auf diese Sachlage aufmerksam zu machen und alles daran zu setzen, damit künftig in Bayern das, was geschieht, auch ordnungsgemäss geschieht.⁴⁴

Nicht im rechtlichen, aber im politischen Sinn befanden sich die Juden Deutschlands 1938 längst in einer wehrlosen Lage. Wagners Bericht war im Grunde das Papier nicht wert, auf das er getippt war. Nur zehn Tage später, in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938, wurden im gesamten Reichsgebiet Tausende Juden überfallen, misshandelt, eingekerkert und umgebracht. Ihre Läden wurden verwüstet, ihre Synagogen niedergebrannt. Nach heutigen Schätzungen belief sich die Gesamtzahl der – durchweg männlichen – Juden, die in dieser Nacht festgenommen wurden, auf 30'000 bis 60'000. Während führende Nationalsozialisten am 12. November 1938 erklärten, es seien knapp über 100 Synagogen zerstört worden, sprach die Sozialdemokratische Partei im Exil weitaus realistischer von 520. Mindestens 91 Juden wurden getötet.⁴⁵

Die Zeitgenossen erfassten die symbolische Dimension der «Reichskristallnacht», ohne dass das NS-Regime grosse Worte machte. Ihnen war völlig klar, welches Ziel mit den Übergriffen dieser Nacht verfolgt wurde: Die jüdische Bevölkerung Deutschlands sollte nach Jahrhunderten des Zusammenlebens mit Gewalt ausgelöscht werden, und zwar endgültig.

Die soziale Zusammensetzung des Mobs, der in der «Kristallnacht» auschwärmte, unterschied sich von Stadt zu Stadt, von Region zu Region. Die meisten Täter waren Männer, aber auch Frauen, Jugendliche und sogar Kinder nahmen an den Ausschreitungen teil, nicht selten sogar in nennenswerter Zahl.⁴⁶ Die allermeisten Darstellungen stimmen bei allen Unterschieden im Detail darin überein, dass die SA in dieser Nacht den grössten Einsatz zeigte. Auf den ersten Blick war das nur nicht überall zu erkennen, denn es war den SA-Männern verboten worden, dabei ihre Uniform zu tragen. Doch die Herkunft der Täter blieb nicht verborgen, dafür sorgten diese schon selbst. In der westfälischen Universitätsstadt Münster posierte eine Gruppe uniformierter SA-Männer sogar stolz in der Ruine der niedergebrannten Synagoge.

Nur wenige Schilderungen verraten mehr über die Rolle der SA in der Pogromnacht als ein Anfang Dezember 1938, also vier Wochen nach dem Ereignis, von der SA-Gruppe Nordmark angefertigter Bericht. Der Kommandeur der Gruppe, SA-Obergruppenführer Joachim Meyer-Quade, legt darin mit seltener Klarheit die Befehlsstränge und die Abfolge der Ereignisse in Kiel offen. Den Abend des 9. November verbrachte Meyer-Quade im Hotel Schottenhamel in München auf der alljährlichen Gedenkfeier der NSDAP an den fehlgeschlagenen Hitlerputsch von 1923. Gegen 22 Uhr verkündete Goebbels den anwesenden Parteigrössen, dass als Vergeltung für den Mord an dem deutschen Diplomaten Ernst vom Rath in Paris, begangen von dem Juden Herschel Grynszpan, ein entschlossenes Vorgehen gegen das deutsche Judentum erforderlich sei. Meyer-Quade will daraufhin dem Gauleiter der Nordmark, Hinrich Lohse, seine Männer als Hilfstuppe angeboten haben. Etwa um 23 Uhr 20 rief er seinen Stabschef in Kiel an und befahl ihm, in der Stadt jüdische Geschäfte und Versammlungsstätten zu verwüsten. Seinem Bericht zufolge untersagte er jede Misshandlung jüdischer Personen ausdrücklich. Aus den Befehlen, die er im weiteren Verlauf der Nacht erteilte – «ausländische Juden bleiben unangetastet» und «im Widerstandsfall ist von der Schusswaffe Gebrauch zu machen» –, wird jedoch ersichtlich, dass die Anwendung physischer Gewalt – zumindest gegen deutsche Juden – nicht nur geduldet, sondern erwartet wurde.

Spätestens um Mitternacht waren der Kieler Polizeipräsident und die Polizeiführung in Holstein über die unmittelbar bevorstehenden Pogrome informiert.

Im Verlauf der nächsten drei Stunden trafen sich führende Männer der Kieler SA im «Braunen Haus» der Stadt mit Führungskadern der SS und des NSDAP-Gaus Nordmark zu letzten Besprechungen. Die Kieler Polizei lieferte Listen jüdischer Wohn- und Geschäftsadressen, anhand derer die alarmierten SA-Verbände alsbald ihre Verhaftungen und Zerstörungen verrichteten. Wie Meyer-Quade in seinem Bericht vermerkte, waren sich alle versammelten NS-Größen einig, dass die Kieler Juden in «Schutzhaft» genommen werden und zunächst ins Polizeipräsidium der Stadt eingeliefert werden sollten. Einig war man sich weiterhin, dass «Blut mit Blut vergolten» und «mindestens zwei Juden» von einer Liste der «politisch gefährlichsten Juden» ausgewählt und getötet werden sollten. Die Nationalsozialisten stellten dafür sogar zwei regelrechte Erschiessungskommandos auf, bestehend jeweils aus drei Männern: einem SA- und einem SS-Mann sowie einem Beamten der Landespolizei.

Der Beginn der Aktion wurde auf 3 Uhr 45 am frühen Morgen des 10. November festgelegt. Kurz zuvor versammelten sich die SA-Trupps auf dem Adolf-Hitler-Platz im Zentrum der Stadt. Viele hatten die Abendstunden in Bars oder Kneipen verbracht und den Jahrestag des Hitlerputschs gefeiert. Diejenigen, die noch ihr Braunhemd trugen, erhielten Zivilkleidung, die aus dem nahegelegenen Rathaus herbeigeschafft wurde. Zur verabredeten Zeit zogen die Horden los, um ihr Pensum an Verwüstungen und Verhaftungen zu absolvieren. Dabei wurden sie eskortiert von Polizeikommandos, die um die Tatorte herum Wache standen. Unter den Augen der Polizeibeamten drang der organisierte Mob in die Kieler Synagoge und in mindestens elf jüdische Ladengeschäfte sowie in eine unbekannte Zahl privater jüdischer Häuser und Wohnungen ein und schlug alles kurz und klein. 58 Kieler Juden wurden festgenommen. Die Erschiessungskommandos erfüllten ihren Auftrag hingegen nicht wie vorgegeben: Die beiden zur Exekution ausersehenen Juden – die Ladeninhaber Paul Leven und Gustav Lask – wurden bei ihrer «Hinrichtung» zwar getroffen und schwer verwundet, überlebten aber und wanderten später in die Vereinigten Staaten aus.⁴⁷

Ähnliche Szenen spielten sich auch in vielen anderen deutschen Städten ab.⁴⁸ Ein Augenzeuge schilderte, was er in dieser Nacht im niederrheinischen Bocholt erlebte: «SA-Männer mit Fackeln. Völkische Gesänge. Gebrüll. Verwüstung jüdischer Läden und Wohnungen. Männer werden geschlagen und verhöhnt. Angriff auf die Synagoge, den Küster und seine Frau.»⁴⁹ In Niedermarsberg, einer Kleinstadt im südlichen Westfalen, bestand der SA-Sturm, der sich in der Pogromnacht am eifrigsten betätigte, ausgerechnet aus Männern, die beruflich als Ärzte und Krankenpfleger an der städtischen psychiatrischen Klinik arbeiteten.



SA-Männer in Uniform posieren in der Ruine der niedergebrannten Synagoge der westfälischen Universitätsstadt Münster, offenbar stolz auf ihr Werk. Die lokale Feuerwehr der Stadt tat nichts zum Schutz des Gotteshauses. Stattdessen forderte die Stadt die jüdische Gemeinde im April 1939 auf, die Ruine in der Klosterstrasse auf eigene Kosten zu beseitigen.

Klinikpersonal beteiligte sich an der Zerstörung der lokalen Synagoge, an Übergriffen auf jüdische Bürger und an der Verwüstung ihrer Häuser und Wohnungen.⁵⁰ In Bad Harzburg nahm eine Nazimeute mindestens sieben Männer und mehrere Frauen gefangen und lieferte sie im Rathaus ab, von wo die Männer später ins Landesgefängnis im nahe gelegenen Wolfenbüttel verbracht wurden. Zwei jüdische Bürger der Stadt wurden durch Schläge so schlimm zugerichtet, dass sie wenig später starben. Als die Witwe eines der Opfer um die Beisetzung der Urne auf dem evangelischen Friedhof bat, lehnte die zuständige Kirchengemeinde dies rundweg ab, nachdem der Bürgermeister erklärt hatte, er könne keine Garantie dafür übernehmen, dass die SA und die SS das Grab nicht schänden und die sterblichen Überreste des Mannes ausgraben und fortbringen würden.⁵¹ Viktor Lutze erwähnte die «Kristallnacht» in seinen ansonsten vergleichsweise detaillierten persönlichen Aufzeichnungen nur kurz und ohne ein Wort des Bedauerns oder des Mitleids mit den Opfern: «– Judengeschäfte stillgelegt, Synagogen niedergelegt. – Viel Staub im Ausland aufgewirbelt, aber selbst im Inland gehen die Meinungen auseinander.»⁵²

Diese Beispiele aus verschiedenen Städten des Reiches bezeugen, dass SA-Verbände überall in Deutschland bei den Vorgängen in jener Nacht eine führende Rolle spielten und wie sehr die antisemitische Gewalt der Sturmabteilung mittlerweile ein Element der Regierungspolitik geworden war. Die SA hielt für den NS-Staat Terrortruppen bereit, die sich leicht mobilisieren liessen, erfahren waren in der Ausübung von Gewalt und sich 1938 zu einer disziplinierten Organisation unter der Kontrolle der NSDAP entwickelt hatten. Anders als früher respektierte die SA genau die Grenzen, die das Regime ihren Aktivitäten setzte. Im Gegenzug trug die NS-Führung dafür Sorge, dass die SA-Männer persönliche Vorteile genossen. Die Konfiszierung jüdischen Eigentums in Wien im Zuge des Novemberpogroms versetzte die Organisation in die Lage, wie Gauleiter Odilo Globocnik stolz verkündete, 3'200 Wohnungen an Parteimitglieder zu vermitteln. Der NSDAP-Ortsverband Untere Donaustrasse in der österreichischen Hauptstadt nutzte die Gelegenheit, seine Geschäftsstelle mit neuen Möbeln und Schreibmaschinen aus dem Besitz eines angeblich jüdischen Börsenmaklers auszustatten. In Oberschlesien zeigten Schulkinder in den Tagen nach dem Pogrom stolz Wertsachen vor, die ihre Väter von den Beutezügen mitgebracht hatten. Und in der fränkischen Kleinstadt Markt Berolzheim bei Weissenburg organisierte ein SA-Mann schon am Nachmittag des 10. November 1938 eine Versteigerung der persönlichen Habseligkeiten jüdischer Familien sowie des Mobiliars der jüdischen Gemeinde.⁵³

Die massenhafte Beteiligung an den antisemitischen Übergriffen ist allerdings nicht als einhellige Zustimmung der Bevölkerung zu werten, wie auch Lutze einräumen musste. So tief hatten sich Ideologie und Praktiken der SA doch nicht in den Herzen der Deutschen eingenistet. «Sind wir aufrechte Deutsche oder nur ein Pöbelhaufen?», schrieb eine zutiefst bedrückte Frau in ihr Tagebuch.⁵⁴ Und der Historiker Gerhard Ritter brachte in einem Brief an seine Mutter rund zwei Wochen nach den Ereignissen Gedanken zum Ausdruck, die viele insgeheim bewegten, die aber nur selten offen geäußert wurden: «Was wir in den letzten beiden Wochen erlebt haben im Ganzen des Vaterlandes ist das Beschämendste und Schrecklichste, was seit langem geschehen ist. Wohin sind wir gekommen!!! Eine der vielen [Folgen] ist eine [...] nun zum erstenmal doch allgemeine Scham und Empörung.»⁵⁵

Die hier zum Ausdruck kommende moralische Entrüstung wirft allerdings die Frage auf, wie Ritter die vielen antisemitischen Gewalttaten interpretierte, die in den Monaten und Jahren zuvor stattgefunden hatten. Die «Kristallnacht» war zwar die exzessivste Gewaltorgie gegen die deutschen Juden, aber doch keineswegs die erste und die einzige. Einzigartig war sie nur in Bezug auf Umfang und Schwere der Zerstörungen, nicht aber im Hinblick auf die Motive der Täter und die Art der von ihnen verübten Gewalttaten. Ritter und anderen ist allerdings zugutezuhalten, dass selbst viele SA-Männer den Daseinszweck ihrer Organisation nicht auf Ausschreitungen gegen Juden reduziert sehen wollten. Die SA engagierte sich zwar wie besessen für die Verbreitung der antisemitischen Ideologie und Propaganda des Regimes, doch übersetzten nicht alle Mitglieder diese Ideologie auch in praktisches Handeln, wie persönliche Aufzeichnungen und Tagebücher von SA-Männern aus jenen Jahren zeigen.

Das Vordringen der SA in die bürgerliche Gesellschaft

Ein SA-Mann, dessen persönliche Aufzeichnungen über seine Organisation in den mittleren und späten 1930er Jahren erhalten geblieben sind, war Wilhelm Hosenfeld, ein Dorfschullehrer und nachmaliger Heeresoffizier. Einer breiteren Öffentlichkeit wurde er vor Jahren als der Mann bekannt, dem der polnisch-jüdische Musiker und Komponist Wladyslaw Szpilman sein Überleben zu verdanken hatte – eine Geschichte, die Roman Polanski in seinem preisgekrönten Spielfilm *Der Pianist* aus dem Jahr 2002 erzählt. Die Hilfe, die Hosenfeld in seiner Zeit als Wehrmachtsoffizier jüdischen und polnischen Zivilisten im besetzten Warschau leistete, brachte ihm post-

hum den Ehrentitel eines «Gerechten unter den Völkern» ein, verliehen von der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem. Im Kontext des vorliegenden Buches sind vor allem seine früheren Aufzeichnungen als SA-Truppführer von Interesse.

Der gläubige Katholik Hosenfeld trat am 15. April 1933 in die SA ein. Während der 1930er Jahre lebte er in dem hessischen Dorf Thalau in der Nähe von Fulda. In dieser Gegend war man fromm, bäuerlich und arm – eine ganz andere Welt als die der grossen Städte mit ihren überwiegend proletarischen SA-Stürmen, die von Historikern oft als repräsentativ für die Organisation als Ganzes herangezogen werden. Hosenfeld fühlte sich von der Kameradschaft in der SA und von ihrer paramilitärischen Sportkultur angezogen, die ihn an seine Jugendjahre in der Wandervogel-Bewegung erinnerte. Es dauerte nicht lange, und er wurde zum Führer des kleinen Thalauer SA-Sturms befördert.⁵⁶ «In der Uniform des SA-Mannes ist man nicht mehr sein eigener Herr. Man verkörpert die grosse Gemeinschaft», notierte Hosenfeld am 19. Januar 1936 begeistert in sein Tagebuch.⁵⁷ Wie seine Einträge und Aufzeichnungen zeigen, teilte er anfänglich das nationale Hochgefühl, das sich unter dem Eindruck der nationalsozialistischen «Revolution» deutschlandweit ausbreitete. Auch seine Tätigkeit als SA-Truppführer machte ihm offensichtlich Spass, zumindest bis 1936. Von da an nehmen die skeptischen Kommentare in seinem Tagebuch jedoch zu. Die Ermordung Ernst Röhm und ihre Auswirkungen auf die SA kommen in seinen Eintragungen und Niederschriften hingegen gar nicht vor, ebenso wenig die antisemitischen Aktivitäten der SA, auf die er nicht einmal im Jahr 1938 einging.⁵⁸ Was Hosenfeld dagegen immer wieder rühmend hervorhob, waren die Sportwettkämpfe der SA,⁵⁹ ihre Propaganda-Aufmärsche in der Region, die Paraden auf den Reichsparteitagen in Nürnberg – Hosenfeld nahm daran 1936 und 1938 teil – und die geselligen Abende mit seinen Kameraden.⁶⁰

Diese Auswahl aus dem breiten Spektrum der Aktivitäten der SA ist vor allem bemerkenswert, weil Hosenfeld ein aufmerksamer Beobachter der gesellschaftlichen Veränderungen war, die in den Anfangsjahren des «Dritten Reiches» vor sich gingen. Seine Aufzeichnungen zeigen, dass man vorsichtig damit sein sollte, die sportlichen und geselligen Aktivitäten der SA in diesen Jahren als Nebensache abzutun. Für Hosenfeld, den glücklich verheirateten Vater von fünf Kindern, definierte sich die «SA-Gemeinschaft» in seiner ländlichen Heimat nicht durch blutige Zusammenstösse mit politischen Widersachern oder durch Angriffe auf Juden. Er hatte auch kein Interesse daran, die SA als Steigbügel für sein berufliches Fortkommen zu benutzen, indem er sie als Netzwerk zur Beziehungspflege verstand, wie etwa der zu Beginn dieses Kapitels erwähnte SA-Mann Blessing. Vielmehr bot die SA ihm Gelegenheit, eine neue und willkom-

mene Form der männlichen Geselligkeit zu pflegen, die an traditionelle Vorstellungen einer Nation in Waffen ebenso anschloss wie an die vergleichsweise moderne Idee individueller Körperertüchtigung zum gesellschaftlichen Nutzen. Ähnlich wie die SA den christlichen Diakonen attraktiv erschien, die sich ihr in den frühen 1930er Jahren in grosser Zahl anschlossen,⁶¹ zog sie auch den Dorfschullehrer Hosenfeld an, und zwar aus drei Gründen: Erstens eröffnete die Mitgliedschaft in der SA ihm die Möglichkeit, Macht auszuüben und Führungsqualitäten zu entwickeln; zweitens brachte sie ihm gesellschaftliche Anerkennung ein, und drittens gab sie ihm die Chance, sich aktiv und letztlich gefahrlos am nationalsozialistischen Projekt eines «deutschen Erwachens» zu beteiligen.

Der Dorfbewohner Hosenfeld stand mit seiner Faszination für die SA keinesfalls allein, wie eine Analyse des Einflusses der SA auf das deutsche Vereinswesen deutlich macht. Von den Freizeitvergnügungen, die im kleinstädtischen und ländlichen Deutschland der 1930er Jahre sehr beliebt waren, gerieten in dieser Zeit zwei unter den Einfluss und später auch die Kontrolle der SA: der Schiess- und der Reitsport. Dieser Aspekt nationalsozialistischer Herrschaftsdurchdringung ist bislang nur wenig analysiert worden – besonders im Vergleich mit der Forschungslage zu anderen faschistischen oder parafaschistischen europäischen Regimen. So hat Dylan Riley unlängst für Spanien gezeigt, dass die dortige Herrschaft der Faschisten in hohem Masse auf der Unterwanderung und Durchdringung traditioneller Vereine und Verbände beruhte.⁶² Auch für Deutschland erweist sich diese Perspektive als fruchtbar. Die «Eroberung» des ländlichen Raums durch die SA, die bereits in den Jahren vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten begonnen hatte, war spätestens von 1929/30 an gut vorangekommen. Auf dieser erfolgreichen Strategie aufbauend, setzte die SA in den Anfangsjahren des «Dritten Reiches» mit verstärkter Kraft ihre Bemühungen fort, sich selbst als eine Organisation zu etablieren, die politische Ambitionen mit kleinstädtischer und ländlicher Geselligkeit verband.

Das erste Milieu und Betätigungsfeld, in dem die Strategie der SA wie gewünscht aufging, war die deutsche Schützenvereinskultur. Lange Zeit waren Schützengilden eine Domäne der Einflussreichen und Mächtigen gewesen, aber spätestens seit den Anfangsjahren der Weimarer Republik hatten sich die Schützen für das Bürgertum und die untere Mittelschicht geöffnet, was eine starke Zunahme der Mitgliedschaften in den entsprechenden Vereinen auslöste. Das Kleinkaliberschiessen, erst 1920 eingeführt, stieg innerhalb von fünf Jahren mit rund 500'000 Aktiven in Vereinen, Gilden und Bünden zur drittbekanntesten Sportart in Deutschland auf.⁶³ Schon bevor die NS-

DAP zu einer beachteten Kraft wurde und schliesslich die Macht übernahm, war die Betätigung in solchen Schützenvereinen keineswegs unpolitisch. Weil das Selbstverständnis der Vereinsmitglieder einer besonderen Form der Männlichkeit entsprang und die Fähigkeit, sich selbst, die eigene Familie und das Vaterland zu verteidigen, im Zentrum des Wertekanons stand, neigten Schützenvereine ebenso wie die eine ähnliche Klientel anziehenden Kriegervereine dazu, nationale oder nationalistische Anschauungen zu verbreiten.⁶⁴ Die Organisatoren von Schiesswettbewerben und Schützenfesten in der deutschen Provinz bekannten sich offen zu einer engen Symbiose zwischen den Fertigkeiten an der Waffe, die man in den Vereinen erwerben konnte, und der grossen nationalen Aufgabe, das deutsche Volk aus den «Ketten» des Versailler Vertrags zu befreien und die erlittene nationale Demütigung zu überwinden. Viele sahen in der Mitgliedschaft in einem Schützenverein sogar eine alternative Form des Militärdienstes.⁶⁵

Diese ideologische Affinität war für die sich vertiefende Zusammenarbeit zwischen den deutschen Schützenvereinen und der SA von Mitte der 1930er Jahre an äusserst förderlich. Ehemalige Stahlhelm-Mitglieder, die seit den 1920er Jahren den Mitgliederfundus diverser bürgerlicher Vereine dominiert hatten, reagierten erwartungsgemäss wenig erfreut über jeden neuen Versuch, sie in eine nationalsozialistische Organisation hineinzuziehen. Im Grossen und Ganzen vollzog sich jedoch unter dem Druck der neuen politischen Verhältnisse im Reich von 1933 an eine fortschreitende «wechselseitige Annäherung» von Schützen und SA – analog zu der, die bereits zwischen der NSDAP und den Millionen Deutschen bestand, die sich aktiv und frohgemut in anderen Hochburgen bürgerlicher Geselligkeit tummelten.⁶⁶

Anders als die deutschen Sportvereine, die seit 1933 einen erheblichen Teil ihrer 6 Millionen Mitglieder an NS-Organisationen wie die SA, die SS und die HJ verloren hatten, konnten sich die Schützenvereine bis in die zweite Hälfte der 1930er Jahre einen relativ hohen Grad an Unabhängigkeit und eigener Stärke bewahren.⁶⁷ Von 1937 an nahm der Deutsche Schützenverband, die Dachorganisation der Schützenvereine, jedoch auch Vertreter des Reichskriegsministeriums, der OSAF und der Deutschen Arbeitsfront (DAF) als Mitglieder auf. Im Zuge der allgemeinen Militarisierung des (männlichen) zivilen Lebens in Deutschland hoben die Zeitschriften der Schützenvereine stolz den Beitrag hervor, den ihre Vereine zum Endziel der allgemeinen deutschen «Wehrhaftmachung» angeblich leisteten.⁶⁸ Sie bedienten sich dabei einer Rhetorik, die sich kaum noch von der der Sturmabteilungen unterschied.

Es kann vor diesem Hintergrund kaum verwundern, dass die SA, kaum dass sie ihre organisatorische Potenz nach dem Sommer 1934 wieder ausreichend ge-



Ein Schnappschuss von den Reichswettkämpfen der SA am 17. Juli 1938 im gut gefüllten Berliner Olympiastadion. Mitglieder der SA-Gruppe Nordsee laufen paarweise und sich bei den Händen haltend über die gebeugten Rücken ihrer Kameraden. Diese Übung symbolisierte eines der Ziele des SA-Sports: Es ging weniger um Spitzenleistungen des Einzelnen als vielmehr um sportliche Gemeinschaftserlebnisse, die geeignet waren, die Mitglieder der Gruppe zusammenzuschweißen.

festigt hatte, mit aller Kraft versuchte, sich in das dichte Geflecht jener deutschen Vereine einzuweben, deren Mitglieder ihre grundlegenden ideologischen Werte teilten und ähnlichen Aktivitäten nachgingen. Spätestens 1938 hatte sich die SA ein Monopol für die «Körperertüchtigung und Stärkung der Wehrkraft» verschafft. Im Gegensatz zum Nationalsozialistischen Reichsbund für Leibesübungen (NSRL), der sich besonders um die Förderung des Leistungssports kümmerte, nahm die SA den Breitensport unter ihre Fittiche und organisierte Veranstaltungen wie die erstmals 1937 ausgetragenen NS-Kampfspiele. Bei diesen Spielen ging es nicht um Höchstleistungen einiger weniger Athleten, sondern um einstudierte Auftritte von Sportkameraden, die Choreografien und paramilitärische Übungen wie das Werfen von Handgranaten vorführten. Die hohe körperliche Fitness der männlichen deutschen Bevölkerung und ihr gekonnter Umgang mit einer Vielzahl unterschiedlicher Waffen hatten oberste Priorität.⁶⁹

Es war nur konsequent, dass der SA-Obergruppenführer Max Jüttner 1938 die förmliche Leitung des Deutschen Schützenverbands übernahm und dessen bisheriger Präsident mit dem Posten des Stellvertreters abgefunden wurde. Als eine Art Morgengabe – und auch um die zu erwartende Kritik seitens der Schützenvereine abzufangen – stellte die OSAF in Aussicht, beträchtliche Energien und Geld in die weitere Popularisierung des Schiesssports zu investieren.⁷⁰ Proteste von möglicherweise verärgerten Schützenvereinsmitgliedern gegen diese Vereinigung waren in den folgenden Monaten kaum zu vernehmen. Kritische Äusserungen, die die Übernahme des Dachverbands der Schützen durch die SA als einen Akt der Piraterie verurteilten, erhoben sich meist erst nach 1945 und offenbarten vor allem den Wunsch nach späterer Distanzierung. Als Belege für eine frühere Oppositionshaltung taugen sie nicht.⁷¹ Ende 1938 feierten die deutschen Schützenvereine den Jahreswechsel mit der Losung: «Wir kämpfen und schiessen für Adolf Hitler und sein Grossdeutschland!»⁷²

Ähnliche Entwicklungen lassen sich auch bei den deutschen Reitvereinen beobachten. Der Pferdesport hatte in der deutschen Gesellschaft des frühen 20. Jahrhunderts einen noch elitäreren Status als die Mitgliedschaft in einem Schützenverein. Auch aus diesem Grund hatte die SA schon vor der Machtübernahme 1933 regionale SA-Reiterstürme aufgestellt. So sollten örtliche Honoratioren und einflussreiche Landwirte sowie ein Teil des etablierten Bürgertums in den Städten für die SA gewonnen werden.⁷³ Nachdem die NSDAP ihre Macht in Deutschland konsolidiert hatte, sorgte die SA für die systematische Popularisierung des Reitsports, der fortan nicht nur ein geselliges Freizeitvergnügen sein, sondern dazu beitragen sollte, die deutschen Männer kriegstauglich zu machen. Ein typi-



In den 1930er Jahren propagierte die SA das Reiten als einen besonders männlichen Sport, der dazu beitragen sollte, deutschen Männern das Rüstzeug für künftige militärische Einsätze zu vermitteln. Dieses im mecklenburgischen Alt-Möderitz entstandene Foto zeigt drei Brauhemden beim Abspringen von ihren Pferden, einer Übung, die Bestandteil der Reiterprüfung war.

sches Beispiel für die diesbezügliche Rhetorik der SA war der Spruch: «Reiten ist ständiger Kampf, eine ständige Bestätigung des eigenen kämpferischen Erfolgswillens.»⁷⁴ Wie die Historikerin Nele Fahnenbruck gezeigt hat, baute die SA das Netz ihrer «Reiterstürme» im Verlauf der 1930er Jahre so weit aus, dass 1938 in Deutschland nicht weniger als 101 SA-Reiterstandarten existierten. Die Propaganda der Sturmabteilung pries das Reiten als «vollkommenen Wehrsport» und als ideales Mittel, Körper und Charakter zu formen.⁷⁵

Das Bemühen der SA, einen erheblichen Teil der deutschen Sportreiter auf ihre Seite zu ziehen, stand in Konkurrenz zu ähnlichen Zielen und Strategien der SS und der Wehrmacht. Doch am Ende zeigte sich, dass die Sturmabteilungen zumindest auf diesem Gebiet mehr Anziehungskraft besaßen als die anderen beiden Organisationen.⁷⁶ Mit der Gründung des Nationalsozialistischen Reiterkorps (NSRK), dem Gegenstück zum Deutschen Schützenverband, sicherte sich die SA im März 1936 die Oberaufsicht über die Ausbildung aller Reitschüler und nach eigenen Angaben sogar über «80 Prozent der gesamten deutschen Reiterei». ⁷⁷ Ähnlich wie bei anderen Sportarten legte sie auch hier das Hauptaugenmerk nicht auf die sportliche Höchstleistung einiger weniger Spitzenkünstler, sondern suchte den Reitsport nach dem «SA-Geist» zu formen. Daher wurden Mannschaftswettbewerbe höher bewertet als Wettkämpfe zwischen Einzelreitern. Die SA sah in den von ihr veranstalteten Reitturnieren zudem ein Mittel, Werbung in eigener Sache zu betreiben, indem sie das meist grosse Interesse der Dorfjugend am Reiten für sich nutzte. Da sie auch Jugendlichen aus ärmeren Familien das Reiten ermöglichte, konnte sie sich als Vertreter einer Volksgemeinschaft darstellen, in der Klassenschranken durch gemeinsame Anstrengung, ideologische Festigkeit und soziales Bewusstsein überwunden wurden.⁷⁸

Ende 1938 hatte sich die Verzahnung der SA mit Schützen- und Reitvereinen sowie anderen Sportverbänden rechtlich und organisatorisch gefestigt. In allen drei Bereichen führten SA-Generäle nun die Oberaufsicht: Dem Dachverband des deutschen Sports, dem Reichsbund für Leibesübungen, stand SA-Obergruppenführer Hans von Tschammer und Osten vor (zugleich Leiter des Hauptamtes Kampfspiele bei der OSAF). Das NS-Reiterkorps unterstand SA-Obergruppenführer Karl-Siegfried Litzmann (zugleich Chef des Hauptamtes Reit- und Fahrausbildung bei der OSAF), und der Mann an der Spitze des Deutschen Schützenverbandes war SA-Obergruppenführer Max Jüttner (zugleich Chef des Führungshauptamtes bei der OSAF).⁷⁹ Wie diese Ämterkongruenzen in Personalunion zeigten, war es der SA gelungen, gerade die Teilbereiche des deutschen Zivillebens

zu durchdringen, die für die paramilitärische Ausbildung der deutschen Männer – ihre neue primäre Aufgabe – von grossem Nutzen waren. Der Weg dorthin lief nicht auf eine dem Sport aufgezwungene Gleichschaltung hinaus, sondern lässt sich treffender als Verfestigung einer von beiden Seiten forcierten Annäherung der NSDAP und der bestehenden bürgerlichen Netzwerke und Verbände beschreiben. Ohne ein erhebliches Mass an Mobilisierung von unten hätte der Prozess der organisatorischen Gleichschaltung sich nicht so reibungslos vollziehen können.⁸⁰

Die Unterordnung wichtiger Teilbereiche bürgerlicher Geselligkeit unter den politischen Willen der SA und die damit einhergehende Durchdringung des Milieus zeigten auf Dauer Wirkung, auch wenn das regionale und lokale Kultur- und Sportleben in der deutschen Provinz nach aussen hin in den gewohnten Bahnen zu verlaufen schien. Ein sichtbarer Ausdruck der Veränderung war die Tatsache, dass einige örtliche Honoratioren sich jetzt in NS-Uniform zeigten. Dies bedeutete jedoch nicht zwangsläufig, dass sich die Vertreter der Partei nun direkt in die Abläufe einmischten – abgesehen von der einen oder anderen Begrüssungsrede, was nicht immer gut ankam. Die Bedeutung der politischen Umwälzung, die stattgefunden hatte, lässt sich daran nicht ablesen, ebenso wenig der starke und nachhaltige Einfluss von NSDAP-Gliederungen wie der SA in den genannten Sportverbänden. Wichtig war etwas ganz anderes: Die Mitglieder mit Braunhemd konnten sich von einem Moment auf den anderen von leutseligen Vereinskameraden in Wach- und Kampfhunde des Regimes mit weitgehenden polizeilichen Befugnissen verwandeln.⁸¹ Und bald sollte sich zeigen, dass die quasi mit staatlichen Hoheitsrechten ausgestattete SA das dichte Geflecht von Verbänden und Vereinen, in das sie sich eingewoben hatte, auch zur Vorbereitung des nächsten Krieges zu nutzen wusste.⁸²

Nicht alle SA-Mitglieder waren von dieser Entwicklung ihrer Organisation ange-tan. Für viele war die langfristige Strategie, die hinter der neuen Rollenzuweisung für die SA stand, kein gleichwertiger Ersatz für ihre früheren Aktivitäten, bei denen sich politische Gewalt gegen ideologische Widersacher mit volkstümlichen Formen männlicher Geselligkeit zu einer attraktiven Mischung verbunden hatten. Diese Männer wollten auch weiterhin politische Aktivisten sein und keine selbstzufriedenen Kleinbürger.⁸³ Dazu passt, dass die Äusserungen über die SA, die Wilhelm Hosenfeld zu Papier brachte, in den Jahren 1937 und 1938 zunehmend weniger begeistert klangen. «SA-Dienst: Wieder nahmen nur wenige Männer teil. Die meisten hatten Entschuldigungen geschickt, aber einige andere hätten antreten sollen. Es mangelt ihnen an einem richtigen Verständnis der Bedeutung der SA, und das wird ihnen erst klar wer-

den, wenn wirkliche Aufgaben gelöst werden müssen», notierte er am 15. April 1937.⁸⁴ Erfüllende und damit für die Organisation werbende Aufgaben hatten inzwischen Seltenheitswert. Vielmehr trafen sich die örtlichen SA-Aktivisten etwa im September 1938, um über den Erfolg einer von der SA in der Region durchgeführten Altmetallsammlung zu sprechen.⁸⁵

Auch bei Hosenfeld meldeten sich zunehmend Zweifel am Daseinszweck der SA. Im Mai 1938 brachte er seine Enttäuschung darüber zu Papier, dass der «Sporttag der SA» im benachbarten Fulda, an dem er teilgenommen hatte, wieder einmal zum Abgewöhnen gewesen sei: «Mehr und mehr erkenne ich die Sinnlosigkeit [der SA].»⁸⁶ Dennoch blieb Hosenfeld aktives Mitglied der Sturmabteilung, bis er 1939 zur Wehrmacht eingezogen wurde.

Für viele Soldaten mit SA-Vergangenheit verlor der aktive Dienst in der Organisation mit Kriegsbeginn an Bedeutung, und das nicht nur, weil die Mitgliedschaft während des aktiven Kriegsdienstes ruhte. Der Jurist Fritz Otto Böhmig skizzierte am 6. Juni 1940 in einem Brief an seine Frau seine Vorstellungen vom Ablauf eines Wochenendes *à deux*: «Natürlich kommt ein SA-Dienst am Sonntagmorgen nicht in Frage. [...] Ich möchte nicht erleben, wie du reagieren würdest, wenn ich am ersten Sonntag nach meiner Rückkehr um 6 Uhr morgens aufstehe und zur SA ginge!!»⁸⁷ Aus diesen Worten lässt sich schliessen, dass Böhmig vor dem Krieg regelmässig SA-Dienste an Wochenenden abgeleistet hatte – ein Freizeitverhalten, dem seine Frau offenbar wenig abgewinnen konnte. In seinem Brief schloss er nicht aus, dass sie davon ausging, er werde, wenn sich die Gelegenheit biete, zu seiner früheren Gewohnheit zurückkehren. Über ein Jahr später, am 24. August 1941, teilte er ihr dann in der Tat mit, dass er gerade einen Brief an seinen früheren SA-Sturm schreibe.⁸⁸ Doch im weiteren Verlauf des Krieges entfremdeten sich Hosenfeld wie Böhmig zunehmend von der SA und ihren Ideen. Die wenigen Äusserungen Hosenfelds zum Wirken der SA im besetzten Warschau während der Kriegsjahre sind ganz überwiegend abschätzig. Für ihn war die Organisation jetzt nicht mehr «wir», sondern «sie». Wiederholt äusserte er auch seine Meinung zu von SA-Männern begangenen Gewalttaten.⁸⁹ Und anlässlich eines «SA-Sportwettkampfs» in Warschau im September 1943 teilte er seiner Frau kurz und knapp mit: «Jede Menge Tamtam, aber wenig Leistung. Propaganda ist die Hauptsache. Es regnete den ganzen Tag.»⁹⁰

Hosenfelds Stimmungslage war typisch für viele jener Männer, die anfänglich der Propaganda und der Kameradschaft in der SA etwas abgewinnen konnten, aber von deren Entwicklung in den Jahren nach 1934 enttäuscht waren. Es gab freilich auch andere, aus deren Sicht die SA in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre eher an Bedeutung gewann. Es handelte sich dabei vielfach um Männer,

die ausserhalb der Grenzen des Deutschen Reiches geboren waren. Für sie war die Mitgliedschaft in der SA nicht selten mit finanziellen und politischen Vorteilen verbunden, die zum Tragen kamen, als die NS-Führung ihr imperiales Expansionsprogramm in die Tat umsetzte. Im Folgenden werde ich zunächst die Männer der sogenannten Österreichischen Legion genauer in Augenschein nehmen und dann den Blick auf die Ende der 1930er Jahre neu aufgestellten SA-Verbände im Sudetenland und im Memelgebiet richten.

Die Österreichische Legion

Seit der Gründung der NSDAP und ihrer SA in den frühen 1920er Jahren standen deutsche und österreichische Nationalsozialisten im engen Kontakt.⁹¹ Waren es in den 1920er Jahren in der Regel SA-Männer aus dem Reich, die von der ideologischen Unterstützung und Waffenbrüderschaft ihrer österreichischen Gesinnungsgenossen profitierten – besonders nach dem gescheiterten Hitlerputsch von 1923, als viele hochrangige Nationalsozialisten in Österreich Zuflucht und Unterschlupf fanden –, verhielt es sich zehn Jahre später umgekehrt: Jetzt war die SA im Deutschen Reich in der Lage, ihren österreichischen Kameraden zu helfen, was nach dem Verbot aller nationalsozialistischen Organisationen einschliesslich der SA durch die österreichische Regierung am 19. Juni 1933 besonders relevant wurde.

Das austrofaschistische Regime unter Engelbert Dollfuss und später unter seinem Nachfolger Kurt Schuschnigg verfolgte mit besonderem Eifer solche Nationalsozialisten, die den österreichischen Nationalstaat abschaffen wollten und eine Vereinigung Österreichs mit dem «Dritten Reich» anstrebten, besonders nachdem österreichische Anhänger Hitlers im Juli 1934 den Versuch unternommen hatten, die Regierung in Wien gewaltsam zu stürzen.⁹² Trotz der erheblichen organisatorischen Schwächen der österreichischen SA hatte der Schullehrer Hermann Reschny, seit 1926 Führer der österreichischen SA («Hitlerbewegung»), damals den Plan verfolgt, mit SA-Truppen aus der Steiermark und dem Deutschen Reich in Wien einzumarschieren. Im Juni 1934 bestimmte die Führung der österreichischen SA sogar zwei Männer, die ein Attentat auf Dollfuss verüben sollten, doch es war schliesslich der SS-Mann Otto Planetta, der den tödlichen Anschlag ausführte.⁹³

Seit der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland fürchteten die österreichischen Machthaber einen Einmarsch von Anhängern des «Dritten Reiches» unter Führung der SA.⁹⁴ Ihr besonderes Misstrauen galt den mehr als 14'000 politi-

schen Flüchtlingen aus Österreich, die sich in Deutschland zur «Österreichischen Legion» zusammengeschlossen hatten, einer Gruppierung, die im Reich formell als Gliederung der SA-Obergruppe VIII (Österreich) geführt wurde.⁹⁵ Nach Erkenntnissen der österreichischen Regierung verfügte die Legion über 1'500 Motorfahrzeuge; angeblich hätte sie innerhalb von 24 Stunden an der deutsch-österreichischen Grenze aufmarschieren können.⁹⁶ Die österreichischen SA-Verbände im deutschen Exil hatten ihre Stützpunkte ursprünglich in Kasernen an verschiedenen bayerischen Orten (Lechfeld, Bad Aibling, Reichersbeuern, Egmating, Wöllershof u.a.). Als sie sich später unter dem Decknamen «Hilfswerk Nordwest» reorganisierten, wurden sie an Standorte weiter nördlich verlegt (etwa nach Bocholt, Dorsten und Lippstadt), weit entfernt von der deutsch-österreichischen Grenze. Die Legionäre führten Bauarbeiten durch und wurden von der deutschen SA, der bayerischen Polizei und der Reichswehr in paramilitärischen Kampftechniken ausgebildet. Sie schmuggelten Sprengstoff und Propagandamaterial über die Grenze nach Österreich und trugen auf diese Weise zur Destabilisierung der politischen Ordnung im Nachbarland bei. Besonders 1933 und Anfang 1934, als die SA unter Röhm im Deutschen Reich noch um ihre Anerkennung als Volksmiliz kämpfte, stellte die Österreichische Legion eine durchaus ernst zu nehmende Gefahr für die Souveränität der Alpenrepublik dar.⁹⁷

Aus Sicht der deutschen NS-Führung war die erhebliche finanzielle und politische Unterstützung, die man der Österreichischen Legion gewährte und die sich allein für das Jahr 1935 auf rund 24 Millionen Reichsmark belief, allerdings nur von bescheidenem politischen Nutzen.⁹⁸ Obendrein verschärften sich durch diese Unterstützung die diplomatischen Spannungen mit Österreich, und nicht zuletzt waren die österreichischen Nationalsozialisten im deutschen Exil in der Bevölkerung unbeliebt. Mehr als einmal erregten die Legionäre in den Regionen, in denen sie kaserniert waren, Unmut mit ihrem Mangel an Disziplin und ihren ungehobelten Umgangsformen. Besonders die dümmlich-brutale antikatholische Agitation in Gebieten, die traditionell tiefreligiös geprägt waren, sorgte für Verärgerung. Im August 1935 etwa fuhren österreichische Legionäre auf Lastwagen durch Bad Aibling und stellten dabei ein Transparent zur Schau, auf dem ein Jesuitenpriester mit dem Bibelspruch «Lasset die Kindlein zu mir kommen!» abgebildet war. Als eindeutiger Hinweis auf das Klischee des homosexuellen Kinderschänders im klerikalen Gewand prangte auf dem Transparent der Schriftzug «§ 175» in signalgelber Farbe.⁹⁹

Auf diplomatischer Ebene sorgte der Umstand, dass das Reich politische Kräfte finanziell unterstützte, die international als Werkzeug eines staatlich ge-

förderten Terrorismus galten, für Spannungen nicht nur mit Österreich, sondern auch mit Mussolinis Italien. Ungeachtet aller organisatorischen und militärischen Defizite sowie der diplomatischen Ärgernisse blieb die Österreichische Legion aber bis 1938 für das deutsche NS-Regime eine wirksame politische Waffe.¹⁰¹

Als die SA nach der «Nacht der langen Messer» zunächst an Einfluss verlor, erging an die österreichischen Legionäre der Befehl, ihre Waffen – mehr als 10 300 Gewehre und 340 Maschinengewehre – der Reichswehr zu übergeben.¹⁰¹ Dies führte zu einer nachhaltigen Entspannung im deutschen Verhältnis zu Österreich. In der dortigen Regierung wuchs die Bereitschaft, die Flucht von Tausenden österreichischen SA-Männern ins Reich nicht mehr als Vorbereitung einer terroristischen Straftat einzustufen, sondern nur noch als «verzeihliche Jugendsünde». Aus abgefangenen Briefen und anderen erbeuteten Dokumenten wusste die Regierung Schuschnigg inzwischen nur allzu gut, dass die österreichischen Legionäre bei Weitem nicht so gefährlich waren, wie man ursprünglich befürchtet hatte, und allenfalls über eine mässige Kampfstärke verfügten. Getreu dieser Linie sahen die österreichischen Behörden auch in der Tatsache, dass zwischen 1935 und 1937 militante österreichische Nazis in erheblicher Zahl in ihr Heimatland zurückkehrten – mehr als 2'500 allein zwischen Juli 1936 und November 1937 –, einen Beleg dafür, dass viele das Land in den Vorjahren nicht infolge politischer «Verhetzung» verlassen hatten, sondern aus «jugendlicher Unwissenheit und Abenteuerlust».¹⁰²

Obwohl die österreichischen Nazis von einer zunehmenden Zahl von Sympathisanten in den Reihen der österreichischen Bürokratie profitierten, erforderten ihre illegalen politischen Aktivitäten weiterhin ein gewisses Mass an Konspiration. Eines der Mittel zur Camouflage, dessen sich die österreichischen SA-Leute bedienten, war die «Kodierung» von Telefonaten, bei denen es um Parteiangelegenheiten ging. Diese Verschlüsselung bestand vorrangig aus der Verwendung von Tarnbegriffen. Für SA-Einheiten wurden familiäre Rollenbezeichnungen verwendet: «Sohn» bezeichnete eine SA-Schar, «Onkel» stand für einen SA-Sturm und «Vater» für eine SA-Standarte. An die Stelle der Nummern der einzelnen SA-Einheiten traten nun die Namen des Stadtbezirks, in dem sie operierten. Wenn also ein Nazi am Telefon von einem «Vater aus Hietzing» sprach, war damit die Standarte 4 der SA-Gruppe Wien gemeint. Das Codewort für die SA als Ganze war interessanterweise weiblichen Geschlechts und lautete «Schwester».¹⁰³

Als es schliesslich im März 1938 zum «Anschluss» Österreichs an das Deutsche Reich kam, spielte die Österreichische Legion allenfalls eine untergeordnete Rolle. Die entscheidenden Weichen waren bereits in den Tagen zuvor auf Regierungsebene

und bei diplomatischen Treffen hinter verschlossenen Türen gestellt worden. Der Einmarsch von mehr als 50'000 Soldaten und Polizisten aus dem Deutschen Reich am 12. März 1938 vollendete daher nur das, was zuvor am grünen Tisch ausgehandelt worden war. Als die österreichischen Legionäre schliesslich zwischen 30. März und 2. April 1938 offiziell heimkehrten, kamen sie nicht als triumphierende Befreier, sondern eher als unwillkommene Eroberer. In den auf den «Anschluss» folgenden Monaten erfreuten sie sich in Österreich einer sehr begrenzten Beliebtheit. Viele Institutionen des österreichischen Staates und sogar Gliederungen und Organisationen der NSDAP nahmen heimgekehrte Legionäre nur sehr zögerlich in ihre Reihen auf, denn diese standen bald im Ruf, faul und überheblich zu sein.¹⁰⁴ Sogar österreichische Nationalsozialisten äusserten früh die Befürchtung, dass die Anwesenheit von bis zu 9'000 Legionären im Land Probleme verursachen könnte, wenn diese Männer der Wut, die sich in den zurückliegenden Jahren bei ihnen aufgestaut hatte, freien Lauf liessen.¹⁰⁵

Tatsächlich beteiligten sich die Rückkehrer wiederholt an antisemitischen Ausschreitungen. Problematisch war auch, dass nicht zuletzt die Aussicht auf ein künftiges berufliches Fortkommen in Österreich, am besten im öffentlichen Dienst, die Legionäre in den zurückliegenden Jahren seit 1933 bewogen hatte, der Partei die Treue zu halten und auf den Tag der «Abrechnung» zu warten.¹⁰⁶ Jetzt, im Frühjahr 1938, forderten und erhielten sie ihre «Belohnung», und zwar bemerkenswert reichlich. Die ehemaligen Legionäre profitierten dabei von den vielen «Arisierungen» in der «Ostmark» und verstanden es vielfach auch, etablierte österreichische Nationalsozialisten, die ihnen Arbeitsplätze vermitteln konnten, unter Druck zu setzen. Zu den konkret erbeuteten Sachwerten gehörten ein Mittelklassewagen (ein Steyr XII), eine Wohnungseinrichtung und sogar eine komplette Zahnarztpraxis.¹⁰⁷ Die Zuwendungen, die in den Jahren 1938 und 1939 an ehemalige Mitglieder der Österreichischen Legion verteilt wurden, waren so unverhältnismässig hoch, dass sich selbst altgediente SA-Mitglieder über die ausufernde «Freunderlwirtschaft» empörten. Doch schon wenige Wochen nach dem «Anschluss» trauerten nicht wenige Legionäre den Jahren der Illegalität mit ihrer vermeintlich unverfälschten Kameradschaft nach, ein psychischer Mechanismus ähnlich dem, der weiter oben für das Reich 1933 beobachtet und beschrieben worden ist.¹⁰⁸

Die Österreichische Legion wurde offiziell am 31. Oktober 1938 für aufgelöst erklärt, ein halbes Jahr nach dem «Anschluss». Die meisten ihrer ehemaligen Mitglieder hatten zu diesem Zeitpunkt schon erheblich von der politischen Umwälzung profitiert. Andere, die ihre Ansprüche auf «Belohnung» und berufliches

Fortkommen noch nicht erfüllt sahen, versuchten auch danach noch, sich im Zuge der «Arisierung» an jüdischen Unternehmen und jüdischem Eigentum zu bereichern oder im Protektorat Böhmen und Mähren auf Beutezug zu gehen.¹⁰⁹ Zumindest in einer Hinsicht mussten sich diese «Alten Kämpfer» jedoch mit einer Niederlage abfinden: 1941 lehnten es die NS-Behörden endgültig ab, zwischen 1933 und 1938 in der Österreichischen Legion absolvierte Dienstzeiten als Ersatzwehrdienst anzuerkennen.¹¹⁰

Die Österreichische Legion hatte ihren Daseinszweck bereits in den Tagen vor dem «Anschluss» erfüllt. Die aktive Mitwirkung der SA an der deutschen Eroberungspolitik in Mittel- und Osteuropa begann jedoch gerade erst.

Die SA im Sudetenland und im Memelgebiet

Der «Anschluss» Österreichs war das Startsignal für die Annexion jener an das Reich angrenzenden Gebiete, in denen eine nennenswerte «volksdeutsche» Bevölkerung lebte. Nachdem in den ersten Jahren des NS-Regimes die innere Konsolidierung des «Dritten Reiches» im Vordergrund gestanden hatte, ging die NSDAP nun daran, eines der zentralen Ziele der deutschen Nationalbewegung seit Mitte des 19. Jahrhunderts zu verwirklichen: das Reich so weit auszudehnen, dass alle Deutschen in den benachbarten Staaten in den Genuss der deutschen Staatsbürgerschaft kommen konnten, zumindest sofern sie in zusammenhängenden Siedlungsgebieten lebten. Den nationalbewegten Revolutionären von 1848/49 hatte freilich ein demokratisches Deutschland vorgeschwebt, von dem eine so grosse Anziehungskraft ausgehen sollte, dass die Bewohner der Nachbargebiete aus freien Stücken Deutsche werden würden. In den 1930er Jahren konnte dagegen niemand daran zweifeln, dass ein solches Ansinnen auf heftige Gegenwehr in den Nachbarstaaten stossen würde, zumal in den aus der ehemaligen Donaumonarchie hervorgegangenen Nachfolgestaaten, die noch im Prozess der Selbstfindung steckten und in denen andere nationalistische Kräfte stark waren. Diese Entwicklung nach dem Ersten Weltkrieg bestärkte immer mehr deutsche Nationalisten in der bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verbreiteten Ansicht, dass der «Volkstumskampf» in den betreffenden Regionen nicht allein mit Versprechungen und Überzeugungsarbeit gewonnen werden könne, sondern letztlich mit der Waffe in der Hand geführt werden müsse.¹¹¹

Das überwiegend von Deutschen bewohnte Sudetenland gehörte vor 1918 zu den vormals österreichischen Provinzen Böhmen und Mähren. Diese Regionen bildeten nach der Auflösung der Habsburgermonarchie das Kernland der neu geschaffenen

Tschechoslowakei. Die nationalsozialistische Bewegung war im Sudetenland anfänglich eng mit den diversen Bünden und Organisationen der deutschen Jugendbewegung verflochten.¹¹² In der Propaganda wie auch im politischen Handeln der NSDAP spielte diese dicht besiedelte Grenzregion eine besondere Rolle. Vom benachbarten Sachsen aus versuchten ihre Funktionäre schon seit den späten 1920er Jahren, auf tschechoslowakischem Gebiet SA-Zellen aufzubauen. Deutsche NS-Aktivistinnen im Sudetenland sahen in der Hitlerjugend und in der SA ursprünglich nationalsozialistische Jugendorganisationen und betrachteten deren politische Aktivitäten in der Region als eine Art Neuauflage der «Grenzlandfahrten», die die deutsche männliche Jugend in den Jahren der Weimarer Republik organisiert hatte, um das Bewusstsein der Reichsjugend für die vermeintliche zivilisatorische Mission Deutschlands in Mittel- und Osteuropa zu schärfen. Weil sich Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg auf «enge Grenzen» zurückgeworfen sah, war es nach Überzeugung dieser Aktivistinnen umso wichtiger, zumindest einer Elite junger Deutscher ein tief wurzelndes Gefühl der Verantwortung für das Los volksdeutscher Minderheiten in Osteuropa einzupflanzen und sie zugleich auf eine Führungsrolle im heraufziehenden «Volkstumskampf» vorzubereiten.¹¹³

Eine Schlüsselfigur bei diesen Aktivitäten war Rudolf Schmidt, der Führer des «Grenzlandamts» der Hitlerjugend und Organisator zahlreicher «politischer Bildungsreisen» für sudetendeutsche Jugendliche. Solche Reisen führten auch zu weiter entfernten Aussenposten des Deutschtums in Polen, den baltischen Staaten, Ungarn, Österreich und Rumänien. Die Teilnehmer dieser Fahrten trugen in der Regel das braune Hemd der NS-Bewegung oder schleppten die entsprechenden Uniformen und Abzeichen zumindest im Rucksack mit.¹¹⁴

Die Machtübernahme der Nationalsozialisten im Reich machte das Verhältnis zwischen Tschechen und Deutschen in der Region noch komplizierter. Aller offiziellen Zurückhaltung zum Trotz betrieben die Nazis auch weiterhin einschlägige Propaganda und finanzierten insgeheim deutschnationalistische Organisationen wie Konrad Henleins Sudetendeutschen Heimatbund, den Vorläufer der Sudetendeutschen Partei. Diese Entwicklung stachelte alle Seiten zur verstärkten öffentlichen Zurschaustellung patriotischer Leidenschaften an.¹¹⁵ In den Jahren 1933 und 1934 fühlten sich deutsche SA-Männer aus dem benachbarten Sachsen mehr als einmal bemüsst, illegale Grenzschutz-Einheiten aufzustellen, die auf ihren Patrouillengängen in tschechoslowakisches Staatsgebiet eindringen und dies mit der angeblichen Unterdrückung der deutschen «Befreiungsbewegung» durch die lokalen Behörden rechtfertigten. Tatsächlich liefen sudetendeutsche

Männer, die in einer SA- oder SS-Uniform unterwegs waren, zunehmend Gefahr, von der tschechoslowakischen Polizei verhaftet zu werden.¹¹⁶ Ungeachtet dieser auf beiden Seiten hochkochenden politischen Leidenschaften zeichnete sich die offizielle deutsche Politik gegenüber der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei in den Anfangsjahren des «Dritten Reiches» durch Besonnenheit und Zurückhaltung aus – ganz im Gegensatz zu dem scharfen deutschen Nationalismus, den insbesondere der zunehmend chauvinistischer auftretende Deutsche Turnverband und von Mai 1938 an auch der sudetendeutsche Freiwillige Schutzdienst (FS) propagierte, dessen 15'000 Mitglieder so etwas wie eine inoffizielle Sturmabteilung bildeten.¹¹⁷

Nach dem «Anschluss» Österreichs erwartete die deutschnationalistische Bewegung eine ähnliche Entwicklung im Sudetenland und traf aktive Vorkehrungen dafür. Die Aufrufe der Reichsregierung zur Mässigung standen nun im Widerspruch zu ihrem tatsächlichen politischen Handeln, das darauf abzielte, die ethnischen Konflikte in der Region so weit anzuheizen, bis sich eine seit langem angestrebte militärische Intervention Deutschlands auch diplomatisch rechtfertigen liess. Zu diesem Zweck verübten deutsche Nationalisten im Sudetenland Anfang September 1938 eine Reihe von Überfällen und Bombenanschlägen.¹¹⁸ Die tschechoslowakischen Behörden antworteten mit Polizeieinsätzen und verschärften staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen. Nachdem die Behörden in der ersten Septemberhälfte einen ersten Putschversuch der sudetendeutschen Nationalsozialisten niedergeschlagen hatten, flohen Zehntausende deutsche Anhänger der NSDAP über die Grenze ins Reich.¹¹⁹ Allein im Freistaat Sachsen gab es in dieser Zeit mindestens 19 Lager für politische Flüchtlinge aus dem Sudetenland.

Am 18. September veröffentlichte die Sudetendeutsche Partei in direkter Reaktion auf die sich zuspitzende Entwicklungen eine Proklamation, in der sie zur Aufstellung eines Sudetendeutschen Freikorps (SFK) aufrief.¹²⁰ Etwa um dieselbe Zeit startete auch die sächsische SA eine Rekrutierungsoffensive mit dem Ziel, den aus dem Sudetenland Geflüchteten eine ideologische und paramilitärische Ausbildung anzubieten – nicht zuletzt in der Hoffnung, sie anschliessend in die reguläre SA eingliedern zu können. Am 19. September, hiess es in einem internen Bericht der sächsischen SA, habe man bereits rund 5'000 sudetendeutsche Flüchtlinge registriert und mit Hakenkreuzarmbinden und -abzeichen ausgestattet. Viele Männer in den Lagern trugen diese NSDAP-Insig-nien mit einem «geradezu bewegenden Stolz». Wenige Tage später hatte sich die Zahl der zur SA übergelaufenen Sudetendeutschen sogar verdoppelt. Diese Männer bildeten den Grundstock der späteren Sudetenland-SA und wurden entsprechend ihrer regionalen Herkunft in Gruppen aufgeteilt. Wie es in dem oben genannten

Bericht mahndend hiess, sollten sie vorläufig jedoch nicht für militärische Operationen eingesetzt werden, da Ausrüstung und Bewaffnung «völlig unzureichend» seien.¹²¹

Das Münchener Abkommen vom 29./30. September 1938 brachte zumindest vorübergehend einen Frieden gegen Gebietsabtretung und bescherte dem Reich das lange begehrte Sudetenland. Mittels dieses Abkommens wurden aus den bis dahin illegalen paramilitärischen Aktivitäten der deutschen Nationalsozialisten nunmehr staatlich sanktionierte politische Betätigungen. Das Sudetendeutsche Freikorps mit seinen insgesamt 40'000 Mann tötete in den vier Wochen seiner Existenz mehr als 110 Menschen, deportierte rund 2'000 tschechoslowakische Staatsbürger über die Grenze ins Reich und brachte rund 200'000 Tschechen, Deutsche und Juden dazu, das Sudetenland zu verlassen.¹²²

Nach der Besetzung des Sudetenlandes durch offizielle deutsche Truppen in den ersten Oktobertagen 1938 wurden in der Region unverzüglich reguläre SA-Verbände aus dem Boden gestampft, wobei man auf die in den vorangegangenen Monaten geleistete Vorarbeit aufbauen konnte. Viele Angehörige des Freiwilligen Schutzdienstes und des Sudetendeutschen Freikorps, die beide am 9. Oktober offiziell aufgelöst wurden, bemühten sich um die Aufnahme in nationalsozialistische Organisationen wie SA und SS. Die Bewerber waren so zahlreich, dass die neue SA-Standarte Aussig schon im Dezember 1938 «aus organisatorischen Gründen» einen vorübergehenden Aufnahmestopp erliess.¹²³ Um des Ansturms Herr zu werden, entsandte die OSAF nicht weniger als 600 SA-Führer aus dem Altreich ins Sudetenland. Sie besetzten vorwiegend zentrale Verwaltungsposten, während die Führung der neuen SA-Stürme und -Standarten nach Möglichkeit in die Hände einheimischer SA-Männer gelegt wurde.¹²⁴ Bei diesen handelte es sich zumeist um ehemalige Führungskader des Deutschen Turnverbandes.¹²⁵ In der Pogromnacht vom 9. auf den 10. November übernahmen die neu aufgestellten SA-Einheiten im Sudetenland einen ähnlichen Part wie ihre Pendanten in anderen Teilen des Reiches, allerdings attackierten sie nicht nur die einheimischen Juden, sondern auch nichtjüdische Tschechoslowaken und Volksdeutsche, die den Nationalsozialisten kritisch gegenüberstanden. «Zuerst die Juden und dann die Tschechen!» war der Schlachtruf der SA im Sudetenland.¹²⁶

An der Spitze der Sudetenland-SA stand der charismatische Franz May, ein katholischer Landwirt aus Warnsdorf unweit der tschechoslowakischsächsischen Grenze. Als May am 15. Oktober 1938 zum SA-Gruppenführer ernannt wurde, konnte er bereits auf eine mehrjährige politische Aktivität im Kampf um die «Befreiung» der Sudetendeutschen zurückblicken. In den Wochen vor der offiziellen



Eine SA-Kolonnie marschiert durch die Stadt Eger (das heutige tschechische Cheb) im Sudetenland, von den Einwohnern mit dem Hitlergruss willkommen geheissen. Das Foto entstand Anfang Oktober 1938 bei der «Befreiungsfeier» nach der Besetzung des Egerlands durch deutsche Truppen. In den darauffolgenden Wochen meldeten sich junge Sudetendeutsche aus der Region in grosser Zahl zur neu aufgestellten SA-Gruppe Sudeten.

Kür zum Führer der Sudetenland-SA hatte er die Gruppe 4 des Sudetendeutschen Freikorps befehligt.¹²⁷ «May ist vertraut mit den Fragen des Grenzlandkampfes, er weiss herausziehenden Gefahren mit seiner bekannten Tatkraft und seinen klaren Zielvorstellungen adäquat zu begegnen», stellte Henlein fest. In einem Brief an SA-Stabschef Lutze vom November 1941 erklärte er ferner, May sei «einer der verlässlichsten und wirklich beliebten» deutschen Führer in seinem Gau und verband dieses Lob mit dem Wunsch, für seinen Protégé und früheren Vorkämpfer der «Bewegung» eine Befreiung vom Wehrdienst zu erwirken.¹²⁸

Die bereits in den Vorjahren bewährte Praxis der SA, sich in etablierte gesellschaftliche Strukturen einzuklinken, funktionierte auch im Kontext der territorialen Expansion Deutschlands. Mit nachhaltiger Unterstützung nationalistischer Kräfte im Sudetenland in den zurückliegenden Jahren hatte sich die SA bei der deutschsprachigen Bevölkerung der ehemaligen Tschechoslowakei grosse Popularität erworben – und das just in einer Zeit, als die SA ihren Platz im Gefüge des «Dritten Reiches» neu zu bestimmen suchte. Im Januar 1940 zählte die SA-Gruppe Sudetenland knapp 129'000 Mitglieder. Das waren 4,4 Prozent der gesamten Einwohnerschaft des Gaus Sudetenland, während im Reich nur rund ein Prozent der Bevölkerung der SA angehörte. Die Sudetenland-SA war damit die zu diesem Zeitpunkt stärkste aller SA-Gruppen im Deutschen Reich.¹²⁹

Eine ähnliche Entwicklung – wenn auch in deutlich kleinerem Massstab – vollzog sich im Memelland (von den Litauern *Klaipėdos krastas* genannt, «Region Klaipėda»), einem schmalen Landstreifen nördlich der deutschen Provinz Ostpreussen. Das seinerzeit überwiegend von Deutschbalten bewohnte Gebiet war 1919 im Rahmen der Neuordnung Mittel- und Osteuropas vom Reichsgebiet abgetrennt worden.¹³⁰ In den unmittelbaren Nachkriegsjahren auf Basis eines vorläufigen Mandats von Frankreich verwaltet, war das Memelland 1923 als autonome Region dem litauischen Staat zugeschlagen worden. Lokale politische Initiativen und Medien, die auf eine enge Zusammenarbeit mit dem Deutschen Reich drängten, wurden von den litauischen Behörden in den Jahren danach regelmässig verboten.¹³¹ Angesichts der zunehmend aggressiveren deutschen Aussenpolitik zwischen 1935 und 1938 wurde die Frage nach der Zukunft der Volksdeutschen in dieser Grenzregion erneut zu einer drängenden politischen Angelegenheit. Die litauische Regierung verfolgte aufmerksam alle Äusserungen der nationalsozialistischen Führung, die auf gesteigerte aussenpolitische Ambitionen schliessen liessen. Bald waren die lauter werdenden Rufe nach einer «Rückkehr» des Memellandes nicht mehr zu überhören. Nicht ohne Grund fürchteten die Li-

tauer, die Baltendeutschen des Memellandes könnten dem Beispiel des Saarlandes folgen, das nach einer am 13. Januar 1935 abgehaltenen Volksabstimmung wieder Teil des Deutschen Reiches geworden war.¹³²

Umgeben von wesentlich grösseren und mächtigeren Staaten und mit konkreten Gebietsansprüchen sowohl Deutschlands als auch Polens konfrontiert, erklärte sich die litauische Regierung schliesslich zu Geheimverhandlungen mit Berlin bereit. Unter dem Eindruck des Münchener Abkommens und der Abtretung des Sudetenlandes an das Deutsche Reich entschloss sich die litauische Regierung zu ihrer Form von Appeasement-Politik, um sich ein ähnliches Los wie die Tschechoslowakei zu ersparen. Am 1. November 1938 hob Litauen den über das Memelland verhängten Ausnahmezustand auf. So wurde es den Organisationen der deutschen Nationalsozialisten möglich, sich in diesem Gebiet wieder legal zu betätigen.¹³³ Nur vierzig Tage später, am 11. Dezember 1938, errang eine Einheitsliste deutscher Kandidaten, die Memeldeutsche Liste, bei den Regionalwahlen mit 87 Prozent der Stimmen eine überwältigende Mehrheit.¹³⁴ Sechs Tage später teilte Hitler Ernst Neumann, dem Führer der deutschen Nationalisten im Memelland, vertraulich mit, dass er beabsichtige, das Gebiet im Frühjahr 1939 zu annektieren.¹³⁵

Der 1888 geborene Neumann spielte im Memelland eine ähnliche Rolle wie Konrad Henlein im Sudetenland. Von Beruf Tierarzt, hatte er 1919 als Mitglied eines Freikorps im Baltikum gekämpft und 1933 die Sozialistische Volksgemeinschaft des Memelgebietes e.V (SOVOG) gegründet. Dies war die zweite nationalsozialistische Partei, die damals im Memelland aktiv war, nachdem dort eine geheime Zelle der NSDAP bereits in den späten 1920er Jahren tätig gewesen war.¹³⁶ Jene nationalsozialistischen Aktivisten der ersten Stunde bildeten bald darauf den Kern der Christlich-Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft des Memelgebietes e.V. (CSA), die sich im Mai 1933 förmlich konstituierte und von dem protestantischen Geistlichen Theodor Freiherr von Sass geführt wurde. Bei der NSDAP im Reich gelangte man allerdings schnell zu der Auffassung, dass im Memelland eine nationalsozialistische Alternative geschaffen werden müsse, weil sich die Mitglieder der CSA durch «pseudorevolutionäres» Gebaren und «offensichtlichen Dilettantismus» hervortaten.¹³⁷ Die Regierung in Berlin stellte sich daher hinter Neumann und seine Bewegung, die SOVOG. Neumann avancierte in den Folgejahren zu einer «Flamme der Hoffnung für all jene, die sich nach einem Ende der Fremdherrschaft sehnten», wie man noch 1955 in einer Zeitschrift der deutschen Vertriebenen in der Bundesrepublik lesen konnte. Das patriotische Pathos erinnert an die Rhetorik aus der «Kampfzeit» des Memellandes und gibt damit einen

Hinweis auf das Weiterleben nationalsozialistischer Prägungen in der Nachkriegszeit.¹³⁸

Glorifizierungen dieser Art waren ein Nachhall des tatsächlich breiten Rückhalts, den Neumann in den 1930er Jahren unter den Memeldeutschen besessen hatte, gingen aber stillschweigend über andere Aspekte der Geschichte hinweg, an die zu erinnern nach dem Zweiten Weltkrieg wenig opportun schien: Beide Parteien, die CSA wie auch die SOVOG, waren offen antisemitisch und unterhielten sehr enge Beziehungen zur NSDAP.¹³⁹ Beide stellten bereits kurz nach ihrer Gründung paramilitärische Einheiten auf, bestehend aus jungen Männern zwischen 18 und 26 Jahren. Diese hiessen bei der CSA «Sturmkolonnen», bei der SOVOG «Sturmabteilungen». Der Historiker Martin Broszat charakterisierte sie als Zwitter «zwischen der Hitlerjugend und der SA».¹⁴⁰

Nach Erkenntnissen der litauischen Behörden standen beide Organisationen in engem Kontakt zur SA in Deutschland und besonders zu den SA-Verbänden im benachbarten Ostpreussen. Die dort beheimatete SA-Obergruppe I («Ostland») bestand Ende 1934 schätzungsweise aus nicht weniger als acht Brigaden mit insgesamt 170'000 Mann. Diese Brigaden wurden vom Reich finanziert und bewaffnet, unter anderem mit schweren Maschinengewehren, angeblich im Vorgriff auf eine geplante militärische Besetzung des Memellandes.¹⁴¹ Auf der Grundlage dieser Planungen, die sich durch eine grosse Zahl polizeilich sicher gestellter Dokumente belegen liessen, verurteilte das Oberste Litauische Kriegsgericht in Kaunas Neumann und von Sass – und mit ihnen mehr als hundert weitere deutsche Nationalisten – 1935 wegen Hochverrats zu hohen Gefängnisstrafen.¹⁴² Im Rahmen der oben erwähnten politischen «Verständigung» mit Deutschland wurde Neumann allerdings 1938 begnadigt und nahm seine frühere politische Tätigkeit umgehend wieder auf.

Obwohl von Hitler ermahnt, auf keinen Fall eine diplomatische Krise heraufzubeschwören, machte sich Neumann Ende 1938 erneut an die Aufstellung von SA-Kampfverbänden, die offiziell unter der Bezeichnung «Sicherheitsabteilungen» liefen. Ende Januar 1939 bestanden sie einer Zeitungsmeldung zufolge aus zwölf Brigaden mit insgesamt 2'500 Kämpfern.¹⁴³ Andere Quellen behaupten, in ihnen seien seinerzeit nur ungefähr 500 Mitglieder organisiert gewesen.¹⁴⁴ Neumann erwartete jedenfalls, dass alle mindestens 18 Jahre alten männlichen Memeldeutschen sich diesen neuen Formationen anschlossen. Er bezeichnete sie als «vom nationalsozialistischen Geist durchdrungenes Korps» und als Auswahl aktiver Kämpfer für Volk und Heimatland.¹⁴⁵ In der Endstufe sollte die neue Memelland-SA rund 20'000 Männer zwischen 18 und 50 Jahren unter Waffen haben

– ein höchst ehrgeiziges Ziel, wenn man bedenkt, dass im Memelland damals nicht einmal 200'000 Menschen lebten.¹⁴⁶

Die neue SA ergänzte den bestehenden Memeldeutschen Ordnungsdienst, den Neumann einige Wochen vor der Wahl im Dezember 1938 organisiert hatte und der offiziell für den ordnungsgemässen Ablauf des Urnengangs notwendig war, tatsächlich aber wohl den Sieg der Nationalsozialisten sichern helfen sollte. Dieser Ordnungsdienst, der Neumann persönlich unterstellt war, verstand sich als eine Art Elitetruppe, zusammengesetzt aus Männern unter 30 Jahren und einer zeitgenössischen Quelle zufolge «nach streng nationalsozialistischem Vorbild organisiert». Demgegenüber war die Memelland-SA offenbar ein wenig exklusiver Club.¹⁴⁷ Ihre Mitglieder sollten vor allem die nationalsozialistische Ideologie in der Region verbreiten.¹⁴⁸ Analog zu der bereits 1933/34 verfolgten Strategie wurde von beiden Organisationen erwartet, dass sie im Falle einer militärischen Auseinandersetzung mit den litauischen Streitkräften zur Unterstützung der Wehrmachtseinheiten bereitstehen würden. Erich Koch, Gauleiter von Ostpreussen und in der Partei ein Rivale Neumanns, traf sogar Vorkehrungen für eine «Befreiung» des Memellandes mithilfe eben dieser einheimischen SA-Kräfte.¹⁴⁹

Zu einer militärischen Konfrontation kam es dann allerdings nicht, denn Hitler gliederte das Memelland am 22. März 1939 gemäss einer zuvor mit Litauen geschlossenen Vereinbarung in das Deutsche Reich ein. In Artikel 4 dieser Vereinbarung erklärten beide Staaten, sie würden einander weder angreifen noch eine dritte Macht unterstützen, sollte diese einen von ihnen angreifen.¹⁵⁰ Neumann und Koch führten das Kommando der Memelland-SA noch für eine kurze Übergangsphase, die am 1. Mai 1939 endete, als im Memelland reichsdeutsches Recht in Kraft trat. Nun wurden die bisherigen Sicherheitsabteilungen umgehend in die bestehende SA-Gruppe Ostland eingegliedert, während sich die SS den vormaligen Ordnungsdienst einverleibte.¹⁵¹

Vom Bedeutungsgewinn an der Peripherie ins Zentrum der Gesellschaft

Wie in diesem Kapitel gezeigt wurde, machte die SA zwischen Sommer 1934 und dem Beginn des Zweiten Weltkriegs auf der Suche nach neuen sinnvollen Aufgaben einen langwierigen und schwierigen Prozess der inneren Umorientierung durch. Die Autoren vorausgegangener Studien haben darauf hingewiesen, dass die Hälfte aller Männer, die Anfang 1934 Mitglieder der SA waren, die Organisation in den darauffolgenden

Jahren verliessen. Die Austrittswelle offenbart den Ansehens- und Bedeutungsverlust der SA, der paradoxerweise just in dem Moment einzusetzen schien, als ihre politischen Widersacher endgültig besiegt waren. Die vielen Austritte waren jedoch ohne Zweifel auch eine Folge der sinkenden Arbeitslosenzahlen und der verbesserten Chancen junger Männer, zu heiraten und eine Familie zu gründen. Doch obwohl sich die SA um die Mitte der 1930er Jahre so schwertat, ihre Mitglieder sinnvoll zu beschäftigen, hielten mehr als eine Million deutsche Männer der Organisation und ihrem politischen Programm die Treue.

Antisemitische Übergriffe blieben während der 1930er Jahre ein regulärer Bestandteil des Wirkens der SA. Bei diesen Aktionen sorgte das Erlebnis der gemeinschaftlich begangenen Gewalttaten nach wie vor für die Festigung des inneren Zusammenhalts, ein gruppendynamischer Effekt, der bei der SA schon in der «Kampfzeit» funktioniert hatte. Die zunehmende rechtliche Schutzlosigkeit der Juden in Deutschland – und später auch im Grossdeutschen Reich – eröffnete der SA bald auch die Möglichkeit, sich an erbeutetem jüdischem Eigentum zu bereichern. In dieser Hinsicht waren die SA-Männer in der Tat Schrittmacher für das, was nach Beginn der massenhaften Deportierung und Ermordung der europäischen Juden in Deutschland und anderswo gängige Praxis wurde.¹⁵²

Die internen disziplinarischen Nachwehen der «Nacht der langen Messer» kamen erst 1937/38 zum Abschluss. Die Reorganisierung der SA war zu diesem Zeitpunkt bereits weitgehend vollzogen.¹⁵³ Die Sturmabteilungen hatten in den Jahren zuvor mit Erfolg viele Bereiche des zivilen Lebens in Deutschland durchdrungen, wie am Beispiel der Schützen- und Reitvereine erläutert wurde. An die Stelle des weitgehend ungebundenen «Gewaltmenschen», der bis 1934 als typische Ausprägung des einfachen SA-Mannes gegolten hatte, trat nun der Parteifunktionär, der sich das braune Hemd nur noch an ein bis zwei Tagen in der Woche überzog und ansonsten einer geregelten Arbeit nachging und ein Familienleben hatte. Allerdings waren diese respektabel wirkenden SA-Männer immer noch Mitglieder einer Organisation mit «Aktionsmacht», selbst ernannte Wächter über die Werte des Nationalsozialismus, die hin und wieder auch zeitlich begrenzte Einsätze als Hilfspolizei leisteten.

In den späten 1930er Jahren registrierten Beobachter in den Reihen der SA einen neuen Grad an Disziplin und Hingabe.¹⁵⁴ Entscheidenden Auftrieb erhielt die Organisation durch die Erfolge ihrer wiederbelebten paramilitärischen Aktivitäten in den Grenzregionen des Reiches und später in den ins Reich eingegliederten Gebieten. Sowohl im Sudetenland als auch im Memelgebiet gelang es der SA, paramilitärische Organisationen aufzustellen und nationalistisch gesinnte Volksdeutsche an sich zu binden. Sie wurden in die regulären SA-Verbände inte-

griert, sobald die politische Konstellation das zuliess. Anders als in den deutschen Kernlanden, wo das Ansehen der SA und ihre Schlagkraft nach 1934 nachhaltig gelitten hatten, erwiesen sich die neuen SA-Einheiten in den annektierten Gebieten als überaus attraktiv. Damit eröffneten sie vor allem jungen Männern einen relativ bequemen Weg, ihre Loyalität zum nationalsozialistischen Staat unter Beweis zu stellen, ohne die Verankerung in bestehenden gesellschaftlichen Netzwerken aufgeben zu müssen. Die multiethnisch besiedelten Grenzregionen erwiesen sich, wie in Mitteleuropa bereits unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkriegs, erneut als fruchtbarer Rekrutierungsboden für paramilitärische Organisationen mit nationalistischer Agenda. Hier lag eine wesentliche Bedeutung der SA für das NS-Regime in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre.

In den kommenden Jahren zog die OSAF zunehmend Nutzen aus den vor allem 1938/39 gesammelten Erfahrungen. So behielt sie auch im Zweiten Weltkrieg die Praxis bei, in Mittel- und Osteuropa neue SA-Formationen aufzustellen, die sich in erheblichem Mass aus Volksdeutschen rekrutierten und schon bald militärische und polizeiliche Aufgaben zu erfüllen hatten. Darüber hinaus schmiedete die SA-Führungsspitze auch weitreichende Pläne für die Zeit nach dem «Endsieg», also der Errichtung und dauerhaften militärischen Absicherung der deutschen Vorherrschaft in Europa. Sie ging inzwischen davon aus, dass sich nicht nur die Zukunft des «Dritten Reiches», sondern auch die der Sturmabteilungen im Osten Europas entscheiden würde.

7

Die SA und die «Germanisierung» des europäischen Ostens

Kein Bereich ist seiner Natur nach so geeignet, zum Tummelplatz romantischer Phantasien zu werden wie die Siedlung.

BERICHT DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI IM EXIL, 1935¹

In den letzten Jahrzehnten sind wichtige Forschungsarbeiten zum «Generalplan Ost» geleistet worden. Auch die deutsche Expansionspolitik im mittleren und östlichen Europa im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert wurde – einschliesslich der Schriften ihrer akademischen und intellektuellen Vordenker – eingehend analysiert.² Selten ist in diesem Kontext jedoch die Sturmabteilung genauer betrachtet worden, und das, obwohl die SA in den Jahren nach dem «Röhm-Putsch» eine wichtige Rolle bei der Stabilisierung des NS-Regimes innerhalb der Reichsgrenzen spielte und von 1935 an auch einen eigenständigen Beitrag zur deutschen Expansionspolitik leistete. In diesen Jahren war es eines der Ziele der NSDAP, die jenseits der Reichsgrenzen lebenden deutschen Minderheiten für den Nationalsozialismus zu begeistern und sie nach der Annexion und Eingliederung der von ihnen bewohnten Grenzgebiete zu einem integralen Bestandteil des deutschen Staatsvolkes zu machen. In diesem Zusammenhang sind terminologische Verschiebungen aufschlussreich. Wurden Angehörige der im Ausland lebenden deutschen Minderheiten bis ins frühe 20. Jahrhundert hinein als «Auslandsdeutsche» bezeichnet, so setzten die Nationalsozialisten Anfang der 1930er Jahre den Begriff «Volksdeutsche» durch.³

Die SA fühlte sich im Zuge dieses Expansionsprozesses aufgerufen, den staatlich forcierten Prozess der «Germanisierung» im «Dritten Reich» aktiv mitzugestalten, nicht zuletzt weil ihr dies die Chance bot, im Konkurrenzkampf der nach Einfluss strebenden nationalsozialistischen Gliederungen verlorenen Boden wettzumachen. Aus diesem Grund entwickelte sie eigene Vorstellungen von der «Germanisierung» des europäischen Ostens. Unter anderem regte sie an, Anreize für die Ansiedlung von SA-Männern aus dem Altreich in den neu besetzten und annektierten Gebieten zu schaffen, insbesondere im Warthegau und im General-

gouvernement. Dort stellte sie auch neue SA-Verbände auf, deren Mitglieder überwiegend unter den «Volksdeutschen» rekrutiert wurden.

Dieses Kapitel gliedert sich in vier Teile. Im ersten Teil werde ich den Beitrag der SA zur nationalsozialistischen Siedlungsbewegung der 1930er Jahre analysieren, bei der es ursprünglich um die Anlage neuer Dörfer und Stadtbezirke für Gefolgsleute der Partei sowie um die Bevölkerungsverlagerung innerhalb der bestehenden Reichsgrenzen ging. Mit dieser Verlagerung wurde das Ziel verfolgt, die wirtschaftliche und landwirtschaftliche Entwicklung in benachteiligten Landesteilen, insbesondere entlang der nördlichen und östlichen Reichsprovinzen, anzuregen.⁴ Im zweiten Teil werde ich mich auf die Arbeit des sogenannten Beauftragten des (SA-)Stabschefs für Neubauernsiedlung und Volkstumsfragen zwischen 1938 und 1943 konzentrieren. Die Ergebnisse dieser Arbeit und das letztliche Scheitern der SA werde ich im dritten Teil kritisch aufarbeiten. Im abschliessenden vierten Teil werde ich meine Erkenntnisse vor dem Hintergrund des aktuellen Forschungsstandes zur deutschen Siedlungspolitik unmittelbar vor dem und während des Zweiten Weltkriegs diskutieren. Auch wenn die SA die ursprünglichen Ziele klar verfehlte – vor allem wegen der Übermacht von Himmlers SS und des Mangels an qualifizierten SA-Leuten –, leistete sie doch einen nennenswerten Beitrag zum ideologischen und praktischen Aufbau einer «Volksgemeinschaft im Kriege».

Frühe Siedlungsinitiativen

Es war kein Zufall, dass die SA Mitte der 1930er Jahre, kurz nach der «Nacht der langen Messer», die deutsche Siedlungsbewegung für sich entdeckte. In ihrem Bemühen, sich neue Betätigungsfelder zu erschliessen, die geeignet waren, die SA-Verbände zu beschäftigen und für die eigenen Führungskader wichtige Stellungen im konsolidierten «Dritten Reich» zu besetzen, begann sie, eigene Initiativen auf diesem Gebiet zu erproben. Die deutsche Regierung unter Hitler hatte die Siedlungspolitik bereits im Juni 1933 in dem «Gesetz über die Neubildung deutschen Bauerntums» zur nationalen Priorität erklärt.⁵ Und schon einige Zeit zuvor, in den späten 1920er Jahren, hatten die NSDAP und die ihr angegliederten Organisationen – und ganz besonders die SA – systematische Anstrengungen unternommen, unter der deutschen Landbevölkerung für sich zu werben. Damit sollte nicht zuletzt die hochgradige Unzufriedenheit, die sich dort unter dem Eindruck der «Agrarkrise» ausgebreitet und die zu einer verstärkten Abwanderung



Das Siedlungsprogramm der SA war von begrenztem Umfang, aber ein beliebtes Thema in der NS-Propaganda. Dieses 1937 oder 1938 in Rosenheim-Kastenau aufgenommene Foto zeigt Arbeiter, die unter Anleitung eines uniformierten SA-Mannes Erdaushub auf einen Laster kippen. Ein minderjähriger Junge beobachtet das Geschehen. Der auf dem Lastwagen angebrachte Schriftzug «Diese Firma fährt unentgeltlich für die S.A. Siedlung» zeigt, dass private Unternehmen ihre Unterstützung des Regimes für Werbezwecke nutzen.

in die Städte geführt hatte, politisch genutzt werden. In vielen Teilen Deutschlands gelang es der NSDAP tatsächlich, aus der verbreiteten Missstimmung Kapital zu schlagen, denn sie präsentierte sich als die politische Partei, die das Brauchtum und die Werte der deutschen Landbevölkerung – von den Nationalsozialisten als «Blutquelle des deutschen Volkes» glorifiziert – unbedingt bewahren wollte.⁶ Ursprünglich beschränkte sich die Beteiligung der SA an der Siedlungsbewegung auf den Versuch, an Bevölkerungsverschiebungen innerhalb des Deutschen Reiches mitzuwirken. So wurden zum Beispiel SA-Männer aus Niedersachsen aufgefordert, als sogenannte West-Ost-Siedler in Regionen mit geringerer Bevölkerungsdichte in Mecklenburg und Pommern überzusiedeln.⁷ Es dauerte jedoch nicht lange, bis die SA sich ambitioniertere Ziele setzte und Besiedlungspläne für die Länder jenseits der aktuellen Reichsgrenzen entwickelte, deren Besetzung und Eingliederung ins Reich das erklärte Ziel nationalsozialistischer Politik war.⁸ 1937 lief auf jedem zu einer SA-Gruppe gehörenden Gebiet mindestens ein grosses Siedlungsprojekt unter ihrer Regie an. Finanziert wurden diese Projekte zum Teil aus den Erlösen des sogenannten Dankopfers der Nation, einer von der SA seit 1936 aus Anlass von Hitlers Geburtstag organisierten nationalen Spendenaktion, mit deren Erlös man verdienten SA-Männern, versehrten Kriegsveteranen und kinderreichen Familien ein Leben auf «eigener Scholle» ermöglichen wollte.⁹ Die Oberste SA-Führung selbst unterstützte die SA-Siedlungspläne mit der verhältnismässig bescheidenen Summe von 225'000 Reichsmark.

Als Standorte für die ersten dieser sehr unterschiedlich dimensionierten Siedlungsprojekte wurden Osterholz bei Bremen, das Pfalzdorfer Moor und das unweit davon gelegene Petkum in Ostfriesland gewählt; weitere SA-Siedlungen entstanden im Norden Braunschweigs, in Wittstock/Neumark, im bayerischen Rosenheim, im thüringischen Jena und im oberschlesischen Eichenkamp bei Gleiwitz, dem heutigen Gliwice.¹⁰ Die letztgenannte Siedlung, später auf den Namen SA-Dankopfersiedlung Glaubensstatt getauft, wurde von der SA zur Mustersiedlung erkoren und war auch als – zumindest symbolischer – «völkischer Damm» zur Abwehr des «polnischen Expansionsdrangs» gedacht. Der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs verhinderte zwar die vollständige Verwirklichung der ursprünglichen Baupläne, doch konnten die meisten Häuser dieser Siedlung, die bis zu 2'000 Menschen eine neue Heimat bieten sollte, fertiggestellt werden.

Glaubensstatt hatte zwei Zentren: das Stadion mit einem Wohnturm, der als Jugendherberge dienen sollte, und einen Marktplatz, der von einer Versammlungshalle, einem Schulhaus und einem Heim für die Hitlerjugend eingerahmt wurde. Zu den Einrichtungen der Siedlung gehörten ferner ein Schiessstand und

ein Luftschutzbunker; ein Sportplatz für Leichtathletik und paramilitärisches Training war vorgesehen, wurde in den Jahren des «Dritten Reichs» aber nicht vollständig fertig.¹¹ Das zeigt exemplarisch, dass die «Germanisierungspolitik» der SA auch die vormilitärische Ausbildung der männlichen deutschen Jugend vorsah, die in enger Zusammenarbeit mit der Wehrmacht und der Hitlerjugend erfolgte. Das paramilitärische Training umfasste sowohl praktische Leibes- und Schiessübungen als auch «politische Erziehungsarbeit».¹² Damit sprach die SA zunächst die männliche Bevölkerung im «Altreich» an, der von der NS-Propaganda beharrlich eingetrichtert wurde, dass rassistisch homogene Siedlungsgebiete die «Voraussetzung für die Erfüllung der wirtschaftlichen, innenpolitischen und rassistischen Ziele des Regimes» seien.¹³ Bald darauf wandte sie sich aber auch an die in der SA organisierten «Volksdeutschen» in den besetzten Gebieten.

Regionale Planungen aus dem Jahr 1937 sahen lediglich die Errichtung von höchstens 2'500 neuen Siedlerstellen im Reichsgebiet vor, auf denen überwiegend kleine Einfamilienhäuser gebaut werden sollten.¹⁴ Für jedes Haus waren drei bis vier Zimmer mit einer Gesamtwohnfläche von mindestens sechzig Quadratmetern vorgesehen. Hinzu kam ein 1'000 bis 1'500 Quadratmeter grosser Garten, der hauptsächlich für den Anbau von Gemüse und für das Halten von Kleintieren gedacht war. Anders als Glaubensstatt, das auf einem abgelegenen Waldgebiet erbaut wurde, waren die meisten dieser bescheidenen Wohnprojekte als Stadtrandsiedlungen geplant, grenzten also direkt an bestehende Stadtviertel an und hatten daher allenfalls einen Anklang von «Siedlungscharakter». Die einzelnen Grundstücke waren letztlich auch zu klein und hätten für die landwirtschaftliche Selbstversorgung der Bewohner gar nicht ausgereicht.¹⁵

Gemäss einer Richtlinie aus dem Jahr 1934 sollten für die neuen Siedlungen nur männliche Bewerber, die entweder verheiratet oder verlobt waren und die zudem die «notwendigen guten Erbvorsetzungen» aufwiesen, als künftige Bewohner infrage kommen. Für diese Klientel waren die geplanten Häuser allerdings wenig geeignet, wie die Verwaltung bald feststellte. Daher wurden die Vorgaben für die Mindestwohnfläche moderat angehoben, so dass die künftigen Bewohner dem vom Regime propagierten Idealbild einer sich selbst versorgenden kinderreichen Familie nachkommen konnten.¹⁶ Nach den Vorstellungen des Regimes sollten in diesen Wohnsiedlungen Gemeinschaften entstehen, die sich durch Wettbewerbsehrgeiz, rassistische Reinheit und Hingabe an den Nationalsozialismus auszeichneten. Im Widerspruch zu dem lauthals verkündeten Ziel, eine homogene «Volksgemeinschaft» zu schaffen, schufen die Behörden jedoch gezielt soziale Ungleichheiten, etwa indem sie den Siedlern unterschiedlich grosse

Grundstücke zuwies. Das sollte den Wettbewerb zwischen den Neusiedlern stärken und dazu beitragen, politische und wirtschaftliche Führernaturen hervorzubringen.¹⁷ Nach aussen hin präsentierte die NSDAP ihre Siedlungsprojekte als sichtbaren Beweis dafür, dass die Partei ihre sozialpolitischen Versprechen wahr machte. In Wirklichkeit war die Planung von 2'500 SA-Siedlerstellen jedoch wenig ambitioniert, verglichen mit den insgesamt 22'000 zwischen 1933 und 1939 im Reich entstandenen Siedlungseinheiten und erst recht in Relation zu den 57'457 neuen Siedlerstellen, die in den Jahren der Weimarer Republik geschaffen worden waren, davon allein 7'500 östlich der Elbe.¹⁸

Auch wenn die «innere Kolonisierung» unter dem NS-Regime bescheiden ausfiel, taugte sie doch als Vorstufe für sehr viel ehrgeizigere An- und Umsiedlungsprojekte jenseits der alten Reichsgrenzen.¹⁹ Zu den Lebenswirklichkeiten im «Dritten Reich», etwa zu der wachsenden Kluft zwischen den Einkommen der Bauern einerseits und den Löhnen von Industriearbeitern andererseits – was sich in einem zunehmenden Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft niederschlug –,²⁰ stand die Siedlungspolitik des Regimes mit ihrer offiziellen «Blut und Boden»-Rhetorik im starken Kontrast. Nach der NS-Propaganda waren SA und Reichsnährstand, das offizielle Standesorgan der Bauernschaft im «Dritten Reich», dazu auserkoren, der Landflucht Einhalt zu gebieten und die bäuerliche Existenz zu sichern. Weil SA-Männer angeblich über den nötigen Willen, ideologische Festigkeit und Kampfkraft verfügten, galten sie als ideale «Erneuerer des deutschen Bauerntums». Schon in der frühen Phase des «Dritten Reiches» galt die massenhafte Umsiedlung loyaler Parteiaktivisten als wichtiger Beitrag zur Schaffung einer politisch homogenen Volksgemeinschaft.

Auch wenn dieser Bevölkerungstransfer ursprünglich auf deutsche Bewohner des Altreichs beschränkt war und nur in bescheidenem Umfang in die Tat umgesetzt wurde, verdeutlicht er doch, dass die Ideologie von der Schaffung neuen – und der Umverteilung bestehenden – «Lebensraums» schon lange vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs Ausrichtung und Tendenz der nationalsozialistischen Politik prägte. Entsprechend forderte Richard Walther Darré, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, in einem Gastbeitrag für die Zeitschrift *Der SA-Führer* im Jahr 1938 seine Bauern und die «politischen Soldaten» von der SA zur Zusammenarbeit auf. Mit vereinten Kräften sollten sie den «Überlebenskampf des germanisch-teutonischen Volkes» führen.²¹ Die NS-Propaganda verschwieg allerdings, dass die deutsche Landwirtschaft in den späten 1930er Jahren unter einem erheblichen Arbeitskräftemangel litt. Dass SA-Männern die bäuerliche Existenz schmackhaft gemacht wurde, für die viele von ihnen

nicht qualifiziert waren, geschah also nicht zuletzt aus reinen Nützlichkeitsabwägungen heraus.²²

Solche Aufforderungen stellten eine bemerkenswerte Abkehr vom Image des SA-Mannes als grossstädtischem Strassenkämpfer dar, ein Bild, das in der NS-Propaganda zu jener Zeit noch allgegenwärtig war. Der exemplarische SA-Mann der «Kampfzeit» wurde als ein aggressiver und entschlossener junger Bursche und «Kamerad» gezeichnet,²³ der seiner Partei zwar diszipliniert ergeben, ansonsten aber jederzeit bereit war, eine Provokation mit den Fäusten zu beantworten. Der «SA-Bauer» wurde hingegen als ein Mann in den besten Jahren porträtiert, körperlich voll auf der Höhe, aber in erster Linie ein verantwortungsvoller Familienvater und als solcher ein Verteidiger der deutschen Rasse. Aus den Hitzköpfen des Grossstadtdschungels machte die Propaganda fleissig arbeitende, lebensstüchtige Familienväter, vorbildhafte deutsche Männer, die um die Bedeutung der deutschen Erde wussten und sie mit eigener Hände Arbeit kultivierten. Sie achteten die Werte und Ideen des Regimes und beteiligten sich zugleich aktiv am Kampf gegen das von den Nationalsozialisten verachtete «verweichlichte Büromenschen-tum».

Diese neue Rhetorik speiste sich nicht zuletzt aus einer Vorstellung, die von 1936 an zumindest Teile der Obersten SA-Führung faszinierte: die Aussicht auf einen nachhaltigen politischen Statusgewinn der SA durch die Ansiedlung von SA-Männern als Landwirte und Landarbeiter im Osten Europas, dem vermeintlichen «Lebensraum» für kampferprobte Nationalsozialisten. Bisher ist die historische Forschung davon ausgegangen, dass die Bewegung für eine «innere Kolonisierung» im nationalsozialistischen Deutschland bedeutungslos wurde, als 1935 der Aufbau der Wehrmacht begann, die nicht Bauern, sondern Soldaten zum Schutz der deutschen Grenzen aufbot.²⁴ Doch die frühen nationalsozialistischen Siedlungspläne blieben noch bis mindestens zum Ende der 1930er Jahre als Blaupause und Vorstufe für die Umgestaltung des zu erobernden «Lebensraums» politisch bedeutsam. Das zeigt ein genauerer Blick auf die Planungen des Bevollmächtigten des SA-Stabschefs für Neubauernsiedlung und Volkstumsfragen sowie seiner Nachfolger zwischen 1938 und 1943.

Siegfried Kasche und die ambitionierten Siedlungspläne der SA

Von zentraler Bedeutung für die «Germanisierungs»-Pläne der SA in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre war SA-Obergruppenführer Siegfried Kasche.²⁵ Am 18. Juni 1903 geboren, gehörte er wie viele überzeugte NS-Aktivist*innen der ersten Stunde der sogenannten Kriegsjugendgeneration an. Seine soldatische Ausbildung erhielt er noch in den Weltkriegsjahren an der angesehenen Kadettenanstalt in Berlin-Lichterfelde. Nach Kriegsende kämpfte er, immer noch minderjährig, in den Reihen diverser Freikorps in Berlin und im Baltikum, ehe er sich zu Beginn der 1920er Jahre einem «Arbeitsgemeinschaftsdienst» in Pommern anschloss. Später arbeitete er als Angestellter im Bankwesen, in der Glasindustrie und in der Textilwirtschaft. Kasche trat 1926 in die NSDAP ein und machte dort rasch Karriere. 1928 wurde er, gerade 25 Jahre alt, zum Stellvertretenden Gauleiter der Ostmark mit Sitz in Frankfurt/Oder ernannt. Zwei Jahre später errang er einen Sitz im Reichstag. Den «Röhm-Putsch» überlebte er nur mit knapper Not. Er blieb danach in der SA und wurde am 9. November 1936 zum SA-Gruppenführer in Niedersachsen befördert. Ein Jahr später ernannte ihn SA-Stabschef Viktor Lutze zum Führer der SA-Gruppe Hansa, die ihr Hauptquartier in Hamburg hatte. Der Höhepunkt seiner Karriere war am 17. April 1941 erreicht, als der inzwischen zum SA-Obergruppenführer aufgestiegene Kasche zum ersten deutschen Gesandten in Kroatien mit Sitz in Agram (Zagreb) ernannt wurde.²⁶

Kasche selbst hat erklärt, er habe schon 1936 Gespräche mit Darré über neue landwirtschaftliche Siedlungsprojekte geführt. Zwei Jahre später, im September 1938, war ein Abkommen zwischen der SA, dem Reichsernährungsministerium und dem Reichsnährstand ausgehandelt.²⁷ Lutze betraute Kasche daraufhin offiziell mit dem neu geschaffenen Amt des «Beauftragten des SA-Stabschefs für die Neubauernsiedlung und für Volkstumsfragen». Kasche folgte auf den SA-Gruppenführer Georg Mappes, der in seiner Eigenschaft als SA-Reichskassenverwalter bis dahin auch für die Siedlungspläne der Organisation verantwortlich gewesen war.²⁸

Der neue Beauftragte für Siedlungsfragen nahm seine Aufgabe sehr ernst, wie mehrere ausführliche Berichte und Merkblätter von seiner Hand bezeugen, darunter die «Richtlinien für die Beteiligung der SA bei der Neubildung deutschen Bauerntums» vom 8. September 1938. In diesem Dokument wurde unter anderem festgelegt, dass die Bewerber für die neuen landwirtschaftlichen Siedlungen, die vor allem in Schlesien, Pommern und den östlichen Teilen Preussens entstehen sollten, sowohl nach ihrer fachlichen Qualifikation als auch gemäss ihrem «blutmässigen Wert» ausgewählt werden sollten. Zum Zeitpunkt der Nie-

derschrift ging Kasche allerdings noch davon aus, dass diese Richtlinien ausschliesslich auf Siedlungsprojekte innerhalb der bestehenden Reichsgrenzen angewandt würden. Die SA sollte bis zu dreissig Prozent der bäuerlichen Neusiedler stellen, um die «politisch-ideologische Festigkeit» der neuen Landgemeinden zu garantieren. Um diese hohe Quote zu erreichen, forderte Kasche die 16 im Reich bestehenden SA-Gruppen auf, engen Kontakt zu den jeweils in ihrer Region tätigen «Siedlungsunternehmen» zu pflegen. Zudem sollten sie potentielle Siedler aus ihren Reihen benennen. Er empfahl den Gruppen, in eigens anzulegenden «Rotbüchern» die Namen der SA-Männer aufzulisten, die sich für die Teilnahme an einem der Siedlungsprojekte interessierten.²⁹

Grundsätzlich kamen für Siedlerstellen nur SA-Männer in die engere Wahl, die im Besitz eines «Neubauernscheins» waren, eines vom Reichsnährstand ausgestellten Zeugnisses, das dem potentiellen Siedler und seiner Familie die rassische, mentale und körperliche Eignung bescheinigte. Zudem durften sich nur Männer bewerben, die mindestens 25 Jahre alt waren, verheiratet und «arischer Abstammung».³⁰ Erfüllte ein Bewerber diese Kriterien, war es Aufgabe der zuständigen SA-Standarte, eine Art Gutachten über ihn zu erstellen. Dieses sollte über die bisherigen Leistungen des Bewerbers in der SA, seine persönliche und berufliche Situation sowie über seine körperliche Leistungsfähigkeit, seinen Charakter, seine Intelligenz und seine bisherigen Erfolge Auskunft geben. Unter dem Strich erhielt jeder Bewerber eine Gesamtnote zwischen eins («sehr gut für die Siedlung geeignet») und vier («wenig geeignet»)³¹ Erhalten gebliebene Bewerberlisten aus dem Jahr 1941 zeigen, dass die Bestnote nur sehr selten vergeben wurde. Die meisten Bewerber landeten im Bereich der Noten zwei («gut geeignet») und drei («geeignet»). Für den Erwerb einer neuen Bauernstelle benötigte ein von der SA nominierter Siedler nach Schätzungen Kasches rund 9'000 Reichsmark, die gut zur Hälfte aus den Erlösen des «Dankopfers der Nation» bereitgestellt werden sollten.³²

An die Tradition der seit Mitte des 19. Jahrhunderts errichteten preussischen Grenzlandsiedlungen anknüpfend, waren die nationalsozialistischen Neusiedlungsprojekte auch als deutsches Bollwerk gegen die benachbarten slawischen Völker gedacht. Diese befanden sich nach Überzeugung vieler deutscher Grenzlandideologen im Vergleich mit dem deutschen Volk auf einem niedrigeren kulturellen Entwicklungsstand.³³ Kurz vor dem deutschen Überfall auf Polen 1939 erklärte etwa SA-Oberführer Udo von Alvensleben, der sich im Auftrag Kasches und der OSAF um Siedlungsfragen kümmerte, dass die Sicherung des deutschen Einflusses im östlichen

Europa seit den Eroberungszügen der Deutschordensritter im Mittelalter stets das Verdienst eines «wehrhaften Bauerntums» gewesen sei, und verkündete programmatisch: «Was wir mit dem Schwert errungen haben, muss mit dem Pflug verteidigt und gesichert werden.»³⁴ Solche Argumente waren keineswegs eine Erfindung der Nationalsozialisten. Wie der Historiker Christoph Dieckmann ausführlich gezeigt hat, sahen schon während des Ersten Weltkriegs konzipierte deutsche Eroberungsfantasien die Vertreibung der polnischen, russischen und jüdischen Bevölkerungsgruppen aus Litauen vor. An ihre Stelle sollten deutsche «Wehrbauern» treten und entlang der östlichen Grenzen zu den baltischen Staaten als Abwehrbollwerk dienen.³⁵ Die deutschen Fachleute für Raumplanung betrachteten das östliche Europa während des Ersten Weltkriegs als Experimentierfeld, auf dem sie ihre zunehmend radikaleren Besiedlungspläne und Kolonialträume testen konnten. Zwei Jahrzehnte später knüpften nationalsozialistische Politiker und Fachleute an diese Vorarbeiten an.³⁶

In den 1938 von der SA-Führung entworfenen Siedlungsplänen war indes auch eine disziplinarische Komponente enthalten, von der sich die Nationalsozialisten eine erzieherische Wirkung auf die neuen Gemeinwesen erhofften. Der hohe Anteil von SA-Männern unter den Neusiedlern sollte für politische Homogenität sorgen und die Gewähr für eine unangefochtene Vorherrschaft der NSDAP und ihrer Ideologie in diesen Siedlungen bieten. Die aktive Rekrutierung von SA-Männern für neue Bauernsiedlungen in den Grenzlanden des Reiches begann mit einer Reihe von Vorträgen, die Kasche und seine Mitarbeiter im März 1939 vor SA-Führern hielten. Ihren Höhepunkt und Abschluss fand diese Vortragsreihe in einem viertägigen Arbeitstreffen in Berlin und Frankfurt/Oder, an das sich Anfang Mai eine Exkursion in das oberschlesische Dorf Schlochau anschloss. Zu den Teilnehmern gehörten neben Vertretern der OSAF die regionalen Beauftragten für die «Neubauernsiedlung», die jede SA-Gruppe im Reich zu benennen hatte.³⁷

Die militärische Niederwerfung Polens im Herbst 1939 wirkte auf die Siedlungsinitiativen der SA wie neuer Rückenwind, obwohl die Anwerbung von Neusiedlern darunter litt, dass inzwischen viele, die bis dahin die Rekrutierungsarbeit für die SA geleistet hatten, zum Kriegsdienst eingezogen worden waren. Ungeachtet solcher praktischen Hemmnisse bot der Krieg nach Kasches Auffassung die Chance, die Siedlungsinitiativen der SA weiter nach Osten auszudehnen. Schon am 8. November 1938 hatte er Lutze und die SA-Führung in einem vertraulichen Schreiben darüber informiert, dass die Ansiedlung von Neubauern dank der Tatsache, dass mit dem Sudetenland und der «Ostmark» neu ins Reich eingegliederte Gebiete zur Verfügung standen, an Bedeutung gewonnen habe. Und auch nach der Ernennung Heinrich Himmlers zum «Reichskommissar für

die Festigung deutschen Volkstums» am 7. Oktober 1939³⁸ hielt Kasche an seiner Auffassung fest, dass eine «umfangreiche Beteiligung» der SA am Grossprojekt der «Germanisierung» höchst wünschenswert sei. Er forderte seine Kollegen in der SA-Führung daher dringend auf, verstärkt potentielle Neubauern aus den Reihen der SA auszuwählen und diese dann «trotz aller möglichen Hindernisse und Bindungen an ihre Heimat» in den neu eroberten Territorien anzusiedeln.³⁹

Ein Rundschreiben vom 8. Dezember 1939 konkretisierte die nächsten Schritte im Rahmen der Siedlungsinitiative. Die neuen SA-Siedlungen sollten, so hiess es darin, anfänglich überwiegend in den zuvor polnischen Gebieten Oberschlesiens angelegt werden, die nun in den deutschen Gau Schlesien eingegliedert worden waren. In Zusammenarbeit mit dem Gauleiter von Schlesien und der schlesischen Landgesellschaft in Breslau werde man in den annektierten Teilen Oberschlesiens Bauernland zur «sofortigen Besiedlung» freigeben.⁴⁰ Bauernhöfe im polnischen Besitz – die in der Regel rund acht Hektar Grund umfassten – seien zu enteignen. Durch Zusammenlegung von jeweils mehreren dieser vergleichsweise kleinen polnischen Landwirtschaften könne man 3'000 bis 4'000 grössere Agrarbetriebe mit einer Nutzfläche von mindestens dreissig Hektar schaffen. Sollten diese Berechnungen zutreffend gewesen sein, dann hätte das Deutsche Reich nach dem Sieg über Polen allein in den vormals polnischen Teilen Oberschlesiens rund 15'000 polnische Bauern enteignet.

Anders als noch im Jahr zuvor liess die SA-Führung potentielle Neusiedler nun wissen, dass für die Landnahme im Osten kein eigenes Kapital mehr erforderlich sei: «Die Höfe werden mit Inventar übergeben.» Allerdings müsse jeder deutsche Neubauer in einer zweijährigen Probezeit unter Beweis stellen, dass er tatsächlich in der Lage sei, einen solchen landwirtschaftlichen Betrieb zu führen; erst danach werde die endgültige Eigentumsübertragung stattfinden.⁴¹ Da die Mehrheit der deutschen SA-Männer zu diesem Zeitpunkt zum Kriegsdienst eingezogen worden war, versicherte die SA-Führung wiederholt, dass die zu den Waffen gerufenen Männer bei der Durchführung der Siedlungsprogramme keine Nachteile zu befürchten hätten, nur weil sie vorläufig nicht für die Übernahme einer Bauernstelle infrage kämen. Das polnische Siedlungsgebiet sei gross genug, um alle Bewerber aufzunehmen – nicht nur während des Krieges, sondern noch lange danach.⁴²

Trotz all dieser Zusicherungen kam es in den ersten Monaten nach Ausbruch des Krieges immer wieder vor, dass einzelne der SA angehörende Landwirte sich direkt an den Reichsnährstand wandten und diesen baten, sie als Verwalter ehemals polnischer Landgüter einzusetzen. Dass diese Männer die SA zu umgehen suchten, ärgerte

Kasche. Er sehe in dem Vorgehen der Landwirte ein Zeichen für die organisatorische Schwäche der SA, gab er seinen Kollegen von der SA-Führung zu verstehen.⁴³ Doch seine Warnungen fruchteten nicht, und die Probleme bestanden weiter. Zwei Jahre später, 1941, suchte Kasche eigenen Angaben zufolge den Kontakt zum Hauptamt Volksdeutsche Mittelstelle in dem Bestreben, den rund 700 für diese Organisation tätigen SA-Männern ein angemessenes Auskommen zu sichern. In den zwei Jahren zuvor hatte die OSAF keinerlei direkten Einfluss auf diese SA-Männer ausüben können.⁴⁴ Die erhalten gebliebenen Archivbestände zeigen, dass die SA über Jahre hinweg hartnäckig versuchte, entscheidenden Einfluss auf die Siedlungspolitik des Regimes zu gewinnen und so eine solide Machtbasis für das künftige Wachstum der Organisation zu gewinnen.⁴⁵ Das wurde erst recht wichtig, als die Aufstellung regulärer SA-Einheiten in den neu eroberten Gebieten von Herbst 1939 an nur in begrenztem Umfang gelang und die neuen SA-Einheiten anfänglich nicht in die Reichs-SA eingegliedert wurden. Die OSAF stellte den SA-Gruppen jener Gaue, die an die besetzten Gebiete angrenzten – also den SA-Gruppen Ostmark, Ostland, Schlesien und Sudeten – auch keine zusätzlichen Finanzmittel zur Verfügung, die diese für eine Ausweitung ihrer Operationsgebiete nach Osten aber dringend gebraucht hätten.⁴⁶

In praktischer Hinsicht sahen die Pläne der SA vor, dass bei Kriegsende mindestens 5'000 neue SA-Siedler bereitstehen würden und unverzüglich in die Siedlungsgebiete einrücken könnten. Die Auswahl dieser Neusiedler sollte gemäss den politischen und rassischen Kriterien erfolgen, die die SA bereits in den Vorjahren gemeinsam mit dem Reichsnährstand formuliert hatte. Die Schulung der Neubauern sollte in drei speziell zu diesem Zweck auf SA-eigenen Landgütern errichteten «SA-Siedlerschulen» in den «eingegliederten Ostgebieten» erfolgen.⁴⁷ Kasche besprach sich nach eigenen Angaben 1941 mehrmals mit Himmler und dessen Mitarbeitern, um die notwendige Übereignung infrage kommender Landgüter zu erörtern. Er behauptete ferner, Gespräche mit dem Büro des Generalverwalters für die öffentliche Landbewirtschaftung in den eingegliederten Ostgebieten, der in Litzmannstadt (Łódź) sass, geführt zu haben.⁴⁸ Das vorläufige Ergebnis dieser Gespräche war, wie Kasche in einem Vermerk festhielt, eine Abmachung, die vorsah, dass die SA bei Kriegsende einen 15 Jahre laufenden Pachtvertrag für das «Gut Krosniewice» bekommen würde. Gauleiter Arthur Greiser habe diese Entscheidung bereits im Sommer 1940 getroffen, der SA seinerzeit aber mitgeteilt, die endgültige Besitzübergabe an die NSDAP könne aus rechtlichen Gründen erst nach Kriegsende erfolgen.⁴⁹ Das Landgut Krosniewice, unweit der Stadt Kutno im Reichsgau Wartheland gelegen, hatte zuvor einer polni-

schen Adelsfamilie gehört. Mit der Übereignung des Gutes wäre die SA auch Eigentümerin der auf dem Gutsareal errichteten Burg Blonie geworden.⁵⁰ Erhebliches Interesse entwickelte Kasche in dieser Zeit auch am Gut Freihufen, einem Landgut von beträchtlicher Grösse im agrarisch geprägten Bezirk Rawitsch (Rawicz).⁵¹

In den Planunterlagen für die neu zu errichtenden SA-Siedlerschulen hiess es, die SA werde dort zweiwöchige Lehrgänge für Neusiedler und SA-Führer anbieten, um «sie auf ihre volkspolitischen Aufgaben vorzubereiten». Und weiter: «Um fremde und minderwertige Einflüsse zu bekämpfen, müssen wir jedem unserer deutschen Landsleute ein stolzes Blutbewusstsein einimpfen. [...] Der einzelne Mann muss sich drüber im klaren sein, dass dies nicht seine Privatangelegenheit ist, sondern eine zentrale Frage für die Überlebenschancen seines Volkes. Die SA muss der Beachtung solcher Angelegenheiten oberste Wichtigkeit einräumen.» In diesem Sinne sollten die SA-Landwirte in den neuen Siedlungen nicht nur vorbildhafte und einsatzbereite Kultivatoren deutschen Bodens sein, sondern auch als eine Art Sittenpolizei im Auftrag des NS-Regimes operieren.⁵²

Trotz Kasches wiederholter Aufforderung, die neuen SA-Bauern müssten ihren Teil zu der historischen Aufgabe beitragen, «die wiedergewonnenen Gebiete für alle Zeiten wieder deutsch zu machen»,⁵³ blieb die Zahl der Männer, die sich bereitfanden, aus ihrer deutschen Heimat in die neu eroberten Gebiete im europäischen Osten auszuwandern, überaus bescheiden. Von den geschätzt 50'000 SA-Männern aus den Fusstruppen der Organisation, denen man genug Praxiswissen für eine landwirtschaftliche Betätigung zutraute, bewarben sich bis zum Ablauf einer offiziellen Frist am 20. Juni 1940 nur 1'045 um eine Siedlerstelle.⁵⁴ Diese Zahl verdoppelte sich bis zum 30. April 1941 immerhin auf 2'150, blieb damit aber weiter deutlich unter den Erwartungen der SA-Führung.⁵⁵ Kasche führte dieses geringe Interesse einzig auf praktische, kriegsbedingte Probleme zurück. Noch 1941 erklärte er, die SA werde die 45'000 Männer, die man für die Siedlungsprojekte mittelfristig brauche, mit Leichtigkeit aufreiben, und zwar ohne auf die zu Reichsbürgern gewordenen Volksdeutschen zurückgreifen zu müssen, die seit Kriegsbeginn in grosser Zahl ins Altreich übersiedelt waren.⁵⁶ Diese Äusserung war auch ein Seitenhieb auf Himmler, gegen den Kasche – wie bereits erwähnt – seit dem «Röhm-Putsch» im Sommer 1934 eine ausgeprägte Abneigung entwickelt hatte. Himmler konnte seinen Rivalen Kasche gleichfalls nicht ausstehen. Das Verhältnis der beiden Männer blieb angespannt, selbst nachdem Kasche zum deutschen Gesandten in Kroatien ernannt worden war und sich damit zumindest aus der Arena der «angewandten» Siedlungspolitik verabschiedet hatte.⁵⁷

Schaut man auf die Herkunft potentieller SA-Siedler, wie man sie aus den Berichten Kasches und aus mehreren Monatsübersichten aus der zweiten Jahreshälfte 1941 ersehen kann, so zeigt sich, dass die meisten Interessenten im Norden und Osten des Deutschen Reiches ansässig waren. Sie lebten in Grenzregionen, in denen sich die Idee der «Wehrbauernschaft» auf eine Tradition stützen konnte, die bis ins 19. Jahrhundert und mancherorts noch weiter zurückreichte. Die SA-Gruppen Pommern und Schlesien meldeten die grössten Rekrutierungserfolge mit jeweils mehr als 300 Bewerbern, gefolgt von der SA-Gruppe Nordmark (Schleswig-Holstein) mit 240. Dagegen warteten die SA-Gruppen Hessen, Bayerische Ostmark und Alpenland nur mit kümmerlichen zwölf, sieben beziehungsweise drei Bewerbern auf.⁵⁸ Angesichts dieser Zahlen fällt es schwer, in Kasches grossspurigen Ankündigungen etwas anderes zu sehen als wohlkalkulierten Optimismus, der von der Wirklichkeit der Kriegsgesellschaft weit entfernt war.

Trotz der praktischen Schwierigkeiten bei der Rekrutierung verfolgte die SA auch in den ersten Kriegsjahren ihre eigenen «Germanisierungs»-Pläne weiter, soviel ist Kasches Berichten trotz aller Schönfärberei zu entnehmen. Vom Herbst 1939 an intensivierte die Oberste SA-Führung ihre Siedlungsplanungen zunächst sogar noch, obwohl Hitler bereits im Oktober Himmler zum «Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums» ernannte. In dem betreffenden Führererlass hiess es ausdrücklich, der neue Reichs – kommissar trage die Verantwortung für «die Gestaltung neuer deutscher Siedlungsgebiete durch Umsiedlung, im Besonderen durch Sesshaftmachung der aus dem Ausland heimkehrenden Reichs- und Volksdeutschen».⁵⁹ Zumindest auf dem Papier war die Verantwortung für die Durchführung der «Germanisierungs»-Politik demnach klar aufgeteilt: Während die SS für die Ansiedlung «heimkehrender» Deutscher zuständig war,⁶⁰ lag die Neuansiedlung von ursprünglich aus dem Altreich stammenden deutschen Bauern in der Verantwortung der SA.

Noch im Januar 1941 beharrte Kasche darauf, dass die Verantwortlichkeiten zwischen SA und SS entsprechend aufgeteilt seien. Das bedeute praktisch, dass in massgeblich von der SS geprägten neuen Siedlungen keine SA-Männer eingesetzt würden. Ausserdem war Kasche der Meinung, dass es einen qualitativen Unterschied zwischen der Siedlungspolitik der SA und der SS gebe: «Es muss betont werden, dass die Sicherung des deutschen Ostens davon abhängt, dass der deutsche Bauer durch seiner eigenen Hände Arbeit mit dem dortigen Boden verwurzelt wird.» Eine «deutsche Herrenschicht» – eine kritische Anspielung Kasches auf die traditionellen Privilegien des einflussreichen preussischen Junkertums, an denen sich die SS orientierte –, «welche lediglich die bodenverbunde-

nen fremden Volksmassen beaufsichtige, könne diese Aufgabe nicht bewältigen».⁶¹ Allein diese Gegenüberstellung verdeutlicht, dass und wie in der SA überlieferte Ideale wie «Werkstolz» – das aus der eigenen Hände Arbeit resultierende Selbstbewusstsein – mit neuen geopolitischen Konzepten von rassistischer und kultureller Überlegenheit verbunden wurden. Die neue deutsche «Herrenschicht» musste laut Kasche aus nationalbewussten – männlichen – Arbeitern bestehen. Eine solche Arbeiterschaft, so hatte es Ernst Jünger bereits 1932 formuliert, sollte sich durch «freiwillige Zucht», die «Verachtung der Genüsse» und einen «kriegerischen Sinn» auszeichnen.⁶²

Heinrich Himmler, der spätestens 1936, als er begann, sich mit Plänen zur Schaffung eines Grossdeutschen Reiches zu befassen, ein reges Interesse an Fragen der Volkstums- und Rassenkunde entwickelte, wurde mit seiner Berufung zum Reichskommissar 1939 Kasches und Darrés direkter Rivale.⁶³ Die Einflussmöglichkeiten, über die diese Männer verfügten, waren jedoch extrem ungleich: Himmler war als Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei 1939 einer der mächtigsten Männer im «Dritten Reich». Die unzähligen Verbrechen, die seine SS im Gefolge des deutschen Überfalls auf Polen begangen hatte, liessen das Ansehen, das er bei den anderen NS-Führern genoss, eher noch steigen.⁶⁴ Dagegen konnte sich Kasche nur auf die wesentlich schwächere SA, den Reichsnährstand und einige ihm persönlich gewogene einflussreiche Nationalsozialisten wie Reichsminister Alfred Rosenberg und Martin Luther im Auswärtigen Amt stützen.⁶⁵ Kasche durfte daher keinesfalls wagen, Himmler ernsthaft herauszufordern, wenn es um die Durchsetzung seiner politischen Ideen ging. Als Himmler die Schaffung grosser Agrarbetriebe und Landgüter für rassistisch besonders wertvolle deutsche Familien in den besetzten Ostländern propagierte – ein Konzept, das im direkten Gegensatz zu Kasches eher egalitärer Vision stand –, konnte der SA-Obergruppenführer allenfalls darauf bestehen, dass ein Teil der neuen Grossgrundbesitzer aus den Reihen der SA rekrutiert werden müsse.⁶⁶ Dies ist nur ein Beispiel dafür, wie Himmler auf dem Gebiet der angewandten «Germanisierungs»-Politik zwischen Ende 1939 und Anfang 1941 die SA erfolgreich marginalisierte. Neben den hausgemachten Rekrutierungsproblemen war dies ein weiterer Grund dafür, dass die SA ihre zwischen 1938 und Anfang 1940 ausgearbeiteten Siedlungspläne nicht in die Tat umsetzen konnte. Angesichts dieser Probleme verschob sie ihre Siedlungsplanungen zunehmend auf die Zeit nach Kriegsende. Auf diese Weise konnte sie die Frage nach der realen Machtverteilung zwischen SS und SA vorerst ausblenden und deren Klärung vertagen.⁶⁷

Als Kasche im April 1941 den Posten des deutschen Gesandten im neu geschaffenen Unabhängigen Staat Kroatien (NDH) übernahm, verzichtete Lutze für die Dauer eines knappen Jahres auf die förmliche Berufung eines Nachfolgers, was einem indirekten Eingeständnis der Niederlage im Kräftemessen mit Himmler gleichkam. Im Februar 1942 wurde schliesslich SA-Obergruppenführer Max Luyken zum «Inspekteur für Neubauerntum und Volkstumspflege in der SA und den SA-Wehrmannschaften» ernannt.

Im Gegensatz zum jungen und tatkräftigen Kasche war Luyken, der Anfang 1942 bereits 58 Jahre alt war, ein SA-Bürokrat. Er zeigte wenig Neigung, seine Kräfte mit Himmler zu messen.⁶⁸ Folgerichtig stellte die SA nun jede unmittelbare Beteiligung an den konkreten Siedlungsvorhaben ein und führte lediglich noch Listen mit den Namen potentieller Siedler aus ihren Reihen, die später einmal zum Einsatz kommen sollten. Im Frühjahr 1942, nur wenige Wochen nach der Berufung Luykens, erschien in der Monatszeitschrift *SA in Feldgrau* noch einmal ein propagandistischer Beitrag, der Leser, die sich für die Teilnahme an einem der Siedlungsprojekte interessierten, über die Zulassungsvoraussetzungen und das Bewerbungsverfahren für den Neubauernschein informierte. Die in der Ägide Kasches 1938 festgelegten Eignungskriterien blieben weiterhin gültig, doch waren jetzt die Landesbauernschaften, also die regionalen Ableger des Reichsnährstandes, die einzigen direkt mit dem Bewerbungsverfahren befassten Dienststellen. Sie bearbeiteten die Anträge, organisierten die ärztliche Untersuchung der Bewerber und ihrer Ehefrauen, überprüften deren Stammbäume und holten bei lokalen Parteigliederungen und bei der Polizei Auskünfte über die Antragsteller ein. Es wurde den Landesbauernschaften sogar geraten, den Bewerbern einen unangekündigten Hausbesuch abzustatten. Die SA als Organisation wurde in den Erläuterungen zum Verfahrensablauf kein einziges Mal erwähnt; ihr Urteil zur politischen Eignung und Regimetreue der einzelnen Bewerber war offenbar nicht mehr gefragt.⁶⁹

Die SA setzte ihre Siedlungspropaganda und die Registrierung potentieller SA-Bauern dennoch bis Anfang 1943 fort; die Zahl der Bewerber stieg von 1'196 am 1. April 1942 auf 2'555 am 1. Januar 1943. In den überlieferten Archivalien findet sich keine Erklärung dafür, dass Luyken bei seinem Amtsantritt nur gut tausend registrierte Bewerber vorfand, während Kasche am 30. April 1941 insgesamt 2150 Bewerber gemeldet hatte. Vermutlich hatten in der elfmonatigen Zwischenzeit einige der ursprünglichen Bewerber ihre Bauernstellen bezogen; andere dürften an den Kriegsfrenten gefallen sein. Luykens neue Zahlen umfassten Siedler aller Kategorien, also sowohl solche, die eine Umsiedlung innerhalb der Grenzen des Altreichs anstrebten, als auch jene, die sich für eine Bauernstelle

im neuen «deutschen Osten» interessierten. Letztgenannte Kategorie umfasste 1'304 Personen und damit 51 Prozent aller am 1. Januar 1943 als Bewerber Registrierten.⁷⁰

Diese Zahlen waren, zumindest den Verlautbarungen Luykens nach, das Ergebnis der intensiven Propagandakampagne, die den Deutschen Lust auf Landwirtschaft und Landleben machen sollte und von der SA in enger Abstimmung mit dem Reichsnährstand durchgeführt wurde. Es gab Informationsabende zu den Themen «SA-Siedler erzählen aus ihrem Leben», «SA-Kameradschaft in den Siedlungen: Hilfe von den Nachbarn» oder – mit Anleihen an die Sprache der Lebensreformbewegung – «Das Glück unserer Kinder: frei atmen und aufwachsen in enger Fühlung mit der Natur».⁷¹ Zu dieser Zeit hatten bereits einige SA-Mitglieder einen Bauernhof im östlichen Europa in Besitz genommen. Doch im August 1942 untersagte SA-Stabschef Lutze jede weitere Ansiedlung von Neubauern aus dem Altreich im «deutschen Osten». Nur Kriegsveteranen und Volksdeutsche aus dem Ausland sollten in den verbleibenden Kriegsjahren noch dorthin umgesiedelt werden.⁷²

Gemäss einer internen statistischen Übersicht vom Januar 1943 hatte die SA insgesamt nur 422 registrierte Bewerber in die Siedlungsgebiete im Osten vermittelt. Es ist allerdings unklar, ob diese Zahl sich auf alle zwischen 1939 und Ende 1942 im Osten angesiedelten SA-Männer bezog oder nur auf die seit Luykens Amtsübernahme erfolgten Ansiedlungen. Wir wissen auch nicht, ob sie Umsiedlungen innerhalb der Reichsgrenzen einschlossen oder nur Aussiedlungen in die eroberten Gebiete im Osten berücksichtigten. Doch selbst ohne verlässliche Statistiken ist mit grosser Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass die Gesamtzahl der im Osten angesiedelten SA-Bauern allenfalls dreistellig war. Am 16. Februar 1943, zwei Wochen nach der deutschen Niederlage in der Schlacht um Stalingrad, strich Lutze den bis dahin von Luyken bekleideten Posten ersatzlos. Die nur wenige Jahre zuvor überaus ambitionierte Siedlungspolitik der SA war endgültig gescheitert.⁷³

Bauern und Ideologen

Trotz aller ideologischen und praktischen Widrigkeiten ist die Relevanz der SA für die nationalsozialistische Siedlungspolitik nicht gering einzuschätzen. Das hat viel mit Kasche zu tun. Der blieb auch als deutscher Gesandter in Kroatien Hitlers erste Wahl für das neu zu schaffende Amt eines «Reichskommissars für Moskowien», das nach dem – vermeintlich bevorstehenden – deutschen Sieg über die Sowjetunion eingerichtet werden sollte.⁷⁴ Alfred Rosenberg, der Reichsminister

für die besetzten Ostgebiete, forderte für diesen Posten eine absolut «skrupellose Persönlichkeit» – und empfahl Kasche.⁷⁵ In diesem Amt wäre es zunächst dessen Hauptaufgabe gewesen, alle erdenklichen Formen kommunistischen Widerstands mit harter Hand zu ersticken. Wenn die Wehrmacht die Rote Armee entscheidend geschlagen und die Sowjetunion besetzt hätte, dann wäre Kasche als dem SA-Experten für Siedlungs- und Volkstumsfragen die Aufgabe zugefallen, die «Germanisierungs»-Politik des Reiches im östlichen Europa – und vielleicht sogar darüber hinaus – massgeblich zu gestalten.⁷⁶

Kasches Ziele blieben auf jeden Fall ebenso ambitioniert wie visionär. Noch im Juni 1941 erstellte der Hamburger Pädagogikprofessor Gustaf Deuchler, auch er ein fanatischer SA-Mann, im Auftrag Kasches einen vorläufigen Bericht «Über die Notwendigkeit und die Aufgabe eines SA-Kolonialsturmes (K-Sturmes)».⁷⁷ Nach den Vorstellungen Deuchlers sollten in diesem «K-Sturm» ältere Deutsche, die in Afrika Kolonialerfahrung gesammelt hatten, mit einer neuen Generation von Braunhemden, die Lust darauf hatte, «in die Kolonien zu gehen», zusammengebracht werden. Die älteren Mitglieder des «K-Sturmes» sollten den jüngeren Männern von der SA den «Geist der deutschen Kolonialpolitik» vermitteln. Laut Deuchler war ein solcher Geist zum «richtigen Verständnis von Kolonialangelegenheiten» ebenso unerlässlich wie zur Herausbildung «einiger grundlegender Kenntnisse über die Behandlung der Eingeborenen [sic!]».⁷⁸ Der Entwurf entfaltete indess keinerlei politische Wirkkraft, was nicht zuletzt daran lag, dass Kasche nur Wochen zuvor als deutscher Gesandter nach Kroatien abkommandiert worden war. Dort verfolgte er die Siedlungspolitik weiterhin, wenn nun auch ohne direkte Eingriffsmöglichkeit. Noch Ende 1944 vertrat er die Ansicht, dass die SA gut gerüstet sei, das dafür nötige «Menschenmaterial» nach dem Krieg zu liefern. Kasche war und blieb überzeugt, dass die gesellschaftliche und politische Ordnung des «Dritten Reiches» – und innerhalb derselben die SA als eine Organisation, die sich auf die Mobilisierung von Millionen verstand – als Vorbild für das gesamte Nachkriegseuropa dienen könne.

Die Siedlungsplanungen und Aktivitäten der SA unter Kasche verdienen auch deshalb Aufmerksamkeit, weil sich bei einem Vergleich mit der späteren Siedlungspolitik der SS einige wichtige Kontinuitäten zeigen. Während die Zahl der als notwendig erachteten deutschen Siedlungsprojekte im Zuge der Gebietserwerbungen des nationalsozialistischen Deutschland zwischen 1939 und 1942 erheblich zunahm, wiesen die von der SS angestellten Überlegungen zur Umsiedlung deutscher Landsleute aus dem Altreich weiterhin grosse Ähnlichkeit mit den einschlägigen Aussagen der SA aus den Jahren zuvor auf.

Die SS hatte mit ähnlichen praktischen Problemen zu kämpfen. Wie das in Berlin ansässige Hauptplanungsamt des Reichsführers SS in seinen Entwurfsarbeiten für den Generalplan Ost im Frühjahr 1941 ausführte, würden für die Schaffung einer deutschen Bauernschaft in den neu besetzten und angegliederten Ländern Osteuropas rund 200'000 Familien benötigt.⁷⁹ Davon ausgehend, dass idealerweise 35 Prozent der Einwohnerschaft dieser Gebiete in der Landwirtschaft tätig sein sollten, errechneten die Planer einen Bedarf von insgesamt 1,46 Millionen Bauern und Landarbeitern deutscher Herkunft.⁸⁰ Diese Neubauern sollten «das Fundament für den deutschen Volksaufbau» bilden. Anders als viele Bauern im Altreich, die nach Einschätzung der SS politisch konservativ und engstirnig waren, sollten diese Neubauern ein Bauerntum neuen Typs verkörpern, das sich seiner nationalen und rassistischen Mission bewusst war. Nach den Vorstellungen der SS-Ideologen hatte sich der deutsche Landwirt in den neu eroberten Ostländern als echter politischer Kämpfer «im Angriff» zu verstehen.⁸¹

Vorstellungen dieser Art hatten nur sehr wenig mit der realen deutschen Besatzungspolitik zu tun, die anfänglich durch die weitgehend unkoordinierte Umsiedlung von Volksdeutschen aus Galizien, Wolhynien, Bessarabien und dem Baltikum geprägt war.⁸² Die Deutschen, die innerhalb der Reichsgrenzen von 1937 lebten, zeigten hingegen keine grosse Begeisterung für eine dauerhafte Umsiedlung in den Osten. Bis Juni 1942 gingen bei der SS nur 4'500 Bewerbungen potentieller Siedler aus dem Reichsgebiet ein, wie Himmler einräumte. Zwei Drittel dieser Bewerbungen waren erst in den zurückliegenden zwölf Monaten eingereicht worden, nach Beginn des deutschen Angriffskrieges gegen die Sowjetunion.⁸³ Auch der Versuch, die Zahl «germanischer Wehrbauern» zu erhöhen, indem man das Reservoir holländischer Bauern anzapfte – die Niederländer standen seit 1941 im Fokus einer einschlägigen deutschen und holländischen Propaganda und wurden von Himmler als «blutmässig unerhört wertvoll» gepriesen –, hatte bestenfalls vorübergehend Erfolg. Viele der 5'000 Siedler aus den Niederlanden, die zwischen 1941 und 1944 in den «deutschen Osten» umsiedelten, blieben dort nur kurze Zeit. Die *Commissie tot Uitzending van Landbouwers naar Oost-Europa* (Kommission für die Entsendung von Landwirten nach Osteuropa) beklagte in einem Bericht vom Februar 1942 den im Grossen und Ganzen sehr niedrigen Bildungsgrad der in den Osten gezogenen holländischen Bauern und bezeichnete sie geringschätzig als einen «Haufen Abenteurer» mit dürftigen Fachkenntnissen und ungenügenden Führungsqualitäten.⁸⁴ Diese Zahlen und Einschätzungen relativieren das Scheitern der Rekrutierungsbemühungen der SA in ihren eigenen Reihen.

Offenbar waren es nicht nur die organisatorischen Defizite der SA, die zu der relativ geringen Zahl von Bewerbern führten, sondern weit tiefer reichende Ursachen.

Trotz der nachdrücklichen Propaganda vor und nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs erwärmten sich nur wenige Deutsche aus dem Altreich für die Idee, ihre Heimat zu verlassen und sich als «Wehrbauer» im östlichen Europa eine neue Existenz aufzubauen. Wie damals jeder wusste, der über ein Minimum an geschichtlichem und politischem Wissen verfügte, stritten sich zahlreiche Völkerschaften um die Herrschaft über diese Gebiete. Dieser Teil Europas war in den 1940er Jahren zudem durch exzessive Gewalt geprägt. In gewisser Weise wiederholte sich das relative Scheitern früherer Versuche einer «inneren Kolonisierung» nun in Osteuropa in grösserem Massstab. Theorie und Praxis liessen sich in beiden Fällen nicht zur Deckung bringen.

Zweifellos nahmen Millionen deutsche Männer und Frauen – als Soldaten, Polizisten, Beamte, Lehrer, Krankenschwestern und Hilfskräfte – aktiv an der rassistisch motivierten Eroberung grosser Teile Osteuropas teil. Sie plünderten, raubten und mordeten.⁸⁵ Dies bedeutete aber nicht zwangsläufig, dass sie in freier Willensentscheidung und unter Inkaufnahme womöglich weitreichender persönlicher Konsequenzen auch entschlossen waren, sich höchstpersönlich für die nationalsozialistische Vision eines massgeblich erst nach Kriegsende aufzubauen den «deutschen Ostens» einzusetzen. Das gilt insbesondere für die Bauern unter ihnen, die für gewöhnlich eine enge Bindung an das Land hatten, das sich oftmals seit Generationen im Besitz ihrer Familien befand. Diejenigen, die dennoch den Schritt nach Osten wagten, waren vielfach jung und unverheiratet und insofern relativ offen für Veränderungen und Abenteuer. Die von der nationalsozialistischen Propaganda besonders umworbenen SA-Männer waren aber zumeist Familienväter mittleren Alters, hatten sich also bereits entschieden, wo und mit wem sie ihr Leben verbringen und womit sie ihren Lebensunterhalt verdienen wollten. Für diese Männer war das wirtschaftliche Risiko ein gewichtiger Faktor, erst recht wenn es ihnen an dem finanziellen und sozialen Kapital fehlte, das sie nach einem eventuellen Totalverlust von Einkommen und Heim gebrauchen würden, um sich neu zu orientieren.

Diese Ergebnisse stehen im Gegensatz zu der verbreiteten Annahme, dem NS-Regime sei es bei der Eroberung neuen «Lebensraums» und bei der Schaffung neuer Siedlungsräume vor allem darum gegangen, die Erwartungen und Forderungen deutscher Bauern zu erfüllen.⁸⁶ Die weitreichenden Siedlungspläne der SS aus dem Jahr 1942 sahen die Umsiedlung von bis zu 220'000 bäuerlichen Familien aus dem Altreich vor. Der Versuch, diese Pläne tatsächlich umzusetzen,

hätte den Einsatz massiver staatlicher Gewalt erfordert.⁸⁷ Das Regime wollte jedoch gesellschaftliche und politische Proteste an der «Heimatfront», ein Schreckgespenst für Weltkriegsveteranen wie Hitler, um jeden Preis vermeiden. Das damals häufig gebrauchte Schlagwort «Ostrausch» stand damit letztlich für eine Stimmungslage, der sich nur ganz wenige Deutsche hingaben, vor allem Planungsexperten und junge, unverheiratete «Abenteurer», die unbedingt einen Beitrag zur «deutschen Sendung» im Osten leisten wollten. Die grosse Mehrheit der Landwirte aus dem Altreich, die von der kräftezehrenden «Erzeugungsschlacht» erschöpft waren und unter dem Mangel an landwirtschaftlichen Hilfskräften litten, reagierten sehr viel verhaltener. Vor diesem Hintergrund betrachtet, kam den regelmässigen Zusicherungen von SA- und SS-Führern, «kein an der Front kämpfender deutscher Soldat» werde zu spät aus dem Krieg zurückkehren, um von den neuen Siedlungsprojekten zu profitieren, nur äusserst geringe praktische Bedeutung zu.⁸⁸

Vom Mitwirken beim Aufbau einer deutschen «Volksgemeinschaft» in Osteuropa

Sich eine bäuerliche Existenz im besetzten Osten Europas aufzubauen stellte also nur für eine Minderheit der Deutschen ein reizvolles Ziel dar. Dies bewog Umsiedlungsfachleute wie den SS-Brigadeführer Herbert Backe im Juli 1942 dazu, die «Neubildung eines deutschen Bauerntums im besetzten Europa» zu einer Langzeitaufgabe zu erklären, die wahrscheinlich erst nach Ende des Krieges zum Abschluss gebracht werden könne.⁸⁹ Diese Einschätzung stand im Einklang mit der Propaganda der SA, die immer wieder betonte, nach dem Krieg würden die Mitglieder der SA – bis dahin «vorbildliche Kämpfer» für das Grossdeutsche Reich – zu Vorkämpfern des Friedens im Rahmen der «grössten und dauerhaftesten Siedlungsinitiative aller Zeiten» werden.⁹⁰

Die «Germanisierungs»-Politik der SA war aus drei Gründen mehr als eine obskure Fussnote in der Geschichte des Nationalsozialismus:

Erstens waren die einschlägigen Planungen der SA – zeitlich wie auch inhaltlich – das Verbindungsglied zwischen dem Reichsnährstand mit seinen vorausgegangenen Projekten einer «inneren Kolonisierung» und den späteren, radikaleren «Germanisierungs»-Projekten der SS. Die Pläne und die eingeleiteten Schritte zu ihrer Umsetzung trugen insofern zur «rassischen Mobilmachung»⁹¹ im «Dritten Reich» bei, da sie das «Blutsbewusstsein» der einzelnen SA-Männer und ihre vermeintliche «Bodenverbundenheit» stärkten.⁹² Sie verbanden auf diese

Weise traditionelle Vorstellungen von deutschen «Wehrsiedlungen» mit den neuen rassetheoretischen Kategorien der Nationalsozialisten.

Zweites waren die «Germanisierungs»-Pläne der SA ein bedeutsamer Aspekt der Aktivitäten der Organisation in den letzten Kriegsjahren. Auch wenn die ursprünglichen Pläne nie auf breiter Front praktisch erprobt werden konnten, prägten sie doch das Selbstverständnis der späten SA nachhaltig. Ihre Siedlungspläne können daher als paradigmatisches Beispiel dafür dienen, wie die beiden Pole der Disziplin und der Integration – die einen Beitrag zur Konsolidierung der Volksgemeinschaft entlang rassistischer Leitlinien leisten sollten – die Initiativen und Aktivitäten der SA in den späten 1930er Jahren sowie in den ersten Kriegsjahren bestimmten. Es war daher nur konsequent, wenn Kasche die Disziplinierung und «Führung» seiner deutschen Landsleute zu den wichtigsten Aspekten der Siedlungsinitiative der SA zählte.⁹³ Die konkreten Planungen für die Ansiedlung von SA-Männern im eroberten Osteuropa, an denen schon seit 1938 gearbeitet wurde, waren ein wichtiges Element des grösseren Vorhabens einer Transformierung des auf eine rassistisch und politisch homogene «Volksgemeinschaft» gerichteten «Erwartungsraums» in einen «Erfahrungsraum».⁹⁴ Dass die SA kaum über praktische Erfahrungen in der «Volkstumsarbeit» verfügte, wie selbst Kasche 1941 freimütig eingestand,⁹⁵ machte es der Organisation paradoxerweise leichter, an ihren Zukunftserwartungen festzuhalten – selbst dann noch, als sie von Himmler und seiner SS nach allen Regeln der Kunst ausmanövriert wurde.

Drittens schliesslich muss die «Germanisierungs»-Politik der SA auch im Kontext der vormilitärischen Ausbildung der deutschen Bevölkerung gesehen werden, die in enger Zusammenarbeit mit der Wehrmacht und der Hitlerjugend erfolgte. Die von der SA geleistete paramilitärische Ausbildung umfasste sowohl praktische Übungen wie Sport- und Schiessunterricht als auch «politische Erziehungsarbeit».⁹⁶ Mit diesem vielfältigen Programmangebot sollten nicht nur SA-Leute aus dem Altreich angesprochen und davon überzeugt werden, dass nach rassistischen Kriterien durchgeführte Siedlungsvorhaben eine «Voraussetzung für die Erreichung der wirtschaftlichen, innenpolitischen und rassistischen Ziele des Regimes» seien.⁹⁷ Die Siedlungspläne der SA stellten auch einen wichtigen Beitrag zu den deutschen Kolonisierungsbemühungen im östlichen Europa dar.⁹⁸ In diesem Kontext bedarf es noch weiterer Forschungen, um herauszufinden, welche Bedeutung die «Volksdeutschen» innerhalb der SA und insbesondere im Generalgouvernement hatten. Ansätze dazu leistet das folgende Kapitel, in dem die SA-Verbände im Generalgouvernement, die von April 1942 an zusammenge-

stellt wurden – zum Teil unter Eingliederung der schon früher aufgestellten «Wehrschützenbereitschaften» –, genauer untersucht werden.»

Für die ein knappes Vierteljahrhundert umfassende Geschichte der SA lässt sich somit eine Verbindungslinie von den 1920er bis in die 1940er Jahre hineinziehen. Schon in den ersten Jahren nach dem Ersten Weltkrieg behauptete die damals noch in den Kinderschuhen steckende SA wie andere Wehrverbände auch, dass es zu ihren Aufgaben gehöre, die legitimen Interessen der in den Grenzgebieten des Deutschen Reiches lebenden deutschen Landsleute zu verteidigen.¹⁰⁰ Zehn Jahre später nahm diese Idee im Zuge des Aufstiegs der NSDAP und der deutschen Siedlungsbewegung radikalere Formen an und wurde zu einer Bewegung, die das schon laufende Projekt einer «inneren Kolonisierung» entlang rassischer und politischer Linien voranzutreiben suchte. In den 1940er Jahren schliesslich hatten sich die Prioritäten dann von der inneren auf die äussere Kolonisierung verlagert; der Blick richtete sich nun auf die Eroberung neuen deutschen «Lebensraums» im europäischen Osten. Die Volksgemeinschaft wurde jetzt als Wehrgemeinschaft verstanden, die praktische Umsetzung der Siedlungsinitiativen jedoch auf die Zeit nach dem Krieg verschoben.¹⁰¹ Vorstellungen von rassischer Überlegenheit und einer historisch bedeutsamen Siedlungsmission prägten die «Verteidigungs-Aktivitäten» der SA gegen zunehmende «Partisanenangriffe» bis in die Endphase des Zweiten Weltkriegs hinein.

Auch wenn die Ansiedlung von SA-Männern im östlichen Europa letztlich nicht über Anfänge hinauskam, trugen die aus diesem Anlass propagierten nationalsozialistischen Konzepte von Rasse, Disziplin und Selbstverteidigung zur Radikalisierung der Volksgemeinschaft in den besetzten Gebieten

Die SA im Zweiten Weltkrieg

Wir SA-Männer als die getreuesten Gefolgsleute des Führers kennen nur noch zwei Dinge in unserem Leben: Die Treue zum Führer bis zum letzten Atemzug und den Fanatismus im Alltag und wenn es sein soll im Kampf.

WILHELM SCHEPMANN, 1944¹

Die Rolle der SA im Zweiten Weltkrieg ist bislang noch nicht eingehend erforscht worden.² Einige Historiker vermuten jedoch seit langem, dass die Gewaltkultur der SA-Verbände nicht ohne Einfluss darauf geblieben ist, wie Wehrmacht, SD-Einsatzgruppen, polizeiliche Hilfskräfte und die SS den Krieg führten – und zwar nicht nur, weil viele SA-Männer zur Wehrmacht eingezogen wurden. Dass den Braunhemden weder als Massenorganisation noch als paramilitärische Truppe wichtige strategische Aufgaben in der Kriegführung zugewiesen wurden, gilt gemeinhin als so offensichtlich, dass dieser Frage gar nicht weiter nachgegangen wird. Dagegen ist die Auffassung, dass der typische SA-Mann, ideologisch geschult und an die Ausübung physischer Gewalt gewöhnt, wesentlich zur Art und Weise der deutschen Kriegführung beigetragen hat, durchaus vertreten worden. Der historisch versierte Soziologe Michael Mann etwa hat mit Blick auf die SA ausgeführt, dass «viele ihrer ideologisch überzeugtesten Mitglieder zu anderen Mordorganisationen gewechselt» seien, nachdem die Organisation im Krieg ein zweites Mal – nach der «Kristallnacht» im November 1938 – aufs Abstellgleis geschoben worden war. Für die «Alten Kämpfer» der SA sei der Krieg die logische Gelegenheit zur Fortsetzung ihrer «Karrieren der Gewalt» gewesen.³

Die Propagandisten der OSAF argumentierten Anfang der 1940er Jahre ähnlich. So behauptete 1941 der SA-Hauptsturmführer Wilhelm Rehm, ein evangelischer Pfarrer, Realschullehrer und um die Mitte der 1930er Jahre einer der führenden Köpfe der Deutschen Christen (DC), dass die «einzigartigen Erfolge der deutschen Wehrmacht im gegenwärtigen Krieg» das Resultat der «Einsatzbereitschaft», der «Opferwilligkeit», der «Kameradschaft und des Gemeinschaftssinnes» der SA seien. Erst durch die SA habe das neue deutsche Heer den «Charakter der nationalsozialistischen Wehrmacht» erhalten und damit eine «unüberwindliche innere und äussere Kraft».⁴

In diesem Kapitel soll gezeigt werden, wie individuelle Prägungen durch die SA, nationalsozialistische Ideologie, persönliche Überzeugungen und strategische Kriegführung zusammenwirkten und sich wechselseitig verstärkten. Auf dieser Basis komme ich auch zu einer Neubewertung der Bedeutung der SA im Gefüge nationalsozialistischer Massenorganisationen während der Kriegsjahre.

Die Einberufung ausserordentlich vieler der jüngeren SA-Mitglieder zur Wehrmacht bedeutete für die Organisation zunächst eine erhebliche Schwächung. Aber sie versank daraufhin keineswegs in der Bedeutungslosigkeit, wie oft angenommen wird, sondern suchte den Krieg und die anfänglichen Gebietseroberungen für sich zu nutzen, nicht zuletzt auch mit Blick auf die imaginierte Nachkriegszeit. Noch im März 1944 versammelten sich hochrangige SA-Führer in Posen zu einer dreitägigen Tagung, um über die Leitlinien und Ziele der Organisation in den kommenden Jahren zu sprechen. Wie aus dem offiziellen Programm hervorgeht, beschränkte man sich keinesfalls auf tagesaktuelle Probleme, sondern befasste sich darüber hinaus in Vorträgen wie «Herrschaft im Römischen Reich», «Die Mongolenherrschaft», «Die Grundlagen des Britischen Empires» oder «Der Dollar-Imperialismus» intensiv mit historischen wie gegenwärtigen Imperien. Zwei der Dozenten waren prominente Führer der SS, Oberführer Franz Six, der über England vortrug, und Obergruppenführer Gottlob Berger, dessen Thema die «Mission Deutschlands im europäischen Osten» war. SA-Stabschef Wilhelm Schepmann, seit August 1943 Nachfolger des auf Viktor Lutze gefolgtene zwischenzeitlichen Obersten SA-Führers Max Jüttner, hielt einen Vortrag über «Die Reichsidee als politischer Auftrag».⁵ Den Höhepunkt der Tagung bildete schliesslich ein öffentlicher Appell der SA-Führer mit Alfred Rosenberg, der zum Thema «Das Reich der Deutschen» sprach.⁶

Im scharfen Gegensatz zu den auftrumpfenden Reden stand allerdings der Hinweis an die Teilnehmer der Arbeitstagung, ihre Lebensmittelmarken mitzubringen und abgesehen von einigen wenigen zuvor sorgfältig ausgewählten und besonders gesicherten Lokalitäten keine Restaurants und Bars in der Stadt zu besuchen.⁷ Der Kontrast zwischen den alltäglichen Sicherheitsproblemen in der Region Posen und den Vorträgen über Probleme imperialer Herrschaft macht anschaulich klar, welche Diskrepanz im Jahr 1944 zwischen den grandiosen Ambitionen der SA bestand und der Wahrscheinlichkeit, dass sie ihre Ziele jemals erreichen würde. Aus heutiger Sicht wirken die damaligen Ansprüche zweifellos grotesk. Sie liefern jedoch auch einen Hinweis darauf, dass die SA in der Endphase des «Dritten Reiches» letztmalig zu einem relevanten politischen Faktor wurde.

SA und Wehrmacht

Das Verhältnis zwischen der Wehrmacht und der Sturmabteilung verbesserte sich in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre erheblich. Misstrauen und Ressentiments, geschürt insbesondere durch die Ereignisse des Jahres 1934, bestanden zwar auf beiden Seiten fort, doch mit der territorialen Expansion des «Dritten Reiches» zwischen 1935 und 1939 nahm die Bereitschaft zur Zusammenarbeit allmählich zu. Anstelle der «gezähmten» SA entwickelte sich nun Himmlers SS zu der Kraft, die der Wehrmacht den Rang abzulaufen drohte. Die hochrangigen SA-Führer hatten sich dagegen bereitwillig Hitler und der Wehrmachtsführung untergeordnet und liessen in der Öffentlichkeit längst nicht mehr das draufgängerische Selbstbewusstsein und die hochfliegenden politischen Ambitionen von einst erkennen. Das vergleichsweise bescheidene Comeback der SA als paramilitärische Organisation und ihre anfänglich verdeckten, später dann offiziellen Einsätze in Österreich und in der Tschechoslowakei stärkten zwar die Moral der Mannschaften, doch geschah dies alles im Einklang mit den Zielen Hitlers und der Wehrmacht und war nicht mehr auf jene «sozialrevolutionären» Ambitionen zurückzuführen, die es vor dem Sommer 1934 gegeben hatte.

Je mehr das Deutsche Reich seit Ende der 1930er Jahre seine räumliche Expansion und seine Kriegsvorbereitungen vorantrieb, desto stärker gewann die SA wieder an Statur. Ihren Höhepunkt erreichte diese politische Rehabilitation mit einem Führererlass vom 19. Januar 1939, in dem Hitler die vormilitärische und ideologische Ausbildung der wehrfähigen deutschen Männer in die Hände der SA legte. Jeder deutsche Mann zwischen 18 und 21 Jahren, der die Voraussetzungen für den regulären Wehrdienst erfüllte, hatte von nun an die «moralische Verpflichtung», sich um das SA-Wehrabzeichen zu bemühen, eine 1933 erstmals vergebene Auszeichnung, die seit Anfang 1935 auch Nicht-SA-Mitglieder erwerben konnten.⁸ Die Ausbildung der Bewerber für dieses Abzeichen oblag der SA. Sie hatte die Anwärter in «SA-Wehrmannschaften» zusammenzufassen, die von hauptberuflichen SA-Ausbildern ideologisch und sportlich gedrillt werden sollten, was ihnen einen sicheren Arbeitsplatz garantierte hätte.⁹ Laut Planzahlen aus dem Sommer 1939 wären allein zur Erfüllung dieser Aufgabe 20'000 neue Vollzeitstellen erforderlich gewesen, was mehr als dem Dreifachen der seinerzeit rund 6'000 hauptberuflichen SA-Führer entsprach.¹⁰ Die Geldmittel für die neuen Personalstellen sollten aus den Kassen der Wehrmacht kommen, die angewiesen war, der Obersten SA-Führung monatlich 11,7 Millionen Reichsmark zu überweisen.¹¹ Der Kriegsausbruch im September 1939 verhinderte allerdings, dass die

Pläne für diese massive Personalaufstockung vollständig umgesetzt wurden. Immerhin konnte die OSAF im Sommer 1940 vermelden, dass annähernd 13'000 SA-Stürme in die Ausbildung der Wehrmannschaften einbezogen waren, deren Stärke inzwischen auf rund zwei Millionen Mann angewachsen war.¹² Allein für das Jahr 1940 war diese Angabe vermutlich übertrieben, doch erscheint es plausibel, dass zwischen 1939 und 1942 insgesamt mehr als zwei Millionen Männer einen der dreimonatigen Trainingslehrgänge der SA durchliefen.¹³

«Blut und Boden, Volk und Erde, Volkstum und Volksraum» sollten die Leitideen der nationalsozialistischen Wehrerziehung in den SA-Wehrmannschaften sein, wie Max Luyken vor hochrangigen SA-Führern in einer zwischen Anfang und Mitte 1939 gehaltenen Rede ausführte.¹⁴ Die NSDAP wollte mit dem Wehrabzeichen in erster Linie die allgemeine Kriegsfähigkeit der deutschen Männer erhöhen, sah darin aber auch eine Möglichkeit zur Überwachung und Disziplinierung. Von der Stärkung der SA versprach sie sich einen besseren Zugriff auf jene deutschen Männer, die für die Hitlerjugend zu alt, für den regulären Militärdienst aber noch zu jung waren. Neben dieser Altersgruppe sollten die SA-Wehrmannschaften die Reservistenjahrgänge jener Männer aufnehmen, die ihren Wehrdienst bereits absolviert hatten.¹⁵ Diese Organisationsstruktur, die darauf abzielte, umfassende Kontrolle mit lückenloser Indoktrinierung zu verbinden, bildete ein weiteres Element der «totalitären» Ambitionen der Nationalsozialisten – gemäss der von Hitler am 2. Dezember 1938 in einer Rede in Reichenberg ausgegebenen Devise, keinen Deutschen je wieder aus den Fängen der Partei zu entlassen.¹⁶

Viktor Lutzes persönliche Aufzeichnungen liefern wichtige Hintergrundinformationen zur Entstehung des oft unterschätzten Führererlasses vom 19. Januar 1939, mit dem Hitler der SA die Verantwortung für die Wehrerziehung der deutschen Männer übertrug. Wie Lutze festhielt, hatte Hitler ihn in den Tagen nach dem 9. November 1938 zu einer «Besprechung über die Feldherrnhalle» auf den Obersalzberg bestellt. In einer persönlichen Unterredung sei ihm dann aufgetragen worden, die Bestimmungen für die Wehrerziehung vor und nach dem regulären Kriegsdienst mit Walther von Brauchitsch, dem Chef des Oberkommandos des Heeres, auszuhandeln. Den Führern von SA wie Wehrmacht war klar, dass dieser Erlass ihr Verhältnis zueinander neu bestimmte. Seinen Aufzeichnungen zufolge führte Lutze in den nachfolgenden Wochen ausgiebige Gespräche mit von Brauchitsch, Franz Halder, Göring und dem Chef des Oberkommandos der Marine, Erich Raeder.¹⁷ Auch sein Stabsführer, der SA-Obergruppenführer Otto Herzog, habe bei diesen Verhandlungen eine entscheidende Rolle gespielt.¹⁸ Als schliesslich eine Einigung erzielt und von Hitler gutgeheissen worden war, schrieb Lutze begeistert:



In Vorbereitung auf künftige militärische Auseinandersetzungen laufen SA-Kämpfer – eskortiert von einem SA-Mann auf dem Fahrrad – am Sonntag, dem 2. April 1939, in voller Kampfmontur und mit Gasmaske durch eine bürgerliche Wohn- und Einkaufsstrasse in Berlin. Passanten in Sonntagskleidern beobachten das Schauspiel. Die an die Hosen der SA-Männer angehefteten «Startnummern» lassen vermuten, dass hier eine Art Wettkampf zwischen mehreren Berliner SA-Einheiten stattfand.

Nach all den langen Jahren ist das der 1. Schritt aus der rein weltanschaulichen Parteiarbeit zu einer grossen Aufgabe, die m. E., richtig gesehen und erfüllt, für die Zukunft Deutschlands eine der wesentlichen Voraussetzungen schafft. Denn dadurch wird der politische Soldat mit dem Waffensoldaten, die Wehrbereitschaft mit der Wehrkraft, die Partei mit der Wehrmacht auf das Engste verbunden.¹⁹

Unmittelbar nach diesem euphorischen Eintrag bemerkte Lutze allerdings auch, dass konkurrierende nationalsozialistische Organisationen, insbesondere die SS, die Hitlerjugend und das NSKK, sogleich versucht hätten, die durch den Erlass vom 19. Januar in die Wege geleitete Aufwertung der SA zu torpedieren.²⁰

Der besagte Erlass und die Durchführungsvorschriften, die Lutze in den Monaten danach herausgab, machen deutlich, dass die Aufwertung der SA letztlich auf nichts anderes als die vollständige politische und ideologische Unterordnung der Wehrmacht unter die NSDAP und ihren Führer abzielte. Der SA wurde 1939 mithin eine neue Aufgabe übertragen, die sie für einen erheblichen Teil der deutschen Männer zu einer wichtigen Organisation machen sollte. Der Militärhistoriker Manfred Messerschmidt hat diese Entwicklung zu Recht als «eine Art Entschädigung» für die der SA 1934 zugefügte Demütigung bezeichnet.²¹

Das Bestreben der SA, diese neu gewonnene Macht organisatorisch abzusichern, führte am 1. Juni 1939 zur Einrichtung eines SA-Wehrstabes, der von Georg von Neufville, dem späteren Kommandeur des Infanterieregiments 195, geleitet wurde.²² Die hochgestimmten Erwartungen Lutzes hatten sich jedoch bald erledigt. Der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs nur wenige Wochen nach der Einrichtung des SA-Wehrstabes veränderte die Lage entscheidend – und abermals zum Nachteil der Sturmabteilung. 467'000 SA-Männer, das waren 32 Prozent aller SA-Mitglieder, wurden allein im August und September 1939 zur Wehrmacht eingezogen. Bis Ende 1940 waren es bereits 741'208, oder 53 Prozent, aller einsatzfähigen SA-Männer.²³ Die Sturmabteilung im Deutschen Reich konnte bald selbst ihre regulären Dienstaufgaben nicht mehr vollständig erfüllen. Damit nicht genug: Wenn ein SA-Mann eingezogen wurde, verlor die OSAF die Kontrolle über ihn, da seine förmliche Zugehörigkeit zur NSDAP und zur SA für die Zeit des Kriegsdienstes ruhte.²⁴ Eingezogen wurde auch Neufville, der am 3. November 1941 den Verwundungen erlag, die er bei der Schlacht um Moskau erlitten hatte.²⁵ Ungeachtet solcher Einschränkungen und Verluste sahen Lutze und andere hochrangige SA-Generäle im Führererlass zu den SA-Wehrmann-

schaften ein Signal für den Beginn einer neuen «Kampfzeit», in der die SA als Organisation zu alter Stärke zurückfinden werde.

Ein Beispiel für die Euphorie, die in diesen Monaten bei der OSAF herrschte, liefert ein langer Brief Max Jüttners vom April 1941. Jüttner war seinerzeit für die Führerausbildung in der SA verantwortlich. Er behauptete, dass es zuerst und vor allem den Ausbildungsleistungen der SA zu verdanken sei, dass die Deutschen in den zurückliegenden Jahren zu einer einzigartigen «seelisch-geistigen Wehrgemeinschaft» verschmolzen seien. Diese Gemeinschaft zeige sich auf den Schlachtfeldern wie an der Heimatfront. Jüttner zog daraus den Schluss, dass es die Aufgabe der SA sei, den Fortbestand dieser «Verteidigungsgemeinschaft deutscher Männer» zu sichern und dafür zu sorgen, dass sie auch von künftigen Generationen fortgeführt werde. Wiederholt unterstrich er, dass diese Gemeinschaft ausschliesslich aus Männern bestehen dürfe und die Rollenverteilung zwischen Mann und Frau, wie sie im nationalsozialistischen Deutschland praktiziert werde, auf absehbare Zeit ein wesentliches Strukturelement der deutschen Gesellschaft bleiben müsse.²⁶

Das letzte, aber zunehmend utopische Ziel der OSAF war die Etablierung der SA als massgebliche politische und gesellschaftliche Kraft in einem deutsch beherrschten Nachkriegseuropa, wobei sie sich auf vermeintlich männliche Tugenden wie Bereitschaft zur Tat, paramilitärische Kraft und ideologische Festigkeit stützte. Ganz im Sinne dieses ehrgeizigen Ziels plante die SA kurz nach Kriegsausbruch eine Propagandaoffensive in den faschistisch regierten Staaten Europas. Zu diesem Zweck liess ihre für nachrichtendienstliche Arbeit und Propaganda zuständige Abteilung im November 1939 eine Broschüre zur «Geschichte der SA» in italienischer und spanischer Sprache drucken. Der Vertrag mit dem beauftragten Verlag sah die Herstellung und Verbreitung von 850'000 Exemplaren vor – eine bemerkenswert optimistische Auflagenhöhe. Die Broschüre erreichte ihr Zielpublikum jedoch nie, da der Sprachdienst des Auswärtigen Amtes sowohl die italienische als auch die spanische Übersetzung als überaus mangelhaft bewertete und das NS-Regime daraufhin den Vertrieb der Hefte komplett verbot.²⁷

Derartige Missgeschicke waren für Lutze und die OSAF zwar peinlich, aber nur ein geringes Problem im Vergleich zu der grössten Herausforderung, vor der die Organisation in den Kriegsjahren stand: dem nicht nachlassenden personellen Aderlass. Bereits Anfang 1940 waren bis zu siebzig Prozent der einfachen SA-Männer und mehr als achtzig Prozent aller SA-Führer im Kriegseinsatz.²⁸ Dieser eklatante Mitgliederrückgang schwächte die SA im Reich entscheidend und hatte auch erhebliche Auswirkungen auf die Wehrmacht. Denn mit der Einberufung

zum Kriegsdienst wechselten die Männer zwar die Uniform, aber nicht die Gesinnung.²⁹ Wie der Historiker Christoph Rass in seiner exemplarischen Studie über die Rheinisch-Westfälische Infanteriedivision 253 gezeigt hat, waren die in dieser Division dienenden Soldaten zu mehr als einem Drittel zuvor Mitglieder mindestens einer nationalsozialistischen Organisation gewesen. Wie sich bei näherem Hinsehen zeigt, hatten die allermeisten (85,6 Prozent) der Hitlerjugend oder der SA (oder beiden) angehört; dagegen lag der Anteil der Soldaten, die eine SS- oder NSDAP-Vergangenheit hatten, bei lediglich 4,9 beziehungsweise 3,7 Prozent. Von den Soldaten dieser Division waren 13,7 Prozent aktuelle SA-Mitglieder und 18,9 Prozent frühere HJ-Mitglieder.³⁰ Rass errechnete die Korrelationen zwischen Organisationszugehörigkeit und Altersgruppe und gelangte zu einer Einteilung in drei Gruppen: eine Kohorte aus den Geburtsjahren vor 1910, eine aus den Geburtsjahrgängen 1910 bis 1915 und eine dritte, bestehend aus den 1916 und danach Geborenen. Aus der ersten Kohorte gehörten nur 11,6 Prozent einer nationalsozialistischen Organisation an. Diese «Alten Kämpfer» waren, wie nicht anders zu erwarten, überwiegend Mitglieder der SA, der SS und der NSDAP. In der zweiten Kohorte häuften sich die SA- und HJ-Mitgliedschaften, wobei der Anteil derer, die einer oder mehreren NS-Organisationen angehörten, bei 38,6 Prozent lag. In der dritten Kohorte, also den jüngsten Jahrgängen, dominierten die Mitglieder der Hitlerjugend. 62 Prozent dieser Soldaten gehörten einer oder mehreren NS-Organisationen an.³¹

Wie diese Statistiken zeigen, waren es nicht die in der Wolle gefärbten «Alten Kämpfer», die das Gros der Wehrmachtssoldaten stellten, sondern nach 1910 geborene Männer, von denen viele 1933 oder später als junge Männer in die SA eingetreten waren. Diese «Nachkriegsjugend-Generation», die in den letzten Jahren der Weimarer Republik politisch sozialisiert und dann vom NS-Regime vereinnahmt und «ausgebildet» worden war, hatte die in der nationalsozialistischen Propaganda glorifizierten politischen Kämpfe der späten 1920er und frühen 1930er Jahre von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen nicht persönlich miterlebt. Es handelte sich gewissermassen um eine «zweite Generation» von SA-Männern, die unter den Wehrmachtssoldaten mit direkter NSDAP-Anbindung die zahlenmässig stärkste Gruppe bildeten. Diese Männer waren weniger von den «ruhmreichen» SA-Zeiten geprägt als von ihren persönlichen Erfahrungen mit einer SA, die sich zu einer Mischung aus vormilitärischer Ausbildungseinrichtung und politisch kontrollierter Agentur für Sozialfürsorge entwickelt hatte.³²

Diese Erkenntnisse lassen sich nicht eins zu eins auf alle Truppenverbände übertragen. Da die Infanteriedivision 253 aber in vielerlei Hinsicht eine typische

Wehrmachtseinheit war, die sowohl an der West- als auch an der Ostfront eingesetzt wurde, sind verallgemeinernde Schlüsse statthaft.³³ Gestützt auf die von Rass zusammengetragenen Belege, erscheint es sinnvoll, auch bei der Beschäftigung speziell mit ehemaligen SA-Männern, die im Zweiten Weltkrieg zur Wehrmacht eingezogen wurden, zwei Gruppen zu unterscheiden: die Minderheit der «Alten Kämpfer» und die deutlich grössere Gruppe jüngerer Soldaten, die ihre prägenden Jahre unter dem NS-Regime durchlebt hatten. Sie waren im Zeichen des Hakenkreuzes herangewachsen, waren geprägt worden durch die paramilitärische Ausbildung, das Ideal persönlicher Härte, die Geringschätzung des Intellektuellen sowie den Imperativ des Sich-Einfügens in eine gegebene Ordnung und Anerkennung der bedingungslosen Vorherrschaft der NSDAP. Ein nicht unerheblicher Teil dieser jüngeren Soldaten hatte infolge der Wiedereinführung des allgemeinen Wehrdienstes im Jahr 1935 schon vor dem Krieg in der Wehrmacht gedient.

Die Unterscheidung zwischen diesen beiden Gruppen ist wichtig, weil sie ein starkes Indiz dafür liefert, dass zwischen der SA-Gewalt in der Zeit vor 1933 und den Gewaltexzessen des Zweiten Weltkriegs keine direkte Verbindungslinie gezogen werden kann. Bei den Landsknechtsnaturen der älteren SA-Aktivisten bestand sicherlich ein hohes Mass an Kontinuität, das bei ihren jüngeren SA-Kameraden fehlte. Um die Beweggründe und das Handeln der Jüngeren zu verstehen, ist genauer zu analysieren, wie ihre Erfahrungen in der SA während der zweiten Hälfte der 1930er Jahre in ihr militärisches Handeln im Krieg einfließen. Im Folgenden werden daher deren persönliche Motive für den Eintritt in die Sturmabteilung, die Einsätze der SA-Standarte Feldherrnhalle und die Auswirkungen der SA-Propaganda in den letzten Weltkriegsjahren genauer in den Blick genommen.

Die Anfänge des Krieges

Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs bemühte sich die SA intensiv um eine enge Zusammenarbeit mit dem Oberkommando der Wehrmacht unter von Brauchitsch. Das war nur allzu verständlich, hatte doch der Erlass vom 19. Januar 1939, der es allen deutschen Männern zur Pflicht machte, Dienstzeiten in den SA-Wehrmannschaften und bei den regulären Streitkräften zu leisten, die Sturmabteilung und die Wehrmacht zwangsläufig einander nähergebracht. Ungeachtet der fortbestehenden wechselseitigen Ressentiments sollte sich diese Annäherung in den kommenden Jahren als vorteilhaft für beide Seiten erweisen.³⁴ Die Wehrmacht profitierte von der SA – ihrer

Ausrüstung, ihrer logistischen Unterstützung, ihren militärisch ausgebildeten Männern –, während die SA durch ihren Status als Juniorpartnerin der Wehrmacht weiter aufgewertet wurde. Schon mit den Rekrutierungserfolgen im Memelland, in Österreich und im Sudetenland in den Jahren 1937 und 1938 hatte die SA an Prestige gewonnen. Im Kriegsausbruch 1939 sahen viele ihrer Führer dann eine weitere Chance, den Wert ihrer Organisation unter Beweis zu stellen. Dieser Logik folgend, versuchten in den ersten Kriegsmonaten gerade überzeugte SA-Männer, möglichst bald zum aktiven Kriegsdienst eingezogen zu werden. In einem Bericht der SA-Gruppe Hamburg vom 15. September 1939 hiess es voller Stolz, dass 35 Prozent der Mitglieder bereits zur Wehrmacht eingerückt seien. Zwei Wochen nach dem deutschen Einmarsch in Polen warteten aber immer noch viele ungeduldig auf ihren Einsatz:

Mit Stolz werden von allen die blitzschnellen Kampfhandlungen im Osten verfolgt, jedoch auch mit Sorge, selbst zu spät zu kommen. Insbesondere macht den SA-Führern und -Unterführern diejenige Gewissheit Sorge, später vor ihren Einheiten zu stehen, in denen dann Männer sind, die dieses Fronterlebnis gehabt haben.³⁵

Will man verstehen, weshalb dies als schwerwiegendes Problem gesehen wurde, empfiehlt sich eine erneute Differenzierung nach Generationen. Im Gegensatz zu den vielen jüngeren SA-Männern, die nun in Wehrmachtsuniformen steckten, gehörten die höherrangigen SA-Führer eher der «Kriegsjugendgeneration» an, also der Altersgruppe, die für eine aktive Teilnahme am Ersten Weltkrieg zu jung gewesen war und ihre Jugendjahre in den 1920er Jahren als eine Zeit permanenter Krisen erlebt hatte. Diese Männer hatten jetzt die Befürchtung, erneut zu spät zu kommen, nämlich von der Wehrmacht als zu alt für den Kriegseinsatz eingestuft zu werden und im Krieg, den sie als Entscheidungsschlacht von welthistorischer, globaler Bedeutung wahrnahmen, mit einer Zuschauerrolle Vorlieb nehmen zu müssen.³⁶ Der Einsatz an der Front erschien diesen Männern als die Erfüllung ihrer politischen Ambitionen, als der Schritt, der notwendigerweise auf die paramilitärischen Lehrgänge und Übungen folgen musste und die ungewissen Laufbahnaussichten verbessern würde, unter denen sie seit Jahren litten.³⁷ Daher begann die OSAF seit Kriegsausbruch, bei der Wehrmacht auf verbesserte Karrierechancen für «professionelle» SA-Führer im Range von Sturmführern oder höher zu drängen. Sie erinnerte daran, dass sich beide Seiten bereits in den Verhandlungen vom Januar 1939 auf Offizierslehrgänge für SA-Kader geeinigt hatten. Selbst wenn an eine bruchlose Fortführung dieser Lehrgänge kriegsbedingt

nicht mehr zu denken sei, erwarte man doch die Bevorzugung von SA-Führern bei Beförderungen innerhalb der Streitkräfte.³⁸

Am 29. Januar 1940 äusserte sich von Brauchitsch zustimmend zu solchen Forderungen. Er gab den Befehl, hochrangige SA-Führer, die noch nicht eingezogen worden waren, unverzüglich zu mustern. Diejenigen, die schon in der Wehrmacht dienten, sollten mit Kommandos betraut werden und ihre Eignung für eine Offizierslaufbahn unter Beweis stellen. Überdies verfügte er ausdrücklich, dass SA-Führer nicht auf subalternen Posten eingesetzt werden sollten, etwa als Schreiber, Fahrer oder Telefonisten, was in den ersten Kriegsmonaten gängige Praxis war.³⁹ In vielen Fällen mochten solche Tätigkeiten den formalen Qualifikationen der SA-Führer entsprechen, aber diese empfanden sie oft als demütigend. Der Soldat Konrad Jarausch schilderte in seinem Tagebuch etwa den Fall eines vierzig Jahre alten SA-Standartenführers aus Magdeburg, der gemäss diesen neuen Weisungen eingezogen worden war. Jarausch beschrieb den Mann als einen «dieser praktisch gescheiterten Menschen, die die Parteiorganisation heute tragen. Es fehlt ihm nicht an Kenntnissen im bestimmten Bereich. Er ist auch ziemlich weit herumgekommen. Aber zur geistigen und kulturellen Überlieferung hat er doch kaum ein Verhältnis.»⁴⁰ In welchem Ausmass und wie lange die Wehrmacht sich an die Anweisung hielt, SA-Führer zu bevorzugen, ist nicht klar. Der Umstand, dass viele Wehrpässe und andere Militärunterlagen ehemaliger SA-Männer keine Angaben zu ihrer paramilitärischen Ausbildung und Erfahrung enthalten, lässt allerdings vermuten, dass die Wehrmacht allen gegenteiligen Betuerungen zum Trotz von der militärischen Ausbildung bei der SA nicht allzu viel hielt.⁴¹

Bereits unmittelbar nach Kriegsausbruch begann die OSAF, den Beitrag der SA zur deutschen Kriegführung herauszustellen. Die «Befreiung» der «Freien Stadt» Danzig war ein häufig bemühtes Beispiel. Schon seit Juni 1939 hatten die Standarten 5,14 und 128 der Danziger SA-Brigade 6 ihre Männer für einen «verstärkten Grenzaufsichtsdienst» (VGAD) in der Region bereitgestellt. Der offizielle Auftrag lautete, mutmasslich geplante polnische Angriffe zu verhindern beziehungsweise abzuwehren. Der Grenzaufsichtsdienst war mit Maschinengewehren und Handgranaten bewaffnet. Diese Waffen wurden bei Scharmützeln in der Region auch eingesetzt. Das kostete in den folgenden Wochen mindestens einen polnischen Soldaten und einen SA-Mann das Leben. Unmittelbar vor dem 1. September 1939 wurden Männer aus den Reihen des Grenzaufsichtsdienstes, die über gute Ortskenntnisse verfügten, in die Wehrmacht aufgenommen; ausserdem wurden mehrere Sturmabteilungen der Danziger SA komplett zu Wehrmachtskompanien gemacht. Sie waren später an einem Angriff auf die Kleinstadt Dirschau (heute

Tczew in Polen) südlich von Danzig beteiligt. Die Danziger Marine-SA nahm an der Eroberung der Westerplatte und der Hafenstadt Gdingen (Gdynia) teil.⁴² Am 15. Oktober wurde die «Gruppe Eberhardt», befehligt von dem Berufssoldaten Friedrich-Georg Eberhardt und zusammengesetzt aus Beamten der Danziger Polizei, SA-Männern, Mitgliedern der «Heimwehr» und einzelnen Freiwilligen, zur 60. Infanteriedivision befördert.⁴³ Vermutlich hat die nationalsozialistische Propaganda den Anteil dieser Organisationen an den kriegerischen Erfolgen unverhältnismässig stark herausgestrichen. Das vormilitärische Training von ungefähr 3'000 SA-Männern aus Danzig und Umgebung, die in den Überfall auf Polen eingebunden waren, dürfte ihre spätere Verwendung in den Reihen der regulären Streitkräfte aber durchaus erleichtert haben.⁴⁴

Einige Hundert Kilometer südlich von Danzig wurde am 25. August 1939 eine 1'600 Mann starke SA-Einheit aufgestellt, bestehend aus «Alten Kämpfern» und neu rekrutierten Volksdeutschen aus den grenznahen polnischen Bezirken. Am 1. September drangen diese Männer in Zivilkleidern auf polnisches Gebiet vor und schafften es angeblich, die drohende Zerstörung wichtiger Industrieanlagen im oberschlesischen Industriegebiet zu verhindern. Nach unveröffentlichten Unterlagen der OSAF erlitten die Standarte 22 aus Gleiwitz (dem heutigen Gliwice) und die Standarte 62 aus Ratibor (heute Racibórz) bei diesen Einsätzen schwere Verluste.⁴⁵ Bereits in den ersten Kriegswochen begannen uniformierte SA-Männer in besetzten polnischen Städten mit der Aufstellung von volksdeutschen «Heimatschutz-Einheiten», womit sie an das 1938 im Sudetenland mit Erfolg praktizierte Verfahren anknüpften. Diese Einheiten sollten später die Keimzellen für die neu zu bildenden Ortsgruppen der NSDAP werden.⁴⁶ Zudem wurde das Amt eines «Beauftragten für die Organisation der volksdeutschen Mannschaft» geschaffen und mit einem SA-Obersturmbannführer namens Schröder besetzt.⁴⁷ Die volksdeutschen Verbände erhielten schon bald die Bezeichnung «Volksdeutscher Selbstschutz». Es handelte sich dabei um eine von der SS beherrschte paramilitärische Truppe, aus der aber offenbar das Gründungspersonal der späteren SA-Einheiten in dieser Region rekrutiert wurde. In enger Zusammenarbeit mit den Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei ermordeten diese Selbstschutz-Einheiten im besetzten Polen allein 1939 mehr als 40'000 Menschen.⁴⁸

SA-Verbände beteiligten sich auch an den militärischen Vorstössen der deutschen Wehrmacht über die südlichen Grenzen Polens. Im Herbst und Winter 1939 erhielt eine SA-Einheit aus dem Sudetenland unter Führung von Leo Bendak, einem ehemaligen Führungskader der Sudetendeutschen Turnbewegung, den Auftrag, im Süden Polens Waffen für die Wehrmacht zu beschaffen, Munitionstransporte zu bewachen sowie «Einsatzgebiete» zu «säubern» und zu

sichern, eine Aufgabe, die die Errichtung und den Betrieb von Kriegsgefangenenlagern einschloss.⁴⁹ SA-Männer mit Fremdsprachenkenntnissen – vorwiegend Männer, die aus mehrsprachigen Grenzregionen stammten – verhörten Gefangene und leiteten relevante Informationen an die Wehrmacht weiter. Aufträge dieser Art wurden nicht nur in der Anfangsphase des Krieges erteilt. Wie die OSAF 1941 stolz bekannt gab, waren nicht weniger als 18 SA-Gruppen in ihren Zuständigkeitsbereichen mit dem Transport und der Bewachung von Gefangenen befasst.⁵⁰

Das bebilderte Buch *Sudeten-SA in Polen*, veröffentlicht im Februar 1940 als Teil der OSAF-Kriegspropaganda, enthält weitere Informationen über Einsätze von SA-Einheiten im südlichen Polen. Es beschränkt sich dabei nicht auf die konkreten militärischen Operationen, sondern liefert auch Hinweise auf die vorherrschende Mentalität der beteiligten SA-Einheiten.⁵¹ Franz May, der Führer der Sudetenland-SA, weist im Vorwort darauf hin, dass es sich bei den SA-Männern, die im Herbst 1939 von der Slowakei aus über die polnische Grenze vorgedrungen waren, ganz überwiegend um Männer gehandelt habe, die sich freiwillig zum Dienst in der Wehrmacht gemeldet hatten, aber wegen der hohen Zahl von Kriegsfreiwilligen nicht angenommen worden waren. Sie seien deshalb «dankbar» gewesen, von der SA für organisatorische und logistische Arbeiten eingesetzt zu werden.⁵² Einer dieser Verbände, das Grenzwachregiment Zips, habe auf Anfrage des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) acht Wochen lang als «Bataillon» operiert, während eine andere Einheit zur gleichen Zeit eine Grundausbildung in den österreichischen Alpen absolviert habe. Das Buch bietet insgesamt eine propagandistisch überhöhte Darstellung des Wirkens der SA im polnisch-slowakischen Grenzgebiet, angefangen von der Sicherung der Grenze in gemeinsamen Einsätzen mit den slowakischen Streitkräften bis hin zum Besuch Lutzes im Zipser Land (Spis) im Oktober 1939. In diesem Landstrich im Norden der Slowakei war seit dem 13. Jahrhundert eine relativ kleine deutsche Volksgruppe ansässig, die sogenannten Karpatendeutschen.⁵³

Viele der Angaben in dem Buch *Sudeten-SA in Polen* deuten daraufhin, dass die fraglichen Einheiten im Windschatten der Wehrmachtstruppen agierten und nicht selbst in die Kämpfe an der Front eingriffen. Einige Schilderungen verraten, mit welcher Brutalität die SA bei der «Säuberung» von Dörfern und Kleinstädten im Hinterland vorging. So hiess es, die SA-Männer seien wiederholt in nächtliche Gefechte mit «polnischen und jüdischen Heckenschützen» verwickelt worden, die angeblich im Schutz der Dunkelheit deutsche Nachtlager überfielen und Soldaten ermordeten. Weiter wird berichtet, dass die SA diese Feinde schnell ausfindig gemacht und «neutrali-

siert» habe. Auf der fraglichen Seite des Buches ist dazu ein Foto von einem brennenden Haus abgebildet, das den Ruf der betreffenden SA-Einheit als gefährliche und entschlossene Truppe unterstreichen sollte. Die antisemitische Tendenz dieses Propagandawerks ist unübersehbar. Der typische SA-Mann wird als praktisch veranlagter und «stets hilfsbereiter» Prachtkerl beschrieben, das genaue Gegenteil des vermeintlich «schmutzigen Juden». Die Unterschrift unter zwei Fotos von angeblich jüdischen Männern zeigt diese binäre Logik exemplarisch, indem sie suggestiv beide Extreme in Beziehung setzt: «Die Hilfe der SA kann jedoch nicht die Wunden heilen, die diese jüdischen Ausbeuter über mehrere Generationen hinweg geöffnet haben.»

Die Geschichtsforschung hat bisher noch nicht systematisch untersucht, in welchem Ausmass hinter der Front operierende SA-Einheiten im Herbst 1939 in der betreffenden Region Juden misshandelt und getötet haben. Bis zum Erscheinen entsprechender Studien ist deshalb bei Generalisierungen Vorsicht geboten. Die Terrorangriffe auf Juden durch den karpatendeutschen Freiwilligen Selbstschutz (FS) seit Anfang 1939 und Art und Weise, wie die angebliche jüdische Gefahr in dieser SA-Publikation in den Vordergrund gerückt wird, lassen es jedoch plausibel erscheinen, dass die den Texten innewohnende Aggressivität die brutale Vorgehensweise bei diesen Operationen realistisch widerspiegelt.⁵⁴ Ein einfach gestricktes manichäisches Weltbild lag auch der Haltung der SA zu nicht-jüdischen Einwohnern Polens zugrunde. So rechtfertigte SA-Stabschef Lutze in seinem politischen Tagebuch im Jahr 1940 selbst unverhältnismässige Vergeltungsaktionen gegen polnische Zivilisten, solange die Ausführenden solche Strafaktionen nicht als Lizenz zum Töten missverstanden: «Und wenn für jeden Deutschen 10 oder 100, ja 10'000 Polen gefordert werden, gut, das bestimmt die Staatsräson, die politische] Lage, die für die Zukunft erforderlichen Notwendigkeiten», ist da zu lesen. «Nie aber darf man den Einzelnen, Menschen oder Organisationen, den Feind oder Besiegten als Freiwild überlassen und zulassen, dass der Einzelne mit der Pistole in der Hand, wenns ihm gerade passt, ‚Herr über Leben und Tod‘ wird.»⁵⁵ Angesichts deutscher Gewaltexzesse und Kriegsverbrechen gegen Polen und Juden – mehr als 10'000 Zivilisten wurden in dieser Kriegsphase hinter der Front umgebracht⁵⁶ – sprach sich Lutze in seinen persönlichen Aufzeichnungen für ein gemässigeres Vorgehen aus. Allerdings entsprangen seine Bedenken politischen Nützlichkeitsabwägungen und stellten keine grundsätzliche Kritik dar. Lutze hätte es bevorzugt, wenn man die polnischen Einwohner in den besetzten Gebieten deportiert und nicht einfach ohne jede Rechtsgrundlage umgebracht hätte. Dabei leiteten ihn keineswegs humanitäre Gründe, sondern einzig Bedenken wegen der zu erwartenden Folgen:

Denn ganz kann eine Familie, ohne dass es jemand erfährt, nicht ausgerottet werden. Einer von der Familie, vom Dorf, aus der Nachbarschaft, aus der Sippe bleibt immer übrig als Miterlebender und Wissender, und diese werden zu viel furchtbareren Anklägern, zu viel schlimmeren Hetzern und zu unveröhnlicheren, blutrünstigen Rächern als es sonst je der Fall sein könnte. Aber ganz abgesehen von Allem: Ich weiss bestimmt, dass der Führer das nie und nimmer will, weil es eben nicht deutsch ist!⁵⁷

Die SA-Standarte Feldherrnhalle

Die SA nahm auch direkt, mit kämpfenden Einheiten, am Zweiten Weltkrieg teil, wobei ihre Verbände der Befehlsgewalt des OKW unterstanden. Bereits im Oktober 1935 hatte die SA eine Elitetruppe ins Leben gerufen, die Wachstandarte Stabschef, die als Pendant zur SS-Leibstandarte Adolf Hitler gedacht war.⁵⁸ Die ersten Männer, die für diese Wachstandarte rekrutiert wurden, waren ehemalige Angehörige des SA-Feldjägerkorps, die nicht in die reguläre Polizei übernommen worden waren. Hinzu kamen geeignete SA-Männer, die bis dahin in den Hilfswerklagern der SA kaserniert gewesen waren.⁵⁹ Gemäss den Musterungsrichtlinien vom April 1936 sollten in diese Eliteeinheit nur unverheiratete und arbeitslose (oder geringverdienende) Männer zwischen 18 und 25 Jahren aufgenommen werden, die sich durch ein «rassisch einwandfreies Äusseres» auszeichneten. Brillenträger waren von vornherein ausgeschlossen, ebenso Männer, die weniger als «durchschnittliche Rechtschreibkenntnisse» vorweisen konnten.⁶⁰ Zum Einsatz kam die Wachstandarte Stabschef bei offiziellen Feierlichkeiten und Paraden; sie stellte zudem die Wachmannschaften für symbolisch bedeutungsvolle Staatsbauten wie Hitlers Neue Reichskanzlei in Berlin. Anlässlich einer Parteikundgebung in Nürnberg am 11. September 1936 verlieh Hitler der neuen Einheit den Ehrentitel SA-Standarte Feldherrnhalle – in Anlehnung an den symbolträchtigen Ort in München, an dem die NS-Bewegung alljährlich an ihre «Märtyrer» erinnerte. Ende 1936 setzte sich die Standarte Feldherrnhalle bereits aus sechs Sturmbannen zusammen, die in Güterfelde bei Berlin, in Erding, Hattungen, Fichtenhain, Stettin sowie in Stuttgart stationiert waren. Nach dem «Anschluss» Österreichs 1938 wurde ein siebter Sturmbann der Feldherrnhalle in Wien-Kaltenleutgeben und 1939, nach der Zerschlagung der Tschechoslowakei, ein achter in Prag aufgestellt.⁶¹

Am 12. Januar 1937 wurde Hermann Göring das «Ehrenkommando» über die Standarte Feldherrnhalle übertragen, eine Art Geschenk zum 44. Geburtstag

des einstmals ranghöchsten SA-Führers.⁶² Diese Auszeichnung war eine weitere Demütigung für Lutze, der nur zu gut über die Rolle Görings in der «Nacht der langen Messer» Bescheid wusste.⁶³ Die neue Eliteeinheit umfasste zu dieser Zeit knapp 2'000 Mann. Sie waren über das ganze Reich verteilt, stellten aber nur einen äusserst bescheidenen Ersatz für die Volksmiliz dar, von der die SA-Führung einst geträumt hatte. Dennoch wurde die Standarte Feldherrnhalle als Vorzeigetruppe der SA herausgestellt; sie blieb bis zum Ende des «Dritten Reiches» ein Liebling der SA-Propaganda. Nur die Angehörigen dieser Standarte durften SA-Abzeichen zu ihrer Uniform tragen, was die Synthese aus «SA-Geist» und militärischer Schlagkraft symbolisieren sollte. Bei der OSAF sah man darin die erfolgreiche Transformation von den paramilitärischen Kampfverbänden der NSDAP aus der Weimarer Zeit zu einer ernst zu nehmenden militärischen Formation, die Hand in Hand mit den regulären Streitkräften daran arbeitete, dem deutschen Volk einen starken «Wehrwillen» einzuimpfen. Der Dienst in dieser Truppe beruhte auf Freiwilligkeit und wurde mit Wirkung zum 27. Oktober 1938 als gleichwertiger Ersatz für den regulären Wehrdienst anerkannt. Wer seinen Dienst lieber bei der SA-Standarte als in der Wehrmacht ableisten wollte, musste sich jedoch für mindestens drei Jahre verpflichten. Was die Standarte Feldherrnhalle für viele junge Männer dennoch attraktiv machte, war die Chance, nach Ende der aktiven Dienstzeit eine Vollzeitstelle im Dienste der SA zu erhalten.⁶⁴ Die Aura einer Elitetruppe verband sich bei der Standarte Feldherrnhalle also mit der Aussicht auf lebenslange Beschäftigung.

Am 20. Juni 1938 ordnete Göring in seiner Eigenschaft als Reichsminister für Luftfahrt an, die Standarte Feldherrnhalle den Verbänden der Luftwaffe zuzuordnen. Diese Regelung bestand bis zum 31. März 1939. In diesem Dreivierteljahr war die Standarte ungeachtet der Tatsache, dass ihre Angehörigen eine infanteristische Ausbildung durchlaufen hatten, als Teil der Fliegerdivision 7 ein selbstständiges Luftwaffenregiment.⁶⁵ Auch vor diesem Hintergrund war ihre Teilnahme an der Besetzung des Sudetenlandes im Oktober 1938 sowie an der Zerschlagung der «Resttschechei» im März 1939 eine Feuertaufe besonderer Art. Viktor Lutze flog seinen Aufzeichnungen zufolge höchstpersönlich eine von 160 Junkers-52-Maschinen, die im Oktober 1938 von Breslau aus südwärts in den tschechoslowakischen Luftraum vorstießen. Da jedoch im Rahmen des Münchener Abkommens vom 29./30. September 1938 die Demarkationslinie zwischen den beiden Staaten bereits neu gezogen worden war, fiel der Waffengang mit dem Gegner aus, so dass der Beitrag der Standarte Feldherrnhalle zur «Befreiung» des Sudetenlandes deutlich friedvoller ausfiel als zunächst geplant.

«Keine Verluste, nur 7 Maschinen hatten sich Fahrgestell mehr oder weniger beschädigt», schrieb Lutze denn auch enttäuscht in sein Tagebuch.⁶⁶

Im Verlauf des Jahres 1939 wurde die Standarte Feldherrnhalle in mehrere Einheiten aufgespalten. Diese Entwicklung machte die Hoffnung der OSAF zunichte, eine ihrem Befehl unterstehende bewaffnete Truppe zur Verfügung zu haben, und versetzte ihren Kommandeur, SA-Gruppenführer Erich Reimann, in einen Zustand «totaler Verbitterung» und Verzagtheit.⁶⁷ Bereits im ersten Quartal 1939 wurden die meisten seiner Männer, rund 1'200 SA-Elitekämpfer, in die regulären Luft- und Fallschirmeinheiten der Fliegerdivision 7 eingegliedert und damit der Befehlsgewalt der OSAF dauerhaft entzogen.⁶⁸ Die Propaganda der SA stellte diese Männer aber auch weiterhin als glanzvolle Rollenvorbilder dar. Tatsächlich war deren Anteil an den Erfolgen ihrer neuen Einheiten erheblich. Von den deutschen Fallschirmspringern, die 1940 in Belgien und Holland eingesetzt wurden, sollen nach Angaben der OSAF von 1941 annähernd neunzig Prozent von der SA gekommen sein.⁶⁹ Später kämpften Fallschirmjäger mit SA-Vergangenheit aus den Reihen der Standarte Feldherrnhalle in Griechenland und Süditalien.⁷⁰ Der *esprit de corps* der deutschen Fallschirmtruppen erwuchs also zumindest teilweise der «SA-Mentalität» und dem besonderen Wertekanon der Sturmabteilung.⁷¹

Ein zahlenmässig kleinerer Teil der Standarte Feldherrnhalle diente in den Kriegsjahren gemäss ihrer ursprünglichen Aufgabe als Wachtruppe, die im Reich wie in den deutsch besetzten Ländern eingesetzt war. Im Generalgouvernement wurden Angehörige der Standarte für «Sonderaufgaben» abgestellt, die sie an der Seite von SS und Polizeikräften verrichteten.⁷² Etwa fünfzig Mann hatten seit Ende 1940 die Aufgabe, das Schloss Brühl, das Hauptquartier des Chefs des Wehrbezirks Warschau im Generalgouvernement, sowie weitere öffentliche Gebäude der Stadt zu bewachen.⁷³ Als selbst ernannte Vertreter der neuen «Herrenrasse» erfüllten sie polizeiliche Aufgaben, darüber hinaus pressten sie Zivilisten Geld ab und inszenierten sogar einen Angriff auf das Schloss Brühl als Vorwand für die Ermordung eines polnischen Mannes und die Vergewaltigung von zwei Frauen. Dieses eklatante Fehlverhalten wurde von den deutschen Besatzern streng geahndet. Im Mai 1943 verurteilte ein deutsches Sondergericht in Warschau 13 Mitglieder der Standarte Feldherrnhalle zu Gefängnisstrafen und einen Mann sogar zum Tode.⁷⁴ Die Richter gingen über das sonst übliche Strafmass hinaus, weil – so die Begründung – die Täter das Verbrechen in der Uniform einer deutschen Eliteeinheit und vor den Augen der polnischen Bevölkerung begangen hatten. Die Richter fanden allerdings auch mildernde Umstände. Sie stellten in Rechnung, dass alle 13 Angeklagten «Volksdeutsche» waren, an die weni-

ger hohe moralische Massstäbe anzulegen seien als an «Reichsdeutsche», da sie sich die höheren Normen deutscher Sittlichkeit erst noch zu eigen machen müssten.⁷⁵

Im Herbst 1939 wurde aus einer dritten Untergliederung der Standarte Feldherrnhalle das 3. Bataillon des 271. Infanterieregiments, eines von zunächst zwei Regimentern, die gemeinsam die 93. Infanteriedivision bildeten.⁷⁶ Befehligt wurde dieses motorisierte Grenadierregiment von dem Berufssoldaten August Raben.⁷⁷ Ähnlich wie die Fallschirmjäger wurden die Angehörigen dieses Regiments von der OSAF-Propaganda als Verkörperung der Werte der SA und als Paradebeispiel für die erfolgreiche Verschmelzung des SA-typischen Kampfgeistes mit den glorreichen Traditionen des deutschen Heeres gerühmt.⁷⁸ Das 271. Regiment kämpfte 1940 an der Westfront und hatte Anteil am Durchbruch der Maginot-Linie bei Barst-Marienthal im nördlichen Lothringen. Nach dem Sieg über die Franzosen war das Regiment von August 1940 bis Februar 1941 beurlaubt. Anschliessend übernahm Herbert Böhme, einer der relativ wenigen deutschen Soldaten, die mit dem Ritterkreuz ausgezeichnet wurden, den Befehl. Böhme war ein altgedienter NSDAP-Aktivist, der 1930 in die Partei und die SA eingetreten war. Er hatte als SA-Oberführer im Stab der SA-Gruppe Schlesien gedient und sich 1937 zur Wehrmacht gemeldet.⁷⁹ Im Zuge des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion im Sommer 1941 wurde das 271. Infanterieregiment nach Nordosteuropa verlegt und beteiligte sich dort an der Belagerung Lenins.⁸⁰ Die NS-Propaganda pries die militärischen Leistungen des Regiments als beispielhaft für den «SA-Geist an der Ostfront». Ideologische Festigkeit war ein Kernelement in der Selbstdarstellung und im Selbstverständnis dieses Regiments, was auch darin zum Ausdruck kam, dass den Regimentsmitgliedern, die in einer besonders verlustreichen Schlacht am Fluss Wolchow fielen, der Ehrentitel «Horst-Wessel-Kompagnie Leutnant M.» verliehen wurde.⁸¹ Am 9. August 1942 wurde dann der Ehrenname «Feldherrnhalle», den bis dahin nur das 3. Bataillon geführt hatte, auf das Regiment als Ganzes übertragen.⁸² Am 4. Mai 1943 schliesslich wurde die Einheit in die 60. Infanteriedivision (motorisiert) eingegliedert, die nach ihren grossen Verlusten in der Schlacht um Stalingrad dringend frische Kräfte benötigte; sie trug von da an den Namen Panzergrenadierdivision Feldherrnhalle.⁸³

Sieht man einmal von den persönlichen Erinnerungen ab, die im letzten Jahrzehnt im Mittelpunkt der im Internet geführten Diskussionen zwischen den wenigen noch lebenden Veteranen dieser Division und engagierten Hobbyhistorikern standen, so ist über die Soldaten der Panzergrenadierdivision Feldherrnhalle nur wenig bekannt. Die erhalten gebliebenen Personalakten und Personenver-

zeichnungen der deutschen Wehrmacht lagern heute bei der Deutschen Dienststelle in Berlin, einer staatlichen Einrichtung, die Historikern den Zugang zu den spärlichen noch vorhandenen Unterlagen über die Angehörigen des 3. Bataillons des 271. Regiments nur unter der Auflage gewährt, dass die Namen der betroffenen Soldaten anonymisiert werden. Die wenigen überlieferten Unterlagen reichen immerhin aus, sich der sozialen Zusammensetzung dieser Einheit anzunähern und zumindest tentative Erkenntnisse über die Beweggründe der Männer für ihre Mitgliedschaft zu gewinnen. Ich habe mich bei meinen Recherchen auf die Führungsoffiziere und die Kompanien 9 und 10 konzentriert. Im November 1939 waren diese beiden Kompanien jeweils zwischen 165 und 180 Mann stark, während dem Führungsstab 91 Soldaten angehörten.

Die meisten Soldaten des 3. Bataillons des 271. Regiments waren junge Männer, die überwiegend den Jahrgängen 1914 und später angehörten. Das Datum ihres Eintritts in die SA ist auf den Personalkarteikarten und in sonstigen Unterlagen nur in seltenen Fällen verzeichnet, doch liegt auf der Hand, dass diejenigen, die sich selbst als «Alte Kämpfer» bezeichneten, die also schon in den Jahren vor 1933 SA-Erfahrungen gesammelt hatten, allenfalls eine kleine Minderheit in diesem Bataillon stellten. Im Durchschnitt waren die Soldaten dieser Einheit bei Kriegsbeginn 19 bis 23 Jahre alt, ähnlich dem Gros der Angehörigen anderer Wehrmachtsverbände. Der Lebenslauf von Karl A. aus Walsum am Niederrhein war in vielerlei Hinsicht typisch für die Männer des 271. Regiments. 1920 geboren, hatte sich der verheiratete Ladeninhaber Anfang 1938, um seinen 18. Geburtstag herum, der SA angeschlossen.⁸⁴ Nach der Dienstzeit als Wehrpflichtiger bei der Luftwaffe vom 20. Juni 1938 bis 31. März 1939 hatte Karl A. der SA-Standarte Feldherrnhalle angehört, bis er am 9. September 1939 zum 271. Regiment versetzt wurde. In den Kriegsjahren nahm er an den Kämpfen des Regiments in Frankreich und anschliessend, vom Sommer 1941 an, in der Sowjetunion teil. Als hochdekoriertes Soldat – er errang das Infanterie-Sturmabzeichen, das Eiserne Kreuz II. Klasse und die «Medaille Winterschlacht im Osten» – trat er am 1. November 1942 in das Grenadier-Ersatz-Bataillon Feldherrnhalle ein, wo er am 1. September 1943 zum Unteroffizier befördert wurde. An Silvester 1943 wurde Karl A. schwer verwundet, kehrte aber offenbar bald wieder an die Front zurück. In der Gegend von Mogilew bei Minsk verlor sich seine Spur zwischen 24. Juni und 7. Juli 1944. Zu dieser Zeit hatte die Wehrmacht bereits aufgehört, den genauen Ort und Zeitpunkt mitzuteilen, an dem einzelne Soldaten an der Ostfront gefallen oder als vermisst gemeldet worden waren.⁸⁵

Herbert M. aus Dortmund, geboren im Dezember 1920 und von Beruf Fliesenleger, war ebenfalls schon in sehr jungen Jahren, wenige Wochen vor seinem 18. Geburtstag, in die SA eingetreten. Nach Dienstzeiten im Sturmbann I der Standarte Feldherrnhalle und danach in deren Sturmbann V mit Standort Prag wurde er im Herbst 1939 zur 9. Kompanie des 3. Bataillons des 271. Regiments versetzt. Herbert M. nahm an den Feldzügen gegen Frankreich und gegen die Sowjetunion teil und wurde am 19. April 1942 bei Spasskaja-Polist an der Ostfront durch Granatfeuer verwundet. Wahrscheinlich wegen dauerhafter Gesundheitsschäden stellte man ihn vom Dienst an der Front frei und brachte ihn im März 1943 im Sturmbann Wien der Standarte Feldherrnhalle unter. Über sein Leben in den darauffolgenden zwölf Monaten ist nichts bekannt. Am 26. April 1944 starb Herbert M. im Reserve-Militärkrankenhaus in Prag-Reuth (dem heutigen Prager Stadtbezirk Krc). Auf Bitten seiner Frau wurden seine sterblichen Überreste nach Düsseldorf überführt und dort beigesetzt.⁸⁶

Kurt M., um ein letztes Beispiel vorzustellen, gehörte bei seinem Eintritt in die Standarte Feldherrnhalle 1938 zu deren jüngsten Mitgliedern. Geboren im Mai 1921 in München als Sohn einer Familie aus der unteren Mittelschicht, hatte er zuvor vier Jahre lang ein Gymnasium besucht und war dann auf eine Handelsschule gewechselt, an der er drei weitere Jahre absolviert hatte. 1935 trat er in die Hitlerjugend ein und vollzog drei Jahre später den Übergang in die SA. Zur Standarte Feldherrnhalle meldete er sich wegen des Prestiges von Görings Luftwaffe. Am 20. Juni 1938 wurde er in den in Erding bei München stationierten 4. Sturmbann der Standarte aufgenommen. Seinen Traum, Fallschirmspringer zu werden, konnte er sich «krankheitshalber» nicht erfüllen und wurde stattdessen am 9. September 1939 Mitglied des 271. Regiments.

Trotz unterschiedlicher Bewertungen durch seine Vorgesetzten ging es für Kurt M. auf der Karriereleiter zügig voran. Im August 1941 wurde er für die Teilnahme an einem Offizierslehrgang vorgeschlagen.⁸⁷ Ein Empfehlungsbrief aus diesem Jahr, geschrieben von einem seiner Vorgesetzten, stellt den jungen Mann als Musterbeispiel eines SA-Kämpfers dar:

Guter, geistiger Durchschnitt, wenig und klar denkend, gross schlank, körperlich durchtrainiert und zäh. [...] Guter Kamerad. [...] Im Einsatz zeigt sich M. als kaltblütiger Draufgänger, der durch sein Beispiel seine Gruppe auch bei stärkster Feindeinwirkung mitgerissen hat und die Führung nie aus der Hand verlor.



Während des Zweiten Weltkriegs bemühten sich die Propagandisten der SA, junge Männer für die SA-Standarte Feldherrnhalle anzuwerben. Der Krieg würde marschierende SA-Männer zu siegreichen Panzerbesatzungen und junge Burschen zu Männern formen – so suggerierte es jedenfalls dieses von Werner von Axter-Heudtlas entworfene Plakat aus dem Herbst 1944.

Trotz seines Wagemuts war Kurt M., der später zum Oberfeldwebel befördert wurde, im April 1944 noch am Leben.⁸⁸

Diese Lebensläufe können nach statistischen Massstäben nicht als repräsentativ für das Personal des 271. Regiments angesehen werden, doch sie dürften – verglichen mit den anderen überlieferten Akten aus den Beständen der Deutschen Dienststelle – für die Angehörigen des Regiments einigermassen typisch sein. Der Arbeiterschaft zuzurechnende Berufsgruppen dominierten bei den Soldaten der Standarte Feldherrnhalle mit Abstand. Nicht wenige dieser jungen Männer waren schon 1938 in die SA-Elitetruppe eingetreten, angelockt vom Nimbus der Göring sehen Luftwaffe und von der Aussicht, um den regulären Wehrdienst herumzukommen und im militärischen Zweig der SA Karriere zu machen. Gerade junge Männer mit bescheidenem Bildungshintergrund betrachteten ihre Mitgliedschaft in der Standarte Feldherrnhalle offenbar als Chance zum gesellschaftlichen Aufstieg und hofften, dort ein ihren ideologischen Präferenzen entsprechendes Betätigungsfeld zu finden.⁸⁹

Die persönlichen Erfahrungen dieser jungen Männer mit der SA waren – zumindest bis zum Eintritt in die Standarte Feldherrnhalle – zumeist begrenzt. Die typischen SA-Erzählungen aus der «Kampfzeit» waren für sie Geschichten einer anderen Generation. Im Unterschied zu ihren älteren Kameraden waren sie in einem politischen Klima aufgewachsen, in dem nationalsozialistische Werte bereits staatlich propagiert wurden; als SA-Mitglied verkörperte man daher nicht mehr die politische Opposition, sondern die herrschende Macht. Für nicht wenige dieser jungen Männer schien der Dienst in der Standarte eine normale Karriereoption unter den Bedingungen des NS-Regimes zu sein – eine Einschätzung, für die auch der Umstand spricht, dass ein erheblicher Teil von ihnen schon sehr früh und ohne abgeschlossene Berufsausbildung heiratete. Bemerkenswert ist ferner, dass die Männer, die in der Standarte Feldherrnhalle dienten, sich aus allen Teilen des Deutschen Reiches, einschliesslich der annektierten Territorien, zusammenfanden. Zumindest in dieser Hinsicht bildeten sie einen Querschnitt durch die männliche deutsche Bevölkerung und passten zur generellen Zielsetzung der SA.

Kommunistische Propaganda

Unmittelbar nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion im Sommer 1941 beschlossen die Propagandakader der kommunistischen Internationale in Moskau, vermehrt deutschsprachige Radioprogramme auszustrahlen, die sich je nach Zielgruppe unterschieden. So war das Programm *Sturmadler* speziell auf junge

Deutsche ausgerichtet, während das Format *SA-Mann Hans Weber* die Masse der zunehmend unzufriedenen gewöhnlichen Nationalsozialisten ansprechen sollte. Von 1942 an strahlte der Deutsche Volkssender, die inoffizielle Stimme der Kommunistischen Partei Deutschlands im sowjetischen Exil, diese beiden Programme von dort aus.⁹⁰ Der Journalist Fritz Erpenbeck, der in den letzten Kriegsjahren stellvertretender Direktor des Radioprogramms Freies Deutschland wurde, sprach die Rolle des unbotmässigen SA-Mannes Hans Weber.

Welche Wirkung die täglich ausgestrahlten zwanzigminütigen Sendungen hatten, die in vielen Teilen des Reiches zu empfangen waren, lässt sich kaum einschätzen. Ihre Produzenten glaubten jedenfalls an den Erfolg und schufen schon nach kurzer Zeit einen Dialogpartner für Weber, einen SA-Kameraden namens Max Schröder, gesprochen von dem Journalisten Max Keilson. Die Gespräche zwischen «Weber» und «Schröder», kurze antifaschistische Radiohörspiele, folgten der von den deutschen Kommunisten in den 1930er Jahren verfolgten Taktik, die SA durch «Zersetzungsschriften» zu unterwandern. In einer schlichten, volkstümlichen Sprache gehalten und immer wieder mit fiktiven Dialogen durchsetzt, hatten die Kommunisten mit den Propagandaschriften jener Zeit versucht, der NSDAP unzufriedene «Alte Kämpfer» abzuwerben, indem sie den Gegensatz zwischen den rhetorischen Bekenntnissen der SA zur sozialen Revolution und dem «Ausverkauf» der hehren Ziele durch die Parteiführung der Nationalsozialisten herausarbeiteten.⁹¹

Anregungen bezog die neue Sendereihe auch von dem britischen Radiosender *Gustav Siegfried Eins* (GSI), der einige Monate zuvor, im Mai 1941, den Betrieb aufgenommen hatte. In dessen Programm wettete ein anonymes «Boss» in wenig druckreifer Sprache gegen Nationalsozialisten, aber ebenso gegen Kommunisten. Wie Erpenbeck nach Kriegsende äusserte, waren die Sendungen der deutschen Kommunisten weniger vulgär und «obszön» als der «sexuell aufputschende Soldatenuk» der Briten, schon weil man keine Probleme mit der anfänglich sehr aufmerksamen sowjetischen Zensur bekommen wollte.⁹² Im Lichte dessen, was wir heute über die Funktion und Wirkung des nationalsozialistischen Humors wissen, dürfte das eine kluge Entscheidung gewesen sein. Die Mehrheit der Deutschen zog zu dieser Zeit unverfängliche und zahme Witze handfesten und aggressiven Verbalinjurien vor, selbst wenn es galt, die als lächerlich oder skandalös wahrgenommenen Seiten der NS-Herrschaft direkt aufs Korn zu nehmen.⁹³

Zentrales Anliegen der Sendereihe *SA-Mann Hans Weber* war es, durch Einsatz der dialektgefärbten Umgangssprache des Ruhrgebiets den einfachen «Nazi auf der Strasse» anzusprechen, eine Masche, die die Macher später durch Hinzu-

nahme des populären Berlinischen ergänzten. Beide SA-Figuren waren dem vertrauten Typus des von sich und der Sache überzeugten, zugleich aber etwas beschränkten Nationalsozialisten nachempfunden. In ihren Gesprächen führten sie die Unzulänglichkeiten des «Dritten Reiches» vor, wobei es vor allem um die Affären und die Korruption der NS-Funktionäre ging. Immer wieder hoben sie dabei auf den Gegensatz zwischen der Propaganda der Partei und der gesellschaftlichen Wirklichkeit in Deutschland ab.⁹⁴ In einer besonders denkwürdigen Episode, die angeblich auf der Auswertung abgefangener deutscher Briefe beruhte, liessen sich die beiden fiktiven SA-Männer über NS-Funktionäre aus einer nicht näher genannten westfälischen Stadt aus, die mit einem minderjährigen Mädchen sexuelle Orgien gefeiert haben sollten. In einer anderen Folge ging es um eine deutsche Mutter, die ihren bei der Waffen-SS dienenden Mann angeblich bat, Kinderkleidung zu schicken, und hinzusetzte: «Sie kann ruhig blutig sein, ich wasche es heraus.»⁹⁵ Solche Beispiele machen deutlich, dass der Vorwurf sexueller Verfehlungen nach wie vor zum Standardrepertoire der antifaschistischen Propaganda gehörte. Die Kommunisten porträtierten die Nationalsozialisten als perverse Sadisten und schufen damit einen scharfen Kontrast zur moralisch aufgeladenen Propaganda des NS-Regimes.

Es ist bemerkenswert, dass die deutschen Kommunisten im sowjetischen Exil in den frühen 1940er Jahren, als der stalinistische Terror ihre Reihen bereits empfindlich gelichtet hatte, noch immer daran glaubten, Arbeiter, die der kommunistischen Bewegung zwischen 1928 und 1934 den Rücken gekehrt und sich den Nazis angeschlossen hatten, ins kommunistische Lager zurückholen zu können.⁹⁶ Es ging ihnen darum, in den Reihen der einfachen SA-Männer Verwirrung und Unzufriedenheit zu stiften, denn auch nachdem die meisten Mitglieder der Sturmabteilung zum Wehrdienst eingezogen worden waren, galten sie weiterhin als relevante politische Gruppe. Die deutschen Kommunisten identifizierten diese Männer nicht nur als eine wichtige Stütze für die öffentliche Ordnung im NS-Staat, sondern hielten sie auch prinzipiell für umerziehbar. Noch Jahre nach dem Ende des «Dritten Reiches» sollte sich die Politik in der Sowjetisch Besetzten Zone (SBZ, von 1949 an DDR) konsequent an dieser Linie orientieren. Während die Justiz dort zumindest in den ersten Nachkriegsjahren eine harte Linie gegen ehemalige Mitglieder der SA verfolgte, war die SED von Anfang an bestrebt, die Volksgenossen von einst zu guten Sozialisten zu machen.⁹⁷

Generalgouvernement, Protektorat, Slowenien

Nach dem Feldzug gegen Polen teilten die Sieger das polnische Staatsgebiet unter sich auf. Der westliche Teil der Zweiten Polnischen Republik wurde annektiert und dem Grossdeutschen Reich einverleibt, während der östliche Teil an die Sowjetunion fiel. Aus dem polnischen Kernland mit den Hauptstädten Warschau und Krakau wurde eine deutsche Besatzungszone, das Generalgouvernement. Obwohl mit dem Juristen Hans Frank ein nomineller SA-Obergruppenführer in Krakau herrschte, spielte die Sturmabteilung in der Region zunächst nur eine marginale Rolle. Anders als zuvor in Österreich, dem Sudetenland und dem Memelgebiet gab es im Generalgouvernement keinen nennenswerten deutschen Bevölkerungsanteil, den das NS-Regime für sich hätte mobilisieren und in neu aufzustellende SA-Einheiten hätte eingliedern können. Hatte bisher nicht zuletzt die SA dazu beigetragen, den Boden für eine deutsche Besetzung der betreffenden Gebiete zu bereiten, so verhielt es sich im Fall des Generalgouvernements genau andersherum, denn hier schuf die militärische Besetzung erst den Status quo, den die Sturmabteilung in den darauffolgenden Jahren verteidigen sollte.

Am 30. Oktober 1939 erliess SA-Obergruppenführer Max Jüttner erste Weisungen zum «Aufbau der SA in den deutschen Gebieten des früheren polnischen Staates». Er übertrug darin den benachbarten SA-Gruppen Ostland, Ostmark, Schlesien und Sudeten die gemeinsame Verantwortung für die Schaffung von neuen SA-«Zellen» in den annektierten Gebieten. Dort sollten vorerst keine regulären SA-Gliederungen oberhalb der Ebene von Scharen, Trupps und Stürmen aufgebaut werden. Uniformen und Geld würden folgen, könnten aber im Moment noch nicht bereitgestellt werden.⁹⁸ Nachdem einige Wochen später die deutsch besetzten polnischen Gebiete in Gaue untergliedert worden waren, wurde die Verantwortung für den Aufbau der SA in diesen Territorien zwischen den beiden SA-Gruppen Ostland und Schlesien aufgeteilt. Zudem wurden zwei neue SA-Gruppen eingerichtet: «Weichsel», stationiert in Danzig und verantwortlich für Danzig-Westpreussen, und «Warthe», stationiert in Posen und verantwortlich für den Warthegau.⁹⁹ Schon im November 1939 begann die SA in Städten wie Lodsch (Łódź) und Bielitz (Bielsko) «mit ganz vorzüglichen Ergebnissen»,¹⁰⁰ neue Mitglieder zu rekrutieren.

Am 22. Januar 1940 wurde SA-Obergruppenführer Heinrich Hacker zum Führer der SA-Gruppe Warthe ernannt, die nach Unterlagen der OSAF im März 1940 mehr als 10'000 und im Sommer 1941 mehr als 25'000 Mitglieder zählte.¹⁰¹ Die meisten dieser Männer waren «Volksdeutsche», die entweder schon vor

Kriegsausbruch in der betreffenden Region gelebt hatten oder seither aus weiter östlich gelegenen Gebieten wie Wolhynien, Galizien und Bessarabien dorthin umgesiedelt worden waren.¹⁰² Die Führer dieser neuen SA-Einheiten, die anfänglich zumeist aus dem Altreich entsandt wurden, aber vielfach auch Baltendeutsche waren, mussten jedoch bald feststellen, dass ein erheblicher Teil der «gradgewachsenen, kernigen Menschen mit deutschem Aussehen», die ihrem Kommando unterstanden, gar kein Deutsch verstand.¹⁰³ Sie organisierten daher für die neuen SA-Mannschaften im Warthegau Kurse in deutscher Sprache und Geschichte – ein deutlicher Beleg dafür, in welchem Masse die SA aus den von ihr erfassten Männern erst Deutsche «machte».¹⁰⁴

Der fanatische Antisemit Hacker arbeitete in den folgenden Jahren eng mit Gauleiter Arthur Greiser zusammen.¹⁰⁵ Mit der Führung der SA im Warthegau hatte sich Hackers Ehrgeiz jedoch keineswegs erschöpft. Im September 1941, wenige Wochen nach dem Beginn der «Operation Barbarossa», ersuchte er Lutze um Versetzung weiter nach Osten, vorzugsweise in den Kaukasus. Als Beweggrund für diesen Wunsch gab er an, «dass es doch eigentlich die Vollendung des Kampfes der SA bedeutet, über Russland zu herrschen, und dass der Triumph des Geistes der SA über den Bolschewismus vor allem den SA-Mann beruft, im Osten die Führung zu übernehmen».¹⁰⁶ Diese Argumentation zeigt, wie konsequent die «Fanatiker des Eskapismus» ihre weitreichenden Kriegsziele in eine Sprache kleideten, die frühe nationalsozialistische Feindbilder ebenso beschwor wie koloniale Fantasien.¹⁰⁷

Im Februar 1940 fand an der SA-Reichsschule in Dresden der erste Führerlehrgang für Volksdeutsche aus den Gauen der neuen SA-Gruppen statt. «Für die wenigen Tage besser als ich dachte, auch rassistisch und körperlich», notierte Viktor Lutze in sein Tagebuch.¹⁰⁸ Ein Jahr später, Anfang Februar 1941, bestand die SA-Gruppe Warthe bereits aus zwei Brigaden mit Sitz in Posen beziehungsweise Litzmannstadt (Łódź). Die SA-Gruppe Weichsel war sogar auf vier Brigaden angewachsen, stationiert in Danzig, Elbing, Bromberg und Thorn.¹⁰⁹ Im selben Zeitraum entstanden dezentrale SA-Einheiten im Protektorat Böhmen und Mähren, dem deutsch besetzten, aber formal autonomen Teil des ehemaligen tschechoslowakischen Staatsgebiets. Nach Angaben der NS-Presse gab es Standarten oder zumindest SA-Stürme in Königinhof (Dvůr Králové nad Labem), Königgrätz (Hradec Králové), Pilsen (Plzeň), Brünn (Brno) und Prag. Es liegen kaum verlässliche Informationen über diese Einheiten vor, doch allem Anschein nach setzten sie sich ganz überwiegend aus Volksdeutschen zusammen. An ihrer Spitze standen zumindest teilweise hauptberufliche SA-Führer aus dem Reich,

und auch die Wehrmacht half mit der Abstellung von Ausbildern aus. Wie in anderen deutsch besetzten Regionen Mittel- und Osteuropas verstand sich die SA auch im Protektorat als Schule des Deutschtums. Die deutsche Identität ihrer Männer, die oft als Hilfspolizei zu Einsätzen herangezogen wurden, galt es zunächst einmal zu schaffen, dann zu pflegen und schliesslich dauerhaft zu festigen.¹¹⁰

Anders stellte sich die Lage im Generalgouvernement dar. Hier wurden erst im Frühjahr 1942 reguläre SA-Einheiten aufgestellt, obwohl schon anderthalb Jahre zuvor anlässlich des offiziellen Festakts zum ersten Jahrestag der Gründung des Generalgouvernements (26. Oktober 1940) neue SA-Führer ernannt worden waren.¹¹¹ Es handelte sich dabei zunächst ausnahmslos um Bürger des Deutschen Reiches, die zur Erledigung administrativer und militärischer Aufgaben in das Generalgouvernement entsandt worden waren. Bei offiziellen Anlässen legten sie ihre SA-Uniformen mit den Insignien ihrer Heimatprovinzen an, doch wurden sie zunächst nicht in neue Einheiten vor Ort eingegliedert. Erst im Herbst 1941 genehmigte die NSDAP die Aufstellung eines SA-»Ehrensturms« in Krakau, der fortan bei Paraden und feierlichen Anlässen aufmarschieren sollte.¹¹²

Doch dann veränderte sich die Lage schlagartig, was vor allem eine Reaktion auf die wachsenden «Sicherheitsprobleme» im Generalgouvernement war, verursacht durch die immer repressivere und unmenschlichere deutsche Kolonialherrschaft. Allein im Jahr 1942 töteten die deutschen Besatzungsbehörden im Generalgouvernement nicht weniger als 17386 «Banditen».¹¹³ Da die Lebensbedingungen für Polen und Juden immer unerträglicher wurden, vervielfachten sich die oftmals aus schierer Verzweiflung begangenen Akte bewaffneten Widerstands.¹¹⁴ Hans Frank und Heinrich Himmler, die zunächst um die Vormachtstellung im Generalgouvernement gewetteifert hatten, versuchten sich nun – im Interesse der Aufrechterhaltung der deutschen Herrschaft – auf die Einrichtung sogenannter Wehrschützenbereitschaften zu einigen. Diese neuen Einheiten muss man sich als eine Mischung aus volksdeutscher Miliz, Bürgerwehr und Hilfspolizei vorstellen. Sie sollten von SS-Offizieren gedrillt werden und hätten in mancher Hinsicht eine Neuauflage der 1939 im Reich ins Leben gerufenen SA-Wehrmannschaften dargestellt.¹¹⁵ Aber die Verhandlungen Franks mit Himmler kamen nicht recht voran. Wohl wissend, dass Lutze und die OSAF schon lange auf eine Gelegenheit warteten, im Machtgefüge des «Dritten Reiches» an Bedeutung und Einfluss zu gewinnen – und natürlich auch eingedenk des Hasses der langjährigen SA-Führer auf die SS –, wandte Frank sich daher an die Sturmabteilung und lud sie ein, sich anstelle oder zumindest neben der SS im Generalgouvernement zu etablieren. Und so traf Ende Oktober 1941 der SA-Standartenführer Kurt Peltz, der zuvor für die

SA-Reichsführerschule in München tätig gewesen war, in Krakau ein, um dort Wehrschützenbereitschaften aufzustellen.¹¹⁶ Mit Wirkung zum 17. Dezember 1941 bestand für alle im Generalgouvernement lebenden deutschen Männer, die mindestens 17 Jahre alt waren, die Verpflichtung, in eine solche Einheit einzutreten.¹¹⁷

Wie nicht anders zu erwarten, schäumten Himmler und die SS vor Wut. Sie befürchteten, dass die SA ihren Einfluss auf diese neuen Wehrschützenbereitschaften nutzen und schon bald reguläre SA-Einheiten aufbauen könnte, die dann dem autokratischen Frank unmittelbar zur Verfügung stehen würden. Am 3. Februar 1942 ordnete Himmler daher die Aufstellung einer Konkurrenztruppe an, des SS-Sondersturmbannes Ost.¹¹⁸ Die Antwort Lutzes auf diese Provokation kam postwendend: Am 20. März kündigte er die unverzügliche Aufstellung einer offiziellen SA-Gruppe im Generalgouvernement an, der fortan die Wehrschützenbereitschaften unmittelbar unterstellt sein sollten. Peltz schätzte zu diesem Zeitpunkt, dass die SA im Generalgouvernement ungeachtet «einiger anfänglicher Schwierigkeiten» bis zu 50'000 Mann würde rekrutieren können, eine Zahl, die sich später allerdings als zu hoch gegriffen erwies und auf 22'000 reduziert werden musste.¹¹⁹ Am 16. April befahl Frank schliesslich die Aufstellung einer neuen SA-Einheit Generalgouvernement.¹²⁰ Die SA wurde beauftragt, die Verantwortung für die «Erfassung, Ausbildung und Führung» der bisherigen Wehrschützenbereitschaften zu übernehmen, die fortan SA-Wehrbereitschaften genannt wurden. Frank, der bis dahin lediglich SA-Obergruppenführer ehrenhalber gewesen war, wurde in Anerkennung seiner Förderung der SA offiziell zum SA-Befehlshaber im Generalgouvernement ernannt.¹²¹

Wie aus internen Dokumenten hervorgeht, war die OSAF der Überzeugung, mit diesem Schritt weitaus mehr erreichen zu können, als lediglich eine weitere paramilitärische Schutztruppe im Generalgouvernement aufzustellen. Jeder in der Region ansässige deutsche Mann, der kein aktives Mitglied einer anderen nationalsozialistischen Organisation war, wurde zum Dienst in einer der neuen SA-Einheiten verpflichtet – wobei für die Einstufung als Deutscher sowohl Staatsangehörigkeit als auch Volkszugehörigkeit berücksichtigt wurden. Damit, so die OSAF, sei die «Gewähr für eine politische Erziehungsarbeit gegeben, die für die Kolonisierung im Osten von unschätzbarem Wert sein werde».¹²² Tatsächlich hatten die SA-Wehrbereitschaften bereits am 19. Juni 1942 eine Stärke von 8'000 Mann in Warschau und 12'000 in Radom.¹²³ Drei Monate später gab es im Generalgouvernement elf SA-Standarten mit mehr als 200 Stürmen.¹²⁴ Vollständige Personallisten haben sich in deutschen Archiven offenbar nicht erhalten, aber selbst bei sehr vorsichtiger Schätzung ist anzunehmen, dass am Ende des

Jahres 1942 mindestens 30'000 bis 40'000 Volksdeutsche in diesen SA-Wehrbereitschaften organisiert waren.

Zur Enttäuschung der OSAF durfte die SA diese Männer jedoch nur organisatorisch erfassen und schulen, nicht aber über ihre Einsätze entscheiden. Diese Befehlsgewalt blieb der SS und der regulären Polizei vorbehalten.¹²⁵ Als sich die Sicherheitslage im Generalgouvernement jedoch immer mehr verschlechterte, liessen die Bemühungen der SS, den Einfluss der SA in der Region gering zu halten, allmählich nach.¹²⁶ Im Frühjahr 1943 wurde die neue SA-Gruppe bereits in eine grosse «Überprüfungskaktion» eingebunden, die Erfassung volksdeutscher Neusiedler im Generalgouvernement.¹²⁷ Hans Frank bereitete der SA auch weiterhin den Boden, wenn er sich zur gleichen Zeit darüber beklagte, dass er, solange ihm für die Überwachung der 16,5 Millionen im Generalgouvernement lebenden Menschen nur 11'000 Polizisten zur Verfügung standen, die öffentliche Ordnung und Sicherheit lediglich in Krakau, Warschau und einigen der kleineren Städte aufrechterhalten könne.¹²⁸ Angesichts der sich stetig zuspitzenden Situation wurde der Einsatz der überwiegend aus Volksdeutschen rekrutierten SA-Einheiten daher bald unverzichtbar, und so kam es, dass die SA «das politische Leben im Generalgouvernement» schliesslich dominierte, wie ein SA-Führer im Dezember 1943 stolz verkündete.¹²⁹ Zu diesem Zeitpunkt nahmen Verbände «vollständig bewaffneter» SA-Männer dort bereits klassische Polizeiaufgaben wahr.¹³⁰

SA-Oberführer Peltz hatte sich inzwischen voll und ganz den Gepflogenheiten der deutschen Besatzer angepasst. Noch einige Jahre zuvor, 1938, hatten seine Vorgesetzten ihn als einen sehr zuverlässigen SA-Führer beurteilt dem allerdings eine gewisse Nachgiebigkeit und Zaghaftheit zu eigen sei. Davon konnte 1944 offenbar keine Rede mehr sein. Einer von Peltz Untergebenen beschwerte sich nun bei der OSAF über dessen luxuriösen Lebensstil in Krakau und darüber, dass Peltz zusätzliche Essensmarken für sich und seine Frau anfordere und seine Männer auf den Schwarzmarkt schicke mit dem Auftrag, dort schwer erhältliche Dinge für seinen persönlichen Gebrauch zu besorgen. Peltz verteidigte sich gegen diese Vorwürfe eher halbherzig: Die zusätzlichen Lebensmittel brauche er, um den Anforderungen zu genügen, die an einen deutschen Beamten mit gesellschaftlichen Verpflichtungen gestellt würden.¹³¹

Klagen darüber, dass hochrangige SA-Führer die besetzten Gebiete als Beuteland betrachteten und zu ihrem persönlichen Vorteil auch plündern konnten, waren so alt wie der Krieg. So deckte sich beispielsweise Erich Reimann im Dezember 1939 vor der Abreise aus Polen zum weihnachtlichen Heimaturlaub umfassend mit Paketen für

seine Frau und die Frauen seiner SA- und Wehrmachtsskameraden ein, die er in seinem eigenen, bis unter das Dach beladenen Pkw über die Grenze schaffte.¹³² Selbst die OSAF in München hatte damals von den Beutezügen profitiert. Ihre Weihnachtsbescherung bestand aus 20'000 laufenden Metern polnischen Uniformstoffs.¹³³

Da sich die SA-Einheiten in zunehmendem Mass an deutschen «Polizeiaktionen» im Generalgouvernement beteiligten, gerieten SA-Männer beinahe zwangsläufig immer öfter ins Visier polnischer Widerstandskämpfer. Peltz wurde bereits Anfang 1943 zum Ziel eines Bombenanschlags, der allerdings fehlschlug. Am 15. Juli desselben Jahres schleuderte ein Kommando der polnischen Widerstandsgruppe Gwardia Ludowa eine Handgranate in eine durch Warschau marschierende SA-Kolonne, wobei mehrere der Männer schwer verletzt wurden. Die deutschen Besatzer liessen als Vergeltung für diesen Anschlag ungefähr 130 Polen hinrichten.¹³⁴ Als ein Jahr später, im August 1944, der Warschauer Aufstand ausbrach, beteiligten sich die in der Stadt stationierten SA-Verbände aktiv an der Niederschlagung und erlitten dabei schwere Verluste.¹³⁵ Wenn Hans Frank die SA im Generalgouvernement um diese Zeit öffentlich als «Sturmhand des kämpfenden Deutschtums» charakterisierte, so war das mehr als die übliche NS-Rhetorik. Seit 1943 beteiligte sich die SA im Generalgouvernement intensiv an den immer brutaleren Einsätzen, mit denen die Besatzungsmacht versuchte, die Bevölkerung unter Kontrolle zu halten. Mit der Rekrutierung von Zwangsarbeitern für die Rüstungsindustrie, mit Strafexpeditionen und einer unbekanntem Zahl spontaner Vergeltungsschläge auf lokaler Ebene, die in den erhalten gebliebenen Dokumenten kaum Spuren hinterlassen haben, half die SA, die deutsche Herrschaft im Generalgouvernement zu festigen.¹³⁶ Die «Spätstarter» – im Vergleich zu den im Warthegau, im Elsass und in Lothringen aufgestellten SA-Einheiten – waren inzwischen zu Vorkämpfern eines sich immer brutaler gebärdenden deutschen Besatzungsregimes geworden.

Diese Radikalisierung blieb nicht auf das Generalgouvernement beschränkt. Zwischen 17. April und 15. Mai 1941 führten SA-Einheiten, in denen neben Österreichern auch Flüchtlinge aus der Bukowina dienten, bewaffnete Einsätze in der Südsteiermark und in der Krain durch. Diese Regionen waren nach dem Ende der Habsburgermonarchie zum Königreich Jugoslawien gekommen und Anfang April 1941 von der Wehrmacht besetzt worden.¹³⁷ Wie in den ersten Kriegswochen im westlichen Polen, so operierten auch im Balkanfeldzug verdeckt operierende SA-Einheiten aus der SA-Gruppe Südmark, insgesamt 3'500 bis 4'500 Mann, im Rücken der vorrückenden Wehrmacht. Einem im Auftrag der SA geschriebenen Bericht ist zu entnehmen, dass die SA-Truppen in den «befreiten Gebieten» der Südsteiermark und der Krain durch ihre Einsätze «die Ordnung

wieder herstellen», indem sie etwa wichtige öffentliche Versorgungseinrichtungen absicherten und für «die Säuberung des Gebiets von umherstreifenden Banden» sorgten. Diese Aufgaben seien rasch und mit rigoroser Strenge erledigt worden, schrieb ein von der SA dienstverpflichteter Journalist.¹³⁸ Sein Artikel wurde allerdings nie gedruckt – vielleicht wegen der deutlichen Sprache, die enthüllte, dass sich die SA in den Grenzgebieten des Reiches schon früh zu einer bewaffneten politischen Polizei- und Kampftruppe entwickelt hatte und von Anfang an in die deutsche Kriegführung eingebunden war. Im Kontrast zu der offiziell geübten Zurückhaltung brüstete sich die SA-Gruppe Südmark in einer Veröffentlichung vom Mai 1941 ganz offen mit ihren «Sondereinsätzen im befreiten Unterland» der Südsteiermark und in den angrenzenden Gebieten. Während die meisten der dorthin beorderten Männer zum Schutz von Industrieanlagen und zum «allgemeinen Bewachungs- und Sicherheitsdienst» eingesetzt worden seien, hätte die SA auch 600 Mann ins Bacherengebirge (Pohorje) entsandt mit dem Auftrag, das Gebiet von «Freischärlern und versprengten Resten serbischer Truppen» zu säubern.¹³⁹ Vom Frühsommer 1941 an wurden Aufgaben dieser Art von den neu formierten SA-Wehrmannschaften unter dem Kommando des Steirischen Heimatbundes und des Kärntner Volksbundes durchgeführt, zwei Organisationen, die als regionale Statthalter der NSDAP agieren sollten. Ein Jahr später, im Sommer 1942, erschien in der NS-Wochenschrift *Illustrierter Beobachter* eine bebilderte Reportage mit dem Titel «Grenzwacht gegen Banditen», in der geschildert wurde, wie bewaffnete Wehrmannschaften unter Führung der SA in den neuen Grenzgebieten der Südsteiermark und Oberkrains mit Erfolg «bolschewistische Hetzer» und versprengte Reste der ehemaligen jugoslawischen Streitkräfte bekämpften.¹⁴⁰

Ähnlich wie die SA im Generalgouvernement spielte die SA-Gruppe Südmark demnach eine entscheidende Rolle bei der «Sicherung» der Südsteiermark und der Krain, ein Kriegseinsatz, der die Verfolgung vermeintlicher wie tatsächlicher Partisanen einschloss. Der offizielle Auftrag der SA-Wehrmannschaften lautete indes nicht, die Südsteiermark und die Krain durch die Bekämpfung von Partisanen zu befrieden, sondern ihren Mitgliedern eine nationalsozialistische Erziehung angeeignet zu lassen, wozu ganz im Sinne der 1939 formulierten allgemeinen Aufgabenstellung der SA auch intensives paramilitärisches Training gehörte. Der Dienst in den Reihen der SA-Wehrmannschaften galt als äusserst probates Mittel zur «Rückführung [dieser Männer] zum Deutschtum».¹⁴¹

Wie in anderen annektierten oder besetzten Gebieten des Grossdeutschen Reiches, ging auch hier die regionale Polizeiarbeit Hand in Hand mit dem Versuch, jene

Teile der lokalen Einwohnerschaft zu «germanisieren», die als rassistisch akzeptabel eingestuft wurden.¹⁴² Doch die Aktivitäten des Steirischen Heimatbundes und des Kärntner Volksbundes im Verein mit den SA-Wehrmannschaften brachten nicht die gewünschten Erfolge, im Gegenteil: Ein Jahr nationalsozialistischer Herrschaft genügte, um einen vollständigen Stimmungsumschwung auch bei der zunächst den Deutschen wohlgesinnten Bevölkerung herbeizuführen, was im Wesentlichen auf die Korruption bei den neu installierten deutschen Organisationen und ihre Neigung zur Gewalt zurückzuführen war.¹⁴³ Die Lage wurde so kritisch, dass die SA-Wehrmannschaften des Kärntner Volksbundes im Oktober 1942 aufgelöst werden mussten. An ihre Stelle trat die neue SA-Standarte Oberkrain, der sich bis Januar 1943 aber kaum mehr als 1'000 Mann anschlossen.¹⁴⁴ Die Operationen gegen «Partisanen» wurden vom Herbst 1942 an mit immer brutalerer Gewalt von der sogenannten SS-Karstwehr unter dem Kommando des SS-Standartenführers Hans Brand durchgeführt.¹⁴⁵ Wieder einmal hatte die SA das Nachsehen.

An der Heimatfront

Natürlich waren nicht alle SA-Männer in der Wehrmacht oder in den neuen SA-Einheiten in den besetzten Gebieten stationiert. Wer für den aktiven Kampfeinsatz zu alt war, hatte Hilfsdienste an der «Heimatfront» zu verrichten, wie die Propagandisten des Regimes es nannten. Die damit verbundenen Anforderungen waren durchaus vielfältig und zeigten sich schon unmittelbar nach Kriegsbeginn. Im Grossraum Hamburg wurde die örtliche SA beispielsweise im September 1939 mit dem Luftschutz betraut, eine Aufgabe, die knapp 500 SA-Männer der Hansestadt ständig auf Trab hielt. Auch für die Unterstützung der Arbeit des Ernährungshilfswerks Gross-Hamburg und für den Bau von Luftschutzgräben in der Umgebung musste die SA Hilfskräfte in grösserer Zahl – 600 beziehungsweise 400 Mann – abstellen.¹⁴⁶ Arbeitseinsätze dieser Art hatten sicherlich einen deutlich geringeren Prestigewert als Kampfeinsätze an der Front, doch sie wurden im weiteren Verlauf des Krieges immer wichtiger für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung im Reich.

Im Juli und August 1943, als bei massiven alliierten Luftangriffen auf Hamburg im Rahmen der «Operation Gomorrha» erhebliche Teile der Stadt zerstört wurden und rund 37'000 Menschen ums Leben kamen, zeigte sich der Nutzen solcher Bemühungen.¹⁴⁷ Das behauptete zumindest Gustaf Deuchler, einer der fanatischsten Nationalsozialisten unter den deutschen Hochschullehrern. Deuch-

ler, seit 1934 überzeugtes SA-Mitglied, war voll des Lobes für die von den Männern der Sturmabteilung in den Bombennächten und den Tagen danach organisierte Katastrophenhilfe. Zu einer Zeit, in der keine zentral koordinierten Anweisungen mehr erteilt werden konnten, hatten die lokalen SA-Einheiten nach Überzeugung Deuchlers ein bemerkenswert hohes Mass an Selbstorganisation bewiesen. Seine SA-Kameraden und er selbst hätten die ausserordentlich schwierige Aufgabe bewältigen müssen, Hunderttausende Ausgebombte zu versorgen und provisorisch unterzubringen, für die Verletzten ärztliche Hilfe zu organisieren und die Toten zu finden und zu bergen. Darüber hinaus habe die SA einsturzgefährdete Gebäude gesichert, Evakuierungen durchgeführt und die Brände bekämpft, die überall in der Stadt wüteten. Die Leistung sei umso höher zu bewerten, als viele SA-Männer selbst Heim und Angehörige verloren hatten. Wie Deuchler es darstellte, waren es in dieser Katastrophensituation vor allem die Männer der SA, die Hilfe leisteten und Trost spendeten:

Wo ein SA-Mann nur auftrat, zog er die Aufmerksamkeit und Achtung der Volksgenossen auf sich. Um 100 m zu gehen, brauchte man als SA-Mann ¼-½ Stunde; denn fast jedermann wollte Rat und Hilfe von ihm. Das Vertrauen der Volksgenossen in den SA-Mann war einfach grenzenlos. Der SA-Mann weiss alles, kann alles, vermag alles.¹⁴⁸

Diese Glorifizierung der SA aus der Feder eines Mitglieds war natürlich parteiisch und sicherlich stark überzogen, hatte aber durchaus einen wahren Kern. Seit Anfang des Krieges war die SA mit immer mehr Aufgaben betraut worden, die nicht in jedem Fall dem Selbstbild der Sturmabteilung schmeichelten, aber doch einen wichtigen Beitrag zu dem leisteten, was die NS-Propaganda als «Sicherung der Heimatfront» bezeichnete. Die SA-Männer, die nicht zum Kriegsdienst eingezogen wurden, beteiligten sich etwa an der «Fürsorge- und Betreuungsarbeit» der Sturmabteilung für die Familien ihrer bei der Wehrmacht dienenden Kameraden. Sie wurden regelmässig aufgerufen, Blut zu spenden, und halfen beim Transport verwundeter Soldaten. 1941 begannen einige SA-Gruppen auch damit, Geld zu sammeln für den Kauf von Zigaretten, Büchern und Zeitungen oder als Unterstützung für verwundete Kameraden, die in Militärlazaretten behandelt wurden.¹⁴⁹ Darüber hinaus arbeiteten SA-Einheiten am Bau von Luftschutzbunkern und bei der Befestigung der Siegfriedlinie entlang der Westgrenze des Reiches, halfen den Landwirten bei der Einbringung der Ernte sowie umgesiedelten Volksdeutschen bei ihren ersten Schritten «heim ins Reich», trafen Vorkehrun-

gen gegen Waldbrände und unterstützten als «Hilfspolizisten» die reguläre Grenzpolizei, wie es die SA bereits 1933/34 getan hatte.¹⁵⁰ Besondere Bedeutung kam der Beaufsichtigung der ausländischen Zwangsarbeiter zu, die in immer grösserer Zahl in den Fabriken oder in der Landwirtschaft aushelfen mussten. Bis August 1944 stieg die Zahl der ins Reich geholten Ausländer – zumeist als Zwangsarbeiter – auf knapp 8 Millionen. Um diese vielen Fremden unter Kontrolle zu halten, wurde mehr als eine Million deutscher Männer als Hilfspolizisten oder als «Land- und Stadtwachtmänner» eingesetzt mit dem Auftrag, Fluchtversuche der Zwangsarbeiter zu vereiteln, rassistisch unerwünschte Liebesbeziehungen zwischen ihnen und Einheimischen zu unterbinden und die öffentliche Moral im weitesten – nationalsozialistischen – Sinn aufrechtzuerhalten.¹⁵¹

Die «Landwacht» und die «Stadtwacht» standen unter der Kontrolle Himmlers. Angesichts der Dominanz der SS über die SA seit 1934 befürchtete die OSAF daher nicht ohne Grund, dass die SS auf der Suche nach geeigneten Stadt- und Landwachtmännern bei der SA «wildern» würde. Deshalb forderte die SA-Führung im April 1942, dass zumindest ihre Führungskader nicht als Stadt- oder Landwachtmänner verpflichtet werden dürften, weil das die «Breitenarbeit» der SA gefährden könnte. Die OSAF wollte die letzten ihr an der «Heimatfront» verbliebenen Führungskräfte unter keinen Umständen auch noch an Himmlers SS verlieren. Und diesmal gewann sie das Kräftemessen gegen den Chef der Deutschen Polizei, der sich den Forderungen der SA im Juni 1942 beugte.¹⁵²

Als in den späten Kriegsjahren die alliierten Bombenangriffe auf deutsche Städte an Intensität und Zerstörungskraft zunahmen, erhielt die SA den Auftrag, aus den zerbombten Häusern und Wohnungen noch brauchbare Einrichtungsgegenstände wie Herde und Badewannen zu bergen und sie Notleidenden unbürokratisch zur Verfügung zu stellen.¹⁵³ SA-Männer achteten darauf, dass die Verdunkelungsbefehle in ihren Gemeinden befolgt wurden, und beteiligten sich wie die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) in Frostperioden an der Kohleausgabe für die Zivilbevölkerung.¹⁵⁴ All das diente der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung im «Dritten Reich». Die SA an der «Heimatfront» war eine Ordnungspolizei, die sowohl Ausländer als auch die deutsche Bevölkerung kontrollierte. Wie Deuchler in seinem bereits erwähnten Bericht über Hamburg ausdrücklich anmerkte, gehörte die «unauffällige Überwachung bedenklicher oder verdächtiger Personen»¹⁵⁵ – damit konnten Gruppen ausländischer Zwangsarbeiter ebenso gemeint sein wie der einfache «Volksgenosse» – zu den Aufgaben der SA. Dennoch beklagten viele altgediente SA-Mitglieder, dass ihre Leistungen nicht genügend gewürdigt würden. SA-Sturmführer Fritz Hancke, Angestellter

beim SA-Archiv im Berliner Horst-Wessel-Haus und dort auch Betriebsluftschutzleiter, erklärte in einem Brief an seinen ehemaligen Chef, den SA-Obergruppenführer Siegfried Kasche, für einen überzeugten Nationalsozialisten wie ihn gebe es bessere Verwendungsmöglichkeiten:

Sie sehen, dass wir alten Rabauken wenigstens noch zu etwas im Kriege nütze sind. An der Front will man uns ja leider nicht mehr haben, obwohl wir gerade jetzt ein Anrecht darauf hätten, den Schlussmarsch gegen die Bolschewiken mitzumachen, da wir ja auch bei dem Anfang des Kampfes mit dabei waren. Aber leider, wir müssen hierbleiben und einhüten!!!¹⁵⁶

Ähnliche Töne schlug auch Viktor Hölscher an, SA-Mann und Eigentümer des Foto-geschäfts H. Traut in München, der sich im Juni 1942 in einem sechs Seiten langen Brief an die OSAF beschwerte. Viele der rangniedrigen SA-Männer empfänden den aktiven Dienst in der Organisation angesichts des Krieges als äusserst unbefriedigend. Die Männer unter seinem Kommando, überwiegend im Alter zwischen 28 und 48 Jahren, seien ideologisch gefestigt und erfahren. Sie würden darauf brennen, aktiv zum deutschen Endsieg beizutragen, sähen sich aber auf eine «Stammtischgemeinschaft» reduziert, die wenig mehr tue, als sich regelmässig zu geselligen Abenden in einem Gasthof zu treffen. «Bei gutem Wetter wird in einem Wirtshausgarten oder Schulhof ‚Rechts um‘ und ‚Links um‘ geübt, und dann sitzt man beim Bier zusammen. Und das Woche für Woche, Monat für Monat! Das hält kein Aktivist aus!», schimpfte Hölscher. Nach seiner Ansicht hatte die SA mittlerweile mehr Ähnlichkeit mit einer Veteranenvereinigung als mit einer modernen und strategisch bedeutsamen Parteiorganisation. Dementsprechend seien die Neulinge in der SA jetzt überwiegend «Beamtenanwärter», für die die Mitgliedschaft in mindestens einer Parteiorganisation verpflichtend sei. Von solchen Leuten könne man bestenfalls erwarten, dass sie der Form nach Mitglieder würden, in «echte SA-Männer» würden sie sich nur in den «seltensten Fällen verwandeln». Alles in allem sei die SA offensichtlich die einzige wichtige Parteiorganisation «ohne praktischen kriegswichtigen Aufgabenkreis», resümierte Hölscher.¹⁵⁷

Solche Klagen vonseiten überzeugter SA-Aktivistinnen blieben nicht ohne Resonanz in der Organisation. Es ist freilich wichtig, zwischen den Aktivitäten der SA im Altreich und ihren Aufgaben in den neu eroberten oder besetzten Gebieten zu unterscheiden. Während es den zahlenmässig geschrumpften SA-Einheiten in den deutschen Kernlanden während der ersten Kriegsjahre tatsächlich oft an Aufgaben und Motiva-

tion fehlte, galt das in den Ländern weiter im Osten und Süden Europas, wo erst vor kurzem SA-Einheiten aufgestellt und Teil der deutschen Kriegsmaschinerie geworden waren, in weitaus geringerem Masse. Dass Himmler die Aktivitäten der SA in den betreffenden Jahren kontinuierlich überwachen liess und sich fortwährend über die Anläufe Lutzes und später Schepmanns, den Stellenwert der Sturmabteilung im Gefüge des «Dritten Reiches» zu erhöhen, auf dem Laufenden halten liess, ist ein Indiz dafür, dass die SA auch in dieser Zeit relevant blieb. Als der Krieg dann an Heftigkeit zunahm und die Bombenangriffe auf deutsche Städte und Industriereviere sich vervielfachten, war die SA im Altreich sehr gefragt. Gerade weil die grosse Mehrheit der jüngeren deutschen Männer an den Fronten kämpfte, wurde die Fähigkeit der SA, sowohl ältere als auch ganz junge deutsche Männer zu erfassen, zu disziplinieren und für die Ziele des Regimes einzusetzen und zugleich die immer unzufriedener werdende Zivilbevölkerung in Schach zu halten, existentiell wichtig für die Kriegsfähigkeit Deutschlands.

Die Aufgaben der SA hatten auch eine geschlechtsspezifische Dimension, wie ein Beispiel aus Bayern illustriert. In einem geheimen Bericht vom 23. September 1942, erstellt von Hans Sponholz, einem mässig erfolgreichen Romanautor, der früh auf die Herstellung von SA-Propaganda umgestiegen war und bei der OSAF in München als Propagandist arbeitete, hiess es, nach dem alliierten Luftangriff auf die Stadt vom 20. September hätten die defätistische Kommentare gerade von «Volksgenossinnen» stark zugenommen. Diese Frauen seien der Meinung, «der Führer habe den Krieg vom Zaun gebrochen» und Russland angegriffen, weshalb die von der offiziellen Propaganda verbreitete moralische Empörung über die jetzigen Luftangriffe unangemessen sei. Damit nicht genug, sähen manche Frauen in der grossen Zahl der durch die Bombenangriffe getöteten oder obdachlos gewordenen Zivilisten geradezu eine «göttliche Strafe» dafür, dass Deutschland «die Juden über die Grenze geschafft und sie ins Elend gejagt hätte». Um solchen Diskussionen einen Riegel vorzuschieben, empfahl Sponholz, SA-Führer in Zivil in die Geschäfte zu schicken mit dem Auftrag, «Einzelfälle festzunageln». ¹⁵⁸ Es mag ein Zufall sein, dass Sponholz sich einer sexuell konnotierten Sprache bediente, aber selbst wenn das nicht beabsichtigt war, bleibt auffällig, dass er das Problem als spezifisch weiblich ansah und zu seiner Lösung eine explizit männliche Intervention vorschlug.

Sponholz Botschaft war unmissverständlich: Wenn Frauen unter dem Eindruck verheerender Luftangriffe schwach wurden, hatten willensstarke Männer das Recht, sie zu bestrafen – und damit nicht zuletzt unbeteiligten Dritten eine Lektion zu erteilen. ¹⁵⁹ In einer Gesellschaft, die Krieg führte, sah sich die SA ver-

pflichtet, als Sittenpolizei und «Beschützerin der Volksgemeinschaft» nicht nur Ausländer und «asoziale Elemente» zu überwachen, sondern auch gewöhnliche «Volksgenossinnen» und «Volksgenossen».

Bis zum letzten Mann

Seit der Weltwirtschaftskrise der frühen 1930er Jahre war es immer ein Anliegen der SA gewesen, bezahlte Arbeit für die Masse ihrer einfachen Mitglieder zu finden. Bis ins Jahr 1932 hinein hatten die Nationalsozialisten versucht, die Gewerkschaften, damals noch fest in der Hand von SPD und KPD, zu unterwandern und parallel dazu eine Art eigene Gewerkschaft aufzubauen, die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO). In der Praxis war das Verhältnis zwischen der SA und der NSBO niemals spannungsfrei gewesen, erst recht nicht, als die NSBO bei der Akquirierung von bezahlter Arbeit für ihre Mitglieder mehr Erfolg hatte als die SA.¹⁶⁰ Von 1933 an hatte die SA dann die Errichtung sogenannter Hilfswerklager initiiert, also temporärer Arbeitslager, in denen erwerbslose SA-Männer in Baracken lebten. Die Insassen dieser Lager bildeten ein billiges Arbeitskräftereservoir, aus dem sich Partei und Staat bedienen konnten; sie wurden zumeist zu öffentlichen Bauprojekten herangezogen, etwa beim Bau neuer Strassen. Gleichzeitig waren diese Hilfswerklager ein Versuch, eine besonders problematische Klientel zu überwachen und die nach wie vor hochgradige Unzufriedenheit und Gewaltbereitschaft der einfachen SA-Männer produktiv zu nutzen.¹⁶¹

Als sich die wirtschaftliche Lage in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre verbesserte, wurden die meisten Hilfswerklager geschlossen und nur wenige wie das in Lockstedter Lager – dem heutigen Hohenlockstedt in Schleswig-Holstein – in sogenannte SA-Umschulungslager (und noch später in SA-Berufsschulen) umgewandelt.¹⁶² SA-Männer, die sich schwertaten, eine bezahlte Arbeit zu finden, konnten dort eine ein- bis zweijährige Ausbildung für eine Tätigkeit in der Privatwirtschaft durchlaufen und erhielten auch eine geringe Ausbildungsvergütung. Es war das erklärte Ziel dieser Umschulungslager und Schulen, so viele Männer wie möglich in kurzer Zeit zu Facharbeitern zu machen – ein amtlich anerkannter Bildungsabschluss, der den Betroffenen die Chance bot, mehr zu verdienen als ein ungelernter Arbeiter. In diesen Lagern konnte man sich zum Schlosser, Mechaniker, Schiffsbauer, Feinmechaniker, Kupferschmied, Feinblechner oder Schweisser ausbilden lassen.¹⁶³ Die in der Umgebung der Lager ansässigen Firmen wurden ersucht, Maschinen und Werkzeuge für diese Lehrwerkstätten zur Verfügung zu stellen.¹⁶⁴

Die SA-Berufsschule in Lockstedter Lager erfreute sich rasch grosser Beliebtheit. Im Jahr 1938 nahm sie bereits mehr als 1'000 Lehrlinge auf.¹⁶⁵ Ein Viertel davon war zu diesem Zeitpunkt älter als dreissig Jahre, was darauf hindeutet, dass diese «Berufsschule» – ganz in der Tradition der früheren «Hilfswerklager» – anfänglich auch die Aufgabe hatte, «Alte Kämpfer» für Industrieberufe zu qualifizieren. Im Lauf der Zeit gelang es der SA-Berufsschule jedoch, zunehmend mehr junge Männer anzuwerben, die die «Kampfzeit» nur vom Hörensagen kannten.¹⁶⁶ Diese Schüler kamen immer öfter aus den ökonomisch rückständigen Grenzgebieten des Reiches. 1938 wurden in Lockstedter Lager die ersten arbeitslosen SA-Männer aus dem Sudetenland begrüsst und 1939 mehrere Hundert Ausbildungswillige aus Oberschlesien.¹⁶⁷ In den Kriegsjahren kamen auch junge Lehrlinge, manchmal erst 15 Jahre alt, aus dem ehemals polnischen Teil Oberschlesiens, aus dem Memelland und aus dem besetzten Litauen.¹⁶⁸

Angesichts dieser Erfolgsgeschichte wurden weitere SA-Berufsschulen gegründet. 1941 gab es bereits vier Schulen dieser Art. Sie wurden nach ihren Heimatregionen benannt: Neben der erwähnten Schule «Nordmark» in Lockstedter Lager gab es «Nordsee» in Westerstede bei Oldenburg, «Ostland» (später in «Tannenberg» umbenannt) in Contienen unweit der ostpreussischen Hauptstadt Königsberg und «Weichsel» in Schulitz, einer Kleinstadt im Bezirk Bromberg (heute Solec Kujawski im polnischen Bezirk Bydgoszcz).¹⁶⁹ Nach Kriegsbeginn stellte vor allem das Oberkommando der Marine Gelder für den Bau und die Weiterentwicklung dieser vier Schulen zur Verfügung.¹⁷⁰ Von Juli 1941 an wurden sie von der Obersten SA-Führung in München in enger Abstimmung mit der «Industriegemeinschaft für die SA-Berufsschulen» betrieben, einem Konsortium mehrerer nord- und ostdeutscher Unternehmen.

Chef der Industriegemeinschaft war Heinrich Middendorff, ein ehemaliger U-Boot-Kommandant, der inzwischen zum Vorstandsvorsitzenden der Deutsche Werke Kiel AG aufgestiegen war.¹⁷¹ Die von Middendorff vertretenen Firmen waren allesamt im Schiffbau tätig. Sie profitierten zwar von der kriegsbedingt rapide gestiegenen Nachfrage nach Kriegsschiffen und U-Booten, litten aber – vor allem durch die Einberufung der Arbeiter zum Wehrdienst – immer stärker unter einem Mangel an Fachkräften.¹⁷² Da die körperlich anstrengende Arbeit beim Schiffsbau für Arbeitssuchende mit höherer Schulbildung wenig attraktiv war, war die Branche auf die ganz jungen sowie auf jene älteren deutschen Männer angewiesen, «die durch irgendwelche Schicksalslagen keinen Beruf erlernen konnten». Folgerichtig suchte sie zunehmend die enge Zusammenarbeit mit der SA, die sie zu Recht als Interessengemeinschaft von Männern mit relativ niedri-

gem Sozialstatus und Bildungsniveau ausgemacht hatte. Middendorff betonte gegenüber seinem Verhandlungspartner allerdings stets, dass es den von ihm vertretenen Firmen keinesfalls darum gehe, «im schnellen Tempo irgendwelche Arbeitskräfte anzustellen oder umzuschulen», sondern darum, die besten Männer zu finden und auszubilden – und das waren nach Middendorffs Definition angeblich just jene Männer, die «in der SA-Berufsschule weltanschaulich und charakterlich zum SA-Mann herangebildet worden sind».¹⁷³

In den meisten Fällen wurden die Ausbildungskandidaten direkt von den Arbeitsämtern an die Schulen geschickt. Die Mitgliedschaft in der SA war keine formelle Voraussetzung für die Aufnahme, doch musste jeder Anwärter zumindest die Bereitschaft erkennen lassen, spätestens mit Ende der Ausbildung in die SA einzutreten.¹⁷⁴ Lediglich Landarbeitern und Bauern war es aus praktischen und ideologischen Gründen verboten, diese Schulen zu besuchen,¹⁷⁵ weil sie in der Landwirtschaft gebraucht würden, und das galt erst recht in den Kriegsjahren. Überdies wollten die Nationalsozialisten nichts tun, was die ohnehin grassierende Landflucht noch beschleunigte, sondern priesen die praktische Arbeit auf der «deutschen Scholle» unermüdlich als körperlich gesund und moralisch prägend.

Je länger der Krieg dauerte, desto härter musste die SA indes für die Beibehaltung der «politischen Erziehung» als wichtiges und wesentliches Element des Lehrplans an ihren Berufsschulen kämpfen.¹⁷⁶ Und sie tat sich zunehmend schwerer, die insgesamt 5'500 Plätze zu füllen, die an diesen Schulen eingerichtet worden waren. Selbst die Tatsache, dass der Unterricht kostenlos war und die Schulen den Schülern Unterkunft, Arbeitskleider und eine kleine Ausbildungsvergütung bereitstellten, half nur wenig.¹⁷⁷ Und von denen, die kamen, mussten viele schon nach kurzer Zeit wieder nach Hause geschickt werden. Die SA rechtfertigte diese Massnahme damit, dass keine Firma ein Interesse daran haben könne, Arbeiter einzustellen, die an Tuberkulose, Herzproblemen oder geistiger Beschränktheit litten – eine Verteidigung, die ein grelles Licht auf die Männer warf, die es in den Kriegsjahren an diese Berufsschulen verschlug. Aus Sicht der OSAF waren hauptsächlich die Arbeitsämter für dieses Problem verantwortlich, da sie unter den wenigen Kandidaten, die in Deutschland überhaupt noch verfügbar waren, eine recht zweifelhafte Auswahl treffen würden.¹⁷⁸

Im Sommer 1942 musste die OSAF dann auch noch erkennen, dass Middendorff nur so lange mit der SA zusammenarbeitete, wie die deutsche Wirtschaft händeringend nach Arbeitskräften suchte. Im Zeichen des vielversprechenden Verlaufs der neuen Offensive gegen die Sowjetunion und der Vielzahl russischer und polnischer Zwangsarbeiter, die nun verfügbar wurden, liess seine Bereitschaft, in die Ausbildungslehr-

gänge für ungelernete Arbeiter ideologische Schulungen nach SA-Art einzubetten, erheblich nach. Im Juli 1942 forderte er die SA-Führung in München unverblümt auf, in die Berufsschule in Lockstedter Lager russische «Zivilarbeiter» aufzunehmen und auf diese Weise möglichst viele Arbeiter für den Einsatz auf den deutschen Schiffswerften heranzuziehen.¹⁷⁹ Die SA protestierte heftig dagegen. Ihr erstes und oberstes Ziel sei es, Gutes für die deutsche Arbeiterschaft und die Volksgemeinschaft zu bewirken, und nicht, den Nutzen wohlhabender Industriebosse zu mehren. Falls russische Zwangsarbeiter überhaupt akzeptiert würden, müssten ihre Baracken durch einen dreieinhalb Meter hohen Zaun von den Quartieren der anderen Arbeiter getrennt werden.¹⁸⁰ Überhaupt habe sich Middendorff, bemerkte der für die Schule verantwortliche SA-Brigadeführer Herbert Merker, als «ganz rücksichtsloser Betriebsführer» entpuppt. «Im Bezug auf Fürsorge, Betreuung, also Sozialismus», sei er so «unberührt wie ein neugeborenes Kind». Vorwürfe dieser Art zeugen vom heftigen Unmut langjähriger SA-Aktivisten, wenn sie mit der Tatsache konfrontiert wurden, dass wirtschaftliche Zwänge oft mehr zählten als ideologische Überzeugungen.¹⁸¹ Sie offenbarten aber auch, dass bestimmte Elemente der «sozialistischen» Ideologie der NSDAP aus der Zeit vor 1933 bis in die Jahre des Zweiten Weltkriegs überdauerten. Besonders aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang eine Äusserung des Reichsstatthalters und Gauleiters der Steiermark, Siegfried Uiberreither. In einer Rede vor den SA-Männern seines Gaus, gehalten im Frühjahr 1941, erklärte er, sobald der Krieg vorbei sei, müsse man «das Schwert aus der Hand legen» und «die Fahne der Revolution wieder ergreifen», um das Grossdeutsche Reich zum «grössten Sozialstaat der Erde» auszubauen.¹⁸²

Da deutsche Männer, die der beruflichen und ideologischen Schulung seitens der SA bedurften, zunehmend seltener zu finden waren, gelangte Merker zu der Einsicht, dass der Fortbestand der Berufsschulen – die vom November 1942 an SA-Werklager genannt wurden – nur noch unter Berufung auf die strategischen Bedürfnisse eines kriegführenden Volkes zu rechtfertigen sei.¹⁸³ Tatsächlich blieb das Werklager Nordmark bis zum Kriegsende in Betrieb, wobei die Begründung für den Fortbestand dieser und der anderen Schulen von der Gegenwart in die nahe Zukunft verlagert wurde, in die Zeit nach dem «Endsieg». Wie Merker im Sommer 1942 einräumte, habe für Deutschland gegenwärtig der Aufbau der «bestmöglichen Wehrmacht» absolute Priorität. In der Zeit nach dem siegreich beendeten Krieg würde aber an die Stelle des kämpfenden Soldaten ein neues Rollenbild treten: der «Soldat der Arbeit». Nach Merkers Überzeugung oblag es der SA, diesen neuen Typus des deutschen Facharbeiters zu prägen, indem sie

ihn durch ideologische wie körperliche Ertüchtigung in die Lage versetzte, ein höheres fachliches Leistungsniveau zu erreichen. Der neue deutsche Arbeiter müsse zum «Bearbeiter und somit Verteidiger des neu erworbenen Raumes» werden.¹⁸⁴

Zwischen dieser Vision und dem Konzept des SA-»Wehrbauern« im neuen deutschen Osten, das im vorigen Kapitel analysiert worden ist, zeigen sich auffällige Parallelen. Da die Aktivitäten von SA-Einheiten in vielen Regionen des Altreichs zwischen 1940 und 1944 durch einen akuten Mangel an Personal und eine ebenso plausible wie attraktive Zielsetzung stark beeinträchtigt wurden, flüchtete sich die SA-Führung auch auf dem Gebiet der beruflichen Bildung in immer ambitioniertere Zukunftsprognosen. Ihrer Überzeugung nach würde mit Ende des Krieges eine neue deutsche Gesellschaft entstehen, in der auch herkömmliche «zivile» Tätigkeiten wie die Landwirtschaft oder industrielle Arbeit mit soldatischer Überzeugung geleistet werden mussten. Frieden – in seiner ursprünglichen Bedeutung als Abwesenheit von Krieg und gewaltsamer Konfrontation – war aus dieser Sicht nicht mehr denkbar. So wie in der Frühzeit der NS-Bewegung der einzelne SA-Mann den mit Gewalt ausgetragenen Konflikt gebraucht hatte, um seine Willensstärke und seinen Wert für die «Bewegung» zu beweisen, so würde die deutsche Volksgemeinschaft nach dem Zweiten Weltkrieg ein Gemeinwesen sein, das jederzeit von Feinden umringt und bedroht war. Daraus folgte, dass der deutsche Mann Zeit seines Lebens zwei eng miteinander verflochtene professionelle Identitäten aufweisen musste – eine zivile und eine militärische. Dieser Vision zufolge waren alle deutschen Männer berufen, ihr Leben lang den ideologisch gefestigten SA-Wehrmann zu repräsentieren, allzeit gerüstet und bereit für den nächsten Krieg.

Die Niederlage vor Augen

Die tatsächliche Entwicklung der Jahre 1943 bis 1945 war für die SA wenig vielversprechend und weit entfernt von ihren hochfliegenden Erwartungen. Selbst die wichtigen Tätigkeitsfelder, die sie besetzt hatte, und ihre neuen Aktivitäten konnten das Ansehen der Sturmabteilung, ihre Verfügung über Ressourcen und ihre Aussichten auf die Zukunft kaum verbessern. Im Herbst 1943 musste selbst der notorisch optimistische neue SA-Stabschef Wilhelm Schepmann einräumen, dass die Sturmabteilung sich in einer kritischen Lage befand. In einer langen Rede auf einer Konferenz der Bereichsleiter und Gauleiter der NSDAP am 6. Oktober 1943 in Posen erklärte er, man dürfe die Organisation nicht an ihren momentanen Erfolgen (oder eher ihrer Erfolg-

losigkeit) messen, sondern nur an ihren langfristig wirksamen Leistungen. Der Grundtenor seiner Ausführungen war defensiv.¹⁸⁵ Wiederholt betonte Schepmann, die SA sei ihrem Selbstverständnis nach ein Werkzeug der Partei und Hitlers.¹⁸⁶ Er unterstrich sein Bestreben, das Verhältnis der SA zu anderen Parteiorganisationen zu verbessern, vor allem das zur Hitlerjugend und zur SS. Allem Anschein nach hatte Schepmann in persönlichen Unterredungen mit Himmler den Vorrang der SS und der Waffen-SS zumindest für die Dauer des Krieges bedingungslos anerkannt, denn er erklärte ausdrücklich, Pläne für den Aufbau einer Waffen-SA, die ausschliesslich aus SA-Männern bestand, nicht weiter zu verfolgen, obwohl Himmler der Aufstellung einer solchen Truppe prinzipiell zugestimmt habe.

Die Gedankenspiele, in denen man sich mit der Schaffung einer Waffen-SA befasst hatte, sahen eine Truppe vor, die – ähnlich wie die Standarte Feldherrnhalle – unter dem Oberbefehl der Wehrmacht kämpfen und das Gegenstück zur Waffen-SS bilden sollte. Es ist höchst unwahrscheinlich, dass Himmler seine Zustimmung zu einer solchen Truppe jemals gegeben hat. Wenn er Schepmann diesbezüglich Zusagen gemacht haben sollte, dann allenfalls als Zeichen des guten Willens dem neuen SA-Stabschef gegenüber und um sich dessen Gefolgschaft zu sichern. Eine 1944 geschlossene Vereinbarung zwischen der SA und der SS, die SA-Männern die Möglichkeit eröffnete, sich freiwillig zur 18. SS-Panzergrenadierdivision Horst Wessel zu melden, dürfte einem ähnlichen Zweck gedient haben, wirkte sich praktisch aber gar nicht aus. Die Bewerberzahlen der SA waren so niedrig, dass sich die Einheit weitgehend aus Ungarndeutschen rekrutierte.¹⁸⁷

Wider alle Erwartung verhalf die dramatische Verschlechterung der militärischen Lage von 1943 an der SA dann doch zu einem gewissen Bedeutungszuwachs. Vor dem endgültigen Untergang des «Dritten Reiches» wurde die Sturmabteilung ein letztes Mal zum paramilitärischen Kampfverband. Als die Front den Grenzen des Deutschen Reiches näher rückte und schliesslich auf Reichsgebiet vordrang, wurden die Braunhemden – 1944 immerhin noch rund 500'000 Mann¹⁸⁸ – mit der nationalen Verteidigung «von innen her» beauftragt. Es gelte, den Feinden der deutschen Volksgemeinschaft den geballten «revolutionären Schwung» der SA entgegenzuwerfen. Dabei könne man nicht zimperlich vorgehen. Die beste Waffe gegen die «zersetzend wirkende Kraft der Meckerei oder Miesmacherei» sei «Angst vor Strafe. Nützt diese Kenntnis aus», wenn «solchen Zeitgenossen von Zeit zu Zeit das Maul zu stopfen» ist.

Die neue Aufgabe enthielt für die SA geradezu eine Verheissung: «Wir leben wieder in der Kampfzeit!»¹⁸⁹ Es war nur folgerichtig, dass sie von 1944 an – Seite

an Seite mit anderen nationalsozialistischen Organisationen wie der Hitlerjugend – vermehrt Strassenaufmärsche durchführte und damit öffentlich das Bild einer nie verzagenden Volksgemeinschaft abgab. Wie ein kritischer Beobachter seinem Tagebuch anvertraute, waren solche Aufmärsche bei der Bevölkerung durchaus beliebt, denn sie konnten ihr offensichtlich «eine Art Sicherheitsgefühl geben, wenn draussen Schreckliches sich ankündigt».¹⁹⁰ Die NS-Führung wies die Sturmabteilung aber 1944 und abermals Anfang 1945 an, den Kampf gegen den äusseren Feind wie gegen das rapide Nachlassen der deutschen Kriegsmoral nicht nur mit Worten und Aufmärschen zu führen, sondern auch mit Taten und Gewalt.

Am 26. September 1944 wurde SA-Stabschef Schepmann zum Inspekteur der Schiessausbildung im Deutschen Volkssturm ernannt.¹⁹¹ Doch es blieb bei der ungleichen Machtverteilung zwischen der SA und der SS. Während Himmler als Befehlshaber des Ersatzheeres über die operativen Einsätze des Volkssturms entschied, oblag Schepmann lediglich die Schulung und Ausrüstung derjenigen, die zu alt oder zu jung waren, um in der Wehrmacht zu kämpfen.¹⁹² Neben die SA-Führer, die als Ausbilder oder Kommandeure zum Volkssturm abgeordnet wurden, traten dort nun viele einfache SA-Männer, die bald den harten Kern vieler Einheiten bildeten.¹⁹³ Verantwortlich für die Aufstellung neuer kämpfender Einheiten waren Männer wie beispielsweise der Führer der österreichischen SA-Brigade 94 Oberdonau, der in seiner Region Einheiten aus den Gauwehrmannschaften rekrutieren sollte, den österreichischen Zivilverteidigungskräften. Diese neuen Einheiten sollten von Männern geführt werden, die sich bereits zuvor durch «soldatisches Können und Verständnis» sowie «Eignung zur Menschenführung und eine klare politische Haltung» ausgezeichnet hatten.¹⁹⁴

Unter den Gegebenheiten des Krieges war eine effektive Verteidigung durch solche Kräfte praktisch unmöglich. Das von der SA angebotene militärische Training war vielfach unzureichend, auch wenn die Propaganda des NS-Regimes beharrlich das Gegenteil verkündete.¹⁹⁵ Schepmann versicherte dennoch, man werde die neuen Volkssturm-Einheiten so drillen, dass sie jede «akute Gefahr von der Heimat» abwehren könnten. Viele der Männer, die jetzt eingezogen wurden, seien schliesslich in den zurückliegenden Jahren in den SA-Wehrmannschaften militärisch ausgebildet worden. Das Wehrtraining werde künftig aber weniger formal angelegt, da es gelte, in den relativ kurzen Lehrgängen «das Schiessinteresse und die Schiessleidenschaften zu wecken» sowie die «wirksamste Feuerkraft zu erzielen».¹⁹⁶ In den folgenden Monaten kam es dann mehr oder weniger zwangsläufig zu einer Verlagerung von Macht und Feuerwaffen von der SA zu den regionalen Volkssturm-Einheiten.¹⁹⁷

Die SA konnte die ihr gestellte Aufgabe und erst recht ihre eigenen Erwartungen zwar nicht mehr erfüllen, aber sie brachte immer noch fanatische «Überzeugungstäter» hervor, die nicht zuletzt aus Eigeninteresse alles daransetzten, das «Dritte Reich» und seine Gesellschaftsordnung bis zum letzten Moment zu verteidigen. Die Anweisungen der OSAF für den «totalen Krieg», von Schepmann Anfang Dezember 1944 an die Führungskader der SA verteilt, geben einen Einblick in die Mentalität und das Selbstverständnis der SA-Aktivisten der letzten Stunde.

Schepmanns Anweisungen zielten darauf, den einzelnen SA-Mann so hochgradig zu «fanatisieren», dass er zu «bedingungsloser Hingabe» an die Volksgemeinschaft und zum totalen Widerstand gegen den Feind bereit war, und zwar in jedem Augenblick. Aus diesem Grund wurden die SA-Männer aufgefordert, die Uniform am Arbeitsplatz und überall in der Öffentlichkeit zu tragen.¹⁹⁸ Eine kühne geschichtliche Analogie heraufbeschwörend, verglich Schepmann die Lage Deutschlands Ende 1944 mit der Situation des Reiches in den Befreiungskriegen des frühen 19. Jahrhunderts. Er sehe – ganz in der Tradition seiner Vorbilder vor mehr als einem Jahrhundert – in der rassischen und ideologischen Einheit der Nation eine notwendige Voraussetzung für die Befreiung Deutschlands, erklärte er.¹⁹⁹ Verantwortlich für den gegenwärtigen Krieg sei «das internationale Judentum» in seinem Streben nach «Weltherrschaft». In verschiedener Hinsicht knüpfte er damit direkt an die Thesen aus der Frühzeit der NSDAP in München an, nur dass jetzt apokalyptische Drohungen hinzukamen. Die Zukunft eines besiegten Deutschen Reiches sei äusserst düster – wenn es überhaupt eine gebe. Familien würden auseinandergerissen und das deutsche Volk in die Sklaverei geführt werden. Millionen würden Hungers sterben. Das jüdische «Untermenschentum» werde die deutsche Kultur und die deutsche Sprache vernichten.²⁰⁰ Das Reich würde am Ende jenes Schicksal erleiden, das es in den letzten Jahren seinen Nachbarn im Osten zugefügt hatte. Das sagte Schepmann nicht, aber dieser logische Schluss dürfte ihm und vielen anderen bewusst gewesen sein.²⁰¹

Die propagandistischen Katastrophenwarnungen entsprangen allerdings nicht nur der miserablen militärischen Lage. Seit der «Operation Barbarossa», dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941, waren Antibolschewismus und Antisemitismus in extremer Ausprägung – vereint in dem Ausdruck «jüdischer Bolschewismus» – wieder zu wichtigen Elementen der SA-Ideologie geworden.²⁰² In SA-Zeitschriften erschienen seither vermehrt Auszüge aus Soldatenbriefen, in denen die Berichte von einem sowjetischen «Arbeiterparadies» als eine einzige grosse Lüge bezeichnet wurden. Was sie mit eigenen Augen gesehen hätten, sei noch weitaus schlimmer gewesen als erwartet, hiess es in den



Bis in die letzten Kriegstage hinein gaben die Führer der SA nicht nur Durchhalteparolen aus, sondern stellten auch Personal für die militärische Schulung von Volkssturm-Verbänden und HJ-Einheiten. Dieses Foto vom Februar 1945 zeigt den letzten Stabschef der SA, Wilhelm Schepmann (rechts stehend), und den Generalarbeitsführer Wilhelm Decker (Zweiter von links) bei der Inspektion eines vom Reichsarbeitsdienst veranstalteten Lehrgangs für junge Kriegsfreiwillige, die sich zum Dienst bei der Panzergrenadierdivision Feldherrnhalle gemeldet hatten.

Briefen. Während die deutsche Volksgemeinschaft soziale Unterschiede nur akzeptiere, wenn sie auf der Bereitschaft zum Dienst an der Gemeinschaft und den besonderen Gaben des Einzelnen beruhten, herrschten in der sowjetischen Gesellschaft – den Erlebnisberichten zufolge – extreme soziale Unterschiede infolge einer jüdisch-bolschewistischen Verschwörung, deren Ziel die gnadenlose Unterwerfung der russischen Bevölkerung sei. In den Augen der deutschen Soldaten hatten es die einfachen Leute in Russland nicht besser als das Vieh, ohne Aussicht oder Hoffnung und machtlos der Ausbeutung durch die Juden ausgeliefert: «Hier hat der Jude sich restlos ausgetobt. Staat und Volk tragen seine ureigenste Fratze.»²⁰³

Nach der Wende, die der Krieg 1943 genommen hatte, war diese Rhetorik weniger ein Aufruf, den Osten Europas in eine bessere Welt zu verwandeln, als vielmehr ein Mittel zur Mobilisierung der Bevölkerung im Reich. Um den schlimmstmöglichen Fall, den Sieg der Roten Armee, zu verhindern, erhielten die SA-Einheiten Anweisung, stets äusserst wachsam zu sein und alles zum Schutz des deutschen Volkes zu tun. Heimtückische Feinde könnten überall lauern. Die Männer der Sturmabteilung wurden insbesondere ermahnt, ein wachsames Auge auf alle «Fremdvölkischen» zu haben. Der Endkampf werde die Befreiung von allen Fesseln bringen, versprach Schepmann. Daher müsse der SA-Mann ohne Rücksicht auf rechtliche oder moralische Bedenken «an jedem Ort und an jeder Stelle Stellung nehmen gegen alles, was der seelischen Kampfführung schadet (Gerüchtemacherei – Defätismus). Er hat dort, wo es nötig ist, zuzupacken wie in der Kampfzeit. Wie damals brechen wir jeden Widerstand mit unseren Fäusten.»²⁰⁴

Welche Wirkung solche Appelle erzielten, lässt sich nur schwer messen. Für die Mehrheit der deutschen Bevölkerung gilt sicherlich, dass sie Ende 1944 kriegsmüde und für derartig simple Propaganda nur noch mässig empfänglich war. Was die Sturmabteilung betrifft, so legt das Verhalten ihrer Mitglieder in den letzten Kriegsmonaten aber die Vermutung nahe, dass viele SA-Männer sich Aufrufe dieser Art noch immer zu Herzen nahmen.²⁰⁵ Wie zuvor im Generalgouvernement rissen jetzt überall in Deutschland lokale SA-Führer polizeiliche Befugnisse und Aufgaben an sich. Manchmal stachelten sie ihre Leute sogar zu tödlichen Racheakten an, etwa in Rüsselsheim, wo am 26. August 1944 nach einem schweren alliierten Luftangriff ein wütender Mob mehrere abgeschossene amerikanische Flieger folterte und umbrachte. Nach einer ersten Prügelattacke zog Josef Hartgen, lokaler NSDAP-Funktionär und SA-Führer, seinen Revolver und erschoss mindestens vier der US-Soldaten. Als wollte er die Lynchjustiz und seine eigenen Mordtaten in einen Akt legitimer Notwehr umdeuten, nahm Hart-

gen am nächsten Tag in SA-Uniform an der Bestattung der getöteten Amerikaner teil.²⁰⁶

Einer ähnlichen Logik folgte das Verhalten von vielen SA-Männern in den ländlichen Gebieten Deutschlands, die weiterhin die vom Regime vorgeschriebenen rassistischen Verbote durchzusetzen trachteten. Wie schon in den 1930er Jahren, als sie deutsch-jüdische Paare wegen angeblicher Rassenschande öffentlich angeprangert hatten, verhängten und vollstreckten diese Männer jetzt schwere Strafen, wenn es zu sexuellen Beziehungen zwischen Deutschen und ausländischen Zwangsarbeitern kam, vor allem wenn es sich bei Letzteren um osteuropäische Männer und Frauen handelte. Die SA-Propaganda charakterisierte Polen und «Ostarbeiter» als «grausam und tückisch» und erklärte, sie müssten streng überwacht werden, besonders auf dem Land, weil dort die Gefahr einer «blutmässigen Annäherung und Vermischung» am grössten sei.²⁰⁷ Die gezielte Suche örtlicher SA-Einheiten nach solchen Paaren endete in der Regel mit Prügelattacken und in extremen Fällen sogar mit Lynchmorden. Gerade solche Vorfälle haben sich nachhaltig in die Erinnerung vieler Deutscher eingebrannt, die die 1940er Jahre bewusst erlebt haben. In dem Städtchen Herford im ländlichen Westfalen etwa erhängten uniformierte SA-Männer mit Unterstützung der SS mindestens einen polnischen Zwangsarbeiter. Sie zwangen mehrere Zwangsarbeiter aus der Umgebung, diese Hinrichtung in einem Waldstück mit anzusehen, und drohten ihnen ein ähnliches Schicksal an, wenn sie nicht gehorchten.²⁰⁸

Was bis dahin stets als unbeugsamer «deutscher Kampfgeist» gerühmt worden war, verflüchtigte sich in den letzten Wochen des «Dritten Reiches», je mehr die lokalen Machthierarchien zerbröselten. Wer noch immer seine NS-Uniform trug, wurde nun zunehmend zum Ziel des Unmuts weniger nationalsozialistisch eingestellter Mitbürger.²⁰⁹ Die Oberste SA-Führung hatte daher und wegen akut drohender alliierter Luftangriffe schon im Frühjahr 1944 ihr Hauptquartier aus München in die zuvor von der SA-Gruppe Hochland betriebene Gruppenschule am Schliersee, fünfzig Kilometer südöstlich der bayerischen Hauptstadt, verlegt.²¹⁰ Seit 1938 hatte das Anwesen als Ausbildungszentrum für die regionalen Führungskader der SA gedient.²¹¹ Dorthin zog sich Anfang 1945 auch SA-Stabschef Schepmann mit seiner Familie zurück.²¹² Für ihn gab es ohnehin kaum noch etwas zu tun. Schon Wochen vor seiner Ankunft am Schliersee war die OSAF mangels eines funktionierenden bürokratischen Apparats nicht mehr in der Lage, die immer noch in die Hunderttausende gehende Zahl der verbliebenen SA-Männer effektiv zu koordinieren. In dem Vakuum, das infolge dieser Inkompetenz entstand, schossen allerorten improvisierte Gruppen fanatischer Nationalsozia-

listen aus dem Boden und meldeten Führungsansprüche auf lokaler und regionaler Ebene an. So mancher SA-Mann hielt sich noch immer für bevollmächtigt, die Volksgemeinschaft mit Gewalt zu verteidigen. Die Aktivitäten der SA richteten sich jetzt gegen alliierte Truppen, jüdische KZ-Häftlinge und deutsche «Defätisten», wobei in der Praxis vor allem Mitglieder der beiden letztgenannten Gruppen ihrer Gewalt ausgesetzt waren. Wie unlängst publizierte Forschungen des Historikers Patrick Wagner belegen, ermordeten fanatische Nationalsozialisten in den letzten Kriegsmonaten mindestens mehrere Hundert deutsche Zivilisten.²¹³ Die Anzahl der in den letzten Monaten des «Dritten Reiches» ermordeten jüdischen und osteuropäischen Zwangsarbeiter könnte bis zu 250'000 betragen haben.²¹⁴

Besonders gründlich erforscht sind die Massaker an ungarisch-jüdischen Sklavenarbeitern auf dem Weg zum Konzentrationslager Mauthausen im März und April 1945. Volkssturm-Einheiten aus der Steiermark sollten die «Todesmärsche» der ungarischen Juden bewachen, und eine Polizeikompanie aus dem Städtchen Eisenerz, die aus 150 «zuverlässigen» SA-Männern bestand, hatte Befehl, «so viele Juden wie möglich umzubringen». Allein am 7. April 1945 erschossen Angehörige dieser Einheit 150 bis 200 Menschen.²¹⁵

Einige der in den letzten Kriegsmonaten in aller Eile aufgestellten nationalsozialistischen Freikorpsverbände stellten für die deutsche Zivilbevölkerung sogar eine grössere Gefahr dar als für die alliierten Streitkräfte. So kümmerte sich eine Einsatzgruppe des Freikorps Sauerland unter Führung des SA-Manns Friedrich Jäger wenig um den Schutz der Heimat, sondern machte Jagd auf Deserteure und Andersdenkende. Mindestens fünf Menschen fielen ihnen zum Opfer: zwei angebliche Deserteure, zwei Zivilisten und der Geschäftsführer einer Zeche in Weidenau bei Siegen, der dafür verantwortlich gemacht wurde, dass auf dem Förderturm eine weisse Fahne wehte.²¹⁶ Im Südwesten Deutschlands wurde eine Gruppierung, die sich Sturmabteilung Freikorps Adolf Hitler nannte, im April 1945 mit dem Auftrag nach München entsandt, eine dort aktiv gewordene antinazistische Bewegung zu zerschlagen. Eine weitere in Bayern operierende SA-Kommandoeinheit unter dem SA-Brigadeführer Hans Zöberlein, eines Schriftstellers und fanatischen Nationalsozialisten, ermordete am 28. und 29. April 1945 in dem Arbeiterstädtchen Penzberg südlich von München zehn Zivilisten. Zuvor hatten Einwohner von Penzberg ihren Bürgermeister zum Rücktritt gezwungen, um eine friedliche Übergabe der Stadt an die Amerikaner zu ermöglichen.²¹⁷

Mit dem Vorrücken der Front wurde die offizielle Parole «Kampf bis zum letzten Blutstropfen!» allerdings vielerorts über Nacht von der Devise «Rette sich, wer kann!» abgelöst. Sobald bekannt wurde, dass sich alliierte Truppen nä-

herten, tauchten die lokalen NS-Funktionäre so schnell wie möglich unter, und die einfachen Parteigenossen sahen zu, sich ihrer Abzeichen, Wimpel und sonstigen NSDAP-Insignien zu entledigen. Am Schliersee drangen Dorfbewohner am 5. Mai 1945 in das letzte verbliebene SA-Hauptquartier ein. Wie der ortsansässige Pfarrer bezeugte, vernichteten oder stahlen sie in einer «wahnsinnigen Plündererei» bis zu 2'000 SA-Mäntel «aus bestem Stoff», mehrere Radiogeräte, Kleidungs- und Möbelstücke. In einem Zimmer entdeckte der plündernde Pöbel die Leichen eines «Nazis» und einer Frau, die gemeinschaftlich Selbstmord begangen hatten – aber niemand machte Anstalten, sie zu beerdigen.²¹⁸ In diesen Tagen verschwand *Mein Kampf* von den Bücherregalen in Deutschland. Wie andere NS-Requisiten wurden die meisten Exemplare vernichtet, einige wanderten in Verstecke und blieben dort mitunter für Jahrzehnte, bis Kinder oder Enkel das Haus ihrer Eltern oder Grosseltern ausräumten. Sichtbare Abzeichen nationalsozialistischer Gesinnung wie das braune Hemd der SA wurden in solchen Verstecken normalerweise nicht gefunden. Ein Augenzeuge aus Höxter erinnerte sich, dass man im April 1945 Dutzende SA-Uniformen die Weser hinabtreiben sah.²¹⁹ In vielen Fällen ging die Entsorgung aber über den reinen Kleiderwechsel hinaus. Die einstigen Träger dieser Uniformen redeten sich und anderen gern ein, dass sie mit der Uniform auch ihre NS-Identität abgestreift und fortgespült hätten. Tatsächlich war die Veränderung des Fühlens und Denkens ehemaliger SA-Männer ein komplizierter Prozess, der in vielerlei Hinsicht ambivalent und deutlich langwieriger verlief.

Alltagsfanatismus

Zwischen 1939 und 1945 veränderte sich der Charakter der nationalsozialistischen «Volksgemeinschaft». Zwar kümmerte sich das Regime in dieser Zeit vorrangig um den Nachschub für seine Kriegsmaschinerie, doch zumindest bis 1941/42, solange die militärischen und politischen Erfolge anhielten, war es auch um das materielle Wohlergehen und die gute Stimmung der Deutschen an der «Heimatfront» besorgt. Als sich im Verlauf des Krieges schliesslich die Aussicht auf eine dauerhafte deutsche Vorherrschaft über weite Teile Europas verflüchtigte, kam der repressive Charakter des Regimes besonders drastisch zum Vorschein. Aus der «Volksgemeinschaft» wurde eine «Schicksalsgemeinschaft», die einen heroischen Überlebenskampf von nie dagewesener Grössenordnung zu führen habe.²²⁰ Mit dieser Entwicklung nahm die Bedeutung der SA als «gierige Institution» vor allem dort zu, wo dieser vermeintliche Über-

lebenskampf besonders intensiv ausgetragen wurde. Zwischen 1939 und 1942 galt in nationalsozialistischen Kreisen als ausgemacht, dass die wichtigsten Schlachten in den vom Deutschen Reich annektierten und besetzten Gebieten stattfinden würden, wo die Aufstellung neuer SA-Einheiten «Reichsdeutschen» wie «Volksdeutschen» eine willkommene Gelegenheit bot, ihre Treue zum Regime unter Beweis zu stellen. Von 1942 an waren diese SA-Einheiten dann Teil der intensiven deutschen Anstrengungen, die öffentliche Ordnung in diesen politisch immer instabiler werdenden Gebieten aufrechtzuerhalten.

Als die Kriegsfrenten näher an die Grenzen des Altreichs heranrückten und schliesslich über sie hinwegzogen, suchte das NS-Regime die zuvor in den besetzten und annektierten Gebieten gesammelten Erfahrungen auch im deutschen Kernland zu nutzen. Allerdings dienten die knapp dreissig bis vierzig Jahre alten Männer, die ein Jahrzehnt zuvor entscheidend zum Aufstieg der Nationalsozialisten und zur Festigung ihrer Macht beigetragen hatten, inzwischen ganz überwiegend in der Wehrmacht und der Waffen-SS. Das Regime sah sich daher gezwungen, beim Aufbau einer Zivilverteidigung zur Aufrechterhaltung der eigenen Herrschaft auf andere Personengruppen zurückzugreifen. In dieser Situation boten sich die lokalen und regionalen SA-Führer, die nicht zur Wehrmacht eingezogen worden waren, darunter viele «Alte Kämpfer», als geeignete Kandidaten bei der Organisation des letzten Abwehrbollwerks an. Allerdings war die Fähigkeit der OSAF, ihre Gefolgsleute zu mobilisieren und zu disziplinieren, spätestens seit dem Herbst 1944 stark geschwunden. Den SA-Führern vor Ort gelang es in vielen Fällen aber dennoch, die organisatorischen Defizite im SA-Apparat in der letzten Kriegsphase durch unbändigen Fanatismus zumindest teilweise wettzumachen.

Es war nicht die Stärke einer reichsweit operierenden Organisation, die dazu beitrug, den Zusammenbruch des Regimes über Monate zu verhindern, sondern es waren einzelne SA-Männer mit ihrer lokal verankerten Macht, denen das in den deutschen Dörfern und Städten gelang. An vielen Orten haben sie die kriegsmüde Einwohnerschaft bis in die letzten Kriegstage hinein mobilisiert und eingeschüchtert. Mit dem Rücken zur Wand stehend, suchten die Nationalsozialisten ihr Heil ein letztes Mal in der Ausübung extremer Gewalt. «Lokale Liquidierungsgemeinschaften» (*local liquidating communities*) töteten Vertreter der Zivilbehörden, die vor den Alliierten kapitulieren wollten, und ermordeten viele der auf «Todesmärsche» geschickten KZ-Häftlinge.²²¹ Die langjährige Indoktrinierung der SA-Männer zeigte in Verbindung mit ihrer militärischen Ausbildung tödliche Wirkungen – bis zum bitteren Ende.

9

Diplomaten im Braunhemd und der Holocaust in Südosteuropa

Herrentum als Dienst an den Beherrschten! Kann es einen grösseren Anspruchstitel auf unsere Führerstellung geben als diese Haltung zu den Fragen des Lebens von Volk zu Volk und die deutsche Bewährung vor dem Forum einer 1'000-jährigen Geschichte?

EIN SA-ROTTENFÜHRER ÜBER DIE HISTORISCHE «MISSION» DEUTSCHLANDS IN OSTEUROPA, JULI 1941¹

Am Abend des 20. Juli 1941 sass SA-Obergruppenführer Adolf-Heinz Beckerle in einem Zimmer des vornehmen Berliner Hotels Kaiserhof und liess die Ereignisse des Tages Revue passieren.² Aus seiner Heimatstadt Frankfurt am Main kommend, wo er in den Jahren zuvor als Polizeipräsident amtiert hatte, war er gerade erst in der Reichshauptstadt eingetroffen, einer Zwischenstation auf seinem Weg nach Sofia. Drei Tage zuvor war Beckerle zum neuen deutschen Gesandten in Bulgarien ernannt worden, wo er die nächsten drei Jahre das Reich vertreten würde. Anders als einige der Wehrmachtssoldaten auf dem Weg an die Ostfront, deren Gespräche Beckerle am Nachmittag während des Aufenthalts im Magdeburger Hauptbahnhof verfolgt hatte, war der 39-Jährige mit Blick auf den Kriegsverlauf voller Zuversicht. Auf einem Bogen des hoteleigenen Briefpapiers notierte er:

Es ist [...] ärgerlich, wie wenig die meisten Menschen sich der Bedeutung dieser Zeit bewusst sind, die so gewaltig und begeisternd die nationale Zukunft sicherstellt.

In Bezug auf sich selbst hatte er allerdings gemischte Gefühle. Er war erschöpft und hoffte, dass die anstehende Veränderung ihm guttun würde: «Jahrelang Raubwirtschaft hält eben kein Kämpfer aus.»³ Beckerle war einer von fünf SA-Generälen, die von 1940 an als Botschafter des Deutschen Reiches im südöstlichen Europa eingesetzt wurden. Im Einklang mit älteren deutschen geopolitischen Konzepten sah das NS-Regime diese Region als «Ergänzungsraum», aus dem sich das Grossdeutsche Reich mit Boden- und Naturschätzen, Nahrungsmitteln und Personal für seine Kriegführung

versorgen wollte. Aus militärischer Sicht empfahl sich eine enge Bündnispartnerschaft mit den Staaten der Region schon deshalb, weil die Entstehung einer weiteren Kriegsfront verhindert werden musste.⁴

Die Männer, die gemeinsam mit Beckerle die Interessen Deutschlands in diesem wirtschaftlich und politisch direkt benachbarten «informellen Reich» vertreten sollten, waren Manfred von Killinger, Hanns Elard Ludin, Siegfried Kasche und Dietrich von Jagow. Ludin, zuvor Führer der SA-Gruppe Südwest, wurde im Dezember 1940 nach Pressburg (Bratislava) in der Slowakei entsandt. Um dieselbe Zeit begab sich von Killinger, bis dahin Leiter der Nachwuchsabteilung des Auswärtigen Amtes und zuletzt für ein paar Monate Vorgänger Ludins als deutscher Gesandter in Bratislava, auf den Botschafterposten in der rumänischen Hauptstadt Bukarest. Beide SA-Führer traten ihren Dienst im Januar 1941 an. Einige Monate später wurde der bisherige SA-Siedlungsexperte Siegfried Kasche nach einer achtwöchigen «Probezeit» als Gesandter an die neue deutsche Botschaft in Agram (Zagreb) in Kroatien geschickt. Dietrich von Jagow, Führer der SA-Gruppe Berlin-Brandenburg, ging im Juli 1941 als deutscher Botschafter in die ungarische Hauptstadt Budapest. Im Monat zuvor hatte Beckerle sein neues Amt in Bulgarien angetreten.⁵ Warum diese fünf SA-Generäle just zu diesem Zeitpunkt als Botschafter nach Südosteuropa entsandt wurden und ob und in welchem Masse sie eine bestimmte Form von «SA-Diplomatie» praktizierten, sollen die folgenden Überlegungen klären. Meine besondere Aufmerksamkeit wird dabei der Verwicklung dieser Diplomaten in den Massenmord an den europäischen Juden in Südosteuropa gelten. Zwar liegen für die hier relevanten fünf Länder bereits umfangreiche Arbeiten zu regionalen Aspekten des Holocausts vor, doch die spezielle Bedeutung der von der SA kommenden deutschen Diplomaten bei der Verfolgung und den Morden ist bisher noch kaum erforscht worden.

Wie die nachfolgenden Ausführungen zeigen, war jeder dieser SA-Generäle im Diplomatenfrack aktiv an der Formulierung und Umsetzung der deutschen Aussenpolitik gegenüber den Bündnispartnern des «Dritten Reiches» und am Holocaust im südöstlichen Europa beteiligt. Überdies wird die Frage erörtert, weshalb nach 1945 die Bemühungen ihrer Familienangehörigen fehlschlügen, die «öffentliche Erinnerung» an dieses Kapitel nationalsozialistischer Politik wachzuhalten und die Rolle der SA-Botschafter ins «rechte» Licht zu rücken. Im offiziellen Gedenken des Auswärtigen Amtes nach 1945 wurde über die SA-Diplomaten beredt geschwiegen. Sie galten als abschreckendes Beispiel für die verhängnisvollen Auswirkungen der Einmischung der NSDAP in Kernaufgaben der Diplomatie, gegen die sich das Auswärtige Amt vermeintlich nach Kräften gewehrt hat.⁶

SA-Führer im Auswärtigen Amt

Die fünf Männer, die von der Sturmabteilung in den Auswärtigen Dienst wechselten, waren allesamt hochdekorierte «Alte Kämpfer». Die «Nacht der langen Messer» im Sommer 1934, als von Killinger, Kasche, Beckerle und Ludin nur knapp den Todeskommandos entkommen waren, hatte bei ihnen tiefe Narben hinterlassen. An ihrer Loyalität zu Partei und Führer hatten die einschneidenden Erlebnisse jedoch nichts geändert. Hitler konnte von ihnen mit Recht erwarten, dass sie seine Interessen an drei Fronten vertreten würden: gegen mögliche Widerstände aus den Reihen der Berufsdiplomaten im Auswärtigen Dienst, gegen die Hitler einen – im Grossen und Ganzen unbegründeten – Argwohn hegte; gegen mögliche Querschüsse aus dem Oberkommando der Wehrmacht, für das militärische Erfordernisse letzten Endes wichtiger waren als ideologische Linientreue; und gegen den immer weiter wachsenden Einfluss der SS.⁷ Andererseits war die Berufung der SA-Diplomaten nicht ohne Risiko. Zwar standen sie fest zu den Grundwerten des Nationalsozialismus, doch es fehlte ihnen an Kenntnissen und Erfahrung auf dem diplomatischen Parkett. Im diplomatischen Dienst waren sie Aussenseiter und konnten nur auf die Unterstützung einiger weniger im Auswärtigen Amt sitzenden SA-Kameraden und überzeugten Nationalsozialisten zählen wie Unterstaatssekretär Martin Luther, der «allmächtige» Mann im Auswärtigen Amt, bevor er 1943 in Ungnade fiel.⁸ Einige Laufbahndiplomaten betrachteten ihre neuen Kollegen von der SA gar mit Misstrauen, wie aus einem Tagebucheintrag Beckerles wenige Tage nach der Ankunft in Sofia hervorgeht. Einer seiner Assistenten hatte ihm eröffnet, dass viele Beamte im Auswärtigen Amt in Berlin die SA-Diplomaten unter der Hand als «brutale KZ-Leute» bezeichneten, die angeblich ein «persönliches Konzentrationslager» zu ihrer Verfügung hatten.⁹

In krassem Gegensatz zu dieser Wahrnehmung stand Beckerles Vorstellung von sich selbst. Er hatte in den 1920er Jahren Volkswirtschaft, Philosophie und Jura studiert und sah sich als politische «Führungspersönlichkeit» – und als Künstler mit kulturellen Interessen und gutem Geschmack.¹⁰ In Sofia fertigte er in seiner Freizeit Kaltnadelradierungen an und schrieb Kurzgeschichten und Gedichte.¹¹ Sein einziges gedrucktes Buch, ein autobiografischer Reisebericht, in dem er seine Abenteuer im Südamerika der 1920er Jahre schilderte, hatte er als junger Mann unter dem Pseudonym Edelmann veröffentlicht. Das war nicht nur eine sprechende Selbsteinschätzung, sondern auch eine Reverenz an die Frau, die Beckerle 1935 heiratete – die Schauspielerin Silke Edelmann.¹²

Anders als Beckerle, der vom Aufstieg in höchste gesellschaftliche Kreise zunächst allenfalls träumen konnte, entstammte von Jagow altem preussischen Adel. Auf dessen Werte hielt er grosse Stücke und versuchte, sie mit der nationalsozialistischen Ideologie zu verbinden. In einem Brief an seinen einzigen Sohn, verfasst zu Beginn des Zweiten Weltkriegs, erinnerte von Jagow den damals fünfjährigen Stammhalter an die in der Familie gepflegte «Tradition der Ehre, der Treue, der Ritterlichkeit und der Tapferkeit» und ermahnte ihn, niemals ein «Duckmäuser» zu werden und Deutschland, seinem «Führer» und der «nationalsozialistischen Idee» bis in den Tod die Treue zu halten.¹³

Der «Doyen» dieser Gruppe von SA-Diplomaten in den Staaten Südosteuropas war Manfred von Killinger, ehemaliger Marineleutnant, Freikorpsführer und Rädelsführer im rechtsextremen, paramilitärischen Bund Wiking, der in die Ermordung des früheren Reichsfinanzministers Matthias Erzberger im Jahr 1921 verwickelt gewesen war. Von Killinger war einige Jahre älter als die anderen. Er trat 1928 in die SA ein, wurde im Mai 1933 zum Ministerpräsidenten von Sachsen ernannt und diente von 1937 bis 1939 als deutscher Konsul in San Francisco. 1939 und noch einmal 1940 entsandte ihn der deutsche Aussenminister Joachim von Ribbentrop auf zwei ausgedehnte Reisen durch die Länder des Balkans mit dem Auftrag, Informationen über die Aktivitäten deutscher Einrichtungen und Organisationen wie der deutschen Botschaften oder des Sicherheitsdienstes (SD) der SS zu sammeln.¹⁴ Von Killinger war damit zum Zeitpunkt seiner Ernennung zum deutschen Botschafter in der Slowakei im Juli 1940 schon so etwas wie ein Südosteuropa-Experte.¹⁵

Die fünf im Balkanraum stationierten SA-Botschafter kannten einander seit ihren paramilitärischen Aktivitäten in den 1920er Jahren und hatten sich danach wiederholt auf NS-Parteitag, SA-Tagungen und bei Ausbildungslehrgängen getroffen. Sie bildeten ein Netzwerk alter Kameraden, zusammengehalten durch eine gemeinsame Vergangenheit in der «Kampfzeit» der SA und durch die Erwartung einer glanzvollen Zukunft in einem deutsch beherrschten Europa nach siegreich beendetem Weltkrieg.¹⁶ Wie aus ihrer Korrespondenz und ihren nachgelassenen persönlichen Papieren hervorgeht, hatten sie zu ihren «SA-Kameraden» mehr Vertrauen als zu ihren diplomatisch geschulten Kollegen im Auswärtigen Dienst. Wie eng ihre persönlichen Bindungen zueinander waren, zeigt sich etwa darin, dass einige der Familien gemeinsam Ferien machten, eine Gepflogenheit, die die Überlebenden auch nach 1945 weiterführten.¹⁷

Zumindest in der Anfangsphase ihrer diplomatischen Mission waren Beckerle und Kasche – von denen Nachlässe überliefert sind – erpicht darauf, Einblick in die Sichtweisen und Bestrebungen ihrer Kollegen zu bekommen.¹⁸

Alle schienen sich darüber im Klaren zu sein, dass ihr neues Amt ein befristetes war – und zugleich ein wichtiger Schritt in ihrer Karriere. Im Grad der Zufriedenheit mit der neuen Aufgabe unterschieden sie sich dagegen erheblich. Beckerle notierte am 4. Oktober 1941, Kasche habe ihm erzählt, dass die unlängst über ihn verbreiteten Gerüchte, dass er, Kasche, demnächst nach Moskau versetzt werden solle, zuträfen.¹⁹ Beckerle deutete diese geplante Versetzung als Ergebnis von Reibungen innerhalb der Partei. Der kurz zuvor ernannte Reichsminister für die Besetzten Ostgebiete, Alfred Rosenberg, drängte angeblich sehr zum Missfallen von Ribbentrops auf diese Personalie.²⁰

Während Kasche, dessen grosses Interesse an der Kolonisierung und «Germanisierung» Osteuropas ungebrochen und zudem allseits bekannt war, an seinem neuen Posten in Kroatien bald Gefallen fand, gewöhnten sich seine SA-Kollegen nur langsam an ein Leben, in dem repräsentative Pflichten und gesellige Anlässe das Gros der Tätigkeit ausmachten. Dietrich von Jagow etwa war zunächst «zutiefst unglücklich» über seine Berufung in den diplomatischen Dienst. Er beschwerte sich angeblich sogar darüber, dass er an Sitzungen und Feierlichkeiten teilnehmen musste, während seine Kameraden an der Front kämpften.²¹ Andere Gerüchte besagten, dass Hanns Ludin in Pressburg seine Urlaube für Besuche und vielleicht sogar für Kampfeinsätze bei den an der Ostfront kämpfenden deutschen Truppen nutzte.²² Wahrscheinlich war das nicht.

Der Kampf hinter den Kulissen

Beim Blick auf die SA-Diplomaten stellt sich die Frage, warum ausgerechnet diese Vertreter der «Generation des Unbedingten», Männer, die das Ideal des starken deutschen Kämpfers hochhielten und an die Macht der physischen Gewalt und der kämpferischen Rhetorik glaubten, in den ersten Kriegsjahren auf diese wichtigen diplomatischen Posten gesetzt wurden.²³ Die überlieferten Dokumente weisen darauf hin, dass vor allem politische Gründe ausschlaggebend waren, doch lassen sich kaum konkrete Angaben finden, wer diese Personalentscheidungen traf und welche Strategie damit verfolgt wurde. Dass man hochrangige SA-Generäle auf Botschafterposten beförderte, geschah nicht zuletzt in der Absicht, dem kontinuierlich zunehmenden Einfluss der SS und ihrem SD entgegenzuwirken. Bereits am 17. April 1941 beschwerte sich Gottlob Berger, der Leiter des SS-Hauptamtes, in einem Brief an Himmler über einen regelrechten «Kampf gegen die SS» im Auswärtigen Amt und identifizierte Unterstaatssekre-

tär Luther als den Hauptfeind. Mit der exklusiven Vergabe der Botschafterämter in Südosteuropa an SA-Obergruppenführer wolle Luther, so behauptete Berger, «seine Parteiloyalität unter Beweis stellen und sich in dem , Kampf gegen die SS' den starken Schutz der SA und damit der Wehrmacht sichern».²⁴ Unter Berufung auf eine «glaubwürdige Quelle» berichtete Berger weiterhin, dass von Jagow für Budapest vorgesehen sei, Kasche für Agram/Zagreb und Beckerle für Sofia. Diese Angaben erwiesen sich als zutreffend. Die einzige Ausnahme bildete der von Berger ebenfalls erwähnte Fritz von Twardowsky, der seit 1939 die Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes leitete. Er war zunächst für Belgrad vorgesehen, landete dann aber 1943 als deutscher Generalkonsul in Istanbul.²⁵

Ein zweites Schreiben Bergers an Himmler, abgefasst neun Tage später, am 26. April 1941, enthielt weitere Hintergrundinformationen zur Berufung der SA-Führer. Wie Berger berichtete, habe Hitler jüngst mehr als eine Stunde mit SA-Stabschef Lutze konferiert; anschliessend habe Letzterer eine neunzigminütige Unterredung mit von Ribbentrop geführt.²⁶ In diesem Gespräch habe Lutze von Ribbentrop seine besten Männer angeboten und ihm zugleich versichert, dass die SA-Führung auf jede direkte Einmischung in die Belange des Aussenministeriums verzichten werde, sobald die Berufungen vollzogen seien.²⁷ Aus Bergers Sicht war dies allerdings kein selbstloses Angebot Lutzes, sondern der für die SS besorgniserregende Versuch, der SA sozusagen durch die Hintertür einen wichtigen Platz in der Kriegspolitik des «Dritten Reiches» zu sichern. Hinter dem Vorstoss stand nicht zuletzt der Wunsch, die wichtige Rolle der SA-Führung bei der Kolonisierung und «Germanisierung» Osteuropas gerade auch gegenüber Himmlers SS geltend zu machen.²⁸ Der Reichsführer SS war über diesen Versuch der SA, sich in «seine» Angelegenheiten einzuschalten, erbost. Noch Anfang 1943 verlor er die Beherrschung, wenn jemand den Namen Kasche auch nur erwähnte, und beschimpfte Letzteren als «Reichsfeind», den er «zerschmettern» werde.²⁹

Die Berufung der SA-Generäle in diplomatische Ämter ist auch vor dem Hintergrund der Radikalisierung der deutschen Aussenpolitik im Verlauf des Zweiten Weltkriegs und der Umsetzung des sogenannten Generalplans Ost zu sehen. Die Mitschrift einer Besprechung von Hitler, Rosenberg, Göring und Feldmarschall Wilhelm Keitel am 16. Juli 1941 im Führerhauptquartier enthält Hinweise auf die politischen Beweggründe für diese Ernennungen und die damit verbundene Problematik. Hitler erklärte demnach zunächst, dass es für die Deutschen in Osteuropa im Grossen und Ganzen darum gehe, «den riesenhaften Kuchen handgerecht zu zerlegen, damit wir ihn erstens beherrschen, zweitens verwalten und drittens ausbeuten können».³⁰ Im weiteren Verlauf der Besprechung legten die Teilnehmer dann konkret und detailliert fest, welche Gebiete Osteuro-

pas ins Reich eingegliedert werden sollten und wer die anderen, vorläufig noch von der Wehrmacht besetzten Territorien verwalten werde. Rosenberg pflichtete dem Vorschlag Lutzés bei, für diese Gebiete hochrangige SA-Führer als Reichskommissare einzusetzen. Als Kandidaten neben den fünf SA-Führern auf dem Gesandtenposten standen zur Wahl: Wilhelm Schepmann für Kiew, Arno Manthey, Heinrich Bennecke und Karl-Siegfried Litzmann für Estland sowie Otto-Heinrich Drechsler für Lettland.³¹ Rosenberg liess Hitler wissen, er habe ein Schreiben von Aussenminister von Ribbentrop erhalten, in dem dieser um eine aktive Beteiligung des Auswärtigen Amtes bei der politischen Neuaufteilung der in Rede stehenden Territorien ersuchte. Er sei in diesem Punkt jedoch anderer Meinung als von Ribbentrop, denn die «innere Organisation der neu erworbenen Gebiete gehe das Aussenministerium nichts an». Nach dem Protokoll pflichtete Hitler Rosenberg darin «absolut» bei. Gegen die Berufung von SA-Führern in hohe diplomatische Ämter hatte er keine Einwände.³²

Eine kurze Abhandlung vom Herbst 1941, verfasst von einem gewissen Dr. Otto aus Budapest und seinerzeit zur Veröffentlichung an die OSAF geschickt, enthält weitere Informationen über die Hintergründe der Ernennung von hohen SA-Führern zu Botschaftern. Wie der Autor unter der Überschrift «SA-Obergruppenführer und Diplomat» ausführte, sei die Berufung von SA-Generälen in den diplomatischen Dienst das bislang letzte Kapitel einer Politik, die Otto von Bismarck schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begonnen habe. Ausgehend von der Prämisse, dass «die echten Nationalsozialisten aller Völker» einander «als Nationalsozialisten» gegenseitig achten würden, sei die Ernennung der SA-Generäle, so erklärte Dr. Otto, ein klares Signal für einen Paradigmenwechsel. Diplomaten würden ihr Handeln fortan nicht mehr an den Interessen von Staaten ausrichten, sondern an den Interessen der Völker. Gerade im südöstlichen Europa, wo Deutschland zahlreiche Verbündete habe, sei bereits ein Prozess im Gang, der zur Ablösung westlicher Rollenvorbilder durch eine «wirklichkeitsnahe Lebensauffassung» führen werde, bei der die legitimen Interessen der Völker eine grössere Rolle spielen würden als Rechtsstreitigkeiten über Gebietsansprüche und staatliche Souveränität:

Die reaktionäre Winkeldiplomatie der Kabinette ist hinweggefegt. Die klare, aufrichtige und grosszügige Diplomatie der Völker, ihre abgesandten politischen Soldaten, sind an der Arbeit, als ehrliche Makler getreu Bismarcks Vermächtnis den Lebensnotwendigkeiten der Völker und der Zukunft Europas zu dienen.³³

Ob die Regierungen der südosteuropäischen Staaten solche Erklärungen als Versprechen oder als Drohung verstanden hätten, lässt sich schwer einschätzen. Das Auswärtige Amt in Berlin fürchtete jedenfalls Letzteres und verhinderte die Veröffentlichung des Textes mit der Begründung, die darin angestellten Überlegungen seien zwar grundsätzlich richtig, doch liege eine öffentliche Erörterung der aufgeworfenen Fragen «derzeit» nicht im deutschen Interesse, zumal die mit Deutschland verbündeten Italiener angesichts ihrer eigenen territorialen Ambitionen auf dem Balkan daraus gewisse unerwünschte Folgerungen ableiten könnten.³⁴

In Kenntnis dieser Überlegungen und Unterlagen lässt sich die den SA-Diplomaten in Südosteuropa zugeordnete Rolle klarer fassen: Die Gesandten im Braunhemd sind nicht als Botschafter im herkömmlichen Sinn zu verstehen, sondern eher als designierte deutsche Reichskommissare, die aus diplomatischer Rücksichtnahme und gewissermassen in Vorbereitung auf ihre künftige Stellung nur vorläufig als Botschafter in den entsprechenden Ländern amtierten.³⁵ Während es geraten schien, nach aussen den Eindruck einer nur kriegsbedingten, temporären deutschen Präsenz in Osteuropa zu vermitteln, liess Hitler intern keinen Zweifel daran, dass das Deutsche Reich sich aus den besetzten Gebieten «nie wieder zurückziehen» werde.³⁶

Vor diesem Hintergrund bekommt ein Detail in den Lebensläufen Beckerles, Ludins, von Killingers und von Jagows eine neue Bedeutung: Alle hatten bereits führende Ämter im Polizeiapparat des «Dritten Reiches» bekleidet. Beckerle war von September 1933 bis 1939 Polizeipräsident in Frankfurt am Main gewesen und wurde anschliessend als Interims-Polizeichef im von den Deutschen im Herbst 1939 besetzten Łódź eingesetzt; Ludin hatte im Februar und März 1933 als geschäftsführender Polizeipräsident von Karlsruhe amtiert, während von Killinger und von Jagow damals mit umfassenden polizeilichen Befugnissen ausgestattete Reichskommissare in Sachsen beziehungsweise Württemberg gewesen waren.³⁷ In diesen Funktionen hatten sie aktiv an der Errichtung des «Dritten Reiches» mitgewirkt, indem sie die Einschüchterung und Einkerkierung der politischen Widersacher der NSDAP betrieben und gedeckt hatten. Auch an den politischen Morden des Regimes an tatsächlichen oder nur vermeintlichen Widersachern trugen sie zumindest qua Amt eine Mitschuld, zumal sie – vorsichtig gesprochen – nichts zur Aufklärung dieser Verbrechen unternommen hatten.³⁸

Mochten die SA-Obergruppenführer auch nicht die besten Diplomaten sein, die Deutschland zu dieser Zeit hätte aufbieten können, so waren sie doch zumindest erfahrene und ideologisch zuverlässige Parteiaktivisten, gewöhnt, Gewalt anzuwenden zur Erreichung politischer wie persönlicher Ziele. Sie wollten nach

dem gewonnenen Krieg zu mächtigen Herrschern über weite Gebiete im Osten und Südosten Europas aufsteigen und als solche die angestrebte deutsche Vorherrschaft auf dem Balkan, in der Slowakei, in Ungarn, Rumänien und Bulgarien festigen. Während des Krieges hatten sie Hitlers Ziele in enger Zusammenarbeit mit den bestehenden nationalen Regierungen ihrer Gastländer durchzusetzen und sicherzustellen, dass die aktuellen Bedürfnisse der Wehrmacht den langfristigen politischen Zielen des Regimes nicht übergeordnet wurden.

Der Einfluss der SA-Diplomaten auf das politische Alltagsgeschäft war jedoch begrenzt, sieht man von einigen wichtigen Ausnahmen ab. Dazu gehört zuvorderst der Beitrag, den sie zum Massenmord an den europäischen Juden leisteten. Zwar wurden die Deportationen und Massentötungen in aller Regel von SS, SD, Polizei und Wehrmachtseinheiten organisiert und durchgeführt – oft in Zusammenarbeit mit Organisationen aus den betreffenden Ländern –, doch indem sie die Regierungen der Länder, in denen sie residierten, zur Zusammenarbeit mit Berlin drängten, wirkten auch die SA-Diplomaten aktiv am Holocaust mit. Sie waren nach Hitlers Worten «erfahrene Fachleute», von denen er tätige Unterstützung bei dem Vorhaben des NS-Regimes erwartete, die «Judenfrage» in ihren Einsatzländern zu lösen.³⁹ Die «Leistungen», die die Männer in Erfüllung dieses Auftrags erbrachten, fielen allerdings infolge der örtlichen Gegebenheiten sehr unterschiedlich aus.

Im folgenden Abschnitt wird die Rolle der SA-Diplomaten bei der Durchführung des Holocaust im südöstlichen Europa genauer in den Blick genommen und damit ein Aspekt, der in der umfangreichen und oftmals exzellenten Forschungsliteratur zur Ermordung der Juden in diesem Teil Europas noch vergleichsweise wenig Beachtung gefunden hat.⁴⁰

Die Durchführung des Holocausts in der Slowakei

In der Slowakei, wo von Killinger seit dem zweiten Halbjahr 1940 als deutscher Gesandter amtierte, bis Ludin ihn im Januar 1941 ablöste, war die Aufgabe verhältnismässig einfach. Studien jüngerer Datums sind zwar zu dem Ergebnis gekommen, dass die Slowakei nach der Loslösung von den Tschechen am 14. März 1939 gegenüber Deutschland mehr politische Selbstständigkeit gezeigt habe, als man lange Zeit unterstellt hat.⁴¹ Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass die neue slowakische Republik äusserst eng mit dem «Dritten Reich» verbunden und gerade militärisch und wirtschaftlich von ihm abhängig war. Schon bevor von Killinger und Ludin ihr Botschaf-

teramt antraten, hatte die Slowakei in eigener Regie Gesetze verabschiedet, mit denen sie ihre jüdischen Bürger politisch, wirtschaftlich und rechtlich ausgrenzte.⁴² Der wichtigste den beiden Gesandten mitgegebene Auftrag lautete daher, die regional bereits vorhandene «hausgemachte antisemitische Politik» im Sinne der vom NS-Regime verfolgten Zielsetzung auszunutzen.⁴³ Allen, die im Verlauf der Jahre 1941 und 1942 auf höchster Ebene an den binationalen Gesprächen teilnahmen, musste früher oder später klar werden, dass dieses Ziel die berücksichtigte «Endlösung» war – die Ermordung aller in Europa lebenden Juden.⁴⁴

Zum Verständnis der Rolle Ludins in Bratislava sind einige Hintergrundinformationen zur «Judenpolitik» der Slowakei vonnöten, zumal die Deutschen in dieser Frage anfänglich eng mit der slowakischen Regierung zusammenarbeiteten. Erst sehr spät, in den Sommermonaten 1942, distanzierte sich die slowakische Regierung allmählich von der immer klarer werdenden Absicht der Nationalsozialisten, alle Juden in ihrem Land zu ermorden. Zu diesem Zeitpunkt waren die allermeisten Juden allerdings bereits deportiert und ermordet und ihr Vermögen entweder vom Staat eingezogen oder gestohlen worden. Das damalige Staatsoberhaupt der Slowakei, der aus dem katholischen Priesteramt in die Politik übergewechselte Jozef Tiso, verteidigte sich nach dem Krieg damit, dass die slowakische Regierung bereits im Herbst 1938 «die jüdische Frage zu lösen versucht» habe, angeblich um eine Besetzung des Landes durch die Deutschen zu verhindern.⁴⁵ Gegen die radikaleren Vorschläge vor allem von Aussenminister Vojtech Tuka und Innenminister (und Anführer der Hlinka-Garde) Alexander Mach, die Tausende – männliche – slowakische Juden inhaftieren und deportieren wollten, hatte Tiso nach eigener Darstellung für eine «konservativere» Lösung plädiert. Er wollte, so gab er rückblickend an, den Anteil der Juden an der slowakischen Wirtschaftsleistung entsprechend ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung des Landes auf vier Prozent herabdrücken, die Juden aber nicht vollständig aus dem öffentlichen Leben hinausdrängen.⁴⁶ Tatsächlich hatte die slowakische Regierung im Februar 1939 anti-jüdische Gesetze erlassen, die sich gezielt gegen nichtslowakische Juden richteten. Tiso versicherte einem jüdischen Telegrafienbüro bei dieser Gelegenheit, dass die slowakische Regierung die Auswanderung der Juden nach Palästina unterstützen werde. Was 1939 kaum weniger radikal schien als die nationalsozialistische Judenpolitik zu jener Zeit, liess sich nach dem Holocaust als halber Widerstand verkaufen.⁴⁷

Nach Ausbruch des Krieges war Auswandern für die slowakischen Juden keine realistische Option mehr. In den folgenden Monaten nahm ihre rechtliche Ausgrenzung dramatisch zu und ebenso die Zahl derer, die deportiert und ihres

Eigentums beraubt wurden – mit Duldung und in vielen Fällen sogar mit aktiver Unterstützung der Regierung Tiso. Die Situation in der Slowakei ähnelte der in Österreich nach dem «Anschluss»: Jüdisches Privatvermögen, jüdische Bankkonten und jüdische Firmen wurden unter strenge Aufsicht gestellt und mit hohen Steuern belegt. Nach der Einrichtung des Zentralen Wirtschaftsbüros im August 1940 wurden jüdische Unternehmen schrittweise «slowakisiert». Ende 1941 waren nicht weniger als 84 Prozent aller jüdischen Firmen liquidiert. Die jüdische Bevölkerung, die seit 22. September 1941 den Davidstern tragen musste, verarmte rasch.⁴⁸ Die politische Marginalisierung führte nicht nur zur effektiven gesellschaftlichen Ausgrenzung der Juden, sondern ermutigte viele Slowaken auch zu direkten Angriffen auf die Ausgegrenzten, wobei das Spektrum der Taten von Erpressung und Raub über Prügelattacken bis hin zu Mord reichte. Bei einer der schlimmsten Ausschreitungen im Jahr 1940 verbrannten mehrere ältere Juden bei lebendigem Leib, nachdem man sie aus ihrem jüdischen Altersheim in Bratislava herausgeholt, in eine Baracke auf dem nahegelegenen Gelände der ehemaligen Munitionsfabrik Patrobka eingesperrt und diese dann in Brand gesetzt hatte.⁴⁹

Im Verlauf des Jahres 1941 intensivierten sich die diplomatischen Verhandlungen Ludins mit hochrangigen Vertretern der slowakischen Regierung, vor allem mit Tiso und Tuka. Am 4. Dezember 1941 meldete der Botschafter schliesslich nach Berlin, die slowakische Regierung habe der Deportation von Juden slowakischer Staatsangehörigkeit aus dem Deutschen Reich prinzipiell zugestimmt.⁵⁰ Bald nach der berüchtigten Wannseekonferenz vom 20. Januar 1942 begannen die Razzien gegen slowakische Juden und ihre Deportation nach Osten. Ende Februar 1942 erklärte sich die slowakische Regierung zur Abschiebung der slowakischen Juden aus der Slowakei in die von den Deutschen annektierten oder besetzten polnischen Gebiete bereit, wo sie angeblich als Zwangsarbeiter eingesetzt werden sollten. Zumindest in einigen Fällen wurden diese Deportationen von der Hlinka-Garde in Zusammenarbeit mit dem karpatendeutschen Freiwilligen Selbstschutz (FS, später in Freiwillige Schutzstaffel umbenannt) durchgeführt.⁵¹ Die slowakische Regierung erklärte sich zudem bereit, dem Deutschen Reich als Ausgleich für die «Umschulung der Juden für Berufe, die in Polen gerade benötigt würden», 5'000 Kronen (500 Reichsmark) pro deportiertem Juden zu zahlen. Im Gegenzug sicherten die Deutschen den Slowaken freie Hand bei der Einziehung und Verwertung des jüdischen Vermögens zu.⁵² Deutsche und Slowaken arbeiteten also Hand in Hand, wie eine Feststellung Ludins vom April 1942 bestätigt: «Die Slow[akische] Regierung hat sich mit Abtransport aller Juden aus der Slowakei ohne jeden deutschen Druck einverstanden erklärt. Auch der Staatspräsident persönlich hat

dem Abtransport zugestimmt.» Diese Zustimmung erfolgte trotz einer Intervention des slowakischen Episkopats.⁵³

Zwischen April und Oktober 1942 wurden mindestens 58'000 slowakische Juden deportiert. Die allermeisten starben im von den Deutschen besetzten Polen an Misshandlungen, Unterernährung, kräftezehrender Sklavenarbeit oder durch gezielte Tötungen, vor allem in den Vernichtungslagern Auschwitz, Treblinka und Majdanek.⁵⁴ Auch wenn er nach dem Krieg das Gegenteil behauptete, hat sich Ludin 1942 nicht gegen diese Deportationen ausgesprochen, über deren Zweck er sich durchaus im Klaren war. Am 26. Juni 1942 hatte er nach Berlin berichtet, die «Durchführung der Evakuierung der Juden aus der Slowakei» sei zwar «im Augenblick auf einem toten Punkt» angelangt, doch empfehle er weiterhin eine «loopprozentige Lösung der Judenfrage».⁵⁵ Angesichts lauter werdender Proteste seitens des Vatikans und zunehmenden Unmuts in der ganz überwiegend katholischen slowakischen Bevölkerung verfügte Tiso Ende 1942 schliesslich das Aussetzen der Judentransporte, nachdem sich in der Slowakei das Gerücht verbreitet hatte, die deportierten Juden würden zu Seife verarbeitet.⁵⁶ Eine zweite Deportationswelle rollte dann erst nach der Besetzung der Slowakei durch deutsche Truppen im September 1944 an. Cheforganisator war nun SS-Hauptsturmführer Alois Brunner als Nachfolger des ins deutsch besetzte Ungarn beorderten «Judenberaters» Dieter Wisliceny.⁵⁷

Die Beteiligung Ludins an den Deportationen des Jahres 1944 geht aus seiner Personalakte beim Auswärtigen Amt klar hervor. In einer Depesche des Auswärtigen Amtes ist von einem für Ende Juli oder Anfang August in Budapest angesetzten Treffen Ludins mit dem SS-Brigadegeneral Edmund Veessenmayer die Rede, der seit März als «Reichsbevollmächtigter» in Ungarn amtierte. Als Zweck der Besprechung ist darin «Behandlung Judenfrage» angegeben.⁵⁸ Die Gesamtzahl der aus der Slowakei deportierten Juden lag nach heutigen Schätzungen bei mindestens 70'000, die Zahl der Ermordeten bei geschätzten 65'000 – oder 110'000, wenn man die Juden aus den slowakisch besetzten Teilen Ungarns mitzählt.⁵⁹

Ein wichtiges «Verbindungsglied» zwischen den deutschen Beamten und der slowakischen Regierung war der Ingenieur, Journalist und Politiker Franz Karmasin, Gründer und Anführer der Karpatendeutschen Partei⁶⁰ und seit 1935 Staatssekretär für die Angelegenheiten der deutschen Volksgruppe in der Slowakei.⁶¹ Der zuweilen «der slowakische Henlein» genannte Karmasin bezeichnete sich selbst als Führer der deutschen Volksgruppe in der Slowakei. Er befehligte den FS, den Nachfolger des slowakischen Ablegers des Sudetendeutschen Freikorps, das 1938 zur Zerschlagung der Tschechoslowakei beigetragen hatte (siehe

Kapitel 6). Der FS war der SA und der SS nachempfunden; einzig die Rechtsstellung der Slowakei als selbstständiger Staat verhinderte, dass er offiziell in die SA eingliedert wurde wie seine Pendanten im Protektorat Böhmen und Mähren und im Memelland. In dem Propagandabuch *Sudeten-SA in Polen* wurden freilich die Bezeichnungen FS und SA beinahe synonym verwendet, schliesslich arbeiteten beide Organisationen Hand in Hand.⁶² Dafür spricht auch, dass Karmasin am 17. Mai 1939 zum SA-Oberführer, am 30. Januar 1941 zum SA-Brigadeführer und am 9. November 1944 zum SA-Gruppenführer – jeweils ehrenhalber – ernannt wurde.⁶³ Er stieg also bis zum SA-General auf – in einem mit dem Deutschen Reich verbündeten Staat, in dem die SA aus politischen Gründen nur in Gestalt des FS in Erscheinung treten konnte.

Auf deutscher Seite waren Wisliceny, Brunner und Karmasin die wesentlichen Akteure, die Tiso zu immer radikaleren Massnahmen gegen die slowakischen Juden drängten.⁶⁴ Zu den Opfern des von ihnen beförderten Terrors gehörten aber auch Volksdeutsche, wie aus einem Brief Karmasins an Himmler vom 29. Juli 1942 hervorgeht. In diesem Schreiben dankte Karmasin dem Reichsführer SS für seine «neuerliche grosszügige Hilfeleistung, die Sie uns durch die Ermöglichung der Aussiedlung asozialer Elemente gewährt haben». In diesem konkreten Fall war die Deportation von fast 700 Angehörigen der deutschen Bevölkerungsgruppe ins benachbarte Österreich (inzwischen Ostmark des Grossdeutschen Reiches genannt) gemeint. Es sei gelungen, so Karmasin, «die geistig Minderwertigen, die Säufer, die asozialen Elemente, zum geringen Teil auch unverschuldet in Not Geratene, die sich aus eigener Kraft nicht mehr erraffen konnten, zu erfassen». Innerhalb von Tagen oder Wochen wurden die allermeisten dieser Deportierten der «Euthanasie» zugeführt, also ermordet. Karmasin behauptete, dass die Karpatendeutschen diese Deportation als wertvollen Akt der «sozialen Hilfeleistung» begrüsst hätten. Zudem habe sich die deutsche Botschaft «für diese Aktion sehr stark eingesetzt».⁶⁵

Botschafter Ludin stand auf vertrautem Fuss mit Karmasin und besprach mit ihm, wie Karmasin nach dem Krieg zu Protokoll gab, «alle wichtigen politischen Fragen». Offenbar vereinbarten die beiden Männer eine Art Aufgabenteilung: Während Karmasin mit tätiger Hilfe der SS Druck auf die wichtigen Leute in der slowakischen Regierung ausübte, widmete sich Ludin der Aufgabe, Tiso auf diplomatischer Ebene zur Erfüllung der Forderungen Hitlers zu bewegen.⁶⁶ Nichts spricht dafür, dass in der «Judenfrage» anders verfahren worden ist. In einer Verbalnote vom 1. Mai 1942 an das slowakische Innenministerium versicherte Ludin der slowakischen Regierung aus-

drücklich, das Deutsche Reich werde die slowakischen Juden, die bis dahin in den deutsch besetzten Teil Osteuropas deportiert worden waren, nicht wieder in die Slowakei zurückschicken.⁶⁷ Beide Seiten wussten zu diesem Zeitpunkt sehr genau, was das in der Praxis bedeutete. Der Chauffeur Karmasins, der seinen Chef im Juli 1942 nach Auschwitz gefahren und mit ihm das dortige Konzentrationslager besichtigt hatte, erklärte nach dem Krieg lapidar: «Dass in Ausschwitz die Leute umgebracht wurden, war allgemein bekannt.»⁶⁸

Tödliche Varianten

Die Verhandlungen zwischen den SA-Diplomaten und den Regierungen Kroatiens, Rumäniens, Bulgariens und Ungarns folgten in vielerlei Hinsicht einem ähnlichen Muster wie die Vorgänge in der Slowakei, führten jedoch mitunter zu anderen Ergebnissen. Besonders nachhaltigen Einfluss übte in diesen Verhandlungen Siegfried Kasche aus, der deutsche Gesandte beim Unabhängigen Staat Kroatien (Nezavisna Drzava Hrvatska, NDH). Mit Rückendeckung Hitlers, der Kasches Sympathien für die kroatischen Nationalisten teilte, spielte der deutsche Gesandte in Zagreb zwischen 1941 und 1945 eine bedeutsame Rolle in der kroatischen Politik. Er brachte das Ustasa-Regime dazu, die deutschen Kriegsziele gutzuheissen, und sorgte für beschleunigte Abläufe bei der Gefangennahme, Deportierung und Ermordung der kroatischen Juden. Der Historiker Alexander Korb hat Kasche einen «effektiven Sachverwalter deutscher Interessen auf schwierigem Terrain» genannt.⁶⁹ Kasche pflegte enge persönliche und zunehmend auch freundschaftliche Kontakte zu den führenden Männern des Ustasa-Regimes und erwies sich als starker und ausdauernder Befürworter der kroatischen Selbstverwaltung, eine Haltung, die zwischen 1942 und 1944 aus deutscher Sicht immer problematischer wurde und ihm schliesslich den sarkastischen Spitznamen «Don Quixote der deutschen Diplomatie in Zagreb» eintrug.⁷⁰

Unmittelbar nachdem die kroatischen Faschisten an die Macht gekommen waren, erliess das Ustasa-Regime antisemitische Gesetze und begann mit der systematischen Internierung kroatischer Juden. Infolge der verheerenden Zustände in den Internierungslagern kam bereits in den ersten zwölf Monaten nach Ausrufung der NDH mehr als die Hälfte der jüdischen Bevölkerung Kroatiens ums Leben, ohne dass es einer direkten Einflussnahme des deutschen Botschafters oder der «Judenexperten» von der SS bedurft hätte.⁷¹ Die Deportierung und Ermordung der kroatischen Juden erfolgte im Zuge der Umsiedlung und der ethnischen Säuberungen, die sich vor allem gegen Serben und Slowenen richteten,



Am Tag seines Amtsantritts als deutscher Gesandter in Kroatien wird SA-Obergruppenführer Siegfried Kasche (rechts, in Uniform) auf dem Flugplatz von Agram (Zagreb) vom kroatischen General Ivan Perèevic (links, in Zivil) begrüßt.

aber auch die wesentlich kleineren Minderheiten der Roma und der Juden einschloss.⁷² Deutsche und kroatische Regierungsvertreter tauschten sich über die Rahmenbedingungen für diese Politik bei einem Treffen aus, das am 4. Juni 1941, keine drei Monate nach der Ankunft Kasches, in der deutschen Botschaft in Zagreb stattfand.⁷³ Die meisten Deportationen von Juden in kroatische Konzentrationslager erfolgten im Herbst 1941, nachdem die kroatischen Behörden förmlich um die Genehmigung ersucht hatten, ihre jüdischen Landsleute später ins Deutsche Reich abschieben zu dürfen.⁷⁴ Das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) widersetzte sich dieser Lösung jedoch, entweder weil man seinerzeit die praktische Vorgehensweise zur «Lösung der Judenfrage» noch nicht bis ins Detail durchgeplant hatte oder weil die Sterberate in den kroatischen Internierungslagern ohnehin so hoch war, dass man kostspielige Judentransporte vorerst für unnötig hielt.⁷⁵

Die Lage änderte sich, als die Italiener 1942 rund 4'000 bis 5'000 Juden, die in den Städten Mostar und Dubrovnik Zuflucht gefunden hatten, offiziell unter ihren Schutz stellten.⁷⁶ Als Reaktion darauf forderte Kasche in enger Abstimmung mit der SS und dem Auswärtigen Amt in Berlin die unverzügliche Deportation aller Juden auf kroatischem Territorium ohne Rücksicht auf mögliche Konflikte mit den Italienern. Zwischen August 1942 und Mai 1943 verfrachteten Deutsche und Kroaten in einer gemeinsamen Operation Tausende Juden aus Kroatien nach Auschwitz.⁷⁷ Im Oktober 1942 erklärten sich die Kroaten bereit, für jeden deportierten Juden dreissig Reichsmark an Deutschland zu zahlen – ein deutlich günstigerer Preis, als ihn kurz zuvor die Slowaken bekommen hatten. Die lokalen Behörden wälzten zumindest einen Teil dieser Kosten umgehend auf die jüdischen Gemeinden ab und profitierten überdies von der Einziehung und Umverteilung der den Juden geraubten Vermögenswerte.⁷⁸ Nach der Kapitulation Italiens im September 1943 wurden auch die Juden in Kroatien, die bis dahin unter italienischem Schutz gestanden hatten, deportiert. Im April 1944 teilte Kasche dem Auswärtigen Amt mit, Kroatien sei nunmehr bis auf unbedeutende Ausnahmen vollkommen «judenrein».⁷⁹ Nach heutigen Schätzungen fielen in Kroatien bis zu 30'000 Juden dem Holocaust zum Opfer. Etwa die Hälfte von ihnen starb in Internierungslagern, vor allem im Lager Jasenovac, oder wurde bei Razzien an Ort und Stelle erschossen. Die andere Hälfte wurde in Auschwitz ermordet.⁸⁰

Anders als die «erfolgreichen» Gesandten Ludin und Kasche konnten Beckerle und von Killinger nur begrenzt Einfluss auf die Politik ihrer Gastgeberländer Bulgarien beziehungsweise Rumänien ausüben. Von Killinger traf in Bukarest am 24. Januar 1941 ein, im Gepäck die klare Anweisung Hitlers, neue Spannungen zwischen dem «Dritten Reich» und dem Regime des Marschalls Ion An-

tonescu zu vermeiden.⁸¹ Nur wenige Tage zuvor war Antonescu drakonisch gegen die rabiatische antisemitische rumänische Legionärsbewegung, auch bekannt als Eiserne Garde, vorgegangen, die einen Putschversuch gegen ihn unternommen hatte. Weil die Legionärsbewegung die Unterstützung von SS und SD genoss, betrachtete der Staatschef den neuen Botschafter von vornherein mit Misstrauen.⁸²

Von Killinger traf in Rumänien also auf eine komplizierte politische Gemengelage und schaffte es in den folgenden Jahren nicht immer, die diplomatischen Klippen zu umschiffen, was weder dem Auswärtigen Amt in Berlin noch seinen rumänischen Gesprächspartnern verborgen blieb. Er konnte sich nie für seinen Einsatzort erwärmen und nannte Rumänien öffentlich ein «Scheissland». Im Oktober 1941 erklärte er, das Beste, was man für die rumänische Hauptstadt tun könne – in seinen Augen ein «einziger Saustall» –, sei, sie einfach in Brand zu setzen.⁸³ Aus seiner Residenz in Bukarest flüchtete er wiederholt in die 150 Kilometer nördlich gelegenen Karpaten, wo er tage- oder sogar wochenlang, bewaffnet mit seinem Jagdgewehr und einer Flasche Cognac, durch die Wälder streifte und Braunbären jagte.⁸⁴

Ob ein fähigerer Diplomat als von Killinger bei der Durchsetzung der deutschen Forderungen an Rumänien mehr Erfolg gehabt hätte, ist zumindest in Hinblick auf den Holocaust zu bezweifeln. In Rumänien wie in seinen mit Deutschland verbündeten Nachbarstaaten war die «jüdische Frage» äusserst kompliziert. Aussen-, innen-, wirtschafts- und moralpolitische Faktoren spielten dabei ebenso eine Rolle wie – in zunehmendem Masse – der Verlauf des Krieges. In seinem ersten Jahr in Bukarest liess sich alles noch relativ gut an – zumindest aus von Killingers Sicht. Mit diplomatischen Gepflogenheiten wenig vertraut und auch gar nicht willens, sich diese umfassend zu eigen zu machen, nahm er die Verlautbarungen Antonescus schlicht für bare Münze – bis König Michael den Marschall im August 1944 absetzte und die neue rumänische Regierung mit fliegenden Fahnen auf die Seite der Alliierten wechselte.⁸⁵

Für von Killinger war die «jüdische Frage» eines der wichtigsten politischen Themen seiner Amtszeit. Bereits im Juni 1940 – Monate vor seiner Berufung zum Gesandten – stattete er Rumänien einen ersten Besuch ab und traf unter anderem mit General Mihail Moruzov zusammen, dem ersten Chef der rumänischen Staatssicherheit. Die Männer erörterten das «Judenproblem», und von Killinger unterbreitete Moruzov den Vorschlag, einschlägig qualifizierte deutsche Experten nach Rumänien zu entsenden, die der rumänischen Führung bei der Lösung dieses «Problems» mit Rat und Tat zur Seite stehen könnten.⁸⁶ Ein halbes Jahr später, im April 1941, traf SS-Hauptsturmführ-

rer Gustav Richter, ein Rechtsexperte aus Himmlers RSHA, in Bukarest ein. Er war in den folgenden Jahren der offizielle «Berater für Judenfragen» an der Bukarester Gesandtschaft. Nach dem schon in der Slowakei angewandten Muster verhandelte Richter mit dem staatlichen Bevollmächtigten für Judenfragen, ein Amt, das in Rumänien ein gewisser Radu Lecca bekleidete.⁸⁷ Über den Fortgang dieser Verhandlungen wurde von Killinger laufend in Kenntnis gesetzt, wie seine Berichte nach Berlin zeigen. Am 13. November 1941 schrieb er an das Auswärtige Amt, die Rumänen seien nun damit einverstanden, dass Juden mit rumänischer Staatsbürgerschaft, die sich in Deutschland oder in von Deutschland besetzten Gebieten aufhielten, deportiert würden.⁸⁸ Ursprünglich war die rumänische Regierung auch bereit, jene «nicht-rumänischen» Juden zu opfern, die in Gebieten lebten, die erst seit kurzem zu Rumänien gehörten. Im Juni 1940 hatte Rumänien die nördliche Bukowina annektiert und sich ein Jahr später, im Juli 1941, mithilfe deutscher Truppen Bessarabien zurückgeholt, das die Sowjetunion 1940 besetzt hatte. Für die rumänischen Behörden waren die in diesen Gebieten lebenden Juden Landesverräter, die rumänische Werte an die Sowjets verkauft hatten.⁸⁹

An dem Ziel, ein ethnisch homogenes «Gross-Rumänien» zu errichten, arbeiteten nun alle zusammen: rumänische und deutsche Einheiten sowie lokale Milizen. Sie ermordeten die in den betreffenden Gebieten lebenden Juden entweder an Ort und Stelle oder deportierten sie nach Transnistrien, einem Landstrich entlang dem Fluss Dnjestr in der südlichen Ukraine. Zwischen Sommer 1941 und März 1944 wurden insgesamt 130'000 bis 150'000 Juden dorthin deportiert. Die meisten wurden nach ihrer Ankunft bei Massenerschiessungen getötet, andere starben an Krankheiten wie Typhus oder verhungerten.⁹⁰ Im Dezember 1943 waren nur noch 50'000 Deportierte am Leben. Schätzungen über die Zahl der insgesamt in Rumänien und Transnistrien während des Zweiten Weltkriegs ermordeten Juden bewegen sich zwischen 250'000 und 410'000.⁹¹

Im Verlauf des Jahres 1942 drängten die deutschen Behörden die rumänische Regierung, einem umfassenden Deportationsprogramm für die Juden des Landes zuzustimmen, hatten aber nur mässigen Erfolg. Am 28. August 1942 teilte von Killinger dem Auswärtigen Amt mit, es sei noch keine verbindliche Vereinbarung zustande gekommen.⁹² Daran änderte sich in den folgenden Monaten im Grunde nichts. Antonescu spielte ganz offensichtlich auf Zeit: Er liess den Gesprächsfaden nicht abreißen und versicherte den Deutschen wiederholt, dass er ihren Standpunkt teile, ergriff aber keine weiteren Massnahmen zur konsequenten Umsetzung der deutschen Holocaust-Pläne.⁹³ Als das Antonescu-Regime 1942/43 schliesslich versuchte, bis zu 80'000 der nach Transnistrien deportierten

nach Syrien und Palästina zu «verkaufen», forderte das deutsche Auswärtige Amt von Killinger zum Eingreifen auf, da dieses Vorhaben «eine Teillösung darstelle, die im Rahmen der vom deutschen Staat verfolgten Generallinie für eine europäische Lösung des Judenproblems inakzeptabel» sei⁹⁴ – also unvereinbar mit der «Endlösung». ⁹⁵ Antonescu hatte jedoch im Herbst 1942 den Entschluss gefasst, «keine antisemitischen Reformen für die Deutschen und nach den Doktrinen von Dr. Rosenberg durchzuführen. [...] Unsere antisemitische Reform muss eine schöpferische Reform werden, keine demagogische.»⁹⁶ Wegen der grossen strategischen Bedeutung Rumäniens für die deutsche Kriegführung erschien es der deutschen Seite nicht ratsam, den Druck auf das Antonescu-Regime zu erhöhen, und so gerieten die Bemühungen von Killingers, den Rumänen weitere Deportationen abzurufen, im Verlauf des Jahres 1943 ins Stocken.⁹⁷

Wie von Killinger in Rumänien, so hatte auch Beckerle in Bulgarien kaum «Erfolge» vorzuweisen bei seinen Bemühungen, die vollständige Vernichtung der bulgarischen Juden zu erreichen. Dabei hatte er sich bei Antritt seiner diplomatischen Mission als durchsetzungsstarker Macher ausgegeben. In seinem Tagebuch notierte er kurz und knapp, sein Auftrag bei Übernahme des Botschafterpostens habe gelautet, «dass es mit der Selbständigkeit Bulgariens zu Ende sein solle». ⁹⁸ Bereits während seiner ersten Audienz beim bulgarischen König am 26. Juli 1941 drängte der «neue hartgesottene deutsche Botschafter» den Monarchen, entschlossen gegen auf bulgarischem Boden operierende serbische Partisanen vorzugehen. Die «Gefahr der serbischen Banden» sei «für immer aus der Welt zu schaffen», so Beckerle. ⁹⁹ Wenige Wochen später forderte der deutsche Botschafter nach einem Partisanenüberfall auf einen deutschen Wachposten drakonische Vergeltungsmassnahmen – konkret verlangte er die Erschiessung von hundert bulgarischen Juden. Bei den bulgarischen Behörden löste diese masslose Forderung helle Empörung aus und wurde nicht umgesetzt.¹⁰⁰

Die effektive Umsetzung des nationalsozialistischen Völkermord-Programms in Bulgarien war schon deshalb schwierig, weil der Antisemitismus dort vor dem Zweiten Weltkrieg keine grosse Rolle gespielt hatte. Zwischen 1940 und 1942 fand sich die Regierung unter Premierminister Bogdan Filow jedoch zunächst bereit, gegen territoriale Zugewinne und eine enge Bündnispartnerschaft mit den Achsenmächten den deutschen Forderungen in gewissem Masse nachzukommen.¹⁰¹ 1941 erliess Bulgarien antisemitische Gesetze, nach denen unter anderem die Zwangsverpflichtung männlicher Juden zu Arbeitseinsätzen vorgesehen war; gleichzeitig begann der Staat mit der Beschlagnahme jüdischer Vermögenswerte.¹⁰² Wie die slowakische Regierung ein halbes Jahr zuvor, im Juli 1942,

erklärte sich die bulgarische Regierung einverstanden mit der Deportierung bulgarischer Juden aus Deutschland und den deutsch besetzten Gebieten.¹⁰³ Im Spätjahr 1942 verstärkte das deutsche Auswärtige Amt seine Anstrengungen, auch die Deportierung der 50'000 in Bulgarien lebenden Juden durchzusetzen, die ungefähr ein Prozent der Gesamtbevölkerung des Landes stellten. Beckerle erhielt in einer dreistündigen Unterredung mit Unterstaatssekretär Luther am 9. Oktober 1942 in Berlin diesbezügliche Anweisungen. Nach seiner Rückkehr nach Sofia erörterte er das Thema mit Filow, der dem deutschen Vorstoss grundsätzlich zustimmte, aber darauf verwies, dass man für wichtige Bauvorhaben in Bulgarien 10'000 jüdische Zwangsarbeiter benötige. Filow liess Beckerle auch wissen, dass seine Regierung den Preis, den die Deutschen für die Deportationen aus Bulgarien forderten – 250 Reichsmark pro Jude –, «extrem hoch» finde.¹⁰⁴

Trotz einiger offengebliebener Fragen gingen die Deutschen Ende 1942 davon aus, dass die Voraussetzungen für Massendeportationen aus Bulgarien geschaffen seien.¹⁰⁵ Im Januar 1943 traf SS-Hauptsturmführer Theodor Dannecker vom RSHA in Sofia ein; der Auftrag, den ihm sein Vorgesetzter SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann erteilt hatte, lautete, so viele Juden wie möglich aus Bulgarien zu deportieren.¹⁰⁶ Dies gelang nur bedingt. Die Bulgaren erlaubten zwischen 2. und 29. März 1943 zwar den Abtransport von 11'343 Juden aus Makedonien und Thrakien – Gebiete, die erst seit 1941 zu Bulgarien gehörten –,¹⁰⁷ sperrten sich aber gegen die Deportation der im bulgarischen Kernland ansässigen Juden.¹⁰⁸ Für diesen «Kompromiss» gab es drei Gründe: Erstens sprachen sich wie in der Slowakei und in Rumänien auch in Bulgarien Anfang 1942 Details über den Holocaust herum, was Proteste in der bulgarischen Bevölkerung auslöste und die Regierung in Alarmstimmung versetzte. Zweitens interpretierte die bulgarische Regierung die deutsche Niederlage in Stalingrad Anfang Februar 1943 zu Recht als Wendepunkt im Kriegsverlauf und hielt es für opportun, sich nach anderen Optionen umzusehen, anstatt ihre internationale Position durch die – weitere – Beteiligung an einem Völkermord zu schwächen. Der dritte Grund war rein wirtschaftlicher Natur, denn weitere Deportationen hätten verhindert, dass Bulgarien «seine» Juden ausbeuten und ausrauben konnte.

Zwischen April und Sommer 1943 besprachen Beckerle und Dannecker wiederholt den Zeitplan der Deportationen.¹⁰⁹ Im Juli wurde Beckerle jedoch klar, dass es «keinen vernünftigen Sinn» mehr hatte, «jetzt noch auf dem Abtransport [der Juden aus dem bulgarischen Kernland] zu beharren». Er rechnete aber mit einer Wiederaufnahme der Deportationen, sobald sich das Kriegsglück wieder zugunsten Deutschlands wendete, was er bis Anfang 1944 für realistisch hielt.¹¹⁰

Bei den Verhören durch die Sowjets nach seiner Gefangennahme im September 1944 verwies er stolz auf seine Erfolge und Leistungen bei der Deportation der Juden aus Makedonien und Thrakien.¹¹¹ Wie extrem sein Antisemitismus war, offenbart am besten ein von ihm verfasster Kurzbericht über seine Zeit in Litzmannstadt, dem früheren Łódź. Er stellte darin die deutschen Aufbauleistungen nach der Besetzung Polens der Lage im jüdischen Ghetto gegenüber, für ihn «Judenegenden» und «schmutzige Stätten übelsten Ostjudentums». Und er liess kein antisemitisches Klischee aus. Orthodoxe Juden mit Ringellocken und langen Bärten, «in ihre schmutzigen Kaftane gehüllt», fand er ebenso widerwärtig wie die «frechen aufdringlichen Jüdinnen», und immer wieder war es der Anblick «jüdischen» Schmutzes, der ihn aufbrachte.¹¹²

Die Tagebücher, die Beckerle führte und die sich heute im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes befinden, werfen ein Licht auf die Art und Weise, wie er seine diplomatische Mission interpretierte. Auf der einen Seite fühlte er sich eng mit seinen Kameraden von der SA-Gruppe Hessen verbunden, und es fiel ihm sichtlich schwer, sein dortiges Kommando 1942 aufzugeben, auf der anderen Seite sah sich der Diplomat Beckerle berufen, «jetzt die Gesamtheit des Nationalsozialismus zu vertreten».¹¹³ In Bulgarien war er nicht sehr beliebt, nicht einmal bei den Volksdeutschen. Seinem Tagebuch vertraute er wiederholt an, dass er sich einsam fühle, und in manchen Einträgen scheint eine Midlife-Crisis durch.¹¹⁴ Wenn er an «seine» SA in Deutschland dachte, verfiel Beckerle in Rührseligkeit und Heimweh, tröstete sich jedoch damit, dass es ihm immer noch besser gehe als den deutschen Soldaten an der Front und der Zivilbevölkerung in den deutschen Städten, die zunehmend unter den alliierten Luftangriffen zu leiden hatte.¹¹⁵ In Sofia kursierte indes das Gerücht, Beckerles Frau habe bei den ersten alliierten Bombenabwürfen auf die bulgarische Hauptstadt geäußert: «Gott sei Dank, nun kriegen wir auch mal Arbeit.»¹¹⁶

In Ungarn führte der SA-Botschafter Dietrich von Jagow die Geschäfte. Er hatte vor seinem Eintritt in den Auswärtigen Dienst Ende Juni 1941 eine ähnliche Laufbahn absolviert wie sein Kollege von Killinger. Im Ersten Weltkrieg hatte er als Leutnant und später Oberleutnant in der Marine gedient und sich 1919 der Brigade Ehrhardt angeschlossen, mit der er 1920 am Kapp-Lüttwitz-Putsch teilgenommen hatte. Ungefähr um diese Zeit war er in die NSDAP eingetreten, wo er sich zwischen 1921 und 1923 als Inspekteur der im Aufbau begriffenen SA Württemberg profilierte. Als sich die Partei in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts reorganisierte, wurde von Jagow erneut Mitglied und legte eine Blitzkarriere in der SA hin. Von 1934 bis 1939 amtierte er als Führer der SA-Gruppe Berlin-

Brandenburg. Bei Ausbruch des Zweiten Weltkriegs wechselte er zur Wehrmacht und leistete dort bis zu seiner Ernennung zum Botschafter zwei Jahre Kriegsdienst.¹¹⁷

Wie von Killinger tat sich auch von Jagow schwer, den Anforderungen des diplomatischen Amtes gerecht zu werden. Bis zu seinem Antritt als Botschafter in Ungarn waren das Land und die ungarische Politik für ihn eine Terra incognita gewesen.¹¹⁸ In diesem unbekanntem Land sollte er nun ungarische Volksdeutsche für die Waffen-SS rekrutieren, die militärische Lage auf dem Balkan beobachten – insbesondere im Hinblick auf eine eventuelle Invasion der Alliierten – und sich der «jüdischen Frage» annehmen.¹¹⁹

Zur «Judenfrage» erklärte Miklós Horthy, der Regent von Ungarn, der schon 1938 antisemitische Gesetze erlassen hatte, allerdings kategorisch, dass dies eine rein ungarische Angelegenheit sei. Anders als in Bulgarien, Kroatien, Rumänien und Slowenien sah sich Ungarn anfänglich in der «Judenfrage» nur einem relativ milden Druck seitens der Deutschen ausgesetzt. Das war eine rein taktische Rücksichtnahme des Auswärtigen Amtes, das vorgab, man wolle der ungarischen Seite mehr Zeit geben, den Boden für die beschlossene «Endlösung» zu bereiten.¹²⁰ Wie der ungarische Botschafter in Berlin schon im August 1942 berichtete, hatten die Deutschen ihm sehr klar zu verstehen gegeben, dass die Ungarn die «jüdische Frage» nun unverzüglich in Angriff zu nehmen hätten. Im Frühjahr 1943 erhöhten die Deutschen den Druck weiter, indem sie den SS-Brigadegeneral Edmund Veessenmayer, den späteren deutschen Reichsbevollmächtigten in Ungarn, zu einem ersten offiziellen Besuch in das Land entsandten.¹²¹ Die ungarischen Juden wurden inzwischen zur Zwangsarbeit herangezogen, aber nicht deportiert.¹²² Im März 1944 lebten daher noch 762'000 Juden in Ungarn, 150'000 allein in der Hauptstadt Budapest.¹²³

Welche Rolle von Jagow bei der Durchsetzung der deutschen «Judenpolitik» in Ungarn spielte, lässt sich den erhalten gebliebenen Dokumenten kaum entnehmen. Anders als Ludin und Kasche, deren persönliche Überzeugungen wohl am weitesten mit ihrem politischen Auftrag übereinstimmten, hielt sich von Jagow im Hintergrund und zog es vor, den Beobachter zu geben und sich nicht mit diplomatischen Initiativen hervorzutun. Am 17. Oktober 1942 übermittelte er dem ungarischen Premierminister Miklós Kállay indirekt über Aussenminister Jenő Ghyczy die deutschen Erwartungen hinsichtlich einer «radikalen Lösung» der «Judenfrage».¹²⁴ Insoweit steht fest, dass er die Absichten des Regimes kannte, doch ist nicht klar, wie wichtig ihm die «Endlösung» war. In seinen betont sachlich gehaltenen amtlichen Berichten enthielt er sich jeder persönlichen Meinungsäußerung. Ende Oktober und noch einmal Mitte November 1942 liess von

Jagow das Auswärtige Amt wissen, dass mit einem Entgegenkommen der Ungarn nicht zu rechnen sei.¹²⁵ Im Verlauf des folgenden Jahres stellten sich beim Auswärtigen Amt wie beim RSHA immer mehr Zweifel ein, dass von Jagow das Zeug hatte, den Ungarn den deutschen Willen aufzuzwingen; zudem stuften sie Ungarn nach der Niederlage von Stalingrad und im Zeichen einer stetig vorrückenden Roten Armee allmählich als unsicheren Kantonisten ein.

Die Situation war ziemlich festgefahren. Das änderte sich schlagartig, als deutsche Truppen Ungarn am 19. März 1944 besetzten. Da man einen Botschafter jetzt nicht mehr brauchte, wurde von Jagow von seinem Amt entbunden. An seiner Stelle übernahm Veesenmayer als Bevollmächtigter des Grossdeutschen Reiches in Ungarn das Kommando.¹²⁶ In den folgenden Monaten holte das neue Szälasi-Regime mit Unterstützung der Pfeilkreuzler-Miliz und unter der Kuratel Eichmanns und Veesenmayers all das nach, was ihm bis dahin versagt geblieben war. Die meisten der noch in Ungarn lebenden Juden wurden in Ghettos gepfercht, enteignet und deportiert,¹²⁷ allein in den wenigen Wochen zwischen 16. Mai und 8. Juli 437'000 nach Auschwitz. Fast alle wurden unmittelbar nach der Ankunft umgebracht. Nur 255'500 der 762'000 ungarischen Juden erlebten das Ende des faschistischen Ungarn.¹²⁸

Am 8. Mai 1944 wurde von Jagow offiziell nach Berlin zurückbeordert, wo er sich am 1. Juni zum Dienst meldete, jedoch keinen neuen Posten im Auswärtigen Dienst erhielt. Daher kehrte er im September zu seinem angestammten Metier zurück, dem Militär, und übernahm das Kommando über ein Volkssturm-Bataillon in Oberschlesien. In den Wochen vor Dienstantritt zog er mit seiner Familie in ein Herrenhaus in Gross-Münche im Warthegau (heute Mnichy wielkie bei Kwilcz in Polen).¹²⁹ Im Wehrmachtsbericht vom 21. Januar 1945 fand er eine ehrenvolle Erwähnung, weil er und seine Männer mit Panzerfäusten vier russische Panzer in die Luft gejagt hatten.¹³⁰ Bei diesem Gefecht wurde von Jagow allerdings von umherfliegenden Teilen eines gesprengten Panzers am Kopf getroffen und verlor ein Auge. Nach mehrwöchigem Krankenhausaufenthalt in Dresden und Leipzig konnte er im März 1945 in Konstanz zum letzten Mal Zeit mit seiner Familie verbringen. Kurz danach entsandte ihn das Auswärtige Amt als Kurier in das italienische Dorf Fasano am Gardasee, wo sich im Endstadium des Zweiten Weltkriegs das Verwaltungszentrum des deutschen Besatzungsregimes in Norditalien befand.¹³¹ Welche Anweisungen ihm auf diese Reise mitgegeben wurden, ist nicht bekannt. Unterwegs nahm er in Meran Quartier im Haus von Rudolf Rahn, dem deutschen Generalbevollmächtigten bei der Italienischen Sozialen Republik. Dort erschoss er sich kurz nach der Ankunft am 26. April 1945.¹³²

Bilanz

Vergleicht man die Karrieren der in die Länder Südosteuropas entsandten SA-Diplomaten und ihre Aktivitäten zwischen 1941 und 1944/45, so zeigen sich auffällige Parallelen. Die Einsetzung dieser Männer in ihre Ämter fiel mit einer Radikalisierung der Judenverfolgungen in den betreffenden Ländern zusammen, kulminierend in der im Sommer 1941 gefällten Entscheidung, die europäischen Juden in ihrer Gesamtheit zu vernichten.¹³³ Die SA-Diplomaten waren nicht ursächlich für diese Politik, ergriffen aber oft selbstbewusst und selbstständig die Initiative, sie voranzutreiben. Sieht man vom Holocaust ab, war ihr politischer Einfluss begrenzt, insbesondere von 1943 an. Mit Ausnahme von Killingers waren sie Neulinge auf dem diplomatischen Parkett, beherrschten die Landessprache nicht und waren mit den Ländern, in die man sie entsandte, kaum vertraut. Zweifel daran, ob sie dieser schwierigen Mission gewachsen seien, waren selbst im Deutschen Reich weitverbreitet. Rudolf Rahn schrieb nach dem Krieg, er habe es für keine gute Idee gehalten, «politisch naive SA-Führer in eine Diplomatenuniform zu stecken, in dem Glauben, man könne Aussenpolitik nach Parteimethoden machen».¹³⁴ Und der österreichische General Edmund Glaise-Hors-tenau quittierte die Nachricht von der Entsendung Kasches nach Zagreb mit der herablassenden Bemerkung, er hoffe, «dass der Mann wenigstens imstande sei, Kroatien auf der Landkarte zu finden».¹³⁵ Später räumte er allerdings ein, Kasche sei «weit besser» gewesen, als man ursprünglich befürchtet habe.¹³⁶

Eine vergleichende Analyse in Bezug auf die Rolle, die die fünf SA-Diplomaten in ihren südosteuropäischen Ländern spielten, führt zu dem Schluss, dass allzu einseitige Urteile vermieden werden sollten.¹³⁷ Persönliche Unzulänglichkeiten waren sicherlich ein Faktor, aber das letztliche Scheitern dieser Männer hatte mindestens ebenso viel mit ihrer ungewöhnlichen Stellung zu tun wie mit ihrer individuellen Kompetenz. Sie waren weder Reichskommissare mit weitreichenden Vollmachten noch herkömmliche Botschafter, die mit tatsächlich unabhängigen Regierungen verhandelten. Die politische Lage im südöstlichen Europa war zwischen 1941 und 1944 ungewöhnlich volatil, und zumindest Beckerle und Kasche taten viel, um sich mit den Besonderheiten und Eigenarten ihrer Gastländer vertraut zu machen.

Als langjährige SA-Männer sympathisierten alle fünf Botschafter mit den paramilitärischen Organisationen der faschistischen Rechten in Ost- und Südosteuropa.¹³⁸ SA-Stabschef Lutze hatte der Slowakei Tisos schon im Herbst 1939 den ersten offiziellen Besuch im Namen der NSDAP abgestattet und bei dieser

Gelegenheit Karmasin kennengelernt, mit dem er einen Kranz am Grab des Namensgebers der faschistischen Miliz der Slowakei, Andrej Hlinka, niederlegte.¹³⁹ Die Hlinka-Garde und die SA teilten radikale antisemitische Überzeugungen, weshalb Ludin in den Verhandlungen mit seinen slowakischen Gesprächspartnern die angeblich natürliche Affinität des neuen slowakischen Staates zum «Dritten Reich» ausdrücklich hervorhob. Diese Sympathien für die slowakischen Faschisten waren andererseits ein Grund dafür, dass Ludin die wachsende Skepsis und zunehmende antideutsche Stimmung in den Reihen der Ludaken nicht bemerkte – ein schweres Versäumnis, für das ihn der SD 1943 heftig kritisierte. Für den Sicherheitsdienst der SS war zu diesem Zeitpunkt klar, dass Tiso und seine Anhänger ein doppeltes Spiel spielten.¹⁴⁰ Auch von Jagow in Ungarn sprach sich zunächst für eine engere Zusammenarbeit mit den Faschisten von der Pfeilkreuzler-Bewegung aus, wurde aber vom Auswärtigen Amt zurückgepfiffen mit der Folge, dass selbst diejenigen, die seine ideologischen Überzeugungen eigentlich teilten, ihm kaum Anerkennung zollten.¹⁴¹ Kasche in Kroatien glaubte noch Ende des Jahres 1943 daran, dass mit der ideologischen Kraft des Nationalsozialismus mehr zu erreichen sei als mit gewaltsamer Unterdrückung. Repressalien mochten auf kurze Sicht gerechtfertigt sein, erklärte er, doch ein dauerhaftes Bündnis mit der Ustasa und anderen nationalistischen Bewegungen in der Region lasse sich nur mit einer Politik der Zusammenarbeit erreichen, die Rücksicht auf nationale Traditionen und das Wohlergehen der Menschen nehme.¹⁴² Beckerle schliesslich musste sich vom bulgarischen Premierminister Bogdan Filow vorhalten lassen, einen «zu freundlichen Umgang mit den Rechtsextremisten» in Bulgarien zu pflegen. Im Grunde hielt Filow ihn für eine «äusserst beschränkte Persönlichkeit».¹⁴³

Je länger die SA-Diplomaten im Amt blieben, desto mehr dämmerte ihnen, dass die zunehmend rücksichtslosere deutsche Politik in Südosteuropa kontraproduktiv war. Sie stiess schliesslich selbst jene nationalistischen Kreise und Gruppen ab, die den deutschen Vormarsch ursprünglich begrüsst hatten. Vor diesem Hintergrund plädierten die Botschafter im Braunhemd dafür, diesen sympathisierenden Gruppierungen zumindest eine partielle Autonomie zuzugestehen. Sie verbanden damit die Hoffnung, dadurch die Deutschen und die nationalistischen Regierungen in der Region dauerhaft aneinander zu binden. Mit zunehmender Kriegsdauer erwies sich diese Position jedoch als naiv, denn die deutsche Aussenpolitik verfolgte spätestens von 1943 an die Taktik, die wirtschaftlichen und menschlichen Ressourcen in den verbündeten Ländern auszubeuten und sich letztlich nur noch um das eigene Überleben zu kümmern.¹⁴⁴

Nach der Verhaftung Martin Luthers am 10. Februar 1943 wegen seiner Verwicklung in den fehlgeschlagenen Putsch, der von Ribbentrop aus dem Amt entfernen sollte,¹⁴⁵ verloren die SA-Diplomaten in Berlin weiter an Rückhalt. Spätestens 1944 standen sie auf verlorenem Posten, zumal sie weiterhin die Augen vor den grundlegenden politischen Veränderungen verschlossen, die sich in ihren Regionen vollzogen. Ein ironisch formuliertes Schreiben zu Ludins Defiziten als Diplomat, das ein österreichischer Beamter in Bratislava am 27. Oktober 1944 ans deutsche Auswärtige Amt schickte, traf den Nagel auf den Kopf:

Also diplomatisches Fingerspitzengefühl hat Herr Ludin ganz und gar keines bewiesen. Wie kommt Ludin dann zur Diplomatie? [...] Nach den Ereignissen in Rumänien, Bulgarien, Ungarn – haben Sie da mehrere solche «Könner» draussen?¹⁴⁶

Vergessen oder Erinnern?

Spätestens im Herbst 1944 war die deutsche Diplomatie praktisch am Ende. Die Träume der SA-Botschafter von einem Südosteuropa unter deutscher Vorherrschaft würden sich nicht erfüllen. Von Killinger und sein Botschaftspersonal wurden am 23. August 1944 in der deutschen Botschaft in Bukarest von der rumänischen Regierung unter Hausarrest gestellt. Eine Woche später, am 31. August, erreichte die Rote Armee die rumänische Hauptstadt. Kurz darauf, am 2. September, wurden die deutschen Diplomaten im Gebäude einer nach dem rumänischen Nationalhelden Mihai Viteazul benannten Schule de facto inhaftiert. Noch am selben Tag erschoss von Killinger zunächst seine Sekretärin Helga Petersen, mit der er ein Verhältnis hatte, und anschliessend sich selbst.¹⁴⁷ Von Jagow nahm sich, wie schon erwähnt, am 26. April 1945 in Meran das Leben – nur wenige Tage vor der bedingungslosen Kapitulation des «Dritten Reiches». Ludin meldete sich drei Wochen später bei den amerikanischen Besatzern, die ihn zunächst im Lager Natternberg in Bayern internierten und am 5. Oktober 1946 an die Tschechoslowakei auslieferten. Er wurde in Bratislava umgehend vor Gericht gestellt, zum Tode verurteilt und am 3. Dezember 1947 hingerichtet.¹⁴⁸ Bereits ein knappes halbes Jahr zuvor, am 17. Juni 1947, war Kasche vom kroatischen Staatsgerichtshof zum Tode verurteilt und schon am nächsten Tag erhängt worden.¹⁴⁹ Beckerle, der Ende September 1944 an der bulgarisch-türkischen Grenze von Soldaten der Roten Armee festgenommen und nach Moskau

gebracht worden war, überlebte als einziger der fünf die Nachkriegsjahre.¹⁵⁰ Er kehrte 1955 aus sowjetischer Gefangenschaft in die Bundesrepublik Deutschland zurück, wo ihn der Oberbürgermeister von Frankfurt auf dem Römer mit Handschlag begrüßte. Es heisst, Beckerle habe von der Bundesrepublik 6'000 DM Entschädigung für die in der Sowjetunion erlittene Haft erhalten. Seine Freude über die Heimkehr wurde von der Nachricht überschattet, dass seine Frau sich 1951 das Leben genommen hatte – kurz nachdem die von den Beckerles bewohnte «arisierter» Villa rückübertragen worden war.

Versuche, den früheren Frankfurter Polizeipräsidenten Beckerle für seine Beteiligung an der Verfolgung deutscher NS-Gegner in den 1930er Jahren zur Rechenschaft zu ziehen, blieben erfolglos. Die Frankfurter Staatsanwaltschaft stellte entsprechende Ermittlungen 1957 ein. Dessen ungeachtet versuchte der hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer, Beckerle wegen der Beteiligung an der Deportation und Ermordung der bulgarischen Juden den Prozess zu machen. Im September 1959 wurde der ehemalige SA-Mann tatsächlich verhaftet. Im November 1967 begann schliesslich die Hauptverhandlung gegen ihn.¹⁵¹ Doch schon ein Jahr später stellte die Staatsanwaltschaft Frankfurt das Verfahren wegen des «schlechten Gesundheitszustands» des Angeklagten ein. Beckerle starb am 3. April 1976 als freier Mann.¹⁵²

In der Bundesrepublik der Nachkriegsjahrzehnte setzten sich die Familien der SA-Diplomaten ganz unterschiedlich mit der Beteiligung ihrer Männer, Brüder und Väter am Holocaust auseinander.¹⁵³ Malte Ludins beeindruckender Dokumentarfilm *2 oder 3 Dinge, die ich von ihm weiss* illustriert mit Empathie und exemplarischer Klarheit, welchen Schatten das Wirken und der Tod seines Vaters für immer auf das Leben der hinterbliebenen Familienmitglieder warf.¹⁵⁴ Der Film zeigt Hanns Ludin als eine komplexe Persönlichkeit: Er war bei den Mannschaften der SA in Südwestdeutschland beliebt und offenbar auch ein fürsorglicher Vater, hatte aber eben auch ganz direkt an der Deportation Zehntausender Juden mitgewirkt, wohl wissend, dass sie ermordet werden sollten. Verständlich, dass sich die Kinder schwertaten, die historischen Tatsachen mit ihren privaten Erinnerungen in Übereinstimmung zu bringen.¹⁵⁵

Vor dem Hintergrund dieser Problematik kam dem hagiografischen Porträt, das Ernst von Salomon in seinem 1951 erschienenen Erfolgsroman *Der Fragebogen* von Hanns Ludin zeichnete, besondere Bedeutung zu. Der Schriftsteller und verurteilte Rechtsterrorist von Salomon hatte Ludin 1945 im amerikanischen Kriegsgefangenenlager Natternberg kennengelernt und ihn später als den «besten Mann im Lager» und als Vorbild menschlichen Anstands gepriesen. An einer Stelle hatte er ihn sogar zum «Lager-Christus» überhöht – halb im Spass, aber

auch halb im Ernst.¹⁵⁶ Ludins Witwe und einige seiner Kinder sahen nur zu gern in dem von Salomon gezeichneten Bild eine wirklichkeitsgetreue Beschreibung der Persönlichkeit ihres Mannes beziehungsweise Vaters. Nach Aussage Malte Ludins wirkte von Salomons Roman über Jahre hinweg als «moralisches Vademecum» und «Trostbuch». Er gab ihnen die Möglichkeit, Hanns Ludin als einen moralisch überragenden Menschen in Erinnerung zu behalten, der trotz seiner Verurteilung und Hinrichtung als Kriegsverbrecher sogar als Rollenvorbild und Märtyrer für das deutsche Volk taugte.¹⁵⁷

Auf die Frage, was für ein Mensch sein Vater Dietrich von Jagow gewesen sei, antwortete der inzwischen verstorbene Sohn Henning mit Verweis auf persönliche Briefe, in denen sein Vater, ähnlich wie Ludin, als «politischer Idealist» charakterisiert wird: «naiv und relativ unbelehrbar in der Einschätzung der politischen Entwicklung, aber auch ein anständiger Mensch, der christlich-ethischen Grundsätzen verbunden blieb, Moral und Ehre hoch veranschlagte und in späteren Jahren sicherlich auch seine Zweifel hatte», was die Verbrechen des NS-Regimes betraf.¹⁵⁸ Aus dieser Perspektive erscheint der Selbstmord von Jagows 1945 weniger als eine Flucht vor der politischen Verantwortung denn als eine respektable Tat, Zeugnis seiner moralischen Integrität und seines aristokratischen Ehrenkodexes.

Während die Versuche der Familie Ludin, mit der Vergangenheit von Hanns Ludin ins Reine zu kommen, von der deutschen Öffentlichkeit sehr aufmerksam verfolgt wurden, sind vergleichbare Bemühungen der Familie Kasche deren Privatangelegenheit geblieben. Aktenbestände im deutschen Aussenministerium enthalten allerdings Hinweise darauf, wie schwer es auch in diesem Fall den hinterbliebenen Familienmitgliedern fiel, das Handeln Siegfried Kasches als verbrecherisch und schuldhaft einzustufen, zumal andere Ex-Diplomaten nach 1945 in Amt und Würden blieben oder, wenn sie doch von den Alliierten zu Freiheitsstrafen verurteilt wurden, sehr bald wieder auf freien Fuss kamen und ihre Unbescholtenheit wiedererlangten.¹⁵⁹ Spätestens 1954 baten die Mitglieder der Familie Kasche die bundesdeutschen Behörden um Unterstützung bei dem Nachweis, dass die jugoslawische Justiz den früheren SA-Diplomaten völkerrechtswidrig zum Tod verurteilt hatte. Ein Bruder Kasches behauptete in einem Brief an das Justizministerium sogar, Siegfried Kasche sei «ohne jede persönliche Schuld gewesen» und einzig aufgrund der «bekannten serbischen Rachegefühle» für die Kriegsverbrechen, die die kroatische Ustasa im Zweiten Weltkrieg mit Duldung oder Unterstützung der Deutschen begangen habe, und damit «ohne Zweifel gegen alles Völkerrecht» hingerichtet worden.¹⁶⁰

Solche Hilfeersuchen waren nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass die Hinterbliebenen eines gerichtsnotorischen Kriegsverbrechers keine Pensions- und Versorgungsansprüche geltend machen konnten.¹⁶¹ So hatte eine bayerische Spruchkammer im Zuge der Entnazifizierungsverfahren Kasche zunächst als einen «Hauptschuldigen» eingestuft mit der Folge, dass der Staat fünfzig Prozent seines Vermögens einziehen konnte und seine Hinterbliebenen nicht pensionsberechtigt waren; dagegen legte die Familie mit Erfolg Berufung ein und erhielt von 1954 an eine monatliche Pension und Unterhaltszahlungen.¹⁶² Später unternahmen die Kasches einen weiteren Versuch, im Nachhinein «moralische Gerechtigkeit» für Siegfried Kasche zu erwirken. Als 1968 der neue deutsche Außenminister Willy Brandt einen offiziellen Staatsbesuch in Titos Jugoslawien ankündigte, bat ihn einer von Siegfried Kasches Brüdern in einem persönlichen Brief, sich bei Tito für ihre Sache einzusetzen. Zugleich drohte er an, den jugoslawischen Staat in Den Haag auf Entschädigungsleistungen für das angeblich an seinem Bruder verübte Unrecht zu verklagen. Er vergass auch nicht, Außenminister Brandt an die Pflicht des Auswärtigen Amtes zu erinnern, für ehemalige Mitarbeiter und ihre Familien zu sorgen, und fügte ausdrücklich den Hinweis hinzu, dass Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger von der CDU im «Dritten Reich» selbst für das Auswärtige Amt gearbeitet hatte und seinen Bruder wohl kennen dürfte.¹⁶³ Direkt an Brandt gewandt, erklärte der Briefschreiber, er hoffe, «nachdem zum 1. Mal – nach fast einer Generation – ein Mitglied der SPD Außenminister ist», dass sich endlich die Gerechtigkeit und nicht die «Opportunität» durchsetzen werde.¹⁶⁴

Der Fall Kasche war für die Bundesrepublik im politischen Alltagsgeschäft jedoch einfach nicht wichtig genug, um ein Zerwürfnis mit Tito zu riskieren, der in jener Periode der von Brandt und seinem Staatssekretär Egon Bahr eingeleiteten «Entspannungspolitik» ein strategisch wichtiger politischer Partner war. Diese Sicht wurde auch dadurch erleichtert, dass Kasche jener besonderen Kategorie nationalsozialistischer Botschafter angehört hatte, die keine Lobby mehr hatten. Die Laufbahndiplomaten alter Schule distanzieren sich von ihren ehemaligen Kollegen nach Kräften, nun längst nicht mehr nur aus persönlichen oder habituellen Gründen, sondern zunehmend auch aus Gründen der politischen Opportunität.

TEIL IV

Was bleibt?

Deutungskämpfe der Nachkriegszeit

Viele werden sich nicht gern daran erinnern.

Einige wenige wollen nicht gerne daran erinnert werden:

Das sind die, die sich gerne daran erinnern!

HANS ROSENTHAL, JOURNALIST UND FERNSEHMODERATOR, 1983¹

Nach der militärischen Kapitulation vom 8. Mai 1945 kehrten viele Menschen nur zögerlich in die zur Ruinenstadt gewordene deutsche Hauptstadt zurück. Von einer mehr als Vier-Millionen-Metropole zu Beginn der 1920er Jahre war Berlin zu einer Stadt mit weniger als drei Millionen Einwohnern geschrumpft. Hunger und Krankheiten waren weitverbreitet, Wohnungen und Lebensmittel knapp. Die seelischen Wunden und Verluste waren enorm. Unter den Ersten, die damals in das zerstörte Berlin zurückkehrten, war der Schriftsteller Rudolf Ditzen, besser bekannt unter seinem Pseudonym Hans Fallada. Er hatte während der Kriegsjahre in einer Art innerem Exil im mecklenburgischen Dorf Carwitz bei Feldberg gelebt, fernab vom Zentrum der politischen Macht. Nach dem Ende der NS-Herrschaft kehrte Fallada 1945 nach Berlin zurück und schrieb dort innerhalb weniger Wochen im Herbst 1946 seinen letzten Roman. Im Winter starb er im Alter von nur 53 Jahren.²

Dieser Roman, der unter dem Titel *Jeder stirbt für sich allein* veröffentlicht wurde, ist in viele Sprachen übersetzt worden und heute ein internationaler Bestseller. Er stellt so etwas wie ein literarisches Panorama der deutschen Gesellschaft zwischen 1941 und dem Ende des «Dritten Reiches» dar. Packend und erkennbar voller Leidenschaft geschrieben, kommen die tiefe Trauer und Wut des Autors über die verbreitete Zerstörung und Verzweiflung zum Ausdruck. Fallada machte eine wahre Begebenheit zur Grundlage seines Romans, der tiefe Einblicke in die Mentalität der Deutschen in der unmittelbaren Nachkriegszeit gewährt, da er noch weitgehend frei ist von den Verzerrungen, die sich bald darauf in die meisten Darstellungen des Lebens unter der NS-Diktatur einschlichen und über Jahrzehnte fortwirkten.³

Der Roman macht sehr deutlich, wie sehr die Parteiuniformen von SA, SS und Hitlerjugend in jenen Jahren die Strassen Deutschlands beherrschten. Bei Fallada sind diese Uniformen keinesfalls nur ornamentales Beiwerk der NS-Herr-

schaft. Die SA-Führer erscheinen vielmehr als allgewaltige und gefährliche Erznazis, ausgestattet mit der Macht, Arbeiter bei einer Betriebsversammlung einzuschüchtern, willkürlich Menschen in Konzentrationslager einzuweisen und die Polizei unter erheblichen Druck zu setzen. Fallada arbeitete mit der «Signalwirkung» der NS-Uniformen und bediente sich der damals verbreiteten Rechtfertigungsstrategie, «arische» wie «nichtarische» Deutsche unterschiedslos als die ersten Opfer des «Dritten Reiches» zu bezeichnen. Bei ihm leben die meisten Deutschen – insbesondere die deutschen Juden – in Berlin während der Jahre des Zweiten Weltkriegs in einer Art Freiluftgefängnis, bewacht und gequält von Funktionären und Schergen der NSDAP, der SA und der SS. In dieser Hinsicht entsprach die Herangehensweise Falladas der verbreiteten Neigung der Menschen im Nachkriegsdeutschland, sich zunächst einmal mit ihrem eigenen Leid zu beschäftigen. Sie hoben den terroristischen Charakter des NS-Regimes hervor und verwiesen auf die vielen zivilen deutschen Opfer, die der Krieg gefordert hatte, sowie auf die Vertreibung der Deutschen aus Osteuropa zwischen 1944 und 1948. Die Schicksale der unter dem NS-Regime verfolgten Sinti und Roma, der nichtdeutschen Juden, der bis zu acht Millionen Zwangsarbeiter und der Millionen in ganz Europa von Deutschen ermordeten Zivilisten interessierten dagegen bis in die 1960er Jahre kaum.⁴

In den ersten Nachkriegsjahrzehnten teilten viele Deutsche Falladas Ansicht, dass die SA die hässliche Fratze des Nationalsozialismus gewesen sei. Die Organisation wurde immer mehr zum Symbol für die brutale Gewalt und den mörderischen Antisemitismus des Regimes und den vollkommenen Mangel an Mitgefühl für alle nicht zur «Volksgemeinschaft» Gehörenden. Es dauerte aber nicht lange, bis viele unter Hinweis auf historische Argumente einen dicken Trennstrich zogen. Die SA, so behaupteten sie nun, sei nur bis in den Sommer 1934 hinein eine mächtige und kampfstärke paramilitärische Truppe gewesen. In den Jahren danach habe die Organisation lediglich noch wegen ihrer Mitgliederzahl Stärke beanspruchen können. Die politische und gesellschaftliche Bedeutung der Sturmabteilung sei dagegen gering gewesen. Sie sei schliesslich zu einer «voll und ganz der Partei untergeordneten Organisation», ja zu einem «unbedeutenden Bierverein» geworden.⁵

Solche Ansichten beeinflussten auch die wissenschaftliche Forschung und die journalistischen Arbeiten über die SA.⁶ Exemplarisch zeigen dies die vier Expertengutachten, die für den Frankfurter Auschwitz-Prozess von 1964 erstellt wurden und dem Gericht einen seriösen Überblick über die politische und geschichtliche Entwicklung geben sollten, die zur Machtergreifung der Nationalsozialisten und zum «Dritten Reich» geführt hatte. Die Gutachten wurden 1967 un-

ter dem Titel *Anatomie des SS-Staates* als Buch veröffentlicht.⁷ Die SA wurde darin nur am Rande erwähnt und dann beinahe ausschliesslich in Bezug auf ihre Rolle beim Strassenterror der Nationalsozialisten vor der «Machtergreifung» und der Errichtung des «Dritten Reiches» in den Jahren 1933/34.⁸

Hier wird danach gefragt, wie es kam, dass sich das Bild der SA als einer gewaltbereiten, aber politisch randständigen Organisation nach 1945 in Deutschland durchsetzen konnte. Dabei wird zunächst gezeigt, dass sich der Internationale Militärgerichtshof (IMG), der 1945/46 in Nürnberg tagte, nicht nur als exemplarischer Testfall für die Analyse des Zusammenspiels von Rechtsprechung und Geschichtsschreibung eignet, sondern dass die Anklage, die Verhandlungen und das abschliessende Urteil gegen die SA bereits sehr früh die Weichen für die politische und geschichtswissenschaftliche Bewertung der Sturmabteilung stellten. Daran anschliessend wird anhand zweier Fallstudien aus den 1950er und 1960er Jahren erörtert, wie angesichts der in Nürnberg gewissermassen von den Alliierten abgesegneten Verharmlosung der SA und ihrer Verbrecher Nachkriegskarrieren wie die des Juristen und einstigen SA-Standartenführers Hans Gmelin, von 1954 bis 1975 Oberbürgermeister von Tübingen, sowie des Historikers und früheren Chefs des SA-Hochschulamts, Heinrich Bennecke, möglich wurden. Abschliessend wird erläutert, weshalb sich seit den 1970er Jahren das Interesse der akademischen wie der ausserakademischen Erforschung der NS-Vergangenheit zunehmend von der politischen auf die sozialgeschichtliche Ebene verlagert hat und welche – ambivalenten – Auswirkungen das auf die historiografische Bewertung der SA hatte. Auch wenn in vielen Lokal- und Regionalstudien die zuweilen extremen Gewalttaten der SA-Männer – vor allem im Verlauf des Jahres 1933 – ungewöhnlich detailliert untersucht worden sind, verschwand die SA als eine Massenorganisation mit politischen Ambitionen und Einfluss nun allmählich aus dem Blickfeld. Heute wird der Begriff «SA-Methoden» gelegentlich noch als politischer Kampfbegriff verwendet, doch in der Regel ohne vertiefte Kenntnis der geschichtlichen Zusammenhänge.

Die SA vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg

Selbst wer die Einschätzung Robert Kempners, des stellvertretenden Chefanklägers der Amerikaner in Nürnberg, das Militärtribunal sei die «grossartigste jemals abgehaltene Geschichtsstunde» gewesen, nicht teilt, wird zugestehen, dass dieses Gericht und seine Ermittlungen «einen didaktischen Zweck verfolgten». Das hat die historische

Forschung auch wiederholt bestätigt. Die moralischen Lehren, die aus dem Verfahren in Nürnberg gezogen wurden, sollten über die Frage der Schuld und der Verurteilung einzelner Angeklagter hinaus Bestand haben.⁹ Welche NS-Organisationen in den Prozess einbezogen und möglicherweise auch verurteilt werden würden, war deshalb von besonderer Bedeutung, hatte doch der Richterspruch des Internationalen Militärgerichtshofs erhebliche Auswirkungen auf das weitere Leben der ehemaligen Angehörigen dieser Organisationen. Allein im Fall der SA waren das mehrere Millionen Männer. Da die Nürnberger Richter die Ersten waren, die in ihrer Beurteilung der SA eine strikte Unterscheidung zwischen dem Selbstverständnis und den Handlungen dieser Organisation vor und nach Mitte 1934 trafen, gaben sie für die folgenden Strafverfahren wie für die Arbeit der Historiker die Richtung vor. In dieser Hinsicht schrieben die Richter von Nürnberg in der Tat Geschichte – mit erheblichen Auswirkungen.

Neben führenden Politikern, Militärs und Unternehmern des «Dritten Reiches» wie Hermann Göring, Rudolf Hess, Karl Dönitz und Hjalmar Schacht – um nur einige der 24 Angeklagten zu nennen – standen in Nürnberg auch die Organisationen vor Gericht, die die wichtigsten Werkzeuge des nationalsozialistischen Unterdrückungs- und Terrorregimes gewesen waren: die SS, die Gestapo und die SA. Sie sollten als «verbrecherische Organisationen» eingestuft werden, sofern sie einen Handlungsraum geschaffen hatten, in dem ihre Mitglieder straflos «Verbrechen gegen den Frieden» begehen konnten, für die Begehung von «Kriegsverbrechen» verantwortlich waren oder sich an «Verbrechen gegen die Menschlichkeit» beteiligt hatten.

Artikel 6 des Gerichtsstatuts definierte «Verbrechen gegen den Frieden» als «Plänen, Vorbereitung und Einleitung oder Durchführung eines Angriffskrieges oder eines Krieges unter Verletzung internationaler Verträge, Abkommen oder Zusicherungen oder Beteiligungen an einem gemeinsamen Plan oder an einer Verschwörung zur Ausführung einer der vorgenannten Handlungen». Als Kriegsverbrechen galten demselben Artikel zufolge «Mord, Misshandlungen oder Deportation zur Sklavenarbeit oder für irgendeinen anderen Zweck von Angehörigen der Zivilbevölkerung von oder in besetzte Gebiete, Mord oder Misshandlungen von Kriegsgefangenen oder Personen auf hoher See, Töten von Geiseln, Plünderung öffentlichen oder privaten Eigentums, die mutwillige Zerstörung von Städten, Märkten oder Dörfern oder jede durch militärische Notwendigkeit nicht gerechtfertigte Verwüstung».

Diese Aufzählung galt nicht als allumfassend und sollte den Anklägern und Richtern lediglich als Richtschnur dienen. Unter «Verbrechen gegen die Menschlichkeit» – ein Tatbestand, den der IMG erstmals in die Rechtsprechung

einführte und über dessen formale Anwendbarkeit seinerzeit ausgiebig und kontrovers diskutiert wurde – verstand der Militärgerichtshof die «Ermordung, Ausrottung, Versklavung, Deportation oder andere unmenschliche Behandlung» von Zivilisten ungeachtet der Strafbarkeit oder Nichtstrafbarkeit solcher Vorgehensweisen nach den Gesetzen des für die Begehung verantwortlichen Landes.¹⁰

Wäre die SA in Nürnberg zu einer in diesem Sinne «verbrecherischen Organisation» erklärt worden, hätte das direkte Auswirkungen auf die Strafverfahren gegen einzelne NS-Täter gehabt, die in den Jahren danach vielerorts angestrengt wurden. Im Deutschland der Nachkriegszeit hätte in diesem Fall allein die Mitgliedschaft in der SA für eine Strafverfolgung und Verurteilung ausgereicht, ohne dass das Gericht Beweise für die individuelle Schuld des einzelnen Angeklagten hätte erbringen müssen. Insofern war eine solche Einstufung das, was Millionen ehemaliger SA-Angehöriger am allermeisten fürchteten.¹¹ Nicht weniger als 10'000 Betroffene sollen denn auch eidesstattliche Erklärungen abgegeben haben, in denen sie beteuerten, dass einzelne Männer der Sturmabteilung sich nicht immer einwandfrei verhalten hätten, die SA als Organisation sich aber nichts habe zuschulden kommen lassen.¹² Die hohe Zahl dieser Eingaben, die über die Nürnberger Verteidiger der SA weitergeleitet wurden, belegen, dass die in den Jahren des «Dritten Reiches» geknüpften nationalsozialistischen Netzwerke nach dem Krieg noch bestens funktionierten und nicht von der Hand zu weisen war, dass eine pauschale Verurteilung der SA einen Proteststurm Tausender ehemaliger SA-Männer und ihrer Familien hätte auslösen können.

Ein typisches und zugleich besonders prominentes Beispiel für den ganz überwiegend apologetischen Tenor dieser Eingaben ist eine ausführliche Denkschrift aus der Feder des ehemaligen SA-Obergruppenführers Max Jüttner vom Januar 1946, verfasst während seiner Haftzeit im US-amerikanischen Internierungslager 75 in Kornwestheim bei Stuttgart.¹³ Jüttner war einer der zwei noch lebenden SA-Führer, die der Organisation zwischen 2. Mai und 8. August 1943 kommissarisch vorgestanden hatten. Seiner Eingabe zufolge las er im Oktober 1945 in den im Lager verteilten Zeitungen von dem Nürnberger Prozess und wandte sich als der «einzige erreichbare ‚repräsentative‘ Vertreter der SA-Führung» daraufhin unverzüglich an den IMG. Das Gericht schenkte seiner Eingabe zunächst aber nicht viel Beachtung. Bestärkt durch den Rechtsanwalt Robert Servatius, verfasste Jüttner daraufhin im Januar 1946 eine Rechtfertigungsschrift für die SA im Allgemeinen und für sich selbst im Besonderen.¹⁴ Dieses fast hundert Seiten umfassende Verteidigungsplädoyer entbehrt stellenweise nicht der unfreiwilligen Komik, besonders dort, wo es um die Einstellung der

SA zu Juden und zu den politischen Gegnern der Nationalsozialisten geht. Jüttner versicherte etwa, weder er noch Lutze hätten jemals die Verfolgung von Juden befohlen. Erst von den Alliierten habe er erfahren, dass Angehörige dieser Bevölkerungsgruppe in den Konzentrationslagern gefoltert und ermordet worden seien. Jeder vernünftige Mensch, der an Gerechtigkeit glaube, würde der SA ehrenwerte Motive unterstellen, so Jüttner.¹⁵

Die mündliche Verhandlung gegen die SA begann am Nachmittag des 18. Dezember 1945, dem 22. Prozesstag. Hauptankläger der SA war der US-amerikanische Jurist Robert G. Storey, der in Zusammenarbeit mit neun Kollegen die Beweismaterialien auswertete und über den zeitlichen Ablauf der Beweisaufnahme entschied.¹⁶ Storey eröffnete die Anklage mit Angaben über die Ziele und den Aktionsradius der SA, was ihm allerdings erkennbar schwerfiel. Er bezeichnete die SA als eine

Organisation, die vielen Bestimmungen und Zwecken diene. Ihre Rolle in der Verschwörung änderte sich von Zeit zu Zeit, immer in Einklang mit dem Fortschreiten der Verschwörung durch die verschiedenen Phasen hindurch bis zum Endziel: der Annulierung des Versailler Vertrags und der Eroberung von Gebieten anderer Völker und Nationen. [...] Wenn wir die Verschwörung mit einem Puzzle vergleichen, dessen Einzelteile zueinander passen müssen, so ergibt sich, dass das Element, welches die SA darstellt, zur Gestaltung und Entwicklung des Gesamtbildes unbedingt notwendig ist.

Der hier benutzte Ausdruck «Verschwörung» bezog sich auf das erklärte Vorhaben der Nationalsozialisten, die Weimarer Demokratie zu zerstören und durch eine faschistische Diktatur zu ersetzen, die aus Deutschland ein europäisches Grossreich machen würde, indem sie andere Länder militärisch unterwarf und besetzte. Das hervorstechende Merkmal der SA war nach Ansicht Storeys der fanatische Glaube ihrer Mitglieder «an die von den Nazi-Verschwörern ersonnene Philosophie und Ideologie».¹⁷ Dass dieser fanatische Glaube die SA einte und definierte, lag auf der Hand. Doch eine Verbindung herzustellen zwischen einer solch vagen Einschätzung des allgemeinen Charakters der SA und konkreten Verbrechen, die man strafrechtlich ahnden konnte, sollte sich als äusserst schwierig erweisen.

Storey erklärte ausserdem, dass sich die SA zwischen 1934 und 1939 «aus einzelnen Banden von Raufbolden» in eine straff organisierte, «zusammengeschweisste» Einheit verwandelt habe «mit einer militärischen Ausbildung, mili-

tärischen Funktionen und vor allem mit einem aggressiven, militaristischen und kriegerischen Geist und [einer ebensolchen] Weltanschauung». ¹⁸ Von 1934 an seien in 25 SA-Truppschulen und drei SA-Reichsführerschulen jährlich bis zu 25'000 Offiziere und Unteroffiziere ausgebildet worden. ¹⁹ Im selben Atemzug sprach Storey jedoch auch von einem raschen Bedeutungsverlust der SA nach der Ermordung Ernst Röhm 1934. ²⁰

Ungeachtet solcher Widersprüche erscheinen die Vorwürfe, die Storey gegen die späte SA erhob, aus heutiger Sicht wohlbegründet. Als Beleg dafür, dass die SA «als [...] Kampftruppe vom ersten Tag des Angriffskrieges an Verwendung fand», verwies er auf ihre Rolle beim «Anschluss» Österreichs und bei der Besetzung des Sudetenlandes. ²¹ In beiden Fällen habe die SA nicht nur logistische Unterstützung geleistet, sondern auch Tausende Kämpfer gestellt, die das «Rückgrat» sowohl des Sudeten-deutschen Freikorps als auch der Österreichischen Legion gebildet hätten. ²² Von 1944 an, im Endstadium des Krieges, habe die SA, wie Storey unter Berufung auf Aussagen des SS-Brigadeführers Walter Schellenberg ausführte, ²³ diverse weitere Aufgaben übernommen, «welche vorher allein der SS, der Sipo [Sicherheitspolizei] und dem Heer anvertraut waren», etwa den Wachdienst in Konzentrationslagern und Kriegsgefangenenlagern und die Aufsicht über die nach Deutschland und in die besetzten Gebiete verschleppten Zwangsarbeiten. ²⁴ All diese Beweisstücke fügten sich zu dem schlüssigen Bild zusammen, so führte Storey weiter aus, dass sowohl einzelne Mitglieder der SA als auch die Sturmabteilung als Ganzes «Mitverschwörer und aktive Teilnehmer an einer Verschwörung [waren], die Verbrechen gegen den Frieden und gegen die Menschlichkeit sowie Kriegsverbrechen mit Überlegung geplant und begangen hat». ²⁵

Gegen diese schweren Anschuldigungen legten die drei Rechtsanwälte, die die Verteidigerriege der SA in Nürnberg bildeten, umgehend Widerspruch ein. Es handelte sich dabei um den Anwalt Georg Böhm mit seinem Team sowie die beiden Wahlverteidiger Dr. Martin Löffler und Dr. Theodor Klefisch. ²⁶ Seit kurzem stehen die nachgelassenen Papiere Klefischs, der seit der Spätphase der Weimarer Republik ein angesehener, wenn auch nur regional bekannter Kölner Anwalt gewesen war, der historischen Forschung zur Verfügung. ²⁷ Dort finden sich unter anderem Dokumente aus seiner Tätigkeit als Rechtsbeistand vor dem IMG, die eine relativ genaue Analyse der von den Verteidigern der SA gewählten Strategie erlauben. Klefisch ergriff in den Verhandlungen allerdings nie das Wort. Er reichte nur ein einziges Mal, am 15. August, einen Schriftsatz, ein «schriftliches Plädoyer», ein – ein Umstand, der zumindest zum Teil mit Spannungen zwischen den SA-Verteidigern zu tun hatte. ²⁸

Klefisch konzentrierte sich in seiner Verteidigung ganz auf die SA-Männer, die vor ihrer Mitgliedschaft in der Sturmabteilung dem Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, angehört hatten. Das Verhältnis zwischen Stahlhelm und SA war, wie an anderer Stelle ausgeführt, von Anfang an angespannt – nicht zuletzt aufgrund der ganz verschiedenen Altersstruktur in beiden Organisationen – und blieb immer schwierig.

Die SA zog eher junge oder sogar sehr junge Männer an, während der Stahlhelm mehr bei deren Vätern reüssierte.²⁹ Georg Böhm hob im Schlussplädoyer der SA-Verteidigung, gehalten am 28. August 1946, diese Generationenkluft ebenso hervor wie die gravierenden ideologischen Differenzen, die angeblich zwischen NSDAP und Stahlhelm bestanden hatten. «Ein Grossteil der Stahlhelmer stellte eine ideell geschlossene Körperschaft innerhalb der SA dar, die die Ereignisse der Zeit mit starkem Misstrauen betrachtete», behauptete Böhm.³⁰

Die Strategie der Verteidigung zielte demnach in der Hauptsache darauf ab, aus den verschachtelten inneren Strukturen der SA und der Tatsache, dass sie zwischen 1921 und 1945 mindestens zweimal tiefgreifende Veränderungen durchmachte, einen Vorteil zu ziehen. Eine so grosse und so heterogene Organisation von bis zu 4,5 Millionen Mitgliedern pauschal als «verbrecherisch» einzustufen sei in höchstem Mass ungerecht und rechtlich unzulässig, argumentierte sie.³¹ Rechtsanwalt Löffler machte darüber hinaus geltend, dass eine solche Einstufung auch mit den in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands geltenden Entnazifizierungsrichtlinien unvereinbar sei, denen zufolge SA-Mitglieder unterhalb des Sturmführer-Rangs generell als unbelastet gelten sollten und somit auch nicht automatisch zu bestrafen seien. Tatsächlich seien etliche frühere Mitglieder dieser angeblich kriminellen Organisation wieder in die Gemeinderäte und Stadtverordnetenversammlungen gewählt worden.³²

Diese Verteidigungsstrategie zeigte Wirkung. Schon am 28. Februar 1946 stellte der amerikanische Hauptankläger Robert H. Jackson den Antrag, alle Träger des SA-Sportabzeichens, die keine regulären SA-Mitglieder waren, und alle Angehörigen der SA-Reserve und der von der SA gesteuerten Heimwehreinheiten von der Verfolgung auszunehmen.³³ Sein Vorschlag lautete, nur noch die Mitgliedschaft in der eigentlichen SA-Kerntruppe als strafwürdig einzustufen. Dagegen machte Löffler am darauffolgenden Verhandlungstag, dem 1. März 1946, geltend, dass die Anklage gegen die SA nach wie vor alle betreffe, «die zu irgendeinem noch so kurzen Zeitpunkt in den 24 Jahren zwischen der Gründung der SA im Jahre 1921 und ihrer 1945 erfolgten Auflösung, also in einem Zeitraum von beinahe einem Vierteljahrhundert, irgendwann einmal Mitglieder ge-

wesen sind».³⁴ Wie nicht anders zu erwarten, spielte Löffler die Bedeutung der SA in den Weltkriegsjahren so weit wie möglich herunter. So erklärte er:

Verbrechen gegen das Kriegsrecht oder die Kriegsgebräuche werden der SA nicht vorgeworfen. Zwar hat die Anklage ein Affidavit vorgelegt, wonach die SA auch an der Bewachung von Konzentrationslagern, Kriegsgefangenenlagern und bei der Überwachung von Zwangsarbeitern teilgenommen haben soll. Aber nach dem Vortrag der Anklage geschah dies erst 1944 im Rahmen des damaligen totalen Krieges, und es wird nicht behauptet, dass dabei von Seiten der SA irgendwelche Ausschreitungen oder Misshandlungen vorgekommen sind. [...] Die wenigen Verstösse gegen die Menschlichkeit, die der SA von der Anklagebehörde vorgehalten werden und die sich einzelne ihrer Mitglieder im Laufe fast eines Vierteljahrhunderts haben zuschulden kommen lassen, können in gar keiner Weise auf eine Ebene gestellt werden mit den schweren Verbrechen gegen die Menschlichkeit, von denen wir hier gehört haben.³⁵

Löffler versuchte, das Gericht zudem mit Zahlen zu beeindrucken, die niemand verifizieren konnte. Höchstens zwei Prozent aller SA-Männer, so behauptete er, hätten an «strafbaren, individuell zurechenbaren Handlungen teilgenommen», während die übrigen 98 Prozent sich «nichts zuschulden kommen lassen hätten». Er verstieg sich sogar zu der Aussage, dass die überwältigende Mehrheit aller ehemaligen SA-Mitglieder entschieden bestreiten würde, jemals von ihren Führern zur Begehung verbrecherischer Taten aufgefordert worden zu sein.³⁶ Die intensive und dabei oft auch aggressiv geführte öffentliche Debatte über eine deutsche «Kollektivschuld» schwang im Hintergrund mit – ein Umstand, den die Zeitgenossen verstanden, ohne dass es einer direkten Erwähnung bedurfte.³⁷

Die Nürnberger Richter verkündeten ihr Urteil am 30. September 1946. Sie unterschieden darin zwischen der SA, wie sie bis zum Sommer 1934 bestanden habe, und der SA in der Zeit danach. Was Erstere betraf, so hielten sie fest, dass deren Mitglieder zwar unzweifelhaft Verbrechen begangen hatten, doch seien diese ausschliesslich auf deutschem Boden erfolgt, so dass die rechtlichen Tatbestände, nach denen das Gericht zu entscheiden habe, nicht erfüllt seien. Mit Blick auf die SA in der Zeit nach 1934 versuchte das Gericht, einen Mittelweg zwischen den entgegengesetzten Positionen von Anklage und Verteidigung einzuschlagen. «Vereinzelte SA-Einheiten», urteilten die Richter, seien zwar an Massnahmen

beteiligt gewesen, die «zum Angriffskrieg und zur Begehung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit» geführt hatten – eine Reverenz an die Argumentation der Anklage. Zum Beweis führten die Richter explizit die Besetzung Österreichs an, die Mitwirkung der SA an der Aufstellung und Ausrüstung des Sudetendeutschen Freikorps und die Rolle der SA-Gruppe Sudeten und diverser SA-Einheiten bei der Bewachung und beim Transport von Kriegsgefangenen in Danzig, Posen, Schlesien und im Baltikum.³⁸ Die Richter erwähnten auch die aktive Teilnahme von SA-Einheiten an den antijüdischen Pogromen vom 9. November 1938 und die «Misshandlung» von Juden in den Ghettos von Wilna und Kaunas.³⁹ Andererseits gab das Gericht der Verteidigung insoweit recht, als es deren Aussage akzeptierte, die SA sei nach der «Säuberung» vom Sommer 1934 «auf den Stand einer unbedeutenden Nazi-Anhängergruppe zurückgegangen». Diese Einschätzung war es, die das Gericht letzten Endes bewog, auf «nicht schuldig» zu erkennen:

Obwohl in besonderen Fällen einige SA-Einheiten für die Begehung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingesetzt wurden, kann nicht gesagt werden, dass ihre Mitglieder im Allgemeinen an solchen verbrecherischen Handlungen teilnahmen oder auch nur davon wussten. Aus diesen Gründen sieht der Gerichtshof davon ab, die SA als eine im Sinn des Artikels 9 des Statuts verbrecherische Organisation zu erklären.⁴⁰

Zu einer analogen Schlussfolgerung gelangte das Gericht in Bezug auf das Reichskabinett und auf den «Generalstab und das Oberkommando», wogegen die SS, der SD, die Gestapo und einige andere Gruppierungen innerhalb der NS-Führung für schuldig befunden wurden.

Die schweigende Mehrheit der Deutschen konnte sich bei allen grundsätzlichen Vorbehalten gegen das alliierte Gericht mit diesem Urteil anfreunden, weil es der vorherrschenden Neigung sowohl von einfachen Parteigenossen und «Mitläufern» als auch von hochrangigen Nationalsozialisten entgegenkam, ihre – in aller Regel freiwillige – Mitwirkung an den Taten und Untaten des «Dritten Reiches» herunterzuspielen.⁴¹ Klefisch schrieb das relativ milde Urteil der Nürnberger Richter über die Sturmabteilung in erster Linie seiner eigenen Verteidigungsstrategie zu – also seiner Darstellung der SA als eines hochgradig komplexen, aber letzten Endes zahnlosen bürokratischen Gebildes, dem viele Deutsche nur unfreiwillig und für kurze Zeit angehört hätten.⁴² Am 5. November 1946, wenige Wochen nach der Verkündung des Urteilspruchs, erklärte er in einem Brief, dass

es im Grunde die Eingliederung der früheren Stahlhelm-Mitglieder in die SA gewesen sei, die die Organisation vor einem Schuldspruch gerettet habe.

Wenn die SA als Gesamtverband nicht für verbrecherisch erklärt worden ist, dann dürfte das zum nicht geringen Teil darauf zurückzuführen sein, dass innerhalb des Verbandes eine grosse Anzahl aus dem Stahlhelm überführter Personen war, deren Gesamthaltung als einwandfrei bewiesen wurde, so dass es nicht möglich war, einen Verband für verbrecherisch zu erklären, der eine grosse Anzahl so einwandfreier Mitglieder hatte.⁴³

Ohne Zweifel suchte Klefisch seine Verdienste ins rechte Licht zu rücken. Tatsächlich ist nicht zu leugnen, dass der Freispruch von Nürnberg einen Präzedenzfall für Prozesse gegen ehemalige SA-Führer in den nachfolgenden Jahrzehnten schuf, zumindest soweit es Verfahren in der Bundesrepublik betraf. Wenn westdeutsche Gerichte Urteile gegen einzelne ehemalige SA-Männer verhängten, beschränkten sich diese meist auf Täter, die in den Jahren 1933 und 1934 oder im Zuge des Novemberpogroms von 1938 ihnen persönlich nachzuweisende Verbrechen begangen hatten. Der Umstand, dass die Brauhemden ihre damaligen Übergriffe bewusst «öffentlich», also vor aller Augen, begangen hatten, fiel jetzt auf sie zurück, weil dies selbst 15 oder 20 Jahre nach der Tat in vielen Fällen eine detailgenaue Rekonstruktion der Vorgänge möglich machte.⁴⁴

In der Sowjetisch Besetzten Zone und später in der DDR kümmerte sich die Justiz zunächst vornehmlich um die Verfolgung von SA-Verbrechen, die gegen Kommunisten und Sozialisten verübt worden waren, was kaum verwunderlich ist.⁴⁵ Doch selbst hier liessen die Bemühungen der Justiz, NS-Verbrechen zu ahnden – Bemühungen, die nicht zuletzt dem politischen Zweck dienten, die neue Ordnung moralisch zu legitimieren –, schlagartig nach, kaum dass sich die DDR in den frühen 1950er Jahren etabliert hatte – eine bemerkenswerte Parallelentwicklung zur «Vergangenheitsbewältigung» in der frühen Bundesrepublik.⁴⁶ Seit Mitte der 1950er Jahre konnten selbst lange Haftstrafen, zu denen Mitglieder der SA-Wachmannschaften des einstigen Konzentrationslagers Hohnstein verurteilt worden waren, aufgehoben werden, wenn der betreffende SA-Veteran sich etwa bereit erklärte, für das neu eingerichtete Ministerium für Staatssicherheit zu arbeiten.⁴⁷

Hannah Arendt hat 1951 nach einem Besuch in ihrem Geburtsland geäußert, dass viele Deutsche nur allzu gern Zuflucht zu der Überzeugung nehmen würden,

lediglich Opfer der deutschen «Gehorsamskultur» geworden zu sein.⁴⁸ Tatsächlich zeigten Millionen ehemaliger SA-Männer keinerlei Bereitschaft, sich zu ihrer einstigen – und in der Regel freiwilligen – Verbundenheit mit dem Nationalsozialismus und zu ihrer Rolle als «Beschützer der Volksgemeinschaft» zu bekennen.⁴⁹ In diesem Sinn wirkte auch das Straffreiheitsgesetz, das in der Bundesrepublik am 31. Dezember 1949 in Kraft trat: Es brachte eine Amnestie für alle zu Gefängnisstrafen von weniger als sechs Monaten verurteilten NS-Täter, was in der Praxis bedeutete, dass die meisten der an SA-Verbrechen beteiligten Männer von nun an der Bestrafung entgingen.⁵⁰ Von Mitte der 1950er Jahre an blieben selbst ehemals hochrangige SA-Führer von der Justiz unbehelligt, sieht man von einigen wenigen bemerkenswerten, aber letztlich ebenfalls im Sande verlaufenden Ausnahmeverfahren wie dem gegen Adolf Beckerle in Frankfurt am Main ab.⁵¹ Verurteilungen aus den Jahren unmittelbar nach Kriegsende wurden nun reihenweise aufgehoben, bereits verhängte Freiheitsstrafen erheblich reduziert.

Ein aufschlussreiches Beispiel für diesen Trend liefert der Fall des letzten SA-Stabschefs Wilhelm Schepmann. Ein Dortmunder Schwurgericht hatte ihn 1950 zunächst zu einer milden Gefängnisstrafe von neun Monaten verurteilt – allerdings nicht für seine Führungstätigkeiten in der SA, sondern wegen der bei der gewaltsamen Machtübernahme der NSDAP im Jahr 1933 begangenen Taten, die er als Polizeipräsident von Dortmund zu verantworten hatte.⁵² Nach seiner «Entnazifizierung» durch eine deutsche Spruchkammer in Lüneburg im Jahr 1952 legte Schepmann Berufung gegen die Verurteilung in Dortmund ein und wurde zwei Jahre später in letzter Instanz auch in dieser Sache freigesprochen.⁵³ Wiederum zwei Jahre später liess er sich im niedersächsischen Gifhorn zum stellvertretenden Bürgermeister wählen. Nachdem seine Wiederwahl 1961 öffentliche Proteste ausgelöst hatte – über die Hintergründe dieser angeblichen Provinzposse berichtete unter anderem das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* –, trat er von seinem Amt zurück. Schepmann starb 1970 als freier Mann.

Die posthume Entnazifizierung des früheren SA-Obergruppenführers und NS-Diplomaten Dietrich von Jagow, der ganz offiziell als «minderbelastet» eingestuft wurde, liefert ein weiteres Beispiel für die Tendenz der damaligen bundesrepublikanischen Rechtsprechung im Umgang mit NS-Tätern. Die Spruchkammer Südbaden in Freiburg, vor der die Entnazifizierung verhandelt wurde, kam am 13. Februar 1950 zu dem Urteil, von Jagow habe sich nicht als Propagandist der nationalsozialistischen Sache betätigt und seine NS-Ämter – als SA-Obergruppenführer, preussischer Staatsrat, Botschafter und Reichstagsabgeordneter – «in durchaus idealistischer und anständiger Gesinnung» geführt. Daher

billigte ihm die Kammer «mildernde Umstände in weitem Umfang» zu.⁵⁴ Angesichts der Tatsache, dass die Witwe mit ihren sieben Kindern zu jener Zeit in beengten Verhältnissen lebte, gewinnt man den Eindruck, dass es der Spruchkammer eher darum ging, die Zahlung einer Witwenpension an Frau von Jagow zu ermöglichen, als ein realistisches Bild vom Wirken ihres verstorbenen Mannes zu zeichnen.

Die noch lange nach 1945 anhaltende Verwendung von Schlüsselbegriffen aus dem Wortschatz des NS-Regimes bezeugt die enorme Wirkung der nationalsozialistischen «Revolution» auf die Einstellungen und Verhaltensweisen der Deutschen. In den Jahren nach dem Untergang des NS-Regimes widmeten sich dessen einstige Führungskader auf lokaler wie regionaler und nationaler Ebene mit grossem Eifer und oft auch mit grossem Erfolg der «Erfindung eines ‚anständigen Nationalsozialismus‘», wie der Historiker Bernhard Gotto treffend formuliert hat. Dieser Nationalsozialismus sei von gewissen «Verirrungen» Hitlers wie der Judenverfolgung oder dem rassistischen und exterminatorischen Charakter des «Dritten Reiches» in seinem Wesenskern völlig unberührt geblieben, argumentierten seine Fürsprecher. Sie hoben nicht die Verbrechen, sondern die sozialen Zielsetzungen und Leistungen des NS-Regimes hervor.⁵⁵ Der von Otto Strasser 1949 gestartete Versuch, unter dem Namen «Liga für die Wiederauferstehung Deutschlands» seine ehemalige «schwarze Front» wiederzubeleben, passte in dieses Muster.⁵⁶ Andere ehemalige Nazis behielten ihre aggressive Rhetorik von einst einfach bei. Das galt zum Beispiel für Gustaf Deuchler, den einstigen SA-Führer und Pädagogikprofessor von der Hamburger Universität, der seine Vorlesungen am liebsten im braunen Hemd gehalten und den angeblich selbstlosen Dienst der SA-Männer an der Heimatfront glorifiziert hatte. Deuchler war in den 1950er Jahren eine der führenden Figuren des 1952 gegründeten Hamburger Vereins der Entnazifizierungsgeschädigten. Er bezeichnete die Entnazifizierungsverfahren in Hamburg als Ausfluss einer «rücksichtslosen Brutalität» und eines «grenzenlosen Hasses», gespeist aus einer «niemals zu stillenden Vergeltungssucht».⁵⁷

Spätestens von Mitte der 1950er Jahre an stellten selbst Vorstrafen wegen aktiver Mitwirkung an antijüdischen Pogromen oder Deportationen – wobei für Letztere in amtlichen Dokumenten häufig der Euphemismus «Aussiedlungen» verwendet wurde – kein Hindernis mehr dar für eine vollwertige Mitgliedschaft in der deutschen Nachkriegsgesellschaft. Formulierungen wie «Aussiedlung» offenbarten eine bemerkenswerte Kontinuität zu den Sprachregelungen des NS-Regimes und diskreditierten im Grunde die Appelle an die Öffentlichkeit, die Last der Vergangenheit abzuschütteln

und das jüngste Kapitel der deutschen Geschichte ein für alle Mal abzuschliessen. Der Gemeinderat der bayerischen Kleinstadt Treuchtlingen stellte 1956 in seltener Klarheit fest, eine Stigmatisierung ehemaliger Nationalsozialisten lasse sich nicht länger aufrechterhalten, da doch sogar jene, die bei «Judenpogromen» mitgemacht und deswegen in den ersten Nachkriegsjahren ihre Stellung verloren hatten, in vielen Fällen in ihre früheren Rechte wieder eingesetzt worden seien.⁵⁸

Fehlgeleitete Idealisten?

Ein aufschlussreiches Beispiel für das Bestreben, auch ehemals überzeugte Nationalsozialisten in die deutsche Nachkriegsgesellschaft zu integrieren, liefert der Jurist Hans Gmelin, der in der Nachkriegszeit eine bemerkenswerte Karriere machte und 1954 zum Oberbürgermeister seiner Heimatstadt Tübingen gewählt wurde. Der Sohn aus angesehenem bürgerlichem Hause hatte an der Eberhard-Karls-Universität Jura studiert und war am 12. Dezember 1931 in den Stahlhelm eingetreten, der im Herbst 1933 in die SA eingegliedert wurde. In den folgenden Jahren hatte er Führungspositionen in der württembergischen SA bekleidet und seine berufliche Karriere als Jurist weiterverfolgt. Gemäss einer von ihm selbst erstellten Übersicht hatte Gmelin bis 1939 vier verschiedene SA-Stürme geführt (13/216, 56/125, 2/180 und 1/119) und war am 9. November 1938 zum SA-Sturmbannführer befördert worden. In die NSDAP war Gmelin am 1. Mai 1937 eingetreten, gleich nach Aufhebung der Aufnahmesperre. Im Jahr darauf war er zum Führer der Kompanie «Hanns Ludin» des Sudetendeutschen Freikorps ernannt worden, die zwischen 19. September und 15. Oktober 1938 aktiv war.

Nachdem Gmelin seine «soldatischen» Fähigkeiten unter Beweis gestellt hatte, bot Hanns Ludin – zu dieser Zeit Führer der SA-Gruppe Süd-West – ihm das Amt eines SA-Standartenführers in Vollzeit an. Doch der begabte Jurist Gmelin tendierte eher dazu, eine Laufbahn im Reichsjustizministerium einzuschlagen. Man fand schliesslich eine Lösung für diesen Konflikt: Laut einer Vereinbarung zwischen dem Justizministerium und der SA vom Mai 1939 wurde Gmelin zum Landgerichtsrat auf Lebenszeit befördert. Darüber hinaus gewährte der Reichsjustizminister ihm einen zweijährigen Urlaub, damit er seine Karriere in der SA fortsetzen konnte.⁵⁹ Nachdem er seinen Wehrdienst bis Ende 1940 abgeleistet hatte, folgte Gmelin seinem Mentor und Freund Ludin im Januar 1941 ins Auswärtige Amt. Im April desselben Jahres traten die beiden Männer ihre Mission in Pressburg (Bratislava) an.⁶⁰

Gmelins Dienstzimmer in der slowakischen Hauptstadt lag direkt neben dem seines Chefs, und bald freundete er sich auch mit Franz Karmasin an, dem berüchtigten Volksgruppenführer. Die Initialen Gmelins auf mehreren amtlichen Dokumenten aus dem Archiv der deutschen Botschaft in der Slowakei bestätigen seine Vertrautheit mit allen Details zur Deportation der slowakischen Juden.⁶¹ In einem Vortrag, den er auf einer Führertagung im Januar 1944 in Wien hielt, machte er auch gar keinen Hehl aus seiner Überzeugung, dass die Politik der «Arisierungen» den Interessen des Deutschen Reiches dienlich sei. Dass ein Teil der slowakischen Juden im Land geblieben sei, erweise sich für Deutschland durchaus als Vorteil, da die Slowaken wohl keine Neigung zeigen würden, sich von ihrer bisherigen Schutzmacht abzuwenden – selbst wenn die Rote Armee inzwischen bedrohlich näher gerückt sei –, solange sie noch Juden ausplündern könnten.⁶² Zehn Monate später, im November 1944, befahl Himmler jedoch ein vollständiges Revirement für die deutsche Botschaft in der Slowakei, von dem auch Gmelin betroffen war. Himmler befand abschätzig, Gmelin sei nach vier Jahren Dienst in Bratislava auf dem besten Weg, ein «halber Slowake» zu werden.⁶³ Der Reichsführer SS fürchtete, die guten Beziehungen Ludins und Gmelins zu den slowakischen Faschisten hätten diese inzwischen blind gemacht für die Gefahr, dass die Verbündeten angesichts der unaufhaltsam vorrückenden Roten Armee die Fronten wechseln könnten.

Nach mehr als drei Jahren in amerikanischen und französischen Internierungslagern wurde Hans Gmelin im Juli 1948 in seiner Heimatstadt Tübingen als «Minderbelasteter» (Kategorie III) eingestuft.⁶⁴ Die Spruchkammer verurteilte ihn zu der in dieser Kategorie vorgesehenen Mindeststrafe: eine zweijährige Bewährungsfrist, während der ihm jede politische Betätigung untersagt war. Ungeachtet des Urteils und der Einstufung erklärte die Spruchkammer, Gmelin habe einen «untadeligen, sauberen Charakter». Er sei zwar ein überzeugter Nationalsozialist gewesen, aber «kein Fanatiker», im Gegenteil: In den Jahren des «Dritten Reiches» sei er überzeugt gewesen, die NSDAP könne durch «positive Arbeit» wieder in «gemässigte und vernünftige Bahnen» gelenkt werden.⁶⁵ Sechs Jahre später versuchte Gmelin zu beweisen, dass auch ehemalige nationalsozialistische Funktionsträger «vernünftige» Nachkriegspolitik machen konnten.

In seiner Bewerbungsrede als Bürgermeisterkandidat für Tübingen, die das *Schwäbische Tagblatt* am 2. Oktober 1954 in vollem Wortlaut abdruckte, versprach Gmelin, sich der NS-Vergangenheit zu stellen. Vor dem Hintergrund dessen, was die Wähler in der Stadt ohnehin schon wussten, entschied er sich für eine Art vorbeugende Verteidigung, indem er vermeintlich offen über seine Zeit

als SA-Führer und NS-Diplomat sprach und erklärte, aus der Tatsache, dass jemand im «Dritten Reich» solche Ämter bekleidet hatte, liessen sich keine eindeutigen Schlüsse auf das damalige Denken und Verhalten des Betreffenden ziehen. In seinen jungen Jahren hätte, so behauptete Gmelin, einfach keine politische Alternative zu den Nationalsozialisten bestanden. Von 1939 an hätten die «Forderungen des Krieges [...] uns wie dem weitaus überwiegenden Teil des deutschen Volkes keine Möglichkeit» gegeben, das «langsam sinkende Schiff zu verlassen» – ein kaum verdeckter Seitenhieb auf die Exilanten, die Deutschland zwischen 1933 und 1945 aus politischen Gründen hatten verlassen müssen.⁶⁶ Gmelin beteuerte, er sei in den Kriegsjahren innerlich zerrissen gewesen – zerrissen, so suggerierte er, zwischen politischen Forderungen einerseits und ethisch zu rechtfertigendem Handeln andererseits. Für sich will er diesen Spagat gemeistert haben:

Für den Einzelnen blieb bei einem Konflikt zwischen Befehl und Gewissen als einzige Möglichkeit, allen Menschen, die im eigenen Lebenskreis in Notlagen an unsere Hilfe appelliert haben, zu helfen und sich die Toleranz als obersten Leitstern des persönlichen und dienstlichen Handelns zu erhalten.⁶⁷

Noch bezeichnender für den Zeitgeist Mitte der 1950er Jahre war die öffentliche Auseinandersetzung, die auf die Wahl Gmelins folgte. Sie begann damit, dass das *Schwäbische Tagblatt* ein Protestschreiben des in Tübingen lehrenden Theologieprofessors Gerhard Ebeling veröffentlichte. Ebeling äusserte Unmut darüber, dass der Mehrheit der Tübinger, wie die Wahl Gmelins zeige, die NS-Vergangenheit des neuen Oberbürgermeisters gleichgültig sei – oder, wahrscheinlicher noch, dass sie gerade deshalb für Gmelin gestimmt hatte. Er nannte die Wahl Gmelins ein alarmierendes Zeichen für eine einsetzende «Re-Nazifizierung» und erklärte, offensichtlich habe das Kriegsende keinen wirklichen Sieg über die nationalsozialistische Ideologie gebracht.⁶⁸

Der Vorwurf löste einen Proteststurm aus, der in den kommenden Tagen die Spalten des *Tagblatts* füllte. Nach den veröffentlichten Briefen zu urteilen, nahmen die meisten Tübinger Partei für den neuen Oberbürgermeister, der offenbar bei vielen den richtigen Ton getroffen hatte. Einige Briefschreiber plädierten für christlichen Grossmut und Nachsicht. Man dürfe fähige Männer wie Gmelin, der das Entnazifizierungsverfahren unbeanstandet durchlaufen habe, nicht bis an ihr Lebensende für ihren jugendlichen Idealismus bestrafen. Ein Kollege Ebelings, ein Professor Edwin Hennig, ging sogar so weit, Gmelin als einen wahrhaften Führer zu preisen, den die meisten einfachen SA-Männer seinerzeit sehr bewun-



Wahlplakat des einstigen SA-Standartenführers und Diplomaten Hans Gmelin, der 1954 für das Amt des Oberbürgermeisters in seiner Heimatstadt Tübingen kandidierte. Neben dem offiziellen Slogan «Hans Gmelin, der richtige Mann für Tübingen» erkennt man einen Protestaufkleber mit dem Text: «Wenn er erst OB ist, kann er richtig protzen, mit dem Stahlhelm auf dem Kopf allen Stürmen trotzen! Tandara-dei!» Trotz heftigen politischen Gegenwinds gewann Gmelin die Wahl und stieg zum starken Mann der Tübinger Lokalpolitik auf. Oberbürgermeister blieb er bis 1974.

dert hätten. Denen, die Gmelin seine NS-Vergangenheit noch immer zum Vorwurf machten, bescheinigte Hennig dagegen eine «Nachkriegs-Psychose» und erklärte, es sei höchste Zeit, den «Kollektivurteilen der Spruchkammern» ein Ende zu machen.⁶⁹ Viele andere Briefschreiber warfen Professor Ebeling Arroganz vor – ein Indiz nicht zuletzt dafür, dass der Antiintellektualismus der NS-Zeit selbst in einer traditionsreichen Universitätsstadt wie Tübingen weiterwirkte.

Auf die SA und ihre Geschichte wurde in dieser Debatte wiederholt Bezug genommen. Ein Leser berichtete, auf einer politischen Versammlung sei einem Redner das Wort entzogen worden, nachdem er das Publikum mit den Worten «Meine lieben Kameraden von der alten SA» begrüsst habe. Ein anderer versicherte Ebeling, dass ein «blutbeflecktes Braunhemd» in der deutschen Gesellschaft inzwischen doch nun wirklich nicht mehr gefragt sei. Er selbst, so der Briefschreiber weiter, habe sich das Braunhemd im Alter von 16 Jahren übergestreift, es inzwischen allerdings gegen eine Prothese eingetauscht – ein Hinweis auf eine offenbar erlittene Kriegsverwundung.⁷⁰ Während die meisten derjenigen, die für Gmelin Partei ergriffen, ihren vollen Namen unter ihren Beitrag setzten, blieben diejenigen, die Ebeling zustimmten, in vielen Fällen anonym. Eine Leserin fühlte sich in dem aufgeheizten Klima, das in Tübingen in jenen Tagen herrschte, so bedroht, dass sie ausdrücklich darum bat, im Falle einer Veröffentlichung ihres Schreibens nur ihre Anfangsbuchstaben anzugeben, denn «ich habe die Anhänger Herrn Gmelins in ihrer ganzen unbeherrschten und primitiven Art gesehen und gehört!».⁷¹

Der in der Stadt sehr geachtete Gmelin wurde 1962 ohne einen Gegenkandidaten mit mehr als 94 Prozent der Stimmen (bei einer Wahlbeteiligung von 51,7 Prozent) wiedergewählt und blieb insgesamt zwanzig Jahre im Amt. Er wurde zu einer lokalpolitischen Vaterfigur und engagierte sich besonders für die deutsch-französische Aussöhnung.⁷² Für seine Anhänger symbolisierte er mit seiner Nachkriegskarriere die erfolgreiche Metamorphose, die Deutschland von der NS-Diktatur zu einer Demokratie westlichen Zuschnitts durchlaufen hatte.⁷³ Wie seine Tochter, die SPD-Politikerin Herta Däubler-Gmelin (von 1998 bis 2002 deutsche Justizministerin) sagt, widmete sich Hans Gmelin nach dem Krieg voll und ganz dem Aufbau eines demokratischen Deutschlands, gleichsam um Busse für seine NS-Vergangenheit zu tun, traf sich aber auch weiterhin mit «alten Kameraden», denen er Hilfe leistete, wann immer es möglich war. Das sei einer der Punkte gewesen, der «in unserer Familie immer wieder zu Streit geführt hat», erinnert sie sich, hebt aber zugleich hervor, dass ihr Vater sich nach anfänglichem Widerstreben kritische Stimmen aus dem eigenen Familienkreis durchaus zu Herzen genommen habe.⁷⁴

Das mag so gewesen sein. Man sollte aber nicht vergessen, dass eine Nachkriegskarriere wie die von Hans Gmelin nur gelingen konnte, weil drei Faktoren zusammenkamen: die Verharmlosung seiner frühen SA-Aktivitäten in den 1930er Jahren, bei denen es sich angeblich um so etwas wie eine sportliche Betätigung in einem etwas anderen Verein gehandelt hatte, die völlige Verharmlosung seiner Tätigkeit als deutscher Diplomat in der Slowakei und ein politisches Milieu in Württemberg, das noch bis weit in die 1960er Jahre hinein die nationalsozialistische Vision einer «Volksgemeinschaft» in Ehren hielt und sie als ein Ideal ansah, das leider von einer korrupten nationalsozialistischen Machtelite pervertiert worden sei.

Umgeschriebene Geschichte(n)

Im Verlauf der 1950er Jahre trugen auch Historiker ihren Teil zur Legende der politisch mehr oder weniger impotenten SA bei. Als besonders einflussreich erwies sich dabei Dr. Heinrich Bennecke, 1933/34 Leiter des SA-Hochschulamts.⁷⁵ Der ehemalige hochrangige SA-Führer arbeitete in den späten 1950er Jahren als Forschungsassistent für das angesehene Institut für Zeitgeschichte (IfZ) in München, das 1949 als Deutsches Institut für Geschichte der nationalsozialistischen Zeit gegründet worden war.⁷⁶ Die überlieferte Korrespondenz zwischen dem IfZ und Bennecke setzt 1958 ein und endet in den späten 1960er Jahren. Danach profitierten beide Seiten von der Zusammenarbeit in Bezug auf den Austausch von Dokumenten, Fachwissen und Geld. Bennecke erstellte Konzepte und Kurzexposés zur Geschichte der SA für die institutionsinterne Arbeit, lieferte Anmerkungen zu Manuskripten und Büchern und befragte ehemalige hochrangige Nationalsozialisten, meist auf der Grundlage eines vom IfZ vorgegebenen Fragenkatalogs.⁷⁷ Von Zeit zu Zeit zahlte ihm das Institut bescheidene Summen für seine Tätigkeit, anfänglich als Einzelhonorare, die zwischen 50 und 200 Mark pro erledigtem Auftrag lagen.⁷⁸ Später wurde ein Vertrag geschlossen, der Bennecke für eine Serie von Interviews mit ehemaligen Nationalsozialisten in der Zeit zwischen 1. Juli und 31. Dezember 1963 ein Pauschalhonorar von 3'600 Mark garantierte.⁷⁹

Die Bemühungen Benneckes um eine Festanstellung beim IfZ blieben indes erfolglos.⁸⁰ Seine Arbeit sicherte ihm aber nicht nur die finanziellen Mittel für Interviews mit ehemals hochrangigen NSDAP-Kameraden, sondern trug auch dazu bei, dass er sich im Lauf der 1960er Jahre einen Namen als Fachmann für die Geschichte der SA machte. Aus zwei ergiebigen Quellen schöpfend – seinem internen Wissen aus zwanzig Jahren Berufstätigkeit in Führungspositionen der

Sturmabteilung und seinem privilegierten Zugang zu unveröffentlichten Dokumenten im Archiv des IfZ –, schrieb Bennecke zwei Abhandlungen: *Hitler und die SA* (1962) und *Die Reichswehr und der «Röhm-Putsch»* (1964).⁸¹ In beiden Büchern konzentrierte er sich auf die Geschichte der SA zwischen Mitte der 1920er Jahre und den Mordtagen vom Sommer 1934, und beide etablierten sich als deutschsprachige Standardwerke zu diesem Thema und blieben es mangels Alternative bis in die 1980er Jahre hinein. Anfang 1963 stellte Bennecke darüber hinaus auch ein Manuskript zur Geschichte der SA zwischen 1918 und 1923 fertig, für das ihn das IfZ zwar bezahlte, das es aber nie veröffentlichte.⁸² Ein weiteres Manuskript aus seiner Feder, in Auftrag gegeben vom deutschen Bundesarchiv, wurde erst 2012 publiziert.⁸³ Der so erworbene Ruf als Historiker öffnete ihm die Türen der Hochschule für Politische Wissenschaften in München (der heutigen Hochschule für Politik), wo Bennecke zwischen 1967 und 1972 mehrmals Lehrveranstaltungen zur politischen Geschichte der Weimarer Republik abhielt.⁸⁴ Alle Schriften Benneckes behandeln ausschliesslich die erste Hälfte der SA-Geschichte, während die Jahre nach 1934 vollständig ausgeblendet bleiben.⁸⁵ Er vertrat einen traditionellen politikgeschichtlichen Ansatz, in dessen engem Rahmen er einen kleinen Kreis von NS-Führern in den Blick nahm, die SA-Gewalt vor und nach dem 30. Januar 1933 allerdings verschwieg oder verharmloste. Zwar hat Benneckes Verleger in Bezug auf das erste Buch des Autors über die SA behauptet, es sei nicht Ausdruck einer Rechtfertigungsabsicht, sondern der «Wahrheitsliebe», doch bei kritischer Lektüre zeigt sich, dass Bennecke vor allem darum bemüht war, die SA von Hitler abzugrenzen. In den Passagen über die Frühphase der Organisation in München charakterisierte er die Sturmabteilung als einen «Wehrverband» von Gnaden Ehrhardts und Röhm und spielte den Einfluss Hitlers und der NSDAP auf die SA herunter.⁸⁶ Daher wäre ein die angeblichen Gegensätze hervorhebender Buchtitel wie *Hitler und die SA* programatisch deutlich passender gewesen als *Hitlers SA*, der tatsächlich gewählt wurde.

Der Autor verharmloste systematisch den notorischen Antisemitismus der Sturmabteilung und die von den Nationalsozialisten im Sommer 1932 entfesselte Terrorkampagne, die aus seiner Sicht nur eine Reaktion auf den «von der Linken vor den Wahlen ausgeübten Terror» war.⁸⁷ Er erwähnte zwar das nachdrückliche Eintreten der NS-Führung für die Mörder von Potempa, gipfelnd in dem Telegramm, in dem Hitler den Tätern seine «unbegrenzte Treue» zusicherte, behauptete allerdings, es habe sich dabei lediglich um eine politische «Kriegserklärung» an von Papen gehandelt. Bennecke verstieg sich sogar zu der Behauptung, nicht nur Hitler, sondern «wahrscheinlich auch ein grosser Teil der Zeitungsleser» ha-

be seinerzeit kein Verständnis dafür gehabt, dass die an dem Potempa-Mord beteiligten Nationalsozialisten viel härter bestraft wurden als die Mitglieder des Reichsbanners, die um die gleiche Zeit in einer anderen schlesischen Stadt, in Brieg, wegen ihrer Beteiligung an einem politischen Scharmützel am 10. Juli 1932 in Ohlau vor Gericht standen. Er verschwieg allerdings, dass die milderen Urteile in Ohlau auch damit zu tun hatten, dass die dort verhandelten Taten Wochen vor dem Inkrafttreten der Notverordnung gegen politischen Terror begangen worden waren.⁸⁸ Die für die Spätphase der Weimarer Republik charakteristische Logik des Aufrechnens eines Verbrechens gegen ein anderes prägte das politische Denken Benneckes noch lange nach Kriegsende.⁸⁹

In den 1960er und 1970er Jahren galten Benneckes Schriften als wichtige Beiträge zur Aufarbeitung der Geschichte der SA, nicht nur wegen der Innenansichten, die sie vermittelten, sondern auch, weil es auf dem Buchmarkt kaum andere Studien zu diesem Thema gab.⁹⁰ Rückblickend wird zudem ein Problem sichtbar, das die frühen Bemühungen des IfZ, eine «objektive», rein «faktenbasierte» Geschichte der jüngsten deutschen Vergangenheit zu schreiben, als allenfalls partiell erfolgreich erscheinen lässt. Kritiker wie der Historiker Nicolas Berg haben schon vor Jahren darauf hingewiesen, dass der grosse Wert, der damals auf die Auswertung von «Primärquellen» gelegt wurde – was fast immer bedeutete, dass man sich auf amtliche Dokumente stützte, in die die Sichtweise der NS-Täter eingeflossen war –, beinahe zwangsläufig ein Narrativ begünstigte, das den vom NS-Regime vorgezeichneten Bahnen folgte. Dies galt erst recht, wenn – wie im Fall Benneckes – der forschende Historiker und der historische Akteur, dessen Wirken beleuchtet wurde, ein und dieselbe Person waren.⁹¹

Die Politik der Erinnerung

Das Bild, das ehemalige Protagonisten und Historiker jener Zeit in den Nachkriegsjahrzehnten von der SA entwarfen, dominierte bis in die jüngste Vergangenheit hinein – eine Beobachtung, die nicht zuletzt darauf hinweist, wie begrenzt der Einfluss akademischer Geschichtsschreibung auf die öffentliche Meinungsbildung war und ist.⁹² Die Verfasser historischer Sachbücher, vom akademisch geschulten Parteigänger Bennecke bis zum *Spiegel*-Redakteur Heinz Höhne mit seinem Bestseller *Mordsache Röhm* von 1984,⁹³ der zunächst als Fortsetzungsserie im *Spiegel* erschien, interessierten sich vorrangig für die Bedeutung der SA in der deutschen Politik der 1920er und

frühen 1930er Jahre und übergangen die Geschichte der Organisation in den späteren Jahren mit Schweigen. Mit der Hinwendung zur Alltagsgeschichte seit den 1970er Jahren haben sich aber immer mehr Deutsche an die öffentlichen Aufmärsche, Kundgebungen, Schlägereien und Terrorakte der Sturmabteilung und ebenso an deren Rolle als wichtige Stütze der NS-Herrschaft auf lokaler Ebene erinnert und diese erforscht. Den Anstoss dazu gaben die History-Workshop-Bewegung in Grossbritannien und der schwedische Autor Sven Lindquist mit seiner denkwürdigen Aufforderung: «Grabe, wo du stehst!»⁹⁴ Während die meisten Deutschen zur SS, zum SD oder zur Gestapo, also den für die Verbrechen des Regimes in erster Linie verantwortlichen Organisationen, keine persönlichen Kontakte unterhalten hatten, waren die SA-Männer in der Gemeinde vertraute Figuren gewesen – als Nachbarn, Arbeitskollegen, in der Gestalt des ehrgeizigen linientreuen Lehrers oder – bei weniger glücklichen Lebensverläufen – auch des sprichwörtlichen Taugenichts, der einzig dank seiner SA-Uniform einmal im Leben die Chance erhielt, sich zum Herrn über seine Mitbürger aufzuschwingen und sie zu drangsaliieren.

Die grosse Mehrheit der einstigen NS-Aktivisten konnte nach dem Krieg die Früchte des deutschen «Wirtschaftswunders» geniessen, wobei ihnen half, dass die gesellschaftlichen und persönlichen Netzwerke der Zeit vor 1945 oft über den Krieg hinaus Bestand hatten, gerade auf dem Land und in Kleinstädten. Schützen-, Reit- und Sportvereine – von denen viele in den 1930er Jahren in die SA eingegliedert oder zumindest ihrer Kontrolle unterstellt worden waren – machten einfach weiter, die zwölf Jahre des «Dritten Reiches» ignorierend oder einen Mantel beredten Schweigens über sie breitend. Wenn deutsche Männer Geschichten aus der NS-Vergangenheit erzählten, handelten diese gewöhnlich von den Jahren des Zweiten Weltkriegs, den die meisten als Wehrpflichtige mitgemacht hatten. Für das Vaterland gekämpft und als Soldat der angeblich sauber gebliebenen Wehrmacht Schlimmes durchgemacht zu haben, damit war deutlich mehr Eindruck zu schinden als mit den Geschichten vom freiwilligen Dienst im braunen SA-Hemd.⁹⁵

Weil viele ehemalige Angehörige der SA einen vergleichsweise bescheidenen Bildungshintergrund hatten, sind schriftlich fixierte autobiografische Rückblicke auf ihre einstigen politischen Aktivitäten Mangelware. Gespräche sind kaum überliefert, und auch Formen organisierten Gedenkens blieben selten. Während die Veteranen der Waffen-SS sich in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik regelmässig zu «Kameradschaftstreffen» versammelten, die zuweilen mehrere Tausend Teilnehmer anzogen, verzichteten die SA-Veteranen auf diese Art der Traditionspflege.⁹⁶ Sie hatten es wegen des Fortbestands der vielen lokalen Netzwerke auch nicht in gleicher Weise nötig.

Und so verschwand die SA als eine Organisation, die nicht nur eine Stütze des nationalsozialistischen Terrors gewesen war, sondern auch das Leben von Millionen deutscher Männer und ihrer Familien zum Teil zwei Jahrzehnte geprägt hatte, langsam, aber sicher aus dem öffentlichen Gedächtnis.

Bei dieser selektiven und zunehmend verblässenden Erinnerung an die SA kann es kaum überraschen, dass einige ehemalige SA-Führer schon in den 1950er Jahren zu hochgeachteten lokalen Würdenträgern aufstiegen und als Journalisten, Politiker oder sogar als Umweltaktivisten Karriere machten. Erwähnenswert ist hier die Nachkriegskarriere des langjährigen SA-Propagandisten und SA-Obersturmbannführers Hans Sponholz, auf dessen in den 1930er und frühen 1940er Jahren erschienene Bücher über die Sturmabteilung in den vorangegangenen Kapiteln bereits hingewiesen wurde.⁹⁷ In der Nachkriegszeit arbeitete Sponholz viele Jahre als Journalist für die konservative bayerische Tageszeitung *Münchner Merkur* und machte auch eine bescheidene politische Karriere in der Bayernpartei. Breitere Bekanntheit erlangte er seit den 1960er Jahren als hochgeehrter Naturschützer und Gründer der Schutzgemeinschaft Ebersberger Forst, einer Bürgerinitiative, die entscheidend dazu beitrug, dass die bayerische Staatsregierung die Genehmigung für die Errichtung einer Synchrotron-Kernforschungsanlage in dem ausgedehnten Waldgebiet östlich von München nicht erteilte. Die Töne, die Sponholz in der Kampagne gegen das Grossprojekt anschlug, legen nahe, dass der Übergang von der Volksgemeinschaft zur Schutzgemeinschaft zuweilen ein fließender war. «Der Naturschutz muss zur Schlacht bereit sein», feuerte der frühere SA-Propagandist jetzt seine Mitstreiter an.⁹⁸ Für sein Engagement wurde er 1973 zusammen mit dem berühmten Verhaltensforscher und Nobelpreisträger Konrad Lorenz mit dem Bayerischen Naturschutzpreis ausgezeichnet.⁹⁹ Sponholz erhielt zudem 1980 den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland. In zwei bayerischen Ortschaften wurden sogar Strassen nach ihm benannt. Der Wikipedia-Eintrag über Hans Sponholz enthielt bis Ende 2015 keine detaillierten Angaben über seine Karriere nach 1945 und gab sein Sterbedatum mit «unbekannt» an. Inzwischen ist dies korrigiert, und auch die Sponholz-Strassen wurden umbenannt.¹⁰⁰

Seit den 1970er Jahren haben immer mehr historisch interessierte Laien die Lokal- und Regionalgeschichte des «Dritten Reiches» erforscht. Sie gingen den Ursprüngen und nicht selten auch dem Fortbestand einstiger NS-Netzwerke nach und identifizierten deren bekannteste Mitglieder. Ehemalige SA-Gefängnisse und frühe Konzentrationslager wurden nun «wiederentdeckt» und den Lebensläufen der vielen Männer und Frauen, die dem NS-Terror zum Opfer gefallen waren, nachgespürt. Aus einigen

der historischen Tatorte sind inzwischen Museen und Erinnerungsstätten geworden, oft nach langen Anlaufzeiten. Das ehemalige Gefängnis der SA-Feldpolizei in der Berliner General-Pape-Strasse etwa öffnete erst 2013 als Gedenkort seine Tore. Rund dreissig Jahre lagen zwischen dem Zeitpunkt, als die Anwohner der Strasse rein zufällig zum ersten Mal von der Nutzung ihrer Kellergeschosse als SA-Gefängnis erfahren hatten, und der feierlichen Eröffnung als Museum in kommunaler Trägerschaft.¹⁰¹ Schneller ging es im Ostteil der Stadt, wo der «Köpenicker Blutwoche» vom Juni 1933 schon unmittelbar nach Kriegsende 1945 gedacht wurde. Die DDR gab sich in den nachfolgenden Jahrzehnten einige Mühe, die Erinnerung an den NS-Terror wachzuhalten, steuerte das Gedenken allerdings in einer Weise, die vor allem ihren eigenen antifaschistischen Gründungsmythos legitimieren sollte. Noch heute unterhält der Berliner Stadtbezirk Köpenick ein kleines Museum zum Gedenken an den frühen NS-Terror.¹⁰²

Während Heinrich Bennecke in den ersten Nachkriegsjahrzehnten die Mitglieder der SA als fehlgeleitete Idealisten dargestellt hatte, setzte sich in der Öffentlichkeit nun immer mehr die Ansicht durch, diese Männer seien vor allem Raubeine, Dumpfbacken oder bestenfalls uniformierte Spiessbürger gewesen, die sich unter dem Einfluss von übermässigem Alkoholkonsum als Teilzeitschläger ausgetobt hätten. Vergleiche mit der SA wurden in beiden deutschen Staaten bald als Waffe in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner eingesetzt. Im nervösen Klima des Kalten Krieges verteidigte etwa der Aussenminister der Bundesrepublik, Heinrich von Brentano, 1957 in einer Bundestagsrede die Entscheidung seines Ministeriums, eine geplante Gastspielreise des Bochumer Schauspielhauses, das in Paris Bertolt Brechts berühmte *Dreigroschenoper* aufzuführen wollte, finanziell nicht zu fördern. Zur Begründung führte er an, dass die späten Texte Brechts allenfalls mit den Gedichten des «SA-Barden» Horst Wessel zu vergleichen seien. Ein solcher Vergleich war ungeachtet aller legitimen politischen Polemik erkennbar verfehlt, auf jeden Fall mit Blick auf das unzweifelhaft unterschiedliche künstlerische Niveau. Brentanos Ausflug in die literarische Textexegese zielte denn auch weniger auf den Dramatiker als auf den Politiker Brecht, der nach dem Krieg einen Ruf nach Ost-Berlin angenommen und dort – zumindest aus bundesrepublikanischer Sicht – dem DDR-Regime als Aushängeschild gedient hatte, wofür er mit persönlichen Privilegien belohnt wurde.¹⁰³ Darüber hinaus war Brentanos Vergleich möglicherweise auch ein ungeschickter Versuch, der DDR, die sich gern als das «bessere Deutschland» bezeichnete, die Enthüllungen zur NS-Vergangenheit hochrangiger bundesrepublikanischer Amtsträger heimzuzahlen.¹⁰⁴

Das zweite Beispiel stammt aus den späten 1960er Jahren. Als im Sommer 1968 auf den Strassen, in den Hörsälen und in den Zeitungsredaktionen West-Berlins die Emotionen hochschlugen, beschimpfte die *Bild-Zeitung*, das Kampfblatt der stramm antikommunistischen Springer-Presse, die protestierenden Studenten als die neuen Braunhemden: «Sie müssen Blut sehen. Sie schwenken die Rote Fahne, und sie meinen die Rote Fahne. Hier hören der Spass und [...] die demokratische Toleranz auf. Wir haben etwas gegen SA-Methoden.»¹⁰⁵ Der Philosoph Theodor W. Adorno schloss sich dieser Kritik an, allerdings vor einem ganz anderen persönlichen und politischen Hintergrund. Der aus dem amerikanischen Exil zurückgekehrte deutsche Jude Adorno war angesichts der tumulthaften «Teach-ins», die gegen Ende der 1960er Jahre an bundesrepublikanischen Universitäten populär wurden, zutiefst schockiert und verängstigt. Er sah in den radikalen Studenten keinesfalls Angehörige einer neuen politischen Avantgarde, sondern eine SA in Jeanshosen.¹⁰⁶

Ähnliche Töne schlug der ebenfalls aus dem US-amerikanischen Exil zurückgekehrte Politologe Ernst Fraenkel an, der in *The Dual State* (1941) eine wegweisende und bis heute einflussreiche frühe Analyse des Nationalsozialismus vorgelegt hat. Auch Fraenkel ermahnte die Mitglieder des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS), sich nicht derselben Methoden zu bedienen wie seinerzeit die «SA-Rollkommandos».¹⁰⁷ Noch in der neueren historischen Literatur finden sich zuweilen Echos solcher Einschätzungen, etwa wenn den radikaleren Teilen der protestierenden Studentenschaft von 1968 vorgeworfen wird, sie hätten sich wie «Nazi-Rabauken» aufgeführt, wenn sie Professoren, deren Lehrmeinungen sie nicht schätzten, im Hörsaal niederbrüllten.¹⁰⁸

Die Studenten der 68er-Generation arbeiteten mit ähnlichen Metaphern wie ihre Gegner, etwa wenn sie den «Pogromjournalismus» der Springer-Presse anprangerten.¹⁰⁹ In den Augen der jungen Leute waren die Journalisten dieses Verlags bewusst darauf aus, durch eine gewalttätige Sprache auch körperliche Gewalt und staatliche Repression zu provozieren. Die Springer-Presse sei eine wichtige Stütze des repressiven «kapitalistischen Systems» in der Bundesrepublik, behaupteten sie. Die neue politische Ordnung schmähten sie als wiederauferstandenen Faschismus. So gegensätzlich sich die beiden Positionen auch gaben, so ähnlich waren sie sich in dem Versuch, die jeweils andere politische Richtung mit Verweis auf die kaum mehr als zwei Jahrzehnte zurückliegende NS-Vergangenheit zu diskreditieren. Sogar die bitteren Auseinandersetzungen der Zwischenkriegszeit hallten in den politischen Kämpfen der späten 1960er Jahre noch nach.

Im Verlauf des letzten Jahrzehnts hat die Zahl derer, die noch persönliche Erinnerungen an die SA haben, aus natürlichen Gründen stark abgenommen. Doch die Männer der Sturmabteilung blieben bis heute ein Bezugspunkt im öffentlichen Diskurs der Republik, besonders wenn es um politische und kriminelle Gewalt geht. Am deutlichsten zeigte sich dies in den frühen 1990er Jahren, unmittelbar nach der deutschen Wiedervereinigung, als eine Welle fremdenfeindlicher Ausschreitungen das Land erschütterte. Die bekanntesten Vorfälle dieser Art ereigneten sich im August 1992 im Rostocker Stadtteil Lichtenhagen und im November 1992 beziehungsweise Mai 1993 in den Städten Mölln und Solingen, wo bei Brandanschlägen drei beziehungsweise fünf Menschen ums Leben kamen. Die FDP-Politikerin und Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Cornelia Schmalz-Jacobsen, kommentierte diese Gewaltausbrüche mit Worten, die zeigen, wie lebendig die Erinnerung an die NS-Zeit zumindest bei älteren Deutschen damals noch war: «Menschen werden hier gejagt wie zu den schlimmsten Zeiten der SA.»¹¹⁰ Der Vergleich hinkte insofern, als die fremdenfeindlichen Krawalle der 1990er Jahre, anders als die im «Dritten Reich», von der Staatsmacht weder befohlen noch entschuldigt wurden. Im wiedervereinigten Deutschland brachten Neonazis mit solchen Gewaltakten vielmehr ihre tiefe Verachtung für das politische Establishment zum Ausdruck. Angesichts der dramatischen Transformationsprozesse, vor allem in den sogenannten neuen Bundesländern, die keinesfalls über Nacht «blühende Landschaften» schufen, sondern für Millionen Menschen zunächst einmal Arbeitslosigkeit und existentielle Unsicherheit bedeuteten, fanden sie mit ihren ultranationalistischen Sprechchören und ihrem dumpfen Hass auf Ausländer zumindest vorübergehend einigen Zuspruch.

In den letzten Jahren ist es in Deutschland zu neuen Ausbrüchen politischer und rassistischer Gewalt gekommen. Trotz dieser Entwicklungen hat der historische Vergleich mit der einstigen nationalsozialistischen SA im öffentlichen Diskurs weiter an Schlagkraft verloren. Versuche von Rechtsextremisten, die Sturmabteilung und ihre Mitglieder als exemplarische Rollenvorbilder in Sachen Nationalstolz und politischem Aktivismus zu glorifizieren, sind vorerst gescheitert und werden vermutlich auch in absehbarer Zukunft wenig Anklang finden.¹¹¹

Ungeachtet dieser jüngsten Entwicklungen bleibt die Geschichte der SA auch weiterhin ein wichtiges Thema für die historische Forschung wie für die Schul- und Erwachsenenbildung. Für eine erhebliche Zahl junger Menschen, die auf der Suche nach einer ideellen, nationalen oder sozialen Vision sind, die ihnen Bedeutung und einen sinnhaften Platz in der Welt verspricht, ist die Ausübung physischer Gewalt ein mögliches und aus ihrer Sicht auch legitimes Mittel, sozia-

le Veränderungen herbeizuführen. Eine Gesellschaft, die die Befriedigung von Bedürfnissen jeder Art propagiert, aber die Erfüllung dieser Sehnsüchte an Dinge knüpft, die sich viele junge Menschen nicht leisten können, provoziert geradezu den Einsatz von Gewalt – und sei es nur als ein Mittel zur Artikulation von Frustration und Hilflosigkeit. Die Geschichte der nationalsozialistischen Sturmabteilung zwischen 1921 und 1945 liefert ein drastisches Beispiel dafür, welche Sprengkraft ein Gemisch aus jugendlichen Sehnsüchten, politischer Ausbeutung, militaristischer Vorprägung und gesellschaftlich-ökonomischen Krisen entfesseln kann. Es wäre fahrlässig, diese toxische Mischung für das Monopol einer bestimmten Ära oder eines bestimmten Landes zu halten. Politische Regime, die sich auf Mobilisierung durch Gewalt und auf Integration durch Disziplinierung stützen, sind nach wie vor weitverbreitet. Sie durch friedfertigeren und humaneren Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu überwinden, bleibt eine Aufgabe von Dauer.

Fazit

Die SA und der Nationalsozialismus. Eine Bilanz

Schon sehr früh, im Jahr 1932, wurden die nationalsozialistische Sturmabteilung und ihre Mitglieder zum Objekt wissenschaftlicher Forschung. Am Institut für Rassen- und Völkerkunde der Universität Leipzig nahm in jenem Jahr der Doktorand Peter Sachse die Arbeit an einer Dissertation auf, die er zwei Jahre später einreichte. Der damals 25-Jährige war der Sohn eines evangelischen Pfarrers aus Dittersbach im Erzgebirge und selbst SA-Mann. Für seine Promotionsschrift fotografierte er zwischen November 1932 und Februar 1933 rund 300 SA-Männer von den Leipziger SA-Standarten 106 und 107 und vermass sie anthropometrisch. Seine Befunde – dass die durchschnittliche Körpergröße der Leipziger SA-Männer 171 Zentimeter betrug, ihr Durchschnittsgewicht bei 64 Kilogramm lag und ihre Schädel mehrheitlich dem «hyper-brachycephalen» Typus entsprachen – taugen allerdings zu wenig mehr, als uns die Eigentümlichkeiten eines bestimmten Zweiges der wissenschaftlichen Forschung im Deutschland der 1930er Jahre vor Augen zu führen. Im Grunde zeigen sie nur, dass die Leipziger SA-Männer in körperlicher Hinsicht ganz gewöhnliche Männer ihrer Zeit waren.¹

Man sollte sich dennoch davor hüten, die Studie als Kuriosität und wissenschaftliche Verirrung abzutun. Dass solche Arbeiten angeregt, angefertigt und spätestens seit 1933 mit öffentlichen Geldern finanziert wurden, wirft ein Licht auf die enge Verbindung, die in den 1930er Jahren zwischen ideologischen Präferenzen, politischen Aktivitäten und dem «wissenschaftlich» untermauerten Anspruch auf rassische Überlegenheit in Deutschland bestand. Zumindest die von Sachse für seine Studie ausgewählten Mechaniker, Buchhalter und Bauarbeiter, die nackt vor der Kamera posierten, genossen es offenbar, als Anschauungsexemplare eines rassisch überlegenen deutschen Mannestums präsentiert zu werden. Die hier zum Ausdruck kommende Mentalität sollte sich einige Jahre später unter anderem aus Anlass der bürokratischen Planungen für die Ansiedlung von SA-Männern in Osteuropa praktisch niederschlagen.

«Rasse» war im «Dritten Reich» ein elastisches Konzept von hohem ideologischen Stellenwert, aber nicht das wichtigste Kriterium, wenn es um die Volkszugehö-

rigkeit ging, wie es der Historiker Gerhard Wolf jüngst in einer detaillierten Studie über die Deutsche Volksliste im besetzten Westpolen in den Jahren des Zweiten Weltkrieges nachgewiesen hat.² Die Nationalsozialisten waren zweifellos Rassisten, die an das Axiom von der genetischen Minderwertigkeit von Slawen und «Semiten» glaubten, doch auf grosse Teile der deutschen Bevölkerung wirkte vor allem das voluntaristische Element dieses Rassismus anziehend. Innerhalb der Grenzen einer rassistisch definierten «Volksgemeinschaft» wurden auch persönliche Hingabe und ideologische Überzeugung als wichtige Kennzeichen einer vermeintlichen rassistischen Überlegenheit anerkannt. Diese Auffassung kam NS-Führern wie Hitler und Goebbels entgegen, die äusserlich kaum dem propagierten Ideal des «arischen» Mannes entsprachen, und erst recht den einfachen SA-Männern. Diese durften sich bei einer derart dehnbaren Definition als Angehörige einer rassistischen Elite fühlen, die berufen war, die deutsche Gesellschaft gemäss den Idealen der NS-Bewegung zu erneuern und die Nation in eine strahlende Zukunft zu führen.³

In diesem Buch habe ich in zehn Kapiteln die Ursprünge, den Aufstieg und den Niedergang der SA zwischen 1921 und 1945 analysiert. Die sich daraus ergebende Geschichte steckt voller Widersprüche. Sie handelt von hochfliegenden Hoffnungen und bitteren Enttäuschungen, von der Ermächtigung des Einzelnen und der Mobilisierung der Gruppe, von Konformitätsdruck und drakonisch erzwungenem Gehorsam, von Selbstsucht und Kameradschaft, von extremer Gewalt und frustrierender Langeweile – Gegensätze, die bisherige Arbeiten zur Geschichte der SA nur unvollständig erfasst haben. Da sie in aller Regel nur auf einen Abschnitt der Geschichte der Sturmabteilung ausgerichtet war und vor allem den Beitrag der SA zur Machteroberung der Nationalsozialisten, jedoch weniger deren Rolle bei der Konsolidierung des NS-Regimes untersucht hat, wurde in der Geschichtsschreibung zum «Dritten Reich» die Bedeutung der SA bisher unterschätzt. In jüngeren Arbeiten zu Zwang und Freiwilligkeit in der nationalsozialistischen Gesellschaft oder zu der Frage, welchen Stellenwert die kolonialen Ambitionen des Regimes hatten, findet die SA häufig sogar überhaupt keine Erwähnung. Im Sinne einer Aufarbeitung dieses Defizits und mit dem Ziel, zugleich erste Vorschläge zu seiner Überwindung zu machen, will ich die wichtigsten Ergebnisse meiner Analyse zusammenfassen und aufzeigen, weshalb sie zu einem umfassenderen Verständnis der allgemeinen Geschichte des Nationalsozialismus beitragen.

1.

Wie in den Anfangskapiteln dieses Buches eingehend erläutert, entstand die erste nationalsozialistische SA 1920/21 in München und wuchs bis 1923, dem Jahr des Hitlerputschs, zu einer Truppe von signifikanter Grösse heran, die zumindest in Bayern auch einen regionalen Machtfaktor darstellte. Diese frühe SA war eine Wach- und Schutzmannschaft der Partei, bei der sich Elemente eines «Wehrverbands» und einer politischen Terrororganisation mischten, was für die frühen 1920er Jahre typisch war. In ihrer sozialen Zusammensetzung war diese frühe, noch vergleichsweise unbedeutende SA weniger proletarisch als gemeinhin behauptet wird. Studenten und Angehörige der Mittelschicht stellten einen beträchtlichen Teil ihrer Mitglieder und dominierten in den Führungspositionen mit einer kleinen Gruppe älterer Ex-Berufssoldaten. Auch wenn diese erste SA fest in Bayern verwurzelt war – von wo aus sie nach und nach ein Netz von SA-Zellen in den benachbarten Ländern Württemberg und Thüringen knüpfte –, stammten ihre führenden Aktivisten (zum Beispiel Maurice, Heines, Klintzsch und Göring) aus Nord- und Ostdeutschland. Der Antisemitismus war von Anfang an *das* Schlüsselement der ideologischen Ausrichtung der SA und der von ihr praktizierten Gewalt. Dass die Chance, an antisemitischen Krawallaktionen teilzunehmen, besonders junge Männer auf der Suche nach aufregenden und sinnstiftenden Erlebnissen anzog, spielten viele konservative Politiker wie auch das Oberkommando der Reichswehr in Bayern herunter. Statt auf die politische Relevanz dieser jugendlichen «Exzesse» hinzuweisen, hoben sie die Bedeutung der SA als Bollwerk gegen die kommunistische Bedrohung und gegen pazifistische Tendenzen in der deutschen Nachkriegsgesellschaft hervor. So gesehen, profitierte die SA von den Gräben, die sich nach dem Ersten Weltkrieg in der deutschen Gesellschaft auftaten, und trug zur Verschärfung dieser Gegensätze noch bei. Sie war und blieb jedoch zu unbedeutend, um die bestehende Ordnung herauszufordern oder gar den Staat zu destabilisieren.

2.

Nach dem Scheitern des Hitlerputschs vom November 1923 wurde die SA verboten. Zwar bestanden viele regionale Zellen unter Decknamen weiter und hielten Verbindung zum Frontbann, Ernst Röhms neuer Dachorganisation. Doch sie agierten unkoordiniert und waren vielfach wenig mehr als semiprivat verfügbare Truppen unter dem Befehl regionaler NS-Größen. Vor diesem Hintergrund waren die inneren Reformen, die der neu ernannte SA-Stabschef Franz Pfeffer von Salomon von 1926 an durchsetzte, der Versuch, eine zentralisierte Machtstruktur zugunsten der NSDAP-Zentrale in München aufzubauen. Pfeffer von

Salomon legte damit den Grundstein für das Wachstum der Sturmabteilung in den folgenden Jahren und für ihre Entwicklung zu einer im ganzen Land agierenden Organisation zwischen 1928 und 1930. Er strukturierte die SA nach dem Vorbild der deutschen Streitkräfte, verschaffte ihr einen gewissen Grad an finanzieller Autonomie und schuf die organisatorischen Voraussetzungen dafür, dass notleidende SA-Männer betreut und versorgt wurden. Erst diese Strukturveränderungen versetzten die SA in die Lage, den massiven Mitgliederzuwachs am Ende der 1920er Jahre zu bewältigen.

Die neu erstarkte SA propagierte eine Massenpolitik neuen Stils, die wesentlich darauf beruhte, dass sie absolute Treue und ein hohes Mass an persönlichem und finanziellem Einsatz von ihren Mitgliedern forderte. Im Gegenzug bot sie politische Orientierung, vermittelte Arbeitsmöglichkeiten und reichlich Gelegenheit zu männlicher Geselligkeit. Diese Angebote waren während der schweren Wirtschaftskrise der frühen 1930er Jahre auch deshalb so attraktiv, weil viele deutsche Männer ausserstande waren, ein Leben nach den herkömmlichen Vorstellungen männlicher Respektabilität zu führen. Der von der SA propagierte Lebensstil galt mit seinen spezifischen Aktivitäten und Ritualen als eine Art Markenzeichen und trug entscheidend zur Faszination dieser Organisation in jenen Jahren bei. Er basierte nicht auf einem ausgefeilten System von Ideen, sondern auf Gefühlen von Gemeinschaft und Selbstermächtigung.

Mit der Zeit setzte dieser neue Lebensstil eine Dynamik frei, die in andere Bereiche ausstrahlte. So war eine bedeutende Strömung innerhalb der christlichen Kirchen vom Elan der SA beeindruckt und versuchte, ihn für eine neue christliche «Volksmission» zu nutzen, allerdings nicht ohne die exzessive Gewaltkultur der SA zu beklagen. Auch die Reichswehr streckte Fühler zur SA aus in der Hoffnung, deren Potential als eine Art Reservearmee nutzen zu können. Besonders intensiv erwies sich die Zusammenarbeit der beiden Organisationen in grenznahen Regionen, nicht zuletzt weil dort angesichts des gemeinsamen Feindes die Differenzen innerhalb des nationalen Lagers weniger ins Gewicht fielen.

3.

Der Aufstieg der SA von einem Sammelplatz für Splittergruppen zu einer mächtigen politischen Organisation, die bei der Mobilisierung von Anhängern wie eine soziale Bewegung agierte, aber auf der Basis einer strikten hierarchischen Ordnung operierte und zu Beginn der 1930er Jahre Hunderttausende an sich band, war die Folge und bald auch ein wichtiges Element der «lebendigen und gewalttätigen politischen Kultur im Deutschland und im Österreich der Zwi-

schenkriegszeit».⁴ Zunächst vor allem ein (gross-)städtisches Phänomen, war die SA spätestens vom Beginn der 1930er Jahre an auch im ländlichen Deutschland verankert, trug entscheidend zur «Nazifizierung» des ländlichen Raums bei und brachte damit die NSDAP der politischen Macht einen grossen Schritt näher. Angesichts der zunehmenden Gewalttätigkeit, durch die sich die politischen Auseinandersetzungen in Deutschland in den frühen 1930er Jahren auszeichneten, wurde die SA weiter populär, und das durchaus nicht nur, weil sich ihre Verbände nun «im Kampf» beweisen konnten. Die anhaltende Gewalt untergrub langsam, aber stetig auch das Vertrauen der Allgemeinheit in die Fähigkeit des Staates, sein Gewaltmonopol durchzusetzen, was wiederum in den Augen einer rapide zunehmenden Zahl von NS-Sympathisanten die von der Partei reklamierte Notwendigkeit des «Selbstschutzes» rechtfertigte. Obwohl die Fakten eine andere Sichtweise nahelegten, beharrte die SA weiterhin auf dem rein defensiven Charakter ihrer Aktionen, eine Alibibehauptung, die jedoch von immer mehr Richtern und Polizeibeamten akzeptiert wurde. Die Zahl der Opfer, die die Nationalsozialisten in den politischen Kämpfen dieser Jahre zu beklagen hatten, war beträchtlich. Das war allerdings nicht nur die Schuld der Gegner, sondern vor allem der Partei selbst, die in zynischer Weise ganz bewusst ihre eigenen Anhänger «opferte», um der politischen Macht näher zu kommen.

Im Ergebnis beruhte die zunehmende Anziehungskraft der SA gerade in den frühen 1930er Jahren auf den Emotionen und Hoffnungen, die die Organisation zu erwecken vermochte. Die Strukturen und Grundsätze der SA förderten die Entwicklung starker kameradschaftlicher Bindungen, aus denen die Anführer Selbstbewusstsein und Autorität und die Fusstruppen das Gefühl kollektiver Macht schöpfen konnten. Wie immer man die Ängste und Befürchtungen dieser Zeit mit ihren gesellschaftlichen Verwerfungen und politischen Führungsproblemen auch beurteilen mag, man muss zur Kenntnis nehmen, dass die SA zumindest in den Augen ihrer Mitglieder eine – wenn nicht *die* – kraftvollste und scheinbar überzeugendste Antwort auf das allgegenwärtige Problem der – demokratischen – Repräsentation im Deutschland der Zwischenkriegszeit lieferte. In einer Phase, in der individueller Ehrgeiz und nationale Einheit zunehmend unvereinbar schienen, erweckte die von der SA propagierte «Gemeinschaft der Tat» Hoffnungen auf eine Lösung dieses grundlegenden Problems aller modernen Gesellschaften. Anders als manch spätere Historiker behauptet haben, warben die NS-Aktivistinnen allerdings nicht dafür, die traditionelle liberale Idee der Selbstbestimmung durch Bildung und wirtschaftliche Unabhängigkeit zugunsten eines Bündels vager «totalitärer» Ideologien aufzugeben und damit die Individualität

auf dem Altar des Kollektivs zu opfern. Die Vordenker der SA waren vielmehr davon überzeugt, die Einbindung der Masse in eine paramilitärische politische Bewegung wie die SA sei – auch wenn das zunächst paradox erscheinen mochte – das beste Mittel, auch jene Männer, denen es an finanziellem und familiärem Rückhalt und an besonderen beruflichen und geistigen Fähigkeiten fehlte, in ihrer männlichen Identität als Individuen zu stärken. Die mit dem Eintritt in eine paramilitärische Gruppierung verbundene partielle Aufgabe der individuellen gegen eine neue kollektive Identität empfanden die NS-Aktivisten, die sich in Massenorganisationen wie der Sturmabteilung zusammenfanden, daher nicht als Verlust. Einen Widerspruch zu ihrer Selbstwahrnehmung als Persönlichkeiten konnten sie nicht erkennen. Der grosse Anklang, den die SA gerade bei – männlichen – Studenten fand, lässt auch vermuten, dass das verbreitete Bild der SA-Männer als «Verlierer» zumindest in der ersten Hälfte der 1930er Jahre allenfalls auf einen Teil der Mitglieder und Anhänger der Organisation zutraf.

Die Kombination aus einer in vielen Fällen von materieller Not und emotionaler Verbitterung geprägten Kindheit und Jugend, jugendlichem Idealismus und trotzigem Selbstbewusstsein trug erheblich zu der ungewöhnlichen Verbindung von Geist und Gewalt bei den SA-Männern bei. Sie ordneten sich freiwillig der Allmacht eines sich messianisch gebenden Führers und seiner regionalen Statthalter unter, erwarteten dafür aber auch, angemessen entlohnt zu werden. Ihr Einsatz für die SA gab ihnen Orientierung im Alltag und im Idealfall das Gefühl von seelischer Heimat. Zugleich bestärkte das Engagement ihr Selbstvertrauen. Sie sahen sich als Menschenführer, die zu Wächtern der Volksgemeinschaft und als sichtbare Verkörperung der in ihren Augen heiligen deutschen Nation berufen waren.⁵ Es war nicht zuletzt diese obszöne Anmassung, die viele Zeitgenossen und spätere Historiker veranlasste, ihren Blick von der SA und ihrer gewalttätigen Ideologie angewidert abzuwenden.

4.

Im Jahr 1933 erreichte die SA den Höhepunkt ihres Einflusses, und es begann – entgegen allem Anschein – ihr Niedergang. Soziale Ängste und Missmut bei der «sozialistischen» Fraktion der Sturmabteilung, die ihre Hochburgen traditionell in den Industrievierteln des deutschen Nordens und Ostens hatte, waren schon in den Jahren zuvor ein immer dringenderes Problem für die Organisation geworden, dessen sich die NSDAP jedoch nur halbherzig angenommen hatte. Mit der wiederholten Zusicherung, die Kanzlerschaft Hitlers werde alle Probleme lösen, hatte die Parteiführung vielmehr die Erwartungen vieler einfacher SA-Männer immer weiter gesteigert. Dieser Erwartungsdruck entlud sich – weiter ange-

stachelt durch ein ausgeprägtes Rachebedürfnis nach Jahren der Ungewissheit und Gefahr – im Frühjahr 1933 in extremen Gewaltausbrüchen. SA-Kommandos machten Jagd auf ihre politischen und ideologischen Gegner, sperrten sie ein und ermordeten viele von ihnen. Die SA richtete provisorische Konzentrationslager ein, in denen sie im Verlauf des Jahres 1933 rund 80'000 Personen internierte. Dort wie anderswo inszenierten die SA-Männer öffentliche Demütigungen, indem sie ihre Opfer, in der grossen Mehrheit Männer, symbolisch «verweiblichten» und sich damit zugleich ihrer eigenen (hyper-)maskulinen Identität versicherten. Vor allem Juden wurden zu Zielscheiben entwürdigender Schikanen und hatten, selbst wenn sie nicht in «Schutzhaft» genommen und gefoltert wurden, unter den landesweiten Boykottaktionen zu leiden, die das neue Regime im März und April 1933 veranstaltete. In vielen deutschen Städten und Regionen wurden SA-Führer Polizeipräsidenten, was die SA de facto vor effektiver Strafverfolgung schützte. Versuche der wenigen Aufrechten innerhalb des deutschen Justizwesens, wenigstens die schlimmsten SA-Verbrechen zu ahnden, blieben ganz überwiegend vergeblich.

Dafür, dass sie die «Drecksarbeit» bei der Machtübernahme der nationalsozialistischen Bewegung verrichteten, erwarteten die SA-Männer im Gegenzug materielle und symbolische Belohnungen. Und in der Tat profitierten Hunderttausende dieser «Alten Kämpfer» von Initiativen der neuen NS-Regierung, den bisher erwerbslosen SA-Männern Arbeit und Brot zu verschaffen und ihnen zumindest ein Dach über dem Kopf und ein bescheidenes Auskommen in einem der sechzig neu errichteten «Hilfswerklager» der SA zu bieten. Als besonders effektiv erwies sich im Zuge dieser Massnahmen die Ernennung von SA-Männern zu Hilfspolizisten, weil sich so die politische Strategie mit den Arbeitsbeschaffungsmassnahmen der Regierung sinnvoll verknüpfen liess. Röhm's Versuch, im Vollzug der nationalsozialistischen «Revolution» den politischen Einfluss der SA durch die Ernennung von SA-«Sonderbevollmächtigten», die den Staatsapparat kontrollieren und lenken sollten, dauerhaft zu verankern, scheiterte dagegen schon nach kurzer Zeit – und zwar aus ideologischen wie aus praktischen Gründen. Röhm schaffte es aber, Millionen von Reichsmark in die Kassen seiner Organisation zu leiten. Zumindest in Bayern konnte er sich als einflussreiche politische Grösse etablieren und mithilfe eines dichten Geflechts von Verbündeten die Politik des Freistaats mitgestalten. Deutschlandweit flossen der SA in den Jahren 1933 und 1934 mindestens 72 Millionen Reichsmark aus staatlichen Kassen zu, wobei der grösste Teil dieses Geldes bei den lokalen und regionalen Gliederungen der Organisation versickerte.

5.

In den Jahren nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten erweiterte die Partei ihren Rückhalt in der Bevölkerung weit über den Kreis der ursprünglich Überzeugten hinaus. Die gesellschaftliche Integration im nationalsozialistischen Deutschland war das Ergebnis einer Kombination von «inszenierten», das heisst von der Partei orchestrierten Gemeinschaftserfahrungen und alltäglichen Praktiken, eine Mischung, die dem Einzelnen ein Gefühl der emotionalen Zugehörigkeit vermittelte und ihm zugleich neue Chancen zur Verwirklichung individueller Lebensziele zu eröffnen schien.⁶ In der hier vorliegenden Geschichte der SA wurde dem Zusammenwirken dieser verschiedenen Aspekte besondere Aufmerksamkeit geschenkt in der Erwartung, eine befriedigendere Erklärung dafür zu finden, wie die Nationalsozialisten Individuen an sich banden und Gewalt als mobilisierende Kraft einsetzten.

Die SA erfüllte gerade in den Jahren 1933 und 1934 eine doppelte Aufgabe: Erstens veranlasste sie Millionen deutscher Männer, sich dem nationalsozialistischen Lager anzuschliessen und so in den Genuss neuer politischer und beruflicher Karrierechancen zu gelangen. Zweitens leistete sie einen wichtigen Beitrag zur gewaltsamen Durchsetzung der Ausgrenzungspolitik des NS-Regimes wie auch zur Verbreitung einer «antisemitischen Konsensfiktion» – gemeint ist damit das Phänomen, dass die interpersonale Kommunikation im «Dritten Reich» ungeachtet der Frage, ob man die antisemitische Politik der Nationalsozialisten billigte oder nicht, zunehmend von der Prämisse ausging, dass die Mehrheit der Deutschen diesen Konsens für gegeben hielt.⁷

Diese beiden Aufgaben hat die SA noch bis in die 1940er Jahre hinein erfüllt. Dagegen fanden die Hoffnungen auf persönlichen Aufstieg durch langjährigen Dienst in der Organisation und erst recht weitreichende Ambitionen, die auf eine grundlegende Umgestaltung der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft gemäss den Grundsätzen eines «deutschen Sozialismus» zielten, mit der «Nacht der langen Messer» im Sommer 1934 ein jähes Ende. Mit diesem entscheidenden Schlag trat die Aufgabe der disziplinierenden Integration in und durch die SA in den Vordergrund, während der Aspekt der politischen Massenmobilisierung durch die Braunhemden an Bedeutung verlor – zumal das Regime nun auch andere Zwangsmittel zur Verfügung hatte, um seine politischen Vorstellungen durchzusetzen. Von nun an war die Mitgliedschaft in einer der vielen NS-Organisationen keine hinreichende Bedingung mehr für die Zugehörigkeit zur «Volksgemeinschaft»; an die Stelle bisheriger Gewissheiten trat ein Zustand dauerhafter Ungewissheit. Der einzelne «Volksgenosse» musste durch soziales Handeln immer wieder aufs Neue seine unverbrüchliche Treue zur nationalsozia-

listischen Sache bekunden. Nachdem sie ihre politischen Gegner ausgeschaltet hatten, taten sich viele SA-Männer damit jedoch schwer. Die Aktionen, mit denen sie zuvor Eindruck geschunden hatten – öffentliche Aufmärsche, Gewalttaten und die Rituale «männlicher» Geselligkeit wie Trinkgelage oder die symbolische Inbesitznahme öffentlicher «feindlicher» Orte –, schienen im konsolidierten «Dritten Reich» nicht mehr nur ihren Gegnern, sondern mitunter selbst Nationalsozialisten unpassend, wenn nicht sogar überflüssig zu sein.

Die Ermordung Röhm und seiner engsten Gefolgsleute im Sommer 1934 und die im selben Aufwasch erledigte Beseitigung einflussreicher konservativer NS-Gegner prägte die Entwicklung des «Dritten Reiches» entscheidend. Mit denselben homophoben Ressentiments, mit denen die antifaschistische Linke zuvor den Nationalsozialismus zu diskreditieren versucht hatte, ging das Regime jetzt daran, die Führungskader der SA als moralisch fragwürdig zu stigmatisieren. Hitler und andere NS-Führer appellierten an das Verlangen der SA-Männer nach Ordnung, «Sauberkeit» und völkischer Moral. Zugleich machte das NS-Regime mit diesen politischen Morden und ihrer «Legitimation» Freunden wie Feinden unmissverständlich klar, dass es sich weder an rechtliche Vorschriften noch an bis dahin als verbindlich anerkannte politische Normen gebunden fühlte.

6.

Die Männer, die sich in den folgenden Jahren weiterhin oder auch erstmals in der SA engagierten, bildeten eine bemerkenswert heterogene Gruppe, entstammten sie doch unterschiedlichsten gesellschaftlichen Milieus. Neben den «Alten Kämpfern» mit überwiegend proletarischem Hintergrund, die der SA die Treue hielten – sei es aus ideologischer Überzeugung oder in Ermangelung beruflicher und gesellschaftlicher Alternativen –, fanden sich in der «gesäuberten» SA zunehmend auch Männer aus der Mittelschicht, die in der Mitgliedschaft ein Mittel sahen, ihre Loyalität zum NS-Regime zu demonstrieren, ohne etwa liebgewordene Freizeitbeschäftigungen wie den Schiessoder Reitsport aufzugeben, die im Deutschland der Zwischenkriegszeit wichtige Felder bürgerlich-männlicher Geselligkeit waren. Die jungen Männer aus der unteren Mittelschicht und der Arbeiterschaft, die sich in den späten 1930er Jahren freiwillig zum Dienst in den Gliederungen der Elitetruppe Feldherrnhalle meldeten, entschieden sich dagegen bewusst für eine soldatische Laufbahn und bekannten sich mit diesem Schritt zu den ideologischen Präferenzen der SA. Viele Volksdeutsche schliesslich, die sich nach 1938 in den von Deutschland annektierten und besetzten

Gebieten in grosser Zahl den neu aufgestellten SA-Einheiten anschlossen, sahen die Mitgliedschaft in der Organisation als Chance, sich dem neuen politischen Regime anzudienen. Als die SA im Verlauf des Zweiten Weltkriegs in zunehmendem Masse für polizeiliche Aufgaben wie die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung herangezogen wurde, erhielt der bis dahin freiwillige Dienst in der SA und ihren Wehrmannschaften allerdings immer mehr den Charakter eines staatlichen Zwangsdienstes.

7.

Auch wenn die Sturmabteilung seit 1934 von den politischen Entscheidungsprozessen auf höchster Ebene ausgeschlossen war, blieb sie für die letzten Jahre des NS-Regimes einer der wichtigsten Aktivposten bei der Durchsetzung des Parteiwillens auf der Alltagsebene. SA-Verbände agierten als «Zwang ausübende Instrumente der Gewalt», die die deutsche Volksgemeinschaft bis zum bitteren Ende vor ihren wirklichen und vermeintlichen Feinden «schützten»,⁸ aber auch eine wichtige Rolle bei der Sicherung der öffentlichen Ordnung in den besetzten und annektierten Gebieten wie an der Heimatfront im Altreich spielten. Obwohl die SA erheblich darunter litt, dass seit Herbst 1939 die meisten ihrer bei Kriegsbeginn mehr als eine Million Mitglieder zur Wehrmacht eingezogen wurden, leistete die Organisation dem Regime bis ans Kriegsende 1945 vielfältige Dienste. Das erschöpfte sich nicht in der Durchführung paramilitärischer und ideologischer Übungen und Schulungen sehr junger oder älterer Männer, sondern umfasste auch den Transport und die Bewachung von Gefangenen und KZ-Insassen, die Beaufsichtigung von Zwangsarbeitern, die Bereitstellung verdeckt hinter der Front operierender paramilitärischer Kampftruppen und nicht zuletzt die Leitung und Durchführung eher ziviler Hilfeinsätze wie etwa Aufräumarbeiten nach Luftangriffen oder Hilfeleistungen für verwundete Soldaten und ihre Familien. Im Sinne der Aufrechterhaltung dessen, was sie als «spirituelle und emotionale Verteidigungsgemeinschaft» wahrnahmen,⁹ fühlten sich viele SA-Männer ermächtigt, bis in die letzten Wochen des «Dritten Reiches» hinein tödliche Gewalt auszuüben.

8.

Die aggressive Aussenpolitik, die das NS-Regime in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre betrieb, bescherte der SA neue Gelegenheiten, den Einfluss und die Macht, die sie vor 1934 besessen hatte, ein Stück weit wiederzugewinnen. Die SA leistete Beiträge zur Militarisierung des (männlichen) Alltagslebens, indem sie ihre paramilitärischen Aktivitäten mit der sportlichen Betätigung der deutschen Schützen- und Reit-

vereine koordinierte und faktisch die Oberaufsicht über Letztere gewann, ferner indem sie im Vorfeld der deutschen Besetzung des Sudetenlands und des Memelgebiets Hilfsdienste für die Wehrmacht übernahm und viele Führungskader für das Sudetendeutsche Freikorps stellte. In den besetzten Gebieten half sie entscheidend mit, die dort ansässigen Volksdeutschen in grosser Zahl für die NSDAP zu rekrutieren. Von 1936 an arbeitete die OSAF an Plänen, einen Teil ihrer Mitglieder als «Wehrbauern» und Träger wertvollen Erbguts in den dem Reich angegliederten Ostgebieten anzusiedeln, wo ihre Aufgabe darin bestehen sollte, durch landwirtschaftliche Arbeit und Gründung kinderreicher Familien Bollwerke der «deutschen Rasse» gegen die slawischen und asiatischen Völker zu errichten. Nicht zuletzt die Ernennung Heinrich Himmlers zum «Reichskommissar für die Festigung des Deutschtums» im Oktober 1939 vereitelte diese ambitionierten Pläne der SA. Zwar hat sie die Ziele der Rekrutierungskampagne für ihr Siedlungsprogramm Ost nie erreicht, doch bis das gesamte Programm Anfang 1943 eingestampft wurde, entstanden zumindest einige modellhafte Siedlungen, wurden Schulen für die Ausbildung volksdeutscher SA-Männer zu «Wehrbauern» eingerichtet und mindestens einige Hundert SA-Männer erfolgreich im deutsch besetzten Osteuropa angesiedelt.

9.

Weiter südlich, in den mit Deutschland verbündeten Ländern Ungarn, Slowakei, Rumänien, Bulgarien und Kroatien, traten Ende 1940 beziehungsweise Anfang 1941 fünf hochrangige SA-Generäle ihren Dienst als deutsche Gesandte an. In den folgenden Jahren bemühten sich diese SA-Diplomaten, die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen des «Dritten Reiches» in den genannten Ländern durchzusetzen. Diese «Alten Kämpfer» schufen keine Diplomatie eigenen Stils, träumten aber – geprägt durch die langjährige Zugehörigkeit zur SA – von einer Art «faschistischer Internationale der verschiedenfarbigen Hemden» auf dem Balkan.¹⁰ Angesichts des Kriegsverlaufs wurde freilich immer deutlicher, dass dies eine naive Vision war, erst recht, als sich nach der deutschen Niederlage in Stalingrad die nationalen Regierungen der Region allmählich auf die Zeit nach dem Ende der militärischen Vorherrschaft des «Dritten Reiches» vorbereiteten. Spätestens von 1944 an kämpften die SA-Generäle im diplomatischen Dienst auf verlorenem Posten, was jedoch nicht verhinderte, dass sie zum Teil massgeblich in die Planung und Durchführung des Holocausts in Südosteuropa involviert waren.

10.

Die bisherigen Studien zur Geschichte der SA, die vom Niedergang und Absturz der Organisation in den Jahren nach 1934 erzählen, haben viele der hier genannten Aspekte ausgespart oder allenfalls cursorisch behandelt, unter anderem, weil die betreffenden Arbeiten einer juristischen Argumentationslinie gefolgt sind, die ursprünglich von den Anwälten der SA vor dem Nürnberger Militärtribunal erdacht wurde. In den zwei Jahrzehnten danach haben sich ehemalige SA-Männer mit Erfolg auf deren Argumente berufen, um ihr Wirken für die Organisation nachträglich zu verharmlosen. Trotz der intensiven historischen Forschungen zum Nationalsozialismus seit den 1960er Jahren blieb das Bild, das die SA in der unmittelbaren Nachkriegszeit von sich zeichnete, daher bis in die jüngste Zeit hinein weitgehend unhinterfragt.

In dem vorliegenden Buch wurde der Versuch unternommen, dieses scheinbar festgemauerte Narrativ infrage zu stellen und dabei an neuere Studien zur Popularität des «Dritten Reiches» anzuschliessen, in denen hervorgehoben wird, dass die von den Nationalsozialisten propagierte «Volksgemeinschaft» weithin als «moralische Gemeinschaft» oder sogar als «quasi-religiöse Gemeinschaft geteilter moralischer Überzeugungen und gemeinsamer Interessen» empfunden wurde.¹¹ Das bislang vorherrschende Bild vom SA-Mann als Raufbold und politischem Hooligan ist zwar nicht falsch, aber einseitig, denn es blendet zahlreiche andere Aspekte, die zur Attraktivität der SA massgeblich beitrugen und die besonders in den 1930er Jahren wirksam waren, vollkommen aus.

Aus dem Blickwinkel nicht nur der aktiven Parteikader, sondern auch erheblicher Teile der deutschen Bevölkerung, die zwar nicht unbedingt die Gewaltaffinität des Regimes guthiessen, aber doch die von ihm verkündeten sozialen Zielsetzungen bejahten, flösste die sich antikapitalistisch und im Rahmen der klaren rassistischen Grenzlinien egalitär gebende Sturmabteilung Millionen von deutschen Männern jeden Standes und jeden Alters das Selbstbewusstsein und den Mut ein, die nationalsozialistische Politik zu ihrer eigenen, höchstpersönlichen Sache zu machen. Sie eröffnete ihnen die Chance, sich materiell abzuheben (während sie ansonsten vorgab, jeden Klassendünkel zu bekämpfen) und – wichtiger noch – sich als wertvolle Mitglieder der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft zu fühlen. Dieses Gefühl der Macht und der Ermächtigung bestand auch nach dem Sommer 1934 fort. Noch nach der vollständigen militärischen Niederlage 1945 prägte es für Jahrzehnte das Bild, das viele Deutsche vom «Dritten Reich» in Erinnerung behalten wollten – mitunter bis in die jüngste Zeit hinein.

ANHANG

Hinweis zur Literatur

Eine vollständige Liste mit allen Quellen- und Literaturangaben zu diesem Werk kann abgerufen werden unter www.siedler-verlag.de/Siemens.

Anmerkungen

Einleitung

- 1 August Scholtis, *Ostwind: Ein schlesischer Schelmenroman*, München 1986 (Erstausgabe 1931), S. 275.
- 2 In den Akten zu dem Fall finden sich auch die Schreibweisen «Pietzuch» und «Pietzuch».
- 3 Die Tatsachenfeststellungen auf den folgenden Seiten stützen sich, wenn nicht anders angegeben, auf APK (Archiwum Panstwowe w Katowicach), akt nr 15/28 Starostwo Powiatowe w Gliwicach (Politische Angelegenheiten, 1928-1933), Bd. 5, S. 334-345: Anklageschrift des Leitenden Staatsanwalts in Beuthen, 14. August 1932; Richard Bessel, «The Potempa Murder», *Central European History* 10:3 (1977), S. 241-254; Paul Kluge, «Der Fall Potempa (Dokumentation)», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 5 (1957), S. 279-297; Günther Schmerbach, *Der Kampf der Kommunistischen Partei Deutschlands gegen Faschismus und Kriegsgefahr im Bezirk Oberschlesien 1932/33*, Diss., Friedrich-Schiller-Universität Jena 1957, S. 104-127, und auf die Berichterstattung der liberalen *Vossischen Zeitung* (Berlin).
- 4 Weitere Details aus der Mordnacht finden sich in «Raus aus dem Bett, ihr verfluchten Kommunisten!», *Sozialistische Arbeiter-Zeitung* – im Folgenden SAZ – (Breslau), 12. August 1932; «Nine Nazis on Trial», *The Times* (London), 22. August 1932, S. 9.
- 5 Zit. n. «So wurde Pietzuch ermordet», SAZ (Breslau), 26. August 1932, <http://library.fes.de/breslau/sozialistische-arbeiterzeitung/pdf/1932/1932-192.pdf> (zuletzt abgerufen am 28.12.2018). Siehe auch Kluge, «Der Fall Potempa», S. 291.
- 6 APK, akt nr 15/28, Bd. 5, S. 333-334: «Brief des Landjägerhauptmanns Seeliger an den Landrat in Gleiwitz», 15. August 1932; Bessel, «The Potempa Murder», S. 248; Schmerbach, *Der Kampf der Kommunistischen Partei*, S. 109.
- 7 Natürlich stellten sich alle beteiligten Parteien als Opfer dar, die nur auf die Gewalt der anderen Seite reagiert hätten. Aufschlussreich ist in dieser Hinsicht eine vergleichende Lektüre national-sozialistischer und kommunistischer Propaganda zum Fall Potempa: Gerhard Pantel, *Potempa-Beuthen: Ein Signal für alle deutschen Deutschen*, München 1932; Robert Venzlaff, *Der Schuldige ... Die Mordnacht von Potempa*, Hg. Rote Hilfe, Berlin 1932.
- 8 «Rückblick auf eine Woche „Burgfrieden“», *CV-Zeitung*, 15. August 1932, S. 1-2.
- 9 Bessel, «The Potempa Murder», S. 243; Marjorie Lamberti, *The Politics of Education: Teachers and School Reform in Weimar Germany*, New York und Oxford 2002, S. 228.
- 10 Siehe *Reichsgesetzblatt* 1932, Bd. 1, Nr. 54 (9. August 1932), S. 403-404.
- 11 Zur Endphase der Weimarer Republik siehe insbes. Dirk Blasius, *Weimars Ende: Bürgerkrieg und Politik 1930-1933*, Göttingen 2005; Richard J. Evans, *Das Dritte Reich*, Bd. 1, «Aufstieg», Frankfurt am Main, Wien, Zürich 2004, S. 327-413; Detlev J. K. Peukert, *Die Weimarer Republik: Krisenjahre der klassischen Moderne*, Frankfurt am Main 1987, S. 243-265. Zur SA-Gewalt

- in Oberschlesien siehe ausführlich Richard Bessel, *Political Violence and the Rise of Nazism: The Storm Troopers in Eastern Germany 1925-1934*, New Haven, CT, 1984, S. 75-96.
- 12 Joseph Goebbels, *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Teil I: *Aufzeichnungen 1923-1941*, Bd. 2/2, München 2004, S. 336.
- 13 APK, akt nr 15/28, Bd. 5, S. 334-345, hier S. 334-335: Anklageschrift des Leitenden Staatsanwalts in Beuthen, 14. August 1932.
- 14 Bessel, «The Potempa Murder», S. 248.
- 15 Ebd., S. 249.
- 16 Henning Grunwald, *Courtroom to Revolutionary Stage: Performance and Ideology in Weimar Political Trials*, Oxford 2012, S. 168.
- 17 Ebd., S. 169.
- 18 Bessel, «The Potempa Murder», S. 246.
- 19 Kluge, «Der Fall Potempa», S. 288.
- 20 Die NS-Propaganda und der Rechtsanwalt Luetgebrune, der die SA vor Gericht vertrat, behaupteten, Pietrzuch habe in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg wiederholt die deutschen Oberschlesier «verraten», etwa indem er den französischen Behörden illegale deutsche Waffendepots angezeigt oder diejenigen bedroht habe, die entschlossen waren, im Plebiszit vom März 1921 für Deutschland zu stimmen. Die radikale Linke verteidigte den «Arbeiter und Kommunisten» Pietrzuch: Er habe just in dem besagten Jahr die deutsche Minderheit in seinem Heimatort Potempa mutig gegen polnische Aufständische verteidigt. Siehe Pantel, *Potempa-Beuthen*, S. 9-13; Venzlaff, *Der Schuldige*, S. 4.
- 21 1936 wurde Lachmann wegen Betrugs und Meineids zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt, und 1940 verurteilte ihn ein NSDAP-Gaugericht wegen zweier Jagdvergehen; Sopade (Sozialdemokratische Partei Deutschland im Exil), *Deutschland-Berichte*, Bd. 3 (1936), S. 239; Bessel, «The Potempa Murder», S. 245-246.
- 22 Venzlaff, *Der Schuldige*, S. 4.
- 23 Kluge, «Der Fall Potempa», S. 287.
- 24 «Fünf Todesurteile in Beuthen», *Vossische Zeitung*, 23. August 1932, S. 1.
- 25 «Nine Nazis on Trial», S. 9. Siehe auch Goebbels' Tagebucheintrag vom 23. August 1932: «In Beuthen 5 Todesurteile gegen unsere Leute. Das Ungeheuerlichste, das auszudenken ist. Die Regierung wird nicht wagen, sie zu vollstrecken.» Goebbels, *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Teil I: *Aufzeichnungen 1923-1941*, Bd. 2/2, S. 346.
- 26 «Nazi Death Sentences», *The Times* (London), 23. August 1932, S. 10; «Five Nazis to Die: Sentences at Trial», *The Manchester Guardian*, 23. August 1932, S. 9; «Krawalle nach dem Urteilspruch», *Vossische Zeitung*, 23. August 1932, S. 3.
- 27 Zit. n. Max Domarus, *Hitler: Speeches and Proclamations 1932-1945. The Chronicle of a Dictatorship*, Bd. 1: *The Years 1932-1934*, London 1990, S. 160.
- 28 «Five Nazis to Die», S. 9.
- 29 BArch Berlin (Bundesarchiv Berlin), NS 26/2515: Schreiben des Landeskriminalpolizeiamts Berlin an den Polizeipräsidenten von Bielefeld, Mai 1931; BArch Berlin, NS 26/1348: «Fememörder Heines als MdR», *Vorwärts*, 5. Oktober 1930.
- 30 Adolf Hitler, Telegramm an August Gräupner, Reinhold Kottisch, Paul Lachmann, Helmuth-Josef Müller und Rufin Wolnitza, in Adolf Hitler, *Reden, Schriften, Anordnungen: Februar 1925 bis Januar 1933*, Bd. 5: *Von der Reichspräsidentenwahl bis zur Machtergreifung. April 1932. Januar 1933*. Teil 1: *April 1932-September 1932*, hg. v. Klaus A. Lankheit, München 1996, S. 317.
- 31 Kluge, «Der Fall Potempa», S. 284; Bessel, «The Potempa Murder», S. 251.

- 32 Adolf Hitler, «Nationalisten! Deutsche!», *Völkischer Beobachter*, 24. August 1932, zit. n. Domarus, *Hitler: Reden und Proklamationen 1932-1945*, Bd. 1, 4. Aufl., Leonberg 1988, S. 130. Hitler hatte schon 1922 in öffentlicher Rede politisch motivierte Verbrechen gerechtfertigt, wenn sie zum Nutzen des Vaterlandes begangen wurden; siehe BayHStA (Bayerisches Hauptstaatsarchiv München), MInn (Ministerium des Innern), Nr. 81594: «Die Maischlacht Hitlers», *Bayerischer Kurier*, 3. Mai 1923.
- 33 Mit bemerkenswerter Beständigkeit bediente sich Goebbels dieser Formulierung in den Folgejahren immer wieder; siehe z.B. seinen berühmten Artikel «Mimikry», der am 20. Juli 1941 in der NS-Wochenzeitung *Das Reich* erschien. Siehe Saul Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden*, Bd. 2.: *Die Jahre der Vernichtung 1939-1945*, München 2006, S. 204.
- 34 Joseph Goebbels, «Die Juden sind schuld!», *Der Angriff*, 24. August 1932, S. 1-2.
- 35 Es gab auch Fälle, in denen Sozialdemokraten ihre Widersacher von der NSDAP beschuldigten, früher auf der Seite polnischer Rebellen gekämpft zu haben; siehe «Der ‚Märtyrer‘», *Vossische Zeitung*, 4. November 1932, S. 6.
- 36 Nach amtlicher Zählung fielen 1932 in allen preussischen Provinzen insgesamt 155 Personen politischer Gewalt zum Opfer. Von diesen Getöteten hatten 55 der NSDAP und 54 der KPD angehört, 12 waren Mitglieder des Reichsbanners und/oder der SPD; siehe Dirk Schumann, «Political Violence, Contested Public Space, and Reasserted Masculinity», in *Weimar Publics/Weimar Subjects*, hg. v. Kathleen Canning und Kerstin Barndt, New York 2010, S. 236-253, hier S. 244.
- 37 Beispiele für die dreistesten Verdrehungen dieser Art liefert Pantel, *Potempa-Beuthen*.
- 38 IfZ Archiv (Institut für Zeitgeschichte, Archiv, München), ED 414 (Herbert Frank), Bd. 181: Joachim Leo, «Beuthen!», *Schlesischer NS-Beobachter* (Breslau), 3. September 1932.
- 39 «Five Nazis to Die», S. 9.
- 40 So wollte es die Logik des NS-nahen *Hamburger Abendblatts*, zit. n. «Why Nazi Newspaper was Suppressed», *The Manchester Guardian*, 26. August 1932, S. 9.
- 41 Alfred Rosenberg in *Der Völkische Beobachter*, zit. n. «Killing Not Murder», *The Manchester Guardian*, 27. August 1932, S. 15.
- 42 Goebbels, *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Teil I: *Aufzeichnungen 1923-1941*, Bd. 2/2, S. 346-347.
- 43 «Defence of the Nazi Murderers», *The Manchester Guardian*, 24. August 1932.
- 44 Bessel, «The Potempa Murder», S. 252.
- 45 Für einen Überblick siehe Robert Gerwarth und John Horne, «Vectors of Violence: Paramilitarism in Europe after the Great War, 1917-1923», *Journal of Modern History* 83:3 (2011), S. 489-512.
- 46 Kluge, «Der Fall Potempa», S. 292.
- 47 Ebd., S. 287; GSt PK (Geheimes Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz), I. HA, Rep. 77 titl. 4043, Bd. 311, S. 325: Ratcliffe (Hg.), «Denkschrift über Kampfvorbereitung und Kampfgrundsätze radikaler Organisationen» [1931].
- 48 Zu den politischen Hintergründen siehe Enno Eimers, «Oberschlesien während der Unruhen in den ersten Jahren der Weimarer Republik», in *Geschichte, Öffentlichkeit, Kommunikation: Festschrift für Bernd Sösemann zum 65. Geburtstag*, hg. v. Patrick Merziger, Stuttgart 2010, S. 383-404; Dawid Smolorz, «Die deutsch-polnische Grenze in Oberschlesien 1922-1939», in *Granica: Die deutsch-polnische Grenze vom 19. bis zum 21. Jahrhundert*, hg. v. Karoline Gil und Christian Pietzing, München 2010, S. 75-86; Bernard Sauer, «„Auf nach Oberschlesien!“ Die Kämpfe der

- deutschen Freikorps 1921 in Oberschlesien und den anderen ehemaligen deutschen Ostprovinzen», *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 58 (2010), S. 297-320; Kai Struve (Hg.), *Oberschlesien nach dem Ersten Weltkrieg. Studien zu einem nationalen Konflikt und seiner Erinnerung*, Marburg 2003; Karsten Eichner, *Briten, Franzosen und Italiener in Oberschlesien, 1920-1922: Die Interalliierte Regierungs- und Plebiszitkommission im Spiegel der britischen Akten*, St. Katharinen 2002; Ralph Schattkowsky, *Deutschland und Polen von 1918/19 bis 1925*, Frankfurt am Main 1994; Günther Doose, *Die separatistische Bewegung in Oberschlesien nach dem Ersten Weltkrieg: 1918-1922*, Wiesbaden 1987.
- 49 C. A. Macartney und A. W. Palmer, *Independent Eastern Europe: A History*, London 1962, S. 105-106.
- 50 Zum ersten Aufstand kam es vom 16. bis 24. August 1919; der zweite dauerte vom 19. bis 28. August 1920, der dritte vom 3. Mai bis in die ersten Julitage 1921. Zu den polnischen Bestrebungen einer «Re-Polonisierung» siehe Richard Blake, «Interwar Poland and the Problem of Polish-Speaking Germans», in *The Germans and the East*, hg. v. Charles W. Ingrao und Franz A. J. Szabo, West Lafayette, IN, 2008, S. 262-263.
- 51 Sauer, «„Auf nach Oberschlesien!“», S. 302-303; Daniel Schmidt, «Der SA-Führer Hans Ramshorn. Ein Leben zwischen Gewalt und Gemeinschaft (1892-1934)», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 60:2 (2012), S. 201-235, hier S. 228. Viele Freikorps-Anführer, namentlich die aus den Reihen des grenznahen Adels, traten später in die SA ein; siehe Stephan Malinowski und Sven Reichardt, «Die Reihen fest geschlossen? Adelige im Führungskorps der SA bis 1934», in *Adel und Moderne: Deutschland im europäischen Vergleich im 19. und 20. Jahrhundert*, hg. v. Eckart Conze und Monika Wienfort, Köln 2004, S. 119-150, hier S. 126-128, 138-142. Eine aufschlussreiche Fallstudie liefert Kai Langer, «Der ‚Fall Flotow‘ – vom Aufstieg und Fall eines mecklenburgischen SA-Führers», *Zeitgeschichte regional: Mitteilungen aus Mecklenburg-Vorpommern* 7:2 (2003), S. 5-13.
- 52 Siehe Irmela Nagel, *Fememord und Fememordprozesse in der Weimarer Republik*, Köln 1991; dort finden sich weitere Literaturhinweise.
- 53 Sauer, «„Auf nach Oberschlesien!“», S. 308-309, S. 316.
- 54 Ders., «„Verräter waren bei uns in Mengen erschossen worden Die Fememorde in Oberschlesien 1921»», *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 54:7/8 (2006), S. 644-662, hier S. 645.
- 55 Archiv *Der Spiegel*, Hamburg (im Folgenden HA-Spiegel), nachgelassene Papiere von Heinz Höhne, Nr. 124: Anklageschrift des Oberreichsanwalts gegen Alfred Hoffmann, Manfred von Killinger und Andere, 16. Mai 1922.
- 56 Zu den Details siehe Hagen Schulze, *Freikorps und Republik 1918-1920*, Boppard am Rhein 1969, S. 214-235. Wie jüngere Forschungen ergeben haben, entsprach diese verbreitete Annahme nicht den Realitäten; siehe Rüdiger Bergien, *Die bellizistische Republik: Wehrkonsens und «Wehrhaftmachung» in Deutschland 1918-1933*, München 2012, insbes. S. 355-406.
- 57 Siehe hierzu die exzellente Studie von Matthias Sprenger, *Landsknechte auf dem Weg ins Dritte Reich? Zu Genese und Wandel des Freikorpsmythos*, Paderborn 2008.
- 58 Wie von Killinger erklärte, war der Kampf gegen die Polen in Oberschlesien auch ein Kampf um die «Festigung und Stärkung» des Deutschtums und insofern eine Vorwegnahme der «Sendung Adolf Hitlers», die spätestens von 1934 an zu einem unverzichtbaren Element «unserer alldeutschen Bestimmung» geworden sei. Siehe Manfred von Killinger, *Kampf um Oberschlesien 1921: Bisher unveröffentlichte Aufzeichnungen des Führers der «Abteilung v. Killinger»*,

- genannt «Sturmkompanie Koppe», Leipzig 1934, S. 124. Siehe auch Klaus Gundelach, «Der Opferweg zum Sieg», in *Vom Kampf und Sieg der schlesischen SA: Ein Ehrenbuch*, Hg. SA-Gruppe Schlesien, Breslau 1933, S. 11-15.
- 59 HA-Spiegel, nachgelassene Papiere von Heinz Höhne, Nr. 242: Bericht des Obersten SA-Führers an den SA-Gruppenführer München, 28. August 1931.
- 60 Lisa Pine, *Education in Nazi Germany*, Oxford und New York 2010, S. 15.
- 61 Lamberti, *Politics of Education*, S. 221-226.
- 62 Gewichtige Ausnahmen sind Bessel, *Political Violence and the Rise of Nazism*; Stefan Dölling, «Grenzüberschreitende Gewalttätigkeit – die SA und die ‚Sudetenkrise‘», in *Bürgerkriegsarmee: Forschungen zur nationalsozialistischen Sturmabteilung (SA)*, hg. v. Yves Müller und Reiner Zilkent, Frankfurt am Main 2013, S. 241-263; Bergien, *Die bellizistische Republik*; Schmidt, «Der SA-Führer Hans Ramshorn», S. 227-229.
- 63 Für Details siehe Kap. 6 dieses Buches. Zur Bedeutung der deutschen Grenzregionen als «Brutstätten» für NS-Täter siehe auch Michael Mann, *Die dunkle Seite der Demokratie: Eine Theorie der ethnischen Säuberung*, Hamburg 2007, S. 329-336, 351.
- 64 Auf freien Fuss kamen sie im Zuge einer Generalamnestie für «Vorkämpfer der nationalen Revolution». Siehe Kluge, «Der Fall Potempa», S. 286; Blasius, *Weimars Ende*, S. 95.
- 65 «Making Murderers into Heroes», *The Manchester Guardian*, 13. Oktober 1933, S. 9.
- 66 August Scholtis, *Ein Herr aus Bolatitz: Lebenserinnerungen*, München 1959, S. 10.
- 67 Timothy D. Snyder, *Bloodlands. Europa zwischen Hitler und Stalin*, München 2010.
- 68 Ian Kershaw, *Das Ende. Kampf bis in den Untergang. NS-Deutschland 1944/45*, München 2011, S. 214.
- 69 Für eine eingehende Erörterung der politischen Gewalt in der Spätphase der Weimarer Republik siehe Kap. 3 dieses Buches.
- 70 Peter Fritzsche, «Review: Did Weimar Fail?», *Journal of Modern History* 68:3 (1996), S. 629-656; Moritz Föllmer und Rüdiger Graf (Hg.), *Die «Krise» der Weimarer Republik*, Frankfurt am Main 2005.
- 71 Reinhard Sturm, «Zerstörung der Demokratie 1930-1932», *Informationen zur politischen Bildung*, Nr. 261, <http://www.bpb.de/geschichte/nationalsozialismus/dossier-nationalsozialismus/39537/zerstoerung-der-demokratie?p=all> (zuletzt abgerufen am 28.12.2018).
- 72 RGVA (Rossiiskii gosudarstvennyi voennyi arkhiv), Osobyi Archives, Fond 720, Opis 1, Nr. 47, S. 140-142, hier S. 141: Badisches Landespolizeiamt, «Die SA und die SS der NSDAP», Karlsruhe, 15. Mai 1931.
- 73 Dieser Aspekt der SA und andere werden in den nachfolgenden Kapiteln eingehend behandelt mit Verweisen auf die jeweils relevanten einschlägigen Veröffentlichungen. Bei den Anmerkungen zu dieser Einleitung beschränke ich mich auf Werke, die überwiegend oder ausschliesslich der Geschichte der SA oder methodologischen Fragen gewidmet sind.
- 74 Siehe z.B. Peter Longerich, *Geschichte der SA*, München 2003, S. 284-285; Conan Fischer, *Stormtroopers: A Social, Economic and Ideological Analysis 1929-35*, London 1983, S. 225; Rudy Koshar, *German Travel Cultures*, Oxford und New York 2000, S. 137; Dorothee Hochstetter, *Motorisierung und «Volksgemeinschaft»: Das nationalsozialistische Kraftfahrkorps (NSKK), 1931-1945*, München 2006, S. 73.
- 75 Siehe Alfons Bora, «„Partizipation“ als politische Inklusionsformel», in *Inklusion und Partizipation: Politische Kommunikation im historischen Wandel*, hg. v. Christoph Gusy und Heinz-Gerhard Haupt, Frankfurt am Main 2005, S. 15-34, insbes. S. 24-27, 33.

- 76 Lewis A. Coser, *Greedy Institutions: Patterns of Undivided Commitment*, New York 1974, S. 4-6.
- 77 Hans Mommsen, «Cumulative Radicalisation and Progressive Self-Destruction as Structural Determinants of the Nazi Dictatorship», in *Stalinism and Nazism: Dictatorships in Comparison*, hg. v. Ian Kershaw und Moshe Lewin, Cambridge 1997, S. 75-87.
- 78 Sven Keller, *Volksgemeinschaft am Ende. Gesellschaft und Gewalt 1944/45*, München 2013; Ian Buruma, '45. *Die Welt am Wendepunkt*, München 2014; Cord Arendes, Edgar Wolfrum und Jörg Zedler (Hg.), *Terror nach Innen: Verbrechen am Ende des Zweiten Weltkrieges*, Göttingen 2006; Patrick Wagner, «Die letzte Schlacht der ‚alten Kämpfer‘. Isolation, Vergemeinschaftung und Gewalt nationalsozialistischer Aktivistinnen in den letzten Kriegsmonaten 1945», *Mittelweg* 36:4 (2015), S. 25-50.
- 79 Die zweite Auflage von Michael Rucks Bibliografie zur Geschichtsschreibung über den Nationalsozialismus, erschienen im Jahr 2000, verzeichnete rund 37'000 Titel; Michael Ruck, *Bibliographie zum Nationalsozialismus*, 2 Bde., Darmstadt 2000. Neuere Bibliografien beschränken sich denn auch gewöhnlich auf Einzelaspekte des Themas, um wenigstens in einem Teilbereich eine annähernde Vollständigkeit zu erreichen. Siehe Janosch Steuwer, «Was meint und nützt das Sprechen von der ‚Volksgemeinschaft‘? Neuere Literatur zur Gesellschaftsgeschichte des Nationalsozialismus», *Archiv für Sozialgeschichte* 53 (2013), S. 487-534; Christoph Nonn, «Nationalsozialismus als Geschichte. Neuere Literatur zum Umgang mit der NS-Vergangenheit in Deutschland», *Neue politische Literatur* 49:3 (2003), S. 407-426; Birthe Kundrus, «Widerstrebende Geschichte. Ein Literaturbericht zur Geschlechtergeschichte des Nationalsozialismus», *Neue politische Literatur* 45:1 (2000), S. 67-92.
- 80 Siehe Conan Fischer und Detlef Mühlberger, «The Pattern of the SA's Social Appeal», in *The Rise of National Socialism and the Working Classes in Weimar Germany*, hg. v. Conan Fischer, New York 1996, S. 99-113; Detlef Mühlberger, *Hitlers Followers: Studies in the Sociology of the Nazi Movement*, London und New York 1991, S. 159-180, 202-209; Peter Longrich, *Die braunen Bataillone: Geschichte der SA*, München 1989, S. 81-88; Michael H. Kater, *The Nazi Party: A Social Profile of Members and Leaders 1919-1945*, Cambridge, MA, 1983.
- 81 Paradigmatisch in dieser Hinsicht sind Claus-Christian W. Szejnmann, *Nazism in Central Germany: The Brownshirts in «Red» Saxony*, New York 1999, dt. *Vom Traum zum Alptraum. Sachsen in der Weimarer Republik*, Dresden 2000; Otis C. Mitchell, *Hitlers Stormtroopers and the Attack on the German Republic, 1919-1933*, Jefferson, NC, und London 2008; Thomas D. Grant, *Stormtroopers and Crisis in the Nazi Movement: Activism, Ideology and Dissolution*, London und New York 2004; Fischer, *Stormtroopers*. Die von Wilfred von Oven verfasste Geschichte der SA endet ebenfalls 1934, ist aber – anders als die vorerwähnten Bücher – eine enttäuschende Lektüre. Ihr Nutzwert für die akademische Forschung besteht vor allem darin, dass sie die Perspektive eines unverbesserlichen Nazis vermittelt; Eleanor Hancock (Hg.), *Hitlers Storm Troopers: A History of the SA. The Memoirs of Wilfred von Oven*, London 2010.
- 82 Ernst Niekisch, *Das Reich der niederen Dämonen*, Hamburg 1953, S. 115.
- 83 Joachim C. Fest, «Ernst Röhm und die verlorene Generation», in ders., *Das Gesicht des Dritten Reiches: Profile einer totalitären Herrschaft*, München und Zürich 1993 (erste Aufl. [1963]), S. 190-206, hier S. 195.
- 84 Hans Buchheim, «Befehl und Gehorsam», in *Anatomie des SS-Staates*, hg. v. Hans Buchheim, Martin Broszat, Hans-Adolf Jacobsen, und Helmut Krausnick, München 1999 (erste Aufl. 1967), S. 213-320, hier S. 220.

- 85 William L. Shirer, *Aufstieg und Fall des Dritten Reiches*, Frechen 2000, S. 255.
- 86 GSt PK, I. HA, Rep. 77 titl. 4043, Bd. 311, S. 319: Ratcliffe (Hg.), «Denkschrift über Kampfvorbereitung und Kampfgrundsätze radikaler Organisationen» [1931].
- 87 Karl Otto Paetel, «Die nationalsozialistischen ‚Sturmabteilungen‘», *Politische Vierteljahresschrift* 6:1 (1965), S. 103-105, hier S. 104; ders. (Hg.), *Beat: Eine Anthologie*, Reinbek bei Hamburg 1962.
- 88 Siehe Edgar Wolfrum, *Die gegläckte Demokratie: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart*, München 2007, S. 169-186; Axel Schildt und Detlef Siegfried (Hg.), *Deutsche Kulturgeschichte: Die Bundesrepublik – 1945 bis zur Gegenwart*, München 2009, S. 46-57, 130-152.
- 89 Peter Merkl, *The Making of a Stormtrooper*, Princeton, NJ, 1980; ders., *Political Violence under the Swastika: 581 Early Nazis*, Princeton, NJ, 1975; Mathilde Jamin, *Zwischen den Klassen: Zur Sozialstruktur der SA-Führerschaft*, Wuppertal 1984; dies., «Zur Rolle der SA im nationalsozialistischen Herrschaftssystem», in *Der Führerstaat: Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches*, hg. v. Gerhard Hirschfeld und Lothar Kettenacker, Stuttgart 1981, S. 329-360; Bessel, *Political Violence and the Rise of Nazism*; Longerich, *Die braunen Bataillone*.
- 90 Zu den «Gewaltgemeinschaften» siehe Sharon Bäcker-Wilke, Florian Graft und Friedrich Lenger, «Gewaltgemeinschaften im städtischen Raum. Barcelona, Berlin und Wien in der Zwischenkriegszeit», in *Gewaltgemeinschaften: Von der Spätantike bis ins 20. Jahrhundert*, hg. v. Winfried Speitkamp, Göttingen 2013, S. 317-341.
- 91 Sven Reichardt, *Faschistische Kampfverbände: Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadristum und in der deutschen SA*, Köln 2009. Siehe auch ders., «Praxeologie und Faschismus. Gewalt und Gemeinschaft als Elemente eines praxeologischen Faschismusbegriffs», in *Doing Culture: Neue Positionen zum Verhältnis von Kultur und Praxis*, hg. v. Karl H. Hörning und Julia Reuter, Bielefeld 2004, S. 129-153; ders., «Zeithistorisches zur praxeologischen Geschichtswissenschaft», in Arndt Brendecke (Hg.), *Praktiken der Frühen Neuzeit: Akteure – Handlungen – Artefakte*, Köln 2015, S. 46-61; sowie die Beiträge in Stefan Hördler (Hg.), *SA-Terror als Herrschaftssicherung: «Köpenicker Blutwoche» und öffentliche Gewalt im Nationalsozialismus*, Berlin 2013. Zur Praxeologie als methodischem Ansatz der Geschichtsschreibung im Allgemeineren siehe den wegweisenden Beitrag von Thomas Welskopp, «Der Mensch und die Verhältnisse: ‚Handeln‘ und ‚Struktur‘ bei Max Weber und Anthony Giddens», in *Geschichte zwischen Kultur und Gesellschaft: Beiträge zur Theoriedebatte*, hg. v. Thomas Welskopp und Thomas Mergel, München 1997, S. 39-70, sowie aus jüngerer Zeit Hilmar Schäfer, «Einleitung: Grundlagen, Rezeption und Forschungsperspektiven der Praxistheorie», in ders., *Praxistheorie: Ein soziologisches Forschungsprogramm*, Bielefeld 2016, S. 9-25; Dagmar Freist, «Historische Praxeologie als Mikro-Historie», in Brendecke (Hg.), *Praktiken der Frühen Neuzeit*, S. 62-77.
- 92 Irene Mayer-von Götz, *Terror im Zentrum der Macht: Die frühen Konzentrationslager in Berlin*, Berlin 2008; Kim Wünschmann, *Before Auschwitz: Jewish Prisoners in the Prewar Concentration Camps*, Cambridge, MA, 2015; Benjamin C. Hett, *Crossing Hitler: The Man Who Put Hitler in the Witness Stand*, New York 2008; Daniel Siemens, *The Making of a Nazi Hero: The Murder and Myth of Horst Wessel*, London 2013, dt. *Horst Wessel. Tod und Verklärung eines Nationalsozialisten*, München 2009. Auf Regionalstudien, die sich mit der SA in den Jahren 1933/34 befassen oder zumindest relevante Bezüge zu ihr aufweisen, gehe ich in Kap.4 dieses Buches ausführlich ein.

- 93 Siehe Astrid Gehrig, *Im Dienste der nationalsozialistischen Volkstumspolitik in Lothringen: Auf den Spuren meines Grossvaters*, Essen 2014; Dörte von Westernhagen, *Von der Herrschaft zur Gefolgschaft: Die von Westernhagens in «Dritten Reich»*, Göttingen 2012; Malte Ludin, «Hanns Elard Ludin», in *Stuttgarter NS-Täter: Vom Mitläufer bis zum Massenmörder*, hg. v. Hermann G. Abmayr, Stuttgart 2009, S. 30-39.
- 94 Neben Klaus Theweleits bahnbrechendem zweibändigen Werk *Männerphantasien*, das 1977/78 erstmals erschien, siehe auch Paula Diehl, *Macht – Mythos – Utopie: Die Körperbilder der SS-Männer*, Berlin 2005; Sabine Behrenbeck, *Der Kult um die toten Helden: Nationalsozialistische Mythen, Riten und Symbole*, Vierow bei Greifswald 1996, sowie aus jüngerer Zeit die Beiträge zu einer Sonderausgabe der Zeitschrift *Central European History* 46 (2013): Timothy S. Brown, «The SA in the Radical Imagination of the Long Weimar Republic», S. 238-274; Bruce Campbell, «New Perspectives on the Nazi Storm Troopers. Autobiographies of Violence: The SA in its Own Words», S. 217-237; und Andrew Wackerfuss, «The Myth of the Unknown Storm Trooper: Selling SA Stories in the Third Reich», S. 298-324.
- 95 Siehe die Beiträge in Müller und Zilkenat (Hg.), *Bürgerkriegsarmee*, und meine Rezension selbigen Buches in *German History* 32:1 (2014), S. 153-154; sowie Szejnmann, *Vom Traum zum Alptraum*. Zum Thema SA und die Kirchen siehe Ernst Klee, in «*Die SA Jesu Christi*»: *Die Kirche im Banne Hitlers*, Frankfurt am Main 1989; Manfred Gailus, *Protestantismus und Nationalsozialismus: Studien zur nationalsozialistischen Durchdringung des protestantischen Sozialmilieus in Berlin*, Köln 2001; Richard Steigmann-Gall, *The Holy Reich: Nazi Conceptions of Christianity, 1919-1945*, Cambridge 2003; Doris L. Bergen, *Twisted Cross: The German Christian Movement in the Third Reich*, Chapel Hill, NC, und London 1996; Derek Hastings, *Catholicism and the Roots of Nazism: Religious Identity and National Socialism*, Oxford 2010; Manfred Gailus und Daniel Siemens (Hg.), «*Hass und Begeisterung bilden Spalier*»: *Horst Wessels politische Autobiographie*, Berlin 2011. Zu SA und Homosexualität siehe Andrew Wackerfuss, *Stormtrooper Families: Homosexuality and Community in the Early Nazi Movement*, New York 2015; Alexander Zinn, «SA, Homosexualität und Faschismus. Zur Genese des Stereotyps vom schwulen Nazi», in *Bürgerkriegsarmee*, hg. v. Müller und Zilkenat, S. 393-413; Hans Rudolf Wahl, «„National-Päderasten“? Zur Geschichte der (Berliner) SA-Führung 1925-1934», *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 56:5 (2008), S. 442-459; Hans Rudolf Wahl, «Männerbünde, Homosexualitäten und politische Kultur im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts. Überlegungen zur Historiographie der SA», *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 52:4 (2004), S. 218-237; Sven Reichardt, «Homosexualität und SA-Führer: Plädoyer für eine Diskursanalyse», *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 52:8 (2004), S. 737-740.
- 96 Die meisten von mir konsultierten Archive befinden sich in Deutschland, aber einige der archivalischen Quellen stammen aus so entfernten Orten wie Moskau, Zagreb und Stanford (Kalifornien). Das liegt teilweise an geschichtlichen Entwicklungen und Zufällen: Der polnische Soziologe Theodore Abel, der 1933/34 eine beeindruckende Sammlung nationalsozialistischer Autobiografien zusammentrug, wanderte in die USA aus, und grosse Teile des von der sächsischen SA archivierten Materials wurden 1945 von den Russen beschlagnahmt und befinden sich heute in Moskau. Eine Rolle spielte aber auch der Umstand, dass die Geschichte der SA nach 1934 zunehmend eine internationale Angelegenheit wurde, nicht nur wegen des deutschen Expansionsdrangs in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre, sondern auch weil die Nazis in den Jahren des Zweiten Weltkriegs grosse Teile Mittel- und Osteuropas beherrschten.

- 97 Bruce Campbell, «The SA after the Röhm Purge», *Journal of Contemporary History* 28:4 (1993), S. 659-674. Zu den Ausnahmen zählen: Yves Müller, «Wilhelm Schepmann – der letzte SA-Stabschef und die Rolle der SA im Zweiten Weltkrieg», *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 63:6 (2015), S. 513-532; Daniel Siemens, «Dem SA-Mann auf der Spur: Nationalsozialistische Erinnerungspolitik im Berlin der 1930er Jahre», in *SA-Terror als Herrschaftssicherung* hg. v. Stefan Hördler, S. 147-163.
- 98 Armin Nolzen, «Die NSDAP, der Krieg und die deutsche Gesellschaft», in *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 9/1, hg. v. Jörg Echternkamp, München 2004, S. 99-193, hier S. 103. Nolzen nennt die Zahl 1329 448. Jedoch können wegen der ständigen Änderungen in der Organisationsstruktur der SA und der Größe des Territoriums, in dem sie operierte, alle Angaben zur Mitgliederstärke der späten SA nur mehr oder weniger plausible Annäherungen sein.
- 99 Zur ausufernden Debatte der Historiker über den analytischen Nutzen des Begriffs «Volksgemeinschaft» siehe Martina Steber und Bernhard Gotto (Hg.), *Visions of Community in Nazi Germany: Social Engineering and Private Lives*, Oxford 2014; Steuwer, «Was meint und nützt das Sprechen von der ‚Volksgemeinschaft‘?»; Dietmar von Reeken und Malte Thiessen (Hg.), «Volksgemeinschaft» als soziale Praxis: *Neue Forschungen zur NS-Gesellschaft vor Ort*, Paderborn 2013; Detlef Schmiechen-Ackermann (Hg.), «Volksgemeinschaft»: *Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheissung oder soziale Realität im «Dritten Reich»*, Paderborn 2012; Frank Bajohr und Michael Wildt (Hg.), *Volksgemeinschaft: Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus*, Frankfurt am Main 2009.
- 100 Eine solche weitere Perspektive tut umso mehr Not, als sich die Historiker, die sich mit dem nationalsozialistischen Deutschland befassen, zunehmend durch eine um sich greifende «obsessive post-nationale Geschichtsschreibung» herausgefordert sehen, die neue Fragen zur Wichtigkeit ihres Sujets aufgeworfen hat. Die Historisierung des «Dritten Reichs» läuft mehr denn je auf den Versuch hinaus, dessen Platz in der Geschichte nicht nur innerhalb einer eng definierten deutschen Nationalgeschichte, sondern im Rahmen der Entwicklung der kapitalistischen Moderne im weiteren Sinn zu bestimmen; siehe dazu Ulrich Herbert, «Nach dem Postnationalismus», Vortrag auf der Konferenz über «Transformationen der Geschichtswissenschaft: Hans-Ulrich Wehler und der Wandel der akademischen Felder seit den 1960er Jahren», Bielefeld, 10.-12. September 2015.
- 101 Siehe insbesondere die wegweisenden Bücher von Hans Schafranek, *Söldner für den Anschluss: Die Österreichische Legion 1933-1938*, Wien 2011, und ders., *Sommerfest mit Preisschiessen: Die unbekannte Geschichte des NS-Putsches im Juli 1934*, Wien 2006.
- 102 Dietrich Beyrau, «Eastern Europe as a ‚Sub-Germanic Space«
Scholarship on Eastern Europe under National Socialism», *Kritika: Explorations in Russian and Eurasian History* 13:3 (2012), S. 685-723; Rolf-Dieter Müller, *Hitlers Ostkrieg und die deutsche Siedlungspolitik: Die Zusammenarbeit von Wehrmacht, Wirtschaft und SS*, Frankfurt am Main 1991; Valdis O. Lumans, *Himmlers Auxiliaries: The Volksdeutsche Mittelstelle and the German National Minorities of Europe 1933-45*, Chapel Hill, NC, und London 1993; Michael Wildt, *Generation des Unbedingten: Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg 2002; Michael A. Hartenstein, *Neue Dorflandschaften: Nationalsozialistische Siedlungsplanung in den «eingegliederten Ostgebieten» 1939 bis 1944*, Berlin 1998; Isabel Heinemann, «Rasse, Siedlung, deutsches Blut»: *Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas*, Göt-

- tingen 2003; Isabel Heinemann und Patrick Wagner (Hg.), *Wissenschaft – Planung – Vertreibung: Neuordnungskonzepte und Umsiedlungspolitik im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2006; Markus Leniger, *Nationalsozialistische «Volkstumsarbeit» und Umsiedlungspolitik 1933-1945: Von der Minderheitenbetreuung zur Siedlerauslese*, Berlin 2006; Gerhard Wolf, *Ideologie und Herrschaftsrationalität: Nationalsozialistische Germanisierungspolitik in Polen*, Hamburg 2012.
- 103 Christian Gerlach, *Extremely Violent Societies: Mass Violence in the Twentieth-Century World*, Cambridge 2010, dt. *Extrem gewalttätige Gesellschaften. Massengewalt im 20. Jahrhundert*, München 2011; Jörg Baberowski, *Verbrannte Erde: Stalins Herrschaft der Gewalt*, München 2012; Donald Bloxham und Dirk A. Moses (Hg.), *The Oxford Handbook of Genocide Studies*, Oxford 2010; Arjun Appadurai, *Fear of Small Numbers: An Essay on the Geography of Anger*, Durham, NC, und London 2006.
- 104 Siehe Georg Eiwert, «Gewaltmärkte: Beobachtungen zur Zweckrationalität der Gewalt», in *Soziologie der Gewalt*, hg. v. Trutz von Trotha, Opladen 1997, S. 86-101, insbes. S. 87-91.
- 105 Jan Philipp Reemtsma, «Gewalt als attraktive Lebensform betrachtet», *Mittelweg* 36, 24:4 (2015), S. 4-16, hier S. 12-14.
- 106 Zur Thema Gewalt als Lustgewinn siehe insbes. die einflussreiche soziologische Studie von Randall Collins, *Violence: A Micro-Sociological Theory*, Princeton, NJ, und Oxford 2008, S. 242-281.
- 107 Karl Marx, *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*, Bd. 1, Berlin 1983, S. 779; Friedrich Engels, «Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft», in *Marx-Engels-Werke*, Bd. 20, Berlin 1962, S. 1-303, hier S. 171; beide zit. n. Felix Schnell, «Gewalt und Gewaltforschung», Version 1.0, *Docupedia-Zeitgeschichte*, 8. November 2014, http://docupedia.de/zg/Gewalt_und_Gewaltforschung, S. 7 (zuletzt abgerufen am 28.12.2018).
- 108 Reemtsma, «Gewalt als attraktive Lebensform betrachtet», S. 12-14. Siehe auch die bahnbrechenden Studien von Collins, *Violence*; Peter Imbusch, *Moderne und Gewalt: Zivilisationstheoretische Perspektiven auf das 20. Jahrhundert*, Wiesbaden 2005; Hans Joas, *War and Modernity*, Cambridge 2003; Sofsky, *Traktat über die Gewalt*; Heinrich Popitz, *Phänomene der Macht*, 2. Aufl., Tübingen 1992, insbes. S. 43-78.
- 109 Zum Terminus «Mobilisierung» als Schlüsselbegriff für die Analyse gesellschaftlicher Dynamiken im «Dritten Reich» siehe Oliver Werner, «Mobilisierung im Nationalsozialismus – eine Einführung», in *Mobilisierung im Nationalsozialismus. Institutionen und Regionen in der Kriegswirtschaft und der Verwaltung des «Dritten Reiches» 1936 bis 1945*, hg. v. Oliver Werner, Paderborn 2013, S. 9-26; Jürgen John, «Mobilisierung als Charakteristikum des NS-Systems?», in Werner, *Mobilisierung im Nationalsozialismus*, S. 29-57. Zur Bedeutung der «Disziplin» im Deutschland der Zwischenkriegszeit siehe auch Ulrich Bröckling, *Disziplin: Soziologie und Geschichte militärischer Gehorsamsproduktion*, München 1997, S. 241-271.
- 110 Als Literaturüberblicke für das boomende Forschungsgebiet der Geschichte der Gewalt siehe Schnell, «Gewalt und Gewaltforschung»; Jan C. Behrends, «Gewalt und Staatlichkeit im 20. Jahrhundert: Einige Tendenzen zeithistorischer Forschung», *Neue Politische Literatur* 58 (2013), S. 39-58; Elissa Mailänder, «Geschichtswissenschaft», in *Gewalt: Ein interdisziplinäres Handbuch*, hg. v. Christian Gudehus und Michaela Christ, Stuttgart und Weimar 2013, S. 323-331; Maïke Christadler, «Gewalt in der Frühen Neuzeit – Positionen der Forschung», *Gesnerus* 64 (2007), S. 231-245.

- 111 Ernst Nolte, *Der Europäische Bürgerkrieg 1917-1945: Nationalsozialismus und Bolschewismus*, Frankfurt am Main 1987; Enzo Traverso, *Im Bann der Gewalt: Der Europäische Bürgerkrieg*, München 2007.
- 112 Michael Mann, *Fascists*, Cambridge 2004, Zit. S. 353. Von der jüngeren Literatur siehe Antonio Costa Pinto und Aristotle Kallis (Hg.), *Rethinking Fascism and Dictatorship in Europe*, Basingstoke 2014; Antonio Costa Pinto (Hg.), *Rethinking the Nature of Fascism: Comparative Perspectives*, Basingstoke 2011; Roger Griffin, *Modernism and Fascism: The Sense of a Beginning under Mussolini and Hitler*, Basingstoke 2007. Siehe auch die wegweisende Studie von Ernst Nolte, *Der Faschismus in seiner Epoche*, München 1963.
- 113 Chris Millington und Kevin Passmore (Hg.), *Political Violence and Democracy in Western Europe, 1918-1940*, Basingstoke 2015; Donald Bloxham und Robert Gerwarth (Hg.), *Political Violence in Twentieth-Century Europe*, Cambridge 2011; Enzo Traverso, *L'histoire comme champ de bataille: Interpréter les violences du XXe siècle*, Paris 2012; Alf Lüdtke und Bernd Weisbrod (Hg.), *No Mans Land of Violence: Extreme Wars in the 20th Century*, Göttingen 2006; Bernd Weisbrod, «Gewalt in der Politik. Zur politischen Kultur in Deutschland zwischen den beiden Weltkriegen», *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 43 (1992), S. 391-404.
- 114 Kritische und gegensätzliche Zusammenfassungen dieser Debatte finden sich bei Geoff Eley, *Nazism as Fascism: Violence, Ideology, and the Ground of Consent in Germany 1930-1945*, London und New York 2013, S. 198-225; Jürgen Kocka, «Nach dem Ende des Sonderweges. Zur Tragfähigkeit eines Konzepts», in *Die Bielefelder Sozialgeschichte: Klassische Texte zu einem geschichtswissenschaftlichen Programm und seinen Kontroversen*, hg. v. Bettina Hitzer und Thomas Welskopp, Bielefeld 2010, S. 263-275.
- 115 Siehe *pars pro toto* die meisterhafte Synthese von Saul Friedländer, *Nazi Germany and the Jews*, 2 Bde., New York 1997/2007, dt. *Das Dritte Reich und die Juden. Die Jahre der Verfolgung 1933-1939. Die Jahre der Vernichtung 1939-1945*, München 2007.
- 116 Eine ähnliche Klassifizierung schlug als Erster Andreas Werner vor: *SA und NSDAP: «Wehrverband», «Parteitruppe» oder «Revolutionsarmee»? Studien zur Geschichte der SA und der NSDAP 1920-1933*, Diss., Friedrich Alexander Universität zu Erlangen-Nürnberg 1964. Dieses Buch ist nach wie vor ein wichtiges Standardwerk zur Frühgeschichte der SA.
- 117 Siehe indes. Reichardts methodologische Klarstellungen in «Praxeologie und Faschismus», S. 129-135.
- 118 Ebd., S. 136,141; siehe auch Reichardt, *Faschistische Kampfbünde*, S. 22-26. Bei meiner Kritik an Reichardts Auffassung stütze ich mich auf neuere praxisbasierte theoretische Ansätze wie die von Schatzki und anderen: Theodore R. Schatzki, *Social Practices: A Wittgensteinian Approach to Human Activity and the Social*, Cambridge 1996; ders., «Practice Minded Orders», in *The Practice Turn in Contemporary History*, hg. v. Theodore R. Schatzki, Karin Knorr Cetina und Eike von Savigny, London und New York 2001, S. 42-55.
- 119 Gertrud Nunner-Winkler, «Überlegungen zum Gewaltbegriff», in *Gewalt: Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme*, hg. v. Wilhelm Heitmeyer und Hans-Georg Soeffner, Frankfurt am Main 2004, S. 21-61, hier S. 21-24; Schnell, «Gewalt und Gewaltforschung», S. 1-3, worin sich weitere Literaturhinweise finden. Eine ausgeklügelte Erörterung der Spielarten von Gewalt, die in den Strassenschlachten der 1920er Jahre zutage traten, liefert Dirk Schumann, *Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918-1933: Kampf um die Strasse und Furcht vor dem Bürgerkrieg*, Essen 2001, S. 15-22.

- 120 Zu diesen Gewaltformen und ihren Problemen siehe Trutz von Trotha, «Zur Soziologie der Gewalt», in ders. (Hg.), *Soziologie der Gewalt* Opladen 1997, S. 9-56; Schnell, «Gewalt und Gewaltforschung», S. 1-4; Raphael van Riel, «Gedanken zum Gewaltbegriff: Drei Perspektiven», IPW-Arbeitspapier Nr. 5, Universität Hamburg 2005, <https://www.wiso.uni-hamburg.de/fachbereich-sowi/professuren/jakobeit/forschung/akuf/archiv/arbeitspapiere/gewalt-riel-2005.pdf> (zuletzt abgerufen am 28.12. 2018); Imbusch, *Moderne und Gewalt*, S. 20-35; Pierre Bourdieu, *Grundlagen einer Theorie der symbolischen Gewalt*, Frankfurt am Main 1973.
- 121 Der Begriff «Beobachter» (bystander) ist neuerdings in die Kritik geraten. In diesem Buch werden mit dem Begriff einfach diejenigen bezeichnet, die in einer bestimmten Situation anwesend sind, sich selbst aber nicht als am Geschehen beteiligt fühlen (also weder als Mittäter noch als Opfer). Diese Definition impliziert keine Aussage hinsichtlich möglicher Folgewirkungen des «Zuschauer(un)wesens». Eine kritische Sichtweise auf den «Beobachter» findet sich in den Beiträgen zur Konferenz «Probing the Limits of Categorization: The ‚Bystander‘ in Holocaust History», Amsterdam, 24.-26. September 2015.
- 122 Wie Hans-Gerd Jaschke und Martin Loiperdinger gezeigt haben, bestand ein intrinsischer Konnex zwischen der von den Nazis praktizierten «ästhetischen Okkupation» und dem «physischen Terror», den sie ausübten. Siehe Hans-Gerd Jaschke und Martin Loiperdinger, «Gewalt und NSDAP vor 1933: Ästhetische Okkupation und physischer Terror», in *Faszination der Gewalt: Politische Strategie und Alltagserfahrung*, hg. v. Reiner Steinweg, Frankfurt am Main 1983, S. 123-155, hier S. 132-133, 146-147. Siehe auch Detlef Schmiechen-Ackermann, *Nationalsozialismus und Arbeitermilieus: Der nationalsozialistische Angriff auf die proletarischen Wohnquartiere und die Reaktionen in den sozialistischen Vereinen*, Bonn 1997, S. 312-335; Gerhard Paul, *Aufstand der Bilder: Die NS-Propaganda vor 1933*, Bonn 1990, S. 133-142; Reichardt, *Faschistische Kampfbinde*, S. 101-119. Dirk Schumanns ansonsten exzellente Studie schenkt solchen «strukturellen» Aspekten der Gewalt zu wenig Beachtung, eine Folge seiner grundlegenden methodologischen Weichenstellungen. Siehe Schumann, *Politische Gewalt in der Weimarer Republik*, S. 15-16.
- 123 Zu diesem Konzept, das physische und psychische Spielarten von Gewalt umfasst, siehe Popitz, *Phänomene der Macht*, S. 43-47.
- 124 Thomas Kühne, *Belonging and Genocide: Hitlers Community, 1918-1945*, New Haven, CT, und London 2010. Gegen Kühnes Argumentation ist Widerspruch laut geworden. Gerade sein nachdrückliches Pochen auf die genozidalen Aspekt der nationalsozialistischen Gemeinschaftsbildung ist als überzogen kritisiert worden. Siehe Jürgen Matthäus' Besprechung in der *American Historical Review* 117:2 (2012), S. 626-627. Dabei ist Kühne keineswegs der Einzige, der einen solchen Zusammenhang sieht. Der Militärsoziologe Anthony King hat ebenfalls hervorgehoben, dass emotionale Bindungen, die aus Zugehörigkeit und Kameradschaft erwachsen, eine zentrale Voraussetzung für gutes Kampfverhalten sind; siehe Anthony King, *The Combat Soldier: Infantry Tactics and Cohesion in the Twentieth and Twenty-First Centuries*, Oxford 2013, S. 7-23.
- 125 Jörg Baberowski, «Einleitung: Ermöglichungsräume exzessiver Gewalt», in *Gewalträume: Soziale Ordnungen im Ausnahmezustand*, hg. v. Jörg Baberowski und Gabriele Metzler, Frankfurt am Main 2012, S. 7-27, insbes. S. 25-27.
- 126 Jan Philipp Reemtsma, «Tötungslegitimationen: Die mörderische Allianz von Zivilisation und Barbarei», in *Bruchlinien: Tendenzen der Holocaustforschung*, hg. v. Gertrud Koch, Köln 1999, S. 85-103, hier S. 99.

- 127 Vor Kurzem sind jedoch zwei wichtige Studien erschienen, die einen Überblick über die Gewalt in den frühen Konzentrationslagern der SA geben: Nikolaus Wachsmann, *KL: A History of the Nazi Concentration Camps*, London 2015, hier S. 23-78, dt. *KL. Die Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager*, München 2016; Wünschmann, *Before Auschwitz*.
- 128 Sara Ahmed, *The Cultural Politics of Emotion*, Edinburgh 2004. Wegweisend und in diesem Zusammenhang nach wie vor anregend ist David Schoenbaum, *Hitlers Social Revolution. Class and Status in Nazi Germany 1933-1939*, New York und London 1980 (erste Ausg. 1966), dt. *Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches*. Mit einem Nachwort von Hans Mommsen, München 1980.
- 129 Siehe Thomas Rohkrämer, *Die fatale Attraktion des Nationalsozialismus: Zur Popularität eines Unrechtsregimes*, Paderborn 2013, S. 27-56, 178-217; Thomas Mergel, «Führer, Volksgemeinschaft und Maschine: Politische Erwartungsstrukturen in der Weimarer Republik und dem Nationalsozialismus 1918-1936», in *Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit 1918-1939*, hg. v. Wolfgang Hardtwig, Göttingen 2005, S. 91-127; Michael Wildt, «Volksgemeinschaft und Führererwartung in der Weimarer Republik», in *Politische Kultur und Medienwirklichkeiten in den 1920er Jahren*, hg. v. Ute Daniel, Inge Marszolek, Wolfram Pyta und Thomas Welskopp, München 2010, S. 181-204; Wolfgang Hardtwig, «Volksgemeinschaft im Übergang: Von der Demokratie zum rassistischen Führerstaat», in *Gemeinschaftsdenken in Europa: Das Gesellschaftskonzept «Volksheim» im Vergleich 1900-1938*, hg. v. Detlef Lehnert, Köln 2013, S. 227-253.
- 130 Die NSDAP und andere faschistische und ultranationalistische Parteien standen mit dieser Denk- und Handlungsweise keineswegs allein. Wie der Historiker Moritz Föllmer unlängst dargelegt hat, darf man die Forderung nach einer starken politischen Führung nicht kategorisch als Symptom einer «Krise der Demokratie» interpretieren, denn auch viele gemässigte und linke Politiker machten sich seinerzeit für ein hochgradig personalisiertes Konzept von Führung stark. Siehe Moritz Föllmer, «Führung und Demokratie in Europa», in *Normalität und Fragilität: Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg*, hg. v. Tim B. Müller und Adam Tooze, Hamburg 2015, S. 177-197.
- 131 Zum «demokratischen» Aspekt des Führungsbegriffs in Deutschland nach 1918 siehe auch Wildt, «Volksgemeinschaft und Führererwartung in der Weimarer Republik», S. 196-198. Wie Christina Benninghaus und andere zu Recht hervorheben, bezogen sich diese Konzepte, die sich unter den führenden Köpfen der selbst ernannten «jungen Generation» grosser Beliebtheit erfreuten, fast ausschliesslich auf männliche Politiker. Deshalb habe ich im Text auch nur die männliche Form benutzt. Siehe Christina Benninghaus, «Das Geschlecht der Generation: Zum Zusammenhang von Generationalität und Männlichkeit um 1930», in *Generationen. Zur Relevanz eines wissenschaftlichen Grundbegriffs*, hg. v. Ulrike Jureit und Michael Wildt, Hamburg 2005, S. 127-158. Tatsächlich waren die Führungsebenen der SA fast zur Gänze von Angehörigen der Mittel- und Oberschicht besetzt, zum Nachteil derjenigen SA-Kameraden, die der Unterschicht entstammten; siehe Mühlberger, *Hitlers Followers*, S. 165; siehe auch, im Hinblick auf Hamburg, Wackerfuss, *Stormtrooper Families*, S. 48-49.
- 132 Dieses Beispiel stammt aus Felix Römer, *Kameraden: Die Wehrmacht von innen*, München 2012, S. 85-86. Was Alexander W. Hoerrens in seiner Studie über das politische Weltbild deutscher Kriegsgefangenen im Zweiten Weltkrieg herausgefunden hat, bestätigt die Attraktivität der Idee einer «Volksgemeinschaft» – im Kontrast zu der häufigen und oft scharfen Kritik, die

sie an der Partei und deren Personal (einschliesslich der SA) äusserten. Siehe Alexander W. Hoerkens, *Unter Nazis? Die NS-Ideologie in den abgehörten Gesprächen deutscher Kriegsgefangener von 1939 bis 1945*, Berlin 2014, S. 308-312, 336.

- 133 Siehe in diesem Zusammenhang auch Malte Thiessen, «Schöne Zeiten? Erinnerungen an die ‚Volksgemeinschaft‘ nach 1945», in *Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus*, hg. v. Bajohr und Wildt, S. 165-187.

1 Die Anfänge der nationalsozialistischen SA

- 1 Zit. n. Othmar Plöckinger, *Unter Soldaten und Agitatoren: Hitlers prägende Jahre im deutschen Militär 1918-1920*, Paderborn 2013, S. 5.
- 2 Siehe aus jüngerer Zeit Robert Gerwarth, «The Central European Counter-Revolution: Paramilitary Violence in Germany, Austria and Hungary after the Great War», *Past and Present* 200 (2008), S. 175-209, hier S. 177; ders., «Rechte Gewaltgemeinschaften und die Stadt nach dem Ersten Weltkrieg: Berlin, Wien und Budapest im Schatten von Kriegsniederlage und Revolution», in *Kollektive Gewalt in der Stadt: Europa 1890-1939*, hg. v. Friedrich Lenger, München 2013, S. 103-121; Béla Bodo, «Heroes or Thieves? Nepotism, Clientage and Paramilitary Violence in Hungary, 1919-1921», *Centre. Journal for Interdisciplinary Studies of Central Europe in the 19th and 20th Centuries* 1 (2015), S. 66-114.
- 3 Für Deutschland siehe u.a. die Beiträge in Gerhard Krumeich (Hg.), *Nationalsozialismus und Erster Weltkrieg*, Essen 2010. Eine europäische Sichtweise bietet Angelo Ventrone, «Fascism and the Legacy of the Great War», in *The Legacies of Two World Wars: European Societies in the Twentieth Century*, hg. v. Lothar Kettenacker und Torsten Riotte, New York 2011, S. 90-119; Michael Mann, *Fascists*, New York 2004, S. 31-91.
- 4 Aus der reichhaltigen Literatur zu diesem Thema siehe Kathleen Canning, «Claiming Citizenship: Suffrage and Subjectivity in Germany after the First World War», in *Weimar Publics/Weimar Subjects: Rethinking the Political Culture of Germany in the 1920s*, hg. v. Kathleen Canning, Kerstin Barndt und Kristin McGuire, New York und London 2010, S. 116-137; Julia Sneeringer, *Winning Womens Votes: Propaganda and Politics in Weimar Germany*, Chapel Hill, NC, und London 2002; Matthew Stibbe, «Anti-Feminism, Nationalism and the German Right, 1914-1920: A Reappraisal», *German History* 20:2 (2002), S. 185-210.
- 5 Jörn Leonhard, «Means of Propaganda, Tools of Loyalty? Experience and Language in the First World War», Vortrag auf der 17. Internationalen Konferenz «History of Concepts: Communicating Concepts – Conceptualizing Communication», Universität Bielefeld, 28.-30. August 2014.
- 6 Zur Sprache und zu den Formen von Politik im Deutschland der Zwischenkriegszeit siehe insbes. Thomas Mergel, *Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik: Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag*, Düsseldorf 2002; Kirsten Heinsohn, *Konservative Parteien in Deutschland 1912-1933: Demokratisierung und Partizipation in geschlechterhistorischer Perspektive*, Düsseldorf 2010.
- 7 Zur frühen Reichswehr und ihren paramilitärischen Geheimtruppen, der «Schwarzen Reichswehr», siehe Bergien, *Die bellizistische Republik*, S. 107-130; Francis L. Carsten, *Reichswehr und Politik*, Köln 1964, S. 168-173; Franz von Gaertner, *Die Reichswehr in der Weimarer Republik: Erlebte Geschichte*, Darmstadt 1969, S. 129-135. In den 1920er und 1930er Jahren erschienen zu

- dem extrem kontroversen Thema «Schwarze Reichswehr» etliche parteiische Veröffentlichungen, z.B. die «Verteidigungsschrift» von Bruno Ernst Buchrucker, *Im Schatten Seeckts: Die Geschichte der «Schwarzen Reichswehr»*, Berlin 1928, oder Friedrich Wilhelm von Oerzen, *Die Deutschen Freikorps 1918-1923*, München 1938, S. 462-473. Für einen kritischen Beitrag aus den 1920er Jahren siehe Emil Julius Gumbel, *Verschwörer*, Wien 1924, S. 100-117.
- 8 Wie der Historiker Peter Keller kürzlich feststellte, entstammt die Konvention, all jene (para-)militärischen Verbände, die mit Wissen und Duldung der deutschen Regierung operierten, offiziell aber nichts mit der Reichswehr zu tun hatten, als Freikorps zu bezeichnen, überwiegend einer erst in den 1930er Jahren kultivierten Tradition. Keller plädiert dafür, anstelle von «Freikorps» von «Regierungsgruppen» zu sprechen. Siehe Peter Keller, *«Die Wehrmacht der Deutschen Republik ist die Reichswehr»: Die deutsche Armee 1918-1921*, Paderborn 2014, S. 81-101. Siehe auch Sprenger, *Landsknechte*; Perry Biddiscombe, «The End of the Freebooter Tradition: The Forgotten Freikorps Movement of 1944/45», *Central European History* 32:1 (1999), S. 53-90, hier S. 58; Kai Uwe Tapken, *Die Reichswehr in Bayern von 1919 bis 1924*, Hamburg 2002, S. 115; Schulze, *Freikorps und Republik*, S. 35-47.
 - 9 Richard Bessel, «Militarismus im innenpolitischen Leben der Weimarer Republik: Von den Freikorps zur SA», in *Militär und Militarismus in der Weimarer Republik: Beiträge eines internationalen Symposiums an der Hochschule der Bundeswehr Hamburg am 5. und 6. Mai 1977*, hg. v. Klaus-Jürgen Müller und Eckardt Opitz, Düsseldorf 1978, S. 193-222, hier S. 200-203.
 - 10 Jan-Philipp Pomplun, «Freikorps als personelle und organisatorische Keimzellen des Nationalsozialismus? Eine sozial- und politikgeschichtliche Untersuchung am Beispiel süddeutscher Einheiten», Vortrag auf der Konferenz «Wegbereiter des Nationalsozialismus: Personen, Organisationen, Netzwerke des völkisch-antisemitischen Aktivismus 1919-1933», Gelsenkirchen, 30. September-2. Oktober 2013. Nach Angaben Pompluns traten ein Prozent aller ehemaligen Freikorpskämpfer später in die SS ein, 17 Prozent wurden Mitglied der NSDAP. Nach der bis dahin vorherrschenden Sichtweise bestand eine personelle Kontinuität zwischen den Freikorps und der NSDAP: siehe Robert G. L. Waite, *Vanguard of Nazism: The Free Corps Movement in Postwar Germany*, Cambridge, MA, 1970; Bernhard Sauer, «Freikorps und Antisemitismus in der Weimarer Republik», *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 56:1 (2008), S. 5-29, hier S. 29; Bessel, «Militarismus im innenpolitischen Leben der Weimarer Republik», S. 202.
 - 11 Nach dem fehlgeschlagenen «Kapp-Putsch» im März 1920 verlegte Hermann Ehrhardt seine Brigade aus Berlin nach München, wo die bayerische Obrigkeit ihn und seine Mannen willkommen hiess. Ehrhardt baute in der Folge eine geheime Terrororganisation auf, die Organisation Consul (OC), die nach aussen hin als «Bayerische Holzverwertungsgesellschaft» firmierte. Näheres dazu bei Gabriele Krüger, *Die Brigade Ehrhardt*, Hamburg 1971, S. 68-99.
 - 12 Das «Freikorps Epp», benannt nach seinem Kommandeur Franz Xaver Ritter von Epp (1868-1947), wurde im Frühjahr 1919 als «Bayerisches Freikorps für den Grenzschutz Ost» in Thüringen gegründet. Es beteiligte sich an der Niederschlagung der Münchener Räterepublik im Mai 1919 und wurde wenig später als 1. Bayerisches Schützenregiment in die im Aufbau begriffene Reichswehr eingegliedert. Spätere führende Nationalsozialisten wie Rudolf Hess, Ernst Röhm sowie Gregor und Otto Strasser waren allesamt Veteranen des Freikorps Epp. Siehe Bruno Thoss, «Freikorps Epp», in *Historisches Lexikon Bayerns*, http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel_44494 (zuletzt abgerufen am 28.12.2018); Katja-Maria Wächter, *Die*

- Macht der Ohnmacht. Leben und Politik des Franz Xaver Ritter von Epp (1868-1946)*, Frankfurt am Main 1999, S. 53-113.
- 13 Zum Freikorps Oberland, das sich 1921 in Bund Oberland umbenannte, siehe Hans Fenske, *Konservatismus und Rechtsradikalismus in Bayern nach 1918*, Berlin und Zürich 1969, S. 53-56, 159-164; Reinhold Friedrich, *Spuren des Nationalsozialismus im bayerischen Oberland: Schliersee und Hausham zwischen 1933 und 1945*, Norderstedt 2011, S. 7690; Rüdiger Ahrens, *Bündische Jugend: Eine neue Geschichte 1918-1933*, Göttingen 2015, S. 56.
- 14 Den besten umfassenden Überblick über die Münchener Gesellschaft in den Kriegs- und Nachkriegsjahren bietet Martin Geyer, *Verkehrte Welt. Revolution, Inflation und Moderne. München 1914-1924*, Göttingen 1998, hier insbes. S. 94-129.
- 15 David Clay Large, *The Politics of Law and Order: A History of the Bavarian Einwohnerwehr, 1918-1921*, Philadelphia, PA, 1980, S. 3-4, 20-26; «Ein ‚Bund der erwachenden Bayern‘», *Das Jüdische Echo* 9:11,17. März 1922, S. 146. Zu den bayerischen Einwohnerwehren siehe auch die älteren, aber nach wie vor relevanten Darstellungen von Fenske, *Konservatismus und Rechtsradikalismus*, S. 76-112, und Werner Gabriel Zimmermann, *Bayern und das Reich 1918-1923*, München 1953, S. 98-104.
- 16 Large, *The Politics of Law and Order*, S. 25-31, 39, 43. Anders als Large vertritt Dirk Schumann die Ansicht, die Einwohnerwehren hätten nur einen begrenzten Einfluss auf die Radikalisierung der Mittelschicht gehabt, zumindest in Sachsen: Schumann, *Politische Gewalt in der Weimarer Republik*, S. 361. In Bezug auf Bayern erscheint mir der Zusammenhang jedoch unbestreitbar.
- 17 Zur Orgesch siehe Christoph Hübner, «Organisation Escherich (Orgesch), 1920/21», in *Historisches Lexikon Bayerns*, http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel_44558 (zuletzt abgerufen am 28.12.2018).
- 18 Dietrich Orlow, *Weimar Prussia 1918-1925: The Unlikely Rock of Democracy*, Pittsburgh, PA, 1986. Siehe auch den zweiten Band: ders., *Weimar Prussia 1925-1933: The Illusion of Strength*, Pittsburgh, PA, 1991; siehe ferner Hans-Peter Ehni, *Preussen-Regierung, Reich-Länder-Problem und Sozialdemokratie 1928-1932*, Bonn 1975. Eine Sichtweise aus erster Hand bieten die Memoiren des einstigen preussischen Innenministers Albert C. Grzesinski, *Im Kampf um die deutsche Republik. Erinnerungen eines deutschen Sozialdemokraten*. Schriftenreihe der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Bd. 9, hg. v. Eberhard Kolb, München 2001.
- 19 Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang, dass die bayerische Regierung die nach dem Mordanschlag auf Aussenminister Walther Rathenau am 24. Juni 1922 verabschiedeten Reichsgesetze zum Schutz der demokratischen Ordnung nicht anerkannte. Das Rathenau-Attentat war der am meisten Aufsehen erregende in einer Serie politischer Morde zwischen 1919 und 1922, mit denen die Männer abgestraft werden sollten, die von der nationalistischen Rechten als Anbiederungspolitiker, Verräter an der deutschen Sache und als Juden gebrandmarkt wurden. Siehe Martin Sabrow, *Die verdrängte Verschwörung: Der Rathenau-Mord und die deutsche Gegenrevolution*, Frankfurt am Main 1999; Ulrike Claudia Hofmann, «Verräter verfallen der Feme!» *Fememorde in Bayern in den zwanziger Jahren*, Köln 2000; Gumbel, *Verschwörer*.
- 20 Maurice, geboren 1897 in Westermoor bei Itzehoe in Schleswig-Holstein, war im Oktober 1917 nach München gezogen. Er hatte dort kurze Zeit in seinem gelernten Beruf als Uhrmacher gearbeitet, bis er zum Militär eingezogen wurde. Obwohl offenbar nie an der Front eingesetzt, erlitt

- er eine Verwundung. Am 25. Januar 1919 wurde er ausgemustert und kehrte zu seinem früheren Arbeitgeber zurück. Angeblich dank der Einführung des Achtstundentages, wonach er mehr freie Zeit hatte, wandte Maurice sich im Verlauf des Jahres 1919 der Politik und paramilitärischen Aktivitäten zu. Der neu gegründeten Deutschen Arbeiterpartei (DAP) trat er Ende 1919 bei, nahm führende Rollen in der SA und später in der SS ein und war 1923 Teilnehmer des Hitlerputsches. Dank der Förderung durch Hitler, mit dem er seit den frühen 1920er Jahren eng befreundet war, rückte Maurice 1933 in den Stadtrat von München ein und wurde 1936 Präsident der Handwerkskammer München. Zu seiner Frühzeit siehe das Dossier der bayerischen Polizei vom 3. November 1921 in StA München, Pol. Dir. 6804, S. 1-2; zu seinem späteren Lebenslauf siehe Anna Maria Sigmund, *Des Führers bester Freund: Adolf Hitler, seine Nichte Geli Raubal und der «Ehrenarier» Emil Maurice – eine Dreiecksbeziehung*, München 2003.
- 21 StA München, Pol. Dir. 6803, S. 1-7, hier S. 2: Denkschrift der bayerischen Polizei über die Selbstschutzbünde, o. J.
- 22 Longerich, *Geschichte der SA*, S. 23; Fenske, *Konservatismus und Rechtsradikalismus*, S. 77-78; Werner, *SA und NSDAP*, S. 19-27; Jeremy Noakes, *The Nazi Party in Lower Saxony, 1921-1933*, London 1971, S. 24-25.
- 23 Paul Hoser, «Nationalsozialistischer Deutscher Arbeiterverein e.V (NSDAV), 1920-1923/1925-1935», in *Historisches Lexikon Bayerns*, http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel_44775 (zuletzt abgerufen am 28.12.2018).
- 24 Auer amtierte in der bayerischen Revolutionsregierung von 1918/19 als Innenminister und war von 1919 bis 1933 Vorsitzender der bayerischen SPD. Siehe Markus Schmalzl, *Erhard Auer – Wegbereiter der parlamentarischen Demokratie in Bayern*, Lassleben 2013, S. 468-479. Während die ins Exil gegangene SPD-Führung 1934 noch wusste, dass die Nazis die Bezeichnung «SA» von den bayerischen Sozialdemokraten «gestohlen» hatten, geriet dieses Wissen später in Vergessenheit. Siehe Sopade, *Deutschland-Berichte*, Bd. 1 (1934), S. 262.
- 25 Zu Valley siehe Friedrich Hitzer, *Anton Graf Arco: Das Attentat auf Kurt Eisner und die Schüsse im Landtag*, München 1988.
- 26 Wilhelm Buisson (1892-1940) hatte von 1913 bis 1920 (mit Unterbrechungen wegen seiner Kriegseinsätze) in München Pharmakologie studiert. Mithilfe Auers konnte er 1924 eine kleine Fabrik für Nahrungsmittel und diätische Präparate eröffnen. Ab 1926 betätigte er sich ehrenamtlich als «Vergnügungswart» für den FC Bayern München. In den 1930er Jahren wurde er wegen seiner antifaschistischen Betätigung zum Tode verurteilt und von den Nazis am 6. September 1940 in Berlin-Plötzensee hingerichtet. Seine Rolle als sozialdemokratischer Aktivist in den frühen 1920er Jahren ist praktisch in Vergessenheit geraten. Näheres zu seinem Lebenslauf findet sich in Dietrich Schulze-Marmeling, *Der FC Bayern und seine Juden: Aufstieg und Zerschlagung einer liberalen Fussballkultur*, Göttingen 2011, S. 190-191, 239; siehe auch «Erinnerungstag 2015 – Wilhelm Buisson – FC Bayern-Funktionär und Widerstandskämpfer», *Südkurvenbladdl Onlinemagazin*, <http://suedkurvenbladdl.org/erinnerungstag-2015-wilhelm-buisson-fc-bayern-funktionaer-und-widerstandskaempfer> (zuletzt abgerufen am 28.12.2018).
- 27 StA München, Pol. Dir. 6803, S. 13-15: Denkschrift der bayerischen Polizei über die SA der NSDAP, o. J. (aber nach dem 3. Februar 1923); Robert Hofmann, «Auergarde, 1919-1924», in *Historisches Lexikon Bayerns*, http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel_44656 (zuletzt abgerufen am 28.12.2018); Günther Gerstenberg, *Freiheit! Sozialdemokratischer*

- Selbstschutz im München der zwanziger und frühen dreissiger Jahre*, München 1997, Bd. 1, S. 75.
- 28 Zu den Ursprüngen und Anfangsjahren des Reichsbanners siehe Benjamin Ziemann, *Contested Commemorations: Republican War Veterans and Weimar Political Culture*, Cambridge und New York, 2013, S. 60-94; ders., *Die Zukunft der Republik? Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold 1924-1933*, Bonn 2011, S. 13-20; Carsten Voigt, *Kampfbünde der Arbeiterbewegung: Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und der Rote Frontkämpferbund in Sachsen 1924-1933*, Köln 2009.
- 29 Siehe StA München, Pol. Dir. 6804, S. 52: Denkschrift von Bauerreiter von der Münchener Polizei, 3. November 1921.
- 30 Eingedenk der glasklaren Beweislage in diesem Punkt erstaunt es, dass die bayerische Polizei in einer Aktennotiz von 1923 weiterhin behauptete, die nationalsozialistische Seite sei nie zum Angriff übergegangen. Siehe StA München, Pol. Dir. 6803, S. 13-15, hier S. 13: Denkschrift der bayerischen Polizei über die SA der NSDAP, o. J. (aber nach dem 3. Februar 1923).
- 31 Johannes Schwarze, *Die bayrische Polizei und ihre historische Funktion bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit in Bayern von 1919-1933*, München 1977, S. 151.
- 32 BayHStA, MInn, Nr. 71712, S. 32-4, hier S. 33: Schreiben des Bayerischen Innenministeriums an das Polizeipräsidium in München, 11. Februar 1921.
- 33 StA München, Pol. Dir. 6803, S. 8: Vermerk der bayerischen Polizei v. 24. September 1921.
- 34 BayHStA, MInn, Nr. 71712, S. 32-4: Schreiben des Bayerischen Innenministeriums an das Polizeipräsidium in München, 11. Februar 1921.
- 35 StA München, Pol. Dir. 6803, S. 13-15: Denkschrift der bayerischen Polizei über die SA der NSDAP, o. J. (aber nach dem 3. Februar 1923).
- 36 Zur frühen SA in Bayern siehe vor allem Longerich, *Geschichte der SA*, S. 9-44; Eric G. Reiche, *The Development of the SA in Nürnberg, 1922-1934*, London und New York 1986, S. 1-49; Werner Maser, *Der Sturm auf die Republik: Frühgeschichte der NSDAP*, München 1973, S. 284-464; Werner, *SA und NSDAP*; Heinrich Bennecke, *Hitler und die SA*, München und Wien 1962, S. 25-103.
- 37 StA München, Pol. Dir. 6803, S. 1-7, hier S. 2: Denkschrift der bayerischen Polizei über die Selbstschutzbünde, o. J.; «An unsere deutsche Jugend!», *Völkischer Beobachter*, 11. August 1921; Werner, *SA und NSDAP*, S. 38-40.
- 38 Krüger, *Brigade Ehrhardt*, S. 105-107; Hans-Günter Richardi, *Hitler und seine Hintermänner: Neue Fakten zur Frühgeschichte der NSDAP*, München 1991, S. 368; Werner, *NSDAP und SA*, 23; HA-Spiegel, nachgelassene Papiere von Heinz Höhne, Nr. 242: Schreiben der SA-Gruppe Hansa v. 9. Juli 1936. Zu Johannes Paul Klintzsch (1861-1920) siehe den Eintrag in *Evangelisches Pfarrerbuch für die Mark Brandenburg seit der Reformation*, Hg. Brandenburgischer Provinzialsynodalverband, Bd. 2, Berlin 1941» S. 417.
- 39 Krüger, *Brigade Ehrhardt*, S. 105-106. Ein kursorischer Lebenslauf Klintzschs findet sich in Friedrich Walsdorff, «Hans-Ulrich Klintzsch», *Alma Mater Joachimica: Zeitschrift der Vereinigung Alter Joachimsthaler e. V* 53 (1981), S. 1, 253-257.
- 40 Bezeichnenderweise fehlt in Friedrich Freksa (Hg.), *Kapitän Ehrhardt: Abenteuer und Schicksale*, Berlin 1924, einem vielgelesenen autorisierten Lebensbericht über Ehrhardt, jeder Hinweis darauf, dass die SA und die NSDAP mehrmals verboten wurden.
- 41 «Kritische Zeit», *Das Jüdische Echo* 9:32, 11. August 1922, S. 403-404. Zu Ludendorff und seiner «Bewegung» in den 1920er Jahren siehe Bettina Amm, *Die Ludendorff-Bewegung*:

- Vom nationalistischen Kampfbund zur völkischen Weltanschauungssekte, Hamburg 2006; Bruno Thoss, *Der Ludendorff-Kreis 1919-1923: München als Zentrum der mitteleuropäischen Gegenrevolution zwischen Revolution und Hitler-Putsch*, München 1978.
- 42 Siehe den aufschlussreichen Artikel «Kapitän Ehrhardt», *Das Jüdische Echo* 9:49, 8. Dezember 1922, S. 607.
- 43 Bessel, «Militarismus im innenpolitischen Leben der Weimarer Republik», S. 208.
- 44 Zum Leben Hitlers und seiner politischen Entwicklung zwischen 1918 und 1921 siehe den wegweisenden Ian Kershaw, *Hitler 1889-1936*, Stuttgart 1998, S. 149-276; Evans, *Das Dritte Reich*, Bd. 1, «Aufstieg», S. 239-262; Plöckinger, *Unter Soldaten und Agitatoren*; Thomas Weber, *Hitlers erster Krieg. Der Gefreite Hitler im Weltkrieg – Mythos und Wahrheit*, Berlin 2011, S. 339-381.
- 45 Richardi, *Hitler und seine Hintermänner*, S. 369. Nach dem Zweiten Weltkrieg behauptete auch Klintzsch, er sei nur Ehrhardt Gehorsam schuldig gewesen, nicht Hitler. Er bestritt sogar, dass jemals eine förmlich vereinbarte Beziehung zwischen der Brigade Ehrhardt und den unter Hitlers Befehl stehenden Verbänden bestanden habe; Landeskirchliches Archiv Stuttgart (LKA Stuttgart), A 127, Nr. 1293: Brief von Klintzsch an den evangelischen Oberkirchenrat in Württemberg, 25. März 1948.
- 46 StA München, Pol. Dir. 6803, S. 174-183: eines der ersten Mitgliederverzeichnisse der SA, geführt von Maurice und vermutlich im September 1921 von der Polizei sichergestellt. Eine Zeitungsreportage vom Oktober 1922 schätzte das Alter der öffentlich in Erscheinung tretenden SA-Männer ebenfalls auf «zwischen 18 und 25 Jahre»; siehe «Bayerischer Skandal», *Oberfränkische Volkszeitung*, Nr. 295, 20. Oktober 1922, in BayHStA, MInn, Nr. 81589. Mindestens von 1921 bis ins erste Halbjahr 1922 hinein war die SA in zwei Kategorien geteilt: Zu Kategorie A gehörten die 17- bis 23-Jährigen, zu Kategorie B die «alten Herren». Es ist denkbar, dass die Gesamtzahl der SA-Mitglieder ein wenig höher lag als geschätzt, so dass die von Longerich angegebene Zahl 300 plausibel erscheint; Longerich, *Geschichte der SA*, S. 26. Im Licht dieser Quellen erscheint die Aussage Röschs, die SA habe im November 1921 rund 1'500 Mitglieder gehabt, überzogen; Mathias Rösch, *Die Münchner NSDAP 1923-1933: Eine Untersuchung zur inneren Struktur der NSDAP in der Weimarer Republik*, München 2002, S. 80. Siehe auch StA München, Pol. Dir. 6803, S. 20-21: Schreiben der Münchener Polizei an das Bayerische Innenministerium, 25. Juni 1923.
- 47 Es blieb bis in die frühen 1930er Jahre hinein ein Charakteristikum der SA, dass ihre Fusstruppen ebenso wie ihre Führer oft sehr jung waren. Siehe Bessel, «Militarismus im innenpolitischen Leben der Weimarer Republik», S. 216-217.
- 48 Siehe die Dokumente in Klintzschs Ermittlungsakte, LArch Freiburg, F179/4 Nr. 110.
- 49 Hermann Göring (1893-1946), im Ersten Weltkrieg ein bekannter Kampfflieger, hatte die Jahre 1919 bis 1921 grösstenteils in Dänemark und Schweden verbracht; 1922 übersiedelte er nach Bayern und schrieb sich als Kunststudent an der Münchener Ludwig-Maximilians-Universität ein (mindestens für das Wintersemester 1922/23). Er litt über weite Strecken seines Lebens an Morphinsucht und legte zuweilen – vielleicht aufgrund dessen – so gewalttätige Auftritte hin, dass er 1925 einige Monate in einer Psychiatrieklinik in Stockholm verbrachte. Im «Dritten Reich» war Göring Stellvertreter Hitlers und hatte mehrere andere einflussreiche Ämter inne; am deutlichsten trat er als preussischer Innenminister (1933) und später als Generalbevollmächtigter für den Vierjahresplan hervor. Vom Internationalen Militärtribunal in Nürnberg zum Tode verurteilt, beging Göring durch Einnahme einer Zyankalikapfel Selbstmord. Zu Görings Gewalt-

- ausbrüchen siehe Hermann Weber u.a. (Hg.), *Deutschland, Russland, Komintern. II. Dokumente (1918-1943). Nach der Archivrevolution: Neuerschlossene Quellen zu der Geschichte der KPD und den deutsch-russischen Beziehungen*, Berlin 2015, S. 958-959.
- 50 Für Details zu den Lebensläufen der frühen SA-Führer siehe die ausgezeichnete Analyse von Bruce Campbell, *The SA Generals and the Rise of Nazism*, Lexington, KY, 2004, insbes. S. 7, 29-48, 62-79.
- 51 Siehe dazu den erschöpfenden Beitrag von Malinowski und Reichardt, «Die Reihen fest geschlossen?».
- 52 Das weiter oben erwähnte Mitgliederverzeichnis listete insgesamt 241 Namen auf, 144 mit einer Berufsangabe. Siehe StA München, Pol. Dir. 6803, S. 174-183. Siehe auch «Die bayrischen Nationalsozialisten», *Frankfurter Zeitung*, 8. November 1922, in BayHStA, MInn, Nr. 81589; ebd., «Beim Überfall auf das Deutsche Theater», *Münchener Post*, 18. Oktober 1922. Schon Ende 1920 soll es in München einen «Studentensturm» gegeben haben, mitgegründet und anfänglich befehligt von Rudolf Hess, dem späteren Hitler-Stellvertreter. Siehe Michael S. Steinberg, *Sabers and Brown Shirts: The German Students' Path to National Socialism, 1918-1935*, Chicago, IL, und London 1977, S. 73-74; Hans Peter Bleuel und Ernst Klinnert, *Deutsche Studenten auf dem Weg ins Dritte Reich: Ideologien – Programme – Aktionen, 1918-1935*, Gütersloh 1967, S. 196. Es war mir nicht möglich, diese Feststellung zu verifizieren.
- 53 Siehe Benjamin Ziemann, «Germany after the First World War: A Violent Society? Results and Implications of Recent Research on Weimar Germany», *Journal of Modern European History* 1 (2003), S. 80-95; Klaus Schönhoven, «Die Entstehung der Weimarer Republik aus dem Krieg: Vorbelastungen und Neuanfang», in *Weimar im Widerstreit: Deutungen der ersten deutschen Republik im geteilten Deutschland*, hg. v. Heinrich August Winkler, München 2002, S. 13-32; Andrew Donson, *Youth in the Fatherless Land: War Pedagogy, Nationalism, and Authority in Germany, 1914-1918*, Cambridge, MA, 2010. Die klassische Arbeit zum Thema ist George Mosse, *Fallen Soldiers: Reshaping the Memory of the World Wars*, Oxford 1990), dt. *Gefallen für das Vaterland. Nationales Heldentum und namenloses Sterben*, Stuttgart 1993. Für eine kurze Zusammenfassung siehe Gerwarth, «Rechte Gewaltgemeinschaften und die Stadt nach dem Ersten Weltkrieg», S. 106-107.
- 54 StA München, Pol. Dir. 6804, S. 4, 6: Abschriften von SA-Aufrufen vom 26. August und 19. Oktober 1921.
- 55 StA München, Pol. Dir. 6803: Polizeibericht über die SA-Versammlung vom 5. Oktober 1921 im Högerbräu.
- 56 Ebd.: Polizeibericht über die SA-Versammlung in der Corneliusstrasse am 25. Januar 1922.
- 57 Ebd.: Polizeibericht über die SA-Versammlung im Hofbräuhaus am 6. April 1922.
- 58 Ebd.: Polizeibericht über die SA-Versammlung in der Gaststätte Liebherr am 30. November 1921.
- 59 «An alle Schaffenden! Die wahren Verräter und Würger der Deutschen!», in Bayerische Staatsbibliothek München, *Sammlung von Flugblättern betreffend die Münchener Räterepublik 1919*, <https://bavarikon.de/object/bav:BSB-CMS-000000000003602> (zuletzt abgerufen am 28.12. 2018).
- 60 Zum Erstarken des Antisemitismus während des Ersten Weltkriegs und in den frühen Jahren der Weimarer Republik siehe Christoph Jahr, *Antisemitismus vor Gericht: Debatten über die juristische Ahndung judenfeindlicher Agitation in Deutschland (1879-1960)*, Frankfurt am Main 2011,

- S. 245-276; Daniel Siemens, «Konzepte des nationaljüdischen Körpers in der frühen Weimarer Republik», *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 56:1 (2008), S. 30-54, hier S. 30-32; Cornelia Hecht, *Deutsche Juden und Antisemitismus in der Weimarer Republik*, Bonn 2003; Avraham Barkai, «Wehr Dich!» *Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (C.V.) 1893-1938*, München 2002, S. 55-66; Dirk Walter, *Antisemitische Kriminalität und Gewalt: Judenfeindschaft in der Weimarer Republik*, Bonn 1999.
- 61 Hofmann, «Verräter verfallen der Feme!», S. 108,112-113.
- 62 Zur Rezeption von Jugendgewalt in den Kriegsjahren und in der Weimarer Republik siehe Sarah Bornhorst, «Bad Boys? Juvenile Delinquency during the First World War in Wilhelmine Germany», in *Juvenile Delinquency and the Limits of Western Influence, 1850-2000*, hg. v. Heather Ellis, London und New York 2014, S. 121-244; Daniel Siemens, *Metropole und Verbrechen: Die Gerichtsreportage in Berlin, Paris und Chicago*, Stuttgart 2007, S. 129-135.
- 63 BayHStA, MInn, Nr. 81589: «Mussolini – Beherrscher Italiens», *Bayerische Staatszeitung*, 28.-29. Oktober 1922.
- 64 Rede Hitlers im Hofbräuhaus München aus Anlass des 1. Jahrestages der SA-Gründung, zit. n. «Unsere Sturmabteilung», *Völkischer Beobachter*, 5. August 1922, BayHStA, MInn, Nr. 81589; «Aufruf! Deutsche Volksgenossen, Hand- und Kopfarbeiter!», *Völkischer Beobachter*, 9. November 1921; HA-Spiegel, nachgelassene Papiere von Heinz Höhne, Nr. 242: Schreiben der SA-Gruppe Hansa v. 9. Juli 1936.
- 65 Paradigmatisch für Tonlage und Stil dieser glorifizierenden Schriften ist Karl W.H. Koch, *Männer im Braunhemd: Vom Kampf und Sieg der SA*, Berlin 1936, S. 11-17. Die Nationalsozialisten nutzten die Ereignisse vom 4. November 1921 auch für weitere Propagandakampagnen. Drei Tage danach, am 7. November, veröffentlichten sie im *Völkischen Beobachter* einen weiteren Aufruf, in die SA einzutreten: «Hinein in die Sturmabteilungen!» Siehe StA München, Pol. Dir. 6803, S. 1-7, hier S. 2: Denkschrift der bayerischen Polizei über die Selbstschutzbünde, o. J.
- 66 BayHStA, MInn, Nr. 81589: «Aus der politischen Kinderstube», *Münchener Post*, 29. Juni 1922.
- 67 Ebd.: «Hakenkreuz und Ettstrasse», *Münchener Post*, 14. Juli 1922.
- 68 StA München, Pol. Dir. 6803, S. 8: Vermerk der bayerischen Polizei v. 24. September 1921; StA München, Pol. Dir. 6803, S. 13-15, hier S. 14: Denkschrift der bayerischen Polizei über die SA der NSDAP; Westernhagen, *Von der Herrschaft zur Gefolgschaft*, S. 49-
- 69 StA München, Pol. Dir. 6804, S. 175-192: Vernehmung des Adolf Modes, 8. Februar 1923-
- 70 Für Einzelheiten siehe Torsten Hornberger, *Fashioning German Fascism: Constructing the Image of Hitler's Storm Troopers, 1924-1933*, PhD Diss., Washington State University 2014, S. 56-73.
- 71 Richardi, *Hitler und seine Hintermänner*, S. 372.
- 72 BayHStA, MInn, Nr. 81589: «Aus der Bewegung», *Völkischer Beobachter*, 2. August 1922.
- 73 Einen Überblick über die Organisationsstrukturen der SA im Jahr 1933 geben Julius M. Ruhl und Carl B. Starke (Hg.), *Adolf Hitlers Braunhemden: Organisation, Einteilung, Bekleidung und Ausrüstung der Nationalsozialistischen Sturm-Abteilungen, Schutz-Staffeln, der Hitler-Jugend, des Deutschen Jungvolkes sowie der Politischen Organisation usw.*, Leipzig 1933. Zu den Unterglie-

- derungen der SA 1938 siehe Ernst Bayer, *Die SA: Geschichte, Arbeit, Zweck und Organisation der Sturmabteilungen des Führers und der Obersten SA-Führung*, Berlin 1938.
- 74 StA München, Pol. Dir. 6804, S. 15-16: «Brandbrief» vom O[ber]k[ommando] Transportleitung, einem gewissen Herrn Streck, an den Führer der SA (Göring), 14. Juli 1923.
- 75 StA München, Pol. Dir. 6803, S. 230-231: Wachtmeister Pfeilschiffler, Bericht an den Gemeinderat von Bad Tölz, 16. August 1922.
- 76 StA München, Pol. Dir. 6803, S. 232: Protokoll der Münchener Polizei über die Vernehmung des Hans Ulrich Klintzsch, 20. September 1922. Das zionistische Wochenblatt *Das Jüdische Echo* meldete im Mai 1922, dass das «bayerische Oberland zum grössten Teil antisemitisch» sei. Dies sei nicht zuletzt der antisemitischen Agitation der lokalen Tageszeitung, des *Miesbacher Anzeigers*, zu verdanken. Der Autor des Artikels riet seinen «jüdischen Brüdern» dringend, schon aus Gründen der Selbstachtung nicht mehr in dieser Gegend Urlaub zu machen: Hans Guggenheimer, «Bayerische Sommerfrischen», *Das Jüdische Echo* 9:21,26. Mai 1922, S. 268-269. Siehe auch Karl Glaser, «Antisemitismus und kleine Gemeinden», *Das Jüdische Echo* 9:13, 31. März 1922, S. 167-168.
- 77 Nunner-Winkler, «Überlegungen zum Gewaltbegriff», S. 53.
- 78 «Kritische Zeit», *Das Jüdische Echo* 9:32,11. August 1922, S. 403-404, hier S. 403.
- 79 StA München, Pol. Dir. 6803, S. 1-7, hier S. 2: Denkschrift der bayerischen Polizei über die Selbstschutzbünde, o. J.
- 80 Ernst Röhm, *Die Geschichte eines Hochverrätters*, 2. Aufl., München 1930, S. 194.
- 81 Der Journalist Hermann Esser (1900-1981) trat 1919 in die DAP, die spätere NSDAP, ein. Noch im selben Jahr wurde er Chefredakteur des *Völkischen Beobachters*. In den frühen 1920er Jahren machte Esser sich einen Namen als rabiat antisemitischer Demagoge. 1923 erklärte er, alle in Deutschland lebenden Juden sollten in Konzentrationslager gesteckt werden. Wenn die Besetzung des Ruhrgebiets durch die Siegermächte nicht bald aufhöre, würden 50'000 Juden «einem besseren Jenseits zugeführt» – also umgebracht. Nach seiner Wahl in den bayerischen Landtag 1932 stieg Esser 1933 zum Chef der Bayerischen Staatskanzlei auf. Siehe «Die Sturmarmee», *Das Jüdische Echo* 10:14, 6. April 1923, S. 319, StA München, Pol. Dir. 6803; Kurt G.W. Lüdecke, *I Knew Hitler: The Lost Testimony by a Survivor from the Night of the Long Knives*, hg. v. Bob Carruthers, Barnsley 2013, S. 81; Thomas Fürst, *Karl Stüzel. Ein Lebensweg in Umbrüchen: Vom Königlichen Beamten zum Bayerischen Innenminister der Weimarer Zeit (1924-1933)*, Frankfurt am Main 2007, S. 454, Anm. 1, S. 735.
- 82 BayHStA, MInn, Nr. 81589: «Zur Psychologie der Nationalsozialisten», *Münchener Post*, 17. August 1922.
- 83 Zur europäischen Dimension dieses politischen Ereignisses, das faschistischen Bewegungen in ganz Europa Auftrieb gab, siehe Arnd Bauerkämper, «Transnational Fascism: Cross-Border Relations between Regimes und Movements in Europe, 1922-1939», *East Central Europe* 37 (2010), S. 214-246, hier S. 217-222. Zur Bewunderung der Nazis für den italienischen Faschismus in den 1920er Jahren siehe auch Patrick Bernhard, «Konzertierte Gegnerbekämpfung im Achsenbündnis. Die Polizei im Dritten Reich und im faschistischen Italien 1933 bis 1943», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 59:2 (2011), S. 229-262, insbes. S. 230-237.
- 84 BayHStA, MInn, Nr. 81589: Ausriss aus *Bayerischer Kurier*, 19. Juni 1922.
- 85 Ebd.: «Eine Justizkomödie», *Münchener Post*, 29. November 1922.
- 86 «Antisemitisches aus Bayern: ‚Nieder mit den Juden!‘», *Das Jüdische Echo* 9:37, 15. September 1922, S. 466.

- 87 BayHStA, MInn, Nr. 81589: «Deutscher Tag in Koburg», *Bayerische Zeitung* (München), 22. Oktober 1922. Zur Rolle dieses Treffens in der nationalsozialistischen Erinnerungskultur siehe BArch Berlin, NS 26/371: *Aufnach Coburg! Einladung zur Nationalsozialistischen Kundgebung in Coburg am 8. und 9. Mai 1929*.
- 88 BayHStA, MInn, Nr. 81589: «Die bayerischen Faschisten treten auf den Plan!», *Fränkische Tagespost*, 17. Oktober 1922.
- 89 «Deutschvölkische Radauhelden», *Das Jüdische Echo* 9:40, 6. Oktober 1922, S. 501; BayHStA, MInn, Nr. 81589: «Beim Überfall auf das Deutsche Theater», *Münchener Post*, 18. Oktober 1922.
- 90 «Vom bayerischen Kriegsschauplatz: Nationalsozialistischer Hausfriedensbruch und anderes», *Das Jüdische Echo* 10:1,5. Januar 1923, S. 5.
- 91 BayHStA, MInn, Nr. 81589: «Nationalsozialistische Skandalmethoden», *Münchener Post*, 2. Oktober 1922.
- 92 Maser, *Der Sturm auf die Republik*, S. 380-382. Klintzsch kehrte nie in die SA zurück. Er heiratete am 8. September 1923 und hatte in den darauffolgenden beiden Jahren alle Hände voll zu tun, den Lebensunterhalt für seine rasch wachsende Familie zu verdienen. 1925 erhielt er eine Anstellung als Kursleiter an der Hanseatischen Yacht-Schule im holsteinischen Neustadt. Von 1929 an arbeitete Klintzsch als Ausbilder an der deutschen Schule für Luftfahrt in Warnemünde und auf Sylt. 1936 trat er in die Dienste der deutschen Luftwaffe. 1938 übernahm er die Leitung der Navigationsschule der Luftwaffe in Anklam in Pommern, und von 1942 an amtierte er als Stabschef der Seenotrettungskräfte der deutschen Luftwaffe in der Deutschen Bucht; Walsdorff, «Hans-Ulrich Klintzsch», S. 1257; LKA Stuttgart, A 127, Nr. 1293: Persönliche Mitteilungen von Hans-Ulrich Klintzsch (1949/50).
- 93 StA München, Polizeidirektion München, Personalakten, Nr. 10020 (Wilhelm Brückner), S. 25: Aussage Wilhelm Brückners gegenüber der bayerischen Polizei, 9. Mai 1923. Anfang 1923 schlossen sich jeweils mehrere SA-Hundertschaften zu einem «Bezirk» oder einer «Gruppe» zusammen. Ab dem 28. Januar 1923 verfügte jede Gruppe über ihre eigene «Standarte». Die ersten Gruppen waren, soweit ersichtlich, München I, München II, Landshut und Nürnberg.
- 94 Ebd., S. 40: Aussage Wilhelm Brückners gegenüber der bayerischen Polizei, 9. Mai 1923. Zu den Anfängen der SS siehe u.a. Bastian Hein, *Elite für Volk und Führer? Die Allgemeine SS und ihre Mitglieder 1925-1945*, München 2012, S. 39-75; ders., *Die SS. Geschichte und Verbrechen*, München 2015, S. 7-14.
- 95 StA München, Pol. Dir. 6803, S. 6: Denkschrift der bayerischen Polizei über die Selbstschutzbünde, o. J. Ebd., S. 19-20: Bericht von Hans Lechner von der österreichischen SA an die SA-Zentrale in München, 1. September 1923; StA München, Pol. Dir. 6804: Bericht über ein Treffen der Münchener SA am 11. April 1923; Noakes, *The Nazi Party in Lower Saxony*, S. 24-25; Wackerfuss, *Stormtrooper Families*, S. 81; Daniel Schmidt, *Schützen und Dienen: Polizisten im Ruhrgebiet in Demokratie und Diktatur 1919-1939*, Essen 2008, S. 283.
- 96 Eleonore Baur, ein Faktotum der frühen Jahre der NSDAP, arbeitete später als Krankenschwester im KZ Dachau; siehe Daniela Andre, «Eleonore Baur – ‚Blutschwester Pia‘ oder ‚Engel von Dachau‘», in *Rechte Karrieren in München: Von der Weimarer Zeit bis in die Nachkriegsjahre*, hg. v. Marita Krauss, München 2010, S. 166-185. Zur Lebensgeschichte Ernst von Westernhagens siehe Westernhagen, *Von der Herrschaft zur Gefolgschaft*, S. 45-66.
- 97 Sämtliche Informationen zu diesem Vorfall stammen, wenn nicht anders angegeben, aus Karl-

- Heinz Ruess, «Die ‚Schlacht am Walfischkeller‘: Aus der politischen Niederlage entsteht die Göppinger SA», in *Göppingen unterm Hakenkreuz*, hg. v. Konrad Plieninger und Karl-Heinz Ruess, Göppingen 1994, S. 12-21, hier S. 13-15.
- 98 Aus den Angaben im Polizeibericht ergeben sich die folgenden Teilnehmerzahlen: 1300 SA-Männer, 200 Mann *Reichsflagge*, 400 Mann *Bund Blücher*, 800 Mann *Bund Oberland*, dazu Mitglieder einiger weiterer, kleinerer Gruppen. Siehe BayHStA, MInn, Nr. 81594: Schreiben der Münchener Polizei an das Bayerische Innenministerium, 3. Mai 1923.
- 99 Ebd.: Schreiben der Münchener Polizei an das Bayerische Innenministerium, 28. Mai 1923; «Dokumente gegen «bedenkenlose Geschichtsfälschung»», *Münchener Post*, 7. Januar 1932.
- 100 Ebd.: Schreiben der Münchener Polizei an das Bayerische Innenministerium, 3. Mai 1923.
- 101 Ebd.: Schreiben des Wehrkreiskommando VIII an das Reichswehrministerium, 6. Mai 1923.
- 102 Ebd.: Schreiben der Münchener Polizei an das Bayerische Innenministerium, 3. Mai 1923.
- 103 Ebd.: «Das Feldlager auf dem Oberwiesenfeld», *Münchener Post*, 3. Mai 1923.
- 104 Ein Grund für den wohlwollenden Umgang von Lossows mit der SA war, dass 1923 mit der Eventualität eines Krieges gegen die Franzosen gerechnet werden musste, die zusammen mit belgischen Truppen im Januar 1923 das entmilitarisierte Ruhrgebiet besetzt hatten. In dieser Situation konnte Röhm von Lossow einreden, nur eine enge Zusammenarbeit zwischen den paramilitärischen Bünden und der Reichswehr würde eine wirksame Vaterlandsverteidigung ermöglichen. Siehe Eleanor Hancock, *Ernst Röhm: Hitlers SA Chief of Staff*, Basingstoke 2008, S. 51-52.
- 105 BayHStA, MInn, Nr. 81594: Schreiben des Wehrkreiskommandos VIII an das Reichswehrministerium, 6. Mai 1923.
- 106 Ebd.: «Kurze Anfrage Nr. 664 an das Bayerische Kultusministerium», 2. Mai 1923. Siehe auch Kap. 3.
- 107 Ventrone, «Fascism and the Legacy of the Great War», S. 111.
- 108 Kurt Jackmush in *Boxwoche 1* (1923), zit. n. Erik N. Jensen, *Body by Weimar: Athletes, Gender, and German Modernity*, New York 2010, S. 63.
- 109 BayHStA, MInn, Nr. 81594: Rede Schweyers im Bayerischen Landtag, 8. Juni 1923, in *Stenographischer Bericht über die Verhandlungen des Bayerischen Landtags*, Nr. 195, Bd. 8, S. 378-379. Wie Schweyer die frühe NS-Bewegung einstufte, geht aus seinem Buch *Politische Geheimverbände* (Freiburg/Breisgau 1925), hervor.
- 110 Collins, *Violence*, S. 2-4 und *passim*.
- 111 StA München, Pol. Dir. 6803: Polizeibericht über die NSDAP-Versammlung im Hotel Adelman am 19. Oktober 1921.
- 112 Besonders chaotische Zustände herrschten in Nürnberg: siehe Reiche, *Development of the SA in Nürnberg*, S. 36-40; Herbert Linder, *Von der NSDAP zur SPD: Der politische Lebensweg des Dr. Helmuth Klotz (1894-1943)*, Konstanz 1998, S. 48-81.
- 113 Konrad Heiden, *A History of National Socialism*, Abingdon 2010 (erste Aufl. 1934), S. 103, dt. *Geschichte des Nationalsozialismus. Die Karriere einer Idee*, Berlin 1932.
- 114 BayHStA, MInn, Nr. 81594: Vertraulicher Bericht «Aus der Rechtsbewegung», 2. Juni 1923; Westernhagen, *Von der Herrschaft zur Gefolgschaft*, S. 57; Andreas Hofer, *Kapitänleutnant Hellmuth von Mücke: Marineoffizier – Politiker – Widerstandskämpfer. Ein Leben zwischen den Fronten*, Marburg 2003, S. 51. Mücke und die Nationalsozialisten entzweiten sich 1929. Mücke

- verschied sich der Aufgabe, Hitler von der politischen Macht fernzuhalten. Nach dem Zweiten Weltkrieg engagierte er sich im Widerstand gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland. Zur verwickelten Biografie dieser in Vergessenheit geratenen, aber höchst interessanten Persönlichkeit siehe auch StA München, Polizeidirektion München, Personalakten, Nr. 10119 (Hellmuth von Mücke).
- 115 Hancock, *Ernst Röhm*, S. 32-33. Zum Verhältnis zwischen Röhm und von Epp siehe Wächter, *Die Macht der Ohnmacht*, S. 79-82.
- 116 Heiden, *A History of National Socialism*, S. 8-9.
- 117 Nigel Jones, *Mosley*, London 2004, S. 12.
- 118 Zur Typisierung Röhm als «militärischen Desperado» siehe Otis, *Hitlers Stormtroopers*, S. 25-26; ein differenzierteres Porträt, das Röhm's Herkunft aus dem royalistischen Lager betont, zeichnet Hancock, *Ernst Röhm*, S. 7-35. Zum Lebenslauf Röhm's siehe auch die literarische Collage von Norbert Marohn, *Röhm: Ein deutsches Leben. Romanbiografie*, Leipzig 2011; Marcus Mühle, *Ernst Röhm: Eine biografische Skizze*, Berlin 2016. Für biografische Studien zu wichtigen Führungsfiguren der extremen Rechten im Europa der Zwischenkriegszeit siehe Martyn Rady und Rebecca Haynes (Hg.), *In the Shadow of Hitler: Personalities of the Right in Central and Eastern Europe*, London 2011.
- 119 Hancock, *Ernst Röhm*, S. 1. Hancocks Sichtweise ist in Teilen von den Schriften des deutschen Historikers und einstigen SA-Führers Heinrich Bennecke beeinflusst; siehe Bennecke, *Hitler und die SA*, S. 23. Auch Othmar Plöckinger betont, Röhm sei für die frühe SA ein Mann von «grösster Bedeutung» gewesen; siehe Plöckinger, *Unter Soldaten und Agitatoren*, S. 175. Mehr zu dieser sehr früh ausformulierten Sichtweise findet sich bei Heiden, *A History of National Socialism*, S. 39.
- 120 Ernst Röhm, *Geschichte eines Hochverrätters*, München 1928. Das Buch erfuhr mehrere Auflagen. Die erste (gekürzte) englische Ausgabe erschien erst 2012: Ernst Röhm, *The Memoirs of Ernst Röhm*, London 2012. Röhm zeichnet in diesem Buch zwar ein stimmiges Bild seiner politischen Philosophie, doch in Bezug auf seine Rolle in der frühen NS-Bewegung ist das Werk weniger vertrauenswürdig.
- 121 Hanns H. Hofmann, *Der Hitlerputsch: Krisenjahre deutscher Geschichte 1920 bis 1924*, München 1961, S. 75; Hancock, *Ernst Röhm*, S. 37-45.
- 122 Siehe etwa Röhm, *Die Geschichte eines Hochverrätters*, S. 107-112.
- 123 Siehe u.a. Evans, *The Coming of the Third Reich*, S. 176-194, dt. *Das Dritte Reich*, Bd. 1, *Aufstieg*, Frankfurt am Main, Wien, Zürich 2004; Kershaw, *Hitler 1889-1936*, S. 253-267; Hofmann, *Der Hitlerputsch*, S. 142-217; Otis, *Hitlers Stormtroopers*, S. 72-82.
- 124 Wie Conan Fischer überzeugend darlegt, tat der deutsche «passive Widerstand» der Akzeptanz der Republik bei der Bevölkerung grossen Abbruch, und zwar weit über 1923 hinaus. Selbst wenn die Weimarer Republik sich noch zehn Jahre länger gehalten hätte, war nach seiner Überzeugung «die emotionale Verbundenheit mit der neuen republikanischen Ordnung so gut wie tot und begraben». Siehe Conan Fischer, *The Ruhr Crisis*, Oxford und New York 2003, S. 290.
- 125 Evans, *The Coming of the Third Reich*, S. 194.
- 126 Zur Verhaftung Hitlers siehe Lüdecke, *I Knew Hitler*, S. 135.
- 127 Es entbehrt nicht der Ironie, dass die am 9. November ums Leben Gekommenen mehrheitlich nicht der SA, sondern dem Bund Oberland und Röhm's Reichskriegsflagge angehörten. Siehe Hofmann, *Der Hitlerputsch*, S. 271.
- 128 Zum Kult um die Märtyrer des 9. November 1923 siehe die exzellente Analyse von Behren-

- beck, *Der Kult um die toten Helden*, S. 299-313; zu Horst Wessels Leben und dem Kult, der um seinen Tod herumgesponnen wurde, siehe Siemens, *The Making of a Nazi Hero*. Zur Rolle der «Märtyrer» in der SA siehe auch Reichardt, *Faschistische Kampfbünde*, S. 548-560.
- 129 Paradigmatisch in dieser Hinsicht ist Koch, *Männer im Braunhemd*, S. 41; eine neuere analytische Erörterung des Zusammenhangs zwischen Opferbereitschaft und Gewalt (im nationalsozialistischen Bezugsrahmen) findet sich bei David Pan, *Sacrifice in the Modern World. On the Particularity and Generality of Nazi Myth*, Evanston, IL, 2012.
- 130 Röhm, *Die Geschichte eines Hochverrätters*, S. < >. Göring, der zu dieser Zeit an einer schlecht heilenden Beinwunde laborierte, die er im November 1923 erlitten hatte, reiste bald darauf nach Italien, wo er sich um die Intensivierung der Kontakte zwischen den italienischen Faschisten und den deutschen Nationalsozialisten bemühte. Siehe Michael Palumbo, «Goerings Italian Exile 1924-1925», *Journal of Modern History* 50:1 (1978), S. D1035-D1051.
- 131 Röhm, *The Memoirs of Ernst Röhm*, S. 209-210.
- 132 Zum Frontbann siehe Hancock, *Ernst Röhm*, S. 71-81; Werner, *SA und NSDAP*, S. 175-293; Röhm, *Die Geschichte eines Hochverrätters*, München 1928, S. 289-317.
- 133 Einen Überblick gibt Bruno Thoss, «Deutscher Notbann, 1924-1926», in *Historisches Lexikon Bayerns*, http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Deutscher_Notbann (zuletzt abgerufen am 28.12.2018). Einen tiefen Einblick in die innerhalb der bayerischen Staatsregierung angestellten Überlegungen gewährt BayHStA IV, Bestand Bayern und Reich, Nr. 65: streng vertrauliches Schreiben des Staatsministers des Inneren, Franz Schweyer, an Dr. Essel in Ebersberg, 10. April 1924.
- 134 Hancock, *Ernst Röhm*, S. 75-76.
- 135 Die Nationalsozialistische Freiheitspartei bestand nur von 1924 bis 1925. Sie ging aus dem Zusammenschluss der Deutschvölkischen Freiheitspartei (DVFP) mit der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung hervor, Letztere eine Nachfolgeorganisation der damals verbotenen NSDAP.
- 136 Werner, *SA und NSDAP*, S. 187-189.
- 137 Zu diesem Dissens zwischen Hitler und Röhm siehe Hancock, *Ernst Röhm*, S. 72-75, 79-81.
- 138 Adolf Hitler, Aufruf zur Neugründung der NSDAP, *Völkischer Beobachter*, 26. Februar 1925, zit. n. Hein, *Elite für Volk und Führer?*, S. 40-41. Eine frühe kritische Einschätzung dieser «Umkehr» lieferte Schweyer, *Politische Geheimverbände*, S. 118-119.
- 139 Werner, *SA und NSDAP*, S. 299-304.
- 140 Adolf Hitler, *Mein Kampf*, 851. Aufl., München 1943, S. 604-605, 611, 620.
- 141 Ebd., S. 603-604.
- 142 Zur Geschichte dieser Organisation siehe Kurt G. S. Schuster, *Der Rote Frontkämpferbund: Beiträge zur Geschichte und Organisationsstruktur eines politischen Kampfbundes*, Düsseldorf 1975; Sara Ann Sewell, «Bolshevizing Communist Women: The Red Womens and Girls' League in Weimar Germany», *Central European History* 45 (2012), S. 268-305.
- 143 BArch Berlin, NS 23/510: Verordnung «An die gesamte nationalsozialistische Presse», 28. September 1926.
- 144 Noël O'Sullivan, *Fascism*, London und Melbourne 1983, S. 43.
- 145 HA-Spiegel, nachgelassene Papiere von Heinz Höhne, Nr. 242: Brief Franz Pfeffer von Salmons an die regionalen Parteigrößen der NSDAP, 1. Oktober 1926.

2 Die SA und die Politik der Strasse

- 1 Franz Neumann, *Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944*, Frankfurt 1977, S. 505.
- 2 Siehe z.B. Rösch, *Die Münchner NSDAP*, S. 122-123.
- 3 Longerich, *Geschichte der SA*, S. 52-53.
- 4 Zur Herkunft des ungewöhnlichen Namens siehe Mark A. Fraschka, *Franz Pfeffer von Salomon. Hitlers vergessener Oberster SA-Führer*, Göttingen 2016, S. 229-232.
- 5 Details über Pfeffers Leben siehe ebd. sowie bei Hermann Weiss, «Pfeffer von Salomon, Franz», *Neue Deutsche Biographie* 20 (2001), S. 310ft., <http://www.deutsche-biographie.de/pnd124769810.html> (zuletzt abgerufen am 28.12.2018).
- 6 Heiden, *A History of National Socialism*, S. 123. Zu Kaufmann siehe Frank Bajohr, «Gauleiter in Hamburg: Zur Person und Tätigkeit Karl Kaufmanns», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 43:2 (1995), S. 267-295.
- 7 Siehe auch Longerich, *Geschichte der SA*, S. 54.
- 8 Zur frühen HJ und ihren Mitgliedern siehe Peter D. Stachura, *Nazi Youth in the Weimar Republic*, Santa Barbara, CA, 1975; Michael H. Kater, *Hitler Youth* Cambridge, MA, und London 2004, S. 15-28.
- 9 Hein, *Elite für Volk und Führer?*, S. 47-50, 65; RGVA, Osobyi Archives, Fond 720, Opis 1, Nr. 47, S. 200: Adolf Hitler, Befehl v. 7. November 1930.
- 10 Von 1931 an wurden SA-Gruppen «Scharen» genannt.
- 11 Diese Darstellung der neuen Strukturen der SA basiert auf der Abschrift eines Beitrags im *Vorwärts* vom 21. Dezember 1926 sowie auf Der Oberste SA-Führer, *Erlass Nr. 2* (Gliederung der SA) v. 20. Februar 1931, beide in StA München, Pol. Dir. 6805. Einen Überblick über die organisatorischen Veränderungen in der SA zwischen 1923 und 1935 gibt Campbell, *SA Generals and the Rise of Nazism*, S. 161-162.
- 12 Bessel, «Militarismus im innenpolitischen Leben der Weimarer Republik», S. 210; Helge Matthiesen, «Greifswald in Vorpommern: Konservatives Milieu im Kaiserreich», in *Demokratie und Diktatur 1900-1990*, Düsseldorf 2000, S. 270.
- 13 Eine illustrierte Übersicht über diese Insignien und die ihnen entsprechenden Ränge und Einheiten findet sich in Ruhl und Starke (Hg.), *Adolf Hitlers Braunhemden*.
- 14 StA München, Pol. Dir. 6805: Transkript eines Lageberichts der Berliner Polizei, Nr. 128, 20. Februar 1929; «SA-Versicherung der NSDAP», *Völkischer Beobachter*, 12. Dezember 1928.
- 15 Zu diesen geschäftlichen Betätigungen siehe Kap. 3; für eine ausführliche Darstellung der Reformen Pfeffer von Salomons siehe Fraschka, *Franz Pfeffer von Salomon*, S. 342-364.
- 16 StA München, Pol. Dir. 6805: Transkript eines Lageberichts der Berliner Polizei, Nr. 128, 20. Februar 1929.
- 17 Werner, *SA und NSDAP*, S. 412. Eine NS-Zeitung berichtete im Mai 1931 von 2055 gemeldeten Fällen in den fünf Monaten zwischen 1. Januar und 6. Mai 1931; siehe RGVA, Osobyi Archives, Fond 720, Opis 1, Nr. 44, S. 19: «Achtung, Parteigenossen!», *Völkischer Beobachter*, 12. Mai 1931.
- 18 Joachim C. Häberlen, *Vertrauen und Politik im Alltag: Die Arbeiterbewegung in Leipzig und Lyon im Moment der Krise 1929-1933/38*, Göttingen 2013, S. 31.
- 19 Siehe insbes. Schmiechen-Ackermann, *Nationalsozialismus und Arbeitermilieus*, S. 108-435. Zur SA in Hamburg siehe Wackerfuss, *Stormtrooper Families*; Anthony McElligott, *Contested City: Municipal Politics and the Rise of Nazism in Altona, 1917-1937*, Ann Arbor, MI, 1998; ders., «... und so

- kam es zu einer schweren Schlägerei, Strassenschlachten in Altona und Hamburg am Ende der Weimarer Republik», in «*Hier war doch alles nicht so schlimm*»: *Wie die Nazis in Hamburg den Alltag eroberten*, hg. v. Maike Bruhns, Thomas Krause und Anthony McElligott, Hamburg 1984, S. 58-87; Thomas Krause, *Hamburg wird braun: Der Aufstieg der NSDAP 1921-1933*, Hamburg 1987; ders., «Von der Sekte zur Massenbewegung: Die Hamburger NSDAP von 1922 bis 1933», in «*Hier war doch alles nicht so schlimm*», S. 18-51; Werner Jochmann, *Nationalsozialismus und Revolution: Ursprung und Geschichte der NSDAP in Hamburg 1922-1933. Dokumente*, Frankfurt am Main 1963.
- 20 Wackerfuss, *Stormtrooper Families*, S. 34; Daniel Siemens, «Prügelpropaganda: Die SA und der nationalsozialistische Mythos vom ‚Kampf um Berlin‘», in *Berlin 1933-1945*, hg. v. Michael Wildt und Christoph Kreuzmüller, München 2013, S. 33-48, hier S. 40.
- 21 Zur Entwicklung der NS-Bewegung in Berlin und insbes. der gewaltsamen «Strassenpolitik» siehe Eve Rosenhaft, *Beating the Fascists? The German Communists and Political Violence, 1929-1933*, Cambridge 1983; Pamela E. Swett, *Neighbors and Enemies: The Culture of Radicalism in Berlin*, Cambridge und New York 2004; Anders G. Kjøstved, «The Dynamics of Mobilisation: The Nazi Movement in Weimar Berlin», *Politics, Religion & Ideology* 14:3 (2013), S. 338-354; Benjamin C. Hett, *Der Reichstagsbrand. Wiederaufnahme eines Verfahrens*, Reinbek b. Hamburg 2016, S. 73-96. Andreas Wirsching, *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich, 1918-1933/39: Berlin und Paris im Vergleich*, München 1999, S. 437-467; Wildt und Kreuzmüller (Hg.), *Berlin 1933-1945*; Rüdiger Hachtmann, Thomas Schaarschmidt und Winfried Süß (Hg.), *Berlin im Nationalsozialismus. Politik und Gesellschaft 1945*, Göttingen 2011. Einige Autoren haben eingehende Studien zu konkreten Stadtvierteln vorgelegt, z.B. Oliver Reschke, *Kampf um den Kiez: Der Aufstieg der NSDAP im Zentrum Berlins 1925-1933*, Berlin 2014; ders., *Der Kampf um die Macht in einem Berliner Arbeiterbezirk: Nationalsozialisten am Prenzlauer Berg 1925-1933*, Berlin 2008; ders., *Der Kampf der Nationalsozialisten um den roten Friedrichshain (1925-1933)*, Berlin 2004.
- 22 Siehe Ziemann, «Germany after the First World War»; Dirk Schumann, «Einheitssehnsucht und Gewaltakzeptanz: Politische Grundpositionen des deutschen Bürgertums nach 1918 (mit vergleichenden Überlegungen zu den britischen middle classes)», in *Der Erste Weltkrieg und die europäische Nachkriegsordnung. Sozialer Wandel und Formveränderung der Politik*, hg. v. Hans Mommsen, Köln 2000, S. 83-105.
- 23 Rudy Koshar, «From Stammtisch to Party: Nazi Joiners and the Contradictions of Grass-Roots Fascism in Weimar Germany», *The Journal of Modern History* 59:1 (1987), S. 1-24, hier S. 2. Zum Aufstieg des Nationalsozialismus in ländlichen Gebieten siehe insbes. Wolfram Pyta, *Dorf-gemeinschaft und Parteipolitik 1918-1933. Die Verschränkung von Milieu und Parteien in den protestantischen Landgebieten Deutschlands in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1996, S. 324-432; Frank Bösch, *Das konservative Milieu. Vereinskultur und lokale Sammlungspolitik in ost- und westdeutschen Regionen (1900-1960)*, Göttingen 2002; Zdenek Zofka, *Die Ausbreitung des Nationalsozialismus auf dem Lande. Eine regionale Fallstudie zur politischen Einstellung der Landbevölkerung in der Zeit des Aufstiegs und der Machtergreifung der NSDAP 1928-1936*, München 1979, S. 93-132. Zu den Wahlen der Weimarer Periode siehe Jürgen W. Falter, *Hitlers Wähler*, München 1991; ders., *Zur Soziographie des Nationalsozialismus. Studien zu den Wählern und Mitgliedern der NSDAP*, Köln 2013; zum Wahlverhalten der Frauen siehe Helen Boak,

- «Mobilising Women for Hitler. The Female Nazi Voter», in *Working Towards the Führer. Essays in Honour of Sir Ian Kershaw*, hg. v. Anthony McElligott und Tim Kirk, Manchester 2004, S. 68-92.
- 24 Exemplarische lokal- und regionalgeschichtliche Arbeiten liegen vor von Andrew Stewart Bergerson, *Ordinary Germans in Extraordinary Times. The Nazi Revolution in Hildesheim*, Bloomington und Indianapolis, IN, 2004; Michael Schepua, *Nationalsozialismus in der pfälzischen Provinz. Herrschaftspraxis und Alltagsleben in den Gemeinden des heutigen Landkreises Ludwigshafen 1933-1945*, Mannheim 2000, S. 71-165; Szejnmann, *Nazism in Central Germany*; Johnpeter Horst Grill, *The Nazi Movement in Baden 1920-1945*, Chapel Hill, NC, 1983; Volker Franke, *Der Aufstieg der NSDAP in Düsseldorf Die nationalsozialistische Basis in einer katholischen Grossstadt*, Essen 1987; Klaus Tenfelde, *Proletarische Provinz. Radikalisierung und Widerstand in Penzberg/Oberbayern 1900-1945*, München und Wien 1982; Rainer Hambrecht, *Der Aufstieg der NSDAP in Mittel- und Oberfranken (1925-1933)*, Nürnberg 1976; Thomas Schnabel (Hg.), *Die Machtergreifung in Südwestdeutschland. Das Ende der Weimarer Republik in Baden und Württemberg, 192 8-1933*, Stuttgart 19 8 2; Eberhart Schön, *Die Entstehung des Nationalsozialismus in Hessen*, Meisenheim am Glan 1972; Frank Bajohr (Hg.), *Norddeutschland im Nationalsozialismus*, Hamburg 1993.
- 25 In Berlin zählte die SA 1926 rund 400 bis 450 Mitglieder, siehe Bernd Kessinger, *Die Nationalsozialisten in Berlin-Neukölln 1925-1933*, Berlin 2013, S. 9 2; Bennecke, *Hitler und die SA*, S. 126; Martin Schuster, *Die SA in der nationalsozialistischen «Machtergreifung» in Berlin und Brandenburg 1926-1934*, Diss. Technische Universität Berlin 2005, S. 39-41. In Hamburg gewann die lokale SA, die nach dem Verbot der NSDAP im November 1923 anfänglich als Turn-, Sport- und Wandervereinigung Blücher firmierte, 1924 nur 30 bis 40 Mitglieder; 1926 kamen 60 neue dazu, im Sommer 1927 rund 350; siehe Wackerfuss, *Stormtrooper Families*, S. 90, 96, 101, 105; Krause, *Hamburg wird braun*, S. 96-97. SA-Mitgliederzahlen für mehrere andere deutsche Grossstädte finden sich bei Reichardt, *Faschistische Kampfbünde*, S. 271.
- 26 Rösch, *Die Münchner NSDAP*, S. 122-125.
- 27 BArch Berlin, R 9361/II, Nr. 16746: Denkschrift von Otto Herzog zur Geschichte der SA in Frosen.
- 28 Eine ähnliche Schätzung findet sich bei Mühlberger, *Hitlers Followers*, S. 159. Zur Zahl der SA-Männer, die 1927 auf dem Parteitag der NSDAP in Weimar zugegen waren, siehe Werner von Fichte, maschinengeschriebene Broschüre über die SA: RGVA, Osobyi Archives, Fond 720, Opis 1, Nr. 47, S. 372-437, hier S. 380. Michael Kater gibt für Anfang 1929 die Zahl 15'000 als Mitgliederbestand der SA an: siehe Kater, «Ansätze zu einer Soziologie der SA bis zur Röhm-Krise», in *Soziale Bewegung und politische Verfassung: Beiträge zur Geschichte der modernen Welt*, hg. v. Ulrich Engelhardt u.a., Stuttgart 1976, S. 798-831, hier S. 799.
- 29 Longerich, *Geschichte der SA*, S. 93; Reichardt, *Faschistische Kampfbünde*, S. 258. In einer davon abweichenden, sicherlich zu hoch gegriffenen Schätzung bezifferte SA-General Curt von Ulrich in Januar 1929 die Gesamtzahl der SA-Mitglieder auf 50'000 bis 60'000. Siehe GStA PK, I. HA, Rep. 77, Titel 4043, Nr. 309, S. 313-317, hier S. 316: SA-Führer Ober-West Curt von Ulrich, «Wehrhaftmachung», 21. Januar 1929.
- 30 GStA PK, VI. HA, NL Dalugee, Nr. 9, S. 20-24, hier S. 23: Regierungsrat Bach (Darmstadt), «Die Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung in Hessen, besonders im Odenwald».
- 31 VS. Khristoforov, InstitutrossiTskoT istorii (RossiTskayaakademyianauk), Glavnoe arkhivnoe upravlenie goroda Moskvyy, und TsentralnyT arkhiv FSB Rossii (Hg.),

- »Oberführer SA Villi Redel«. *Dokumenty iz arkhivov FSB Rossii*, Moskau 2012, S. 46–47; Schön, *Die Entstehung des Nationalsozialismus in Hessen*, S. 120. Zu ähnlichen Größenordnungen und Problemen in Dortmund siehe Daniel Schmidt, »Terror und Terrrainkämpfe: Sozialprofil und soziale Praxis der SA in Dortmund 1925–1933«, *Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark* 96/97 (2007), S. 251–292; zu Danzig siehe Hans Sponholz, *Danzig – deine SA! Einsatz und Bewährung im Polenfeldzug*, München 1940, S. 26–27.
- 32 Gerhard Paul, *Die NSDAP des Saargebietes 1920–1935: Der verspätete Aufstieg der NSDAP in der katholisch-proletarischen Provinz*, Saarbrücken 1987, S. 121.
- 33 Schmidt, *Schützen und Diener*, S. 283; Thomas Schnabel, »Die NSDAP in Württemberg 1928–1933: Die Schwäche einer regionalen Parteiorganisation«, in *Die Machtergreifung in Südwestdeutschland*, hg. v. Thomas Schnabel, S. 49–81, hier S. 53–54.
- 34 Christian Peters, *Nationalsozialistische Machtdurchsetzung in Kleinstädten: Eine vergleichende Studie zu Quakenbrück und Heide/Holstein*, Bielefeld 2015, S. 376, 447–449; Mühlberger, *Hitler's Followers*, S. 176; Oded Heilbronner, *Catholicism, Political Culture, and the Countryside: A Social History of the Nazi Party in South Germany*, Ann Arbor, MI, 1998, S. 113–114.
- 35 Schumann, *Political Violence in the Weimar Republic*, S. 186–2014, hier S. 187.
- 36 Longerich, *Geschichte der SA*, S. 65–72; Campbell, *SA Generals*, S. 71–76, 142–148. Zu Berlin siehe Schuster, *Die SA in der nationalsozialistischen »Machtergreifung«*, S. 27–36.
- 37 Wackerfuss, *Stormtrooper Families*, S. 104–105; BArch Berlin, NS 23/1239: Brief der Hamburger SA an den Gausturm Nordmark, 5. April 1929.
- 38 Schuster, *Die SA in der nationalsozialistischen »Machtergreifung«*, S. 31–36; GStA PK, I. HA, Rep. 84a, Nr. 55212.
- 39 Weitere Details siehe bei Wirsching, *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?*, S. 442–447, 589–594.
- 40 Siehe z. B. *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Teil 1, Band 1/II, S. 149 (Eintrag v. 15. November 1926).
- 41 Zit. n. Noakes, *The Nazi Party in Lower Saxony*, S. 186.
- 42 Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang ein SA-Standartenbefehl aus den frühen 1930er Jahren, der eine klare Sprache spricht. »Mehr denn je ist es notwendig«, heißt es dort, »die Polizei für unsere Ziele einzuspannen [...] Jeder SA-Mann muss die Telefonnummer der ihm nächsten Polizeistation auswendig kennen. Wir müssen die diensthabenden Beamten davon überzeugen, dass wir für unsere Idee nicht aus Rauflust oder fehlgeleitetem Aktivismus kämpfen, sondern dass wir nur unser nacktes Leben verteidigen.« (GStA PK, I. HA, Rep. 219, Nr. 20, S. 31–32: Durchschrift eines SA-Standartenbefehls, o. J.).
- 43 *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Teil 1, Band 1/II, S. 153 (Eintrag v. 28. November 1926).
- 44 Gailus und Siemens, »Hass und Begeisterung bilden Spalier«, S. 110; Siemens, *The Making of a Nazi Hero*, S. 60.
- 45 Zit. n. Wackerfuss, *Stormtrooper Families*, S. 78–79.
- 46 Siehe dazu insbes. Reichardt, *Faschistische Kampfbünde*, S. 416–418, 435–468; Wackerfuss, *Stormtrooper Families*, S. 173–199; Swett, *Neighbors and Enemies*, S. 237–260. Eine eingehende Fallstudie liefert Reschke, *Der Kampf der Nationalsozialisten um den roten Friedrichshain*.
- 47 RGVA, Osobyi Archives, Fond 720, Opis 1, Nr. 47, S. 143–153, hier S. 145: *Die SA und SS der NSDAP*, Denkschrift der badischen Polizei, Karlsruhe, 15. Mai 1931.

- 48 Kjestved, «Dynamics of Mobilisation», S. 350-352; Krause, *Hamburg wird braun*, S. 146-148; Longerich, *Geschichte der SA*, S. 136-144.
- 49 Thomas Welskopp, *Das Banner der Brüderlichkeit: Die deutsche Sozialdemokratie vom Vormärz bis zum Sozialistengesetz*, Bonn 2000; Klaus Tenfelde (Hg.), *Streik: Zur Geschichte des Arbeitskampfes in Deutschland während der Industrialisierung*, München 1981.
- 50 Kjestved, «Dynamics of Mobilisation», S. 343-346; Rudy Koshar, «Political Gangsters and Nazism: Some Comments on Richard Hamiltons Theory of Fascism. A Review Article», *Comparative Studies in Society and History* 28:4 (1986), S. 785-793; Schnell, «Gewalt und Gewaltforschung», S. 19.
- 51 Jennifer M. Hazen und Dennis Rodgers (Hg.), *Global Gangs: Street Violence across the World», H-Socialisms, H-Net Reviews*, August 2014, <https://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=42245> (zuletzt abgerufen am 28.12.2018). Zum bandenmässigen Charakter der paramilitärischen Gewalt in Ungarn nach dem Ersten Weltkrieg siehe Bodo, «Heroes or Thieves?», S. 72, 83-89.
- 52 Ernst Haffner, *Jugend auf der Landstrasse Berlin*, Berlin 1932. Für eine zeitgenössische Kritik siehe Siegfried Kracauer, «Grossstadtjugend ohne Arbeit: Zu den Büchern von Lamm und Haffner», in ders., *Essays, Feuilletons, Rezensionen*, Bd. 5:4, Frankfurt am Main 2011, S. 240-243. Eine Neuauflage von Haffners Roman erschien 2013: Ernst Haffner, *Blutsbrüder: Ein Berliner Cliquenroman*, Berlin 2013.
- 53 Eberhard Knödler-Bunte, «Exkurs: Die Binnenstruktur der NSDAP und SA», *Ästhetik & Kommunikation* 26 (1976), S. 35-37, hier S. 35.
- 54 Zum «Hauptmann von Köpenick» und den Nachwirkungen siehe Philipp Müller, *Auf der Suche nach dem Täter: Die öffentliche Dramatisierung von Verbrechen im Berlin des Kaiserreichs*, Frankfurt am Main 2005, S. 173-354; zur Relevanz von Heinrich Manns Roman siehe Georg Bollenbeck, «Ein beweglicher Er-Erzähler, komplexe Erzählhaltungen und epochale Repräsentanz: Heinrich Mann, *Der Untertan*», in *Psyche und Epochenorm: Festschrift für Heinz Thomas zum 60. Geburtstag*, hg. v. Henning Krauss u.a., Heidelberg 2005, S. 499-519.
- 55 Zur SA-Uniform und ihrer Wirkung siehe Reichardt, *Faschistische Kampfbünde*, S. 579-589; Noakes, *Nazi Party in Lower Saxony*, S. 185-186; Hornberger, *Fashioning German Fascism*; Balister, *Gewalt und Ordnung: Kalkül und Faszination der SA*, Münster 1989, S. 96-102; Rohkrämer, *Die fatale Attraktion des Nationalsozialismus*, S. 152.
- 56 Der Wortlaut von Hitlers Befehlen an Pfeffer von Salomon ist der Abschrift eines Artikels in *Vorwärts*, Nr. 54,4. Februar 1927, in StA München, Pol. Dir. 6805, entnommen.
- 57 RGVA, Osobyi Archives, Fond 720, Opis 1, Nr. 47, S. 143-153, hier S. 146: Denkschrift der badischen Polizei, *Die SA und SS der NSDAP*, Karlsruhe, 15. Mai 1931.
- 58 Zu den Mitgliederzahlen beim Stahlhelm siehe Volker R. Berghahn, *Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918-1935*, Düsseldorf 1966, S. 85, 286-287.
- 59 Zum Roten Frontkämpferbund siehe Sewell, «Bolshevizing Communist Women»; Voigt, *Kampfbünde der Arbeiterbewegung*; Kurt Finker, *Geschichte des roten Frontkämpferbundes*, Berlin 1981; Schuster, *Der Rote Frontkämpferbund*.
- 60 Ein Politik-Insider wie der frühere Berliner Polizeipräsident Albert C. Grzesinski sprach im Rückblick auf die Situation in der Reichshauptstadt im Jahr 1930 von einem «latenten Bürgerkrieg». Siehe Grzesinski, *Im Kampf um die deutsche Republik. Erinnerungen eines deutschen Sozialdemokraten* (Schriftenreihe der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Bd. 9),

- hg. v. Eberhard Kolb, München 2001, S. 228. Die Berliner Ortsgruppe der NSDAP sah sich zu dieser Zeit freilich schon mitten im Bürgerkrieg. Siehe GStA PK, I. HA, Rep. 77 titl. 4043, Nr. 302, S. 221-226, hier S. 224: Abschrift einer Rede von Martin Löpelmann, 12. August 1931.
- 61 LArch Berlin, A-Rep. 358-01, Nr. 2165, S. 37: «Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!», *Die Rote Fahne*, 23. Januar 1930; LArch Berlin, A-Rep. 358-01, Nr. 2165, S. 4-6: «Nieder mit den faschistischen Mördern!», *Die Rote Fahne*, 29. August 1929.
- 62 Im Gegensatz zu Kommunisten und Nazis, die beide das «Weimarer System» kategorisch ablehnten, akzeptierte die Reichsbanner-Führung das staatliche Gewaltmonopol. Während sich Reichsbanner-Fusstruppen wiederholt gewalttätige Scharmützel mit ihren politischen Gegnern lieferten, ermahnten ihre regionalen Führungskader – etwa der Hamburger Polizeipräsident Adolph Schönfelder und der junge Gerichtsassessor Fritz Bauer in Stuttgart – ihre Männer, machtvolle Demonstrationen auf die Beine zu stellen, sich aber jeder körperlichen Gewalt zu enthalten. Siehe McElligott, «... und so kam es zu einer schweren Schlägerei», S. 66-67; Ronen Steinke, *Fritz Bauer oder Auschwitz vor Gericht*, München und Zürich 2013, S. 89-91; Michael Trauthig, *Im Kampf um Glauben und Kirche. Eine Studie über Gewaltakzeptanz und Krisenmentalität der württembergischen Protestanten zwischen 1918 und 1933*, Leinfelden-Echterdingen 1999, S. 53-54.
- 63 Hubert R. Knickerbocker, *The German Crisis*, New York 1932, S.
- 64 taatsräson: Der Fall des Chemnitzer Kriminalamtschefs Albrecht Böhme 1933/34», in *Die Lin130*; Jacques Decour, *Philisterburg*, Berlin 2014, S. 70.
- 65 «Kütemeyer – ,geräuschlose Gegenarbeit des CV’», *Anti-Anti: Tatsachen zur Judenfrage*, hg. v. CV-Verein, Berlin 1932, S. 35 a-b.
- 65 Schuster, *Die SA in der nationalsozialistischen «Machtergreifung»*, S. 113-114.
- 66 «Der Begräbnis-Umzug der Hakenkreuzler verboten», *Tempo*, 23. November 1928, S. 1.
- 67 Siehe die amtliche Weisung in GStA PK, I. HA, Rep. 77, Titel 4043, Nr. 309, S. 145.
- 68 1930 untersagten die Behörden in Hessen, Bayern, Preussen, Baden und Hamburg für einige Zeit das Tragen der SA-Uniform in der Öffentlichkeit, aber ebenfalls mit beschränktem Erfolg; siehe Reichardt, *Faschistische Kampfbünde*, S. 231-232.
- 69 Paul Hoser, «Sturmabteilung (SA), 1921-1923/1925-1945», in *Historisches Lexikon Bayerns*, http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel_44621 (zuletzt abgerufen am 28.12. 2018).
- 70 Maik Hattenhorst, *Magdeburg 1933. Eine rote Stadt wird braun*, Halle an der Saale 2009, S. 100.
- 71 GStA PK, XX. HA, Rep. 240 B 31 c, S. 179-190, hier S. 183: «Erste Anfänge der SA in Ostpreussen».
- 72 GStA PK, I. HA, NL Daluege, Nr. 9, S. 32-42: Urteil des Kammergerichts, 13. März 1931.
- 73 Die ausführliche und anhaltende Debatte über die deutsche Judikative der 1920er Jahre, ihre politischen Neigungen und ihr Beitrag zur Legitimitätskrise der Republik können hier nicht ausführlich behandelt werden. Siehe Ralph Angermund, *Deutsche Richterschaft 1919-1945: Krisenerfahrung, Illusion, politische Rechtsprechung*, Frankfurt am Main 1990; Daniel Siemens, «Die ,Vertrauenskrise der Justiz‘ in der Weimarer Republik», in *Die «Krise» der Weimarer Republik: Zur Kritik eines Deutungsmusters*, hg. v. Moritz Föllmer und Rüdiger Graf, Frankfurt am Main 2005, S. 139-163, mit weiteren Verweisen.
- 74 Siemens, «SA-Gewalt, nationalsozialistische ,Revolution‘ und S ke im Visier. Zur Errichtung

- der Konzentrationslager*, hg. v. Nikolaus Wachsmann und Sybille Steinbacher, Göttingen 2014, S. 191-213, hier S. 191. Zu Sachsen siehe auch Andreas Peschel (Hg.), *Die SA in Sachsen vor der «Machtübernahme»*. *Nachgelassenes von Heinrich Bennecke (1902-1972)*, Markkleeberg 2012, S. 41-44, 66, 75. Für eine allgemeine Analyse siehe Schmidt, *Schützen und Dienen*, S. 250-310. Zum Verhältnis zwischen der deutschen Polizei und dem Nationalsozialismus siehe Joachim Schröder, *Die Münchner Polizei und der Nationalsozialismus*, Essen 2013; KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Hg.), *Polizei, Verfolgung und Gesellschaft im Nationalsozialismus*, Bremen 2013; Thomas Roth, *«Verbrechensbekämpfung» und soziale Ausgrenzung im nationalsozialistischen Köln: Kriminalpolizei, Straffjustiz und abweichendes Verhalten zwischen Machtübernahme und Kriegsende*, Köln 2010; Patrick Wagner, *Volksgemeinschaft ohne Verbrecher: Konzeptionen und Praxis der Kriminalpolizei in der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus*, Hamburg 1996.
- 75 Andreas Wagner, *«Machtergreifung» in Sachsen: NSDAP und staatliche Verwaltung, 1930-1935*, Köln 2004, S. 31-69.
- 76 Arno Schreiber, *Rede im Sächsischen Landtag*, 26. April 1932, *Verhandlungen des Sächsischen Landtags*, 5. Wahlperiode, Bd. 3, Dresden 1932, S. 2,991. Im Ruhrgebiet sympathisierten laut NSDAP Anfang 1932 rund 35 Prozent aller Polizeibeamten mit der NS-Bewegung; GStA PK, I. HA, Rep. 77 titl. 4043, Nr. 311, S. 25-26: Bericht des Berliner Polizeipräsidenten an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf, 4. Februar 1932.
- 77 Wagner, *Volksgemeinschaft ohne Verbrecher*, S. 180-187. Siehe auch «Wegen Hochverrats verhaftet. Nationalsozialistische Spionage in der Polizei», *Vossische Zeitung*, 10. März 1932, S. 1; «Grzesinski erklärt», *Vossische Zeitung*, 12. März 1932, S. 3.
- 78 Karl Gerlach, *Rede im Sächsischen Landtag*, 26. April 1932, *Verhandlungen des Sächsischen Landtags*, 5. Wahlperiode, Bd. 3, Dresden 1932, S. 2, 946-7.
- 79 GStA PK, VI. HA, NL Daluege, Nr. 9, S. 20-24, hier S. 23: Regierungsrat Bach (Darmstadt), «Die Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung in Hessen, besonders im Odenwald».
- 80 «Hat man Ihnen schon zugeflüstert, dass ...», *Ulk*, 18. Dezember 1930.
- 81 Siegfried Kracauer, «Zertrümmerte Fensterscheiben», *Frankfurter Zeitung*, 16. Oktober 1930, zit. n. ders., *Essays, Feuilletons, Rezensionen*, 5:3 (1928-31), hg. v. Inka Mülder-Bach, Frankfurt am Main 2011, S. 348-350, hier S. 348.
- 82 Erich Kästner, *Fabian. Die Geschichte eines Moralisten*, Stuttgart und Hamburg 1946, S. 80.
- 83 Jürgen W. Falter, Thomas Lindenberger und Siegfried Schumann, *Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik: Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933*, München 1986, S. 41; GStA PK, I. HA, Rep. 219, Nr. 20, S. 196-199: Rundschreiben der KPD-Führung im Ruhrgebiet, 12. Dezember 1931.
- 84 Siehe dazu die eingehende Analyse von Paul, *Aufstand der Bilder*, S. 133-142; ferner Balister, *Gewalt und Ordnung*, insbes. S. 55-62, 198-204; Thomas Childers und Eugene Weiss, «Voters and Violence: Political Violence and the Limits of National Socialist Mass Mobilisation», *German Studies Review* 13:3 (1990), S. 481-498.
- 85 Stephan Malinowski, *Vom König zum Führer. Sozialer Niedergang und politische Radikalisierung im deutschen Adel zwischen Kaiserreich und NS-Staat*, 3. Aufl., Berlin 2003, S. 476.
- 86 Das ist einer der zentralen Befunde von Timothy S. Brown, *Weimar Radicals: Nazis and Communists between Authenticity and Performance*, New York und Oxford 2009.

- 87 Aussage des ehemaligen SA-Brigadeführers Franz Bock bei den Nürnberger Prozessen, Montag, 12. August 1946, [http://www.zeno.org/Geschichte/M/Der+N%C3%BCrnb%20er+Proze%C3%9F/Hauptverhandlungen/Zweihunderterster+Tag.+Montag,+12.+August+1946/Nachmittagssitzung+\(zuletzt+abgerufen+am+6.1.2019\)](http://www.zeno.org/Geschichte/M/Der+N%C3%BCrnb%20er+Proze%C3%9F/Hauptverhandlungen/Zweihunderterster+Tag.+Montag,+12.+August+1946/Nachmittagssitzung+(zuletzt+abgerufen+am+6.1.2019)).
- 88 Roger Griffin, »Political Modernism and the Cultural Production of ›Personalities of the Right‹ in Inter-War Europe«, in *In the Shadow of Hitler*, hg. v. Rady und Haynes, S. 20–37, hier S. 23; ders., »Fixing Solutions: Fascist Temporalities as Remedies for Liquid Modernity«, *Journal of Modern European History* 13:1 (2015), S. 5–22.
- 89 *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Teil 1, Band 1/II, S. 147 (Eintrag v. 11. November 1926).
- 90 Die amtlichen Kriminalstatistiken, wie vom Reichsjustizministerium bekannt gegeben, sind hier nur von begrenztem Nutzen, umfassen sie doch nur Verbrechen, die zu Ermittlungen und Verurteilungen führten; außerdem benennen sie nicht die Parteizugehörigkeit der Bestraften. Im Großen und Ganzen nahm die Verbrechenshäufigkeit 1931 und 1932 nicht merklich zu und blieb sogar unter den Werten der Jahre unmittelbar nach Ende des Ersten Weltkriegs. Verurteilungen wegen Hochverrats und wegen Verstoßes gegen Notverordnungen des Reichspräsidenten zur Ahndung politischer Terrorakte stiegen hingegen stark an. Siehe Reichsjustizministerium und Statistisches Reichsamt (Hg.), *Kriminalstatistik für das Jahr 1932: Statistik des Deutschen Reichs* 448, Berlin 1935, S. 20.
- 91 McElligott, »... und so kam es zu einer schweren Schlägerei«, S. 60–64, 69. Zu ähnlichen Vorfällen in Leipzig siehe Häberlen, *Vertrauen und Politik im Alltag*, S. 53–61; für Dortmund siehe Schmidt, »Terror und Terrainkämpfe«, S. 275–280.
- 92 BArch Berlin, R1501, Nr. 20234, S. 16: Reichsministerium des Innern, Mis I A 2000/13.5, 13. Mai 1932, zit. n. Camiel Oomen, »Wir sind die Soldaten der Republik!« *Das Berliner Reichsbanner und die Politische Gewalt 1930–1933*, Diss. Universität Utrecht 2007, S. 21.
- 93 Noakes, *The Nazi Party in Lower Saxony*, S. 186.
- 94 IfZ Archiv, ED 414, Bd. 181: »Statistik der Gewalt«, *Vossische Zeitung*, 19. Dezember 1931.
- 95 Häberlen, *Vertrauen und Politik im Alltag*, S. 44.
- 96 Zit. n. Schumann, *Politische Gewalt in der Weimarer Republik*, S. 306–307.
- 97 Rosenhaft, *Beating the Fascists?*, S. 6.
- 98 Siehe u. a. GStA PK, I. HA, Rep. 77 titl. 4041, Nr. 302, S. 69–70: Schreiben des Berliner Polizeipräsidenten an den preußischen Innenminister über die Fahndung nach Waffen bei einer NSDAP-Versammlung, 9. Mai 1930.
- 99 Grzesinski, *Im Kampf um die deutsche Republik. Erinnerungen eines deutschen Sozialdemokraten*. Schriftenreihe der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Bd. 9, hg. v. Eberhard Kolb, München 2001, S. 229.
- 100 Details siehe bei Ulrich Herbert, *Best: Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft, 1903–1989*, Bonn 1996, S. 112–119.
- 101 Schepua, *Nationalsozialismus in der pfälzischen Provinz*, S. 87–91; »Bomben für Boxheim«, *Vossische Zeitung*, 10. März 1932, S. 1. Zu Eicke siehe die ausführliche biografische Studie von Niels Weise, *Eicke. Eine SS-Karriere zwischen Nervenlinik, KZ-System und Waffen-SS*, Paderborn 2013, insbes. S. 95–176 zu den Bombenanschlägen in der Pfalz.
- 102 Herbert, *Best*, S. 116, 118.
- 103 Beispiele bei Häberlen, *Vertrauen und Politik im Alltag*, S. 69–72.

- 104 Christian Goeschel, «The Criminal Underworld in Weimar and Nazi Germany», *History Workshop Journal* 75:1 (2013), S. 58-80; Siemens, *Horst Wessel*, S. 25-26, mit weiteren Verweisen.
- 105 Kessinger, *Die Nationalsozialisten in Berlin-Neukölln 1925-1933*, S. 98.
- 106 Sven Reichardt, «Violence and Community: A Micro-Study on Nazi Storm Troopers», *Central European History* 46:2 (2013), S. 275-297; die leicht abgewandelte deutsche Fassung dieses Aufsatzes ist erschienen als «Vergemeinschaftung durch Gewalt: Der SA-,Mördersturm 33' in Berlin-Charlottenburg», in *SA-Terror als Herrschaftssicherung*, hg. v. Stefan Hördler, S. 110-129.
- 107 StA München, Pol. Dir. 6805: Auszug aus einem Lagebericht der Münchener Polizei, Nr. 101, München, 9. Juni 1931; Helmut von Klotz, *Wirgestalten durch unser Führerkorps die Zukunft!*, Berlin 1932, S. 4.
- 108 Chris Bowlby, «Blutmai 1929: Police, Parties and Proletarians in a Berlin Confrontation», *Historical Journal* 29:1 (1986), S. 137-158; Thomas Kurz, «Blutmai»: *Sozialdemokraten und Kommunisten im Brennpunkt der Berliner Ereignisse von 1929*, Bonn 1988; Léon Schirmann, *Altonaer Blutsonntag, 17. Juli 1932. Dichtungen und Wahrheit*, Hamburg 1994; McElligott, *Contested City*, S. 192-194; Trauthig, *Im Kampf um Glauben und Kirche*, S. 54.
- 109 Wie Robert Gerwarth betont, hielt sich während der gesamten Dauer der 1920er Jahre in den Reihen der jungen und radikalen politischen Aktivisten, die in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts und bis in die 1930er Jahre hinein die Bühne betraten, ein parteiübergreifender Konsens, der besagte, die Anwendung von Gewalt sei ein legitimes oder sogar notwendiges Mittel der Politik. Siehe Gerwarth, «Rechte Gewaltgemeinschaften und die Stadt nach dem Ersten Weltkrieg», S. 115.
- 110 Grzesinski, *Im Kampf um die deutsche Republik*, S. 227.
- 111 Zit. n. Reschke, *Kampf um den Kiez*, S. 100.
- 112 Universitätsarchiv Köln (UAK), Zugang 386, Nr. 294: *Anklageschrift gegen Toni Winkelkemper u.a.*, 24. April 1931.
- 113 Josef Frings, später Erzbischof von Köln und Kardinal, war von 1928 bis 1937 Pfarrer an St. Joseph in Köln-Braunsfeld. In der Nachkriegszeit gewann er breite Popularität, da er die aus Not begangenen Diebstähle von Lebensmitteln und Kohle in dem ausserordentlich kalten Winter 1946/47 für zulässig erklärte. Daraufhin erfand der Volksmund für das Klauen oder Mitgehenlassen von lebensnotwendigen Dingen den Ausdruck «fringsen». Siehe Norbert Trippen, *Joseph Kardinal Frings (1887-1978)*. Band 1: *Sein Wirken für das Erzbistum Köln und für die Kirche in Deutschland*, Paderborn 2003.
- 114 Siehe das Schreiben der Kölner Anklagebehörde an den Präsidenten der Universität Köln v. 21. Juli 1931. Zu diesem zweiten Urteil siehe insbes. «Keine Sühne für den Nazi-Überfall in Braunsfeld!», *Lokalanzeiger*, 10. Oktober 1931 (Morgenausgabe), beides in UAK, Zugang 386, Nr. 294.
- 115 Gerhard Nebel, «*Alles Gefühl ist leiblich*»: *Ein Stück Autobiographie*, hg. v. Nicolai Riedel, Marbach am Neckar 2003, S. 130-131.
- 116 Paul, *Aufstand der Bilder*, S. 133-134.
- 117 Die Nazis bezeichneten den Boulevard zuweilen als «Kohnfürstendamm», eine Anspielung auf die vermeintlich überproportionale Präsenz von Juden in diesem Strassenzug. Siehe Kjøstved, «Dynamics of Mobilisation», S. 341.
- 118 Walter, *Antisemitische Kriminalität und Gewalt*, S. 211-221; Hecht, *Deutsche Juden und Antisemitismus in der Weimarer Republik*, S. 236-268.

- 119 Herbert Linder, *Von der NSDAP zur SPD*, S. 152-153.
- 120 Detaillierte statistische Angaben zur Erwerbslosigkeit in Deutschland zu diesem Zeitpunkt finden sich in Detlev Humann, «*Arbeitsschlacht*»: *Arbeitsbeschaffung und Propaganda in der NS-Zeit 1933-1939*, Göttingen 2011, S. 10-20, https://www.wallstein-verlag.de/Statistiken_Humann_AS.pdf (zuletzt abgerufen am 28.12.2018). Zur grossen Zahl von Erwerbslosen in der SA siehe Theodor Geiger, *Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Soziographischer Versuch auf statistischer Grundlage*, Stuttgart 1932, S. 110-111.
- 121 Kessinger, *Die Nationalsozialisten in Berlin-Neukölln*, S. 99; Reschke, *Kampf um den Kiez*, S. 128; Longerich, *Die braunen Bataillone*, S. 85.
- 122 Grant, *Stormtroopers and Crisis in the Nazi Movement*, S. 31. Am 1. Februar 1933 meldete die SA selbst eine Erwerbslosenrate von 75 Prozent; siehe Fischer, *Stormtroopers*, S. 48.
- 123 NSDAP-Mitglieder leisteten einen Beitrag zum Budget der SA in Höhe von 10 bzw. (von September 1930 an) 20 Pfennig im Monat. Die SA hatte daher eindeutig ein finanzielles Interesse daran, dass ihre Mitglieder auch in die Partei eintraten. Siehe Longerich, *Geschichte der SA*, S. 134; Mühlberger, *Hitlers Followers*, S. 160. Zu den hohen Fluktuationsraten in der SA in den frühen 1930er Jahren siehe Jamin, «Zur Rolle der SA im nationalsozialistischen Herrschaftssystem», S. 331-333.
- 124 Mann, *Fascists*, S. 168. Für eine eingehendere Erörterung dieses Themas siehe Bessel, *Political Violence and the Rise of Nazism*, S. 45-49; Hattenhorst, *Magdeburg 1933*, S. 106-110.
- 125 Walter Struve, «Arbeiter und Nationalsozialismus in Osterode am Harz bis 1933», in *Norddeutschland im Nationalsozialismus*, hg. v. Frank Bajohr, Hamburg 1993, S. 67-82, hier S. 75.
- 126 Bessel, *Political Violence and the Rise of Nazism*, S. 46.
- 127 Es liegen zahlreiche ältere Forschungsarbeiten zur sozialen Zusammensetzung der SA vor, die teilweise einseitig hervorhoben, dass die SA in Arbeitervierteln nicht wirklich Fuss fassen konnte, auch wenn sie dort strichweise Erfolge erzielte. Jüngere Studien lassen jedoch den Schluss zu, dass die SA für Arbeiter sehr wohl in dem Mass attraktiver wurde, wie sich die Wirtschaftslage von 1929 an verschlechterte. Siehe Longerich, *Geschichte der SA*, S. 81-85; Reichardt, *Faschistische Kampfbünde*, S. 310-323; Schmiechen-Ackermann, «Nationalsozialismus und Arbeitermilieus», S. 268-269, 322-335; Mann, *Fascists*, S. 167-168.
- 128 Zum Rückgang des Alkoholkonsums zwischen 1929 und 1933 und zu den gesellschaftlichen und fiskalischen Folgen siehe Thomas Welskopp, «Halbleer oder halbvoll? Alkoholkonsum und Konsumkultur in den Vereinigten Staaten und im Deutschen Reich in der Zwischenkriegszeit: Biergeschichte(n)», in *Die vielen Gesichter des Konsums: Westfalen, Deutschland und die USA 1830-2000*, hg. v. Michael Prinz, Paderborn 2016, S. 183-207, hier S. 201-205. Eine eingehende Analyse der Relevanz der Sturmlokale für die SA findet sich bei Reichardt, *Faschistische Kampfbünde*, S. 449-468.
- 129 Longerich, *Geschichte der SA*, S. 130-131; GStA PK, I. HA, Rep. 77 titl. 4043, Nr. 311, S. 4: Der Oberste SA-Führer zur «Arbeitsdienstpflicht», 31. Dezember 1931.
- 130 Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands (Hg.), *Jahrbuch der Christlichen Gewerkschaften 1932: Bericht über das Jahr 1931*, Berlin 1932, S. 76-77.
- 131 Diese Zahlen sind übernommen aus der von Reichardt, *Faschistische Kampfbünde*, S. 258-259, erstellten Synopsis.

- 132 BArch Berlin, NS 26/2521: Brief von Hellmuth v. Mücke an Herrn Friedrich, 29. August 1929 (Hervorhebung im Original). Mückes Ärger hatte seinen Grund teilweise in seinen persönlichen Streitigkeiten mit dem NSDAP-Gauleiter von Sachsen, Mutschmann, und dem SA-Obergruppenführer von Killinger, doch übt er in seinem Brief auch Kritik an der Propaganda-Arbeit der Partei, die an kurzlebige Empfindungen appelliere, ohne eine längerfristig wirksame geistige Führung anzubieten. Siehe dazu Paul, *Aufstand der Bilden* S. 51-52. Ein Beispiel für eine ähnlich kritische Distanzierung eines enttäuschten ehemaligen NS-Aktivisten, der sich nach seinem Bruch mit den Nazis der SPD anschloss, schildert Helmut von Klotz, *Wir gestalten durch unser Führerkorps die Zukunft!*; Linder, *Von der NSDAP zur SPD*, S. 140-189.
- 133 In Oktober 1927 wurde Stennes zum OSAF-Ost ernannt, also zum «Führer der SA in Ostdeutschland». Siehe Patrick Moreau, *Nationalsozialismus von links. Die «Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten» und die «Schwarze Front» Otto Strassers 1930-1935*, München 1984, S. 12-101; Reinhard Kühnl, *Die nationalsozialistische Linke 1925-1930*, Meisenheim am Glan 1966.
- 134 RGVA, Osobyi Archives, Fond 720, Opus 1, Nr. 43, S. 6: «Wo stehen wir?», *Das Sprachrohr. Organ der Berliner NSDAP*, November 1930. Eine scharfsichtige, bereits 1930 erstellte Analyse der Unvereinbarkeiten in den wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Positionen der Nazis liefert Decour, *Philisterburg*, S. 88-89.
- 135 RGVA, Osobyi Archives, Fond 720, Opus 1, Nr. 43, S. 61: «Politische Schulung der SA: Was trennt uns von der NSDAP?», maschinenschriftliches Manuskript, 6. Oktober 1931; Siemens, «Prügelpropaganda», S. 36.
- 136 Zu Einzelheiten siehe Hancock, *Ernst Röhm*, S. 105-110.
- 137 Ein Grund für den Unmut dieser Männer war, dass sie sich als Kandidaten für die bevorstehende Parlamentswahl angeboten hatten, nach anfänglichen positiven Signalen aber von der Partei nicht berücksichtigt wurden. Näheres bei Sauer, «Goebbels' ‚Rabauken‘. Zur Geschichte der SA in Berlin-Brandenburg», in *Berlin in Geschichte und Gegenwart*, hg. v. Uwe Schaper, Berlin 2006, S. 107-164, hier S. 121-122; Moreau, *Nationalsozialismus von links*, S. 71-81; Bernhard Fulda, *Press and Politics in the Weimar Republic*, Oxford und New York 2009, S. 159-162.
- 138 BArch Berlin, NS 23/510: Ernst Röhm, Erlass v. 31. März 1931.
- 139 GStA PK, I. HA, Rep. 77 titl. 4043, Nr. 32, S. 147-149: Polizeipräsidium Berlin, Abt. LA, über die NSDAP in der Hauptstadt, 27. November 1930.
- 140 Siehe zu diesen Vorgängen die ausgezeichnete (höchstwahrscheinlich von der Berliner Polizei erstellte) Denkschrift «Gründe und Auswirkungen des Zwists Hitler-Stennes», in RGVA, Osobyi Archives, Fond 720, Opus 1, Nr. 47, S. 97-110.
- 141 Die aus diesem Zusammenschluss hervorgegangene Gruppierung nannte sich *Nationalsozialistische Kampfgemeinschaft Deutschland*. Siehe RGVA, Osobyi Archives, Fond 720, Opus 1, Nr. 43, S. 13-14: NSKD (*Nationalsozialistische Kampfgemeinschaft Deutschland*), Die Oberste SA-Führung, SABE 6 [= SA-Befehl 6] vom 6. Juni 1931. Einen plastischen Eindruck vom Selbstverständnis dieser Gruppe als militante Vorhut der Arbeiterklasse vermittelt u.a. ihr Kampflied «Arbeiter, Bauern, Soldaten», gesungen zur Melodie von «Brüder aus Zechen und Gruben» (das wiederum eine nationalsozialistische Abwandlung der berühmten Sozialistenhymne «Brüder, zur Sonne, zur Freiheit» war); siehe ebd., S. 40.
- 142 RGVA, Osobyi Archives, Fond 720, Opus 1, Nr. 43, S. 20-22, hier S. 20: Nationalsozialistische Kampfbewegung, SA-Befehl Nr. 4, o. J. Vor diesem Hintergrund erscheint Jamins Urteil, bei den beiden Stennes-Revoluten seien «sozialistische» oder «révolutionäre» Ideen nur von zweit-

- rangiger Bedeutung gewesen, zweifelhaft; siehe Jamin, «Zur Rolle der SA im nationalsozialistischen Herrschaftssystem», S. 334.
- 143 RGVA, Osobyi Archives, Fond 720, Opus 1, Nr. 43, S. 14: NSKD, Die Oberste SA-Führung, SABE 6 vom 6. Juni 1931.
- 144 RGVA, Osobyi Archives, Fond 720, Opus 1, Nr. 43, S. 7-8: G. Kübler, *Die «R.K.» (Revolutionäre Kämpfer)*, Abschrift der zweiten Ausgabe der «Schulungsbriefe der Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten», März 1931.
- 145 RGVA, Osobyi Archives, Fond 720, Opus 1, Nr. 43, S. 55: Mitteilung Nr. 18 des Landeskriminalamts LA Berlin der Preussischen Polizei, 15. September 1931; Gailus und Siemens, «*Hass und Begeisterung bilden Spalier*», S. 107,142; Krüger, «Die Brigade Ehrhardt», S. 122.
- 146 RGVA, Osobyi Archives, Fond 720, Opus 1, Nr. 43, S. 20-22, hier S. 20: Nationalsozialistische Kampfbewegung, SA-Befehl Nr. 4, o. J.; Moreau, *Nationalsozialismus von links*, S. 41-71,102-199. Zur Organisation der regionalen Gruppierungen der Stennes-SA siehe auch «Anlage 1 zu Sabe 7», in RGVA, Osobyi Archives, Fond 720, Opus 1, Nr. 43, S. 30-31. Zu Stennes' Lebenslauf nach 1934 siehe Charles Drage, *The Amiable Prussian*, London 1958, S. 105-192; Mechtild Leutner (Hg.), *Deutschland und China 1937-1949: Politik – Militär – Wirtschaft – Kultur. Eine Quellensammlung*, Berlin 1998, S. 67,108.
- 147 Offener Brief an Hitler, veröff. am 10. September 1931 in *Nachrichten für Stadt und Land*, zit. n. Noakes, *The Nazi Party in Lower Saxony*, S. 184-185.
- 148 Eine Übersicht aus jüngerer Zeit über die spektakulärsten «Korruptionskandale» der Weimarer Republik gibt Annika Klein, *Korruption und Korruptionskandale in der Weimarer Republik*, Göttingen 2014.
- 149 RGVA, Osobyi Archives, Fond 720, Opus 1, Nr. 47, S. 97-110, hier S. 101: «Gründe und Auswirkungen des Zwists Hitler-Stennes».
- 150 *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Teil 1, Band 2/II, S. 361 (Eintrag v. 11. September 1932).
- 151 BArch Berlin, NS 23/510: Abschrift des Lageberichts v. 20. Oktober 1932 der Münchener Polizei.
- 152 BArch Berlin, NS 23/337, S. 228: Entwicklung der Mitgliederzahlen der SA von Juli 1932 bis Januar 1933.
- 153 Mühlberger, *Hitlers Followers*, S. 166-180; Reichardt, *Faschistische Kampfbünde*, S. 267-269.
- 154 Mechtild Hempte, *Ländliche Gesellschaft in der Krise: Mecklenburg in der Weimarer Republik*, Köln 2002, S. 57-128,181-199.
- 155 Schuster, *Die SA in der nationalsozialistischen «Machtergreifung»*, S. 94-95.
- 156 Siehe Geiger, *Die soziale Schichtung des deutschen Volkes*, S. 114, und die weiter unten angeführten Geschichtsstudien.
- 157 Matthiesen, *Greifswald in Vorpommern*, S. 221.
- 158 Heinrich Schoene, geb. am 25. November 1889 in Berlin, machte im «Dritten Reich» eine bemerkenswerte Karriere: Im Februar 1934 wurde er zum Polizeipräsidenten von Königsberg und zum SA-Gruppenführer Ostmark ernannt. Vom 1. September 1941 an amtierte er als Generalkommissar des Generalbezirks Wolhynien-Podolien im Reichskommissariat Ukraine. Schoene starb im April 1945. Zu Details seiner Biografie siehe BArch Berlin, SA 400003464 (Schoene, Heinrich). Zu seiner Mittäterschaft bei der Misshandlung von Zivilisten in der Ukraine siehe Karel C. Berkhoff, *Harvest of Despair: Life and Death in Ukraine under Nazi Rule*, Cambridge, MA, und London 2004, S. 267-268.

- 159 GStA PK, I. HA, Rep. 77, titl. 4043, Nr. 309, S. 337–338: Bericht über Reden des Führers der SA-Gruppe Ober-Nord, Major a.d. Dinglage [Karl Dincklage] und seines Adjutanten Schöhne [Heinrich Schoene], 8. März 1929.
- 160 BArch Berlin, NS 23/1239: Heinrich Schoene, *Gaubefehl*, 10. Mai 1929.
- 161 Siehe insbes. Alexander Otto-Morris, *Rebellion in the Province: The Landvolkbewegung and the Rise of National Socialism in Schleswig-Holstein*, Frankfurt am Main 2013; ders., »Bauer, wahre dein Recht!« Landvolkbewegung und Nationalsozialismus 1928/30«, in »Siegessäuge in der Nordmark«: Schleswig-Holstein und der Nationalsozialismus 1925–1950. Schlaglichter – Studien – Rekonstruktionen, hg. v. Kay Dohnke u. a., Kiel 2009, S. 55–74; Gerhard Stoltenberg, *Politische Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolk 1918–1933: Ein Beitrag zur politischen Meinungsbildung in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1962, S. 128–181; Rudolf Heberle, *Landbevölkerung und Nationalsozialismus: Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918–1932*, Stuttgart 1963. Zu einer ähnlichen Entwicklung in Westpommern siehe Matthiesen, *Greifswald in Vorpommern*, S. 220–238.
- 162 Pyta, *Dorfgemeinschaft und Parteipolitik 1918–1933*, S. 472–478; Gerhard Reifferscheid, »Die NSDAP in Ostpreußen: Besonderheiten ihrer Ausbreitung und Tätigkeit«, *Zeitschrift für die Geschichte und Altertumskunde Ermlands* 39 (1978), S. 61–85, hier S. 64, 67; Schnabel, »Die NSDAP in Württemberg 1928–1933«, GStA PK, VI. HA, NL Daluge, Nr. 9, S. 20–24; Regierungsrat Bach (Darmstadt), »Die Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung in Hessen, besonders im Odenwald«, GStA PK, I. HA, Rep. 77 titl. 4043, Bd. 311, S. 318; Ratcliffe (Hg.), »Denkschrift über Kampfvorbereitung und Kampfgrundsätze radikaler Organisationen«, 1931. Zu den Wahlkämpfen der NSDAP im ländlichen Bayern siehe Geoffrey Pridham, *Hitler's Rise to Power: The Nazi Movement in Bavaria, 1923–1933*, London 1973, S. 224–236.
- 163 Pridham, *Hitler's Rise to Power*, S. 229.
- 164 Bösch, *Das konservative Milieu*, S. 116–132. Zu ähnlichen Prozessen in Kleinstädten siehe Koshar, »From Stammtisch to Party«, Bergerson, *Ordinary Germans in Extraordinary Times*.
- 165 Pyta, *Dorfgemeinschaft und Parteipolitik 1918–1933*, S. 324–432; Adelheid von Saldern, »Sozialmilieus und der Aufstieg des Nationalsozialismus in Norddeutschland (1930–1933)«, in *Norddeutschland im Nationalsozialismus*, hg. v. Frank Bajohr, Hamburg 1993, S. 20–52, hier S. 36.
- 166 Mühlberger, *Hitler's Followers*, S. 164. Im ländlichen Bayern stellte sich die Lage merklich anders dar als in Norddeutschland. Hier waren Angehörige der Unterschicht, gelernte wie auch ungelernete Arbeiter, in der Überzahl. Siehe ebd., S. 165–166.
- 167 Bösch, *Das konservative Milieu*, S. 119.
- 168 Pridham, *Hitler's Rise to Power*, S. 131.
- 169 Pyta, *Dorfgemeinschaft und Parteipolitik 1918–1933*, S. 324–329.
- 170 Hans-Helmuth Krenzlin, *Das NSKK: Wesen, Aufgaben und Aufbau des Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps, dargestellt an einem Abriss seiner geschichtlichen Entwicklung*, Berlin 1939, S. 7.
- 171 RGVA, Osobyi Archives, Fond 720, Opis 1, Nr. 47, S. 143–153, hier S. 148–149; Denkschrift der badischen Polizei, *Die SA und SS der NSDAP*, Karlsruhe, 15. Mai 1931; Hochstetter, *Motorisierung und »Volksgemeinschaft«*, S. 21–39; Krenzlin, *Das NSKK*, S. 9–11. Zur NSKK-Begeisterung der Arbeiterjugend siehe Michael Zimmermann, »Ausbruchshoffnung: Junge Bergleute in den Dreißiger Jahren«, in »Die Jahre weiß

- man nicht, wo man die heute hinsetzen soll*»: *Faschismuserfahrungen im Ruhrgebiet*, hg. v. Lutz Niethammer, Bonn 1983, S. 97-132, hier S. 101-102.
- 172 In ländlichen Gebieten mit überwiegend katholischen Einwohnern etablierte sich die SA als organisierte Bewegung später und tat sich bei der Rekrutierung von Mitgliedern schwerer, wobei allerdings starke Abweichungen von Ort zu Ort vorkamen. Siehe Heilbronner, *Catholicism, Political Culture and the Countryside*, S. 112-115, mit weiteren Verweisen.
- 173 Benjamin Schröder, «Stately Ceremony and Carnival: Voting and Social Pressure in Germany and Britain between the World Wars», *Comparativ: Zeitschrift für Globalgeschichte und vergleichende Gesellschaftsforschung* 23:1 (2013), S. 41-63, hier S. 61,63.
- 174 Für eine eingehendere Analyse zu diesem Thema siehe Daniel Siemens, «Gegen den ‚gesinnungsschwachen Stimmtzelträger‘, Emotion und Praxis im Wahlkampf der späten Weimarer Republik», in *Kultur und Praxis der Wahlen: Eine Geschichte der modernen Demokratie*, hg. v. Hedwig Richter und Hubertus Buchstein, Wiesbaden 2017, S. 215-236.
- 175 Zu von Oberritz siehe Utho Grieser, *Himmels Mann in Nürnberg. Der Fall Benno Martin: Eine Studie zur Struktur des Dritten Reiches in der «Stadt der Reichsparteitage»*, Nürnberg 1974, S. 44-61.
- 176 Zu den Sympathien erheblicher Teile des ostdeutschen Adels für die NSDAP in den späten 1920er und frühen 1930er Jahren siehe Bergien, *Die bellizistische Republik*, S. 308-323; Malinowski und Reichardt, «Die Reihen fest geschlossen?».
- 177 GStA PK, I. HA, Rep. 77, titl. 4013, Nr. 311, S. 210-214: SA-Untergruppe Oberschlesien, «Besondere Anordnung: Propagandastürme für die Wahlarbeit», 22. März 1932.
- 178 GStA PK, I. HA, Rep. 77, titl. 4013, Nr. 311, S. 65: Bericht des Regierungsrats Dr Müller.
- 179 GStA PK, I. HA, Rep. 77, titl. 4043, Nr. 311, S. 5: Der Oberste SA-Führer über Propaganda-Aufmärsche, 7. Januar 1932. Wie die Debatten im Rotfrontkämpferbund über die Teilnahme von Frauen an Strassenaufmärschen zeigen, war eine solche Regelung keine Spezialität der NSDAP, sondern ein Wesensmerkmal des «männlichen» Charakters der Weimarer Strassenpolitik. Für eine eingehende Erörterung dieses Problems siehe Daniel Siemens, «Erobern statt Verführen: Die Kategorie Geschlecht in der Politik der Strasse der Weimarer Republik», in *Geschlechter (un) Ordnung und Politik in der Weimarer Republik*, hg. v. Gabriele Metzler und Dirk Schumann, Bonn 2016, S. 255-277.
- 180 Moritz Föllmer hat vor kurzem argumentiert, dass der Nationalsozialismus der individuellen Entwicklung weit mehr Spielraum liess als bisher angenommen. Er konzentrierte sich bei seiner Analyse allerdings sehr stark auf deutsche Männer und Frauen aus der (grosszügig definierten) Mittelschicht. Obwohl Föllmers allgemeinem Fazit, das NS-Regime habe die Umformung des Einzelnen gefördert, zuzustimmen ist, sollten doch im Rahmen einer solchen Untersuchung Aspekte der Klassenzugehörigkeit stärker berücksichtigt werden. Die Geschichte der SA zeigt eindeutig die Grenzen dynamischer Klassendurchlässigkeit und individueller Aufstiegschancen auf. Siehe Moritz Föllmer, «The Subjective Dimension of Nazism», *Historical Journal* 56:4 (2013), S. 1,107-132.
- 181 Stefan Jonsson, *Crowds and Democracy: The Idea and Image of the Masses from Revolution to Fascism*, New York 2013, S. 250.
- 182 Siegfried Kracauer, *Das Ornament der Masse: Essays*, Frankfurt am Main 1963, S. 50-63, hier insbes. S. 53, 60-63.
- 183 Ebd., S. 54, 57.

- 184 Theweleit, *Männerphantasien*.
- 185 Diese Beobachtung passt auch zu den soziologischen Befunden von Lewis A. Coser. Er argumentiert, dass »gierige« Organisationen dazu neigen, in stabilen sexuellen Bindungen eine Gefahr für die totale Loyalität und Hingabe zu sehen, die sie von allen oder manchen ihrer Mitglieder verlangen. Siehe Coser, *Gierige Institutionen. Soziologische Studien über totales Engagement*, Berlin 2015, S. 141.
- 186 RGVA, Osobyi Archives, Fond 720, Opis 1, Nr. 47, S. 372–437, hier S. 386; Werner von Fichte, *Abschrift einer Broschüre über die SA*, ohne Titel und Datum, 65 Seiten.
- 187 Ferdinand Tuohy, *Craziways, Europe*, London 1934, S. 18, zit. n. Angela Schwarz, »British Visitors to National Socialist Germany«, *Journal of Contemporary History* 28:3 (1993), S. 487–509, hier S. 490–491. Die am 20. April 1931 erlassenen Richtlinien für SA-Ärzte verpflichteten diese dazu, den SA-Männern regelmäßig Vorträge über persönliche Hygiene, Ernährung und Geschlechtskrankheiten zu halten. Um der Anfälligkeit für letztere entgegenzuwirken, wurden die Ärzte aufgefordert, sexuelle Enthaltensamkeit zu propagieren. Siehe BArch Berlin, NS 23/510: [Reichsarzt] Paul Hocheisen, »Anweisung betr. Aufgaben und Tätigkeit der SA-Ärzte«, 20. April 1931.
- 188 Kracauer, *Das Ornament der Masse*, S. 60–61.
- 189 Rede von Joseph Goebbels zur Eröffnung der Berliner Autoausstellung am 17. Februar 1939, zit. n. Wolfgang Emmerich und Carl Wege (Hg.), *Der Technikediskurs in der Hitler-Stalin-Ära*, Stuttgart und Weimar 1995, S. 87.
- 190 Goebbels, Rede in der Heidelberger Stadthalle am 7. Juli 1943, zit. n. Jost Müller, *Mythen der Rechten*, E-Book, Berlin und Amsterdam 2018, S. 42–43.
- 191 Diese Tendenz dominierte bis in die 1980er Jahre hinein in weiten Teilen der Geschichtsschreibung zum »Aufstieg« des Nationalsozialismus; siehe Oded Heilbroner, »The Role of Nazi Antisemitism in the Nazi Party's Activity and Propaganda: A Regional Historiographical Study«, *Year Book of the Leo Baeck Institute* 35 (1990), S. 397–439.
- 192 Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (Hg.), *Eine Aussprache über die Judenfrage zwischen Dr. Margarete Adam (mit einem Nachwort: Warum habe ich nationalsozialistisch gewählt) und Dr. Eva Reichmann-Jungmann*, Berlin 1930/31, S. 19, 23.
- 193 Für Details über dieses Treffen siehe Heinrich August Winkler, *Der Weg in die Katastrophe: Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik*, Berlin und Bonn 1987, S. 432–434.
- 194 Brief von Ernst Brandi an seinen Sohn F. H. Brandi vom 7. März 1932, zit. n. Werner Abelshäuser, *Ruhrkohle und Politik: Ernst Brandi 1875–1933. Eine Biographie*, Essen 2009, S. 71.
- 195 Ebd., S. 90.
- 196 Siegfried Kracauer, »Die deutschen Bevölkerungsschichten und der Nationalsozialismus«, in ders., *Essays, Feuilletons, Rezensionen* 5:4, S. 433–445, hier S. 439.
- 197 Reichardt, *Faschistische Kampfbünde*, S. 110–111.
- 198 Brief von Ernst Brandi an seinen Sohn F. H. Brandi vom 7. März 1932, zit. n. Abelshäuser, *Ruhrkohle und Politik*, S. 71.
- 199 Zur Unterstützung der NSDAP durch die Wirtschaft und zu den Grenzen dieser Unterstützung siehe Henry Ashby Turner, Jr., »Alliance of Elites« as a Cause of Weimar's Collapse and Hitler's Triumph?, in *Die deutsche Staatskrise 1930–1933*, hg. v. Heinrich August Winkler, München 1992, S. 205–214; Jürgen John, »Zur politischen

- Rolle der Grossindustrie in der Weimarer Staatskrise. Gesicherte Erkenntnisse und strittige Meinungen», in *Die deutsche Staatskrise 1930-1933*, S. 215-23 7.
- 200 *Hamburger Echo*, Nr. 250 v. 18. Oktober 1932, zit. n. McElligott, «... und so kam es zu einer schweren Schlägerei!», S. 72.
- 201 Diesen Begriff benutzt Grzesinski, *Im Kampf um die deutsche Republik*, S. 229.
- 202 Deutsche Hochschule für Politik (Hg.), *Seminar für SA-Führer: Winter-Lehrgang 1937/38*, Berlin 1937, S. 16.
- 203 Friedrich Lenger, *Metropolen der Moderne: Eine europäische Stadtgeschichte seit 1850*, München 2013, S. 393. Bei den genannten Studien handelt es sich um Schumann, *Politische Gewalt in der Weimarer Republik*, Blasius, *Weimars Ende*, und Fulda, *Press and Politics*.
- 204 Zu unterschiedlichen Blickwinkeln auf diese Entwicklung siehe Michael Wildt, *Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung: Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919 bis 1939*, Hamburg 2007; Szejnmann, *Nazism in Central Germany*; Bergien, *Die bellizistische Republik*; Schmidt, *Schützen und Dienen*.
- 205 Winkler, *Der Weg in die Katastrophe*, S. 646-680.
- 206 Mehrere SA-Führer, darunter Wilhelm Stegmann in Nürnberg, forderten Ende 1932 eine Rückkehr zur Wehrverband-Strategie für den Fall, dass Hindenburg sich weiter weigerte, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen. Nach internen Auseinandersetzungen trat Stegmann Anfang 1933 aus der NSDAP aus und organisierte das Freikorps Franken, das auf 2'000 bis 3'000 Mitglieder anwuchs. Die Ereignisse vom 30. Januar 1933 bereiteten den Boden für eine fortgesetzte Agitation dieser und ähnlicher Gruppen. Siehe Longerich, *Geschichte der SA*, S. 163-164.
- 207 Fulda, *Press and Politics*, S. 201; Lenger, *Metropolen der Moderne*, S. 393.
- 208 Sebastian Ulrich, *Der Weimar-Komplex: Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik*, Göttingen 2009, insbes. S. 79-143, 376-535»
- 209 Nach Angaben von Heinrich Bennecke, dem Stabschef der SA, war Röhm bei diesem Anlass nicht anwesend, sondern nahm an einem geselligen Abend an der SA-Reichsführerschule in München teil und verfolgte das Geschehen am Radio; Peschel (Hg.), *Die SA in Sachsen vor der «Machtübernahme»*, S. 76.
- 210 Peter Fritzsche, *The Turbulent World of Franz Göll: An Ordinary Berliner Writes the Twentieth Century*, Cambridge, MA, und London 2011, S. 149.
- 211 Zit. n. Bernt Engelmann, *Im Gleichschritt Marsch: Wie wir die Nazizeit erlebten 1933-1939*, Köln 1982, S. 51. Eine detaillierte, wenn auch leicht überzeichnete Beschreibung dieses Umzugs auf Grundlage später veröffentlichter Memoiren und der Berichterstattung in der NS-Presse bietet Peter Fritzsche, *Germans into Nazis*, Cambridge, MA, und London 1998, S. 139-141.

3 Der braune Kult um Jugendlichkeit und Gewalt

- 1 Benito Mussolini, *Die Lehre des Faschismus*, Florenz 1937, S. 12.
- 2 Ernst Bloch, «Erinnerung: Hitlers Gewalt», *Das Tage-Buch* 5:15 (1924), 12. April, S. 474-477-3 Ebd.
- 4 Martin Blinkhorn, *Fascism and the Right in Europe, 1919-1945*, Harlow 2000, S. 19-24»
- 5 Patrizia Dogliani, «Propaganda and Youth», in *The Oxford Handbook of Fascism*, hg. v. R.J.B. Bosworth, Oxford und New York 2009, S. 185-202, hier S. 186.

- 6 Siehe Michael Geyer, «The Militarization of Europe 1914-1945», in *The Militarization of the Western Worlds* hg. v. John R. Gillis, New Brunswick, NJ, 1989, S. 65-102. Rüdiger Bergien hat vor kurzem den ziemlich freizügigen Gebrauch des Begriffs «Militarisierung» in vielen Arbeiten kritisiert und als bessere Alternative «Bellizismus» vorgeschlagen; siehe Bergien, *Die bellizistische Republik*, S. 33-37. Ich ziehe ungeachtet dessen den eingeführten Ausdruck «Militarisierung» vor, solange man eine sehr enge Deutung des Begriffs vermeidet, bei der er auf die Vorbereitung eines konventionellen Krieges reduziert wird.
- 7 Siehe insbes. Merkl, *Political Violence under the Swastika*, S. 231-310.
- 8 Für einen Überblick aus jüngerer Zeit siehe Rohkrämer, *Die fatale Attraktion des Nationalsozialismus*, S. 151-160.
- 9 Siehe u.a. O'Sullivan, *Fascism*, S. 33-84.
- 10 Siehe Kater, «Ansätze zu einer Soziologie der SA», S. 815-817; Campbell, *SA Generals*, S. 29-79. Andere Historiker haben jedoch darauf hingewiesen, dass die SA nicht immer und nicht überall die «junge» Organisation war, als die die Partei sie porträtierte. Im Schwarzwald zum Beispiel waren die frühesten SA-Aktivist*innen überwiegend Mitte bis Ende dreissig. Siehe Heilbronner, *Catholicism, Political Culture and the Countryside*, S. 62-63.
- 11 Eine kritische Position vertritt Benninghaus, «Das Geschlecht der Generation».
- 12 Ernst Günther Gründel, *Die Sendung der jungen Generation*, München 1932. Das Phänomen dieser selbst ernannten «Kriegsjugendgeneration» ist ausgiebig analysiert worden: Siehe Andrew Donson, *Youth in the Fatherless Land: War Pedagogy, Nationalism, and Authority in Germany, 1914-1918*, Cambridge, MA, 2010, S. 59-107; Herbert, *Best*; Helmut Lethen, *Cool Conduct: The Culture of Distance in Weimar Germany*, Berkeley, CA, und London 2002; Daniel Siemens, «Kühle Romantiker: Zum Geschichtsverständnis der ‚jungen Generation‘ in der Weimarer Republik», in *Die Kunst der Geschichte: Historiographie, Ästhetik, Erzählung*, hg. v. Martin Baummeister, Moritz Föllmer und Philipp Müller, Göttingen 2009, S. 189-214; Christian Ingrao, *Believe and Destroy: Intellectuals and the SS War Machine*, Cambridge 2013, S. 3-16.
- 13 Gerwarth, «Central European Counter-Revolution», S. 181.
- 14 Ebd.
- 15 Weisbrod, «Gewalt in der Politik», S. 393. Die Begeisterung der Studenten für solche Einheiten hielt sich allerdings zumindest in Erlangen in Grenzen. Nur eine Minderheit der Studenten, die in den Kriegsjahren militärisch gedrillt worden war oder aktiv an der Front gekämpft hatte, meldete sich zu diesen «Studentenkompanien». Siehe Manfred Franze, *Die Erlanger Studentenschaft 1918-1945*, Würzburg 1972, S. 29-31.
- 16 Othmar, «Adolf Hitler als Hörer an der Universität München im Jahr 1919: Zum Verhältnis zwischen Reichswehr und Universität», *Die Universität München im Dritten Reich: Aufsätze. Teil II*, hg. v. Elisabeth Kraus, München 2008, S. 13-47, hier S. 14-17; von Oertzen, *Die deutschen Freikorps 1918-1923*, S. 4 2 2-431 (insbes. die Abschnitte über Leipzig und Würzburg).
- 17 In Budapest wuchs die Mitgliederstärke jener hoch gewaltbereiten Studentenbataillone, die sich als Hilfstruppe der Polizei verstanden, von 3'000 Mann im Jahr 1919 auf 10'000 im Sommer des Folgejahrs an. Siehe Bodo, «Heroes or Thieves?», S. 94-95; Gerwarth, «Rechte Gewaltgemeinschaften und die Stadt nach dem Ersten Weltkrieg», S. 118-119.
- 18 Chris Millington, «Political Violence in Interwar France», *History Compass* 10:3 (2013), S. 246-259, hier S. 249; Dominique Borne und Henri Dubief, *La crise des années 30 :1928-1929, Paris*

- 1989, S. 93; Xavier Cheneseau, *Camelots du Roi: Les troupes de choc royalistes (1908-1936)*, Boulogne 1997, S. 46-47.
- 19 Plöckinger, «Adolf Hitler als Hörer an der Universität München», S. 15-16.
- 20 Die bayerischen Einwohnerwehren integrierten auch Mitglieder der Reichswehr-Zeitfreiwilligen-Einheiten, nachdem letztere gemäss dem Friedensvertrag von Versailles am 1. April 1920 aufgelöst worden waren. Siehe BayHStA IV, Bestand Reichswehr, Brigade 23: Brief des Reichswehrgruppenkommandos Nr. 4 zu «Auflösung der Reichswehr-Zeitfreiwilligen», 9. März 1920.
- 21 StA München, Pol. Dir. 6803, S. 174-183: Eine frühe Liste von SA-Mitgliedern (von Maurice), vermutlich im September 1921 von der Polizei abgefangen.
- 22 Hambrecht, *Der Aufstieg der NSDAP in Mittel-und Oberfranken*, S. 45-46.
- 23 Geoffrey Giles, *Students and National Socialism in Germany*, Princeton, NJ, 1985, S. 26; Steinke, *Fritz Bauer oder Auschwitz vor Gericht*, S. 54. In den frühen 1930er Jahren schossen in deutschen Universitätsstädten SA-Einheiten aus dem Boden. In Köln wurde der Jurastudent Heinz Siepen zum ersten Führer des lokalen SA-Hochschulsturms befördert, siehe GStA PK, I. HA, Rep. 77, titl. 4043, Bd. 311, S. 52.
- 24 Zum «Heissporn» Klintzsch siehe die Charakterisierung des Schriftstellers Ferdinand Lindner vom September 1921 in LArch Freiburg, F 179/4 Nr. 110, S. 9.
- 25 Frank Bajohr, *„Unser Hotel ist judenfrei“, Bäder-Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt am Main 2003, S. 73-88.
- 26 Heinz Wegener, *Das Joachimsthalsche Gymnasium – Die Landesschule Templin. Ein berlin-brandenburgisches Gymnasium im Mahlstrom der deutschen Geschichte 1607-2007*, Berlin 2007, S. 113-115; Walsdorff, «Hans-Ulrich Klintzsch».
- 27 LArch Freiburg, F179/4 Nr. 110, S. 15-22, hier S. 17: Landgericht Offenburg, Protokoll der Vernehmung des Hans Ulrich Klintzsch, 16. September 1921.
- 28 E-Mail vom Archiv der Technischen Universität (TU) München an den Autor v. 7. Juni 2016; LKA Stuttgart, A 127, Nr. 1293: Persönliche Mitteilung von Hans-Ulrich Klintzsch (1949/50). Ich habe auch die Studentenverzeichnisse der Münchener Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) für die Jahre 1921 bis 1925/26 durchgesehen, jedoch ohne Erfolg. Digitalisierte Register mit den Namen von Professoren and Studenten lassen sich auf der Website der Münchener Universitätsbibliothek durchsuchen: pub.ub.uni-muenchen.de/view/lmu/pverz.html.
- 29 LArch Freiburg, F 179/4 Nr. 153, S. 81-83, hier S. 83: Landgericht Tübingen, Protokoll der Vernehmung des Dietrich von Jagow, 2. Februar 1922; Brigitte Riethmüller und Hermann-Arndt Riethmüller, *Osiander. Die Geschichte einer Buchhandlung*, https://www.osiander.de/download/Geschichte_lang.pdf (zuletzt abgerufen am 6.1.2019).
- 30 Barbara Hachmann, «Der ‚Degen‘. Dietrich von Jagow, SA-Obergruppenführer», in *Die Führer der Provinz: NS-Biographien aus Baden und Württemberg*, hg. v. Michael Kissener und Joachim Scholtzsek, Konstanz 1997, S. 267-287, hier S. 271-272; Ernst Piper, *Alfred Rosenberg. Hitlers Chefideologe*, München 2005, S. 52; Rafael Binkowski, *Die Entwicklung der Parteien in Herrenberg 1918-1933: Ausprägungen der Parteienentwicklung auf lokaler Ebene in der Weimarer Republik am Beispiel der Stadt Herrenberg und anderer südwestdeutscher Vergleichsstädte*, Diss. Universität Stuttgart, 2007, <http://elib.uni-stuttgart.de/opus/volltexte/2007/3273/> (zuletzt abgerufen am 28.12. 2018), S. 296-297,313-314.
- 31 Hermann Schützing, «Tübingen», *Die Weltbühne* 22:2 (1926), Nr. 32,10. August, S. 207-210, hier 209-210. Die historische Forschung im engeren Sinn ist zu sehr ähnlichen Erkenntnissen ge-

- langt, und das nicht nur für Tübingen: «The cultural political milieu that operated at German universities tended toward the political Right, and like their professors, German students tended to be nationalists, anti-Communists, und anti-Semitic, a perfect match for the burgeoning Nazi party»; siehe Hilary Earl, «Bad Nazis and Other Germans'. The fate of *SS-Einsatzgruppen* Commander Martin Sandberger in Postwar Germany», in *A Nazi Past: Recasting German Identity in Postwar Europe*, hg. v. David A. Messenger und Katrin Paehler, Lexington, KY, 2015, S. 57-82, hier S. 60-61. Eine ausgewogene Darstellung, die den breiten Rückhalt für die NS-Bewegung an der Tübinger Universität betont, zugleich aber darauf verweist, dass die Organisationen der Nazis dort lange Zeit kein leichteres Spiel bei der Rekrutierung von Aktivisten hatten als anderswo, bietet Hans-Joachim Lang, «Die Universität Tübingen im Nationalsozialismus», in *Forschung – Lehre – Unrecht: Die Universität Tübingen im Nationalsozialismus*, hg. v. Ernst Seidl, Tübingen 2015, S. 33-49-
- 32 Führende Kraft war dabei der Hochschulring deutscher Art unter dem jungen Theodor Eschenburg. Siehe Benigna Schönhagen, «Stadt und Universität Tübingen in der NS-Zeit», in *Die Universität Tübingen im Nationalsozialismus*, hg. v. Urban Wiesing u.a., Stuttgart 2010, S. 731-758, hier S. 743; Uwe Dietrich Adam, *Hochschule und Nationalsozialismus. Die Universität Tübingen im Dritten Reich*, Tübingen 1977, S. 22; Trauthig, *Im Kampf um Glauben und Kirche*, S. 64. Zu Gumbel siehe insbes. Christian Jansen, *Emil Julius Gumbel. Porträt eines Zivilisten*, Heidelberg 1991.
- 33 Adam, *Hochschule und Nationalsozialismus*, S. 22-23. Anfänglich verhinderte die SA-Führung die Aufstellung reiner «Studentenstürme», sah sie in ihnen doch einen neuen Auswuchs des Elitedenkens, das dem NS-Ideal einer klassenübergreifenden Volksgemeinschaft zuwiderlief. Die Lage änderte sich grundlegend mit dem Aufbau der neuen Studentenbundorganisation 1932, die das an deutschen Hochschulen angebotene paramilitärische Training zu intensivieren versuchte. Siehe BArch Berlin, NS 23/510: Abschrift eines Lageberichts der Münchener Polizei vom 20. Oktober 1932.
- 34 Nach den von den Nazis selbst veröffentlichten Zahlen gehörten dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund schon 1929 48 SA-Führer und 600 bis 700 einfache SA-Leute an; siehe Baldur von Schirach, *Wille und Weg des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes*, München 1929, S. 11. Unter Historikern sind solche Zahlen umstritten. Michael Kater vertrat in den 1970er Jahren die Position, in der SA hätten Studenten nur eine Nebenrolle gespielt, ungeachtet des grosse Tamtams, das die NS-Propaganda um die Einheit von «Hirn und Hand» (will sagen Studenten und Arbeitern) machte. In Wirklichkeit seien, behauptete Kater, höchstens 40 Prozent aller im Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund organisierten Unistudenten in die SA eingetreten. Ob das nun aber eine grosse oder eine kleine Zahl ist, darüber lässt sich angesichts der bedeutenden Rolle, die der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund ab 1928 an vielen deutschen Universitäten spielte, trefflich streiten; siehe Michael Kater, *Studentenschaft und Rechtsradikalismus in Deutschland 1918-1933. Eine sozialgeschichtliche Studie zur Bildungskrise in der Weimarer Republik*, Hamburg 1975, S. 186-197. Im Gegensatz zu Kater sah Theodor Geiger in der männlichen Mittelschichtsjugend und insbes. in der Studentenschaft «Träger des nationalen Aktivismus»: Geiger, *Die soziale Schichtung des deutschen Volkes*, S. 115. Zum Aufstieg des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes und zu seinem Verhältnis zur SA siehe auch Giles, *Students and National Socialism in Germany*, S. 44-

- 100; Michael Grüttner, *Studenten im Dritten Reich*, Paderborn 1995, S. 19-61; Schön, *Die Entstehung des Nationalsozialismus in Hessen*, S. 104-116.
- 35 Für eine beispielhafte Argumentation dieser Art siehe LArch Freiburg, F 179/4 Nr. 110, S. 15-22, hier S. 19: Amtsgericht Offenburg, Protokoll der Vernehmung des Hans Ulrich Klintzsch, 16. September 1921. Auch Studenten mit freiheitlicheren Neigungen betonten, wie sehr sie sich bemüsstigt fühlten, ihren Teil zum Wohl der Volksgemeinschaft beizutragen; siehe Fritz Söhlmann, «Akademiker und Volksgemeinschaft. Die Aufgabe einer studentischen Selbstverwaltung», *Der Jungdeutsche*, 27. Juni 1929, in GStA PK, I. HA, Rep. 77, titl. 4043, Nr. 160, S. 90.
- 36 RGVA, Osobyi Archives, Fond 720, Opis 1, Nr. 47, S. 372-437, hier S. 374: Werner von Fichte, maschinengeschriebene SA-Broschüre, ohne Titel und Datum, 65 Seiten.
- 37 Zur Entwicklung der deutschen Jugendbewegung und zu den in ihr vertretenen Positionen siehe Ahrens, *Bündische Jugend*, und Barbara Stambolis (Hg.), *Die Jugendbewegung und ihre Wirkungen: Prägungen, Vernetzungen, gesellschaftliche Einflussnahmen*, Göttingen 2015. Beispiele für lebensgeschichtliche Überlappungen zwischen Jugendbewegung und NSDAP finden sich in BArch Berlin, NS 26/370: Brief von Rudolf Schmidt, «Anschriften Egerland», o. J.
- 38 Aufschlussreich in dieser Beziehung ist ein Reisebericht von SA-Sturmführer Horst Wessel, der 1927 mit dem Fahrrad von Berlin zum Parteitag der NSDAP in Nürnberg fuhr. Er garnierte seine Schilderungen deutscher Landschaften und ihrer Bewohner mit politischen Betrachtungen. Siehe Gailus und Siemens (Hg.), *«Hass und Begeisterung bilden Spalier»*, S. 157-183.
- 39 RGVA, Osobyi Archives, Fond 720, Opis 1, Nr. 47, S. 372-437, hier S. 374-375: Werner von Fichte, maschinengeschriebene SA-Broschüre.
- 40 Stefan Vogt, «Strange Encounters: Social Democracy and Radical Nationalism in Weimar Germany», *Journal of Contemporary History* 45:2 (2010), S. 253-281; ders., *Nationaler Sozialismus und Soziale Demokratie: Die sozialdemokratische Junge Rechte 1918-1945*, Bonn 2006.
- 41 Carl Mierendorff, «Republik», *Sozialistische Monatshefte* 38:2 (1932), S. 793, zit. n. Vogt, *Nationaler Sozialismus und Soziale Demokratie*, S. 222.
- 42 Alfred Weber gebrauchte den Begriff «autoritäre Demokratie» zustimmend, siehe ders., *Das Ende der Demokratie? Ein Vortrag*, Berlin 1931, S. 23. Siehe auch Carl Mierendorff, «Wahlreform, die Losung der jungen Generation», *Neue Blätter für den Sozialismus* 1 (1930), S. 342-349. Die ausgefeiltesten und einflussreichsten Manifeste stammten von Edgar J. Jung, *Die Herrschaft der Minderwertigen. Ihr Zerfall und ihre Ablösung durch ein Neues Reich*, Berlin 1930, und dem weniger idealistischen Ernst Jünger, *Der Arbeiter. Herrschaft und Gestalt*, Hamburg 1932.
- 43 August Rathmann, «Neuer Anfang sozialdemokratischer Politik?», *Neue Blätter für den Sozialismus* 1 (1930), S. 388-395, hier S. 390. Ähnlich formulierte es der deutsche Jurist Karl Loewenstein ein paar Jahre später im Exil: «The emotional past of early liberalism and democracy cannot be revived. Nowadays, people do not want to die for liberty», aus Karl Loewenstein, «Militant Democracy and Fundamental Rights», *The American Political Science Review* 31:3 (1937), S. 417-432, hier S. 428.
- 44 Für eine eingehendere Diskussion siehe Elizabeth Harvey, «The Cult of Youth», in *A Companion to Europe 1900-1945*, hg. v. Gordon Martel, Malden, MA, und Oxford 2006, S. 66-81, insbes. S. 75-78; Kater, *Hitler Youth*, S. 10.
- 45 Kater, *Hitler Youth*, S. 382.

- 46 StA München, Pol. Dir. 6803: Abschrift eines unausgefüllten Verpflichtungsscheins für Neumitglieder der SA.
- 47 Wackerfuss, *Stormtrooper Families*, S. 190-191. Siehe auch Reichardt, *Faschistische Kampfbünde*, S. 673-679. Auch die NS-Propaganda betonte die grosse Bedeutung von Frauen für die SA. Der SA-Obergruppenführer und Polizeipräsident von Frankfurt am Main, Adolf-Heinz Beckerle, lobte 1940 den Beitrag der Frauen zur SA, besonders ihre tätige Mitwirkung bei der Verbreitung von NS-Propaganda in der «Kampfzeit» und ihre Rolle als Trösterinnen und Mutmacherinnen ihrer Männer und Lebenspartner in Krisenzeiten. Siehe Adolf-Heinz Beckerle, «Unsere Frauen», *Die SA* 1:34 (1940), S. 5-6.
- 48 StA München, Pol. Dir. 6805: §6 der «Satzung der Sturmabteilung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei», 17. September 1926, abgeändert am 31. Mai 1927.
- 49 BayHStA IV, Bestand Stahlhelm, Nr. 97: Stahlhelm-Führerspiegel (Entwurf v. September 1931), Par. XIV.
- 50 Zu einem ähnlichen Fazit gelangt Eley, *Nazism as Fascism*, S. 92-93. Spätestens von 1930 an stand die Frauenabteilung nicht mehr unter der Leitung der SA. Siehe RGVA, Osobyi Archives, Fond 720, Opis 1, Nr. 47, S. 143-153, hier S. 143: «Die SA und SS der NSDAP», Denkschrift der badischen Polizei, Karlsruhe, 15. Mai 1931.
- 51 Siehe auch Axel Fehlhaber, Detlef Garz und Sandra Kirsch, «,Wie ich Nationalsozialistin wurde’ – Erste Annäherungen an eine Typologie weiblichen Engagements in der nationalsozialistischen Bewegung auf Basis der Abel-Collection», *sozialersinn* 8:2 (2007), s. 357-383.
- 52 Hoover Institution Library and Archives, Stanford, CA (HILA), Theodore Fred Abel Papers, Box 1, Nr. F44: Hilde Boehm-Stoltz, «Warum und wie ich zum Nationalsozialismus kam» (1933). 1932 hatte Boehm-Stoltz bereits einen Artikel in der NS-Presse veröffentlicht: «Die Nationalsozialistin und die Familie», *Völkischer Beobachter*, 20. Januar 1932, zit. n. Leila J. Rupp, *Mobilizing Women for War: German and American Propaganda, 1939-1945*, Princeton, NJ, 1978, S. 32.
- 53 HILA, Theodore Fred Abel Papers, Box 1, Nr. F36: Hertha von Reuss, «Wie ich zur NSDAP kam» (1933).
- 54 Ebd., Box 1, Nr. F41: Marlene Heder, «Wie es kam, dass wir zwei Schwestern mit 19 und 20 Jahren schon zu den alten oder wenigstens älteren Kämpfern der Bewegung gehören» (1933).
- 55 Siehe auch Lara Hensch: «,Wir aber sind mitten im Kampf aufgewachsen’ – Erster Weltkrieg und ,Kampfzeit’ in Selbstdarstellungen früher SA-Männer», in *Bürgerkriegsarmee*, hg. v. Müller und Zilkenat, S. 331-353.
- 56 Ein vor kurzem von Joachim C. Häberlen unternommener Versuch, Frauen als Akteure in der gewalttätigen Strassenpolitik der Weimarer Republik stärker in den Blick zu nehmen, kann nur teilweise überzeugen. Er liefert zwar zwingende Belege für die aktive Mitarbeit kommunistischer Frauen, kann aber nicht aufzeigen, dass nationalsozialistische Frauen ebenso aktiv mitmischten. Siehe Joachim C. Häberlen, «Weiter haben sich zwei Frauenpersonen besonders hervorgetane Zur Rolle von Frauen in der Strassenpolitik am Ende der Weimarer Republik», *L'Homme: Europäische Zeitschrift für feministische Geschichtswissenschaft* 23:1 (2012), S. 91-105. Zum andauernden Ungleichgewicht der Geschlechter in der Kommunistischen Partei siehe Sewell, «Bolshevizing Communist Women».
- 57 Zu den Motiven von Frauen für den Beitritt zur NSDAP vor 1933 siehe auch Marit A. Berntson und Brian Ault, «Gender and Nazism: Women Joiners of the Pre-1933 Nazi Party», *American Behavioral*

- Scientist* 49:9 (1998), S. 1, 193-191, 218; Boak, «Mobilising Women for Hitler».
- 58 Lore Snyckers, «Wir SA-Frauen», *Die SA* 1:34 (1940), S. 7. Eine Kurzbiografie ihres Mannes findet sich in «SA-Sturmbannführer Dr. Hans Snyckers», *Die SA* 2:9 (1941), S. 12. Hans Snyckers wirkte später als Kulturreferent an der deutschen Botschaft in Bratislava; Frank-Rutger Hausmann, «*Auch im Krieg schweigen die Musen nicht*»: *Die Deutschen Wissenschaftlichen Institute im Zweiten Weltkrieg*, Göttingen 2001, S. 322.
- 59 Hattenhorst, *Magdeburg 1933*, S. 110.
- 60 Riccardo Bavaj, *Die Ambivalenz der Moderne im Nationalsozialismus: Eine Bilanz der Forschung*, München 2003. Zur Zunahme weiblicher Studenten in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre siehe Grüttner, *Studenten im Dritten Reich*, S. 119-126; zu den Freiräumen der Frauen im Hinblick auf ihr berufliches Fortkommen im «Dritten Reich» siehe die bahnbrechende Arbeit von Kirsten Heinsöhn, Barbara Vogel und Ulrike Weckel (Hg.), *Zwischen Karriere und Verfolgung: Handlungsspielräume von Frauen im nationalsozialistischen Deutschland*, Frankfurt am Main 1997; zu den neueren Arbeiten, die einen Überblick über das Thema Geschlecht und Nationalsozialismus geben, gehören Matthew Stibbe, «In and Beyond the Racial State: Gender and National Socialism, 1933-1955», *Politics, Religion & Ideology* 13:2 (2012), S. 159-178; Johanna Gehmacher und Gabriella Hauch (Hg.), *Frauen- und Geschlechtergeschichte des Nationalsozialismus: Fragestellungen, Perspektiven, neue Forschungen*, Innsbruck 2007.
- 61 Franz Schweyer, *Politische Geheimverbände*, S. 108.
- 62 Hermann Schützinger, *Bürgerkrieg*, Leipzig 1924, S. 56, 59-60. Siehe auch BArch Berlin, R1501/20234: «Auch ein Reichsbannerführer: Aus der Vergangenheit des Herrn Schützinger», *Berliner Börsenzeitung*, 1. Mai 1932.
- 63 Zu den diversen politischen Jugendorganisationen dieser Ära siehe Wolfgang Krabbe, *Die gescheiterte Zukunft der Ersten Republik: Jugendorganisationen bürgerlicher Parteien im Weimarer Staat (1918-1933)*, Opladen 1995; Irmtraud Götz von Olenhusen, «Die Krise der jungen Generation und der Aufstieg des Nationalsozialismus. Eine Analyse der Jugendorganisationen der Weimarer Zeit», *Jahrbuch des Archivs der Deutschen Jugendbewegung* 12 (1980), S. 53-86.
- 64 Eine gute Einführung bietet Jan Plamper, *Geschichte und Gefühl. Grundlagen der Emotionsgeschichte*, München 2012.
- 65 Wegweisend war in dieser Hinsicht Wolfgang Schieder (Hg.), *Faschismus als soziale Bewegung. Deutschland und Italien im Vergleich*, 2. Aufl., Göttingen 1983.
- 66 Zu Behrendts Lebenslauf siehe Katja Windisch, *Gestalten sozialen Wandels: Die Entwicklungssoziologie Richard F. Behrendts*, Bern 2005, S. 19-31.
- 67 Richard F. Behrendt, *Politischer Aktivismus. Ein Versuch zur Soziologie und Psychologie der Politik*, Leipzig 1932. Für eine eingehendere Analyse dieses Buches siehe Daniel Siemens, «Politische Gewalt als emotionale Befriedigung», *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 13:1 (2016), S. 172-178.
- 68 Georg Lukács prägte den Begriff «transzendente Heimatlosigkeit» in seiner Schrift *Die Theorie des Romans*, Berlin 1920.
- 69 Behrendt, *Politischer Aktivismus*, S. 57-61.
- 70 Im Einklang mit Überlegungen dieser Art stehen die Memoiren des Lehrers und Intellektuellen Gerhard Nebel, der sich als radikaler Sozialist Ende 1932 «mit tiefer Genugtuung» in mehrere Auseinandersetzungen mit ideologischen Gegnern stürzte; Nebel, «*Alles Gefühl ist leiblich*», S. 130.
- 71 Das war die Hauptidee, die Hermann Schmalenbach in «Die soziologische Kategorie des Bundes»,

- Die Dioskuren: Jahrbuch für Geisteswissenschaften* 1 (1922), S. 35-105, propagierte. Dieser Aufsatz beeindruckte und beeinflusste Behrendt zutiefst. Zu Schmalenbachs Konzept siehe auch Reichardt, *Faschistische Kampfbünde*, S. 390-393.
- 72 Behrendt, *Politischer Aktivismus*, S. 62,80-81,96-103,106. Unabhängig von Behrendt gelangte Thomas Rohkrämer jüngst zu einer ähnlichen Schlussfolgerung: Rohkrämer, *Die fatale Attraktion des Nationalsozialismus*, S. 148-149.
- 73 Ludwig Holländer, «Klarheit, Arbeit, Mut!», *CV-Zeitung*, 19. September 1930, S. 1.
- 74 Zum Begriff der «emotionalen Gemeinschaften» siehe Barbara H. Rosenwein, *Emotional Communities in the Early Middle Ages*, Ithaca, NY, 2006, S. 1-31; siehe auch dies., *Generations of Feelings: A History of Emotions, 600-1700*, Cambridge, MA, 2015, S. 4-6. Zur anhaltenden Debatte um den Unterschied zwischen Affekt und Emotion und über die gesellschaftliche Relevanz beider siehe Edward J. Lawler, «An Affect Theory of Social Exchange», *American Journal of Sociology* 107:2 (2001), S. 321-352; Anna M. Parkinson, *An Emotional State: The Politics of Emotion in Postwar West German Culture*, Ann Arbor, MI, 2015, S. 10-24.
- 75 Joachim Raschke, *Soziale Bewegungen: Ein historisch-systematischer Grundriss*, 2. Aufl., Frankfurt am Main 1988, S. 77.
- 76 Ebd., S. 54,305-307.
- 77 Reichardt, *Faschistische Kampfbünde*, S. 32.
- 78 Ebd.
- 79 Die Ausdrücke «Bund» und «Faschismus» sind auch semantisch eng miteinander verwandt: Das italienische Wort *fascio*, das den Stamm von «fascismo» bildet, bedeutet «Bündel». Siehe ebd., S. 390.
- 80 Hans-Ulrich Wehler, *Der Nationalsozialismus: Bewegung, Führerherrschaft, Verbrechen*, München 2009; Arif Dirlik, «Mao Zedong: Charismatic Leadership and the Contradictions of Socialist Revolution», in *Charismatic Leadership and Social Movements: The Revolutionary Power of Ordinary Men and Women*, hg. v. Jan Willem Stutje, New York 2012, S. 117-137; Richard R. Fagan, «Charismatic Authority and the Leadership of Fidel Castro, Part 1», *Western Political Quarterly* 18:2 (1965), S. 275-284.
- 81 Thomas Welskopp, «Incendiary Personalities: Uncommon Comments on Charisma in Social Movements», in Stutje, *Charismatic Leadership and Social Movements*, S. 164-179, hier S. 164,169.
- 82 Welskopp, «Incendiary Personalities», S. 165. Der deutsche Philosoph Helmuth Plessner gelangte schon in den frühen 1920er Jahren zu ähnlichen Einsichten; siehe *Grenzen der Gemeinschaft. Eine Kritik des sozialen Radikalismus*, Frankfurt am Main 2002 [1924], S. 43-48.
- 83 StA München, Pol. Dir. 6803: Richtlinien zur Aufstellung einer Sturmabteilung, 16. Mai 1922.
- 84 StA München, Pol. Dir. 6805: OSAF, Erlass Nr. 2. Siehe auch Noakes, *Nazi Party in Lower Saxony*, S. 182.
- 85 BArch Berlin, R 9361/II, Nr. 16746: Brief von Otto Herzog an den Reichsuschla, 26. August 1932.
- 86 Welskopp, «Incendiary Personalities», S. 171.
- 87 Gehrig, *Im Dienste der nationalsozialistischen Volkstumspolitik in Lothringen*, S. 33. Siehe auch Reichardt, *Faschistische Kampfbünde*, S. 418-421, 468-474; Wachterfuss, *Stormtrooper Families*, S. 164-187.
- 88 RGVA, Osobyi Archives, Fond 720, Opis 1, Nr. 44, S. 2: «Eine Dankespflicht», *Der Nationale Sozialist*, 17. Mai 1930.

- 89 Ebd., S. 9: Auszüge aus den «Mitteilungen des Landeskriminalamts (IA) Berlin», 15. November 1930.
- 90 Ebd., S. 18: «SA-Befehl Nr. 6», *Völkischer Beobachter*, 6. Mai 1931.
- 91 Ebd., S. 22: Bekanntmachung der NSDAP Leipzig (maschinenschriftlich), April 1931.
- 92 Eine dieser Frauen war Marie von Trotha; sie empfing regelmässig SA-Männer in ihrem Haus im Strandbad Gross-Möllen in Pommern, das heute polnisch ist und Mielno heisst. Eine Sammlung von Dankesbriefen an sie, geschrieben von SA-Männern, lagert im BArch Berlin, NS 26/326.
- 93 RGVA, Osobyi Archives, Fond 720, Opis 1, Nr. 44, S. 26: Ernst Röhm, Befehl v. 12. März 1931.
- 94 StA München, Pol. Dir. 6805: OSAF, Erlass Nr. 2. Die Kommunisten verfolgten eine ganz ähnliche Strategie; siehe BArch Berlin, NS 23/431: «Kommunistische Kampfgrundsätze» (maschinenschriftlich, 1931/1932).
- 95 Geiger, *Die soziale Schichtung des deutschen Volkes*, S. 115.
- 96 In den zwei vorausgegangenen Jahren hatten SA-Einheiten ihre sämtlichen Ausrüstungsteile bei der sogenannten SA-Wirtschaftsstelle in München bestellen müssen, die von einem Parteigenossen namens Rottenberg geleitet wurde. Siehe StA München, Pol. Dir. 6805: Auszug aus einem Lagebericht der Berliner Polizei, Nr. 128, 20. Februar 1929.
- 97 StA München, Pol. Dir. 6805: Auszüge aus einem Lagebericht der Münchener Polizei, Nr. 77, 7. Mai 1929.
- 98 BArch Berlin, NS 26/372: Brief der Danziger HJ an Rudolf Schmidt, 31. August 1930.
- 99 Diesen Aspekt machten sich frühe SA-Filme geschickt zunutze, insbes. *S.A. Mann Brand* von 1933.
- 100 Sein offizielles Beitrittsdatum war der 1. April 1931, seine Mitgliedsnummer war 508889. Siehe Elisabeth Timm, *Hugo Ferdinand Boss (1895-1948) und die Firma Hugo Boss: Eine Dokumentation*, Metzingen 1999, http://www.metzingen-zwangsarbeit.de/hugo_boss.pdf (zuletzt abgerufen am 28.12.2018), S. 4.
- 101 Alle Informationen in diesem Abschnitt stammen, wenn nicht ausdrücklich anders angegeben, aus Roman Köster, *Hugo Boss, 1924-1945: Die Geschichte einer Kleiderfabrik zwischen Weimarer Republik und «Drittem Reich»*, München 2011, S. 24-33.
- 102 Nach einer Erhebung aus dem Jahr 1942 war rund die Hälfte aller deutschen Textilunternehmen in jüdischem Besitz. Vier Jahre später galt das nur noch für weniger als ein Prozent; Köster, *Hugo Boss*, S. 39.
- 103 Irene Guenther, *Nazi Chic? Fashioning Women in the Third Reich*, Oxford und New York 2004.
- 104 Timm, *Hugo Ferdinand Boss*, S. 31; Köster, *Hugo Boss*, S. 30.
- 105 Petra Bräutigam, *Mittelständische Unternehmer im Nationalsozialismus. Wirtschaftliche Entwicklungen und soziale Verhaltensweisen in der Schuh- und Lederindustrie Badens und Württembergs*, München 1997, S. 147-150.
- 106 Schon 1924 erschien in der kommunistischen Tageszeitung *Die Rote Fahne* eine Werbeanzeige für die Klassen-Kampf-Zigarette (KKZ), verbunden mit dem Versprechen, die Rote Hilfe (die Hilfsorganisation der Kommunisten) werde einen «bestimmten Prozentsatz» der monatlichen Umsätze bekommen. Leider liessen sich keine weiterführenden Informationen über diesen offenbar kurzlebigen Versuch ermitteln, Konsum und Politik parallel zu schalten. Ein Wiederabdruck der originalen Werbeanzeige aus der *Roten Fahne* vom 2. November 1924 (Nr. 147)

- findet sich in Gert-Joachim Glaessner, Detlef Lehnert und Klaus Sühl (Hg.) *Studien zur Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur in Berlin*, Berlin 1989, S. 11.
- 107 Sandra Schünemann, «Bilderwelten, Markengesichter und Marktgesetze: Werbung und Produktpolitik der Reemtsma Cigarettenfabriken zwischen 1920 und 1960», in *Wirtschaft – Kultur – Geschichte: Positionen und Perspektiven*, hg. v. Susanne Hilger und Achim Landwehr, Stuttgart 2011, S. 111-132, hier S. 116-118, 123-124.
- 108 Ebd., S. 118.
- 109 Einen zeitgenössischen Einblick in die prekären Existenzen von Millionen Deutscher und ihre Gefühle bietet Hans Falladas 1932 erschienener Roman *Kleiner Mann, was nun?*.
- 110 Schünemann, «Bilderwelten», S. 119-121.
- 111 Holger Starke, «Dampfschokolade, Neumünchner Bier und allerfeinster Korn», in *Dresdner Geschichtsbuch*, hg. v. Stadtmuseum Dresden, Altenburg 1995, S. 119-150, hier S. 137-142.
- 112 Thomas Grosche, «Arthur Dressler: Die Firma Sturm – Zigaretten für die SA», in *Braune Karrieren: Dresdner Täter und Akteure im Nationalsozialismus*, hg. v. Christine Piper, Mike Schmeitzner und Gerhard Nader, Dresden 2012, S. 193-199, hier S. 193; Erik Lindner, *Die Reemtsmas: Geschichte einer deutschen Unternehmerfamilie*, Hamburg 2007, S. 69-70; Grant, *Stormtroopers and the Crisis in the Nazi Movement*, S. 99-106.
- 113 Der Hauptgrund dafür, dass die SA sich auf wirtschaftliche Betätigungen einliess, war wohl ihre finanzielle Abhängigkeit von der NSDAP. Von jedem SA-Mann wurde erwartet, dass er in die Partei eintrat und seinen Mitgliedsbeitrag bezahlte. Nur ein Teil dieser Einnahmen floss wieder der SA zu. Siehe Lindner, *Die Reemtsmas*, S. 70.
- 114 Grosche, «Dressler», S. 193. Bettenhausen hatte in den zurückliegenden Jahrzehnten mit seinen florierenden Bahnhofsbuchhandlungen, die er im Herrschaftsgebiet der Habsburgermonarchie wie auf dem Boden des Deutschen Reichs betrieben hatte, ein Vermögen verdient. Der von ihm gewährte Kredit war ziemlich grosszügig und angesichts der marginalen Bedeutung der NSDAP zu dieser Zeit auch ziemlich risikoreich. Sein Wagnis zahlte sich jedoch in der Folge auf mehrfache Weise aus: Bettenhausens Unternehmen gehörte im «Dritten Reich» zu den führenden Grossisten. Die Nazis übertrugen ihm auch die Neuordnung des Buchvertriebs und -verkaufs im besetzten Polen. Siehe Christine Haug, *Reisen und Lesen im Zeitalter der Industrialisierung: Die Geschichte des Bahnhofsbuchhandels in Deutschland von seinen Anfängen um 1850 bis zum Ende der Weimarer Republik*, Wiesbaden 2007, S. 155-157.
- 115 Grosche, «Dressler», S. 193-194.
- 116 Lindner, *Die Reemtsmas*, S. 70.
- 117 Grosche, «Dressler», S. 194-196.
- 118 Lindner, *Die Reemtsmas*, S. 70.
- 119 Ebd., S. 78, 81.
- 120 Siehe mehrere regionale Berichte an den OSAF vom Sommer und Herbst 1932 in BArch Berlin, NS 23/474.
- 121 Ebd., S. 105,070: Bericht der SA-Gruppe West, 21. September 1932; Ebd., S. 105,188: Bericht der SA-Untergruppe Oberschlesien, 22. September 1932.
- 122 Ebd., S. 105,178: Brief des Gruppenführers der SA-Gruppe Schlesien an den OSAF, 22. September 1932.
- 123 GStA PK, XX. HA, Rep. 240 B 31 c, S. 191-201, hier S. 191: Abschrift von «Wie kam es nun zum 1. August 1932?».

- 124 Die Marken dieser Firma, die ihre Zigaretten von der in Gera ansässigen Firma Mahalesi (deren Direktor Paul Rother war) fabrizieren liess, hiessen «Spielmann» (3 Pfennig), «Kommando» (4 Pfennig), «Staffel» (5 Pfennig), und «Neue Arena» (6 Pfennig). Siehe BArch Berlin, NS 23/474, S. 105,144: Brief des SA-Standartenführers Heinrich Löwenstein, Kassel, an Sturmbann I – V/83,14. Juli 1932; ebd., S. 105,151: Brief von NSDAP Gera, 20. Mai 1932.
- 125 BArch Berlin, NS 2 3/4 74, S. 10 5,174: Brief der SA-Mittelschlesien Süd an den OSAF, 26. September 1932.
- 126 Grosche, «Dressler», S. 194.
- 127 Thomas Grosche, *Die Zigarettenindustrie in Dresden – Von den Anfängen bis zum Zweiten Weltkrieg*, unveröff. Magisterarbeit, TU Dresden, 2009, S. 71--72. Ich danke Thomas Grosche für die Überlassung einer Kopie seiner Arbeit.
- 128 Industrie- und Handelskammer Dresden, *Chronik*, https://www.dresden.ihk.de/150_jahre/chronik.html (zuletzt abgerufen am 6.1.2019).
- 129 Lindner, *Die Reemtsmas*, S. 91-92.
- 130 Ebd., S. 72-141, insbes. S. 88-90.
- 131 Ebd., S. 92,114-119. Nach nationalsozialistischen Quellen gaben die grössten deutschen Zigarettenhersteller allein im Jahr 1932 rund 3 Millionen Reichsmark für Produktwerbung in den Zeitungen und Zeitschriften der Partei aus; BArch Berlin, NS 23/474, S. 105,123: Brief vom Führer der SA-Gruppe Franken, W. Stegmann.
- 132 Grosche, *Die Zigarettenindustrie*, S. 76-77, mit weiteren Nachweisen.
- 133 Grosche, «Dressler», S. 198.
- 134 Schünemann, «Bilderwelten», S. 125.
- 135 Zu den Beziehungen zwischen den christlichen Kirchen und der SA siehe Bergen, *Twisted Cross*, insbes. S. 70-81; Gailus, *Protestantismus und Nationalsozialismus*; Steigmann-Gall, *The Holy Reich*; Klauspeter Reumann (Hg.), *Kirche und Nationalsozialismus: Beiträge zur Geschichte des Kirchenkampfes in den evangelischen Landeskirchen Schleswig-Holsteins*, Neumünster 1988; Siemens, *The Making of a Nazi Hero*, S. 126-127.
- 136 GStA PK, I. HA, Rep. 77, titl. 4043, Nr. 423, S. 79: Preussischer Innenminister, Aktennotiz v. 20. August 1931 (unterz. Dr Gräser).
- 137 Siehe dazu seinen ausführlichen (und bissigen) Brief v. 22. April 1932 an den Gauleiter von Ostpreussen Koch in GStA PK, XX. HA, Rep. 240 B 27 d+e, S. 168-77. Zum «tödlichen Hass» der Nazis auf die Zentrumsparterie siehe Geiger, *Die soziale Schichtung des deutschen Volkes*, S. 112; zu ihren Schwierigkeiten bei der Gewinnung katholischer Wählerstimmen siehe Falter, *Hitlers Wähler*, S. 177-188.
- 138 Nach Angaben des Historikers Richard Steigmann-Gall gehörten 1930 nur rund 120 von 18'000 evangelischen Pfarrern in Deutschland der NSDAP an. Er verweist jedoch darauf, dass der Anteil derer, die die NSDAP unterstützten, sicherlich sehr viel grösser war, besonders in Anbetracht der Tatsache, dass die Kirchenführung ihre Geistlichen dringend anhielt, nicht Mitglied in einer politischen Partei zu werden; Steigmann-Gall, *Holy Reich*, S. 76.
- 139 Alle Angaben und Zitate in diesem Abschnitt stammen aus Trauthigs exzellenter Studie über die württembergischen Protestanten: *Im Kampf um Glauben und Kirche*, S. 55-67. Benedikt Brunner hat unlängst aufgezeigt, wie sehr eine solcherart «männliche» religiöse Kampfrhetorik sogar noch die Autobiografien evangelischer Theologen in den ersten beiden Jahrzehnten nach 1945 prägte: Benedikt Brunner, «Geschlechterordnung im Kirchenkampf: Konstruktion von Gender

- in der autobiographischen Verarbeitung der Zeit des Nationalsozialismus», in *Sichtbar unsichtbar: Geschlechterwissen in (auto-)biographischen Texten*, hg. v. Maria Heidegger u.a., Bielefeld 2015, S. 103-117.
- 140 Ein aufschlussreicher Beispielfall ist der des Propstes Ernst Szymanowski, der später seinen Nachnamen in Biberstein änderte. Er pflegte in seiner Kirchengemeinde in Bad Segeberg Gottesdienste für komplette SA-Einheiten zu halten und trug bei diesen Gelegenheiten selbst ein braunes Hemd. Er übte sogar Druck auf andere, nicht mit seinen Überzeugungen konform gehende Pfarrer aus, indem er SA-Kommandos mit dem Auftrag losschickte, deren Gottesdienste zu stören. Siehe Stephan Linck, «Eine mörderische Karriere: der schleswig-holsteinische Theologe Ernst Szymanowski/ Biberstein», in Manfred Gailus und Clemens Vollnhals (Hg.), *Für ein artgemäßes Christentum der Tat. Völkische Theologie im «Dritten Reich»*, Göttingen 2016, S. 239-259, hier S. 244, 246.
- 141 Heinrich Rendtorff, «Kirche und Nationalsozialismus», *Das evangelische Hamburg* 25 (1931), S. 166-167 (zuerst veröff. in *Mecklenburgische Zeitung*, 23. April 1931).
- 142 Trauthig, *Im Kampf um Glauben und Kirche*, S. 60-61. Wurm war ein führender Kopf des deutschen Protestantismus des 20. Jahrhunderts. Zu seinem heftigen Widerstand gegen die Entnazifizierungsverfahren der Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg siehe sein *Memorandum by the Evangelical Church in Germany on the Question of War Crimes Trials before American Military Courts*, Waiblingen – Stuttgart 1949; Jon David K. Wyneken, «Memory as Diplomatic Leverage: Evangelical Bishop Theophil Wurm and War Crimes Trials, 1948-1952», *Kirchliche Zeitgeschichte* 19:2 (2006), S. 368-388.
- 143 Manfred Gailus, «1933 als protestantisches Erlebnis: emphatische Selbsttransformation und Spaltung», *Geschichte und Gesellschaft* 29:4 (2003), S. 481-511.
- 144 Kurt Hutten, *Nationalsozialismus und Christentum*, Stuttgart 1932, S. 31. Zur überwiegend NS-freundlichen Haltung der Evangelischen Kirche zwischen 1930 und 1934 siehe auch Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Vierter Band: *Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949*, München 2003, S. 797-804.
- 145 Hansjörg Buss, «Für arteilene Frömmigkeit – über alle Konfessionen und Dogmen hinweg». Gerhard Meyer und der Bund für Deutsche Kirche», in Gailus und Vollnhals (Hg.), *Für ein artgemäßes Christentum der Tat*, S. 119-133, hier S. 121,124.
- 146 Ralf Czubatynski, «Domprediger Ernst Martin (1885-1974) im Spannungsfeld von Politik und Kirchenpolitik in der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus», in *Sachsen-Anhalt: Beiträge zur Kultur und Landesgeschichte* 15, Halle 1999, S. 101-124, hier S. 112-113; Hattenhorst, *Magdeburg 1933*, S. 120-123.
- 147 Czubatynski, «Domprediger Ernst Martin», S. 114-123.
- 148 Franz Tügel, «Kirche und Nationalsozialismus», *Das evangelische Hamburg* 26 (1932), S. 52-56, hier S. 53-54.
- 149 Wackerfuss, *Stormtrooper Families*, S. 26-32, 220-223.
- 150 Stehn, «Über die politische Betätigung der Pastoren», *Das evangelische Hamburg* 25 (1931), S. 357.
- 151 In Württemberg erliess die Evangelische Kirche am 29. September 1932 ein vorläufiges Verbot der Teilnahme ihrer Pfarrer an parteipolitischen Aktivitäten; Trauthig, *Im Kampf um Glauben und Kirche*, S. 58. Wie die liberale deutsche Presse im November 1932 meldete, hatte Röhm als Reaktion auf dieses Verbot alle SA-Gruppen im Reich angewiesen, einen «SA-Geistlichen» einzusetzen, der künftig das Weihen von Parteifahnen und die priesterliche Seelsorge für SA-Män-

- ner übernehmen sollte. Die Kandidaten für dieses Amt müssten, wie die Zeitungen mitteilten, Parteimitglieder sein und würden Ludwig Münchmeyer unterstehen, einem berüchtigten Antisemiten und früheren evangelischen Pfarrer, der seit 1930 für die NSDAP im Reichstag sass. Zwei Wochen später dementierte das NS-Organ *Der Völkische Beobachter* jedoch solche Meldungen. Als wenig später Hitler zum Reichskanzler ernannt wurde, benötigte die NSDAP solche speziell ausgewählten Geistlichen nicht mehr. Normale Ortspfarrer übernahmen jetzt – von einigen aufrechten NS-Gegnern abgesehen – geistliche und seelsorgerische Pflichten für die Partei, ein weiteres Indiz dafür, dass der Nationalsozialismus bei vielen evangelischen Pfarrern im Lauf der Jahre Anklang gefunden hatte. Siehe «Pfarrer als Sturmabführer», *Vossische Zeitung*, 4. November 1932, S. 2; Kater, «Ansätze zu einer Soziologie der SA», S. 807. Zu Münchmeyer siehe Gerhard Lindemann, «*Typisch jüdisch*»: *Die Stellung der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers zu Antijudaismus, Judenfeindschaft und Antisemitismus 1919-1949*, Berlin 1998, S. 136-220. 152 In Holzkirchen, einer Marktgemeinde südlich von München, berichtete der Ortspfarrer, vier Fünftel seiner Gläubigen seien Nationalsozialisten; Pridham, *Hitlers Rise to Power*, S. 157.
- 153 Ebd., S. 168.
- 154 Ebd., S. 166-169,177.
- 155 Hastings, *Catholicism and the Roots of Nazism*, S. 107-142,168-170. Siehe auch ders., «How 'Catholic' Was the Early Nazi Movement? Religion, Race, and Culture in München, 1919-1924», *Central European History* 36:3 (2003), S. 383-433; Thomas Forstner, «Braune Priester – Katholische Geistliche im Spannungsfeld von Katholizismus und Nationalsozialismus», in *Täter und Komplizen in Theologie und Kirchen 1933-1945*, hg. v. Manfred Gailus, 2. Aufl., Göttingen 2015, S. 113-139.
- 156 Pridham, *Hitlers Rise to Power*, S. 164-165.
- 157 Am 28. April war SA-Stabschef Röhm unter den Gottesdienstbesuchern; ausserdem traf er mindestens zweimal mit dem Erzbischof zusammen. Siehe die Einträge vom 27. und 29. April 1933 in «Kritische Online-Edition der Tagebücher Michael Kardinal von Faulhabers (1911-1952)», http://www.faulhaber-edition.de/dokument.htmRsortBy=year&docidno=BB_o9263_oo30s#i933-Q4-27 und http://www.faulhaber-edition.de/dokument.html?sortBy=year&docidno=BB_o9263_oo30s#i933-Q4-29 (zuletzt abgerufen am 6.1. 2019).
- 158 GStA PK, I. HA, Rep. 77 titl 4043, Nr. 311, S. 275-285: Hans Georg Hofmann (Hg.), *Pflichtlehre des Sturm-Abteilungsmannes (SA-Katechismus)*, Diessen o. J. [1934], S. 10.
- 159 Werner Betcke (Hg.), *Der kleine Katechismus Dr. Martin Luthers für den braunen Mann*, Gütersloh 1934, S. 4, 24.
- 160 Klintzschs Vater, der Pastor Johannes Paul Klintzsch, war am 11. September 1920 im Alter von 59 verstorben. Horst Wessels Vater, der Pfarrer Ludwig Wessel, war am 9. Mai 1922 mit 42 Jahren verstorben; Stadt Lübbenau, Schreiben an den Autor v. 8. Mai 2015; Siemens, *The Making of a Nazi Hero*, S. 27.
- 161 Walsdorff, «Hans Ulrich Klintzsch», S. 1, 25 7; LKA Stuttgart, A 127, Nr. 1293 (Personalakte des Hans Ulrich Klintzsch). Seine Einstellung durch die Evangelisch-Lutherische Landeskirche in Württemberg wurde zum Teil mit Spenden evangelischlutherischer Kirchengemeinden in den USA finanziert. Klintzsch quittierte den Dienst als Katechet 1952, als ihm eine Offizierspension gewährt wurde. Er starb am 17. August 1959 in Berlin.
- 162 Emil Maurice, Brief an den Pastor von Gettorf, 3. Juni 1924, zit. n. Sigmund, *Des Führers bester Freund*, S. 29.

- 163 Andrew Wackerfuss betont in seiner Studie zur Hamburger SA ebenfalls die Bedeutung religiöser Überzeugungen für ein besseres Verständnis der SA-Mentalität. Siehe Wackerfuss, *Stormtrooper Families*, S. 218-223.
- 164 STA München, Pol. Dir. 6804: Polizeibericht über die Weihnachtsfeier der NSDAP im Bürgerbräukeller, 18. Dezember 1922. Der bekannte bayerische Humorist Weiss Ferdi trug seinen Teil zum Erfolg der Veranstaltung bei.
- 165 Ebd.
- 166 Joseph Berchtold, «Auferstehung», *S.A.-Mann*, März 1929, zit n. StA München, Pol. Dir. 6805: Auszüge aus dem Lagebericht der Münchener Polizei, Nr. 77, 7. Mai 1929. Zum Lebenslauf Berchtolds siehe Hein, *Elite für Volk und Führer?*, S. 42-43, 69-70.
- 167 Siehe Jürgen W. Falter, «The Young Membership of the NSDAP between 1925 and 1933: A Demographic and Social Profile», *Historical Social Research*, Supplement 25 (2013), S. 260-279, hier S. 271-272; Jörg Thierfelder und Eberhard Röhm, «Die evangelischen Landeskirchen von Baden und Württemberg in der Spätphase der Weimarer Republik und zu Beginn des Dritten Reiches», in *Die Machtergreifung in Südwestdeutschland*, hg. v. Thomas Schnabel, S. 219-256, hier S. 229.
- 168 Otto Wagener, *Hitler: Memoirs of a Confidant*, hg. v. Henry Ashby Turner, New Haven, CT, 1985, S. 19-21, dt. *Hitler aus nächster Nähe. Aufzeichnungen eines Vertrauten, 1929-1932*, 2. Aufl., Kiel 1987.
- 169 Ebd.
- 170 Siehe Charlotte Tacke, *Denkmal im sozialen Raum: Nationale Symbole in Deutschland und Frankreich im 19. Jahrhundert*, Göttingen 1995; Rudy Koshar, *From Monuments to Traces: Artifacts of German Memory, 1870-1990*, Berkeley, CA¹, 2000, S. 35-40.
- 171 Die Idee eines «muskulären Christentums» erfreute sich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sowohl in Nordamerika als auch in Europa einer beachtlichen Beliebtheit. In Deutschland beriefen sich ihre Anhänger gewöhnlich auf Vorstellungen wie die von der «Germanisierung des christlichen Glaubens». Siehe Clifford Puttney, *Muscular Christianity: Manhood and Sports in Protestant America, 1880-1920*, Cambridge, MA, 2003; Arthur Bonus, *Von Stöcker zu Naumann: Ein Wort zur Germanisierung des Christentums*, Heilbronn 1896; Rainer Lächele, «Protestantismus und völkische Religion im deutschen Kaiserreich», in *Handbuch zur «Völkischen Bewegung» 1871-1918*, hg. v. Uwe Puschner, Walter Schmitz und Justus H. Ulbricht, München 1999, S. 149-163. Anklang fanden diese Ideen sogar bei der deutschen katholischen Priesterschaft der Zwischenkriegszeit; siehe Forstner, «Braune Priester», S. 131-133. Eine aufschlussreiche Fallstudie über den evangelischen Pastor Gustav von Bodelschwingh, der im «Dritten Reich» mit ähnlichen Argumenten SA-Mitglieder unter den evangelischen Theologiestudenten für sein Siedlungsprojekt in Dünne bei Bielefeld rekrutierte, ist Ulrich Rottschäfer, «Gustav von Bodelschwingh und die Gründung des Sammelvikariats in Dünne», *Jahrbuch für Westfälische Kirchengeschichte* 89 (1995), S. 216-247, hier S. 223-231. Ich danke Johannes Lübeck, Tangermünde, für den Hinweis auf diesen Artikel.
- 172 Siehe dazu die aufschlussreichen Beiträge in Matthew Feldman und Marius Turda (Hg.), *Clerical Fascism in Interwar Europe*, London und New York 2008.
- 173 Von der jüngeren Literatur zum Thema siehe Dylan Riley, *The Civic Foundations of Fascism in Europe: Italy, Spain, and Romania, 1870-1945*, Baltimore, MD, 2010, sowie die Beiträge in Alejandro Quiroga und Miguel Angel des Arco (Hg.), *Right-Wing Spain in the Civil War Era: Soldiers of God and Apostles of the Fatherland, 1914-1945*, London 2012.

- 174 Rory Yeomans, «Militant Women, Warrior Men and Revolutionary Personae: The New Ustasha Man and Woman in the Independent State of Croatia, 1941-1945», *Slavonic and East European Review* 83:4 (2005), S. 685-732, hier S. 705.
- 175 Zit. n. Stephen Fischer-Galati (Hg.), *Man, State, and Society in East European History*. London 1970, S. 330. Eine ausgezeichnete vergleichende Analyse der religiösen Elemente der faschistischen Bewegungen in Rumänien und Kroatien ist Radu Harald Dinu, *Faschismus, Religion und Gewalt in Südosteuropa. Die Legion Erzengel Michael und die Ustafa im historischen Vergleich*, Wiesbaden 2013, S. 204-252.
- 176 Hofmann, *Pflichtenlehre des Sturm-Abteilungsmannes*, S. 11. Ungeachtet dieser Verheissungen wurde das Verhältnis zwischen dem nationalsozialistischen Regime und den Kirchen bald immer komplizierter.
- 177 Bergen, *Twisted Cross*, S. 71.
- 178 Schwarzkopf wurde am 11. April 1893 in Bonn geboren, studierte in den 1910er Jahren an der Kunstgewerbeschule Düsseldorf und erhielt 1933 eine Professur an der Kunstakademie der Stadt. 1937 übernahm er eine führende Position im Nationalsozialistischen Deutschen Dozentenbund (NSDDB) und wurde zum Präsidenten des Künstlervereins Malkasten gewählt, ein Amt, das er bis 1945 ausübte. 1956 übernahm er die Präsidentschaft ein weiteres Mal. Er starb am 31. Mai 1963 in Düsseldorf. Zu seinem Lebenslauf und seinen Werken siehe Dietrich Grünewald, «Der Totentanz bei Rethel, Ille und Schwarzkopf», *Deutsche Comicforschung* 5 (2009), S. 21-32, hier S. 30-32; Sabine Schroyen, *Bildquellen zur Geschichte des Künstlervereins Malkasten in Düsseldorf. Künstler und ihre Werke in den Sammlungen*, Düsseldorf 2001, S. 34-36, 316-318.
- 179 Siehe insbes. die Reproduktionen in Oberste SA-Führung (Hg.), ... *wurde die SA eingesetzt: Politische Soldaten erzählen von wenig beachteten Frontabschnitten unserer Zeit*, München 1938, S. 43, 55, 91.
- 180 Details bei Grünewald, «Der Totentanz bei Rethel»; Alfred Rethel, *Auch ein Todtentanz*, 11. Aufl., Leipzig 1879; Hans Jürgen Imiela, «Alfred Rethel und der Tod», in *Der Tod in Dichtung, Philosophie und Kunst*, hg. v. Hans Helmut Jansen, 2. Aufl., Darmstadt 1989, S. 371-379.
- 181 Grünewald, «Der Totentanz bei Rethel», S. 27.
- 182 *Der Kampf der SA: Eine Bildfolge nach 6 Holzschnitten von Prof Richard Schwarzkopf* (Werbebroschüre), in LArch Ludwigsburg, PL 505 Bü 12. Zu früheren Entwürfen, in denen das Leben den Tod besiegt, siehe Grünewald, «Der Totentanz bei Rethel», S. 32.
- 183 Alternativ wurde die Serie *Deutsche Passion* auch als *Der Kampf der SA und Totentanz der SA* betitelt; Schroyen, *Bildquellen zur Geschichte des Künstlervereins Malkasten*, S. 35-
- 184 Fest, «Ernst Röhm und die verlorene Generation», S. 190.
- 185 Ebd., S. 190-191.
- 186 Emre Sencer, «Fear and Loathing in Berlin: German Military Culture at the Turn of the 1930s», *German Studies Review* 37:1 (2014), S. 19-39, hier S. 22. In Wirklichkeit setzte diese Erosion der Autorität bereits in den letzten beiden Kriegsjahren ein.
- 187 Horst von Metzsch, «Nie wieder ein solches Jahrzehnt!», *Militär-Wochenblatt*, 4. Juli 1929, zit. n. Sencer, «Fear and Loathing in Berlin», S. 23.
- 188 Bis 1928 herrschte zwischen der Reichswehr und der NSDAP ein unterkühltes Verhältnis, teils wegen der jahrelangen gegenseitigen Ressentiments infolge des gescheiterten Hitlerputschs vom November 1923, teils dank der Festigung der Weimarer Demokratie in den mittleren 1920er Jahren. Am 5. Dezember 1928 ging Hitler sogar so weit, Mitgliedern seiner Partei den Eintritt in die Reichswehr offiziell zu verbieten, eine indirekte Anerkennung der von der Militärführung

- propagierten These, die Reichswehr stehe «über der Politik». Siehe Peter Bucher, *Der Reichswehrprozess. Der Hochverrat der Ulmer Reichswehroffiziere 1929/30* (Militärgeschichtliche Studien 4), Boppard am Rhein 1967, S. 9.
- 189 Ebd., S. 11.
- 190 Timothy S. Brown, «Richard Scheringer, the KPD and the Politics of Class and Nation in Germany, 1922-1969», *Contemporary European History* 14:3 (2005), S. 317-346, hier S. 323-325; Bucher, *Der Reichswehrprozess*, S. 110-113.
- 191 Sencer, «Fear and Loathing in Berlin», S. 25.
- 192 Ausführlicher behandelt werden der Lebenslauf Ludins und seine spätere Laufbahn in Kap. 10 dieses Buches.
- 193 Bucher, *Der Reichswehrprozess*, S. 130; Brown, «Richard Scheringer», S. 323,337.
- 194 Ernst Niekisch, *Erinnerungen eines deutschen Revolutionärs*, Erster Band: *Gewagtes Leben 1889-1945*, Köln 1974, S. 185.
- 195 Eckart Kehr, «Zur Soziologie der Reichswehr», *Neue Blätter für den Sozialismus* 1 (1930), S. 156-164, hier S. 163.
- 196 Zum komplizierten Verhältnis zwischen dem deutschen Adel und der SA siehe Malinowski und Reichardt, «Die Reihen fest geschlossen?».
- 197 Peter Hoffmann, *Claus Schenk Graf von Stauffenberg und seine Brüder*, Stuttgart 1992, S. 101. Zum «George-Kreis» und Georges Vorstellungen von einem «geheimen Deutschland» siehe Thomas Karlauf, *Stefan George: Die Entdeckung des Charisma*, München 2007, sowie ferner Robert E. Norton, *Secret Germany. Literary Modernism and Visual Culture: Stefan George and His Circle*, Ithaca, NY, 2002.
- 198 Hoffmann, *Claus Schenk Graf von Stauffenberg*, S. 103. Auch Eberhard Zeller erwähnt in seiner Biografie Stauffenbergs dessen Wohlwollen für Scheringer, Ludin und Wendt, spricht sich aber entschieden dagegen aus, hierin eine politische Stellungnahme für die NSDAP zu sehen. Siehe Eberhard Zeller, *Oberst Claus Graf Stauffenberg: Ein Lebensbild*, Paderborn 2008 [1994], S. 25.
- 199 Hans Roschmann, *Erinnerungen eines «Kämpferischen Schwaben»*, Überlingen o. J. [1985], S. 37-38.
- 200 RGVA, Osobyi Archives, Fond 720, Opis 1, Nr. 47, S. 201: Röhm, SABE (SA-Befehl) v. 13. Januar 1931. Zur Zusammenarbeit der Reichswehr mit der SA bei der Grenzsicherung siehe auch IfZ Archive, ED 414, Bd. 181: «Stabschef Röhm im Kieler Hitler-Prozess», *Hamburger Tageblatt*, 11. Juli 1932, S. 12.
- 201 Details dazu siehe insbes. in RGVA, Osobyi Archives, Fond 720, Opis 1, Nr. 47, S. 352-362: «Material zur Frage der Militarisierung der SA», September 1931.
- 202 GStA PK, I. HA, Rep. 77 titl. 4043, Nr. 311, S. 25-26: Bericht des Berliner Polizeipräsidenten an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf, 4. Februar 1932.

4 Terror, Begeisterung, Enttäuschung

- 1 Röhm, *Die Geschichte eines Hochverrätters*, S. 327.
- 2 Erich Koch-Weser, «Der deutsche Mensch», *Vossische Zeitung*, 1. Februar 1933 (Morgenausgabe), S. 2.
- 3 Das Werk erschien in deutscher Übersetzung erstmals 1922 unter dem Titel *Psychologie der Massen*.
- 4 Mehrere Jahre nachdem Koch-Weser diese These formuliert hatte, stellten britische Historiker eine sehr ähnliche Mutmassung an. Lewis B. Namier schrieb 1941: «Es ist der Mangel an moralischer Courage, an Selbstsicherheit und Selbstständigkeit des Einzelnen, der den Deutschen dazu bringt,

- nach Sicherheit, Selbstbestätigung und überwältigender Macht in und durch seinen Staat und seine Nation zu streben und beide über jedes vernünftige Mass an Vernunft und Verstand hinaus zu glorifizieren.» Lewis B. Namier, «Both Slaves and Masters», *Time & Tide*, 5. Juli 1941, zit. n. Jörg Später, *Vansittart: Britische Debatten über Deutsche und Nazis 1902-1945*, Göttingen 2003, S. 220.
- 5 Die Literatur zu diesem Thema ist überaus umfangreich. Um nur einige Veröffentlichungen aus jüngster Zeit anzuführen: Wachsmann, *KL*, S. 23-78; Irene Mayer-von Götz, *Terror im Zentrum der Macht: Die frühen Konzentrationslager in Berlin*, Berlin 2008; siehe zudem die Beiträge in Nikolaus Wachsmann und Sybille Steinbacher (Hg.), *Die Linke im Visier: Zur Errichtung der Konzentrationslager 1953*, Göttingen 2014, und in Hördler (Hg.), *SA-Terror als Herrschaftssicherung*. Überblicke über die politische Geschichte des Jahres 1933 geben insbes. Andreas Wirsching (Hg.), *Das Jahr 1933: Die nationalsozialistische Machteroberung und die deutsche Gesellschaft*, Göttingen 2009, Richard Bessel, «The Nazi Capture of Power», *Journal of Contemporary History* 39:2 (2004), S. 169-188, und die in den nachfolgenden Anmerkungen angeführten Schriften.
 - 6 Elias Canetti, *Werke*, Bd. 3: *Masse und Macht*, München 2011, S. 16.
 - 7 RGVA, Osobyi Archives, Fond 720, Opis 1, Nr. 43, S. 80: Schreiben des bayerischen Innenministers Adolf Wagner an das Reichsinnenministerium, 26. April 1933 (maschinenschriftlich); BArch Berlin, R1501/20234: «Reichsbanner nun auch in Sachsen verboten», *Der Montag*, 13. März 1933.
 - 8 GSt PK, I. HA, Rep. 77, titl. 4043, Nr. 14, S. 2-3: SA-Gruppenführer Schlesien (Edmund Heines), Gruppenbefehl Nr. 32, Breslau, 24. April 1933, sowie Textentwurf für ein Telegramm des preussischen Ministerpräsidenten an alle SA-, SS- und Stahlhelmverbände in Ostpreussen, Schlesien und der Grenzmark, o. J.; Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PAAA), R 99246, S. 90: Befehl Ernst Röhm in Sachen «Auslandsdeutsche» in der SA, 27. November 1933.
 - 9 Klaus Schwabe und Rolf Reichardt (Hg.), *Gerhard Ritter: Ein politischer Historiker in seinen Briefen*, Boppard am Rhein 1984, S. 66.
 - 10 Alexander Mitscherlich, *Ein Leben für die Psychoanalyse. Anmerkungen zu meiner Zeit*, Frankfurt am Main 1980, S. 111, zit. n. Tobias Freimüller, «Verdrängung und Bewältigung: Alexander Mitscherlich und die NS-Vergangenheit», in Freimüller (Hg.), *Psychoanalyse und Protest: Alexander Mitscherlich und die «Achtundsechziger»*, Göttingen 2007, S.40ff., hier S. 42.
 - 11 Zit. n. Fritzsche, *Turbulent World of Franz Göll*, S. 147.
 - 12 Röhm hielt nichts von solchen Forderungen, sah er darin doch den Versuch, unter dem Schirm der SA private Interessen zu organisieren. Siehe BArch Berlin, NS 23/510: Oberster SA-Führer, Rundschreiben zu «Sondergliederungen», 5. Juli 1933.
 - 13 BArch Berlin, NS 1/388, S. 126-128, hier S. 126: Brief Elfriede Contis an Martin Bormann, 3. März 1933.
 - 14 LArch Berlin, A Rep. 003-04-01, S. 101: Brief von Karl Ernst an den Staatskommissar der Reichshauptstadt Berlin (Julius Lippert), 26. Juli 1933.
 - 15 Detlev Humann, «„Alte Kämpfer“ in der neuen Zeit: Die sonderbare Arbeitsvermittlung für NS-Parteigänger nach 1933», *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 98:2 (2011), S. 173-194, hier S. 174-175.
 - 16 Ebd., S. 176-177.
 - 17 Ebd., S. 178-183.

- 18 Ulrich Klein, »SA-Terror und Bevölkerung in Wuppertal 1933/34«, in: Detlev Peukert und Jürgen Reulecke (Hg.), *Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus*, Wuppertal 1986, S. 45–61, hier S. 56.
- 19 Christian Meyer, *Semantiken des Privaten in autobiographischen Deutungen des Nationalsozialismus 1939/1940*, Phil. Diss. Universität Bielefeld 2015, S. 154–157.
- 20 Amtlichen Quellen zufolge fiel die Arbeitslosigkeit in den Reihen der SA bis Frühjahr 1934 um bis zu 80 Prozent. Zu Beispielen siehe Humann, »Alte Kämpfer« in der neuen Zeit«, S. 185–186, 192. Im Südwesten Deutschlands entwickelte sich die Lage nicht ganz so günstig; hier konnte bis Ende 1933 nur ein Drittel aller erwerbslosen »Alten Kämpfer« in Arbeit gebracht werden; siehe Gunter Mai, »Die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation: Zum Verhältnis von Arbeiterschaft und Nationalsozialismus«, *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 31:4 (1981), S. 573–613, hier S. 601.
- 21 Humann, »Alte Kämpfer« in der neuen Zeit«, S. 185.
- 22 Frank Bajohr hat die NSDAP treffend als Partei des »organisierten Selbstmitleids« charakterisiert; siehe Frank Bajohr, *Parvenüs und Profiteure: Korruption in der NS-Zeit*, Frankfurt am Main 2001, S. 13, 22–24.
- 23 Zu den SA-Hilfswerklagern und ihrer Finanzierung siehe Detlev Humann, »Verwahranstalten mit Fantasiegehältern? Die Hilfswerklager der SA für arbeitslose »alte Kämpfer«, *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 97:4 (2010), S. 425–436; Fischer, *Stormtroopers*, S. 130–133.
- 24 Peter Schyga, *Goslar 1918–1945. Von der nationalen Stadt zur Reichsbauernstadt des Nationalsozialismus*, Bielefeld 1999, S. 137.
- 25 Besonders berüchtigt waren in dieser Beziehung die SA-Leute der »Österreichischen Legion«; siehe Schafranek, *Söldner für den »Anschluss«*, S. 174–205; Humann, »Verwahranstalten mit Fantasiegehältern?«, S. 426, n. 4.
- 26 Das ausgeschnittene Original der Anzeige findet sich in BArch Berlin, NS 23/204.
- 27 Ebd.: Brief Müllers an Rudolf Heß, 23. April 1934.
- 28 Zur sozialen Kluft zwischen der SA-Führung und den einfachen SA-Männern siehe Kater, »Ansätze zu einer Soziologie der SA«. Zur im »Dritten Reich« grassierenden Korruption siehe Bajohr, *Parvenüs und Profiteure*, speziell zur SA siehe ebd., S. 17–34.
- 29 Fritz Tobias, *Der Reichstagsbrand: Legende und Wirklichkeit*, Rastatt 1962; Hans Mommsen, »Der Reichstagsbrand und seine politischen Folgen«, *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 12:4 (1964), S. 351–413.
- 30 Hett, *Burning the Reichstag*, S. 318–323, dt. *Der Reichstagsbrand*. Das Buch von Hett ist die jüngste von mehreren Veröffentlichungen zur sogenannten Reichstagsbrand-Kontroverse, einer der am heftigsten umkämpften Streitfragen in der deutschen Geschichtsschreibung des 20. Jahrhunderts. Kritische Auseinandersetzungen mit der Tobias/Mommsen-Fraktion liefern u. a. Hans Schneider (Hg.), *Neues vom Reichstagsbrand? Eine Dokumentation*, Berlin 2004; Alexander Bahar und Wilfried Kugel, *Der Reichstagsbrand: Wie Geschichte gemacht wird*, Berlin 2001; Jürgen Schmädke, Alexander Bahar und Wilfried Kugel, »Der Reichstagsbrand in neuem Licht«, *Historische Zeitschrift* 269:3 (1999), S. 603–651. Wie nicht anders zu erwarten, löste Hetts Buch Reaktionen von Verteidigern der Einzeltäterthese aus: Richard J. Evans, »The Conspiracists«, *London Literary Review of Books* 36:9 (2014), S. 3–9; siehe auch die Antwort Hetts und Evans' Gegenrede in der *London Literary Review of Books* 36:11 (2014).
- 31 Häberlen, *Vertrauen und Politik*, S. 186; Hermann Weber, »Zum Verhältnis von Komintern, Sowjetstaat und KPD«, in Hermann Weber, Jakov Drabkin und Bernhard H. Bayerlein (Hg.), *Deutschland, Russland, Komintern I: Überblicke, Analysen, Diskus-*

- sionen. *Neue Perspektiven auf die Geschichte der KPD und die Deutsch-Russischen Beziehungen (1918-1943)*, Berlin 2014, S. 9-139, hier S. 102, mit weiteren Verweisen.
- 32 Ein besonders abscheulicher Fall ist dokumentiert in GSt PK, XX. HA, Rep. 240 B 29 a-g, S. 153: Brief von Fräuling Itzig, Tochter eines jüdischen Viehhändlers, an Hermann Göring, 15. März 1933. Zu den antijüdischen Boykottaktionen siehe Hannah Ahlheim, «*Deutsche, kauft nicht bei Juden!*» *Antisemitismus und politischer Boykott in Deutschland 1924 bis 1935*, 2. Aufl., Göttingen 2012, S. 241-262; Christoph Kreuzmüller, *Ausverkauf: Die Vernichtung der jüdischen Gewerbetätigkeit in Berlin 1930-1945*, Berlin 2012, S. 123-145, 219-238.
- 33 BArch Berlin, NS 23/409: «Schacht Issues Debt Warning», *Evening Sun* (New York), 7. April 1933.
- 34 Johannes Tuche, «Organisationsgeschichte der ‚frühen‘ Konzentrationslager», in Wolfgang Benz und Barbara Diestel (Hg.), *Instrumentarium der Macht: Frühe Konzentrationslager 1933-1937*, Berlin 2003, S. 9-26, hier S. 11; Karin Orth, *Das System der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Eine politische Organisationsgeschichte*, Hamburg 1999, S. 23; Wünschmann, *Before Auschwitz*, S. 68. Die Verhaftungswelle erreichte ihren Höhepunkt im Frühjahr 1933. Allein zwischen Februar und April 1933 wurden 45'000 Personen verschleppt und gefangen gesetzt.
- 35 Einen Überblick über die unterschiedlichen Typen der frühen Konzentrationslager gibt Tuche, «Organisationsgeschichte der ‚frühen‘ Konzentrationslager», S. 13-15; Jan Erik Schulte, «Das KZ-System in der Region: Konzentrationslager im Rheinland und in Westfalen 1933-1945», in ders. (Hg.), *Konzentrationslager im Rheinland und in Westfalen 1933-1945. Zentrale Steuerung und regionale Initiative*, Paderborn 2005, S. xi-xli. Zur Bedeutung Dachaus als «Modell-Lager» siehe Wünschmann, *Before Auschwitz*, S. 133-135, und Christopher Dillon, *Dachau and the SS. A Schooling in Violence*, Oxford 2015.
- 36 Irene von Götz, «Die frühen Konzentrationslager in Berlin», in *Bürgerkriegsarmee*, hg. v. Müller und Zilkenat, S. 131-146, hier S. 132.
- 37 Ein besonders drastisches Beispiel für SA-Gewalt in Berlin war die «Köpenicker Mordwoche» oder «Köpenicker Blutwoche». Zwischen dem 21. und dem 26. Juni 1933 nahmen SA-Männer bis zu 500 Personen fest und ermordeten mindestens 23 von ihnen. Siehe insbes. Stefan Hördler, «Ideologie, Machtinzenierung und Exzess: Taten und Täter der Köpenicker Blutwoche», in Stefan Hörder (Hg.), *SA-Terror als Herrschaftssicherung*, S. 83-104. Zu der Frage, was die örtliche Bevölkerung über die frühen Konzentrationslager wusste (hier in Rheinland-Westfalen), siehe auch Schulte, «Das KZ-System in der Region», S. xxiii.
- 38 Siehe z.B. den Fall des Steinbrucharbeiters Hugo Rappenhöner, der sich nach seiner Entlassung aus dem SA-Folterkeller in Köln-Porz erhängte; BArch Berlin, NS 23/889: Bericht der Oberstaatsanwaltschaft Köln an den preussischen Justizminister, 13. Dezember 1933.
- 39 Irene von Götz, «Die Errichtung der Konzentrationslager in Berlin 1933: Entfesselter SA-Terror in der Reichshauptstadt», in *Die Linke im Visier. Zur Errichtung der Konzentrationslager 1933*, hg. v. Nikolaus Wachsmann und Sybille Steinbacher, Göttingen 2014, S. 70-83, hier S. 73.
- 40 Sascha Münzel und Eckart Schorle, *Erfurt Feldstrasse. Ein frühes Lager im Nationalsozialismus*, Erfurt 2012, S. 50.
- 41 Julia Pietsch, «Stigmatisierung von Juden in frühen Konzentrationslagern: Die ‚Judenkompanie‘ des Konzentrationslagers Oranienburg 1933/34», in Marco Brenneisen u.a. (Hg.), *Stigmatisie-*

- rung – Marginalisierung – Verfolgung. Beiträge des 19. Workshops zur Geschichte und Gedächtnisgeschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager*, Berlin 2015, S. 99-120, hier S. 109-113; Veronika Springmann, *Gunst und Gewalt. Sport in nationalsozialistischen Konzentrationslagern*, Diss. Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg 2015; Will Greif [Peter Blachstein], «Juden», *Freies Deutschland*, 6. April 1939, abgedruckt in Peter Blachstein, «*In uns lebt die Fahne der Freiheit*»: *Zeugnisse zum frühen Konzentrationslager Burg Hohnstein*, hg. v. Norbert Haase und Mike Schmeizner, Dresden 2005, S. 126-128.
- 42 Gebhard Aders, «Terror gegen Andersdenkende: Das SA-Lager am Hochkreuz in Köln-Porz», in *Instrumentarium der Macht: Frühe Konzentrationslager 1933-1937*, hg. v. Wolfgang Benz und Barbara Diestel, Berlin 2003, S. 179-188, hier S. 184.
- 43 Norbert Haase, «Das Konzentrationslager Hohnstein 1933/34 und seine Überlieferung in der deutschen Emigration», in Blachstein, «*In uns lebt die Fahne der Freiheit*», S. 8-22, hier S. 15; Mike Schmeizner, «Diktaturerfahrung und politische Konsequenz: Zur Biographie des deutsch-jüdischen Sozialisten Peter Blachstein, 1911-1977», in ebd., S. 23-55, hier S. 33.
- 44 Bis 1939 waren nie mehr als zehn Prozent aller Häftlinge in Deutschland Frauen. Siehe Jane Caplan, «Gender and the Concentration Camps», in Jane Caplan und Nikolaus Wachsmann (Hg.), *Concentration Camps in Nazi Germany. The New Histories*, London und New York 2010, S. 82-107, hier S. 83; Wünschmann, *Before Auschwitz*, S. 7.
- 45 Häberlen, *Vertrauen und Politik*, S. 186.
- 46 Siehe den bahnbrechenden Artikel von Caplan, «Gender and the Concentration Camps», insbes. S. 86-95.
- 47 Kim Wünschmann entdeckte in ihrer Analyse des strategischen Verhaltens jüdischer Männer, die nach dem 9. November 1938 in Deutschland interniert wurden, ähnliche Mechanismen, und Brian Feltman hat vor kurzem bei deutschen Soldaten, die während des Ersten Weltkriegs oder danach in Kriegsgefangenschaft gerieten, einen analogen Prozess identifiziert. Siehe Kim Wünschmann, «Die Konzentrationslagererfahrungen deutsch-jüdischer Männer nach dem Novemberpogrom 1938: Geschlechtergeschichtliche Überlegungen zu männlichem Selbstverständnis und Rollenbild», in Susanne Heim, Beate Meyer und Francis R. Nicosia (Hg.), «*Wer bleibt, opfert seine Jahre, vielleicht sein Leben*»: *Deutsche Juden 1938-1941*, Göttingen 2010, S. 39-58; Brian K. Feltman, *The Stigma of Surrender. German Prisoners, British Captors, and Manhood in the Great War and Beyond*, Chapel Hill, NC, 2015.
- 48 Pietsch, «Stigmatisierung von Juden in frühen Konzentrationslagern»; Kim Wünschmann, «Cementing the Enemy Category: Arrest and Imprisonment of German Jews in Nazi Concentration Camps 1933-8/9», *Journal of Contemporary History* 45:3 (2010), S. 576-600; Jürgen Matthäus, «Verfolgung, Ausbeutung, Vernichtung: Jüdische Häftlinge im System der Konzentrationslager», in Günter Morsch und Susanne zur Nieden (Hg.), *Jüdische Häftlinge im Konzentrationslager Sachsenhausen 1936-1945*, Berlin 2004, S. 64-89; Caplan, «Gender and the Concentration Camps», S. 87. Zum jüdischen Jugend- und Lehrheim in Wolzig siehe Claudia Prestel, *Jugend in Not. Fürsorgeerziehung in deutsch-jüdischer Gesellschaft (1901-1933)*, Köln 2003, S. 313-340. Zum Überfall der SA im März 1933 und seinen Folgen siehe ebd., S. 336-337, sowie den ausführlichen Bericht des CV-Vereins (in englischer Fassung) bei Jürgen Matthäus und Mark Roseman, *Jewish Responses to Persecution*, Bd. 1:1933-1938, Lanham, MD, 2010, S. 75-77.

- 49 Gerhart Seger, *Oranienburg. Erster authentischer Bericht eines aus dem Konzentrationslager Geflüchteten, mit einem Geleitwort von Heinrich Mann*, Karlsbad 1934, neu veröffentlicht in Irene A. Diekmann und Klaus Wettig (Hg.), *Konzentrationslager Oranienburg. Augenzeugenberichte aus dem Jahre 1933: Gerhart Seger, Reichstagsabgeordneter der SPD; Max Abraham, Prediger aus Rathenow*, Potsdam 2003, S. 15-89. Wenige Monate später kontierte Werner Schäfer, der ehrgeizige Kommandant des KZ Oranienburg, mit dem Buch *Konzentrationslager Oranienburg. Das Anti-Braunbuch über das erste deutsche Konzentrationslager*, Berlin 1934. Siehe hierzu den instruktiven Beitrag von Paul Moore, «The Truth about the Concentration Camps: Werner Schäfers Anti-Brown Book and the Transnational Debate on Early Nazi Terror», in *German History* 34:4 (2016), S. 579-607.
- 50 Diekmann und Wettig, *Konzentrationslager Oranienburg*, S. 62-65, hier S. 63-64. Das abwertende Urteil Segers über seine Bewacher half ihm zumindest, seine eigene männliche Identität aufrechtzuerhalten. Zu seinen psychologischen Bewältigungsmechanismen siehe auch Wünschmann, «Die Konzentrationslagererfahrungen deutschjüdischer Männer nach dem Novemberpogrom 1938», S. 49-50.
- 51 Diekmann und Wettig, *Konzentrationslager Oranienburg*, S. 65.
- 52 Will Greif, «Handwerker», *Freies Deutschland*, 27. April 1939, abgedruckt in Blachstein, «In uns lebt die Fahne der Freiheit», S. 132-134.
- 53 Diekmann und Wettig, *Konzentrationslager Oranienburg*, S. 64-65; Will Greif, «Rekruten», *Freies Deutschland*, 23. März 1939, abgedruckt in Blachstein, «In uns lebt die Fahne der Freiheit», S. 121-123.
- 54 Günter Morsch und Agnes Ohm (Hg.), *Terror in der Provinz Brandenburg. Frühe Konzentrationslager 1933/34*, Berlin 2014, S. 70; Haase, «Das Konzentrationslager Hohnstein 1933/34», S. 13-14.
- 55 Volker Bendig, «Unter Regie der SA: Das Konzentrationslager Börnicke und das Nebenlager Meissnershof im Osthavelland», in *Instrumentarium der Macht*, hg. v. Wolfgang Benz und Barbara Diestel, S. 97-101.
- 56 Eike Wolgast, «Die Studierenden», in Wolfgang U. Eckart, Volker Sellin und Eike Wolgast (Hg.), *Die Universität Heidelberg im Nationalsozialismus*, Heidelberg 2006, S. 57-94, hier S. 60; Axel W. Bauer, Karin Langsch und Wolfgang U. Eckart, «Die Universitätsklinik und Poliklinik für Mund-, Zahn- und Kieferkrankheiten», in ebd., S. 1031-1041, hier S. 1033-34.
- 57 Julia Deinert, *Die Studierenden der Universität Rostock im Dritten Reich*, Phil. Diss Universität Rostock 2010, S. 72-73. Weitere Beispiele zur öffentlichen Zurschaustellung von Gefangenen durch die SA finden sich bei Wünschmann, *Before Auschwitz*, S. 32-34.
- 58 Volker Friedrich Drecktrah, «Die «Verbrechen gegen die Menschlichkeit» der MarineSA Cuxhaven von 1933 und deren Ahndung nach 1945», in Alfred Gottwaldt u.a. (Hg.), *NS-Gewaltherrschaft: Beiträge zur historischen Forschung und juristischen Aufarbeitung*, Berlin 2005, S. 118-134, hier S. 133.
- 59 Um nur ein Beispiel anzuführen: Im oberschlesischen Beuthen führte eine Gruppe SA-Männer am 22. Juli 1935 eine Friseurin christlichen Glaubens durch die Strassen, die mit einem Juden verlobt war. Die Frau musste ein Schild vor sich hertragen, das sie als «Rassenschänderin» brandmarkte. Man hatte ihre Haare kurz geschoren und nach manchen Berichten ihren Körper mit Bitumen geschwärzt. Siehe RGVA, Fond 721, Opis 1, Nr. 2604, S. 2: Schreiben des CV-Vereins, Landesverband Oberschlesien, an den CV-Verein Berlin, 23. Juli 1935. Ähnliche Beispiele finden sich bei Sopade, *Deutschland-Berichte* 2 (1935), S. 811.

- 60 Dorothee Wierling, *Eine Familie im Krieg. Leben, Sterben und Schreiben 1914-1918*, Göttingen 2013, S. 394-395.
- 61 Julie Braun-Vogelstein (Hg.), *Otto Braun aus nachgelassenen Schriften eines Frühvollendeteten*, Stuttgart 1919. Dieses Buch erfuhr bis 1931 mehrere Auflagen und wurde rund 100'000-mal verkauft; Wierling, *Eine Familie im Krieg*, S. 380,383-389.
- 62 Zu Litten siehe Hett, *Crossing Hitler*; zu Kronheim siehe Andrea Löw und Hubert Schneider, «Dr. Walter Kronheim», in Bochumer Anwalt-und Notarverein (Hg.), *Zeit ohne Recht. Justiz in Bochum nach 1933*, Recklinghausen 2002, S. 140-141; Schmidt, *Überwachen und Dienen*, S. 327. Einen Überblick über die jüdischen Rechtsanwälte in der Reichshauptstadt gibt Simone Ladwig-Winters, *Anwalt ohne Recht. Das Schicksal jüdischer Rechtsanwälte in Berlin nach 1933*, 2. Aufl., Berlin 2007.
- 63 Alfred Wiener schildert Ludwig Foerder als einen Mann, der kompromisslos für Recht und Gerechtigkeit eintrat. 1933 floh Foerder aus Deutschland und liess sich vorübergehend in Prag nieder, wo er und seine Frau im Frühjahr 1934 «in verwirrtem Zustand umherirrend» angetroffen wurden. Später wanderte er nach Palästina aus, wo er ziemlich vereinsamt starb. Seine Frau wurde im deutsch besetzten Holland festgenommen und im Holocaust ermordet. Einen Eindruck von Foeders politischen Aktivitäten vermitteln seine beiden Streitschriften *Antisemitismus und Justiz*, Berlin 1924, und *Die Stellung des Centralvereins zu den innerjüdischen Fragen in den Jahren 1919-1926. Eine Denkschrift für Vereinsmitglieder*, Breslau 1927. Zu Foeders Lebenslauf siehe Joseph Walk, *Kurzbiographien zur Geschichte der Juden 1918-1945*, München 1988, S. 94; Alfred Wiener, «In Memory of Ludwig Foerder», *AJR Information* 9:8 (1954), S. 4, und den Artikel «Dr. Foerder, Wife Return to Health», erstmals veröffentlicht am 1. Juni 1934 und hier zit. n. *JTA Archive*, <http://www.jta.org/1934/o6/oi/archive/dr-foerder-wife-return-to-health> (zuletzt abgerufen am 28.12.2018).
- 64 Abraham Ascher, *A Community Under Siege. The Jews of Breslau under Nazism*, Stanford, CA, 2007, S. 76-77.
- 65 Bis zum 30. April 1934 schieden 574 jüdische Richter und Staatsanwälte aus dem Dienst. Allein in Preussen wurde bis Ende 1933 mehr als 700 jüdischen Anwälten die Gerichtszulassung verweigert. Siehe Wolfgang Benz, «Jüdische Juristen unter dem nationalsozialistischen Regime: Von der Entrechtung zur Verfolgung und Vernichtung», in *Justiz und Judentum*, hg. v. Gerhard Pauli, Düsseldorf 1999, S. 19-36, hier S. 23-26.
- 66 Stephan A. Glienke, *Die NS-Vergangenheit späterer niedersächsischer Landtagsabgeordneter. Abschlussbericht zu einem Projekt der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen im Auftrag des Niedersächsischen Landtages*, Hannover 2012, S. 64.
- 67 Näheres bei Uwe Lohalm, «Bis in die letzten Kriegstage intakt und voll funktionsfähige Der öffentliche Dienst in Hamburg 1933 bis 1945», in Detlef Schmiechen-Ackermann und Steffi Kaltenborn (Hg.), *Stadtgeschichte in der NS-Zeit. Fallstudien aus Sachsen-Anhalt und vergleichende Perspektiven*, Münster 2005, S. 53-65, insbes. S. 55-56.
- 68 Eine Kurzbiografie Werner von Fichtes, Urenkel des Philosophen Johann Gottlieb Fichte und zeitweiliger Führer vom Bund Wiking, findet sich bei Münzel und Schorle, *Erfurt Feldstrasse*, S. 23-24.
- 69 Ted Harrison, «„Alter Kämpfer“ im Widerstand: Graf Helldorff, die NS-Bewegung und die Opposition gegen Hitler», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 45 (1997), S. 385-423, hier S. 395.
- 70 Glienke, *Die NS-Vergangenheit späterer niedersächsischer Landtagsabgeordneter*, S. 65.

- 71 Klein, «SA-Terror und Bevölkerung in Wuppertal», S. 47-48.
- 72 Zu Helldorff, der sich später dem (vorwiegend militärischen) Widerstand gegen Hitler unter Führung Claus Schenk Graf von Stauffenbergs anschloss und 1944 hingerichtet wurde, siehe Harrison, «„Alter Kämpfer“ im Widerstand».
- 73 Schmidt, *Schützen und Dienen*, S. 323-332; Götz, «Die Errichtung der Konzentrationslager», S. 70; Tuche, «Organisationsgeschichte der ‚frühen‘ Konzentrationslager», S. 12.
- 74 «Röverstaat Oldenburg!», *Vorwärts*, 31. Juli 1932; «S.A.-Leute werden Polizisten», *Vorwärts*, 29. Juli 1932, beide in GSt PK, I. HA, Rep. 77, titl. 4043, Nr. 311, S. 418-420. Mit diesem Schritt verdoppelte Röver die Personalstärke der regulären Polizei nahezu – bis dahin waren es nur 320 Mann gewesen.
- 75 Abraham Ascher, *Was Hitler a Riddle? Western Democracies and National Socialism*, Stanford, CA, 2012, S. 22.
- 76 Schmidt, *Schützen und Dienen*, S. 324-325.
- 77 In Bayern wurden auf Anweisung des Reichskommissars Franz von Epp sogar zwei Sorten von Hilfspolizei eingeführt: eine «politische Hilfspolizei», deren Mitglieder ausschliesslich aus den Reihen der SS rekrutiert werden sollten, und eine «Sicherheits-Hilfspolizei» aus Mitgliedern von SA und Stahlhelm. Siehe BayHStA IV, Stahlhelm, Nr. 392: Der Kommissarische Staatsminister des Bayerischen Innenministeriums zur «Einberufung und Verwendung von Hilfspolizei in Bayern», 27. März 1933.
- 78 Siehe Michael Schneider, *Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939*, Bonn 1999; ders., «Verfolgt, unterdrückt und aus dem Land getrieben: Das Ende der Arbeiterbewegung im Frühjahr 1933», in Wachsmann und Steinbacher, *Die Linke im Visier*, S. 31-51, hier S. 43-46; Schmidt, *Schützen und Dienen*, S. 332-336.
- 79 Frank Boblenz und Bernhard Post, *Die Machtübernahme in Thüringen 1932/33*, Erfurt 2013, S. 36.
- 80 BayHStA, StK, Nr. 5256: Bayerisches Finanzministerium, «Sonderbeauftragte bei den Bezirksamtämtern und Sonderbevollmächtigte bei den Regierungen», o. J.
- 81 Siehe Wolfgang Edler von Zander, *Das SA-Feldjägerkorps. Eine vergessene Einheit der Geschichte*, Wolfenbüttel 2014, S. 26.
- 82 Schepura, *Nationalsozialismus in der pfälzischen Provinz*, S. 282.
- 83 Siehe z.B. Klein, «SA-Terror und Bevölkerung in Wuppertal», S. 47-48.
- 84 BayHStA, StK, Nr. 5256: Brief von Hanns Günther von Obernitz an das Bayerische Innenministerium, 20. Juli 1933.
- 85 Zum Lebenslauf Martins siehe insbes. Grieser, *Himmlers Mann in Nürnberg*.
- 86 BayHStA, StK, Nr. 5256: Brief von Dr. Benno Martin an den Bayerischen Ministerpräsidenten, 20. Juli 1933.
- 87 In den Jahren vor 1933 hatten hochrangige Nazis immer wieder für die Zeit nach ihrer Machtübernahme schwere Repressalien gegen Polizeibeamte angekündigt. Wilhelm Loeper, Gauleiter von Magdeburg-Anhalt, verkündete 1932, Polizisten, die sich nicht der Parteilinie fügten, werde man «mit den Kanonen der Reichswehr niederschossen»; Schumann, *Politische Gewalt in der Weimarer Republik*, S. 345.
- 88 Schyga, *Goslar 1918-1945*, S. 139,142-146; Ingo von Münch, *Gesetze des NS-Staates. Dokumente eines Unrechtssystems*, Paderborn 2004, S. 93.
- 89 Schyga, *Goslar 1918-1945*, S. 147.
- 90 BArch Berlin, NS 23/708: Schreiben Röhms zur SA-Feldpolizei, 11. August 1933.
- 91 Ebd.: Schreiben Röhms zum Feldjägerkorps in Preussen, 31. Oktober 1933; GSt PK, I. HA, Rep. 84a, Nr. 12004, S.134-136: OSAF zum Feldjägerkorps in Preussen, 7. Oktober 1933; Schmidt,

- Schützen und Dienen*, S. 328-329. Eine Sammlung von Dokumenten zur Geschichte des Feldjägerkorps findet sich bei Zander, *Das SA-Feldjägerkorps*.
- 92 BArch Berlin, NS 23/708: Schreiben Röhms zum Feldjägerkorps in Bayern, 27. Februar 1934.
- 93 Mehrere Augenzeugen behaupteten in der Folge, Walter Fritsch sei direkt an den Hinrichtungen beteiligt gewesen, die zwischen 30. Juni und 2. Juli 1934 in Berlin stattfanden: Rainer Orth, *«Der Amtssitz der Opposition?»*. *Politik und Staatsumbaupläne im Büro des Stellvertreters des Reichskanzlers in den Jahren 1933/1934*, Diss. Humboldt-Universität zu Berlin 2016, Kap. 6.3.1, mit weiteren Verweisen.
- 94 Ebd.: SA-Gruppe Hansa, «Standort-Befehl 14/35», 8. März 1935.
- 95 Ebd., NS 23/708: Brief Lutzes an den Reichsinnenminister, 23. Mai 1935.
- 96 Klaus Wisotzky, «Zwischen Integration und Opposition: Aspekte des Arbeiterverhaltens im Nationalsozialismus», in Anselm Faust (Hg.), *Verfolgung und Widerstand im Rheinland und Westfalen 1933-1945*, Köln 1992, S. 137-151, hier S. 140. Noch verschärft wurden die Erniedrigungen durch die Angewohnheit der SA-Männer, ihre Überfälle in angetrunkenem Zustand zu begehen; siehe Monika Hinterberger, «Menschen wie wir», in Marlene Zinken (Hg.), *Der unverstellte Blick. Unsere Mütter (aus)gezeichnet durch die Zeit 1938 bis 1958: Töchter erinnern sich*, Opladen und Farmington Hills 2008, S. 106-110, hier S. 108.
- 97 Häberlen, *Vertrauen und Politik im Alltag*, S. 9-12, 50-62, 82-92.
- 98 Dieses Argument war schon 1931 weitverbreitet, siehe z.B. Knickerbocker, *German Crisis*, S. 46.
- 99 Zur Strategie der Männer, die sich um von Papen scharten, siehe Orth, *«Der Amtssitz der Opposition?»*, und Roshan Magub, *Edgar Julius Jung, Right-Wing Enemy of the Nazis. A Political Biography*, Rochester, NY, 2017.
- 100 Der nachfolgende Abschnitt über Böhme und die SA-Gewaltherrschaft in Chemnitz beruht auf meinem Beitrag «SA-Gewalt, nationalsozialistische ‚Revolution‘ und Staatsräson», in *Die Linke im Visier*, hg. v. Wachsmann und Steinbacher, S. 191-213.
- 101 Siehe Albrecht Böhme, *Psychotherapie und Kastration. Die Bedeutung der Psychotherapie als Erziehungs- und Ausscheidungsmethode für sexuell Abwegige und Sittlichkeitsverbrecher, dargestellt an Fällen aus der Kriminalpraxis, unter Heranziehung der Graphologie als Hilfswissenschaft; mit Einführung in das Sterilisations- und Kastrationsrecht sowie in Fragen der Vorbeugung gegen das Verbrechen, mit Ausblick auf Fragen der Gesetzgebung und Strafrechtspflege*, München 1935.
- 102 Siemens, «SA-Gewalt, nationalsozialistische ‚Revolution‘ und Staatsräson», S. 195-196, mit weiteren Verweisen.
- 103 Welt-Komitee für die Opfer des Hitler-Faschismus (Hg.), *Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror*, mit einem Vorwort von Lord Marley, Basel 1933, S. 323-348.
- 104 Albrecht Böhme, *Wider den Rechtsbruch der Staatsführung*, unveröff. Manuskript, München 1958, S. 9, 21.
- 105 Siemens, «SA-Gewalt, nationalsozialistische ‚Revolution‘ und Staatsräson», S. 197.
- 106 IfZ, Archives, F 92, S. 98,101: Albrecht Böhme, Polizeilicher Gesamtbericht über die Vorfälle in Chemnitz für die Zeit von April bis Mitte Juni 1933.
- 107 Siemens, «SA-Gewalt, nationalsozialistische ‚Revolution‘ und Staatsräson», S. 202-206.

- 108 Brief Friedrich von Bodelschwinghs an einen jüdischen Arzt, April 1933, zit. n. Barbara Degen, *Bethel in der NS-Zeit. Die verschwiegene Geschichte*, Waldkirchen 2014, S. 262.
- 109 Zu Martin Niemöller, einem weiteren prominenten Vertreter der evangelischen Kirche, der ähnliche Positionen vertrat, siehe Matthew D. Hockenos, «Pastor Martin Niemöller, German Protestantism, and German National Identity, 1933-1937», in John Carter Wood (Hg.), *Christianity and National Identity in Twentieth-Century Europe: Conflict, Community, and the Social Order*, Göttingen 2016, S. 113-130, hier S. 115-118.
- 110 GSt PK, XX. HA, Rep. 240 B 27 d+e, S. 88-89: Abschrift dreier Osterkarten, April 1933.
- 111 Zitate aus Trauthig, *Im Kampf um Glauben und Kirche*, S. 398. Eine eingehendere Diskussion der von den evangelischen Kirchen 1933 vertretenen Positionen findet sich auch bei Hermann Beck, «Anti-Semitic Violence ‚From Below‘, Attacks and Protestant Church Responses in Germany in 1933», *Politics, Religion & Ideology* 14:3 (2013), S. 395-411, insbes. S. 407-409; sowie bei Gailus, «1933 als protestantisches Erlebnis».
- 112 Zu dieser Ambivalenz siehe insbes. Peter Reichel, *Der schöne Schein des Dritten Reiches. Gewalt und Faszination des deutschen Faschismus*, Hamburg 2006 [1991].
- 113 Schwarz, «British Visitors», S. 499-500.
- 114 Ascher, *Was Hitler a Riddle?*, S. 42.
- 115 BayHStA IV, Stahlhelm, Nr. 181: Bericht des SA-Sonderbeauftragten in Bad Aibling an die SA, Brigade Chiemgau, 24. August 1933.
- 116 Ebd., Nr. 108: Brief der Stahlhelm-Ortsgruppe Rosenheim an Bezirksführer Willmer in Prien, 20. Juni 1933.
- 117 RGVA, Osobyi Archives, Fond 500, Opis 4, Nr. 268, S. 6: Schreiben der SA-Gruppe Berlin-Brandenburg ans Geheime Staatspolizeiamt, 20. Oktober 1933.
- 118 Lothar Gruchmann, *Justiz im Dritten Reich 1933-1940. Anpassung und Unterwerfung in der Ära Gürtner*, München 1988, S. 329; Michael Grüttner, *Brandstifter und Biedermänner: Deutschland 1933-1939*, Stuttgart 2015, S. 101. Die deutschen Behörden erlangten erst im Juni 1935 Kenntnis vom genauen Wortlaut dieses «Disziplinarbefehls». Zu dem Problem, ihn vor der breiten Öffentlichkeit geheim zu halten, siehe BArch Berlin, NS 23/889: Brief des Anwalts und «SA-Rechtsberaters» Walter Luetgebrune an Ernst Röhms, 5. März 1934.
- 119 BArch Berlin, NS 23/889: Abschrift von Röhms Disziplinarbefehl vom 31. Juli 1933.
- 120 Reichsjustizministerium und Statistisches Reichsamt (Hg.), *Kriminalstatistik für das Jahr 1932*, S. 12.
- 121 Aufschlussreich in dieser Hinsicht ist GSt PK, I. HA, Rep. 84a, Nr. 12004, S. 49: Hellmuth Türpitz, «Etwas vom Recht der SA», *Deutsche Zeitung*, 6. Januar 1934. Der Plan, eine SA-Sondergerichtsbarkeit in Kraft zu setzen, wurde im Sommer 1934 aufgegeben. Am 20. Juli 1934 teilte Reichsjustizminister Franz Gürtner den Organen der deutschen Rechtsprechung mit: «Eine besondere SA-Sondergerichtsbarkeit existiert nicht und wird auch nicht eingeführt werden.» GSt PK, I. HA, Rep. 84a, Nr. 12,004, S. 115.
- 122 Zu Schoene siehe auch Kap. 2 dieses Buches.
- 123 Eine eingehende Darstellung der Verhandlungen und Vorhaltungen, die hinter den Kulissen abliefen, liefert Gruchmann, *Justiz im Dritten Reich 1933-1940*, S. 337-345.
- 124 GSt PK, I. HA, Rep. 84a, Nr. 12004, S. 5: Brief Heinrich Schoenes an den Oberlandesgerichtspräsidenten Kiel, 10. Juli 1933.

- 125 Ebd., S. 6: Brief Heinrich Schoenes an Hanns Kerri, 10. Juli 1933. Beide Briefe zitiert auch Gruchmann, *Justiz im Dritten Reich*, S. 339.
- 126 BayHStA, StK, Nr. 5256: Verordnung des Preussischen Ministerpräsidenten vom 30. Oktober 1933, in *Ministerialblatt für die Preussische Innere Verwaltung* 1933, Teil 1, Nr. 56, S. 1, 303-304; ebd.: OSAF, Erlass v. 12. März 1933.
- 127 BayHStA, StK, Nr. 5256: vertrauliche Weisung Röhms v. 20. März 1933.
- 128 Ebd.: Ausriß aus *Schwäbischer Merkur*, 30. Mai 1933.
- 129 Zu Details über diese Entwicklung in Preussen siehe Schuster, *Die SA*, S. 261-264.
- 130 BayHStA, StK, Nr. 5256: Schreiben des Reichsinnenministers an die Länderregierungen, 16. August 1933.
- 131 Ebd.: Schreiben des OSAF an den bayerischen Ministerpräsidenten, 9. März 1934.
- 132 Bis zum 1. September 1933 hießen sie «Sonderkommissare»; siehe Hoser, «Sturmabteilung (SA)».
- 133 BayHStA, StK, Nr. 5256: Schreiben des bayerischen Finanzministeriums zum Thema «Sonderbeauftragte bei den Bezirksamtämtern und Sonderbevollmächtigte bei den Regierungen», o. J.
- 134 Ebd.: Protokoll der Besprechung zwischen Siebert, Wagner, Frank, Himmler und Röhm, 20. Oktober 1933.
- 135 BayHStA, StK, Nr. 7579: Brief der Bayerischen Staatsbank an das Direktorium der Bayerischen Staatsbank, 5. Juli 1934.
- 136 Longerich, *Geschichte der SA*, S. 159,184.
- 137 Zur Geschichte des Stahlhelms siehe Anke Hoffstadt, «Eine Frage der Ehre – zur ‚Beziehungsgeschichte‘ von ‚Stahlhelm: Bund der Frontsoldaten‘ und SA», in *Bürgerkriegsarmee*, hg. v. Müller und Zilkens, S. 267-296; Joachim Tautz, *Militaristische Jugendpolitik in der Weimarer Republik: Die Jugendorganisationen des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten: Jungstahlhelm und Scharnhorst, Bund deutscher Jungmänner, Regensburg 1998*; Remco Schaumann, «Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, in Bielefeld und im Regierungsbezirk Minden 1918-1935», *Jahresbericht des Historischen Vereins für die Grafschaft Ravensberg* 83 (1996), S. 139-198. Unverzichtbar sind nach wie vor auch die bahnbrechenden Arbeiten von Berghahn, *Der Stahlhelm*, und ders., «Das Ende des ‚Stahlhelm‘», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 13:4 (1965), S. 446-451.
- 138 Berghahn, *Der Stahlhelm*, S. 55-63; Schaumann, *Der Stahlhelm*, S. 139.
- 139 Schaumann, *Der Stahlhelm*, S. 164.
- 140 Hoffstadt, «Eine Frage der Ehre», S. 273-277.
- 141 BArch Berlin, NS 23/474: Bericht von SA-Standartenführer Gottlob Berger, SA-Untergruppe Württemberg, 21. September 1932.
- 142 «Ein Sündenregister: Düsterberg über die Nationalsozialisten», *Berliner Tageblatt*, 8. Februar 1933, zit. n. British Library (London), *Stahlhelmbereichte 1933*, Bd. 2, nicht paginiert.
- 143 Zu Seldtes Aufstieg 1933 siehe Rüdiger Hachtmann, «Seldte, Franz», in *Neue deutsche Biographie*, Bd. 24, Berlin 2010, S. 215-216.
- 144 BayHStA IV, Stahlhelm, Nr. 99: Brief von Major Mündel, Konstanz, an Franz Seldte, 18. April 1933. Die Nazis vermuteten ihrerseits, ehemalige «Marxisten» hätten regional Stahlhelm-Gruppen unterwandert; siehe BArch Berlin, NS 23/409: Mitteilung der SA-Untergruppe Hamburg, 4. Juli 1933.
- 145 Schaumann, *Der Stahlhelm*, S. 167.
- 146 BayHStA IV, Stahlhelm, Nr. 365: «Bundesbefehl für die Neugliederung des Stahlhelms, B.d.E», 18. Juli 1933.

- 147 Vor dem Hintergrund der Diskussionen nach dem Zweiten Weltkrieg ist es wichtig festzuhalten, dass die Überweisungen des Stahlhelms an die SA-RI und II freiwillig erfolgten. Siehe BayHStA IV, Stahlhelm, Nr. 109: Brief des Landesamts an die Stahlhelm-Ortsgruppe Vilsbiburg, 20. August 1934.
- 148 BArch Berlin NS 23/510: Der Oberste SA-Führer, «Betr. Gliederung der gesamten SA», 6. November 1933; Hermann-J. Rupieper und Alexander Sperk (Hg.), *Die Lageberichte der Geheimen Staatspolizei zur Provinz Sachsen 1933-1936*, Bd. 2: *Regierungsbezirk Merseburg*, Halle 2004, S. 121. 1936 gehörten alle zwischen 18 und 45 Jahre alten Männer der «aktiven» SA an; diese gliederte sich in eine «aktive SA I» (18-35) und eine «aktive SA II» (36-45). Siehe BArch Berlin, NS 23/510: Oberste SA-Führung, Zur Organisation der SA, 15. Dezember 1936. Spätestens von 1935 an wurde die SA-R II als SA-Landsturm (SA-L) bezeichnet; siehe ebd.: Der Oberste SA-Führer, «Aufgaben und Gliederung der SA», 22. Januar 1935.
- 149 Zur Sichtweise des Stahlhelms siehe BayHStA IV, Stahlhelm, Nr. 109: Schreiben des Stahlhelm-Landesverbandes [Bayern] an die Bayerische Politische Polizei, 3. Oktober 1934.
- 150 Patrick Leigh Fermor, *A Time of Gifts. On Foot to Constantinople. From the Hook of Holland to the Middle Danube*, London 2002, S. 31, dt. *Die Zeit der Gaben – Zu Fuss nach Konstantinopel: Von Hoek van Holland an die Donau*. Der Reise erster Teil. Deutsch von Manfred Allié, Zürich 2011.
- 151 Ebd., S. 33.
- 152 Ebd., S. 34.
- 153 Zur Betätigung der SA an den Universitäten siehe insbes. Grüttner, *Studenten im Dritten Reich*; Giles, *Students and National Socialism in Germany*; Stefan Rückel und Karl-Heinz Noack, «Studentischer Alltag an der Berliner Universität 1933 bis 1945», in Christoph Jahr (Hg.), *Die Berliner Universität in der NS-Zeit*, Bd. 1: *Strukturen und Personen*, Stuttgart 2005, S. 115-142. Zur Bücherverbrennung im Mai 1933 siehe Hans-Wolfgang Strätz, «Die geistige SA rückt ein: Die studentische ‚Aktion wider den undeutschen Geist‘ im Frühjahr 1933», in Ulrich Walberer (Hg.), *10. Mai 1933: Bücherverbrennung in Deutschland und die Folgen*, Frankfurt am Main 1983, S. 84-114.
- 154 Zur Amtszeit Benneckes als Leiter des SA-Hochschulamts siehe Peschel (Hg.), *Die SA in Sachsen vor der «Machtübernahme»*, S. 17-18.
- 155 BayHStA, StK, Nr. 7350: Brief des Chefs des SA-Ausbildungswesens, Krüger, an den Ministerpräsidenten von Bayern, 14. September 1933.
- 156 BayHStA, MInn, Nr. 81589: Rede Adolf Hitlers vom 28. Juli 1922, zit. n. der Beilage in *Völkischer Beobachter*, Nr. 63/65, «Freistaat oder Sklaventum?».
- 157 Deinert, *Die Studierenden der Universität Rostock*, S. 329-330.
- 158 Karl Gengenbach war der Idealtypus eines NS-Aktivisten. Als Sohn einer mittelständischen Familie am 9. November 1911 in Pforzheim geboren, schloss er sich im Alter von 18 Jahren, kurz nachdem er seine Reifeprüfung mit Auszeichnung bestanden hatte, der NSDAP an. Er studierte in München Jura und Staatswissenschaften und entwickelte sich schnell zu einem der einflussreichsten studentischen Funktionäre der Stadt; als solcher gehörte er zu den Rädelsführern der Bücherverbrennung im Mai 1933 auf dem Königsplatz. Gleich nach Abschluss seiner Tätigkeit beim SA-Hochschulamt im Sommer 1934 trat Gengenbach in die SS und deren Sicherheitsdienst, den SD, ein. Von 1939 an bekleidete er eine leitende Stellung im Reichssicherheitshauptamt (RSHA) und amtierte als Statthalter des SD in den besetzten Niederlanden. Er starb am 25. Januar 1944 bei einem Autounfall. Siehe Volker Bendig und Jürgen Kühnert, «Die Münchener

- Bücherverbrennung vom 10. Mai 1933 und der NS-Studentenführer Karl Gengenbach», in Christine Haug und Lothar Poethe (Hg.), *Leipziger Jahrbuch zur Buchgeschichte 18*, Wiesbaden 2009, S. 347-364, insbes. S. 349, 358-364; Wildt, *Generation des Unbedingten*, S. 88, 380-391, 511 und *passim*.
- 159 BayHStA, StK, Nr. 7350: Schreiben des Leiters des SA-Hochschulamts in München an Minister Hermann Esser, 24. Januar 1934, und weitere dort archivierte Schriftwechsel.
- 160 Eine gute Einführung bietet Monika Marose, *Unter der Tarnkappe. Felix Hartlaub: Eine Biographie*, Berlin 2005.
- 161 Felix Hartlaub in einem Brief an seinen Vater vom 29. April 1934, zit. n. Felix Hartlaub, *Aus Hitlers Berlin 1934-1938*, hg. v. Nikola Herweg und Harald Tausch, Frankfurt am Main 2014, S. 104. Siehe auch Hartlaubs Brief an seinen Vater vom März 1934 in Erna Krauss und G.F. Hartlaub (Hg.), *Felix Hartlaub in seinen Briefen*, Tübingen 1958, S. 134.
- 162 Grüttner, *Studenten im Dritten Reich*, S. 252-260.
- 163 Eine eingehende Analyse verschiedener Varianten des Liedes bieten Michael Kohlstruck und Simone Scheffler, «Das ‚Heckerlied‘ und seine antisemitische Variante: Zur Geschichte und Bedeutungswandel eines Liedes», in Michael Kohlstruck und Andreas Klärner (Hg.), *Ausschluss und Feindschaft: Studien zu Antisemitismus und Rechtsextremismus*, Berlin 2011, S. 135-158.
- 164 BayHStA, MK11247: Schreiben des Generalvikars der Erzdiözese München und Freising an das Bayerische Ministerium für Bildung und Kultur, 9. Juni 1934; Brief des SA-Sturmführers Springer an das Direktorium der Bayerischen Akademie für Land- und Brauwirtschaft in Weihenstephan, 4. Juni 1934. Siehe auch Johann Neuhäusler, *Kreuz und Hakenkreuz: Der Kampf des Nationalsozialismus gegen die katholische Kirche und der kirchliche Widerstand: Erster Teil*, München 1946, S. 316-317.
- 165 BArch Berlin, NS 23/1239: Brief des SA-Gruppenführers W. C. Meyer an SA-Brigadeführer Paul Ellerhusen, 31. Mai 1929. Das Einzige, was wir aus Meyers Brief über das Lied erfahren, ist, dass eine seiner Zeilen lautete: «Und wer kein Haar am Arschloch hat, der ist noch kein Soldat.»
- 166 BayHStA, MK 11247: Brief des SA-Hochschulamtes München an das Bayerische Ministerium für Bildung und Kultur, 19. Juni 1934.
- 167 Ebd.: Brief des SA-Hochschulamtes München an das Reichs-SA-Hochschulamt, 31. August 1934.
- 168 Siehe z.B. Sopade, *Deutschland-Berichte*, Bd. 2 (1935), S. 704, und Bd. 3 (1936), S. 214.
- 169 Von Interesse ist in dieser Hinsicht das Beispiel des begabten Juristen Ernst Forsthoff, der sich in den frühen 1930er Jahren offen zum Nationalsozialismus bekannte und dafür mit Lehrstühlen an der Universität in Frankfurt (1933) und kurz darauf, 1935, in Hamburg belohnt wurde. Siehe Florian Meinel, *Der Jurist in der industriellen Gesellschaft: Ernst Forsthoff und seine Zeit*, Berlin 2011, S. 48-54.
- 170 Christoph Cornelissen, *Gerhard Ritter. Geschichtswissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert*, Düsseldorf 2001, S. 164.
- 171 Emanuel Hirsch, *Die gegenwärtige geistige Lage im Spiegel philosophischer und theologischer Besinnung*, Göttingen 1934, S. 4.
- 172 Deinert, *Die Studierenden der Universität Rostock*, S. 336-338; Matthiesen, *Greifswald in Vorpommern*, S. 403.
- 173 Nicola Willenberg, «„Der Betroffene war nur Theologe und völlig unpolitisch“. Die Evangelisch-Theologische Fakultät von ihrer Begründung bis in die Nachkriegszeit», in Hans-Ulrich Thamer, Daniel Droste und Sabine Happ (Hg.), *Die Universität Münster im Nationalsozialis-*

- mus: Kontinuitäten und Brüche zwischen 1920 und 1960*, Bd. 1, Münster 2012, S. 251-308, hier S. 269-270. Siehe auch Ulrich Rottschäfer, *100 Jahre Predigerseminar in Westfalen 1892-1992*, Bielefeld 1992, S. 102-111.
- 174 Willenberg, «Der Betroffene war nur Theologe und völlig unpolitisch», S. 270-272.
- 175 Grüttner, *Studenten im Dritten Reich*, S. 442.
- 176 Deinert, *Die Studierenden der Universität Rostock*, S. 338-339. Ein Jahr später ordnete Martin Bormann an, vom Juli 1938 an dürften keine Geistlichen mehr Führungspositionen in der NSDAP und ihren Gliederungen ausüben; sie müssten abgelöst werden, sobald «geeigneter Ersatz» zur Verfügung stehe. GSt PK, XX. HA, Rep. 240 A1 a-e, S. 77: Geheimerlass von Martin Bormann (Nr. 104/38), 27. Juli 1938.
- 177 In den später 1930er Jahren lag der Anteil der SA-Mitglieder in der Studentenschaft bei nur noch 10 Prozent. Siehe Deinert, *Die Studierenden der Universität Rostock*, S. 330-331, mit weiteren Verweisen.
- 178 UAK, Zugang 244: Wehner, Bericht über seine Tätigkeit als «SA-Verbindungsführer» im Wintersemester 1937/38.
- 179 Es herrschte für die Studenten dennoch kein Mangel an Verpflichtungen: Reichsarbeitsdienst, verbindliche Teilnahme an offiziellen Sportveranstaltungen, allgemeine Wehrpflicht (eingeführt 1935) sowie ab 1937 der «studentische Einsatz», eine Dienstpflicht, die in der Industrie oder in der Landwirtschaft abgeleistet werden konnte. Siehe Deinert, *Die Studierenden der Universität Rostock*, S. 74, Anm. 48.
- 180 Morsch und Ohm, *Terror in der Provinz Brandenburg*, S. 40.
- 181 Klein, «SA-Terror und Bevölkerung in Wuppertal», S. 59.
- 182 Fischer, *Stormtroopers*, S. 111. Fischer unterbreitet in seinem Kapitel «The SA and its Sources of Financial and Welfare Assistance» (S. 110-142) eine gründliche Analyse der Finanzlage der SA in den Jahren bis 1935.
- 183 Ebd., S. 113-135.
- 184 BArch Berlin, R2/11913a, Bd. 1: Rechnungshof des Deutschen Reiches, «Bericht über die Prüfung der Vereinnahmung der Obersten SA-Führung (OSAF) vom Reichsministerium des Innern im Rechnungsjahr 1933 [...] überwiesenen Reichsgelder», 8. Juni 1934.
- 185 Ebd., Rechnungshof des Deutschen Reiches, «Bericht über die Prüfung der Einnahmen und Ausgaben der SA-Gruppe Berlin-Brandenburg», 30. Juni 1934.
- 186 Ebd., Rechnungshof des Deutschen Reiches an den Reichsfinanzminister, 8. August 1934.
- 187 Ebd., Schreiben des Reichsschatzmeisters Schwarz an den Präsidenten des Rechnungshofs des Deutschen Reiches, 23. Juli 1934.
- 188 Ebd., Schreiben des Reichsschatzmeisters Schwarz an das Reichsfinanzministerium, 8. August 1934.
- 189 BArch Berlin, SA 400003178 (SA-Personalakte des Erich Reimann): Brief Lutzes an den Reichskassenverwalter der SA (Georg Mappes), 4. November 1938.
- 190 Aufschlussreich in diesem Zusammenhang ist BArch Koblenz, ZSG 158/40: Erich Bandekow, «Über steuerliche Korruptionsfälle von Reichsministern, Reichsleitern etc.», 2. Juli 1945. Eine jüngere Arbeit zu dem Thema ist Bajohr, *Parvenüs und Profiteure*.
- 191 BArch Koblenz, ZSG 158/40, S. 8: Bandekow, «Über steuerliche Korruptionsfälle».
- 192 BArch Berlin, R 43 II/1206, S. 50-54: Korrespondenz zwischen Lutzes Testamentsvollstrecker Bodo Beneke und Hans Lammers, dem Chef der Reichskanzlei; BArch Koblenz, ZSG 158/40, S. 4: Bandekow, «Über steuerliche Korruptionsfälle».

- 193 Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, Archiv der sozialen Demokratie (FES), Nachlass v. Viktor Lutze, Politisches Tagebuch Viktor Lutzes, S. 228. Bandekow verlegte die Dotation wohl irrtümlich ins Jahr 1939.
- 194 Persönliche Mitteilung Karl Lutzes an den Autor, 14. Oktober 2015.
- 195 Aus der Rede Röhm's zitiere ich nach der Onlineausgabe der Tagebücher von Michael Kardinal von Faulhaber (1911-1952); siehe EAM, NL Faulhaber 09263, S. 40, http://www.faulhaber-edition.de/dokument.html?sortBy=year&docidno=BB_o9263_oo40s&high=term-R%C3%B6hm (zuletzt abgerufen am 6.1.2019).
- 196 Fest, «Röhm», S. 204.

5 Der «Röhm-Putsch» und der Mythos vom homosexuellen Nazi

- 1 Thomas Mann, *Tagebücher 1933-1934*, hg. v. Peter de Mendelssohn, Frankfurt am Main 1977, S. 458, Eintrag v. 4. Juli 1934.
- 2 Während sich in der englischsprachigen Welt für den Vorgang, um den es hier geht, die Metapher «Night of the Long Knives», eingebürgert hat, sprechen deutsche Historiker gewöhnlich vom «Röhm-Putsch» (bzw. dessen präventiver Niederschlagung) oder der «Affäre Röhm». Alle diese Formeln sind fragwürdig. Sowohl «Röhm-Putsch» als auch «Affäre Röhm» knüpfen an die Sichtweise des NS-Regimes an und vernebeln, dass Röhm und seine Anhänger keine Säuberung durchführten bzw. durchführen wollten, sondern deren Opfer waren. Es ist auch nicht korrekt, ausschliesslich von einer «Säuberung der SA» zu sprechen, fielen den Morden doch auch Personen zum Opfer, die nichts mit der SA zu tun hatten. Eine eingehendere Diskussion des terminologischen Problems bei Eleanor Hancock, «The Purge of the SA Reconsidered: „An Old Putschist Trick“?», *Central European History* 44:4 (2011), S. 669-683, hier S. 682-683.
- 3 Brown, «SA in the Radical Imagination», S. 248-274; Udo Grashoff, «Erst rot, dann braun? Überläufer von der KPD zu NS-Organisationen im Jahr 1933», in Günther Heydemann, Jan Erik Schulte und Francesca Weil (Hg.), *Sachsen und der Nationalsozialismus*, Göttingen 2014, S. 215-236.
- 4 BArch Berlin, NS 23/431: Rundschreiben des OSAF zu KPD-Infiltration, 8. Dezember 1932.
- 5 Rudolf Diels, *Lucifer ante portas. Es spricht der erste Chef der Gestapo*, Stuttgart 1950, S. 207.
- 6 Grashoff weist daraufhin, dass die 50'000 Kommunisten, die sich abgeblüht 1933 der SA anschlossen, nur 1,7 Prozent der Gesamtstärke der SA ausmachten, aber rund 15 Prozent des Mitgliederbestandes der KPD; Grashoff, «Erst rot, dann braun?», S. 230-234.
- 7 Kirstin A. Schäfer, *Werner von Blomberg. Hitlers erster Feldmarschall. Eine Biographie*, Paderborn 2006, S. 135.
- 8 Hancock, «Purge of the SA Reconsidered», S. 673-678; dies., *Ernst Röhm*, S. 141-151.
- 9 Schäfer, *Werner von Blomberg*, S. 136-137.
- 10 Einen Überblick über diese Entwicklungen im Frühjahr und Frühsommer 1934 bieten Kershaw, *Hitler 1889-1936*, S. 629-662; Richard Evans, *Das Dritte Reich*, Teil 2: *Diktatur*, München 2006, S. 28-44, und Karl Martin Grass, *Edgar Jung. Papenkreis und Röhm-Krise 1933/34*, Edingen 1967, S. 156-198; siehe auch das populärwissenschaftliche, aber sorgfältig recherchierte und in vielen Teilen zuverlässige Buch des Journalisten Heinz Höhne, *Mordsache Röhm. Hitlers Durchbruch zur Alleinherrschaft 1933-1934*, Reinbek bei Hamburg 1984. Eine zeitgenössische Analyse findet sich bei Sopade, *Deutschland-Berichte*, Bd. 1 (1934), S. 261-271.

- 11 Linder, *Von der NSDAP zur SPD*, S. 168-189. Zu Heimsoths Interesse an Homosexualität siehe insbes. seine medizinische Dissertation *Hetero- und Homophilie. Eine neuorientierende An- und Einordnung der Erscheinungsbilder der «Homosexualität» und der «Inversion» in Berücksichtigung der sogenannten «normalen Freundschaft» auf Grund der zwei verschiedenen erotischen Anziehungsgesetze und der bisexuellen Grundeinstellung des Mannes*, Dortmund 1924. Röhm litt darunter, dass er seine Homosexualität vor der Öffentlichkeit verbergen musste. Dennoch trat er Friedrich Radszuweits Bund für Menschenrecht bei, der sich für die Rechte von Homosexuellen einsetzte.
- 12 Andreas Dornheim, *Röhms Mann fürs Ausland. Politik und Ermordung des SA-Agenten Georg Bell*, Münster 1998, S. 117-141; Hancock, *Ernst Röhm*, S. 115-116.
- 13 John Wheeler-Bennett, *The Nemesis of Power. The German Army in Politics, 1918-1946*, London 1954, S. 320-332. Eine kritische Bewertung der einschlägigen Argumente bietet Schäfer, *Werner von Blomberg*, S. 137-139.
- 14 Röhm und seine Anhänger bekamen schnell Wind von diesen Plänen. Am 16. Mai 1934 erklärte Röhm in einem vertraulichen Schreiben an ausgewählte SA-Führer, es seien «Feinde der SA» am Werk, doch sehe er im Moment keine Möglichkeit, direkt gegen sie vorzugehen. Im Hinblick auf eine spätere Abrechnung forderte Röhm alle SA-Standarten auf, Fälle von «Feindseligkeit gegen die SA» zu dokumentieren. Den SA-Kadern, die diesen Brief erhielten, war klar, dass Röhm die Aktivitäten der Reichswehr meinte; HA-Spiegel, nachgelassene Papiere von Heinz Höhne, Nr. 42: Abschrift von Röhms Schreiben vom 16. Mai 1934.
- 15 «Die Herrschaft der Minderwertigen» war auch der Titel von Edgar J. Jungs *magnum opus*, veröffentlicht erstmals 1927 und danach in einer überarbeiteten und erweiterten Fassung in zweiter Auflage 1930.
- 16 Zu dieser Gruppe und ihren Aktivitäten siehe insbes. Orths Dissertation «*Der Amtssitz der Opposition?*». Siehe auch Roshan Magub, *Edgar Julius Jung, right-wing enemy of the Nazis*. Ein älterer, aber nach wie vor beeindruckender Abriss von Jungs Leben ist Grass, *Edgar Jung*, insbes. S. 199-236.
- 17 *Rede des Vizekanzlers von Papen vor dem Universitätsbund Marburg, am 17. Juni 1934*, Berlin 1934.
- 18 Orth, «*Der Amtssitz der Opposition?*», Kap. 6.1.4.
- 19 HA-Spiegel, nachgelassene Papiere von Heinz Höhne, Nr. 42: Protokoll einer Sitzung im Innenministerium am 19. Juni 1934. Schmidt, der mit einer Jüdin verheiratet war, sah sich im November 1938 zum Rücktritt gezwungen, nachdem mehrere Tausend Mitglieder der HJ und der SA öffentlich seine Absetzung gefordert hatten. Siehe Horst Romeyk, «Düsseldorfer Regierungspräsidenten 1918 bis 1945», *Rheinische Vierteljahrsblätter* 44 (1980), S. 237-299, hier S. 285-286. Lüninck wurde nach dem Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 hingerichtet.
- 20 HA-Spiegel, nachgelassene Papiere von Heinz Höhne, Nr. 121: Vertraulicher Bericht des US-Botschafters William E. Dodd über die «internal political situation» in Deutschland, 20. Juni 1934.
- 21 Für einen neueren Überblick über die in der einschlägigen Literatur vertretenen Position siehe Hancock, «Purge of the SA Reconsidered».
- 22 Kurt Gossweiler, *Die Röhm-Affäre. Hintergründe – Zusammenhänge – Auswirkungen*, Köln 1983 [1963], hier S. 417.
- 23 Solche Vorwürfe wurden tatsächlich erhoben, z.B. von Roschmann, *Erinnerungen eines kämpferischen Schwaben*, S. 37-38.

- 24 Dass die Gegenspieler Röhm's später alles daransetzten zu vertuschen, dass die gegen Röhm erhobenen Anschuldigungen konstruiert waren, und ihn daher als einen zu allem entschlossenen Umstürzler stilisierten, überrascht nicht weiter. Ein typisches Beispiel für diese Strategie lieferte Werner von Blomberg; bei seiner Vernehmung im Verhörerzentrum der Siebenten US-Armee am 24. September 1945 charakterisierte er Röhm als einen «Anarchisten», der es «auf die Macht abgesehen» hatte. «Weder verteidigte er ein bestimmtes Ideal noch hatte er irgendwelche konkreten Pläne für ein deutsches Staatswesen. Sein Hauptziel war es, die Streitkräfte unter seine Kontrolle zu bringen. Aus diesem Grund hatte er geplant, mich und einige weitere Generäle auszuschalten, vielleicht sogar Hitler.» Siehe HA-Spiegel, nachgelassene Papiere von Heinz Höhne, Nr. 42: Auszug aus der Vernehmung Werner von Blombergs, 24. September 1945.
- 25 Neben der bereits angeführten Sekundärliteratur siehe auch Evans, *Das Dritte Reich*, Teil 2: *Diktatur*, S. 18-28; Wackerfuss, *Stormtrooper Families*, S. 319-344; Otto Gritschneider, «*Der Führer hat Sie zum Tode verurteilt ...*». • *Hitlers «Röhm-Putsch»-Morde vor Gericht*, München 1993; Susanne zur Nieden und Sven Reichardt, «Skandale als Instrument des Machtkampfes in der NS-Führung», in Martin Sabrow (Hg.), *Skandal und Diktatur: Öffentliche Empörung im NS-Staat und in der DDR*, Göttingen 2004, S. 33-58; Charles Bloch, *Die SA und die Krise des NS-Regimes 1934*, Frankfurt am Main 1970, S. 96-116; Max Gallo, *The Night of the Long Knives: Hitlers Purge of Roehm and the S.A. Brown Shirts*, Godaiming und Surrey 1972.
- 26 Das politische Tagebuch Viktor Lutzes befindet sich heute im Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Bonn. Die Geschichte, wie es dorthin gelangte, ist abenteuerlich: In der Schlussphase des Zweiten Weltkriegs übergab die in Bevergern wohnhafte Familie Lutze das Tagebuch – angeblich aus Furcht, die Alliierten würden es konfiszieren – an Freunde in Werne, die versprachen, es sicher aufzubewahren. Doch im November 1945 war das Tagebuch im Besitz des US-amerikanischen Journalisten William Chester, der nach Deutschland gekommen war, um über die Verhandlungen des Internationalen Militärgerichtshofs in Nürnberg zu berichten. Unsicher, ob es echt war, zeigte Chester das Tagebuch noch im November dem früheren Nürnberger Polizeipräsidenten und SS-Obergruppenführer Benno Martin, der sich in alliierter Internierungshaft befand. Martin war überzeugt von der Echtheit des Tagebuchs und schrieb per Hand eine Art «Expertengutachten» auf einige der verbliebenen leeren Seiten des Tagebuchs. 1957 veröffentlichte die *Frankfurter Rundschau* die oben bereits erwähnten Auszüge aus dem Tagebuch, woraufhin Anton Hoch, Archivar beim Institut für Zeitgeschichte (IfZ) in München, das Tagebuch für die Bibliothek des Institutes anzukaufen versuchte. Hoch nähme Kontakt mit Chester auf, der inzwischen in Togo lebte, und bot ihm 1'000 Dollar für das Tagebuch an. Doch sämtliche Bemühungen seitens des IfZ, in den Besitz des Dokuments zu gelangen, schlugen fehl. Anfang 1959 übergab Chester es an Georges Spénale, den damaligen französischen *Haut Commissaire Spéciale* für Togo. Elf Jahre später besuchte Spénale – inzwischen Abgeordneter in der französischen *Assemblée Nationale* – die deutsche Bundeshauptstadt Bonn und bot das Tagebuch der FES an. Seither ist es Teil der Sonderbestände des Archivs der FES, konnte aber bis zum Sommer 2018 nur mit Erlaubnis Karl Lutzes eingesehen werden, eines Neffen von Viktor Lutze, der die Interessen der Familie wahrnahm. Eine vom Verfasser dieses Buches edierte (Teil-) Veröffentlichung in Zusammenarbeit mit dem Institut für Zeitgeschichte München ist in Vorbereitung.

- 27 Eine Kurzbiografie Lutzes findet sich bei Marcus Weidner, «Lutze, Viktor», in *Die Strassenbenennungspraxis in Westfalen und Lippe während des Nationalsozialismus. Datenbank der Strassenbenennungen 1933-1945*, http://www.lwl.org/westfaelische-geschichte/nstopo/strnam/Begriff_211.html (zuletzt abgerufen am 28.12.2018), mit weiteren Verweisen.
- 28 Bloch, *Die SA und die Krise des NS-Regimes*, S. 155.
- 29 Schafranek, *Söldner für den Anschluss*, S. 358.
- 30 Niekisch, *Das Reich der niederen Dämonen*, S. 167.
- 31 Hans Rudolf Wahl, «Antisemitismus in der NS-Wochenzeitung *Der SA-Mann*», in Michael Nagel und Moshe Zimmermann (Hg.), *Judenfeindschaft und Antisemitismus in der deutschen Presse über fünf Jahrhunderte: Erscheinungsformen, Rezeption, Debatte und Gegenwehr*, Bd. 2, Bremen 2013, S. 671-690, hier S. 676.
- 32 Einen Tag zuvor, am 21. Juni, hatte sich Hitler mit General Blomberg und Reichspräsident Hindenburg auf Gut Neudeck getroffen. Wahrscheinlich wurden bei diesem Treffen die durchgreifenden Massnahmen gegen die SA durchgesprochen und koordiniert. Siehe Orth, «*Der Amtssitz der Opposition?*», Kap. 6.3, mit weiteren Verweisen.
- 33 FES, Nachlass v. Viktor Lutze, Politisches Tagebuch Viktor Lutzes, S. 31-35.
- 34 Wie Karl Schreyer nach dem Krieg zu Protokoll gab, hatte Röhm gerücheweise gehört, dass Hitler vorhatte, ihn schon am 26. Juni 1934 abzulösen und durch Lutze zu ersetzen, hatte sich aber von späteren Mitteilungen in falscher Sicherheit wiegen lassen. Siehe HA-Spiegel, nachgelassene Papiere von Heinz Höhne, Nr. 42, Brief Karl Schreyers an die Münchener Polizei über die Ereignisse vom 30. Juni 1934, 27. Mai 1949.
- 35 FES, Nachlass v. Viktor Lutze, Politisches Tagebuch Viktor Lutzes, S. 28-30. Lutzes Urteil über Röhm fiel überwiegend negativ aus: « Ganz abgesehen von seiner geschlechtlichen Veranlagung » sei Röhm « zu viel militärisch und nicht genügend weltanschaulich eingestellt » gewesen. In Lutzes Augen war Röhm ein Unruhestifter, eine Gefahr für die politische Einheit des nationalsozialistischen Lagers.
- 36 Ebd., S. 39-41.
- 37 Ebd., S. 41-51.
- 38 Zur Hinrichtung Röhrs siehe Hancock, *Ernst Röhm*, S. 160-161; Gritschneder, «*Der Führer hat Sie zum Tode verurteilt*», S. 29-36.
- 39 HA-Spiegel, nachgelassene Papiere von Heinz Höhne, Nr. 42: Brief Karl Schreyers an die Münchener Polizei über die Ereignisse vom 30. Juni 1934, 27. Mai 1949.
- 40 FES, Nachlass v. Viktor Lutze, Politisches Tagebuch Viktor Lutzes, S. 59-79.
- 41 Ebd., S. 65. In der Nacht vom 1. auf den 2. Juli ernannte Lutze Erich Reimann, den späteren Kommandanten der SA-Standarte Feldherrnhalle, zu seinem Adjutanten; siehe BArch Berlin, SA 400003178 (Reimann, Erich): Erich Reimann, Curriculum Vitae, 21. März 1942.
- 42 Lutze behauptete, diese Listen, auf deren Grundlage Hitler seine abschliessenden Entscheidungen über Leben oder Tod am 30. Juni traf, selbst gesehen zu haben. Siehe FES, Nachlass v. Viktor Lutze, Politisches Tagebuch Viktor Lutzes, S. 62.
- 43 Ich halte mich in dieser Passage an die detaillierte Rekonstruktion des Geschehens bei Orth, «*Der Amtssitz der Opposition?*», Kap. 6.3.1 und 6.3.2. Für eine aufschlussreiche Fallstudie zum geplanten Fememord an Paul Schulz – der 1934 nur knapp seiner Liquidierung entging, und das nicht zum ersten Mal – siehe Anke Hoffstadt und Richard Kühl, «*Dead Man Walking*». Der ‚Fememörder‘ Paul Schulz und seine Erschiessung am 30. Juni 1934», *Historische Sozialforschung* 34:4 (2009), S. 273-285.

- 44 Zit. n. Mathilde Jamin, »Das Ende der ›Machtergreifung‹: Der 30. Juni 1934 und seine Wahrnehmung in der Bevölkerung«, in Wolfgang Michala (Hg.), *Die nationalsozialistische Machtergreifung*, Paderborn 1984, S. 207–219, hier S. 212.
- 45 ÖstA/AdR, Bürckel/Materie, Karton 206, Mappe 4605: Erlass Adolf Hitlers an Stabschef Lutze, 30. Juni 1934 (maschinenschriftlich).
- 46 HA-Spiegel, nachgelassene Papiere von Heinz Höhne, Nr. 121: Werner von Blomberg, Befehl an die Wehrmacht, übersetzt v. *Deutsches Nachrichtenbüro*, 1. Juli 1932.
- 47 Veröffentlicht im *Reichsgesetzblatt I* 1934, S. 529. Siehe auch Gritschneder, »Der Führer hat Sie zum Tode verurteilt«, S. 46–51.
- 48 FES, Nachlass v. Viktor Lutze, Politisches Tagebuch Viktor Lutzes, S. 66–68. Zu den Spannungen zwischen SA und SS zur Zeit des »Röhm-Putsches« siehe auch BArch Berlin, NS 26/2540: Bericht des SA-Sturmführers Hermann Baecke über das Verhalten des SS-Mannes Fritz Völker in der Nacht vom 30. Juni zum 1. Juli 1934.
- 49 HA-Spiegel, nachgelassene Papiere von Heinz Höhne, Nr. 121: Bericht v. Jacob W. S. Wuest, US-Militärattaché in Berlin, an das U.S. Department of State, 2. Juli 1934.
- 50 BayHStA, StK, Nr. 7579: Bayerisches Innenministerium, Lagebericht, 2. Juli 1934.
- 51 Dietmar Schulze, »Der ›Röhm-Putsch‹ in der Provinz Sachsen«, in *Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte*, hg. v. Jana Wüstenhagen und Daniel Bohse, Halle/Saale 2005, S. 9–33, hier S. 9 und 21.
- 52 StA München, Bestand Polizeidirektion München, Personalakten, Nr. 10007 (Otto Ballerstädt): Zeugenaussage v. Paul Zell, 18. Juni 1949.
- 53 BayHStA, StK, Nr. 7579: Brief vom Bayerischen Ministerpräsidenten, 5. Juli 1934. Röhm's Mutter starb am 6. Januar 1936.
- 54 FES, Nachlass v. Viktor Lutze, Politisches Tagebuch Viktor Lutzes, S. 88. Siehe auch Gritschneder, »Der Führer hat Sie zum Tode verurteilt«, S. 38–39.
- 55 Orth, »Der Amtssitz der Opposition?«; ders., *Der SD-Mann Johannes Schmidt*, Marburg 2012, S. 102–112.
- 56 Schulze, »Der ›Röhm-Putsch‹ in der Provinz Sachsen«, S. 25–26.
- 57 BArch Berlin, NS 23/475: Liste der Opfer des »Röhm-Putsches«, o. J.
- 58 Zum »Röhm-Putsch« in Schlesien siehe Schmidt, »Der SA-Führer Hans Ramshorn«, S. 233–235.
- 59 Thomas Mann, Tagebucheinträge v. 5. und 11. Juli 1934, in ders., *Tagebücher 1933–1934*, S. 460–461, 467. Untermauert werden solche Überlegungen von Bloch, *Die SA und die Krise des NS-Regimes*, S. 165–172. Siehe auch Hett, *Burning the Reichstag*, S. 122–139.
- 60 Zum Fall des Wilhelm Schmid siehe Gritschneder, »Der Führer hat Sie zum Tode verurteilt«, S. 37–39.
- 61 Lüdecke, *I Knew Hitler*, S. 554.
- 62 Nikolai Tolstoy, *Night of the Long Knives*, New York 1972, S. 145.
- 63 BArch Berlin, NS 23/434: Schreiben des SA-Obersturmbannführers Lothar Schiedlausky v. 9. August 1934 mit zwei Berichten ungenannter Urheber in der Anlage. Siehe auch die ausführlichen Materialien hierzu in HA-Spiegel, nachgelassene Papiere von Heinz Höhne, Nr. 42: Brief Karl Schreyers an die Münchener Polizei über die Ereignisse v. 30. Juni 1934, 27. Mai 1949.
- 64 BArch Berlin, NS 26/2048: Artikel im *Lübbener Kreisblatt*, 18. oder 19. August 1934.
- 65 BArch Berlin, NS 23/204: Brief Walter Buchs an den Stellvertreter des Führers (Rudolf Heß), 2. August 1934.
- 66 BArch Berlin, NS 23/508: Schreiben der schlesischen SA an die OSAF, 26. Juli 1934.

- 67 «Moralisches Versagen» war ein in vielen der gegen SA-Mitglieder geführten Disziplinarverfahren wiederkehrender Anklagevorwurf. Siehe Campbell, «SA after the Röhm Purge», S. 660.
- 68 Zit. n. Max Domarus, *Hitler: Reden und Proklamationen 1932-1945*, Bd. 1: *Triumph, Erster Halbband 1932-1934*, München 1965, S. 423-424.
- 69 BArch Berlin, NS 23/508: Bericht des SS-Hauptsturmführers Helmut Willich, Stettin, 21. August 1935. Auf dieses Dokument beruft sich auch Bessel, *Political Violence and the Rise of Nazism*, S. 144-145.
- 70 PAAA, Persönl. Nachlass v. Siegfried Kasche, Bd. 24, S. 25 und 45.
- 71 BArch Berlin, NS 23/508: «Geflüster um das Morden», *Neuer Vorwärts: Sozialdemokratisches Wochenblatt*, Nr. 57, 15. Juli 1934. «Hitlerjunge Knax» war eine Verballhornung des Spielfilmtitels *Hitlerjunge Quex*. Der Propagandafilm basierte auf dem gleichnamigen Roman von Karl Aloys Schenzinger. Er wurde im September 1933 uraufgeführt und lief danach mit grossem Erfolg in den deutschen Kinos. Siehe Kurt Schilde, «Hitlerjunge Quex – Eine Welturaufführung am 11. September 1933 in München: Blick hinter die Kulissen des NS-Propagandafilms», *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 59:10 (2008), S. 540-550.
- 72 BArch Berlin, NS 23/508: Der Führer der Leibstandarte [König], München, 30. Juni 1934.
- 73 Für ein Beispiel aus jüngerer Zeit siehe Wackerfuss, *Stormtrooper Families*, S. 323.
- 74 Für eine Liste weiterer homosexueller SA-Führer siehe Reichardt, *Faschistische Kampfbünde*, S. 679-680.
- 75 Zit. n. Hancock, *Ernst Röhm*, S. 107.
- 76 Linder, *Von der NSDAP zur SPD*, S. 135-189.
- 77 Helmuth Klotz, *Der Fall Röhm*, Berlin-Tempelhof 1932.
- 78 Eine ins Detail gehende Rekonstruktion des Vorgangs und der öffentlichen Reaktionen darauf findet sich bei Laurie Marhoefer, *Sex and the Weimar Republic: German Homosexual Emancipation and the Rise of the Nazis*, Toronto 2015, S. 146-173; siehe auch Wackerfuss, *Stormtrooper Families*, S. 200-208. Die Zuordnung der Spitznamen beruht auf den Angaben in FES, Nachlass v. Viktor Lutze, Politisches Tagebuch Viktor Lutzes, S. 71. Siehe auch Reichardt, *Faschistische Kampfbünde*, S. 681-682.
- 79 Für eine detaillierte Analyse der Presseberichterstattung siehe Marhoefer, *Sex and the Weimar Republic*, S. 160-173. Anders als Marhoefer vertreten Susanne zur Nieden und Sven Reichardt die Auffassung, in der Berichterstattung der gleichgeschalteten Presse über den «Röhm-Skandal» hätten homophobe Argumente breiten Raum eingenommen; siehe zur Nieden und Reichardt, «Skandale als Instrument des Machtkampfes in der NS-Führung», S. 37-38. Hans Rudolf Wahl hat hervorgehoben, die Sozialdemokraten hätten, vor allen Dingen in den frühen 1930er Jahren, versucht, die Nazis als regelrechte homosexuelle Sammlungsbewegung blosszustellen; Wahl, «Männerbünde, Homosexualitäten und politische Kultur», S. 221-222.
- 80 Ignaz Wrobel [Kurt Tucholsky], «Bemerkungen: Röhm», *Die Weltbühne*, Nr. 17, 26. April 1932, S. 641.
- 81 Marhoefer, *Sex and the Weimar Republic*, S. 154; Alexander Zinn, *Die soziale Konstruktion des homosexuellen Nationalsozialisten: Zu Genese und Etablierung eines Stereotyps*, Frankfurt am Main 1997; ders., «SA, Homosexualität und Faschismus», S. 410; Andreas Pretzel, «Schwule Nazis: Narrative und Desiderate», in *Homosexuelle im Nationalsozialismus*, hg. v. Michael Schwartz, München 2014, S. 69-76. In vielen der frühen antifaschistischen Romane, die in den Anfangsjahren des «Dritten

- Reichs« erschienen, spielte die Homosexualität ranghoher SA-Führer eine tragende Rolle. Siehe Jörn Meve, »Homosexuelle Nazis: Zur literarischen Gestaltung eines Stereotyps des Exils bei Ludwig Renn und Hans Siemsen«, *Forum Homosexualität und Literatur* 11 (1991), S. 79–100.
- 82 Diese Ansicht vertritt auch Marhoefer, *Sex and the Weimar Republic*, S. 155. Siehe auch Wahl, »National-Päderasten?«, Wahl erörtert diesen Aspekt eingehend, wobei er davon ausgeht, dass es nur zwei einander ausschließende Positionen gibt: Entweder war die SA von Homosexualität durchsetzt, oder sie war es nicht. Dagegen neige ich zu der Auffassung, dass die SA eine Organisation war, die homosexuelle Männer in ihren Reihen hatte, aber nicht in dem Maß, wie von Wahl unterstellt, von (männlichen) homosexuellen Subkulturen geprägt war.
- 83 Wackerfuss, *Stormtrooper Families*, S. 163–209.
- 84 Reichardt, *Faschistische Kampfbünde*, S. 683. Zur Verfolgung homosexueller Männer im »Dritten Reich« siehe Stefan Micheler und Patricia Szobar, »Homophobic Propaganda and the Denunciation of Same-Sex-Desiring Men under National Socialism«, *Journal of the History of Sexuality* 11:1–2 (2002), S. 95–130; siehe hierzu auch die bahnbrechende Studie von Burckhard Jellonnek, *Homosexuelle unter dem Hakenkreuz*, Paderborn 1990.
- 85 Siehe zu diesen Kontinuitäten insbes. Claudia Bruns und Susanne zur Nieden, »Und unsere germanische Art ruht bekanntlich zentnerschwer auf unserem Triebleben ...«: Der »arische« Körper als Schauplatz von Deutungskämpfen bei Blüher, Heimsoth und Röhm«, in Paula Diehl (Hg.), *Körper im Nationalsozialismus: Bilder und Praxen*, München 2006, S. 111–128. Für eine kritische Sicht auf Blühers Einfluss in der SA siehe Reichardt, »Homosexualität und SA-Führer«, S. 739.
- 86 Eine eingehende Erörterung dazu findet sich bei Jason Crouthamel, »Comradeship and Friendship: Masculinity and Militarisation in Germany's Homosexual Emancipation Movement after the First World War«, *Gender & History* 23:1 (2011), S. 111–129, insbes. S. 118–126. Siehe auch Marhoefer, *Sex and the Weimar Republic*, S. 151–152, sowie Kap. 4 dieses Buches.
- 87 Zu den homosexuellen Netzwerken der schlesischen SA bis zum Sommer 1934 siehe Schmidt, »Der SA-Führer Hans Ramshorn«, S. 226–227; zu Karl Ernst und seiner »Entourage« siehe Wahl, »National-Päderasten?«. Zu homosexuellen Netzwerken in der SA im Allgemeinen siehe Reichardt, *Faschistische Kampfbünde*, S. 680.
- 88 Siehe auch Pretzel, »Schwule Nazis«, S. 69.
- 89 HA-Spiegel, nachgelassene Papiere von Heinz Höhne, Nr. 121: Brief von George S. Messersmith, Gesandtschaft der Vereinigten Staaten von Amerika, an den Staatssekretär im US-Außenministerium, William Philipps, 18. August 1934.
- 90 Werner Otto Müller-Hill, »Man hat es kommen sehen und ist dennoch erschüttert«: *Das Kriegstagebuch eines deutschen Richters 1944/45*, München 2012, S. 59, Eintrag v. 21. Juli 1944.
- 91 »Hitler: Ich warte nicht bis 11.00 Uhr«, *Frankfurter Rundschau*, 14. Mai 1957, S. 3.
- 92 Sopade, *Deutschland-Berichte*, Bd. 1 (1934), S. 191–195.
- 93 Jamin, »Das Ende der »Machtergreifung««, S. 215.
- 94 HA-Spiegel, nachgelassene Papiere von Heinz Höhne, Nr. 127: Manuskript »Betr.: Adolf Hitler«, Kopenhagen, 17. März 1949, S. 6.
- 95 Thomas Mann, Tagebucheintrag v. 13. Juli 1934, in *Tagebücher 1933–1934*, S. 470. Zum Wortlaut der Hitler-Rede siehe Domarus, *Hitler: Reden und Proklamationen*, S. 410–424.

- 96 Bösch, *Das konservative Milieu*, S. 138. Für ähnliche Beispiele siehe Bessel, *Political Violence and the Rise of Nazism*, S. 143.
- 97 HA-Spiegel, nachgelassene Papiere von Heinz Höhne, Nr. 42: Maximilian Fretter-Pico, Denkschrift über das Verhältnis zwischen Wehrmacht und NSDAP.
- 98 Carl Schmitt, «Der Führer schützt das Recht», *Deutsche Juristenzeitung*, 1. August 1934, S. 945-950, hier S. 946-947.
- 99 Ebd., S. 947.
- 100 Carl Schmitt, «Nationalsozialismus und Rechtsstaat», *Juristische Wochenschrift* 63 (Nr. 12/13, 24. und 31. März 1934), S. 713-718.
- 101 Ebd., S. 716-717.
- 102 Ernst Fraenkel, *Der Doppelstaat*. Mit einem Nachwort v. Horst Dreier, hg. v. Alexander v. Brünneck, 3. Aufl., Hamburg 2012, S. 21.
- 103 Adam Tooze, *Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus*, Bonn 2007, S. 130. Die Ansicht, der «Röhm-Putsch» sei in erster Linie ein Versuch gewesen, den wachsenden Widerstand der deutschen Arbeiterschaft zu brechen, vertritt Gossweiler, *Die Röhm-Affäre*, S. 523-524.
- 104 BayHStA, StK, Nr. 5256: Schreiben des Bayerischen Innenministers an den Bayerischen Ministerpräsidenten, 14. August 1934.
- 105 Ebd.: Erlass des Bayerischen Innenministers Adolf Wagner, 19. Juli 1934.
- 106 Carsten Schröder, «Der NS-Schulungsstandort Lockstedter Lager: Von der ‚Volkssportschule‘ zur SA-Berufsschule ‚Lola I‘», *Informationen zur schleswig-holsteinischen Zeitgeschichte* 37 (2000), S. 3-26, hier S. 12.
- 107 HA-Spiegel, nachgelassene Papiere von Heinz Höhne, Nr. 121: vertraulicher Bericht des US-Botschafters William E. Dodd, 13. Juli 1934; BArch Berlin, NS 23/508: «Das Schicksal der SA», *Neuer Vorwärts: Sozialdemokratisches Wochenblatt* (Karlsbad), 15. Juli 1934.
- 108 Siehe zu dieser Sichtweise Jamin, «Das Ende der ‚Machtergreifung‘», S. 207.

6 Die Wandlungen der SA zwischen 1934 und 1939

- 1 Sopade, *Deutschland-Berichte*, Bd. 2 (1935), S. 610.
- 2 PAAA, Persönl. Nachlass v. Siegfried Kasche, Bd. 34: Brief v. SA-Obersturmbannführer Wilhelm Blessing, Schönlanke, an SA-Gruppenführer Siegfried Kasche, 24. November 1934.
- 3 Wolfgang Bialas, *Moralische Ordnungen des Nationalsozialismus*, Göttingen 2014, insbes. S. 9-62; Raphael Gross, *Anständig geblieben: Nationalsozialistische Moral*, Frankfurt am Main 2010.
- 4 GSt PK, I. HA, Rep. 90 Annex P, Geheime Staatspolizei, Nr. 79/1, S. 84: «Lagebericht für die Provinz Berlin-Brandenburg», Oktober 1934.
- 5 Bessel, *Political Violence*, S. 148.
- 6 Ebd.; Hochstetter, *Motorisierung und «Volksgemeinschaft»*, S. 73.
- 7 Sopade, *Deutschland-Berichte*, Bd. 1 (1934), S. 761-767, hier S. 762.
- 8 Jürgen Matthäus und Frank Bajohr (Hg.), *Alfred Rosenberg: Die Tagebücher von 1934 bis 1944*, Frankfurt am Main 2015, S. 182 (Eintrag v. 27. April 1936).
- 9 HA-Spiegel, nachgelassene Papiere von Heinz Höhne, Nr. 183: J. C. White, Chargé d'Affaires ad interim an der US-Botschaft in Berlin, «The Present Position of the S.A. in the National Socialist Organization», 31. Dezember 1934.
- 10 Siehe Karl Joachim Warnecke, *Rechtliche Entwicklung und Stellung der nationalsozialistischen Sturmabteilungen (SA)*, Inauguraldiss. Georg-August Universität zu Göttingen 1935, S. 28.

- 11 Longerich, *Geschichte der SA*, S. 222-223. Von März 1935 an hiess diese Einrichtung *Disziplinargericht der Obersten SA-Führung*. Siehe Jamin, «Zur Rolle der SA im nationalsozialistischen Herrschaftssystem», S. 344.
- 12 Jamin, «Zur Rolle der SA im nationalsozialistischen Herrschaftssystem», S. 344-353.
- 13 Longerich, *Geschichte der SA*, S. 223.
- 14 Für eine instruktive Sammlung von Fällen siehe Oberste SA-Führung (Hg.), *Das Jahr der SA. Vom Parteitag der Ehre zum Parteitag der Arbeit*, München 1939, S. 70-80; Sopade, *Deutschland-Berichte*, Bd. 3 (1936), S. 851. Wie die SA sich offiziell darstellte, zeigt Viktor Lutze, *Wesen und Aufgaben der SA: Rede des Stabschefs vor dem Diplomatischen Korps und den Vertretern der ausländischen Presse am 24. Januar 1936*, München 1939, insbes. S. 20-21. Zur Rolle der SA-Männer als den «kleinen Wächtern der Volksgemeinschaft» siehe Frank Werner, «Die kleinen Wächter der ‚Volksgemeinschaft‘, Denunzianten, Boykotteure und Gewaltakteure aus Schaumburg», in ders. (Hg.), *Schaumburger Nationalsozialisten. Täter, Komplizen, Profiteure*, Bielefeld 2009, S. 521-583.
- 15 OSAF (Hg.),... *wurde die SA eingesetzt*, S. 12,30-33,37.
- 16 Siehe z.B. Sopade, *Deutschland-Berichte*, Bd. 2 (1935), S. 946-948.
- 17 Merkl, *Political Violence under the Swastika*, S. 530-531.
- 18 Schafranek, *Söldner*, S. 361.
- 19 PAAA, Persönl. Nachlass v. Siegfried Kasche, Bd. 34: Schreiben des SA-Gruppenführers Siegfried Kasche an Adolf-Heinz Beckerle, 18. November 1940.
- 20 Eugen Kogon, *Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager*, München 1946.
- 21 Zit. n. GSt PK, I. HA, Rep. 90 Annex P, Nr. 36/1, S. 19-22: Schreiben des Regierungspräsidenten in Stade an den preussischen Ministerpräsidenten, 21. August 1935. Der Text eines weiteren radikalen Kampfliedes aus dieser Zeit findet sich in Sopade, *Deutschland-Berichte*, Bd. 2 (1935), S. 608.
- 22 Fritz Stern, «Five Germans I Have Known», *European Review* 10:4 (2002), S. 429-445, hier S. 432.
- 23 Gottfried Oy und Christoph Schneider (Hg.), *Die Schärfe der Konkretion. Reinhard Strecker, 1968 und der Nationalsozialismus in der bundesdeutschen Historiografie*, Essen 2014, 42-43. Zu dem aufblühenden Forschungsgebiet der «history of sound» siehe die Dissertation von Huw D. Hallam, *National Socialism and Its Musical Afterlife*, PhD Diss. Kings College London 2013, insbes. S. 50-87.
- 24 Marlene Zinken, «Ein dehnbare Haus», in Marlene Zinken (Hg.), *Der unverstellte Blick*, S. 30-39, hier S. 33. Ein Beispiel dafür, wie ein SA-Umzug in eine wütende Attacke auf Passanten ausartete, findet sich in GSt PK, I. HA, Rep. 90 Annex P, Nr. 36/1, S. 34: «Ereignismeldung», 12. September 1935.
- 25 Alle Angaben in obigem Absatz stammen aus BayHStA, MInn, Nr. 73686: «Bericht über die Vorfälle in Weildorf». Undatierte Berichte über lokale SA-Männer, die Schaukästen für die Zeitschrift *Der Stürmer* montierten, sind zahlreich zu finden; siehe GSt PK, I. HA, Rep. 90 Annex P, Nr. 36/1, S. 48-50: «Auszug aus dem Lagebericht des Regierungspräsidenten in Wiesbaden vom 30 August 1935».
- 26 Brief des Josef Gruber, Markt Teisendorf, vom 27. Mai 2015 an den Autor, unter Bezugnahme auf die zeitgenössische Darstellung in Rainer Wilfinger, *Heimatbuch Teisendorf. Markt und Land*, Teisendorf 2001, S. 456. Den Ausdruck «Widerstand» gebrauchte ich hier im Sinne der Definition des wegweisenden «Bayern-Projekts», das in den 1970er Jahren das Leben unter der

- NS-Herrschaft «von unten» her analysierte. Siehe Michael Wildt, «Das ‚Bayern-Projekt‘, die Alltagsforschung und die ‚Volksgemeinschaft‘», in Norbert Frei (Hg.), *Martin Broszat, der «Staat Hitlers» und die Historisierung des Nationalsozialismus*, Göttingen 2007, S. 119-129.
- 27 Siehe Friedemann Bedürftig, «Hitlers braune Bataillone: Vom Kampfverband zum Parteifluchtweg», *Die Zeit*, 1. Dezember 1989, S. 55.
- 28 Alan E. Steinweis, *Kristallnacht 1938*, London 2009, S. 4. Zum Problem der konkurrierenden Begriffe für die Benennung dieser Vorgänge (Kristallnacht, Novemberpogrom oder Reichspogromnacht) siehe ebd., S. 1-4.
- 29 Für einen Überblick siehe die hervorragenden Studien von Wildt, *Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung*; Ahlheim, «*Deutsche, kauft nicht bei Juden!*», S. 319-403; Saul Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden*, München 2008, S. 129-191; Peter Longerich, *Holocaust: The Nazi Persecution and Murder of the Jews*, Oxford und New York 2010, S. 70-89; siehe dazu auch die weiter unten behandelte einschlägigere Literatur.
- 30 BArch Berlin, NS 23/515: Bericht des Polizeipräsidenten von Breslau an den Bezirkspräsidenten von Niederschlesien, 9. Juli 1935.
- 31 LArch Berlin, A Pr. Br. Rep. 030, tit. 95, Nr. 21617: Kripo-Tagebuch Berlin-Schöneberg, «Zwischenfall mit SA-Angehörigen», 10. Oktober 1935. Gemäss einem Bericht der Gestapo vom Sommer 1934 wurden 80 bis 90 Prozent aller von SA-Männern begangenen Verbrechen in angetrunkenem Zustand verübt. Siehe GSt PK, I. HA, Rep. 90 Annex P Geheime Staatspolizei, Nr. 76/2, S. 24: «Lagebericht für die Provinz Berlin-Brandenburg», Juli 1934.
- 32 LArch Berlin, A Pr. Br. Rep. 030, tit. 95, Nr. 21638: Berliner Schutzpolizei, «Ungerechtfertigtes Verhalten von Volksgenossen gegen Polizeibeamte», 22. Juli 1935.
- 33 Am eindrucksvollsten arbeitet Wildt, *Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung*, dieses Argument heraus. Eine kritische Erörterung der Tragweite von Wildts Argumentation, insbes. im Hinblick auf ländliche Milieus, findet sich bei Jill Stephenson, «The *Volksgemeinschaft* and the Problems of Permeability: The Persistence of Traditional Attitudes in Württemberg Villages», *German History* 34:1 (2016), S. 49-69.
- 34 Lutze, *Wesen und Aufgaben der SA*, S. 16.
- 35 Wünschmann, *Before Auschwitz*, S. 168-210; Faludi, *Die «Juni-Aktion» 1938: Eine Dokumentation zur Radikalisierung der Judenverfolgung*, Frankfurt am Main 2013, S. 35-54-
- 36 Zt. n. Paul Jandl, «Statt zu bezahlen, wurde ausgespuckt», *Die Welt*, 26. Oktober 2013, S. 26. Siehe auch Vilma Neuwirth, *Glockengasse 29. Eine jüdische Arbeiterfamilie in Wien*, Wien 2008.
- 37 Michael Wildt, «Einleitung», in Hans Reichmann, *Deutscher Bürger und verfolgter Jude. Novemberpogrom und KZ Sachsenhausen 1937 bis 1939*, hg. v. Michael Wildt, München 1998, S. 1-37, hier S. 17.
- 38 Reichssicherheitshauptamt – Amt V (Hg.), *Vorbeugende Verbrechensbekämpfung* (Erlassammlung), Berlin, o. J. [1943], S. 81-82.
- 39 Christian Faludi, «Die ‚Juni-Aktion‘ im Kontext der Judenpolitik 1938», in ders. (Hg.), *Die «Juni-Aktion»*, S. 9-102, hier S. 64.
- 40 Franz Alfred Six, «Report on the ‚Jew Action‘ in Berlin between 17 June and 21 June 1938», in ebd., S. 298-301, hier S. 299.
- 41 Siehe diverse Artikel in Pariser Tageszeitungen, 14.-16. Juni 1938, in ebd., S. 225-227, hier S. 226. Fotos verwüsteter jüdischer Geschäfte in den östlichen Bezirken Berlins sind abgedruckt in

- Christoph Kreutzmüller, Hermann Simon und Elisabeth Weber (Hg.) *Ein Pogrom im Juni. Fotos antisemitischer Schmierereien in Berlin, 1938*, Berlin 2013.
- 42 Faludi, «Die ‚Juni-Aktion‘ im Kontext der Judenpolitik 1938», S. 65-67.
- 43 Hans Reichmann, *Deutscher Bürger und verfolgter Jude*, S. 75.
- 44 BArch Berlin, NS 23/1174: Brief des bayerischen Innenministers Adolf Wagner an die Gauleiter Wächtler, Streicher, Helmuth, Wahl, und Bürckel, 31. Oktober 1938.
- 45 Götz Aly u.a. (Hg.), *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945*, Bd. 2: *Deutsches Reich 1938-August 1939*, hg. v. Susanne Heim, München 2009, S. 415; Sopade, *Deutschland-Berichte*, Bd. 5 (1938), S. 1187; Stefanie Fischer, *Ökonomisches Vertrauen und antisemitische Gewalt. Jüdische Viehhändler in Mittelfranken*, Göttingen 2014, S. 286-287.
- 46 Über die «Kristallnacht» und ihre Hintergründe auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene ist viel geschrieben worden. Einen exzellenten neueren Überblick gibt Steinweis, *Kristallnacht 1938*. Zur Beteiligung von Frauen und Kindern siehe Aly u.a. (Hg.), *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden*, Bd. 2, S. 377; Sopade, *Deutschland-Berichte*, Bd. 5 (1938), S. 1191. Eine Sammlung von Zeugenaussagen findet sich bei Matthäus und Roseman, *Jewish Responses*, Bd. 1, S. 341-378, ebenso in Uta Gerhard und Thomas Karlauf (Hg.), *Nie mehr zurück in dieses Land: Augenzeugen berichten über die Novemberpogrome 1938*, Berlin 2009. Zu den visuellen Aspekten der Gewalt siehe insbes. Christoph Kreutzmüller und Bjoern Weigel, *Kristallnacht? Bilder der Novemberpogrome 1938 in Berlin*, Berlin 2013. Zu den internationalen Reaktionen siehe Colin McCullough und Nathan Wilson (Hg.), *Violence, Memory, and History. Western Perceptions of Kristallnacht*, New York und London 2015.
- 47 BArch Berlin 23/515: Joachim Meyer-Quade, Bericht der SA-Gruppe Nordmark über das Geschehen in der Nacht vom 9.-10. November 1938. Zusätzliches Material habe ich übernommen aus Christa Geckeier, «Novemberpogrom in Kiel», https://www.kiel.de/de/bildung_wissenschaft/stadtarchiv/erinnerungstage.php?id=95 (zuletzt abgerufen am 6.1.2019).
- 48 Siehe Frank Bajohr und Christoph Strupp (Hg.), *‚Fremde Blicke auf das «Dritte Reich». Berichte ausländischer Diplomaten über Herrschaft und Gesellschaft in Deutschland 1933-1945‘*, Göttingen 2011, S. 501-520.
- 49 Monika Hinterberger, «Menschen wie wir», in Zinken, *Der unverstellte Blick*, S. 106-110, hier S. 108.
- 50 Bernd Wagner, *Psychiatrie und Gesellschaft in der Moderne. Geisteskrankenfürsorge in der Provinz Westfalen zwischen Kaiserreich und NS-Regime*, Paderborn 1996, S. 460.
- 51 Peter Schyga, *NS-Macht und evangelische Kirche in Bad Harzburg*, Wolfenbüttel 2013, S. 98-99.
- 52 FES, Nachlass v. Viktor Lutze, Politisches Tagebuch Viktor Lutzes, S. 124.
- 53 Aly u.a. (Hg.), *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden*, Bd. 2, S. 387; Fischer, *Ökonomisches Vertrauen und antisemitische Gewalt*, S. 285; Sopade, *Deutschland-Berichte*, Bd. 5 (1938), S. 1,198; ÖStA/AdR/‚Bürckel‘-Nachträge: Karton rot 5: Schreiben des Ortsgruppenleiters Untere Donaustrasse/Wien an die Gestapo, 9. Februar 1939.
- 54 Aly u.a. (Hg.), *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden*, Bd. 2, S. 401.
- 55 Gerhard Ritter, Brief an seine Mutter, Freiburg, 24. November 1938, in *Gerhard Ritter: Ein politischer Historiker in seinen Briefen*, S. 339. Ausländische Diplomaten beobachteten wiederholt, dass viele Deutsche die Ausschreitungen der «Kristallnacht» entsetzlich fanden; siehe Bajohr und Strupp, *Fremde Blicke auf das «Dritte Reich»*, S. 503, 509-512. Zu der überwiegend

- negativen Reaktion der Bewohner des annektierten Sudetenlands siehe Volker Zimmermann, *Die Sudetendeutschen im NS-Staat. Politik und Stimmung der Bevölkerung im Reichsgau Sudetenland (1938-1945)*, Essen 1999, S. 106-107; Jörg Osterloh, *Nationalsozialistische Judenverfolgung im Reichsgau Sudetenland 1938-1945*, München 2006, S. 218-221.
- 56 Siehe die ausführliche Einleitung von Thomas Vogel, «Wilm Hosenfeld – ein deutsches Leben», in Wilm Hosenfeld, *«Ich versuchte jeden zu retten»: Das Leben eines deutschen Offiziers in Briefen und Tagebüchern*, hg. v. Thomas Vogel und Militärgeschichtliches Forschungsamt, München 2004, S. 1-146, insbes. S. 21-36. Zur Attraktivität der NSDAP für deutsche Volksschullehrer siehe Pyta, *Dorfgemeinschaft und Parteipolitik*, S. 421-432. Zum Stellenwert von Lehrern und Pfarrern für die SA auf dem flachen Land siehe auch Sopade, *Deutschland-Berichte*, Bd. 2 (1935), S. 611.
- 57 Hosenfeld, *«Ich versuchte jeden zu retten»*, S. 208. Otmar Weick, der 1940 Adjutant des «Höheren SS- und Polizeiführers» Josef Berkelmann im deutsch besetzten Lothringen wurde, hatte ähnlich positive Erinnerungen an seine Zeit als SA-Truppführer von 1931 bis 1935; siehe Gehrig, *Im Dienste der nationalsozialistischen Volkstumspolitik in Lothringen*, S. 29-36.
- 58 Zu den Pogromen in Hessen, die schon am 7. November begannen, siehe Steinweis, *Kristallnacht 1938*, S. 22-35. Eine von Hosenfelds ganz wenigen Äusserungen zum Thema Juden in diesen Jahren stammt vom 25. November 1936: «Abends nahm ich an einer politischen Veranstaltung über die Juden teil. Sehr gemässigte Aussprache»; Hosenfeld, *«Ich versuchte jeden zu retten»*, S. 217.
- 59 Hosenfeld, *«Ich versuchte jeden zu retten»*, S. 210, 219, 234.
- 60 Ebd., S. 214-215, 229, 235-236.
- 61 Ernst Klee, *Die SA Jesu Christi. Die Kirchen im Banne Hitlers*, Frankfurt am Main 1989; Siemens, *The Making of a Nazi Hero*, S. 132-134.
- 62 Riley, *The Civic Foundation of Fascism in Europe*, S. 72-112.
- 63 Noch beliebter waren nur Fussball und Leichtathletik; siehe Henning Borggräfe, *Schützenvereine im Nationalsozialismus. Pflege der «Volksgemeinschaft» und Vorbereitung auf den Krieg (1933-1945)*, Münster 2010, S. 20.
- 64 Der Deutsche Reichsbund Kyffhäuser, ein Dachverband diverser Veteranenverbände, hatte 1929 rund 2,5 Millionen Mitglieder. Siehe Frank Bösch, «Militante Geselligkeit: Formierungsformen der bürgerlichen Vereinswelt zwischen Revolution und Nationalsozialismus», in Wolfgang Hardtwig, *Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit 1918-1939*, Göttingen 2005, S. 151-182, hier S. 164.
- 65 Borggräfe, *Schützenvereine im Nationalsozialismus*, S. 18-23; Bösch, «Militante Geselligkeit», hier S. 159.
- 66 Bösch, «Militante Geselligkeit», S. 172.
- 67 Zu Einzelheiten siehe Borggräfe, *Schützenvereine im Nationalsozialismus*, S. 29-39. Die grosse Anziehungskraft des «SA-Sports» betont auch Szejnmann, *Nazism in Central Germany*, S. 151-152.
- 68 Borggräfe, *Schützenvereine im Nationalsozialismus*, S. 41.
- 69 Der «Massensport» der SA baute auf dem «Wehrsport» der Weimarer Jahre auf. Beliebt waren Kampfsportarten wie Boxen und Jiu-Jitsu, aber auch Skifahren, Handball und Motorradfahren; siehe Christiane Eisenberg, *«English sports» und deutsche Bürger: Eine Gesellschaftsgeschichte 1800-1939*, Paderborn 1999, S. 327-330, 389-391; Berno Bahro, *Der SS-Sport. Organisation – Funktion – Bedeutung*, Paderborn 2013, S. 27-22, 37-38; Michael B. Barrett, *Soldiers, Sportsmen*,

- and Politicians. Military Sport in Germany, 1924-1935*, Phil. Diss. University of Massachusetts-Amherst 1977; Arnd Krüger und Frank von Lojewski, «Ausgewählte Aspekte des Wehrsports in Niedersachsen in der Weimarer Zeit», in Hans Langenfeld und Stefan Nielsen (Hg.), *Beiträge zur Sportgeschichte Niedersachsens*, Bd. 2: *Weimarer Republik*, Göttingen 1998, S. 124-147. Regionalstudien legen die Vermutung nahe, dass der Einfluss der SA auf den Breitensport zwischen 1933 und 1939 von Region zu Region starken Schwankungen unterlag; siehe z.B. Florian Lueke, *Geschichte des Sports in Lippe: Menschen – Vereine – Politik. Eine vergleichende regionalgeschichtliche Studie*, Lage 2015, S. 302-307.
- 70 Borggräfe, *Schützenvereine im Nationalsozialismus*, S. 48.
- 71 Eisenberg, «*English sports*» und *deutsche Bürger*, S. 393.
- 72 Borggräfe, *Schützenvereine im Nationalsozialismus*, S. 50.
- 73 Zu den «Reiterstürmen» der SA siehe Schuster, *Die SA*, S. 171-172; Bahro, *Der SS-Sport*, S. 225; GSt PK, I. HA, Rep. 77 titl. 4043, Bd. 311, S. 321; Ratcliffe (Hg.), «Denkschrift über Kampfvorbereitung und Kampfgrundsätze radikaler Organisationen». Ein frühes Beispiel für das Ringen zwischen SA und SS um solche Reitereinheiten schildert Christiane Rothländer, *Die Anfänge der Wiener SS*, Wien 2012, S. 160-162.
- 74 *Deutsche Reiter-Zeitung*, Nr. 7 (1934), S. 122, zit. n. Nele Maya Fahnenbruck, «... reitet für Deutschland»: *Pferdesport und Politik im Nationalsozialismus*, Göttingen 2013, S. 238.
- 75 Zeitschriften wie *Der Stürmer* kombinierten Vorurteile gegen «Berufssportler» mit Antisemitismus: «Rassenfremde», so behaupteten sie, hätten die Kontrolle über den deutschen Reitsport an sich gerissen, vor allem über den Galoppssport. Siehe Fahnenbruck, «... reitet für Deutschland», S. 238-239; Bayer, *Die SA*, S. 26-27.
- 76 Ich halte mich diesbezüglich an die Deutung Fahnenbrucks und gehe nicht mit Bahro konform, der in seiner Arbeit über den SS-Sport zu einer etwas widersprüchlichen Schlussfolgerung gelangt. Einerseits hebt er hervor, dem Reichssportführer und der SS sei es bis 1936 gelungen, den Führungsanspruch der SA abzuwehren; andererseits räumt er zwei Seiten weiter ein, die SA habe in Bezug auf die Verteilung der obligatorischen «Reiterscheine» zahlenmäßig die Nase vorn gehabt. 1935 waren mehr als 88'000 Reiter in der SA organisiert, dagegen nur 12'000 in der SS; Bahro, *Der SS-Sport*, S. 231, 233, 236.
- 77 Fahnenbruck, «... reitet für Deutschland», S. 240.
- 78 Ebd., S. 246-247. Die OSAF bemühte sich noch bis in die Kriegsjahre hinein, ihren Einfluss auf die ländlichen Reitvereine zu wahren; siehe BArch Berlin, NS 23/98: Aktennotiz von SA-Obergruppenführer Max Jüttner, 5. November 1940.
- 79 PAAA, Persönl. Nachlass v. Siegfried Kasche, Bd. 34: Bericht über «Veranstaltung der SA-Gruppe Hansa und der Schützenvereine des Standortes Gross-Hamburg», 1. Dezember 1938.
- 80 Zu diesem Ergebnis gelangen Borggräfe, Fahnenbruck und Bösch in ihren jeweiligen Arbeiten: Borggräfe, *Schützenvereine im Nationalsozialismus*, S. 53-56, 96-102; Fahnenbruck, «... reitet für Deutschland», S. 157-158; Bösch, «*Militante Geselligkeit*».
- 81 Mehrere Beispiele für Gewaltakte der SA gegen nichtjüdische Deutsche aus Anlass der Reichstagswahl vom 10. April 1938 finden sich bei Sopade, *Deutschland-Berichte*, Bd. 5 (1938), S. 415-424.
- 82 Borggräfe, *Schützenvereine im Nationalsozialismus*, S. 47-53, 81-86.
- 83 Sven Reichardt behauptete sogar, für SA-Männer sei es eine Art «Charakterfrage» gewesen, «alle Arten von bürgerlicher Kultur zu bekämpfen», Reichardt, *Faschistische Kampfbünde*, S. 643-646. Was für die grossstädtischen «Alten Kämpfer» einleuchtend klingen mag, kann im Hin-

- blick auf SA-Männer in Kleinstädten und auf dem Land nicht vollständig überzeugen.
- 84 Hosenfeld, «*Ich versuchte jeden zu retten*», S. 219.
- 85 Ebd., S. 236. Die SA-Verbände in der Pfalz wurden angehalten, ähnliche Sammlungen noch in den späten 1930er Jahren durchzuführen; siehe Schepua, *Nationalsozialismus in der pfälzischen Provinz*, S. 284.
- 86 Hosenfeld, «*Ich versuchte jeden zu retten*», S. 234.
- 87 Fritz Otto Böhmig, *Briefe aus dem Felde 15.8.1939-15.8.1943* (unveröff. maschinengeschriebenes Manuskript), S. 18. Mein Dank gilt Stephanie Bird in London, die mir eine Kopie dieser Korrespondenz zugänglich gemacht hat.
- 88 Ebd., S. 69.
- 89 Hosenfeld, «*Ich versuchte jeden zu retten*», S. 429, 696.
- 90 Ebd., S. 754.
- 91 Einen einführenden Überblick über diese verwickelte Geschichte gibt John T. Lauridsen, *Nazism and the Radical Right in Austria 1918-1934*, Kopenhagen 2007, insbes. S. 296-312; Bruce F. Pauley, *Hitler and the Forgotten Nazis: A History of Austrian National Socialism*, London 1981. Für eine umfassende Analyse der politischen Gewalt im Österreich der Zwischenkriegszeit siehe Gerhard Botz, *Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1938*, München 1983. Weitere einschlägige Literatur referiert Schafranek, *Söldner für den Anschluss*, S. 19-23.
- 92 Allgemeine Übersichten aus jüngerer Zeit bieten Florian Wenninger und Lucile Dreidemy (Hg.), *Das Dollfuss-Schuschnigg-Regime 1933-1938: Vermessung eines Forschungsfeldes*, Wien 2013, und Ilse Raither-Zatloukal, Christiane Rothländer und Pia Schönberger (Hg.), *Österreich 1933-1938: Interdisziplinäre Annäherungen an das Dollfuss/Schuschnigg-Regime*, Wien 2012. Zum Putsch vom Juli 1934 siehe Schafranek, *Sommerfest mit Preisschiessen*; Hans Schafranek und Herbert Blatnik (Hg.), *Vom NS-Verbot zum «Anschluss»: Steirische Nationalsozialisten 1933-1938*, Wien 2015, mit weiteren Verweisen. Zur Internierung von Nazis in Österreich siehe Pia Schönberger, «Ein Leben ohne Freiheit ist kein Leben», Das ‚Anhaltelager‘ Wollersdorf 1933-1938», in Raither-Zatloukal, Rothländer und Schönberger, *Österreich 1933-1938*, S. 94-107. Zur Sichtweise der illegalen Nazis siehe Edgar Traugott, *Elisabethpromenade 7/9*, Brunn 1940.
- 93 Rothländer, *Die Anfänge der Wiener SS*, S. 451-457.
- 94 Aufschlussreich ist in dieser Hinsicht ÖStA/AdR, MGH Wien, MHv 61/34, S. 7-39: Urteil des Wiener Militärtribunals gegen den Wiener SA-Führer Fritz Hamburger, 13. Februar 1935.
- 95 Dies war die Gesamtzahl für die fünf Jahre zwischen 1933 und 1938; sie beinhalten altgediente Legionäre ebenso wie diejenigen, die der Österreichischen Legion nur für kurze Zeit angehörten. Die Zahl der Legionäre lag somit zu jedem beliebigen Zeitpunkt immer unter 10'000. Für Details siehe Schafranek, *Söldner für den Anschluss*, S. 46-60.
- 96 ÖStA/AVA, Justiz, Allgemein, Sig. 6 A 3236 (NSDAP, Österreichische Legion 1934-1936): Bundeskanzleramt, Information über die Österreichische Legion, 23. März 1936.
- 97 Zur österreichischen Legion siehe insbes. die ausführliche Abhandlung von Schafranek, *Söldner für den Anschluss*; ders., «Die steirischen Angehörigen der Österreichischen Legion: Regionale und lokale Herkunft, Alters- und Berufsstruktur, NSDAP-

- und SA-Mitgliederentwicklung, Führungspersonal (Biografien)«, in Schafranek und Blatnik, *Vom NS-Verbot zum »Anschluss«*, S. 83–124; ders., »Österreichische Nationalsozialisten in der Illegalität 1933–1938: Ein Forschungsbericht«, in *Das Dollfuß-Schuschnigg-Regime 1933–1938: Vermessung eines Forschungsfeldes*, hg. v. Wenninger und Dreidemy, S. 105–137. Für die offizielle nationalsozialistische Geschichtsschreibung siehe Otto Bokisch und Gustav A. Zirbs (Hg.), *Der Österreichische Legionär. Aus Erinnerungen und Archiv, aus Tagebüchern und Blättern*, Wien 1940.
- 98 Schafranek, *Söldner für den Anschluss*, S. 168.
- 99 Ebd., S. 193–205 (Beispiel auf S. 199).
- 100 Ebd., S. 132–146, 156–158.
- 101 Ebd., S. 157.
- 102 ÖStA/AVA, Justiz, Allgemein, Sign. 6 A 3627, Mappe 6682: Schreiben vom BKA im Ermittlungsfall Josef Artur Fischer, geb. 25. November 1914 in Wolfurt. Das deutsch-österreichische Abkommen vom 11. Juli 1936 erleichterte solche Rückführungen; siehe Schafranek, *Söldner für den Anschluss*, S. 315–319.
- 103 BArch Berlin, NS 23/892: Durchführungsbestimmungen der Österreichischen SA-Brigade 2.
- 104 ÖStA/AdR, NS-Vermittlungsstelle, Karton 43, Mappe 200: Schreiben der NS-Vermittlungsstelle an Dr. Hammerschmid, 25. August 1938; SA Österreich, »Lagebericht über die Liquidierung der Österr. Legion«, 22. Juni 1938.
- 105 Schafranek, *Söldner für den Anschluss*, S. 351–358.
- 106 Bajohr und Strupp (Hg.), *Fremde Blicke auf das »Dritte Reich«*, S. 481–482; Schafranek, *Söldner für den Anschluss*, S. 42.
- 107 ÖStA/AdR, Gauakt 245.169 (Kurt Barisani): Antrag an die NS-Betreuungs- und Wiedergutmachungsstelle des Gaues Wien, 1. Dezember 1938; ÖStA/AdR, Gauakt 92.698 (Alexander Cseri): Schreiben der Polizeidirektion Wien an das Bundesministerium des Inneren, 4. April 1948.
- 108 ÖStA/AdR, »Bürkel-/Nachträge: Karton rot 9, Nr. 60 (Korrespondenz Oberste SA-Führung 1938–1939: Anonymer Brief eines »SA-Mannes vom Sturm III«, Mai 1938).
- 109 Besonders aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang ein Schreiben der NS-Vermittlungsstelle Wien vom 10. März 1939. Die Vermittlungsstelle befürwortete darin den »Arisierungsantrag« des SA-Mitglieds Wilhelm Walliczek mit der Begründung, Walliczek sei nur eingeschränkt arbeitsfähig; daher sei es »in höchstem Maß angeraten, ihn auf dem Weg der Arisierung eine neue Existenz zu ermöglichen«; ÖStA/AdR, NS-Vermittlungsstelle, Karton 43, Mappe 197: Schreiben der NS-Vermittlungsstelle Wien an die Vermögensverkehrsstelle Wien, 10. März 1939; Schafranek, *Söldner für den »Anschluss«*, S. 390–391.
- 110 »Mitteilung der Gruppe (Legionsdienstanzrechnung)«, *SA in Feldgrau. Feldpostbriefe der SA-Gruppe Südmark*, Nr. 14/15 (Juli/August 1941).
- 111 Die Rolle der SA bei der Destabilisierung Österreichs im Vorfeld des März 1938 ist gut erforscht und unstrittig, desgleichen ihre Mitwirkung an den Vorgängen der Folgemonate; dagegen ist ihr Beitrag zur Annexion des Sudetenlandes und des Memellandes 1938/39 kaum thematisiert worden (eine bemerkenswerte Ausnahme bildet Dölling, »Grenzüberschreitende Gewalttätigkeit«). Aus ihrem eigenen Blickwinkel signalisierten die Aktivitäten der SA in diesen Regionen ein relatives Wiedererstarken auf der innenpolitischen Bühne wie auch einen erfolgreichen Leistungstest auf fremdem Boden. Mit ihren gesteigerten paramilitärischen Aktivitäten verließen sie nicht nur der Propaganda der SA – die, wie gesehen, in den Ohren vieler SA-Männer aus

- dem Reich bereits hohl zu klingen begonnen hatte – neue Glaubwürdigkeit, sondern trugen auch zu einer verstärkten Ostorientierung der OSaF bei.
- 112 Zu den frühen NS-Organisationen in der Region siehe Dölling, «Grenzüberschreitende Gewalttätigkeit», S. 242-244.
- 113 Siehe dazu die paradigmatischen Auslassungen von Günther Wolff, *Grossfahrt vogtländischer Jungen zu den deutschen Siedlungen in Ostgalizien. Sommer 1936*, Plauen 1936, S. 5 und 35; siehe auch Andreas Peschel, «Die Bündische Jugend», *Dresdner Hefte: Beiträge zur Kulturgeschichte* 26 (2007), S. 35-42, hier S. 40-41.
- 114 Siehe Schmidts ausgiebige Korrespondenz zwischen 1928 und 1933 in BArch Berlin, NS 26/370-372. Betreffend die frühe SA im Sudetenland siehe insbes. den Brief von Albert Umlauf, Brüx, vom 18. September 1929 in BArch Berlin, NS 26/372. Im Hinblick auf die Probleme beim Uniformtragen im Ausland siehe Schmidts Brief an Alfred Günzel, 13. Februar 1931, in BArch Berlin, NS 26/370. Zur Kontinuität solcher Studentenreisen siehe Elizabeth Harvey, «Emissaries of Nazism: German Student Travellers in Romania and Yugoslavia in the 1930s», *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 22:1 (2011), S. 135-160.
- 115 Trotz dieser Entwicklung ist es wichtig, sich zu vergegenwärtigen, dass Henleins Heimatbund bis 1935 weitgehend unabhängig von der Reichs-NSDAP agierte. Der populäre Topos von der deutschen «fünften Kolonne» ist in hohem Grad ein Konstrukt ex post, das die innerhalb des deutschen Lagers herrschenden Spannungen sehr vereinfacht. Siehe Mark Cornwall, «A Leap into Ice-Cold Water». The Manoeuvres of the Henlein Movement in Czechoslovakia, 1933-1938», in Mark Cornwall und R.J.W. Evans (Hg.), *Czechoslovakia in a Nationalist and Fascist Europe 1918-1948*, Oxford 2007, S. 123-142. Ein umfassendes Bild zeichnet Ronald Smelser, *Das Sudetenproblem und das Dritte Reich, 1933-1938. Von der Volkstumspolitik zur national-sozialistischen Aussenpolitik*, München 1980.
- 116 Caitlin Murdock, «Central Policy and Local Practice: The Changing Dynamics of the Saxon-Bohemian Borderlands after 1933», *Zeitschrift für Osteuropa-Forschung* 53 (2004), S. 184-199.
- 117 Zur Entwicklung des Deutschen Turnverbands siehe Andreas Luh, *Der Deutsche Turnverband in der ersten Tschechoslowakischen Republik. Vom völkischen Vereinsbetrieb zur volkspolitischen Bewegung*, München 2006. Zur Gründung des FS siehe Werner Röhr, «September 1938: Diversion und Demagogie bei der Erzeugung einer Kriegspsychose durch den Hitlerfaschismus und seine Fünfte Kolonne in der CSR», in Dietrich Eichholtz und Kurt Pätzold (Hg.), *Der Weg in den Krieg. Studien zur Geschichte der Vorkriegsjahre (1935/36 bis 1939)*, Köln 1989, S. 211-277, hier S. 218; siehe auch ders., «Der ‚Fall Grün‘ und das Sudetendeutsche Freikorps», in Hans Henning Hahn (Hg.), *Hundert Jahre sudetendeutsche Geschichte. Eine völkische Bewegung in drei Staaten*, Frankfurt am Main 2007, S. 241-256, hier S. 245.
- 118 Detlef Brandes, *Die Sudetendeutschen im Krisenjahr 1938*, 2. Aufl., München 2010, S. 252-287.
- 119 Dölling, «Grenzüberschreitende Gewalttätigkeit», S. 247-248.
- 120 Der Wortlaut dieser Proklamation findet sich in «Die sudetendeutsche Befreiung: Vom Nürnberger Parteitag bis zum Münchener Abkommen», *Nation und Staat. Deutsche Zeitschrift für das europäische Nationalitätenproblem* 12:1 (1938), S. 33-43, hier S. 36-37. Zum Sudetendeutschen Freikorps siehe insbes. Röhr, «Der ‚Fall Grün‘»; Dölling, «Grenzüberschreitende Gewalttätigkeit».
- 121 BArch Berlin, NS 23/477: Schreiben der SA-Gruppe Sachsen an das Erziehungshaupt-

- amt der SA, September 1938; Stefan Dölling, *Henleins Bürgerkrieger. Das Sudetendeutsche Freikorps zwischen Eigenmobilisierung und Fremdsteuierung durch das 3. Reich*, unveröff. Diss. Humboldt-Universität Berlin 2010, S. 12–13.
- 122 Dölling, *Henleins Bürgerkrieger*, S. 1.
- 123 Zimmermann, *Die Sudetendeutschen im NS-Staat*, S. 128. Viele führende Männer des Sudetendeutschen Freikorps wurden in die SS übernommen; siehe Dölling, »Grenzüberschreitende Gewalttätigkeit«, S. 260.
- 124 Zimmermann, *Die Sudetendeutschen im NS-Staat*, S. 127.
- 125 Ein Beispiel ist Toni Sandner, ab Herbst 1938 Adjutant von Franz May. Anknüpfend an seine frühere Funktion beim Deutschen Turnverband, übernahm er das Amt des »SA-Sportwarts«; Zimmermann, *Die Sudetendeutschen im NS-Staat*, S. 127.
- 126 Osterloh, *Nationalsozialistische Judenverfolgung im Reichsgau Sudetenland*, S. 209–210; Zimmermann, *Die Sudetendeutschen im NS-Staat*, S. 104; Ralf Gebel, »Heim ins Reich!« *Konrad Henlein und der Reichsgau Sudetenland (1938–1945)*, München 1999, S. 69–80.
- 127 Franz May kam am 24. Januar 1903 in Warnsdorf im damaligen Habsburgerreich zur Welt; er studierte von 1920 bis 1923 an der Universität Halle-Wittenberg und war von Beruf Landschaftsarchitekt. 1935 gewann er für die Sudetendeutsche Partei einen Sitz im tschechoslowakischen Parlament. Um dieselbe Zeit begann er heimlich für die »Abwehr« zu arbeiten, den Nachrichtendienst der deutschen Wehrmacht. Zu Mays Lebenslauf bis 1939 siehe BArch Berlin, SA 4000002816 (May, Franz). Zu seinen Aktivitäten im Zweiten Weltkrieg siehe Kap. 8 des vorliegenden Buches. Nach seiner Entlassung aus tschechoslowakischer Gefangenschaft ließ May sich in Bayern nieder und wirkte für deutsche Vertriebenenverbände wie die Sudetendeutsche Landsmannschaft und den Bund der Vertriebenen.
- 128 BArch Berlin, SA 4000002816: Brief Konrad Henleins an Viktor Lutze, 22. November 1941.
- 129 Zimmermann, *Die Sudetendeutschen im NS-Staat*, S. 128, Anm. 57.
- 130 Details zu den politischen und militärischen Entwicklungen in Litauen zwischen 1918 und 1919 finden sich bei Tomas Balkelis, »Demobilization and Remobilization of German and Lithuanian Paramilitaries after the First World War«, *Journal of Contemporary History* 50:1 (2015), S. 38–57.
- 131 Siehe Ernst-Albert Plieg, *Das Memelland 1920–1939: Deutsche Autonomiebestrebungen im litauischen Gesamtstaat*, Würzburg 1962. Die Arbeit von Tomas Balkelis, *The Making of Modern Lithuania*, Basingstoke 2009, deckt leider nur den Zeitraum bis 1918/19 ab.
- 132 Litauisches Zentrales Staatsarchiv (LCVA), Sammlung Nr. 383, Inventarnr. 7, Nr. 1773, S. 146–54: Memorandum des litauischen Außenministers Stasys Lozoraitis an den Direktor der Politischen Abteilung des Außenministeriums, Juozas Urbšys, 26. Januar 1935.
- 133 Die nationalsozialistische Presse sprach typischerweise von einem »Kriegszustand«. Siehe BArch Berlin, NS 23/227: »A-Appell und Marsch der SA«, *Memelwacht* (Tilsit), 11. Januar 1940.
- 134 »Die Lage: Litauen«, *Nation und Staat. Deutsche Zeitschrift für das europäische Nationalitätenproblem*, 12:4 (1939), S. 245–251, hier S. 248.
- 135 Ian Kershaw, *Hitler 1936–1945: Nemesis*, Stuttgart 2000, S. 228.
- 136 Martin Broszat, »Die memeldeutschen Organisationen und der Nationalsozialismus«, *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 5:3 (1957), S. 273–278, hier S. 274.
- 137 Ebd., S. 274–275. Für Näheres über das komplizierte Verhältnis zwischen CSA und

- SOVOG siehe PAAA, R 84874, S. 64-90: «Anklageschrift in dem Verfahren gegen Dr. Neumann, v. Sass und Genossen (deutsche Übersetzung)».
- 138 «Dr. Ernst Neumann t», *Mernelländer Dampfboot: Die Heimatzeitung aller Memelländer*, Nr. 11, 5. Juni 1955, S. 3-4.
- 139 PAAA, R 84874, S. 58-112: «Anklageschrift in dem Verfahren gegen Dr. Neumann, v. Sass und Genossen».
- 140 Broszat, «Die memeldeutschen Organisationen», S. 275; PAAA, R 84874, S. 105-138: «Anklageschrift in dem Verfahren gegen Dr. Neumann, v. Sass und Genossen».
- 141 LCVA, Sammlung Nr. 383, Inventarnr. 7, Nr. 1773, S. 146-154, hier S. 151-152: Memorandum des litauischen Aussenministers Stasys Lozoraitis an den Direktor der Politischen Abteilung des Aussenministeriums, Juozas Urbys, 26. Januar 1935; PAAA, R 84875: «Aufzeichnung v. Grundherr für das Auswärtige Amt vom 27. Oktober 1934»; PAAA, R 84874, S. 39-45, 56-58: «Anklageschrift in dem Verfahren gegen Dr. Neumann, v. Sass und Genossen».
- 142 Für einen deutschen Blickwinkel auf diesen Prozess siehe Helmut Jenkis, «Der Neumann-Sass-Kriegsgerichtsprozess in Kaunas 1934/35: Aus deutscher Sicht», *Annaberger Annalen* 17 (2009), http://annaberger-annalen.de/jahrbuch/2009/6_Jenkis.pdf (zuletzt abgerufen am 28.12.2018). Für eine litauische Perspektive siehe Algimantas Taskunas, «The Worlds First Nazi Trial», *Lithuanian Papers* 22 (2008), <https://lithuanianpapers.files.wordpress.com/2018/11/lithuanian-papers-vol-22-2008.pdf> (zuletzt abgerufen am 6.1.2019).
- 143 BArch Berlin, NS 23/227: «Memel-SA steht am 30. Januar 1939», *Der Alemanne* (Freiburg), 20. Januar 1939.
- 144 Ebd.: «Die braune Uniform in Memel», *Stuttgarter NS-Kurier*, 26. Januar 1939.
- 145 Ebd.: «Memeldeutsche Sicherheitsabteilung gebildet», *Königsberger Allgemeine Zeitung*, 10. Januar 1939.
- 146 Broszat, «Die memeldeutschen Organisationen», S. 278.
- 147 «Die Lage: Litauen», *Nation und Staat* 12:5 (1939), S. 299.
- 148 Vieles weist darauf hin, dass selbst sonst gut informierte Zeitgenossen nicht genau wussten, wodurch sich diese beiden Organisationen voneinander unterschieden. Siehe BArch Berlin, NS 23/227: «Kowno fragt: Wird die SA gefährlich sein?», *Preussische Zeitung* (Königsberg), 12. Januar 1939.
- 149 Ralf Meindl, *Ostpreussens Gauleiter: Erich Koch – eine politische Biographie*, Osnabrück 2007, S. 243-244.
- 150 Zit. n. «Der Wortlaut des Abkommens zwischen Litauen und dem Reich über die Rückgabe Memels», *Nation und Staat: Deutsche Zeitschrift für das europäische Nationalitätenproblem*, 12:8 (1939), S. 560-561.
- 151 Broszat, «Die memeldeutschen Organisationen», S. 278.
- 152 Siehe insbes. Götz Aly, *Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus*, Frankfurt am Main 2005.
- 153 Zu einer ähnlichen Einschätzung gelangt Campbell, «SA after the Röhm Purge».
- 154 Sopade, *Deutschland-Berichte*, Bd. 5 (1938), S. 849.

7 Die SA und die «Germanisierung» des europäischen Ostens

- 1 Sopade, *Deutschland-Berichte*, Bd. 2 (1935), S. 1,498.
- 2 Siehe Müller, *Hitlers Ostkrieg*, Czeslaw Madajczyk (Hg.), *Vom Generalplan Ost zum Generaliedlungsplan*, München 1994; Mechthild Rössler und Sabine Schleiermacher (Hg.), *Der «Generalplan Ost»: Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik*, Berlin

- 1993; Lumans, *Himmlers Auxiliaries*; Wildt, *Generation des Unbedingten*; Hartenstein, *Neue Dorflandschaften*; Heinemann, «Rasse, Siedlung, deutsches Blut»; David Blackbourn, *Die Eroberung der Natur. Eine Geschichte der deutschen Landschaft*, München 2006, S. 319-339; Heinemann und Wagner, *Wissenschaft – Planung – Vertreibung*, Leniger, *Nationalsozialistische «Volkstumsarbeit» und Umsiedlungspolitik*; Wolf, *Ideologie und Herrschaftsrationalität*. Zu den akademischen Wegbereitern der deutschen Expansionspolitik im Osten siehe Piper, *Alfred Rosenberg*, S. 448-456; Eduard Mühle, «Putting the East in Order: German Historians and their Attempts to Rationalise German Eastward Expansion during the 1930s and 1940s», in Robert L. Nelson (Hg.), *Germans, Poland, and Colonial Expansion to the East. 1850 Through the Present*, New York 2009, S. 95-120; Beyrau, «Eastern Europe as a ‚Sub-Germanic Space‘»; Ulrich Prehn, *Max Hildebert Boehm. Radikales Ordnungsdenken vom Ersten Weltkrieg bis in die Bundesrepublik*, Göttingen 2013.
- 3 Siehe Armin Nolzen, «Organizing the «People’s Community» the NSDAP and the «ethnic Germans’ in Nazi-Occupied Territories», *Journal of Genocide Research*, 19:2 (2017), S. 170-190.
 - 4 Ute Peltz-Dreckmann, *Nationalsozialistischer Siedlungsbau. Versuch einer Analyse der die Siedlungspolitik bestimmenden Faktoren am Beispiel des Nationalsozialismus*, München 1978. Zu den SA-Siedlungen als Unterkategorie der «Kleinsiedlung» siehe Jörn Düwel und Niels Gütschow, *Städtebau in Deutschland im 20 Jahrhundert. Ideen – Projekte – Akteure*, Stuttgart 2001, S. 96-105.
 - 5 «Gesetz über die Neubildung deutschen Bauertums», 14. Juni 1933, in *Reichsgesetzblatt* 1933, Bd. 1, S. 517.
 - 6 Heinz Franz, *Der Mensch in der Siedlungsbewegung*, Diss. Ruprecht-Karls-Universität zu Heidelberg 1937, S. 40. Zu den Strategien der NSDAP im ländlichen Deutschland siehe insbes. Pyta, *Dorfgemeinschaft und Parteipolitik*; Hempe, *Ländliche Gesellschaft in der Krise*; Otto-Morris, *Rebellion in the Province*.
 - 7 BArch Berlin, NS 23/222: «Im Kampf gegen die Landflucht: SA schafft neues Bauerntum», *NSK*, Ser. 164,15. Juli 1939, S. 1; «Richtlinien für die Neubildung deutschen Bauertums», 1. Juni 1935, in Gustavo Corni und Horst Gies, «Blut und Boden». *Rassenideologie und Agrarpolitik im Staat Hitlers*, Idstein 1994, S. 121.
 - 8 Zur deutschen Siedlungsbewegung als Teil der Lebensreform-Bewegung siehe Anne Feuchter-Schawelka, «Siedlungs- und Landkommunebewegung», in Diethard Kerbs und Jürgen Reulecke (Hg.), *Handbuch der deutschen Reformbewegungen, 1880-1933*, Wuppertal 1998, S. 227-244. Zur nationalsozialistischen Siedlungsbewegung siehe Uwe Mai, «Rasse und Raum». *Agrarpolitik, Sozial- und Raumplanung im NS-Staat*, Paderborn 2002; Corni und Gies, «Blut und Boden»; Roland Baier, *Der deutsche Osten als soziale Frage. Eine Studie zur preussischen und deutschen Siedlungs- und Polenpolitik in den Ostprovinzen während des Kaiserreichs und der Weimarer Republik*, Köln 1980.
 - 9 Frühere Unstimmigkeiten zwischen der Obersten SA-Führung und dem Reichsnährstand waren zu diesem Zeitpunkt überwunden. Siehe BArch Berlin, R 43 II, Nr. 207, S. n8ff: Brief des Führungsamts der SA an Darré, 24. Mai 1934, zit. n. Corni und Gies, «Blut und Boden», S. 121. In den Richtlinien des Reichsarbeitsministeriums war seit 1935 vorgegeben, dass «Kriegsveteranen und Vorkämpfer der nationalen Revolution» bei der Zuteilung von Bauplätzen Vorrang haben sollten; Peltz-Dreckmann, *Nationalsozialistischer Siedlungsbau*, S. 139-140. Wir können

- daher davon ausgehen, dass bis 1937 SA-Männer überproportional vom staatlich geförderten Kleinsiedlungsbau profitierten.
- 10 BArch Berlin, NS 23/222: «Sturmabteilungsmänner packen an», *Bremer Zeitung*, 27. November 1939; PAAA, Persönl. Nachlass v. Siegfried Kasche, Nr. 41, S. 59-77, hier S. 70, «Bericht über die Arbeiten in der SA hinsichtlich ihrer Beteiligung bei der Neubildung deutschen Bauerntums». Dieses Dokument findet sich auch in BArch Berlin, NS 23/688.
 - 11 SA-Oberführer Holtz, «SA-Dankopfersiedlung ‚Glaubensstatt‘», *Die SA* 2:17 (1941), S. 14-16.
 - 12 Zum engen Zusammenwirken der SA mit den deutschen Schützenvereinen siehe Borggräfe, *Schützenvereine im Nationalsozialismus*; siehe auch Kap. 6 dieses Buches.
 - 13 Barbara Wolf, «Wöhnungs- und Siedlungsbau», in Michael Cramer-Fürtig und Bernhard Gotto (Hg.), *«Machtergreifung» in Augsburg: Anfänge der NS-Diktatur 1933-1937*, Augsburg 2008, S. 179-188, hier S. 180.
 - 14 BArch Berlin, NS 23/222: «Zinsfrei und kapitallos», *NSK*, Series 77, 5. April 1937, S. 1.
 - 15 Ebd., S. 2.
 - 16 Holtz, «SA-Dankopfersiedlung ‚Glaubensstatt‘», S. 14.
 - 17 Jan (Johannes) G. Smit, *Neubildung deutschen Bauerntums: Innere Kolonisation im Dritten Reich: Fallstudien in Schleswig-Holstein*, Kassel 1983, S. 184.
 - 18 Wolfram Pyta, «‚Menschenökonomie‘. Das Ineinandergreifen von ländlicher Sozialraumgestaltung und rassenbiologischer Bevölkerungspolitik im NS-Staat», *Historische Zeitschrift* 273:1 (2001), S. 31-94, hier S. 39; Franz, *Der Mensch in der Siedlungsbewegung*, S. 30; Müller, *Hitlers Ostkrieg*, S. 11-12.
 - 19 Smit, *Neubildung deutschen Bauerntums*, S. 186.
 - 20 Klaus Kiran Patel, «The Paradox of Planning: German Agricultural Policy in a European Perspective, 1920s to 1970s», *Past and Present* 212:1 (2011), S. 239-269, hier S. 245.
 - 21 R. Walther Darré, «Bauern und Soldaten», in *Der SA-Führer* 8 (1938), abgedruckt in ders., *Um Blut und Boden. Reden und Aufsätze*, München 1942, S. 158-161.
 - 22 Zur tatsächlichen Stimmungslage der deutschen Bauernschaft Ende der 1930er Jahre siehe Timothy W. Mason, *Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien 1936-1939*, Opladen 1975, S. 865-867; J. E. Farquharson, «The Agrarian Policy of National Socialist Germany», in Robert G. Moeller (Hg.), *Peasants and Lords in Modern Germany*, Boston 1986, S. 233-259.
 - 23 Zur grossen Bedeutung von «Männerkameradschaft» in der NS-Bewegung und im «Dritten Reich» siehe Thomas Kühne, *Belonging and Genocide: Hitler's Community, 1918-1945*, New Haven, CT, und London 2010.
 - 24 Smit, *Neubildung deutschen Bauerntums*, S. 185. Darré argumentierte im Oktober 1939 ganz ähnlich; siehe Peter Longenrich, *Heinrich Himmler: Biographie*, München 2008, S. 450.
 - 25 Die Geschichtsforschung hat Kasche bis heute nur im Zusammenhang mit seiner Rolle als deutscher Botschafter in Kroatien (1941-1945) wahrgenommen. Siehe dazu aus jüngerer Zeit Alexander Korb, *Im Schatten des Weltkriegs. Massengewalt der UstaZa gegen Serben, Juden und Roma in Kroatien 1941-1945*, Hamburg 2013.
 - 26 Zu Kasches Lebenslauf siehe seine ausführlichen Antworten als Internierter bei der Befragung durch die jugoslawischen Behörden am 7. März 1947, Kroatisches Staatsarchiv, Zagreb (HDA), HR-HDR-1561, Sg 013.0.47 (Slavko Kvaternik), III DIO, S. 280-281. Siehe auch BArch Berlin, R 9354/601: «Der deutsche Gesandte in Agram/ Kroatien: SA-Obergruppenführer Kasche», *Illustrierter Beobachter*, 14. August 1941.

- 27 Prestien, »Die Aufgaben der SA bei der Neubildung deutschen Bauerntums«, *Die SA* 2:17 (1941), S. 10–13, hier S. 11.
- 28 BArch Berlin, NS 23/222: »Zinsfrei und kapitallos«, *NSK*, Series 77, 5. April 1937, S. 1.
- 29 BArch Berlin, NS 23/688: Siegfried Kasche, »Richtlinien für die Beteiligung der SA bei der Neubildung deutschen Bauerntums«, 8. September 1938. Siehe auch Kasche, »Bericht über die Arbeiten in der SA«, S. 59–60.
- 30 BArch Berlin, NS 23/688: »Merkblatt betreffend den Erwerb des Neubauernscheins« (1938).
- 31 Ebd.: Siegfried Kasche, »Besondere Anordnung Nr. 1«, 4. November 1940.
- 32 Kasche, »Richtlinien für die Beteiligung der SA«.
- 33 Alexander Prusin, »»Make This Land German Again!« The Nazi Population Policies in the Wartheland, 1939–1941«, in Aleksandr Dyukov und Olesya Orlenko (Hg.), *Divided Eastern Europe. Border and Population Transfer, 1938–1947*, Newcastle upon Tyne 2012, S. 74–91, hier S. 75–77; Smit, *Neubildung deutschen Bauerntums*, S. 30–60.
- 34 PAAA, Persönl. Nachlass v. Siegfried Kasche, Nr. 34: SA-Oberführer Udo von Alvensleben, »Die Bedeutung der Grenzlandsiedlung: Vortrag vor den Neubauernsiedlungsreferenten und der Obersten SA-Führung am 12. Mai 1939 in Schlochau«. Alvensleben, geb. am 4. Mai 1895, war ein ostelbischer Aristokrat, der sich schon vor 1933 für die Nationalsozialisten engagierte. Nach dem Ersten Weltkrieg hatte er sich zunächst dem Stahlhelm angeschlossen, trat aber im September 1930 in die NSDAP ein und wurde bald darauf zum Führer der örtlichen SA-Standarte ernannt. 1933 wurde er zum Chef der Bezirksverwaltung im pommerschen Schlochau befördert, wo er in den Folgejahren örtliches Brauchtum und religiöse Traditionen mit der nationalsozialistischen Ideologie zu verbinden trachtete. Zu seiner Laufbahn und seinen politischen Ansichten siehe die Dokumente in seiner SA-Personalakte in BArch Berlin, SA 400000027 (Alvensleben, Udo von).
- 35 Christoph Dieckmann, »Plan und Praxis: Deutsche Siedlungspolitik im besetzten Litauen 1941–1944«, in *Wissenschaft – Planung – Vertreibung*, hg. v. Heinemann und Wagner, S. 93–118, hier S. 94.
- 36 Prusin, »»Make This Land German Again!««, S. 75–76. Zum Einfluss kolonialer Fantasien und Erfahrungen auf die NS-Herrschaft siehe Patrick Bernhard, »Hitler's Africa in the East: Italian Colonialism as a Model for German Planning in Eastern Europe«, *Journal of Contemporary History* 51:1 (2016), S. 61–90; Benjamin Madley, »From Africa to Auschwitz: How German South West Africa Incubated Ideas and Methods Adopted and Developed by the Nazis in Eastern Europe«, *European History Quarterly* 35:3 (2005), S. 429–464; Jürgen Zimmerer, »Die Geburt des ›Ostlandes‹ aus dem Geist des Kolonialismus: Die nationalsozialistische Eroberungs- und Beherrschungspolitik in (post-)kolonialer Perspektive«, *Sozial.Geschichte* 19:1 (2004), S. 10–43.
- 37 Kasche, »Bericht über die Arbeiten in der SA«, S. 62–64.
- 38 Longerich, *Heinrich Himmler*, S. 449–451; Robert L. Koehl, *RKFDV: German Resettlement and Population Policy 1939–1945. A History of the Reich Commission for the Strengthening of Germandom*, Cambridge, MA, 1957, S. 49–70.
- 39 BArch Berlin, NS 23/688: Kasche, »Schreiben betr. der Beteiligung der SA«.
- 40 Anders als in Oberschlesien gab es für den Warthegau und für Danzig Ende 1939 keine detaillierten Planungen im Hinblick auf die Besiedlung des ländlichen Raums.
- 41 BArch Berlin, NS 23/688: SA-Obersturmbannführer Prestien, Übersicht über alle wichtigen Fragen zur Neubauernsiedlung in den ehemals polnischen Gebieten, 8. Dezember 1939.

- 42 BArch Berlin, NS 23/688: Rundschreiben an den Führer der SA-Gruppe Hessen, 4. Dezember 1939.
- 43 Kasche, Schreiben über den Beitrag der SA zur Erneuerung des deutschen Bauerntums.
- 44 BArch Berlin, NS 23/688: Siegfried Kasche, «Besondere Anordnung», 20. Januar 1941; Kasche, «Bericht über die Arbeiten in der SA», S. 73. In dem einschlägigen Buch von Lumans, *Himmler's Auxiliaries*, findet Kasche keine Erwähnung. Aus der Vielzahl von Arbeiten über die Volksdeutschen und ihre Erfahrungen siehe insbes. Doris L. Bergen, «The ‚Volksdeutschen‘ of Eastern Europe, World War II and the Holocaust: Constructed Ethnicity, Real Genocide», in Keith Bulivant u.a. (Hg.), *Germany and Eastern Europe. Cultural Identities and Cultural Differences*, Amsterdam und Atlanta, GA, 1999, S. 70-93; dies., «Die Volksdeutschen in German Propaganda», *German Studies Review* 31:3 (2008), S. 447-470.
- 45 Siehe die nachgelassenen Papiere Kasches, die in den letzten Monaten des Krieges in einem Tresor in Berlin deponiert wurden und heute im Politischen Archiv des deutschen Ausenministeriums aufbewahrt werden, sowie die umfangreichen Aktenbestände zur Siedlungspolitik der SA im Bundesarchiv.
- 46 BArch Berlin, NS 23/510: OSAF (Jüttner), «Schnellbrief» zum Aufbau der SA in den deutsch besetzten Ostgebieten des ehemaligen polnischen Staates, 30. Oktober 1939.
- 47 Kasche, «Bericht über die Arbeiten in der SA», S. 61 und 75.
- 48 Ebd., S. 75.
- 49 BArch Berlin, NS 23/98: Anmerkungen zur Rede des Reichsschatzmeisters der SA, 13. September 1940.
- 50 Kasche, «Bericht über die Arbeiten in der SA», S. 75. Die Burg Blonie war der Geburtsort des späteren Kommandeurs der Polnischen Armee in der Sowjetunion, Wladyslaw Anders. Zu Anders siehe Joanna Pylat u.a. (Hg.), *General Wladyslaw Anders: Soldier and Leader of the Free Poles in Exile*, London 2008.
- 51 BArch Berlin, SA 4000001265 (Hacker, Heinrich): Brief Hackers an Viktor Lutze, 25. September 1941; BArch Berlin, NS 23/98: Vermerk von Siegele (Oberführer) über ein Treffen mit SA-Obergruppenführer Litzmann, Berlin, 9. Oktober 1940. Hacker zufolge hatten auch die Wehrmacht und die SS lebhaftes Interesse an Freihufen, «einem der einträglichsten Landgüter im gesamten Warthegau».
- 52 BArch Berlin, NS 23/688: Siegfried Kasche, «Besondere Anordnung Nr. 3», 8. Januar 1941.
- 53 Ebd.: Beauftragter des Stabschefs für die Beteiligung der SA bei der Neubauernsiedlung, Merkblatt 1, 2. Januar 1940.
- 54 BArch Berlin, NS 23/688: «Zahlenmäßige Aufstellung über die Neubauernbewerber in den Gruppen nach dem Stand vom 20. Juni 1940».
- 55 Kasche, «Bericht über die Arbeiten in der SA», S. 67.
- 56 Ebd., S. 68.
- 57 Über Kasches gestörtes Verhältnis zu Himmler siehe Edmund Glaise von Horstenau, *Ein General im Zwielficht. Die Erinnerungen Edmund Glaises von Horstenau. Bevollmächtigter General in Kroatien und Zeuge des Untergangs des Tausendjährigen Reiches*, hg. v. Peter Broucek, Bd. 3, Wien 1988, S. 188-189.
- 58 Kasche, «Bericht über die Arbeiten in der SA», S. 68.
- 59 Joachim Wolschke-Bulmahn, «Gewalt als Grundlage nationalsozialistischer Stadt- und Landschaftsplanung in den ‚eingegliederten Ostgebieten‘», in *Der «Generalplan Ost»*, hg. v. Rössler und Schleiermacher, S. 328-338, hier S. 330.

- 60 Siehe Heinemann, «*Rasse, Siedlung, deutsches Blut*»; siehe auch Jan Erik Schultes laufendes Projekt über die SS.
- 61 Kasche, «Besondere Anordnung Nr. 3», 8. Januar 1941. Für eine profunde Erörterung des allgemeinen Problems, die Idee einer «Volksgemeinschaft» mit dem elitären Selbstverständnis des deutschen Adels zu versöhnen, siehe Malinowski, *Vom König zum Führer*, S. 531-552. Zu den Angehörigen des deutschen Landadels, die bis 1934 führende Stellungen in der SA bekleideten, siehe Malinowski und Reichardt, «Die Reihen fest geschlossen?», S. 146-149.
- 62 Ernst Jünger, *Der Arbeiter: Herrschaft und Gestalt*, Stuttgart 1981 [1932], S. 246.
- 63 Longerich, *Heinrich Himmler*, S. 401-411, 427-432.
- 64 Zur deutschen Kriegführung, die völkerrechtliche Standards wiederholt missachtete, siehe Wolf, *Ideologie und Herrschaftsrationalität*, S. 76-90.
- 65 Christopher R. Browning, «Unterstaatssekretär Martin Luther and the Ribbentrop Foreign Office», *Journal of Contemporary History* 12:2 (1977), S. 313-344. Über die guten Beziehungen Rosenbergs zu hochrangigen SA-Führern siehe Piper, *Rosenberg*, S. 471; Matthäus und Bajohr, *Alfred Rosenberg*, S. 181-182, 237.
- 66 Kasche, «Besondere Anordnung Nr. 3», 8. Januar 1941.
- 67 Hier zeigt sich eine bemerkenswerte Parallele zur Siedlungspraxis ehemaliger Wehrmachtmitglieder in den neu eroberten Ländern Osteuropas. Tatsächliche Siedlungsprojekte blieben auch hier die Ausnahme. Die Mehrheit der prospektiven «Wehrbauern» sollte das ihnen versprochene Land erst nach dem Endsieg erhalten. Andererseits agierten viele Militärangehörige in den Kriegsjahren wie Kolonisten. Für Details siehe Müller, *Hitlers Ostkrieg*, S. 25-48.
- 68 Max Otto Luyken wurde am 16. Oktober 1885 in Wesel am Niederrhein geboren. Von 1905 bis 1920 Berufssoldat, engagierte er sich in den frühen 1920er Jahren im sächsischen Zweig der Organisation Escherich und in der Schwarzen Reichswehr, bevor er 1926 Landwirt wurde. 1929 trat er in die NSDAP ein. Ab April 1932 führte er die SA-Gruppe Niederrhein, ab 1934 die SA-Gruppe Kurpfalz. Anfang 1937 stieg er zum Leiter der SA-Reichsführerschule in München auf, 1942 zum Inspekteur der Obersten SA-Führung für das Erziehungs- und Ausbildungswesen. In der Wehrmacht bekleidete Luyken ab September 1939 den Rang eines Majors, wurde aber Ende 1940 aus dem Militärdienst entlassen, um die Aufstellung von SA-Einheiten in Elsass-Lothringen zu organisieren. Zu Luykens Lebenslauf siehe BArch Berlin, VBS 1/1070053842 (Luyken, Max); BArch Berlin, SA 4000002767 (Luyken, Max); Joachim Lilia, «Luyken, Max», in ders., *Staatsminister, leitende Verwaltungsbeamte und (NS-)Funktionsträger in Bayern 1918 bis 1945*, <http://verwaltungshandbuch.bayerische-landesbibliothek-online.de/luyken-max> (zuletzt abgerufen am 28.12.2018).
- 69 Karl Rothmann, «Das Reich der Zukunft – ein Bauernreich: Was der SA-Mann über die Neubauernsiedlung wissen muss», *SA in Feldgrau: Feldpostbriefe der SA-Gruppe Südmark*, Nr. 22/23 (März/April 1942), S. 2-3.
- 70 BArch Berlin, NS 23/688: «Führungsbefehl der Obersten SA-Führung, Bestandsübersicht über Neubauernbewerber», 20. Februar 1943.
- 71 Ebd.: Rundschreiben des Führers der SA-Gruppe Hessen zu «Neubauernamt. Mitarbeit in der Propaganda», 1. April 1942.
- 72 Ebd.: «Führungsbefehl der Obersten SA-Führung», 15. August 1942.
- 73 Ebd.: Der Oberste SA-Führer, «Schnellbrief betr. Stilllegung der Inspektion für Neubauernamt und Volkstumspflege», 16. Februar 1943. Etwa um dieselbe Zeit schrieb Lutze missmutig in sein

- Tagebuch: «Das Wort SA vertragen einige Personen und Stellen der NSDAP nicht mehr.» FES, Nachlass v. Viktor Lutze, Politisches Tagebuch Viktor Lutzes, S. 302.
- 74 PAAA, Gesandtschaft Sofia, Bd. 59/2, S. 69: Persönliche Aufzeichnungen des Botschafters Adolf-Heinz Beckerle I, 4. Oktober 1941; «Memorandum of a meeting of Hitler, Rosenberg, Göring and Field Marshal Keitel in the Führers Headquarters on 16 July 1941», in U.S. Government Printing Office (Hg.), *Documents on German Foreign Policy 1918-1945: Series D (1937-1945)*, Bd. 13: *The War Years, June 23-Dezember 11, 1941*, Washington, DC, 1954, S. 149-156, hier S. 154; Alex J. Kay, *Exploitation, Resettlement, Mass Murder: Political and Economic Planning for German Occupation Policy in the Soviet Union, 1940-1941*, New York und Oxford 2006, S. 182; Götz Aly u.a., *Biedermann und Schreibtischtäter: Materialien zur deutschen Täter-Biographie*, Berlin 1987, S. 137.
- 75 Kay, *Exploitation, Resettlement, Mass Murder*, S. 85.
- 76 Kasche war keineswegs der einzige SA-Führer, dem ein hohes Amt im deutsch besetzten Osteuropa winkte oder verliehen wurde. SA-Obergruppenführer (General) Karl-Siegfried Litzmann stieg Ende 1941 zum Generalkommissar für Estland auf, SA-Obergruppenführer Heinrich Schoene, langjähriger SA-Führer in Schleswig-Holstein, zum Generalkommissar für den Generalbezirk Wolhynien-Podolien. Des Weiteren wurden nicht weniger als fünf SA-Führer im Generalsrang zwischen 1940 und 1941 als Gesandte des Deutschen Reichs in südosteuropäische Staaten entsandt – neben Kasche waren dies Manfred von Killinger, Gottfried von Jagow, Hanns Elard Ludin und Adolf-Heinz Beckerle. Zu Details über diese SA-Diplomaten siehe Kap. 9.
- 77 Ein biografischer Abriss zu Deuchler findet sich bei Hans-Peter de Lorent, «Gustaf Adolf Deuchler, Ordinarius in SA-Uniform», *HLZ: Zeitschrift der GEW Hamburg* 12 (2007), S. 38-42 (Teil 1), und 3-4 (2008), S. 46-50 (Teil 2).
- 78 IfZ Archive, ED 149, Bd. 2, S. 10-13: Gustaf Deuchler, «Denkschrift-Entwurf: Über die Notwendigkeit und die Aufgabe eines Kolonialsturmes (K.-Sturmes)». Wenige Wochen später schwärmte Deuchler sogar von einem neuen «Kolonialpädagogischen Institut», dessen Einrichtung angeblich an der Universität Hamburg geplant war; IfZ Archive, ED 149, Bd. 2, S. 14-15: Brief Gustaf Deuchlers an Siegfried Kasche, 26. Juli 1941-
- 79 «Planungsgrundlagen der SS für den Aufbau der Ostgebiete (April-Mai 1940)», in Madajczyk (Hg.), *Vom Generalplan Ost zum Generalsiedlungsplan*, S. 3-14, hier S. 5.
- 80 Ebd., S. 3-5.
- 81 Ebd., S. 6-7.
- 82 Vermerk von Alexander Dolezalek von der Planungsabteilung des SS-Ansiedlungsstabes Litzmannstadt zum Generalsiedlungsplan, 19. August 1941, in Madajczyk (Hg.), *Vom Generalplan Ost zum Generalsiedlungsplan*, S. 19-20, hier S. 19; Prusin, «„Make This Land German Again!“»; Birthe Kundrus, «Regime der Differenz: Volkstumspolitische Inklusionen und Exklusionen im Warthegau und im Generalgouvernement 1939-1944», in Bajohr und Wildt, *Volksgemeinschaft*, S. 105-123. Zur gedämpften Begeisterung für den «Deutschen Osten» siehe Mai, «*Rasse und Raum*», s. 319-331-
- 83 Mai, «*Rasse und Raum*», S. 320.
- 84 Geraldine von Frijtag Drabbe Künzel, «Die niederländische Ostkolonisation (1941-1944)», in Friso Wielenga und Loek Geeraedts (Hg.), *Jahrbuch des Zentrums für Niederlande Studien*, Bd. 22, Münster 2011, S. 81-101 (Zitat S. 89).
- 85 Siehe Elizabeth Harvey, *Women and the Nazi East: Agents and Witnesses of Germani-*

- sation, New Haven, CT, 2003, dt. »Der Osten braucht dich!« *Frauen und national-sozialistische Germanisierungspolitik*, Hamburg 2010; Aly, *Hitler's Beneficiaries*; Sönke Neitzel und Harald Welzer, *Soldaten: Protokolle vom Kämpfen, Töten und Sterben*, Frankfurt am Main 2011.
- 86 Patel, »The Paradox of Planning«, S. 245; Müller, *Hitlers Ostkrieg*, S. 8.
- 87 Genaueres bei Pyta, »Menschenökonomie«, S. 46–52. Abweichend von Pyta, der hervorhebt, dass dieser Plan spätestens 1943 spruchreif war, gehe ich davon aus, dass zu diesem Zeitpunkt wegen der wachsenden Unzufriedenheit an der »Heimatfront« keine Chance mehr bestand, solche Maßnahmen tatsächlich umzusetzen. Schon im November 1941 hatte die Parteikanzlei der NSDAP Parteifunktionären mitgeteilt, die »Umsiedlung« von Bauern aus dem alten Reich werde erst nach Ende des Krieges stattfinden. Siehe GSt PK, XX. HA, Rep. 240 B 8 a–e, S. 105–106; Gauleitung Ostpreußen, Ergänzung zur Bekanntmachung über die »Besiedlung der neuen Gebiete im Osten«, November 1941.
- 88 Sven Oliver Müller, »Nationalismus in der deutschen Kriegsgesellschaft«, in Militärgeschichtliches Forschungsamt und Jörg Echternkamp (Hg.), *Die Deutsche Kriegsgesellschaft 1939 bis 1945. Zweiter Halbband: Ausbeutung, Deutungen, Ausgrenzung*, München 2005, S. 9–92, hier S. 67–69; Harvey, »Der Osten braucht dich!«; Helmut Heiber, »Dokumentation: Der Generalplan Ost«, *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 6:3 (1958), S. 281–325, hier S. 288–289; Blackbourn, *Die Eroberung der Natur*, S. 320–324.
- 89 Herbert Backe, »Die Neubildung des deutschen Bauerntums im eroberten Europa«, *NS-Landpost*, 7. Juli 1942, zit. n. Corni und Gies, »Blut und Boden«, S. 207.
- 90 Karl Rothmann, »Das Reich der Zukunft – ein Bauernreich: Was der SA-Mann über die Neubauernsiedlung wissen muß«, *SA in Feldgrau. Feldpostbriefe der SA-Gruppe Südmark*, 22/23 (März/April 1942), S. 2–3.
- 91 Michael Wildt, »The Individual and the Community: New Research on the History of National Socialism« (Vortrag am German Historical Institute, London, 25. Mai 2014).
- 92 Beide Begriffe verwendet Kasche in »Bericht über die Arbeiten in der SA«, S. 72.
- 93 Ebd., S. 77.
- 94 Reinhart Koselleck, »Erfahrungsraum« und »Erwartungshorizont« – zwei historische Kategorien«, in ders., *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt am Main 1989, S. 349–375.
- 95 Kasche, »Bericht über die Arbeiten in der SA«, S. 72.
- 96 Siehe die eingehende Analyse im vorigen Kapitel.
- 97 Barbara Wolf, »Wohnungs- und Siedlungsbau«, in »*Machtergreifung in Augsburg*, hg. v. Cramer-Fürtig und Gotto, S. 179–188, hier S. 180.
- 98 BArch Berlin, NS 23/501, S. 114–120: »Die Wehrschützenbereitschaft im Gen[eral]-Gouvernement«, maschinenschriftliches Manuskript, wahrscheinlich vom Oktober 1942, hier S. 120.
- 99 Ebd.: »Die SA als Vorbild im Generalgouvernement«, *Krakauer Zeitung*, 21. April 1942; »Die Aufstellung der SA-Einheit General-Gouvernement« (maschinenschriftliches Manuskript).
- 100 Für Details siehe Bergien, *Die bellizistische Republik*, S. 82–87, 107–120, sowie die Einleitung dieses Buches.
- 101 Christoph Rass, »Volksgemeinschaft« und »Wehrgemeinschaft«, in *Volksgemeinschaft als soziale Praxis*, hg. v. von Reeken und Thießen, S. 309–322.

8 Die SA im Zweiten Weltkrieg

- 1 BArch Berlin, NS 23/515: Wilhelm Schepmann, «Weltanschauliche Ausrichtung für den totalen Einsatz» (Thema 3: «Jeder SA-Mann ein fanatischer Träger des äussersten und totalen Widerstandswillens»), 6. Dezember 1944.
- 2 Die Zahl der Arbeiten, die sich mit diesen Aspekten der Geschichte der SA befassen, ist bis heute sehr überschaubar. Siehe Campbell, «SA after the Röhm Purge»; Longerich, *Geschichte der SA*, S. 237-245; Jamin, «Zur Rolle der SA im nationalsozialistischen Herrschaftssystem», S. 353-358; Müller, «Wilhelm Schepmann»; Müller/Zilkenat, «... der Kampf wird über unserem Leben stehe [sic!], solange wir atmen!», Einleitung, in dies. (Hg.), *Bürgerkriegsarmee*, S. 21-24.
- 3 Michael Mann, *The Dark Side of Democracy. Explaining Ethnic Cleansing*, Cambridge und New York 2005, S. 198, dt. *Die dunkle Seite der Demokratie. Eine Theorie der ethnischen Säuberung*, Hamburg 2007. Merkl, *Political Violence under the Swastika*, S. 634-635.
- 4 Wilhelm Rehm, «Willensträger deutscher Wehrgemeinschaft!», *SA in Feldgrau. Feldpostbriefe der SA-Gruppe Südmark* 13 (Mai 1941). Nur ein wenig anders formuliert findet sich dieses Argument auch bei ders., «Zwei Jahre Kriegsbewährung der SA», *SA in Feldgrau. Feldpostbriefe der SA-Gruppe Südmark* 16/17 (September/ Oktober 1941). Zur Bedeutung Rehms für die D.C. siehe Helmut Baier, *Die Deutschen Christen Bayerns im Rahmen des bayerischen Kirchenkampfes*, Nürnberg 1968. Ein kurzer Abriss von Rehms Lebensgeschichte findet sich bei Nora Andrea Schulze (Hg.), *Verantwortung für die Kirche. Stenographische Aufzeichnungen und Mitschriften von Landesbischof Hans Meiser 1933~1955*, Bd. 3: 1937, Göttingen 2010, S. 1069.
- 5 Für biografische Angaben über Schepmann siehe IfZ Archive, ED 467, Bd. 51, S. 1-24: Aussage Wilhelm Schepmanns im Landgerichtsgefängnis Lüneburg, 6. Mai 1949; Müller, «Wilhelm Schepmann».
- 6 BArch Berlin, VBS 264, Nr. 4001006602 (Sponholz, Hans), «Programm der 2. Arbeitstagung der Dienststelle Berlin der Obersten SA-Führung vom 4.-6. März 1944 in Posen».
- 7 Ebd.: «Merkblatt für die Tagungsteilnehmer», Posen, 3. März 1944.
- 8 Zum SA-Sportabzeichen, das vom SA-eigenen Amt für Ausbildungswesen unter SA-Obergruppenführer Friedrich Wilhelm Krüger verliehen wurde, siehe Eisenberg, «*English sports*» und *deutsche Bürger*, S. 390-391; Bahro, *Der SS-Sport*, S. 96-99.
- 9 In einem formellen Sinn wurden Mitglieder der Wehrmannschaften nicht automatisch auch SA-Mitglieder, wenngleich die SA auf Rekrutierungserfolge bei ihnen hoffte. Die SA-Wehrmannschaften trugen denn auch nicht das traditionelle Braunhemd der Sturmabteilung, sondern trainierten in Zivil. Siehe Max Jüttner, «SA an allen Fronten», *Die SA* 2:2 (1941) (10. Januar), S. 9-10.
- 10 BArch Berlin, NS 23/98: Schreiben von Georg Mappes an das Oberkommando des Heeres zum Budget für die Wehrmannschaften (vertraulich), 18. Juli 1939.
- 11 Ebd., Aufzeichnungen des SA-Oberführers Siegele über ein Treffen mit dem Oberkommando des Heeres am 26. Oktober 1939.
- 12 «Täglich wächst Deutschlands Wehrkraft», in *Die SA* 1:25 (1940) (12. Juli).
- 13 Borggräfe, *Schützenvereine im Nationalsozialismus*, S. 88-89. Wegen der kriegsbedingten Zensur sind die einzigen vorliegenden statistischen Zahlen diejenigen, die von der OSAF veröffentlicht wurden. Eine Validierung dieser Zahlen ist daher so gut wie unmöglich.

- 14 BArch Berlin, NS 23/166: Max Luyken, «Bericht über den 6. Sonderlehrgang in Schliersee».
- 15 Die beste Arbeit über die Entstehung und die Auswirkungen dieser Organisationsstruktur ist noch immer Manfred Messerschmidt, *Die Wehrmacht im NS-Staat. Zeit der Indoktrination*, Hamburg 1969, S. 226-232. Siehe auch Rudolf Absolon, *Die Wehrmacht im Dritten Reich*, Band IV: *5. Februar 1938 bis 31. August 1939*, Boppard am Rhein 1979, S. 35.
- 16 Auszüge aus dieser Rede finden sich bei Volker Dahm u.a. (Hg.), *Die tödliche Utopie. Bilder, Texte, Dokumente, Daten zum Dritten Reich*, München 2008, S. 272.
- 17 Die *Nationalsozialistische Parteikorrespondenz* (NSK) wusste sogar zu berichten, von Brauchitsch habe diese Entwicklungen aus eigener Initiative angestoßen; Messerschmidt, *Die Wehrmacht im NS-Staat*, S. 227.
- 18 Otto Herzog, geb. am 30. Oktober 1900 im pfälzischen Zeiskam, hatte seine militärische Grundausbildung 1917 in Fürstenfeldbruck absolviert. Nach dem Krieg schloss er sich dem Freikorps Epp an, ging später zur Reichswehr und wurde Mitglied der Reichskriegsflagge. Im Mai 1919 nahm Herzog an der Niederschlagung der Münchener Räterepublik teil und wurde dabei schwer verwundet. 1923 machte er den Hitlerputsch mit. In die NSDAP und die SA trat er im Juni 1926 ein. Im November 1930 stieg er zum Führer der SA-Brigade Weser-Ems auf, im August 1933 zum Führer der SA-Gruppe Nordsee, im Juli 1934 zum Führer der SA-Gruppe Schlesien. Zu seinem Lebenslauf siehe Werner Vahlenkamp, «Herzog, Otto», in Hans Friedl (Hg.), *Biographisches Handbuch zur Geschichte des Landes Oldenburg*, Oldenburg 1992, S. 308-309; von seinem engen Verhältnis zu Lutze zeugt insbes. sein Brief an Lutze vom 15. Juli 1932, in BArch Berlin, SA 4000001586 (Herzog, Otto).
- 19 FES, Nachlass v. Viktor Lutze, Politisches Tagebuch Viktor Lutzes, S. 125-126.
- 20 Ebd., S. 126.
- 21 Messerschmidt, *Die Wehrmacht im NS-Staat*, S. 231.
- 22 Ebd., S. 229; FES, Nachlass v. Viktor Lutze, Politisches Tagebuch Viktor Lutzes, S. 126-127.
- Georg von Neufville, geb. am 27. Oktober 1883, entstammte einer der angesehensten Familien von Frankfurt am Main. Im Ersten Weltkrieg Mitglied des Generalstabes, kommandierte er anschließend eine Freikorps Einheit, wurde Mitglied des Stahlhelms und trat am 1. Mai 1933 in die NSDAP ein. Von Reichenau protegiert, wurde Neufville von der SA zunächst mit äußerstem Argwohn betrachtet, wo er als Vertreter der alten Elite galt, der gerade noch rechtzeitig und zu seinem persönlichen Vorteil die Seiten gewechselt hatte. Zu biografischen Details siehe Neufvilles SA-Akte in BArch Berlin, SA 400002962 (Neufville, Georg von); siehe auch Tobias Picard, «Neufville, Familie de», in Wolfgang Klötzer (Hg.), *Frankfurter Biographie. Personengeschichtliches Lexikon*, Bd. 2: *M-Z* (Veröffentlichungen der Frankfurter Historischen Kommission 19/2), Frankfurt am Main 1996, S. 94-96.
- 23 BArch Berlin, NS 23/515: Brief von SA-Gruppenführer Lehmann an OSAF Dienststelle Schrifttum, o. J. (wahrscheinlich Frühjahr 1941). Im September 1943 behauptete die SA, mehr als 75 Prozent ihrer Mitglieder dienten in der Wehrmacht; siehe BArch Berlin, NS 23/518: NSDAP «Aufklärungs- und Redner-Informationsmaterial zu ‚Feldherrnhalle‘», September 1943.
- 24 SA-Standartenführer Speer, «Unsere grössere Pflicht!», *SA in Feldgrau. Feldpostbriefe der SA-Gruppe Südmark*, 35/36 (September/Oktober 1943).
- 25 BArch Berlin, SA 400002962 (Neufville, Georg von): «Oberst v. Neufville gefallen», *Fränkische Tageszeitung*, 24. November 1941.

- 26 BArch Berlin, NS 23/515: Brief v. Max Jüttner an SA-Obergruppenführer Mappes, 29. April 1941.
- 27 BArch Berlin, NS 23/98: Brigadeführer Kömpf, Richter am Obersten SA-Gericht, über «Aufklärungsdienst der SA» (vertraulich), 3. Oktober 1941.
- 28 BArch Berlin, NS 23/166: «Der Einsatz der SA im Kriege».
- 29 Die Rede ist hier von bis zu einer Million Männern, die eine grosse Bandbreite an Herkunftsmilieus, Sozialisationserfahrungen und Lebenszielen repräsentierten, so dass es in Ermangelung eingehender empirischer Recherchen unmöglich ist, zusammenfassende Antworten auf solche Fragen zu geben. Im Übrigen würde der Anspruch, ein eindeutiges und repräsentatives Bild zu erstellen, das dieser sehr grossen Gruppe gerecht wird, den Rahmen dieses Buches sprengen. Auf der Grundlage dieser wenigen verfügbaren Fallstudien und meiner eigenen archivalischen Funde erscheint es jedoch möglich, Schlüsse zu ziehen, die zumindest mehr sind als vorläufige Mutmassungen. Es sind Fragmente, durch die sich Umrisse und Wesensmerkmale eines allgemeinen Phänomens abzeichnen, das zwar (noch) nicht vollständig empirisch greifbar, aber theoretisch vorstellbar ist. Siehe Raul Hilberg, «Review of *Entscheidungsjahr 1932: Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik*», *American Historical Review* 72:4 (1967), S. 1,425-426, hier S. 1,426.
- 30 Christoph Rass, «*Menschenmaterial*». *Deutsche Soldaten an der Ostfront: Innenansichten einer Infanteriedivision 1939-1945*, Paderborn 2003, S. 122-123.
- 31 Ebd., S. 124-125.
- 32 Ebd., S. 125-126.
- 33 Für Details siehe auch «Verein zur militärhistorischen Forschung e.V.», <http://www.lexikon-der-wehrmacht.de/Gliederungen/Infanteriedivisionen/253ID.htm> (zuletzt abgerufen am 15.1. 2018).
- 34 Einen detailreichen Einblick in die Ratlosigkeit, in die der Erlass vom 19. Januar 1939 viele SA-Generäle stürzte, gewährt BArch Berlin, NS 23/166: Max Luyken, «Bericht über den 6. Sonderlehrgang in Schliersee».
- 35 PAAA, Persönl. Nachlass v. Siegfried Kasche, Bd. 35: SA-Oberführer Moock, Bericht v. 15. September 1939. Zur Glorifizierung des «Fronterlebnisses» seit den späten 1920er Jahren siehe Matthias Schöning, *Versprengte Gemeinschaft. Kriegsroman und intellektuelle Mobilmachung in Deutschland 1914-1933*, Göttingen 2009; Sprenger, *Landsknechte auf dem Weg ins Dritte Reich?*.
- 36 Ein Text, der die ideologische und historische Weitsicht der SA in den frühen 1940er Jahren treffend illustriert, findet sich in BArch Berlin, NS 23/166: Obersturmführer Karl Bauer, «Menschen und Mächte deutscher Geschichte: Eine Rede zur Weihnachtsfeier des SA-Sturmes 21/16 L», 20. Dezember 1941.
- 37 Siehe z.B. BArch Berlin, NS 23/166: Brief von Viktor Hölscher an Hans Sponholz von der OSAF, 15. Juni 1942. Eine breiter gefasste Erörterung bietet Hensch, «Wir aber sind mitten im Kampf aufgewachsen».
- 38 GSt PK, XX. HA Rep. 240 B 8 b, Nr. 21, S. 88-91: «Förderungsbestimmungen für Politische Leiter und Gliederungsführer»; RGVA, Osobyi Archives, Fond 1212, Opis 2, Nr. 68: «Ausbildung ungedienter SA-Führer und SA-Unterführer durch das Heer», 17. März 1939. Mein Dank gilt Yves Müller, der mich auf das letztgenannte Dokument aufmerksam gemacht hat.
- 39 Ebd.
- 40 Konrad H. Jarausch und Klaus Jochen Arnold (Hg.), «*Das stille Sterben ...*»: *Feldpostbriefe von*

- Konrad Jarausch aus Polen und Russland, 1939-1942*, Paderborn 2008, S. 187 (Tagebucheintrag v. 7. März 1940).
- 41 Von Brauchitsch gab im Januar 1940 Weisung, alle früheren Dienstzeiten in der SA in die Wehrzeitenübersicht der Betreffenden aufzunehmen. Siehe GSt PK, XX. HA Rep. 240 B 8 b, Nr. 21, S. 88-91: «Förderungsbestimmungen für Politische Leiter und Gliederungsführer».
- 42 Details dazu finden sich bei SA-Obersturmbannführer Jaeger, «Der Einsatz der Danziger SA», *Danziger Vorposten*, 5. September 1940; «So kämpften Danzigs Soldaten», *Danziger Vorposten*, 19. September 1943. Mein Dank geht an Jan Daniluk, der mir freundlicherweise Kopien dieser Artikel zur Verfügung stellte.
- 43 BArch Berlin, NS 23/166, «Der Einsatz der SA im Kriege».
- 44 Die Zahl findet sich bei Sponholz, *Danzig – deine SA!*, S. 5.
- 45 BArch Berlin, NS 23/166, «Der Einsatz der SA im Kriege».
- 46 «Tagesbericht über den 7/8. September 1939 (nachts)», in Stephan Lehnstaedt und Jochen Böhler (Hg.), *Die Berichte der Einsatzgruppen aus Polen 1939. Vollständige Edition*, Berlin 2013, S. 62-64, hier S. 64.
- 47 In einer seiner ersten Amtshandlungen beförderte Schröder Ulrich Uhle, seit 1935 Gauleiter in Posen, zum Führer der Organisation der volksdeutschen Verbände; Lehnstaedt und Böhler, *Die Berichte der Einsatzgruppen aus Polen*, S. 127. Daraus ergibt sich, dass die Registrierung der Volksdeutschen im besetzten Polen hauptsächlich von der SS und nicht von der SA durchgeführt wurde, nicht zuletzt weil es der SA anfänglich nicht gestattet war, in der Region eine eigene Organisationsstruktur aufzubauen.
- 48 Jochen Böhler, *Der Überfall. Deutschlands Krieg gegen Polen*, 2. Aufl., Frankfurt am Main 2009, S. 137-140.
- 49 Siehe BArch Berlin, NS 23/238: «Stabschef der SA Lutze in Pressburg», *Grenzbote: Deutsches Tagblatt für die Karpathenländer*, 69. Jg., Nr. 286; BArch Berlin, NS 23/166: «Der Einsatz der SA im Kriege»; Max Jüttner, «SA an allen Fronten», in *Die SA* 1:2 (1940) (9. März). Zu Leo Bendak siehe Luh, *Der Deutsche Turnverband in der Ersten Tschechoslowakischen Republik*, S. 432. Zum Einsatz von SA-Männern als KZ-Wärter siehe die Befragung Max Jüttners vor dem Internationalen Militärtribunal am 14. August 1946 (Vormittagssitzung), <http://avalon.law.yale.edu/imt/o8-14-46.asp> (zuletzt abgerufen am 15.1.2018).
- 50 BArch Berlin, NS 23/166, «Der Einsatz der SA im Kriege».
- 51 Georg Wagner, *Sudeten-SA in Polen. Ein Bildbericht vom Einsatz sudetendeutscher SA-Männer im polnischen Feldzug*, Karlsbad und Leipzig 1940.
- 52 *SA-Gruppenführer May*, «Vorwort», in Wagner, *Sudeten-SA in Polen*, ohne Seitenzahlen.
- 53 Die Literatur zu dieser Region ist spärlich, vor allem für die Zwischenkriegszeit. Zur dortigen deutschen Minderheit siehe Nikolaus G. Kozauer, *Die Karpaten-Ukraine zwischen den beiden Weltkriegen unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Bevölkerung*, Esslingen 1979.
- 54 StA München, Bestand Staatsanwaltschaften München, Nr. 34835, Bd. 1, S. 8: Urteil des Volksgerichts Bratislava, 22. Juni 1948, S. 4.
- 55 FES, Nachlass v. Viktor Lutze, Politisches Tagebuch Viktor Lutzes, S. 159.
- 56 Der Soldat und frühere SA-Mann Kurt Pfau lieferte in seinem Kriegstagebuch ein vielsagendes Beispiel. Am 1. September 1939, dem ersten Kriegstag, notierte Pfau in billigendem Ton, dass seine Einheit im ersten Dorf, das sie auf ihrem Vormarsch erreichte, angebliche polnische Scharf-

- schützen bei lebendigem Leib verbrannte. Siehe Udo Rosowski (Hg.), *Glückauf zum Untergang. Die Kriegstagebücher des Feldwebels Kurt Pfau 1939-1945*, Brüggem 2012, S. 19-20. Allgemeine Informationen zur deutschen Kriegführung in Polen bietet Jochen Böhler, *Auftakt zum Vernichtungskrieg. Die Wehrmacht in Polen 1939*, Frankfurt am Main 2006; Michael Alberti, «Niederträchtige Perfidie, gemeine, unermessliche Gier und kalte, berechnende Grausamkeit . . .»: Die ‚Endlösung der Judenfrage‘ im Reichsgau Wartheland», in Jacek Andrzej Mlynarczyk und Jochen Böhler (Hg.), *Der Judenmord in den eingegliederten polnischen Gebieten 1939-1945*, Osnabrück 2010, S. 117-142, hier S. 118-120. Zur wirtschaftlichen Ausbeutung der Polen siehe Lehnstaedt, «Das Generalgouvernement als Mobilisierungsreserve».
- 57 FES, Nachlass v. Viktor Lutze, Politisches Tagebuch Viktor Lutzes, S. 160-161.
- 58 Nur wenige Autoren haben bislang über diese spezielle SA-Einheit geschrieben. Die detailreichste Darstellung findet sich bei Erich Jaineck, *Standarte Feldherrnhalle. Bewährung an den Brennpunkten des Zweiten Weltkriegs*, Rosenheim 1997. Jaineck hatte früher der Standarte angehört und konnte daher Informationen aus erster Hand liefern. Sein Buch krankt an einer unverhohlen apologetischen Tendenz, aber es gibt nützliche Hinweise auf den Verlauf der Kampfeinsätze der Standarte Feldherrnhalle und auf die Weltanschauung ihrer Mitglieder. Für grundlegende Informationen zur Organisationsstruktur der Truppe und zu ihrer Stationierung siehe BArch Berlin, NS 23/518: «Übersichtsblatt über die Entwicklung der Standarte Feldherrnhalle» (vertraulich), 1943; Georg Tessin, *Verbände und Truppen der deutschen Wehrmacht und Waffen-SS im Zweiten Weltkrieg 1939-1945*, Bd. 8: *Die Landstreitkräfte 201-280*, Osnabrück 1979, S. 302-306; Rudolf Absolon, *Die Wehrmacht im Dritten Reich*, Bd. 5: *1. September 1939 bis 18. Dezember 1941*, Boppard am Rhein 1988, S. 27-28.
- 59 Rudolf Absolon, *Die Wehrmacht im Dritten Reich*, Bd. 4: *5. Februar bis 31. August*, Boppard am Rhein 1979, S. 40.
- 60 BArch Berlin, NS 23/518: Rekrutierungsrichtlinien für die SA-Wachstandarte, 20. April 1936.
- 61 Absolon, *Die Wehrmacht*, Bd. 4, S. 41-42; Deutsche Dienststelle, Berlin (WASt), Personal-Kartei M-1334/024 (Herbert M.). Nach Angaben Jainecks existierten zwischen 1936 und 1945 sieben bis zwölf «Feldherrnhalle»-Gliederungen; siehe Jaineck, *Soldaten der Standarte Feldherrnhalle*, S. 32.
- 62 Oberste SA-Führung (Hg.), *Das Jahr der SA*, S. 53.
- 63 Vor dem Hintergrund dieser Verwicklung fielen die Verdienste Görings als SA-Führer 1923 nicht gross ins Gewicht.
- 64 Absolon, *Die Wehrmacht*, Bd. 4, S. 42.
- 65 Karl-Heinz Golla, *The German Fallschirmtruppe 1936-1941. Its Genesis and Employment in the First Campaigns of the Wehrmacht*, Solihull 2012, S. 39-40, 42.
- 66 FES, Nachlass v. Viktor Lutze, Politisches Tagebuch Viktor Lutzes, S. 122.
- 67 Brief Erich Reimanns an Viktor Lutze, 5. Mai 1940, in BArch Berlin, SA 400003178 (Reimann, Erich). Erich Reimann war vom 20. Juni 1938 an Kommandant des Regiments Feldherrnhalle. Er kam am 17. Juni 1903 in Berlin zur Welt und war von 1925 bis 1930 und nochmals von 1935 bis 1936 Polizist in Hamburg. Von 1926 bis 1930 war er Mitglied des Stahlhelms. 1929 sah er sich mit einem Disziplinarverfahren konfrontiert, weil er im Verdacht stand, an politisch motivierten Bombenattentaten in Schleswig-Holstein beteiligt gewesen zu sein. Reimann wurde aus dem Polizeidienst entlassen und trat am 1. Mai 1930 in Altona in die SA ein, zu einer Zeit, als

- sich seine finanzielle Situation so weit verschlechtert hatte, dass er sich als reisender Handelsvertreter verdingte. Im Juli 1934 erkor Lutze ihn zu seinem Generaladjutanten. Siehe Reimanns SA-Akten in BArch Berlin, SA 4000003178 (Reimann, Erich); Absolon, *Die Wehrmacht* Bd. 4, S. 42-43.
- 68 Golla, *The German Fallschirmtruppe 1936-1941*, S. 45; Wilhelm Rehm, «Zwei Jahre Kriegsbewährung der SA», *SA in Feldgrau: Feldpostbriefe der SA-Gruppe Südmark*, Nr. 16/17 (September/Oktober 1941).
- 69 BArch Berlin, NS 23/166: «Der Einsatz der SA im Kriege».
- 70 Siehe z.B. ebd.; «Männer der Standarte ‚Feldherrnhalle‘ über Kreta», in *Die SA* 2:30 (1941) (25. Juli), S. 4. Zur Schlacht um Kreta siehe Golla, *The German Fallschirmtruppe 1936-1941*, S. 403-536; Anthony Beevor, *Crete. The Battle and the Resistance*, London 1991.
- 71 Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass die Luftwaffe im Juni 1943 Vorkehrungen für die Aufstellung eines «Fallschirmjäger-Regiments Feldherrnhalle (Fallschirmjäger-Regiment 2)» traf, das mit SA-Freiwilligen bemannt werden sollte. Siehe BArch Berlin, NS 23/518: Oberkommando der Wehrmacht zur Division Feldherrnhalle, 21. Juni 1943.
- 72 Werner Präg und Wolfgang Jacobmeyer (Hg.), *Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen, 1939-1945*, Stuttgart 1975, S. 292 (Eintrag v. 18. Oktober 1940).
- 73 «Aus Dienst und Leben der SA», *Die SA* 1:40 (1940), S. 14. In Krakau bewachte das Regiment Feldherrnhalle den Wawel, der in den Jahren der deutschen Besatzung dem Generalgouverneur Frank als Hauptquartier diente. Siehe BArch Berlin, NS 23/501, S. 173-175, hier S. 173: «Die Aufstellung der SA-Einheit General-Gouvernement»; Präg und Jacobmeyer (Hg.), *Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs*, S. 386 (Eintrag v. 17. Juli 1941).
- 74 Stephan Lehnstaedt, *Okkupation im Osten. Besatzeralltag in Warschau und Minsk*, München 2010, S. 251.
- 75 Mein Dank geht an Stephan Lehnstaedt, der mir freundlicherweise seine Exzerpte aus diesem Urteil zur Verfügung gestellt hat.
- 76 Friedrich Fromms Stabschef bezifferte in seinen Diensttagebüchern die Mannstärke des Regiments Feldherrnhalle auf 700 (Eintrag v. 2. September 1939). Ab 1939 diente Fromm in der Wehrmacht als Chef der Heeresrüstung und Befehlshaber des Ersatzheers. Die Diensttagebücher seines Stabschefs (im Folgenden als «Fromms Diensttagebücher» angeführt) werden derzeit an der Universität Potsdam von einem Team aus Militärgeschichtlern unter Leitung Bernhard Kroeners zur Veröffentlichung vorbereitet. Mein Dank gilt Alexander Kranz dafür, dass er mir Auszüge aus dem unveröffentlichten Manuskript zugänglich gemacht hat.
- 77 August Raben kam am 2. Dezember 1892 in Tarming-Gaard zur Welt. Nach Kriegsdienst als Jagdpilot im Ersten Weltkrieg (er führte das «Geschwader Raben») arbeitete er für die *Afrikanische Frucht Compagnie* und verbrachte einige Jahre in Kamerun. Als Bataillonskommandeur im Rang eines Majors nahm er 1940 am Frankreichfeldzug teil und fiel am 15. Juni bei Barst-Marienthal in einem der verlustreichsten Gefechte seines Bataillons. Sein Grab befindet sich auf dem deutschen Soldatenfriedhof in Niederbronn-les-Bains. Siehe Thorsten Pietsch, *Frontflieger. Die Soldaten der Deutschen Fliegertruppe 1914-1918*, <http://www.frOntflieger.de/3-r-f.html> (zuletzt abgerufen am 21.1.2019).
- 78 SA-Stabschef Lutze traf wiederholt mit Mitgliedern der SA-Standarte Feldherrnhalle zusam-

- men, sowohl hinter der Front als auch auf Reichsgebiet. Siehe Viktor Lutze, «Besichtigungsfahrt an der Westfront», *Die SA* 1:9 (1940) (29. März), sowie «Mit dem Stabschef an der Westfront», in *Die SA* 1:10 (1940) (5. April).
- 79 Herbert Böhme wurde am 21. April 1898 in Rattwitz in Niederschlesien geboren und starb am 27. Dezember 1943 an der Ostfront. Siehe BArch Berlin, NS 23/1408, S. 19-21, hier S. 19: «Liste der Ritterkreuzträger, welche der SA angehören bzw. der SA angehört haben»; «Kurznachrichten», in *Die SA* 1:25 (1940) (12. Juli); Jaineck, *Soldaten der Standarte Feldherrnhalle*, S. 22.
- 80 Jörg Ganzenmüller, *Das belagerte Leningrad 1941-1944. Die Stadt in den Strategien von Angreifern und Verteidigern*, Paderborn 2005; Harrison E. Salisbury, *The Siege of Leningrad*, London 1969. In keinem dieser beiden Bücher findet das 271. Regiment ausdrückliche Erwähnung.
- 81 «Des verpflichtenden Namens würdig», *SA in Feldgrau. Feldpostbriefe der SA-Gruppe Südmark*, Nr. 24/25 (Mai/Juni 1942); BArch Berlin, NS 23/518: «Das Regiment ‚Feldherrnhalle‘ hält in zähem Späh- und Stosstruppkrieg einen Abschnitt der deutschen Hauptlinie in der Sumpfhölle am Wolchow».
- 82 Tessin, *Verbände und Truppen*, Bd. 8, S. 303.
- 83 BArch Berlin, VBS 264, Nr. 4001006602 (Sponholz, Hans): Durchschlag von Hitlers Befehl v. 4. Mai 1943 zur Eingliederung des SA-Regiments Feldherrnhalle in die 60. Infanterie-Division (mot.); Jaineck, *Soldaten der Standarte Feldherrnhalle*, S. 25-32. Bis dahin waren Verluste mit Männern aus dem Infanterie-Ersatzbataillon 203, stationiert in Berlin-Spandau, bzw. seit 1942 mit Soldaten des in Potsdam kasernierten Infanterie-Ersatzbataillons 9 unter dem Befehl von SA-Oberführer August Ritter von Eberlein ausgeglichen worden. Details bei <http://www.lexikon-der-wehrmacht.de/Gliederungen/InfErsBat/InfErsBatFHH-R.htm> (zuletzt abgerufen am 15.1.2018).
- 84 Dass man ihm später die Medaille zur Erinnerung an den 13. März 1938 verlieh, dem Tag des «Anschlusses», könnte ein Hinweis darauf sein, dass er kurz vor diesem Ereignis in die SA eingetreten war.
- 85 Zum Lebenslauf von Karl A. siehe Deutsche Dienststelle, Personal-Kartei A-259/0553.
- 86 Zum Lebenslauf von Herbert M. siehe Deutsche Dienststelle, Personal-Kartei M-1334/024.
- 87 Ungefähr um dieselbe Zeit meldete sich Kurt M., erst zwanzig Jahre alt, zum zeitlich unbegrenzten Kriegsdienst in der Wehrmacht. Da er noch minderjährig war, musste sein Vater, von Beruf Rechnungsinspekteur, sein Einverständnis dazu erklären.
- 88 Zum Lebenslauf von Kurt M. siehe Deutsche Dienststelle, Personal-Kartei M-1643/588.
- 89 Aufschlussreich ist in dieser Hinsicht, wie sich die OSAF zur Standarte Feldherrnhalle äusserte. Auf der einen Seite hiess es in ihrer Propaganda, die Standarte sei für alle Männer ab 18 Jahren offen, die gesund und «rassisch geeignet» seien und nie mit dem Gesetz in Konflikt gekommen seien (ausgenommen wegen «politisch begründeter» Vergehen). Auf der anderen Seite betonte sie immer wieder, die politische Erziehung bei der Standarte sei bewusst einfach und «natürlich» gestaltet, da eine rein akademische Herangehensweise bei den Soldaten, die «einfach denkende und empfindende Menschen» seien, nur Verwirrung stiften würde. Oberste SA-Führung (Hg.), *Das Jahr der SA*, S. 49-50.
- 90 Carola Tischler, «Von Geister- und anderen Stimmen: Der Rundfunk als Waffe im Kampf gegen ‚die Deutschen‘ im Grossen Vaterländischen Krieg», in Karl Eimermacher und Astrid Volpert (Hg.), *Verführungen der Gewalt. Russen und Deutsche im Ersten und Zweiten Weltkrieg*, München 2005, S. 467-506, hier S. 467.

- 91 Brown, «SA in the Radical Imagination», S. 258-268. Zu den Infiltrierungstaktiken der KPD siehe auch BArch Berlin, NS 23/431: Rundschreiben der OSAF zur Kommunistischen Bewegung, 24. April 1933.
- 92 Tischler, «Von Geister- und anderen Stimmen», S. 473; Fritz Erpenbeck, «Hier spricht der Sender der SA-Fronde ...», *Beiträge zur Geschichte des Rundfunks. Deutscher Demokratischer Rundfunk 4* (1974), S. 7-15, hier S. 8-9. Zu GSi siehe Jerome S. Berg, *On the Short Waves 1923-1945: Broadcast Listening in the Pioneer Days of Radio*, Jefferson, NC, 2007, S. 220.
- 93 Patrick Merziger, «Humour in the *Volksgemeinschaft*: The Disappearance of Destructive Satire in National Socialist Germany», in Martina Kessel und Patrick Merziger (Hg.), *The Politics of Humour. Laughter, Inclusion, and Exclusion in the Twentieth Century*, Toronto 2012, S. 131-152.
- 94 Erpenbeck, «Hier spricht der Sender der SA-Fronde», S. 12-14.
- 95 Ebd., S. 13-14. Der Wahrheitsgehalt dieser Berichte lässt sich nicht ermitteln, aber im Lichte dessen, was wir über die deutsche Mentalität im Krieg wissen, erscheinen sie nicht als vollkommen abwegig.
- 96 Zu dieser (im Wesentlichen erfolglosen) Strategie siehe die Dokumente in Hermann Weber, Jakob Drabkin und Bernhard H. Bayerlein (Hg.), *Deutschland, Russland, Komintern. II: Dokumente (1918-1943): Nach der Archivrevolution: Neuerschlossene Quellen zu der Geschichte der KPD und den deutsch-russischen Beziehungen*, Berlin 2015, S. 989-995, 1080-1081, 1097-1100.
- 97 Annette Weinke, *Die Verfolgung von NS-Tätern im geteilten Deutschland: Vergangenheitsbewältigungen 1949-1969, oder: Eine deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte im Kalten Krieg*, Paderborn 2002, S. 63-75. Die Generation, die in besonderem Mass von dieser Politik profitierte, war die der in den 1920er und frühen 1930er Jahren Geborenen. Sie wurden oft zu standhaften Gefolgsleuten der DDR; siehe Thomas Ahbe und Rainer Gries, «Gesellschaftsgeschichte als Generationengeschichte», in Annegret Schüle, Thomas Ahbe und Rainer Gries (Hg.), *Die DDR aus generationengeschichtlicher Perspektive. Eine Inventur*, Leipzig 2006, S. 475-571, hier S. 502-518.
- 98 BArch Berlin, NS 23/510: Die Oberste SA-Führung, «Aufbau der SA im deutschen Gebiet des früheren polnischen Staates», 30. Oktober 1939. Auf Befehl Jüttners vom 10. November 1939 verlor die SA-Gruppe Sudeten «ihren» Anteil an der Operation. An ihrer Stelle erhielt die SA-Gruppe Schlesien als einzige die Erlaubnis, in Oberschlesien zu operieren.
- 99 BArch Berlin, NS 23/510: Der Oberste SA-Führer, «Betr. Gliederung der SA im deutschen Gebiet des früheren polnischen Staates», 25. Januar 1940.
- 100 BArch Berlin, NS 23/98: Mitteilung von SA-Gruppenführer Georg Mappes, 18. November 1939.
- 101 Heinrich Hacker, geb. am 16. Juni 1892 in Würzburg, hatte nach dem Besuch des Gymnasiums im deutschen Heer gedient und den Ersten Weltkrieg mitgemacht. Anschliessend hatte er an der Universität Würzburg studiert, das Studium jedoch 1922 abgebrochen, angeblich aus finanziellen Gründen. Später arbeitete er als Handelsvertreter für Bimsstein und Lederwaren. Ursprünglich Mitglied des Stahlhelms und dann des Frontbanns, war er 1925 in die NSDAP ein-, aber sehr bald wieder ausgetreten. 1929 trat er erneut in die Partei ein und wurde noch im selben Jahr in den bayerischen Landtag gewählt. Von 1931 an stand Hacker an der Spitze der SA-Untergruppe Franken. Von 1933 bis 1934 war er einer der Sonderbevollmächtigten der SA in Bayern. Anschliessend führte er bis 1939 die SA-Brigade 6. Zu seinem Lebenslauf siehe BArch Berlin,

- SA 4000001265 (Hacker, Heinrich); «Kurznachrichten», *Die SA* 1:8 (1940) (22. März).
- 102 Wilhelm Rehm, «Aufbau im deutschen Osten», *Die SA* 1:2 (1940) (9. Februar); Baumgärtner, «Sturmdienst im Wartheland», *Die SA* 2:28 (1941) (11. Juli); «Bessarabiendeutsche in den SA-Wehrmannschaften», *Die SA* 2:20 (1941) (16. Mai).
- 103 Der SA-Historiker Yves Müller wird in seiner zur Zeit an der Universität Hamburg entstehenden Promotionsschrift ausführlicher zeigen, dass diese Baltendeutschen eine wichtige Rolle in der SA der neu ins Deutsche Reich eingegliederten und der besetzten Gebiete spielten.
- 104 Baumgärtner, «Sturmdienst im Wartheland», *Die SA* 2:28 (1941) (11. Juli). Auch in der Südsteiermark unterwies die SA ihre Männer in den Fächern Deutsch, Geschichte und Geografie; siehe Franz Glatzer, «„Sie bauen das Morgen“, Wehrmannschaftsdienst in der Untersteiermark», ebd.
- 105 BArch Berlin, SA 4000001265 (Hacker, Heinrich): Eintrag von SA-Gruppenführer Lehmann, 2. September 1941. Zu Greiser siehe insbes. Catherine Epstein, *Model Nazi: Arthur Greiser and the Occupation of Western Poland*, New York 2010.
- 106 BArch Berlin, SA 4000001265 (Hacker, Heinrich): Schreiben Hackers an Lutze, 25. September 1941. Zu Hackers Ansichten über die Mission der SA im Osten siehe seinen Aufsatz «Pioniere des Ostens», *Die SA* 2:25/26 (1941) (20./27. Juni), S. 1-3.
- 107 Jill Stephenson, *The Nazi Organisation of Women*, Abingdon 2013, S. 191.
- 108 FES, Nachlass v. Viktor Lutze, Politisches Tagebuch Viktor Lutzes, S. 171. Die Rede, die Lutze zu diesem Anlass hielt, wurde vom deutschen Rundfunk direkt übertragen; siehe «Kurznachrichten aus Dienst und Leben der SA», *Die SA* 1:5 (1940) (1. März).
- 109 BArch Berlin, NS 23/510: OSAF, «Änderung des Anschriftenverzeichnisses», 17. Mai 1940. Die Entwicklung, die die SA weiter westlich nahm, im Elsass und in Lothringen, verlief nach demselben Muster wie in den ehemals polnischen Gebieten, nur weniger erfolgreich. Von Februar 1941 an wurden zwei SA-Brigaden aufgebaut: Elsass-Nord mit Sitz in Strassburg und Elsass-Süd mit Sitz in Colmar. Sie waren Untergliederungen der SA-Gruppe Oberrhein und bestanden anfangs aus acht regulären Standarten, zwei Reiterstandarten und einer Marinestandarte; BArch Berlin, NS 23/510: Oberste SA-Führung, Gliederung der SA im Elsass, 19. Februar 1941. Am 27. März 1941 wurde eine in Metz beheimatete SA-Brigade dem eroberten Lothringen zugeschlagen und Teil der SA-Gruppe Kurpfalz; BArch Berlin NS 23/510: Die Oberste SA-Führung, Neuaufstellung von SA-Einheiten in Lothringen, 27. März 1941. Schliesslich wurde die Aufstellung von zwei SA-Standarten für Luxemburg ab 1. April 1941 genehmigt. Sie wurden in die SA-Gruppe Westmark mit Sitz in Koblenz eingegliedert; BArch Berlin, NS 23/510: OSAF zu «Neugliederung», 25. April 1941. Siehe auch Lothar Kettenacker, *Nationalsozialistische Volkstumspolitik im Elsass*, Stuttgart 1973, S. 207-216; Dieter Wolfanger, *Die nationalsozialistische Politik in Lothringen (1940-1945)*, Diss. Universität des Saarlandes 1976, S. 84-86.
- 110 Zilich, «SA im Protektorat», in *Die SA* 2:1 (1941) (3. Januar), S. 18.
- 111 Präg und Jacobmeyer (Hg.), *Das Dienstagebuch des deutschen Generalgouverneurs*, S. 292 (Eintrag v. 26. Oktober 1940).
- 112 BArch Berlin, NS 23/510: Brief vom Führer der Wehr- und Schützenbereitschaften im Generalgouvernement, Peltz, an OSAF, 7. November 1941.
- 113 Dieter Schenk, *Krakauer Burg: Die Machtzentrale des Generalgouverneurs Hans Frank 1939-1945*, Berlin 2010, S. 136.
- 114 Siehe Daniel Brewing, «„Wir müssen um uns schlagen“. Die Alltagspraxis der Partisanenbe-

- kämpfung im Generalgouvernement 1942», in *Gewalt und Alltag im besetzten Polen 1939-1945*, hg. v. Böhler und Lehnstaedt, S. 497-520, mit weiteren Verweisen.
- 115 Zur Rivalität zwischen Frank und Himmler siehe Schenk, *Krakauer Burg*, S. 130-133.
- 116 Im Frühjahr 1944 wurde Peltz zur Wehrmacht einberufen; sein Nachfolger wurde SA-Brigadeführer Wilhelm Kühnemund.
- 117 Gerhard Eisenblätter, *Grundlinien der Politik des Reichs gegenüber dem Generalgouvernement, 1939-1945*, Inauguraldiss. Johann Wolfgang Goethe-Universität 1969, S. 241-242; BArch Berlin, NS 23/98: Hans Frank, Erlass zur Aufstellung der Wehrschützenbereitschaften, 19. Dezember 1941.
- 118 BArch Berlin, NS 23/510: NSDAP und Arbeitsbereich Generalgouvernement (Stahl), Anordnung 17/42 (SA, SS und NSKK-Einheiten im Generalgouvernement), 23. April 1942; Eisenblätter, *Grundlinien der Politik*, S. 255-256.
- 119 BArch Berlin, NS 23/98: Briefe von SA-Oberführer Peltz an OSAF, 21. März 1942, und ans Generalgouvernement, 5. Mai 1942.
- 120 Für Details zu Franks Position siehe Präg und Jacobmeyer (Hg.), *Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs*, S. 474-475 (Eintrag v. 17. März 1942).
- 121 BArch Berlin, NS 23/510: Hans Frank, «Erlass über die Überführung der Wehrschützenbereitschaften in SA-Wehrbereitschaften», 16. April 1942; BArch Berlin, NS 23/510: Die Oberste SA-Führung (Jüttner), «SA im Generalgouvernement», 18. Mai 1942. Im Gegenzug versprach Frank, der OSAF zu zwei Erholungsheimen im Generalgouvernement zu verhelfen; siehe BArch Berlin, NS 23/98: Telegramm von SA-Obersturmbannführer Schänzlin an Georg Mappes, 18. April 1942.
- 122 BArch Berlin, NS 23/501, S. 114-120, hier S. 120: «Die Wehrschützenbereitschaften im Gen[eral]-Gouvernement», undatiert, vermutlich Oktober 1942.
- 123 Eisenblätter, *Grundlinien der Politik*, S. 257.
- 124 BArch Berlin, NS 23/510: Die Oberste SA-Führung (Ohr), «An den Aufbaustab der SA im Generalgouvernement», 16. September 1942. Diese SA-Standarten hatten ihre Standorte in Krakau, Warschau (Warschau, Warschau-Süd und Warschau-Land), Radom, Lublin, Lemberg, Reichshof, Neu-Sandez, Kielce und Petrikau-Tomaschow.
- 125 Eisenblätter, *Grundlinien der Politik*, S. 257-258.
- 126 Zu den Sicherheitsproblemen in den Jahren 1942-1944 siehe Präg und Jacobmeyer (Hg.), *Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs*, S. 642-647, 686-691 (Einträge v. 15. April und 18. Juni 1943); Browing, «Wir müssen um uns schlagen», S. 502-518; Stephan Lehnstaedt, «Deutsche in Warschau: Das Alltagsleben der Besatzer 1939-1944», in *Gewalt und Alltag im besetzten Polen 1939-1945*, hg. v. Böhler und Lehnstaedt, S. 205-228, hier S. 223-227.
- 127 Präg und Jacobmeyer (Hg.), *Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs*, S. 624 (Eintrag v. 22. Februar 1943).
- 128 Central'nyj archiv Minoborony Rossii (CAMO), Collection 500, Finding Aid 12450, File 161, S. 11: Stenogr. Protokoll einer Besprechung zwischen Hitler, Keitel und anderen auf dem Berghof, 8. Juni 1943, <http://www.germandocsinrussia.org/de/nodes/2297-akte-161-stenogramm-der-besprechung-bei-a-hitler-in-berghof-uber-die-behandlung-der-kriegsgefa#page/i/mode/grid/zoom/i> (zuletzt abgerufen am 15.1.2019).
- 129 BArch Berlin, SA 4000003047 (Peltz, Kurt): Brief v. Kurt Peltz an Leonhard Gontermann, 22. Dezember 1943.
- 130 Eisenblätter, *Grundlinien der Politik*, S. 298. Einem internen SA-Dokument zufolge nahmen während des Krieges SA-Mitglieder von 19 SA-Gruppen an Polizeieinsätzen teil. Ferner waren fünf SA-Grup-

- pen an Grenzkontroll-Operationen beteiligt. Siehe BArch Berlin, NS 23/166: «Der Einsatz der SA im Kriege», o.J. Siehe auch BArch Berlin, NS 23/501, S. 176-178, hier S. 177: Bericht des Hauptsturmführers Behrenbrock über seine Reise nach Wien, Krakau und an andere Orte, August 1944.
- 131 Siehe die einschlägigen Dokumente in Peltz' SA-Akte in BArch Berlin, SA 4000003047 (Peltz, Kurt).
- 132 BArch Berlin, SA 400003178: Brief Reimanns an das Reichsministerium des Auswärtigen, 23. April 1940.
- 133 BArch Berlin, NS 23/98: Vermerk von SA-Oberführer Siegele, 9. Dezember 1939.
- 134 Präg und Jacobmeyer (Hg.), *Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs*, S. 643, 704 (Einträge v. 15. April und 16. Juli 1943); Wladyslaw Bartoszewski, *Der Todesring um Warschau 1939-1944*, Krakau 1969, S. 189-190.
- 135 Präg und Jacobmeyer (Hg.), *Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs*, S. 898 (Eintrag v. 5. August 1944).
- 136 Ein in dieser Region wohlbekannter Fall von SA-Gewalt war die Ermordung des Priors des Klosters Czerna durch SA-Männer im September 1944; siehe Präg und Jacobmeyer (Hg.), *Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs*, S. 915 (Eintrag v. 26. September 1944). Siehe auch die Einvernahme Max Jüttners vor dem IMT am 14. August 1946 (Vormittagssitzung), <http://avalon.law.yale.edu/imt/o8-14-46.asp> (zuletzt abgerufen am 15.1.2019).
- 137 «Der Dienst der SA im Grenzland», *SA in Feldgrau. Feldpostbriefe der SA-Gruppe Südmark*, Nr. 12 (März 1941), S. 4; Helmuth Ruschnig, «Bericht über fünf Monate Arbeit des Kärnter Volksbundes», in Ferenc (Hg.), *Quellen zur nationalsozialistischen Entnationalisierungspolitik in Slowenien 1941-1945/Viri 0 nacisticni raznaro-dovalni politiki v Sloveniji 1941-1945*, Maribor 1980, Dokument Nr. 168.
- 138 BArch Berlin, NS 23/234: SA-Obertruppführer Schmidt, «Die Südmark im deutschen Freiheitskampf».
- 139 «Sie haben ihre Aufgabe restlos erfüllt!», *SA in Feldgrau: Feldpostbriefe der SA-Gruppe Südmark*, Nr. 13 (Mai 1941), S. 1.
- 140 Schm[idt], «Grenzwacht gegen Banditen», *Illustrierter Beobachter* (Feldpostausgabe), Nr. 31 (1942).
- 141 Lorenz Ohrt, «Grundsätzliche Weisung Nr. 1 der SA-Gruppe Südmark für die Organisation und Ausbildung der Wehrmannschaften in den besetzten slowenischen Gebieten», 25. Juni 1941, in Ferenc, *Quellen zur nationalsozialistischen Entnationalisierungspolitik in Slowenien*, Dokument Nr. 94.
- 142 Zu ähnlichen Versuchen im Elsass siehe Kettenacker, *Nationalsozialistische Volkstumspolitik im Elsass*, S. 163-184. Für eine förmliche Verwarnung genügte es schon, wenn ein zweisprachiger SA-Mann in der Öffentlichkeit etwas auf Französisch sagte. «Der Gebrauch der französischen Sprache ist eines SA-Mannes unwürdig», befand ein SA-Führer aus Lothringen; BArch Berlin, NS 45/162: Rundschreiben der SA-Standarte Metz zum Gebrauch der französischen Sprache, 28. Mai 1941.
- 143 Hans Baron und Franz Tscheligi, «Report on the situation in Southern Styria», 1. Mai 1942, in Ferenc, *Quellen zur nationalsozialistischen Entnationalisierungspolitik in Slowenien*, Dokument Nr. 218.
- 144 Ruschnig, «Bericht über fünf Monate Arbeit des Kärnter Volksbundes», in Ferenc, *Quellen zur nationalsozialistischen Entnationalisierungspolitik in Slowenien*, Dokument Nr. 168.
- 145 Joachim Hosier, «Sloweniens historische Bürde», *Aus Politik und Zeitgeschichte* 46 (2006),

<http://www.bpb.de/apuz/29421/sloweniens-historische-buerde?p=all>

(zuletzt abgerufen am 15.1.2019).

- 146 PAAA, Persönl. Nachlass v. Siegfried Kasche, Bd. 35: SA-Oberführer Mook, Bericht, 15. September 1939.
- 147 Richard Overy, *The Bombing War: Europe 1939-1945*, London 2013, S. 327-338, dt. *Der Bombenkrieg. Europa 1939 bis 1945*, Reinbek 2014; Jörg Friedrich, *Der Brand: Deutschland im Bombenkrieg 1940-1945*, Berlin 2004, S. 192-195.
- 148 BArch Berlin, NS 23/227: Gustaf Deuchler, «Die Bewährung der SA bei der Gross-Katastrophe Hamburgs», 16. Dezember 1943.
- 149 Hans Erich Wagner, «SA-Kameradschaft im Kriege», *SA in Feldgrau. Feldpostbriefe der SA-Gruppe Südmark*, Nr. 18/19 (November/Dezember 1941); Wilhelm Rehm, «Zwei Jahre Kriegsbewährung der SA», *SA in Feldgrau. Feldpostbriefe der SA-Gruppe Südmark*, Nr. 16/17 (September/Oktober 1941).
- 150 Siehe z.B. NS 23/227: «SA an der Front», *Essener Volkszeitung*, 10. Oktober 1939; «Aus Dienst und Leben der SA», *Die SA* 2:23/24 (1941) (6./13. Juni), S. 26.
- 151 Zu diesen Zahlenangaben (allerdings ohne Bezug auf die SA) siehe Christian Kretschmer, «Kriegsgefangene im Visier von Werkschutz, Kriminalpolizei und Landwacht: Bewachung, Fluchtprävention und Kriegsfahndung», in KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Hg.), *Polizei, Verfolgung und Gesellschaft im Nationalsozialismus*, Bremen 2013, S. 147-155. Eine aufschlussreiche Fallstudie findet sich in NS 23/227: SA-Sturm 14/5 in Hirschaid/Franken, Bericht über die Ermordung eines SA-Rottenführers, 8. Juni 1943.
- 152 BArch Berlin, NS 6/857: Erlass der OSAF (Jüttner), 24. April 1942; Brief von Jüttners Stellvertreter Ohrt, 25. Juni 1942.
- 153 BArch Berlin, NS 23/227: «Zwölfhundert Herde wurden geborgen», *Hannoversche Zeitung*, 15. Dezember 1943.
- 154 Wilhelm Rehm, «Zwei Jahre Kriegsbewährung der SA», *SA in Feldgrau. Feldpostbriefe der SA-Gruppe Südmark* 16/17 (September/Oktober 1941).
- 155 BArch Berlin, NS 23/227: Gustaf Deuchler, «Die Bewährung der SA bei der Gross-Katastrophe Hamburgs», 16. Dezember 1943.
- 156 PAAA, Persönl. Nachlass v. Siegfried Kasche, Bd. 34: Brief von SA-Sturmführer Fritz Hancke an SA-Gruppenführer Siegfried Kasche, 25. August 1941.
- 157 BArch Berlin, NS 23/166: Brief von Viktor Hölscher an Hans Sponholz, 15. Juni 1942.
- 158 BArch Berlin, NS 23/234: Hans Sponholz, geheimer Stimmungsbericht aus München, 23. September 1942.
- 159 Seit der zweiten Hälfte der 1930er Jahre rühmte die OSAF ihre Männer als Verkörperung der «traditionellen Männertugenden», durch die sich angeblich das deutsche Volk von anderen Völkern abhob. Siehe dazu u. a. BArch Berlin, NS 23/238: Radioansprache von Viktor Lutze, 3. Juli 1939.
- 160 Mai, «Die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation», hier S. 600-602. Ein bekanntes Beispiel für eine zeitweilige Zusammenarbeit zwischen nationalsozialistischen und kommunistischen Gewerkschaftern war der Streik der Mitarbeiter der Berliner Verkehrsbetriebe im Herbst 1932; siehe Klaus Rainer Röhl, *Nähe zum Gegner: Kommunisten und Nationalsozialisten im Berliner BVG-Streik von 1932*, Frankfurt am Main 1994.
- 161 Siehe insbes. Humann, «Verwahrnastalten mit Fantasiegehältern?».
- 162 Für einen Überblick über die Geschichte dieser Schulen siehe BArch Berlin, NS 23/70: Herbert Merker, «SA-Berufsschulen»; Martin Kipp, «Privilegien für ‚alte Kämpfer‘».

- Zur Geschichte der SA-Berufsschulen», in Manfred Heinemann (Hg.), *Erziehung und Schulung im Dritten Reiche* Bd. i: *Kindergarten, Schule, Jugend, Berufserziehung*, Stuttgart 1980, S. 289-300. Die Schule in Lockstedter Lager bot schon 1931 Ausbildungsgänge für Angehörige der SA Nordmark an; Schröder, «Der NS-Schulungsstandort», S. 9.
- 163 BArch Berlin, NS 23/515: Öffentliche Bekanntmachung der SA-Berufsschule Lockstedter Lager, Oktober 1939.
- 164 Zu den SA-Berufsschulen siehe auch Kipp, «Privilegien für ‚alte Kämpfer‘»; Volker Herrmann, *Vom Arbeitsmarkt zum Arbeitseinsatz: Zur Geschichte der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung 1929 bis 1939*, Frankfurt am Main 1993, S. 291.
- 165 Schröder, «Der NS-Schulungsstandort», S. 12.
- 166 Details dazu siehe ebd., S. 15-17.
- 167 BArch Berlin, NS 23/70: Schreiben des Reichsarbeitsministeriums an die OSAF, 24. Januar 1939; Schreiben des Reichsarbeitsministeriums an die OSAF, 16. April 1940.
- 168 Kipp, «Privilegien für ‚alte Kämpfer‘», S. 298; «Kurznachrichten», *Die SA* 1:8 (1940) (22. März); «Kurznachrichten aus Dienst und Leben der SA», *Die SA* 1:13/14 (1940) (26. April).
- 169 BArch Berlin, NS 23/70: Erlass der OSAF vom 15. Oktober 1942; Schröder, «Der NS-Schulungsstandort», S. 13. Die Pläne für die Schule in Westerstede, die u. a. einen Kinosaal und einen grossen Versammlungsraum vorsahen, galten als «exemplarisch». Ähnlich sah die Raumplanung für Schulitz aus.
- 170 Kipp, «Privilegien für ‚alte Kämpfer‘», S. 297.
- 171 Der Vertrag zwischen Industriegemeinschaft und der SA wurde am 1. Juli 1941 unterzeichnet; siehe BArch Berlin, NS 23/70: Protokoll des Treffens der Industriegemeinschaft mit der OSAF in Berlin, 22. Januar 1942.
- 172 BArch Berlin, NS 23/515: Schreiben der Einstellungszentrale für die SA-Berufsschulen, 12. Dezember 1941.
- 173 BArch Berlin, NS 23/70: Protokoll des Treffens der Industriegemeinschaft mit der OSAF in Berlin, 22. Januar 1942.
- 174 Die Zeit an der Schule sollte, zumindest theoretisch, auch als Probezeit dienen; gute Absolventen sollten anschliessend automatisch als reguläre Mitglieder in die SA übernommen werden. Ob und bis zu welchem Grad diese Bestimmung praktisch umgesetzt wurde, wissen wir nicht. Es gab auch den Plan, «SA-Werftstürme» ins Leben zu rufen, denen es gestattet sein sollte, während der Arbeitszeit Zusammenkünfte abzuhalten. Siehe BArch Berlin, NS 23/70: Protokoll des Treffens der Industriegemeinschaft mit der OSAF in Berlin, 22. Januar 1942.
- 175 BArch Berlin, NS 23/515: Brief vom Führer der *SA-Gruppe* Nordmark, Oktober 1939.
- 176 BArch Berlin, NS 23/70: Schreiben der OSAF an Middendorff, 4. Juni 1942.
- 177 Die SA sah in den Schulen auch ein Mittel zur Aufstockung ihres Budgets: Die Schiffbaubranche musste 3,20 Reichsmark pro Mann und Tag an die SA abführen, während die Lehrlinge nur 0,50 Reichsmark am Tag bekamen. Siehe BArch Berlin, NS 23/515: Richtlinie der SA-Führung, 14. Juli 1941.
- 178 BArch Berlin, NS 23/70: Bericht der «Inspektion Erziehung und Führerausbildung» der OSAF (Merker), 4. Juli 1942.
- 179 Ebd.: Brief von Middendorff an die OSAF, 25. Juni 1942.
- 180 Ebd.: Bericht der «Inspektion Erziehung und Führerausbildung» der OSAF (Merker), 4. Juli 1942.

- 181 Herbert Merker, geb. am 15. Juni 1901 in Bornstedt bei Potsdam, trat 1925 in die NSDAP ein, nachdem er zuvor dem Freikorps Hülsen (1919), dem Stahlhelm (1922/23) und dem Frontbann (1924) angehört hatte. Von 1925 bis 1927 war er örtlicher und regionaler NSDAP-Kader in Westfalen und kehrte danach in seine brandenburgische Heimat zurück. Am 25. September 1930 wurde er zum NSDAP-Organisationsleiter in Brandenburg berufen und übernahm in den Folgejahren auch andere Parteiämter. Zwischen 1931 und 1933 wurde er mehrmals wegen diverser politischer Vergehen verurteilt. Vom 30. Juni bis zum 3. August 1934 sass Merker als Häftling im berüchtigten Columbia-Haus in Berlin und überlebte den «Röhm-Putsch» nur knapp. Am 28. Februar 1937 wurde er zum SA-Brigadeführer befördert. Siehe BArch Berlin, SA 4000002858 (Merker, Herbert).
- 182 Zit. n. «Befehl ausgeführt!», *SA in Feldgrau. Feldpostbriefe der SA-Gruppe Südmark* 13 (Mai 1941).
- 183 Die Umbenennung von «Schule» in «Lager» war ein Ergebnis interner Querelen und zudem dem Umstand geschuldet, dass sich wegen der Heranziehung einer immer weiter anwachsenden Zahl von Zwangsarbeitern der Charakter der Einrichtung veränderte – von der Schule zum Lager und schliesslich fast zu einem Gefängnis. Siehe die Korrespondenz dazu aus dem Sommer und Herbst 1942 in BArch Berlin, NS 23/70.
- 184 Ebd.: Bericht der «Inspektion Erziehung und Führerausbildung» der OSAF (Merker), 4. Juli 1942.
- 185 Goebbels vermerkte in seinem Tagebuch, die Rede Schepmanns sei leider enttäuschend gewesen; sogar der Führer sei über das Unvermögen des SA-Stabschefs informiert worden. «Die SA hat immer grosses Unglück in ihrer obersten Führung gehabt.» Goebbels, Tagebuch v. 27. Oktober 1943, zit. n. Müller, «Wilhelm Schepmann», S. 525, Anm. 61.
- 186 Es ist interessant, dass Schepmann kurz nach seiner Ernennung zum Stabschef der SA die förmliche Weisung erliess, den Ausdruck «SA-Geist» in der Korrespondenz und Propaganda der SA nicht mehr zu verwenden. Er löste zudem den «Kulturkreis der SA» mit der Begründung auf, es gebe keine eigentliche SA-Kultur, sondern nur eine – vom Nationalsozialismus geprägte – deutsche Kultur. Siehe BArch Berlin, NS 19/2119: Rede Wilhelm Schepmanns in Posen, 6. Oktober 1943.
- 187 Ebd. Zu Schepmanns «Kotau» vor Himmler siehe auch Müller, «Wilhelm Schepmann», S. 524.
- 188 Die Zahl findet sich bei Jamin, «Zur Rolle der SA im nationalsozialistischen Herrschaftssystem», S. 357.
- 189 BArch Berlin, NS 23/515: Wilhelm Schepmann, «Weltanschauliche Ausrichtung für den totalen Einsatz», 6. Dezember 1944, hier Artikel 6, «Kampf gegen Nörgler und Gerüchtemacher». Eine eingehendere Erörterung dieses Punktes leistet Wagner, «Die letzte Schlacht der ‚alten Kämpfer‘», S. 31-40.
- 190 Müller-Hill, «*Man hat es kommen sehen und ist dennoch erschüttert*», S. 28 (Tagebucheintrag v. 5. April 1944).
- 191 Zu den Entwicklungen, die sich im Vorfeld dieser Ernennung vollzogen, und ihren Folgen siehe Franz W. Seidler, «*Deutscher Volkssturm*»: *Das letzte Aufgebot 1944/45*, München 1989, S. 35-47; Müller, «Wilhelm Schepmann», S. 528-530.
- 192 BArch Berlin, NS 25/227: «Zweiter Grosseinsatz des Volkskriegs», *Front und Heimat* 49 (Oktober 1944).
- 193 Willy Timm, *Freikorps «Sauerland» im Deutschen Volkssturm: Südwestfalens letztes Aufgebot 1944/45*, Unna 1993, S. 22 und 29.

- 194 BArch Berlin, NS 23/510: Erlass Nr. 3/44 vom Führer der SA-Brigade 94 Oberdonau, SA-Standartenführer Fallner, 21. September 1944.
- 195 Seidler, «*Deutscher Volkssturm*», S. 142-145.
- 196 BArch Berlin, NS 23/227: «Die Bedeutung der SA im Volkssturm», *Münchener Neueste Nachrichten*, 21. Oktober 1944.
- 197 Timm, *Freikorps «Sauerland» im Deutschen Volkssturm*, S. 34.
- 198 BArch Berlin, NS 23/515: Wilhelm Schepmann, «Weltanschauliche Ausrichtung für den totalen Einsatz», 6. Dezember 1944, hier Artikel 8, «Der SA-Mann ist immer im Dienst».
- 199 Schepmann hängte sich damit an die offizielle Propaganda an, die alle Führungskader anhielt, diese geschichtliche Parallele so oft wie möglich zu ziehen. Siehe Seidler, «*Deutscher Volkssturm*», S. 261-263.
- 200 BArch Berlin, NS 23/515: Wilhelm Schepmann, «Weltanschauliche Ausrichtung für den totalen Einsatz», 6. Dezember 1944, Artikel 3, «Jeder SA-Mann ein fanatischer Träger des äussersten und totalen Widerstandswillens».
- 201 Siehe auch Saul K. Padover, *Lügendetektor: Vernehmungen im besetzten Deutschland 1944/45*, München 2001, insbes. S. 278-279 (zuerst 1946 auf Englisch erschienen unter dem Titel *Experiment in Germany: The Story of an American Intelligence Officer*).
- 202 Siehe z.B. «SA-Geist schlägt den Bolschewismus», *Die SA* 2:34 (1941) (22. August), S. 4; Walther Nibbe, «Den Kampf, den Horst Wessel begonnen, im braunen Gewand der SA ...», *SA in Feldgrau. Feldpostbriefe der SA-Gruppe Südmark 16/17* (September/ Oktober 1941), S. 1-2. Zur NS-typischen Umdeutung des Zweiten Weltkriegs (von 1941 an) in eine eschatologische Schlacht siehe Behrenbeck, *Der Kult um die toten Helden*, S. 534-548.
- 203 Siehe die veröffentlichten Ausschnitte aus (angeblichen) Frontsoldatenbriefen: «Feldpostbriefe», *SA in Feldgrau. Feldpostbriefe der SA-Gruppe Südmark 16/17* (September/ Oktober 1941); «Streiflichter aus dem Sowjetparadies», *SA in Feldgrau. Feldpostbriefe der SA-Gruppe Südmark 18/19* (November/Dezember 1941); «Streiflichter aus dem Sowjetparadies», *SA in Feldgrau. Feldpostbriefe der SA-Gruppe Südmark 20/21* (Januar/Februar 1942). Selbst Soldaten, die sich, wie der Lehrer Konrad Jarausch, diese billige NS-Propaganda nicht unterjubeln liessen, beharrten auf kategorischen Unterschieden zwischen «Russen» und «Bolschewisten». Die einfachen Russen seien, so hielt Jarausch fest, «noch immer menschliche Wesen wie wir», während das «Eigentlich-Bolschewistische» und das «jüdische Element» gnadenlos ausradiert werden müssten. Siehe Jarausch und Arnold, «*Das stille Sterben*», S. 330-331,335.
- 204 BArch Berlin, NS 23/515: Wilhelm Schepmann, «Weltanschauliche Ausrichtung für den totalen Einsatz», 6. Dezember 1944, Artikel 3, «Jeder SA-Mann ein fanatischer Träger des äussersten und totalen Widerstandswillens».
- 205 Zur weitverbreiteten Kriegsmüdigkeit in den Jahren 1944/45 siehe Keller, *Volksgemeinschaft am Ende*, Kershaw, *The End*, dt. *Das Ende. Kampf bis in den Untergang*. Zu den Gewalttaten fanatischer Nationalsozialisten in den letzten Kriegsmonaten siehe Wagner, «Die letzte Schlacht der ‚alten Kämpfer‘», und Jens-Christian Wagner, «Kriegsende und Befreiung 1945 in Niedersachsen», in ders. (Hg.) *70 Tage Gewalt, Mord, Befreiung: Das Kriegsende 1945 in Niedersachsen*, Göttingen 2015, S. 6-12.
- 206 Patricia Heberer, «The American Military Commission Trials of 1945», in Nathan Stoltzfus und Henry Friedlander (Hg.), *Nazi Crimes and the Law*, New York 2008, S. 43-62, hier S. 46-48. Zu den von SA-Männern verübten Lynchmorden siehe auch Overy, *Bombing War*, S. 480-481, dt. *Der Bombenkrieg*.

- 207 BArch Berlin, NS 23/515: Wilhelm Schepmann, «Weltanschauliche Ausrichtung für den totalen Einsatz», 6. Dezember 1944, hier Artikel 5, «Verhalten gegenüber Fremdvölkischen».
- 208 Heide Nowitzki, *Wer waren die Zwangsarbeiter in der Herforder Landwirtschaft 1939-1945? Eine exemplarische Untersuchung* unveröff. Magisterarbeit Universität Bielefeld 2016, S. 30, 42-43.
- 209 Wagner, «Die letzte Schlacht der ‚alten Kämpfer‘», S. 38.
- 210 Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass 1946/47 mehrere Hundert jüdische «*displaced persons*» von den amerikanischen Militärbehörden vorübergehend auf diesem Anwesen untergebracht wurden. Siehe «Schliersee – Jüdisches DP-Lager», [http://www.after-the-shoah.org/index.php?id=25&tx_aftertheshoah_aftertheshoah\[object\]=160&tx_aftertheshoah_aftertheshoah\[action\]=show&tx_aftertheshoah_aftertheshoah\[controller\]=Object&cHash=209684030cd2f4f5fo97coaa9C4098f4](http://www.after-the-shoah.org/index.php?id=25&tx_aftertheshoah_aftertheshoah[object]=160&tx_aftertheshoah_aftertheshoah[action]=show&tx_aftertheshoah_aftertheshoah[controller]=Object&cHash=209684030cd2f4f5fo97coaa9C4098f4) (zuletzt abgerufen am 15.1.2019).
- 211 Details zu dieser SA-Schule siehe bei Friedrich, *Spuren des Nationalsozialismus im bayerischen Oberland* S. 56-71.
- 212 Bis Februar 1945 blieben Schepmann und seine Familie in Dresden wohnen. Nachdem sie «ausgebombt» worden waren, zogen sie nach Caputh bei Potsdam um und trafen in Schliersee Anfang April ein; IfZ Archive, ED 467, Bd. 51, S. 5.
- 213 Wagner, «Die letzte Schlacht der ‚alten Kämpfer‘», S. 27.
- 214 Jens-Christian Wagner, «Kriegsende und Befreiung 1945 in Niedersachsen», S. 7.
- 215 Daniel Blatman, *The Death Marches: The Final Phase of Nazi Genocide*, Cambridge und London 2011, S. 228-233, dt. *Die Todesmärsche 1944/45. Das letzte Kapitel des nationalsozialistischen Massenmords* Reinbek 2011; Eleonore Lappin-Eppel, «Die Todesmärsche ungarischer Jüdinnen und Juden durch die Steiermark», in Heimo Halbrainer, Gerald Lamprecht und Ursula Mindler (Hg.), *NS-Herrschaft in der Steiermark: Positionen und Diskurse* Wien 2012, S. 385-410, hier S. 401-410; dies., *Ungarisch-jüdische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen in Österreich 1944/45: Arbeitseinsatz – Todesmärsche – Folgen* Wien 2010.
- 216 Biddiscombe, «End of the Freebooter Tradition», S. 70-71. Details zur militärischen Betätigung des Freikorps Sauerland (einschliesslich seines Vorgehens gegen Zivilisten) schildert Timm, *Freikorps «Sauerland» im Deutschen Volkssturm* S. 49-69.
- 217 Biddiscombe, «End of the Freebooter Tradition», S. 71-72. Die Gesamtzahl der in dieser Nacht Getöteten belief sich auf 16. Zur «Penzberger Mordnacht» und ihrer Vorgeschichte siehe auch Tenfelde, *Proletarische Provinz* S. 369-382.
- 218 Zit. n. Friedrich, *Spuren des Nationalsozialismus* S. 70.
- 219 Zit. n. Mathias Brüggemann, «In der Weser schwammen SA-Uniformen», *Neue Westfälische* 6. April 2015, http://www.nw.de/lokal/kreis_hoexter/hoexter/hoexter/20424355_In-der-Weser-schwammen-SA-Uniförmnen.html (zuletzt abgerufen am 15.1.2019).
- 220 Ähnliche Ideen finden sich in den Ausführungen Thomas Kühnes auf der Konferenz «Der Ort der ‚Volksgemeinschaft‘» im Juni 2015 in Hannover, hier angeführt nach Johannes Hürter und Matthias Uhl, «Hitler in Vinnica: Ein neues Dokument zur Krise im September 1942», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 63:4 (2015), S. 581-639, hier S. 598.
- 221 Blatman, *The Death Marche* S. 419, dt. *Die Todesmärsche 1944/45*.

9 Diplomaten im Braunhemd und der Holocaust in Südosteuropa

- 1 SA-Rottenführer Schwalke, «Wir sind das ordnende unter den Völkern», *Die SA* 2:28 (1941), (11. Juli), S. 1-2.
- 2 In diesem Hotel am Wilhelmsplatz war Hitler in den Jahren vor 1933 mit Vorliebe abgestiegen.
- 3 PAAA, Gesandtschaft Sofia, Bd. 59/2 (persönl. Aufzeichnungen des Botschafters Adolf-Heinz Beckerle I: 20. Juli 1941-16. Februar 1943), S. 1-2 (Eintrag v. 20. Juli 1941).
- 4 Klaus Thörner, «*Der ganze Südosten ist unser Hinterland*»: *Deutsche Südosteuropapläne von 1840 bis 1945*, Diss. Universität Oldenburg 2000, S. 421-425, 447, 496-497, <http://00ps.uni-Oldenburg.de/409/1Z442.pdf> (zuletzt abgerufen am 15.1.2019).
- 5 Kurzbiografien diese Männer finden sich in den entsprechenden Einträgen in *Auswärtiges Amt* (Hg.), *Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes*, Paderborn 2000-2008, Bd. 1, S. 88-89 (Beckerle); Bd. 2, S. 414-15 (von Jagow); Bd. 2, S. 480 (Kasche); Bd. 2, S. 532 (von Killinger); Bd. 3, S. 131 (Ludin). Zu Beckerle siehe auch Susanne Meinel, «Adolf Heinz Beckerle, Frankfurter SA-Führer, Polizeipräsident und Diplomat», http://www.ffmhist.de/ffm33-45/portalo/portaloi.php?ziel=t_ak_beckerle_01 (zuletzt abgerufen am 15.1.2019). Einen allgemeinen Überblick über deutsche Botschafter mit SA-Vergangenheit geben Eckart Conze u. a., *Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik*, München 2010, S. 165-166; Sebastian Weitkamp, «Kooperativtäter – die Beteiligung des Auswärtigen Amtes an der NS-Gewaltpolitik jenseits der ‚Endlösung‘», in Hürter und Mayer, *Das Auswärtige Amt und die NS-Diktatur*, S. 197-217, hier S. 213-215; Browning, «Unterstaatssekretär Martin Luther», S. 327-328; Weinke, *Die Verfolgung von NS-Tätern*, S. 258-286.
- 6 Zu den jüngsten Kontroversen um Kontinuität und Wandel im deutschen Auswärtigen Dienst vor und nach 1945 siehe Conze, *Das Amt und die Vergangenheit*; Martin Sabrow und Christian Mentel (Hg.), *Das Auswärtige Amt und seine umstrittene Vergangenheit. Eine deutsche Debatte*, Frankfurt am Main 2013; Johannes Hürter und Michael Mayer (Hg.), *Das Auswärtige Amt in der NS-Diktatur*, Berlin 2014; Thomas W Maulucci, «German Diplomats and the Myth of the Two Foreign Offices», in David Messenger und Katrin Paehler (Hg.), *A Nazi Past: Recasting German Identity in Postwar Europe*, Lexington, KY, 2015, S. 139-167. In allen diesen Arbeiten werden die SA-Diplomaten, wenn überhaupt, nur sehr knapp erwähnt.
- 7 In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass für Hitler und seine Generation die Existenz einer Militärdiktatur in den Jahren des Ersten Weltkriegs unter den beiden Chefs der Obersten Heeresleitung, Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff, ein zentrales Element ihrer politischen Sozialisation war. Hitler war daher später ständig bemüht, jede Entwicklung zu bremsen, die zu einem Mehr an Unabhängigkeit für die Militärführung zum Nachteil der NSDAP und ihrer ideologischen Ziele hätte führen können.
- 8 PAAA, Gesandtschaft Sofia, Bd. 59/2, S. 98 (Eintrag v. 13. November 1941). Luther wurde 1942 zum SA-Brigadegeneral befördert. Mehr zu Luther und seiner zentralen Rolle im Auswärtigen Amt bei Christopher Browning, *Die «Endlösung» und das Auswärtige Amt. Das Referat DIII der Abteilung Deutschland 1940-1943*, Darmstadt 2010; ders., «Unterstaatssekretär Martin Luther»; Hans-Jürgen Döscher, *Das Auswärtige Amt im Dritten Reich: Diplomatie im Schatten der «Endlösung»*, Berlin 1987, S. 205-207; ders., «Martin Luther – Aufstieg und Fall eines Un-

- terstaatssekretärs», in Ronald Smelser, Enrico Syring, und Rainer Zitelmann (Hg.), *Die braune Elite II*, Darmstadt 1993, S. 179-192.
- 9 PAAA, Gesandtschaft Sofia, Bd. 59/2, S. 9 (Eintrag v. 27. Juli 1941). Zur frühzeitigen Kritik von Laufbahndiplomaten an «Parteisöldnern» siehe auch Maulucci, «German Diplomats and the Myth of the Two Foreign Offices», S. 146.
- 10 Nach Kriegsende machte Beckerle viel Aufhebens von seinen familiären, religiösen und vaterländischen Wurzeln. Siehe Weinke, *Die Verfolgung von NS-Tätern im geteilten Deutschland* S. 264.
- 11 Siehe z.B. seine Tagebucheinträge vom 25. Januar 1942, 5. Februar 1942 und 6. März 1943: PAAA, Gesandtschaft Sofia, Bd. 59/2, S. 143 und 150; ders., Bd. 59/3 (Persönliche Aufzeichnungen des Botschafters Adolf-Heinz Beckerle II: 17. Februar 1943-9. August 1944), S. 9. Siegfried Kasche hatte ein goldenes Notizbuch, dem er von 1938 bis 1944 seine Maximen und Gedanken anvertraute; siehe PAAA, Persönl. Nachlass v. Siegfried Kasche, Bd. 24.
- 12 Heinz Edelmann [Adolf-Heinz Beckerle], *Wir wollten arbeiten. Erlebnisse deutscher Auswanderer in Südamerika*, Frankfurt am Main 1942. Das Buch erzählt die Lebensgeschichte eines Einzelnen, breitet dabei aber auch ein Panorama der allgemeinen politischen Entwicklungen während jener Jahre aus. Es war vermutlich kein Zufall, dass der Protagonist des Romans genau in dem Moment den Entschluss fasst, nach Deutschland zurückzukehren, als er von der Entlassung Hitlers aus der Haft erfährt.
- 13 E-Mail Henning von Jagows an den Autor, 5. April 2015.
- 14 Auf diese Reisen nahm Killinger als Begleiter Edmund Veesenmayer (seinen späteren Rivalen) und seinen SA-Kameraden Willy Roedel mit, der später in Bratislava und Bukarest als seine rechte Hand fungierte. In Rumänien baute Roedel u. a. den dortigen Zweig des Deutschen Informationsdienstes III auf, den Ribbentrop als persönlichen Nachrichtendienst innerhalb des Auswärtigen Amtes betrieb. Siehe Igor-Philip Matic, *Edmund Veesenmayer. Agent und Diplomat der nationalsozialistischen Expansionspolitik* München 2002, S. 91-94; Khristoforov, *Oberfiurer SA Villi Redely* S. 48-55.
- 15 Eigentlich war von Killinger kein typisches Exemplar jener SA-Diplomaten, die 1940/41 aus politischen Gründen in ihre Ämter gehievt wurden; allem Anschein nach war er eher ein Versorgungsfall – ein verdienter Parteikader, der einen passenden Posten brauchte. 1886 geboren, war er 15 Jahre älter als der Durchschnitt seiner SA-Generalskollegen. Seine Veröffentlichungen aus den Weimarer Jahren verraten eine Söldner- und Glückssittermentalität: siehe Manfred von Killinger, *Ernstes und Heiteres aus dem Putschleben* Berlin 1928; ders., *Die SA in Wort und Bild* Leipzig 1933. Mehr über von Killingers politische Karriere in Sachsen in den 1930er Jahren findet sich bei Andreas Wagner, *Mutschmann gegen von Killinger. Konfliktlinien zwischen Gauleiter und SA-Führer während des Aufstiegs der NSDAP und der «Machtergreifung» im Freistaat Sachsen* Beucha 2001; zu anderen Facetten seines Lebens siehe das detailreiche, aber übermäßig wohlwollende Porträt von Bert Wawrzinek, *Manfred von Killinger (1886-1944). Ein politischer Soldat zwischen Freikorps und Auswärtigem Amt* Preussisch Oldendorf 2003.
- 16 Sie bildeten somit ein «Elitenetzwerk» besonderer Art – Rüdiger Hachtmann hat es unlängst als das «Schmieröl des NS-Regimes» bezeichnet. Siehe Rüdiger Hachtmann, «Allerorten Mobilisierung? Vorschläge, wie mit Schlagworten in der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der NS-Diktatur umzugehen ist», in Oliver Werner (Hg.), *Mobilisierung im Nationalsozialismus. Institutio-*

- nen und Regionen in der Kriegswirtschaft und der Verwaltung des «Dritten Reiches» 1936 bis 1945, Paderborn 2013, S. 69-85, hier S. 79-83.
- 17 Henning von Jagow erinnerte sich an einen Familienausflug in die Steiermark in den frühen 1940er Jahren, an dem auch die Familie Kasche teilnahm, und an Familienurlaube mit den Ludin-Kindern nach Kriegsende. Erla Ludin war seine Taufpatin. Er erinnerte sich auch an wiederholte Besuche der Witwe Ludins bei der Familie von Jagow in Dingelsdorf am Bodensee.
- 18 Siehe die Korrespondenz in PAAA, Persönl. Nachlass v. Siegfried Kasche, Bd. 3.
- 19 Siehe auch das Protokoll einer Besprechung zwischen Hitler, Rosenberg, Göring und Feldmarschall Keitel am 16. Juli 1941 im Führerhauptquartier, U.S. Government Printing Office (Hg.), *Documents on German Foreign Policy 1918-1945: Series D (i937-i945f* Bd. 13: *The War Years, June 23-December 11, 1941*, Washington, DC, 1954, S. 149-156, hier S. 154.
- 20 PAAA, Gesandtschaft Sofia, Bd. 59/2, S. 69 (Eintrag v. 4. Oktober 1941). Rosenberg hatte für das Amt, wie seinem Tagebuch zu entnehmen ist, ursprünglich Erich Koch empfohlen, den Gauleiter von Ostpreussen. Siehe Matthäus und Bajohr (Hg.), *Alfred Rosenberg. Die Tagebücher*, S. 397-399 (Eintrag v. 20. Juli 1941). Rosenberg und Kasche trafen sich Ende September «zu einer ersten eingehenden Besprechung über das künftige Reichskommissariat Russland». Siehe ebd., S. 424.
- 21 PAAA, Gesandtschaft Sofia, Bd. 59/2, S. 73 (Eintrag v. 10. Oktober 1941). Im Gegensatz dazu erinnerte sich von Jagows 1934 geborener Sohn Henning an die Jahre in Ungarn als eine «glückliche Zeit» für seine Eltern. Da der deutsche Botschafter jedoch viele gesellschaftliche Verpflichtungen hatte, mussten Henning und seine Geschwister oft ohne ihre Eltern auskommen und wurden hauptsächlich von einer Gouvernante aufgezogen; E-Mail von Henning von Jagow an den Autor, 5. April 2015.
- 22 Ebd.
- 23 Siehe Michael Wildt, *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg 2002.
- 24 BArch Berlin, NS 19/2798, S. 1-3: Brief von SS-Brigadeführer Gottlob Berger an Himmler, 17. April 1941. Siehe zu diesem Thema auch Döscher, *Das Auswärtige Amt im Dritten Reich*, S. 205-206; Browning, «Unterstaatssekretär Martin Luther», S. 327.
- 25 Nach dem Krieg wurde Fritz von Twardowsky 1950 zum Vizechef des Bundespresseamts befördert; von 1952 bis 1955 amtierte er als Botschafter in Mexiko. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang ein Buch, das von Twardowsky kurz vor seinem Tod, im Alter von achtzig Jahren, veröffentlichte: Fritz von Twardowsky, *Anfänge der deutschen Kulturpolitik im Ausland*, Bonn 1970.
- 26 Die Memoiren von Edmund Glaise von Horstenau, Wehrmachtsgeneral, einstiger österreichischer Vizekanzler und «Deutscher Bevollmächtigter General in Kroatien», bestätigen diese Angaben. Von Horstenau zufolge hatte sich Lutze bei Ribbentrop darüber beschwert, dass nur SS-Männer in den Auswärtigen Dienst übernommen würden. Von Ribbentrop hatte sich daraufhin bereit erklärt, vier hochrangige SA-Kader zu Gesandten zu ernennen. Siehe Horstenau, *Ein General im Zwielficht*, Bd. 3, S. 91. Zu von Horstenau siehe auch Georg Christoph Berger Waldenegg, «From My Point of View, I Never Ceased Being a Good Austrian: The Ideology and Career of Edmund Glaise von Horstenau», in Martyn Rady und Rebecca Haynes (Hg.), *In the Shadow of Hitler. Personalities of the Right in Central and Eastern Europe*, London 2011, S. 313-328.

- 27 BArch Berlin, NS 19/3872, S. 1-2: Brief von SS-Brigadeführer Gottlob Berger an Himmler, 26. April 1941.
- 28 Für eine eingehende Analyse siehe Kap. 7.
- 29 Horstenau, *Ein General im Zwielficht*, Bd. 3, S. 188-189. Theodor Habicht, ehemaliger NSDAP-Landesinspektor für Österreich, bestätigte diese Auffassung. In einem Tagebucheintrag sprach er von einem «offenen Konflikt» zwischen Himmler und Rosenberg wegen dessen Nähe zur SA (BArch-Militärarchiv, Freiburg im Breisgau, MSg 2/12955, Tagebuch von Theodor Habicht, Eintrag v. 7. Juli 1941). Mein Dank geht an Felix Römer in London, der mir Auszüge aus Habichts Tagebüchern zugänglich gemacht hat. Zu den fortbestehend engen Beziehungen Rosenbergs zur SA siehe auch RGVA, Osobyi Archives, Fond 1212, Opis 2, Nr. 17, S. 47-50: Protokoll einer Besprechung zwischen SA-Obergruppenführer Luyken und Dr. Stellrecht in der Dienststelle Reichsleiter Rosenberg, 19. Juli 1943.
- 30 Aktenvermerk vom 16. Juli 1941, in: *Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Nürnberg 14. November 1945-1. Oktober 1946*. Band XXXVIII, Amtlicher Text – Deutsche Ausgabe, Urkunden und anderes Beweismaterial, Nürnberg 1949. Fotomechanischer Nachdruck: München 1989. Dokument 221-L, S. 86-94.
- 31 Zu den Lebensläufen Schepmanns und Benneckes siehe die vorherigen Kapitel. Zu Manthey siehe Joachim Lilia, Martin Döring und Andreas Schulz (Hg.), *Statisten in Uniform. Die Mitglieder des Reichstags 1933-1945: Ein biographisches Handbuch: Unter Einbeziehung der völkischen und nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten ab Mai 1924*, Düsseldorf 2004, S. 399. Zu Drechsler siehe Sven Jüngerkes, «Bürokratie als Stabilisierungs- und Destabilisierungsmechanismus: Das ‚Reichskommissariat für das Ostland‘ 1941-1944», in Sven Reichardt und Wolfgang Seibel (Hg.), *Der prekäre Staat. Herrschen und Verwalten im Nationalsozialismus*, Frankfurt am Main 2010, S. 275-298, hier S. 279, mit weiteren Verweisen.
- 32 Aktenvermerk vom 16. Juli 1941.
- 33 BArch Berlin, NS 23/166: Dr. Otto, «SA-Obergruppenführer und Diplomat» (Herbst 1941). Mark Mazower hat vor kurzem die These vertreten, die nationalsozialistische Idee einer europäischen «Völkergemeinschaft» müsse als bewusster Versuch gesehen werden, die Widersprüchlichkeit in den Grundsätzen des Völkerbundes in Sachen Minderheitenrechte und nationale Souveränität zu überwinden, und sie sei stärker in traditionellen völkerrechtlichen Auffassungen verwurzelt, als gewöhnlich behauptet wird; Mark Mazower, «National Socialism and the Search for International Order», *Bulletin of the GHI50* (2012), S. 9-26.
- 34 BArch Berlin, NS 23/166: Brief von SA-Gruppenführer Thomas Girgensohn an OSAF Schrifttum, 10. November 1941.
- 35 Diese Auffassung teilte von Horstenau, der in der Ernennung Kasches zum deutschen Gesandten in Kroatien eine Vorstufe zu einem «Reichskommissariat Kroatien» sah. Siehe Horstenau, *Ein General im Zwielficht*, Bd. 3, S. 90.
- 36 Aktenvermerk vom 16. Juli 1941.
- 37 Zu den Aktivitäten von Jagows im Frühjahr 1933 siehe HStA Stuttgart (Hauptstaatsarchiv Stuttgart), E 130 b Bü 1859.
- 38 Zu von Jagow als Reichskommissar in Württemberg siehe Jill Stephenson, *Hitlers Home Front. Württemberg under the Nazis*, London 2006, S. 42-43; Hachmann, «Der ‚Degen‘», S. 277-279. Zu Beckerle als Polizeipräsident siehe Meinl, «Adolf Heinz Beckerle».

- 39 Zit. n. Horstenau, *Ein General im Zwielicht*, Bd. 3, S. 90.
- 40 Zu den bemerkenswerten Ausnahmen zählen neben den bekannten Pionierarbeiten – Raul Hilberg, *Die Vernichtung der europäischen Juden*, Frankfurt am Main 1994; Saul Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden*, Bd. 1: *Die Jahre der Verfolgung*, München 2007; Peter Longerich, *Politik der Vernichtung: Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung*, München 1998 – die vergleichenden Studien von Martin Dean, *Robbing the Jews: The Confiscation of Jewish Property in the Holocaust, 1933-1945*, Cambridge und New York 2008; Browning, *Die «Endlösung» und das Auswärtige Amt*; Eduard Niznansky, «The Discussions of Nazi Germany on the Deportation of Jews in 1942 – The Examples of Slovakia, Rumania and Hungary», in *Historicky casopis* 59 (2011), Supplement, S. 111-136. Siehe auch Max Münz' bahnbrechende, aber in Vergessenheit geratene Arbeit über die rechtlichen Konsequenzen der Politik des Deutschen Reiches gegenüber seinen osteuropäischen Verbündeten: *Die Verantwortlichkeit für die Judenverfolgungen im Ausland während der nationalsozialistischen Herrschaft*, Inauguraldiss. Johann-Wolfgang-Goethe-Universität zu Frankfurt am Main 1958.
- 41 Siehe insbes. Tatjana Tönsmeier, *Das Dritte Reich und die Slowakei 1939-1945. Politischer Alltag zwischen Kooperation und Eigensinn*, Paderborn 2003, S. 335-339-
- 42 Dean, *Robbing the Jews*, S. 317-322.
- 43 Niznansky, «The Discussions of Nazi Germany on the Deportation of Jews in 1942», S. 112.
- 44 Siehe insbes. Browning, *Die «Endlösung» und das Auswärtige Amt*, S. 143-174.
- 45 Jozef Tiso, *Die Wahrheit über die Slowakei. Verteidigungsrede gehalten am 17. und 18. März 1947 vor dem «National»-Gericht in Bratislava*, hg. v. Jon Sekera (veröffentlicht 1948 «im Exil»), S. 48.
- 46 Lotte Weiss, *Meine zwei Leben. Erinnerungen einer Holocaust-Überlebenden*, Münster 2010, S. 176-177.
- 47 Tiso, *Die Wahrheit über die Slowakei*, S. 167.
- 48 Dean, *Robbing the Jews*, S. 319-320.
- 49 StA München, Staatsanwaltschaften, Nr. 34835, Bd. 1, S. 52-56, hier S. 54: Zeugenaussage unter Eid von Aron Grünhut, 13. Januar 1960; Oskar Neumann, *Im Schatten des Todes. Vom Schicksalskampf des slowakischen Judentums*, Tel Aviv 1956, S. 53.
- 50 Telegramm Ludins an das deutsche Auswärtige Amt, 4. Dezember 1941, in Niznansky (Hg.), *Holocaust na Slovensku*, Bd. 4, S. 111-112.
- 51 Neumann, *Im Schatten des Todes*, S. 67, 96-98. Im August 1944 wurde der FS in den Heimatschutz Slowakei eingegliedert; StA München, Staatsanwaltschaften, Nr. 34835, Bd. 4, S. 780: Zeugenaussage von Walter Postl, 23. Juni 1967.
- 52 StA München, Staatsanwaltschaften, Nr. 21808, S. 103-105: Zeugenaussage von Ferdinand Durcansky, 28. Februar 1964; StA München, Staatsanwaltschaften, Nr. 34835, Bd. 1, S. 86: Verbalnote der deutschen Gesandtschaft Bratislava an das Slowakische Innenministerium, 1. Mai 1942.
- 53 Telegramm Ludins an das deutsche Auswärtige Amt, 6. April 1942, in Niznansky (Hg.), *Holocaust na Slovensku*, Bd. 4, S. 127.
- 54 Niznansky, «The Discussions of Nazi Germany on the Deportation of Jews in 1942», S. 119.
- 55 Ebd., S. 120.
- 56 StA München, Staatsanwaltschaften, Nr. 21808, S. 34-36: Brief von Franz Karmasin an Heinrich Himmler, 29. Juli 1942.

- 57 Ebd., S. 135: Vermerk der Staatsanwaltschaft München, 10. Juli 1964. Das Pendant Wisliceny in der Slowakei war der «Judenkönig» Anton Vosek, Leiter der Abteilung XIV des slowakischen Innenministeriums; Neumann, *Im Schatten des Todes*, S. 65. Zur Rolle von SS-Beratern in der Slowakei siehe Tatjana Tönsmeier, «The German Advisors in Slovakia, 1939-1945: Conflict of Co-operation?» (worin jedoch Ludin mit keiner Silbe erwähnt wird), in Mark Cornwall und R. J. W. Evans (Hg.), *Czechoslovakia in a Nationalist and Fascist Europe 1918-1948*, Oxford 2007, S. 169-184.
- 58 PAAA, Personalakten, Nr. 9246, S. 40: Telegramm des Auswärtigen Amtes an Ludin, 26. Juli 1944. Wann genau dieses Treffen stattfand, steht nicht fest.
- 59 Dean, *Robbing the Jews*, S. 324; StA München, Staatsanwaltschaften München, Nr. 34835, Bd. 2, S. 257-258: Vermerk des Bayerischen Landeskriminalamts München, 8. Januar 1965.
- 60 Im Oktober 1938 benannte sich die Partei in Deutsche Partei um.
- 61 Nach 1945 suchte Karmasin Zuflucht in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands und lebte dort zunächst unter falschem Namen. Der Volksgerichtshof in Bratislava verurteilte ihn am 22. Juni 1948 in Abwesenheit zum Tode. Die deutschen Behörden lieferten ihn jedoch nicht aus, und so konnte Karmasin im Westen eine zweite Karriere als Journalist und als Funktionär der Sudetendeutschen Landsmannschaft machen, die als Vertriebenenverband auch die Interessen der Slowakei-Deutschen vertrat. Gerüchte aus der Nachkriegszeit besagten, Karmasin habe erhebliche Unterstützung seitens des früheren SA-Obersturmbannführers Hans Gmelin erhalten, des Adjutanten von Ludin an der deutschen Botschaft in Pressburg zwischen 1941 bis 1945 (der von 1954 bis 1974 Oberbürgermeister von Tübingen war, siehe dazu das nachfolgende Kapitel). Karmasin, der auch dem revanchistischen Witikobund angehörte, entging jeder Bestrafung und blieb bis zu seinem Tod am 25. Juni 1970 ein freier Mann. Für Details über sein Leben siehe Lubomir Lipták, *Franz Karmasin opät na scene*, Bratislava 1962, sowie die umfangreichen Akten der deutschen Strafverfolgungsbehörden in StA München, Staatsanwaltschaften, Nr. 34835, Bde. 1-33.
- 62 Wagner, *Sudeten-SA in Polen*.
- 63 StA München, Staatsanwaltschaften, Nr. 21808, S. 12-19: BDC-Dokumente zu Franz Karmasin.
- 64 Siehe in diesem Zusammenhang auch StA München, Staatsanwaltschaften, Nr. 34835, Bd. 1, S. 52-56: beidigte Zeugenaussage des Aron Grünhut, 13. Januar 1960.
- 65 StA München, Staatsanwaltschaften, Nr. 21808, S. 34-36: Brief von Franz Karmasin an Heinrich Himmeler, 29. Juli 1942.
- 66 Eine solche Interpretation deckt sich mit Ludins Verteidigungsstrategie nach dem Krieg; siehe StA München, Staatsanwaltschaften, Nr. 34835, Bd. 3, S. 560: Zeugenaussage des Norbert Münz, 14. Oktober 1965. Zu Karmasins Sicht der Dinge siehe ebd., Bd. 5, S. 1,215-16: Zeugenaussage des Franz Karmasin, 28. Oktober 1969.
- 67 Ebd., Bd. 1, S. 86: Verbalnote der deutschen Gesandtschaft Bratislava an das slowakische Innenministerium, 1. Mai 1942.
- 68 Ebd., Bd. 6, S. 1,290: Zeugenaussage von Josef Hotovy, 14. November 1969. Im Gegensatz dazu behauptete Hans Gmelin 1970, Ludin habe gedroht, zurückzutreten und sich freiwillig an die Front zu melden, als Tiso ihn im Jahr 1942 über die systematische Ermordung der Juden informiert habe. Siehe ebd., Bd. 6, S. 1,454: Zeugenaussage des Hans Gmelin, 5. März 1970.

- 69 Korb, *Im Schatten des Weltkriegs*, S. 111-112. Für eine konträre Einschätzung siehe Conze u. a., *Das Amt und die Vergangenheit*, S. 280.
- 70 Conze u. a., *Das Amt und die Vergangenheit*, S. 280. Kasche war nicht der Einzige, auf den solche literarischen Vergleiche gemünzt waren. Von Rudolf Rahn in Italien hiess es, er sei der «Karl Mai unter den Diplomaten»; siehe Lutz Klinkhammer, *Zwischen Bündnis und Besatzung. Das nationalsozialistische Deutschland und die Republik von Salo 1943-1945*, Tübingen 1993, S. 142. Für die Ansichten Hitlers und Kasches zur Kroatien-Politik – die im Verlauf von 1943 und 1944 allmählich auseinanderdrifteten – siehe insbes. Kasches Gedächtnisprotokolle zu seinen Unterredungen mit Hitler am 29. Oktober 1943, 30. März 1944 und 16. September 1944, in PAAA, Persönl. Nachlass v. Siegfried Kasche, Bd. 23, S. 5-17.
- 71 Conze u. a., *Das Amt und die Vergangenheit*, S. 280-281; Korb, *Im Schatten des Weltkriegs*, S. 195-196. Für eine Analyse des Antisemitismus des Ustasa-Regimes siehe ebd., S. 136-146.
- 72 Eine umfassende Analyse der Gräueltaten des Ustasa-Regimes und der Sympathien Kasches für die kroatische Position würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Siehe dazu die ausgezeichnete Analyse von Jozo Tomasevich, *War and Revolution in Yugoslavia, 1941-1945. Occupation and Collaboration*, Stanford, CA, 2001; siehe ferner Ivo Goldstein, *The Holocaust in Croatia*, Pittsburgh, PA, 2016, und Korb, *Im Schatten des Weltkriegs*; siehe schliesslich die parteischere Darstellung von Lazo M. Kostich, *The Holocaust in the «Independent State of Croatia»: An Account Based on German, Italian and Other Sources*, Chicago, IL, 1981, S. 6-7, 43-46, 145-146.
- 73 Für die Bewertung dieser Besprechung durch Kasche siehe sein Telegramm vom 4. Juni 1941 an das Auswärtige Amt, in *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945, Serie D*, Bd. XII: 1937-1941, Göttingen 1969, S. 796-768.
- 74 Korb, *Im Schatten des Weltkriegs*, S. 204, mit weiteren Verweisen.
- 75 Browning, *Die «Endlösung» und das Auswärtige Amt*, S. 93.
- 76 Münz, *Die Verantwortlichkeit für die Judenverfolgungen im Ausland*, S. 209.
- 77 Korb, *Im Schatten des Weltkriegs*, S. 413.
- 78 Ebd., S. 419.
- 79 Conze u. a., *Das Amt und die Vergangenheit*, S. 280-281.
- 80 Eine detaillierte Darstellung (mit etwas niedrigeren Angaben zur Anzahl der nach Auschwitz deportierten und dort ermordeten Personen) bietet Tomislav Dulic, «Mass Killing in the Independent State of Croatia, 1941-1945: A Case for Comparative Research», *Journal of Genocide Research* 8:3 (2006), S. 255-281.
- 81 Gerhard Köpernik, *Faschisten im KZ: Rumäniens Eiserne Garde und das Dritte Reich*, Berlin 2014, S. 97-103; Andrej Angrick, «Rumänien, die SS und die Vernichtung der Juden», in Mariana Hausleitner, Brigitte Mihok und Juliane Wetzel (Hg.), *Rumänien und der Holocaust. Zu den Massenverbrechen in Transnistrien 1941-1944*, Berlin 2001, S. 113-138, hier S. 122; Michael Kroner, «Ahnungslosigkeit oder Hochverrat? Manfred von Killinger in Bukarest 1941-1944», *Südostdeutsche Vierteljahresblätter: Zeitschrift für Literatur und Kunst, Geschichte und Zeitgeschichte* 43 (1994), S. 123-132.
- 82 *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945, Serie D*, Bd. XII: 1937-1941, S. 11, 18-20, 140-144. Siehe auch Antonescus Schreiben an von Killinger vom 25. Februar 1941, in IfZ Archiv, Bestand Reichsführer-SS, MA 325, Bd. 1, S. 9, 017-19.
- 83 Wawrzinek, *Manfred von Killinger*, S. 210.
- 84 Ion Georghe, *Rumäniens Weg zum Satellitenstaat*, Heidelberg 1952, S. 124-128; Kroner, «Ahnungslosigkeit oder Hochverrat?», S. 124.

- 85 Nach Auswertung diverser Quellen, u. a. der Tagebücher rumänischer Politiker, hat der rumäniendeutsche Historiker die Vermutung geäußert, von Killinger könnte an Verhandlungen zwischen der rumänischen Regierung und den Alliierten beteiligt gewesen sein und aus diesem Grund dem Auswärtigen Amt vorsätzlich Fehlinformationen geliefert haben. Siehe Kroner, »Ahnungslosigkeit oder Hochverrat?«, S. 124–128.
- 86 Münz, *Die Verantwortlichkeit für die Judenverfolgungen im Ausland*, S. 144.
- 87 Zu Richter, Lecca, und ihrem Verhältnis zueinander siehe Dennis Deletant, *Hitler's Forgotten Ally. Ion Antonescu and His Regime, Romania, 1940–1944*, Basingstoke 2006, S. 113, 121–122.
- 88 Münz, *Die Verantwortlichkeit für die Judenverfolgungen im Ausland*, S. 164.
- 89 Wolfgang Benz, »Der ›vergessene Holocaust‹: Der Sonderfall Rumänien: Okkupation und Verfolgung von Minderheiten im Zweiten Weltkrieg«, in Hausleitner, Mihok und Wetzel (Hg.), *Rumänien und der Holocaust*, S. 9–13.
- 90 Juden waren nicht die einzigen Opfer dieser Politik der erzwungenen Homogenisierung. Auch bis zu 30 000 Roma (»Zigeuner«) wurden nach Transnistrien deportiert, nur die wenigsten von ihnen überlebten. Siehe Brigitte Mihok (Hg.), »Die Verfolgung der Roma: Ein verdrängtes Kapitel der rumänischen Geschichte«, in Hausleitner, Mihok und Wetzel (Hg.), *Rumänien und der Holocaust*, S. 25–31.
- 91 Mariana Hausleitner, »Großverbrechen im rumänischen Transnistrien 1941–1944«, in Hausleitner, Mihok und Wetzel (Hg.), *Rumänien und der Holocaust*, S. 15–24; Dalia Ofer, »The Holocaust in Transnistria: A Special Case of Genocide«, in Lucjan Dobroszycki und Jeffrey S. Gurock (Hg.), *The Holocaust in the Soviet Union. Studies and Sources on the Destruction of the Jews in the Nazi-occupied Territories of the USSR, 1941–1945*, New York 1993, S. 133–154. Ofer behandelt auch das Schicksal der einheimischen Juden in Transnistrien, von denen die allermeisten in den ersten Tagen nach der Besetzung des Landes von deutschen Einsatzgruppen umgebracht wurden.
- 92 Münz, *Die Verantwortlichkeit für die Judenverfolgungen im Ausland*, S. 165.
- 93 Browning, *Die »Endlösung« und das Auswärtige Amt*, S. 163–164; Deletant, *Hitler's Forgotten Ally*, S. 205–229.
- 94 Deletant, *Hitler's Forgotten Ally*, S. 213–214.
- 95 Richter hatte diesen Begriff schon im April 1942 in einem Artikel des *Bukarester Tageblatts* gebraucht: Siehe Lya Benjamin, »Die ›Judenfrage‹ in Rumänien im Spiegel des ›Bukarester Tageblatts‹«, in Hausleitner, Mihok und Wetzel (Hg.), *Rumänien und der Holocaust*, S. 139–152, hier S. 141.
- 96 Zit. n. Deletant, *Hitler's Forgotten Ally*, S. 210–211.
- 97 Im Frühjahr 1943 intervenierte von Killinger jedoch im Namen des Reichs, um die Ausreise jüdischer Kinder aus Rumänien zu verhindern; siehe Deletant, *Hitler's Forgotten Ally*, S. 216.
- 98 PAAA, Gesandtschaft Sofia, Bd. 59/2, S. 156 (Eintrag v. 19. Februar 1942).
- 99 IfZ Archiv, Bestand Befehlshaber Serbien, MA 512, S. 917–918: Telegramm Beckerles ans Auswärtige Amt, 27. Juli 1941.
- 100 Frederick B. Chary, *The Bulgarian Jews and the Final Solution*, Pittsburgh, PA, 1972, S. 48.
- 101 Stefan Troebst, »Rettung, Überleben oder Vernichtung? Geschichtspolitische Kontroversen über Bulgarien und den Holocaust«, *Südosteuropa: Zeitschrift für Politik und Gesellschaft* 59:1 (2011), S. 97–127, hier S. 104–105; Browning, *Die »Endlösung« und das Auswärtige Amt*, S. 172.
- 102 Dean, *Robbing the Jews*, S. 335–337.

- 103 Chary, *The Bulgarian Jews and the Final Solution*, S. 51 und 69.
- 104 Browning, *Die «Endlösung» und das Auswärtige Amt*, S. 172-173; Chary, *The Bulgarian Jews and the Final Solution*, S. 72-73.
- 105 PAAA, Gesandtschaft Sofia, Bd. 59/2, S. 313 (Eintrag v. 16. Februar 1943)
- 106 Dean, *Robbing the Jews*, S. 339.
- 107 Beckerles Tagebucheintrag vom 3. März 1943, in dem er eine Unterredung mit Dannecker resümiert, macht deutlich, dass er über die Deportationspläne informiert worden war und sie billigte: «Ab 15. März sollten die 8 Züge fahren zum Abtransport der 20'000 Juden (2'500 pro Zug). Da es nicht ganz auskommt, sollen 2'000 Juden aus Sofia dazugenommen werden, wozu man die Einflusreichsten, die der Arisierung ständig Schwierigkeiten machen, nehmen will. Ich bin dagegen, auf Sofia zurückzugreifen, da dadurch grosses Geschrei entstehen und die ganze Aktion für die Zukunft gefährdet wird. Zuerst die anderen Juden weg und dann die aus Sofia zusammen!» PAAA, Gesandtschaft Sofia, Bd. 59/3, S. 7 (Eintrag v. 3. März 1943).
- 108 Todorov Tzvetan, *The Fragility of Goodness. Why Bulgarias Jews Survived the Holocaust*, London 2001, S. 8-11.
- 109 PAAA, Gesandtschaft Sofia, Bd. 59/3, S. 48 (Eintrag v. 10. Mai 1943)-
- 110 Todorov, *The Fragility of Goodness*, S. 13; PAAA, Gesandtschaft Sofia, Bd. 59/3, S. 80 (Eintrag v. 21. Juli 1943).
- 111 Christian Neef, «Die schlimmste Stunde», *Der Spiegel*, 24. Oktober 2011, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-81136856.html> (zuletzt abgerufen am 15.1.2019).
- 112 «Streiflichter aus Litzmannstadt», in Rudolf von Elmayer-Veestenbrugg (Hg.), *SA-Männer im feldgrauen Rock. Taten und Erlebnisse von SA-Männern in den Kriegsjahren 1939-1940*, Leipzig 1941, S. 30-34, hier S. 31-32. Beckerles Phobie gegen «jüdischen Dreck» hinderte ihn nicht daran, Ende der 1930er Jahre in Frankfurt eine «arisierte» Villa zu beziehen; siehe Meinl, «Adolf Heinz Beckerle».
- 113 PAAA, Gesandtschaft Sofia, Bd. 59/2, S. 150 und 217 (Einträge v. 4. Februar und 20. August 1942).
- 114 Ebd., Bd. 59/3, S. 67 (Eintrag v. 19. Juni 1943).
- 115 Ebd., Bd. 59/2, S. 86 und 235 (Einträge v. 26. Oktober 1941 und 15. September 1942). Seinem Tagebuch nach zu schliessen, verschlief Beckerle oft den halben Vormittag und verbrachte ganze Tage sonnenbadend auf seiner Terrasse.
- 116 PAAA, Personalakten, Nr. 647, S. 27-29: SD-Bericht ans Auswärtige Amt über die Flucht der Deutschen aus Bulgarien, 18. Dezember 1944.
- 117 Zum Lebenslauf von Jagows siehe den kenntnisreichen Artikel von Hachmann, «Der ‚Degen‘», S. 267-287.
- 118 Selbst in Kriegszeiten hatte man als deutscher Diplomat in Ungarn zwischen 1941 und dem Frühjahr 1944 kein schlechtes Leben. Ende August 1941 ersuchte von Jagow um zusätzliche Gelder für den Ankauf «grösserer Mengen Lebensmittel, Getränke und Tabak» aus einem der Freihäfen Hamburg, Lissabon oder Triest, da Luxusartikel hinreichender Qualität in Ungarn nicht erhältlich seien; PAAA, Personalakten, Nr. 6681, S. 15: Brief von Jagows an das Auswärtige Amt, 30. August 1941.
- 119 Hachmann, «Der ‚Degen‘», S. 284.
- 120 Bei den deutschen Beratungen zu diesem Thema ging es auch um finanzielle Belange. Eine partielle Abschiebung, bei der alle sich «illegal» in Ungarn befindlichen Juden deportiert würden, würde ebenso viele Ressourcen erfordern wie eine vollständige Deportation, gab Eichmann zu bedenken. Siehe Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 524.

- 121 Münz, *Die Verantwortlichkeit für die Judenverfolgungen im Ausland*, S. 180-195. Siehe auch Veessenmeyers Aktenvermerk vom April 1943 in *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945, Serie E*, Bd. XI: 1941-1945, S. 78-80.
- 122 Es gab indes bedeutsame Ausnahmen: Ungarn deportierte schon 1941 Juden, die keine ungarische Staatsangehörigkeit besaßen. Am bekanntesten in diesem Zusammenhang ist das Massaker von Kamenez-Podolsk in der Ukraine, bei dem deutsche Einsatzgruppen und SS-Kommandos Ende August 1941 mehr als 20'000 zuvor aus Ungarn abgeschobene Juden ermordeten. Siehe Andrej Angrick, *Besatzungspolitik und Massenmord. Die Einsatzgruppe D in der südlichen Sowjetunion 1941-1943*, Hamburg 2003, S. 196-206; Randolph L. Braham, «The Kamenets Podolsk und Délvidék Massacres: Prelude to the Holocaust in Hungary», *Yad Vashem Studies* 9 (1973), S. 133-156.
- 123 Margit Szöllösi-Janze, *Die Pfeilkreuzlerbewegung in Ungarn: Historischer Kontext, Entwicklung und Herrschaft*, München 1989, S. 426 und 432.
- 124 Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 530; Randolph L. Braham, *The Destruction of Hungarian Jewry. A Documentary Account*, New York 1963, S. 160. Es war dies eine Konsequenz aus der Forderung Ribbentrops, die deutsche Diplomatie müsse nachdrücklicher als bisher auf das baldige Anlaufen der Deportation aller Juden aus Ungarn, Bulgarien und Dänemark hinwirken; siehe die Note Luthers an Weizsäcker vom 24. September 1942, in ebd., S. 133.
- 125 Ebd., S. 165-171; Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 530.
- 126 Siehe dazu die Angaben in Veessenmeyers AA-Personalakte in PAAA, Personalakten, Nr. 15789. Bei seinem ersten offiziellen Besuch beim König äusserte Veessenmayer die Erwartung, die Ungarn würden Seite an Seite mit Deutschland kämpfen, um «nach Ausschaltung aller staats- und volksersetzer Elemente» – gemeint waren die Juden – den Krieg zu gewinnen. Siehe ebd., S. 30.
- 127 Krisztian Ungváry, «Robbing the Dead: The Hungarian Contribution to the Holocaust», in Beata Kosmala und Feliks Tych (Hg.), *Facing the Nazi Genocide. Non-Jews and Jews in Europe*, Berlin 2004, S. 231-261, hier S. 231-233.
- 128 Zahlenangaben nach Szöllösi-Janze, *Die Pfeilkreuzlerbewegung in Ungarn*, S. 426.
- 129 Nach ihrer Verabschiedung im Frühjahr 1944 zogen von Jagows Frau und die sieben Kinder, darunter ein Säugling, von Budapest an den Plattensee und von da in das sicherer erscheinende Gross-Münche im Warthegau. Wahrscheinlich gehörte das Gutshaus, das die Familie bewohnte, zu einem der Landgüter, die die SA zu Beginn der 1940er Jahre in der Absicht erworben hatte, dort nach Kriegsende eine SA-Führerschule einzurichten (siehe dazu auch Kap. 7). Als sich russische Truppen näherten, floh die Familie von Jagow Ende 1944 oder Anfang 1945 nach Berlin und von dort im März 1945 weiter nach Konstanz. Ich danke Henning von Jagow für die Geduld, mit der er meine Fragen zu den Geschicken seiner Familie in den letzten Kriegsmonaten beantwortet hat.
- 130 Erich Murawski, *Der deutsche Wehrmachtsbericht 1939-1945. Ein Beitrag zur Untersuchung der geistigen Kriegsführung. Mit einer Dokumentation der Wehrmachtsberichte vom 1.7.1944 bis zum 9.5.1945*, Boppard am Rhein 1962, S. 443-444.
- 131 Klinkhammer, *Zwischen Bündnis und Besatzung*, S. 148-150.
- 132 Hachmann, «Der ‚Degen‘», S. 286; Rudolf Rahn, *Ruheloses Leben: Aufzeichnungen und Erinnerungen*, Stuttgart und Zürich 1951, S. 440; E-Mail von Henning von Jagow an den Autor, 5. April 2015.
- 133 Moshe Zimmermann, «Das Auswärtige Amt und der Holocaust», in Johannes Hürter

- und Michael Mayer (Hg.), *Das Auswärtige Amt in der NS-Diktatur*, Berlin 2014, S. 165–176, hier S. 173.
- 134 Rahn, *Ruheloses Leben*, S. 390.
- 135 Horstenau, *Ein General im Zwielicht*, Bd. 3, S. 90. Siehe auch Döscher, *Das Auswärtige Amt im Dritten Reich*, S. 206, mit weiteren Verweisen.
- 136 Horstenau, *Ein General im Zwielicht*, Bd. 3, S. 91.
- 137 Eine ausführliche Erörterung dieser Thematik liegt außerhalb der Reichweite dieses Buches. Siehe in diesem Zusammenhang Magnus Brechtken, »Auswärtiges Amt, Sicherheitsdienst und Reichssicherheitshauptamt 1933 bis 1942«, in *Das Auswärtige Amt in der NS-Diktatur*, hg. v. Hürter und Mayer, S. 151–164, hier S. 163–164.
- 138 Siehe unter anderem die detailreiche Analyse von Adolf-Heinz Beckerle, »Die Neuordnung in Rumänien und die Legionärsbewegung Codreanu«, *Die SA* 1:38 (1940), S. 6–12.
- 139 Wagner, *Sudeten-SA in Polen*, unpaginiert.
- 140 IfZ Archiv, Bestand Sicherheitsdienst Reichsführer-SS, MA 650, S. 4, 982–988: SD-Bericht des SS-Hauptsturmführers Dr. Börsch über die politische Lage in der Slowakei, 1943.
- 141 PAAA, Gesandtschaft Sofia, Bd. 59/2, S. 156 (Eintrag v. 19. Februar 1942).
- 142 Siehe Kasches detaillierte Begründung seines Standpunkts in einem Schreiben an Ribbentrop v. 5. November 1943, in PAAA, Persönl. Nachlass v. Siegfried Kasche, Bd. 23, S. 26–30, insbes. S. 27–28.
- 143 Zit. n. Chary, *The Bulgarian Jews and the Final Solution*, S. 75. Zu Beckerles naivem Glauben an die Verlässlichkeit seiner bulgarischen Amtskollegen siehe PAAA, Gesandtschaft Sofia, Bd. 59/3, S. 4 (Einträge v. 23. und 24. Februar 1943).
- 144 Siehe Aly, *Hitlers Volksstaat*.
- 145 Döscher, *Das Auswärtige Amt im Dritten Reich*, S. 256–261.
- 146 PAAA, Personalakten, Nr. 9246, S. 54–56: Göpfert ans deutsche Auswärtige Amt, 27. Oktober 1944.
- 147 Kroner, »Ahnungslosigkeit oder Hochverrat?«, S. 131.
- 148 Zum Urteil siehe USHMM, RG-57.004: *Selected Records of Trials of the National Court of Slovakia, Including the Jozef Tiso Trial, 1910–1975*. Siehe zu diesen Prozessen auch Bradley Abrams, »The Politics of Retribution: The Trial of Jozef Tiso in the Czechoslovak Environment«, in István Deák, Jan T. Gross und Tony Judt (Hg.), *The Politics of Retribution in Europe. World War II and Its Aftermath*, Princeton, NJ, 2000, S. 252–289.
- 149 Zum Urteil gegen Kasche siehe HDA, HR-HDA-1561, Sg 013.0.47, Akten zu Slavko Kvaternik und anderen. Die Anklageschrift gegen Kasche, erstellt von Jakov Blazevic, dem obersten Staatsanwalt der Republik Kroatien, warf dem Beschuldigten Beiträge zur »physischen Vernichtung unserer Völker und zur Ausplünderung unseres Landes« vor. Im Einzelnen hob sie auf seine Teilnahme an der berüchtigten Konferenz in der deutschen Botschaft in Zagreb am 4. Juni 1941 ab, desgleichen auf seinen Beitrag zur Schaffung der organisatorischen Voraussetzungen für die »Terrorisierung, Verhaftung und Folterung der jugoslawischen Juden«. Kasche wurde auch für die Verfolgung von Kommunisten in Zusammenarbeit mit der Ustaša und für die Aufstellung sogenannter Freiwilligenbrigaden verantwortlich gemacht, die im Zweiten Weltkrieg an der Seite der Deutschen gekämpft hatten. Ich danke Bojan Aleksov, London, für seine Hilfe beim Übersetzen relevanter Passagen dieser Dokumente.

- 150 PAAA, Personalakten, Nr. 647, S. 23-24: Mitteilung der Schweizer Botschaft, 5. Oktober 1944; «Russians Arrest Nazi Ministers», *Manchester Guardian*, 22. September 1944, S. 5.
- 151 Meinl, «Adolf Heinz Beckerle»; Neef, «Die schlimmste Stunde».
- 152 Details zu den Prozessen gegen Beckerle finden sich bei Weinke, *Die Verfolgung von NS-Tätern*, S. 258-286; Meinl, «Adolf Heinz Beckerle».
- 153 Die noch lebenden bzw. nachgeborenen Mitglieder der Familien von Jagow und Ludin standen noch bis in die Gegenwart hinein in Verbindung zueinander. Die von Jagows besuchten die Ludins auch im (inzwischen abgerissenen) Schloßlehof bei Ostrach in Oberschwaben; E-Mail von Henning von Jagow an den Autor, 5. April 2015.
- 154 Malte Ludin, *2 oder 3 Dinge, die ich von ihm weiss*, BRD 2005. Siehe auch Régine-Mihal Friedman, «All About My Mother – On Malte Ludins Film *2 oder 3 Dinge, die ich von ihm weiss (2005)*», in José Brunner (Hg.), *Mütterliche Macht und väterliche Autorität. Elternbilder im deutschen Diskurs*, Göttingen 2008, S. 152-181.
- 155 Zu den langfristigen Wirkungen eines solchen «Familienerbes» siehe auch das Buch von Ludins Enkelin Alexandra Senfft, *Schweigen tut weh. Eine deutsche Familiengeschichte*, Hamburg 2007.
- 156 Ernst von Salomon, *Der Fragebogen*, 19. Aufl., Reinbek bei Hamburg 2011, S. 635-668.
- 157 Malte Ludin, «Hanns Elard Ludin». Eine detailreiche und überzeugende Analyse des von Salomonschen Romans und der Gründe für seinen Erfolg in den frühen 1950er Jahren liefert Parkinson, *An Emotional State*, S. 73-111 (zu Ludin siehe ebd., S. 102-103). Für eine allgemeine Analyse dieses generationenübergreifenden Phänomens siehe Harald Welzer, *Opa war kein Nazi. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis*, Frankfurt am Main 2002. Interessanterweise neigt sogar die jüngere Geschichtsforschung dazu, Ludin als einen vergleichsweise «gemäßigten» Akteur zu betrachten, unter Ausserachtlassung seiner massgeblichen Rolle beim Holocaust in der Slowakei. Siehe Tatjana Tönsmeier, «Von der Schutzfreundschaft zur Okkupationsmacht: Die Wahrnehmung des deutschen Einflusses durch die slowakische Elite», in Monika Glettler, L'Ubomir Lipták, und Alena Miskova (Hg.), *Geteilt, besetzt, beherrscht: Die Tschechoslowakei 1938-1945. Reichsgau Sudetenland, Protektorat Böhmen und Mähren, Slowakei*, Essen 2004, S. 311-325, hier S. 316.
- 158 Brief von Dr. Carola Wolf an Henning von Jagow, 23. Januar 2003, zit. n. E-Mail von Henning von Jagow an den Autor, 5. April 2015.
- 159 Ernst von Weizsäcker ist der wohl prominenteste Fall in dieser Kategorie. Eine ausgewogene Einordnung bietet Lars Lüdicke, «Offizier und Diplomat: Ernst von Weizsäcker in Kaiserreich, Weimarer Republik und ‚Drittem Reich‘», in Jan Erik Schulte und Michael Wala (Hg.), *Widerstand und Auswärtiges Amt: Diplomaten gegen Hitler*, München 2013, S. 225-249.
- 160 PAAA, B 83, Nr. 761: Brief von Hans Kasche an das Justizministerium der Bundesrepublik Deutschland, 10. Januar 1954. Mein Dank gilt Annette Weinke von der Friedrich-Schiller-Universität Jena dafür, dass sie mich auf dieses Dokument aufmerksam gemacht hat.
- 161 StA München, Spruchkammerakten, K 843, S. 70: Brief von Hans Kasche an die Berufungskammer München, 16. September 1954.
- 162 Siehe die beiden Urteile aus dem Jahr 1954 in StA München, Spruchkammerakten, K 843. Für die deutschen Behörden war das Urteil des Kroatischen Staatsgerichtshofs unmassgeblich. Das Auswärtige Amt teilte der Familie Kasche mit, in solchen kroatischen Verfahren seien den Angeklagten «wesentliche rechtliche Garantien» vorent-

halten worden. Siehe StA München, Spruchkammerakten, K 843, S. 67: Brief des Auswärtigen Amts an Hans Kasche, 23. Februar 1954.

- 163 Zu Kiesingers Dienstzeit im Auswärtigen Amt siehe Philipp Gassert, *Kurt Georg Kiesinger 1904–1988. Kanzler zwischen den Zeiten*, München 2006, S. 105–149.
- 164 PAAA, B 83, Nr. 761: Brief von Hans-Günther Kasche an Willy Brandt, 16. Mai 1968.

10 Was bleibt? Deutungskämpfe der Nachkriegszeit

- 1 Hans Rosenthal, »Das gibt's nur einmal – Noten, die verboten wurden«, zit. n. Thomas Henschke, *Hans Rosenthal: Ein Leben für die Unterhaltung*, Berlin 1999, S. 161.
- 2 Siehe Almut Giesecke, »Nachwort«, in Hans Fallada, *Jeder stirbt für sich allein*, Berlin 2013, S. 687–699; Carsten Gansel und Werner Liersch (Hg.), *Zeit vergessen, Zeit erinnern: Hans Fallada und das kulturelle Gedächtnis*, Göttingen 2008.
- 3 An dieser Beurteilung ändert auch die Tatsache nichts, dass Fallada diesen Roman auf Anregung Johannes R. Bechers schrieb, des Präsidenten des »Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands« und (ab 1954) ersten Ministers für Kultur der DDR.
- 4 Für eine allgemeine Bewertung dieser Facette der (bundes-)deutschen Realität in der Nachkriegszeit siehe Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik: Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996.
- 5 UAK, Archiv, Zugang 726 (Theodor Klefisch), Akte 2, Nr. 11: Eidesstattl. Erklärung des Kaufmanns und ehemaligen SA-Mannes Dietrich Bölken, 8. Juni 1946; Akte 3, Nr. 37: Eidesstattl. Erklärung des Reichsbahngestellten und ehemaligen SA-Mannes Reiner Pittinger, 7. Juni 1946.
- 6 Siehe auch das Einführungskapitel dieses Buches.
- 7 Dieser Titel ist eine Anspielung auf Eugen Kogons 1946 erschienenes Buch *Der SS-Staat*.
- 8 Siehe insbes. die Experteneinschätzungen von Buchheim und Broszat in *Anatomie des SS-Staates*, S. 218–225, 336–351.
- 9 Lawrence Douglas, »The Didactic Trial: Filtering History and Memory into the Courtroom«, *European Review* 14:4 (2006), S. 513–522, hier S. 514.
- 10 Article 6 of the Agreement for the Prosecution and Punishment of the Major War Criminals of the European Axis, and Charter of the International Military Tribunal, London, 8. August 1945; <http://www.icrc.org/ihl.nsf/FULL/350> (zuletzt abgerufen am 15. Januar 2019). Zu den rechtlichen Aspekten der Kategorie »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« siehe auch die eingehende Analyse von Daniel Marc Segesser, »Der Tatbestand Verbrechen gegen die Menschlichkeit«, in Kim C. Priemel und Alexa Stiller (Hg.), *NMT: Die Nürnberger Militärtribunale zwischen Geschichte, Gerechtigkeit und Rechtsschöpfung*, Hamburg 2013, S. 586–604.
- 11 Anfänglich lautete die Weisung, nur SA-Männer zu verhaften und einzusperren, die bei Kriegsende mindestens den Rang eines Sturmabführers bekleidet hatten. Ende 1944 gingen die Alliierten davon aus, dass dieser Personenkreis rund 30 000 Personen umfassen würde; US Army Center of Military History, Fort McNair: Supreme Headquarters of the Allied Expeditionary Force (Hg.), *Handbook for Military Government in Germany prior to Defeat or Surrender* (Dezember 1944), unpaginierter, http://www.history.army.mil/reference/Finding%20Aids/Mil_gov.pdf (zuletzt abgerufen am 15. Januar 2019).
- 12 Erklärung des Vorsitzenden des IMT, Geoffrey Lawrence, 30. September 1946, in *Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Gerichtshof Nürnberg*

- berg, Nürnberg 1947 (im Folgenden *Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher*), hier Bd. 22.
- 13 IfZ, Archiv, ZS 251/1: Max Jüttner, «Führung, Aufgaben und Tätigkeit der SA und Nürnberger Prozess».
- 14 Ebd., S. 3-4. Dr. Robert Servatius war am IMT Verteidiger des Thüringer Gauleiters Fritz Sauckel und des Korps der Politischen Leiter der NSDAP und wirkte später auch als Verteidiger Adolf Eichmanns in Jerusalem; Priemei und Stiller, *NMT*, S. 761-762.
- 15 IfZ, Archiv, ZS 251/1, S. 11-12, 22: Max Jüttner, «Führung, Aufgaben und Tätigkeit der SA».
- 16 Dorothea Gaitner, «Robert Gerhard Storey, a Prosecution Counsel at Nuremberg Trials», *The New York Times*, 18. Januar 1981, <http://www.nytimes.com/1981/01/18/obituaries/robert-gerard-storey-a-prosecution-counsel-at-nuremberg-trials.html> (zuletzt abgerufen am 15. Januar 2019).
- 17 Erklärung von Robert G. Storey, 18. Dezember 1945, in *Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher*, Bd. 4, S. 78.
- 18 Ebd., S. 114-151.
- 19 Erklärung von Robert G. Storey, 19. Dezember 1945, in *Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher*, Bd. 4, S. 151-182.
- 20 Ebd.
- 21 Der sowjetische Chefankläger Roman Rudenko hieb am 2. März 1946 in eine ähnliche Kerbe; siehe *Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher*, Bd. 8, S. 517-540.
- 22 Siehe Kap. 6.
- 23 Zu Schellenberg siehe Reinhard R. Doerries, *Hitlers Last Chief of Foreign Intelligence: Allied Interrogations of Walter Schellenberg*, London und New York 2007.
- 24 Erklärung von Robert G. Storey, 19. Dezember 1945, in *Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher*, Bd. 4, S. 151-182.
- 25 Ebd.
- 26 Über den Lebenslauf von Georg Böhm (1900-1952), der von 1929 an in Nürnberg als Anwalt praktizierte, wissen wir so gut wie nichts. Martin Löffler (25. Januar 1905-4. Februar 1987) gehörte von 1927 bis 1933 der DVP an und machte 1928 in Tübingen seinen Dr. jur. Er eröffnete 1933 in Stuttgart ein Rechtsberatungsbüro und trat in die Reiter-SA ein. In Nürnberg betrieb er also auch eine Verteidigung in eigener Sache. Im Zweiten Weltkrieg diente Löffler bei der Wehrmacht, u. a. in Afrika, bis er 1944 zum Militärrichter ernannt wurde. Nach dem Untergang des «Dritten Reiches» galt er in der Bundesrepublik Deutschland als ein führender Experte zum Preserecht. Für einen kurzen biografischen Abriss siehe den einschlägigen Eintrag im Munzinger-Archiv sowie die Angaben zu seiner Person auf der Website <http://www.rae-loeffler.de/geschichte.php> (zuletzt abgerufen am 15.1.2019). Klefisch amtierte am IMG als Verteidiger des Angeklagten Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, zumindest bis zum 15. November 1945; Christoph Safferling und Philipp Graebke, «Strafverteidigung im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess: Strategien und Wirkung», *Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft* 123:1 (2011), S. 47-81, hier S. 49; Hubert Seliger, *Politische Anwälte? Die Verteidiger der Nürnberger Prozesse*, Baden-Baden 2016, S. 191-193.
- 27 Eine Veröffentlichung zum Lebenslauf von Theodor Klefisch gibt es bisher nicht. Zu dem Ruf, den er im Weimarer Deutschland genoss, siehe Ismar Lachmann, «Die Grössen der Berliner Advocatur», *Das Kriminal-Magazin* 3:29 (August 1931),

<http://www.anwaltsgeschichte.de/kriminal-magazin/kriminal-magazin.html>

(zuletzt abgerufen am 15.1.2019).

- 28 Seliger, *Politische Anwälte?*, S. 192-193; Erklärung von Geoffrey Lawrence, 15. August 1946, in *Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher*, Bd. 21, S. 198-236.
- 29 Details siehe bei Hoffstadt, «Stahlhelm und SA», S. 270-277.
- 30 Erklärung von Georg Böhm, 28. August 1946, in *Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher*, Bd. 22, S. 147-199.
- 31 Diese Zahl war eine Schätzung, die Dr. Kuboschok, der Verteidiger der ehemaligen Reichsregierung, am 28. Februar 1946 bei den Anhörungen in Nürnberg nannte; siehe ebd., Bd. 8, S. 423-452.
- 32 Erklärung von Martin Löffler, 1. März 1946, ebd., Bd. 8, S. 452-476.
- 33 Erklärung von Richter Jackson, 28. Februar 1946, ebd., Bd. 8, S. 387-423.
- 34 Erklärung von Martin Löffler, 1. März 1946, ebd., Bd. 8, S. 452-476.
- 35 Ebd.
- 36 Ebd.
- 37 Siehe Karl Jaspers, *Die Schuldfrage*, Heidelberg 1946. Eine Erörterung aus jüngster Zeit bietet Barbara Wolbring, «Nationales Stigma und persönliche Schuld: Die Debatte über Kollektivschuld in der Nachkriegszeit», *Historische Zeitschrift* 289:2 (2009), S. 325-364; Markus Urban, «Kollektivschuld durch die Hintertür? Die Wahrnehmung der NMT in der westdeutschen Öffentlichkeit, 1946-1951», in Priemei und Stiller, *NMT*, S. 684-718. Für eine breitere Diskussion über Verbitterung im Nachkriegseuropa siehe Frank Biess, «Feelings in the Aftermath: Toward a History of Postwar Emotions», in Frank Biess und Robert G. Moeller (Hg.), *Histories of the Aftermath. The Legacies of the Second World War in Europe*, New York 2010, S. 30-48, insbes. S. 40-42.
- 38 Urteilsspruch des IMG, 30. September 1946, in *Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher*, Bd. 22.
- 39 Ebd. Zum jüdischen Ghetto in Kaunas siehe Jürgen Matthäus, «Das Ghetto Kaunas und die ‚Endlösung‘ in Litauen», in Wolfgang Benz und Marion Neiss (Hg.), *Judenmord in Litauen*, Berlin 1999, S. 97-112; Christoph Dieckmann, «Das Ghetto und das Konzentrationslager in Kaunas, 1941-1944», in Ulrich Herbert, Karin Orth und Christoph Dieckmann (Hg.), *Die nationalsozialistischen Konzentrationslager – Entwicklung und Struktur*, Bd. 1, Göttingen 1998, S. 439-471.
- 40 Urteilsspruch des IMT, 30. September 1946, in *Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher*, Bd. 22.
- 41 Donald Bloxham, «Prosecuting the Past in the Postwar Decade», in David Bankier und Dan Michman (Hg.), *Holocaust and Justice. Representation and Historiography of the Holocaust in Post-War Trials*, Jerusalem und New York 2010, S. 23-43, insbes. S. 37-39. Zu den methodologischen Problemen bei der Beurteilung deutscher Reaktionen auf das IMG siehe H. Krösche, «Abseits der Vergangenheit: Das Interesse der deutschen Nachkriegsöffentlichkeit am Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher 1945/46», in Jörg Osterloh und Clemens Vollnhals (Hg.), *NS-Prozesse und deutsche Öffentlichkeit. Besatzungszeit, frühe Bundesrepublik und DDR*, Göttingen 2011, S. 93-105.
- 42 Die Verteidiger der SS-Angeklagten griffen zu einer ähnlichen Strategie, konnten aber – kaum verwunderlich – keine vergleichbaren Ergebnisse erzielen. Siehe Kim C. Priemei, «Beyond the Saturation Point of Horror: The Holocaust at Nuremberg Revisited», *The Journal of Modern European History* 14:4 (2016), S. 522-547.

- 43 UAK, Archives, Zugang 726, Akte 2: Brief von Theodor Klefisch an einen unbekanntem Empfänger, 5. November 1946.
- 44 Siehe die umfassende Fallsammlung in Edith Raim, *Justiz zwischen Diktatur und Demokratie. Wiederaufbau und Ahndung von NS-Verbrechen in Westdeutschland 1945-1949*, München 2013, S. 659-944, sowie die Datenbank *Nazi Crimes on Trial. German Trial Judgements Concerning National Socialist Homicidal Crimes 1945-2012*, hg. v. Christiaan E Rüter und Dick W. de Mildt, <https://www.expostfacto.nl/junsv/ddveng/ddveng.html> (zuletzt abgerufen am 15.1.2019).
- 45 Carina Baganz, «Milde gegen die Verbrecher wäre Verbrechen gegen die Opfer». Die Hohnstein-Prozesse 1949», in Osterloh und Vollnhals, *NS-Prozesse und deutsche Öffentlichkeit*, S. 207-220.
- 46 Weinke, *Die Verfolgung von NS-Tätern im geteilten Deutschland*; Andreas Eichmüller, «Die strafrechtliche Verfolgung von NS-Verbrechern und die Öffentlichkeit in der frühen Bundesrepublik Deutschland 1949-1958», in Osterloh und Vollnhals, *NS-Prozesse und deutsche Öffentlichkeit*, S. 53-73, hier S. 54.
- 47 Carina Baganz, «Vom Wachmann zum Inoffiziellen Mitarbeiter: Täter der frühen sächsischen Konzentrationslager und ihr Wirken für die Staatssicherheit», in Günther Heydemann, Jan Erik Schulte und Francesca Weil (Hg.), *Sachsen und der Nationalsozialismus*, Göttingen 2014, S. 351-364.
- 48 Zit. n. Margarete Mitscherlich-Nielsen, «Erinnern, Vergessen und Verdrängen – Überlegungen zur Unfähigkeit zu trauern», in Sibylle Drews (Hg.), *Freund in der Gegenwart. Alexander Mitscherlichs Gesellschaftskritik*, Frankfurt am Main 2006, S. 23-34, hier S. 23.
- 49 Die Neigung vieler Deutscher, jede emotionale oder bewusste Verbundenheit mit dem nationalsozialistischen «Projekt» zu leugnen, kam schon 1945 zum Vorschein. Von einem Tag auf den anderen gab es keine überzeugten Nationalsozialisten mehr, nur noch enttäuschte und verbitterte «Opfer» des Regimes, die jetzt gegen zuvor so geliebten Führer vom Leder zogen. Für eine sehr frühe Analyse dieses Phänomens siehe Saul K. Padover, *Lügendetektor. Vernehmungen im besiegten Deutschland 1944/45*, Frankfurt am Main 1999. (Ursprünglich erschien dieses Buch 1946 in den USA unter dem Titel *Experiment in Germany: The Story of an American Intelligence Officer*.) Zu dem Ausdruck «kleine Wächter der Volksgemeinschaft» siehe Werner, «Die kleinen Wächter der ‚Volksgemeinschaft‘».
- 50 Eichmüller, «Die strafrechtliche Verfolgung von NS-Verbrechen», S. 55.
- 51 Siehe Kapitel 9.
- 52 LArch NRW-Westfalen (Landesarchiv NRW, Abt. Westfalen), Staatsanwaltschaft Dortmund, Nr. 1293-1305,1542-1546.
- 53 LArch Hannover (Niedersächsisches Landesarchiv, Hauptstaatsarchiv Hannover), Nr. 171, Nr. 25522.
- 54 LArch Freiburg, V 1, Nr. 2473: Badisches Staatskommissariat für politische Säuberung, Urteil der Spruchkammer Freiburg im Verfahren gegen Dietrich von Jagow, 13. Februar 1950.
- 55 Bernhard Gotto, «Die Erfindung eines «anständigen Nationalsozialismusc Vergangenheitspolitik der schwäbischen Verwaltungsbeamten in der Nachkriegszeit», in Peter Fassl (Hg.), *Das Kriegsende in Bayerisch-Schwaben 1945. Wissenschaftliche Tagung der Heimatpflege des Bezirks Schwaben in Zusammenarbeit mit der Schwabenakademie Irsee am 8.79. April 2005*, Augsburg 2006, S. 263-283, insbes. S. 282-283.

- 56 «Otto Strasser und der Solidarismus», *Arbeiter-Zeitung* (Wien), Nr. 9,12. Januar 1949, S. 2, http://www.arbeiter-zeitung.at/cgi-bin/archiv/flash.pl?seite=i9490112_Ao2;html=i (zuletzt abgerufen am 15.1.2019).
- 57 Für die Zitate siehe <http://www.hamburg.de/clp/dabeigewesene-dokumente/clpi/ns-dabeigewesene/onepage.php?BIOID=267&strasse=4639&qR=D> (zuletzt abgerufen am 15.1.2019). Siehe ferner «Senat stellt Strafantrag», *Hamburger Abendblatt*, 12. März 1952, S. 3. Mein Dank gilt Christoph Strupp, der mir eine Kopie dieses Artikels zugänglich gemacht hat.
- 58 BayHStA, MSo, Nr. 1929: Schreiben des Gemeinderats Treuchtlingen an das Bayerische Justizministerium, 17. August 1956. In diesem Fall bat der Gemeinderat um Gnade für Andreas Güntner, der von 1933 bis 1944 Bürgermeister in Treuchtlingen gewesen war. 1950 war er wegen Teilnahme an einem «antijüdischen Pogrom in Treuchtlingen» zu dreieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt worden.
- 59 Zu Gmelins Bildungsweg und seiner beruflichen und politischen Karriere in den 1930er Jahren siehe seine SA-Akte in BArch Berlin, SA 4000001096, und seine Personalakte beim Reichsjustizministerium, BArch Berlin, R/3 0 01/5 74 70 und 5 74 71.
- 60 BArch Berlin, R/3001/57470, S. 41: Schreiben des Reichsjustizministers ans Auswärtige Amt, 23. April 1941. 1944 pries Gmelin seinen Chef als «herausragende Persönlichkeit»; IfZ Archiv, MA 650, S. 4995-5000, hier S. 4999: SD-Vermerk zu einem Vortrag Gmelins bei einer Führertagung der Partei am 14. Januar 1944 in Wien. Zum Verhältnis zwischen Ludin und Gmelin siehe auch Tönsmeier, *Das Dritte Reich und die Slowakei*, S. 89-90. Nach Angaben von Gmelins Tochter kümmerte sich ihr Vater nach dem Krieg um Ludins Witwe Erla und ihre Kinder; E-Mail von Dr. Herta Däubler-Gmelin an den Autor, 26. Februar 2015.
- 61 Nach Angaben von Niklas Krawinkel in Marburg, der unter der Ägide von Professor Eckart Conze seine Doktorarbeit über Gmelin schrieb. Herr Krawinkel hat mir dankenswerterweise eine Kopie von Gmelins Entnazifizierungsakte zur Verfügung gestellt.
- 62 IfZ Archiv, MA 650, S. 4995-5000, hier S. 4999: SD-Vermerk zu einem Vortrag Gmelins bei einer Führertagung der Partei am 14. Januar 1944 in Wien.
- 63 BArch Berlin, R 9354/601: Brief von R. Brandt an SS-Standartenführer Legationsrat Wagner im Auswärtigen Amt, 4. Dezember 1944.
- 64 Zu den Lebensbedingungen in diesen Lagern, in denen die frühere nationalsozialistische Führungselite nicht «umerzogen» wurde, sondern vielmehr einen Resonanzraum für ihre Deutungen der Vergangenheit fand, siehe Christof Strauss, «Zwischen Apathie und Selbstrechtfertigung: Die Internierung NS-belasteter Personen in Württemberg-Baden», in Paul Hoser und Reinhard Baumann (Hg.), *Kriegsende und Neubeginn: Die Besatzungszeit im schwäbisch-alemannischen Raum*, Konstanz 2003, S. 287-313.
- 65 LArch Sigmaringen, WÜ13 T 2, Nr. 2108/068: Urteil gegen Hans Gmelin, 13. Juli 1948.
- 66 Dieses Argument wurde in der deutschen Politik der Nachkriegszeit häufig angeführt. Der bekannteste Fall ist der des SPD-Politikers und Bundeskanzlers Willy Brandt, der sich als junger Sozialist der Verfolgung durch die Nationalsozialisten entzog, indem er sich nach Schweden und Norwegen absetzte. Später musste er sich des Vorwurfs erwehren, er sei kein Patriot gewesen. Siehe Mergel, *Propaganda nach Hitler*, S. 217-218.
- 67 StA Tübingen (Stadtarchiv Tübingen), ZGS-i: Hans Gmelin, Wahlrede vom 24. September 1954, *Schwäbisches Tagblatt*, 2. Oktober 1954.

- 68 Gerhard Ebeling, «Wiederkehr des Nationalsozialismus», in *Schwäbisches Tagblatt*, 27. Oktober 1954.
- 69 «Thema des Tages: Wiederkehr des Nationalsozialismus», in *Schwäbisches Tagblatt*, 28. Oktober 1954. Solche Anfeindungen und Forderungen nach einem Ende der laufenden Entnazifizierungsverfahren waren gang und gäbe; siehe Strauss, «Zwischen Apathie und Selbstrechtfertigung», S. 310-313.
- 70 «Fortsetzung der Debatte über ‚Wiederkehr des Nationalsozialismus‘. Sind wir in Tübingen schon wieder so weit?», *Schwäbisches Tagblatt*, 30. Oktober 1954.
- 71 «Die meisten Einsender sagen: Nein», in *Schwäbisches Tagblatt*, 2. November 1954.
- 72 Zur Nachkriegskarriere Hans Gmelins siehe auch den aufschlussreichen Aufsatz von Hans-Joachim Lang, «Die rechte Hand des Botschafters», *Schwäbisches Tagblatt*, 28. April 2005.
- 73 Kritiker vertreten indes den Standpunkt, Gmelins Verwicklung in den Holocaust verbiete zumindest die Verleihung der Ehrenbürgerwürde, die der Tübinger Stadtrat 1975 beschloss. Diese Position hat sich inzwischen durchgesetzt, die Ehrenbürgerwürde wurde 2018 wieder aberkannt. Siehe nun auch den ausführlichen Forschungsbericht von Niklas Krawinkel, *Gesandtschaftsrat, Volkstumsreferent und Tübinger Oberbürgermeister. Hans Gmelin (1911-1991)*, Marburg 2018.
- 74 Email von Dr. Herta Däubler-Gmelin an den Autor, 26. Februar 2015.
- 75 Zu den Aktivitäten Benneckes in der SA siehe insbes. Kap. 4, ferner Peschel, *Die SA in Sachsen vor der «Machtübernahme»*, S. 7-22. Mike Schmeitzner vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden arbeitet an einer biografischen Studie über Bennecke, die weitere Aufschlüsse über sein Leben vor und nach 1945 zu geben verspricht.
- 76 Wie Dokumente aus dem «Hausarchiv», dem internen Archiv des IfZ, zeigen, waren heikle Partnerschaften mit ehemals hochrangigen Nationalsozialisten weitverbreitet. In den Archivbeständen, die die Korrespondenz des Instituts mit Bennecke enthalten, finden sich auch ähnliche, in aller Regel in äusserst zuvorkommendem Ton gehaltene Korrespondenzen mit ehemaligen SS-Führern wie Werner Best und Gottlob Berger. Man kann den Wissenschaftlern des IfZ sicher zugute halten, dass sie mit dieser Herangehensweise in vielen Fällen internes Wissen von diesen Personen erlangten, das in wichtige historiografische Arbeiten einfluss. Andererseits muss aber kritisch analysiert werden, in welchen Fällen und in welchem Umfang es den Altnazis auf diese Weise gelang, ihre apologetische Rückschau auf die NS-Vergangenheit wissenschaftlich zu «beglaubigen». Siehe Nicolas Berg, *Der Holocaust und die westdeutschen Historiker. Erforschung und Erinnerung*, Göttingen 2003, S. 270-321; Hett, *Der Reichstagsbrand*, S. 457-496. Zur Entstehungsgeschichte des IfZ siehe auch Winfried Schulze, *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945*, München 1989, S. 229-242; und John Gimbel, «The Origins of the *Institut für Zeitgeschichte*: Scholarship, Politics and American Occupation», *American Historical Review* 70:3 (1964-5), S. 714-731.
- 77 Siehe z.B. Benneckes Interviews mit dem einstigen SA-Führer Franz Pfeffer von Salomon und dem NS-Autor Hans Zöberlein in IfZ, Archiv, ZS 177 und ZS 319. Zur Denkschrift Benneckes über das SA-Hochschulamt siehe IfZ, Archiv, ZS 1685-1, S. 21-24.
- 78 IfZ, Archiv, ID 200/177: Brief von Anton Hoch an Heinrich Bennecke, 25. Mai 1962; IfZ, Archiv, ID 300/23: Interner Vermerk von Thilo Vogelsang, 17. November 1958.
- 79 IfZ, Archiv, ID 200/177: Vertrag mit den Unterschriften Benneckes und Helmut Krausnicks, Direktor des IfZ, 5. Juli 1963.

- 80 Die noch vorliegenden Dokumente liefern zwar keine eindeutige Erklärung für diese Entscheidung, aber die Annahme, die Berufung eines ehemaligen NS-Funktionärs ans IfZ könnte dem Ruf des Instituts schaden, war wohl kaum von der Hand zu weisen. IfZ, Archiv, ID 300/23: Interner Vermerk des IfZ, 8. Mai 1963. Dasselbe Dokument befindet sich auch im Bestand des IfZ-Archivs, ID 103/85, S. 127.
- 81 Heinrich Bennecke, *Hitler und die SA*, München und Wien 1962; ders., *Die Reichswehr und der «Röhm-Putsch»*, München und Wien 1964. Nach der Veröffentlichung von *Hitler und die SA* wollte Bennecke ein Exemplar an IfZ-Direktor Krausnick schicken, versehen mit der Widmung «An Dr. Krausnick mit vielem Dank für die Hilfe des Instituts für Zeitgeschichte»; IfZ, Archiv, ID 300/23: Brief Benneckes an Thilo Vogelsang, 2. November 1962. In einem Brief an Krausnick erklärte Bennecke, sein Buch sei «im Wesentlichen im Institut» entstanden; IfZ, Archiv, ID 103/85, S. 128: Brief Benneckes an Krausnick, 25. November 1962.
- 82 IfZ, Archiv, ID 200/177: Interner Vermerk des IfZ, 13. Februar 1963.
- 83 Peschel, *Die SA in Sachsen vor der «Machtübernahme»*, S. 23-77. In den Akten des IfZ findet sich der unsignierte Entwurf eines Vertrags zwischen dem Bundesarchiv und Bennecke für eine Arbeit über die SA in Sachsen vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten; IfZ, Archiv, ID 200/177.
- 84 Peschel, *Die SA in Sachsen vor der «Machtübernahme»*, S. 21.
- 85 IfZ, Archiv, ID 300/23: «Entwurf eines Vorworts». Bennecke teilte die Geschichte der SA in vier verschiedene Abschnitte ein: Die Phase bis 1923, die zwischen 1926 und April 1932, die zwischen Juni 1932 und dem 30. Juni 1934 und die Zeit nach dem 30. Juni 1934.
- 86 Bennecke, *Hitler und die SA*, S. 28-30.
- 87 Ebd., S. 194.
- 88 Ebd., S. 199. Aufschlussreich in dieser Hinsicht ist Schmerbach, *Der Kampf der Kommunistischen Partei*, S. 118-120.
- 89 Bennecke, *Hitler und die SA*, S. 197-200.
- 90 Zu den eher zwiespältigen Rezensionen siehe ebd., S. 78-82.
- 91 Für eine substanzielle Erörterung dieses wichtigen Problems siehe Habbo Knoch: «Rezension zu: Berg, Nicolas: Der Holocaust und die westdeutschen Historiker. Erforschung und Erinnerung», Göttingen 2003, in H-Soz-Kult, 4.2.2004, www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-2433 (zuletzt abgerufen am 15.1.2019).
- 92 Siehe die Beispiele in Klaus Grosse-Kracht, *Die zankende Zunft. Historische Kontroversen in Deutschland nach 1945*, Göttingen 2005.
- 93 Höhne, *Mordsache Röhm*.
- 94 Für paradigmatische Erklärungen und selbstkritische Reflexionen siehe die Beiträge in Hannes Heer und Volker Ullrich (Hg.), *Geschichte entdecken. Erfahrungen und Projekte der neuen Geschichtsbewegung*, Reinbek bei Hamburg 1985; ferner Alf Lüdtke, *Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen*, Frankfurt am Main 1989; ders., «Arbeiten und Dabeisein: Wie Alltagsgeschichte den Nationalsozialismus erklärt», in Axel Lubinski (Hg.), *Historie und Eigen-Sinn. Festschrift für Jan Peters zum 65. Geburtstag*, Weimar 1997, S. 75-86.
- 95 Zum Mythos von der «sauber gebliebenen Wehrmacht» siehe Ben Shepherd, «The Clean Wehrmacht, the War of Extermination, and Beyond», *Historical Journal* 52:2 (2009), S. 455-473; Hamburger Institut für Sozialforschung, Hannes Heer und Birgit Otto (Hg.), *Vernichtungskrieg: Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944*, Hamburg 1996.

- 96 Karsten Wilke, *Die «Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit» (HIAG), 1950-1990. Veteranen der Waffen-SS in der Bundesrepublik*, Paderborn 2011.
- 97 Hans Hermann Karl Sponholz, geb. am 9. April 1902 in Kolberg, meldete sich im letzten Jahr des Ersten Weltkriegs als Sechzehnjähriger zu einem «Jungmannenkommando» seines Heimaortes. Nach einer schweren Erkrankung, die er sich in einem Kriegsgefangenenlager zuzog, verbrachte er zwei Jahre in Lazaretten. Seine Gesundheit blieb bis an sein Lebensende prekär. Von 1921 bis 1923 gehörte er dem Verband nationalgesinnter Soldaten an, und von 1924 bis 1931 dem Stahlhelm. Am 1. Juli 1931 trat er in Flatow in die SA ein, drei Monate später in die NSDAP. Vom regulären SA-Dienst war Sponholz befreit, er kämpfte aber sehr wirkungsvoll mit Worten. Da er von seinen mittelmässig erfolgreichen Romanen seinen Lebensunterhalt kaum bestreiten konnte, wurde er am 15. Januar 1934 hauptberuflicher SA-Führer. Von 1937 an lebte Sponholz, Vater von fünf Kindern, in München, wo er zu einem der Chefpropagandisten der SA avancierte. Zu seinem Lebenslauf siehe BArch Berlin, VBS 264, Nr. 4001006602 (Sponholz, Hans) und SA 4000003627 (Sponholz, Hans).
- 98 Hans Sponholz, «Naturschutz in der Defensive», *Natur und Landschaft: Zeitschrift für Freunde und Schützer der Deutschen Heimat* 41:9 (1966), S. 191-193, hier S. 193. Zum «braunen Erbe» der bundesdeutschen Umweltschutzbewegung nach dem Zweiten Weltkrieg siehe Joachim Radkau und Frank Uekötter (Hg.), *Naturschutz und Nationalsozialismus*, Frankfurt am Main 2003; Franz-Josef Brüggemeier und Jens Ivo Engels (Hg.), *Natur- und Umweltschutz nach 1945. Konzepte, Konflikte, Kompetenzen*, Frankfurt am Main 2005.
- 99 Michael Seeholzer, «Hans Sponholz – von Nazivergangenheit eingeholt», *Merkur*, 5. Oktober 2013, <http://www.merkur.de/lokales/ebersberg/ebersberg/hans-sponholz-nazi-vergangenheit-eingeholt-3148688.html> (zuletzt abgerufen am 15.1.2019). Zum Thema Lorenz und der Nationalsozialismus siehe Benedikt Föger und Klaus Taschwer (Hg.), *Die andere Seite des Spiegels. Konrad Lorenz und der Nationalsozialismus*, Wien 2001.
- 100 «Hans Sponholz», in *Wikipedia.org*, https://de.wikipedia.org/wiki/Hans_Sponholz (zuletzt abgerufen am 21.10.2018).
- 101 Zur Entdeckung dieses Orts und zu den Anfängen seiner Erforschung siehe Kurt Schilde, Rolf Scholz, und Sylvia Walleczek (Hg.), *SA-Gefängnis Papestrasse. Spuren und Zeugnisse*, Berlin 1996. Eine jüngere Arbeit zum Thema ist Irene von Götz und Petra Zwaka (Hg.), *SA-Gefängnis Papestrasse. Ein frühes Konzentrationslager in Berlin*, Berlin 2013. Zur zentralen Berliner Einrichtung für die Aufarbeitung des NS-Terrors, der Stiftung Topographie des Terrors, siehe Reinhard Rürup (Hg.), *10 Jahre Topographie des Terrors*, Berlin 1997.
- 102 Ein historischer Abriss der «Köpenicker Blutwoche» findet sich bei Yves Müller, «Vom Traditionskabinett zur Gedenkstätte Köpenicker Blutwoche», in *SA-Terror als Herrschaftssicherung*, hg. v. Hördler, S. 232-245.
- 103 Siehe Stephan Buchloh, «Pervers, jugendgefährdend, staatsfeindlich»: *Zensur in der Ära Adenauer als Spiegel des gesellschaftlichen Klimas*, Frankfurt am Main 2002, S. 142-145, hier S. 144.
- 104 Siehe insbes. Nationalrat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland (Hg.), *Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik: Staat, Wirtschaft, Armee, Verwaltung, Justiz, Wissenschaft*, Berlin Ost 1968; zwischen 1959 und 1981 erschienen davon mehrere Ausgaben unter leicht abgewandelten Titeln.
- 105 *Der Spiegel*, Nr. 34, 5. Mai 1968, zit. n. Varon, *Bringing the War Home*, S. 39.

- 106 Lorenz Jäger, *Adorno. Eine politische Biographie*, München 2003, S. 277.
- 107 Simone Ladwig-Winters, *Ernst Fraenkel. Ein politisches Leben*, Frankfurt am Main 2009, S. 318-325, hier S. 320. *The Dual State* erschien auf Deutsch als Ernst Fraenkel, *Der Doppelstaat*, Rückübersetzung aus dem Englischen von Manuela Schöps in Zusammenarbeit mit dem Verfasser, Frankfurt am Main und New York 1974. Siehe auch Interview mit Ernst Fraenkel, *Berliner Morgenpost* vom 11. November 1967, zit. n. Thomas Pegelow Kaplan, «Den mörderischen Alltag bei seinem richtigen Namen nennen». Linke Protestbewegungen, jüdische Remigranten und die Erinnerung an Massenverbrechen in den 1960er Jahren», *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 62:7/8 (2014), S. 600-619, hier S. 612. Die radikalsten Studenten denunzierten im Gegenzug Fraenkel als «Reaktionär».
- 108 Uwe Siemon-Netto, «The 68er Regime in Germany», *Orbis* 48:4 (2004), S. 641-656, hier S. 645.
- 109 *Berliner Extra-Dienst*, April 1968, zit. n. Varon, *Bringing the War Home*, S. 40.
- 110 Für einen Überblick über diese Ereignisse (einschliesslich des Zitats von Schmalz-Jacobsen) siehe Human Rights Watch Helsinki (Hg.), «*Germany for Germans: Xenophobia and Racist Violence in Germany*», Helsinki 1995, <http://www.hrw.org/reports/1995/Germany.htm> (zuletzt abgerufen am 15.1.2019).
- 111 Für einen Überblick über die tatsächliche Situation heutiger Neonazis und ihre historischen Anknüpfungspunkte siehe Alexander Häusler und Jan Schedler (Hg.), *Autonome Nationalisten. Neonazismus in Bewegung*, Wiesbaden 2011; Ulli Jentsch und Frank Metzger, «Die ‚Blutzeugen der Bewegung‘ im Blick des heutigen Neonazismus», in *Bürgerkriegsarmee*, hg. v. Müller und Zilkenat, S. 417-432.

Fazit Die SA und der Nationalsozialismus. Eine Bilanz

- 1 Peter Sachse, *SA-Männer von Leipzig. Ein Beitrag zur Rassenkunde Deutschlands*, Leipzig 1934, S. 7-12, 21, 29, 50, 55, 60. Wie Sachse seine Leser wissen liess, hatte sein Doktorvater, Professor Otto Reche, ihm das Dissertationsthema im Frühjahr 1932 vorgeschlagen, als ein staatliches SA-Verbot in Kraft war. Professor Reche hatte somit vorsätzlich das Bemühen der Reichsregierung untergraben, der SA die öffentliche Selbstdarstellung zu erschweren. Er hatte sogar daran gedacht, die Zustimmung der Reichsleitung der NSDAP einzuholen. 1933 sicherte er sich die Protektion des neuen sächsischen Ministerpräsidenten, SA-Obergruppenführer Manfred von Killinger.
- 2 Gerhard Wolf, «Negotiating Germanness: National Socialist Germanisation Policy in the Wartheland», *Journal of Genocide Research* 19, 2017, Ausg. 2, <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/14623528.2017.1313519> (zuletzt abgerufen am 20.1.2019); ders., *Ideologie und Herrschaftsrationalität*.
- 3 Es ist in diesem Zusammenhang instruktiv, Vorstellungen von einer neuen «deutschen Rasse» ins Auge zu fassen, wie sie zwischen 1932 und 1934 von den SA-Männern (und Akademikern) Friedrich Merckenschlager, einem Biologen, und Karl Salier, einem Anthropologen, vorgetragen wurden. Beide Männer wandten sich gegen das Paradigma von der Überlegenheit einer vermeintlich «reinen» und «nordischen» Rasse, sondern plädierten für eine «Rassenmischung». Eine «deutsche Rasse» sahen sie nicht als etwas absolut Vorgegebenes, sondern als ein fragiles Gleichgewicht, das nur aufrechterhalten werden könne, wenn man ständige Abwandlungen zulies. Siehe Cornelia Essner, *Die «Nürnberger Gesetze» oder Die Verwaltung des Rassenwahns 1933-1945*, Paderborn 2002, S. 62-75. Mein Dank geht an Stefan Boberg in Berlin, der mich auf diese Studie aufmerksam gemacht hat.

- 4 Jonsson, *Crowds and Democracy*, S. xvi.
- 5 Zu «Individualität» und «Persönlichkeit» siehe die wegweisende Arbeit von Warren I. Susman, «'Personality' and the Making of Twentieth-Century Culture», in *New Directions in American Intellectual History*, hg. v. John Higham und Paul K. Conkin, Baltimore, MD, 1979, S. 212-226; zur grossen Bedeutung individueller «Ermächtigung» in der nationalsozialistischen «Volksgemeinschaft» siehe auch Moritz Föllmer, *Individuality and Modernity in Berlin. Self and Society from Weimar to the Wall*, Cambridge 2013, insbes. S. 105-131.
- 6 Steuer, «Was meint und nützt das Sprechen von der ‚Volksgemeinschaft‘?», S. 520.
- 7 Stefan Kühl, *Ganz normale Organisationen: Zur Soziologie des Holocausts*, Frankfurt am Main 2014, S. 102-103.
- 8 Siehe dazu schon Harold D. Lasswell, «The Garrison State», *American Journal of Sociology* 46:4 (1941) 4, S. 455-468, hier S. 461.
- 9 Siehe oben, Kap. 8.
- 10 Loewenstein, «Militant Democracy», S. 418.
- 11 Pendas, «Explaining the Third Reich», S. 595. Für eine anspruchsvolle Erörterung dieser Thematik siehe Robert Gellately, *Hingeschaut und weggesehen. Hitler und sein Volk*, Stuttgart und München 2002; eine skeptischere Einschätzung der von der nazistischen «Volksgemeinschaft» ausgeübten Überzeugungskraft vertritt Geoff Eley, *Nazism as Fascism*, S. 13-58, hier S. 28.

Personenregister

- Abel, Theodore 138
Adam, Margarete 110ff.
Adenauer, Konrad 100, 431
Adorno, Theodor W. 432
Alvensleben, Udo von 309
Antonescu, Ion 391ff.
Arco auf Valley, Anton Graf von 47
Arendt, Hannah 417
Auer, Erhard 47
August Wilhelm, Prinz von Preussen 37
Axter-Heudtllass, Werner von 345
Backe, Herbert 321
Bahr, Egon 403
Bauer, Fritz 401
Baur, Eleonore 60
Beckerle, Adolf-Heinz 375-380, 382, 390, 393ff., 398-401, 418
Behrendt, Richard F. 141, 145
Bendak, Leo 336
Bennecke, Heinrich 211, 409, 425ff., 430
Berchtold, Joseph 59, 165
Berg, Nicolas 427
Berger, Gottlob 209, 326, 379f.
Bessel, Richard 11, 26, 123
Best, Werner 97f.
Bettenhausen, Jacques 153
Bickel, Karl 59
Bismarck, Otto von 381
Blachstein, Peter 190
Blessing, Georg 192
Blessing, Wilhelm 255, 276
Bloch, Ernst 127
Blomberg, Werner von 228, 232, 238
Blüher, Hans 246
Bock, Franz 93
Bodelschwingh jun., Friedrich von 203
Böhm, Georg 413f.
Boehm-Stoltz, Hilde 138
Böhme, Albrecht 201f.
Böhme, Herbert 342
Böhmig, Fritz Otto 284
Boris III., Zar von Bulgarien 393
Bose, Herbert von 229, 240
Boss, Hugo Ferdinand 150
Brand, Hans 356
Brandi, Ernst 121f.
Brandt, Willy 403
Brauchitsch, Walther von 328, 333
Braun, Alfred 189
Braun, Heinrich 194
Braun, Lily 194
Braun, Otto 194
Braun-Vogelstein, Julie 192f.
Bräutigam, Petra 151
Brecht, Bertolt 430
Brentano, Heinrich von 430
Breuninger, Alfred 151
Breuninger, Eduard 151
Brinkmann, Friedrich-Georg 196
Broszat, Martin 296
Brückner, Wilhelm 59, 236

584 ANHANG

- Brüning, Heinrich 97, 107, 120, 150
Brunner, Alois 386f.
Buch, Walter 241
Buchheim, Hans 25
Buisson, Wilhelm 47
Bürckel, Josef 270
Campbell, Bruce 27
Canetti, Elias 178
Cassirer, Ernst 120
Castro, Fidel 145
Chiang Kai-shek 106
Codreanu, Corneliu 65, 167
Collins, Randall 63
Conti, Elfriede 180
Conti, Leonardo 180
Coser, Levis A. 23
Czaja, Karl 11,13
Daluege, Kurt 105
Dannecker, Theodor 394
Darré, Richard Walther 306, 308, 315
Däubler-Gmelin, Herta 424
Dawes, Charles 113
Decker, Wilhelm 369
Decour, Jacques 87
Detten, Georg von 153, 240
Deuchler, Gustaf 318, 356ff., 419
Dieckmann, Christoph 310
Diels, Rudolf 226
Dodd, William E. 231
Dollfuss, Engelbert 285
Dönitz, Karl 410
Dressler, Arthur 153, 156, 158
Duesterberg, Theodor 209
Ebeling, Gerhard 422L
Eberhardt, Friedrich-Georg 336
Ebert jun., Friedrich 189
Edelmann, Silke 377
Ehrhardt, Hermann 18, 48f., 55, 59, 64,
81, 106, 426
Eichmann, Adolf 394, 397
Eicke, Theodor 97
Eisner, Kurt 47f., 131
Engelbrechten, Julek Karl von 123
Engels, Friedrich 29
Epp, Franz von 207
Ernst, Karl 180, 185, 240, 246
Erpenbeck, Fritz 347
Erzberger, Matthias 50, 378
Escherich, Georg 43f.
Esser, Hermann 57, 212
Fallada, Hans (Rudolf Ditzen) 407f.
Faulhaber, Michael von 164
Fest, Joachim C. 25, 170
Fichte, Werner von 195
Filow, Bogdan 393f., 399
Foerder, Ludwig 194
Fraenkel, Ernst 248, 250, 432
Frank, Hans 11, 349, 351f., 354
Freud, Sigmund 142
Frick, Wilhelm 223, 230
Frings, Joseph 99f.
Fritsch, Walter 199
Fuchs, Johann Baptist 199
Fulda, Bernhard 123
Fusshoeller, Helene 262
Gegenbach, Karl 212
Geiger, Theodor 149
Gentile, Giovanni 127
Georg, hl. 161
George, Stefan 173
Ghyczy, Jenö 396
Glaise-Horstenau, Edmund 398
Globocnik, Odilo 274
Gmelin, Hans 409,420ff., 423, 424f.
Goebbels, Joseph 11, 15, 17, 81ff., 88, 94,
99f., 103, 105, 107, 124, 230, 236,
271, 436
Göll, Franz 179

- Golombek, Paul 11f.
 Göring, Hermann 14, 50, 59, 62, 69, 105, 157f.,
 185, 195f., 225, 228, 232, 234, 236ff.,
 328, 339f., 346, 380, 410, 437
 Gossweiler, Kurt 232
 Gotto, Bernhard 419
 Gräupner, August nf.
 Greiser, Arthur 312, 350
 Griffin, Roger 93
 Grosche, Thomas 153
 Gründel, Ernst Günter 130
 Grynszpan, Herschel 271
 Grzesinski, Albert 96f., 99
 Gumbel, Emil Julius 134
 Haas, Leo 431
 Häberlen, Joachim 201
 Hacker, Heinrich 349f.
 Hadamik, Hippolit 11, 13
 Haffner, Ernst 84
 Halder, Franz 328
 Hancke, Fritz 359
 Hancock, Eleanor 66, 227
 Hanfstaengl, Ernst («Putzi») 68
 Hartgen, Josef 370
 Hartlaub, Felix 213, 213
 Hartlaub, Gustav Friedrich 213
 Hauenstein, Heinz Oskar 18
 Heder, Marlene 139
 Heiden, Konrad 65
 Heilmann, Ernst 189
 Heimssoth, Karl-Guenter 228
 Heines, Edmund 13, 115, 153, 240, 244, 246,
 437
 Helldorff, Wolf-Heinrich von 100, 196
 Hellmann, Julius 55
 Hellmuth, Otto 270
 Helm, Rudolf 192
 Helminger, Johann 262
 Henlein, Konrad 290, 294f.
 Hennig, Edwin 422f.
 Hertz, Dr. 99
 Herzog, Otto 328
 Hess, David 58
 Hess, Ludwig 58
 Hess, Rudolf 59, 132, 184, 227, 237, 410
 Hett, Benjamin 185
 Heydebreck, Peter von 18
 Heydrich, Reinhard 232, 237, 269
 Hiller, Kurt 189
 Himmler, Heinrich 195, 197, 225, 228, 232,
 237, 242, 302, 310f, 312-316, 319, 327,
 351f., 358, 366f., 379f., 387 392, 421
 Hindenburg, Paul von 81, 121, 125, 185, 229f.
 Hirsch, Emanuel 217f.
 Hitler, Adolf 10, 14f., 17, 20, 38, 48f., 51ff.,
 56-60, 64ff, 68-72, 75f., 81ff., 85f., 97,
 104-107, 120f., 125f., 132, 145, 157, 160,
 164ff., 171, 177, 179, 184, 186, 203, 208f.
 211f., 221ff, 225, 227f., 231-234, 236-
 244, 247, 250f, 279, 285, 295ff, 304, 314,
 317 321, 327ff., 339, 366, 377 380-383,
 387f., 390, 419, 426, 436, 440
 Hlinka, Andrej 399
 Hoffmann, Johannes 44
 Hoffmann, Peter 173
 Hofmann, Hans Georg 164
 Höhne, Heinz 427
 Hölscher, Viktor 359
 Hoppe, Georg 11ff.
 Horthy, Miklós 65, 396
 Hosenfeld, Wilhelm 275ff., 283f.
 Hutten, Kurt 160
 Jackson, Robert H. 414
 Jäger, Friedrich 372
 Jagow, Dietrich von 50, 133f., 376, 378ff., 382,
 395ff., 399ff., 402, 418
 Jagow, Henning von 378, 402
 Jahn, Walter 105f.
 Jamin, Mathilde 26

586 ANHANG

- Jarausch, Konrad 335
Jones, Nigel 65
Jung, Edgar J. 229, 240
Jünger, Ernst 315
Jüttner, Max 237, 282, 326, 331, 349, 411f.
Kahr, Gustav Ritter von 44, 68
Kállay, Miklós 396
Kanzler, Rudolph 43
Karmasin, Franz 386ff., 399
Karpenstein, Wilhelm 109
Kasche, Siegfried 242f., 308-316, 322, 359,
376-380, 388, 389, 390, 396, 398ff., 402
Kästner, Erich 90
Kaufmann, Karl 76
Kehr, Eckart 172
Keilson, Max 347
Keitel, Wilhelm 380
Kempner, Robert 409
Kerri, Hans 206
Kershaw, Ian 21
Kiesinger, Kurt Georg 403
Killinger, Manfred von 19, 153, 376ff, 382f.,
390-393, 395, 398, 400
Klefisch, Theodor 413f., 416f.
Klintzsch, Johanna Dorothea 48
Klintzsch, Johannes Paul 48
Klintzsch, Julius Hans Ulrich 48ff., 54f., 59,
132f., 164, 437
Klotz, Helmuth 228, 244
Knickerbocker, Hubert R. 87, 94
Koch, Erich 297
Koch-Weser, Erich 177f.
Kogon, Eugen 261
Korb, Alexander 388
Körner, Paul 234, 236
Koshar, Rudy 80
Kottisch, Reinhold 11f., 17
Kracauer, Siegfried 90, 116ff.
Krentner, Salomon 157
Kronheim, Walter 194
Kühne, Thomas 33
Kütemeyer, Hans-Georg 87
Lachmann, Paul 11f.
Lasch, Eberhard 202
Lasch, Kurt 202
Lask, Gustav 272
Le Bon, Gustave 178
Lechner, Hans 58
Leigh Fermor, Patrick 210f.
Lenger, Friedrich 123f.
Leven, Paul 272
Liebmann, Hermann 188
Lindquist, Sven 428
Litten, Hans 194
Litzmann, Karl 281
Loewenfeld, Wilfried von 18
Löffler, Martin 413ff.
Lohse, Hinrich 271
Longerich, Peter 26
Lorenz, Konrad 429
Lossow, Otto von 62
Lubbe, Marinus van der 185
Lüdecke, Kurt 241
Ludendorff, Erich 49, 71, 133
Ludin, Hanns Elard 171f., 376ff., 379,
382f., 385, 390, 396, 400ff., 420f.
Ludin, Malte 401h Luetgebrune, Walter
11f.
Lüninck, Ferdinand von 231
Luther, Martin (Reformator) 51
Luther, Martin (Unterstaatssekretär) 315,
377, 379f, 400
Lutze, Adolf 222
Lutze, Viktor 158, 199, 220, 233f, 235,
236-239, 241f., 259, 268, 274f., 293,
308, 310, 326, 328, 330, 338, 340f,
350ff., 360, 380f., 398, 412

- Luyken, Max 316f., 328
- Mach, Alexander 384
- Malinowski, Stephan 92
- Malotki, Leo von 161
- Mann, Heinrich 85
- Mann, Michael 325
- Mann, Thomas 225, 240, 247
- Mao Zedong 145
- Mappes, Georg 308
- Marhoefer, Laurie 245
- Martin, Benno 198
- Martin, Ernst 160,162
- Marx, Karl 29
- Maurice, Emil 46, 54, 164, 437
- May, Franz 292, 294, 337
- McElligott, Anthony 94
- Merker, Herbert 364
- Merkel, Peter 26, 260
- Messerschmidt, Manfred 330
- Metzsch, Horst von 171
- Meve, Jörn 245
- Meyer, Alice 266
- Meyer, Gerhard 160
- Meyer-Quade, Joachim 271
- Michael I., König von Rumänien 391
- Michalik, Max 159
- Michalke, Alphons 157
- Michels, Robert 142
- Middendorff, Heinrich 362ff.
- Mierendorff, Carlo 135
- Mihai Viteazul 400
- Mitscherlich, Alexander 179
- Mommsen, Hans 23
- Morozowicz, Elhard von 210
- Moruzov, Mihail 391
- Mosert, Kurt 239
- Mosley, Oswald 65
- Mücke, Hellmuth von 65, 103
- Mühlberger, Detlef 108
- Mühsam, Erich 189
- Müller, Helmuth-Josef 11f.
- Müller, Max 239
- Müller jun., Max 239
- Mussolini, Benito 28, 57, 127, 145
- Neufville, Georg von 330
- Neumann, Ernst 295ff.
- Neumann, Franz 75
- Neumann, Heinz 87
- Neuwirth, Vilma 267
- Niekisch, Ernst 24, 172
- Nowak, Ludwig 11ff.
- Obernitz, Hanns Günther von 115, 197
- Orth, Rainer 240
- Ostheeren, Friedrich 198
- Otto, Dr. 381
- Paetel, Karl Otto 25f.
- Papen, Franz von 11,14, 17, 88, 201, 229ff.
- Peltz, Kurt 352ff.
- Percevic, Ivan 389
- Petersdorff, Horst von 18
- Petersen, Helga 400
- Pfeffer von Salomon, Franz 72f., 75-78, 83, 85, 104, 116, 141, 165, 184, 437f.
- Pietrzuch, Alfons 9,12
- Pietrzuch, Konrad 9, 12, 16
- Pietrzuch, Maria 9
- Pitzer, Franz Xaver 47
- Planetta, Otto 285
- Polanski, Roman 275
- Pretzel, Andreas 245
- Pyta, Wolfram 110
- Raben, August 342
- Raeder, Erich 328
- Rahn, Rudolf 397f.
- Raschke, Joachim 143ff.
- Rass, Christoph 332f.

- Rath, Ernst vom 271
 Rathenau, Walther 87
 Rathmann, August 135
 Reemtsma, Jan Philipp 29
 Reemtsma, Philipp E. 157f.
 Reichardt, Sven 26, 32, 145
 Reichenau, Walter von 228, 232
 Reichmann, Hans 269
 Reimann, Erich 341, 353
 Rehm, Wilhelm 235
 Rendtorff, Heinrich 160
 Reschny, Hermann 285
 Rethel, Alfred 168
 Reuss, Hertha von 138
 Ribbentrop, Joachim von 378-381, 400
 Richter, Alfred 195
 Richter, Gustav 392
 Richter, Helmut 38
 Riley, Dylan 277
 Ritter, Gerhard 179, 217, 275
 Röhm, Ernst 14, 22, 35, 65f., 67, 69ff, 76f., 81, 86, 104f., 141, 146, 148, 153, 173, 177, 204-208, 216, 225, 227, 231-234, 236-239, 241, 244f., 258, 276, 286, 413, 426, 437, 441, 443
 Röhm, Sofia 239
 Rosenberg, Alfred 16, 258, 315, 317b, 326, 379ff, 393
 Rosenthal, Hans 407
 Rossbach, Gerhard 69
 Röver, Carl 196
 Rupprecht, Kronprinz von Bayern 67
 Salomon, Ernst von 40if.
 Sachse, Peter 435
 Sass, Theodor Freiherr von 294
 Schacht, Hjalmar 410
 Schaub, Julius 236
 Schepmann, Wilhelm 325f., 360, 365-368, 369, 371, 418
 Scheringer, Richard 171F
 Schilling, Erich 91
 Schleicher, Kurt von 237, 240
 Schmalenbach, Hermann 142
 Schmalz-Jacobsen, Cornelia 433
 Schmeling, Max 190
 Schmid, Wilhelm 236, 240
 Schmidt, Carl Christian 231
 Schmidt, Rudolf 285
 Schmitt, Carl 93, 248
 Schneidhuber, August 236
 Schnur, Harry Carl 157
 Schoene, Heinrich 109, 205f.
 Scholtis, August 9, 20
 Schreyer, Karl 237
 Schröder (SA-Obersturmbannführer) 336
 Schröder, Gerhard (Innenminister, CDU) 431
 Schuldt, Max 202
 Schumann, Dirk 124
 Schuschnigg, Kurt 285
 Schützing, Hermann 133, 141
 Schwarz, Franz Xaver 221, 258
 Schwarzkopf, Richard 167f., 169
 Schweyer, Franz 63, 140
 Seger, Gerhart 189f.
 Seldte, Franz 209
 Servatius, Robert 411
 Severing, Carl 96
 Shirer, William L. 25
 Siebert, Ludwig 207, 239
 Six, Franz 326
 Snyckers, Hans 139
 Snyckers, Lore 139
 Sponholz, Hans 360, 429
 Stauffenberg, Claus Schenk Graf von 172
 Steigmann-Gall, Richard 166
 Steinbeck, Gustav 132
 Steinweis, Alan E. 265

- Stennes, Walter 34, 104ff., 147, 179
 Stern, Fritz 262
 Storey, Robert G. 412f.
 Strasser, Gregor 34, 76, 103, 106
 Strasser, Otto 34, 103, 106, 419
 Strecker, Reinhard 262
 Streicher, Julius 264, 269
 Stühlinger, Hermann 260
 Szälasi, Ferenc 397
 Szpilman, Wladyslaw 275
 Terboven, Josef 121, 234, 236
 Thälmann, Ernst 121
 Theweleit, Klaus 118
 Thorne, Andrew 204
 Tiso, Jozef 384-387, 398f.
 Tito (Josip Broz) 403
 Tooze, Adam 250
 Traxel, Johann 262, 264
 Tschammer von Osten, Hans von 281
 Tucholsky, Kurt 244f.
 Tügel, Franz 162
 Tuka, Vojtech 384f.
 Tuohy, Ferdinand 118
 Uiberreither, Siegfried 364
 Veesenmayer, Edmund 386, 396f.
 Veiler, Willi 196
 Voigt, Frederick A. 16
 Voigt, Wilhelm 85
 Wächtler, Fritz 270
 Wackerfuss, Andrew 136, 245
 Wagener, Otto 153, 165
 Wagner, Adolf 250, 270
 Wagner, Patrick 372
 Wahl, Karl 270
 Weber, Max 146
 Weimann (Gerichtsmedinziner) 9
 Weiner, Arthur 201f.
 Weinhöbel, Bertha 140
 Wendt, Hans Friedrich 171
 Wessel, Horst 69, 82, 115, 137, 164, 430
 Wessel, Werner 137
 Westernhagen, Ernst von 60
 Wheeler-Bennett, John 228
 Wilhelm L, dt. Kaiser 166
 Winkelkemper, Peter 100
 Winkelkemper, Toni 99f.
 Wisliceny, Dieter 386
 Wolf, Gerhard 436
 Wolnitza, Rufin 11f., 17
 Wuest, Jacob 238 f.
 Wurm, Theophil 160
 Yeomans, Rory 166f.
 Zinn, Alexander 245
 Zöberlein, Hans 372

Bildnachweis

- akg-images, Berlin: 281,431
Archiv Burg Hohnstein: 193
Bayerische Staatsbibliothek München/Bildarchiv: 389 (Fotoarchiv Hoffmann)
Bayerisches Hauptstaatsarchiv, München: 45 (Freikorps H. St. 387/9)
bpk: 91 (Kunstabibliothek, SMB/Knud Petersen)
Bundesarchiv Berlin: 67 (Bild Y10-NS-23-805-1)
Bundesarchiv Koblenz: 117 (Bild B 145 Bild P 049500), 161 (Plak 003-004-023), 293
(Bild 116-116-050), 345 (Plak 003-025-003)
Deutsches Historisches Museum, Berlin: 191 (Inv. Nr. F88 527)
Hartlaub Familienarchiv: 215 (mit freundlicher Genehmigung von Melanie Hartlaub)
Interfoto, München: 187 (Oliver J. Graf)
Münchner Stadtmuseum: 155 (Sammlung Reklamekunst)
Richard Schwarzkopf, «Der Kampf der SA (Deutsche Passion)», 1936, aus: *Oberste SA-Führung*
(Hg.), ... wurde die SA eingesetzt: *Politische Soldaten erzählen von wenig beachteten Frontab-*
schnitten unserer Zeit, München 1938:169 L, 169 r.
Russisches Staatliches Militärarchiv Moskau (RGVA): 111,113,137
Staatsarchiv Sigmaringen: 257 (N 1/68 Nr. 935)
Stadtarchiv Münster: 273 (FS Nr. 5168)
Stadtarchiv Rosenheim: 303
Stadtarchiv Tübingen: 423 (Alfred Göhner)
Süddeutsche Zeitung Photo, München: 181, 235, 249, 263, 279,329 (Scherl)
ullstein bild, Berlin: 369
United States Holocaust Memorial Museum: 267 (mit freundlicher Genehmigung von Warren
A. Gorrell)